



Rathaus.

Nach einer Originalzeichnung aus dem Ende des 17. Jahrhunderts.

GESCHICHTE VON WIENER NEUSTADT

VON
DR. JOSEF MAYER
SEMINARDIREKTOR I. P.

HERAUSGEGEBEN UND VERLEGT VON DER STADTGEMEINDE
WIENER NEUSTADT

II. WIENER NEUSTADT IN DER NEUZEIT

1. TEIL:

WIENER NEUSTADT ALS GRENZFESTUNG
GEGEN TÜRKEN UND UNGARN



WIENER NEUSTADT 1927
SELBSTVERLAG DES MAGISTRATS WIENER NEUSTADT

GESCHICHTE VON
WIENER NEUSTADT

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI IN WIEN

VORREDE.

Der Verfasser sieht sich genötigt, neuerdings daran zu erinnern, daß auch die erste Hälfte dieses dritten Bandes noch in der Zeit seiner Aktivität geschrieben ist und daß bei seiner Pensionierung eine längere Pause eintreten mußte, die leider abermals zu Unebenheiten geführt hat, wegen deren er um Entschuldigung und um Nachsicht bitten muß.

Bemerkt sei noch, daß er die Methode, die Eigennamen so zu schreiben, wie sie in dem betreffenden angezogenen Schriftstück geschrieben sind, wieder beibehalten hat. Es werden daher manche vorkommende Personen-, Städtenamen u. a. in verschiedener Schreibweise auftreten.

Schließlich wiederholt er auch hier seinen wärmsten Dank an alle Personen und Anstalten, die seine Arbeit unterstützt und gefördert haben.

Der Verfasser.

INHALT.

Wiener Neustadt in der Türkenzeit.

Politische Geschichte.

	Seite		Seite
Politische Geschichte	1	Das 17. Jahrhundert:	
Innere Geschichte bis um 1590:		Die Stadtverwaltung	235
Die Stadtverwaltung	60	Die Erwerbsquellen	277
Die Erwerbsquellen	93	Das Gewerbe	279
Die Steuern, das Münzwesen	132	Handel	316
Das Gerichtswesen, Polizeiwesen	137	Steuern und Abgaben, Lasten	341
Sorge für die Armen und Kranken	159	Rechts- und Gerichtswesen, Polizeiwesen	351
Das Schulwesen	168	Armenwesen	370
Religion, Kirche, Geistlichkeit	175	Sanitätswesen	373
Kunst und Kunsthandwerk	200	Das Schulwesen	379
		Religion, Kirche, Geistlichkeit	384
		Kunst und Kunsthandwerk	413

Wiener Neustadt in der Türkenzeit.

1500 bis 1710.

Politische Geschichte.

I.

Wiener Neustadt war von der Höhe seines Glanzes herabgeglitten, und allmählich sank es tiefer, wenn auch noch einzelne Erscheinungen die Erinnerung an die herrliche Vergangenheit wach hielten. Aus der Residenz des deutschen Kaisers wurde eine einfache Landstadt, die sich wenig von anderen Städten Niederösterreichs unterschied und nur durch ihre Privilegien, durch die außerordentlichen Begünstigungen ein wenig über dieselben emporragte. Aber auch diese Ausnahmstellung schuf ununterbrochen Zank und Streit und konnte die dauernde Anwesenheit eines Herrschers nicht ersetzen. Wohl nahm zunächst noch ein Kind der Stadt den deutschen Königsthron ein; doch der jugendfrische Maximilian besaß nicht die stille, an Gleichgültigkeit grenzende Bedächtigkeit des Vaters, die Liebe Friedrichs zur ungestörten Ruhe; er war von lebhaftem Temperament, ja man kann sagen: ein unruhiger Geist, der nicht jahrelang in einem abgelegenen Winkel des Reiches sitzen konnte, ihn trieb es ins Leben, in die Tätigkeit hinein — nicht immer zu seinem Vorteil; und wenn er auch noch öfter einen freundlichen Blick, eine Gnade für seine Wiegenstadt hatte, das schaffte keine Einnahmen. Mit dem Landesfürsten zog ja auch der Adel, die Geschlechter, die sich gern an der Sonne des Hofes freuen und wärmen, aus der Stadt weg. Vereinzelt treffen wir wohl manchmal noch eine Familie mit klangvollem Namen in Neustadt. So kommt Melchior von Maßmünster, des Königs Kämmerer, am 24. Jänner 1502 in Besitz eines Hauses auf dem Hauptplatze;¹⁾ er ist eben der Hauptmann der Stadt.

Siegmund von Dietrichstein, Maximilians Silberkämmerer, erhält am 20. März 1506 das Haus in der Neunkirchnerstraße,²⁾ das einst der Grafen von Pfannberg Freihaus gewesen war, das Matthias Corvinus dem Nikolasch von Puechau gegeben hatte. Aber auch diese Männer und Familien blieben nicht dauernd hier anwesend, sondern kehrten, wenn sie nicht ein Amt festhielt, der Stadt bald den Rücken. 1502 war wohl ein Hofgericht zur Entscheidung über Lehens- und andere Angelegenheiten hier errichtet worden, wurde jedoch schon 1510 mit dem Regiment der niederösterreichischen Lande vereinigt. Und es ist nicht zu verwundern, daß auch Teile der bürgerlichen Bevölkerung, namentlich aus dem Gewerbe- und Handelsstande, ein neues Heim suchen wollten, das ihnen vorteilhaftere Lebensverhältnisse versprach; man muß da vor allem an jene Kreise denken, die noch nicht lange hier weilten, die vor kurzem durch die Hoffnung auf den zu erwartenden Reichtum angelockt und herbeigeströmt waren. Es muß die Flucht aus der nicht günstig gelegenen Stadt einen bedeutenden Umfang erreicht haben, so daß schließlich Maximilian selbst im Interesse seiner Wiegenstadt dagegen

¹⁾ Es ist das Haus, das König Maximilian dem Kaspär von Meckau gegeben, das dieser dem Spital überlassen, und das der Rat dann an den genannten Kämmerer verkaufte, im Deutschherrenviertel, Hauptplatz 20.

²⁾ Neunkirchnerstraße 24.

auftrat. Am 13. Oktober 1507 richtete er von Innsbruck aus eine Zuschrift an den Rat von Wiener Neustadt:¹⁾ Man solle keinen Bürger von dannen ziehen lassen, er habe denn triftige Ursachen hiezu; der Stadthauptmann, der diesbezüglich eingreifen werde, sei dabei kräftig zu unterstützen! Und am 23. Oktober erteilt König Maximilian eben dem Stadthauptmann Melchior von Maßmünster den entsprechenden Auftrag. Der Fürst befahl dem Stadthauptmann weiter, daß er alles genau erforsche und sich orientiere, welche Ursachen für das Abwandern von Neustadt bestehen und vorgebracht werden. Dieselben lagen recht nahe, und es berichtet Melchior von Maßmünster dem Herrscher nach Erkundigung beim Rate und auf dessen Mitteilung:

I. Es leide die Stadt noch an den Folgen der Belagerung durch den Ungarkönig. Man wird das als richtig zugeben müssen; trotz der Mühe, die sich der Corvin gegeben hatte, die geschlagenen Wunden zu heilen, konnten die Verwüstungen in den Vorstädten noch nicht spurlos verschwunden sein. II. Es ist kein Fürstenhof, infolgedessen auch kein Dienstvolk und III. kein Kammergericht mehr in Neustadt. Damit ist der Hauptgrund der ganzen Verelendung ausgedrückt. Hiezu kommt IV. die große Feuersbrunst des Jahres 1494,²⁾ deren Wirkungen eben aus dem gleichen Grunde so nachhaltig blieben. V. Als nächste Ursache für die Flucht aus Wiener Neustadt führt der Rat die Freiheit des venezianischen Handels an, wodurch die Niederlage hier zugrunde gegangen sei. Es ist der Handel mit venezianischen Waren, unter denen beiläufig die Kolonialartikel verstanden werden.³⁾ Die Gewürze, die Südfrüchte u. a. brauchten eben von Oberitalien nicht mehr den Weg über den Semmering zu gehen, brauchten nicht in Neustadt zu verweilen und aufgelegt zu werden, wie es das Niederlagsrecht, das die Stadt besaß, eigentlich erfordert hätte.

Und diese Waren müssen einen sehr beträchtlichen Teil des gesamten Durchfuhrhandels gebildet haben, so daß mit dem Ausfall desselben die Niederlage selbst gänzlich einging; in der Tat wird dieses Rechtes nicht ein einziges Mal mehr gedacht. Im Jahre 1508 besaß Wiener Neustadt gleich anderen deutschen Städten bereits ein Handelsgewölbe in Venedig,³⁾ um den Bezug seiner Kolonialwaren selbst gesichert zu haben; aber der Kaufmannswelt hier war ein großer finanzieller Vorteil abhanden gekommen.

VI. Ging diese Klage von der Handelswelt aus, so kam die folgende zunächst aus den mit der Landwirtschaft beschäftigten Kreisen, sodann aber von der gesamten Bürgerschaft. Es wird auf die ungünstige Lage der Stadt, auf die Dürre und Unfruchtbarkeit des Steinfeldes, des Weichbildes der Stadt, hingewiesen. VII. Daran schloß sich ein weiteres wirtschaftliches Moment: das Eingreifen gegen ein wichtiges Privilegium der Stadt. Es wird betont, daß „mit Gewalt“ die freie Weinfuhr der Neustädter über den Semmering bekämpft werde. Das geschah, wie begreiflich, von den Ständen von Steiermark mit zunehmender Schärfe und mit wachsendem Erfolge. Und die Neustädter Bürger waren zur Gestaltung günstiger Lebensbedingungen sehr auf ihren Wein und auf dessen Verwertung angewiesen. VIII. heißt es, daß die Befestigung der Stadt verfallende und sich niemand mehr in dieselbe ziehen wolle. Hinter diesem letzten Punkte ist vielleicht der Hinweis auf die Türkengefahr versteckt, gegen welche Neustadt keine genügende Sicherheit mehr biete, was man doch nicht offen sagen mochte.

Maximilian hat gewiß auf die Klagen seiner allzeit Getreuen gehört, wenn ihm auch seine sonstige vielseitige Herrschertätigkeit wenig Zeit ließ. Es spricht hiefür eine Zuschrift von Berneck vom 22. August 1510 an den

¹⁾ XCIX, 68/1.

²⁾ Siehe oben II. Bd.

³⁾ Siehe Inama-Sterneck, IV, 520.

Rat der Stadt,¹⁾ in welcher der Fürst die Anlage von Werkstätten für Klingenschmiede, etliche Schleifhütten aufzurichten, gutheißt, offenbar um die Mittel zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Stadt zu schaffen. Zugleich wird seinen Urbarleuten in und bei der Stadt bedeutet, bei diesen Arbeiten die Robot zu leisten. Bezüglich der Weinfuhr über den Semmering ließ sich kaum viel machen; wir kommen später darauf zurück. Maximilian, „der letzte Ritter“, kam erst als Leichnam in seine Vaterstadt zurück. In Wels hatte er am 21. Jänner 1519, im 60. Lebensjahre, sein tatenreiches Leben, sein wenig erfolgreiches Wirken beschlossen. Der Leichnam wurde, des Kaisers Wunsche gemäß, nach Wiener Neustadt gebracht und hier am 3. Februar mit großem Gepränge unter dem Hochaltar der Burgkirche beigesetzt, so daß der Priester, wenn er das heilige Meßopfer darbringt, auf ihn tritt.²⁾ Neben ihn bestattete man seinen Vertrauten, Sigmund von Dietrichstein, den er zum Freiherrn des römischen Reiches erhoben hatte. Maximilians Kanzler Marx Treitzaurwein lebte noch eine Anzahl Jahre ohne weiteren Einfluß. Er starb hier am 6. September 1527.

Dem ritterlichen Maximilian folgten, da sein einziger Sohn Philipp der Schöne schon im Jahre 1506 gestorben war, seine Enkel Karl und Ferdinand, ohne daß man jedoch wußte, wer die Herrschaft über Österreich erhalten werde. Die österreichischen Erblande schickten eine gemeinsame Botschaft nach Spanien. Wiener Neustadt wendete sich mit einer Beschwerde an Karl, der schon am 28. Juni 1519 einstimmig als Karl V. zum Kaiser gewählt und der ältere war. Es war ein Vorbringen gegen den Hauptmann Melchior von Maßmünster wegen verschiedener Streitpunkte, insbesondere wegen einer angeblichen Verletzung ihrer Rechte an dem Kehrbach. Der Burghauptmann wollte das Fischen der Stadt in diesem Gerinne sowie das zeitweilige Abschlagen desselben, so daß kein Wasser des Kehrbaches in den Tiergarten kam, auf jede Weise verhindern. Karl V. antwortete darauf am 27. August 1520:³⁾ Das Fischen im Kehrbache habe auch sein Ahnherr Maximilian der Stadt nicht gestattet; und wenn sie dessen Wasser vom Tiergarten abzuschlagen auch das Recht besäßen, was dem Garten nachteilig wäre, sollten sie doch die „fürstliche Lust“ nicht schmälern. Für die Behandlung weiterer Beschwerden werde eine Kommission bestimmt werden. Wir hören den unbedingten Herrn: es spricht der Absolutismus.

Unterdessen hatte bereits eine Teilung des habsburgischen Erbes zwischen den beiden Brüdern stattgefunden. Am 28. April 1520 war zu Worms dem jüngeren Erzherzog Ferdinand die Regierungsgewalt über Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain, also der fünf niederösterreichischen Lande, von Karl V. abgetreten worden.⁴⁾ Und schon am 19. September 1521 richtet Ferdinand von Wels aus einen „General“ an alle Herrschaften um Wiener Neustadt, das ein „Schlüssel und das Herz“ des habsburgischen Hauses sei,⁵⁾ daß wegen der Türkengefahr alles, was zur Wehrhaftigkeit erforderlich sei, Büchsen, Pulver usf., aber auch Getreide, Wein usf., rechtzeitig angeschafft werden müsse, um diese Grenzveste zu sichern;⁶⁾ und der kaiserliche Vizedom Lorenz Sauer erhielt an dem gleichen Tage den Befehl, Wiener Neustadt gegen die Türken in Verteidigungszustand zu setzen. In

1) CV, 88/1.

2) Daß er wirklich in Wiener Neustadt zur Ruhe bestattet wurde, ist durch eine Öffnung des Grabes zweifellos bewiesen. Auf der Brust des Gerippes fand sich die noch vorhandene Tafel mit der Inschrift.

3) CX, 2/12.

4) Die Teilungen von 1522 haben dieses Herrschaftsgebiet etwas erweitert.

5) Daß unsere Stadt ein Belobungsschreiben von der Erzherzogin Margareta vom 2. Mai 1519 erhielt, soll anmerkungsweise mitgeteilt sein (XLII, 4).

6) XIX, 127.

der Tat war die Türkengefahr eben wieder ernsthaft ins Leben getreten. Zwei Jahrzehnte lang hatten die Osmanen ihre Waffen nach anderen Richtungen gekehrt, und sie hatten den Süden der Balkanhalbinsel bekriegt, die Inseln und Gestade des östlichen Mittelmeeres heimgesucht und dorthin ihre Herrschaft erweitert. Mit dem Jahre 1520, mit dem Regierungsantritte Solimans I., änderte sich die Sachlage, man drängte wieder nach Norden, und das Reich der Ungarn und die österreichischen Länder waren unmittelbar bedroht. Daneben rief das autokratische Auftreten des in Spanien aufgewachsenen Ferdinand Unruhen in Niederösterreich, namentlich in Wien hervor. Sie warfen ihren Widerschein auch auf unsere Stadt, die der ganzen Bewegung, schon infolge ihrer Ausnahmestellung, ferngestanden war. Es hatte Maximilian in einer letztwilligen Verfügung festgesetzt, daß die von ihm bestellte Regentschaft so lange im Amte bleibe, bis einer seiner Enkel anderweitig entscheide. Freilich war die Regentschaft von Niederösterreich, an deren Spitze Georg von Rottal, aus einer in Wiener Neustadt hausgesessenen Familie, stand, nicht gut beleumundet, und der niederösterreichische Landtag vom Jahre 1519 verweigerte ihr die Anerkennung und setzte eine neue Regierung ein, deren Seele der Universitätsprofessor Dr. Martin Siebenbürger oder Capinius war. Die alte Regentschaft verließ Wien und zog sich nach Wiener Neustadt zurück. Die neuen Regenten übernahmen die gesamte Landesverwaltung, ließen Münzen prägen und legten sogar die Hand auf landesfürstliches Kammergut. Ein Versöhnungsversuch blieb erfolglos, wie sich bei der Freimütigkeit des Dr. Mert Siebenbürger in seinen Äußerungen sogar am spanischen Hofe voraussehen ließ.

Am 26. Mai 1521 feierte Erzherzog Ferdinand in Linz das Fest seiner Vermählung mit Anna, der Tochter Wladislaws II., des Königs von Böhmen und Ungarn, begab sich nach den Niederlanden und kehrte von dort im Juni des nächsten Jahres zurück, und zwar begab er sich, ohne Wien zu berühren, sogleich nach Wiener Neustadt. Das ließ den Wienern, die eben Dr. Martin Siebenbürger zum Bürgermeister gewählt hatten, böse Tage ahnen. Solche kamen auch. In Wiener Neustadt sollte über den Streit zwischen der landesfürstlichen und der ständischen Regierung verhandelt werden, und die Parteien wurden für den 8. Juli vorgeladen. Ferdinand setzte für den ganzen Prozeß einen eigenen Gerichtshof von zwölf Mitgliedern ein. Es waren tüchtige Männer, die natürlich vom Anfang an auf der Seite des Erzherzogs standen; darunter Peter Bonomo, Bischof von Triest, Dr. Balbus, Propst zu Preßburg, Hans Jakob von Landau, Dr. Peter Paumgartner, Dr. Schretl von Nürnberg und andere Rechtsgelehrte, ferner Marx Treitzaurwein, Sekretär unter Kaiser Maximilian, Haus- und Mühlbesitzer in Wiener Neustadt. Ferdinand führte selbst den Vorsitz bei der Verhandlung,¹⁾ obwohl er der deutschen Sprache noch nicht völlig mächtig war. Er äußerte sich, daß er milde vorgehe, denn er hätte das Gerichtsverfahren auf alle Teilnehmer des Widerstandes gegen ihn ausdehnen sollen, habe es jedoch auf die Urheber der „Rebellion“ eingeschränkt. Bei allen anderen lasse er Gnade für Recht ergehen, da ja viel aus Unverstand geschehen sei.

Die Vernehmungen fanden in der Burg statt und dauerten eine volle Woche, vom 10. bis 16. Juli. Es ist wohl selbstverständlich, daß die alte Regierung für schuldlos erklärt, das Walten des neuen Regiments wegen eigenmächtiger Errichtung einer neuen Landesordnung, wegen des Eingriffes in landesfürstliches Gut, wegen der Besitznahme des Münzhauses und des Münzprägens und wegen anderer Ungesetzlichkeiten verdammt wurde.

¹⁾ Im Museum der Stadt ist noch der Lehnstuhl zu sehen, auf dem er gesessen sein soll.

Das Urteil lautete auf Hinrichtung durch das Schwert für elf Personen. Hans Schwarz, der sich des Münzprägens unterstanden hatte, sollte außerdem noch verbrannt werden. Der Richterspruch wurde nach einer üblichen Pause am 23. Juli verkündet; auf dem Hauptplatze wurde eine Schranne (eine Bühne) errichtet und daselbst den Verurteilten ihre „Missethätigkeit“ nochmals vorgelesen, wahrscheinlich von dem Großkanzler, dem Bischof Bonomo. Auch der Erzherzog soll aus der Nähe das ganze Schauspiel mit angesehen haben.¹⁾ Die Verurteilten wurden in ihr Gewahrsam geführt.²⁾ Bis zum Tage der Hinrichtung verstrich abermals eine kurze Frist. Auf dem Hauptplatze wurde das Schafott errichtet, und hier wurden am 9. August Michael Eytzinger und Hans von Puchhaim enthauptet, zwei Hauptführer der ganzen Bewegung, Michael Eytzinger aus einem den Habsburgern seit langem feindlichen Hause, Hans von Puchhaim ein Feind des Georg von Rottal. Zwei Tage später folgten ihnen Dr. Martin Siebenbürger und weiter sieben Verurteilte an derselben Stelle, während Hans Schwarz, dem noch das Verbrennen nachgesehen wurde, an der gewöhnlichen Richtstätte vor der Stadt den Tod durch das Schwert erlitt. Ein gleichzeitiger Schriftsteller, vielleicht ein Mitglied des Gerichtshofes selbst, schreibt, daß alle „ritterlich und gottesfürchtig gestorben sein“, daß ihre Leichname von ihren Frauen und Freunden nach Wien geführt und alle „erlich und wohl, da ein jeder sein Begräbnis hat, zu der Erd bestatt worden“. Auch der Wiener Stadtschreiber, Dr. Khampauf, wurde in Neustadt verhört: er hat natürlich nur das ausgeführt, was ihm aufgetragen wurde. Er mußte binnen drei Stunden die Stadt, binnen drei Tagen das Land verlassen und durfte erst nach drei Jahren die habsburgischen Erblände wieder betreten. Noch im Jahre 1522 erschien in Wien „Aine neue Zeytung von den zweien Landtherrn und bürgern vo Wien, wie sy der Fürst Ferdinandus hat lassen richte in der Newenstadt im Monat Augusti . . . im jar 1522“.

In der Bevölkerung von Wiener Neustadt hinterließ dieses furchtbare blutige Hochgericht gewiß einen nachhaltigen Schauer, und man hielt die Erinnerung an jene schrecklichen Augusttage durch die Einlassung eines Steinkreises an der Stelle fest, wo das Schafott gestanden. Der graue Kreis ist noch heute sichtbar.³⁾

Es dauerte noch ein paar Jahre, bis Soliman den Heereszug gegen Norden unternahm. Doch war schon im Jahre 1518 eine Defensionsordnung der österreichischen Lande in Innsbruck abgeschlossen worden. 1523 wurde eine Türkensteuer verlangt und die Geistlichkeit mitbedacht, so daß ein infulierter Propst, ein Abt 4 Gulden, ein Prälat oder Prior 3 Gulden entrichteten. Und bei einer Zusammenkunft Ferdinands und seiner Gemahlin mit dem ungarischen König Ludwig in Ödenburg und ihrer gemeinsamen Fahrt nach Wiener Neustadt in demselben Jahre bildeten gewiß auch die Türkenfrage und die Vorkehrungen gegen die Gefahr einen Hauptgegenstand der Besprechungen. Der erste Türkenzug nach Norden im Jahre 1526 ging gegen das schlecht vorbereitete Ungarn. Das Heer war im März aufgebrochen und erstürmte am 14. August Peterwardein. Im Hinblick auf die Gefahr verlangte ein Hofbefehl vom 14. August an den Neuklosterabt hier sowie an alle Klöster und Gotteshäuser die Inventierung der Kirchenschätze und Kleinodien, und ein zweiter vom 14. September nach der Entscheidungsschlacht die Einsendung derselben nach Wien. Das Neu-

1) Er soll bei einem Seitenfenster des Rathauses (des späteren Gasthofes Rössel) den Vorgang verfolgt haben.

2) Einer derselben war entkommen, wurde jedoch in Wien entdeckt und nach Neustadt zurückgebracht.

3) Er hat allerdings seinen Ort schon ein paarmal, wenn auch nicht viel, gewechselt.

kloster hier lieferte ab 317 Mark, 7 Lot Silber, 4 Mark 4 Lot Gold und 11 Dukaten; zwei Drittel dieses Schatzes wurden behalten.¹⁾ Auch als der niederösterreichische Landtag am 8. November 1528 die Besteuerung der Güter und der Häuser in Städten und Märkten mit dem zehnten Pfennig beschloß, war die Geistlichkeit (mit 6 Kreuzern von einem Gulden Vermögen) in die Abgabe einbezogen. — Am 29. August 1526 war nämlich die unglückliche Schlacht bei Mohacs geschlagen worden, welche die ungarische Streitmacht vernichtete. König Ludwig II. ertrank auf der Flucht, und das magyarische Reich lag dem Sultan zu Füßen. Die habsburgischen Länder waren von den Angriffen des Islams, des Orients unmittelbar bedroht. Wohl war Ferdinand der Schwestermann des verstorbenen Königs von Ungarn geworden. Allein nur der kleinere Teil der Gewaltigen des Landes wollte dieses Erbrecht anerkennen; der größere Teil stellte sich auf die Seite des Siebenbürgers Johann Zápolya, der sich seinerseits auf den Sultan stützte und dessen treuer Anhänger und Vasall wurde. Das festigte die Stellung Solimans noch mehr, und anstatt auf einen von Ferdinand vorgeschlagenen Waffenstillstand einzugehen, kündigte er den Kriegszug an. Im Jahre 1529 hatten denn Wien und Wiener Neustadt eine Belagerung durch die osmanischen Scharen auszuhalten. Man hatte in Österreich und auch in Wiener Neustadt die Gefahr im Südosten nie ganz aus dem Auge verloren. In unserer Stadt wurde eine besondere Sorgfalt auf die Erlernung des Gebrauchs der Feuerwaffe verwendet, und schon im Jahre 1505 hatten sich die Schützen zu einem selbständigen Körper mit eigener Fahne neben den Kompagnien der vier Stadtviertel zusammengeschlossen. Im Jahre 1508 wiesen die niederösterreichischen Landstände auf die Notwendigkeit der Befestigung der Landesgrenzen hin. Bald darauf tauchten auch Vorschläge auf die Bewaffnung des „gemeinen Mannes“ auf. Reger wurde die Tätigkeit nach der Thronbesteigung Solimans. Der niederösterreichische Landtag des Jahres 1521 tagte in Wiener Neustadt und beriet am 24. August über die Verteidigung der Stadt gegen die Türken, nachdem schon im Februar um Bewilligung von Munition und Geschützen für die Festungen angesucht worden war. Am 9. September erhielt der Vizedom Lorenz Sauer den Befehl, Neustadt gegen die Türken zu armieren; den Landbewohnern wird geraten, sich mit ihrer Habe in die Stadt zu flüchten. Und im Jahre 1526 ist eine kleine Besatzung, sind 210 böhmische Knechte in der Stadt.

Wohl hatte Ferdinand in einem Erlaß an Wiener Neustadt vom 12. Oktober 1527, da man sich noch etwas von Verhandlungen versprach, die erbetene Entlassung von Kriegsvolk gestattet;²⁾ ein Befehl an die Stadt vom 13. August 1527, für die Unterbringung von 60 Kriegsknechten zu sorgen, die unter Erasmus von der Haid zur Behütung der Stadt eintreffen werden, ändert nichts an dieser Tatsache.³⁾ Und der Erlaubnis zur Heim-schickung von Kriegern ist die Weisung angefügt, auf die Sicherung der Stadt ja ein gutes Augenmerk zu richten! Es ist wohl eine Folge dieser oder einer ähnlichen Mahnung, daß der Rat in einer Sitzung eine Reihe von Beschlüssen faßt, welche die Verteidigung der Stadt im Auge haben. Die Sitzung ist nicht datiert, mag jedoch nicht lange vor der Belagerung getagt haben.

Es wird angeordnet:⁴⁾ 1. Die Stadttürme ordentlich zu besetzen und mit Geschützen zu versehen. 2. Die Gänge und Wehren, die durch mancherlei Ablagerungen verengert waren, zu erweitern und die Hindernisse weg-

¹⁾ Das Kloster erhielt später 3 Mark Gold, 85 Mark Silber und 40 Pfund Pfennig zurück.

²⁾ E. 200.

³⁾ CXV, 8/1.

⁴⁾ In den Beschlüssen ist viel Selbstverständliches, doch erscheint es praktisch, die ganze Reihe hier aufzunehmen.

zuschaffen und 3. das Anbauen an die Ringmauern zu verbieten. 4. Soll eine Regelung der Sturmglockenzeichen vorgenommen werden. 5. Die nicht zur Besetzung der Türme erforderliche Mannschaft hat sich auf Befehl auf dem Kornmarkt zu versammeln. 6. Als Viertelmeister seien tüchtige, verständige Männer zu bestellen. 7. Es seien die Gewehre und die Harnische zu mustern. 8. Unter jedem Dache sei ein Bottich mit Wasser aufzustellen, seien Krücken bereitzulegen. 9. Beim Öffnen der Stadttore am Morgen sei besondere Vorsicht anzuwenden. 10. Die Tageswacht an den Toren und auf den Türmen sei sehr genau zu halten. 11. Der Tiergarten sei genau zu besuchen und zu besichtigen. 12. Die Türgatter an den Zäunen seien zu sperren; beim Einlassen von Fremden sei streng und vorsichtig zu verfahren. 13. Die Nachtwache sei munter zu erhalten und zur Aufmerksamkeit zu mahnen. 14. Insbesondere sei der „Berg“ bei dem Zeughaus zu beachten.¹⁾ 15. Es sei alles andere zu bedenken, was sonst etwa noch nötig. 16. Bezüglich des Eckes beim Deutschen Haus, des Nordosteckes der Stadtmauer und des Ungartores sei eine Vereinbarung mit dem Komtur zu treffen. 17. Folgen bestimmte Anordnungen betreffs einzelner Baulichkeiten und anderer Objekte, wobei manches aus den vorigen Punkten wiederholt und präzisiert wird: a) An den Ringmauern seien alle Öffnungen, Durchbrüche auf Befehl sofort zu vermauern; b) im Zwinger sei alles in Ordnung zu bringen; c) die Stadtgräben seien zu vertiefen, Zillen, Leitern, Fischbehälter zu entfernen; d) bei den Stadttürmen seien bloß die Schießlöcher offen zu lassen; e) es seien Falkonette und Hakenbüchsen zu bestellen; f) beim Neunkirchner- und beim Wienertore seien in den Vorgebäuden zwei Böden anzubringen; g) der hölzerne Umgang um die Türme sei zu entfernen, dagegen sollen steinerne Gänge hergestellt werden; h) die zu engen Gänge an der Stadtmauer sind zu ändern; i) auch die äußeren Gräben sind weiter und tiefer zu machen, die Gebäude an denselben wegzureißen; j) der Graben an der äußeren Bastei beim Neunkirchnertore ist bis zum eigentlichen Graben durchzubrechen; k) an den äußeren Gräben und Wällen ist alles ordentlich instand zu setzen; l) vor dem inneren Neunkirchnertor ist ein Bollwerk zu errichten, das Wasser dazu ist von St. Ulrich herüberzuleiten; m) der Graben vor der Basteimühle ist so tief und so breit als möglich zu machen; n) an alle Basteien und Gräben ist sodann das nötige Geschütz zu stellen.

Ferner wird noch beschlossen:

18. Bei Nacht darf niemand in die Stadt gelassen werden, außer im Beisein des Bürgermeisters oder des Stadtrichters. 19. Über die großen Geschütze ist ein Inventar aufzunehmen. 20. Kugeln, Pulver, Saliter sollen nicht in den Stadttürmen verwahrt werden. 21. Da zur Besatzung noch mehr Mannschaft notwendig ist, soll angezeigt werden, wieviel Volk man verköstigen kann. 22. Das Holzwerk vor den Toren soll möglichst bald weggeräumt werden. 23. Die Auen nächst der Stadt sind abzuschlagen. 24. Die ungefaßten Büchsen sollen gefaßt werden. Alle diese Beschlüsse wurden auch rechtzeitig durchgeführt.

In diesen Maßnahmen ist indes noch nicht die notwendige und bei dem Herannahen des Feindes wirklich erfolgte Abtragung von mehreren außerhalb der Stadtmauern gelegenen wichtigen Gebäuden berührt. Es traf dieses Schicksal die Kirche und das Kloster zu St. Ulrich,²⁾ das nach der Zerstörung durch die Belagerung unter Matthias Corvinus wieder aufgerichtet worden war, das Bürgerspital mit seiner Kapelle vor dem Wienertore,³⁾ so daß die verarmten Bürger obdachlos wurden, und das Siechenhaus und

¹⁾ Siehe unten.

²⁾ An der Stelle des späteren Friedhofs und seiner Kapelle, der noch späteren Reitschule.

³⁾ Die Häuser Wienerstraße 37 und 39 und den dahinterliegenden Pfeifergarten umfassend.

die Kirche zu St. Marx.¹⁾ Der zum Kommandanten der Stadt bestimmte Andreas Hofmann war nicht angekommen, während zahlreiche Personen und Familien ihre Zuflucht in der befestigten Stadt suchten: es waren mehr als 6000 Leute. Als über den Heranzug des Türkenheeres,²⁾ vor dem auch einzelne Scharen von Kroaten flüchteten, in Neustadt sichere Nachricht eintraf, sandte Martin Puschmann, der eben zum erstenmal das Bürgermeisteramt bekleidete, Botschafter an die niederösterreichischen Statthalter und Regenten, die noch zu erreichen waren, um aufs dringendste eine Verstärkung der Besatzung für die Stadt und eine Vermehrung der Munition zu erlangen. Die Regierung beorderte in Eile den Gerbeck Auer mit 600 Knechten nach Wiener Neustadt, die am 19. September hier eintrafen. Bezüglich der Munition wurde angedeutet, daß man auf die Vorräte des kaiserlichen Zeughauses greifen müsse, was auch geschah. Zwei Tage darauf gab es ein kleines Scharmützel zu bestehen, freilich infolge eines Irrtums. Eine etwa 800 Reiter starke Schar Kroaten³⁾ kam gegen die Stadt; sie wurden für Türken gehalten und daher beschossen und zogen sich nach Lichtenwörth zurück. Nach der Aufklärung wurden sie mit ihren Führern Püchler und Keglevich in die Stadt eingelassen, verweilten jedoch nicht lange daselbst. Sie wollten einen anderen Heerhaufen bei Wien erreichen und allenfalls mit diesem zurückkommen, wurden jedoch auf dem Wege von den Türken am 25. September angegriffen und zerstreut, so daß nur ein Rest von 200 Mann ohne alle Ordnung unserer Stadt zueilte. Auch diesmal wurde der kleine Haufen für eine feindliche Truppe gehalten und abermals beschossen. Als man sie endlich erkannt hatte, wurden sie wieder in die Stadt aufgenommen, und zwar 30 Personen — wohl die Offiziere — in die innere Stadt, die „Diener“ vorläufig in die Vorstadt. Von diesem Augenblicke an wurde Neustadt von den Türken, die offenbar die hieher flüchtenden Kroaten verfolgt hatten, zwar nicht vollständig umzingelt, jedoch durch deren Reiterei fortwährend beunruhigt: sie haben „uns etlich Lermen vil gemacht“, sagt der Bericht. In dieser Not gingen die Bürger ihren Bischof an, „so vormals mer bei Kriegen gewesen“, den Oberbefehl in der Stadt für deren Verteidigung zu übernehmen; und Dietrich Crammer willfahrte endlich und nach langem Widerstreben dieser dringenden Bitte. Das erste, was er tat, war, die Kroaten, welche neuerdings die Stadt verlassen wollten, bittlich zum Bleiben anzugehen, damit er gegen die türkische Reiterei eine wenn auch kleine Schar berittener Krieger zur Verfügung habe. Aber die Kroaten wollten um jeden Preis fort aus Neustadt, brachten schließlich sogar die Geldfrage vor: sie seien nicht vorgesorgt. Und sie änderten ihren Entschluß auch nicht, als der Bischof sich erbot, ihnen Geld vorzustrecken. Mit einer „Fürschrift“ vom Bischof Dietrich zogen sie ab, wurden jedoch von den Neunkirchnern, jedenfalls auch im Irrtum, gefangen und in „stock und keuchen“⁴⁾ gelegt und erst auf eine Zuschrift des Bischofs Dietrich wieder freigelassen. Dietrich Crammer hat nun weiter die Verteidigung der Stadt geleitet, und zwar, wie aus dem Berichte an den König hervorgeht, mit Umsicht und mit Erfolg. Wiener Neustadt sei fast täglich vom Feinde „berennt“ worden; aber einen eigentlichen Sturm auf die Stadtmauern scheinen die Türken, die ihre Hauptmacht doch gegen Wien kehrten, nicht unternommen zu haben. Mit dem Abzuge derselben von Wien am 15. Oktober endete offenbar auch die Bedrängnis unserer Stadt. Es galt nun die erlittenen Schäden bald wieder

¹⁾ Vor dem äußeren Wiennertore an der Fische, in der Nähe des jetzigen Mauthäuschens (Wienerstraße 76).

²⁾ Bericht an den König Ferdinand über die Belagerung, H8. 6 a.

³⁾ Nach dem erwähnten Bericht.

⁴⁾ Angeschmiedet, eingekerkert.

gutzumachen; denn so viel war sicher, daß Sultan Soliman die erlittene Schlappe nicht auf sich sitzen lassen werde. Eine Eingabe des Rates vom Jahre 1530 wies auf die Schäden der Befestigung hin, hob namentlich und besonders die Mängel bei der Mühle am Fluchtgraben, bei der Bastei nächst dem Fleischhacktore und am Graben bei St. Jakob hervor. Die Belagerung hatte große Unkosten verursacht, so daß auch einiges Kirchensilber herangezogen worden war; die Wiedergutmachung mußte noch bedeutende Summen verschlingen, und die Stadt bedurfte fremder Geldhilfe. Schon in dem mehrerwähnten Berichte an König Ferdinand hatte der Rat am Schlusse die Bitte ausgesprochen, „Euer kunigliche Majestät woll unser große ausgab, damit wir in geltschult gewachsen, behertzen und uns laut E. ku. Maj. Kriegsrat vertröstung das gelt, so wir zu bezalung des kriegsvolks aus gegeben, uns wieder zu zustellen gnedig bevelhen. Dieweil aber in diesen schweren kriegsläufen E. ku. Maj. viel auszugeben und vielleicht deshalb uns was zugeben dieser Zeit nit stathaft, ist unser diemütigist begern E. ku. Maj. well jede des zerbrochen sand Ulrich closter farund hab uns genedigist verordnen und süst auch unser genedigister Herr sein“.

Das Neukloster hat noch 1529 einen Betrag von 32 Pfund Pfennig freiwillig hergegeben.

Die Verwaltung der Güter von St. Ulrich war schon im Jahre 1528 auf Befehl König Ferdinands in die Hand eines Bürgers der Stadt gelegt worden. Am 6. Februar 1530 wurde ausdrücklich bestimmt, daß der Ertrag des Besitzes von St. Ulrich für die Herstellung der Stadtbefestigung zu verwenden sei,¹⁾ und am 7. Juli 1530 wurden die Güter von St. Ulrich geradezu der Stadt zu diesem Zwecke übergeben. Für so bedeutende Ausgaben und so außerordentliche, auch vom kirchlichen Standpunkte wichtige Leistungen wurden auf Grund einer Bulle Papst Klemens VII. auch die Geistlichkeit, die Kirchen und Klöster mit Auftrag vom 6. Februar 1530 amtlich herangezogen: sie mußten den vierten Teil ihrer Einkünfte aus Gülden, Zehenten usf. als Hilfe für den Wiederaufbau des Zerstörten und Verwüsteten beitragen. Ferner genehmigte ein Hofdekret vom 8. November 1531²⁾ den bereits eingeleiteten Verkauf des Hauses des Hochmeisters des Georgsordens in der Herzog Leopold-Straße samt der Kapelle in demselben an Freiherrn Wolfgang von Thonrädln mit dem Beifügen, daß dieser Erlös, 350 Gulden, dem Stadtbau zugeführt werde. Auch die hinterlassene Barschaft, Silber, Kleinodien des wackeren Bischofs Dietrich, der schon im Jahre 1530 das Zeitliche gesegnet hatte, wurden für die Nachschaffung zur Befestigung von Neustadt gewidmet. Ein Erlaß vom 2. März 1531 machte nur mit einer geringen Absonderung eine Ausnahme.³⁾ Auch hatte die Stadt schon am 8. Februar 1531 von dem Stadthauptmann Melchior von Lamberg zu dem gleichen Zwecke ein Darlehen von 200 Gulden aufgenommen.⁴⁾

Die Vorschläge über die Art, den Umfang und die Kosten dieser Arbeiten waren auch bereits erstattet, und zwar von Johann Tscherte, dem Meister, der für die Einführung der Renaissance in Österreich eine so hervorragende Rolle spielte. Er hatte zwei Ratschläge, am 14. und am 15. Februar 1531, gegeben.⁵⁾ Im ersten Vorschlage sagt er: 1. Die Gräben sind zu räumen, zu vertiefen, die Wälle zu bessern. 2. Die Basteien und Wälle um die Vorstädte sind mit Zäunen zu versehen. 3. Vor dem Wienertore ist ein Bollwerk zu errichten. 4. Die Mühle vor dem Wienertore ist auf beiden Seiten

¹⁾ LXXXII, 4/7.

²⁾ LXXXII, 4/9 10.

³⁾ LXXXII, 4/8.

⁴⁾ H 8, 7/1.

⁵⁾ Qq. 4/3.

bis zum Stadtgraben zu bauen; die Dächer, die über die Bastei hinaus-schauen, müssen abgebaut werden; zu der Mühle muß eine Tür (durch die Stadtmauer) gebrochen werden. Die Vorschläge vom nächsten Tage lauten: 1. Gräben und Basteien müssen um die ganze Stadt geräumt werden, und zwar sollen 2. die Gräben um die Basteien so tief sein wie der Stadtgraben. 3. Die Wälle und die Schüttung zwischen den Basteien sind niederzuziehen. 4. Die Mühle (vor dem Wienertore) ist gänzlich an die Stadt anzugliedern. 5. Im ganzen sind sieben Basteien notwendig, die mit Gewässer zu umfassen sind. Die Kosten wären 2100 Pfund Pfennig. In einem Anhang setzt er hinzu, nachdem er offenbar mit den Neustädter Vertretern darüber gesprochen: „Die Neustädter meinen: acht Basteien seien notwendig; die Kosten betragen nicht unter 4000 Gulden.“ Man scheint sofort mit den Arbeiten begonnen zu haben. Es wurde auch das Bürgerspital außerhalb des inneren Wienertores wieder aufgebaut; auch an die neuerliche Wiederherstellung des Klosters zu St. Ulrich scheint man gegangen zu sein, so daß ein Bürger der Stadt diesen Bau in seinem Testament mit einem Legat bedachte.¹⁾ Leider wurden diese Wiederherstellungsarbeiten bald unterbrochen. Da es auch den Regierungskreisen klar war, daß Soliman die Scharte von 1529 bald auszuweiten trachten werde, wurden wiederholt Botschaften nach Konstantinopel geschickt, wobei sich das österreichische Erbübel der Verschleppung in nachteiligster Weise geltend machte. Eine solche Gesandtschaft traf statt im Sommer erst am 17. Oktober 1530, eine zweite statt im November 1531 erst am 3. Mai 1532 in Stambul ein, wo das Heer der Türken bereits wieder auf dem Marsche gegen Österreich war. Ferdinand hatte, um einen Frieden oder wenigstens einen längeren Waffenstillstand mit der Hohen Pforte zu erreichen, sogar einen Tribut — in verhüllter Form — angeboten, ohne etwas auszurichten; und am 26. April 1532 setzte sich eine große, wohlgerüstete Waffenmacht in Bewegung. Wurde die Hauptmacht auch in Ungarn und ein bedeutender Teil der Truppen vor Güns, das sich heldenmütig verteidigte, lange Zeit zurückgehalten, so waren doch auch größere Scharen in Niederösterreich aufgestellt, und in wiederholten Streifungen wurde das schöne Grenzland heimgesucht. Neustadt hatte sich in einer Eingabe wieder an die Regierung gewendet, und es wurde der Stadt von den Statthaltern und Kriegsräten am 15. Juli bedeutet, daß sie von dem Hauptmann Melchior von Lamberg Bescheid über Geschütz, Pulver, Kriegsvolk usf. erhalten werden.²⁾ Wie diese Auskunft ausfiel, erfahren wir nicht weiter. Eine Belagerung der Stadt war indes nicht mehr zu fürchten. Schon wenige Tage nach dem Falle von Güns, zu Anfang des Septembers begannen die Türken den Rückzug. Die in Niederösterreich zerstreuten osmanischen Scharen zogen verwüstend und verheerend nach Süden; und da wurden auch die Vorstädte von Neustadt hart mitgenommen. Allerdings fanden auch fast alle diese abziehenden Türken ihren Untergang durch die gesammelten christlichen Truppenkörper, kleinere Scharen auch durch die Bauern. So gab es am 18. September bei Leobersdorf ein „scharmützel darinn ein merckliche anzahl der Türcken durch hilff des Almechtigen gefangen und erschlagen“. ³⁾ Am 19. September griff Hans Katzianer, der alle Wege des Rückzuges nach Steiermark verlegte, die von Neustadt abziehenden Türken im Föhrenwalde an, richtete ein großes Blutbad unter ihnen an, so daß nur wenige entkamen, die sodann den Bauern in die Hände fielen.⁴⁾ Die Zuschrift des Proviantmeisters Jobst von Lilgenburg an Neustadt, daß der König nach Neustadt kommen, daß

1) Vinzenz Kalchgruber, Zuschrift vom 21. Jänner 1531, LXXXII, 4/9.

2) Kk. 268.

3) Wenig späterer Druck.

4) Die Berichte über dieses Treffen sind voller Widersprüche.

alle Wägen bereitzuhalten, die Stadt mit Proviant zu versehen sei. Der 30. September 1532¹⁾ sah die habsburgischen Länder schon frei von den ungebeten Gästen.

Zweimal waren nun und rasch nacheinander eine Anzahl Bürger und Bewohner der Vorstädte um Haus und Hof, um ihr Obdach gekommen, und es war nicht ausgeschlossen, daß in naher Zeit ein ähnliches Mißgeschick eintreten könne. Begreiflich, daß die Geschädigten sich vor neuem Unheil zu wahren suchten. Sie strebten daher, den Realbesitz innerhalb der Stadtmauern zu erlangen. Und noch im Jahre 1532 traf die Erlaubnis ein, im kaiserlichen Schlegel- und Tändlgarten eine Reihe Häuser und Häuschen erbauen zu dürfen. Freilich bildeten die Neubauten kein Eigentum der Siedler: diese waren Untergebene, Holden des Kaisers. Erst im Laufe des Jahres 1539 wurden die Häuser auf eine Eingabe den einzelnen Ansiedlern als Erbeigentum zugesprochen, so daß sie nun auch, wenn sie einen kaiserlichen Befehl vorwiesen, an Gewehr geschrieben werden konnten. Sie hatten selbstredend alle Lasten der Stadt mitzutragen und konnten des Bürgerrechtes teilhaftig werden.

Ferdinand hatte am 24. Februar 1538 zu Großwardein einen Frieden mit Zápolya geschlossen; allein der Ungarkönig aus Siebenbürgen starb bald nachher, und nun erklärte Soliman Ungarn überhaupt als seinen rechtmäßigen Besitz. Wiener Neustadt blieb nun wohl anderthalb Jahrhunderte vor einem unmittelbaren Anprall der Türken verschont. Aber die Ausrüstung, das Vorbereiten gegen einen allfälligen Ansturm dauerte fort, und es mußten die gleichen Maßnahmen zur Sicherung der Stadt immer und immer wiederkehren. Eine nicht zu unterschätzende Verstärkung aller Verteidigungsmittel bildeten die Schützen, Schützenmeister und Schießgesellen, die schon bei der Belagerung der Stadt von 1487 das Ihrige geleistet hatten, seit 1505 ihre Fahne besaßen und fortgesetzt übten und schossen. Vom Jahre 1542 an bewilligte der Rat ihnen jährlich einen Preis zu einem Preisschießen. Dies dauert durch die ganze Türkenzeit und darüber hinaus, lange Zeit aus einem Hosentuch bestehend.

Im Jahre 1535 handelte es sich um die Stadttore, und nahm am 3. Februar Ferdinand die Stadt gegen zu hohe Anforderungen des Kriegsrates in Schutz.²⁾ Am 2. September 1541 berichtet er, daß „der türkisch Kaiser in Person“ nach Ofen gekommen und die Stadt eingenommen habe, und mahnt, alles zur Sicherung von Neustadt zu tun, da die Türken bereits gegen Raab und Ungarisch-Altenburg ziehen.³⁾ Im Jahre 1543 — es ist ein kritisches Jahr — beschließt der Rat am 18. Februar, bei allen Bürgern und Inwohnern zu untersuchen, ob sie mit Vorräten für ein Jahr versehen sind, und am 13. März, daß bei jedem Stadttore eine Rotte zur genauen Überwachung aufgestellt werde. Es wird eine Zählung der waffenfähigen Mannschaft vorgenommen, und das Verzeichnis vom 15. Juni 1543 gibt uns wünschenswerte Auskunft über manche Fragen. Es zählt 250 Bürger, 250 Knechte (bei jedem Bürger einen) und 150 Inwohner, somit 650 Mann. Die Tagwerker, Benefiziaten, Klosterleute, die Dienstpersonen der unverheirateten Bürgerinnen sind hiebei nicht mitgerechnet, und die 650 Personen stellen offenbar nur die Mannschaft dar, die pflichtgemäß und unbedingt zu den Waffen greifen muß. Sicherlich haben nicht wenig Bürger mehr als einen Knecht gehabt. Außer dem Vorrat auf ein Jahr für das Haus muß von den Bürgern auch ein Vorrat für das Kriegsvolk angeschafft werden. Bei den Inwohnern werde die Mittellosigkeit dieser Weisung Schranken setzen. Für

¹⁾ D. 1 a.

²⁾ CXVI, 3/5.

³⁾ H. 8, 11/1.

den Bischoffhof, für das Deutsche Haus und für die Klöster hat dieser letzte Auftrag keine Geltung. An Verteidigungswaffen nennt das erwähnte Verzeichnis: Auf dem Berg beim Zeughaus: 2 eiserne Dorndrat,¹⁾ 1 Scherpentin,²⁾ 3 eiserne Steinbüchsen; auf den Mauertürmen: 10 Falkonette,³⁾ 1 Terresl,⁴⁾ 200 Haken. Im Zeughaus sind: 1 kupfern Haufnetz,⁵⁾ 3 eiserne Kammerbüchsen,⁶⁾ 2 kupferne Hagelgeschöß, 8 eiserne Steinbüchsen, 15 eiserne Streichpüll.⁷⁾ Der Neunkirchnerturm, so wird bemerkt, ist dem Zeugwart Matthäus Zeller übertragen. Wir erfahren ferner aus einem Verzeichnisse, welche Herrschaften, welche Ortschaften zu der Stadtrobot herangezogen wurden.⁸⁾ Da werden aufgezählt: der Bischof (der Stadt), der Abt (des Neuklosters) beziehungsweise deren Holden, die Untertanen des Rentmeisteramtes und des (Rentmeisters) Hohenkircher, die Holden der Burg von Neustadt zu (Klein-)Wolkersdorf, zu Püttenberg, die Holden des Pfarrers daselbst, Sebastian von Königsberg zu Bromberg, die Witwe Tonräd zu Ternberg, Karlowitz zu Sticklberg, der Kunigspurger zu Schwarzenbach, Teufel zu Landsee und Krotendorf, Puchhaim zu Kirchschlag und zu Krum-pach, weiter Saubersdorf,⁹⁾ Edlach, Aspang, Rambenschüssel zu Feistritz, die Frau zu Kirchberg (am Wechsel), des Pfarrherrn von Stubenberg Holden daselbst, Sax von Sachsenhof, Holzel zu Kronigberg, Wartenstein, Schadwien und Clamb, Reichenau, der Pfarrer zu Prückles, der Propst zu Gloggnitz, Wurm-brand zu Stuppa, Ursenpeck zu Potscha, Neidegger am Hof, Stixenstein, die Holden zu Saubersdorf und Edlach, die des Perner Amtmannes zu St. Johann und zu Weikersdorf, Neunkirchen, der Pfarrer zu St. Lorenzen, der von Göß, der Amtmann zu Hetmannsdorf, Würflach, Pogl zu Rotengrub, der Abt am Munichhof zu Seckau gehörig, Gerasdorf, Saubersdorf, der „Druchsatz von Tachenstein“, des von Reun Holden zu Weikersdorf, der Perner Wolfenreut zu Emmerberg.

Es ist der ganze Landgerichtssprengel von Wiener Neustadt, der bei den Befestigungsarbeiten der Stadt mitroboten muß.

Es wurde rasch an die Arbeit gegangen, zu welcher der Stadt auf Befehl Ferdinands 1000 Gulden von verschiedenen Strafgeldern überwiesen wurden. Auch der Steuerzuschlag der Priesterschaft trug etwas. Im Jahre 1542 waren es 30 Pfund, 2 Schilling.¹⁰⁾ Freilich aus freundnachbarlichen Rücksichten war manches dazwischengelassen, was den Sicherungswerken eher hinderlich als förderlich war. Im Jahre 1542 hatte der Rat mehreren Bürgern auf ihr Ansuchen erlaubt, ein „Steigel“ durch das Fleischhackertor zu schlagen und ein Brückel über den Graben zu bauen. Das blieb aufrecht, obzwar es im Falle einer plötzlichen ersten Gefahr unabweislich neue Arbeit verursachte. Am 12. Jänner 1543 beschließt der Rat einen Ruf zu erlassen, daß niemand mit Wehr in die Stadt eintrete. Die Waffen müssen in der Herberge bleiben, was am Tore genau beachtet werden solle. Am 15. Juli 1543 kündigt der Hofkriegsrat den Neustädtern an,¹¹⁾ daß der Kaiser dem Bischof Gregor Angerer, dem Gabriel Creytzer und dem Hauptmann Georg von Wolfenreuth befohlen habe, bei diesen „Zeitläufen“ in Neustadt zu bleiben; Neustadt

1) Ein kleineres Eisengeschütz.

2) Auch Schlange genannt, Geschütz mit langem Rohr.

3) Kleines Geschütz, das von einem Pferde in der Gabel geführt wurde.

4) Terrasbüchse, Schlange.

5) Ein handames Geschütz zum Schleudern von Steinen.

6) Mörser mit angeschmiedeter Kammer.

7) Wahrscheinlich eine Bezeichnung für ein bestreichendes Geschütz.

8) Das Verzeichnis H 8, 19, ist zwar nicht datiert, stammt jedoch nach Schrift und Text aus der gleichen Zeit.

9) Später nochmals genannt.

10) CXX, 35.

11) Qq. 9/2.

möge den Männern in jeder Weise entgegenkommen, behilflich sein. Sie hatten somit gewiß mit der Gestaltung der Verhältnisse, mit dem Kommando zu tun. So faßte es auch der Rat auf und wehrte sich in einer Eingabe vom 20. Juli 1543 dagegen, daß der Bischof Stadthauptmann werde, da er mit der Stadt in Streit sei.¹⁾ Schon am 24. Juli wurde hierauf geantwortet, daß die drei genannten Personen einander nebengeordnet seien und daß durch die ganze Sache dem Verhältnisse der Stadt zum Bischof keineswegs präjudiziert werde.²⁾ Schon am 9. November desselben Jahres kommt eine neuerliche Mahnung des Hofkriegsrates, ja bei den Stadttoren genaue Aufsicht wegen des Einlasses bezüglich der Fremden zu üben.³⁾ Am 17. Jänner 1544 trifft abermals eine Zuschrift des Hofkriegsrates ein, welche die Verwendung eines Strafgeldes für die Stadtbefestigung in Aussicht stellt,⁴⁾ und am 17. Juli wird diese Verwendung als vom König erlaubt mitgeteilt.⁵⁾ Die Zuschrift vom Jänner berührt zugleich die Frage betreffs der Heranziehung der Benefiziaten zur Mithilfe und zur Arbeit, und am 27. Mai wird der Stadt kundgemacht, daß für die Entscheidung über diese Frage Gabriel Creytzer und Georg von Wolfenreuth als Kommissäre bestimmt seien.⁶⁾ Das Jahr 1545 bringt wieder einen Erlaß vom Hofkriegsrat, die Bürgerschaft zu beauftragen, daß sie Platz für die Unterbringung von Proviant bereit halte.⁷⁾ Ein besonderer Erlaß dieses Jahres (vom 11. Februar) trägt dem Neukloster auf, eine Kapelle im Kloster zur Unterbringung des Pulvers einzuräumen,⁸⁾ und laut Zuschrift vom 28. Februar 1547 soll es wieder einen Ort zur Unterbringung von Proviant beistellen.⁸⁾

Unsere Stadt war auch trotz ihrer Ausnahmsstellung zu Kriegsleistungen in der Ferne gehalten. So läuft im Jahre 1542 eine Nachricht vom 17. September ein, daß für das stehende Heer gegen die Türken noch Leute zum Schanzen notwendig sind, und dazu seien 25 Personen auf Wiener Neustadt angeschlagen. Dieselben seien unter Führung eines tauglichen Mannes nach Bruck an der Leitha zu schicken, wo sie am 24. September einzutreffen haben.⁹⁾ Als Lohn werden ihnen monatlich 3½ Gulden gesetzt, eine für die damalige Zeit nicht schlechte Bezahlung. Im Herbst 1546 soll Neustadt 2 ledige Rosse mit Geschirr und 5 mit je 4 Rossen bespannte Wagen nach Wien schicken, wo sie am 24. September ankommen sollen. Der Rat bestimmt die Begleitpersonen.¹⁰⁾

Daß daneben auch die Zahlung der Kriegssteuer, der Türkensteuer, eine Landesauflage lief, die trotz der Versuche der Stadt mit dem Hinweis auf ihre privilegierte Stellung, sich von dieser Leistung loszuschrauben, entrichtet werden mußte, ist beinahe selbstverständlich; und von dieser Verpflichtung waren auch die Klöster nicht ausgenommen, wie mehrere Mahnschreiben: vom 10. April 1544, vom 10. März 1547, während Georg von Reith Verweser der Hauptmannschaft in Neustadt war, vom 6. Juni 1548 und vom 5. Februar 1549, an das Kloster zu St. Jakob hier beweisen.¹¹⁾ Es wird die Begleichung eines Kriegsanschlages, eines „Rüstgeldes“ und eines „Wart-

1) Qq. 9/3.

2) Qq. 9/4.

3) Qq. 10/4.

4) Qq. 12/5.

5) CXV, 7/16.

6) Qq. 12/6.

7) CXVI, 7/4.

8) NKA.

9) RB. I, 58.

10) CXV, 9/1.

11) XLII, 11 b/1, 4, 5, 6.

geldes“ verlangt,¹⁾ letzteres für die allfällig nötig gewordene Verlängerung der Präsenz der Kriegsmannen.

Ein paar Militaria, welche den Charakter der Zeit kennzeichnen, sollen noch hier Platz finden: zunächst ein Befehl des römischen Königs an den Rat von Neustadt vom 27. September 1538, mehrere Kriegsknechte, die sich „verweislich“ gegen ihren Hauptmann benommen, und alle, die sich Ähnliches zuschulden kommen lassen, in Haft zu nehmen;²⁾ dann sei neuer Bescheid abzuwarten. Weiter traf 1543 ein Befehl des Hofkriegsrates vom 18. August ein, die italienischen und spanischen Hauptleute, Fähnriche, Oberstwaibl, die nicht mit Pässen versehen seien, ebenfalls gefangenzunehmen.³⁾ Es war ja die Möglichkeit da, daß sie auf die feindliche Seite übergingen. Die damaligen Krieger sind keine Vaterlandsverteidiger.

Im Jahre 1547 kam wohl mit dem Sultan ein Waffenstillstand zustande, der auf fünf Jahre lautete. Aber schon während dieser Dauer trat wiederholt die Gefahr des neuerlichen Kriegsausbruches nahe. Und kaum war die Frist abgelaufen, so erhob sich sofort der Waffenlärm, das Kriegsgeschrei. Und die Sicherungsarbeiten bei der Stadt mußten fort dauern; sie sollten auch während der Zeit der Waffenruhe nicht unterbrochen werden. Doch scheint von seiten der Regierung eine Pause eingetreten zu sein, so daß der Rat von Wiener Neustadt sich in einer Eingabe vom 21. Juli 1548 an den König wandte und unter anderem bat, daß die Befestigung der Stadt vollendet werde. Erst im Jahre 1551, der Waffenstillstand ging bald zu Ende, ist man wieder an der Arbeit. Es liegen zwei Zuschriften von Johann Tscherte vor, eine vom 15., die andere vom 18. September.⁴⁾ In jener spricht der Befestigungsmeister über die Preise, weist auf das neue Maß, die neue Klafter mit 6 Schuh zu 12 Zoll hin (die Klafter hatte bisher 5 Schuh); die zweite, eigenhändige Zuschrift Tschertes bringt einen vollständigen Kostenüberschlag für die ganzen Befestigungsarbeiten:

1. Die Bastei bei St. Jakob erfordert	18.312	Gulden	
die Nebenarbeiten	3.010	„	
	<hr/>		
	zusammen .	21.312	Gulden
2. Der äußere Wall vor dem Stadtgraben,			
namentlich an den Stadttoren, kostet	33.405	„	14 Kreuzer
nach einer billigeren Methode	30.338	„	56 „
3. Die Wasserschwellung	600	„	

Bezüglich einer weiteren Wehr werde erst am Hofe beraten.

Mit diesem Programm wurde die Arbeit begonnen.

Selbstredend setzen sich auch die Kriegssteuern während der Waffenruhe fort. Am 15. Februar 1549 verständigen die niederösterreichischen Verordneten den Rat, daß die für das Kriegswesen bewilligten Ausgaben der Landschaft Niederösterreich für Wiener Neustadt 10 Pfund 2 Schilling 28 Pfennig betragen. Es wird ersucht, den Betrag in möglichst großer Münze auszubezahlen, und erläuternd wird hinzugefügt, daß sich die Summe auf

1) Nach der Mahnung von 1544 sind 1 Schilling 23 Pfennig Rüstgeld und monatlich 15 Pfennig Wartgeld halb zu Pfingsten, halb zu Jakobi zu zahlen. Die zweite Mahnung verlangt 2 Pfund 25 Pfennig Kriegsanschlag, 1 Schilling 21 Pfennig Rüstgeld und für jeden Monat 22 Pfennig Wartgeld, zu Pfingsten zu entrichten; laut der dritten Mahnung sind 2 Pfund 25 Pfennig Kriegsanschlag halb zu Bartholomäi, halb zu Martini, nach der letzten 6 Pfund 1 Schilling, 25 Pfennig Kriegsanschlag halb zu Pfingsten, halb zu Martini zu bezahlen.

2) LXXIII, 1/1 a.

3) CXVI, 9/1.

4) Hh. 16.8. — In einer dritten Zuschrift vom 19. September erklärt er sich nur aus seinem „unfleis“ als Ursache eines Mißverständnisses der Werkleute (Hh. 16/10a).

das „Rüstpferd“ nicht bezieht, daß für dieses also noch eine eigene Beschreibung zu erwarten ist. Dieselbe ist nicht erhalten, beläuft sich jedoch nach dem Vergleich mit anderen Jahren auf etwa 1½ Pfund Pfennig.

Als ein Schritt für die Sicherung der Stadt ist es auch zu deuten, wenn dem Türmer am 27. November 1550 vom Rate verboten wird, fremde Leute auf den Turm zu lassen.¹⁾

II.

Am 14. April 1550 war ein Wechsel in der Verwaltung der Hauptmannschaft Neustadt eingetreten: an die Stelle des Hans Hohenkircher wurde Georg Weltzer ernannt.

Mit dem Jahre 1552 begann wieder eine Zeit voll Kampf und Wirren. Schon anfangs August dieses Jahres hatte sich der Rat anheischig gemacht, zu dem „Notgebäu“ der Stadt auch einen Geldbeitrag von 500 Gulden zu leisten; dieses „Notgebäu“ war wohl ein außerhalb des Programms stehendes Objekt, vielleicht die von Neustadt gewünschte achte Bastei, die nur mündlich vereinbart wurde und in der Schrift nicht näher bezeichnet ist — am wahrscheinlichsten zur Sicherung der Stadtmühle gedacht. Die Antwort der niederösterreichischen Kammerräte vom 17. August 1552²⁾ zeigt, daß man diesen Gedanken erweiterte: es sei des Königs Befehl, mit dem Bischof und den Benefiziaten, mit dem Neukloster und den Paulinern, mit dem Deutschordenskomtur Gabriel Creytzer sowie mit Herren von Adel in Wiener Neustadt wegen der Beiträge zu diesem Zwecke zu verhandeln. Über den Erfolg des Unternehmens verlautet nichts weiter: die Sache ist wahrscheinlich wieder liegen geblieben, wie auch andere Anläufe. Dagegen wird von den Geldforderungen des Landes für den Türkenkrieg in einigen Zuschriften der nächsten Jahre gesprochen. Schon im Jahre 1552 war der Landschaft eine Abgabe von je 2½ Gulden für drei Jahre bewilligt worden, wofür auf Neustadt im ganzen 15 Pfund Pfennig gelegt wurden. Am 10. Februar 1553, also im zweiten Jahre, schreiben die niederösterreichischen Verordneten, daß diese Gülden für das zweite Jahr sich für Neustadt auf 25 Pfund 13 Pfennig belaufen. Davon seien 20 π 2 β 8 ſ von den Untertanen einzuheben, dagegen 4 π 6 β 5 ſ aus eigenem Säckel zu bestreiten. Diese Summe erstrecke sich nicht auf das Rüstpferd, daher sei, und zwar aus dem eigenen Säckel, noch das Rüstgeld mit 1 Pfund 4 Schilling 17 Pfennig und das Wartgeld mit 10 Schilling 21 Pfennig zu zahlen. Die Einhebung dieser Hilfe gegen die Türken wird der Stadt selbst überlassen, wie eine Zuschrift der niederösterreichischen Verordneten einmal — am 29. Dezember 1556 — ausdrücklich betont.³⁾ Die Stadt benennt vier Bürger und schickt dieselben nach Wien, wo mit denselben wegen der Entlohnung für diese Tätigkeit unterhandelt wird.⁴⁾ Zwei davon sollen eben die Türkensteuer, zwei aber andere Umlagen einheben.

Den bestellten Einnehmern war eine Entschädigung in Aussicht gestellt; die beiden Neustädter Türkensteuereinnahmer verlangten indes nicht weniger als zusammen 100 Pfund Pfennig. Die Stände hatten nur 20 Pfund angeboten, da die Gesamtsumme der Steuer im ganzen Lande bloß die Höhe von 1200 Pfund Pfennig erreichte. Eine Zuschrift an den Rat von Wiener Neustadt vom 6. Jänner 1557⁵⁾ betonte dies und erteilte den Auftrag, nach

¹⁾ RB. Der Türmer, der diese Anordnung übertreten, wird sogar einen Tag in den Rats-turm gesperrt.

²⁾ Qq. 16/6.

³⁾ F. 25/1.

⁴⁾ CXVI, 3/6. Es sind Christoph Marb, Georg Rieder, Leopold Praunseisen und Vinzenz Ruttner.

⁵⁾ CXVI, 3/7, 8.

diesem Antrage mit den bestellten Einnehmern zu unterhandeln. Auch die Saumseligkeit des Vorgehens, die Unpünktlichkeit in der Einsendung der gesammelten Beiträge, die alle zwei Monat erfolgen sollte, war zu bemängeln und gab zu wiederholten Mahnungen Anlaß.

Schon am 24. Jänner 1556 war auch ein Befehl Ferdinands an die Stadt ergangen,¹⁾ eine schärfere Aufsicht an den Stadttoren zu üben, da namentlich an den Markttagen Kroaten, Ungarn ungehindert in die Stadt kommen, was bei diesen gefährlichen Zeiten verhängnisvoll werden könne. Der Rat antwortet am 1. Februar, daß schon Befehle zur Abstellung dieses Mangels ergangen seien, und bekennt sich damit eigentlich schuldig. Vorübergehend wurde auf fälschliche Gerüchte ein neuer Heranzug der Türken befürchtet und deswegen sogar die Kapelle in Zemendorf samt den umliegenden Gebäuden zerstört, wie das bischöfliche Notizbuch unter dem 20. März 1556 vermerkt. Vom März 1558 an verstummen indes die Klagen, und im Jahre 1562 erreichte Kaiser Ferdinand, freilich gegen Zahlung eines Tributs, einen achtjährigen Frieden mit der Türkei.

Noch einer anderen wichtigen Persönlichkeit soll kurz gedacht werden: des kaiserlichen Zeugwarts Matthias Zeller, der in dieser Stellung von 1554 an oft erwähnt wird und bei der Sicherung der Stadt viel Umsicht entfaltete. Ihm hatte der Kaiser am 7. August 1554 auf die Palliermühle vor dem Wienertore das Kaufrecht verliehen, das er jedoch am 1. Oktober 1555 mit Bewilligung des Verwalters der Hauptmannschaft Wiener Neustadt, des Truchseß Georg Wöltzer, wieder veräußerte.²⁾ Dem Wöltzer folgte in der Verwaltung der Hauptmannschaft der Stadt Ulrich von Scharfenberg, der in dieser Stellung am 21. Dezember 1562 genannt wird.

Mit dem Tode Kaiser Ferdinands im Jahre 1564 betrachtete der Sultan auch die Friedensvereinbarung mit demselben als gelöst, und Krieg und Wirren mit der Türkei und gleichzeitig mit Siebenbürgen begannen von neuem. Die Abgaben, die Leistungen für Krieg und Stadtbefestigung laufen gleichmäßig fort. Für die Jahre 1565 und 1566 werden 16.000 Gulden zur Förderung von Notbaulichkeiten gefordert, wovon ein entsprechender kleiner Teil auch auf Wiener Neustadt entfällt.³⁾ Es haben je 30 Untertanen einen bewehrten Büchschützen zu stellen, zu dessen Erhaltung auf jedes Haus im Lande 24 Kreuzer angeschlagen werden.⁴⁾ Für 1566 werden von den zu liefernden Rossen und Wagen zwei wohlbespannte Wagen auf Wiener Neustadt geschlagen.⁵⁾ Auch sei der zehnte und der fünfte gemeine Mann zu mustern und bereit zu halten. Die Pferde seien für das Viertel unter dem Wienerwald zu Neustadt zu sammeln.⁶⁾

Eine Musterung von diesem Jahr ergab im Deutschherrnviertel 169 Mann Bürger, Inwohner und Handwerksgesellen, darunter 70 Bürger, die noch überdies 77 Rüstungen für andere zur Verfügung haben; im Frauenviertel 132 Mann, darunter 68 Bürger; die beiden anderen Viertel zusammen auch auf 300 veranschlagt,⁷⁾ ergibt rund 600 waffenfähige Streiter. Sie bilden im Deutschherrnviertel und im Frauenviertel je acht Rotten, im Minorisviertel zehn, im Dreifaltigkeitsviertel sechs Rotten unter je einem Rottmeister. Für das Jahr 1567 entfallen von einem Vermögens- und Besitzanschlag auf Neu-

1) Dd. 101/1.

2) XIX, 187.

3) Je 3 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ β .

4) LXXII, 2/3.

5) CXV, 9/2.

6) LXXII, 2, 6. Für das Viertel ob dem Wienerwald ist St. Pölten, für das Viertel unter dem Mannhartsberg Korneuburg, für das Viertel ob dem Mannhartsberg Horn der Sammelort für die zu stellenden Pferde.

7) Nicht vorhanden.

stadt zehn Wagenrosse und zwei Wagen.¹⁾ Ein Schuldschein Maximilians vom 17. November 1564 gegen Neustadt über 2000 Gulden²⁾ bezeugt, daß die Geldnot auch das Haus des Landesfürsten heimgesucht hat.

Daß es um die öffentliche Sicherheit nicht gut bestellt war, entnehmen wir aus dem Befehle Maximilians II. vom 5. August 1564 an Neustadt und an alle Interessierten, die Semmeringstraße gegen alle Angriffe zu sichern.

Ein Edikt vom Jahre 1566 verpflichtet unter anderem die Neugeadelten, die persönliche Teilnahme am Feldzug aus eigener Tasche zu zahlen. Das Interesse für diese Sache erstreckte sich auch auf unsere Stadt; wir brauchen nur daran zu erinnern, daß ja der frühere Bürgermeister Martin Puschmann³⁾ im Jahre 1556 in den Adelsstand erhoben worden war. Und so bat der Rat um eine Erläuterung, die ihm am 7. Juli 1566 durch eine Zuschrift, decretum per imperatorem zuteil wurde: daß dies nämlich die Mitglieder des inneren Rates und der Schranne, die Gerichtspersonen nicht angehe. Auch für jene, die ein besonderes städtisches Amt bekleiden, sei dies nicht Pflicht, sondern freier Wille.⁴⁾

Unterdessen waren vom Jahre 1557 an neue Verhandlungen wegen Erreichung eines Friedens mit der Türkei im Gange. Ein Erfolg derselben war aber lange zweifelhaft. Während dieser Verhandlungen desertierten Italiener aus dem Bagno, von denen einzelne auch in Neustadt gefangen wurden.⁵⁾

Am 17. Februar 1568 kam endlich zu Adrianopel der Friede wirklich zustande, und zwar abermals auf acht Jahre.

Da waren die Beschlüsse der niederösterreichischen Verordneten über die Landesabgaben für das Jahr 1568 schon fertig: mit doppelter Gült, Rüstgeld und Wartgeld. Und es entfielen auf Neustadt für dieses Jahr, wie am 31. März mitgeteilt wurde:⁶⁾

von der doppelten Gült	31	Pfund	2	Schilling	26	Pfennig
dazu ferner an Rüstgeld	4	„	5	„	29	„
und an Wartgeld	1	„	7	„	25	„

Man konnte auch bei der Befristung der Friedenszeit und trotz der in Aussicht stehenden acht Jahre kaum auf die Fortsetzung der Zurüstungen verzichten. Für 1569 wird von Niederösterreich abermals eine neue Steuer vorgeschrieben, die „persönliche Hilfe“, welche für jede Person, auch für Kinder über zehn Jahre vierteljährlich 6 Pfennig beträgt,⁷⁾ was für unsere Stadt wenigstens 200 Pfund Pfennig ausmacht.

Für das Jahr 1568 war als besonderes Bedürfnis ein „Notgebäu Raab“ hervorgehoben worden. Am 5. September desselben Jahres wird vom Hofe verlangt, daß unsere Stadt zu einem Bau zu Kanischa zehn Zimmerleute schicke.⁸⁾ Dann läuft ein Befehl vom 26. April 1570 ein, zwei Wagen mit je vier guten Rossen nach Wien zu schicken, wo sie am 3. Mai einzutreffen haben.⁹⁾ So gehen die Forderungen weiter. Eine wichtige Rolle spielt bei dem Kriege das Pferd, dessen Ausfuhr daher von 1566 an wiederholt von einer besonderen Erlaubnis abhängig gemacht wird (1566, 1570, 1574, 1576).

1) LXXII, 1/4.

2) W. 169/1, mit eigenhändiger Unterschrift; das Kapital war mit 7% zu verzinsen und nach zwei Jahren zurückzuzahlen.

3) Siehe unten.

4) XIX, 161.

5) Siehe den Bericht des Rates vom 29. August 1566.

6) LXXII, 2/8.

7) J. 280/1.

8) LXXIII, 2/21.

9) CXV, 9/3.

Hier muß eine Episode eingeschaltet werden, die zwar für das innere Leben der Stadt und für deren Entwicklung nicht schwer in die Wagschale fällt, jedoch von politischer Bedeutung ist: die Gefangenschaft des Sachsenherzogs Johann Friedrich. Derselbe hatte sich einem dem Kaiser feindlichen Bund angeschlossen und sollte dieses Unterfangen mit lebenslänglicher Haft büßen. Er war hiefür schon im Jahre 1567 vorübergehend nach Neustadt gebracht, dann aber nach Preßburg übersetzt worden, wo er einige Jahre verweilte. Dann wurde er nochmals, wohl zu größerer Sicherheit, nach Neustadt überstellt, wo er mehr als 20 Jahre, 1571 bis 1596, verblieb. Verschiedene Bestrebungen desselben, frei zu werden, blieben erfolglos. Die Haft war überwacht, aber nicht hart. Johann Friedrich lebte bis 1590 in der Burg hier, hatte seine Bedienung, sogar einen kleinen Hofhalt, seine Gemahlin Elisabeth durfte bei ihm verweilen, und sie teilte treu seine Gefangenschaft bis zu ihrem Tode, der im Jahre 1594 erfolgte. Der Herzog verkehrte mit den Bürgern, borgte auch Geld von ihnen.¹⁾ Man gestattete ihm sogar, in einer für die damalige Zeit ganz außerordentlichen Toleranz, einen evangelischen Priester, der auch in der Sache der Reformation und Gegenreformation in Neustadt nicht ganz ohne Einfluß war. Er hatte eine Wohnung außerhalb der Burg, anfänglich im „Thonradlschen Freihaue“. ²⁾ 1592 wurde ihm ein dafür erbautes Zimmer in der Zeughauskaserne angewiesen, wohin auch der Herzog im Jahre 1590 versetzt worden war. Auch ein Garten in der Vorstadt stand ihm zur Verfügung; er hatte denselben gepachtet.³⁾

Wie wir dem Ende der Friedensjahre näherkommen, werden die Mahnungen zur Sicherung der Stadt wieder häufiger und dringender. Schon im Jahre 1573 erfließt am 19. Mai ein Befehl wegen fleißiger und genauer Nachtwacht, am 3. Oktober ein Auftrag wegen Vernehmung mit Getreide, der am 1. September 1574 wiederholt wird.⁴⁾ 1574 wird ferner am 27. Jänner von der niederösterreichischen Landschaft die Überschickung von Rossen, Ochsen und Wagen, am 24. Februar die Beistellung des Stadtzimmermanns auf zwei Monate für den Bau einer „Mühle“ bei Raab gefordert.⁵⁾

Am 10. August und am 30. Oktober 1575 wird der Stadt neben der Mahnung, sich mit allem für den Krieg bereit zu halten, noch angekündigt, daß Wiener Neustadt ein Musterplatz für die Aushebung jedes 30. Mannes werden soll.⁶⁾ Das Bestreben Maximilians II., eine Verlängerung des Friedens zu erreichen, hatte wohl im November 1574 zum Ziele geführt; allein es nützte nichts, da schon im Dezember der den Frieden abschließende Sultan Selim starb, was die ganzen Vereinbarungen über den Haufen warf. Leider schied im Jahre 1576 auch Maximilian II. aus dem Leben und — sehr zur Unzeit! — bestieg der schwache, schwermütige, tatenscheue Rudolf II. den Thron der Habsburger und jenen des Deutschen Kaiserreiches. In Fällen der Not mußte man sich an andere Mitglieder des Herrscherhauses wenden, an Erzherzog Karl von Steiermark, einen Onkel des Kaisers, an die Brüder Rudolfs, Ernst, Maximilian III., den Großmeister des Deutschen Ordens, und an Matthias, die allmählich ganze Zweige der Herrschertätigkeit übernahmen, bis schließlich Matthias allein der eigentliche Regent der habsburgischen Länder wurde. Auch unsere Stadt hat wiederholt diesen Weg einschlagen müssen. Wohl war es auch bei der Hohen Pforte schon seit dem Tode Solimans (1566) nicht gut bestellt, und der alte achtjährige Friede

1) Siehe die Zuschrift der deputierten Räte vom 5. November 1594 an Neustadt (Yy. 39).

2) Herzog Leopoldstraße 30.

3) 1592 sollte der Pacht gekündigt werden.

4) Qq. 25/1, 2.

5) Qq. 24/1, 6.

6) Qq. 26/2.

wurde nach Ablauf seiner Frist ein paarmal verlängert, 1584 und 1592. Gerade da hätte ein tüchtiger Gegner viel und Bedeutendes erreichen können. Unter den erwähnten ungünstigen Verhältnissen und bei der Zersplitterung der Herrschergewalt war trotz einzelner nicht geringfügiger Erfolge alles Mühen vergeblich. Zuchtlose Scharen des osmanischen Reiches, aber auch des ungarisch-siebenbürgischen Staates streiften durch das Land und ließen es nicht zur Ruhe kommen. So blieben daher auch einzelne friedliche Versuche zu Vergleichsverhandlungen, die eine Annäherung der Bevölkerung hätten herbeiführen können, gleich in den Anfängen stecken. Auch die Bemühungen des Verwalters der Neustädter Burghauptmannschaft Balthauser Christoph Thonradl zu Ternberg und Rechberg nützten nichts. So gab die Regierung am 7. Oktober 1573 kund, daß eine Kommission zur Feststellung der österreichisch-ungarischen Grenze bestimmt sei: es soll alles bereitgehalten werden.¹⁾ Und im nächsten Jahr, am 19. Juni 1574, heißt es, daß es sich um einen Vergleich von Wiener Neustadt mit mehreren Orten in Ungarn handle, daß hiezu, da die ungarischen Kommissäre zu der schon früher bestimmten Vergleichungskommission nicht erschienen seien, eine Generalkommission bestellt sei, die im August ihre Tätigkeit beginnen und das Ganze durchführen werde. Man möge alles vorbereiten.²⁾ Aus beiden Anläufen ist nichts geworden.

So ist es nicht zu verwundern, daß die niederösterreichische Landschaft von ihren Bewohnern die früheren Kriegsabgaben einfordert, ja dieselben sogar erhöht. Der Auftrag der Verordneten vom 25. April 1576³⁾ an Wiener Neustadt verlangt die doppelte Gült, auf je 100 Pfund Pfennig ein gerüstetes Pferd, im Bedarfsfalle zwei Pferde, bis in das dritte Monat, und da die Neustädter Gült nicht bis 100 Pfund Pfennig steigt, das Rüstgeld und das Wartgeld dafür; er verlangt ferner 24 Pfennig von jedem Haus anstatt des 30. Mannes. Für jedes Pferd sind monatlich 12 Gulden, für vier Monate 48 Gulden zu entrichten. Dazu kommt eine Neuhilfe zur Bezahlung der Schulden des Kaisers, für Neustadt eine Summe von 1 Pfund 2 Schilling 15 Pfennig. Die ganze Forderung wiederholt sich am 16. Juli 1577,⁴⁾ ebenso am 21. April 1578. Doch enthält diese außer der Musterung des 30. noch jene des 10. und 5. Mannes.⁵⁾ Ein „Nachtragsgeneral“ vom 16. August teilt mit, daß die Musterungskommission in Neustadt am 8. September beginnen werde,⁶⁾ und eine weitere Zuschrift vom 19. August, daß auch die Gültpferde am 8. September gemustert werden.⁷⁾ Diese Verschärfung wegen des 10. und 5. Mannes bringen auch die Kundmachungen der folgenden Jahre.⁸⁾ Am 15. März 1577 hat eine Resolution Kaiser Rudolfs verlangt, jene Männer, die Kriegsrüstungsgewerbe treiben, festzustellen und das Verzeichnis der Regierung zu übergeben. Daß Wiener Neustadt der Ort für die Musterung der Gültpferde des Viertels unter dem Wienerwald blieb, ist ebenfalls nahelegend.⁹⁾

Eine wichtige Sache auch in politischer Beziehung ist der Eisenhandel, der von 1564, besonders aber von 1568 an einen lebhaften schriftlichen Verkehr der regierenden Ämter mit Wien, Wiener Neustadt, Mürzzuschlag

1) XCVII, 4/23.

2) XCVII, 9.

3) LXXII, 2/13 d.

4) LXXII, 2/13 f.

5) LXXII, 2/14.

6) Qq. 26/3.

7) LXXIII, 3/15.

8) So vom 20. August 1579, vom 25. Juni 1580, vom 20. April 1581 (LXXII, 2, 15, 17, 18) usf.

9) Siehe die Zuschrift der niederösterreichischen Verordneten vom 22. Mai 1586 (Qq. 24/1).

veranlaßt mit dem Grundgedanken, daß viel Eisen, anstatt Wien und Wiener Neustadt zu versorgen, nach Ungarn verführt werde; es bestehe die Gefahr, daß dasselbe den Feinden Österreichs zugute komme. Dabei finde auch ein unberechtigtes Steigen der Eisenpreise statt.

Am 8. Mai 1564 berichtet diesbezüglich der Rat von Neustadt an die Regierung: Viel Eisen, das über den Semmering komme, werde nicht nach Neustadt, wie bestimmt, sondern nach Kobersdorf, Ödenburg geführt, und hier herrsche Eisenmangel.¹⁾ An demselben Tage geht an die Eisenerzer Kommissäre eine Mahnung der niederösterreichischen Kammer, die noch weiter bemerkt, daß das Eisen schon zu Bruck an der Mur über die Satzung verkauft und ins Ungrische und Türkische verfrachtet werde. Weiter erwähnt eine Zuschrift Maximilians II. an seinen Bruder Erzherzog Karl von Steiermark, gegen die Hammermeister von Mürzzuschlag vorzugehen, welche die Eisenpreise eigenmächtig steigern und das Eisen statt nach Neustadt und Wien nach Ungarn abführen lassen.²⁾ Am 12. August 1574 wird den Neustädter Eisenhändlern von der Regierung der gleiche Vorwurf gemacht, daß sie das Eisen nach Ungarn verkaufen, während das Wiener Handwerk an Eisenmangel leide.³⁾ Am 4. Mai 1578 tadelt die niederösterreichische Kammer den Überreiter im Mürztal: er achte zu wenig darauf, daß das Eisen, das über den Semmering gebracht werde und das zur Versorgung von Neustadt, Wien, von dem ganzen Viertel unter dem Wienerwald dienen solle, zum großen Teil den Weg nach Ungarn nehme.⁴⁾

Eine wichtige Etappe in den Türkenkriegen bildet die Kriegsdienstordnung Kaiser Rudolfs II. vom Jahre 1579. Darin heißt es, die niederösterreichischen Städte sollen ein Fähnlein von 500 Mann rüsten und darauf monatlich 700 Soldi, jeden zu 4 Gulden, zahlen. „Was aber die von der Neustadt betrifft, da sie sonst nicht mitgelitten haben, aber es in ihrem Interesse ebenso ist, so solle derselben Gebürnis nit unter die gedachten 500 Mann fallen oder die 700 Soldi, sondern alß ain übermaß und sterckhung dargestellt, aber under der Burgerschaft Fendlen auch eingetailt werden.“ Das heißt: die bevorrechtete Sonderstellung von Wiener Neustadt wird theoretisch anerkannt, wurde auch in früherer Zeit praktisch berücksichtigt, Neustadt wurde mit manchen Kriegslasten verschont, obwohl es ebenfalls des Schutzes gegen den Feind bedarf; jetzt muß es auch Truppen stellen (deren Stärke nicht genannt wird), und dieselben werden an die Fähnlein des vierten Standes, der Bürgerschaft, angegliedert, zu deren Verstärkung sie dienen.

Die Ordnung wurde dem Rate durch Ferdinand Hofmann, Freiherrn zu Grienpichel und Strechau übermittelt, der damals Stadthauptmann war.

Vom Jahre 1592 an trat an die Stelle der herrenlosen und zuchtlosen Verheerungs- und Plünderungszüge wieder der regelrechte Krieg mit der Türkei, aber auch die immer wieder sich erneuernden Feindseligkeiten mit dem ungarisch-siebenbürgischen Staate, mit den Nachfolgern der Zápolya, den Báthory, mit Stefan Bocskay. Jedes Jahr weist dann seinen Feldzug aus. Die Befehle, Anordnungen mehrten sich bedeutend und erreichten in der Mitte der neunziger Jahre, dann in den ersten Jahren des folgenden Jahrhunderts je einen Höhepunkt.

Was zunächst die Mannschaft betrifft, so mußte Neustadt selbst von seinen Inwohnern eine Anzahl stellen; schon am 14. August 1591 heißt es einmal, als ob der Krieg seine Schatten vorausgeworfen hätte, den 30. Mann

¹⁾ CIII, 28/6.

²⁾ CIII, 35/8 a.

³⁾ Yy. 36/1.

⁴⁾ XI L, 27/1. „Lieber Überreuter“ redet man ihn an.

in Bereitschaft halten.¹⁾ Diese Forderung nach dem 30. Mann kehrt öfters wieder.²⁾ Ein anderes Mal ist es der 20.,³⁾ ein anderes Mal der 10.,⁴⁾ wieder ein anderes Mal der 5. Mann.⁵⁾ 1594 und 1595 wird sogar die Musterung des 30., 10. und 5. Mannes verfügt, während der Rat einmal beschließt,⁶⁾ den 50. Mann zu stellen, wodurch sieben Personen zum Heere gesendet werden konnten. Am 20. April 1592 wird die Mannschaft von Peisching gemustert und werden von 30 Personen 10, bei einer Nachmusterung am 30. Oktober 15 für kriegstauglich befunden.⁷⁾ Am 3. Juni 1594 verlangt Kaiser Rudolf tüchtige Leute zum Rudern von der Stadt; es werden noch an demselben Tage 26 Personen gesendet.⁸⁾ Auch in dem „General“ vom 28. Mai desselben Jahres zur Stellung von Schiffsleuten ist Neustadt inbegriffen. Auf einen neuen Befehl vom 24. Juli 1595 um 20 Personen bittet der Rat hier um Befreiung, da die mittellosen Leute wegen des schlechten Jahres alle weggezogen seien.⁹⁾ Es ist selbstverständlich, daß für den Militärdienst kein Bürger geschickt wurde, kein Bürger zu haben war, nur ärmere Inwohner in Betracht kamen.

Neustadt war aber auch ein Werbeplatz im allgemeinen. Im Jahre 1588 wurden hier sogar „einige Fähnlein“ für ein deutsches Regiment, für Erzherzog Maximilian III., geworben, der König von Polen werden sollte, und war hiezu ein eigener Befehl von Erzherzog Ernst aus Preßburg erflissen.¹⁰⁾

Am 9. April erläßt Rudolf II. einen Auftrag an Neustadt, da auch die Steyrer Werbungen vornehmen, dies erst zu gestatten, wenn das Inland, Niederösterreich, seine Werbungen beendet habe.¹¹⁾ Und noch in demselben Jahre gibt Erzherzog Matthias die Weisung an Neustadt, dem Hauptmann von Niederösterreich, Jakob von Pollitz, förderlich und behilflich zu sein, da er eine Anzahl deutscher Knechte in Niederösterreich anzuwerben beordert sei.¹²⁾ Eine Ordnung, wie es auf den Muster- und Abdankplätzen zu halten sei, erschien im Jahre 1601.¹³⁾ Daß auch die Edikte wegen Desertierungen keine Seltenheiten sind, ist ohne weiteres klar. Von Rudolf II., von Erzherzog Matthias kommen Aufträge wegen entlaufener wallonischer und italienischer Truppen.¹⁴⁾ Ein Befehl Rudolfs II. vom 7. Oktober 1596 an Neustadt spricht es offen aus, daß manche Geworbene nach Empfang des Monatssoldes und nach der Eidesleistung sofort davongehen, manche sich auch von den Hauptleuten loskaufen!¹⁵⁾ Das Jahr 1604 bringt ferner auf viele Beschwerden gegen die Soldaten und Landsknechte, die in Gruppen herumziehen und die Leute bedrängen, einen Erlaß Rudolfs vom 21. Februar 1604, der freilich nicht viel nützte.

Die Regierung macht auch wiederholt darauf aufmerksam, ein Spital für kranke und invalide Soldaten einzurichten und bereitzuhalten.¹⁶⁾

1) CXVI, 1/6.

2) So gleich am 5. und am 13. August 1592.

3) 1597, September 19 (CXVI, 1/15).

4) 1596, September 16.

5) 1599, Oktober 6 (CXVI, 3/17).

6) 1596, September 20 (RP.).

7) Pq. 27/2, 3.

8) Qq. 48/1, 2.

9) Qq. 63/2, 3.

10) Jänner 5 (H. 8, 55).

11) LXXIII, 4/9.

12) CXVI, 1/14.

13) CXXIII, 4.

14) Am 28. Juli, am 6. und 22. August 1595, am 20. September 1597, LXXIII, 4/2, 3, 4, CXVI, 9/7.

15) LXXIII, 4/10.

16) Siehe Befehl vom 4. Dezember 1595 (CXVI, 10).

Zu den Schritten wegen Sicherung der Stadt übergehend, wollen wir wiederholend daran erinnern, daß Neustadt seit 1532¹⁾ keinem feindlichen Angriff unmittelbar ausgesetzt war, daß in der nächsten Zeit viel geschehen war, daß im ganzen also mehr Nacharbeiten als neue Herstellungen erforderlich waren.²⁾

So wird am 9. September 1593 außer einigen Besserungen von der Notwendigkeit einer Brustwehr beim Neunkirchnertor gesprochen, am 20. Dezember 1594 teilt Erzherzog Matthias Neustadt mit, daß die Leitung der Besserungsarbeiten an der Stadtbefestigung dem obersten Zeugmeister Don Joan de Medicis übertragen wurde.³⁾ Für die betreffenden Herstellungen soll auch wieder die Umgebung zur Robot herangezogen werden, einschließlich derjenigen, die sich hereingeflüchtet haben. Schon in einer Ratssitzung vom 4. Oktober 1594 wird von Flüchtlingen gesprochen, die hier weilen. Und als die Türken und Tartaren mitten im Winter 1596 vor Ungarisch-Altenburg zogen, suchten viele Leute, besonders aus dem westlichen Ungarn, wieder Schutz hinter den Mauern unserer Stadt.⁴⁾ Am 8. Oktober 1596 gibt Rudolf kund, daß er zwei nahe bei Neustadt seßhafte Kommissäre, Andreas von Oberhaim und Alexander Brassicän, beauftragt habe, zu bestimmen, welche auf drei Meilen in der Umgebung von Neustadt wohnenden Landleute zu diesem Zwecke beauftragt werden sollen. Am 21. Juni 1597 geht sodann ein Befehl an die betreffenden Herrschaftsbesitzer selbst, ihre Untertanen zu verhalten, daß sie wegen der Feindesgefahr eine Woche für die Sicherung von Wiener Neustadt roboten; und am 25. Juni werden die Ortschaften aufgezählt, die hiebei gemeint sind: nicht weniger als 78 österreichische und 30 ungarische Dörfer und Märkte.⁵⁾ Als Baumeister wird laut Mitteilung vom 7. Oktober 1596 der Italiener Tarduzi bestimmt.⁶⁾ Eine gleiche Verfügung für die Teilnahme der Umgebung von Neustadt an den Stadtbefestigungsarbeiten durch die Robot wird am 19. März 1601 getroffen.⁷⁾

Die Beschlüsse des Rates selbst beziehen sich auf die Versicherung, Vergitterung der durch die Stadtmauer gebrochenen Fenster,⁸⁾ auf die Verstärkung der Wache an den Toren,⁹⁾ auf die Bestellung einer eigenen Wache für die Wiener Vorstadt.¹⁰⁾ Eine Eingabe an Erzherzog Maximilian bittet um die versprochene Ersetzung und Ergänzung des von Erzherzog Matthias der Stadt entnommenen Pulvers,¹¹⁾ worauf Matthias am 28. August 1601 der Stadt andeutet, daß man ihr genügend Munition sowie andere notwendige Verteidigungsmittel überlassen werde.¹²⁾

Zur Sorge um die Verproviantierung der Stadt sei auf die wiederholten Befehle aus dem Jahre 1594 hingewiesen, welche auf die fortwährend durchziehenden Kriegerscharen, deren Verpflegung gesichert sein müsse, das Augenmerk lenken.¹³⁾ Erwähnt seien weiters der Befehl Rudolfs an Neustadt vom 27. April 1595, ein Regiment Knechte, welches die Donau herabkomme,

1) Vv. 38/9.

2) 28. August 1593, siehe LXXXIX, 85/5.

3) CI, 31/2.

4) Qq. 57/2.

5) Qq. 81/1, 2. Die österreichischen Ortschaften reichten namentlich im Norden über den Landgerichtssprengel hinaus; es sind sogar noch Schönau und Soos genannt; von den ungarischen Ortschaften sind Eisenstadt, Marz, Forchtenau noch inbegriffen.

6) Qq. 80.

7) Qq. 91/1.

8) Siehe zum Beispiel Beschluß vom 20. August 1593 betreffs des Deutschordenshauses.

9) Siehe Beschluß vom 20. September 1596.

10) Beschluß vom 30. Jänner 1601.

11) Um 1600 (Qq. 77/1).

12) LXXIII, 4/17.

13) Vom 13. Jänner, 22. Juni, 27. August.

mit allem Nötigen zu versorgen;¹⁾ das kaiserliche Edikt vom 5. September 1596, nicht in die Wälder und Berge zu flüchten, aber in die Festung, in der man Schutz finde, den notwendigen Vorrat mitzubringen; die Generalerlässe Rudolfs II., das gefechste Getreide gleich zu dreschen und in feste Orte zu bringen (29. Juni 1597), den Kroaten und Ungarn keinen Getreideverkauf zu gestatten (5. September 1600) und Mehl und andere Vorräte in feste Orte, in Klöster, Spitäler einzulegen (9. Mai 1601). Es hat denselben Sinn und Zweck, wenn der Rat einmal am 9. Juli 1602 beschließt, daß eine Einquartierung von 200 Pferden für die Futterbeschaffung selbst zu sorgen habe. Am 23. Oktober 1593 wird noch einmal die besondere Erlaubnis für den Pferdeverkauf ins Ausland anbefohlen.

Am 14. September 1594 ist es geschehen, daß dem Rate für die eifrigen Leistungen bei der Zurüstung der Stadt das Wohlgefallen Kaiser Rudolfs II. ausgesprochen wird und gleichsam zum Entgelt Neustadt von einer Musterung verschont blieb, die man nun nach Müzzuschlag verlegte.²⁾

Die Mithilfe unserer Stadt zu der Kriegführung im Felde besteht zum großen Teil in der Beistellung von Rossen und Wagen, wofür wieder zahlreiche Belege sprechen. Die stärkste Leistung bringt das Jahr 1594, wo auf einmal 72 Bürger insgesamt 167 Pferde beistellten.³⁾ Es handelt sich entweder darum, Geschütze fortzuschaffen, werden „Artillerierosse“ verlangt, oder und insbesondere, das Heer mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Hier soll ein Auftrag der niederösterreichischen Verordneten an den Rat Platz finden: soviel Binder als möglich zu verhalten, Mehlfässer beizustellen, damit die für das Heer nötigen 1000 Mut Getreide zu liefern. Diese Fuhren sind selbstverständlich wieder maut-, dreißigst- und zollfrei; einmal bedeutet ein Erlaß Rudolfs II. dem hiesigen Rate sogar, sich bei den betreffenden Fuhrleuten zu erkundigen, ob sie etwa Beschwerden vorzubringen haben.⁴⁾ Am 12. September 1600 ergeht von Erzherzog Matthias wieder ein Befehl an Wiener Neustadt, daß hier und in der Umgebung der Stadt Tag und Nacht gearbeitet werde, um zehn Wagen Brot zu backen und sofort nach Ödenburg zu schaffen, da das Heer Mangel leide. Am 30. September kommt abermals ein gleicher drängender Auftrag.⁵⁾

Einmal mußten 40 Rosse für die Reise des Erzherzogs Maximilian nach Prag beige stellt werden.⁶⁾

Am 6. November 1595 ergeht ein Befehl an Neustadt, Zimmerleute und Maurer so viel als möglich zu senden, damit Gran noch vor Eintritt der Winterkälte befestigt werden könne! Die Antwort vom 10. November lautet: Die Meister sind alt und krank, die Knechte haben sich verlaufen, da im Sommer keine Arbeit war.⁷⁾ Am 27. September 1596 verlangt Rudolf II., Zimmermeister und Knechte nach Wien zu schicken, die dann bei Gran und zum Schiffsbrückenbau verwendet werden sollen, und am 30. September fordert er, daß „Handelsleute, Kramer, Gewändler, Kotzen- und Handschuhmacher, Schuster“ usf. nach Ungarn beordert werden, damit den Kriegsleuten Kleidung geschafft werde.⁸⁾ Da strebte die Stadt, sich von diesen Landesauflagen für den Krieg vollständig zu befreien. Vergebens, wenn ihr auch vom Kaiser eine Erleichterung gewährt, sie sogar mit

1) Qq. 61.

2) Qq. 54.

3) Qq. 55/5.

4) 1595, Dezember 4 (CXVI, 8/2).

5) Yy. 46.

6) Siehe den Ratsbeschluß vom 1. Dezember 1594.

7) Qq. 67/1, 2.

8) LXXIII, 4/8.

Erlaß vom 5. August 1598 einmal von dem Rüst- und Aufgebotgeld befreit wurde.¹⁾ Am 10. Mai 1601 erfließt neuerlich ein Befehl des Kaisers an unsere Stadt, erfahrene Zimmerleute nach Wien zu schicken. Der Rat berichtet hierauf am 15. Mai, die Stadt sei halb unbewohnt und habe selber viel Arbeit an den Stadttoren. Er bittet um Enthebung von dieser Sendung.²⁾

Die Anforderungen hatten sich in den letzten Jahren fortwährend vermehrt und erhöht, so daß diese geradezu ablehnende Antwort begreiflich ist. Die Stadt knüpfte aber daran abermals den weiteren Versuch, sich von diesen Kriegslasten für auswärts gänzlich loszulösen. Und bei einer Anwesenheit der Kommissäre, welche die Leistung der Proviantfuhrn betreiben, wandte sich der Rat an diese; er konnte auf die Stellung der Stadt, auf die Privilegien hinweisen, betonte, daß die Veste Neustadt eine Schutzstätte gegen die Ungarn und die Türken sei und für diesen Zweck viele Auslagen auf sich nehmen müsse; die Herren mögen sich der Sache, der Exemption Neustadts von der Mithilfe zum Krieg im Feld annehmen. Die Kommissäre schlugen das Ansuchen ab, die Stadt setzte jedoch ihre Bemühungen fort und wendete sich an den Kaiser und erhielt von diesem am 5. November 1602 wenigstens eine teilweise Befreiung von der Kanischaer Hilfe, von dem Beitrag zu dem Burgbau und von dem Althanischen Rüstgeld — wir hören schon wieder ganz neue Steuernamen.

Die Beschaffung der Geldmittel zu all den Auslagen geschieht seitens der Stadt durch den „Anschlag“ auf die Bürger, seitens des Landes durch die bekannten Abgaben, die Gült, die auch jetzt fortdauernd doppelt eingehoben wird, durch das Rüstgeld und Wartgeld; seit 1586 wird ferner von jedem behausten Gut 1 Gulden abgenommen: der Hausgulden, der schon 1595 verdoppelt, in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts verdreifacht wird. So kommt denn jedes Jahr ein reiches Register von Kriegsabgaben an die Stadt.

Erschöpfend und ausführlich ist die Vorschrift der niederösterreichischen Verordneten vom 1. März 1594,³⁾ gerichtet an Wiener Neustadt. Sie verlangt die doppelte Gült, für 100 Pfund Geld ein gerüstetes Pferd auf zwei, im Notfall auf drei Monate; der 30., der 10. und der 5. Mann sind zu mustern und, wenn nötig, die Pferde und der 30. Mann zu schicken, das Geld für den 30. Mann ist zu erlegen; das macht für Wiener Neustadt 26 Pfund 3 Schilling 10 Pfennig. Und da die Neustädter Gült sich auf kein Pferd erstreckt, sind noch 4 Pfund 5 Schilling 29 Pfennig Rüstgeld und 1 Pfund 7 Schilling 28 Pfennig 1 Heller Wartgeld zu bezahlen. Für die Schulden des Fürsten sind von je 10 Pfund gemäßigter Herrengült 1 Gulden, von Neustadt 1 Pfund 2 Schilling 15 Pfennig zu entrichten. Der Hausgulden ist von 1590 an wieder auf fünf Jahre verlängert. Ferner sind für das Jahr 1594 an außerordentlicher Auflage „zur Rettung“ 30.000 Gulden aus eigenem Säckel bewilligt, wovon auf Neustadt 5 Pfund 5 Schilling 15 Pfennig entfallen. Für die Auslagen zur Reise des Kaisers in die Niederlande haben die drei oberen Stände zur Verehrung 30.000 Gulden übernommen, in sechs Jahren je 5000 Gulden einzuzahlen; der vierte Stand nimmt 20.000 Gulden auf sich; auf das Pfund 5 Kreuzer angeschlagen macht dies für Neustadt 1 Gulden 20 Pfennig. Es folgen dann Weisungen über die Zahlungsstermine und verschiedene Mahnungen und Hinweise.

¹⁾ Neustadt brauchte nur einen Wagen mit vier Rossen zu stellen (XI, 11), wozu es sich freilich wiederholt mahnen ließ.

²⁾ LXXIV, 1/1, 2.

³⁾ LXXII, 2/30 a.

Die landschaftliche Steuervorschreibung für das Jahr 1604 — vom 22. Mai — zählt für Neustadt auf die doppelte Gült mit 26 Pfund 3 Schilling 10 Pfennig die außerordentliche Kriegsbewilligung . . . 30 „ 4 „ 20 „ und auf jedes Haus 3 Gulden aus eigenem Säckel;

für den Burgbau, 2. Rate 1 „ 6 „ — „
für Erzherzog Matthias und dessen Landesverwaltung 100.000 Gulden in vier Jahren,
1. Rate 2 „ 1 „ 15 „
aus eigenem Säckel;

den Hausgulden nebst 3 Gulden Kriegsgebühr.¹⁾

Am 4. Juni 1596 kam Erzherzog Maximilian III. nach Wiener Neustadt. Dieser tüchtigste Bruder des Kaisers hatte ein bewegtes Leben hinter sich. Er war zum König von Polen gewählt worden, wurde jedoch von einer Gegenpartei gefangengenommen und mußte auf die polnische Krone verzichten. Unmittelbar vorher, von 1593 an, war er Verweser Innerösterreichs gewesen und 1595 Hochmeister des Deutschen Ritterordens geworden (am 21. Mai 1585 hatte er das Ordensgelübde abgelegt). Im März 1596 ernannte ihn der Kaiser zum Feldobersten in Oberungarn, und in dieser Stellung nahm er Platz in der hiesigen Burg, gleichsam seinem Hauptquartier. Selbstverständlich mußte jetzt der Herzog von Sachsen die Burg verlassen. Er wurde nach Steyr versetzt, wie schon im Jahre 1594 einmal in Erwägung gezogen war.²⁾ Die Stadt empfing den Erzherzog mit besonderer Feierlichkeit: die Bürgerschaft erwartete den Ankömmling in festtäglicher Ausrüstung, der Rat verehrte ihm 30 Sack Hafer und 50 Fische. Der kunstsinige Fürst brachte in der Tat, namentlich durch seine Musikkapelle, wieder etwas Leben in die Stadt, freilich nur für kurze Zeit: im Jahre 1602 ernannte ihn der Kaiser zum ersten Verweser von Tirol und Vorderösterreich.

Von den Kriegssereignissen jener Tage wurde die Einnahme von Raab, das im Jahre 1595 den Türken in die Hand gefallen war, im Jahre 1598, sehr hochgeschätzt, so daß zur Erinnerung daran die gefallenen, zerstörten Weggäulen und Marterln wieder aufgerichtet und mit der Inschrift versehen wurden:

SAG GOTT DEM HERREN LOB VNT
DANCK, DAS RAAB WIEDER KOMEN
IST IN DER CHRISTEN HANDT DEN
29. MARTY IM 1598 JAR.³⁾

Im Jahre 1604 wurde es wieder sehr unruhig in Ungarn: es kommen die Tage des Stefan Bocskay heran, der mit den Türken in Bund tritt und sich gegen den Kaiser erhebt. Der Krieg wird mit abwechselndem Glücke geführt, aber Westungarn und die Grenzen von Niederösterreich waren öfter bedroht, trotz der zahlreichen Grenzposten, die von Hainburg bis Ebenfurth und Eggendorf aufgestellt waren. Und da flüchteten die Bewohner des offenen Landes wieder in Scharen hinter die Mauern von Neustadt. Sie müssen nach Tausenden gezählt haben.

Schon am 15. Mai verzeichnet das Totenbuch der Hauptpfarre hier die Beerdigung des Christoph Kischinger des Älteren, des Hans König und des Hans Meerkatz, Bürger der Stadt, die vom Feind auf dem Steinfeld erschlagen wurden. Weiterhin folgen als beerdigt Leute von Ruß, von Pötsching,

¹⁾ Vv. 39/5.

²⁾ Siehe die Zuschrift der deputierten Räte vom 5. November 1594 an Neustadt.

³⁾ Auch bei Wiener Neustadt gab es eine solche seither jedoch abermals verschwundene Säule (im Ungarfelde). Die Inschrifttafel ist am Ungartor eingemauert.

von Lichtenwörth, von Ödenburg, von Krensdorf, von Oggau, von Mattersdorf, von Eisenstadt, von Groß-Höflein, von Pfaffstetten, von Zillingdorf, ein Zeichen, aus welchem Umkreise Flüchtige nach Neustadt gekommen waren, ein Zeichen, daß die Gesundheitsverhältnisse hier nicht die besten waren.

Durch die Monate Mai und Juni liefen in Neustadt freundnachbarliche Nachrichten, „Zeitungen“, auch aus den westungarischen Städten Eisenstadt, Preßburg und namentlich Ödenburg über die Rebellion und über den Türkenzug ein.

Vom 30. Mai datiert ein Brief des Grafen Wurmbrandt an seine Frau nach Neustadt, daß die Tartaren dem Fürsten Liechtenstein zwei Schlösser genommen, daß sie die Dörfer alle abgebrannt und das Volk weggeführt haben. „Es ist keine Hilfe irgendwoher zu erwarten. Wir können unsere Untertanen und Pferde nicht von Neustadt weglassen.“

Am 8. Juni schreibt der Hofrichter von Schlaining, daß die Türken und Tartaren Ödenburg angreifen; wenn sie dies nicht nehmen können, wollen sie einen Streifzug an die Leitha machen, dort ein Lager aufschlagen und Brenner und Räuber aussenden. Am 9. Juni berichtet der Rentmeister von Forchtenstein, daß Marz angezündet wurde, Leute niedergehauen wurden. Am 15. Juli war ein Postreiter, einige Tage später ein fürstlicher Kurier bei Sollenau erschlagen worden. Diese Unglücksnachrichten mußten in unserer Stadt große Erregung hervorrufen. Der Rat schickte am 26. Juli zwei Abgeordnete nach Wien, die ersuchen und erwirken sollten, daß die Besatzung von Neustadt insbesondere durch Fußvolk verstärkt werde. Allein es war in diesem Augenblicke wenig zu erreichen.

Bereits am 14. Juli waren vom Rate Kommissäre bestimmt, welche die hereingekommenen Flüchtlinge mit Weibern und Kindern zu verzeichnen hatten. Das Ergebnis dieser Zählung mag die Äußerung in der Ratssitzung vom 21. August veranlaßt haben, daß gar kein Platz mehr für eine Einquartierung sei. Am 4. September läßt dann der Rat die Mahnung an die Bürger ergehen, sie mögen ihre Häuser nicht mit Flüchtlingen überladen, da dies das Ausbrechen und Verbreiten von Krankheiten fördere.

Auch wird bemerkt, daß von den Hergekommenen manche gar keine oder zu wenig Lebensmittel mitgebracht haben, so daß eine Hungersnot zu befürchten sei. Gewiß waren unter dieser Volksmasse auch zweifelhafte Elemente, und die Menge selbst mag Schwierigkeiten, Verwirrung in dem Verkehr auf den Straßen verursacht haben. Daher beschließt der Rat, die Stadtwache zu verstärken, und weiter, zu besserer Aufrechterhaltung der Ordnung, eine Reiterei von 100 Mann aus der Bürgerschaft zu errichten.

Am 28. September richten die niederösterreichischen Verordneten eine Weisung an das Viertel unter dem Wienerwald, da die „ungarischen Rebellen“ gegen die Grenze vorrücken, zur Vermehrung der Streitkräfte von Wiener Neustadt den 10. Mann dorthin zu schicken, wo sie unter den Befehl des Viertelhauptmannes Wolf Khneißl gestellt werden — ein sehr wenig ergiebiges Mittel zur Verstärkung der Garnison. Das Gefürchtete trat jedoch nicht ein; im Gegenteil, es mußten sich die Aufständischen zurückziehen, und am 3. November konnte der Rat von Wiener Neustadt Beschlüsse wegen Verproviantierung des gegen Ödenburg ziehenden christlichen Heeres fassen. Ein eigentümlicher Befehl Rudolfs II. vom 3. Juni 1603 charakterisiert die Zeit besonders: wenn von den aus Böhmen, Mähren, Ungarn usw. nach Österreich um Wein kommenden Händlern einer drei bis vier Züge auf der Straße hat, sei einer für die Artillerie zu beschlagnahmen, den anderen aber Sicherheit zu geben!

Unterdessen hatten die Friedensunterhandlungen bereits begonnen; sie führten zum Frieden mit Ungarn am 23. Juni, zum Frieden mit der Türkei am 11. November 1606.

Es muß noch hervorgehoben werden, daß man sich damals auch schon der Kriegsbeschädigten erinnerte. Ein Erlaß Rudolfs II. an Wiener Neustadt vom 21. August 1595 deutet darauf hin: es sollen Sammlungen veranstaltet werden, die Geistlichen sollen von der Kanzel darauf aufmerksam machen, bei Hochzeiten, „Gastereien“, könne etwas gegeben werden; und der Rat beschließt am 2. September, zu diesem Zweck ein „Trüchel“ in der Kirche aufzustellen.

Viel verhängnisvoller als für die Stadt wurde das Jahr 1605 für die unmittelbare Umgebung von Neustadt, wie schon aus dem vorhergehenden zu erschließen ist, und an verschiedenen Orten treffen wir Erinnerungen, Denksteine mit Inschriften, die böse Ereignisse aus jenen Tagen berichten.

In Ober-Eggendorf steht in einem Garten ein Grabstein, der uns erzählt,¹⁾ daß da der „erbare David Pilot“ begraben liegt, der am 15. Juni 1605 „durch den feint ist niedergehaut worden“. In Unter-Eggendorf enthält ein Sandstein am Eingang in das Dorf die Inschrift: Anno MDCV ego a rebellibus vastatus ac destructus et per re(verendissim)um d(ominum) d(ominum) Melchiorum Kleselium episcopum Novae civitatis de novo erectus et exstructus sum anno MDCVIII. Das heißt: Im Jahre 1605 bin ich von den Rebellen verwüstet und zerstört und durch Melchior Klesel, Bischof von Neustadt, im Jahre 1608 neu errichtet und erbaut. Das sprechende „Ich“ bedeutet zunächst wohl die Kirche; gemeint war sicher nicht diese allein, sondern es ist auch an die Ortschaft zu denken.

In der Burg Pütten steht auf einem Steine vor der Tür der Kapelle im Schloßhof eine langatmige Erzählung in Versen:

Sechzehnhundert als man schrieb,
Und fünf aus des Satans Trieb,
Stefanus Bocskay aus Ungarn
Sandte in dieses Land Türken, Tartarn,
Welche viele Flecken verbrannten,
Leute niederhieben oder wegführten,
Verkauften sie in die Türkei;
Urteil jeder, ob das chrisflich sei.²⁾

Im Jahre 1607 wurden 72 Personen aus der Umgebung unserer Stadt weggeführt, eine Anzahl niedergehaut.

Aus einem Verhör (im Jahre 1607) ergibt sich, daß die ungarischen Aufständischen auch in Zillingdorf eindrangen; Trautmannsdorfsche Reiter schützten dann den Ort, nahmen allerdings einem Bauer auch ein Roß weg.

Wie so oft, hängte sich auch hier jahrelang an das Ende des geregelten Krieges das Herumschweifen, Plündern und Rauben herrenlosen Gesindels, der entlassenen Kriegsknechte, die nun ihres Unterhaltes bei ungebundenem, arbeitslosem Leben entbehrten.

Auch unsere Gegend wurde von dieser Landplage heimgesucht. Besonders scheint Lichtenwörth von diesem „Gesindel“ viel gelitten zu haben.

¹⁾ Die Schreibung ist die denkbar schlechteste, undeutlichste.

²⁾ In der Fortsetzung spricht die poetische Inschrift von der Reparatur der Kapelle im Jahre 1611 durch Hans Christoph Teufel, weiter von der Grabung eines Brunnens, der früher dem Schlosse gefehlt hatte, der, 73 Klafter tief, im Jahre 1616 durch die Mitarbeit der Untertanen vollendet wurde. Ein von H. Chr. Teufel unterschriebener Schutzbrief vom 3. April 1619 sichert allen, die bei der Herstellung des Brunnens mitgearbeitet haben, in Feindesnot Schutz in Püttenburg zu, während jene, die sich des Mitarbeitens geweigert haben, von dieser Begünstigung ausgeschlossen sind.

Es richtete 1609 an Erzherzog Matthias eine Bitte um Schutz gegen dieses zuchtlose Kriegs-, Reiter- und Fußvolk, das nicht bloß plündere, sondern auch alles auf den Feldern ruiniere, die Leute niederschleße und fortwährend um den Ort streife.

Erzherzog Matthias, der bereits als der Herrscher von Österreich betrachtet werden kann, erließ daher am 15. Juni 1609 einen Auftrag an Neustadt und an die Herrschaften der Umgebung, gegen die Banden aufzutreten und sie einzuziehen.¹⁾ Dem Befehl ist freilich auch zu entnehmen, daß Lichtenwörth von den geworbenen Königsbergischen Reitern vollends „in Grund verderbt“ worden, und der Erlaß spricht geradezu von „Reitern oder Räubern“ und nennt einen in Pottenstein gesessenen Leutnant mit den Auftrage, denselben einzuziehen.

Ein zweiter ähnlicher Befehl erging am 23. Oktober 1609 auch an die Landleute, Rentmeister, Inspektoren der Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt, von diesem „Gesindel“, das sich um Neustadt herumtreibe, die Straßen zu säubern.²⁾ Am 14. August 1611 richtet sich auch Rudolf II. noch einmal gegen die „abgedankten Kriegsvölker“ und herrenlosen und wilden Scharen, welche das Land bedrängen. Wenn dieser Erlaß des kranken Kaisers mehr fruchtete als die vorausgegangenen, so ist der Grund darin zu suchen, daß die ganzen Streif- und Raubzüge ohnehin im Erlöschen waren.

An ein paar Einzelheiten der nächsten Zeit soll noch erinnert werden: an einen Befehl vom 30. Jänner 1614,³⁾ der alle heimlichen und öffentlichen Werbungen verbietet, ein Zeichen, daß es trotz äußerer Ruhe gährte. Ferner sei eine Weisung des Rates an die Bürger vom 2. November 1618 erwähnt, die uns dartut, was als Minimum der Bürger dem einquartierten Kriegsknecht bieten muß: das ist außer dem Liefergeld täglich 2 Pfund Fleisch oder 6 Kreuzer und das Salz. Sonst sei er nichts schuldig.

III.

Damit sind wir an den böhmischen Aufstand herangerückt, der zum Dreißigjährigen Kriege führte. Und da zogen auch unsere ungarisch-siebenbürgischen Nachbarn wieder ins Feld; der Führer war jetzt Gabriel Bethlen, und schon im Herbst des Jahres 1619 standen seine Truppen vor Wien und verwüsteten die Umgebung bis in den Wienerwald hinein, ohne übrigens weiter etwas zu erreichen. Wiener Neustadt wurde wieder ein Zufluchtsort für die Umgebung. Doch scheint die Anzahl der Flüchtlinge nicht besonders groß gewesen zu sein. Dagegen wurden in der Nacht des 2. Dezember mehrere Personen in der Nähe der Stadt erschlagen.⁴⁾

Erwähnt werden hiehergekommene Kapuziner, auch Klosterjungfrauen (vielleicht von Kirchberg am Wechsel). Die Mahnungen wegen genauer Wacht, wegen besonderer Vorsicht, wegen Besserung aller Mängel an den Mauern und Türmen mehren sich. Laut Beschlusses vom 23. Mai 1619 sollen täglich 2 Rotten Bürger und überdies Soldaten Wacht stehen.

Neustadt hatte außer den regelmäßig weiterlaufenden Kriegszahlungen sowie einer Musterung seiner Mannschaft im Jahre 1618 nur am 8. Oktober 600 Soldaten des Obristen Grafen von Fürstenberg unterzubringen. Schon am 2. Juli 1619 beschloß der Rat, seine Mannschaft abzdanken, da die böhmischen Unruhen nicht mehr gefährlich seien. Vorsichtsweise wird am 13. August noch der Beschluß gefaßt, die Jahrmärkte innerhalb der Stadt-

¹⁾ Yy. 52.

²⁾ Yy. 51.

³⁾ Yy. 55.

⁴⁾ Tb.

mauern abzuhalten. Nun kamen die kritischen Tage: Am 12. September macht der Rat die Viertelmeister auf die Gefahr eines siebenbürgischen Angriffes aufmerksam und am 17. September laufen deswegen sogar drei erzherzogliche Befehle ein.

Eine Anzahl Bürger hatte die Stadt verlassen, war geflüchtet, was der Rat mit Mißfallen aufnahm. Er ließ die Absenten zählen und verzeichnen und ergaben sich im Minoritenviertel 36, im Frauenviertel 19, im Deutschherrenviertel und im Dreifaltigkeitsviertel je 14, zusammen 83 Bürger, welche die Stadt verlassen und die Verteidigungsmannschaft geschwächt hatten. Es mochte wohl öfter geschehen sein. Aber es kommt kein Feind. Im Dezember werden abermals Wallensteinsche Reiter hier einquartiert, obwohl sich die Bürger sehr dagegen sträubten, sogar gebeten hatten, die Tore zu sperren. Am 18. Dezember läßt der Rat durch die Viertelmeister einsagen, daß der Wallensteinsche Stab und die Kompagnie bis auf weiteres abermals hier unterhalten werden muß. Diese Reiter und Fuckersche Soldaten, die etwas später auch hier einquartiert wurden, dürften um den 10. Februar 1620 wieder abgezogen sein.¹⁾

Ein paar Beispiele von Opferwilligkeit und Gemeinsinn sollen angefügt werden: Um Behelligungen der gesamten Bürgerschaft zu vermeiden, wird in einer Ratssitzung im Jänner 1621 beschlossen, daß zum Unterhalt für einen Fähnrich jeder Ratsherr nebst einigen bemittelten Bürgern 4 Gulden hergebe; und am 11. Februar geben die Ratsmitglieder und reiche Bürger jeder 5 Gulden zum Unterhalt des Colalto; erst am 19. Februar folgt der Beschluß, da Colalto offenbar zu lange in der Stadt bleibt, denselben noch 14 Tage auf Kosten der Stadt zu verpflegen.

Und wieder brachte das Schicksal einen fürstlichen Gefangenen nach Wiener Neustadt: es war Christian von Anhalt, der Sohn des obersten Befehlshabers des böhmischen Heeres. Er war in der Schlacht am Weißen Berge bei Prag verwundet worden und in die Hand der Kaiserlichen geraten. Am 11. Juni 1621 bestimmte Ferdinand II. zu dessen Bewachung 40 Colloredosche Knechte, deren Unterhalt die Stadt übernehmen mußte. Als der Kaiser dann beschloß, die Knechte wieder von Neustadt wegzunehmen, entschied sich der Rat am 19. September, für diese Wache wegen der Feindesgefahr selbst 100 Mann anzuwerben.

Doch scheint die Werbung nicht zustande gekommen zu sein: es fanden jedenfalls noch Verhandlungen statt. Unterdes wurde wieder Kriegsvolk des Marx von Beck nach Neustadt beordert; die Bürger wollten dasselbe wieder nicht einlassen, bis ein Erlaß des Kaisers vom 9. Oktober 1621 streng befiehlt, Marx Beck mit 200 Musketieren und 200 Reitern in der Vorstadt zu bequartieren. Am 13. Oktober wird dieser Befehl wiederholt, da die Widergesetzlichkeit der Neustädter noch nicht gebrochen ist. Man muß freilich bedenken, daß eine solche Einquartierung der Stadt nach verschiedener Richtung außerordentliche Beschwerden brachte. Der Rat sieht das natürlich selbst auch ein, und er spricht schon in einer Sitzung vom 1. Jänner 1621 darüber und gestattet als kleines Entgelt für diese Leiden allen Bürgern das Leutgeben. Über die Art und den Umfang dieser Leiden mag eine Ratssitzung vom 13. Oktober 1621 Aufschluß geben. Es heißt da, daß die Kriegsknechte alles, was zur Verteidigung der Stadt hergestellt wurde, wegreißen und zerstören, daß sie die Bürger beschimpfen: sie seien Schelme, Diebe. Das solle durch die Quartierkommission bei Hof angezeigt werden. Am nächsten Tage wird wirklich eine Kommission damit betraut. Daß die Kriegsknechte daneben unerlaubter Weise in den städtischen Gewässern fischen,

¹⁾ Vom 13. Februar 1620 ist nämlich ein Partikulare erhalten, welches darauf schließen läßt (R. P. 39).

nimmt sich daneben ziemlich harmlos aus. Die Colloredosche Mannschaft ist ebenfalls anfangs Dezember 1621 noch da; doch dauern auch die kleinen Streifzüge in der Nähe der Stadt noch fort; wie das Totenbuch beweist, das in diesem Jahre Beerdigungen von Personen verzeichnet, die vom Feinde niedergehauen wurden. Fürst Colloredo läßt am 1. Dezember der Stadt eine für dieselbe noch zu begleichende Summe nach¹⁾ und erst am 7. Dezember richtet er eine Zuschrift an Marx Freiherrn von Beck, die zur Bewachung Christians von Anhalt bestimmten Soldaten des Regiments Colloredo zur Erleichterung der Stadt von Neustadt abzulassen und die Stadt künftig nicht in solcher Weise zu beschweren. Und man sollte meinen, daß die Gesundheitsverhältnisse der Stadt diesen Standpunkt nur unterstützen konnten. Das Totenbuch der Hauptpfarre redet hierüber eine deutliche Sprache. Nach demselben starben im Dezember des Jahres 1619 in der Stadt 91 Personen, darunter 23 Soldaten, Soldatenweiber und -kinder; im Jänner 1620 starben 112 Personen, darunter 17 Soldaten, im Februar 83 Personen, darunter 10 Soldaten.

Trotz alledem nehmen jedoch die Einquartierungen in der Stadt zu. Im Sommer und Herbst 1622 finden wir die Knechte des Graf Fürstenbergischen Regiments in der Stadt, ferner Soldaten, welche das grobe Geschütz von Güns hiergeleitet haben; im November soll eine Kompagnie Reiter hier untergebracht, mit dem Unterhalt jedoch die Umgebung belastet werden, da die Bürgerschaft schon sehr bedrängt sei. 1623 sind die Kastellischen Dragoner als Wachtruppe hier; am 23. August dieses Jahres verlangen die niederösterreichischen Verordneten, daß die Stadt selbst den 30., 10. und 5. Mann aushebe, mustere und bewehre. Neue Einquartierung bringt das Jahr 1624. Freilich galt es wieder, erlauchte Gefangene zu bewachen, Wilhelm von Altenburg und Friedrich von Weimar, die in der Schlacht bei Stadtlohn, einem Siege Tillys, in Gefangenschaft geraten waren. Einen großen Teil des Jahres 1625 liegen die Pichlerschen Knechte in der Stadt, und die Bürger wehren sich dagegen, denselben das Brot zu liefern. Am 11. Oktober kann von der Regierung erklärt werden, daß sich die Stadt dem Gebote, jedem Knechte täglich 2 Pfund Brot zu geben, endlich gefügt habe. Doch wird noch an demselben Tage befohlen, 300 Pichlersche Knechte nach Ödenburg abzuführen und nur 65 derselben in Neustadt zu belassen. Erst jetzt tritt eine mehrjährige Pause — bis 1631 — ein. Am 20. Februar 1622 hatten die niederösterreichischen Verordneten der Stadt angekündigt, daß der Kaiser mit seiner Familie nach Neustadt kommen wolle, begleitet von 4 Kompagnien Hermansteinscher Reiter; es seien alle Lebensbedürfnisse gegen Vergütung zu liefern.²⁾ Doch dürfte der Aufenthalt in Neustadt ein sehr kurzer gewesen sein.

Von den Arbeiten zur Befestigung der Stadt wird nur am 15. Juni 1627 in der Ratssitzung des Umstandes gedacht, daß die eingefallene Schanze vor dem Wienertore wiederhergestellt werden muß. Von der Versorgung mit Getreide wird noch am 22. Dezember 1622 gesprochen. Die Lieferung von Wagen und Rossen, die Befehle zur Bereithaltung derselben treffen wir auch noch im Anfang der zwanziger Jahre.³⁾ Wir sehen, der Himmel lichtet sich. Selbst die Steuern für den Krieg vermindern sich etwas. Doch kam eine kleine eigentümliche Abgabe dazu. Am 24. Jänner 1625 erließ Ferdinand einen Befehl an Wiener Neustadt, daß von denjenigen, die ihre Habe verkaufen und aus der Stadt wegziehen wollen, der zehnte Pfennig abgenommen werden soll. Es hat also wohl die Lage der Stadt als Grenzfestung, die

¹⁾ Es war eine Leistung von 359 Gulden für die Erhaltung der Mannschaft (CXV, 2/5).

²⁾ Es war in Wien eine Infektion im Ausbrechen und in einem solchen Falle hat sich die Herrscherfamilie wiederholt nach Neustadt zurückgezogen.

³⁾ Beschlüsse vom 1. Jänner, vom 12. November 1621 und vom 22. April 1622.

wiederholte Bedrängung und das fortwährende Vorbereitetsein auf neue Bedrängnis auf viele Bewohner, wie einst andere Ereignisse, niederdrückend eingewirkt.

Das Jahr 1631 brachte abermals einen fürstlichen Gefangenen, einen Protestanten und Feind des Kaisers in die Burg von Neustadt: den Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg, der ergriffen worden war; ihm folgte im Dezember desselben Jahres Markgraf Christian Wilhelm von Brandenburg-Kulmbach, der Administrator von Magdeburg gewesen war. Beide wurden staatlich bewacht durch 24 hieherverlegte Musketiere.¹⁾ Der Markgraf erhielt wöchentlich laut einer vorliegenden Rechnung 17 Gulden.²⁾ Beide Fürsten blieben bis zum Frieden von Prag³⁾ hier, 15. Juni 1635, der ihnen wieder die Freiheit brachte. Die Forderungen der Stadt für die Musketiere zur Bewachung der Fürsten und ihrer Mitgefangenen betrug für den Sachsenherzog vom 19. Dezember 1631 bis 22. Juni 1635 insgesamt 3351 Gulden 4 Schilling, für den Markgrafen von Brandenburg 3201 Gulden 4 Schilling.⁴⁾

Und nun gehen die Maßnahmen für den Krieg wieder weiter, während natürlich Kriegswerbungen ohne Erlaubnis verboten werden.⁵⁾ Die Verordneten von Niederösterreich machen am 25. April 1631 der Stadt kund, daß wegen der Erhaltung und Unterbringung des Kriegsvolkes von jedem Hause 12 Schilling (= 1½ Gulden), also ein verstärkter Hausgulden zu entrichten ist; und am 23. Jänner 1632 erfließt ein Strafbefehl vom Kaiser, da Neustadt einen Trupp von Piccolominischen Reitern, Kranken, Bagagewagen, wie in vergangenen Tagen nicht einließ: es seien 5 Kompagnien und 34 bis 35 Pferde, die Bagagewagen und Pferde und die kranken Reiter bei Strafe einzulassen. Die Stadt entschuldigt sich damit, daß unter die Militärpferde auch andere eingeschoben wurden, und richtet weitere Eingaben an den Kaiser. Diese erreichen so viel, daß den Bürgern die Bezahlung der Verpflegung des Kriegsvolkes zugesagt, die baldige Wegnahme der Piccolominischen Reiter (am 26. März 1632) und für die Zukunft die Verschonung mit der Einquartierung zugesichert wird. Dieses letzte Versprechen hielt freilich nicht lange vor. Vielleicht ist schon im Jahre 1633 wieder eine Truppe in Wiener Neustadt; wenigstens läuft eine Anordnung der niederösterreichischen Verordneten vom 24. Mai 1633 ein, die Liste aller hier Wohnenden einzuschicken, die zu der außerordentlichen Kriegskontribution verpflichtet sind.⁶⁾ Gewiß sind am 11. Februar 1634 wieder Reiter in Neustadt einquartiert; und die Bürgerschaft scheint sogar ihre Widersetzlichkeit aufgegeben zu haben; am 17. Februar legt der Rat das Verzeichnis derjenigen vor, die für die Verpflegung dieser Truppe Kontribution zahlen müssen. Es sind 53 Bürger, 10 aus dem Dreifaltigkeitsviertel, 11 aus dem Deutschherrenviertel, 13 aus dem Minorisviertel und 19 aus dem Frauenviertel, die zusammen 83 Gulden einzahlen.⁷⁾ Den allfälligen Rest begleicht die

1) Siehe den kaiserlichen Befehl vom 18. März 1634 an Neustadt, in welchem die weitere Verpflegung dieser Mannschaft verlangt wird.

2) Kammeramtsrechnung von Ende August 1632 über 620 Gulden 4 Schilling, — wurden bis 26. August 1632 für die Quartiersoldaten ausgegeben (CVIII, 34/1).

3) CXV. 2/56.

4) CVIII, 34/20, 24—26. Die Berechnung wurde wiederholt vorgenommen, lautete das erstemal auf 1278, das zweitemal auf 2601 Gulden 4 Schilling, das drittemal auf die oben eingesetzte Summe.

5) 1631, September 16.

6) J. 245/1.

7) Die Bürger des Dreifaltigkeitsviertels zahlen 15 fl. 30 kr., jene des Deutschherrenviertels 13 fl., jene des Minoritenviertels 16 fl., jene des Frauenviertels 38 fl. 30 kr. Die meisten zahlen 1 fl., das Maximum der Leistung ist 5 fl. von einem Besitzer, das Minimum je ½ fl. von 10 Besitzern.

Stadtkasse. Ein schwarzer Punkt war es, daß die Stadt mit dem Oberst Camillo Gonzaga in fortwährender Zwietracht lebte.¹⁾ Es setzte eben wieder eine intensivere Tätigkeit auf dem Gebiete des Kriegswesens ein. Bei den Kriegsabgaben haben wir mit ganz anderen Ziffern zu rechnen. Laut des Erlasses der niederösterreichischen Stände vom 10. April 1634 hat Neustadt für dieses Jahr von der doppelten Güld 106 Gulden 1 Schilling 21 Pfennig und dazu noch einen Zuschlag von 53 Gulden 26 Pfennig zu zahlen, und weitere Güldgebühr zur „Erhaltung der Armada“ 26 Gulden 3 Schilling 26 Pfennig aus eigenem Säckel. Gegen säumige Zahler wird die Exekution angedroht. Zwei Tage später richtet der Vizedom eine Zuschrift an Neustadt: es habe in Niederösterreich der vierte Stand 3000 Mann aufzubringen, so daß je ein Mann etwa auf das 22. bis 26. Haus, auf Wiener Neustadt somit 13 Mann entfallen. Es sei diese Mannschaft auszuwählen, mit Seitengewehren zu versehen und zu stellen;²⁾ und zur Deutlichkeit kommt nachträglich am 22. April die Erläuterung, daß es bei dieser Leistung keine Begünstigung, keine Ausnahme gebe.³⁾ Da sich die Stadt mit der Ausführung dieses Auftrages wieder Zeit läßt und der Vizedom sich beschwert, mahnt ein kaiserlicher Befehl vom 5. Mai zur Stellung dieser 13 Mann, wobei zugleich die eheste Begleichung eines Rückstandes der Kontributionsgebühr von 7509 Gulden anbefohlen wird.⁴⁾ Schon am 1. August erhebt das Land Niederösterreich eine neue Forderung von 220 Wagenrossen und 60 Fuhrknechten. Ferner werden noch gegen Ende August etliche 60 „vom Feinde geschädigte“ Soldaten zur Kur hieherverlegt. Schließlich heißt es in der Sitzung vom 29. August, daß in wenigen Tagen der Hof hier sein werde — es gab wieder eine Infektion —; die Bürgerschaft wird beauftragt, alles für die Unterbringung des Gefolges, Zimmer, Betten usf. und für die Beköstigung vorzukehren, und laut Befehl der niederösterreichischen Verordneten vom 27. November sind, da der Hof wegen der Belagerung von Regensburg abermals reisen muß, von jedem Untertan 24 Kreuzer einzuhoben. Es war ein strenges, böses Jahr gewesen, eine Wallensteinsche Zeit! Der Beginn des Jahres 1636 sah einen kurzen Bauernaufbruch, bei welchem auch von unserer Stadt mancher arrestiert wurde; weiterhin war das Jahr milder. Es schien sogar der allgemeine Friede nahe. Eitles Hoffen! Neue Mächte traten auf den Kampfplatz und weitere dreizehn Jahre und länger tobte die Kriegswut.

Am 13. Oktober 1636 kam ein Befehl von dem Erzherzog Leopold Wilhelm an die Stadt.

Leopold Wilhelm, ein jüngerer Sohn Kaiser Ferdinands II., war ein Neustädter Kind, war am 6. Jänner 1614 in der Burg hier geboren, für den geistlichen Stand bestimmt, hat auch die theologischen Studien gemacht, erreichte aber nicht das Presbyterat. Dessenungeachtet vereinigte er nach und nach eine ganze Reihe von weit voneinander entlegenen Bistümern in seiner Hand. Schon als elfjähriger Knabe wurde er Bischof von Straßburg und Passau, zwei Jahre später Bischof von Halberstadt, im Jahre 1637 kam das Bistum Olmütz und 1655 das Bistum Breslau hinzu. 1642 war er überdies Hochmeister des Deutschen Ritterordens geworden. Aber er trat viel mehr als Krieger, denn als geistlicher Würdenträger hervor. Von 1639 an ist er sogar ein Oberfeldherr des kaiserlichen Heeres. Der Befehl vom Oktober

¹⁾ Weniger ehrenvoll ist es, daß einige von der Stadt geworbene Kriegsknechte ihre Wehren niedergelegt hatten. Sie bitten um Wiederzuerkennung ihres ehrlichen Namens, was der Rat am 28. März 1634 bewilligt.

²⁾ LXXII, 1/4 d.

³⁾ CXVI, 1/17. 19.

⁴⁾ CXVI, 5/36.

1636 weist darauf hin, daß Werbungen für die teilweise abgekommenen kaiserlichen Regimenter gestattet seien, und gibt die Weisung, daß jedesmal, wenn 100 Mann zu Fuß und 50 Pferde geworben sind, die Schar sofort ins Reich befördert werden soll; er bedeutet der Stadt weiter, daß sie sich mit Quartieren bereit halten solle. Und nun nimmt die Einquartierungssache ihren weiteren Lauf; 1637 wird laut Mitteilung der niederösterreichischen Verordneten vom 6. Februar Neustadt zum Sammelplatz für die Verstärkung des Regiments des Hans Christoph Grafen von Puchhaim bestimmt, mit dem Beisatze, die Unterkunft und die Verpflegung der Geworbenen zu beschaffen.¹⁾ Freilich kann der Graf dies erst nach einer Beschwerde durch einen weiteren Befehl vom 5. März 1637 der niederösterreichischen Verordneten erreichen.²⁾ 1638 trifft ein Regierungsbefehl vom 8. Mai hier ein des Inhaltes, daß von neugeworbenen 1500 Mann 210 nach Wiener Neustadt kommen, zu deren Unterhalt von der Landschaft täglich 12 Kreuzer für jeden Mann geschickt werden.³⁾ Im Jahre 1639 muß Neustadt selbst von den 3000 in Niederösterreich zu stellenden Knechten 12 Mann ausheben und nach dem Sammelplatze Waidhofen an der Thaya senden,⁴⁾ muß ferner statt der zu liefernden Rosse — es werden 115 gezählt — für jedes 10 Gulden zahlen.⁵⁾ Die niederösterreichischen Stände hatten sich ja wieder beim Kaiser erbeten, daß Neustadt und die Eximierten ebenfalls zu den Kriegslasten beizutragen haben. 1641 wird die Stadt mit Auftrag der niederösterreichischen Verordneten verhalten, zu einer Reisehilfe für den Erzherzog Leopold Wilhelm aus eigenem Säckel 26 Gulden 3 Schilling 10 Pfennig beizusteuern.

In dieser Zeit waren die Kämpfe wieder sehr heiß geworden: die schwedischen Truppen wurden von dem kühnen Feldherrn Banér bis 1641, dann von Torstenson befehligt. Allerdings hat ihr Wagemut dem Heere manche Schlappe verursacht und tausende von Gefangenen namentlich in den Jahren 1640 und 1641 in die Gewalt des Kaisers geliefert. Auch in unsere Stadt wurde eine Schar gefangener Schweden verlegt. Der Rat hatte bald Ursache, sich namentlich wegen der Ungebundenheit der Gefangenen und wegen ihres Treibens in der Nacht, wobei der Kommandant selbst mitwirke, zu beschweren und davor durch ihre Quartierkommissäre Abhilfe zu suchen. Dessenungeachtet wurden mit Befehl vom 4. Juni 1642 abermals 35 gefangene Schweden, darunter ein Markgraf von Durlach, hiehergestellt mit dem Bedeuten, daß für ihre Unterbringung zwei Häuser zu bestimmen seien,⁶⁾ was der Rat drei Tage später durchführen läßt. In demselben Jahre wird Wiener Neustadt, da im Lande Niederösterreich 750 Mann in 4 Kompagnien anzuwerben sind, zum Sammelplatz für die Werbung einer Kompagnie erklärt, und schon am 8. März ergeht der Auftrag an den Rat, den Sammelplatz zu eröffnen, alles für die Werbearbeit vorzukehren⁷⁾ und für die Unterbringung der Geworbenen zu sorgen.

Und nun können wir ein Beispiel anführen, daß die Stadt einmal mit einem Kommandanten sehr zufrieden war. Am 15. April marschieren die Pompischen Reiter von Neustadt weg und da verehrt der Rat dem befehlighenden Oberstleutnant 30 Reichstaler und sorgt auch dafür, daß sein Proviantwagen mit Speck und Schinken versehen werde.

In diesem Jahre begann Torstenson seine kühnen, rasend schnellen Züge gegen die habsburgischen Länder, und die Panik, die vor denselben her-

1) CXVI, 1/25.

2) XCIV, 1/2.

3) CXVII, 1/1.

4) Regierungsbefehl vom 13. Juli (CXVI, 1/27).

5) dto. vom 24. Oktober (CXVI, 2/1).

6) LXXIV, 2/2.

7) LXXIV, 2/1.

ging, wirkte auch bis in unsere Stadt, obwohl der Schwede von Norden her nur bis vor Wien vorgedrungen war. Was nur an Hilfsmitteln gegen diese streitgewaltigen Feinde aufgebracht werden konnte, wurde herangezogen, um Niederösterreich und die böhmischen Länder wieder frei zu machen. Die Kroaten, die durch den Verlust von Pferden in eine Fußtruppe umgewandelt waren, sollten wieder beritten gemacht werden, und für die Soldaten im Regiment des Obersten „Folwazi“ wurde Neustadt als Sammelplatz bestimmt. Am 20. Juni wird somit unsere Stadt abermals ein Werbeplatz, diesmal für Pferde: die hieherkommenden Kroaten sind in die Stadt aufzunehmen, und sobald 50 Pferde beisammen sind, sollen sie weggeschickt werden.¹⁾ Am 30. Juni erscheint sodann von den niederösterreichischen Landständen ein ausführlicher, eingehender Kriegszurüstungsplan. Am 10. Juli folgt jedoch eine nachträgliche Verordnung, welche die Kriegsgiebigkeiten für Neustadt ermäßigt und dieselben mit der Stellung von 23 tüchtigen Mannen, ausgerüstet mit Seitengewehr und Muskete, mit gefülltem „Pulverpanteliar“ und Lunte, und mit der Zahlung von 15 Gulden festsetzt.²⁾ Aber am 12. Juli erfließt schon wieder ein Befehl des Landes Niederösterreich für das Aufgebot des 15. Mannes: Wiener Neustadt solle den Musterplatz für das Viertel unter dem Wienerwald eröffnen und die ankommenden Kriegsvölker gutwillig einnehmen. Die Stadt will sich dieser neuen Stellung von Mannschaft entziehen, weigert sich, den 15. Mann auszuheben, so daß am 17. Oktober und wieder am 13. November ein Mahnschreiben mit Androhung der Exekution erlassen wird. Und da die Stadt neuerdings auf ihre Privilegien hinweist, trifft eine Zuschrift vom 5. Dezember ein, welche die Berufung auf Privilegien und Exemtionen zurückweist.³⁾ Schließlich wird die Vorlage dieser Privilegien verlangt.⁴⁾ Und von der Einquartierung über den Winter bleibt die Stadt nicht verschont, daß eine kaiserliche Resolution vom 9. Dezember 1642 der Stadt verkündet: die Kriegskommissäre werden für die Zufuhr sorgen, die Verpflegskosten werde die Landschaft Niederösterreich tragen. Auch im Sommer 1643 muß die Stadt vorübergehend ein Fähnlein Knechte aufnehmen, die für Eisenerz bestimmt sind. Die Werbungen reichen gleichfalls in das Jahr 1643 hinüber: Niederösterreich muß 2000 Mann anwerben, besagt eine Zuschrift der Steuerhandler vom 11. März, und da schlägt er vor, auf jedes Haus $\frac{1}{2}$ Gulden Kontribution zu legen.⁵⁾ Nach einer neuen Steuer suchend, kommt man auf eine Roßleihgebühr. Wer ein Roß zu einer Fahrt aufs Land ausleiht, hat laut kaiserlichen Patentes vom 20. August 1642 den Betrag von 10 Kreuzer zu zahlen; Anzeiger der allfälligen Hinterziehung dieser Abgabe erhalten den dritten Teil der Strafe.⁶⁾ Und dieser Lehenroßaufschlag erhält sich auch in den nächsten Jahren, ebenso wie die vergeblichen Versuche der Stadt, sich von diesem neuen Aufschlag wie von anderen Kriegslasten loszumachen. Ja es kam am 3. November wieder eine Landessteuer für Kriegsvolk zur Sicherung der Grenzen gegen die Türken.⁷⁾ Im Verlaufe dieses schlimmen Jahres wurde auch eine gründliche Besichtigung der Stadtbefestigung vorgenommen und sie ergab eine Reihe von Mängeln, die bei dem wirklichen Angriffe eines Feindes verhängnisvoll werden konnten, und die von keiner guten Verwaltung Zeugnis geben. Am 7. August werden diese Gebrechen verzeichnet.⁸⁾ Die

1) LXXIV, 2/3.

2) CXVI, 1/34.

3) CXVI, 1/42.

4) CXVI, 151.

5) CXVII, 3/18.

6) CXVI, 2/6.

7) LXXII, 4/9.

8) XLVI, 5/1.

Stadtmauern sind an mehreren Orten verbaut, Dächer sind auf die Hauptmauer aufgesetzt: so im Deutschordenshause, wo auch alle Wehren verbaut sind; Fenster und Türen sind durch die Stadtmauer gebrochen, wie zum Beispiel im Neukloster, wo man zu einem Fischhalter im Zwinger gehe; sogar im Burggarten gehe eine Tür durch die Hauptmauer. Ein Rondell in der Burg werde nur durch einen Baum gehalten, daß es nicht ins Wasser falle; auch die Zwingermauer sei zum Einfallen. Ferner sei eine Mauer gezogen worden, damit die Pauliner nicht zu den Burgfischen gelangen können. Manche Bürgerhäuser haben Türen gegen die Ringmauer. Auch an der Mauer selbst, an den Stadtgräben und Toren gab es mancherlei zu tun. Die Beseitigung aller dieser Mängel wurde veranlaßt; natürlich zog sich manches in die folgenden Jahre hinüber: so wird die Erbauung des Zwingers vor dem Wienertore erst zu Anfang des Jahres 1644 begonnen und für die Bürger, die Züge besitzen, ein Anschlag in Geld gemacht. Am 21. Jänner wird die Erweiterung des Stadtgrabens vor dem Fleischhackertore in Angriff genommen, wobei dem Bau einige Bürgergärten zum Opfer fallen. Die Einquartierung war auch in diesem Winter sehr stark, wie mehrere Schriftstücke bestätigen. Doch ein Erlaß des Kaisers an Neustadt vom 15. Jänner 1644 betont neuerdings, daß die Verpflegung der für Neustadt bestimmten Truppen zu Fuß und zu Roß und der Rekruten durch Zufuhren besorgt werde.¹⁾

In den nächsten Jahren spielen die Truppenwerbungen für Neustadt wohl keine besondere Rolle, dagegen laufen 1644 ein paar Aufträge wegen der Winterquartiere ein, Mahnungen wegen strenger und genauer Wacht ergehen; ein paar Jahre, von 1644 an, will auch das Eszterházysche „Leithagebäu“ — die Gründung von Neudörfel — eine politische Rolle spielen; doch drehte sich die Sache bald auf die wirtschaftliche Seite. Dagegen sah es wieder recht mißlich und trüb mit dem Verhältnisse der Habsburger zu Siebenbürgen aus, dessen Fürst jetzt Georg Rákóczy heißt. Er stand bereits im Kriege mit dem Kaiser und hoffte, sich mit Torstenson vereinigen zu können, der im Jahre 1645 das zweitemal die habsburgischen Länder der böhmischen Krone heimsuchte. Nun wurde abermals größere Aufmerksamkeit und Tätigkeit notwendig; Reiterei und Artillerie sei zu beschaffen, der Grenzschutz sei zu verstärken, der 18. bis 20. Mann sei auszuheben, in Neustadt selbst 17 Mann, die binnen 14 Tagen nach Ebenfurth oder nach Pottendorf zu stellen seien. Die Arbeiter der Umgebung seien mit zur Arbeitsleistung zur Stadtbefestigung zu verwenden. Wer Getreide in der Stadt hat, darf es nicht ohne Erlaubnis des Bürgermeisters ausführen; dagegen kann es ohne Beschränkung eingeführt werden. Den Müllern wird aufgetragen, bei diesen beklemmten Zeiten vor allem die Bürger und Inwohner zu befriedigen. . . . Leopold Wilhelm ordnet dann am 28. Mai an, daß die geworbenen Artillerieknechte, die nach Neustadt kommandiert sind, hier aufgenommen und eine Zeit verpflegt werden, ferner, daß überhaupt kein Getreide ausgeführt werde, da sich Flüchtlinge hier ansammeln. Es kommen nämlich aus der Nordhälfte von Niederösterreich, aus den Gefilden jenseits der Donau Leute, die vor den Schweden Haus und Hof verlassen — sie hatten diese Nordländer bei dem letzten Besuch kennen gelernt — bis in unsere Stadt und müssen erhalten werden.

Der Bischof Johannes Thuanus möchte wegen der Gefahr seine Schafe von Zillingdorf und Lichtenwörth gerne in die Stadt treiben; dagegen wird er gleich der Landesregierung der unerlaubten und übermäßigen Getreideabfuhr beschuldigt und deswegen am 8. August angezeigt.

¹⁾ LL. 37.

Der Rat läßt schon am 16. März zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt 30 Knechte anwerben und entlehnte für diese und andere Zwecke vom Bischof 2000 Gulden.

Das Jahr 1645 gestaltete sich vom Anfang an sehr ernst. Der Rat kam auch am 21. Februar schon ein, zur Herstellung der Befestigungswerke der Stadt einen Ingenieur herzuschicken; das geschah wie gewöhnlich nicht sogleich; am 14. März wurde erst das Ansuchen wiederholt. Am 1. März und öfter finden wieder Verhandlungen des Rates wegen der Einquartierten statt. Und durch den März läuft noch eine Reihe von Beschlüssen, die auf eine nahe Gefahr hindeuten. Es sollen 30 Knechte angeworben und dem Kommandanten zugeführt werden. Der Kirchenschatz und alles Wertvolle, namentlich die Stadtprivilegien sind in Sicherheit zu bringen; und es werden zwei Kommissäre hiefür bestellt. Als Bergungsort hiefür wird Bruck an der Mur gewählt.¹⁾ Den Bürgern wird verordnet, sich für ein halbes Jahr Mehl und andere Vorräte einzuschaffen, für gute Hausgewehre und Musketen zu sorgen. Die im vorigen Jahre in Fischau zum Notgebäu gekauften Steine sollen von den Gespanne besitzenden Bürgern schleunigst herangeführt werden. Und als ein kaiserlicher Befehl vom 28. März verlangt, die ledigen Burschen zum Heere zu schicken, antwortet der Rat, daß die ledigen Burschen hier keine Schützen seien und daß die Stadt sie selber brauche. Mit Befriedigung kann der Rat feststellen, daß in dieser Gefahr die Bürger selbst 28 Zentner Pulver zusammengebracht und zur Verfügung gestellt haben. Am 31. März wird für den zu erwartenden Kommandanten, den Oberst Viremont, das Quartier besorgt — er soll bei Herrn Morlin wohnen —; aber noch am 8. April geht ein Schreiben von hier ab, wegen der großen Gefahr endlich einen Kommandanten zu schicken. Der Rat sah offenbar zu schwarz. Am 19. Mai beschließt der Rat, vom Herrn von Rappach 2 Falkonette anzukaufen. Am 4. Juni kommt Befehl, die neugeworbene Artillerie einzunehmen; am 16. Juni heißt es endlich, daß Oberst Ranfft als Kommandierender nach Neustadt gesendet werde, und am 9. Juli trifft Ingenieur Philibert Luchese ein. An demselben Tage verbreitet sich auch die Nachricht, daß eine Reiter-schar in Pötsching übel gehaust, geplündert habe. Mit Beschluß vom 18. Juli wird die Bürgerwacht aufgelassen und eine „Stadtguardi“ gebildet und am 20. April 1648 — um dies gleich mitzuerwähnen — wird beschlossen, zu dieser Guardi herzhafte Soldaten aufzunehmen.

Das Jahr 1645 brachte auch eine Aufschreibung der waffenfähigen Männer der Stadt, sehr eingehend und getrennt nach Ständen gehalten, so daß dieselbe einen Einblick in das ganze bürgerliche und gewerbliche Leben in Wiener Neustadt ermöglicht.

Voran geht die dienende Klasse, die man offenbar als das erste Aufgebot betrachten muß. Es werden genannt:

von den Handelsleuten . . .	11	Diener,	36	Jünger
„ „ Riemern	4	Gesellen,	4	„
„ „ Weißgerbern	4	„	2	„
„ „ Hutern	17	„	3	„
„ „ Seifensiedern	3	„	3	„
„ „ Kürschnern	5	„	3	„
„ „ Schneidern	19	Knechte,	1	„
„ „ Klingenschmieden	1	Gesell,	—	„
„ „ Tischlern	2	Gesellen,	1	„
„ „ Bindern	17	„	6	„

¹⁾ Die Sachen wurden bei dem dortigen Bürgermeister Christoph Huetwoll untergebracht.

von den Hafnern	7 Gesellen,	6 Jünger
„ „ Badern	— „	6 „
„ „ Zinngießern, Barbieren, Drechslern, Buchbindern	4 „	6 „
„ „ Schustern	23 Knechte,	9 „
„ „ Bäckern	28 Gesellen,	— „
„ „ Zimmerleuten	29 „	— „
„ „ Sattlern	9 „	— „
„ „ Wagnern	— „	4 „
„ „ Lederern	7 Knechte,	— „
„ „ Messerschmieden	3 Gesellen,	— „
„ „ Fleischhackern	16 Knechte,	3 „
„ „ Landkutschern	5 „	— „
„ „ Schlossern, Spornern, Schiftern, Griffelschmieden, Feilhauern	19 Gesellen,	6 „
„ „ Hufschmieden	9 Knechte,	6 „
„ „ Goldschmieden, Malern	3 Gesellen,	6 „
„ „ Steinmetzen, Maurern	13 „	7 „
„ „ Tuch- und Kotzenmachern	7 „	— „
„ „ Seilern	4 „	— „

Das ergibt 266 Gesellen, 116 Jünger, also 382 Mann, die zuerst ausrücken mußten. Hierauf folgen die Herren und Meister, die „leicht bewehrt“ waren. Es sind:

Handelsleute	37	Sattler	4
Rierner	3	Wagner	6
Weißgerber	4	Lederer	4
Huter	8	Messerschmiede,	
Seifensieder	3	Fleischhacker	9
Kürschner	4	Landkutscher	3
Schneider	11	Schlosser	3
Klingenschmiede	2	Sporer	1
Tischler	4	Büchsenmacher	1
Binder	8	Griffelschmiede	2
Hafner	3	Feilhauer	1
Bader	3	Hufschmiede	4
Zinngießer	1	Goldschmiede	3
Barbierer	1	Maler	2
Drechsler	1	Steinmetze und Maurer	10
Buchbinder	1	Tuch- und Kotzenmacher	10
Schuster	11	Seiler	4
Zimmerleute	4		

Das sind 176 Leichtbewaffnete.

Die Stadt verfügte also über rund sechsthalbhundert Verteidiger, von denen wohl manche als minderwertig angesehen werden müssen; namentlich unter den „Jungen“ sind gewiß eine Anzahl sehr jugendliche Burschen zu suchen.

Einige Bemerkungen aus dem Ratsprotokolle des Jahres 1645 sollen das Bild über jene Tage vervollständigen: Am 8. April ist von den Insolenzen

der Kriegsknechte die Rede; am 30. Mai wird mitgeteilt, daß das Kriegsvolk die Bürger in den Häusern schlage, auf die Bürgerwacht geschossen habe, die Bürger als Rebellen titeliere. Die Peischinger seien von einer dort liegenden Militärtruppe geradezu ausgeplündert worden. Auf eine Eingabe traf am 2. Dezember ein Befehl an den Kommandanten ein, daß das Einbrechen in verspernte Häuser abzustellen sei.

Wir nähern uns jetzt dem Abschlusse des Dreißigjährigen Krieges; dem sogenannten Westfälischen Frieden, über den schon verhandelt wird, allein auch das Jahr 1646 ist noch reich an Ereignissen und an vielfach wechselndem Kriegsglück, und auch Wiener Neustadt ist trotz seiner Entlegenheit von dem eigentlichen Kriegsschauplatze noch stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Stadt wird trotz ihres Ansuchens um Befreiung wiederholt mit Einquartierungen bedacht, zu deren Begründung Erzherzog Leopold Wilhelm den Neustädtern anzeigt, daß der Kommandant in Niederösterreich, Feldzeugmeister Hans Christoph von Puchhaim, die Sicherung ihrer Stadt besonders im Auge behalten habe. Puchhaim selbst verlangt von Neustadt alle Büchsenmeister, da er eine Unternehmung gegen Krems und Korneuburg vorhabe, das noch die Schweden innehaben. Der Rat berät hierüber am 8. April und sendet 4 Büchsenmeister, was der Feldherr sehr übel aufnimmt. Freilich mußte unsere Stadt auch an ihren eigenen Schutz denken und konnte sich nicht aller waffenfähigen Männer eines und desselben Kriegshandwerks entblößen, wenn auch der Feldherr darüber zürnte. Der Fortifikationsmeister Philibert Luchese hat auch noch in Neustadt zu tun, bekommt sogar auf Grund der kaiserlichen Resolution vom 25. Februar 1646 eine Erhöhung seines Monatsbezuges um 60 Gulden, solange die Arbeit dauern werde. Er hat sogar zwei Adjutanten, die ebenfalls um 24 Gulden aufgebessert werden. Und die Bürger haben wieder Pulver wegen der Schwedengefahr gesammelt, 21 Zentner, das sie nun dem kaiserlichen Zeugwart in Wien zur Verwendung gegen die Schweden überlassen. Auch neue originelle Steuern finden sich wieder ein. Ein Schuhaufschlag fordert nach dem Beschlusse des Landtages zur Bestreitung der Kriegskosten für ein Paar Stiefel mit Absatz 10 kr., ohne Absatz 5 kr., für ein Paar Schuhe mit Absatz 3 kr., ohne Absatz 1½ kr., für ein Paar Pantoffel 3 kr., für ein Maß oder Achtring verkauften Brantweins den 4. Pfennig, für ein Pfund Schmalz 2 Pfennig, für ein Pfund Käse 1 Pfennig, von einer Klafter harten Holzes 6 kr., von einer Klafter weichen Holzes 3 kr.

Zu Beginn des Jahres 1647 wird die Stadt durch einen kaiserlichen Befehl abermals als Sammelplatz für die Werbung einer Kompagnie von 200 Mann des Hannibal Gonzaga bestimmt, die aufzunehmen seien. Alle Gegeneingaben und Entschuldigungen der Stadt sind fruchtlos.²⁾ Wohl wird im März eine Kompagnie Gonzaga nach Neunkirchen übersetzt, dafür kommen jedoch Truppen vom Regimente Montecuculi hieher; und am 13. April kündigt eine kaiserliche Resolution abermals neue Reiter an. Fruchtlos ist auch die Eingabe gegen einen neuen Landesaufschlag auf Schmalz, Käse, Holz, Brantwein und Schusterarbeit für die Erhaltung der Kriegsvölker. Gegen jene, welche die Bezahlung verweigern, sei allenfalls auch mit Arrest vorzugehen.³⁾ Man hatte in der Schaffung neuer Steuerquellen wenig Skrupel! Am 19. April kam weiterer Befehl an die Stadt, zu Kriegszwecken auch einen Aufschlag von jenen Weingärten einzuheben, welche die Bürger auf niederösterreichischem Boden besitzen.⁴⁾ Gleichsam

1) CI, 33/12. 12 a.

2) Am 20. Jänner, vor dem 7. Februar.

3) Patent vom 17. Februar (CXVI, 3/30).

4) CXVI, 3/31.

als Antwort darauf läßt die Stadt am 26. April 60 Kroaten nicht ein, so daß sie in den Stadeln lagern müssen.

Am 7. Oktober geht der Kaiser nochmals von Schloß Ebersdorf aus an Neustadt wegen Verstärkung des Kriegsvolkes: die zur Verstärkung des Heeres bestimmte, nach Neustadt dirigierte Mannschaft sei aufzunehmen und zu verpflegen; und am 21. Jänner 1648 beschließt der Rat zum Zeichen der Treue, 100 Sättel samt Sattelzeug zu liefern. Dagegen müssen am 27. April wieder Colombo-Kroaten aufgenommen werden; und auch von andern Regimentern sind Truppen hier. Es ist schon das Jahr des Friedens und da arbeitet der kaiserliche „Fortifikationsmeister“ Philibert Luchese hastig an der Stadtbefestigung und noch im Oktober, dem Monat des Friedensabschlusses,¹⁾ bestimmen die niederösterreichischen Verordneten Neustadt zum Sammelplatze für eine Werbung, zur Stellung von Mannen mit Wehr und je 4 Gulden Bargeld aus jedem 30. bis 40. Haus.²⁾ Freilich stand der Friede nur auf dem Papier und die Tätigkeit für den Krieg dauert fort, da ja auch die Ostgrenze in Betracht kam. Da wird in der Ratssitzung ein Turm zur sicheren Unterbringung des Pulvers gesucht (29. März), die Reparierung der Bastei vor dem Ungartore wird beschleunigt (10. Juni), die durch die Stadtmauer gebrochenen Fenster müssen besichtigt werden (5. Juli). Da war die Kunde von dem Westfälischen Frieden auf dem Wege. Sie konnte sich nur sehr langsam verbreiten, da manche Besatzungen noch fort-dauerten und auch zuchtlose Kriegerscharen ihre Streifungen und Plünderungs-züge noch jahrelang fortsetzten. In unsere Stadt kam die Kunde im Sommer des Jahres 1650, wo auch die schwedischen Besatzungen erst aus Mähren und Schlesien abzogen; die Botschaft wurde in der Ratssitzung vom 21. Juli behandelt und ein Friedensfest für den 24. Juli beschlossen.

Das Protokoll über diese Sitzung schreibt: „Frid. Demnach der allmechtige Gott der Röm. Kay: m. unserem Allergnedigsten Herrn und Erblandsfürsten etc. und dero Ländern und Underthanen den so lang gewünschten Friden mit dem H. Röm. Reich und denen Cronen Frankreich und Schweden nunmehr widerumben verliehen, derentwegen auf konftigen Sontag den 24. dits ein allgemeines Dankfest angestellet ist: Alsz sollen die Stuck auf die Pasteyen umb die Statt alsobalden aufgeführt, ein Feuerwerk zugerichtet und konftigen Sontag früe die Bürgerschaft in ihrer Gewähr mit Vier fliegenden Fahnen auf den Blatz verordnet, under dem Lobgesang Te Deum Laudamus und under dem H. Gottesdienst aus Musqueten dreymal Salve gegeben, darauf jedesmal die Stuck umb die Statt, wie auch abents zu dem Gebetleuten loszgebrannt, ihre Bischoffl. Hochwürden und Gnaden alhier, H. Prelat im Neu Closter, H. P. Vicarius im Pauliner Closter, H. P. Guardian von Khazlstorff, H. Ob. Leutenant des Montecucoli Reg., so alhir im Quartir ligt, H. Burggraf, Thiergartner, Kay: Zeugwarther und Postmeister, auch andere allhirige Kay: und Erzherzog. officier und bediente von einem Ers: Rath gastiert, dem Aussern Rath in gleichem ein Tractation gehalten. Auf St. Niclasz Thurn am Blatz ein Stund lang musicirt, Roth und weisser Wein frey auszurinnen gegeben, von denen Schuelknaben offentliche Comödien auf dem Blatz gespilet, denen Kindern auch auf dem Blatz ein Lauberhütten mit umbsätzten Bäumen aufgerichtet, ein offner Freudentantz gehalten und denen Schuelern 8 tag frey recreation gelassen: Und abends nach dem Gebetleuten und nachmahln loszgebrennten Stüchen ein Feuerwerk gehalten werden.“ Beim Festmahl wurde der Umtrunk aus dem Corvinusbecher gehalten.

Es war ein Volksfest allerersten Ranges, und der Jubel von jung und alt läßt sich begreifen. Ein ganzes Menschenalter voll blutigen Haders und

1) Der Westfälische Friede wurde am 24. Oktober abgeschlossen.

2) CXVI, 1/71.

Hasses war verflossen, die Hälfte des Volkes hatte eine Friedenszeit gar nicht kennen gelernt. Am 17. Jänner 1651 faßte der Rat noch den Beschluß: zur Feier des Friedens sollen alle umgefallenen Martersäulen und Kreuze wieder aufgerichtet und mit der Inschrift versehen werden:

Lob, Preis und Dank dem Friedensgott,
Der uns hat geführt aus der Kriegsnot!

Und wie zum Abschied von der Kriegszeit verehrt die Gemeinde dem Leutnant des Philippischen Regimentes zu Pferd Anton von Heumant zu seinem Abzuge 12 Silberkronen (= 22 Gulden rheinisch), wenn auch am 19. September der Stadt noch ein paar Philippische Offiziere und Soldaten zugewiesen werden. Am 16. September 1652 geht eine Beruhigungskundmachung wegen angeblicher Gefahr vor den Türken vom Kaiser aus: es sei keine Ursache zur Furcht oder gar Panik, man könne ruhig seiner Arbeit nachgehen; bald (19. November) folgt ein Erlaß, daß fremde Truppenwerbungen in keinem Falle zu gestatten seien, was am 31. Jänner und 10. März 1654 wiederholt wird. Am 6. Juni 1653 wird ein feierliches Te Deum Laudamus in der Neuklosterkirche wegen der Wahl Ferdinands (IV.)¹⁾ zum römischen König und zugleich wegen der Geburt einer kaiserlichen Prinzessin gehalten. In naher Zeit, am 11. August, findet aber auch eine Prüfung der Büchsenmeister statt. Und jetzt geht man auch wieder an die Arbeit zur Festsetzung der österreichisch-ungarischen Grenze. Freilich scheint das Werk wieder nicht beendet worden zu sein. Ein Friedenszeichen ist es, wenn am 22. April 1655 die Regierung den Befehl an Neustadt richtet, die Soldaten zu beschreiben, die im Kriege gedient und sich dann hier häuslich niedergelassen haben.

IV.

Daneben gibt es vom Jahre 1654 an freilich schon wieder einzelne Werbungen; diese und die ganze Haltung des österreichischen Hofes waren vielfach durch die Verhältnisse in Ungarn und Siebenbürgen beeinflusst, wenn sich die dortige Tätigkeit auch nicht gleich gegen die Habsburger kehrte. Allerdings konnte es gegenüber den Bestrebungen der Habsburger in bezug auf Ungarn kaum ausbleiben, daß wenigstens eine Partei dem entgegenarbeitete. Daraus entwickelte sich eine Bewegung, die vom Kaiser als eine Verschwörung, als Empörung gewertet wurde. Und einerseits bei der Sicherung und Belastung, anderseits bei der Begünstigung von Wiener Neustadt sind wohl die Erwägungen wegen der Zustände in Ungarn mit im Spiele.

Zu den Sicherungsmaßnahmen gehört es, wenn der Rat über Auftrag am 12. November 1654 beschließt, das Saliterwesen in Neustadt einzurichten, wenn er am 18. November 1660 von den vermöglichen Leuten einen Beitrag zur Vermehrung der Munition verlangt und am 4. August 1661 Vorbereitungen für eine Bürgermusterung treffen läßt, wenn er im Jahre 1662 Munition und Waffen anschafft und das Königsbergische Freihaus zur Unterbringung der Geschütze ankauft, wenn er 1663 wiederholt aufträgt, ja den Wachtdienst gut zu versehen, „keine Buben zu schicken“, eine Beaugenscheinigung anordnet, ob es notwendig sei das Dreißigsthaus vor dem Ungartore zu demolieren, am 14. Jänner 1664 den Kämmerer beauftragt, das Erlenholtz vor dem Wienertor und alle Wäldchen um die Stadt wegen der Feindesgefahr²⁾ abschlagen zu lassen und gleichzeitig eine Zählung der gesamten waffenfähigen Mannschaft vornehmen läßt.

¹⁾ Er starb bald darauf.

²⁾ Hiebei wird neben der Türkengefahr auch wiederholt auf „andere Gefahr“ hingewiesen.

Diese Zählung ergibt 597 Mannspersonen, eine mäßige Zahl. Der Bischof Johannes Thuanus erlegt 400 Gulden als Beitrag zur Stadtverteidigung. Als eine Ehrung von Neustadt ist es auch aufzufassen, wenn Ferdinand III. an die Stadt den Befehl vom 12. September 1656 erläßt: dem Feldzeugmeister von Hunoldstein einige Stücke Geschütze zu überlassen; es sollen nämlich Schottwien, Aspang und Sebenstein mit Geschützen versehen werden,¹⁾ wobei es sich für den Augenblick um revoltierende Soldaten in Steiermark handelte.

Mit neuen Steuern ist man rasch zur Hand; und so fordert ein kaiserlicher Erlaß vom 8. Juli 1657 auf Grund eines Beschlusses des niederösterreichischen Landtages für jeden Achtring Wein, Most, Kräutzelwein, Brantwein, verleutget oder zu Hause getrunken, 1 Kreuzer, vom ausländischen Wein oder Bier den 4. Pfennig; diese Steuer soll nur für ein Jahr gelten. Mit diesem Verlangen kreuzt sich das Gesuch der Stadt um Befreiung von den Forderungen der Regentschaft, eine Beihilfe zur Unterhaltung des Kriegsvolkes zu entrichten, ein Darlehen von den reichen Bürgern und Handelsleuten aufzunehmen und eine besondere „Pension“ von den Nobilitierten einzuheben. Es war eine schlimme Zeit! Und wieder einmal ertönte auf einen Befehl vom 22. Juni 1658 der in unserer Stadt öfter gehörte Ruf: Niemanden ohne Ursache von der Stadt wegziehen zu lassen! 80 Häuser der Stadt seien unbewohnt; jedenfalls mit Einrechnung der in den Türkenzügen zerstörten Vorstadthäuser.

Laut Zuschrift der hinterlassenen deputierten Räte vom 17. Juni 1664 war Oberst Locatelli de Locatell zum Kommandanten von Neustadt ernannt, denn man fürchtete einen feindlichen Angriff in nächster Zeit.

Es war nichts zu befürchten, verlautet auch nichts von Flüchtlingen herein und hinaus.

Zum Schlusse der Aktion für die Verteidigungsfähigkeit der Stadt sei das Inventar des städtischen Zeughauses (im Auszuge) wiedergegeben, das am 6. Oktober 1667 nach dem Tode des Zeugwarts Georg Friedrich Strack verzeichnet wurde.²⁾

Dasselbe weist nachfolgenden Bestand aus:

Metallene „Stücke“: 1 König Ferdinandische Singerin, 1531 gegossen von Hans Diringer, auf der Jakobsbastei, mit einem Kruzifix; schießt 25 Pfund;

1 Kaiser Maximilianische Notschlange, darauf ein Hirsch, gossen 1571, schießt 16 Pfund Eisen;

1 Quartierschlange . . . mit den Nürnberger 2 Schilden und einem Greif, darauf 1574, schießt 9 Pfund;

noch eine ähnliche Schlange;

2 Maximilianische „geschiebte“ Notschlangen mit dem Wappen des Deutschen Ordens, Jahreszahl 1594, darauf St. Laurentius gossen, schießt 13 Pfund;

2 Falkaunen mit dem Hofmannschen Wappen, schießt 6 Pfund;

1 doppeltes Falkonett mit einem Wappen, im Schild ein Stern;

noch mehrere Falkonette;

4 Mörser, dann eiserne Stück, Doppelhaken, Musketen . . . 1308;

Wehrn, Spieße, Hellebarden 4003;

Rüstungen, Harnische 4175;

Eiserne, blecherne, steinerne Stück Musketen, Ketten, Kugeln, Kartätschen 407.537,

ferner: Granaten, Feuerwerksrequisiten;

Pulver 208 Zentner, Luntten;

Seilwerk, Eisenwerk, Schanzzeug;

¹⁾ LXXII, 3/18.

²⁾ CXV, 3/3.

Handmühle;
Pfeile;
Wagen und Wagenzeug;
Sättel;
Werkzeuge für Schmiede, Schlosser, Zimmerleute.

Die Belastung der Stadt bestand, wie begreiflich, noch immer hauptsächlich in der Einquartierung auch von Truppen, die nicht zur Verteidigung bestimmt, sondern nur vorübergehend unterzubringen waren. So weist zum Beispiel ein Erlaß Kaiser Leopolds vom 21. November 1658 an Neustadt auf die Notwendigkeit hin, die Kriegsvölker in Niederösterreich unterzubringen, und dabei müsse auch Wiener Neustadt mithelfen,¹⁾ ähnlich lautet es am 10. Juli 1659,²⁾ um eine Kompanie vom Gonzaga-Regiment hieher zu verlegen. Über den Winter war auch Wallissches Fußvolk hier gelegen, das schon einmal in Neustadt gewesen war. Aber nicht allein diese, sondern auch die zur Sicherung der Stadt herkommandierten Kriegsknechte bedeuteten, wie wir schon ersehen haben, noch in anderer Weise eine Last für die Stadt. Es waren durchweg zuchtlose Scharen. Am 17. April 1659 beschließt der Rat wegen der fortdauernden Exzesse der Wallisschen Knechte, welche Leute mißhandelten, in Bürgerhäuser eindringen und dort plünderten, wobei der Hauptmann für sie Partei nahm, die Anzeige und Bitte um Abhilfe an den Landschaftskommissär ausfertigen zu lassen. Eine Klage vom 7. August 1664 besagt, daß der Pfarrer von Piesting vor dem Wienertore von einem Reiter räuberisch angegriffen wurde.

Und am 17. März 1667 erstattet der Rat die Anzeige an den Hauptmann des Gonzagaschen Regimentes, der in Aspang einquartiert ist, daß seine Soldaten sich räuberische Plündereien im Föhrenwalde und auf der Landstraße erlaubt haben, und bittet um deren Bestrafung, was die Antwort vom 5. April zusagt.

Es sind grasse Fälle, und Kaiser Ferdinand III. gesteht einmal in einem Befehle an unsere Stadt (vom 30. August 1656), daß Soldaten sich von ihrem Regimente entfernen und herumstreifen, so daß sie eine Landplage werden.

Die Begünstigungen für Wiener Neustadt sind auch besonders auf dem Gebiete des Einquartierungswesens zu suchen. Durch einen Befehl vom 24. März 1656 wird die Zahl der an die Kriegsknechte zu verabfolgenden Portionen beschränkt und wird überdies gestattet, dieselben auch mit Geld zu leisten. Dies wird am 30. September 1657 wiederholt und dabei ausdrücklich betont, die Portionen so zu adjustieren, damit keine Überbürdung der Stadt eintrete.³⁾ Es sind 200 Portionen täglich.

Im Jahre 1658 ist auch diese Giebigkeit für den Augenblick beseitigt und hat Neustadt lediglich für die Unterkunft der Kriegsknechte zu sorgen, wie wiederholt hervorgehoben wird.⁴⁾ Im Jahre 1664 verlangte der Kommandant Locatelli die Bezahlung von allem, was er mit seinen Leuten und Rossen beim „Goldenen Strauß“ verzehrt hatte. Der Hofkriegsrat bestätigte die Forderung und trug die Bezahlung am 8. Juli auf, die der Bürgermeister gegen spätere Abrechnung leistete.⁵⁾ Im ganzen kam die Bürgerschaft mit einer ordentlichen disziplinierten Kriegsmacht gut aus; zum Zeugnisse soll hier angefügt werden, was der Rat den Bürgern am 27. September jenes Jahres durch die Quartierkommissäre ans Herz legte: Es solle

1) J. 256/1.

2) CXVII, 1/70.

3) XCIV. 1/14.

4) 21. und 26. November 1658, 10. Juli 1659, 16. und 21. Juni und 14. Juli 1663, 9. Mai 1664.

5) RP.

bei anbrechender Kälte jeder seinen Soldaten mit geziemender Liegerstatt und gutem Willen also quartieren, daß keine Klagen notwendig werden.

Als ein Bene für Neustadt kann man auch die Begründung einer ärarischen Waffenfabrik daselbst betrachten, die im großen gehalten sein sollte, zu welcher niederländische Werkleute berufen wurden. Im Jahre 1657 wurde das Übereinkommen erreicht. Am 27. Jänner erklärte Kaiser Ferdinand III., daß Wiener Neustadt als besonders geeignet befunden worden sei, diese Arbeiter mit Weib und Kind aufzunehmen.

Laut Erlasses des Kaisers vom 9. Mai 1657¹⁾ sollten Häuser für 17 Werkstätten und Wohnungen dieser niederländischen Armaturarbeiter als notwendig gewonnen werden. Die Werkleute sollten unter der Jurisdiktion der Stadt stehen, die Häuser sollten die Lasten der Stadt mittragen. Die Stadt möge nun dem Baumeister Concord behilflich sein, daß er die Häuser billig und frei bekomme, was vom Kaiser mit landesfürstlichen Gnaden werde anerkannt werden. Der Rat bietet hierauf die beiden Kreuzhöfe an, die er erst kürzlich um 2500 Gulden gekauft, einen ausgedehnten Grundkomplex, der für die Herstellung von 20 Wohnungen und 20 Werkstätten besonders geeignet sei.²⁾ Er stellt den Preis zum Ankauf auf 2000 Gulden, was auch zum Kaufe und Kontrakte führte. Diese niederländische Armatur spielte sodann auf lange Zeit eine bedeutende Rolle in der Stadt. Erwähnt sei hier nur noch, daß für dieselbe zwei neue Bohrmühlen und eine Schleifmühle errichtet wurden, welche auch die Armatur noch im Jahre 1659 in Bestand nahm.

Im Jahre 1665 veranlaßte wieder einmal ein Gerücht über das Herannahen der Türken den Rat dazu, daß 1500 fl., die schon für andere Zwecke bestimmt waren, zur Stadtbefestigung verwendet, das Stadel des Neuklosters vor dem Ungartor, Hofstätten, Gartenzäune abgebrochen, die Pflastersteine in der Wienvorstadt ausgehoben wurden. 1667 erfolgte die Neupflasterung. — Wenn noch im Jahre 1670 Maurergesellen zum Festungsbau nach Wien geschickt werden sollen, wenn Befehle und Mahnungen auf Achtsamkeit und Vorsicht einlaufen, die Beseitigung von Mängeln, die Verstärkung der Stadtguardi verlangt wird, so geschieht dies schon im Hinblick auf die Zustände in Ungarn. Was nämlich, wie oben angedeutet, als wahrscheinlich anzunehmen war, wurde zur Wirklichkeit: eine Partei ungarischer Magnaten erhob sich gegen den Kaiser; darunter der Banus Peter Zrinyi, der Hofrichter Franz Nádasdy, Franz Frangepan, Zrinyis Schwager, Franz Rákoczy, der Schwiegersohn Franz Frangepanis, und andere; auch ein Deutschösterreicher, Graf Erasmus Tattenbach schloß sich der Bewegung an. Die ganze Verschwörung wurde entdeckt, und zwei der Häupter der Bewegung fanden ihr tragisches Ende in Wiener Neustadt: der Banus Zrinyi und sein Schwager Frangepan, wodurch allein die Sache mit der Geschichte unserer Stadt in Verbindung tritt, ähnlich wie im Jahre 1522 die Bewegung der niederösterreichischen Stände. Zrinyi und Frangepan waren am 18. April 1670 in Wien verhaftet worden und wurden am 27. August nach Neustadt überführt, wo sie zunächst in der Burg untergebracht wurden. Die Verhöre, die ja auch auf viele andere Personen sich erstrecken mußten, dauerten monatelang. Es war klar, daß sie zum Tode verurteilt würden. Das Urteil gegen Zrinyi, gefällt am 23. April 1671, lautete auf Hinrichtung durch das Schwert und Abhauen der rechten Hand; doch wurde letzteres durch eine Begnadigung vom 29. April nachgesehen. Am 25. April wurde das Todesurteil, gleichfalls die Enthauptung, über Frangepan gesprochen. Die beiden Gefangenen wurden dann aus der Burg ins städtische Zeughaus gebracht, und es durfte ohne

1) XLVI. 19 a/2.

2) Es sind die Häuser 9, 11, 13, 15 der Keßlergasse.

Erlaubnis der kaiserlichen Kommissäre niemand außer ihrem Beichtvater zu ihnen gelassen werden. Es ergeht der Befehl, zur Bewachung der Verurteilten Bürger mit Gewehr aufzustellen; eine Kompagnie des Heisterschen Reiterregiments wird zur Freihaltung der Straßen bis nach der Beerdigung der Leichen bestimmt. Am 26. April wird der Rat verständigt, daß zur Hinrichtung selbst der kaiserliche Geheimsekretär Christoph Abele von und zu Lilienberg, Herr auf Hacking und Neustadt, gesendet werde, dem man allenfalls bei seinen Verrichtungen behilflich sein solle. Als Tag der Hinrichtung ist der 30. April bestimmt. Dieselbe soll im städtischen Zeughause im äußeren Hofe¹⁾ auf einer mit schwarzem Tuche überzogenen Bühne vollzogen werden. Am 28. April werden deshalb Zrinyi und Frangepan dem Stadtgerichte übergeben. Am Hinrichtungstage soll die ganze „Bürgerschaft“ in Gewehr „auf dem Platze“ aufgestellt werden, um „Rumor“ und Ungelegenheit zu verhüten. Die Leichname der Gerichteten²⁾ wurden auf den um die Domkirche gelegenen Friedhof getragen und dort zusammen an der St. Michaelskapelle, dem Karner, der zugleich einen Teil der Friedhofsmauer ersetzte, zur Ruhe bestattet.³⁾

Der Leichenstein zeigt als Hauptschmuck zwei Totenköpfe, über denselben und unter denselben je eine lateinische Inschrift. Die obere Schrift, Namen und Rang der Beerdigten enthaltend, klingt in den Satz aus, daß hier, weil ein Blinder den andern geführt, beide in die Grube gefallen sind (*quia cæcus cæcum duxit, ambo in hanc foveam ceciderunt*). In der Inschrift unten mahnen uns die Gefallenen selbst, daß man den Herrschern Treue halten soll (*Discite mortales et casu discite nostro — observare fidem regibus atque Deo*).

Es sei im Anschlusse noch erwähnt, daß der Kaiser selbst eine Drucklegung des Prozesses vornehmen ließ. Seine Ankündigung, die zugleich jeden Nachdruck verbietet, trägt das Datum vom 19. Juni 1671. Das Folioheft ist mit zwölf Kupferstichen versehen. Es handelte sich offenbar darum, die Auffassung des Herrschers zur Geltung zu bringen.

Gegenüber Ungarn folgen Jahre der Ruhe, und auch der Türke konnte uns augenblicklich nicht bedrohen. Neustadt mußte noch 1671 an das Land 900 Gulden zahlen, da es seit 1663 der Stellung von Mannschaft des 30., 20., 10. u. 5. Mannes nicht vollständig nachgekommen war. Ein paar Werbungen treten hervor. Eine im Jahre 1675, welche zu fördern sei⁴⁾ — gleichzeitig ein *Te Deum* wegen der Erfolge über die Türken — eine vom Jahre 1676⁵⁾ für die im Reiche stehenden Regimenter, die nicht erlaubt werde — gleichzeitig ein *Te Deum* wegen der Einnahme der Festung Philippsburg. — Eine am 30. Jänner 1677 für Wien, Krems, Bruck a. d. Leitha und Neustadt anbefohlene Werbung soll gewisse Personen, namentlich die zum Ackerbau bestellten Leute verschonen und nicht ihrer Arbeit entziehen.

Vom Jahre 1676 ist auch eine Mahnung zur Wachsamkeit, da die Türken Brenner ausgeschickt haben sollen, um konfiszierte und andere Güter in Asche zu legen.⁶⁾

¹⁾ Unmittelbar an der Stadtmauer.

²⁾ Der Freimann Niklas Moor, der wegen übermäßigen Genusses von Alkohol seine Sache sehr schlecht gemacht hatte, wurde mit Erkenntnis vom 5. Mai 1671 dazu verurteilt, ein halbes Jahr im Wiener Stadtgraben in Eisen und Banden zu arbeiten (XLVII, 2a/9). — Die Kosten bei der Hinrichtung werden der Stadt vergütet.

³⁾ Nach der Abtragung der Michaelskapelle im Jahre 1870 wurde der Stein samt den Resten der Leichname an der Wand der Pfarrkirche selbst angebracht, beziehungsweise vergraben; letztere wurden von da im Jahre 1881 in den neuen städtischen Friedhof übertragen und im Jahre 1907 dem kroatischen Vereine überlassen.

⁴⁾ Erlaß vom 4. März 1675, LXXIV, 5/15.

⁵⁾ Erlaß vom 28. Jänner 1676, Yy. 81.

⁶⁾ Yy. 82.

Einige Bemerkungen über Zigeuner und Gesindel an der Grenze vollenden den Schriftwechsel betreffs der allfälligen Gefahren für die Stadt bis zum Ende der siebziger Jahre.

In das Jahr 1678 fallen zwei Hoffeste, die in mehreren Richtungen auch für unsere Stadt von Interesse waren. Am 6. Februar fand nämlich in der hiesigen Burgkapelle die Trauung der Eleonora Maria Josefa, einer Tochter Kaiser Ferdinands III., der Witwe des Polenkönigs Michael Koribut, mit dem Herzog von Lothringen Karl V., und am 25. Oktober die Trauung der Erzherzogin Maria Anna Josefa mit dem Prinzen Johann Wilhelm Herzog zu Neuburg unter Anwesenheit des Hofes durch den Bischof Leopold von Kollonitsch statt. Zur Erinnerung an diese Feierlichkeiten ließ der Bischof die Marienstatue auf dem Hauptplatze errichten, wie deren Inschriften verkünden: ANNO MDCLXXVIII QVO HAC IN VRBE — BINÆ FERD. III. ET ELEONORÆ ROM. IMP. — SERENISSIMÆ FILIÆ — LEOPOLDI CÆSARIS AVGVSTI SORORES — BINIS SERENISS. S. R. I. PRINCIPIBVS — ELEONORA POLONIÆ REGINA VIDVA — CAROLO V. LOTHARINGIÆ DVCI — MARIA ANNA IOANNI WILHELMO — COMITI PALATINO DVCI NEOBVRGICO — FELICISSIMIS HYMENÆIS COPVLATÆ SVNT; auf der Gegenseite: virgini sine macula conceptæ — Austriæ et urbis hujus protectrici — hunc Marianum colossum — imperante Leopoldo — Leopoldus Neostsdiensis antistes — et s. r. i. e comitibus a Kollonitz — eques ord. S. Joannis Hierosol. — s. c. m. consiliarius et camerarius — inclytæ cameræ Hungaricæ præses — posuit dedicavit.¹⁾

Von den Kompagnien dreier Stadtviertel wurden in jenem Jahre, wohl schon dem ersten Hochzeitsfeste zu Ehren, die Kompagniefahnen erneuert (jene des Frauenviertels war noch ziemlich neu).

1679 verhinderte die furchtbare Pest jedes größere Unternehmen. Zu Beginn der achtziger Jahre wird es auf einmal wieder anders. Der Führer in Ungarn ist jetzt Emmerich Tököly; 1681 verlangt die niederösterreichische Landschaft schon wieder eine bedeutende Abgabe für die Kriegsvölker und besonders für die Erhaltung der Veste Raab! Der Beitrag von Wiener Neustadt hiefür beziffert sich auf nicht weniger als 561 Gulden 6 Schilling 21 Pfennig.²⁾ Und am 24. November 1682 bedeutet die niederösterreichische Regierung und Kammer Wiener Neustadt alle Leute und Körperschaften, auch die Witwen, Gerhaben, Benefizien, Stiftungen, Edelhöfe, die über 100 Gulden Vermögen besitzen, aufzunehmen und das Verzeichnis am 18. Dezember vorzulegen, da dieselben 1 Prozent Türkensteuer zu entrichten haben. Und nach einem Verzeichnisse von 1683 haben 69 Parteien in Neustadt diese Steuer, zusammen 1330 Gulden bezahlt.³⁾ Während dem war, den alten Traditionen folgend, Tököly wieder mit der Pforte in Verbindung getreten, und im Jahre 1683 wurde der große Zug unter dem Großwesir Kara Mustafa unternommen, der Wien zu Falle bringen sollte. Mit dem Osmanenheere zog als Vasall auch der Tartarchan der Krim, Murad Giraj,

¹⁾ Im Jahre 1678, da zwei erlauchte Töchter des römischen Kaisers Ferdinand III. und der römischen Kaiserin Eleonora, Kaiser Leopolds Schwestern, mit zwei erlauchten Fürsten des heiligen römischen Reiches; Eleonora, Königin-Witwe von Polen, mit Karl V. Herzog von Lothringen, Maria Anna mit Johann Wilhelm Pfalzgrafen und Herzog von Neuburg, zu glücklichster Ehe getraut wurden, hat der Jungfrau, ohne Mackel empfangen, Österreichs und und dieser Stadt Schützerin, diese Marienstatue, unter der Regierung Leopolds der Neustädter oberste Seelenhirt Leopold Reichsgraf von Kollonitz, Ritter des Ordens des heil. Johannes von Jerusalem, kaiserlicher Rat und Kämmerer, Präses der ungarischen Kammer, errichtet und geweiht.

²⁾ Zuschrift vom 10. Ocktober

³⁾ Im Minimum 10, im Maximum 100 fl.

dessen Reiterscharen dem Hauptheere vorausritten und raubend und plündernd Land und Leute bedrängten. Aus Wiener Neustadt hatte sich wieder eine Anzahl Bürger wegbegeben, während anderseits viele Flüchtlinge vom Lande in der Festung Schutz suchten. Aber auch die Höhlen in dem nahen Kalkgebirge, am Gösing, an der Hohen Wand, in der Weißenbachklamm, wurden von der schuttsuchenden Landbevölkerung besetzt und tragen deswegen noch den Namen Türkenlöcher. Auf die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, mit Holz hatte noch ein Erlaß vom 4. Juli aufmerksam gemacht.

Zum Kommandanten von Neustadt war Friedrich Magnus Graf von Castell bestellt, dessen Dragonerregiment nebst den Richardschen Kroaten¹⁾ die Besatzung bildeten. Zur Beschaffung von Proviant hatte der Rat wiederholt gemahnt, namentlich nochmals am 11. Mai und am 10. Juni. Schaufeln, Krampen, Luntten, 20 Zentner Pulver, 400 Musketen waren aus dem kaiserlichen Zeughaus ausgefolgt worden.²⁾ Zum Unterhalt für die Garnison wurden aus den Kellern jener Bürger, welche die Stadt wegen der Feindesgefahr verlassen hatten, die Weine genommen und an die Soldaten verkauft. Der Kirchenschatz war rechtzeitig nach Leoben in Sicherheit gebracht worden. Kleine Tartarenschwärme streiften in der Nähe der Stadt. Ein Lager solcher streifender Scharen soll bei Sollenau gewesen sein. Doch kam es zu keiner eigentlichen Belagerung von Neustadt, wie sich aus den ganzen tatsächlichen Berichten ergibt. Neustadt trat eben schon völlig in den Hintergrund gegenüber Wien, dessen Einschließung die Zusammenziehung aller Streitkräfte des Großwesirs erheischte.

Am 21. Juli fand man vor dem Ungartore im Stadtgraben einen Mann, gebürtigen Ungar, aus der Nähe von Raab stammend, namens Mathiasz Janos, in türkischer Kleidung und mit türkischem Schopfe, der nach seiner Aussage vor vier Wochen, als er das Vieh seines Vaters hütete, von den Tartaren gefangen, an einen Türken verkauft und von diesem türkisch adjustiert wurde. Er war eben wieder seinem Herrn entkommen. Er machte auf Befragen auch Aussagen über das türkische Heer, darunter die, daß er große „Stücke“, Geschütze, gesehen habe, die von 40 Büffeln gezogen wurden.

Es ist wahrscheinlich, daß um den 20. August Streifscharen in der Nähe unserer Stadt waren, daß auch Murad Giraj selber sie befehligte. Und er selbst schickte eine schriftliche Aufforderung zur Übergabe der Stadt und zu einer Zahlung von Geld, zur Lieferung von Pferden herein. Diese Aufforderung (Fig. 1) hat verdeutscht folgenden Wortlaut:³⁾

„Murad Giraj Chan.

Unser Befehl: An die Vornehmen, die Höchsten und Niedersten und die ganze Bevölkerung ergeht die Kundmachung und der Befehl des Sultans wie folgt: Grund, weswegen wir hieherkommen, ist, daß uns Seine Hoheit der glückliche und edelmütige Chan und Seine Hoheit der glückliche Großwesir zu euch geschickt haben. Nun wird euch allen unser Befehl überbracht. Wenn ihr nicht widerspenstig seid und uns gehorcht, so wollen wir euch Beschützer aufstellen. Ihr sollt seiner Hoheit dem Chan 1000 Löwenpiaster,⁴⁾ einen Zobelpelz und 50 Pferde überbringen; und wenn ihr auch uns selbst 500 Löwenpiaster, einen Zobelpelz und 10 Pferde gebt, so

¹⁾ Nach Boeheim.

²⁾ Siehe die Zuschrist des Zeugwarts Georg Jakob Faustner vom 23. August 1684.

³⁾ Übersetzung nach Dr. F. v. Kraelitz, Aufforderungs- und Kontributionsschreiben . . . Mitteilung zur osmanischen Geschichte, I, 4., 223.

⁴⁾ Nach Dr. F. Kraelitz die Löwentaler der vereinigten Niederlande, eine weit verbreitete Münze, die seit 1576 für den Handel mit der Levante geprägt wurde, die auch in der Türkei Gültigkeit hatte.

werden wir euch Beschützer an die Seite geben und nicht einer Henne von euch Schaden zufügen lassen. Wenn ihr euch aber widersetzt und sagt: Nein, solange nicht Raab, Wien und Komorn erobert sind, gäbe es niemand, der euch beunruhige, so werden wir mit dem ganzen Heere, das die Erde nicht zu tragen vermag, über euch kommen und euch bestrafen. Wenn ihr einwilligt, so möget ihr hieher eure Priester und einige gute Männer von euch mit den erwähnten Sachen schicken. So sollt ihr wissen.“¹⁾

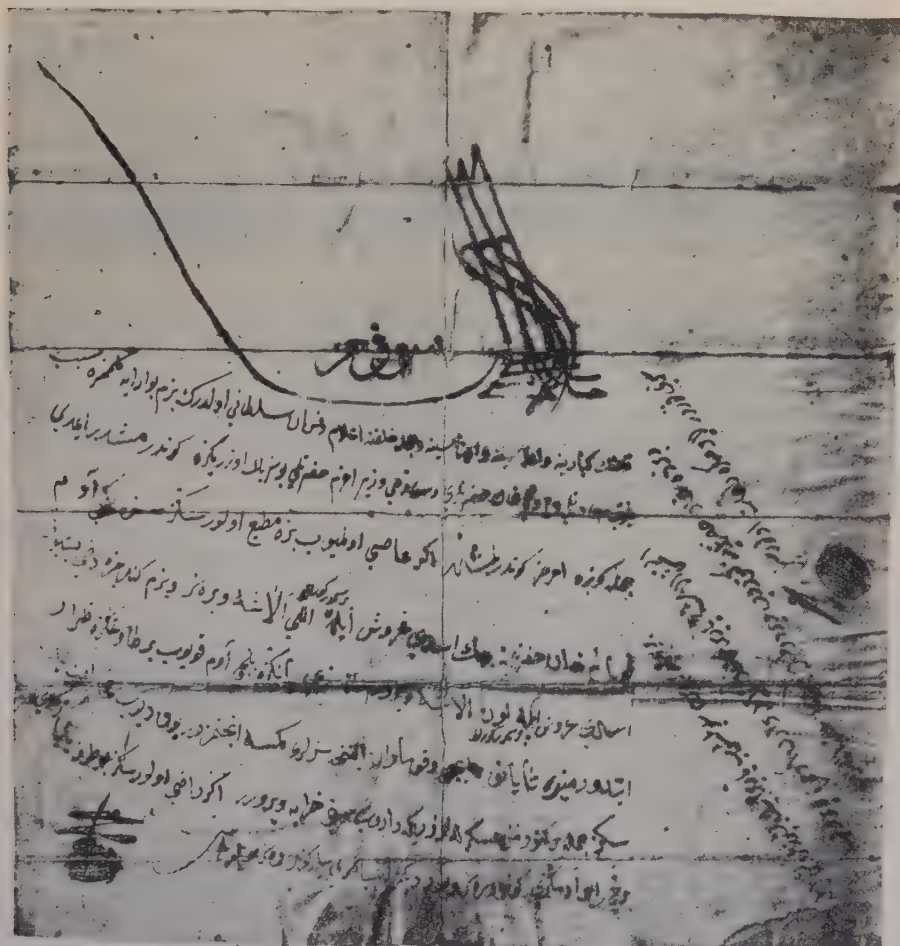


Fig. 1. Aufforderungsbrief 1683.

Die Aufforderung der kleinen Schar wurde abgewiesen.²⁾ Kanonenschüsse verfolgten die Feinde.³⁾ Eine in der Umgegend von Neustadt plündernde Türkenschar wurde von dem Castellschen Oberstleutnant

¹⁾ Der Ferman befindet sich im Stadtmuseum Wiener Neustadt.

²⁾ Der Wortlaut der Zurückweisung, wie ihn Boeheim (I, 256) anführt, ist nicht beglaubigt; auch ist es nicht beglaubigt und unwahrscheinlich, daß eine solche Aufforderung zweimal, einmal schriftlich, einmal mündlich, erging (a. a. O.). Ganz ausgeschlossen ist die Annahme, daß diese Streitschar eine von 40 Büffeln gezogene Kanone mitführte (a. a. O.). Die Behauptung ist wohl durch irrtümliche Auffassung einer Aussage des Janos Mathiasz entstanden.

³⁾ Siehe die Privilegienbestätigung durch Kaiser Josef I.

Grafen Bussy-Rabutin bei einem Ausfall aus Neustadt angegriffen und hart mitgenommen.¹⁾

Am 25. August beschließt der Rat, beim Abzug der Castellschen Garnison dem Obrist, dem Oberstleutnant und dem Oberstwachmeister je 12 Metzen Weizen und 7 bis 8 Eimer Wein zu verehren. Es war also wohl nichts mehr zu befürchten. Das Land um Wiener Neustadt war wohl hart mitgenommen. Dörfer und namentlich deren Kirchen waren in Flammen aufgegangen und zerstört. Schlein, Walpersdorf, Offenbach, auch Froschdorf und Katzelsdorf²⁾ waren furchtbar verwüstet.³⁾ Baden ist von dem Erbfeind vom Grund aus verbrannt worden, heißt es in einem Protokoll für die Zahlungen an das Castellsche Regiment, 1684. Auf dem teilweise regellosen Rückzuge der Feinde nach dem Aufgeben der Belagerung Wiens wurden einzelne Türkenscharen von den Bauern erschlagen. Bei Gleißfeld wurde eine Anzahl Türken über den lotrecht aufsteigenden Fels herabgestürzt, der seither Türkensturz heißt.⁴⁾ Im Süden waren Würflach, Rothengrub hart mitgenommen, die Kirche von Rothengrub ganz zerstört worden.

Diese erfolglose Belagerung von Wien war der letzte große Vorstoß der Türken gegen das österreichische Gebiet: Die Schlachtfelder rückten immer weiter nach Süden, und Neustadt hat es nur noch mit den Ungarn als Nachbarn im Osten zu tun. Jahre der Ruhe traten wieder ein, die freilich durch eine weitreichende Wiederaufbau- und Organisationstätigkeit ausgefüllt werden mußten. Im Jahre 1684 entstanden in Neustadt die Schützenregeln und erhielten die Schützen auch eine Uniform: grünen Rock, gelbe Beinkleider und Weste; man hatte gerne lebhaftere Farben. Das Geldbedürfnis ist wohl auch die Ursache, daß Neustadt wegen Versäumens der Zahlung der Türkensteuer ohne Entschuldigung am 24. März 1684 ernstlich gemahnt und aufgefordert wurde, bei Nichtzahlung der einzelnen von wenigstens der Hälfte binnen 14 Tagen mit Exekution vorzugehen. Zur Aufbringung der Kosten für die erforderlichen Bauten wurden Anlehen aufgenommen; und da es gewissermaßen ein Religionskrieg gewesen war, wurden auch die Klöster zur Mithilfe verpflichtet, 1685. Das Neukloster hatte außerdem noch schwer zu tragen, da es auch seine Landpfarren unterstützte,⁵⁾ die teilweise ebenfalls im Türkenzuge gelitten hatten, zerstört waren. Im Jahre 1686 begehrte Neustadt vom Staate 2000 Gulden, die im Jahre 1683 vom Kaiser für die Stadtbefestigung bewilligt waren, aber nicht mehr behoben werden konnten. — Der Kaiser schien nun in Frieden über Ungarn herrschen zu können, bis am Ende des Jahrhunderts verschiedene Angelegenheiten, namentlich Geld- und Steuerfragen, wieder die Unzufriedenheit wachriefen, während die Türken immer weiter gegen Süden gedrängt wurden.⁶⁾ Damals war Franz Rákoczy II. der tonangebende Magnat im Magyarenlande, und er trug sich mit weitreichenden Plänen; aber dieselben wurden wieder dem Kaiser bekannt, und Rákoczy wurde nebst einigen seiner Anhänger am 18. April 1701 verhaftet und nach

1) Siehe *Melanges militaires* . . . V, (1785) . . .

2) Auf dem Schloßturme in Katzelsdorf sagt eine Inschrift: Dem göttlichen und allerherzigsten Namen Jesu seye ewiges Lob, Ehr, Preisz und Danckh gesagt, durch welchen dises Hausz von dem Einfahl der Heüden ist Erhalten und Beschützt worden, der seye noch ferner darüber angeruffen.

3) Sie baten noch im Jahre 1699 um Zeugnisse hierüber.

4) Ein Marterl bei Saubersdorf trägt die Inschrift: 1683, Lob, Preisz und Ehr dem ewigen Gott — der unsz hat gführt aus Krieges nott.

5) Das Neukloster besitzt die Pfarreien von St. Valentin, St. Johann, St. Lorenzen, Würflach, Rothengrub, Meiersdorf und Muthmannsdorf.

6) Es ist nicht ohne Interesse, zu erfahren, daß ein Geistlicher unserer Stadt im Totenbuche der Hauptpfarre den Sieg bei Zenta mit einem Chronogramm pries: 1697 finis anni, qui 11. Novembris ad Tibiscum. Delparæ Vİrgİnİs aVXİLİo prİnCeps EVgenİVs TVrCİCas aCİes CeCİDİt.

Wiener Neustadt gebracht, wo er in der Burg in dem noch heute nach ihm benannten Nordwestturme gefangen saß. Das Urteil über ihn lautete auf ewige Gefangenschaft (in einer Burg in Tirol). Rákoczy, der sich einer ziemlich entgegenkommenden Behandlung erfreute, trat mit dem Hauptmann seiner Wache, dem Dragonerkapitän Lehmann, einem Brandenburger, der zum Katholizismus übergetreten war, in nähere Verbindung; und das Versprechen einer hohen Belohnung bewog diesen, dem verurteilten Gefangenen bald zur Flucht zu verhelfen. In der Tat gelang es diesem, am 9. November in der Montur eines gemeinen Dragoners unerkannt und unangehalten ins Freie zu kommen. Der Bruder Lehmanns hielt Pferde bereit, mit denen sie unbehelligt nach Neudörfel gelangten. Lehmann büßte den Vorgang mit seinem Leben: er wurde am 14. Dezember 1701 auf dem Platze von Wiener Neustadt mit dem Schwerte hingerichtet. Rákoczy aber entkam nach Polen, wo er Aufnahme und Schutz fand. Wenig später konnte er leicht nach Ungarn zurückkehren.

Zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Stadt beschloß der Rat, 1686, eine Anzahl Bürger in der Konstablerei¹⁾ unterrichten zu lassen. In der Tat meldeten sich solche freiwillig, und schon am 11. März 1687 reisten dieselben zu diesem Zwecke nach Wien ab.

Bald nach der Rückkehr Rákoczys loderte ein Aufstand auf, der, wie schon in früheren Fällen, durch die Verhältnisse im Westen, durch den Krieg des Kaisers mit Frankreich, den spanischen Erbfolgekrieg, mittelbar unterstützt wurde; die Wehrmacht Leopolds war durch denselben stark in Anspruch genommen, die Widerstandsfähigkeit gegen Ungarn gelähmt. So nahte denn für unsere Stadt neuerdings eine Zeit großer Unruhe. Schon das Jahr 1703 erheischte seine Opfer. Mit dem Edikt Leopolds vom 18. Mai wurde Neustadt als Werbungssammelplatz für eine Kompagnie erklärt, am 22. Juni wies die Landschaft auf das zu stellende Truppenkontingent für das Landesaufgebot hin, wogegen die Stadt vergeblich protestierte. Am 14. September kam der Auftrag, die Hälfte des ungemünzten Silbers gegen Bezahlung binnen fünf Jahren abzuliefern. Holz aus dem Föhrenwalde wurde für die Befestigung bewilligt. Vom 3. Dezember 1703 bis zum 16. April 1704 fand keine Ratssitzung wegen der ungarischen Rebellion statt, die in diesem letzten Jahre ihren Höhepunkt erreichte. Zwei Tage darauf wurde eine scharfe Wachtordnung beschlossen:

In der Hauptwache mußten 28 Mann sein,
 beim Wienerthor 17 Mann und 5 Bürger,
 an der Mühlbastei 4 „ „ 9 „
 am Ungarthor 11 „ „ 5 „
 „ Neunkirchnthor 11 „ „ 5 „
 „ Fleischhackthor 9 „ „ 9 „
 an der Katzenbastei 4 „ „ — „
 „ „ Kapuzinerbastei 8 „ „ 13 „
 Schloßwacht 20 „ „ 4 „
 im Blockhaus vor dem Wienerthor 7 „ „ 3 Mann von der Stadtguardi
 „ „ „ „ Ungarthor 2 „ „ 11 Bürger
 in der Bereitschaft 47 „ „

Bei der ganzen Wache müssen auch 22 Mann zu Pferde sein.

Flüchtlinge von vielen Seiten strömten herein, so daß, wie ehemals, eine Beschreibung derselben angeordnet wurde und die Sorge für die Verpflegung derselben erwachte. In dieser Zeit der Gefahr ließ der Rat sogar fünf Juden gegen das Versprechen herein, die Bürgerschaft nicht durch Handel und Wandel zu stören (20. Mai 1704).

¹⁾ Konstabler: Männer, die eine Aufsicht über die Waffenmacht, namentlich der Artillerie, führten.

Schon am 3. April 1704 wurde von der Regierung mitgeteilt, daß die Bewohner um Hainburg von Banden überfallen und ausgeplündert werden; auch von Ödenburg her seien 6000 bis 7000 Bewaffnete im Anzuge.¹⁾ Im Sommer wurden dann die umliegenden Ortschaften heimgesucht und namentlich Lichtenwörth hart mitgenommen: Am 3. August wurden hier Tote begraben, die von den Rebellen bei Lichtenwörth niedergehauen worden waren. Aber die Unruhe dauerte fort, als die Gefahr längst vorüber war, die Geflüchteten ihre regelmäßigen Wohnsitze schon wieder aufgesucht hatten. Erst vom Jahre 1710 an konnten die Stadtbewohner wieder ruhiger atmen. Es ist insbesondere die starke und fortwährend wechselnde Einquartierung, das wiederholt wechselnde Kommando, was Unordnung und zahlreiche Mißhelligkeiten im Gefolge hatte. Daß die Geldanforderungen dabei auch ein gewichtiges Wort mitsprachen, läßt sich leicht erraten.

Bevor wir weitergehen, wollen wir einer Verhandlung gedenken, die der Bürgermeister in dieser Zeit großer Not am 20. Mai 1704 mit dem Bischof, einem Manne aus dem kriegerischen Geschlechte der Puchheime, hatte, die eine Anzahl Vereinbarungen zum Zwecke einer möglichst einheitlichen und kräftigen Stadtverteidigung traf und andere anbahnte. Das Schriftstück enthält nachstehende Punkte:

1. Dieses Übereinkommen soll sofort dem Rate zur Vollziehung übergeben werden; auch mit einigen Kavalieren sei zu sprechen.

2. Alle wehrfähigen Männer, auch Juden und Holden, seien sofort aufzuzeichnen, die Aufzeichnung einem „Defensionskommissär“ einzuhändigen.

3. Alle Posten seien zu versehen und täglich eine bestimmte Mannschaft zum Versammeln auf dem Platz zu kommandieren.

4. Der Bischof verpflichtet sich, von seiner Geistlichkeit und von den Klöstern je einen Mann zu stellen.

5. Von den Freihäusern möge der Bürgermeister das gleiche zu erlangen trachten.

6. Zur Verfolgung von Gesindel soll eine berittene Kompagnie, etwa 75 Köpfe, gebildet werden. Nachmittag nach dem Segen — es ist ein Sonntag gemeint — soll mit Aussteckung einer Standarte hiezu geworben werden. (Es gibt freiwillige Meldungen.) Die Fahne soll rot sein, mit roten und weißen Fransen, aus Damast, und soll auf einer Seite das Neustädter Wappen mit der Überschrift: *Semper fidelis civitas Neostadiensis*, auf der andern Seite den Doppeladler, inmitten das Liebfrauenbild tragend mit der Überschrift: *pro religione et Cæsare* enthalten.

7. Die Fremden sind durch das Wiener- und das Ungartor hereinzulassen und genau zu examinieren. An jedem Tore soll ein Kommissär sein.

8. Alarm ist vom Kirchenturm mit Aussteckung einer schwarzen und gelben Fahne, wenn der Feind naht, mit Lösung eines Doppelhakens zu geben: dann muß jeder sich bereit halten; wenn ein zweiter Schuß folgt, muß er auf den Platz gehen vor die Mariensäule. Alle Tore sind dann sofort zu sperren.

9. Von den Basteien und den Geschützen sind alle unnötigen Leute zu entfernen.

10. Da Offiziere öfter betrunken waren und die Parole vergaßen, soll dies vorkommendenfalls strengstens gestraft werden.

11. Für die außerhalb der Stadt gezogenen Linien sind Holden, Juden, Fremde (Flüchtlinge) zu verwenden; denselben kann gedroht werden, daß, wenn sie versagen, statt ihrer andere genommen und von ihrem Gute bezahlt werden.

¹⁾ LXXV, 2/5.

12. Damit die Gärten vor dem Augarten nicht überrumpelt werden können, ist dort der Graben 15 Fuß breit und 8 Fuß tief zu machen und mit Pallisaden und spanischen Leitern zu versehen.

13. Zur Sicherung der Scheuern vor dem Fleischhackertor ist der Weg auf dem Himmelbache völlig abzugraben und zu verbollwerken.

14. Die Burgbastei ist unterdes mit bürgerlichen Konstabeln zu versehen. Wie die vorherberichtete Verhandlung mit den „Kavalieren“ verlief, welchen Erfolg sie hatte, erfahren wir allerdings nicht.

Aus dem Jahre 1704 soll noch der Mahnung des Kaisers vom 10. Juli gedacht werden, bei den Handelsleuten darauf zu achten, daß sie vorsichtig bei dem Verkauf von Kriegswerkzeugen seien, damit dieselben nicht in Hände kommen, die sie wieder den Rebellen überliefern.

Über die Einquartierung spricht das vorhandene Material sehr oft. Im Jahre 1701 wird schon ein kleiner Anfang gemacht. Neustadt wird mit Regierungsbefehl vom 16. März als Sammelplatz zur Errichtung einer Freikompagnie unter Oberstleutnant Peter de Guethem für die italienische Armee gegen Frankreich werden. Mit dieser Bestimmung war, wie zu meist, auch die Einquartierung der Gesammelten verbunden, und schon am 6. April sind 100 Mann der Kompagnie in unserer Stadt, und wird um die Ausquartierung derselben gebeten. Wie die Ratssitzung vom 28. Juni besagt, soll weiter eine Freikompagnie Prinz Eugens hier untergebracht werden.

Im nächsten Jahre kam zu der bereits bestehenden wenigstens keine neue Einquartierung, und auch die erste Hälfte des Jahres 1703 ging noch glimpflich ab. Nun kommt aber die schlimmste Zeit. Am 22. September 1703 wird vom Hofkriegsrat, da sich de Guethem beschwert hat, daß die Neustädter nur 60 Mann für seine Freikompagnie aufnehmen wollen, eine Weisung hieher gerichtet: es müssen die Werbungen bei den gegenwärtigen Konjunkturen soweit als möglich fortgesetzt werden. Und schon am 28. September wenden sich die niederösterreichischen Stände an den Kaiser mit der Bitte, in Neustadt das Quartier für die zuwerbenden 2200 Mann zu eröffnen; der darauffolgende kaiserliche Befehl, datiert vom 5. Oktober, mit der Betonung besagt, daß diese Anforderung ohne Präjudiz für die Freiheiten der Stadt sei. Daneben ist wohl auch eine Erleichterung auf dem Wege. De Guethem erhält einen Befehl des Hofkriegsrates vom 3. Oktober, mit seiner in Neustadt liegenden Mannschaft sofort nach Preßburg abzumarschieren. Die Werbung könne er — allerdings in beschränktem Maße — fortsetzen und zu diesem Zwecke 6 Mann zurücklassen. Aber am 17. Oktober berichten wieder die niederösterreichischen Verordneten, daß 50 zum Deutschmeisterregiment neu angeworbene Rekruten hieher kommen; und am nächsten Tage teilt der Quartieroberkommissär Ignaz Freiherr Unverzagt mit, daß die Rekruten des Regiments Prinz Neuburg nach Neustadt gelegt werden; am 29. Oktober werden dieselben um 62 Köpfe vermehrt. Und als die Stadt, sich auf ihre Freiheiten berufend, dagegen auftritt, antwortet Freiherr Unverzagt am 16. November, daß 250 Mann von dieser Truppe hier untergebracht werden müssen: man werde trachten, bei den Landesverordneten zu erreichen, daß diese Einquartierten sobald als möglich wieder weggezogen werden. Eine kleine Abwechslung in das Bild bringt die Eingabe der Stadt anfangs Dezember um Besatzung — der Rákoczyaufstand ist die Ursache —, worauf der Hofkriegsrat am 11. Dezember antwortet: Das ganze Heer werde jetzt im Felde gebraucht; für Neustadt sei die Gefahr noch nicht so groß. Freilich ändert sich die Sache in kürzester Zeit wieder. Schon anfangs

1) CXXI, 14/15. Auch hier ist das Selbstverständliche mit aufgenommen.

Jänner 1704 richtet Neustadt eine Eingabe an den Kaiser, die „Miliz“ nicht hieher zu verlegen. Es ist dies eine Truppe von 640 Mann Fußvolk von verschiedenen Regimentern (Graf Heyster, Prinz Holstein-Plön, Graf Hasling-Bagni und Viremont) und 226 Mann Reitern von 3 Regimentern (Markgraf Beireuthische Dragoner, Graf Schlick und Latour). Gelegentlich erfahren wir auch noch von anderen hier liegenden Truppenteilen. Die kaiserliche Antwort vom 16. Jänner gibt bekannt, daß als Besatzung für Neustadt die Prinz Holstein-Plönschen Rekruten und die Beireuthische Mannschaft zu Fuß bestimmt sei. Dabei wird bemerkt, daß auch die Kranken der Regimenter Holstein-Plön, Schlick und Latour nach Neustadt befehligt werden. Und schon am nächsten Tage wird hinzugefügt, daß auch die Schlickschen und Latourschen Krieger, die „übelberitten“ seien, sowie einige Bagnische und Viremontsche Truppen, die bei Ödenburg Quartier haben, nach Wiener Neustadt übersetzt werden.¹⁾ Dabei tritt auch das weibliche Geschlecht — nach damaliger Sitte und Unsitte — ziemlich stark hervor. Am 22. Jänner geht die Zuschrift an Neustadt ab, daß die für die Stadt bestimmte Besatzung, die Miliz, schon abmarschiere, daß aber noch mehr Kriegsvolk in die Stadt gelegt werden müsse. Zum Kommandanten von Wiener Neustadt wird Oberstwachmeister Johann Georg von Arnold ernannt und ihm die Mahnung auf den Weg gegeben, ein gutes Einvernehmen mit dem Rate zu pflegen. Letzteres fand sich allerdings nicht ein und — um dieses gleich vorwegzunehmen: es gab wiederholt Reibungen zwischen der Stadtvertretung und dem Stadtkommandanten. Schon am 8. Juli muß sich Arnold gegen Beschwerden des Stadtrates rechtfertigen, wogegen er seinerseits den Vorwurf erhebt, daß der Rat sogar zum Einlassen der Truppen erst gezwungen werden mußte, daß derselbe von den wieder abziehenden Flüchtigen für jeden mitausgeführten Eimer Wein eine Abgabe verlangt habe: so erhielt nun am 8. Juli der Rat die Weisung, sich zu rechtfertigen. Unterdessen hat aber die Stadt neue Anklagen gegen Arnold erhoben: er greife in die städtische Jurisdiktion, lasse Juden arretieren und presse ihnen Geld ab, nehme Heu von der Spitalswiese, drohe den Bürgermeister und Richter in Eisen schlagen zu lassen usf.; es möge eine Änderung in der Kommandantur gemacht werden. Schon am 10. Juli erfließt hierauf vom Hofkriegsrat und zugleich durch den Kaiser selbst eine Antwort, man werde wegen der Übergriffe des Kommandanten eine Änderung in der Person desselben treffen, da ein gutes Verhältnis zwischen ihm und der Stadt nicht zu erwarten sei; vielleicht sei es auch zulässig, die Garnison zu ändern. Vor der Abreise des mißliebigen Kommandierenden, am 1. August, läuft eine neue Beschwerde und am 3. August eine neue Rechtfertigung der Stadt gegen Arnold. Schon am 18. März 1704 hatte eine kaiserliche Resolution, ebenfalls auf eine Eingabe der Stadt, ausgesprochen, daß die Latourschen Kürassiere von Neustadt weggenommen und weiterhin keine Reiterei mehr hieher gelegt werden solle. Die Kürassiere gingen Ende März wirklich, aber nur teilweise, von Neustadt weg; und schon am 5. April kündigt eine neue kaiserliche Resolution an, daß die bereits gestellte und noch zu stellende Mannschaft der Schneeburgschen Freikompanie hieher komme. Darum abermaliges Ansuchen der Stadt um Ausquartierung der Miliz, die über 1000 Mann stark mit etlichen hundert Köpfen Troß und 400 Pferden da liege. Da die Stadt 400 bis 500 Bürger, auch an 50 Berittene habe, könne sie selbst leicht Ausfälle machen. Der Erfolg dieser Eingabe ist die kaiserliche Resolution vom 19. April, Neustadt mit der Einquartierung möglichst zu verschonen; aber schon am 29. April spricht eine

¹⁾ Von den Regimentern Latour, Schlick, Bagni, Viremont sollen nach Neustadt kommen: kranke Soldaten 116, Knechte und Weiber 95, Dienstpferde 45, Offizierspferde 210.

neuerliche Resolution, daß bei der jetzigen Konjunktur alle Geworbenen möglichst in geschlossene Orte gebracht werden sollen.

Am 4. August wird der Abzug einzelner Truppenteile von hier angeordnet. Es haben sich zu begeben vom ersten Korps 12 Mann zur Gräfin Rindsmaul und 1 Gefreiter und 6 Mann zur Gräfin von Lamberg, auf die Schlösser derselben, 21 Dewedsche Mann nach Laxenburg, 25 Köpfe nach Ebersdorf. Die übrige Bagnische Mannschaft soll nach Ödenburg marschieren, und auch Johann Georg von Arnold begeben sich dorthin zum Feldmarschall von Heyster, um das Kommando der Heysterschen Truppen zu übernehmen. Freilich geht auch jetzt die Sache noch nicht gleich vor sich, und einen Monat später, am 4. September, zeigt ein Hofkammererlaß der Stadt an, daß die Garnison und der Kommandant von Neustadt wegverlegt werde. So geht das Jahr in fortdauernder Unruhe zu Ende, und erst im Jahre 1705 flaut der Notenwechsel dieser Richtung wesentlich ab. Am 17. April schließt der Rat mit dem kaiserlichen Stückhauptmann Leopold Halßegger einen Vertrag ab, daß dieser um 100 Gulden und 5 Eimer Ungarwein 15 Bürger in der Konstablerei oder Büchsenmacherkunst instruiere, eine Sache zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit. Am 24. April wird gemeldet, daß die in Güns liegende Mannschaft, 62 Köpfe, darunter 38 Kranke, nach Neustadt gezogen werde. Die Abteilung, wenigstens die 24 Dienstauglichen, marschierte gleich nach Baden weiter: es lagen noch Darmstädtische Kürassiere in der Stadt. Und am 8. Dezember wird von der geheimen Hofkanzlei mitgeteilt, daß Baron Heinrich von Andrimont nach Wiener Neustadt komme, um allenfalls militärische Anordnungen zu treffen, bis wieder eine regulierte Mannschaft beige stellt werden könne. Der Baron sei zu respektieren und zu unterstützen: es ist der neue Kommandant, der auch bald nachher, wahrscheinlich am 15. Dezember, hier eintraf. Kurz zuvor war die Stadt durch eine Mitteilung des Verwalters von Forchtenstein in Aufregung gebracht worden, daß die Kuruzen¹⁾ viele Deutsche gefangen haben, sie aber gegen Geld wieder herausgeben.

Mit dem Jahresende und in das Jahr 1706 hinein wird der Notenwechsel und die Einquartierungssorge wieder reger. Eine kaiserliche Resolution vom 17. Dezember 1705 besagt, daß die Truppe Palffy von Güns nach Kirchschlag zurückgezogen wurde, daß von derselben 44 Mann unter einem guten Offizier, einem Oberstwachmeister, nach Neustadt versetzt werden: man möge denselben aufs beste entgegenkommen; sie haben in Güns all das Ihrige verloren. Am nächsten Tage aber wird hinzugefügt, daß von dieser Palffyschen Mannschaft noch weitere vier Kompagnien nach Neustadt kommen. An demselben Tage wird dem Rate vom Quartieroberkommissär Unverzagt bedeutet, die vierte Kompagnie Darmstädter noch drei oder vier Tage zu verpflegen, bis die Palffyschen Truppen einlangen. Der Abzug der Reiterei fand jedoch in dieser Frist nicht statt; vielmehr wurden die Darmstädtischen Reiter als ein obligater Teil der Garnison einverleibt. In diesen Tagen war wohl eine stärkere Besatzung, wenn auch nur für kurze Zeit; in der Stadt notwendig. Am 11. Jänner 1706 verkündet die Mitteilung einer kaiserlichen Resolution an Neustadt, daß wegen der „tumultuierenden und bis an die Viscera unsern Erblanden mit Sengen und Brennen fortfahrende meineidige Rebellen aus Hungarn“ ein Landesaufgebot nötig sei.²⁾ Am 18. Jänner berichtet der Bürgermeister der Stadt an Graf Palffy: Der Kommandant Baron von Andrimont habe ihm mitgeteilt, der Feind sei, über 1000 Mann stark, von Neudörfel gegen Katzelsdorf gezogen und seine Streifung habe sich bis

¹⁾ Der Name stammt aus der Zeit der Kreuzzüge, ist verdorben aus Cruciferi. Es sind selbständige streifende Scharen.

²⁾ LXXV, 4/1.

an die Mauer des Tiergartens erstreckt. Eine Truppe sei auch nach Lichtenwörth abgetrennt worden. Und am nächsten Tage sagen zwei geflüchtete Bauern aus, daß an 6000 „Tolpatschen“ mit 200 Wägen nach Pötsching gekommen seien. Es sei daher nicht ratsam, Truppen von Wiener Neustadt wegzunehmen, da sonst vielleicht nur 100 Mann zur Verteidigung der Stadt übrig blieben. Aber wenig später, am 30. Jänner, läßt die Stadt die Darmstädtschen Kürassiere, die Prinz Eugen von Savoyen, Hofkriegsratspräsident, nach Neustadt verlegen will, nicht unmittelbar ein, sondern glaubt erst beim Kaiser selbst die Bewilligung erbitten zu müssen; und am 11. Februar äußert der Hofkriegsrat, daß in Neustadt keine Garnison mehr notwendig sei und dieselbe dem Banus von Kroatien und dem Grafen Palffy zugeteilt werde. Mit den Truppen geht auch der Kommandant Heinrich von Andrimont weg. Die Stadt war mit ihm besonders zufrieden gewesen und schrieb in einem Zeugnisse, daß er alles aufs beste geleitet und sich „zum Vergnügen“ der Bevölkerung benommen habe. Eine kleine Truppe von 98 Mann, die von Bayern kommt, muß vorübergehend untergebracht werden. Die Darmstädter Kürassiere kommen dann doch nach Neustadt; jedoch schon am 15. März wird der Ausmarsch ihrer Bagage durch den Hofkriegsrat veranlaßt. Ein kurzes Nachspiel gibt es noch zu Anfang April desselben Jahres, so daß dem Kommandierenden der Gronseld-Hannoverschen und der Cusanischen Reiterei zu Klosterneuburg am 2. April der Befehl zugeht, nach Erlangung der Remontpferde sofort nach Wiener Neustadt zum Schutze der Stadt zu rücken. Eine Zuschrift vom 14. April trägt auf, daß 400 Pferde, die zum Heere nach Italien gehen, einen Tag hier untergebracht und versorgt werden müssen,¹⁾ und am 10. Mai erfließt eine weitere kaiserliche Resolution, daß der Hauptmann des Salmschen Regiments mit seiner Mannschaft nach Neustadt kommen und da seine begonnene Werbung durch etliche Offiziere fortsetzen lassen werde. Die Mannschaft sei unterzubringen und zu verpflegen.

Hier kann füglich angereicht werden, daß der Kaiser in einer Zuschrift vom 11. März 1705 Neustadt anweist, den Juden Moses Wertheimer und seine Verwandten wegen der Rebellionsgefahr aufzunehmen und außer der Maut mit keinen Abgaben zu beschweren, da sie durch 18 Jahre dem Erzhause und dem gemeinen Wesen viel genützt haben.

Die Kosten für alle Kriegsleistungen mußten natürlich durch verschiedenartige Abgaben hereingebracht werden. Da kam der Staat mit einer Vermögenssteuer, dem hundertsten Pfennig (25. Jänner 1701). Auch abgelieferte Pferde werden als Vermögenssteuer angenommen und angerechnet. Es mußten Silber und Silbergeräte abgeliefert werden, wofür außer dem Schätzungswerte noch 6% Interessen vergütet wurden (15. Oktober 1703). Auch das Kirchengilber und die Silberschätze der Klöster werden einbezogen: die Pfarrkirche hier liefert 106 Mark 4 Lot Silber ab: Ampeln, Kännchen, Leuchter, gebrauchte Kelche, Monstranzen, Patenen usw. (3. März 1704); das Neukloster gibt teils Bargeld (11. Juli 1704), 410 und später noch 720 Gulden, teils Gerätstücke an das Hofkriegszahlamt ab. Ein Auftrag an den Rat lautete dahin, alle Körperschaften anzugehen und sie zu einem freiwilligen Kriegsbeitrage zu bewegen: der Erfolg war gering. Der Rat berichtet, daß die wenigsten Handwerke noch Geld verfügbar haben: von 39 Handwerken und 7 Bruderschaften geben nur 8 Körperschaften zusammen 39 Gulden (10. März 1704).²⁾ Das Land erhob seine ausgiebigen Kriegssteuern. Der Stadtkommandant Arnold verschaffte sich auf eigene Faust noch Zuschüsse

¹⁾ XVIII, 9/1.

²⁾ Es geben die Sattler und Schneider je 8, die Glaser 6, die Gürtler 5, die Zimmerleute 4, die Huter und Seiler je 3, die Weißgerber 2 Gulden (XLIX, 3b/23).

zu seinen Mitteln. Hergeflüchtete Juden von Mattersdorf beschwerten sich durch ihren Richter David Samuel (21. Juni 1704), daß der Kommandant von ihnen 100 Dukaten und, da sie dies unmöglich zahlen konnten, 100 Reichstaler verlangte, die sie entrichten.¹⁾

Er nahm den Flüchtlingen hieher von jedem beladenen Wagen 30 Kreuzer, vom unbeladenen Wagen 7 Kreuzer, von jedem hereingetriebenen Vieh 3 Kreuzer ab. Auch von den hereingebrachten Lebensmitteln forderte er einen Beitrag.²⁾

Die Stadt nimmt außer den gewöhnlichen Steuern von denjenigen, die keine Einquartierung haben, ein Soldatengeld (28. Juni 1701), ein Beitrags-geld für die Miliz (4. März 1704): 19 Parteien zahlen zusammen 236 Gulden.³⁾

Und so werden bei verschiedenen Gelegenheiten eigene Anschläge gemacht. Die Auslagen, speziell für die Einquartierung und die Einquartierten, waren auch ganz außerordentlich.

Eine Reihe vorliegender Rechnungen macht uns mit den Summen bekannt, welche dieses fortlaufende Kriegsgebaren von Neustadt erforderte. Am zahlreichsten sind solche Schriftstücke aus dem Jahre 1704 erhalten. Über dieses Jahr wird unter anderem folgendes mitgeteilt.

Vom 18. Jänner bis 6. Februar werden verrechnet: 1305 Mannschaftsportionen ohne Trunk, 5805 Mannschaftsportionen mit Trunk, Portionen für 1504 Dienstpferde und für 1084 Offizierspferde.

Dabei sind inbegriffen das Altbrandenburg-Baireuthsche Dragonerregiment, das Viremontsche Regiment, die Graf Schlick-Dragoner, die Regimenter Hasling und Bagni, ferner die Latour-Kürassiere. Vom 10. bis 20. Februar haben die Graf Latour-Kürassiere — sie blieben noch viel länger in der Stadt — bekommen: 5365³/₄ Portionen Brot zu zwei Pfund, also 10.731¹/₂ Pfund, 7692 Pfund Fleisch, 1363²/₈ Metzen Hafer und 62.652 Pfund Heu. 1 Rittmeister, 2 Leutnants, 3 Wachtmeister, 8 Korporale und 150 Mann dieser Truppe erhielten vom 20. bis 22. März 516 Portionen Brot; die Latoursche Bagage bezog vom 21. bis 28. März, also für acht Tage, 1000 Portionen Brot, 1000 Portionen Fleisch, 146 Metzen Hafer, 6880 Pfund Heu. Das Holstein-Plön-Regiment verzehrte vom 18. Jänner bis 17. April, also in 90 Tagen, zusammen 26.840 Mundportionen und 962 Pferdeportionen für 330 Mann usw. Bei alledem ist die Verpflegung der Offiziere selbst nicht mitgerechnet, und ein Gastwirt, „zum goldenen Rössel“, verlangt hiefür für die Zeit vom 17. Jänner bis 11. Juni 221 Gulden 14 Kreuzer. Für die Verpflegung des Kommandanten Arnold rührte sich am 10. Juni der Wirt des Gasthofes „zum Strauß“ und verlangte die Begleichung vom Rate, der seinerseits die ganze Rechnung der Regierung vorlegte. Sie belief sich vom 17. Jänner bis 18. April auf 672 fl. 38 kr., also für den Tag auf mehr als 7 Gulden; eine zweite erhaltene Rechnung enthält die Kosten für den Kommandanten Arnold vom 4. Juni bis 11. Juli, also für 43 Tage, mit 191 fl. 10 kr., somit für einen Tag etwa 4¹/₂ Gulden. Man kann dazwischen einen Schritt der Stadt zur Verminderung dieser Auslage vermuten. Gewiß ist, daß der Rat am 11. Juli 1704 über eine Eingabe berät, welche die Unmöglichkeit, die aufgetragene Verpflegung für die Miliz und den Kommandanten herbeizuschaffen, als unvermeidliche Tatsache begründete. Kein Wunder, obgleich die umliegenden Güter und Herrschaften, die Pfarren Bromberg, Edlitz, die Herrschaften Froschdorf und Pütten, Stixenstein, Stücklberg, Aspang, ein paarmal geliefert hatten. Wir ersehen eben

1) CXXI, 14/17.

2) Siehe Erlaß vom 21. Jänner 1704.

3) Im Minoritenviertel zahlen 6 Parteien zusammen 64, im Frauenviertel 4 Parteien 44, im Trinitatisviertel 6 Parteien 66, im Deutschherrenviertel 3 Parteien 64 Gulden (XLIX, 4/1 a).

aus den obigen Rechnungen, wie viele verschiedene Truppen gleichzeitig in der Stadt hausten. Eigentümlicherweise wollte gerade die auf diese Eingabe antwortende kaiserliche Resolution vom 16. Juli das Verhalten der Stadt in diesem Falle als eine Widerspenstigkeit erklären,¹⁾ obwohl hier kaum die Geldfrage, sondern der Hinblick auf die geringe Fruchtbarkeit der Umgebung von Wiener Neustadt im Vordergrund stand und zum Ausdrucke kam.

Eine Zusammenstellung der Gesamtausgaben der Gemeinde für die Einquartierung im Jahre 1704²⁾ ergibt:

Für die Latour-Kürassiere	3210 fl. 41 kr.
„ das Holstein-Plön-Regiment	2780 „ 12 „
„ die Beireuthschen Dragoner	320 „ 40 „
„ das Viremont-Regiment	442 „ 56 „
„ die Schlickschen Soldaten	202 „ 12 „
„ „ Soldaten vom Haßling-Regiment	27 „ 30 „
„ „ „ „ Graf Heister-Regiment	34 „ — „
„ das Bagni-Regiment	1624 „ 58 „
	<hr/>
	8643 fl. 9 kr.

Am 1. April 1705 ergibt eine neue Abrechnung eine ganz ähnliche detaillirte Summe von 8604 fl. 28 kr. Dazu kommt laut Rechnung vom 10. Oktober 1705 die Verpflegung der aus Ungarn eingrückten Miliz, die Forderung von 6503 fl. $\frac{1}{2}$ kr., die sich in folgender Weise zusammensetzen:

Für 46.744 Portionen Brot zu 2 kr.	1558 fl. 8 kr.
„ 50.050 „ Fleisch „ 3 „	2502 „ 30 „
„ 468 Eimer 27 $\frac{1}{2}$ Maß Wein, zu 2 fl. — kr. der Eimer	937 „ 22 $\frac{1}{2}$ „
„ 19 Zentner 35 Pfund Mehl „ 1 „ 40 „ „ Zentner	32 „ 15 „
„ 961 Metzen Hafer zu 45 kr.	720 „ — „
„ 940 Zentner Heu „ 48 „	752 „ — „

Laut eines Nachtrags vom 4. Jänner 1706 für die Zeit vom 9. Juni bis 8. August 1704 für Mannschaft vom Bagni- und Heister-Regiment ergibt sich noch eine Summe von 1366 Gulden.

Ganz interessant ist die in jener Zeit einmal erfolgte Getreidegeldverteilung für die Erhaltung eines Regiments auf die Stadtviertel. Es geben

aus dem Frauenviertel	79 Parteien	60 fl. 4 kr.
„ „ Deutschherrenviertel	76 „	70 „ 6 „
„ „ Trinitatisviertel	66 „	75 „ 2 „
„ „ Minoritenviertel	134 „	108 „ — „
		<hr/>
	zusammen .	313 fl. 12 kr.

Es sind für die damalige Zeit sehr bedeutende Beträge, die uns hier vorgeführt werden. Doch soll nicht verschwiegen bleiben, daß der Stadt im Verlaufe des Jahres 1707 vom Lande Niederösterreich die ganz ausgiebige Geldsumme von 7809 Gulden für die Mannschafts- und Pferdeverpflegung vergütet wurde.

Die Anordnungen der folgenden Jahre bis 1710 gelten besonders dem Schutze der ungarischen Grenze gegen die zuchtlosen, streifenden Banden,

¹⁾ CXXI, 14/34.

²⁾ CXXI, 13/2.

die sich nach dem Kriege bildeten, gegen Gesindel und gegen die Zigeuner. Diese Umstände sind jedenfalls auch mitbestimmend für den Auftrag des Hofkriegsrates vom 7. Dezember 1705, die Märkte nicht in der Stadt, sondern vor derselben abzuhalten, sowie für die Weisung vom 28. Jänner 1708, daß die Lebensmittel, die von Kroatien nach Preßburg gehen sollen, den Weg über Steiermark und Österreich nehmen sollen. Eine kaiserliche Resolution vom 7. März 1708 erklärt für die Bezwungung dieser Banden mindestens 1000 Mann für erforderlich: es kommt Hohenzollernsche und Wolfsche Reiterei in Betracht; und 80 Mann sollen auch nach Neustadt verlegt werden, eine bescheidene Zahl. Auch von den zwischen Ödenburg und der Leitha liegenden Reiterregimentern Savoy, Bareith und Hannover soll laut Resolution vom 6. November eine Mannschaft mit 400 Pferden und mit Offizieren für den Winter auf Niederösterreich zurückgezogen werden; von denselben ist gleichfalls ein Teil für Neustadt bestimmt, ein anderer Teil wird in Ebenfurth, ein dritter in Bruck an der Leitha untergebracht. Ein kaiserlicher Erlaß vom 23. April 1708 an Neustadt wendet sich gegen den trotz Verbotes fortdauernden uneingeschränkten Verkauf des Pulvers, das so den Feinden zukommen könne.¹⁾ Die Streifungen gegen verschiedenes Gesindel dauern 1710 noch an. Es sei gestattet, hier nochmals ein Schriftstück beizubringen, stammend aus dem Anfang dieses letzten Jahres. Es ist ein Auftrag des Kaisers vom 11. Jänner 1710 an Wiener Neustadt, der ein scharfes Auftreten der Stadt zusammen mit den umliegenden Herrschaften gegen solche Banden verlangt²⁾ und dabei eine Reihe von Raubfällen in Ortschaften des Steinfeldes aufzählt. Die Diebereien, Räubereien an den ungarischen Grenzen mehren sich seit kurzer Zeit, so daß auf dem Lande fast niemand mehr in seinem Hause sicher ist. In der letzten Johannesnacht (27. Dezember) sei ein Trupp von neun „Mannskerln“ und drei Weibspersonen nachts um 1 Uhr in die zwei Büchschüsse von Neustadt entfernte Schleifmühle eingedrungen, habe den Mann aus dem Bette gerissen, gedroht, ihm den Bauch aufzuschneiden, habe alles geraubt, den Kindern das Gewand vom Leibe gerissen. Andere haben zu Neunkirchen einen Hackenschmied bestohlen, zu Weikersdorf vier Pferde, zu Katzelsdorf drei Pferde und einen Wagen, gestern zu Traiskirchen einem Bader ein Pferd mit Sattel und Zeug genommen. Es waren an 80 Personen: ausgerissene Soldaten, Zigeuner, bewaffnet, auch Weiber dabei, die sich unweit Loreto im Stotzinger Walde aufhielten. Ein 18jähriger „Bub“ hat ihnen Brot und Wein zugetragen. Bei hellem Tage seien zwölf „Kerle“ bewaffnet nach Loreto gekommen, um zwei eingezogene Weiber zu befreien. Allerhand lose Nachbarsleute gesellen sich diesen Banden zu.

Auch die Kuruzen sind nicht viel anders als diese zuchtlosen Scharen. Besonders gern nehmen sie Leute gefangen, rauben Tiere, um sie gegen hohes Lösegeld wieder herauszugeben. Das Neukloster zahlt ihnen am 1. November 1706 für vier während der Weinlese geraubte Pferde 80 Gulden, am 14. August 1708 für die Auslösung von zwei Bedienten und einem Pferd 100 Gulden.

Anknüpfend wollen wir noch einen weiteren Blick auf die Umgebung werfen, die wahrlich hart und härter als die Stadt selbst bedrängt und mitgenommen wurde, wie einst vor 100 Jahren.

Unter dem 29. März 1706 enthält das Totenbuch der hiesigen Hauptpfarre die Einzeichnung der Beerdigung eines Mannes, der zwischen Neustadt und Solenau von den Rebellen „zu Tod gehaut“ wurde, und dabei die Bemerkung „an welchem Tage Solenau, Stainabrückl, Hödles, Matzen-

¹⁾ LXXV, 6/3.

²⁾ LXXV, 8/1.

dorf, Inzelsdorf, Schönau und noch sieben andere Orte angezündet und eingeäschert, viel Leute ermordet und viel Vieh weggeführt worden sind“. Und an demselben Tage berichtet das Rechnungsbuch des Neuklosters, daß ihr Wirtschafter, der von Wien nach Neustadt gereist sei, nach Baden abschwenken mußte, da die Rebellen „Solenau, Schönau, Tösdorf, Tattendorf und andere Ortschaften abgebrannt hatten und bis zum Traiskirchenfluß“ streiften. Es ist ein großer verheerter Landstrich, der auch größere Scharen von „Rebellen“ als Teilnehmer vermuten läßt; namentlich werden „Kuruzen“ wiederholt genannt. Am 30. März, am 3. April und am 9. April 1706 werden in Neustadt neuerdings Männer aus der Umgebung unserer Stadt begraben, die von den Rebellen erschlagen wurden. Am 12. April 1707 wenden sich die Lichtenwörther an den Rat hier um Befreiung von der Roßmaut wegen der großen, durch die Rebellen erlittenen Schädigungen. Am 3. August 1707 und noch wiederholt in diesem Jahre bereitet sich der Rat von Neunkirchen auf einen Überfall von ungarischer Seite vor, beschließt, seine Urkunden nach Schloß Kranichberg in Sicherheit zu bringen. Der Ort selbst blieb verschont, aber manche Ortschaften der Umgebung wurden zerstört. So Rothengrub, wie schon erwähnt; so wahrscheinlich auch Schnotzendorf, das schon bei früheren Kriegswirren (1529?) einmal zerstört worden sein soll, jedoch sich wieder erhoben hatte. Nun verschwand es endgültig, und nur der „Schnotzenhof“ wurde als einziges Überbleibsel des Dorfes wiederhergestellt und ist erhalten. Am St. Jakobstage (25. Juli 1707) zieht eine Schar, wie ein Zeugnis von 1708 meldet, plündernd in das Tal von Kirchschlag und verheert eine Anzahl Dörfer, am ärgsten „Maltha“ (Maltern).¹⁾

Über die Schäden von Ödenburg wurden wir durch eine Zuschrift des dortigen Rates unterrichtet, der bei dem hiesigen Rate am 29. Dezember 1705 um Gewährung von Bauholz einkommt, da der Feind die Stadt größtenteils in Asche gelegt hatte: es soll an den Wiederaufbau gegangen werden.

Bei der Betrachtung der Umgebung unserer Stadt müssen wir uns auch an den Besitz erinnern, den die Gemeinde und die Bürger auf ungarischem Boden hatten. Schon im Jahre 1705 hatte das Komitat Ödenburg eine Art Vertrag abgeschlossen mit Emmerich Bezeregy, einem Rákóczyschen Oberst, der die Herrschaften Lackenbach, Kobersdorf und Kreuz besetzt hielt, daß er sich zur Zeit der Weinlese gegen Zahlung von 2000 Gulden mit seiner Schar aus dem Komitat entferne. Der Betrag wurde sodann in Form einer Gebühr, Weingartgroschen, von den Grundbesitzern eingehoben. Das kam auch den Neustädter Bürgern zugute. Im nächsten Jahre beschwerte sich Neustadt beim Kaiser wegen der erhöhten Unsicherheit im Komitat Ödenburg und der erhöhten Abgaben für die Weinlese. Der Hofkriegsrat legte sich wohl ins Mittel, gleichzeitig war aber wieder der Vertrag mit Bezeregy vom Komitat geschlossen. Derselbe wurde auch im Jahre 1707 erneuert. Im letzteren Jahre begehrte und erhielt Bezeregy 300 Kremnitzer Dukaten und 200 Gulden in gangbarer Münze. Neustadt verpflichtete sich am 18. Oktober 1707 mit Rücksicht auf seinen ziemlich ausgedehnten Weinbergbesitz um Ödenburg zur Zahlung des vereinbarten Beitrages von 226 Gulden 40 Kreuzer. Der Vertrag hatte auch für die Nadasdysche Herrschaft Kreuz, wo die Neustädter auch ziemlich viel Weinberge besaßen, seine Geltung, obwohl dieselbe weit außerhalb des Ödenburger Komitats lag.²⁾ Im Jahre 1708 wurde der Vertrag mit Bezeregys Nachfolger Emmerich Madaraz abermals geschlossen, was sogar der Hofkriegsrat durch seinen Vizepräsidenten, den Grafen von Herberstein, auf Ansuchen der Stadt Ödenburg bewilligte. Damit wurde die ungehinderte Lese und auch die ungestörte

¹⁾ Ee. 217.

²⁾ Im Komitat Eisenburg.

Ausfuhr des gebauten Mostes und Weines nach Wiener Neustadt erreicht. So ist das ganze letzte Jahrzehnt unseres Zeitraumes und darüber zurück ausgefüllt mit Ereignissen und Erscheinungen, die mit dem ungarischen Aufstand in Verbindung treten. Auch ein Auftrag Kaiser Josefs I. an unsere Stadt geht unbedingt die Bedrohung Neustadts von der ungarischen Seite an. Es sind nämlich vielfach die Ortsgeistlichen abwesend — wohl flüchtig! —, lassen den Gottesdienst durch Vikare halten, wenden sich aber alle Vorteile zu. Der Rat möge berichten, welche Geistlichen nicht anwesend seien und aus welchem Grunde. Die Antwort nennt nur einige Benefiziaten, die manchmal die Stadt verlassen haben. Nur ganz wenig Tatsachen auf politischem Gebiete finden sich gesondert von demselben und bilden teilweise einen schreienden Gegensatz dazu. So ordnet Kaiser Leopold am 22. August 1704 einen Dankgottesdienst und ein „Te Deum laudamus“ an wegen des Sieges über Frankreich und Kurbayern vom 13. August in der Schlacht bei Hochstädt. Am 17. Mai 1706 gibt Kaiser Josef I. Auftrag, die Achtserklärung gegen die Kurfürsten von Bayern und von Köln zu publizieren, da sie sich den Feinden des Kaisers angeschlossen. Am 4. Juni desselben Jahres wurde neuerlich ein „Te Deum laudamus“ wegen der in den Niederlanden bei Ramillies und in Spanien an mehreren Orten erfochtenen Siege angeordnet, und auf Grund des kaiserlichen Befehls vom 27. Juli 1708 galt es, wieder die Achtserklärung des gewesenen Herzogs Ferdinand Karl Gonzaga von Mantua zu verkünden. Und am 21. Oktober 1710 erschien abermals eine Anordnung von Feierlichkeiten und Gottesdiensten wegen der in Spanien erfochtenen Siege. Es sind durchweg Thron- und Herrschersachen.

Innere Geschichte bis um 1590.

Wir gliedern die weitere Geschichte der Stadt und behandeln zunächst den Zeitraum bis um das Jahr 1590.

Die Stadtverwaltung.

Indem wir uns der Verwaltung der Stadt zuwenden, wollen wir den Blick zunächst auf die oberste Behörde, die Stadtvertretung, richten, an deren Spitze der Bürgermeister steht. Für die Bildung und Zusammensetzung dieser Körperschaft gelten noch die Bestimmungen vom Jahre 1468 mit dem Rat und den Genannten, dazu mit der später angegliederten „Gemain“. Die Wahl des Bürgermeisters und Rates, der Ratsfreunde, die noch für ein Jahr galt, wurde gewöhnlich am vorhergehenden ersten Adventsonntage unter dem Vorsitze eines Regierungskommissärs vorgenommen. Mit der Ankündigung des Kommissärs wurde manchmal noch eine Weisung verbunden. So im Jahre 1577, daß katholische Personen gewählt werden sollen. Der Amtsantritt war mit Beginn des Jahres, also am 25. Dezember, gedacht, der übrigens bald dem 1. Jänner weichen mußte. Da jedoch die ganze Wahl der kaiserlichen Bestätigung bedurfte und diese oft sehr lange ausblieb, und dann die Beeidigungen folgten, zog sich die Übernahme der Amtsgeschäfte oft weit, manchmal sogar bis in den Sommer hinaus. Die Leiter der verschiedenen Verwaltungszweige waren in der Regel zur Hälfte aus den Ratsmitgliedern, zur Hälfte aus den Genannten genommen, und waren die Ratsmitglieder die Ober-, die Genannten die Unterfunktionäre. Die wichtigsten waren die Kämmerer, ein Ober-, ein Unterkämmerer, und die Grundbuchverwalter, ein Ober-, ein Untergrundbuchverwalter (Grundbuchhändler), denen die Schlüssler, ein Ober- ein Unterschlüssler folgten. Zunächst stehen sodann die städtischen Zeugwarte, neben denen allerdings der wichtigere kaiserliche Zeugwart stand. Bei den städtischen Zeugwarten kommt es öfter vor, daß neben dem Oberzeugwart aus den Ratsfreunden zwei Unterzeugwarte aus den Genannten gewählt werden, wie auch in der friederizianischen Periode schon vorgekommen, vielleicht weil man in manchem Jahre der Türkenzeit auf größere, anstrengendere Arbeiten gefaßt sein mußte. Die Raitherren bildeten neben den Raithändlern eine Art Aufsicht, Kontrolle; letztere hatten das Rechnungswesen unter sich und bereiteten die Rechnungen für den Kämmerer vor. Sie wurden hiefür auch bezahlt. Die Zahl derselben war verschieden. Die alten Steuerherren sind offenbar in dieser Kommission verschwunden. Die Beschauherren, zwei Ober-, zwei Unterbeschauherren, sind die Nachfolger der „Aufseher“ über Lebensmittel und über die Erzeugnisse verschiedener Handwerke, wie der Goldschmiede, der Zinngießer, der Lederer, der Schuster. Für lange Zeit nicht mehr genannt werden der Salzherr, der Kirchmeister und der Spitalmeister, da deren Amtsdauer nicht mit der Wahlperiode lief, möglicherweise sogar bis zum Tode des Bestellten dauern konnte. Des Stadtrichters wird später gedacht. Auf später hinzukommende Amtsführer wird seinerzeit hingewiesen werden. Die „Gemain“, die sich den herrschenden Geschlechtern gegenüber unliebsam bemerkbar gemacht hatte, verschwand ebenso geräuschlos, wie sie gekommen war. Die Türkennot, die jeden nur an die notwendigsten Lebens-

bedürfnisse zu denken zwang, bot hiezu reichlich Gelegenheit. Es mag gleich in der ersten Zeit der Türkengefahr geschehen sein, daß man der „Gemain“, die ohnedies nur in einzelnen wichtigen Fällen zur Einvernehmung zugezogen wurde, nicht mehr gedachte, da Eile nottat, rasch gehandelt werden mußte u. dergl.¹⁾ Es brauchte nicht erst der strengen Dazwischenkunft Ferdinands I., der gewiß diese zweite Kammer, welche deutlich die Volksversammlung vertrat, nicht duldete. Für die einzelnen Funktionäre wurden „Instructionen“ ausgearbeitet, die allerdings fast nur für uns Selbstverständliches enthielten; so zum Beispiel eine Instruktion vom 13. Dezember 1543 für die Raitherren und die „Remanentzhändler“, die sich mit den Rückständlern im Zahlen beschäftigten: die Rückständler spielen nämlich hier jahraus, jahrein eine große Rolle.

Wir wollen hieran gleich die Reihe der Bürgermeister bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts, des ersten Teiles unserer Periode, anschließen. Dieselbe stellt jenem Zeitraum kein günstiges Zeugnis aus, obwohl es nicht gerade die Fragen der letzten Jahre des 15. Jahrhunderts sein müssen, welche diese ungünstigen Verhältnisse hervorrufen. Der rasche Wechsel in der Bekleidung des Bürgermeisteramtes, dem wir am Ende der vorigen Periode begegnet sind, dauert nämlich fort. Aber auch unleugbar tüchtige und würdige Männer machen keine Ausnahme; sie müssen wiederholt von ihrem Amte scheiden, so daß man vermuten könnte, man habe sie auf Grund der Wahlordnung vom Jahre 1468 aus dem inneren Rate herausverlangt, und erst nach einem Jahre seien sie wieder in denselben aufgenommen worden. Die Stimmung in der Stadt war in der Tat so, daß diese Vermutung berechtigt ist.²⁾ So war zum Beispiel Alexius Funk Bürgermeister in den Jahren 1514, 1517 und 1522. Die Bürgermeisterfunktion des hochverdienten Martin Puschmann von 1529 bis 1544 war unterbrochen in den Jahren 1531, 1534, 1537 bis 1538, 1542 bis 1543, also viermal, wenn auch nicht mehr genau dieselbe Ursache wirksam war. Auch das Wirken des Michael Fischer als Bürgermeister wird in der Zeit von 1556 bis 1568 dreimal, 1558, 1561 und 1565 auf je ein Jahr unterbrochen, und zwar wechselt er fast regelmäßig mit Lorenz Nagl. Auch sonst sind Unterbrechungen nicht selten. Es ist gewiß nicht ohne Grund, daß Kaiser Rudolf II. am 30. November 1577 den Rat erinnert, es sei sein Wunsch, daß nur tüchtige, taugliche (katholische) Personen gewählt werden.

Die in Betracht kommenden Bürgermeister sind:

Kaspar Holtzer 1501, ein Mann, der noch aus der friederizianischen Zeit herüberreicht, der auch in der Silbersakristei 1491 als „Verbringer“ dieses Baues genannt wird,

Leonhard Hackel 1502, 1503, aus einer Schlosserfamilie stammend, die im Aufsteigen begriffen ist,

Kaspar Holtzer 1504,

Dr. Stephan Geinberger 1505 bis 1507,

Hans Osterberger 1508, 1509,

Martin Väßel 1510,

Hans Osterberger 1511,

Vinzenz Kalchgruber 1512, 1513, aus einer der angesehensten Familien der Stadt. Vinzenz selbst war reichbegütert. Schon 1493 und 1497 hatte er je ein Haus im Deutschherrenviertel erworben, wozu 1499 ein Haus und ein öder Fleck im Brüderviertel kam. 1507 kaufte er ein Eckhaus bei

¹⁾ Die Aufzeichnungen über die Tätigkeit des Rates weisen eben auch für jene Zeit eine große Lücke auf. In das alte Ratsbuch von 1467 hat der Stadtschreiber nach dem Jahre 1525 nichts mehr eingetragen; die eigentlichen Ratsprotokolle aber beginnen erst mit dem Jahre 1542.

²⁾ Eine Amtshandlung des Jahres 1583, auf die wir später kommen, bestätigt dies.

St. Niklas und eine Hofstatt vor dem Fleischhackertor; hiezu kamen weiter 1508 ein Haus am Fragenmarkt, 1509 ein halbes Haus in der Keßlergasse, 1510 ein Haus und eine Brandstätte in der Judenstadt, 1511 ein Meierhof und ein Eckhaus im Frauenviertel, 1512 ein Haus in der äußeren Wienerstraße und ein Meierhof im Frauenviertel an der Stadtmauer, 1513 ein Eckhaus in der Deutschgasse: sein Realbesitz vermehrt sich von Jahr zu Jahr. 1518 kommt noch ein Viertelhaus und 1520 ein Haus in der Deutschgasse hinzu.

Alexius Funk 1514, ein Handelsmann, in Augsburg geboren, der vor seiner Niederlassung in Neustadt schon an anderen Orten in Niederösterreich tätig war (Gedenktafel in Greifenstein), ein begüterter Mann. Er hatte 1497 ein Haus auf dem Fischplatze, 1504 ein halbes Haus und eine Brandstatt in der Neunkirchnerstraße, zwei Häuser in der Herzog Leopoldstraße, 1510 ein Haus mit Garten im Brüderviertel, 1511 das Haus des Sigmund von Liechtenstein in der Neunkirchnerstraße erworben. Als Bürgermeister kaufte er ein Haus im Deutschherrenviertel,

Hans Osterberger 1515; noch am 14. April wird Alexius Funk genannt infolge des Fehlens der Bestätigung für die neue Ratswahl.

Vinzenz Kalchgruber 1516,

Alexius Funk 1517; in diesem Jahre kaufte er noch ein Haus in der inneren Wienerstraße;

Martin Väßl 1518,

Andre Wildecker 1519, 1520, der sonst nicht mehr hervortritt,

Dr. Bernhardin Kirchlamitzer¹⁾ 1521, zunächst bloß Verweser des Bürgermeisteramtes;

Alexius Funk 1522; er hatte da das letztmal den Bürgermeisterstuhl inne und starb noch in demselben Jahre. Sein letzter Wille bedachte alle Kirchen und religiösen Anstalten, ebenso alle Einrichtungen in der Stadt mit entsprechenden Spenden.²⁾

Hans Wagramer 1523, der Handelsbruderschaft angehörig, ein Leinwandhändler,

Dr. Bernhardin Kirchlamitzer 1524, 1425,

Martin Väßl 1526,

Hans Wagramer, 1527³⁾

Veit Hohenkircher 1528, aus einer Familie, mit welcher die Stadt öfter in Streit lag.

Christoph Schwarzenhaller 1529, der von Neustadt nach Wien wegzog, wo er erst im Jahre 1551 starb.

Sein Nachfolger wurde

Martin Puschmann 1529, 1530, ein sehr tüchtiger und verdienstvoller Mann aus einem nur vorübergehend bedeutenden Geschlechte;

Veit Hoherkircher 1531,

Martin Puschmann 1532, 1533,

Hans Schütz 1534,

Martin Puschmann 1535, 1536,

Hans Kalchgruber 1537, 1538, der Sohn von Vinzenz;

Martin Puschmann 1539 bis 1541,

Hans Kalchgruber 1542, 1543,

¹⁾ Auch öfter Bernhard genannt.

²⁾ Er vermachte der Domkirche zum Bau 50 Gulden rheinisch, jedem Armen im Spital 4 Ellen Iglauer Tuch, den Armen bei St. Marx 10 fl , ins Deutsche Haus 5 fl zur Zierung der Kirche, der Kirche zu Zemendorf 10 fl , dem Neukloster 10 fl zur Zierung der Kirche, zu St. Paul 30 fl , den Brüdern zu Katzelsdorf 20 fl , zu St. Ulrich 30 fl , zu St. Jakob zum Bau 20 fl , zur Allerheiligenkirche 5 fl , zu St. Niklas zum Bau 5 fl ; das Testament wurde am 20. November 1522 bestätigt.

³⁾ Einmal auch Hans Leinwather genannt.

Martin Puschmann 1544, das letztmal auf dem kurulischen Stuhl. Am 12. September 1553 wurde er für sich und seine ehelichen Nachkommen geadelt, und zwar wegen seiner vielfachen Verdienste als Bürgermeister und in der Verwaltung anderer städtischer Ämter, ferner wegen der Verdienste seines Sohnes Hans Puschmann, der Feldzüge im Reiche mitgemacht habe, der an dem Hofe des Kronprinzen ersprießliche Dienste leiste, demselben auf einer Reise nach Italien gefolgt sei. Das Wappen des Geadelten bleibt wie bisher: auf einem gelben Schilde ein wilder Mann (Buschmann) mit grauem Barte, in den vom Leibe weggestreckten Händen je einen „Buschen“ von Eichenblättern haltend, von der schwarzen und gelben Kappe ein Gebände wegflegend. Die Gestalt bis zu den Lenden kehrt über dem Stechhelm wieder. (Fig. 2.)

Martin Puschmann erfreute sich dieser Auszeichnung nicht lange. Er starb bereits im folgenden Jahre (1554). Sein Nachfolger im Bürgermeisteramte war

Hans Kuttner 1545 bis 1548, zuvor Verwalter der Güter von St. Ulrich,

Lorenz Nagl 1549,

Hans Kalchgruber 1550,

Lorenz Nagl 1551,

Leonhard Eibenberger 1552,

Hans Jöppl 1553,

Christoph Öttinger der Ältere 1554, jedoch bedeutender als Zinngießer, denn als Stadtverwalter;

Lorenz Nagl 1555,

Michael Fischer 1556, 1557, ein Hausbesitzer in der Wienerstraße.

Lorenz Nagl 1558,

Michael Fischer 1559, 1560,

Lorenz Nagl 1561,

Michael Fischer 1562 bis 1564,

Benedikt Roll 1565,

Michael Fischer 1566 bis 1568,

Benedikt Roll 1569; gegen Ende des Jahres erscheint noch Michael Fischer, Mitglied des inneren Rates, als Verwalter des Bürgermeisteramtes,

Hans Kirchlamitzer 1570 bis 1572, den reichen Familien angehörig, deren verwandtschaftliche Verbindungen auch nach Wien reichen.

Hans Menner 1573,

Hans Kirchlamitzer 1574, 1575,

Michael Fischer 1576, 1577, das letztmal Bürgermeister; er dürfte bald darauf gestorben sein.

Niklas Praitenaicher 1578, 1579; mit ihm tritt das erstmal eine Familie hervor, die dann lange Zeit zu den bedeutendsten Größen der Stadt gehört. Er wird um das Jahr 1550 das erstmal genannt. Sein Vater Wolfgang Praitenaicher starb wahrscheinlich 1545, und dessen Bruder Leonhard ist Bürger zu Wasserburg (in Bayern); Niklas vermählt sich mit einer Tochter des Niklas Puschmann;

Hans Menner 1580, 1581,

Niklas Praitenaicher 1582, 1583; die Familie war im Aufstieg und wir werden ihr wieder begegnen,



Fig. 2. Wappen des Puschmann.

Hans Taubmaier (auch Taubmer) 1584, 1585,

Hans Kaiser 1586, 1587, Amtsverweser; seine Familie ist zwar nicht eine der ersten in der Stadt, jedoch ungemein zahlreich. Hansens Vater ist der Barbier Heinrich Kaiser; er heiratet die Witwe des Georg Eibenberger, aus welcher Ehe zwei Söhne und drei Töchter stammen. Der Stammbaum der von Kaiserstein führt auf diese Familie zurück.

Zachäus Portenschlag 1588 bis 1590, vermählt mit der Witwe des Melchior Rüntl, Katharina, einer Tochter des Hans Kaiser. Er starb am 30. September 1596 und im Totenbuche der Hauptpfarre wird er, der Juris Baccalaureus, apostolischer und kaiserlicher Notar, von dem Chormeister Christoph Zuppacher als besonderer Gönner der Geistlichkeit, als hochverdienter Katholik gepriesen, den der Bischof Lambert zum Präfekt des bischöflichen Hofes erkoren hatte.¹⁾

Hans Streitl 1591, 1592, gestorben 1599.

Manchmal — so im Jahre 1590 — wurde die Bürgermeisterwahl so vorgenommen, daß den Ratsherren die Liste der 12 Räte zugeschickt wurde, worauf sie schriftlich denjenigen bezeichneten, den sie zum Bürgermeister wünschten, und den Zettel auf das Rathaus schickten.

Eine Ratswahl gegen Ende des Jahrhunderts sei vollständig aufgenommen: die Wahl vom 1. Adventsonntag, 2. Dezember 1590.

Für das Jahr 1591:²⁾

Bürgermeister: Hans Streitl. Richter;

Alter Rat: Hans Streitl, Jakob Gollner, Wolf Schmeltzer, Georg Mandl, Dietrich Mayer, Dr. Wolf Woller, Hans Kirchlamitzer, Stephan Diernberger, Leopold Potenstetter, Albrecht Schneider, Hans Wesstl.

Neue Ratsfreund: Paul Wollitz.

Stadtkämmerer: Ober-; Unter-: Hans Fux.

Grundbuchverwalter: Ober-; Unter-: Wolf Notenpacher.

Raithandler auf der Pupillenkammer: Notenpacher, Thomas Franck, Andre Vischer.

Zeugwarter: Hans Päsler, Andre Vischer.

Beschauer: Lucas de Luca, Sebastian Spät.

Schlüsselamt: Sebastian Sembler.

Zu Gerichtamt sein fürgenommen: Georg Preydl (durchgestrichen, kein anderer Name eingesetzt.)³⁾.

Wir ersehen aus dieser eigenen Aufzeichnung, daß nicht alles klappte. 1587 wird einmal der Vorwurf erhoben, daß 47 Bürger keinen Eid abgelegt haben, nicht an Gewehr geschrieben sind. Der Mangel wurde in der nächsten Ratssitzung behoben.

Einen recht unliebsamen Zwischenfall wies die Wahl vom 1. Adventsonntag 1587 für das Jahr 1588 auf. Erzherzog Ernst hatte schon einige Jahre für seinen Bruder, Kaiser Rudolf II., die Anordnungen für die Ratswahl von Wiener Neustadt getroffen. Die erwähnte Wahl wurde jedoch ohne sein Wissen vorgenommen, was ihm sehr mißfalle. Schon am 7. Dezember erließ er deshalb den Befehl, die Neugewählten derzeit noch vom Rate auszuschließen. — Alle diese Vorkommnisse lassen auf eine unruhige, erregte Stimmung in der Stadt schließen.

¹⁾ Vir de republica catholicaque religione insigniter meritis . . . fautor singularis ac patronus totius nostri cleri Neostadiensis cum . . . ab episcopo Lamberto pro praefecto curiae episcopalis huius civitatis postulatus fuerit ac in eodem officio annis plurimis felicissime eidem praefuerit.

²⁾ LXVII, 1/15.

³⁾ Tatsächlich wurde Dietrich Maier im Jahre 1591 Stadtrichter.

Wie im Mittelalter und im Übergangsstadium zur Neuzeit für alles Ausnahmen, Begünstigungen vorgesehen waren, so konnte man auch von der Pflicht, eine Ratsstelle oder gar das Bürgermeisteramt zu übernehmen, befreit werden. So Hans Höfel hier; und Ferdinand I. selbst trat am 14. Dezember 1554 dazwischen, als Höfel dessenungeachtet gewählt wurde. Natürlich drang er auch durch. Am 3. März 1592 wurde auch der Handelsmann Georg Preidl durch Erzherzog Matthias von der Pflicht, eine Ratsstelle anzunehmen eximiert. Der neugewählte Bürgermeister hielt manchmal sogleich an die anwesenden Bürger eine Ansprache, einen „Vorhalt“, in welchem er jene Punkte hervorhob, die er besonders beachtet wissen wollte. So wies Lorenz Nagl am 2. Dezember 1548 darauf hin, daß Straßenbesserungen notwendig seien, daß gewisse Käufe gemacht werden müssen, daß man keine verbotene Straßen fahren, einem anderen keine Dienstboten abreden dürfe, daß der „Fürkauf“ verboten sei, daß jedem Bürger 52 Eimer, jedem Ratsfreund noch außerdem 32 Eimer Wein jährlich über den Semmering zu führen erlaubt sei.

Andere Bürgermeister hielten diese Ansprache in der letzten Dezember- oder ersten Januarsitzung an den versammelten Rat: so 1567, 1568. Der Inhalt der Rede wird dann etwas geändert sein. In späterer Zeit schob man den „Vorhalt“ bis nach der Bestätigung des Bürgermeisters auf. Mit dieser Bestätigung war in unserem Zeitraume eine kaiserliche Wahlresolution verbunden, die ihrerseits Weisungen und Mahnungen mitbrachte. So bereits 1578, wo sie schon am 16. Jänner erlassen wurde und nur von Mahnungen bezüglich der Religion, bezüglich der Neigung der Stadt zum Protestantismus ausgefüllt war. Hie und da begegnen wir auch Vorhalten zu anderen Zeiten und Gelegenheiten. Als Beispiel sei der „Fürhalt vom 11. Juni 1581“ an die Gemeinde erwähnt, der auf die Schulden der Stadt, auf die Notwendigkeit des pünktlichen Zahlens hinweist, zur Vorsicht gegen Feuergefahr, zu Ordnung und Sauberkeit mahnt. In ähnlichem Gedankenkreise bewegen sich die Vorhalte vom 17. Juli 1586 und vom 30. August 1587.

Es kommt auch öfter vor, daß die Regierung und Kammer verschiedene Wünsche dem Bürgermeister zum Vorhalte an die Bürgerschaft zum Ausdrucke bringt. So im Jahre 1545 sogar zweimal rasch nacheinander, am 19. und am 25. August. In der ersten Mahnung wird hauptsächlich über die Mißbräuche, betreffend den Wein und den Weinhandel gesprochen. Manche Bürger haben Weinkeller in Schottwien, Müzzuschlag und anderwärts. Das städtische Weinbrandzeichen werde nicht bloß Bürgern gegeben, wie es sein soll. Die in Kriegsgefahrzeit in die Stadt geflüchteten Weine werden angekauft und ausgeschenkt. Dem Rate wird vorgehalten, daß die Anordnungen und Freiheiten der Stadt jährlich einmal zu verlesen seien, daß man sich gegen die Vorgeladenen nicht ungebührlich benehmen soll. Der zweite Erlass verlangt unter anderem, wegen der ungarischen Weinfuhr, wegen des „Fürkaufs“ die Vorschriften einzuhalten. Der Rat wird verständigt, es werde dem Pfleger von Klamm ein Artikel eingeschickt werden, daß er sich mit Neustadt zu vertragen habe.

Die Zahl der Sitzungen war eine sehr große. In den vierziger Jahren betrug sie an und über 70, sie stieg jedoch weiterhin; so daß der Rat in den siebziger und achtziger Jahren des 16. Jahrhunderts 80- bis 90mal im Jahre tagte. Im Jahre 1590 zählen wir 98 Ratssitzungen; 1574 überstieg deren Zahl sogar das Hundert (108 Sitzungen). Das ergab etwa zwei Sitzungen wöchentlich; dieselben drängten sich indes noch etwas mehr zusammen, da insbesondere in der Zeit der Weinlese gewöhnlich eine Pause von mehren Wochen eintrat. Man war zeitlich früh daran, wie überhaupt die Tagesarbeit früher begann. Mit Beschluß vom 23. Dezember 1544 wurde den Ratsmitgliedern bedeutet, sobald die Glocke läute, nämlich im Sommer um 6 Uhr, im Winter um 7 Uhr früh, alsbald im Rate zu erscheinen.

Dem Bürgermeister waren auch einige Remunerationen zugedacht. Mit Beschluß vom 18. Juni 1545 wurde ihm die „Judenmaut“¹⁾ überlassen, „wie seit alter Zeit“, ebenso durfte er von jedem „Inwohner, der sich hier nieder richtet“, 4 Schilling erheben. Gegen Ende unserer Zeit wird bestätigt, daß auch aus dem Grundbuchgefall der Bürgermeister einen Anteil erhielt. 1584 bekam er zum Beispiel 10 Gulden neben den Grundbuchhändlern, dem Grundsreiber und dem Stadtschreiber. Eine Bevorzugung gegenüber den Bürgern genoß er dadurch, daß er nach dem Ratsbeschlusse vom 30. August 1545 jährlich 100 Eimer, die anderen Bürger einschließlich der Ratsherren nur 50 Eimer Wein über den Semmering führen durfte.²⁾

Was den Geist der Bürgerschaft betrifft, so muß erwähnt werden, daß Ferdinand I. sogar für notwendig fand — es war am 13. Mai 1553 — Richter und Rat und Gemeinde zum Gehorsam gegen den Bürgermeister zu mahnen.³⁾

Es sei hier eingeschoben, daß in der Sitzung vom 12. November 1583 vom Rate der Gregorianische Kalender von 1582 angenommen und eingeführt wurde.

Von den kleinen Benefizien der Ratsherren mutet das eigentümlich an, daß sie für besonders festliche Gelegenheiten auch Kleiderstoffe erhielten, die damals eine hervorragende Stellung einnahmen. Wie bei den im Jahre 1467 anhebenden Wettrennen ein Kleiderstoff den ersten Preis bildete, wie die siegenden Wettläufer mit einem Barchent belohnt wurden, so beschloß der Rat im Jahre 1550 einmal, für jeden Ratsherrn auf Kosten der Stadt 7 Ellen Tuch zu kaufen.

Von den Stadtbeamten ist der Stadtschreiber der wichtigste; zunächst stehen als seine Kollegen der Gerichtsschreiber und der Grundbuchschreiber. Von den Stadtschreibern nennen wir Wolfgang Spitzwegs Sohn, Christoph Spitzweg, der schon im ersten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts diesen Posten innehatte und bis zu seinem Tode 1534 verwaltete; Christoph Schwartzentaller, der Sohn des gleichnamigen Bürgermeisters, führte das Stadtschreiberamt 1539 bis anfangs 1542; sein Nachfolger Niklas Schmid, 1542 bis 1550, wird wegen seines besonderen Fleißes belohnt, indem der Rat dessen Wochenbezug von 8 auf 21 Schilling erhöht. Ja mit Beschluß vom 6. August 1546 wird er von allem mitleiden, von Steuer, Wacht, Robot lebenslänglich befreit; er hat von der Stadt auch den Schützengraben vor dem Fleischhackertor inne, was ihm am 13. März 1550 vom Rate verlängert wird. Er starb indes bald darauf. Christoph Freysleben von 1551 bis 1563. Ihm folgte Hans Starnberger, ebenfalls ein Mann von Bedeutung. Er verwaltete diese Stelle 1563 bis 1589, bis nahe an sein Ende; er starb am 4. Juni 1590. Starnberger war ein ziemlich begüterter Mann durch seine Frau Judith geworden; er besaß mit ihr mehrere Hofstätten in der äußeren Ungargasse, seit 1579 ein Haus auf dem Marktplatze, das er allerdings 1583 wieder verkaufte, seit 1584 auch einen Meierhof im Deutschherrenviertel.

Weitere Bedienstete der Gemeinde haben wohl nicht mehr den Beamtencharakter und nähern sich mehr den Dienern. So die Überreiter, die Torwärter und Torsteher, die Mehlmesser.

Für die Überreiter wurde im Jahre 1571 eine Instruktion erlassen, die insbesondere jene Herrschaften namhaft macht, deren Untertanen die Maische und Moste von ihren ungarischen Weinbergen frei über die „Vocahütte“ einführen dürfen, dann die Neunkirchner nennt, die mit entsprechenden Dokumenten gleichfalls freie Fahrt genießen. Der Überreiter

¹⁾ Siehe unten.

²⁾ Die ganze Befugnis war, wie aus einer Mahnung der Regierung vom 19. August 1545 hervorgeht, mißbräuchig überschritten worden.

³⁾ D 4, 24/1.

muß die „Kundschaften“ abnehmen, muß die Führer unbeladener Wagen auf die verordneten Bestimmungen aufmerksam machen. Die Instruktion wird 1578 erneuert. Am 16. Jänner 1586 kommen wichtige Zusätze hinzu: Der Überreiter müsse der Stadt „Gemerck“ den Burgfried, kennen, er müsse nur ein Roß haben, da jetzt das Futter teuer; bei wiedereintretender Wohlfeilheit könne er zwei gute Rosse und einen Knecht halten. In der Weinlesezeit müsse er Tag und Nacht tätig sein und bei der Vochhütte beobachten. Von dem, was er konterbandiert, kommt ihm der dritte Teil zu, außer bei Armut des Gepfändeten; u. dergl.

Die Instruktion für die Torwärtel und Torsteher stammt gleichfalls aus dem Jahre 1578. Die Torwärtel sind die eigentlichen Pfortner; die Torsteher sind wohl später hinzugekommen, als der erhöhte Verkehr oder auch die vermehrte Gefahr erkennen ließen, daß eine Person die ihr zustehende Arbeit nicht ordentlich bewältigen könne. Die Torsteher scheinen anfänglich nicht stark angestrengt gewesen zu sein und sich mit kleinen Nebenbeschäftigungen abgegeben zu haben, so daß die Instruktion dieselben mahnt, ihr „Handwerk und Schnitzlwerk“ beiseite zu setzen. Eine scharfe Abgrenzung der Arbeitskreise gegeneinander ist nicht zu erkennen. Die Instruktion enthält fast nur Selbstverständliches. Strenges Achten auf Genauigkeit und Ordnung, Vorsicht gegenüber Fremden, doppelte Vorsicht bei Feindesgefahr. Strenge, auch wenn Bekannte — besonders mit Gepäck — die Stadt verlassen wollen, da Knechte, Dirnen, Buben öfter heimlich ihren Herrn verlassen. Alles muß zum Nutzen der Stadt getan sein. Unachtsamkeit wird selbstredend bestraft: als im Jahre 1543 das Wienertor abbrannte, wurde der Torwärter dort in Haft genommen, da ihm die Schuld, wenigstens das verspätete Melden, vorgeworfen werden konnte.

Die erste Instruktion für die Mehlmesser finden wir im Jahre 1589, datiert vom 16. Februar. Außer dem, was selbstverständlich ist, enthält sie die Bestimmungen, daß das Mehl, das der Müller in das Haus des Mahlgastes zurückführt, ebenfalls von ihm gemessen werden muß, und daß er für Messen an Wochenmärkten keine eigene Gebühr verlangen darf, sondern dies um den Taglohn tun muß. Den Mut Getreide muß er mit 31 (nicht mit 30) Strich rechnen.

Auch dem Türmer (Turner) fiel eine wichtige Aufgabe zu, die in seiner Instruktion vom 22. Mai 1542 auseinandergesetzt ist: er soll die heranziehenden Fremden genau beobachten. Wenn mehr als drei Reiter nahen, ist ein Trompetenzeichen zu geben, die Fahne auszustecken und langsam ein „Glockenstreich“ zu machen. Wenn über 20 Mann kommen, ist es mit drei bis vier behenden Glockenstreichen zu melden. Auch ein Schadenfeuer ist durch soviel Glockenstreiche, bei Tag mit roter Fahne, bei Nacht mit brennendem Licht in der Laterne, zu verkünden. Bei nahenden Feinden ist die schwarze Fahne bei dem Glockenstreich auszustecken. Der Türmer muß sich täglich früh, mittags und abends mit der Trompete melden. Fremde Personen darf er ohne Wissen und Erlauben des Bürgermeisters oder Rates nicht in den Turm lassen. Bei seiner Abwesenheit muß natürlich ein genau funktionierender Ersatz eintreten. Auch dieses Amt hat mit einer Person nicht das Auskommen gefunden, wie schon aus der Instruktion selbst hervorgeht, wie deutlich der Instruktionszusatz vom 10. März 1552 bezeugt: Für jede Person, heißt es da, sind wöchentlich 5 Schilling gerechnet. Es wird ihnen gestattet, bei Hochzeiten zu spielen — die Türmer müssen musikalisch sein. Heizung und Beleuchtung haben sie frei. Wer ein ganzes Jahr gedient hat, dem wird ein Kleid gegeben. — Auch gegen den „Turnermeister und seine Gesellen“ wird einmal, am 4. April 1566, wegen ihres Unfließes mit Strafe vorgegangen;

und am 30. März 1581 wird der Türmer in den Turm erkannt, da er „abermals“ ein im Bischofshofe ausgebrochenes Feuer nicht gesehen und nicht angeschlagen hat!

Die militärische Seite des Lebens in Wiener Neustadt vergegenwärtigen uns die Wachtmeister und die Rottmeister, deren Aufgabe uns schon durch ihren Titel verdeutlicht wird. Sie stehen unter einem Viertelhauptmann. Der Rat hat einmal Ursache, den Auftrag zu erlassen, daß sie diesem mehr gehorsamen sollen. Etwas Leichtlebigkeit und Bequemlichkeit mag sich ja namentlich bei den jüngeren Leuten gefunden haben. Es ist nichts anderes als der Mangel an Gehorsam gegen den Bürgermeister, auf andere Kreise übertragen. Ihre Instruktion, die fast nur Selbstverständliches enthält, ist gegen Ende des 16. Jahrhunderts erlassen worden. Den Wacht- und Rottmeistern werden zwei Mitglieder des äußeren Rates an die Seite gegeben, die herumgehen und jene ermahnen, auch darauf achten sollen, ob Bürger bei Feindesgefahr ohne Erlaubnis des Bürgermeisters die Stadt verlassen.

Eine besondere Stellung nahmen ferner die Viertelmeister ein, welche die friederizianische Zeit noch nicht kannte. Sie sind nicht eigentlich zu den Bediensteten zu rechnen. Es waren Bürger, aus den Genannten gewählt, einer für jedes Stadtviertel. Sie hatten die komplizierteren, mehrfachen und wichtigeren Anordnungen des Rates von Haus zu Haus einzusagen, allenfalls zu erläutern, auch Mahnungen, zum Beispiel zur Vorsicht wegen Feuersgefahr, auszusprechen usw. Wir begegnen ihnen gegen die Mitte des 16. Jahrhunderts, und am 10. Juli 1550 wird ihnen eine Instruktion gegeben. Sie sollen auf Ordnung und Sauberkeit achten, sollen kein Holz an die Häuser anlegen lassen, in den Höfen kein Stroh, kein Heu dulden, sollen die Rauchfänge besichtigen, sollen dahin wirken, daß die Brunnen in Ordnung gehalten werden. Gegen Ende des Jahrhunderts wird die Instruktion erneut und auf Grund der gemachten Erfahrungen erweitert. Namentlich wird das Anzeigen der Kranken, der Verstorbenen vorgeschrieben. Die Häuser um den Friedhof sollen ihren Schutt wegführen, sie sollen die Inwohner anschreiben, die Fürkauf treiben, sollen sich bei Badern und Barbieren wegen der Infektion erkundigen, sollen dahin wirken, daß Sauberkeit und Vorsicht nicht bloß acht Tage, sondern immer dauern.¹⁾

Eine vom Rate beschlossene Feuerordnung war von Ferdinand am 12. Juli 1522 genehmigt worden.

Die Stadt nahm auch einen Rechtskundigen, einen Juris-Doktor, gewöhnlich in Wien, als Sachwalter ihrer Rechtsangelegenheiten auf, ebenso einen Arzneikundigen, einen Medicinae-Doktor, als Stadtphysikus. Als städtischer Vertreter wird zuerst 1550 Lucius Craier, 1568 der Advokat Dr. Hofman erwähnt, dem am 3. Februar 1568 als Zahlung 14 Pfundner Taler bewilligt werden; seine Frau erhält einen ungarischen Dukaten, seine Schreiber je zwei Taler Trinkgeld. Als Physikus hören wir zuerst Dr. Johann Prandesides nennen, der am 14. Juni 1569 vor dem Rate auf seine Stelle verzichtet, da ihm die Besoldung zu gering ist. Er verläßt indes die Stadt doch nicht, obwohl er behauptet hat, an der Wiener Universität ein Amt erhalten zu haben. Am 13. Juli 1563 bietet ihm der Rat 50 Gulden jährlichen Sold und sechs Taler für ein Zimmer, geltend vom 1. August. Am 24. Juli 1565 erhält er vier Wochen Urlaub zu einer Reise in sein Vaterland, am 8. November desselben Jahres bewilligt ihm der Rat noch eigens sechs Gulden als Stadtphysikus.

¹⁾ Einfache Aufträge, Anordnungen wurden durch die Diener mit Trommel und Ausrufung bekanntgemacht: „Hört und lost!“ beginnt der Ruf wegen Brennholz, wie auch gewöhnlich die Rufe, dann folgt einfach die Sache und der Schluß und „sag es einer dem andern“.

Im 16. Jahrhundert stoßen wir auch noch auf einen Schritt betreffs des Gebietes der Stadt. Um das Jahr 1585 findet eine vollständige Neuaufnahme des „Burgfriedgemarkes“ statt:¹⁾

Im Beginn der Beschreibung heißt es:

1. Zu Lichtenwörth gegen Neustadt an der Straße zu Ende der Lichtenwörther Gründe steht ein Kreuz und neben demselben ein Markstein mit der Herrn von Puchhaim Freiherrn usw. altem Wappen, so also zu sehen dem neuen Wappen der Erzherzoge von Österreich nicht ungleich; allein daß der Strich in der Mitte der Herrn von Puchhaim Wappen rot ist. Zu diesem Stein antworten die Lichtenwörther die Malefizpersonen . . . ist gemeiner Stadtburgfried.

2. Von diesem Gemark ein wenig hinab gegen der Leitha auch an der Lichtenwörter Äcker, liegt ein Stein in der Erde, den soll man einmal heben lassen, dahin sollen vor Jahren (nach Etlicher Anzeig) die Malefizpersonen von Lichtenwörth in gemeiner Stadt Neustadt Burgfried geantwortet worden sein.

3. Von dannen nach den hohen Lebern bis an des Bistums zu Neustadt Wiesen, allda abermals ein Markstein mit der Herrn von Puchhaim Wappen steht, welcher aber so gar verwachsen, daß man ihn nicht sehen kann, „man raum ihn dann zue“.

4. Von diesem Stein sollen dergleichen Markstein nach den Bistums-wiesen bis an die Leitha mehr stehen, die ich Hans Starnberger aber bisher nicht gesehen habe; von demselben Ort der Leitha in halber Leitha hinauf bis auf halbe Leithabrucken.

5. Von halber Leithabruck in halber Leitha, soweit der Grafschaft Forchtenstein Gründ enthalb an die Leitha stoßen. Es soll heraushalb in gemeiner Stadt Burgfried, gemeiner Stadt Markstein einer gestanden sein, aber in einem großen Wasserguß unterwaschen und weggtragen worden sein.

6. Von dannen zum Kreuz vor dem Dorfe Katzelsdorf bis an gemeiner Stadt Markstein, so vor dem Ort des Dorfes steht, darein gemeiner Stadt Wappen gehauen ist.

7. Von selbigem Markstein hinauf zu einem andern gemeiner Stadt Markstein, so auch hinter dem Dorf und gleich an dem Garten steht, darin auch gemeiner Stadt Wappen gehauen ist.

8. Von diesem Stein hinauf gegen den Krotendorfer Weg zu einem runden Stein, den man den Zehentstein nennt und etlicher Herrn Zehent unterscheiden solle.

9. Von demselben runden Stein noch bis hinauf gegen den Krotendorfer Weg zu einem andern Markstein, darin auch gemeiner Stadt Wappen.

10. Von selbigem Markstein im Feld zwerchüber über die Äcker gegen Krotendorf bis zu den Hohenkircherischen oder Sintzendorfschen hinaus; an und neben den selbigen Äckern auch gemeiner Stadt Markstein mit gemeiner Stadt Wappen steht. Nota: zwischen jetzt bemelten zwei Marksteinen im Feld ist auch gemeiner Stadt Markstein einer mit gemeiner Stadt Wappen gestanden, den hat man vor Jahren abgeschlagen und vertilgt. Der Stumpf steht noch in der Erde, darauf ich einmals als ich dieselben Gemark für mich selbst beritten, ohngefär kommen bin, den möchte man noch sehen.

11. Von gemeiner Stadt Markstein, so an oder neben dem im Hohenkircherischen oder Sintzendorfschen Acker steht, nach langs hinauf nach demselben Acker an dem Krotendorfer Weg, allda steht wiederum gemeiner Stadt Markstein mit gemeiner Stadt Wappen.

12. Von demselben Markstein nicht weit hinauf zwischen dem Krotendorfer und alten Wulkersdorfer Weg steht auch gemeiner Stadt Markstein mit

¹⁾ Es ist eine Aufzeichnung des Stadtschreibers auf Grund einer älteren Vorlage mit geschichtlichen Bemerkungen von ihm selbst.

gemeiner Stadt Wappen. Nota dieser ist jetzt 23 Jahre erschienen mit „Hauben“ und grünem Staudach also verwachsen gewesen, wann man darzukommen wollen, hat man lange daran suchen müßen, bis daß man den gefunden hat. Hernach hat Hans Hohenkircher dasselb Ort vom Markstein herein gegen der Stadt, die Frau Teufflin aber außer des Marksteins ausreuten und zu ackern laßen, daß derselb Stein anjetzo gar bloß steht; und ob man wohl Befehl an dem Hohenkircher derowegen erworben, hat er doch wenig oder gar nichts darum geben, derowegen meine Herrn einen Prozeß gegen ihn ausgeführt, welcher beschlossen und collationiert worden ist; und ist dieser und andere Hohenkircherische Stritte hernach mit seinen Nachkömmlingen, Herrn Friedrichen von Sintzendorf durch etliche hiezu verordnete Commissäre vermöge zweier unterschiedlicher Verträge auf ein stät bleiblich Vergleich komen. Hieneben ist auch zu merken, daß man in zwei Äckern am Krotendorfer Weg dieshalb des Marksteins gegen der Stadt und einen am alten Wulkersdorfer Weg, da ein Zipf, so zwischen demselben Acker und dem Krotendorfer Weg liegt den Herrn Friedrich von Sintzendorf zu seinem Acker neben dem Markstein gelegen, ziehen wollen, mehr zwei Äcker außerhalb des Hartls und innerhalb des Marksteins, auch zwischen dem Krotendorfer und alten Wulkersdorfer Weg gelegen, ihm sein Leben lang und nach seinem Ableben zehn Jahre lang seinen Erben ohne Zins zu genießen vergünstigt. Also hat man ihm zwei Äcker hinter dem Tiergarten, so an die Leitha stoßen, sein Leben lang und nach seinem Ableben seinen Erben auch auf 10 Jahre lang gegen einen jährlichen Zins 11 oder 12 Metzen Korn jedes Jahr besonders zu raiten bewilligt, wie die Verträge mehrers ausweisen.

13. Von bemeltem gemeiner Stadt Markstein zwischen dem Krotendorfer und alten Wulkersdorfer Weg aufwärts durch das Hartl an dem Lanzenkircher Weg, allda steht gemeiner Stadt Markstein mit gemeiner Stadt Wappen, dahin werden meines Wissens die Malefizpersonen von Kirchschlag in gemeiner Stadt Burgfried geantwortet.

14. Von solchem Markstein auch aufwärts durch das Hartl an der andern Seiten schier dabei ist auch gemeiner Stadt Markstein gestanden, welcher aber vor Jahren umgeschlagen und vertilgt worden: der Stumpf ist noch zu sehen.

15. Von solchem Stumpf den Erlacher und Schwarzauer Weg bis an den Schnotzenbach, dahin man von Pütten die Malefizpersonen... antwortet, von selbem Ort nach dem Schnotzenbach hinum bis an Schwarzauer Weg allda abermals gemeiner Stadt Markstein steht, darin gemeiner Stadt Wappen. Nota das Wappen an diesem Stein ist vor Jahren gegen dem Dorf Schwarzau gestanden, hat gemeiner Stadt Burgfried nach demselben Weg bis hinaus zum Kreuz vor dem Dorf Schwarzau, so gegen der Stadt steht an der Schwarzauer Viehtrift zu rechter Hand ausgezeigt; nachdem aber derselb Stein einsmals umgefallen, hat man am Aufsetzen desselben, so in Beisein der Gemein zu Schwarzau geschehen, geirrt und das Wappen nach dem Schwarzenbach gegen dem Kehrbach gesetzt, derwegen man auf den hievor gehaltenen Beschauen, als lang ich allhie bin, auf weiland Gregor Sechsberger Ratsbürgers allhie Anweisung nach dem Schwarzenbach hinauf bis an den Kehrbach gezeigt hat.

16. Vom Kreuz zu Schwarzau unter dem Dorf über der Schwarzauer Viehtrift am Kehrbach auf das umgefallene oder umgeworfene Kreuz außerhalb des Dorfes Breitenau am Weg, den man von Breitenau gegen Neusiedl am Steinfeld führt, dahin die Neunkirchner ihre Malefizpersonen... antworten.

17. Von demselben Kreuz gegen Neusiedl am Steinfeld zu dem Stein mit dem Loch, so am Weg vor dem Dorf Neusiedl gegen Saubersdorf steht, dahin die Neusiedler ihre Malefizpersonen, so bei ihnen ankommen, in gemeiner Stadt Burgfried antworten.

18. Von demselben Stein mit dem Loch hinauf Gerasdorfer Feld zu einem Stein, so oben ein Runden wie ein Kopf hat, dazu ein jeglicher Inhaber des Schlosses Gerasdorf die Malefizpersonen dem Stadtrichter von Neustadt überantwortet;

19. Von dannen wieder herab an den Weg, den man von Neusiedl gegen Saubersdorf (fährt) neben demselben zwischen Neusiedl und Saubersdorf liegt auch gemeiner Stadt Markstein in einem Acker.

20. Von dannen für Saubersdorf dem gemeinen Weg nach, neben demselben zwischen Saubersdorf und Weikersdorf steht auch gemeiner Stadt Markstein in einem Acker, daran gemeiner Stadt Wappen auskratzt und zerhackt ist.

21. Von demselben Stein herab nach dem Weikersdorfer Weg zu dem Stein zu Weikersdorf unten an dem Dorf neben dem Markbühel, darein auch gemeiner Stadt Wappen gehauen ist, dahin die Weikersdorfer die Malefizpersonen, so bei ihnen angekommen, in gemeiner Stadt Neustadt Burgfried antworten. Nota Alle gemeiner Stadt Markstein, wie jetzt ordentlich nach einander erzählt, die sein alle eines Kornes, das ist eines Steins und werden zu einer Zeit gesetzt worden sein, wie dann Ottkeruß in seinem Brief, so über dritthalbhundert Jahre¹⁾ alt limites Novecivitatis, das ist die Markstein der Neustadt Stadtgemein richtig anzeigt.

22. Von gemeiner Stadt Markstein vor dem Dorf Weikersdorf nach dem Weg bis gegen Fischau zum Kreuz unter dem Dorf.

23. Von demselben Kreuz unter dem Dorf zu Fischau auf beider Leber oder Hotter unter oder gleich an dem Fischauer Weg gegen Wöllersdorf Nota Weiland Hans Stessel Lederer und Bürger allhier hat mir angezeigt, auch das Ort gezeigt, daß zwischen dem Dorf Fischau und dem ersten Leber oder Hotter am Fischauer Weg ein Stein gestanden, welcher gemeiner Stadt Markstein gewesen sei; den habe er oft gesehen, sei oft da für gefahren und darzu gangen; derselbe sei verloren.

24. Von selben zwei Hottern auf den Hotter oder Leber vor Steinabrückl.

25. Von demselben Leber auf halbe Bruck im Dorf Steinabrückl Nota: Ermelter Hans Stessel, der Lederer und Bürger allhie, hat mir oft gesagt, es sei gemeiner Stadt Markstein einer zwischen bemeltem Leber und der Bruck zu Steinabrückl an der Piesting gestanden, habe ein Wasserguß (ihn) weggetragen.

26. Von halber Bruck zu Steinabrückl in halber Piesting herab auf halbe Bruck zu Salhenau Nota: Weiland Herr Khittenfelder selig hat mir in seinem Leben oft, wenn wir sonderlich in der vicinischen Commission zusammenkommen sein, gesagt und zu verstehen geben, daß er in seinem Urbar über das Landgericht gegen Rauchenstein gehörig ein Artikel verleibt (hab) des Inhaltes, daß das Landgericht Rauchenstein von halber Brucken zu Steinabrückl, von dannen in halber Piesting herab bis auf halbe Brück zu Salchenau an gemeiner Stadt Freiheiten rann; weil dann meine Herrn zu der Neustadt gegen Herrschaft Starhemberg in Landgerichtsstritt und denen hievon erwachsenen Gewaltsachen darauf artikuliert und das Urbar zu Gezeugnis angeführt hab, und ist ohnedies wissentlich und ruhiger Brauch, wann ein tote Person in der Piesting zwischen ermelten zwei Brucken gefunden wird, daß das Rauchensteiner Landgericht und der Richter von der Neustadt dieselb tote Person mit einander besichtigt: wenn die mehrers hinüber gegen den Enzesfeldischen oder Schönauerischen Gründen liegt, hat Herr Kottenfelder dieselbe zu heben, liegt die aber weiter gegen der Neustadt als gegen die bemelten Gründ, hat der Richter von der Neustadt dieselb Person zu heben.

¹⁾ Die Angabe ist allerdings irrig, war wahrscheinlich in der benützten Vorlage gestanden.

27. Von der halben Bruck zu Salhenau geht gemeiner Stadt Burgfried zu dem Stein, so dieshalb der Piesting auf der Höhe gegen Ebenfurt steht.

28. Von demselben Stein nach einem alten verwachsenen Weg bis an den Pottendorfer Weg unterhalb Eggendorf, allda enthalben und drenthalben kleine Hotter aufgeworfen.

29. Von dannen gegen der Tachnitz zu einem Stein, so in einer Gosen liegt Nota: Dieser Stein ist vor wenig Jahren am Ort der Wiesen gegen der Tachnitz gelegt; als aber die Ebenfurter und Untereggendorfer wegen ihrer Gründe strittig gewesen und beide Teile diesen Stein für ein Gemerk erkannt haben, sein sie durch die hiezu verordneten Herrn Commissäre Hieronymus Wurmbrandt und Karl Pacher in der Güte dahin verglichen worden, daß sie bemelte Stein in die Wiesen gegen Unter-Eggendorf liegen laßen.

30. Von dem Stein geht gemeiner Stadt Burgfried gegen Untereggendorf für das Dorf, allda am Weg vor weiland Thoman Huebers selig, jetzt Herrn Hansen Rohrwolf Mühl die Untereggendorfer die Malefizpersonen, so bei ihnen einkommen, einem Stadtrichter zur Neustadt . . . überantworten.

31. Von dann herauf ist alles auch gemeiner Stadt Burgfried.

Unsere Stadt erfreute sich eines ziemlichen Realbesitzes. Sie war der Grund- und Schirmherr des größten Teiles der Stadt, nämlich der Häuser, der Bürger und der Inwohner, der Gassen und der Plätze, ebenso Grund- und Schirmherr des Vorwerkes und Dörfchens Peisching, ferner Schirmherr einiger Holden in Leobersdorf und Kötla. Sie nannte die Stadtgebäude und einige andere Häuser, Mühlen ihr Eigen, selbstredend auch die Stadtmauern, den Zwinger, die Stadtgraben. Sie besaß eine Anzahl Weingärten, Äcker und Wiesen, letztere teilweise aus dem Kehrbache zu wässern, ausgedehnte Weidestrecken, namentlich an den Grenzen des Stadtgebietes; ferner kleine und kleinste Gewässer. Von ihren Anstalten ist die bedeutendste das Spital, eine Versorgungsstätte, ein Heim für kranke und arme Bürger der Stadt, eine Stiftung des 13. Jahrhunderts, die selbst wieder reich begütert war. Wiener Neustadt war ferner Vogtherr der Domkirche, Lehensherr einer Anzahl Benefizien dieses Gotteshauses, Herr und Schutzherr seiner Schulen. Aus dem Besitz erwachsen natürlich mannigfache Einnahmen. Die Bürger zahlten für ihre Häuser den Grunddienst, die der Stadt gehörigen Häuser und deren Gewölbe brachten Zinse, ebenso die Verkaufsstände auf den Plätzen. Das städtische Zeughaus lag hinter St. Jakob an der Stadtmauer und war verbunden mit einer Gießhütte. Die Mühlen — im weitesten Sinne des Wortes — waren gewöhnlich verpachtet. — Unsere Stadt besaß gegen das Ende unseres Zeitraumes 621 Pfund (Tagwerke) Weingärten, davon 581 auf ungarischem, 40 auf österreichischem Boden.²⁾ Über Ansuchen

¹⁾ Beschluß vom 28. November 1581.

²⁾ Neustädter Weingartenbesitz

zu Höflein	1	Weingarten zu	20	fl
„ Eisenstadt	1	„	41	„
„ St. Georgen	3	„	64	„
„ Gschies	1	„	31	„
„ Oggau	2	„	56	„
„ Ruß	4	„	74	„
„ Mirwisch	1	„	24	„
„ Margarethen	1	„	28	„
„ Siglitz	1	„	28	„
„ Mattersdorf	3	„	65	„
im Heutal	1	„	15	„
in der Wart	4	„	135	„
zu Katzelsdorf	1	„	18	„
„ Brunn	1	„	12	„
„ Steinabrückl	1	„	10	„

25 Weingarten zu 621 fl.

Bei den Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt vom 23. Oktober 1579 durfte die Stadt in der Vöcä eine Hütte erbauen, die zunächst nur zum Schutze für den Überreiter bei einfallendem Regenwetter dienen sollte, dann aber eine ganz bedeutende Rolle für die Weinfuhr spielte. Die Gemeinde hatte daher auch einen reichbesetzten Weinkeller. Äcker und Wiesen und Weiden wurden gleichfalls verpachtet, die Weiden zumeist an die Dörfer und Herrschaften der Umgebung. Die Leitha, der Stadtgraben, Teiche und Flößchen boten Raum für die Fischzucht.

Von den Flößchen werden als Fischwässer der Stadt einmal (am 28. April 1556) genannt: der Steinbach, der Palliermühlbach, der Bach bei der Gollenhofermühle. Am 17. Dezember 1542 beschloß der Rat, die Stadtgraben mit 21 Schock Karpfen, Donaubrut, zu besetzen, was der Gemeinde wieder in verschiedener Weise zugute kam. Die Äcker der Stadt wurden von Zeit zu Zeit an Bürger verteilt. Wir werden auf eine solche Verteilung, auch die unserer Periode, kommen.

Der Nutzen, den Peisching lieferte, war verschiedener Art: Giebigkeiten in Naturalien, Dienste und Geldzinse; die Holden mußten Mannen zur Wehrmacht stellen. Im Jahre 1540 werden 17 Holden gezählt, im Jahre 1569 findet am 27. Februar eine Zählung der Einwohner statt, die für Oberpeisching 21 Parteien mit 57 Personen, in Unterpeisching 11 Parteien mit 35 Personen ergibt.

Im Jahre 1530 waren auch die Güter der Propstei St. Ulrich, die der Propst Paul schon zwei Jahre vorher auf einen kaiserlichen Erlaß dem Neustädter Bürger Hans Mitterpacher zur Verwaltung übertragen hatte, vollständig an die Stadt übergeben worden; allerdings mit der Beschränkung, daß der Erlös derselben nur für die Stadtbefestigung zu verwenden sei. Für diesen Zweck kamen auch noch laut Befehl der kaiserlichen Räte und Kriegskommissäre vom 6. Februar 1531 100 Gulden in Betracht, die Vinzenz Kalchgruber dem Stifte St. Ulrich vermacht hatte.

Die Verwaltung dieser Güter haben abwechselnd verschiedene Bürger gegen eine Entlohnung geführt; von 1533 an zum Beispiel Leopold Engelbrecht, unter dem im Jahre 1534 am 8. Juli der Drittelgetreidezehent und der kleine Zehent des Stiftes verpachtet wurden. 1542 und 1543 hatte Hans Kuttner dieselben, der wahrscheinlich wieder manches in Ordnung bringen mußte, dem der Rat sodann am 19. Februar 1544 eine Gebühr von 1 Pfund Pfennig wöchentlich zusprach. Die Gründe und die Gülden von St. Ulrich wurden von Ferdinand I. laut Zuschrift an den Rat vom 4. September 1535 dem Bischof Gregor und seinen Nachfolgern übergeben.

Eine Verpachtung vom 8. Juli 1534 setzt uns in Kenntnis, daß das Stift Drittelgetreidezehent und „kleinen Zehent“ zu Buchberg, zu Gümplach, am Rosenberg und zu Unter- und Oberhöflein in der Einöd hatte.¹⁾

Am 12. Dezember 1557 überläßt Ferdinand I. der Stadt zwei Ziegelstadel bei Schleinz: einen alt, aber neu hergestellt, den die Gemeinde von dem Rentamte gepachtet hatte, den andern von Wiener Neustadt selbst errichtet, unentgeltlich, frei und ohne Zins, wenn auch nicht als Eigentum, so daß der Spender der Grundherr bleibt.

Als einen besonders wichtigen und auch einträglichen „Besitz“ der Stadt müssen wir noch die Privilegien erwähnen. Sie stammen in der Hauptsache aus dem Mittelalter; aber jeder neue Herrscher muß denselben seine Bestätigung geben, wobei alle früheren Begünstigungen wörtlich aufgenommen und wiederholt werden. So bestätigt Ferdinand I. am 8. Juli 1521 die Neustädter Privilegien im ganzen Umfange der Bulle Maximilians vom 26. Dezember 1490

¹⁾ LXXXII, 4/18.

und wiederholt diese Bestätigung am 4. Februar 1556 nach seiner Erhebung auf den Kaiserthron im Umfange der goldenen Bulle Friedrichs III. vom Montag nach Lätare 1452 und fügt am 16. Juli 1561 ein Jahrmarktsprivilegium hinzu. Am 8. Februar 1565 erfolgte die Neubestätigung dieser Vorrechte für Neustadt durch Kaiser Maximilian II., der dabei zugleich die für Neustadt günstige Entscheidung Ferdinands I. vom 15. Dezember 1528 in dem Streite mit Steiermark wegen der Weinfuhr über den Semmering einbezieht und mitbestätigt. In demselben Umfange bewegt sich auch die Privilegienbestätigung durch Erzherzog Karl von Steiermark vom 8. August 1566. Maximilian II. fügt am 12. April 1570 ein neues Privilegium hinzu: daß Güter ohne Erben unter der Jurisdiktion und im Gebiete von Neustadt der Stadt anheimfallen.

Rudolf II. bestätigt die Neustädter Freiheiten am 8. August 1578 und am selben Tage eigens die Erbgerechtigkeit der Stadt nach dem vorgenannten Diplom Maximilians II., und wieder am selben Tage das Recht der Stadt betreffs des Salzwesens. Außer dieser Reihe kommt noch die Bestätigung der Neustädter Freiheiten in Ungarn durch König Ludwig II. vom 19. Juli 1526. Eine Eingabe des Rates an Erzherzog Ferdinand vom Jahre 1528 um Bestätigung der Stadtprivilegien im vollen Umfange für Ungarn und für Böhmen, zu deren König Ferdinand gekrönt war, blieb ohne den gehofften Erfolg.

Es muß indes hinzugefügt werden, daß auch jetzt die Vorteile, welche aus den Privilegien erwachsen sollten, sehr bestritten wurden und der Fürst oft genug Ursache hatte, auf Beschwerden der Neustädter Mahnungen, Drohungen wegen Verletzung der Vorrechte unserer Stadt zu erlassen. Ja die Gesetzgebung ging hie und da selbst über diese Vorrechte hinweg und half sich damit, daß sie die Neueinführung als den Neustädter Freiheiten „nicht präjudizierend“ erklärte. So zum Beispiel richtet bei der Einführung eines neuen Weinaufschlages Maximilian II. am 29. April 1575 eine Zuschrift an Erzherzog Karl von Steiermark, den Neustädtern einen „Schadloshaltungsbrief“ auszustellen, daß diese Steuer ihren Privilegien unpräjudizierlich sei. Die Urkunde wurde am 31. Dezember von dem Bruder des Herrschers wirklich ausgefertigt.

Der Besitz der Gemeinde war selbstredend ebenfalls beweglich wie jener des Privatmannes, wenn auch nicht im gleichen Maße; und Besitzwechsel, Kauf und Verkauf und Tausch von Liegenschaften sind auch in der Stadtverwaltung nichts Seltenes. So kauft die Stadt im Jahre 1510 ein Haus und eine Brandstätte daneben, die ehemals das Judenbad gewesen war, gelegen im Frauenviertel; beides von Privaten.¹⁾

Am 26. Oktober 1511 wird die Stadt für ein Viertelhaus in der inneren Ungargasse an Gewehr geschrieben, das sie von der Witwe des Bildschnitzers Lorenz Luchsberger gekauft hat.²⁾ Am 30. Juli 1535 kommt die Gemeinde wieder in Gewehr eines halben Eckhauses im Deutschherrenviertel, in der Wienerstraße,³⁾ zu einem Viertel durch Kauf, zum anderen Viertel durch Vermächtnis der Bürgersfrau Christine Straifinger.

Am 23. März 1545 übernahm die Stadt käuflich das Haus des Michael Schober in der Neunkirchnerstraße, auf dem sie einen Satz hatte, und ordnete dessen Verhältnisse, was ziemlich lange Zeit in Anspruch nahm. Die Eintragung des Besitzes in das Gewehrbuch erfolgte daher erst am 4. März 1556, nachdem es trotz der öffentlichen Feilbietung keinen Käufer fand.⁴⁾ Am 11. Dezember 1551 erwarb die Gemeinde ein halbes Haus im

1) Gewehranschreibung am 23. April 1510.

2) Haus Ungargasse 3.

3) Wienerstraße 30.

4) Neunkirchnerstraße 7.

Brüderviertel gegenüber der Allerheiligenkirche¹⁾ durch Ablösung. Am 27. März 1562 kauft die Stadt die Schwärzermühle mit den darauf lastenden Diensten, jedoch ohne das Fischwasser. Im Jahre 1566 erwirbt Neustadt am 23. Jänner ein Haus in der Neunkirchnerstraße²⁾ und am 12. Februar ein behaustes Gut mit 6 Tagwerk Wiesen und 9 Joch Äckern, beides durch Kauf von Privaten. Am 24. Dezember 1560 kauft die Stadt ein Haus in der „Hofgasse“, das Münzhaus genannt,³⁾ und die Sumeraumühle mit allem Zugehör, Gründen, Wiesen, Gärten und Fischereirecht. Am 27. April 1571 wird das „Ziegelhaus“ am Fragnermarkt⁴⁾ und am 27. Juni 1571 neuerlich ein Eckhaus in der Neunkirchnerstraße⁵⁾ durch Kauf von Privaten erworben. Durch einen Vertrag vom 29. Mai 1580 erwirbt die Stadt von Friedrich von Sinzendorf auf „Aichbüchel“ als Erben nach seiner Frau Salome, der Witwe nach Hans Hohenkircher, ein Eckhaus in der Neunkirchnerstraße,⁶⁾ kauft ferner von ihm Hauswiesen, Krautgärten, Getreideäcker und Dienste um 800 Gulden, die sie freilich für den Augenblick schuldig bleibt. Weiterhin kauft die Stadt laut Gewehr vom 23. September 1588 zwei halbe Hofstätten in der äußeren Ungargasse von dem Sohne des Hans Kirchlamitzer, ebenfalls Hans, und laut Gewehr vom 10. Juli 1589 eine neben beiden Hälften gelegene Hofstatt von einer Bürgersfrau. Im Jahre 1586 muß die Gemeinde einen Weingarten zu Rußt von Privaten wegen einer Schuldforderung übernehmen. Am 21. Juni 1588 kauft der Rat zwei Wälder bei Offenbach von der Frau des bürgerlichen Binders Blasius Hornstein. Sonst war die Stadt arm an Wald; der Föhrenwald war Eigentum des Landesfürsten. Städtische unbedeutende Waldstückchen werden genannt im Stadtgebiete, selbst ein Gartl außerhalb des Tiergartens, je ein Waldl bei Würflach (1578)⁷⁾ und bei Breitenau (1584)⁸⁾

Am 7. Dezember 1554 war die Stadt auch in den Besitz eines Hauses in der Brotischgasse durch Heimfall gekommen, da der letzte Besitzer ohne Erben gestorben war.⁹⁾ Am 10. Dezember 1555 hatte die Stadt auch ein Vorkaufsrecht auf die Pallier-, früher Eisenziehmühle von dem Zeugwart Matthias Zeller gekauft, und am 12. September 1569 sucht sie bei der Regierung um Vorkaufsrecht bei Verkäufen vom St. Peterskloster an, dessen Besitz ohnedies zum größten Teil aus Widmungen von Neustädtern entstanden sei. Das Ansuchen blieb indessen erfolglos. Am 13. Februar 1573 trugen einige Bürger dem Rate ein ererbtes Haus zum Kaufe an, für das sich kein Käufer fand. Die Ablehnung dieses Ansuchens hatte einen längeren Schriftenwechsel zur Folge.

Dieser Vermehrung des Stadtbesitzes stehen natürlich auch Veräußerungen gegenüber. Von Verkäufen haben wir zu nennen: Die Steinhofmühle vor dem äußeren Wienertor wurde, da der Besitzer den Dienst nicht zahlte und dieselbe verfallen ließ, als ödes Gut am 8. Mai 1511 veräußert an den Müller Michael Arrhan und seine Frau Elisabeth. Sie werden dieselbe aufrichten und zahlen jährlich 10 Pfund Pfennig Zins. Am 9. September 1561 werden fünf Krautäcker um 4 Pfund Pfennig Zins verkauft.

Im Jahre 1570 verkauft der Rat das vor wenig Jahren (1566) erworbene Haus an Melchior Räntl;¹⁰⁾ 1592 am 12. Oktober, verkauft er den Schwärzer-

1) Allerheiligenplatz 4.

2) Neunkirchnerstraße 24.

3) Kesslergasse 18.

4) Das Rösselwirtshaus.

5) Neunkirchnerstraße 9.

6) Gasthof Goldener Hirsch. Gewehr vom 19. Oktober 1587.

7) RP. 57.

8) LXXXVIII, 18/4.

9) G. 163/1.

10) LXXXII. 2 a.

hof an die Frau des Hans Kalchgruber nach dreißigjährigem Besitze. Die Obrigkeit über die Mühle wird vorbehalten. Der Wechsel im städtischen Weinbergbesitze war nicht bedeutend; doch werden wir erst im 17. Jahrhundert einer vollständigen Aufzeichnung desselben bezeugen.

Zu Verkäufen berechnete auch die Vogtherrschaft.

Als Vogtherr der Domkirche verkauft der Rat am 7. Juli 1503 einen Weingarten derselben am Prossaberge, ebenso im Jahre 1560 ein zum Bistum gehöriges Bad. Zu den letzten Verkäufen war natürlich die kaiserliche Zustimmung erforderlich.

Wenn man Kauf und Verkauf gegeneinander hält, ergibt sich ein erklecklicher Überschuß des ersteren, also eine Vermehrung des Gemeindevermögens.

Wir wollen noch darauf aufmerksam machen, daß bei der mangelhaften Gebarung jener Zeit die Zweifel über das Eigentumsrecht an Grundstücken nicht vereinzelt sind.

Bei einer Aufnahme der städtischen Äcker „an der Stadt, in der Wiener Neustadt“ wird am 22. März 1564 festgestellt,¹⁾ daß manches Stadtgut von Privaten benützt wurde; Streite über den Besitz von Weiden, Äckern, Wiesen ergaben sich öfter.

Im Jahre 1574 wollen die Bauern von Unter- und Ober-Eggendorf städtischen Grund mit dem ihrigen vertauschen: Unterhandlungen wurden begonnen, führten jedoch zu nichts.

Die Besitznahme des Erwerbes verzog sich manchmal lange. Jene der Sintzendorfschen Grundstücke kostete zum Beispiel einen beinahe zwei Jahre dauernden Schriftenwechsel.

Gegen das Ende unserer Periode finden wir die Stadt auch im Besitze von Gründen bei Würflach, namentlich von Wald (1580).

Bezüglich der Vermietungen und Verpachtungen städtischer Objekte sei mitgeteilt:

Vom 24. November 1547 datiert eine Zusammenstellung aller vermieteten und zinsenden Realitäten der Stadt. Es sind im ganzen 27 Nummern, darunter auch „Kammern“ und Läden im Rathause, zwei Häuser, ein Garten, zwei Mühlen, der Wienerturm und sechs Raumteile des Zwingers.

Aber nur bei 14 Nummern sind Beträge eingestellt, die zusammen 53 Pfund Pfennig 2 Schilling Zins, beziehungsweise Dienste ergeben. Von den beiden Mühlen liegt die eine bei dem Wienertor, Basteimühle,²⁾ und dient 5 Pfund Pfennig, die andere vor dem äußeren Wienertor, Kanzelmühle,²⁾ welche 10 Pfund Pfennig dient. Manche Inhaber wissen nicht, wieviel sie zu zahlen haben. Einer ist seit dem Jahre 1542 im Rückstande. Bei einzelnen der Zwingerräume weiß man die Zinssumme nicht, bei anderen heißt es gar: „wais nit wem er verlassen“. Es waren wohl Ratsherren, denen man den Raum zugute kommen ließ. Die bei den Mühlen angegebenen Summen stellen offenbar nur den Grunddienst vor. Die Kanzelmühle war eben im Jahre vorher, am 1. Mai 1546, auf drei Jahre um 100 Gulden Jahrespacht neu verlassen worden. Am 15. April 1586 beträgt der Kanzelmühlpacht für ein halbes Jahr schon 65 Gulden. Für die Einnahmen der Stadt ist die angezogene Zusammenstellung nicht aufklärend.

Wirkliche Einnahmepreise erfahren wir weiter von den Bädern (1526 mittelbar vom Wienerbad), von der Verpachtung des Schwärzerhofes, den die Stadt eben angekauft hat, am 21. April 1562 auf ein Jahr, wofür der Pächter 80 Pfund Pfennig zahlt. Die Verpachtung setzt sich dann durch die Dauer des Besitzes fort.

¹⁾ XXXVIII 18/4.

²⁾ G. 190.

Im Jahre 1591 wird die Kanzelmühle um einen Bestandzins von 130 Gulden für ein Jahr „verlassen“.¹⁾ In demselben Jahre wird die Schmiede samt Herberge beim städtischen Hammer um 12 Gulden auf ein Jahr an einen Klingenschmied verpachtet.

Der Pacht einer Partie Wiesen und Äcker, deren Ausmaß allerdings nicht angegeben ist, wird am 8. Juli 1561 auf ein Jahr um 15 Pfund Pfennig, am 3. März 1562 auf weitere vier Jahre um jährlich 20 Pfund Pfennig verlängert.

Die Verpachtung der Gewässer der Stadt einschließlich des Stadtgrabens nimmt eine eigene Stellung ein. Am 26. September 1505 schließt die Gemeinde einen Vertrag mit Peter Vinck, dem sie den Stadtgraben vom Fleischhackertor bis zum nordwestlichen Eckturm auf zehn Jahre überläßt. Der Pächter soll den Turm bessern, der sehr „abgekommen“, den Graben dort mit Fischen besetzen und vollständig nützen. In den drei ersten Jahren ist der Pacht frei, die folgenden sieben Jahre hat er jährlich 2 Pfund Pfennig zu entrichten.

Am 24. September 1549 wird der Graben hinter seinem Hause zu räumen und zu erweitern gestattet, und zwar als Zugabe zu der Verlängerung des Pachtes des Steinbaches auf sechs Jahre. Er hat hiefür jährlich 100 Stück Zolffische zu liefern und muß den Rat, wenn derselbe einer „Ehrung“ für jemanden bedarf, im Bache fischen lassen. Bei der Räumung und Erweiterung des Stadtgrabens ist natürlich auch an die Fischzucht gedacht. Am 28. April 1556 wurde die Fischerei in der Leitha und in dem kleinen Bächlein bei der Stadt an zwei Bürger verpachtet. Sie hatten im ersten Jahre die Hälfte der Fische an die Stadt abzuliefern, weiterhin jeder 8 Pfund Pfennig im Jahre zu zahlen. Am 19. März 1560 wird dem Dietrich Kalchgruber der Stadtgraben bei seinem Hause zu einer Fischeinsetze bewilligt; am 9. Juli darauf werden ihm die Alta und die kleinen Bächlein gegen 4 Pfund Pfennig auf ein Jahr überlassen; am 8. Mai 1561 erhält derselbe Pächter das alles aufs neue und am 21. April 1562 werden ihm die gleichen Gewässer auf weitere vier Jahre, abermals um je 4 Pfund Pfennig verlassen.

Die pachtenden Personen sind Mitglieder des Rates, haben sich auch sonst wohl Verdienste um das Gemeinwesen erworben, so daß das besondere Entgegenkommen der Stadt begründet ist.

In dem ganzen Zeitraume, von dem wir sprechen, treffen wir nur einmal auf einen Ratsbeschluß, Fische selbst einzusetzen: Am 17. Dezember 1542 wird ausgemacht, den Stadtgraben namentlich beim Ungartor mit 20 Schock Donaukarpfen zu besetzen.

Die Weide und andere Gründe an den Grenzen des Stadtgebietes wird verlassen an die Gemeinden (Klein-)Wolkersdorf, Lanzenkirchen, Haderswörth, Erlach, Schwarza, Neusiedl, Urschendorf, Saubersdorf, Weikersdorf. Die Verpachtung beginnt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, wahrscheinlich in den vierziger Jahren. In der nächsten Periode gesellen sich die nördlicher gelegenen Ortschaften dazu.

Die Pachtpreise waren sehr billig, aber sehr verschieden, und blieben zumeist viele Jahrzehnte lang ungeändert. Eine Fürbitte half dabei wesentlich mit. Es war gewöhnlich jene der Herrschaft.

Wolkersdorf erlegt für das Jahr 1567 das Pachtgeld 7 Kreuzer = 28 Pfennig.

Lanzenkirchen zahlt einen Weidepacht von 9 Kreuzer, erlegt denselben am 3. Mai 1582 für 13 Jahre.

Haderswörth hat für seinen Pacht von Weidegründen an Neustadt 15 ¹⁾, von 1564 an 1 Gulden zu begleichen.

¹⁾ G. 190.

Erlach erlegt am 26. Oktober 1574 für ein Jahr 5 Gulden und erhält den Grund um den gleichen Preis weiter. Hier war offenbar wertvollerer Grund dabei. Im Jahre 1582 betrug der Jahrespacht für die Herrschaft „Edlach“ bereits 8 Gulden: es sind Gründe bei Schnotzendorf dabei. Bei dieser Summe bleibt es längere Zeit.

Schwarzau hat an Weidezins einen Betrag von jährlich 3 Gulden zu bezahlen, der lange ungeändert bleibt.

Neusiedl erlegt am 2. Mai 1570 an Pacht 15 Kreuzer = 60 [⁄] 8, am 22. Februar 1575 liefert es 8 Metzen Getreide als Pacht für ein Jahr ab, da es einen besseren Grund dazu erhalten hatte.

Auch Urschendorf hat noch ein Stück Weide von Neustadt; es zahlt dafür 32 Pfennig (19. Juni 1590), und der Grund wird ihnen um den gleichen Preis weiter auf ein Jahr belassen.

Saubersdorf entrichtet für das Jahr 1569 an Pachtgeld 13 Kreuzer (= 52 [⁄] 8), wenige Jahre später wird dasselbe auf 50 Pfennig abgerundet.

Weikersdorf hat eine ganz bedeutende Strecke in Pacht, zahlt jedoch nicht mehr als 63 Pfennig jährlich. Bei einer Zahlung am 9. Juni 1592 wird gegen die Ortschaft der Vorwurf erhoben, daß die Leute 200 Joch zu Äckern umgerissen haben; das soll nicht weiter geduldet werden.

Von Breitenau haben nur die Untertanen des Teufel von Krotendorf Neustädter Grund in Pacht. Sie haben gleichfalls Teile desselben zu Äckern umgerissen, wie ihnen am 11. Februar 1570 vorgeworfen wird; hiebei sei ein förmlicher Kampf mit den Urschendorfern entstanden, die auf demselben Grunde ackern wollten. Auch zwischen Schwarzau und Neusiedl kam es einmal zu einem ähnlichen Streite. Die Schwarzauer Bauern haben auch verbotenerweise auf Neustädter Grund geackert (1563), sich jedoch mit der Stadt verglichen, so daß ihnen eine Strafe von 3 Talern auferlegt wurde. Im Jahre 1571 beackern sie neuerdings umgerissene gepachtete Stadtgründe, um Hirse auf denselben zu bauen. Da werden ihnen die Pflüge zerhackt, das Vieh weggenommen, die Leute nach Neustadt in Haft geführt. Diese müssen wohl wieder freigelassen werden; aber die Schwarzauer erhalten am 15. Juni den kaiserlichen Auftrag, sich wegen ihrer Eigenmächtigkeit mit Neustadt zu vergleichen.

Dieser Befehl wird bis zum 7. September noch einige Male wiederholt, ehe man demselben wirklich nachkommt. 1573 beschwert sich Susanne Teufel auch, daß es den Lanzenkirchnern ähnlich ergangen sei wie den Schwarzauern. 1568 beschwerten sich die Bauern von „Edlach“, daß ihnen der Teufelsche Schafhalter „Irrung“ tue. Die Beschwerde wiederholt sich im Jahre 1582 und abermals 1589. Im Jahre 1570 wird geklagt, daß die Katzelsdorfer das Vieh auf Stadtgrund treiben; 1576, daß sie sogar einen Feldhüter in dem Neustädter Burgfried haben. Ein wiederholt vorkommender Versuch ist es, den kleinen Pachtbetrag als Grunddienst auszugeben, so daß die Weide selbst als Eigentum des Pächters dargestellt wird. So wollen Lanzenkirchen und Haderswörth am 6. Mai 1567 und am 26. April 1569 ihren „Zins“ erlegen; so (Klein-)Wolkersdorf am 3. Mai 1580, so die genannten drei Dörfer am 11. Mai 1583 und wieder am 6. Mai 1586, Lanzenkirchen und Haderswörth am 14. Mai 1587, Wolkersdorf wieder 1589 und in den folgenden Jahren. Die Annahme des Geldes wird jedesmal zurückgewiesen und die Weide gekündigt oder Viehpfändung gedroht. Und so kommt die Sache in kurzem wieder in Ordnung, der Pacht geht immer wieder weiter.

Gegenüber Klein-Wolkersdorf erhob sich eine Schwierigkeit dadurch, daß einzelne Bewohner Untertanen der Neustädter Burg waren und keine Zahlung leisten wollten. Schon im Jahre 1575 machten die niederöster-

reichischen Kammerräte auf die Notwendigkeit einer Verhandlung aufmerksam. Bis Ende unseres Zeitraumes war jedoch die Sache noch immer nicht geordnet. Bemerkt sei noch, daß auch die Stadt einen nicht näher bestimmten Weidezins an die Herrschaft Forchtenstein entrichtet.¹⁾

Verkaufsstände waren namentlich auf dem Kornmarkte, zumeist um St. Niklas herum, errichtet, teils von Privaten, teils von Körperschaften, Zünften benützt, einzelne auch zu Stiftungen gehörig. Sie zinsten ebenfalls der Gemeinde.

Erwähnt seien die Verkaufsstände der Bäcker für die Brottische am Eingang in die hievon benannte Gasse. Der jährliche Zins betrug bis in das 18. Jahrhundert hinein jährlich 20 Gulden.

Die Verpachtung der Stadtküche am 25. November 1546, wegen „tadellosen Verhaltens“ des pachtenden Ehepaares auf vier Jahre, trägt jährlich 6 Pfund Pfennig.²⁾

Am 9. Jänner 1561 verpachtet die Stadt den Salzhandel auf ein Jahr und am 30. Oktober die ganze Salzkammer auf ein weiteres Jahr und am 9. Jänner 1563 abermals auf ein Jahr um je 90 Pfund Pfennig. Im Jahre 1571 pachtet Oswald Piringer laut Revers vom 1. Februar 1571 diese Salzkammer schon um jährlich 130 Gulden auf fünf Jahre. Derselbe Pachtzins ergibt sich auch noch bei der Verpachtung im Jahre 1591.

Die Ziegelstadel bei Schleinzen werden pachtweise an Hans Runtz und Josef de Klamaw überlassen. Am 10. März 1558 werden bereits Bedingungen festgesetzt: Die Pächter sollen den offenbar rückständigen Pachtzins der Stadt an das Rentamt zahlen und noch einige andere kleine Leistungen übernehmen, namentlich aber sich verpflichten, der Stadt das Tausend Ziegel zum städtischen Notgebäu um 10 Schilling zu liefern und die Bürgerschaft billig zu bedienen. Das Anbot wurde offenbar zu hart befunden, und die wirkliche Übernahme der Stadel erfolgte erst nach dem Ratsbeschlusse vom 27. April 1559, wo der Preis für das Tausend Ziegel für die Stadt mit 12 Schilling festgesetzt wurde. Mäßige Preise bei Lieferungen an die Bürger wurden wieder bedingt: gegenüber Fremden brauchen sie sich nicht daran zu halten!

Die beiden Pächter Runtz und de Klamaw haben auf Grund des Ratsbeschlusses vom 9. Jänner 1561 auch die Einhebung des Zapfenmaßes von dem Holdendorfe Peisching und von den drei anderen Holden der Stadt als Unterpacht um den Betrag von 12 Gulden übernommen, da es offenbar dem Rate zuviel Umstände machte, an diesen entlegenen Orten Maßnahmen zur Einhebung dieser Abgaben zu treffen. Die Stadt hatte eben die zwei Weinsteuern, den Ungelt, der vom Landesfürsten ausging und von diesem vorgeschrieben wurde, und das Zapfenmaß, eine Landesumlage, in Pacht genommen. Nach der großen Lücke in den amtlichen Aufzeichnungen der Gemeinde erhalten wir zuerst Nachricht über den Ungelpacht von Wiener Neustadt aus einer Zuschrift Ferdinands an die Kammer vom 30. Juli 1543, daß er den Ungelt bei dieser gefährlichen Zeit wieder auf drei Jahre an Wiener Neustadt gelassen habe. Der Pachtpreis betrug wie vorher jährlich 475 Gulden, obwohl die Stadt um Ermäßigung des Bestandgeldes angesucht hatte. Doch wurde ihr gestattet, die 75 Gulden zur Stadtbefestigung zu verwenden. Der Pachtbetrag und die letztangeführte Begünstigung wurden auch in den folgenden Verpachtungen festgehalten. Vom 1. Jänner 1562 an, wo der Pacht auf weitere fünf Jahre erstreckt wird, erscheint neben dem Ungelt noch die Freimaut, die kaiserliche Maut, als Mietpachtobjekt mit dem Bedeuten, daß der ganze Ertrag derselben nebst den 75 Gulden vom Ungelpachtzins

¹⁾ Siehe die Eingabe vom 6. Oktober 1575.

²⁾ IXJ, 12.

für das „Stadtgebäu“ benützt werden sollte; doch müsse darüber Rechnung gelegt werden. Bei diesem Pachte meldet der Rat in einem Berichte vom 5. August 1568 für ein Jahr einen Überschuß der Einnahmen über den Pachtzins: es seien im Jahre 1565 für den Ungelt 535 Gulden 3 Schilling eingegangen; dagegen 1566 und 1567 zusammen nur bei 800 Gulden. Es tritt in der Tat eine Herabsetzung des Pachtzinses ein, indem es am 10. Jänner 1570 ausdrücklich heißt, daß für den Ungelt und die Freimaut jährlich 475 Gulden zu zinsen sind, von denen 75 Gulden zum Stadtgebäu verwendet werden sollen. 400 Gulden sind an das Vizedomamt abzuführen. Der Pacht dauert drei Jahre.

Die Stadt hatte bisher dem Bischof die Zahlung des Ungelts erlassen, wollte jedoch diese Leistung jetzt wieder einführen und wandte sich deshalb an Maximilian II. Dieser richtete am 26. April 1570 ein Schreiben an den Bischof,¹⁾ das ihn zum Zahlen des Ungelts verhält, da der Ungeltbestand für Neustadt erhöht sei. Dies entsprach augenblicklich nicht den urkundlich erhärteten Tatsachen. Diesem Befehle folgte ein zweiter desselben Inhalts. Dagegen schrieb dann der Kaiser an Erzherzog Karl von Steiermark, auf die Neustädter dahin zu wirken, daß sie gegenüber dem Bischof nicht gegen den bisherigen Gebrauch tun. Erzherzog Karl richtete in diesem Sinne am 11. Dezember 1570 einen Befehl an Wiener Neustadt,²⁾ wogegen Maximilian selbst am 15. Juni 1571 dem Bischof vorhielt, daß sich Neustadt wegen des Rückstandes seines Ungelts beschwere, und ihm aufträgt, die Stadt unklaghaft zu halten — ein sonderbares Spiel!

Der Bischof zahlte seinen Ungeltanteil nicht, und die Stadt führte deswegen mit ihm Prozeß. Bei der nächsten Verpachtung war der Zins auf 700 Gulden gestiegen, wurde jedoch 1575 auf die Bitten des Rates für Ungelt und Freimaut auf 600 Gulden herabgesetzt, von denen 400 Gulden an den Burghauptmann, 200 Gulden an den Vizedom zu berichtigen kamen. Mit dem Überlassen eines Betrages an die Stadt zur Befestigung derselben war es zu Ende. Neustadt hatte dem Fürsten 3000 Gulden dargeliehen, und zwar ohne Interessen zu verlangen. Von dieser Summe, wenn dieselbe noch nicht zurückgezahlt sei, sollte allenfalls der Pachtzins in Abrechnung gebracht werden.

Der Bischof war bis zum 30. November 1586 mit 263 fl. 6 β 8 ſ für den Ungelt im Rückstand. Dessenungeachtet scheint die Stadt mit diesem Pacht kein schlechtes Geschäft gemacht zu haben. Im Jahre 1587 kamen zum Beispiel an 43 Tagen, vom 9. März an, hintereinander, wie eine Aufzeichnung besagt,³⁾ 499 fl. 5 β 17 ſ ein, im folgenden Jahre an 53 Tagen hintereinander 680 fl. 5 β 7 ſ.

Das vom Lande eingeführte Zapfenmaß stellte sich auf drei Achtering vom „Zapfen“, vom Eimer, beziehungsweise auf den entsprechenden Geldwert. Die Pachtsumme betrug für das Jahr 1559, wo wir dieselbe nach langer Pause wieder hören, 1000 Gulden. Der eingegangene Betrag machte 1170 Pfund Pfennig; die Pachtung lief auf fünf Jahre und war damals für zwei Jahre zum Hofhalte der königlichen Kinder bewilligt worden. Doch wurde die Frist für diesen Zweck verlängert und auch auf die neue Verpachtung bis 1568 ausgedehnt. Bei der neuen Übernahme dieses Pachtess am 16. April 1568 auf sechs Jahre wurde der Jahrespacht auf 900 Gulden ermäßigt. Vom Jahre 1569 an wird das doppelte Zapfenmaß beschlossen und fragen die niederösterreichischen Verordneten bei der Stadt an, ob sie auch die zweite Hälfte übernehmen wollen. In der Tat pachtet Wiener Neustadt

¹⁾ LXXXII, 4/35.

²⁾ LXXXII, 4/38.

³⁾ Aa. 118/7.

von Georgi (24. April) 1569 an das doppelte Zapfenmaß, sechs Achtering vom Eimer, auf fünf Jahre um 1800 Pfund Pfennig. Die Steuer ist jetzt für die Auslösung der verpfändeten kaiserlichen Kammergüter und für die Verminderung der kaiserlichen Schulden. Die Zusammenstellung der Einnahmen für diesen Pacht im Jahre 1570 ergibt eine Summe von 1310 Pfund 1 Schilling, wobei nur der letzte Dezemberwochenausweis fehlt. Es wird daher wiederholt um eine Verringerung des Bestandgeldes gebeten. Am 24. April 1574 wird dann der Jahrespacht für fünf weitere Jahre mit 1500 Gulden festgesetzt. Diese Summe bleibt auch bei den ferneren Verpachtungen des doppelten Zapfenmaßes an Neustadt beibehalten; und es ist wohl anzunehmen, es habe die Stadt trotz der oben erwähnten Zusammenstellung bei diesem Bestandsobjekte doch nichts draufgezahlt, sondern eher einen Gewinn zu verzeichnen gehabt.

Einige Schwierigkeiten bereitete der Einhebung des doppelten Zapfenmaßes die Widerspenstigkeit der Klöster: des Neuklosters und der Pauliner. Mit dem Neukloster war eine kurz dauernde Einigung zustande gekommen, indem ein Anbot des Abtes, das Zapfenmaß in Wein zu zahlen, mit der Bedingung angenommen wurde, daß guter Wein gegeben werde, was nicht lange gehalten wurde.

Auf Beschwerden von Neustadt von 1587 an kam dann Befehl auf Befehl an die Vorsteher des Neuklosters und der Pauliner mit der Drohung, die Sache bei Hof anzuzeigen, ohne bis zum Ende des Jahres 1592 etwas zu erreichen, so daß es zu einer Exekution kommt.

Da der Bestand von Ungelt und Zapfenmaß durch die Stadt dauernd blieb, wurde auch eine Instruktion für die Einnehmer ausgearbeitet. Sie stammt aus dem Jahre 1570, wurde am 1. Februar erlassen. Sie verlangt von dem Bediensteten große Aufmerksamkeit: Derselbe muß alle Gassen abgehen und besonders auf die Leutgebenden achten, muß bei diesen in den Keller gehen und dort gleich den schuldigen Betrag übernehmen. Wenn ein Faß zu lange läuft — nach Aussage —, muß er neuerdings untersuchen. Wer leutgebt, muß den Zeiger ausgesteckt haben; wer dies versäumt, ist anzuzeigen. Der Einnehmer muß auch darauf achten, ob nicht verbotenerweise Kräutelwein, Bier neben dem Wein ausgeschenkt wird. Es darf keine Protektion geübt werden! Bei größeren Mengen verleutgebenen Weines wird ein Teil „nachgesehen“, d. h. unbesteuert gelassen. Diese Nachsicht beginnt schon bei zwei Eimern, beträgt da einen halben Eimer und beim weiteren Steigen der Weinmenge etwa den vierten Teil. Am 28. März 1573 wird diese Instruktion erneuert und nur hinzugesetzt, daß von allfälligem Süßtrank, Kräuterwein, Bier ebenfalls das Zapfenmaß — nicht der Ungelt — einzuheben ist und daß die Gebühr am Tage nach dem Ausschenken zu entrichten ist.

Das Leutgeben trug nicht unwesentlich zur Erhöhung der Gemeindegeldumlagen bei. Im Propsthof allein wurde zum Beispiel im Jahre 1542 die Menge von 584 Urn Wein verleutgeben und dafür an Ungelt 75 fl. 2 β 16 s gezahlt. Gewöhnlich wurden an einem Tage 15 bis 20 Urn ausgeschenkt, am 17. März wurde der Höhepunkt mit einer Ausschank von 48 Urn erreicht — es war in der Woche vor dem Palmtag. Mit dem Leutgeben beschäftigten sich eigene Personen, die Leutgeben, welche sich den Bewirtenden gegen Bezahlung anboten. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts entstand auch eine Instruktion für dieselben. Diese „Leutgebordnung“ enthielt folgende Punkte:

1. Kein Leutgeb soll sich mehr Herren ansagen, als er bedienen kann.
2. Der Leutgeb muß unweigerlich seinem Herrn gewärtig sein.
3. Dem zuerst angenommenen Dienste muß er auch zuerst nachkommen.

4. Der Leutgeb darf den Dienst nicht durch andere, durch sein Weib oder durch seine Kinder versehen lassen, außer, wenn der Wirt ihm ausdrücklich hiezu das Vertrauen schenkt.

5. bis 7. sprechen von Gerechtigkeit bezüglich der Gefäße und bezüglich des Ausschenkens.

8. Für jeden Eimer hat der Leutgeb 41 Achtering zu verrechnen.

9. Ohne Wissen des Bewirtenden darf er nichts borgweise geben.

10. Das Geld ist dem Herrn am selben Tage sogleich abzuführen, auch wenn das Faß nicht ausgeschenkt ist.

11. Ein neues Faß darf nur mit Wissen des Herrn angeschlagen werden.

12. Das Faß ist zu verrechnen, auch wenn der Tag nicht zu Ende ist.

13. Vor dem Verlassen des Hauses muß er die allfällig nicht stimmende Rechnung richtigmachen;

14. Als Entlohnung bekommt der Leutgeb von jedem Ur 1 Kreuzer; überdies hat er die Kost; erhält er diese nicht, so gebühren ihm täglich 4 Kreuzer und 1 Achtering Wein.

Auf diese Instruktion wurden sechs Männer, die sich zum Leutgebdiens meldeten, in Eid genommen. Eine wenig spätere Instruktion (von 1611) setzt, was hier gleich miterwähnt sei, die Zahl der Leutgeben mit 12 fest, so daß wie bei den Zünften ein neuer erst aufgenommen werden kann, wenn einer von ihnen stirbt oder weggeht.

Die Leutgebenden hatten ihrerseits Weinrufer, welche der Bevölkerung den Ort und die Frist des Leutgebens kundgaben.

Leutgeben durften die Bürger, der Bischof, die Klöster. Ausgeschlossen von diesem Rechte waren die Inwohner, die Bewohner der Freihäuser, das Personal der Burg, wenn nicht etwa durch landesfürstliche Vermittlung einem oder dem anderen diese Gunst zuteil wurde.

Niemand durfte in zwei Kellern leutgeben, auch der Bischof und die Klöster nicht. Als der Bischof im Jahre 1555 im Propsthofstadel sein Leutgeben einrichten wollte, wurde dies nicht gestattet, da derselbe nicht bewohnt sei.

Auch der Baumeister Anton Woller, eine bedeutende Persönlichkeit, wurde am 17. August 1574 abgewiesen, als er noch in einem neugekauften Hause auf dem Kornmarkt leutgeben wollte.

Wie überall, so konnte auch hier der Landesfürst allenfalls die Ordnung zu bestimmten Zwecken ändern. So ordnen die kaiserlichen Räte und Kriegskommissäre am 21. Jänner 1531 an, daß die Weine von St. Ulrich, das bekanntlich der Stadt übergeben war, rasch veräußert, verleutgebt werden sollen, damit die St. Ulrichspropstei wieder gebaut werden könne: es möge unterdes alles andere Leutgeben innehalten!

Am 1. August 1575 setzte sich Kaiser Maximilian selbst für einen Nichtbürger ein, der in der Stadt am Leutgeben verhindert wurde.¹⁾

Von dem Ertrage des Leutgebens hören wir einmal im Jahre 1560, wo der Bürgermeister am 9. Juli bestätigt, daß für gekaufte und verleutgebte Lutenberger Weine 800 Pfund Pfennig bar eingenommen wurden.

Zu den Einnahmen der Stadt gehörte auch der Ertrag des Grundbuches, die Taxen der Gewehranschreibungen. Dem Amte standen die Grundbuchsverwalter, Grundbuchhandler vor, der Obergrundbuchhandler aus dem Rate, der Untergrundbuchhandler aus den Genannten. Sie wurden bei jeder Ratswahl gleichfalls neugewählt und traten ihr Amt nach der Bestätigung derselben an, somit zu verschiedenen Terminen. Da lesen wir „Dr. Stefan Geinberger und Sebald Werpacher Grundherrs sind angestanden Sambstag

¹⁾ LXXXII, 6/2.

nach dem Neuen Jarstag 1501¹⁾, also schon am 2. Jänner; im nächsten Jahre geschieht dies am Freitag nach purificationis, am 4. Februar. Im Jahre 1555 ist es zu Anfang März, 1579 anfangs April; im Jahre 1531 am Freitag vor Trinitatis, am 2. Juni. Bis dahin führten natürlich die Vorgänger das Amt weiter. Den Grundbuchverwaltern steht ein Grundbuchschreiber zur Seite. Die Anschreibgebühren sind verschieden; sie gehen im 16. Jahrhundert von wenigen Pfennigen bis zu 3 Pfund. Die Gemeinde selbst verkauft einmal 1503 einen „öden Fleck“, Taxe: nihil. Für eine öde Hofstatt werden 4 Pfennige als Taxe vorgeschrieben (1504). Kleine Häuser mit 10 Pfennig Taxe kommen schon öfter vor. Mit dem Werte des Besitzes nimmt natürlich die Gebühr zu. Der Betrag von 3 Pfund wird nur in ganz vereinzelt Fällen überschritten. Die Zahl der Anschreibungen beläuft sich in unserem Zeitraume durchschnittlich auf 37 Fälle im Jahre. Sie ist jedoch wieder kleinen Schwankungen unterworfen. So hat das erste Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts den Jahresdurchschnitt 39, dagegen die Zeit von 1509 bis 1514 den Durchschnitt 29 ergeben. Die höchste Ziffer bringt das Jahr 1564 mit nicht weniger als 80 Eintragungen; hievon weitabstehend sind schon die Jahre 1561 und 1563 mit je 66 Anschreibungen. Die kleinsten Zahlen der Anschreibungen liefern die Jahre 1522 mit 17, 1538 mit 18 und 1521 mit 19 Anschreibungen.

Demselben reiht sich ein Jahr mit 21 Gewehranschreibungen an: 1565. Die Gesamteinnahmen betrugen für die Taxen im Jahre 1501 bei 41 Gewehren rund 16 Pfund, wo bei einigen Gewehren kein Betrag eingeschrieben ist, ebenso 1504 bei 52 Gewehren rund 20 Pfund Pfennig. Das Jahr 1530 bringt bei 35 Gewehren über 16 Pfund, das Jahr 1550 bei 43 Gewehren 44 Pfund. Hier kommt wohl eine Hausanschreibung mit einer Gebühr von 6 Pfund in Betracht — es ist das Eckhaus Neunkirchnerstraße 9. Im Jahre 1583 betrugen die eingezahlten Gebühren von 22 Parteien 18 Pfund 2 Schilling 7 Pfennig. Diese Grundbuchgebühren bildeten jedoch nur etwa den sechsten Teil der bei einer Grundbuchhandlung zu leistenden Abgaben. Es sollte ja das ganze Amt erhalten, die Grundbuchverwalter mit einer Entschädigung bedacht, der Schreiber besoldet werden. Auch der Bürgermeister als Oberhaupt der gesamten Stadtverwaltung und der Stadtschreiber nahmen an der Remunerierung teil; und der Ratsdiener wurde nicht vergessen. So belief sich denn das Grundbuchgefall im Jahre 1583¹⁾ auf 104 Pfund 1 Schilling 18 Pfennig; und davon bekamen der Bürgermeister, der Stadtschreiber, die Grundbuchherren und der Grundbuchschreiber 45 Gulden (Pfund), der Ratsdiener 6 Schilling; es bleiben somit als Überschuß 58 fl. 3 Schilling 18 Pfennig. Darauf ergibt das Jahr 1584 freilich nur 17 Posten mit 56 Gulden 7 Schilling 24 Pfennig, wovon der Bürgermeister, die beiden Grundbuchhandler und der Stadtschreiber je 10 fl., der Grundbuchschreiber 5 Gulden, der Ratsdiener das Kleingeld bekommt, so daß nur 12 Gulden erübrigen. Im Jahre 1591 wird bei einer Eintragung von 57 Fällen, von denen zwei nicht gezählt sind, ein Eingang von 165 Pfund 1 Schilling 18 Pfennig, 1592 gar von 39 Parteien ein solcher von 222 Gulden erreicht. Diese außergewöhnlich hohen Summen machen allerdings bald einem gewaltigen Rückgange Platz.

Die nicht unter der Herrschaft der Stadt stehenden Häuser werden selbstredend auch nicht in das Gewerhbuch eingetragen.

Aus den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts ist eine Liste jener Häuser und Höfe erhalten, die nicht die Stadtlasten mittrugen. Dieselbe sei hier ganz wiederholt: 1. Des Rentmeisters Meierhof, der des Kaisers ist. 2. Eine öde Hofstatt beim „Angererturm“, des Kaisers. 3. Die Mühle beim Ungartor, zur Burg gehörig. Herrenhäuser sind: Das der Weispriach,

1) Die erste Aufzeichnung.

der Schyffer, der Harttisch samt einer öden Hofstatt daneben, das Haus der Königsberg, jenes der Treitzaurwein, der Khynberger, des von Passau ödes Haus, des Wolfenreuter öde Hofmark und Haus, des Rogendorfer Haus, das Haus des vom Dietrichstein, des Stubenberg ödes Haus an der Stadtmauer, das Haus deren von Liechtenstein, des Christoph von Puchhaim, des von Rappach, dabei aber schon die Bemerkung: „tut und gibt wie ein Bürger“, der Herrn Ungnad Haus, des Kainacher ödes Haus, des von Harmanstain Haus. Das seien 21 Herrenhäuser, darunter nur zwei, die zur Wacht und zum Torstehen mitwirken.

Die Häuser der geistlichen Herren und der Prälaten: des Bischofs von Neustadt zwei Häuser, darin er allein wohnt, wo weder Kooperatoren noch andere Leute sind; des Bischofs Meierhof, sind ebenfalls zwei Häuser gewesen; des Abtes von Neuberg, des von Lilienfeld Haus; das Neukloster, darin der Abt und wenige oder gar keine Brüder; das deutsche Haus, darin ein Priester; das Zuhaus dabei ist öd und ein Garten daraus gemacht; der Kreuzhof, sind zwei Häuser, darin zwei Kreuzherren; St. Paulskloster, darin kaum vier Brüder; St. Peterskloster, darin Nonnen, Ungarisch, St. Jakobskloster, darin allerlei, des Pfarrers von Bromberg Haus (ist durchgestrichen, dabei die Bemerkung: ist bürgerlich). Im ganzen ergeben sich 15 freie geistliche Häuser.

Schließlich werden die Benefiziatenhäuser aufgezählt; darunter haben acht Benefiziaten je ein Haus, dabei wird eines „ein verödete Stifft“ genannt, sechs Benefiziaten besitzen je zwei Häuser, ein Benefiziat ist mit drei Häusern angegeben; als Gesamtsumme dieser Häuser wird die Ziffer 24 genannt; es dürften also wieder ein paar Hofstätten inbegriffen sein. Trotz dieser Zusammenstellung steht — wohl einige Jahre später geschrieben — die Anmerkung darunter: „hat itz ain Beneficiat 6, 4, 5 Häuser, sein der pfaffen wol 5 in der Zal“ — eine etwas feindselige Feder. Und abschließend heißt es: „Summarum aller Herrn geistlichen und weltlichen Häuser und Clöster LXIII Häuser. Obbemelte Häuser seind woll so weytschächig und haben so vil platz umbfangen als die halb statt.“

Es möge hier die Bemerkung angeschlossen werden, daß im Jahre 1535 ein Benefiziat, der ein Bürgerhaus gekauft hat, einen Revers ausstellen muß, daß er im Falle der Not einen wehrhaften Mann zu stellen hat.


Ein wichtiges Objekt im Haushalte unserer Stadt war der Stadtkeller, der nach der Weinlese Hunderte von Urn beherbergte, zum größten Teile auf ungarischem Boden gewachsen. Eine Aufzeichnung vom 4. November 1562 nennt $655\frac{2}{4}$ Urn in 45 Nummern. Dabei sind:

Jörger	98	Urn
Wieser	16	„
Oggauer	$86\frac{1}{4}$	„
Nunnenwein	$22\frac{1}{4}$	„
Gutenerd	$50\frac{1}{2}$	„
Höfleiner	$43\frac{3}{4}$	„
Mattersdorfer	$89\frac{1}{4}$	„
Warther	$90\frac{1}{4}$	„
Wöllersdorfer	$87\frac{3}{4}$	„
Prunner	$23\frac{1}{4}$	„

Im Jahre 1564 sind 337, 1566 533, 1570 sind $443\frac{3}{4}$, 1581 gar 750 Urn, 1586 auch $722\frac{1}{2}$ Eimer Wein dort eingelagert worden.

Freilich wird das nicht alles verkauft, ganz ansehnliche Mengen gehen als „Verehrweine“ weg, die eben maßgebende Persönlichkeiten für die Stadt

und ihre Wünsche teils im allgemeinen, teils für bestimmte Fälle geneigt stimmen sollten.

Der Grunddienst bildete eine verhältnismäßig geringe Einnahmequelle. Die kleinen Bürgerhäuser dienten nur 3 Pfennige — es gibt sogar ein Häuschen mit 1 Pfennig Dienst, ein paar mit 2  —, und über 20 Pfennig geht die Taxe auch in unserem Zeitraume noch selten hinaus: einige Behausungen zahlen 24 Pfennig jährlich. Nun kommen noch die Freihäuser in Betracht, die trotz ihrer Größe gar keinen Dienst entrichten, gar keine Last tragen! Und wenn man den jährlichen Grunddienst an die Stadt in jener Zeit mit 16 Gulden ansetzt, wird es nicht zu niedrig sein. Doch geben sich auch bereits Erscheinungen für den Abbau der Freihäuser kund. Es erwerben Adelspersonen, Ritterliche, wenn auch vereinzelt, Häuser, aber solche, die bürgerlich angevogtet sind: So Christoph von Flednitz am 28. April 1514 ein Haus im Frauenviertel, ein gegenüber dem Neubad gelegenes Haus, das er wegen Schulden übernehmen muß; ebenso Ulrich von Flednitz am 9. September 1517 ein Haus im Deutschherrenviertel. Ferner:

Ritter Leonhard von Harrach hat am 22. September 1526 ein Eckhaus in der Rosengasse, Dietrich von Hartisch wird am 27. Juni 1526 an ein Haus im Dreifaltigkeitsviertel, Georg von Wolfenreuth am 23. April 1529 an ein von Weikhart von Flednitz gekauftes Haus im Frauenviertel angeschrieben; derselbe hat auch im Jahre 1530 ein Haus mit Hofmark in der Neunkirchnerstraße, das baufällig war, von den Brüdern Wolfgang und Franz von Stubenberg in ihrem und ihres Veters Ambros Namen geschenkt erhalten; dasselbe war ein Herrenhaus, Freihaus gewesen, wurde aber jetzt als bürgerlich am 6. Dezember 1531 in das Gewehrbuch eingetragen. Erasmus von Königsberg erbt ein Haus in der Neunkirchnerstraße von seinem Vater Hans (1518). Das Haus wird dann weiter von dessen Söhnen Pantaleon und Ehrenreich an ihren Vetter Wolf von Königsberg zu Sebenstein verkauft (am 29. September 1558).¹⁾ Otto von Liechtenstein kauft einen Meierhof im Brüderviertel (1549). Wilhelm von Rottal zu Feistritz und seine Frau Eva erwerben ein Eckhaus im Deutschherrenviertel in der inneren Ungargasse (1561).²⁾ Hans von Hohenkirchen erbt das Eckhaus gegenüber dem Rathause in der Neunkirchnerstraße (1558). Hieronymus Wurmbrandt zu Stuppach erbt ein Haus im Frauenviertel hinter der Pfarrkirche von seiner Schwester Ursula, Witwe nach Kaspar Innbrucker (1577): alle werden als bürgerlich eingetragen.

Ein einziger Fall macht eine Ausnahme. Das zur St. Ulrichspropstei gehörige Haus in der Herzog Leopold-Straße, das an Wolfgang Thonrädل verkauft wurde, um Geld zum Wiederaufbau der Propstei zu gewinnen, soll nach dem Berichte des Rates vom 25. Oktober 1531 wie „ein anderes Adelshaus behandelt werden“. Es steht auch nicht im Gewehrbuch.

Anderseits wurde manchen neu in die Stadt Aufgenommenen die Möglichkeit eröffnet, das Bürgerrecht zu erlangen, wodurch die Stadt ebenfalls in den Genuß des Grunddienstes gelangte. So den Bewohnern jener Häuslein, die nach dem ersten Türkenzuge mit Erlaubnis des Landesfürsten im Schlegelgarten für ehemalige Vorstädter erbaut wurden, deren Behausung verwüstet worden war. Die Kammerräte wiesen am 3. März 1539 den Rentmeister Martin Neisser an, diese Leute in das Grundbuch des Rentmeisteramtes einzutragen und auf jedes derselben einen Grunddienst bis zu 8 Pfennig zu schlagen. In einer Eingabe vom 17. März wies der Rat auf das Gewehrbuch der Stadt hin und erreichte tatsächlich die Anschreibung.

¹⁾ Gewehranschreibung am 9. Juli.

²⁾ Oo. 25a.

Von dem Abfahrtgelde, einer überhaupt nur ganz geringfügigen Einnahme, die aus der Zahlung für das aus Neustadt durch Erbschaft oder auf sonstige Weise abwandernde Vermögen erwuchs, geschieht in unserer Periode gar keine Erwähnung.

Es seien hier kurz einige Punkte aus dem Testament des Marx Treitzaurwein vom 25. August 1525 eingeschoben, des kaiserlichen Kanzlers und Pflegers zum Stüxenstein, da wir diese bedeutende Persönlichkeit durch dieselben als einen sehr reichen Realbesitzer kennen lernen, der auch in unserer Stadt mehrfach begütert war. Er vermacht fast alles seiner Frau Barbara; unmittelbare Wohltätigkeitsakte enthält das Testament nicht. Er übergibt das Dorf Hagenbrunn nördlich von der Donau hinter Stammersdorf samt Hof und Holden, das Dorf Königsbrunn (hinter Stockerau), sein Haus und die Mühle (Kanzelmühle) in Wiener Neustadt, das Schloß Stüxenstein, das er als Pfand für eine Forderung von 1000 Gulden innehat, ein Haus zu Wien, ein Zuhäusel dortselbst, einen Garten mit Häusel und Stadel in Wien in der Heiligengeistvorstadt, eine Mühle zu Hietzing, fünf Weingärten um Wien, alle sonstigen Weingärten, ferner eine „Taposerei“.

Schließlich wollen wir uns nochmals des Dörfchens Peisching erinnern, das sich in Ober- und Unterpeisching trennte. Am 5. Juni 1529, im Türkenjahre, werden die an die Stadt fallenden Einnahmen aufgezeichnet. Dieselben betragen von behaustem Gut 3 Pfund 2 β 21 ℥ Überlandgeld, für Grundstücke außerhalb des Dorf- und Stadtgebietes und für die Bebauung derselben 2 ℥ 6 ℥ . Zum St. Michelstag 46 Hühner. Für die an die Bewohner verpachteten Wiesen und Äcker 7 ℥ 3 β 29 ℥ . Abgabe von Korn 16 Metzen, Hafer 16 Metzen, dazu kommen Dienste: ins Spital 1 β 25 ℥ (ferner an einen Privaten 24 ℥ und an den Pfarrer in Prükles 3 β).

Im Jahre 1540 (am 24. Juni) werden die Holden zu Peisching „beschrieben“. Es sind deren 17, die zusammen 10 ℥ 1 β 10 ℥ , 45 Hühner und 27 $\frac{1}{2}$ Metzen Getreide an Neustadt abzuliefern haben. Wir sehen, daß sich die Verhältnisse etwas geändert haben.

Und wieder zwei Jahre später läßt der Rat eine Schätzung des Besitzes der Peischinger vornehmen. Es werden die Holden, deren Äcker, Wiesen und Weingärten sowie auch der Viehstand verzeichnet. Nun sind es 24 Holden, deren Habe im ganzen auf 593 Pfund Pfennig geschätzt wird. 20 Holden sind der Stadt mit der ermäßigten Gebühr von 7 Pfund 4 Schilling 7 Pfennig dienstbar. Die weiteren vier Parteien dienen einem Benefiziaten hier 2 ℥ 2 β 12 ℥ . Alle zusammen haben an Vieh 3 Stiere, 19 Ochsen, 45 Kühe, 2 Kälber, 30 Schafe und 17 Pferde — ein immerhin nennenswerter Stand. Das Dorf hebt sich entschieden. Im Jahre 1569 werden am 27. Februar in Oberpeisching 21 Parteien mit 57 Personen, in Unterpeisching 11 Parteien mit 35 Leuten gezählt. Im Jahre 1580 entrichtet Peisching an die Stadt 6 Gulden als Zapfenmaß und erhält dagegen ein „Wiesfleckel“ ohne Verzinsung zur Benützung. Die der Stadt gehörige Mühle wird im Jahre 1575 um 20 Gulden jährlich verpachtet. Das Dorf hatte seinen eigenen Richter und seine Geschwornen, zählte 80 Personen, die über zehn Jahre alt waren.¹⁾

Die zwei Holdenfamilien von Leobersdorf sind im Jahre 1569 sechs, die Holdenpartei in Kötlach zwei Köpfe stark.

Über die Gesamtgebarung der Stadt erhalten wir noch keinen erschöpfenden Aufschluß. Doch ist eine Abrechnung des Kämmerers Martin Humbler an die Raithändler vom 10. November 1553, also schon gegen den Jahres-schluß, erhalten.²⁾

¹⁾ Cc. 184/2.

²⁾ Siehe unten.

Nach derselben beliefen sich die Einnahmen

für die Maut auf	1010 ₰	6 β	26 ᵛ
vom Ungelt auf	918 „	4 „	4 „
an Zinsen	47 „	4 „	— „
Von der Gemeinde			
gingen ein	1410 „	— „	13 „
Für den Verkauf des			
Stocksalzes	33 „	— „	— „
insgesamt	3419 ₰	7 β	13 ᵛ
dem gegenüberstehen an			
Ausgaben	3254 „	3 „	28 „
Überschuß	165 ₰	3 β	15 ᵛ

der noch zu verrechnen ist.

Wenn wir auch die noch ausständige Frist in Betracht ziehen, können wir doch sagen, daß die Stadt im Ordinarium in der Mitte des 16. Jahrhunderts nicht ganz 4000 Pfund Pfennig einnahm und zu ihren fortlaufenden Ausgaben damit das Auslangen fand. Freilich sind damit die außergewöhnlichen Auslagen, neue Befestigungsarbeiten, Steueranschlüsse für die Kriegskosten nicht gedeckt. Traten dann der Landesfürst oder die Landschaft an die Stadt heran, oder erkannte diese selbst endlich die Notwendigkeit einer solchen Auslage, so suchte man zunächst gewöhnlich um Befreiung an, wie wir wissen; und wenn diese nicht zu erreichen und ein Hinausschieben der Zahlung nicht mehr möglich war, so wurde ein „Anschlag“ auf die Bürger, manchmal nur auf die reichen Bürger gemacht, und man brachte ganz erkleckliche Summen auf. Für eine neue „Hilfe“ wurden zum Beispiel im Jahre 1584 bei wöchentlichen Einzahlungen mehr als 1500 Pfund Pfennig aufgebracht.¹⁾

Es erweist sich die Stadtverwaltung als wenig voraussehend, nicht an die weitere Zukunft denkend. Auch sonst gibt es manches zu bemängeln. Und so sehen wir denn, daß die Stadt oft Geld aufnehmen, Schulden machen muß. Namentlich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ist kaum ein Jahr ohne Schuldschein der Stadt. Wir zählen von 1560 bis 1590 mehr als 70 Schuldbriefe der Gemeinde. Die Jahre 1573 mit fünf, 1576 gar mit sechs, 1580 wieder mit fünf Schuldscheinen der Stadt treten besonders hervor. Als Gläubiger der Stadt haben wir zumeist einheimische Bürger und Gerhaben von Unmündigen zu nennen. Doch stellen auch die Auswärtigen ihr Kontingent: ein Bürger von Baden, einer von Eisenstadt, ein Wirt von Spital am Semmering, Bürger und Bürgersfrauen aus Wien. Auch Professoren der Wiener Universität, Elias Corvinus, Caspar Pierpach, begegnen wir in der Gläubigerschar. Von den Herrschaften um Wiener Neustadt beteiligen sich auch einige, Wiener Neustadt aus der Not zu helfen: Franz Vicin auf Merkenstein und Pfannberg (1580) mit 2000 Gulden, Ulrich von Scharfenberg auf Pottendorf (1560) mit 388 Pfund Pfennig für gekauften Wein, Balthasar Christoph Tonrädl zu Ternberg mit 700 und 300 Gulden (1572), Friedrich von Sinzendorf auf Aichbüchel (1580) für gekaufte Gründe mit 800 Gulden. Wiederholt erscheinen die Urschenpeck zu Pottschach als Geldgeber für Neustadt: Christoph Urschenpeck (1580) mit 2000, dann (1582) mit 1000 Gulden, dann dessen Sohn Georg Bernhard (1587) mit 4000, weiter (1590) mit 2000 und (1593) mit 1000 Gulden. Hier sind die größten Darlehenssummen enthalten. Von den in Neustadt wohnenden Gläubigern sind zumeist kleinere, ja auch sehr kleine Beträge geborgt worden. Ein Soldat

¹⁾ U. 6/1 ff.

aus München leiht zum Beispiel der Stadt 29 Gulden. Bei den Darlehen von Gerhabten Unmündiger, die etwa das Drittel der gesamten Gläubiger ausmachen, scheint es sich hauptsächlich um eine sichere Anlage des Geldes gehandelt zu haben, für das sie verantwortlich sind. Die betreffenden Schuldscheine melden dann häufig, rückzahlbar nach Begehren, rückzahlbar sobald die Notdurft dafür eintritt u. dergl. Die zu raschem Bedürfnis, in plötzlicher Verlegenheit aufgenommenen Kapitalien enthalten wiederholt die Bemerkung: rückzahlbar „beim nächsten Steuereingang“, oder „mit dem allernächsten Stadtgefall“; ein aufgenommenes Geld soll zu Weihnachten rückbezahlt werden. Zum größten Teil sind diese Darlehen kurzfristig; nur einige laufen auf zwei Jahre, zwei auf drei Jahre; ein Betrag von 2000 Gulden von Frau Schwendi, geborene Teufel, vom 29. November 1586, lautet auf sechs Jahre. Ein paar Schuldbeträge — es sind kleine — sollen stehen bleiben, solange die Gemeinde das Geld braucht. — Es sei noch auf etwas hingewiesen: Die von Neustädter und von fremden Bürgern, außer den Wienern, entliehenen Beträge sind gewöhnlich mit 5% zu verzinsen. Dagegen fordern Wiener, auch ein Universitätsprofessor, die Urschenpeck, auch die in Neustadt wohnenden kaiserlichen oder landschaftlichen Bediensteten 7%, zwei Wiener Bürger sogar 8%. Der Rat macht die Bürgerschaft wiederholt auf die Schuldenlast der Stadt aufmerksam. Zu Ende unseres Zeitraumes ist in dieser Beziehung eine Änderung eingetreten. Nach dem Jahre 1593 folgt eine lange Pause ohne irgendeinen Schuldbrief der Stadtgemeinde.

Die Schwäche der Stadt zeigt sich auch in der Bevölkerungsbewegung. In einem Erlasse der Regierung vom 31. Jänner 1535 wird geradezu angeregt, Neustadt aufzuhelfen, da dessen Bewohnerzahl abnehme; im Jahre 1541 werden 300 hausgesessene Bürger gezählt — allerdings wohl nach unten abgerundet.

Gegen das Ende unseres Zeitraumes um 1570, erfahren wir aus einer Aufzeichnung betreffs des Hausguldens die Anzahl der Häuser in Neustadt außer denjenigen, die eben abgabenfrei sind, wie die geistlichen Häuser, die landesfürstlichen und die freien Häuser. Da werden 370 Häuser aufgezählt, die sich auf die einzelnen Stadtbezirke in folgender Weise verteilen: Auf das Dreifaltigkeitsviertel, wo die Burg, die meisten Freihäuser, das Neukloster einflußnehmend hervortreten, 46 Häuser; auf das Deutschherrenviertel 88 Häuser, auf das Frauenviertel 84 Häuser, auf das Minoritenviertel mit seinen kleinen bürgerlichen Wohnstätten 129 Häuser, auf die Vorstadt nur 23 Häuser, wobei drei Mühlen inbegriffen sind. Wir sehen, was die Türkengefahr angerichtet hat.

Hier ist es am Orte, auch der Judenfrage zu gedenken. Es ist nicht viel über dieselbe zu sagen.

In den ersten Jahren des 16. Jahrhunderts begegnet uns noch die Abwanderung der vertriebenen Juden, — man konnte nicht durchaus drakonisch vorgehen — insbesondere die Lösung von Schuldverhältnissen, und es finden sich noch letzte Nachrichten: der Hirsch Jud, jetzt in Eisenstadt, quittiert dem Wolfgang von Stubenberg über 80 Gulden als Abschlag seiner Schuld (23. Februar 1502), ebenso der Hierssel Jud dem Friedrich von Stubenberg über eine Rückzahlung (1. September 1502). Noch am 21. Mai 1504 quittieren Ysserl von Eisenstadt, Hirschl von Güns, die Söhne des Schalom Hirschl von Neustadt über zurückgezahlte Schulden, und am 25. Mai 1506 übergibt Hirschl Jud, ein Enkel des Schalom von Neustadt, geerbte Schuldbriefe von Jörg von Pottendorf, Jörg von Losenstein u. a. Wir sehen, wie arg der Adel in den Händen der Juden war. Wir hören aus dem Jahre 1503, daß der Hauptmann von Neustadt, Ladislaus Prager, den Judenfriedhof, den der Kaiser der Stadt überlassen hatte, für sich umzäunte.

Nun war den Juden der Aufenthalt in Wiener Neustadt verboten, mit seltenen Ausnahmen. Dieses Verbot wurde am 26. Juni 1543 durch einen Ratsbeschluß erneuert, in welchem es heißt: Kein Jude soll hier übernachten. Wenn er etwas kaufen will, soll er von einem Soldaten hereinbegleitet werden und gleich wieder die Stadt verlassen. Aber schon erkennen wir, daß es Ausnahmen gibt. Der Beschluß setzt nämlich fort: „Die Jüdin Müschlein soll auch nicht mehr mit stäter Wohnung hier sein. Wenn ein Bürger ihrer begehrt, soll sie mit Wissen des Bürgermeisters eingelassen werden.“ Und schon im nächsten Jahre erfahren wir in dieser Beziehung wieder mehr.

Am 20. April 1544 wird nämlich ein neuer Beschluß gefaßt. Da trotz des Verbotes Juden in Neustadt bleiben und auf Pfänder leihen, wird bei Strafe befohlen, daß kein Jude länger in der Stadt als über die Nacht bleiben darf, außer bei besonderer Notdurft, was dann dem Bürgermeister mitgeteilt werden muß. Am 16. Dezember 1545 wird dieser Beschluß wiederholt, ein Zeichen, daß demselben nicht nachgelebt wurde. Und am 6. April 1546 heißt es wieder im Ratsbeschlusse: Der Jüdin (Müschlein) wird auferlegt, daß sie, wie ihr vor zwei Jahren aufgetragen, mit ihren Arzneien wegziehen, kein Zimmer halten soll. Sie soll nicht länger da sein, als sie jemand begehrt. Im Jahre 1550 kommt ein Befehl vom 7. Jänner, Erkundigungen über die Juden einzuziehen; und am 21. Februar beschließt der Rat, daß die Jüdin aus der Stadt geschafft werde, und zwar auf Anlangen der „Doctores“! Wer ihrer Hilfe bedürfe, werde sie in Eisenstadt zu finden wissen! Hier haben wir offenbar noch die Müschlein vor uns und können annehmen, daß sie mit ihren Hausmitteln gegen Krankheiten förmlich unentbehrlich geworden war, können weiter schließen, wie die Anordnungen des Rates beobachtet wurden.

Im 16. Jahrhundert wurde für den Eintritt eines Juden in die Stadt eine Maut eingehoben, die also die Juden unter die mautpflichtigen Gegenstände einreichte. Ihr Ertrag wurde dem Bürgermeister überlassen.

Daß die Burg eine Sonderstellung einnahm, ist naheliegend und wurde schon angedeutet. Da dieselbe und ihre Bewohner nicht der Jurisdiktion der Stadt unterstanden, waren sie von manchen Genüssen der Bürger ausgeschlossen, wie von freier Weineinfuhr, vom Leutgeben u. dergl. Allerdings haben sie über Ansuchen und durch Vermittlung, sogar des Landesfürsten selbst, wieder manches zu erlangen gewußt. Der Rat selbst gestattet am 11. Dezember 1550 dem Tiergärtner, seinen Wein hereinzuführen, weil dieser Schulden damit zahlen will¹⁾. Die Verweigerung eines Weinpaßzettels an den Burgzimmerwärter wird zum Beispiel durch einen Erlaß Rudolfs II. vom 9. April 1587 rückgängig gemacht. — Am 12. August 1569 bedeuten sogar die niederösterreichischen Kammerräte dem Rate von Neustadt, dem Rentmeister 20 Mäher für das Heumähen im Tiergarten beizustellen.

Wiener Neustadt war keine faktische Residenz mehr; allein der Charakter eines Residenzschlusses blieb noch eine Zeitlang aufrechterhalten, die Hofwürden werden weitergeführt.

So hören wir im Anfang des 16. Jahrhunderts nennen: 1511 Sigmund von Liechtenstein als kaiserlichen Stallmeister, 1515 Sigmund von Dietrichstein als kaiserlichen Silberkämmerer, Vinzenz Rockner als kaiserlichen Sekretär. Und hie und da kamen doch noch Mitglieder des Hauses Habsburg nach Neustadt. Im Jahre 1541 weilte Erzherzog Ferdinand mit seiner Gemahlin einen großen Teil des Jahres in Neustadt; er ist schon am

¹⁾ F. 103/2.

15. Jänner und noch am 27. August hier bezeugt. Es wird ihm hier auch eine Tochter geboren.

Zu Anfang September 1573 erlebte die Burg hier ein seltsames Ereignis: Am 4. September schreibt der Senior des Georgsordens Petrus Rudbartus dem Bischof von Gurk, daß Kaiser Maximilian ausgegraben wurde — man wollte wohl die Gewißheit der angezweifelte Tatsache gewinnen, daß Maximilian wirklich in Neustadt bestattet sei —, daß er noch in der Kirche stehe, in einer hölzernen Truhe, ganz in Kalk eingemacht, mit gelbem Atlas bekleidet, darüber das Georgsordenskreuz.

Im Jahre 1590 empfing die Burg wieder einen erzherzoglichen Besuch: Am 7. April heißt es in der Ratssitzung, daß am nächsten Sonntag nach Ostern (29. April) Erzherzog Karl von Steiermark mit Gemahlin und Gefolge hier eintreffen werden. Die Bürger werden aufgefordert, in Paradeausrüstung zum Empfang zu erscheinen.

Insbesondere wurde Neustadt wiederholt der Zufluchtsort für das Herrscherhaus zu Zeiten einer Infektion. Auf die Ankunft wurde selbstverständlich jedesmal aufmerksam gemacht; am 26. Juni 1574 trägt Erzherzog Karl von Steiermark den Neustädtern auf, Rosse bereit zu halten, sich mit Lebensmitteln vorzusehen, damit der Hof und sein Gesinde entsprechend „traktiert“ werden können.

Auch bei bloßen Durchreisen fürstlicher Personen werden Vorkehrungen gefordert; so am 24. Februar 1556, da die alte Königin von Polen durchreisen werde. — Daß bei dem Tode jedes Herrschers Trauerfeierlichkeiten angeordnet werden, ist selbstredend.

Am 15. Mai 1556 wird von Ferdinand I. verlangt, daß von Neustadt 14 Schneider zur Notdurft seines Sohnes Maximilian und der Gemahlin desselben nach Wien geschickt werden.

Am 12. Juli 1572 ergeht die Weisung an Wiener Neustadt, 50 Personen aufs beste auszurüsten, um den Zug Kaiser Rudolfs II. zur Krönung zum König von Ungarn zu begleiten, so wie dies auch von anderen Städten geschehe. Krems sende sogar 70, Klosterneuburg 50 Teilnehmer, so daß Neustadt besonders berücksichtigt sei. Der ganze Zug soll 800 Mann betragen. Diese Mannen haben am 19. August in Mödling einzutreffen, wo am 20. August eine Musterung aller vorgenommen werde. — Zu Ende März des Jahres 1594 haben 48 Neustädter Bürger auf eine Zuschrift des Erzherzogs Matthias zusammen freiwillig 227 Gulden zu der Hoffahne von dessen Leibgarde beigesteuert. (Drei Bürger und die Ausländer haben sich noch nicht erklärt.)

Wir sehen hier wohl die Gesinnung der Allzeit Getreuen sich aussprechen; doch ist nicht zu leugnen, daß die Hoffnung auf ein Entgelt, auf eine Begünstigung bei den fortwährend neu sich erzeugenden Abgaben und Lasten viel zu dem Vorgehen der Bürger und der Stadt beigetragen hat.

Eine wesentlich andere Art der Berührung Neustadts mit dem Hofe beginnt im Jahre 1576. Die Stadt hatte dem Kaiser Maximilian II. 3000 Gulden zu 7% dargeliehen und wurde wegen der Rückzahlung auf die Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt verwiesen. Allein diese Rückzahlung erwies sich als schwierig. Wohl gab Erzherzog Ernst am 2. August 1580 Auftrag, die Summe sofort zu bezahlen, da Neustadt darum gebeten habe. Dies geschah jedoch nicht. Im Gegenteile borgte Neustadt dem Kaiser Rudolf II. neuerlich 2000 Gulden, ohne Interessen, welches Kapital samt den früheren 3000 Gulden, nach drei Jahren rückzahlbar, wieder auf dieselben Herrschaften verwiesen wurde. Am 5. September 1585 erklären die niederösterreichischen Verordneten, daß das Land diese 5000 Gulden und andere auf Forchtenstein und Eisenstadt angewiesene kaiserliche Schulden übernommen habe. Der Schriftwechsel darüber dauert noch jahrelang fort. Es ergab sich die allmähliche Ausgleichung im Zapfenmaßpacht.

Unserer Stadt wurde auch die Aufgabe zugeteilt, Regierungserlässe, Anordnungen für das Land in der Umgebung der Stadt bekanntzumachen, was durch Boten geschehen mußte. Ein Verzeichnis der bezüglichen Namen ist aus dem Jahre 1577 erhalten. Es umfaßt die Ortschaften nördlich bis Solenau und Ebenfurth, östlich bis an die ungarische Grenze, südlich bis Pitten und Neunkirchen, westlich bis Gerasdorf und Weikersdorf einschließlich. Manchmal geht es noch weiter.¹⁾

Noch interessanter und wichtiger ist folgende Tatsache: Zum Anlehen von 5000 Gulden im Jahre 1567 haben zahlreiche Ortschaften und Ämter die Bewilligung erhalten, beim Rate von Wiener Neustadt einzuzahlen. Es sind deren 49 mit zusammen 1876 Parteien, die 2808 Pfund Pfennig hier entrichtet haben. Nämlich:

	Parteien	Pfund Pfennig
von Alland	57	136
von Altenmarkt	30	65
vom Amte Arnstein	35	63
vom Bergamt	13	14
vom Amte Dreystetten	32	35
vom Amte Dranburg (zu Gutenstein gehörig)	40	31
von Furth	30	18
von Gützesdorf	40	51·30
vom Amte Grub und Preinsfeld (zu Heiligenkreuz gehörig)	14	40
vom Amte und Markt Gutenstein	74	40
von Höldus	27	15
vom Amte Hernstein, Ober- und Unter-Aigen und Alkersdorf	28	18
vom Markt Kaumberg und den zugehörigen Ämtern	142	227
von Kottlingbrunn	37	28
von Lindabrunn	30	30
von Matzendorf	34	20
von Meiersdorf	28	32
vom Amte Mukhendorf	43	25
von Münggendorf	62	206
von Muthmannsdorf	34	40
vom Amte in der Nessta	38	60
vom Amte Neusiedl und Vamesfeld	45	33
vom Amte Peisching und Hammer, Waldegg	32	52
vom Amte Oberbuesting	12	12
von Oberwaltersdorf	77	334
vom Amte Pernitz	37	48
von Piesting	42	73
von Pottenstein	33	24
vom Amte Rohr	53	20
von Tattendorf	39	97

¹⁾ Nach einer Aufzeichnung vom 30. März 1568 hat Neustadt einen Erlaß wegen Haftung der Kriegsanleihe kundgemacht an: „Eggendorf, Zillingdorf, Schönauf, Ginselsdorf, Pottendorf, Oberwaltersdorf, Trumau, Münchendorf, Teesdorf, Kottlingbrunn, Lindabrunn, Matzendorf, Hölles, Steinabrückl, Wöllersdorf, Fischau, Meiersdorf, Willendorf, Muthmannsdorf, Drostetten, Piesting, Prunn, Peisching, Hammer, Waldegg, Pernitz, Wopfing, Muckendorf, Scheuchenstein, Schwarzauf, Neusiedl, Grillenberg, Waidmannsfeld, Hernstein, Ober- und Unter-Aigen, Alkersdorf, Arnstein, Siegenfeld, Dornbach, Grub, Preinsfeld, Pottenstein, Altenmarkt, Kaumberg Ort und Herrschaft, Alland, Rohr, Farchenfeld, Tumersberg, Nesla, Statz, Reith“ . . . (die Aufzählung ist nicht abgeschlossen.)

	Parteien	Pfund Pfennig
von Temesperg	29	42
von Teesdorf	31	62
vom Amte Tornbach	13	15
von Trumau	66	170
von Salhenau	27	32
vom Amte Scheihenstein	29	29
von Schönau	25	13
vom Amte Schwartza (zu Gutenstein gehörig) .	85	40
von Siegenfeld	10	27
von Steinabrückl	13	6
vom Amte Statz und Reith	31	43
von Untereggendorf	24	38
vom Amte Vischau	54	88
vom Amte Weissenbach (dem Inprugger gehörig)	28	24
vom Amte Wöllersdorf (zu Starhemberg gehörig)	31	40
von Wöllersdorf	55	93
vom Amte Wopfing	21	18
von Dorf Zillendorf	66	141
	1876	2808·30

Das Darlehen, um dies hier anzumerken, soll dem Kaiser vier Jahre lang ohne Interesse gegeben werden. Als Tag der Erlegung war der 11. November bestimmt.

Die Erwerbsquellen.

Zu den Erwerbsquellen der Bevölkerung unserer Stadt übergehend, beginnen wir wieder mit der Gewinnung der Bodenerzeugnisse.

Den fruchtbarsten Teil des Stadtgebietes bildet die Ostseite gegen die Leitha zu, wie wir wissen. Hier ist auch der eigentliche Getreideboden. Im Jahre 1549 hören wir noch einmal vom Safran in der Stadt, indem der Rat am 28. März beschließt, dem Stadtschreiber einen Fleck vor dem Neunkirchnertor zum Safranbau zu überlassen. Des Hirsebaues wird öfter gedacht. In der Stadt und Vorstadt selbst, vorzüglich in der nördlichen Hälfte derselben gab es Krautgärten; auf der Westseite in der Mulde zwischen den Endmoränen der beiden Gletscher lag ein Komplex von Wiesen, „saure Wiesen“; anderen Orts waren noch einige zerstreut, wie aus einem Tausche hervorgeht: Christoph Teufl von Krotendorf vertauschte nämlich seine Wiese vor dem Wienerter von 32 Tagwerk mit 8 kr.-Dienst nach Pitten mit einer anderen an der Krotendorfer Au gegen die Leitha von 16 Tagwerk, ebenfalls mit 8 kr. nach Pitten dienstbar, die Eigentum des Margarethen-Benefiziums gewesen war. — Weidegründe finden wir besonders am Saume des Burgfrieds, sie gehörten der Stadt selbst.

Die Äcker der Stadt wurden bekanntlich von Zeit zu Zeit unter Bürger verteilt; eine solche Verteilung erfolgte im August 1582. Es wurden hiezu zwei Ratsherren bestimmt und aus jedem Viertel drei Bürger zugewählt. Bei der ersten Zusammenkunft dieser Kommission meldet der Bürger Johann Preuer einen Protest gegen die Bürgerwahl an, die nur von den Viertelmeistern vorgenommen worden sei. Es wurde zu einer neuen Wahl geschritten, die indes nur die Änderung einer Person ergab. Am 21. August kam die neue Kommission im Hause des Richters zusammen, und da haben die Genannten und die Gemeinde die Ratsherren überschrien, Kaufurkunden für nichtig erklärt und dem Rate das Recht abgesprochen, ohne die Gemeinde die Äcker zu verteilen. Sie setzten weiter durch, daß die Äcker in gute, mittlere und schlechte unterschieden wurden, daß ferner der Bürger mit größerem Grundbesitz mehr, der mit kleinerem Grundbesitz weniger Grund zugeteilt bekomme, und bildeten Stufen von acht bis zwei Joch, wobei auch die Qualität der Äcker berücksichtigt wurde: wer mit acht beteilt wurde, erhielt drei gute, drei mittlere, zwei schlechte Äcker usf. Der Stadtrichter sollte für seine Mühe vier Joch, die Ratsfreunde je zwei Joch, die Viertelmeister je ein Joch als Amtsanteil erhalten. Über die Reihenfolge der Stadtviertel wurde gelost. Dies ergab die Ordnung: Dreifaltigkeitsviertel, Deutschherrenviertel, Minoritenviertel, Frauenviertel. Bei der Verteilung an den Äckern selbst waren auch noch mancherlei Ungebührlichkeiten zu verzeichnen. Ein Bürger wollte absolut den ihm von früher her zugeteilten Acker nicht herausgeben.¹⁾ Auch am 30. August, wo die Verteilung fortgesetzt wurde, kam es wieder zu Ungebührlichkeiten, so daß der Richter wegfuhr, da er sogar Tätlichkeiten ausgesetzt war. In großer Aufregung wurde die Zuteilung beendet; und am 28. Oktober 1588 wird in der Ratssitzung gesprochen: Nachdem vor etlichen Jahren die Gemeindeäcker an die Bürgerschaft ausgeteilt wurden, ergaben sich jetzt viele Irrungen, so daß viele ihre Äcker nicht wissen. — Eine Erläuterung ist nicht nötig.

¹⁾ Er äußerte, jeden niederschlagen, der in seinen Acker fahre.

Mit der Landwirtschaft verbindet sich von selbst und naturgemäß die Viehzucht, die, wenn sie nicht stark hervortritt, auch wenig von sich hören läßt. Am ersten Platze steht die Schafzucht, zu welcher die ausgedehnten Weiden einladen. Einer der größten Schafzüchter der Stadt war das Neukloster. Allmählich wurde die Zahl der Schafe zum Gegenstande des Streites. Doch ging unsere Periode ohne scharfe Reibungen vorüber.

Wie im Mittelalter besaßen die Neustädter Weingärten auf allen Seiten. Die Ostabhänge des Wienerwaldes, des Wandgebietes, insbesondere aber das westliche Ungarn bereiteten noch immer den Bewohnern unserer Stadt den edlen Rebensaft. Und wie in früherer Zeit war auch jetzt noch der Kauf von Weingärten gar nicht gern gesehen und mit Schwierigkeiten verbunden. Stadt und Land waren eben mit Weingärten überreichlich versehen, übersättigt; und am 12. April 1526 erschien für Wien und Umgebung, am 16. November 1527 für das ganze Land Niederösterreich ein Edikt, welches die Verwandlung von Äckern in Weingärten untersagt. Am 29. Jänner 1565 wurde dieses Verbot erneut. Am 25. September 1575 erließ wieder ein Befehl, die Bergordnung streng zu halten: Ledige Hauer, unangesessene Personen bringen Weingärten an sich, und sind von allen Lasten frei. Auch die Neustädter konnten Weingärten namentlich in Ungarn nur mit Bewilligung des Bürgermeisters kaufen. Und so stoßen wir auch während unserer ganzen Periode auf keinen Weingartenkauf durch einen Neustädter Privaten. Nur ein Tausch findet statt zwischen einem Wiener Bürger und dem hiesigen Bürgerspital, das am 9. April 1566 von jenem drei Weingärten zu Rust gegen drei andere zu Gumpoldskirchen empfängt. Über die Weingartenbesitzer und deren Weinbau erhalten wir zahlreiche Nachrichten. Am auffallendsten finden wir die steigende Zahl der Besitzer, wenn wir die Jahre 1557 und 1558 nebeneinander stellen. Es sind:

	im Jahre 1557		im Jahre 1558	
	Weingarten- besitzer	bauen Urn	Weingarten- besitzer	bauen Urn
im Dreifaltigkeitsviertel	34	2962	36	2393
„ Deutschherrenviertel	36	3283	52	2792
„ Bruderviertel	56	4001	62	3018
„ Frauenviertel	39	5160	40	3898
	165	15406	190	12101

Der Jahrgang 1558 war im ganzen ein schwächerer; im Jahre 1557 geht der Weinbau einzelner Bürger stark in die Hunderte von Urn; sieben Bürger haben zwischen 200 und 300 Urn, drei zwischen 300 und 400, Michel Vischer hat 420 Urn Wein eingeheimst; im Jahre 1558 hat Hieronymus Schütz 500 Urn Wein geerntet.

Die Weinernte von 1569 ist zwar nicht so ergiebig wie jene von 1557, doch haben einzelne Bürger bedeutend mehr geerntet als im Jahre 1557. Niklas Praitenaicher hatte 620 Eimer. Doch hatte da der Rückgang der Weingartenbesitzer schon eingesetzt und im Jahre 1589 werden von 177 Parteien 2134 Urn hereingeführt; 1592 werden 5228 Eimer Wein in die Stadt gebracht, und zwar von 129 Parteien.

Die Weinberge der Neustädter lagen in den Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt, die Eigentum des Esterházy waren, auf dem Gebiete von Ödenburg, auch auf dem „Königsboden“, auf dem Boden des Bischofs von Raab und in der Herrschaft Kreuz des Grafen Nadasdy im Komitat Eisenburg. Die Grafen von St. Jörgen und Pösing hatten gleichfalls Neustädter Weingärten in ihrem kleinen Herrschaftsgebiete. Am häufigsten hatte es

Neustadt mit den Grafen Esterházy zu tun, die allmählich auch ihren Besitz vergrößerten, St. Georgen, Kreuz erwarben.

Der Besitz der Weinberge in Ungarn wahr wohl für die Bürger hier mit mancherlei Unannehmlichkeiten verbunden; vor allem wurden, so sehr auch die Neustädter sich sträubten, und so oft sie auf ihre Freiheiten hinwiesen, die ja auch von Ungarkönigen gegeben oder bestätigt waren, mancherlei Zahlungen schon für den Besitz, aber auch für die Weinlese und für die Ausfuhr der Maische, Moste, Weine verlangt. Für den Weingarten selbst kam zunächst das Bergrecht in Betracht, das eigentlich für die damaligen Verhältnisse selbstverständlich ist. Auch von diesem wollte Neustadt sich loslösen, bis ein Erlaß Maximilians II. vom 25. September 1566 kundmachte, daß eine Befreiung von demselben nicht weiter bestehen könne.

Den „Neunt“, den Graf Peter von St. Jörgen und Pösing jährlich bei der Weinlese von den Neustädtern forderte, hat Kaiser Maximilian im Jahre 1513 abstellen lassen. Aber es wurde nicht allein der Neunt, sondern auch der Dreißigst erhoben, wie Wiener Neustadt nach der Weinernte des Jahres 1525 klagte, so daß Erzherzog Ferdinand sich deswegen am 3. Juli 1526 an den Ungarkönig selbst wandte. Der Erfolg blieb aus. Im Gegenteil tauchen neue Abgaben auf, so der Zehent, der Ausgang, wegen deren fortwährender Schriftwechsel stattfand. Ja am 20. Dezember 1529 schreibt Ferdinand dem Pfleger von Forchtenstein zu, daß außer Bergrecht, Zehent und Ausgang noch eine weitere Gebühr — 24 Pfennig für einen Viertelweingarten — abgefordert werde. Diese wird wohl eingestellt; ebenso schien es im Jahre 1545 gelungen, den Zehent und auch den Dreißigst der Stadt Ödenburg, auf deren Grunde 47 Neustädter Bürger¹⁾ Weingärten hatten, gänzlich abzubringen. Aber schon im Jahre 1547 teilt der dortige Dreißiger mit, daß die Neustädter die Moste und die Weine von ihren Weinbergen ansagen und den Dreißigst bezahlen müssen, wogegen wieder Neustadt am 9. Oktober 1548 Einsprache erhob. Es entwickelte sich hieraus ein langer Rechtsstreit. 1566 meldete sich der Hauptmann von Ungarisch Altenburg wegen des Dreißigst für die Weinberge der Neustädter zu Rust. Die Sache konnte friedlich geebnet werden; um so hartnäckiger wurde der Streit mit dem Besitzer der Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt, der sich auch durch die folgenden Perioden fortsetzte. Gegen Ende der siebziger Jahre begann auch der Streit wegen der Zahlungen der Neustädter Weingärten mit dem Bischof von Raab. In der Hauptsache fällt er in das 17. Jahrhundert.

Wiederholt wurde vor der Weinlese und wegen derselben ein „Vorhalt“ an die Bürgerschaft gemacht. Ein Hauptpunkt dabei war die Mahnung, daß die Weingartenbesitzer nur ihren eigenen Bauwein einführen, keinen Wein kaufen durften, damit nicht auch fremde Weine zum Leutgeben kommen und die Mitbürger dadurch benachteiligt werden.

An der ungarischen Grenze, in der Senke zwischen dem Rosalien- und dem Leithagebirge, hatte die Stadt ein Häuschen, die sogenannte Vocauhütte errichtet, welche die Weineinfuhr aus Ungarn kontrollieren konnte. Namentlich war dieselbe auch dazu bestimmt, die Weineinfuhr der Untertanen fremder Herrschaften und deren Fahrstraßen zur Aufrechthaltung der Handelsprivilegien von Wiener Neustadt zu überwachen. Auch Zehente konnten

1) Im Frauenviertel	20	Bürger mit 12 Pfund	9	Sechzehntel
„ Trinitatisviertel	7	„ „ 2 „	3	Achtel
„ Minorisviertel	11	„ „ 3 „	1	Viertel
„ Deutschherrenviertel	9	„ „ 4 „	—	

47 Bürger mit 22 Pfund 3 Sechzehntel

Im Jahre 1573 sind es nur mehr 41 Bürger mit 22 $\frac{1}{2}$ Pfund.

dort entrichtet werden. Auch wegen dieser Hütte und ihrer Aufgabe und schon wegen des Bestandes derselben entspannen sich Rechtsstreite, wie sich später zeigen wird.

Es sei hier kurz bemerkt, daß auch das kaiserliche Rentamt seine Zehenthütten hatte: so zu Neunkirchen, so zu Fischau.

Trotz der Menge der von den Neustädtern gefechsten Weine gab es Zeiten, wo Weinmangel in der Stadt herrschte. Es gab ja Mißernten, abgesehen davon, daß Neustadt mit dem Wein einen ansehnlichen Handel trieb, Wein ausführte über den Semmering, über den Kaumberg. Im Jahre 1550 heißt es einmal, am 29. Juli, im Rate: man soll sich wegen Weinmangels in der Stadt auf dem Lande umschauen, es wird sogar eine Kommission gewählt, die sich mit dem Einkaufe von Wein beschäftigen soll. Und am 20. März 1566 erfließt ein Regierungsbefehl, keinen Wein aus der Stadt führen zu lassen. Am 28. Februar 1592 werden dem Kellermeister von der Stadt selbst 237 Eimer Bauweine und 327 $\frac{1}{4}$ Eimer Kaufweine eingantwortet.

Recht mager war es mit Wald und Holz bestellt. Die Stadt selbst hatte ja nur wenig Waldbesitz, und den Bürgern fehlte ein solcher fast gänzlich. So wird denn einmal ausgerufen — es ist um 1560 —, daß die Leute in den Föhrenwald gehen sollen: Verordnete Kommissäre werden ihnen die Orte auszeigen, wo sie Holz hacken dürfen. Am 2. Jänner 1560 sucht der Rat um Beistellung von Holz aus den kaiserlichen Waldungen der Herrschaft Forchtenstein zu einem Befestigungsbau an. Und am 1. August 1591 tragen die niederösterreichischen Kammerräte der Stadt auf, daß das Holz, das sie im Föhrenwalde geschlagen haben, außer jenem, welches für das Wehr bei Peisching bewilligt wurde, an das Rentamt abzuliefern sei, da ein solcher Eingriff, eine solche Ungebühr nicht geduldet werden könne. Es handelte sich hiebei außer dem Eigentumsrechte noch um etwas anderes: Im Föhrenwalde hatte der Landesfürst ein Wildrevier; Hirsche, Wildschweine wurden dort gejagt, Fasane gehegt, und da sollte nichts gestört, die „kaiserliche Jagdlust“ nicht gekürzt werden.

So erscheint am 20. März 1569 ein allgemeiner Erlass gegen die Störung oder Verfolgung des kaiserlichen Jagdwildes, am 31. Mai 1572 ergeht ein Befehl der niederösterreichischen Verordneten im Auftrage des Kaisers an Neustadt, da manche Bürger der Stadt den gehegten Fasanen nachstellen, dies zu verbieten und einzustellen. Maximilian II. wiederholt diesen Befehl im Jahre 1573, verlangt eigens, daß derselbe veröffentlicht werde, sowie daß denjenigen, die mit Büchsen dem kaiserlichen Wildbret nachgehen, die Hasen, die Fasane fangen, harte Strafen angedroht werden.

Auch wegen der Schädigung des Wildes im Tiergarten wird Beschwerde erhoben, indem die Bürger zur Wässerung ihrer Wiesen dem Kehrbache, der eben den Tiergarten speist, zu viel Wasser entnehmen. Am 13. Februar 1570 befehlen die niederösterreichischen Kammerräte sogar dem Rate, der Bürgerschaft zu bedeuten, daß sie mit dem Wiesenwässern innehalten sollen bis nach dem Abhalten einer Kommission und der Vornahme eines Augenscheines.

Auf dem sonstigen Neustädter Gebiete war die Jagd von geringem Belange.

Was die Fischerei betrifft, so finden wir wohl im Stadtgebiete nur kleine Gewässer und Wässerchen. Diese waren jedoch ziemlich fischreich. Der größte Fluß, die Leitha, gehörte wohl mit der halben Breite auf ein gutes Stück zur Stadt; aber gerade dieses fließende Wasser war fischarm. Dagegen dürfen die Stadtgräben als eine reichliche Quelle für die Versorgung der Bürger mit Fischen, die damals eine viel wichtigere Rolle spielten als heut-

zutage, nicht außer acht gelassen werden. Fische wurden auch zu „Verehrungen“ oft und gern verwendet.

Schon in den ersten Zehnern des 16. Jahrhunderts hatten sich die Fischer in Neustadt gleich den schöpferischen Handwerken zu einer Zeche zusammengeschlossen, die am 9. Jänner 1535 ihre vom Rate genehmigte Ordnung erhielt. Dieselbe beginnt mit den Zahlungen: Jeder Fischer, der mit der Stadt leidet, soll wöchentlich einen Pfennig, die Frau, die das ganze Jahr verkauft, jeden Freitag einen Pfennig zahlen. Fremde, die hier Fische verkaufen, haben wöchentlich zwei Pfennig in die Zeche zu entrichten; die fremden Gäste sollen Karpfen, Scheiden nicht unter 4 Pfund, Hausen, Tucken nicht unter 1 Pfund verkaufen. Was den Fremden nach dem Marktschlusse übrigbleibt, sollen sie den hiesigen Fischern verkaufen. Krebse dürfen die fremden Fischer erst nach einer „Suchung“ verkaufen. Die hiesigen Fischer sollen keine Fische kaufen, die zwischen Neustadt und Neunkirchen gefangen sind, außer wenn sie ins Haus gebracht werden. Hiesige und fremde Fischer sollen auf den Schragen gleichmäßig feil haben. Wer in die Zeche aufgenommen werden will, muß sich mit Geld oder Wachs einkaufen und ein Mahl geben. Nur wer in der Zeche ist, darf Fische gegen Neunkirchen und über den Semmering führen. In den nächsten Jahren wurden kleine Änderungen an der Ordnung vorgenommen: so erhielten die hiesigen Fischer die Befugnis, zwischen Neustadt und Neunkirchen Fische einzukaufen. Am 23. Jänner 1546 wurden die Bestimmungen der Zeche mit der Weisung zugestellt, sich streng an dieselben zu halten. Anfangs der fünfziger Jahre wurden den Fischern weitere Vorschriften gegen eine allfällige Feuersgefahr gemacht: sie sollen drei Feuerhaken, drei Leitern, drei Eimer haben, sollen sich mit Steigleitern, Krücken, Bottichen usf. versehen.

Der Besitz der Gewässer legt selbstredend auch Pflichten auf: 1573 ist oberhalb Peisching ein Wehr von der Flut zerrissen worden, Neustadt wälzt die Last der Wiederherstellung auf die Peischinger, die ihre Wiesen aus dem Bache wässern. Auch der Räumung des Kehrbaches will die Stadt sich entschlagen, da andere dessen Wasser nützen, wie der Bericht an die niederösterreichischen Kammerräte vom 25. Oktober 1587 sagt. Ähnlich ist es mit der Leitha, die öfter durch Unwetter geschädigt wird. 1580 ist ein Wehr neu herzustellen, wozu der Rat hier an Eisenstadt um Holz herantritt (26. Mai); und am 7. September 1590 richtet Neustadt wieder eine Zuschrift an Eisenstadt wegen Beitrags zur Herrichtung des Leithabettes, das durch Regengüsse zerstört worden sei, sei es durch Arbeiter, sei es durch Geld. Es erfolgt jedoch keine Antwort darauf. Den Hauptinhalt der sonstigen Nachrichten über die Fischerei außer dem Stadtgraben bilden die Streitigkeiten über das Fischereirecht, von denen hier erwähnt seien: 1562 erhebt sich ein Zwist mit Neunkirchen wegen des Fischens in der Schwarza. 1566 beschwert sich der Rat, daß der kaiserliche Brunnenmeister Mallersdorfer in städtischen Gewässern fische. 1567 beklagt sich das Deutsche Ordenshaus, daß ihm die Stadt das Fischwasser entziehen wolle. Bischof Christian, der vom Kaiser zum Ordnen dieser Sache bestimmt wird, führt die Vergleichung herbei. Am 5. März 1591 verlangt Melchior Klesel vom Rate, daß er sein Recht auf ein Fischwasser beweise; es ist der Altabach und das „Steinbachel“, in denen der Bischof fischen läßt. Es entsteht daraus ein langer Streit. Ein eigenes Kapitel bildet das Verhältnis des Kehrbaches zum Tiergarten. Die Neustädter und die Bewohner von Unter- und Ober-Peisching fischen im Kehrbach, leiten das Wasser ab und schädigen dadurch. Wir hatten schon oben Gelegenheit, hierüber zu sprechen. Ein Befehl Ferdinands I. vom 12. April 1524 schloß die Sache im Sinne des Landesfürsten ab. Einen ganz sonderbaren Eindruck macht es, wenn Maximilian II.

am 22. Juli 1565 an Neustadt schreibt, daß er zum Gedächtnis für seinen Vater Ferdinand I. Fische brauche: er befiehlt, alle Fischwasser der Stadt zu fischen, und was sie bekommen, einmal in der Nacht, sobald es ihnen verkündet wird, gegen Bezahlung nach Wien zu schicken.

Daß die Stadtgräben stückweise verpachtet waren, ist schon oben berührt worden. Über die Bezahlung eines Bestandes, der oft einem Ratsherrn zugute kam, verlautet gewöhnlich nichts.

Mit der Behandlung der Gewerbe treten wir in den eigentlichen Gesichtskreis des Stadtlebens. Ein „Generalerlaß“ Maximilians vom 4. April 1510 sagt sogar, daß die Gewerbe und Handlungen nur den Bürgern und den Städten und Märkten und sonst niemandem gestattet seien.

Bei den Handwerkern hat sich der Geist des Mittelalters noch nicht geändert. Es herrscht das System der Zünfte, der Abschließung der einzelnen Gewerbe gegeneinander durch strenge Grenzen. Bei dem Streben nach Trennung und damit Vermehrung der Zünfte und Gewerbe führt dies zu größeren Schwierigkeiten und zu zahlreichen Möglichkeiten, die Kreislinie der Zunftordnung zu überschreiten und dadurch als Störer eines anderen Handwerks zu erscheinen. So nehmen denn auch die Klagen und Streite der einzelnen Handwerke gegeneinander und auch der Zünfte gegen einen Mitgenossen, des einen Meisters gegen einen anderen, der sich etwas weiter vorwagt, der vielleicht etwas Neues schaffen will, gar kein Ende und beschäftigen unausgesetzt die Behörden.

Auch tüchtige Gesellen werden nicht selten wegen solcher Vergehungen angeklagt, bestraft, aus der Stadt verwiesen. Damit ein Vetter des Bischofs Franciscus in der Stadt aufgenommen werde, da er ein Gewerbe treiben will, muß erst der Kaiser selbst dazwischentreten (29. Jänner 1558), und auf dessen Fürsprache erhebt der Rat seine Einwendungen, die auch zum Ziele führten. Der Eintritt ins Handwerk war an die gleichen Bedingungen wie im Mittelalter gebunden und dabei spielte das kostspielige Meistermahl, das einem armen Teufel kaum zu erschwingen möglich wurde, bei vielen Handwerken eine nicht zu umgehende Forderung. Es ist ein Verdienst Ferdinands I., daß er durch einen Erlaß an Wiener Neustadt vom 12. Dezember 1527 Auftrag gab, dies überhaupt abzustellen: Es werde eine Handwerkspolizei eingerichtet werden, welche die Sache ordentlich zu regeln bestimmt sei. — In Wirklichkeit ist das Meistermahl wohl nicht vollständig verschwunden, aber die Zechmeister und die Zünfte konnten keine Ansprüche auf bestimmte teure Mahlzeiten mit hohen Preisen erheben. Der lebensfrohe Österreicher ist einem gutbestellten Tische immer geneigt, und am 18. Februar 1569 wendet sich Maximilian II. wieder an den Neustädter Rat, das bei den Handwerken überhandnehmende Schenken und Kollationieren, das keineswegs mehr mit dem Meistermahle im Zusammenhang stand, bei allen Zünften abzustellen.

Im Jahre 1546 hatte der Rat die einzelnen Innungen angewiesen, ihre Gebarung, ihre Einnahmen und Ausgaben zu konstatieren und vorzulegen. Den Geist früherer Zeit vergegenwärtigt es, wenn im Jahre 1576 einmal Schwierigkeiten gemacht werden, daß ein Knabe, der ein Handwerk lernt, zugleich die Schule besuchen will. Am 21. Februar muß sogar der Rat über den Fall verhandeln.¹⁾ — Eine stärkere Zunft bildete gewöhnlich auch eine Bruderschaft, eine Vereinigung zu gottesdienstlichen und religiösen Zwecken; von den schwächeren Innungen vereinigten sich mehrere in der gleichen Absicht.

¹⁾ Siehe unten.

Als ein eigentümlicher Zug der begonnenen Neuzeit tritt hervor, daß ein Gegensatz zwischen Meistern und Gesellen der Handwerke hervorbricht, und wo er bereits früher hervorgebrochen ist, sich verschärft. Die neuen Handwerksordnungen gelten daher zumeist nur den Meistern oder nur den Gesellen; und wo eine neue Handwerksordnung die Meister und Gesellen umfaßt, wird den Bestimmungen für diese und dem Verhältnisse derselben zum Meister das besondere Augenmerk zugewendet. Dabei kommen aber noch förmliche Revolutionen der Gesellen gegen die Meister bei verschiedenen Gewerben vor, wie sich zeigen wird. Die Meister wälzen allerdings auch bei vielen Handwerken die größere Last der Zahlungen in die Zeche auf die Gesellen, während sie sich selbst die kleinere Summe vorschreiben: sie zahlen vierteljährlich, die Gesellen wöchentlich, und die 52 Pfennige betragen meistens mehr als die viermalige Geldleistung der Quatembergebühr der Meister. Die Gesellen spielen auch für die Gemeindeverwaltung eine wichtigere Rolle als ehemals. Sie werden zur Aufrechthaltung der Ordnung an bewegten Tagen mitverwendet, wie sich durch manche Notizen bestätigt findet. Aus einem Ratsbeschlusse vom 30. Dezember 1550 ergibt sich, daß die Gesellen aller Handwerke bei Bränden zur Hilfe herangezogen werden sollen, was früher nur den Zimmerleuten zugedacht war. Das war bereits in einer am 21. Dezember bei der „blauen Ente“ abgehaltenen Versammlung der Gesellen beschlossen worden, und in der vorgenannten Ratssitzung wurde allen, die dabei mitgeholfen hatten, ein Trunk Wein aus dem Stadtkeller bewilligt. Bemerkt soll noch werden, daß neu entstehende schwächere Innungen leicht mit den Wiener Zechen, denen sie früher angegliedert waren, wegen ihres Bestandes in Streit gerieten, ferner daß einzelne Handwerker ohne Zunft öfter in die Kramerzeche eintreten.

Auf die einzelnen Handwerke eingehend wollen wir mit den Lebensmittelgewerben beginnen und den Bäckern der Vortritt lassen.

Hier stoßen wir gleich zu Anfang auf einen heftigen Streit zwischen den Meistern und den „Knechten“ (Gesellen), der nicht bloß in Wiener Neustadt, sondern im ganzen Lande ausgebrochen ist; im Juli 1565 kommen die Streitenden aus ganz Niederösterreich in unserer Stadt zusammen, und es gelingt, eine Vereinbarung zu erreichen, welche der Bürgermeister Stephan Geinberger urkundlich bezeugt und bestätigt. In derselben wird vor allem festgesetzt, daß die Knechte eine eigene, von den Meistern unabhängige Handwerksordnung haben sollen. Die alte Bäckerordnung hatte Meister und Gesellen umfaßt. Gegenüber den Meistern wird bestimmt:

1. Wenn ein Meister seinen Pfennig in die Zeche der Knechte geben will, soll ihm, seiner Frau und seinen Kindern guter Wille bewiesen werden.

2. Der Knecht soll in die Mühle gehn, wenn der Bäcker ihn darum anspricht. Am Montag — es geht der Sonntag voraus — soll der Gang in die Mühle um 11 Uhr erfolgen; und für den Mühlgang soll ihm der Meister „Genüge tun“, d. h. er soll dafür bezahlt werden. Es folgen dann Bestimmungen über die Kost, über den Wein, über eine Fastenzugabe, über den Lohn, dessen Versagung bestraft werden soll. Keine Aufnahme von „Jungen“ (Lehrlingen) soll gültig sein ohne die Anwesenheit von fünf Knechten. Den Knechten von Neustadt steht auch das Recht zu, auswärtige Bäckerknechte von Neunkirchen, von Schottwien, von Ödenburg, von Kirchschlag vorzuladen. Gegen die Entlassung eines Knechtes kann von der Bäckerknechtzeche Einsprache erhoben werden, außer wenn der entlassene Knecht nicht recht gelernt war. — Wenn ein Knecht Meister werden will, muß er acht Pfund Wachs in die Zeche geben. — Kein Meister und kein Knecht soll ein „ungelerntes“ (nicht gut beleumundetes) Weib zur

Ehe nehmen. Schließlich wird den Zechgenossen das Würfelspiel verboten. — Manche Handwerke haben noch umfangreichere Bestimmungen für ein anständiges, makellofes Leben. Aus den Punkten des Übereinkommens entnehmen wir, daß bei der Zusammenkunft die Gesellen die Tonangeber waren, wie sich auch bei anderen Gewerben in jener Zeit erkennen läßt. Der Streit zwischen den Meistern und Gesellen des Bäckerhandwerks loderte jedoch bald wieder auf, vorzugsweise wegen der Zahlung. Da wenden sich die hiesigen Zechmeister im Jahre 1515 nach Wien, und am 22. April erhalten sie Auskunft, wie es dort gehalten werde, wonach sich dann die Neustädter Meister richten konnten. Wir erfahren, daß der „Helfer im Backhaus“ und der „Trittknecht“ und der „große Junge“ einen Mehlantheil erhielten, daß am Sonntag und auch am Freitag ein Weingeld, in der Faste ein Fischgeld gegeben wurde, daß ein Knecht ungefähr 10 bis 12 Kreuzer täglich bezog. Im Jahre 1513 hatten die Bäcker durch ihren Zechmeister Michel Vaschang eine Wiese im „Heutal“, sechs Tagwerke haltend, von einem Wiener Bürger gekauft. Dieselbe wurde wieder veräußert, aber laut einer Zusammenstellung vom 8. April 1546 mit einem Dienste von ein Pfund Pfennig belastet. Dieselbe Aufzeichnung gibt die ganze Jahresgebarung bekannt. Als Einnahmen erscheinen neben jenem Betrage von ein Pfund Pfennig nur noch die Sonntagspfennige, d. h. die Mitglieder der Innung gaben jeden Sonntag einen Pfennig in die Zechbüchse. Die angeführten Ausgaben betrafen nur kirchliche Zwecke: feierliche Ämter, am Karfreitag sechs Pfund Wachs zum heiligen Grab, im ganzen acht Pfund Pfennig. Des Brottischpachtes geschieht keine Erwähnung. Die Vorschreibung des Brotpreises, beziehungsweise des Gewichtes wird zum erstenmal in unserem Zeitraume am 17. Dezember 1542 verzeichnet. Die Pfennigsemml soll mit zwölf Lot schön ausgebacken werden. Das war eine billige Zeit. Am 18. November 1550 wird das Gewicht der Pfennigsemml auf sechs Lot herabgesetzt. Am 23. September 1567 wird das Gebäck wenig schwerer vorgeschrieben: die Semml soll sieben Lot, der Kreuzerlaib ein Pfund zwölf Lot wiegen.¹⁾ Gries und Mehl zu verkaufen wird den Bäckern durch die Ordnung der Müller verboten.

Nun muß leider noch bemerkt werden, daß die Bäcker sich wenig an ihre Ordnung hielten, daß sie Anlaß zu Klagen gaben, oft gemahnt und wiederholt gestraft wurden. Ein Erlaß Kaiser Ferdinands vom 19. Juni 1564, daß bei den gegenwärtigen billigen Getreidepreisen das Gebäck zu klein sei, geht allerdings nicht bloß Wiener Neustadt, sondern das ganze Land an; dagegen hatte der Rat unserer Stadt am 1. Oktober 1563 sämtliche Bäcker, da dieselben trotz wiederholter Mahnungen der Ordnung nicht nachkommen, „heute“ in den Ungarturm „erkannt“. Am 26. Februar 1567 wird den Bäckern mit Ernst eingesagt, daß sie die Semmeln weißer backen sollen. 1568 werden sie wieder einmal mit einer Geldstrafe belegt, wegen deren Einzahlung sie gemahnt werden. 1569 ergehen mehrere Mahnungen an sie, und am 18. Juli 1570 werden fünf Bäcker wegen zu kleinen Gewichtes des Gebäcks in den Ratsturm erkannt; am 31. August 1571 wird abermals eine Strafe angedroht und am 29. Juli 1572 der Auftrag erteilt, das Brot gut und vollgewichtig zu backen. Und so setzt es sich fort. Am 21. November 1577 werden, nachdem eine Mahnung vorausgegangen ist, daß durch ein zu geringes Gewicht des Gebäckes besonders die Armen beschwert werden, die Geldstrafen verzeichnet, die in diesem Jahre über verschiedene Bäcker verhängt worden sind. Es sind gegen zehn Bäcker, das ist die Gesamtzahl der Meister, 18 Strafen ausgesprochen worden mit einer Geldsumme von 112 Gulden 6 Schilling 15 Pfennig — ein ganz erklecklicher Betrag, selbst für die Stadtverwaltung.

¹⁾ Ein „Röckl“, ein aus Roggen- und Weizenmehl gemischtes Brötchen, soll elf Lot, ein Zweikreuzerlaib zwei Pfund 24 Lot haben.

Ein Meister wurde sogar dreimal gestraft und hatte 31½ Gulden Strafe zu entrichten, sechs Meister wurden zweimal bestraft. Einmal erhalten die Bäcker auch einen Verweis, am 3. Mai 1580, weil sie am Sonntag keine Semmeln hatten. Die Zeiten sind eben doch eigentümlich. Gegen das Ende unseres Zeitraumes spielt wieder die Religionsfrage herein. Am 12. Jänner 1589 ergeht vom Rate die Weisung, den Bäckern, die sich nicht zur katholischen Religion bekehren wollen, das Gebäck zu sperren; am 16. April folgt dann der verschärfte Auftrag an den Zechmeister, daß er den Bäckern bedeute, denen, die nicht katholisch werden wollen, die Läden zu sperren!

Bäcker und Bäckergesellen hatten auch ihre Bruderschaft. Ein Mitglied der letzteren vermachte dieser auch sein Vermögen; dafür soll die Bruderschaft sein Begräbnis bestreiten und im Gottesdienste seiner Seele gedenken.

In fortwährender und inniger Berührung mit den Bäckern sind die Müller. Von der Müllerordnung seit der alten Ordnung von 1484 sind alle Neubestätigungen von Maximilian I., Ferdinand I., Maximilian II., Rudolf II. im hiesigen Stadtarchiv erhalten. Die Bestätigung durch Maximilian II. vom Jahre 1572, von den Müllern hier mit einigen Neubestimmungen erbeten, damit sie nicht von den Mühlknechten, Mühljungen oder anderweitig bedrängt werden, ist ein sehr ausführliches und eingehendes Schriftstück. Es handelt zunächst über die Lehrjungen, deren Lehrzeit drei Jahre beträgt und nicht abgekürzt werden darf, geht dann auf die Mühlknechte über, die zuvor ihr Stück zur Erweisung ihrer Tauglichkeit machen müssen, denen die Jungen die gebührende Ehre zu bezeigen schuldig sind; daran schließen Mahnungen zur Zucht und Ehrenhaftigkeit. Jungen und Mühlknechte geben wöchentlich je einen Pfennig in die Zechbüchse. Von den Meistern sprechend läßt es die neue Ordnung jedem, der Meister wird, freigestellt, ob er ein Meister-„mählein“ geben will oder nicht. Der Meister darf sich nicht weigern, Getreide, ob viel oder wenig, gut oder schlecht, zu mahlen für jedermann. Die Ordnung kommt sodann auf die „Mühlherrschaft“. Es kann nämlich auch vorkommen, daß derjenige, der eine Mühle besitzt oder kauft, kein gelernter Müller ist; der soll dessenungeachtet ein Meistermahl um 8 Gulden geben oder 8 floren rheinisch an das Handwerk entrichten, ferner jährlich 30 Pfennig in die Lade zahlen. Dem Mühlherrschaft können ebenso wie dem Meister Knechte und Jungen zugeschickt werden. Falls ein Mühlherr Mangel an Knechten oder Jungen hat, ist die Zeche verpflichtet, ihm solche aus ihren Werkstätten zur Verfügung zu stellen. Der Mühlherr muß jedem Knecht oder Jungen wöchentlich 15 Kreuzer bezahlen, auch Wein oder Bier geben, Beuteld (unter 10 Metzen je 1 ⁸) zahlen. Ohne Wissen des Zechmeisters darf der Mühlherr jedoch niemanden aufnehmen. Knechte und Jungen können den Dienst gegen 14tägige Meldung verlassen. Dann wird auf die einzelnen Arten der Müllertätigkeit übergegangen. Das Schroten und „ander gemain Malter, Gries zu machen, Gerste zu neuen“, gebrochene Gerste (Gerstl) zu machen, Prein zu neuen. Zum Schlusse erst wird die Ordnung des gesamten Mühlwesens und der Werkstätten behandelt. Hier wiederholen sich die Mahnungen zu Zucht und Ehrbarkeit, dann wird über das Mühlwasser gesprochen: gegenseitige Unterstützung wird gefordert, nahe beieinander waltende Müller sollen den Bach gemeinsam räumen; das Mühlwasser darf ohne Erlaubnis des Nutznießers nicht abgekehrt werden. Die Errichtung neuer Mühlen ohne Bewilligung des Rates und der niederösterreichischen Regierung und Kammer ist nicht gestattet, außer wenn ein Landmann oder Untertan ohne andere zu schädigen, ein Hausmühlchen nur zu seiner Notdurft baut, wodurch auch die Rechte über das Fischwasser nicht berührt werden. Der Mehl- und Griesverkauf bleibt den Müllern vorbehalten. Für die Versammlungen der Zeche sichern sich die Müller gegen den Besuch

von Gerichtspersonen, die nicht durch die Obrigkeit geschickt wurden. Die Mühlen sollen vom Samstag nachmittag über den Sonntag stillstehen und das Gesinde soll den Gottesdienst besuchen. Beschwerden, gegenseitige Klagen sollen möglichst im Handwerk ausgemacht und geordnet werden. Mit einer Weisung auf sorgfältige Aufbewahrung des Geldes, das nur für das Handwerk, zum Gottesdienst und zur Unterhaltung der armen kranken Meister, Knechte und Jungen verwendet werden soll, schließt die lange Belehrung für die Neustädter und die ihrer Lade inkorporierten Müller.

Manche Punkte der Ordnung werden gleich vom Anfang an nicht berücksichtigt; überdies laufen Klagen gegen die Ordnung selbst ein. Es kommen Müller, die nicht zur Zeche gehören, auf die Wochenmärkte und verkaufen daselbst Brot; daneben besteht auch noch ein heimlicher Brotverkauf. Auch werden vom 19. Jänner 1589 an neue Mühlen errichtet. Eine Beschwerde an den Rat der Stadt wird dahin verabschiedet, daß den nicht zur Zeche gehörenden Müllern der Wochenmarkt verboten werde. Die heimlich Verkaufenden sollen namhaft gemacht werden. Wegen des Erbauens neuer Mühlen erfließt am 18. Jänner 1591 ein neues Verbot Kaiser Rudolfs II. Der obigen Beschwerde konnten sich wegen mancher Punkte auch die Bäcker anschließen. Auch gegen die Müller gibt es manchmal zu klagen, bei weitem jedoch nicht in dem Maße wie gegen die Bäcker. Eine Mahnung vom 8. Jänner 1573, daß die Neustädter Bäcker vor allem zu fördern seien, richtet sich nur gegen einzelne Müller, ist auch nicht so niederdrückend. Dagegen erheben die Landleute um Wiener Neustadt Beschwerde an die Regierung, daß ihnen die Neustädter Müller nicht das gehörige Malter reichen, worauf eine scharfe Note das strenge Einhalten der Ordnung verlangt. Es möge nun gestattet sein, noch einige Bemerkungen über einzelne Mühlen beizubringen.

In und bei Wiener Neustadt liegen in unserer Zeit folgende Mühlen: die Hofmühle in der Ungargasse, die Basteimühle oder Mühle am Fluchtgraben; der Stadt gehörig sind: die Kanzelmühle oder Sumeraumühle,¹⁾ früher Marx Treitzaurweins Eigen, die Hadermühle,²⁾ der Schwärzerhof³⁾ von 1562 an, 1592 wieder verkauft; dazu kommt die Mühle in (Ober-)Peisching; die Nonnenmühle, dem Bistum gehörig. In Privatbesitz war die Steinhofmühle⁴⁾ und die Staineggermühle.⁵⁾

Im Jahre 1503 wird eine Klage gegen den Burghauptmann in Neustadt, Ladislaus Prager, Erbmarschall in Kärnten, zuerst an die Regierung, dann an den Kaiser selbst eingebracht, daß die Mühle am Ungartor, die nur für den Notfall in Kriegszeiten errichtet wurde, zu stark betrieben werde, so daß das geschwellte Wasser Schaden anrichte. Wird leicht beigelegt.

Andreas Putz kommt wegen seiner Mühle vor dem Fleischhackertor im Jahre 1535 mit der Gemeinde in Streit, die außer dem Grunddienst noch einen Überzins von ihm verlange. Er hatte nämlich eigenmächtig einen Bach, den „Ledererbach“, zur Benutzung zu dieser Mühle geleitet, die daraufhin gesperrt wurde. Nach der Wiedereröffnung der Mühle bat der Besitzer, den Bach weiter benutzen zu dürfen, was mit der Auferlegung eines Überzinses bewilligt wurde. Am 4. Dezember 1535 stellt Putz den Revers aus.

Im Jahre 1589 erhielt der kaiserliche Zeugwart Zacharias Stainegger vom Kaiser die Erlaubnis, vor dem Wienerter eine Mühle zu erbauen, die nach einem langen Streite mit der Stadt und mit den Müllern endgültig bestehen blieb, aber manche harte Nuß zu knacken hatte.

¹⁾ Mühle Saack.

²⁾ Leidesdorf.

³⁾ Stainerhof.

⁴⁾ In dem jetzigen Auhof. Die Bezeichnung „Mühle“ wurde auch anderen Objekten beigelegt, die hier nicht in Betracht kommen.

⁵⁾ Kastneimühle.

Bei Handwerken, die einander so nahe stehen wie jene der Bäcker und Müller, sind natürlich auch Reibungen nicht ausgeschlossen, und diese traten auch hier ein. Im Jahre 1516 wird einmal von einem Streite zwischen den Müllern und Mühlknechten einerseits und den Bäckern und Bäckerknechten anderseits wegen des „Wasserbeutelns“ gesprochen. Gegenüber dieser Kleinigkeit erhob sich jedoch zu Anfang der sechziger Jahre ein heftiger Zwist, welcher erst im Jahre 1563 durch einen Vergleich beendet wurde, den der Rat am 19. August genehmigte.¹⁾

Der Vergleich enthält zwölf Punkte:

1. Die Neustädter Müller können Mittwoch und Samstag, die Fremden nur Samstag Gieß und Prein auf den Markt bringen.

2. Müller und Bäcker können an Wochenmärkten vor Abnahme der Fahne kaufen; aber die Bäcker haben das Vorrecht; sie können Weizen sogar den Müllern wieder abnehmen.

3. Die Müller sollen von den Bäckern keinen Weizen mehr annehmen, der nicht zum Semmelmehl taugt.

4. Von dem Weizen, den die Bäcker den Müllern schicken, ist eine Probe zu geben und zu bewahren.

5. Wegen des Malters bleibt es bei der alten Ordnung.

6. Die Bäcker sollen nur die hiesigen Müller, die Müller nur die hiesigen Bäcker fördern.

7. Die Bäcker dürfen bei Strafe keinen Weizen fürkaufen und wieder verkaufen.

8. Gemahlenes Weizenmehl müssen die Müller zuerst den hiesigen Bäckern anfeilen.

9. Die Bäcker sollen gutes Gewicht geben und das Mehl ordentlich ausbacken.

10. Jeder Bäcker soll sein Zeichen auf den Semmeln haben.

11. Welcher Bäcker bei schlechtem Gewichte erlappt wird, soll das erstmal mit dem Verfallen des Gebäckes, das zweitemal außerdem mit 2 Pfund Pfennig bestraft werden. Das drittemal soll er nach der Wegnahme des Gebäckes „geschupft“ werden oder 10.000 Mauerziegel zum Stadtgebäu geben.

12. Müller und Bäcker sollen sich möglichst nach der Wiener Ordnung halten.

Der ganze Vergleich offenbart uns, wie wenig man sich traute, zeigt aber auch, daß die Bäcker geneigter waren, die Vorschriften zu umgehen.

Zu den wichtigsten Lebensmittelbesorgern gehören selbstredend die Fleischhauer, eine reiche Zunft, die ihren Altar, ihren Benefiziaten hatte, die aber der Stadt und den Kunden viel zu schaffen machte. Sie besitzen nach Aufschreibungen von 1546 einen Weingarten am Neusiedler See bei Merwisch, der 28 Tagwerk (Pfund) umfaßt, haben eine Wiese gegen Fischau zu von 8 Tagwerk. Es gehören der Innung 8 Fleischbänke, deren jede wöchentlich 2 Pfennig zahlt. Ihr Benefizium hat auch 3 Weingärten. Ihrem Benefiziaten geben sie jährlich 14 Pfund Pfennig und brauchen für ihren Altar jährlich 10 bis 12 Pfund Wachs. Sie halten gemeinsam Schafe und haben deshalb auch von der Gemeinde deswegen eine Weide in Pacht.²⁾

Die Fleischbänke lagen größtenteils vor dem Fleischhackertor. In der Stadt selbst wurde eine gemeinsame Fleischbank zu Anfang der siebziger Jahre (1572) von der Gemeinde durch Meister Anton Woller neu erbaut, für deren Benützung ein Zins entrichtet werden mußte. Es wurden wegen dieses Gebäus von der Zeche wiederholt Beschwerden erhoben, insbesondere daß es zu niedrig sei: man hatte offenbar sparen wollen. Die Beschwerden wiederholen sich bis 1573.

¹⁾ CV, 83/6.

²⁾ Siehe Ratssitzung vom 17. November 1580.

Den Löwenanteil an den Akten über das Fleischhauergewerbe bilden die Aufzeichnungen, Ansuchen, Vorschriften, Mahnungen über die Fleischpreise. Da finden wir ausgewiesen, daß von 1542 an das Pfund Rindfleisch um 5 ⸏, das Kalbfleisch um 6 ⸏, vom Dezember 1545 an um 7 ⸏ angeordnet ist; um 1560 steigt der Preis für das Rindfleisch auf 6 ⸏, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Lämmernes usf. auf 8 ⸏; 1568 kostet das Rindfleisch 7 ⸏, das Lämmernes 2 Kreuzer (= 8 ⸏), im Anfang der siebziger Jahre gehen die Preise, jedoch nur des Rindfleisches, wieder um 1 ⸏ zurück, um erst im Jahre 1578 nach vielen Eingaben und Ansuchen neuerdings die 7 ⸏ zu erreichen. Da ihnen dann im Jahre 1580 dieser Preis wieder nur für einen Teil des Jahres, von Ostern bis St. Veit (15. Juni) und nach dem Advent bis zur Faste bewilligt, für den Rest des Jahres aber nochmals mit 6 ⸏ vorgeschrieben wurde, stemmen sie sich trotzig dagegen. Und da bedeutet ihnen der Rat am 16. März 1581, sie sollen bis Georgi (24. April) ihre Liegenschaften verkaufen und sich von Neustadt wegziehen. Beschlüsse wurden eben leicht gefaßt und ebenso leicht wieder zurückgenommen. Am 26. Oktober 1581 erhalten die Fleischer die ersehnten 7 ⸏, als ob nichts geschehen wäre; dieser siebente Pfennig bleibt jedoch auch noch weiterhin ein Gegenstand des Kampfes und wird noch 1587 und 1590 auf kurze Zeit ausgeschaltet. Es läßt sich schon aus dem Vorhergehenden erraten, daß die Fleischhauer, wenigstens einzelne, sich auch Überschreitungen des vorgeschriebenen Preises zuschulden kommen ließen. Der wiederholt verbotene siebente Pfennig wurde von den Fleischhauern doch erhoben, so daß deswegen sogar am 12. Jänner 1576 von der Regierung eine Anfrage an den hiesigen Rat gerichtet wurde und sich aus der Bevölkerung Stimmen hören ließen: Man müsse 7 ⸏ zahlen und bekomme doch keinen guten Bissen; denn das gemästete Vieh verkaufen die Fleischhauer auswärts. Es wird ihnen auch vorgeworfen, daß sie parteiisch beim Verkaufe seien und nur die Reichen gut bedienen; daß sie hiebei öfter vorgeben, kein Fleisch zu haben. Es wird ihnen einmal, am 6. Mai 1572, von der Regierung aus gesagt, daß sie nach dem Gewichte, nicht nach dem Gesichte zu verkaufen haben. Am 10. Juni 1573 hält der Rat den Fleischhauern ihr ungebührliches Benehmen gegen die Kunden, Verweigerung des Verkaufs und schlechtes Zuwägen vor. Aber bloße Drohungen, auch ernstere, fruchten wenig, namentlich nach einem Beschlusse wie jener vom 16. März 1581. Die Ungebührlichkeiten gegen die Kunden fallen wohl vorzüglich den Fleischhauerknechten zur Last. Diese werden einmal deswegen vor den Rat geladen, weigern sich aber dort sogar ihre Namen zu nennen und ziehen trotzig ab. Sie werden deshalb — bei 100 Dukaten Strafe in Gold — nach acht Tagen abermals vorgeladen! Der größte Teil der so Vorgeladenen entwich einfach aus dem Dienste und verließ die Stadt. Am 23. Juni kommen die Fleischhauer selbst in den Rat und nennen die Namen der Entwichenen. Der Rat erteilt nun den Fleischhauern den Auftrag, ob die abgezogenen Knechte wiederkommen oder nicht, bei 100 Taler Strafe die Käufer selbst zu bedienen und für das nötige Fleisch zu sorgen. Am 2. Juli (einem Donnerstag) wird dieser Auftrag wiederholt; und es ist sehr fraglich, ob er vollständig durchgeführt wurde. Der Trotz der Fleischhauer zeigt sich auch, als im Jahre 1591 die Zimentierung der Gewichte verlangt wird: sie weigern sich, beim Handgrafenamt zu erscheinen, und es müssen erst die niederösterreichischen Verordneten am 28. Jänner den Stadtrat hier angehen, daß er dies den Fleischhauern anbefahl.

Betreffs des Vieheinkaufs wechselten die Vorschriften wiederholt: Am 25. Jänner 1559 wurde dem Rate der Stadt von der Regierung mitgeteilt, daß die Fleischhauer von Niederösterreich wohl über die Schwarza und die Leitha gehen, jedoch nur auf niederösterreichischem Boden einkaufen dürfen. Wenige Monate darauf, am 25. April, wurde der Viehkauf in Ungarn gestattet, aber es

mußten alle Abgaben, wie Maut, Dreißigst, entrichtet werden und mußte das zu kaufende Vieh dortigen inländischen Ursprungs sein, eine Bedingung, die lange nicht wegfiel. Auch durfte nach einer Ratsverordnung das Vieh nur am Samstag hereingebracht werden. Da nun die Stadt schlecht mit Fleisch versehen wurde, gab der Rat am 20. März 1561 Erleichterungen für den Einkauf und gestattete namentlich das Hereinführen des Viehs an jedem Tage. Natürlich mahnte er gleich darauf, am 26. Juni, die Fleischhauer zu guter Versorgung der Bürgerschaft,¹⁾ was in neuen Mahnungen am 26. November 1562, am 12. August und am 12. Oktober 1563 wiederholt wird. Dabei findet er wieder für notwendig auszusprechen, daß die Kunden nicht „gefrozzelt“ werden dürfen.

Am 31. Mai 1564 wurde der Viehkauf neuerdings auf Niederösterreich beschränkt, und ein Ansuchen von Neustadt, den Fleischhauern die Grenzen von Steiermark und von Ungarn zum Vieheinkauf zu öffnen, wurde am 13. Juli 1564 abgewiesen.

Der Vieheinkauf in Ungarn wurde einige Jahre später wohl wieder bewilligt; aber sofort war auch wieder die Klage laut, daß die Neustädter Fleischhauer — aber offenbar nicht bloß diese — Mißbrauch treiben; und ein Erlaß Kaiser Rudolfs II. vom 6. April 1583 tritt gegen die Umgehung der Gebühren beim Vieheinkauf in Ungarn auf, nachdem am 6. November 1582 wegen einer Viehseuche große Aufmerksamkeit und Strenge beim Viehkauf anbefohlen worden war. Dieser Einkauf wurde auf die Markttage der einzelnen Ortschaften beschränkt und eine Eingabe der hiesigen Fleischhauer durch den Rat dagegen wurde am 7. Jänner 1592 von den niederösterreichischen Kammerräten abgewiesen. Die Richtung der Oberbehörden ändert sich fortwährend: am 13. Februar 1593 heißt es wieder in einem Regierungsbefehle, daß den österreichischen Fleischhauern, jedoch nur jenen, die den Dreißigstämtern Mattersdorf und Ödenburg unterworfen sind, erlaubt wird, in Ungarn 400 Ochsen, Schafe, Schweine zusammen für ihre Notdurft zu kaufen, weshalb ihnen der Weiterverkauf verboten wird. Maut- und Dreißigstzahlung sind genau und streng zu kontrollieren. Weitere 100 Ochsen können sie „enhalb“ der Schwarza, den Rest in Wien kaufen, immer gegen Zahlung aller Gebühren. Ein neuerliches Zurückschwanken! Ein spezieller Befehl des Erzherzogs Ernst vom 21. Februar 1581 unterrichtet uns, daß die Fleischhauer in der Faste keine Ochsen schlagen dürfen: einer von ihnen soll wegen der Kranken Lämmernes und Kälbernes feilhalten.

Eine besondere Stellung nehmen die „Geifleischhauer“ ein, Handwerker vom Lande, die ihr Fleisch an den Wochenmarkttagen zum Verkauf in die Stadt bringen. Sie konnten mit dazu dienen, der Widerspenstigkeit der heimischen Fleischhauer, den fortwährenden Bitten derselben um Besserung der Satzung, entgegenzuwirken. Denn ihre Zahl war nicht unbedeutend. Am 21. April 1576, dem Osterabend, sind sie mit ihren „Kälbern, Lämmern und Rindern Fleisch auf den Wochenmarkt herein in die Neustadt gefahren“, und der Stadtrichter und die Beschauherren bedeuten ihnen, das ganze Jahr das Rindfleisch hereinzubringen. Es sind 22 Fleischhauer:

von Kirchschlag 4,
„ Ansbach 1,
„ Schlatten 1,
„ Pütten 2,
„ Walpersbach 1,
„ St. Gilgen 1,
„ Weikersdorf 1,
„ Piesting 2,

von Edlitz 1,
„ Bromberg 1,
„ Seebenstein 1,
„ Lanzenkirchen 2,
„ Neunkirchen 1,
„ Saubersdorf 1,
„ Fischau 1,
„ Zillingdorf 1.

¹⁾ Er erwähnt dabei, daß Ochsenfuß, Votzmaul, Schafskopf nicht auf die Wage zu legen sei.

Es ist klar, daß nicht immer dieselben Personen kamen, daß auch die obige Zahl nicht jedesmal erreicht wurde; immerhin ist die Schar dieser Verkäufer sehr ansehnlich und geeignet, die einheimischen Fleischhauer nachdenklich zu machen.

Wie bei anderen Handwerken schlug auch bei den Fleischern der Herrscher oder das Herrscherhaus eine Lücke in die allgemeine Ordnung: Ein Fleischhauer von Zöbern lieferte Fleisch für den Erzherzog Matthias; auf kaiserlichen Befehl vom 24. Dezember 1590 durfte derselbe in keiner Weise belastet oder behindert werden.

Für die Beschaffung der Lebensmittel haben wir weiter ein für Neustadt gleichfalls sehr wichtiges Gewerbe zu nennen, jenes der Gärtler, der Erbauer des Gemüses, in zweiter Linie jenes der Gärtner, der Erbringer des Obstes. Sie treten noch wenig hervor; von den Gärtnern will der Bischof Melchior Klesel einen Zehent fordern, wogegen sich der Rat für das genannte Gewerbe einsetzt. Die Organisation derselben erfolgt später.

Im Jahre 1591 wird ein Lebzelter hier genannt, Sebastian Sembler, der sich natürlich dem Wiener Handwerke anschließen muß; und er wird am 4. Juli eben von der Wiener Innung beim Rate hier verklagt, daß er bei einem dortigen Zechtage nicht erschienen ist. Beim nächsten Tage müsse er zur Vermeidung von Strafe anwesend sein.

Bezüglich des Bierbrauens schreibt ein Erlaß vom 3. November 1579 vor, daß das Getreide nicht verteuert werden soll und daß außer den Klöstern, Schlössern, Städten und Märkten niemandem zu brauen erlaubt sei.

Ein ähnlicher Befehl datiert vom 18. März 1591.

Im Jahre 1557 wurden einer Aufzeichnung zufolge bis zum 13. Dezember 24 Urn Bier in Neustadt ausgeschenkt. Es reiht unter den geistigen Getränken als letztes. Wir sehen, das Bierbrauen und Biertrinken stand noch in der Zeit des Werdens.

Die Branntweinbrenner von Wiener Neustadt haben bereits am 1. September 1587 eine Ordnung erhalten.¹⁾ Dieselbe schreibt vor:

Bei den Leutgeben ist das Branntweinbrennen einzustellen. Wenn einer, der Branntwein brennt, Leutgeben will, falls deren Zahl nicht voll ist, darf er nur seinen eigenen Bauwein schenken. Es dürfen nicht mehr als vier Branntweinbrenner sein, angesehene Bürger; an der Spitze steht ein Zechmeister. Der Branntweinbrenner sowie der Branntweinhändler muß ein Haus haben, einen Kessel, ein Gewölbe, das sicher gegen Feuersgefahr ist; jeder muß dem Rate 4 Gulden zahlen; wer den Branntwein erheiratet, zahlt nur 2 Gulden. Eine Branntweinerwitwe kann den Handel weitertreiben. Der Branntweiner muß zwei Jahre lernen; doch können Bürgerssöhne, wenn die Zahl der Branntweiner nicht voll ist, sich in die Innung einkaufen. Wer über die Zahl 4 Branntwein brennt, mit Branntwein handelt, dem wird alles weggenommen und es verfällt halb der Stadt, halb dem Spital. Der hereingebrachte Branntwein soll untersucht und zuerst der Bruderschaft angefeilt werden. Branntwein, der zum Verkauf nach außen hier angekauft wird, soll von den Innungsgeossen gleichmäßig, für alle in gleicher Menge, erworben werden. Die Aufzeichnung vom Jahre 1557 berichtet, daß bis zum 13. Dezember in Neustadt 34 Urn Branntwein ausgeschenkt wurden, also sogar mehr als Bier in derselben Zeit.

Schließlich muß bei den Lebensmittelgewerben noch auf den Koch und die Stadtküche hingewiesen werden, die an der alten Stelle stand; am 12. August 1590 wird das Inventar derselben aufgenommen, das an diesem Tage dem neu eintretenden Koch übergeben wird. Die Räume sind eine

¹⁾ J. 23/1.

Stube, darinnen zwei Sitzbänke, daneben eine Kammer mit zwei drehbaren Stühlen, ein Vorhaus mit zwei Tischen und einer Bank, ein Keller, ein Boden mit einem Tisch und zwei Bettgestellen, ganz einfache weitere Einrichtung.

Wir gehen zu den Bekleidungsgewerben über: Die Schneider hatten schon in der Friederizianischen Zeit die Zunftordnung für Meister und Gesellen getrennt. In unserer Zeit tritt dieses Gewerbe nur mit einigen Ansuchen um Beseitigung von Störern hervor. Im Jahre 1543 wurde ein Schneider von Murau, der schon als Bürger hier aufgenommen war, nicht zum Handwerke zugelassen, und trotz eines Dazwischentretens Ferdinands blieben die Schneider bei der allerdings berechtigten Abweisung. Im Jahre 1582 beschwerten sie sich gegen die Pfaidler, die sie durch das Feilhaben von Gewand schädigten.

Die Schneider erlebten im Jahre 1569 eine hartnäckige Auflehnung der Gesellen, die sich gegen die Meister beschwerten, daß sie nicht, wie in anderen Jahren des Weinmißwachses ihren Trunk oder das Geld dafür erhalten. Sie müssen sich dabei ziemlich arg benommen haben, denn sie werden am 6. Oktober dafür in den Ratssturm erkannt!

Etwas mehr Nachrichten erhalten wir über die Schuster. Dieselben begannen mit einer Ordnung der Schustergesellen vom 30. November 1507. Nach derselben muß jeder Geselle, der über 14 Tage hier arbeitet, der Zeche beitreten und sich einschreiben lassen, wofür er 7 Pfennig zahlen muß. Außerdem hat er jeden Sonntag 1 Pfennig zu erlegen; ebenso der Jünger, der wöchentlich 6 Pfennig bezieht. Bei geringerem Bezuge ist nur 1 Hälbling wöchentlich in die Büchse zu legen. Wer Sonntags nicht kommt und ohne wichtige Ursache den Gottesdienst versäumt, muß $\frac{1}{4}$ Pfund Wachs geben; ebenso wer am Fronleichnamstag eine Kerze zerbricht. Nun folgen Mahnungen zu Zucht und Ehrbarkeit. Unter diesen Gesichtspunkt fallen auch die Bestimmungen: wer einer „freien Tochter“ zu trinken gibt oder mit ihr tanzt, muß 32 Pfennig zahlen, ebenso: wer ein Viertel Wein verschüttet, aber auch derjenige, der dies weiß und nicht anzeigt. Ein Schuhmachergeselle, der heiratet, hat im ersten Jahre ohne Rücksicht auf seine Bezüge jeden Sonntag 1 Pfennig und außerdem einen Jahresbeitrag von 12 Pfennig zu entrichten. Wer sich, ohne Schuhknecht zu sein, in die Zeche einkaufen will, muß 2 Pfund Wachs geben, ferner jeden Sonntag 1 Pfennig und jährlich noch 12 Pfennig entrichten. Der Zeche sollen zwei Schuhknechte und zu ihnen ein Meister vorstehen, der sein Amt ein Jahr lang innehaben soll, während die Schuhknechte zu jeder Quatemberzeit neu gewählt werden können. Wer von diesen vier Wochen lang sich von der Wirtschaft (von dem Vorsteheramte) fernhält, zahlt 32 Pfennig. Die gleiche Strafe ist auf das Schelten gegen andere, auf Trunkenheit, auf das Verraten von vertraulichen Handwerksangelegenheiten gesetzt. Die Gesellenordnung fordert weiter den Gehorsam gegen den Meister. Außer den Liebfrauentagen und den anderen Festtagen feiern die Schustermeister und Gesellen noch den St. Erhardstag (8. Jänner). Da sollen alle zu Opfer gehen, bei Strafe! Zum Schlusse wird noch ein altes Herkommen in Erinnerung gebracht, daß die Schuhknechte an der großen Kirchweih und an der Zemendorfer Kirchweih mit Wehr an dem Wienertor von dessen Öffnung an bis zum Sperren stehn, offenbar an der Aufrechthaltung der Ordnung mitwirken, ferner daß sie beim Ausbrechen eines Brandes dem Bürgermeister, Richter und Rate gewärtig sein sollen.

Am 28. April 1546 sind die Einnahmen und Ausgaben der Schuhmachermeisterzeche aufgezeichnet. Wir hören freilich nur von den Einzahlungen der Meister in die Zechbüchse, die für jeden vierteljährlich 18 Pfennig ausmachen, und von den Ausgaben für den Gottesdienst. Auch diese sind nicht bedeutend.

Die Schuster sind nämlich nicht so vermögend, daß sie einen Priester erhalten könnten und geben statt dessen zu jedem Quatember 18 Pfennig den Armen. Von den Störern des Schusterhandwerks ist ein Kriegsknecht, ein Schuster in der Wache des gefangenen Sachsenherzogs zu nennen, der einen Laden habe, Knechte befördere und das Handwerk sehr schädige. Die Beschwerden gegen ihn heben schon in den siebziger Jahren an. Seinetwegen, der kein Meisterstück gemacht, wendet sich der Rat schon 1580 (8. April) an die Regierung. Am 6. Juni 1581 beschweren sich die Schuhmacher abermals gegen diesen „Hofschuster“ des Herzogs von Sachsen, der schon ein Bürgerhaus gekauft habe. Am 25. Februar 1586 wird die Eingabe gegen denselben wiederholt, am 24. Oktober und am 7. November 1589 abermals. Nichts geschah dagegen. Am 30. April 1591 schreibt der Rat auf eine nochmalige Klage der Schuster an Hieronymus von Wurmbrand, den Laden dieses Schusters einzustellen; es müßte sonst dem Stadtrichter aufgetragen werden. Erst mit der Entfernung des Sachsenherzogs aus der Stadt erledigte sich die Sache.

Im Jahre 1546 erfahren wir gemäß Auftrags des Rates nicht viel, aber ganz Wesentliches über die Kürschner von Wiener Neustadt, nämlich: daß es in der Zeche vier Meister gebe, daß jeder derselben jährlich 24 Pfennig in die Zeche zahlt, daß sie eine Wiese besitzen, von der sie 12 Schilling an Pacht einnehmen. Ihre Ausgaben beziffern sich mit 4 Schilling; dieselben sind nur für gottesdienstliche Zwecke bestimmt sowie für ein Frühstück, das sie den Gesellen am Fronleichnamstage geben.

In derselben Zeit etwa wurde die Huterordnung für die Meister und Gesellen dieses Handwerks vom Rate gegeben. Die Ordnung beginnt mit den herwandernden Gesellen: Wer auf der Durchwanderung — nur wegen eines Geschenkes — anhält, soll befriedigt werden; wer wegen Arbeit kommt, soll an den Meister gewiesen werden, der am längsten keinen Gesellen gehabt hat. Der Meister soll ihm mit einem Ei, mit Schmalz und mit einem Achtering Wein aufwarten. An Fasttagen ist das entsprechend zu ersetzen. Wer mit einem Weibe gewandert ist, soll nicht gefördert werden, außer bei besonderer Armut. An Arbeit soll der Geselle täglich zwei Frauenhüte oder drei Bürgerhüte oder vier „hussarische“ Hüte oder zwei Reitpaffenhüte leisten. Die Mehrleistung muß eigens vergütet werden: ein Frauenhut mit 8 Pfennig, die anderen Arbeiten niedriger. Es folgt dann die Auseinandersetzung, wie viel Hüte aus den verschiedenen Arten von Wolle zu machen sind. Der Wochenlohn einschließlich des Weines wird mit 60 Pfennig festgesetzt. Wer das erstemal hier arbeitet, soll in die Büchse 5 Pfennig und weiter wöchentlich 1 Pfennig erlegen. Jeder Gesell soll Urlaub haben, wenn er dessen bedarf. Was der Geselle verdirbt, muß er beim Weggehen dem Meister ersetzen, auch Ei und Schmalz und Wein bezahlen. Mitten in der Woche zum Meister Kommende erhalten erst in der nächsten Woche Arbeit. Das Abreden von Gesellen durch einen Meister wird gestraft. Nun werden die Bestimmungen für das Aufdingen und Freisagen behandelt. Wenn der Lehrling ausgelernt hat, soll ihm der Meister 1 Pfund Pfennig geben. Der neue Geselle „verschenkt dann seinen Namen“ gegen einen Wochenlohn und tritt seine Wanderschaft an. Wenn der Zechmeister das Opfer ansagt, muß jeder sein Opfer leisten. Wer dies ohne triftige Gründe unterläßt, wird mit $\frac{1}{4}$ Pfund Wachs bestraft. Wer bei der Versammlung schilt, böse verbotene Worte braucht, nicht schweigt, wenn der Zechmeister Schweigen gebietet, erleidet dieselbe Strafe. Wer Meister hier werden will, muß außer der Erfüllung der gewöhnlichen Bedingungen unter Bürgschaft versprechen, daß er innerhalb eines Jahres heirate, muß $\frac{1}{2}$ Pfund Pfennig zu Burgrecht und $\frac{1}{2}$ Pfund Pfennig in die Zeche zahlen und ein Meistermahl geben. Von diesem Mahle ist derjenige,

der die Tochter eines Meisters heiratet, sowie auch der Sohn eines Meisters befreit. Es ist dies die gewöhnliche Begünstigung.

Eine Aufzeichnung vom 13. April 1546 sagt uns auch über dieses Gewerbe noch Wesentliches: Es hat acht Meister, deren jeder vierteljährlich 12 Pfennig, und falls er einen Gesellen hat, noch wöchentlich 1 Pfennig zahlt. Mehr als einen Gesellen hat wahrscheinlich kein Meister. Die Ausgaben gelten lediglich dem Gottesdienst und der Unterstützung kranker oder sonst bedürftiger Gesellen und betragen jedenfalls nur einige Schilling; genannt sind sie nicht.

Am 21. Jänner 1567 erhalten auch die Huter vom Rate eine Weisung, ihre Arbeit „gut und aufrecht“ zu machen; unter einem wird ihnen mitgeteilt, daß es den fremden Hutern gestattet wurde, zum Jahrmarkt ihre Waren hereinzubringen und feilzuhalten. Nach einer Eingabe im Jahre 1570, in der sie aussprechen, bei der Aufstellung ihrer Verkaufsstände selbst die Reihung zu treffen, entscheidet der Rat am 15. März dahin, daß der älteste Meister bisher immer den vordersten Stand hatte, und so soll es bleiben! Auswärts auf Märkten mögen sie es halten wie es ihnen beliebt!

Von den Gürtlern erfahren wir in unserer Zeit nur die Ordnung, die am 7. September 1569 unter dem Bürgermeister Benedikt Roll erlassen ist, und deren Punkte recht bunt durcheinandergewürfelt sind. Wer Meister werden will, so beginnt sie, soll nach der Beibringung der Urkunden zuerst den Rat begrüßen, dann eine Mahlzeit geben. — Wer auf eine Ansage nicht erscheint, wird mit 16 Pfennig gestraft. — Jedes Jahr ist ein Zechmeister zu wählen. — Jeden Quatember ist eine Versammlung, bei der jeder 1 Groschen in die Lade zahlt. — Das Aufnehmen von Lehrlingen muß mit Wissen des Handwerks geschehen, wobei der Meister 15 Kreuzer zu zahlen hat. Die Lehrzeit dauert vier Jahre, nach deren Ablauf auch der Lehrling 15 Kreuzer zahlen muß. — Nun folgt die Besprechung des Feilhabens auf den Jahrmärkten. — Verfehlungen sind möglichst im Handwerk selbst auszutragen. — Fremde herkommende Gesellen sind in die leerste Werkstatt zu weisen. — An Sonn- und Feiertagen darf man die Gesellen nicht arbeiten lassen. — Wenn ein Meister aus bestimmter Veranlassung das Handwerk zusammenrufen will, soll er 1 Groschen zahlen; ein Geselle, der dies will, muß 2 Groschen in die Lade geben. — Kein Gürtler soll einem Riemer Gürtel verkaufen, sondern man solle sich da halten wie in Wien. Die ganze Ordnung ist vor dem Rate niedergeschrieben, und es scheint gar keine Beratung vorausgegangen zu sein. Die Zunft löste sich wohl mit dieser Ordnung erst von der Wiener los, auf die der letzte Punkt hinweist.

Wir kommen zu jenen Gewerben, welche die Vorbedingungen, die Stoffe und Mittel für die Bekleidungskünstler schufen und lieferten. Von denselben wollen wir zuerst die Tuch- und Kotzenmacher behandeln. Ihre Ordnung wurde am 26. November 1551 von dem Bürgermeister Lorenz Nagl bestätigt, ist neu zu Ehren des heiligen Severin errichtet. Wer das Handwerk treiben will, heißt es, muß nach der Beibringung der Urkunden 2 Pfund Pfennig und 1 Pfund Wachs geben, Meistersöhne und -schwiegersonne die Hälfte. Der Meister soll 24 „gänge schweifen“; er darf nur einen Lehrlingen haben, der drei bis vier Jahre lernen muß. Beim Aufdingen muß der Meister 1 Pfund Wachs und 4 Kannen Wein geben. Der Ausgelernte wird Knappe; er hat zu Knappenrecht $\frac{1}{2}$ Pfund Pfennig, 2 Kannen Wein und 4 Semmeln zu geben; Meistersöhne die Hälfte. Die Meister vom Lande dürfen in der Stadt nur ganze Stücke verkaufen, außer zur großen Kirchweih und an den drei Jahrmärkten, nämlich zum Palmtag, zur Zemendorfer Kirchweih und zu St. Michel; an diesen Tagen dürfen sie auch ellenweise verkaufen. Kuhhaarige Decken dürfen die Meister vom Lande nur zur großen Kirchweih

feilhalten. Der von auswärts kommende Knappe soll sich durch den Zechmeister zum Knappenmeister weisen lassen, der für ihn um Arbeit wirbt. Er selbst darf bei Strafe von $\frac{1}{4}$ Pfund Wachs nicht werben. Wenn er dann in die Arbeit eintritt, muß er 13 Pfennig erlegen. Kein Meister darf einem anderen, bei Strafe von 1 Pfund Pfennig, das Gesinde abreden. Der Knappe, der anderwärts eine Ehefrau hat, soll nur dann gefördert werden, wenn er Kundschaft bringt, daß er mit Willen derselben dem Handwerk nachgeht. Kein Knappe soll mitten in der Woche ausstehen, kein Meister mitten in der Woche entlassen, sondern nach der Arbeit am Samstag oder Sonntag bei Strafe von 1 Pfund Wachs. Kein Knappe darf in der Werkstatt eines anderen Meisters arbeiten, er habe denn seinem Meister acht Tage gekündigt, bei Strafe von 1 Pfund Wachs. Ein Knappe, der auf die Stöhr zieht, soll nicht gefördert werden, ehe er sich mit dem Handwerk verständigt hat.

Am Fronleichnamstag wählen die Knappen einen Zechmeister, die Meister einen Knappenmeister. Beide haben einen Schlüssel zur Lade. Alle vier Wochen ist eine Handwerksversammlung; jeder Knappe zahlt da den Wochenpfennig; am Fronleichnamstag gibt jeder Meister 12 Pfennig als Jahres-schilling. Der Knappenmeister ist davon frei. Nun folgen Mahnungen zu Zucht und Ehrbarkeit. Am Fronleichnams- und St. Severinstage muß jeder in die Zunft kommen; der Gottesdienst der Zeche ist an den vier Frauentagen Maria Reinigung, Verkündigung, Himmelfahrt, Geburt, ferner zu St. Severin (23. Oktober) und an den Quatembersonntagen. Wenn ein Zunftmitglied stirbt, gehen alle mit der Leiche; dabei bestimmt der Knappenmeister, wer die Kerzen zu tragen hat.

Diese Zunftordnung hält eine bessere, wenn auch nicht vollkommene Systematik ein. Zu derselben Zeit, am 8. April 1546, wird auch über den Haushalt der Tuch- und Kotzenmacher berichtet. Wir kennen bereits die Einzahlungen der Meister und der Knappen.¹⁾ Die Hauptausgaben sind für den Gottesdienst. Wenn ein Priester nicht zu haben ist, was oft vorkommt, wird die entsprechende Summe den Armen im Spital zugewendet; wenn ein Knappe des Handwerks krank wird, bekommt er auch eine Unterstützung aus der Lade.

Eine Mahnung ergeht einmal, am 27. November 1571, vom Rate an das Handwerk: Einem Handwerksgenossen war wegen einer Widersetzlichkeit eine Strafe von 5 Gulden durch die Handwerksversammlung auferlegt worden; es wurde ihnen bedeutet, daß sich das nicht gebührt habe. Die Sache hätte durch den Rat gehen müssen.

Die Tuch- und Kotzenmacher bedurften für ihre Arbeit einer Stampfe, die sie von der Gemeinde pachteten. Sie lag im Norden vor dem äußeren Wienertore.

Den Tuch- und Kotzenmachern reihen sich die Weber an; auch bei ihnen waren Meister und Gesellen, die sie ebenfalls Knappen nennen, noch weit in unsere Zeit hinein mit einer gemeinsamen Ordnung begabt. Erst am 22. Mai 1583 erhielten die Knappen eine eigene Ordnung. Dieselbe ist mit Bewilligung des ganzen Handwerks von den zwei Zechmeistern und den „Altknechten“ verfaßt. Die Basis zu derselben bildet die Ordnung der Wiener Weberknappen, die von Wien aus durch das ganze Land, ferner nach Ungarn, nach Oberösterreich, von dort nach Passau und Regensburg, weiter nach Olmütz und in andere Städte von Mähren gedrungen ist. Die ganze Ordnung begnügt sich damit, auf die Wiener Ordnung hinzuweisen. Wegen der Trennung der Knappen fühlen sich auch die Leinweber selbst veranlaßt, 1589 eine neue Handwerksordnung zur Bestätigung an den Rat vorzulegen;

¹⁾ Jeder Meister entrichtet vierteljährlich 2 Kreuzer, jeder Knappe wöchentlich 1 Pfennig, ein eben hergekommener Knappe 10 Pfennig.

allein dieser weist die Vorlage am 1. September zurück, indem er gegen mehrere Artikel Einsprache erhebt. Am 10. April 1546 hat auch die Weberzeche ihre Einnahmen und Ausgaben, freilich ganz allgemein, aufgezeichnet. Es ist die wiederholt bei den Handwerken vorkommende Gebühr: der Meister gibt vierteljährlich 2 Kreuzer, der Geselle jeden Sonntag 1 Pfennig; die Ausgaben betreffen lediglich den Gottesdienst.

Dagegen legen die Lederer am 12. April 1546 einen eingehenden Ausweis über ihren Besitz und ihre Gebarung vor, was für eine gute Ordnung in der Zunft spricht, die auch zu den wohlhabenderen zählt. Hat sie doch auch einmal dem Rate selbst im Jahre 1526 zur Bezahlung von Steinen zu einem gewölbten Wasserlauf mit einem Darlehen von 12 Pfund Pfennig ausgeholfen. Ihr Einkommen besteht zunächst in der Einlage der Meister mit 1 Pfennig wöchentlich, in Zinsen für einen Laden bei St. Niklas jährlich 5 Schilling, für drei Wiesen, zwei Tagwerk vor dem Fleischhackertor, vier Tagwerk bei dem hölzernen Kreuz, zwei Tagwerk zu Lanzenkirchen, zusammen jährlich 10 Schilling; für drei Äcker, zusammen zwei Tagwerk, am Fischauer Weg, zusammen 2 Batzen, für einen Krautgarten in den Zehnern 8 Kreuzer. Die Ausgaben für die Wiesen, die Äcker und den Krautacker machen 74 Pfennig aus, die ins Rentamt zu zahlen sind; von einem „Holz“ sind 6 Pfennig Dienst nach „Püttenberg“ zu leisten. Dem Priester gibt die Zunft vierteljährlich 4 Schilling außer den anderen gottesdienstlichen Auslagen.

An freiem Besitz ohne Dienst nennt die Vorlage auch kirchliche Gegenstände: ein Meßgewand, einen Kelch mit Patene, die oben bezeichneten Grundstücke und den Laden. Der zur Herrschaft Pütten dienstbare Wald der Zunft liegt zu Katzelsdorf im „Gaisgraben“.

Es sind aus unserer Zeit noch ein paar Nachrichten erhalten, die von dem heiteren Sinn der Ledererknechte Zeugnis geben. Am 12. August 1578 bewilligt ihnen der Rat auf ihr Ansuchen, mit Trommeln und Pfeifen zu gehen, nur sollen sie sich anständig aufführen. Es ist zum Jahrmarkt gedacht. Ähnlich wird ihnen am 6. August 1587 ein Saitenspiel gestattet, mit dem sie auch auf die Gasse gehen können: sie mögen sich bescheiden verhalten!

Eine Beschwerde erheben sie einmal (1575) gegen die Fleischhauer, die ihnen nicht alle Felle (das „jung gefil“) überlassen wollen.

Wir schließen hier gleich die Weißgerber an, über die jedoch in unserer Zeit nur ganz spärliche Nachrichten vorliegen. Eines geht schon jetzt aus den erhaltenen Notizen hervor, daß sie von dem Forstmeister als Leute gefürchtet wurden, die gern dem Wilde nachstellten. Und wenn irgendein Schaden am Wildstande des Föhrenwaldes festgestellt war, richtete sich jedesmal auch der Verdacht und die Anklage gegen die Neustädter Weißgerber. So zum Beispiel im Jahre 1564, so daß am 14. August ein Befehl Kaiser Maximilians II. an Neustadt erließ, die hiesigen Weißgerber vor den Forstmeister in den Auhof zu stellen, um sich von dem auf sie fallenden Verdachte zu reinigen oder gestraft zu werden. Die Nachstellungen galten natürlich nicht dem Fleische, sondern dem Felle des Wildbrets. Im erwähnten Falle war indes keine Strafe nötig. Auch die Weißgerber brauchten eine Stampfe und pachteten dieselbe von der Stadt. Der Pachtzins betrug (1564) 25 Gulden. Eine weitere Nachricht vom Jahre 1580 spricht nur davon, daß ein Weißgerbermeister seinen Lehrbuben, der allerdings verschiedenes angestellt hatte, über die Maßen geschlagen habe, und daß Meister und Junge gewarnt wurden.

Die Riemer bewerben sich erst gegen das Ende unserer Periode (1586) um eine Handwerksordnung. Doch besteht das Handwerk selbst schon lange hier; denn am 18. November 1586 entscheidet der Rat: Wer 4 Gulden

zum Meisterstück erlegt hat, soll Meister bleiben. Die Fertigstellung dieser Ordnung zieht sich jedoch weiter über das Jahr 1590 hinaus.

Der behandelten Kategorie der Gewerbe stehen nahe die Sattler, von denen in Neustadt die Kummetmacher als ein eigenes Handwerk getrennt, während sie sonst vereinigt sind. Beide erhalten am 5. Juli 1558 vom Rate den Auftrag, sich nach der Organisation in Wien zu richten, wo beide gleichfalls nur ein Handwerk bilden. Gegen Ende des behandelten Zeitraumes ist auch der Bestand der Seiler in unserer Stadt feststehend, aber ohne Organisation.

Den Handwerkern zur Anfertigung der Holzgeräte müssen wir den Zimmermann vorausschicken, der noch immer zum großen Teile das Haus selber herstellt. Man empfindet jedoch aus den Nachrichten, daß dieser Wirkungskreis nach und nach kleiner wird, wie jener der Maurer wächst. Am 9. April 1546 legen auch die Zimmerleute den Ausweis über ihren Haushalt vor. Nach demselben besitzen sie einen Garten vor dem Wienertor am Fluchtgraben, der jährlich einen Zins von 10 Kreuzer zur Einnahme bringt. Sonst sind nur mehr die Wochenpfennige als Einnahme zu verzeichnen. Die Ausgaben betreffen nur den Gottesdienst, zu dem sie 3 bis 5 Pfund Wachs brauchen, und den Priester, der von der Zunft 2 Pfund Pfennig bekommt. Nun werden freilich ein paar ungünstige Bemerkungen angehängt: Die auf dem Gei sind, auswärts arbeiten, wollen nichts zu den gottesdienstlichen Auslagen beitragen; auch zum Wochenpfennig kommen sie nicht. Und der Brunnmeister der Burg sagt, er sei nichts zu geben schuldig, obwohl er ebenso gut zimmert wie die anderen. In diesem letzten Falle war freilich nicht viel zu machen.

Auch bei dem Zimmermannshandwerk gab es Spannungen zwischen Meistern und Gesellen, bis eine vom Rate am 1. September 1573 genehmigte Übereinkunft denselben ein Ende machte. Eine bedeutende Persönlichkeit war der kaiserliche Zimmermann Johann von der Linden: Ferdinand verlieh der Witwe desselben und ihren Erben eine Hofstatt zu freiem Eigen gegen einen jährlichen Dienst von 8 Pfennigen an das Rentamt. Am 12. August 1552 stellte Ferdinand I. den Zimmermann Hans Mallerstorffer (nach dem Tode des Oswald Stainer) wegen seiner Geschicklichkeit und Tüchtigkeit als Brunnenmeister in Neustadt an, ließ ihm eigens eine Wohnung bauen und einrichten. Er erhielt die bedeutende Besoldung von 52 Pfund Pfennig aus dem Rentamte bewilligt; auch von ihm war natürlich kein Beitrag zu den Lasten der Zimmermannszeche zu erwarten, ja der Kaiser erließ ihm am 23. Juni 1571 auch die ganze Steuer und trug dem hiesigen Rate auf, ihn nicht zu beschweren.

Zu den wichtigsten Handwerkern für die Herstellung der Holzgeräte zählen die Tischler. Von denselben liegen zwei Handwerksordnungen vor. Die erste wurde am 13. Oktober 1569 von dem Bürgermeister Benedikt Roll bestätigt, umfaßt Meister und Gesellen. Sie hält sich im ganzen an die gewöhnlichen Handwerksbedingungen. Bezüglich des Meisterstückes hat sie genaue Bestimmungen zu dem Zwecke, daß die angefertigten Stücke leicht verkäuflich seien und keinen Ballast in der Wohnung des neuen Meisters bilden. Es soll gemacht werden erstens ein Tisch mit Lädeln und Kunstteilung, zweitens eine Truhe mit Kunstteilung, drittens ein Brettspiel. Die Frist für die Fertigung ist ein Jahr. Den Meistern ist beim Meisterwerden nichts zu geben. Das Holz, das in die Stadt kommt, soll unter alle gleichmäßig verteilt werden. Auswärtige Tischler dürfen vor 10 Uhr kein Holz kaufen. Die Waren derselben dürfen nur an Freimärkten verkauft werden. Da in dem Handwerk Unordnungen, Irrungen überhandnahmen, so daß der Bestand der Zunft in Frage gestellt war, legten die

Tischler, wieder Meister und Gesellen, im Jahre 1580 eine neue Ordnung vor. Dieselbe setzt genau die Stunde der Versammlungen fest: alle vier Wochen um 12 Uhr im Hause des Zechmeisters; das Ausbleiben wird mit $\frac{1}{4}$ Pfund Wachs bestraft. Bei einem Streit zwischen einem Meister und Gesellen sollen, falls es zur Strafe kommt, die Meister den Meister, die Gesellen den Gesellen strafen. Wer gestört oder bei einem Störer gearbeitet hat, soll keinem Meister zugeschickt werden. Doch kann er sich binnen 14 Tagen mit dem Handwerk vergleichen. Wer seinen Namen nicht verschenkt hat, soll nicht über vier Wochen gefördert werden.

Der Rat gibt seine Zustimmung zu der neuen Ordnung. Dieselbe wurde indes trotz Mahnungen des Rates wieder nicht befolgt, so daß die Tischlermeister 1581 einmal wegen ihrer „Ungefügigkeit“ in den Turm erkannt wurden. Doch wurde nachträglich (25. April) von dieser Strafe Umgang genommen, da sie jetzt gehorsam seien.

In der Folge verlaudet vom Handwerke der Tischler noch einiges über Meisterstücke: Im Jahre 1584 kommt es vor, daß die Neustädter Tischler das Wiener Handwerk ersuchen, zwei Meister von dort nach Neustadt herzuschicken, die mit zwei hiesigen Meistern und zwei Männern des Rates ein Meisterstück besichtigen und prüfen sollen, das wohl andere Gegenstände als die in der Ordnung bezeichneten vorlegte. Das Ergebnis der Prüfung ist nicht weiter berührt. Im Jahre 1586 wollten zwei Meister einen Kasten als Meisterstück vorweisen: das wurde nicht als gültig angenommen, mußte durch ein anderes ersetzt werden. Im Jahre 1587 wurde ein Meister aus früherer Zeit, der als bejahrter Mann am mangelnden Gesichte litt, zur Anfertigung eines Meisterstückes gedrängt, oder er solle sich aus der Stadt ziehen. Er wurde von den anderen verfolgt, am Verkaufe seiner Arbeiten gehindert, so daß die Sache bis an den Kaiser ging. Rudolf II. erteilte am 1. Juni 1587 dem Rate den Auftrag, dahin zu wirken, daß der alte Mann sein Handwerk ungehindert ausüben könne.

Die Wagner sind noch keine selbständige Zunft; sie werden am 21. Februar 1581 erwähnt, wo der Rat ihre Eingabe gegen auswärtige Wagner und gegen deren Hereinführen und Verkaufen von Wagen und anderen Geräten dahin bescheidet, daß dies an den Jahrmärkten gestattet sei.

1573 werden auch die Drechsler erwähnt, gleichfalls zur Wiener Zeche gehörend, die sich beschwert, daß sich einer bei dem Handwerkstage nicht eingefunden habe. Ein Auftrag des hiesigen Rates zwingt ihn, sich bei den Wiener Drechslern binnen acht Tagen zu melden. In demselben Jahre beschweren sich die hiesigen Drechsler gegen einen Sieber, der verschiedene Dinge zusammenkaufe und feilhalte.

Bei der Zeche der Binder sind schon in der Ordnung vom Jahre 1513 Meister und Gesellen getrennt. Die Bestätigung von dem Bürgermeister Vinzenz Kalchgruber für die Meister ist vom 17. November, jene für die Gesellen vom 22. November 1513. Die Ordnung für die Meister enthält außer den gewöhnlichen Zunftordnungsbestimmungen zunächst eine besonders weitgehende Beschränkung des Verkaufes der auswärtigen Faßbinder: sie dürfen nur von Maria Himmelfahrt (15. August) bis Martini (11. November) an den Wochenmarkttagen und zu den drei Jahrmärkten hier feilhaben. Was auswärtige Binder hier arbeiten, wird ihnen weggenommen. Die Ordnung der Gesellen verbreitet sich beinahe nur über den Gottesdienst zu Ehren der Jungfrau Maria und des hl. Urban (25. Mai) und am Sonntag nach Michaelis. Der Gottesdienst wird in der Peterskirche gehalten. Am Fronleichnamstage müssen sie mit der Prozession gehen, an den Quatember-sonntagen zum Meisteropfer erscheinen. Weiter folgt die Mahnung zu

Anstand und Ehrbarkeit; fremde Gesellen werden an den Altgesell gewiesen. Im Jahre 1546 legt die Zeche am 8. April den sehr einfachen Ausweis über ihre Einnahmen und Ausgaben dem Rate vor. Die Einnahmen bestehen aus den Quatembereinlagen der Meister, je 6 Pfennig, aus den wöchentlichen Pfennigen und den vierteljährlichen je 3 Pfennigen der Gesellen. Die Ausgaben beschränken sich auf jene für den Gottesdienst. Im Jahre 1553 richten die Neustädter Binder einmal ein Ansuchen an den Kaiser um Binderholz aus dem Wienerwald; die Stadt hatte eben kein solches Holz zur Verfügung. Auch das Binderhandwerk hat seine Streite: im Jahre 1546 zweier Meister und ihrer Gesellen gegen die anderen, im Jahre 1583 der Meister gegen die Gesellen: beide Teile werden am 14. Jänner vom Richter auf ihre Handwerksordnung verwiesen.

Indem wir hier die Faßzieher anschließen, haben wir nur einer Instruktion für dieselben vom 3. März 1569 zu gedenken. Sie enthält lediglich die Taxen für das Ziehen der Fässer verschiedener Weine nach deren Bestimmung, ob über den Semmering oder den Kaumberg zu führen, ob nach Böhmen, Mähren, Schlesien zu verfrachten. Letzteres erfordert die höchste Entlohnung, für den Eimer auf- oder abziehen 3 Pfennige.

Der Sieber geschieht außer der obenerwähnten Beschwerde der Drechsler nur noch einmal Erwähnung, nämlich am 26. Juni 1573; sie sind im Streite mit dem Wiener Handwerke, und der Rat schreibt an jenem Tage dem Wiener Rat, daß die hiesigen Sieber durch die Wiener an- und aufgehalten werden, daß schon längst ein Vergleich hätte geschlossen werden können. In der Tat kam dann eine Ausgleichung zustande.

Zu den Metallarbeitern übergehend wenden wir uns vorerst den Schmieden zu. Die Hufschmiede, Scherschmiede, Hackenschmiede und deren Knechte erhalten eine von dem Bürgermeister Stephan Geinberger bestätigte Handwerksordnung am 7. Juli 1505. Wer Meister werden will, muß ein Pferd beschlagen und einen Wagen beschlagen; der Hackenschmied muß eine Hacke machen. Jeder muß ein Meistermahl geben. Kein „Gschmeidler“ soll rauhe Arbeit machen. Bezüglich des Kohlenverkaufes, der auf dem Markte geschehen muß, haben die Schmiede eine Vereinbarung mit den Schlossern getroffen. Am Quatembersonntag zu Michaelis wird der Zechmeister gewählt; die Knechte wählen einen Herbergsvater, ferner alle Quatember zwei Altgesellen. Jeden Quatembersonntag sind 13 Pfennige in die Bruderschaft zu erlegen. Nach acht Tagen Arbeit kann der Meister mit dem Gesellen abschließen. Die Gesellen haben fünf freie Wanderzeiten: Weihnachten, Ostern, Pfingsten, St. Jakob (25. Juli) und St. Michael (29. September). In der Zwischenzeit muß der Geselle acht Tage aufsagen. Der Junger muß immer 14 Tage kündigen; er hat alle 14 Tage 2 Pfennige zu erlegen. Dann folgen eingehende Weisungen über Ehrbarkeit und Anstand. Ein Spiel ist nur zu Weihnachten zur Kurzweil erlaubt. Wenn die Knechte beim Herbergsvater sind, soll jeder 2 Pfennige in die Zeche niederlegen. Gegen Ende der sechziger Jahre des 16. Jahrhunderts verfassen die Schmiede zu einer neuen Ordnung einen Entwurf, der sich im Wesen gar nicht von der früheren Ordnung unterscheidet.¹⁾ Derselbe trat dann jedesfalls in Wirksamkeit. Da diese Neuerung jedoch ohne Wissen des Stadtrates geschaffen worden war, wurde eine Strafe vorbehalten,²⁾ die aber nicht zur Ausführung kam. Unter einem billigt der Rat ihren Preis von 12 Pfennig für das Aufschlagen eines Hufeisens, den sie hatten berichten müssen.

¹⁾ LVIII. 4/1.

²⁾ Sitzung vom 18. Jänner 1569.

Die Ordnung der Schlosser entstand wenige Jahre nach jener der Schmiede, 1508 (oder 1509); sie ist von dem Bürgermeister Hans Osterberger und dem Rate bestätigt. Die Schlosserordnung enthält außer den gewöhnlichen überall wiederkehrenden Punkten die Bestimmungen, daß ein Schlossermeister keinen Sporer- oder Pankretzerknecht aufdingen darf; die Schlosserknechte sollen keine heimlichen Zusammenkünfte mit jenen haben; die Tandler sollen keine ganzen Schlösser feilhaben. Die zur großen Kirchweihe hereinkommenden Schlosserwaren müssen beschaut, die schlechten weggenommen werden. Bezüglich des Kohlenkaufes besteht eine Vereinbarung mit den Schmieden. Dann folgen Mahnungen zu ehrbarem Betragen. Die Gesellen haben zwei „Urten-Gesellen“, welche den herkommenden Gesellen die Arbeit vermitteln. Die Gesellen haben ihre eigene Büchse, die sie zu Weihnachten und zum Fronleichnamstage vor den Meistern öffnen müssen. Der Meister soll den Gesellen, um sie zum Fleiß zu spornen, zum Frühstück, zum Frühstück, zur Jause, zum Abendmahl je ein Seidel Wein geben; wenn der Wein teuer ist, nur zwei Seidel im Tage; nach einer „Werkwoche“ soll Montag die Werkstatt um 4 Uhr geschlossen werden. Die Gesellen sollen Sommer und Winter früh um 4 Uhr zur Arbeit kommen, abends um 7 Uhr enden und sofort in des Meisters Haus kommen. Donnerstag sollen die Gesellen einen Braten haben. Zum Schlusse werden die verschiedenen Arten von Schlosserarbeit aufgezählt.

Auch bei den Schlossern tut ein kaiserlicher Handwerker den bürgerlichen Meistern Eintrag: es ist ein Büchsenmeister, und über Befehl legt der Rat den Schlossern auf, demselben und seinen Gesellen keine Irrung zu bereiten (30. Jänner 1568). Andere kleine Störungen gehen von Meistern verwandter Handwerke aus. Diese sind die schon erwähnten Sporer, Pankretzer, die wohl als hier tätig genannt werden, aber nicht organisiert sind, keine Zunft bilden. 1560 wird ein Feilhauer genannt, der nach einer Zuschrift von Nürnberg (vom 14. August) gegen das Handwerk gehandelt¹⁾ hat. In der Ratssitzung vom 12. April 1590 wird wieder ein Griffelschmied als Störer der Schlosser namhaft gemacht; ebenso ein Gschmeidler, der offenbar nur feine Metallarbeit fertigen soll. Ein Großuhrmacher, Georg Herb, von Augsburg herkommend, der auf Eintreten Christoph Puchhaims von Krumbach als Inwohner aufgenommen wird, war wohl nicht zünftig. Der Rat übertrug ihm das Richten der Stadtuhr (gegen 10 Gulden rheinisch) und befreite ihn auf drei Jahre von allen Abgaben und Lasten außer dem Wochenpfennig und der Wacht. Er war also genehm und tüchtig.

Die Messerschmiede, Messerer, auch manchmal Messerer kurzer Arbeit genannt, sind wieder mit einer Handwerksordnung ausgerüstet. Im Jahre 1558 hatte sich der Rat (am 1. Februar) bei dem Rate von Wien beschwert, daß die dortigen Messerschmiede die hiesigen Gesellen nicht für redlich annehmen: es war eben nicht alles in Ordnung. Im Jahre 1560 berichtet dann der Rat nach Linz (am 22. August), daß er selbst auf einer Schleife, die er errichtet habe, die Messerer fördern wolle. Aber die Unordnungen waren nicht beseitigt, ein Streit brach aus (1566) mit jenen Meistern, die kurze und lange Arbeit (Schwertklingen) machten. Auch eine Kommission konnte denselben nicht beilegen: man werde in Wien anfragen. Um der Unordnung zu steuern, wurde dem Handwerk am 23. Dezember 1567 eine Zunftordnung verfaßt, zu der schon 1566 einige Punkte festgelegt waren. Dieselbe erklärt ausdrücklich, daß das Meistermahl abgeschafft sei, mahnt dann, daß Meister und Stückwerker kein verbotenes

¹⁾ CVI, 23.

Holz verarbeiten sollen. Zum Beschauen der Messer sollen ein Messerschmiedmeister, ein Klingenschmied (Peter Liechtenauer) und ein Schleifer (Sigmund Freidenstainer) bestimmt werden. Meister und Stückwerker sollen je vier Gesellen haben, so lange das Handwerk klein ist; wenn dasselbe wächst, mehr Meister zählt, sollen in einer Werkstatt nur zwei Gesellen sein. Die einmal angefangen haben, sollen nicht unterbrechen, damit die Arbeiten der Klingenschmiede, der Schleifer nicht gehindert werden.

Man hört der ganzen Ordnung das Provisorische an; es heißt auch am Schlusse, daß nach St. Pölten, nach Waidhofen an der Ybbs wegen Meisterordnungen geschrieben werden soll. Schon am 23. September 1569 kommen neue Bestimmungen, bestätigt vom Bürgermeister Benedikt Roll, für die Messerer für kurze Arbeit, die Schmiede und die Schleifer hiezu: den Stückwerkern werden höhere Preise bewilligt als den anderen Meistern; zwei bis drei Stückwerker dürfen einen Schmied und einen Schleifer haben. Die Schmiede dürfen keinem Ausländer Klingen schmieden. Aber am Ende wird wieder hinzugesetzt: Es soll noch weiter umgefragt werden. In der Folge ergibt sich, daß drei Messerer kurzer Arbeit einen Schleifer und eine eigene Schleife nicht zu fördern vermögen. Einen Vergleich der Messerer mit den Schleifern und Klingenschmieden genehmigt der Rat am 16. Juni 1573. Am 5. September 1577 wird einem Messerer wieder die Stadtschleife verpachtet, und am 30. Oktober 1590 pachtet das ganze Handwerk wieder die „obere Stadtschleife“. Denn mittlerweile hat die Gemeinde eine zweite Schleife eingerichtet; und da sich mittlerweile auch die Zahl der Messererwerkstätten vermehrt hat, bitten die Handwerksgenossen im Jahre 1591, ihnen auch die untere Schleife in Bestand zu verlassen: denn es sind jetzt acht Meister. Indem der Rat zur Bewilligung dieses Ansuchens geneigt ist, ordnet er die Besichtigung an, um allenfalls noch eine dritte Schleife einzurichten.

Eine eigentümliche Irrung zwischen Meistern und Gesellen ergab sich im Jahre 1576 wegen einer von den Gesellen erworfenen Katze! —

Die Waffenhandwerke, die ja erst seit kurzem freier arbeiten konnten, waren wohl in der Stadt vertreten, aber sie ahmten nicht die Organisation der übrigen Handwerke nach. Sie werden nur vorübergehend genannt; so die Klingenschmiede, die seit Anfang des 16. Jahrhunderts erwähnt werden. Eines Schwertfegers wird im Jahre 1589 gedacht, wo die unmündigen Kinder des verstorbenen Caspar Friedrich Gläubiger der Stadt werden. Sein Sohn Andre wird 1593 als Schwertfegergesell erwähnt; der Name eines anderen Schwertfegers (Niklas Gibl) erscheint am 16. Juni 1592; ein Plattner, Verfertiger von Brustpanzern, wird 1529 genannt, Hans Liechtenwinkler; ein anderer zugleich mit Niklas Gibl im Jahre 1592: Mert Aman. Eine wichtige Frage wurde im Jahre 1592 auf Anregung der niederösterreichischen Kammerräte an Neustadt zur Begutachtung gestellt, ob man nicht durch Eisenarbeiter Rüstzeug, Büchsen, Harnische im Inlande herstellen lassen könnte, damit nicht das Eisen hinaus- und die gefertigten Waffen hereingebracht werden müßten. Doch blieb die Anregung unterdessen tot liegen.

Die Kerzler, die als selbständige Gewerbsleute seit der Mitte des 16. Jahrhunderts hervortreten, stehen etwas abseits von den anderen Gewerben. Eine Hauptfrage bildet die Beschaffung des Unschlitts, wegen dessen sie wiederholt mit den Fleischhauern in Streit geraten, bis der Rat selbst den Unschlittpreis bestimmt, aber auch die Satzung für die Kerzler aufstellt. So beschließt der Stadtrat zum Beispiel am 17. November 1562, daß die Kerzenmacher das Pfund Kerzen an die hiesigen Käufer um 14 Pfennig, an die auswärtigen um 16 Pfennig zu verkaufen haben. Aller-

dings fehlt es auch hier nicht an Preisüberschreitungen und an minderer Ware, so daß Mahnungen und Warnungen notwendig werden. So am 18. November 1572; am 24. November 1583 wird genau vorgeschrieben, daß von den Pfennigkerzen 18 auf ein Pfund gehen dürfen, das eben 18 Pfennig ungarisch oder einen Batzen deutsch kostet. Am 28. September 1589 kommt es sogar zu einer Vorforderung der gesamten Kerzler wegen ihrer Preisüberschreitungen. In Zeiten des Viehmangels wird die Unschlittausfuhr überhaupt verboten, wie 1550, dann 1554, 1559, 1562, 1563, 1570 und zu Ende unserer Periode, so am 1. Oktober 1591, wiederholt am 1. Oktober 1594 von Kaiser Rudolf II. Bei den Kerzlern erscheint auch der Maurer Franz Dury, als solcher 1592 genannt. Solche Vereinigungen zweier Handwerke in einer Person, vom Stadtrate erlaubt, kommen sehr selten vor: der Mann griff offenbar zu einem zweiten Gewerbe, weil ihn das erste nicht nährte, und der Stadtrat gab dies durch seine Bewilligung zu.

Auch die Bader bildeten eine Zeche; es hat sich in derselben seit dem Schlusse des Mittelalters nichts im System geändert. Freilich die Erwerbsverhältnisse waren sehr verschlechtert. Obwohl das Judenbad abgekommen war, konnte das Wienerbad mit dem Zins an die Gemeinde nicht nachkommen, fiel derselben 1526 heim, die es gegen Zahlung dieses Zinses (20 Pfund) dem Bischof verkaufte. Am 14. April 1546 legen auch sie einen Ausweis ihrer Einnahmen und Ausgaben vor. Sie besitzen: eine Wiese zu Sollenau, eine saure Wiese gegen Fischau. Meister und Knechte geben jeden Sonntag einen Pfennig in die Lade. Die Ausgaben werden nur für Kirche und Gottesdienst gemacht. Bei Infektionszeiten werden sie natürlich ihres Verdienens verlustig.

Auch ein Barbierer erscheint einmal als selbständiger Handwerksmann nach 1591 und erlegt sein Batzengeld.

Eine wichtige Genossenschaft für die Stadt und für ihre Verbindung mit der Umgebung ist jene der Fuhrleute und Landkutscher. Ihre Ordnung stammt noch aus der Zeit Maximilians I., vom 23. November 1513. Die Patrone der Zeche sind der hl. Nikolaus und der hl. Sebastian. Die Ordnung beginnt mit den Zahlungen, die für jeden Fuhrmann und für jeden Wagenknecht vierteljährlich 12 Pfennige beträgt und insbesondere zum Gottesdienste verwendet wird. Wer erst in die Innung eintritt, muß sich mit einem Pfund Wachs einkaufen. Die Fuhrleute können Waren von Judenburg bis Wien führen. Was hier an Waren zu fassen ist, soll nur mit Wissen der Zechmeister — die Zunft hat deren zwei — aufgenommen werden. Beim Fahren wird eine Reihe eingehalten; wer am längsten gewartet hat, kommt zuerst daran; wer jedoch Gut hergeführt hat, soll es auch weiter führen; kommt es von ferne, aus Steiermark, soll er 8 Pfennig in die Büchse geben. Dasselbe geben auch fremde Fuhrleute, die etwa Waren hier fassen und nach Wien führen wollen. Eine allfällige Lohnerhöhung kann nur mit Wissen der Zechmeister stattfinden. Die hiesigen Fuhrleute sollen keine Gemeinschaft mit den fremden haben. Übertretungen der Ordnung werden mit Wachs oder mit Geld bestraft. „Große“ Sachen müssen vor den Rat kommen.

Der Rat behält sich Änderungen der erlassenen Ordnung vor. Statt dessen hat er jedoch erst am 29. April 1550 eine neue Fuhrmannsordnung erlassen. Dieselbe hält sich im Wesen ganz an jene des Jahres 1513 und hat nur ein paar neue Punkte aufgenommen: „Des Morgens sollen zwei Wägen, die am längsten gefeiert haben, auf dem Platze stehen und erst abends wieder wegkommen, sollen aber niemanden ohne Wissen der Zechmeister aufnehmen. Kein Knecht soll nach der Woche, jeder nach dem Jahre fahren. Bei den schweren Strafen wird auch die Robot erwähnt. Ein Wagen müsse

stets mit einem Faß voll Wasser für allfällige Feuersgefahr an einem bestimmten Orte bereitstehen. Das Gefäß müssen die Binder liefern.

Von Beschwerden und Störungen spielen namentlich jene gegen Bürger, die nicht zur Zeche gehören und Rosse besitzen, namentlich Kaufleute, Gastwirte, die erste Rolle. Die Beschwerden treten wiederholt auf; als Beispiel sei nur auf eine solche Eingabe der Fuhrleute vom 26. September 1589 hingewiesen. Etwas Gemütlichkeit im günstigen Sinne ist auch diesem Handwerke nicht fremd, so daß der Rat am 24. März 1569 einmal die Drohung ausspricht: Falls die Fuhrleute auf eine Einladung des Bürgermeisters nicht erscheinen, wie schon öfter geschehen, werden sie „stracks“ in den Turm erkannt werden.

Eigentümlich ist, daß die Innung den Rochus Pollatzi, der eigentlich Maurer war, den sie in ihre Zeche aufgenommen hatte, im Jahre 1577 zum Zechmeister wählte, und daß der Rat diese Wahl am 6. August bestätigte. Wir haben schon einer solchen Vereinigung von zwei Handwerken Erwähnung getan.¹⁾ Es betraf gleichfalls einen Maurer. Es scheint, daß in der leidigen, unruhigen und beunruhigenden Türkenzeit zu viel Maurer in der Stadt waren. Am 19. Juni 1591 beschwert sich dieser Maurer und Fuhrleutezechmeister, daß viele Bürger sich des Fuhrwerks anmaßen, worauf das Stadtgericht die „Billigkeit“ verspricht. Über die Preise für die Fuhren gibt uns ein Beschluß des Rates, freilich aus früherer Zeit, nämlich vom 12. Juni 1543, Aufschluß, der bestimmt, daß kein Fuhrmann von Wien für eine Person von Neustadt nach Wien, also für eine Rückfahrt, mehr als 8 Kreuzer, für einen Zentner Ware mehr als 6 Kreuzer verlangen dürfe.

Indem wir die Zinngießer, die Goldschmiede, die Steinmetze, mit denen auch die Maurer behandelt werden müssen, als Kunsthandwerker vor der Hand zurückstellen, fügen wir noch einige Worte über die Tagelöhner und Dienstboten an. Bezüglich derselben ist auf einen Generalerlaß von Kaiser Rudolf II. vom 28. November 1578 gegen deren „Unbotmäßigkeit und Mutwilligkeit“ hinzuweisen. Fremde Personen seien keinesfalls ohne „Passeport“ aufzunehmen und zu beschäftigen, bei sonstiger Strafe! Denn es müsse klar sein, ob sie regelrecht von ihrer Herrschaft geschieden seien, ob ihr Untertänigkeitsverhältnis ordnungsgemäß gelöst sei.

Am 1. Juni 1532 wird der Taglohn für diejenigen, die bei einer städtischen Bauarbeit mitbeschäftigt sind, mit 7 Kreuzer festgesetzt.

Die größeren unsere Fabriken vorbereitenden Anlagen setzen sich aus der friederizianischen Zeit fort und erfordern erst in der letzten Hälfte der Türkenzeit eine eingehendere Besprechung.

Den Übergang von den Handwerkern zu den Handelsleuten bilden einerseits die Gastwirte, deren wir ebenfalls erst in der nächsten Periode ausführlicher zu gedenken haben, anderseits die Tandler (Trödler) und die Pfaidler, die je einmal erwähnt werden, und die Hausierer und teilweise die Kramer. Schon im Jahre 1510 hat Kaiser Maximilian einen Erlaß gegen die ausländischen „Kramer und Hausierer“ gerichtet, der öfter wiederholt und am 2. Juni 1584 von Rudolf II. verschärft wird. Die Kramer in der damaligen besseren Bedeutung des Wortes sind jene Mitglieder der Kaufmannsinnung, Kramerzeche, die auch jetzt noch einzelne Gewerbetreibende aufnahm, die keine Zunft bilden konnten. Die Zunft war ziemlich freigebig und zum Wohlleben geneigt. Das kam in der neuen Kramerordnung vom 19. Juni 1565 zum Ausdruck. Es wird dort ausdrücklich festgesetzt, daß jährlich nur einmal, am Fronleichnamstag abends, ein Mahl mit möglichst geringen Unkosten gehalten werden darf, daß kein Weib hiezu berufen,

¹⁾ Siehe oben.

kein Bescheidessen ausgeschickt werden darf. Diese Bestimmung spricht deutlich genug. Am 22. Mai 1590 gibt die Zeche ein, daß zur Erhaltung alten Herkommens den Brüdern der Kramerinnung, welche mit ihren Portionen erscheinen — eine Verbilligung des Ganzen — ein „kleines Jäusl, doch aufs klugist“ gegeben werden dürfe, „so mit drei richten beschehen kann, und jedem Bruder ain halb Wein soll geben werden“.

In die Kramerzeche traten auch jetzt wie ehemals Männer schwächerer Handwerke ein, die noch keine Zunft bildeten. Ja auch wenn das Handwerk dann erstarkte, trat der ältere Meister gewöhnlich nicht mehr aus der Zeche aus. So finden wir bei der Kramerzeche die Namen von Plattnern, Zinngießern, Goldschmieden u. a., auch einige Maurer sind in derselben vertreten. Auch als Bruderschaft sind die Mitglieder der Kramerzeche von Bedeutung.

Die Kunsthandwerke sowie einige Vertreter jener Handwerke, welche der Kunst nahekommen, sowie schöne Gegenstände hervorbringen, sollen später bei der Behandlung der Kunst in Betracht gezogen werden.

Der Handel des 16. Jahrhunderts bewegte sich mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel noch in derselben Weise und in denselben Grenzen wie jener des Mittelalters. Doch waren wir mit dem fernen Orient, mit Indien und seinen Inseln durch die Republik Venedig in Verbindung gekommen. Die „venezianischen Waren“ haben allerdings eine besondere Stellung eingenommen und unterlagen eigenen Gebühren.

Vorausgehend muß bemerkt werden, daß in jener Zeit die Maße und die Gewichte geändert, erneuert wurden, und vor allem, daß sie vereinheitlicht werden sollten. Bisher war zum Beispiel von einem Neustädter Metzen, von einem Wiener, einem Kremser Metzen die Rede gewesen: es hatte förmlich jede Stadt ihre eigenen Einheiten. Ja sogar in derselben Stadt konnte man verschiedene Maße antreffen. So war in unserer Stadt selbst im Bischofshofe ein anderer Metzen im Gebrauche als auf dem Markte, und es wurde sogar noch am 18. Juli 1551 erlaubt, denselben zu gebrauchen, jedoch intern; nach außen gelte nur der städtische Metzen. Auch mit dem Längenmaße war es ähnlich gewesen. Nun wollte man wenigstens für ein größeres Gebiet gleichmäßige Maßeinheiten zu erreichen versuchen, wobei vielleicht noch gar nicht an das ganze Land gedacht wurde. Daß das neu herauskommende wirklich von der Behörde kam, wurde durch eine Stempelung bezeugt. Maße und Gewichte werden beschaut und sollen zimentiert werden. Am 20. April 1544 beschließt wohl der hiesige Rat, Schritte zu unternehmen, um seinen weit über das Stadtgebiet hinaus gangbaren Metzen zu behalten. Aber es fruchtete nichts, und am 20. Februar 1568 verkündete ein Generalerlaß, daß Kauf und Verkauf nur mit zimentierten Maßen und Gewichten vorgenommen werden dürfen. Die Stadt muß sich also fügen, und schon 1569 wird zum Beispiel den Schlossern und Schmieden auf ihr Ansuchen das Zeichen der Stadt für das zimentierte Maß in ihre zwei Kohlenmetzen hineingebrannt.¹⁾ Und im Jahre 1588 hat ein Erlaß Kaiser Rudolfs II. mit dem Hinweise auf die Nachteile der Verschiedenheit von Maß und Gewicht am 19. August festgesetzt, daß in ganz Niederösterreich nur der Kremser Metzen, nur die Wiener Elle, das Wiener Gewicht, die Wiener Holzklafter zu verwenden seien. Es war wohl der Unterschied in der Annahme der Basis, der den hiesigen Rat veranlaßte, am 30. April 1591 in einer Eingabe das Ansuchen zu stellen, daß Neustadt mit Rücksicht auf seine Privilegien bei seinem alten Maße bleiben dürfe. Die Bitte wurde

¹⁾ Den Lichtenwörthern wird dies am 27. August 1573 abgeschlagen.

nicht gewährt, doch wurde in der Antwort versichert, daß den Neustädter Freiheiten kein Abbruch geschehe. Neustadt setzte wohl den Widerstand noch mäßig fort, wollte die Revision der Maße und Gewichte nicht gestatten; ein Befehl der verordneten niederösterreichischen Kammerräte beseitigte auch diese Widersetzlichkeit.

Eine der wichtigsten Begünstigungen für den Handel von Wiener Neustadt war das Mautprivilegium der Stadt. Freilich wurde es oft und oft umgangen, oft bestritten, und es bedurfte jetzt wie früher immer wieder fürstlicher Befehle zum Schutze dieses Privilegiums. So ein Erlaß Ferdinands I. vom 21. Jänner 1524; ein Edikt vom 12. Dezember 1544 betont, daß die Mautfreiheiten der niederösterreichischen Städte sämtlich aufgehoben seien, nur jene von Wiener Neustadt sei belassen worden, mit Ausnahme der Maut für Waren von und nach Venedig und Welschland, die auch von den Neustädter Handelsleuten bemaute werden müssen. Am 12. Oktober 1588 ergeht von Rudolf II. an alle Behörden, an alle Mautner der Auftrag, die Neustädter mautfrei zu lassen, und am 8. Jänner 1590 wendet sich Erzherzog Ernst an Erzherzog Karl von Steiermark, um für Neustadt auch die Befreiung von der welschen Maut, der Maut für den Handel mit Venedig und Italien zu erlangen. Aus früherer Zeit ist schon betont worden, daß die Zeit der Privilegien auch die Zeit des Streites ist. Wie Wiener Neustadt, genossen auch andere Städte und Herrschaften Mautprivilegien. Schon in der nächsten Umgebung unserer Stadt gab es Mautvorrechte für Neunkirchen, für das Kloster Reichersberg, beziehungsweise für dessen Pfarreien Pitten, Edlitz, Bromberg, für Gleißfeld, für Schottwien; Aspang strebte danach, und es ist bezeichnend, wenn die niederösterreichischen Kammerräte am 31. Mai 1539 an Neustadt schreiben, immer die mit Paßbriefen vom Kaiser oder von der Kammer durchgeführten süßen Weine zu beschreiben, damit für allfällige Streite Materiale da sei. Und wie Wiener Neustadt sich beschwerte, wenn seine Bürger irgendwo Maut entrichten mußten, so fühlten sich auch diese anderen Städte gekränkt, wenn ihnen von unserer Stadt eine Mautgebühr abgenommen wurde. Im Jahre 1553 beschwert sich Graz gegen Neustadt, im Jahre 1583 Neustadt gegen Graz. Im Jahre 1573 beschwerten sich Handelsleute von Nürnberg, von Augsburg, von Ulm wegen Aufhaltung an verschiedenen Mautstätten, und Maximilian II. richtet deswegen eine Zuschrift an Neustadt. Hier dürfte es sich vorzüglich um ein längeres Hinhalten, um den Zeitverlust handeln. Wieder einen anderen Punkt der Mautfrage berührt es, wenn fremde Händler in Neustadt Waren kaufen und dieselben dann als Neustädter Gut nicht vermauten wollen. So laufen im Jahre 1578 Klagen gegen ungarische Händler ein, die aus dem eben ange-deuteten Grunde, gegen Pinkafeld fahrend, zu Aspang die Mautzahlung verweigern, wohl auf Grund einer Bestätigung von Neustadt, so daß die verordneten niederösterreichischen Kammerräte am 20. September 1578 vom hiesigen Rate verlangen, daß diese Ungehörigkeit abgestellt werde.

Eine naheliegende und seit alter Zeit geübte Art, sich der Neustädter Maut zu entziehen, war die Umfahrung derselben. Die Handelswaren sollten durch Neustadt geführt werden, wie noch der Erlaß Maximilians I. vom 17. Mai 1514 und der neuerliche Befehl vom 9. Mai 1515 kundmachen. Aber es gab im Westen und im Osten der Stadt Wege, um diese selbst zu vermeiden. Wohl waren die Überreiter da, die nicht weniger energisch vorzugehen verstanden als früher. Aber Unachtsamkeit und Unfließ, wie ihnen manchmal vorgehalten wird, und vielleicht Gefälligkeit gegen einen oder den anderen Vorüberfahrenden minderten den Wert dieser Straßenüberwachung wesentlich herab. Sogar ein Richter von Neunkirchen, Hans Hack, bediente sich verbotener Straßen (1538). Auf die Beschwerde von

Neustadt gibt Ferdinand I. den Bescheid an Georg von Wolfenreuth, daß man allenfalls auf „die Güter“ des Angeschuldigten greifen könne, damit Neustadt nicht Ursache habe, sich weiter zu beschweren. Es muß noch daran erinnert werden, daß vieles, was an Kauf- und Verkaufgut auf diese Weise beschlagnahmt worden war, auf oberbehördliches oder herrschaftliches Eintreten wieder freigegeben wurde. Am 9. Dezember 1515 weist die niederösterreichische Regierung darauf hin, daß es unnachbarlich wäre, wenn die beschlagnahmten Waren eines Wiener Kaufmannes nicht unentgeltlich wieder herausgegeben würden. Und ein Beschluß des Wiener Rates vom 17. Jänner 1516 sieht diese Herausgabe schon als ein Muß an. Am 9. August 1543 werden auf die Bitten des Bischofs und des Georg von Wolfenreuth sogar einigen Juden die wegen Umfahrung der Maut weggenommenen Waren gegen Zahlung von 50 Pfund Pfennig wieder zurückgegeben.

Wir haben bei der jetzigen Behandlung bisher die städtische Maut im Auge gehabt. Neben derselben gab es auch eine kaiserliche Maut, die „Freimaur“, in Wiener Neustadt, und natürlich war durch das Fahren auf verbotenen Straßen auch diese geschädigt. Neustadt hatte dieselbe in Bestand, und ein Befehl Ferdinands I. vom 12. März 1544 trägt Neustadt auf, von allen In- und Ausländern, die an die kaiserliche Maut an der Fische kommen, streng die Gebühr zu verlangen, da das Gefälle sonst großen Schaden leide. Kurz zuvor, am 28. Februar, hatte er Neustadt gedroht, überhaupt alle Freiheiten aufzuheben, da jeder Fremde, der sich ein Häusel in einem freien Orte — in Neustadt — erwirbt, die Befreiung von allen Abgaben in dem Handel mit Ungarn erlangt. Ein Befehl Maximilians II. vom 20. März 1572 gegen das Fahren auf verbotenen Straßen und in der Nacht ist ausdrücklich wegen dieser Maut erlassen. Maximilian II. habe einen Überreiter in Neustadt aufgenommen, der den Leuten allenfalls die Waren abnehmen werde. Niemand dürfe sich mit Unwissenheit entschuldigen! Diese strenge Anordnung wird von Kaiser Rudolf II. am 8. Februar 1589, namentlich bezüglich der Straßen nach und aus Ungarn wiederholt. Die kaiserliche Maut war an die Stadt verpachtet. Der Ertrag war nicht bedeutend; er machte zum Beispiel im Jahre 1577 bloß 15 fl 2 β 18 ſ , im Jahre 1584 auch 15 fl , dann 5 β 6 ſ aus.

Auch das Land Niederösterreich erhob in der Mitte des 16. Jahrhunderts noch einen Aufschlag, welcher als eine Maut zu betrachten ist. Auch diese Abgabe mußte Neustadt mitleisten; sein Ansuchen um Befreiung davon wurde am 29. Oktober 1560 abgewiesen, damit, wie es hieß, eine größere Gleichheit zwischen den Neustädtern und anderen Handelsleuten hergestellt werde.

Die Städte hatten gewissermaßen ihre Großhandelstage an den Märkten, für deren Hebung, Vermehrung viel Mühe verwendet wurde. Allgemeine Märkte, Märkte für alle Waren sind die Jahrmärkte: sie sorgen eben für größere Zeiträume; die Wochenmärkte sind hauptsächlich Lebensmittelmärkte und bekümmern sich um die wöchentlichen Bedürfnisse. Unsere Stadt hatte zwei länger dauernde Jahrmärkte, einen zu Maria Himmelfahrt, der sich auf vier Wochen ausdehnte, und einen zu St. Michael von 14 Tagen. Ferdinand I. verlieh am 16. Juli 1561 der Stadt zwei weitere Jahrmärkte, jeden zu acht Tagen: einen am Erichstag vor dem Faschings-tag, den zweiten am Sonntag in der „Kreuzwoche“, der Woche nach dem fünften Sonntag nach Ostern (Rogate). Störer dieser neuen Märkte werden mit 20 Mark Gold bestraft. Die neuen Märkte wurden sofort eingeführt, und die Stadt war wenigstens gegen das Ende unserer Periode so erstarkt, daß dieselben aufblühten und den Besuch verdienten. Wie man die eigenen

Märkte förderte, so hütete man sich, jenen der Nachbarorte, die ja dem Gedeihen der eigenen Veranstaltungen hinderlich waren, irgendwie begünstigend entgegenzukommen. So geht aus einem Schreiben Maximilians I. an seinen Hofmarschall Lienhard Rauber vom 21. Oktober 1517 hervor, daß Neustadt gegen den Dienstagwochenmarkt von Piesting störend und unfreundlich auftrat. Und am 1. August 1564 sagt eine Zuschrift nach Piesting, daß sich die Neustädter wegen Störung ihres Wochenmarktes durch die Piestingler beschwerten. Gutachten über das Ansuchen nähergelegener Orte um Errichtung eines neuen Marktes werden von Neustadt in dem abverlangten Gutachten ziemlich folgetreu zur Abweisung beantragt. So das unter dem 27. Oktober 1581 von Rudolf II. verlangte Gutachten Neustadts wegen eines von Eisenstadt erbetenen Jahrmarktes, das erst am 20. April 1582 erstattet wurde. Dagegen wurde die am 10. Februar 1573 von Ebenfurth erbetene Nichtbehinderung eines dortigen erlangten Wochenmarktes zugesagt.

Einzelne Bestimmungen über Kauf und Verkauf an Markttagen bestanden seit lange. Am 16. Dezember 1546 untersagt der Rat den Inwohnern, vor dem Abnehmen einer ausgesteckten Fahne etwas zu kaufen. Die Stunden mit der Fahne sind den Bürgern vorbehalten. Die Kapaune, heißt in demselben Befehle, sollen erst hier feilgehalten werden, ehe man sie nach Wien führt. Die Verkäufer dürfen aber nicht mehr als 10 Kreuzer verlangen. Am 18. Dezember 1551 werden schon eine größere Anzahl Punkte als „Getreide- und Marktordnung“ festgesetzt. Da wird gefordert: Alle Verkaufsware ist auf den Platz zu führen. Kein Kauf darf des Freitags oder Samstags vor dem Abnehmen der Fahne geschlossen werden, außer jenem für die Hausnotdurft: damit ist die frühere Anordnung zugunsten der Inwohner etwas verbessert. Alles Getreide muß durch die Stadtmesser gemessen werden, aber auch erst nach dem Abnehmen der Fahne; dann wird die Gebühr für das Messen bestimmt. Diejenigen, welche Holzwerk herbringen, können Samstag vor dem Ausstecken der Fahne verkaufen. Reifen und anderes Holzwerk ist vor dem Neunkirchnertore zu verkaufen. Die Fischer dürfen Freitag den ganzen Tag und Samstag bis Mittag feilhaben. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts werden alle diese Punkte und Vorschriften zu einer ganzen Instruktion für den Marktrichter ausgestaltet.

Auf die einzelnen Handelsprodukte übergehend, stellen wir den Weinhandel als einen der wichtigsten Handelszweige für die Bürger der Stadt voran.

Die Vorschriften für die Neustädter Bürger betreffs des Weinhandels begannen schon mit der Lesezeit. Die wiederholten Vorhalte, welche den Bürgern vor dem Anfang der Weinlese gemacht wurden, enthalten immer den Auftrag, während der Zeit des Lesens keinen Wein oder Most zu kaufen, weil dadurch den weinbauenden Nachbarn, wie wir schon angedeutet haben, eine zu starke Konkurrenz erwachsen, die Weinmenge in der Stadt sich ungebührlich vermehren würde. So zum Beispiel am 12. September 1546, am 11. September 1547. Das Übertreten dieser Weisung zieht Strafe nach sich. Am 9. November 1550 wird jedoch den Bürgern gestattet, ihre Kaufweine nach Martini hereinzuführen. Am 9. Jänner 1543 werden alle Bürger, die in der letzten Lese Wein gekauft haben, zur Bestrafung vorgeladen. Aber auch abgesehen von den Käufen der Neustädter Bürger wird das Einschmuggeln von ungarischen und auch mährischen Kaufweinen nach Niederösterreich, das den heimischen Weinbau schädigt, durch einen Generalerlaß vom 18. Oktober 1539 verboten. Es sei streng dagegen aufzutreten, die betretenen Weine seien sofort zuhanden zu nehmen. Am 9. April 1540 wird dieses Verbot erneuert, bereits losgelöst von der Wein-

lese. Und am 9. September 1545 erscheint eine Warnung der Regierung gegen die Einfuhr von Ungarweinen von Orten um Wiener Neustadt. Und doch werden laut Verzeichnisses vom 13. November 1565 in diesem Jahre 13.908 Urn Wein von 154 Parteien in Neustadt eingeführt, worunter gewiß viel Ungarwein und nicht lauter Bauwein war. So erschien denn am 12. Juni 1570 abermals ein Edikt gegen das Einführen der Ungarweine. Und am 25. September 1573 sagt ein Erlaß Maximilians II., daß doch, obwohl niemand von den Orten um Wiener Neustadt Ungarwein einführen solle, diese Ungebürlichkeit fortwährend zunehme. Es ergeht daher der Befehl, dies in jeder Weise zu hindern. Der Befehl mußte öffentlich ausgerufen werden; allein eine Behebung des Übels erfolgte nicht. Im Jänner 1574 beschwert sich Neustadt gegen Aspang wegen der Einfuhr von ungarischen Weinen; und am 1. August 1587 erklärt ein Erlaß Rudolfs II., daß trotz aller Verbote die Einfuhr der Ungarweine immer mehr überhandnehme. Namentlich wird den Überreitern größerer Ernst aufgetragen. Nur Wiener Neustadt, Bruck an der Leitha und Hainburg haben die Erlaubnis, ungarischen Wein über die Grenze zu bringen; alles andere ist mit Beschlag zu belegen und an die niederösterreichische Kammer abzuliefern. 1591 hat ein Untertan der Herrschaft Guntersdorf¹⁾ Neustadt durch seine ungarische Weinfuhr geschädigt, so daß auf eine Beschwerde die Regierung die Weisung zur Abstellung an den dortigen Verwalter richtete. Auch die Einführung der Eigenbauweine ist nicht jedem, sondern nur dem Bürger der Stadt erlaubt, und selbst Hans von Hohenkirchen, der kaiserliche Rentmeister, hat im Jahre 1557 damit Schwierigkeiten, da er nicht Bürger ist. Erst nach längeren Verhandlungen und gegen Revers (vom 27. November) erlaubt ihm der Rat 30 Faß Bauwein hereinzuführen und einzulagern. Dem kaiserlichen Rentmeister der Herrschaft Forchtenstein, Jobst Wilhelm Kotzer, der ein Haus in Neustadt mit ungarischen Weingärten erheiratet hatte, setzte es Maximilian II. durch, daß er, solange er in diesem Dienste sei und nicht in Neustadt wohnen könne, gegen „bürgerliches Mitleiden“ seine Bauweine und sein Getreide frei in die Stadt führen und den Wein daselbst wie ein Bürger verkaufen könne.

Bei der ungarischen Weinfuhr sei auch das Bestreben von Eisenstadt erwähnt, seine Weine nach Pitten und Aspang sowie nach Neunkirchen mit Vermeidung von Neustadt und seiner Maut zu führen. Gegen das Ende unserer Periode finden wir, daß Kaiser Maximilian II. entgegen seiner sonstigen Haltung für Eisenstadt und dessen Freiheit eintrat.²⁾ Als einige interessantere Einzelheiten über die Weinfuhr seien noch angeführt: Am 25. Februar 1546 bittet Otto von Liechtenstein von Murau, etliche 20 Eimer seines Bauweines von Neusiedl am See passieren zu lassen. Am 2. März 1548 bittet der Propst von Gloggnitz, seine Weine nach Wien über Fischau führen, also die gebotene Straße umfahren zu dürfen. Letzteres Ansuchen findet keine Erledigung.

Der Weinhandel in Wiener Neustadt selbst setzte sich zusammen aus dem Weinverkauf aus dem Stadtkeller, teilweise aus dem Leutgeben, aus dem Weinschank der Gasthäuser, aus dem Verkaufe der Rentweine und aus dem Kaufe fremder Personen zur Ausfuhr. Zum Verkaufe der Rentweine, jener Weine, welche an die Staatsherrschaft ins Rentamt fällig waren, mußte der Rentmeister Wolf Kellner, als er eben zu diesem Amte ernannt wurde, 1566 einen eigenen Keller pachten.³⁾

Aus dem Jahre 1557 liegt eine Aufzeichnung vom Anfang des Jahres bis zum 13. Dezember über die hier ausgeschenkten geistigen Getränke

1) Bezirk Oberhollabrunn.

2) Siehe unten.

3) Siehe Zuschrift der niederösterreichischen Kammer vom 12. Februar 1566.

vor. Es fehlt wenig zum ganzen Jahre. Freilich ist das Weihnachtsfest abgehend. Neben dem Weine sind auch Met, Branntwein, Bier berührt, von denen besonders der Met eine größere Gefällssumme ausmacht. Nicht aufgenommen ist allerdings der in unsere Stadt zum Wegführen eingekaufte Wein.

Es heißt: „Verzeichnis der in Neustadt ausgeschenkten Weine, Möd, 1557 bis 13. Dezember:

7480 Ur, Gefäll 790 æ 2 β 4 ♂ ,
darunter Möd, von einer Wienerin zur großen Kirchweih ausgeschenkt

Verkaufte Landweine 1495 Ur, Gefäll 251 æ 2 β 4 ♂

Brandwein 34 „ „ 8 „ 6 „ — „

Bier 24 „ „ — „ 7 „ 6 „

Landwein-, Brandwein-, Möd- und Bier-Gefäll 1006 „ 3 „ 2 „ „

Des Metes wird sonst in keiner Weise mehr gedacht, er nimmt auch in späterer Zeit eine ganz bescheidene Stellung für den Handel unserer Stadt ein.

Die wichtigste Ausfuhrstraße für den Wein der Neustädter ist jene über den Semmering nach dem weinlosen Obersteiermark, die eben für unsere Stadt privilegiert und ganz frei war. Am 18. Juli 1533 setzt ein Erlaß Ferdinands I. fest, daß alle, die Wein von Neustadt kaufen, ohne Ansehung, ob sie Neustädter oder Fremde sind, den Wein ohne Beschränkung der Menge, ohne Maut oder Aufschlag in Neunkirchen oder Schottwien zu geben, frei über den Semmering führen können. Dessenungeachtet beklagt sich Neustadt öfter — so am 16. August 1577 —, daß seinen Bürgern unrechtmäßig in Schottwien von dem zur Fuhr über den Semmering verladenen Wein ein Aufschlag abgefordert werde. Freilich geht es auch hier nicht ohne verschiedene Übertretungen und Unregelmäßigkeiten ab, und der Rat selbst erläßt am 8. Jänner 1551 eine Warnung gegen die Weinfuhr über den Semmering auf verbotene Weise. Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten ordnen die niederösterreichischen verordneten Kammerräte am 20. Juni 1572 an, daß den Weinkäufern hier immer genaue Kundschaft mitgegeben werde. Die Festlegung der Weinmengen, die jeder Bürger von Neustadt nach Steiermark führen durfte (am 23. Dezember 1555)¹⁾, läßt uns schon erkennen, daß nicht alles ganz glatt ging: für den einfachen Bürger werden 52, für einen Ratsgeschworenen 84 Eimer jährlich gestattet. Auch dabei sollte es nicht bleiben. In der Session des steiermärkischen Landtages vom Jahre 1581 wird schon ausgesprochen, daß durch Weinzufuhr von Neustadt über den Semmering dem Unterlande Steyr viel Schaden erwachse. Es wird von dem hiesigen Rate ein Ansuchen nach Graz um die gänzliche Befreiung von allen Abgaben für die Weinfuhr über den Semmering gerichtet, wie es ausdrücklich ihre Privilegien aussprechen. Aber das Ansuchen wird abgewiesen, und überdies wird die zur Einfuhr nach Steiermark erlaubte Weinmenge neuerlich herabgesetzt: sie hatte schon im Jahre 1569 nur mehr das Quantum von 225 Faß Grazer Maß für ganz Wiener Neustadt betragen. Und aus einer Resolution des Erzherzogs Karl von Steiermark vom 7. März 1586 erfahren wir, daß man sich im steiermärkischen Landtage mit dem Gedanken trage, die Neustädter Weinfuhr über den Semmering gänzlich aufzuheben.²⁾ Steiermark hat auch bereits seit der Mitte des Jahrhunderts einen Weinhüter, der mit 52 Pfund Pfennig besoldet wird und am 1. Mai 1569 eine scharfe Instruktion erhält. Nach derselben soll der Hüter die von Neustadt zu bringende Kundschaft überprüfen, soll beachten, was ein Weinberg billigerweise tragen kann, soll alle zweifelhaften

¹⁾ XCV. 70/3.

²⁾ XCV. 73.

Fuhren verbieten, soll sich, wenn er zu schwach, von den nächsten Prälaten oder Landleuten Hilfe herbeiholen. Von den beschlagnahmten Weinen gehört ihm ein Drittel; das zweite Drittel der Landschaft Steiermark, das dritte Drittel dem Landesfürsten.

Eine neue Abgabe führte willkürlich Ludwig von Hoyos, Herr von Stixenstein ein, indem er von jedem Faß Wein, das von Neustadt über seinen Herrschaftsgrund nach dem Semmering geführt wurde, einen Patzen als „Podengeld“ verlangte; ein Erlaß Rudolfs II. vom 24. Jänner 1585 stellte dies ab und befahl dem Grafen, das erhobene Geld zurückzugeben!

Einer großen Bevorzugung erfreuten sich die Geistlichen und namentlich die Klöster. Unter diesen treten Abt und Kloster Neuberg besonders hervor, was aus seiner Lage unweit jenseits des Semmering erklärlich wird. Auf Ansuchen gestattet man ihm gewöhnlich, den Wein zum Haustrunk für sein „Klösterl“ über den Berg zu führen. Im Jahre 1569 wird ihm dies nicht für das ganze, etwas große Quantum bewilligt. Er läßt dessenungeachtet alles, 9 Wägen von 40 Rossen, über den Semmering ziehen. Auf die Beschwerde der Stadt bekommt er am 6. September von der Regierung lediglich die Mahnung, Neustadt unklaghaft zu halten.

Im April 1540 wird dem Abt Andre von Ossiach in Kärnten von Neustadt bewilligt, daß er 4 Wägen österreichische Weine, die ihm der Abt zu den Schotten in Wien geschenkt, über den Semmering führen darf. Revers vom 12. April.

Einmal, es war im Jahre 1552, ist auch dem Propst der Chorherren in Gloggnitz, Markus Schintl, auf das Eintreten Maximilians II. für ihn bewilligt worden, zur Unterstützung seiner Baukosten 4 Wägen Most eigenen Baues über den Semmering zum Verkaufe zu führen.

Eine andere Straße des Wiener Neustädter Weinhandels führte an die Donau. Wir hören ein paarmal von Weinfuhren nach Fischamend reden, einmal am 8. April 1559, ein zweites Mal am 23. Juni 1572, beidemal aus dem Grunde, weil die Führenden entgegen den Privilegien der Stadt zu einer Mautleistung verhalten wurden. Am letztgenannten Tag ergeht der Befehl der niederösterreichischen Kammerräte an den Handgrafen, sich jeder weiteren Irrung des Neustädter Verkehrs zu enthalten. Dieser Handel der Stadt ging dann donauaufwärts nach Oberösterreich, aber auch über die Donau und durch Mähren nach Schlesien.

Bezüglich der Weindurchfuhr durch Österreich kommt für unsere Stadt insbesondere Ödenburg in Betracht. Doch ist die Gesetzgebung sowohl für diesen besonderen Teil als auch für die ganze Weinfuhr durch Österreich nicht konsequent, schlägt manchmal plötzlich um. Es richtet sich dies wohl nach der größeren oder geringeren Güte der heimischen Weinernten. 1511 erläßt Maximilian eine Weisung gegen die Weindurchfuhr. Ferdinand I. hatte der Stadt Ödenburg deren von Friedrich IV. erwirkte Bewilligung 200 Dreiling Wein ihres Gewächses durch Österreich zu führen, gleich nach dem Antritt seiner Regierung bestätigt. Schon am 2. November 1523 zog er diese Begünstigung zurück, und am 20. Oktober 1548 gestattete er die Durchfuhr von 50 Dreiling Wein.

Über den Getreidehandel unserer Stadt ist bei der Lage und den Bodenverhältnissen derselben nicht viel zu sagen. Es handelte sich einerseits darum, das Wegführen desselben möglichst zu verhüten, anderseits darum, namentlich bei gefährlichen Zeiten, das Hereinbringen desselben tunlichst zu fördern. Ein Erlaß Ferdinands I. vom 30. August 1549 tritt, da eben im Lande eine Hungersnot überstanden sei, gegen die Ausfuhr und gegen alles Zusammenkaufen von Getreide auf; am 3. Dezember 1560 verbietet er den „Fürkauf“, durch den die Lebensmittel leicht verschleppt werden. Am 6. Juli

1568 wird dieses Verbot verschärft und soll auch in der Marktzeit nur für die Hausnotdurft gekauft werden, was in den folgenden Jahren wiederholt wird. Dazu fügt der Erlaß vom 16. Juli 1570 das Fürlehen auf Getreide, das noch auf dem Felde. Einen neuen, wahrscheinlich berechtigten Zusatz gegen den Vorkauf macht der Erlaß Rudolfs II. vom 31. Oktober 1578: die Mahnung nämlich, mehr Fleiß und Aufmerksamkeit als bisher zur Abstellung dieses Unfugs anzuwenden. Auch in den neunziger Jahren setzen sich die Erlässe gleichen und ähnlichen Sinnes fort.

Für die Förderung der Getreideeinfuhr bringt uns namentlich das Jahr 1570, das eine Mißernte im Lande zu verzeichnen hatte, mehrere Stücke. Am 3. Juni heißt es, daß Ausländer Getreide aller Sorten nach Niederösterreich einführen und bis Bartholomäi (24. August) verkaufen können. Zehn Tage später wird nach Neustadt berichtet, daß Weizen und Hafer zum Verkauf an das Heer dorthin zugewiesen wurde, und am 2. November verkündet ein Generalerlaß, daß das von den anrainenden Ländern zugeführte Getreide überall zoll- und mautfrei passieren dürfe.

Einmal wird eines verbotenen Nußkaufs gedacht: einige Peischinger haben solche im Fürkauf erworben, und die Regierung verlangt Bestrafung!

Über den Holzhandel ist auch wenig Neues zu sagen: am 15. Jänner 1572 wird einem städtischen Mautner vorgeworfen, daß er von jeder Holzfuhr einen halben Gulden zur Beschaffung der Heizung für sich behalten, was nicht gebräuchig; wurde daher abgestellt. Das Wichtigste betreffs des Holzes ist die Entstehung eines Holzmarktes zu Wöllersdorf, wo namentlich aus dem Gutensteiner Tale gebrachte Holzmengen und Holzgeräte gehandelt wurden. Wir kommen auf diesen Punkt und auf die Bemühungen von Neustadt, den Markt einzustellen, später zurück.

Auch für den Viehhandel war Neustadt ein wenig günstiger Platz; und die Fleischhauer der Stadt gehörten zu den stärksten Käufern; die für die Viehzucht günstigste Gegend lag im Osten von Neustadt, jenseits der Landesgrenze. Hatte man es erwirkt, daß die Rinder ungehindert nach Neustadt getrieben werden können, so wollte eine Eingabe des Rates vom 15. Februar 1576 auch den Schweinetrieb freimachen. Darüber mußte ein Gutachten eingeholt, eine Erläuterung gegeben werden. Der Handgraf aber wollte davon nichts wissen: die Freiheit der Neustädter könne wohl auf venezianische und andere Waren, aber keinesfalls auf die Vieheinfuhr bezogen werden. Und er behielt Recht. Als zu Weihnachten 1590 ein Ungar in Neustadt 12 Schweine verkauft hatte, wurde der Verkäufer verhaftet und in den Arrest gesetzt; denn ungarisches Vieh dürfe wohl nach Österreich, aber auch bei Entrichtung aller Abgaben muß es nach Wien getrieben werden.

Noch ist ein Auftrag Rudolfs II. vom 26. Februar 1592 an die Ortschaften nahe dem Leithaberge und der ungarischen Grenze zu erwähnen, das Einschwärzen ungarischen Viehs möglichst zu verhindern. In Zusammenhang damit stehen mehrere Befehle an die Puellendorfer und an die „krabatischen“ Viehhändler, vom 6. April 1583, vom 28. Mai 1586 und vom 24. März 1592: keine Zettel auf ungarisches Vieh auszustellen, als ob es österreichisches wäre.

Der Salzhandel von Wiener Neustadt beruht natürlich auf dem Privilegium der Salzkammer. Die Stadt holte das Salz auf dem Donauwege bis Wien und dann zu Lande nach Neustadt. Es wurde zuerst und bis nach 1550 Salz von Aussee bezogen. Da entstanden manchmal Schwierigkeiten, wenn der Donaustrom zugefroren war. So zum Beispiel im Jahre 1551, wo die niederösterreichischen Kammerräte am 11. Februar der Stadt den Rat gaben, das Salz unterdessen anderswoher zu beziehen. Da konnte wohl nur

die Stadt Wien, die auch ihre Salzkammer hatte, als Bezugsquelle gemeint sein, wie es in den sechziger Jahren zur Regel wurde. Wohl war mittlerweile, und zwar schon 1552 ein Landweg von Aussee nach Neustadt in Aufnahme gekommen, der über den Pyhrn, durch die Täler der Enns und der steirischen Salzach und über den Semmering führte. Allein die Stadt, die offenbar ihre Salzbedürfnisse schon von Wien gedeckt hatte, ließ dieses Salz gar nicht ein, bis ein Befehl Ferdinands vom 21. März dies ermöglichte. Die Verhältnisse gingen jedoch bald wieder einer Veränderung entgegen. An die Stelle des Ausseer Salzes trat nämlich das zu Gmunden lagernde kaiserliche Salz, das bezogen werden mußte. Damit dessen Ertragnis nicht geschmälert werde, war es geradezu verboten, Ausseer Salz zu kaufen. Und infolgedessen entwickelte sich ein Schmuggel mit dem Salz von Aussee, das in großen Mengen über den Semmering gebracht, nach Ungarn verführt, in Neustadt verkauft wurde, so daß es sogar nach Baden, Traiskirchen, nach Mödling, nach Leopoldsdorf komme. Und die niederösterreichischen Kammerräte geben am 9. Jänner 1573 Neustadt die Weisung, scharf dagegen aufzutreten. Am 11. Dezember 1573 bestimmt eine Resolution Kaiser Maximilians II. bezüglich des Salzwesens von Wiener Neustadt, daß der Stadt gegen Barzahlung Salz aus dem Wiener Salzamt zu denselben Bedingungen ausgefolgt werde, denen die Wiener Händler unterworfen sind. Im Sommer möge Neustadt das Salz auf der Donau herbringen und in Wien einlagern und dann nach Bedürfnis herüberführen lassen. Am 8. August 1578 werden Neustadt für den Salzbezug die gleichen Bedingungen wie dem Wiener Salzamt bewilligt. Bezüglich des Schmuggels von Ausseer Salz haben zwar die niederösterreichischen Kammerräte noch einige Zweifel: Neustadt solle Erkundigungen einziehen, ob wohl die Zustände jetzt befriedigend seien, heißt es am 29. März 1575. Aber schon am 6. Mai 1579 äußern sie sich, daß rings um Neustadt haufenweise verbotenes Salz über den Semmering eingeführt werde, daß man diesem Punkte mehr Aufmerksamkeit zuwenden solle. Ähnliche Klagen und Mahnungen hören wir am 11. Juli 1584, am 25. Mai 1591. Am 29. Mai 1583 war, nachdem man in mehreren Gasthöfen der Stadt Ausseer Salz gefunden hatte, der Stadt vorgehalten worden, daß sie nicht nur selbst sich des Ausseer Salzes enthalten, sondern auch streng darauf sehen müsse, daß ihre Bürger sich danach richten. Anfangs Juli 1590 waren abermals größere Mengen Ausseer Salz (20 Stöckel), das über den Semmering gekommen war, beim Wirt „zum goldenen Hirsch“ gefunden worden. Dieses Salz wurde beschlagnahmt. Aber man hatte in Regierungskreisen auch bereits erkannt, daß es schwierig sei, die südlichsten Teile des Landes von Wien allein aus gut mit Salz zu versorgen. Und da tauchte der Gedanke auf, für das südöstliche Niederösterreich zwei neue Salzkammern, eine in Neunkirchen und eine in Aspang zu errichten. Der Plan wurde dem Neustädter Rat am 9. März 1590 von den niederösterreichischen Kammerräten bekanntgegeben. Die hiesige Vertretung erhob natürlich sofort ihre Einwendungen dagegen. Dieselben gingen schon am 9. April ab und wurden der Kammerprokuratur zum Berichte zugewiesen. Doch hatte die Sache ziemlich lange Zeit, und wir verlassen sie vorderhand.

Es muß noch bemerkt werden, daß Neustadt das Salz nicht über den Semmering führen durfte, da sich das Privilegium nur auf das Landgerichtsgebiet von Neustadt erstreckte, wie die niederösterreichischen Kammerräte in dem Erlaß vom 3. Juli 1533 erläuterten.

Folgenden Einzelheiten sei noch Platz gegönnt: Ein Mann von Schottwien, der Ausseer Salz in Neustadt verkaufen wollte und von der Stadt daran verhindert wurde, beschwerte sich, und Ferdinand I. trug am 23. Mai 1533 Neustadt auf, dieses Verbot zurückzunehmen; auch als es 1572 einem

Neunkirchner Küfelsalz (und ein paar Faustbüchsen) mit Beschlag belegt hatte, wurde es am 12. August 1572 und wieder am 27. März 1576 von Maximilian II. aufgefordert, sich mit Neunkirchen zu vergleichen und Salz (und Büchsen) zurückzugeben. Wir erkennen die österreichische Langsamkeit! Mit Susanne Teufel von Krotendorf brach 1573 ein Streit aus, da sie von Neustadt gehindert wurde, das jedesfalls nicht aus der Neustädter Salzkammer bezogene Salz zur Hausnotdurft für ihr Gesinde zuzuführen.

Über den Umfang des Salzhandels, über die Eingänge aus demselben erfahren wir Bestimmteres erst in der nächsten Periode.

Zu den wichtigeren Handelsartikeln der Stadt gehören auch das Eisen und die Eisengeräte.

Hier soll vorausgeschickt werden, daß Eisen in der Herrschaft Gutenstein gefunden wurde, daß Ferdinand I. dem Hans Zwettler und dem Thomas Kolberger die Betreibung eines Bergwerkes dortselbst und die Errichtung eines Blähhauses dazu am 14. Februar 1561 gestattet wurde. Doch ist hier weder von dem Bergwerke noch von dem Betriebe noch sonst in irgendeiner Weise mehr die Rede.

Der Eisenhandel von Wiener Neustadt war zu Beginn unserer Periode noch frei. Die Eisenordnung enthält im Wesen selbstverständliche Weisungen. Das erste, was wir über diesen Zweig des Handels in unserer Periode hören, ist eine willkürliche Steigerung der Eisenpreise, und gleich damit verbindet sich der Gedanke der Errichtung einer Eisenkammer hier, der sich schon am 9. Juli 1537 zu einem Befehle Ferdinands I. verdichtet, in Neustadt eine Eisenkammer aufzurichten und daselbst soviel Eisen einzulegen, als die hiesigen Geschäftsleute benötigen. Freilich war mit diesem plötzlichen nackten Auftrage nicht viel geschehen und eingehendere Weisungen und Maßnahmen, die unbedingt notwendig gewesen wären, folgten nicht weiter. Am 8. Mai 1564 beschwerte sich Neustadt, daß viel Eisen nach Koblitz-Ödenburg verführt werde; es herrsche hier deshalb Eisenmangel; es solle das über den Semmering gekommene Eisen nur nach Neustadt geführt werden. Da tauchte neuerdings der Gedanke einer Neustädter Eisenkammer auf, und am 24. Oktober 1565 sprach Maximilian II. in einer Zuschrift an Neustadt dieses Vorhaben aus. Diesmal schließt sich wenigstens der Befehl an, über die Sache, über eine Ordnung für dieselbe zu beratschlagen; und am 4. Mai 1566 bestimmt er den Erbmarschall von Österreich und Steyer, Hofmann von Grienpüchl und Strehau, den Rentmeister Wolf Kellner und den Zeugwart Jobst Köstner als Kommissäre für die Sache.

Aber es hat noch immer gute Wege! Am 8. November 1568 fragt Maximilian II. wieder Neustadt, wegen des fortwährenden Eisenmangels ein Gutachten abzugeben über Mittel und Wege, wie das steirische Eisen leichter herausgebracht werden könne. Der Bericht darauf kommt nach Urgierungen am 18. April 1569 und spricht besonders von den vielen Hindernissen in den Stationen auf dem Wege. Währenddessen hat der Kaiser am 24. Jänner 1569 Neustadt nochmals beauftragt, wegen der Errichtung einer Eisenkammer weiter zu berichten: 1. welche Straßen nach Steiermark gehen, 2. wie der Verführung des Eisens gesteuert werden könne, 3. wie viel Überreiter notwendig wären, 4. was sonst noch zu wissen nötig wäre. Dieser Bericht ist nicht so schnell abgegangen. Aber die Neustädter betrachteten die Eisenkammer als gesichert; und auf eine neue Anfrage berichteten sie gegen Ende des Jahres 1569 nach Wien, daß die Neustädter Eisenkammer jährlich 15.000 Zentner Eisen umsetzen könne. Darauf antwortet Maximilian am 10. Jänner 1570, er habe seinem Bruder Karl von Steiermark geschrieben, zu bewilligen, daß diese Menge Eisen aus den Hammerwerken südlich von Wiener Neustadt bis Bruck an der Mur nach

Neustadt zugeführt werde. Am 13. Februar aber ergeht der Befehl an Neustadt, das Gutachten abzugeben, das wegen des Eisens und wegen der Errichtung einer Eisenkammer in ihrer Stadt von ihnen verlangt wurde. Aber auch darauf hin läßt nichts schließen, ob und wann dieses Gutachten eingesendet wurde, ja die Frage der Eisenkammererrichtung ist vollständig zur Ruhe gekommen.

Der Eisenmangel, der zur Behandlung der Frage der Eisenkammer führte, machte sich auch für Wien unangenehm fühlbar. Und die niederösterreichischen Räte und Kammern wandten sich wieder an Neustadt, das ja den Sammelpunkt für das steirische, über den Semmering gebrachte Eisen bildete. So am 6. und wieder am 28. Februar 1545, so ein Auftrag vom 20. August 1559, ferner vom 16. September 1561, nachdem die Neustädter Eisenhändler berichtet haben, daß das Eisen von Schottwien aus verführt werde. In Wirklichkeit wurde auch in Neustadt Eisen nach Ungarn verkauft und kommt manche Mahnung deswegen an Neustadt. So am 4. Juli 1548; denn gerade in dieser Zuschrift der Regierung heißt es am Schlusse, daß sich jetzt die Verhältnisse geändert haben, und es könne Vordernberger Eisen gegen die Zahlung von Dreißigst, Maut und Zoll nach Ungarn geführt werden. Und bald sind wieder Klagen da: Hans von Weispriach beschwert sich, daß Neustadt die Leute der Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt mit dem Eisen nicht die Leitha passieren lasse — sie wollten nämlich sich den befohlenen Abgaben entziehen. Am 2. April 1562 richtet auch Ödenburg eine Zuschrift hieher, daß die dortigen Handwerksleute das Eisen hier ungehindert wie bisher kaufen dürfen. Auch hinter diesem Ansuchen steckt ein Bestreben, von einer Abgabe — wahrscheinlich vom Zoll — frei zu werden. Unterdessen haben sich die Zeiten wieder anders gestaltet, und aus einer Anfrage Ferdinands I. vom 8. Mai 1565 ergibt sich, daß kein Eisen ins Ungarische oder gar Türkische verführt werden soll. Am 13. Jänner 1574 hebt Maximilian II. an Neustadt hervor, daß mit dem Eisen Mißbrauch getrieben, daß es ins Ausland verkauft, der hiesige Handelsstand aber „aufgezogen“ werde. Das Eisen wurde auch nicht nach Gewicht, wie vorgeschrieben, sondern in Stangen, Buschen verkauft. Und am 20. April 1574 folgt jetzt in der Eisenordnung eine ausführliche Weisung an die Bewohner Österreichs, namentlich jene unter dem Wienerwald: das Leobner Eisen werde statt über den Semmering nach Neustadt auf mancherlei Abwegen nach Niederösterreich gebracht, auch über Ungarn geführt. Von Mürzzuschlag muß das Eisen über den Semmering gehen, dagegen soll Neustadt den Hammermeistern mit Proviant behilflich sein. Auch Neunkirchen, Schottwien sollen von Mürzzuschlag aus mit Eisen, jedoch nicht übermäßig versorgt werden. Das Führen des Eisens auf die nachstehenden Ortschaften ist verboten: Kirchberg am Wechsel, Feistritz, Aspang, Krumbach, Kirchschlag, Güns, Schafring und andere ungarische Flecken; von Schottwien, Gloggnitz und Neunkirchen nach Bromberg, auf die Hochwart, nach Wismat, Schwarzenbach, Blumau, Kroißendorf, St. Martin, „Neutgall“, Stob; ferner nach Pitten, Edlach, Walpersbach, Ofenbach, von da auf das Gscheidt, auf die Wiesen oder auf Forchtenstein, Mattersdorf, „Zitgraben“, Kalchgrub, Ödenburg, Kleinhöflein und von da weiter auf das Ungarische. Auch was von Neunkirchen aus nach Fischau oder Gerasdorf, Emmerberg, Muthmannsdorf, in den Markgraben und heraus nach Wöllersdorf, Steinbrückl über die Brücke, nach Sollenau und gegen Leobersdorf, Pfaffstetten und Gumpoldskirchen gebracht wird, ist auf verbotener Straße geführt und tut der Maut Abbruch. So die Bestimmung der Eisenordnung, die schon vorher einige kleine Änderungen erlitten hatte. Aber sie wurde auch jetzt nicht befolgt. Am 13. März 1576 richtet Maxi-

milian II. wieder eine Zuschrift nach Neustadt, daß trotz alles Verbotes mit Eisen, mit Sensen nach Ungarn gehandelt werde: der Rat solle über die Täter berichten! Aber das Übel sitzt tiefer! Am 4. Mai 1578 schreibt die niederösterreichische Kammer an den Überreiter im Mürztal: „Lieber Überreiter!“, daß das Eisen, das über den Semmering zur Versorgung von Neustadt, von Wien und von dem Viertel unter dem Wienerwald dienen soll, stark nach Ungarn verführt werde: er möge dies scharf beachten. Und diese Zustände dauern fort. Wiederholte Klagen werden auch wegen willkürlicher Erhöhung der Eisenpreise gemacht, bis Erzherzog Karl von Steiermark selbst diese Preise hinaufsetzt, und zwar wegen des aufzubringenden Hilfgeldes; und da fühlt sich auch Maximilian II. am 3. Mai 1568 bemüßigt, diesem Beispiele zu folgen und das Eisen mit höheren Preisen zu belegen; aber bald darauf, im Jahre 1569, etwa im Juni, richtet er wieder eine Zuschrift an seinen Bruder in Steiermark, gegen die Hammermeister in Mürzzuschlag, die offenbar diese Gelegenheit benützend die Eisenpreise eigenmächtig noch weiter steigern und überdies Eisen nach Ungarn abführen. Und am 8. Jänner 1575 verkündet Maximilian II. nach Neustadt, daß er mit Karl in Briefwechsel stehe, um den alten Eisenpreis wiederherzustellen. Es wird indes nirgends von einer Wirkung dieser Korrespondenz vermeldet.

Als Einzelheit sei noch angeschlossen, daß Christoph von Rappach das Eisen in seinem Freihaus nicht nur im großen, sondern sogar pfundweise verkaufe. Zwei Kommissäre werden vom Rate gewählt, um mit Rappach über die Abstellung dieser Vorschriftswidrigkeit zu verhandeln.

Über den Umfang des ganzen Eisenhandels in Wiener Neustadt wird die nächste Periode Aufschluß geben.

Nicht ohne Wichtigkeit war auch der Handel mit den venezianischen Waren, den Kolonialwaren, die ebenfalls über den Semmering kamen, und für die Neustadt einen Sammelpunkt bildete. Diese Waren blieben zu Anfang des 16. Jahrhunderts für unsere Stadt mautfrei. Am 30. April 1510 ging von Maximilian I. ein Befehl aus, daß für den Handel mit „venezianischen Gütern doppelt Maut Zoll und Aufslaeg“ zu nehmen seien. Das gelte aber nicht für die Neustädter; diese seien davon frei; und es wurden alle Mauten und Ämter angewiesen, von den Neustädtern, die ihre besonderen Privilegien haben, auch für diese Waren keine Abgaben zu erheben.¹⁾ Ein Erlaß Ferdinands I. vom 12. Dezember 1544 ändert dieses Verhältnis etwas, stellt indes neuerliche Veränderungen in Aussicht. Der Erlaß geht an alle Mautner, Dreißiger, Aufschläger in Niederösterreich. Derselbe besagt wohl, daß trotz der Aufhebung aller Mautfreiheiten der niederösterreichischen Städte die bezügliche Freiheit von Neustadt aufrecht geblieben sei, jedoch mit Ausnahme der Waren von und nach Venedig und nach Welschland, für welche auch die Neustädter an den kaiserlichen Mauten zur Zahlung von Maut und Aufschlag verpflichtet seien. Der Erlaß weist dann Neustadt weiter an, ein Jahr lang alle von und nach Italien gehenden Waren, deren Wert und die dafür geleisteten Zahlungen aufzuschreiben und nach Ablauf des Jahres an die Kammerräte zu berichten, „damit wir uns auf gedachter Newstatt verrer anhalten dißes artichs halben auch mit einer genedigen ergetzlichkeit darüber zu entschliessen wissen“. Aber diesem Auftrage wurde nicht nachgekommen. Und da erfloß erst am 31. März 1556 ein kaiserlicher Befehl an den hiesigen Rat, die Handelsleute vorzufordern und ihnen aufzutragen, daß jeder der von und nach Venedig handle, alles genau angebe, was er seit dem Jahre 1544 auf diesem Wege an Gütern geführt und was er dafür an Aufschlag und Maut entrichtet habe; der Rat habe diese Bekenntnisse

¹⁾ XX, 158.

einzusenden. Die betreffenden Verzeichnisse werden sodann am 16. April der niederösterreichischen Kammer übermittelt. Es waren 12 Jahre vergangen, und man ist im Zweifel, ob man der Staatsverwaltung oder dem Rate der Stadt oder den hiesigen Geschäftsleuten die größte Schuld an dieser Verschleppung beimessen soll. Nun ruhte die Sache wieder lange.

Von einiger Bedeutung für Neustadt war auch der Handel mit Häuten und mit Leder. Doch erhalten wir auch erst in der nächsten Periode genauere Auskunft. Im gegenwärtigen Zeitraum wird nur über einige Konfiskationen berichtet: einem Neunkirchner Lederer werden wegen Umfahung der Maut Ochsenhäute weggenommen und gegen Revers wieder herausgegeben (14. Juni 1536). Ebenso einem Triester Handelsmann auf kaiserlichen Befehl (1574); wegen dieses Falles entwickelt sich ein Schriftenwechsel, der bis zum Jahre 1602 mit Unterbrechungen fort dauert.

Die Meister der Bekleidungs- und der Geräte-Handwerke haben ihre Handelsstätten im Hause, auf den Neustädter Märkten und auf den Jahrmärkten anderer Städte und Märkte gefunden; und zwar tritt da neben den Städten Niederösterreichs vor allem das benachbarte Ungarn hervor, dessen Ortschaften die Neustädter Geschäftsleute regelmäßig und gern besuchen, was freilich auch mancherlei Zwiste und Streite brachte, deren wir an anderer Stelle gedenken werden. Auch in den Ortschaften der nördlichen Steiermark finden wir Neustädter Geschäftsleute auf den Märkten vertreten.

Hier sollen noch einige Einzelheiten im Handel mit Kleiderstoffen Platz finden: Auf einem Jahrmarkt von Hartberg vom Jahre 1536 war ein Neustädter Händler verhindert worden, Tuch auszuschneiden. Ferdinand I. selbst trat zugunsten der Privilegien von Wiener Neustadt ein (26. Mai 1536). Im Jahre 1591 nahm Neustadt einem Hausierer 30 Stück verbotenes Meißener Tuch weg, das die niederösterreichischen Kammerräte am 21. Juni einzuschicken befahlen, da es nicht in den Handel kommen dürfe.

Schauen wir nochmals zurück, so erkennen wir, daß unsere Stadt nach dem tiefen Fall am Ende des 15. Jahrhunderts sich allmählich wieder aufwärts bewegte, aber nach einem anderen Gipfel als damals. War ihm in der friederizianischen Zeit durch Fürstengunst und Adelsprunk der Reichtum leicht in den Schoß gefallen, so wollte er jetzt durch dauernde Mühen erworben werden. An die Stelle von Scharlach und Purpur, von Gold und Juwelen traten Leder und Eisen. Aus der Stadt der vornehmen Welt wird eine Handelsstadt. Aber wir stehen gegen Ende des 16. Jahrhunderts erst am Beginn ihrer Blüte. Die Leichtlebigkeit des Österreichers ist geblieben und er behauptet und behält seine Wichtigkeit. Auch machen sich düstere Schatten bei der Ausbreitung des Handelslebens in der Stadt bemerkbar; die Zahl der Kridas ist unheimlich groß: sie beträgt im Jahre 1590 nicht weniger als 6, 1591 in der ersten Hälfte 4,¹⁾ im Jahre 1592 gar 9, und wir werden dieses Sündenregister in der nächsten Periode fortzusetzen haben.

1) Der zweite Teil des Ratsprotokolls jenes Jahres fehlt.

Die Steuern, das Münzwesen.

Wenn wir uns dem Steuerwesen zuwenden, findet sich, daß Wiener Neustadt trotz seiner Privilegien zu Staats- und Landesabgaben herangezogen wird, um so mehr, je mehr Auflagen durch die drängende Not der Zeit geschaffen werden. Daß es dabei doch sich manche Begünstigung als Grenzfestung herauszuschlagen weiß, haben wir wiederholt gesehen.

In Ergänzung des betreffs dieses Gegenstandes bereits Vorgebrachten ist noch folgendes zu berichten:

Von den Steueranschlügen der Stadt sei der Aufschlag für das Notgebäu der Stadt genannt, der am 27. April 1542 bewilligt wurde. Es war ursprünglich beabsichtigt, die Geistlichkeit mit dieser Abgabe zu belasten und war den Benefiziaten zusammen eine Leistung von 30 Pfund 2 Schilling zugebracht und auf die einzelnen Benefizieninhaber verteilt; doch wurde mit dem oben genannten Beschlusse von der Einbeziehung der Geistlichkeit Abstand genommen. Die Steuer wurde auf die Bürger und Inwohner, Holden, auf alle verteilt, welche der Stadtherrschaft untertänig waren. Sie war natürlich vorübergehend, allenfalls wiederkehrend. Dauernder war das um dieselbe Zeit auftauchende sogenannte Batzengeld, das sich an den Hausbesitz knüpfte. Von der Zahlung meinten diejenigen, die nur ein Halb- oder ein Viertelhaus besaßen, frei zu sein, bis ein Ratsbeschluß vom 7. Mai 1548 anordnete, daß jeder Bürger, auch wenn er nur einen Hausteil zu eigen hatte, zur Entrichtung des Batzengeldes verpflichtet wurde. Daß der Rat einzelnen Personen begünstigende Steuerabrundungen zukommen ließ, ist nicht neu. Als Beispiel sei angeführt, daß dem Wilhelm von Rottal am 29. Oktober 1573 bewilligt wurde, die Steuer für dieses Jahr bei 3 Gulden zu belassen. Was die Landessteuern betrifft, so wurde Neustadt schon im Jahre 1510 zu denselben verhalten; und als es sich deswegen bei Kaiser Maximilian I. mit dem Hinweise auf seine Privilegien beschwerte, richtete dieser von Augsburg am 4. Juni eine Zuschrift an die niederösterreichischen Stände, mit dem Auftrage, Kundschaft darüber einzuholen, wie es in diesen Sachen bisher gehalten worden sei. Das war aber schwer zu sagen. Es waren ja neue Steuern aufgekommen, für die es kein Präjudiz gab. Und so dauerte der Streit fort. Neustadt erfreute sich zwar einiger Begünstigungen, wie wir wissen; im ganzen wurde es jedoch den Landeslasten mit unterworfen. Im Jahre 1542 zahlte die Stadt an „doppelter Gild“ 9 fl 4 ß 6 sch , Hans Hohenkircher war mit 24 fl 5 ß 14½ sch belastet. Auch die Geistlichen, die Klöster waren nicht ausgenommen! Im Jahre 1542 betrug die Priestersteuer 40 Gulden, die am 27. Juli beim Rate erlegt wurden. Am 12. Jänner 1545 erhielt das Kloster zu St. Jakob hier den Auftrag der niederösterreichischen Landschaft: den Kriegsaufschlag (3 fl 6 ß 2 sch), das Rüstgeld (3 ß 21 sch) und das monatliche Wartgeld (22 sch) zu zahlen. Damit haben wir die drei landschaftlichen Steuern für die Wehrmacht gegen die Türken aufgezählt. Im nächsten Jahre kommt der gleiche Auftrag. Am 10. Oktober 1557 ordnen die niederösterreichischen Verordneten bei dem hiesigen Rate an, daß jeder, der in Niederösterreich Gilden oder Güter, Nutzungen usf. hat, diese aufnehmen und einsenden soll. Wer diesem Befehle, der mit Bewilligung des Kaisers erlassen wurde, nicht nachkommen würde, dessen Güter seien verfallen!

Aus der Folgezeit sei zunächst als Beispiel für die Abgaben an das Land das Jahr 1567 erwähnt. Es wurde vorgeschrieben: die doppelte Gild, ferner für 100 Pfund Gild ein gerüstetes Pferd, das im Falle der Not zwei Monate und bis ins dritte Monat zu halten ist, ferner 16.000 Gulden rheinisch. Für Neustadt machte es, für jedes Pfund Gild 2 Schilling gerechnet, 29 Pfund 5 Schilling 22 Pfennig, so daß sich eine Gildmenge von rund 120 Pfund Pfennig ergibt. Da die Stadt selbst jedoch nicht 100 Pfund Gild erreicht, ist anstatt des gerüsteten Rosses 4 Pfund 5 Schilling 29 Pfennig Rüstgeld und 1 Pfund 7 Schilling 25 Pfennig Wartgeld zu entrichten, falls der Zuzug wirklich erfolgt. Die Vorschreibung von 1569 (15. Februar) ist der voranstehenden gleich; nur kommt dazu eine Summe zur Abzahlung der Schulden des Kaisers, von der auf Neustadt der Betrag von 1 Pfund 2 Schilling 15 Pfennig entfallen würde. Vom Teilnehmen an dieser Zahlung wurde die Stadt durch eine Resolution Maximilians II. vom 27. März 1569 befreit. Die Landesauflagen der folgenden drei Jahre schließen sich den unmittelbar vorausgegangenen genau an. Für die Bezahlung der kaiserlichen Schulden gilt natürlich die Befreiung unserer Stadt weiter.

Eine eigentümliche neue Landessteuer wird am 13. April 1573 vorgeschrieben: Zu den Abgaben, wie im Jahre 1570, kommen nämlich noch 2 Pfennige alle Monate von jeder Person, die über 10 Jahre alt ist; alle Diener, Handwerker, Wochenlöhner sind inbegriffen. Dagegen sind ausgenommen: Prälaten mit ihren Konventualen, ihrem Dienst- und Hausgesinde, die Herren und Ritter mit ihren Familien und Dienern, alle, die von Almosen leben; Pfarrer, Prediger, Kirchendiener, Schulhalter, Richter und Amtleute mit ihren Familien. Die beiden folgenden Jahre bringen wieder dieselben Landesaufläge. Im Jahre 1575 legte das Land zur Bezahlung seiner Schulden eine Abgabe auf die eingeführten Ungarweine. Durch einen Schadloshaltungsbrief des Erzherzogs Karl von Steiermark vom 31. Dezember 1575 wurde Neustadt von dieser Landessteuer für frei erklärt. Auch von einem Landesdarlehen im Jahre 1574 war die Stadt enthoben worden.¹⁾ Aber schon war seit einigen Jahren wieder eine neue Steuer aufgetaucht, die „Neue Hilfe“, die Neustadt gleich im Jahre 1576 erlegt.²⁾ 1581 erscheint abermals ein neuer Steuertitel: die Leibsteuer, die nur von den vermöglichen Bürgern bezahlt wird, in Neustadt für das Jahr 1581 von 90 Personen mit rund 9 Pfund Pfennig. Im Jahre 1582 werden vom Lande auferlegt: die doppelte Gild, das gerüstete Pferd, die Kosten für die Musterung des 30., 10. und 5. Mannes; weiter 35.000 Gulden für den Kaiser zur Notdurft seiner Brüder, wozu auch Neustadt 6 fl. 4 ß 25 sch. aus dem Stadtsäckel beitragen muß. Zugleich kommt der Befehl, jede Steuerwerbung, jede Veränderung der Gilden sofort eintragen zu lassen und anzuzeigen. Die nächsten Jahre setzen die voranstehende Abgabenliste fort bis 1589. An die Stelle der Leibsteuer tritt, wie die niederösterreichischen Verordneten am 12. Dezember 1583 an Neustadt mitteilen, von 1584 an 1 Gulden rheinisch als Hausgulden, der sich, wie wir wissen, bald erhöht. Erzherzog Ernsts Erlaß vom 18. Februar 1590 befreit Wiener Neustadt von dieser Zahlung, nachdem der Fürst schon am 10. Februar kundgemacht hatte, daß die Entrichtung des Hausguldens den Privilegien der Stadt nicht präjudiziere. Am 4. September 1589 haben dagegen die niederösterreichischen Verordneten unserer Stadt abermals eine neue Abgabe angezeigt: Da dem Lande durch 4 Jahre, von 1589 an jedes Jahr 10.000 Gulden aufzunehmen bewilligt wurde, wird damit in der Weise begonnen, daß für dieses Jahr auf jedes Pfund Herrngeld 10 Kreuzer geschlagen wird, was aus eigenem

¹⁾ Erlaß der niederösterreichischen Verordneten vom 3. April 1574.

²⁾ Steuer und neue Hilfe 13 fl. , 6 ß , 27 sch. LXXII, 2/13.

Säckel zu zahlen ist. Dies macht für Neustadt auf das Jahr 1589 aus: 2 π 1 β 18 λ. Die Stadt machte wohl eine Eingabe dagegen, daß sie dieses Darlehen nicht berühre, und bittet um Freihaltung von dieser Leistung: das Ansuchen wird jedoch abgewiesen. Die oben erwähnte Monatsgebühr war in einen Wochenpfennig verwandelt worden. Aber auch dieser hielt sich nicht lange, sondern machte, wie die Kundmachung Rudolfs II. vom 6. August 1591 besagt, einer Abgabe von 1 Gulden rheinisch von jeder behausten Feuerstatt Platz. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß auch auf diesem Gebiete die Rückstände und die Mahnungen zur Zahlung derselben an der Tagesordnung waren; ja eine Zuschrift der niederösterreichischen Kammerräte an Neustadt vom 15. Oktober 1592 spricht von Rückständen seit 12 Jahren.

Von den Abgaben für den Staat, die sonst in Ruhe fortlaufen, wird ein paarmal besonderer Dinge gedacht:

Am 10. Februar 1559 verkündet die Regierung dem Rate der Stadt, daß das „Wassergebäu“ an der Donau hergestellt werden muß; zur Deckung der Kosten müsse auf jedes Küfel Salz 3 Heller geschlagen werden, und zwar vom 1. Februar an. Am 25. September 1572 ereignet sich wieder etwas Ähnliches. Die Regierung Maximilians II. gibt an diesem Tage den Befehl an die Stadt, vom 1. Oktober an eine Erhöhung des Preises für ein Küfel Salz um 2 Pfennige durchzuführen, da viele Kosten für Bauten, Brücken, Wege aufgebracht werden müssen. Salz war ein gern herangezogenes Steuerobjekt.

Ein Bestreben, die Abgaben zu umgehen, läßt sich auch hier nicht leugnen, und am 12. August 1547 macht der Rentmeister Hans Hohenkircher deswegen eine Eingabe an die Regierung, was freilich zu einem Rechtsstreite führt. Aus dem Jahre 1568 stammt eine Instruktion für die kaiserlichen Zehenthändler in Neustadt, die dem Rentmeister unterstehen. Die Instruktion befiehlt die größte Aufmerksamkeit in der Zeit des Weinlesens, betont auch, daß den Geistlichen, den Klöstern nichts mitgegeben oder geschenkt werden soll. Alle Zahlungen seien beim Rentmeister, keinesfalls auf den Dörfern zu begleichen.

In das Rentamt von Wiener Neustadt mußten auch die Zehente von Brunn am Steinfeld, von Muthmannsdorf, Wöllersdorf, Saubersdorf, Weikersdorf, Winzendorf, Lanzenkirchen, Schwarza, Erlach, Neunkirchen und Aspang abgeführt werden; und im Jahre 1557 ist geplant und wird beschlossen, ein Bannteiding des kaiserlichen Rentamts hier zu verfassen, wobei sich auch ein kurzer Streit wegen der Dienstbarkeit eines Weingartens des Neustädter Spitals in Saubersdorf ergibt.

Über das Münzwesen ist zur Geschichte unserer Stadt nicht mehr viel zu sagen. Neustadt ist keine Prägstätte mehr; und was über die Münzen angeordnet und resolviert wird, hat zu allermeist keine auf die Stadt beschränkte Bedeutung. Erwähnt werden kann ein Regierungserlaß vom 10. Februar 1573 an Wiener Neustadt, sich an die Münzordnung zu halten und deren Handhabung zu überwachen. Noch soll hinzugesetzt werden, daß die Regierung wiederholt für notwendig fand, vor minderwertigen ausländischen Münzen zu warnen. So 1561, 1574, 1578, 1584.

Über die Preise und über den Wert des Geldes in jenen Tagen geben uns verschiedene Aufzeichnungen Aufschluß, abgesehen von den Bestimmungen, welche der Rat für Brot und Gebäck, für Fleisch und Unschlitt, für Seife und Kerzen festsetzte.

Eine Rechnung aus dem Jahre 1573 gibt uns nachstehende Preise:

für 5 Pfund Rindfleisch 1 β,

für 3 Pfund geselchtes Rindfleisch 8 λ,

ein kälbernes Grösel 15 ſ ,
ein halbes Pfund Zucker 2 β 16 ſ ,
eine Ochsenzunge 24 ſ ,
ein halbes Lamm zum Sieden und Braten 2 β 18 ſ ,
ein Pfund Reis 28 ſ ,
3 Pfund Hausen 2 β ,
2 Lot Nägeln 1 β 18 ſ ,
1 Lot Muskatblüte 1 β 16 ſ ,
1 Lot Ingwer 16 ſ ,
1 Lot geriebener Safran 2 β 20 ſ .

Im Jahr 1543 kosteten ein paar „mittlere Ochsen“, die 7 Zentner 19 Pfund hatten, 14 Pfund Pfennig; die zwei Häute wurden dann mit 3 Pfund Pfennig bezahlt.

1553 wird ein Eimer Wein um 6 Schilling verkauft.

1579 wird das Haus in der Lederergasse Nr. 17 des Georg Christian Perger um 135 Gulden, 1582 das Haus Kurze Gasse Nr. 2 des Peregrinus Claus um 275 Gulden verkauft.

Es sei noch auf eine Rechnung aus dem Jahre 1534 hingewiesen. In diesem Jahre reisten zwei Ratsherren und der Stadtschreiber mit einem Diener und dem Knechte zu Wagen, mit Pferden nach Graz. Die Reise dauerte 14 Tage, vom 11. bis 24. Dezember. Für diese Fahrt und Frist gaben sie 25 Pfund, 6 Schilling, 5 Pfennig aus, was vom Rate genehmigt wurde.¹⁾

1) A 4/3. Die vollständige interessante Rechnung lautet:

Abreise von Neustadt Freitag, 11. Dezember, Nachtlager in Schottwien. Nachtmal und Frühstück die Herrn 5 β 6 ſ . Samstag, Vorspann über den Semmering, 12 Ochsen, 2 Pferde, 24 kr., ein Knecht Letzgeld, der den Wagen bis Spital gehalten 16 ſ , zusammen		3 β 22 ſ
Mürzzuschlag, Mittagmal 21 kr.		2 β 24 ſ
Beim Ansehen der Hammer Geld zum Vertrinken gegeben		16 ſ
Nachtlager in Mürzzuschlag, Nachtmal und Frühstück 1 ſ 8 ſ , Letzgeld 16 ſ		1 ſ — β 24 ſ
Samstag zu Kindberg Mittagmal		3 β 6 ſ
Zu Kapfenberg Wein und Semmeln		12 ſ
Bruck an der Mur Nachtlager und Frühstück 1 ſ 1 β 11 ſ , Letzgeld 16 ſ		1 ſ 1 β 27 ſ
Montag, 14. Dezember, ein Schiffmann, welcher sie auf dem Floß bis Graz führt, wo sie Montag abends ankommen		4 ſ
Dessen Knechten Trinkgeld		16 ſ
In Graz bleiben sie bei dem Richter und verzehren bis Sonntag, 20. Dezember		6 ſ 6 β 28 ſ
geben dann noch den Türmern 1 β 12 ſ , den Sängern 16 ſ		1 β 28 ſ
der Ruepl Knecht ist unterdes bei einem Bauer und verzehrt		3 ſ 1 β 22 ſ
außerdem wird für denselben noch für das Mal in Kindberg gerechnet Letzgeld der Herren in Graz		16 ſ
Montag in die Thome beginnt die Rückreise. Mittagmal in Fronleiten Übernachten in Pernegg, Nachtmal und Frühstück 5 β 2 ſ , Letzgeld 16 ſ		2 β — ſ
Hier wurde ein Knecht aufgenommen, der ihnen den Weg zeigte		2 β 22 ſ
Dienstag, 22. Dezember, Mittag in Bruck a. d. Mur		5 β 18 ſ
zu Kindberg vertrunken		8 ſ
zu Krieglach Nachtmal und Frühstück 6 β 2 ſ , Letzgeld 16 ſ		3 β 24 ſ
Mittwoch zu Mürzzuschlag „Fenemal“		12 ſ
zu Schottwien Nachtmal und Frühstück 5 β 28 ſ , Letzgeld 16 ſ		6 β 18 ſ
Donnerstag, 24. Dezember, Eintreffen in Neustadt. Für den Kutscher sind noch verrechnet das Mal zu Fronleiten 15 ſ , zu Mürzzuschlag 20 ſ die Fuhr wird berechnet mit		3 β 2 ſ
Der Stadtschreiber gibt auf dem Wege und in Graz aus		6 β 14 ſ
Der Diener hat ausgegeben 13 kr. 1 ſ		1 β 5 ſ
		5 ſ — β — ſ
		1 ſ 1 β 16 ſ
		1 β 23 ſ
		25 ſ 6 β 5 ſ

Zur Ergänzung des Vorgebrachten sei noch eine Rechnung mitgeteilt, die gegen Ende März 1531 dem Bürgermeister gelegt wird, und zwar von dem Ratsherrn Wolfgang Lebansorg, der in einer Verwaltungsangelegenheit zum Kaiser geschickt worden war. Er ritt Mittwoch, den 15. Februar weg.

An diesem Tage verzehrt um	3	β	2	℔
Pfintztag von Wien nach Stockerau geritten, über die				
Brücke zu Stockerau mit dem Roß 13 kr.	1	β	22	℔
die Nacht nach Grafenwerd gekommen	2	β	7	℔
Freitag nach Krems 9 kr., Roß 3 kr.	1	β	18	℔
die Nacht gegen Emmersdorf 17 kr.	2	β	8	℔
Samstag gegen Pöstenpeug, zum Frühstück	1	β	6	℔
dieselbe Nacht gegen Steyreck, samt Roß	2	β	6	℔
Sonntag Überfahrt zu Taffersthain 1 kr.			4	℔
Nach Linz, 10 Tage dort liegen geblieben; 20 Mahlzeiten				
zu 9 kr.	3	℔	—	β — ℔
das Roß täglich 6 Maßl Hafer, 1 Maßl 2 kr.	2	℔	—	β — ℔
10 Tage und Nächte 20 kr. Stallmiete		2	β	20 ℔
dem Hausknecht 8 kr.		1	β	2 ℔
dem Gesinde 4 kr.				16 ℔
In die Kanzlei Trinkgeld	1	℔	—	β — ℔
Mittwoch vor Oculi mit dem Schiff weggefahren . . .	1	℔	—	β — ℔
in Mauthausen übernachtet, mit Roß		2	β	8 ℔
Pfintztag gegen Ybbs gefahren, Frühstück, mit Roß . .		1	β	14 ℔
nach Stein, zur Nacht, mit Roß		2	β	6 ℔
Freitag, Frühstück				26 ℔
bis Neudorf, zur Nacht		1	β	8 ℔
für das Roß 6 kr.				24 ℔
früh dem Hausknecht 1 kr. und ein Seidel Wermut-				
wein 1 kr.				8 ℔
Wien über die Brücke				2 ℔
das Mal 8 kr., Roß 3 kr.		1	β	14 ℔
den nächsten Tag mit Roß		3	β	— ℔
Summe .	11	℔	—	β 13 ℔

Wir kennen auch die vom Rate festgestellten Brot-, Fleisch-, Unschlitt-, Seifenpreise und die Pachtsummen für verschiedene in Bestand verlassene Objekte. Schließlich seien noch die Notizen über das Dörfchen Peisching zusammengefaßt. Dasselbe hatte sich, wie wir wissen, ansehnlich gehoben. 1572 wird ihm der Vorwurf gemacht, daß sich mehrere Untertanen dort mit dem Vorkauf von Nüssen, Salz, Lohe beschäftigen. Auf Verlangen der Regierung wird dies abgestellt, jedoch gleichzeitig angezeigt, daß Bauern von Natschbach, Breitenau, Leopoldsdorf das ganze Jahr mit Salz, Nüssen, Lohe, Weinstein, Laden u. dergl. Handel treiben, was den betreffenden Grundherren zur Abstellung kundgetan wird. Am 29. Jänner 1580 erfahren wir aus einer Quittung, daß Neustadt für die Peischinger für jede über zehn Jahre alte Person, zusammen 80 Personen, die Leibsteuer zu 6 Pfennig für das letzte Quartal (monatlich 2 Pfennig), insgesamt 2 Gulden rheinisch, berichtigt habe.

Das Gerichtswesen, Polizeiwesen.

Wir wollen hier gleich mit der Reihe der Stadtrichter beginnen, wie wir der Behandlung der Stadtverwaltung die Namen der Bürgermeister vorangestellt haben. Wir werden dabei auf manche bekannte Personen stoßen; bei manchen Bürgern war eben das Richteramt gewissermaßen die Vorstufe für die Bekleidung des Bürgermeisteramtes. Es muß noch vorausgeschickt werden, daß die Aufzählung der Richter viele Unterbrechungen aufweisen wird, da neben der großen, schon erwähnten Lücke in den Ratsprotokollen auch die Gerichtsprotokolle äußerst unvollständig sind. — Der Stadtrichter

Hans Tenck, 1501 bis 1504, reicht noch aus der Zeit der Ungarherrschaft herüber,

Balthasar Pernauer 1505,

Michael Straiffinger 1506,

Balthasar Hueber 1507,

Vinzenz Kalchgruber 1508 bis 1510.¹⁾

Für die Jahre 1511, 1512, dann 1514, 1515, 1517 sind die Namen nicht enthalten.

Virgil Veßl, 1513, jedesfalles ein naher Verwandter des Bürgermeisters Martin Väßl,

Hans Wagramer 1516,

Balthasar Hueber 1518,

Hans Wagramer 1519 bis 1522,

Martin Buschmann 1524.

Nun zeigen sich größere Lücken für die Jahre 1523, 1525, 1526.

Hans Schulz ist Stadtrichter 1527, 1528; 1529 bis 1535 fehlen die Namen.

Hans Jöppl 1536,

1537 bis 1539, 1541 fehlen die Namen;

Hans Kuttner 1540,

Wolfgang Pernberger 1542, 1543,

Lorenz Nagl 1544, 1545,

Matthäus Arlackhar 1546,

Veit Resch 1547—1549,

Hans Hofstetter, dann

Bernhard Eibenberger 1550,

Christoph Öttinger 1551,

Andreas Prahler 1552,

Michael Fischer 1553, 1554,

Benedikt Roll 1555,

Christian Scheibner 1556,

Adam Reitsperger 1557, 1558,

Hieronymus Schütz 1559, 1560 anfangs,

Adam Reisperger 1560 bis 1562,

Peter Brunner (Pruner) 1563, 1564,

Niklas Praitenaicher 1565 bis 1567,

Hans Kirchlamitzer 1568,

¹⁾ Die gesperrt gedruckten Namen kehren in der Reihe der Bürgermeister wieder.

Hans Manner 1569, 1570,
Peter Brunner 1571, 1572,
Niklas Praitenaicher 1573,
1574 nicht genannt;
Georg Melzer 1575, 1576,
Hans Taubmaier 1577 bis 1579,
Karl Kellner 1580,
Zachäus Portenschlag 1581, 1582,
Hans Kaiser 1583 bis 1587, in den Jahren 1586 und 1587 ist er zugleich Verweser des Bürgermeisteramtes;
Hans Streitl 1588,
Georg Preydl 1589, 1590,
Dietrich Meier 1591, 1592.

Der Stadtrichter wird zugleich mit dem Bürgermeister gewählt. Der Gerichtshof ist ein verschiedener, je nachdem über Zivilstreite oder über Kriminalfälle abgehandelt und abgeurteilt wird. Bei Zivilrechtssachen stehen dem Richter die Genannten zur Seite, und zwar ist nicht die ganze Zahl von 25 Genannten anwesend; gewöhnlich sind es 6 bis 8 Mitglieder; es kommt aber auch vor, daß nur 4 oder 5 Gerichtsbeisitzer genannt werden; ja in der Sitzung vom 13. Mai 1566 sind außer dem Stadtrichter nur 3 Beisitzer erschienen. Gegen Ende unserer Periode wird die Zahl der Genannten nach Personengruppen und Zeitabschnitten des Gerichtsjahres geteilt. Über die Zivilstreite wird dann ein eigenes „Gerichtsprotokoll“ geführt, das jedoch nur sehr lückenhaft erhalten ist. Es setzt mit dem Jahre 1566 ein, hat vielleicht auch nicht viel früher begonnen, da die Behandlung von Zivilstreiten noch kurz vorher im Ratsprotokoll eingetragen ist. Nach 1566 folgt sofort 1576, dann 1583 bis 1587, worauf die Unterbrechung gleich bis zum Jahre 1601 geht. Der Gerichtshof für Kriminalien umfaßt außer den Genannten in unbeschränkter Anzahl auch die Ratsherren samt dem Bürgermeister; doch führt der Stadtrichter den Vorsitz.

Es kann sich somit der Gerichtshof, wenn jeder Berufene erscheint, bei 12 Beisitzern neben dem Richter und 12 Ratsherren neben dem Bürgermeister bis auf 26 Mitglieder erhöhen. Allerdings ist nur in den allerseltensten Fällen die Teilnahme dieser vollen Zahl an einer Gerichtssitzung über einen bestimmten einzelnen Gerichtsakt anzunehmen.

Im Gebiete der Kriminalien und in der erwähnten umfangreicheren Zusammensetzung waltet das Stadtgericht Wiener Neustadt auch als Landgericht für den obenbeschriebenen Sprengel.¹⁾

Und nun wollen wir bei der Durchwanderung des Gebietes der Gerichtsangelegenheiten auch gleich mit den Kriminalsachen beginnen und stellen bei diesen die damals stark verbreitete Zauberei voran. In diesem Punkte ist ein Bekenntnis aus dem Jahre 1528 einer Frau (Anna Pflieger) zu erwähnen, die den Tod mancher ihr feindlichen Personen herbeigeführt zu haben glaubte durch ein Wasser, das sie aus Kröten und Eidechsen herstellte, in das sie ein Haar der feindlichen Person gab. Dann habe sie ein Bild derselben Person angefertigt und es in deren Wohnung, Keller od. dergl. gelegt. In der Mehrzahl der Fälle habe sie das Unheil selbst wieder abgewendet. Dieses Krottenwasser habe sie auch anderen Personen machen gelernt. Sie bekennt ferner, daß sie den Teufel in ein Glas gebracht und ihm den kleinen Finger aus der rechten Hand gegeben habe. Damit bricht das Bekenntnis ungeschlossen ab,²⁾ und es läßt sich kein Schluß auf den Fortgang der Sache ziehen.

¹⁾ S. Band I.

²⁾ Ig. 33a, Orig.

Ein zweiter zauberischer Vorgang ist aus dem Jahre 1562. In einem peinlichen Verfahren, also mit Anwendung der Tortur, legte Ruprecht Schlemer aus Wolfsberg in Kärnten, der hier Totengräber war, am 10. März folgendes Bekenntnis ab: Der Totengräber von Baden habe ihm im vorigen Jahre gelernt, daß er Erdreich von den Gräbern nehmen, es in die Gätter des Friedhofs stellen, auf den Kirchsteigen und in den Gassen ausstreuen solle, „damit das ehrlich sterben soll“. Vor etwa acht Wochen habe er ein beerdigtes, noch wenig verwesenes Knäblein ausgegraben; dieses Kind habe er mit Haupt und Gliedern gesotten, einen Weihbrunnen daraus gemacht und dies in der Kirchengatter, auf die Kirchensteige, in die Kirche und in die Gassen gesprengt, wo er das Erdreich ausgestreut. Auch die Leichen habe er mit dem Wasser eingespritzt, dasselbe auch im Friedhofe an der Mauer gegenüber dem Bischofshofe ausgegossen. Seine Frau habe um alles gewußt und den Knaben selbst gesotten. Auch diese Sache habe ihm der Totengräber von Baden gelernt. Er habe Übertane von den Toten weggenommen und verkauft; von einem habe er einen Zipfel abgeschnitten und denselben einer Frau gegeben, um damit eine Krankheit derselben zu vertreiben. Schließlich wird des Totengräbers Frau gefragt, ob sie manches von dem, was sie angerichtet, wieder wenden könnte. Sie verneint dies. Der Stadtrichter Adam Reitsperger richtet nun Schreiben an mehrere Gelehrte um Belehrung in dieser „unchristlichen und abergläubischen“ Sache und berichtet am 4. April an den Statthalter und die niederösterreichischen Regenten, hebt in dem Berichte hervor, daß der Badener Totengräber, der ebenfalls eingezogen wurde, dem Schlemer das einbekannte Vorgehen auf dessen Wunsch gelernt habe, auch einmal ein gutes Jahr mit viel Sterbläufen zu haben. Schlemer und sein Weib wurden am 26. Juni 1562 verbrannt, der Badener Totengräber hatte sich im Kerker erhängt.

Es ist eine Zeit des Aberglaubens, der in der Unwissenheit, insbesondere durch die Abkehrung von der Natur und in dem Versenken in das grübelnde theosophische Studium eine starke Stütze fand. Es wird uns daher auch nicht wundernehmen, wenn wir wiederholt von kleineren Anläufen, Versuchen zu zaubern und ähnlichem Meldungen erhalten. Ein Ehepaar von Hartberg hat im Jahre 1571 aus Armut und über Anreizung des bösen Feindes aus Rüben Sachen gemacht, die den Alraunen gleichsahen, und hat dieselben auch als Alraunen verkauft.¹⁾ Im Jahre 1576 werden mehrere solche Dinge erwähnt. Eine Frau habe an einer Stange, woran drei weiße Striche waren, mit eigener Hand Milch gemolken. Sie wurde hierüber sogar peinlich gefragt, ohne etwas zu gestehen.²⁾ Eine Ehefrau habe flüchtend ihrem Gatten ein verzaubertes Hemd zurückgelassen, bei dessen Benützung er in einem Vierteljahre gestorben wäre. Am 27. Jänner jenes Jahres wird auch ein Zauberer verbrannt. Im nächsten Jahre wird ein aus dem Salzburgischen kommender Mann peinlich befragt, wie und von wem er das Wahrsagen gelernt habe. Im Jahre 1583 wird eine Frau von Hattmannsdorf angeklagt, daß sie den Nachbarinnen Vieh krank gemacht habe.³⁾ Am 18. Juli 1589 bewilligt der Rat dem Freimann fünf Gulden, weil er einen Mordräter und Zauberer „mit Zangen gebrennt, geschleift, geradbrecht und gespießt“ hat.

Eine ganz besondere Rolle spielt in den Neustädter Kriminalien ein Diebstahl oder Raub, der Einbruch nämlich in den Pfarrturm, wo die Stadt ihre Kleinodien und ihre wertvollsten Urkunden aufbewahrte, ähnlich wie im alten Athen die Schätze der Stadt im Tempel der Athene auf der

¹⁾ Nr. 55/4.

²⁾ RP.

³⁾ Mm. 83.

Akropolis untergebracht waren. Im Gotteshause glaubte man dieselben vor Räubern geborgen, wie sie auch gegen die Feuersgefahr gesichert waren. Unter den Neustädter Urkunden waren zwei mit goldenen Bullen, ausgestellt in Rom am Montag nach Laetare (20. März) 1452, eine die Bestätigung der Niederlagsgerechtigkeit, die andere die Bestätigung aller Freiheiten der Stadt beinhaltend. In der Nacht vom 2. November 1555 wurde in diesem Raum eingebrochen, und werden die beiden goldenen Bullen von ihren Urkunden abgeschnitten und nebst einem kleinen goldenen, mit Diamanten besetzten Kreuze geraubt. Der Rat berichtete hierüber an den Kaiser und bat um Neubekräftigung der dadurch wertlos gewordenen Urkunden. Die Ersetzung fand schon am 4. Februar 1556 durch eine neue goldene Bulle statt. Selbstverständlich war eine Kundmachung erlassen (am 20. November 1555), war bei Goldschmieden und Juden untersucht worden. Im Mai 1556 wurden bereits mehrere Personen eingezogen: Primus Raditsch, ein Studiosus aus Cilli, in Eisenstadt, der einem Juden dort die gestohlenen Sachen hatte verkaufen wollen; Thomas Marburger, ein Hufschmied in Neustadt selbst, und Johann Mantritsch aus Mitterburg, alle drei aus den südlichen Teilen der späteren österreichischen Monarchie. Letzterer war von Wien eingeliefert worden; doch erwies sich bald seine Unschuld und er wurde wieder freigelassen. Seine am 5. August 1556 ausgestellte Urfehde deswegen ist noch vorhanden, ebenso das Unschuldszeugnis nebst der Entschuldigung des Rates vom 26. August 1556.¹⁾ Die beiden Täter wurden laut Urteils vom 24. Juli an zwei Orten mit glühenden Zangen „zerrissen“ und sodann mit dem Strang hingerichtet.

Zwei Fälle gegen das sechste Gebot seien noch vorgeführt. Im Jahre 1569 wurde ein Kumeter, der mit eines anderen Weib oft fleischlicher Lust gepflogen, wie er gütlich bekannt hat, am 15. April vom Gerichte verurteilt, der Frau, der Schwiegermutter und dem Bürger, mit dessen Weib er gesündigt, Abbitte zu leisten und am nächsten Sonntag in der Pfarrkirche Buße zu tun: nämlich während der Predigt vor dem Kruzifix, das in der Mitte der Kirche steht, zu knien, ein Kruzifix am Arme oder in den Händen haltend. Dann soll er das heilige Sakrament empfangen. Die Anwesenden und der Prediger werden für ihn beten. Der zweite Fall spielt im nächsten Jahre gegen den Goldschmied Georg Sella wegen Ehebruches und wegen Injurien gegen den Bürgermeister und den Stadtrichter. Erzherzog Karl hat für ihn Fürbitte geleistet. Das Urteil vom 10. November legt dem Beklagten auf, für den Ehebruch in der Pfarrkirche während der Predigt und des Hochamtes „in der Brechel“ Buße zu tun. Für seine Unbilden gegen den Bürgermeister und den Richter, die er sogar zu erschießen gedroht habe, wird er gegen Urfehde zeit lebens aus der Stadt verwiesen, und zwar auf 20 Meilen Entfernung. — Wir sind noch in der Zeit strenger Kirchenstrafen. Im allgemeinen soll nur noch bemerkt werden, daß der Richter von Zeit zu Zeit über die vorgekommenen Kriminalfälle an den Bürgermeister Bericht erstattet. So zählt er Ende März 1557 an verhängten Strafen für das abgelaufene Vierteljahr auf: fünf wegen Gotteslästerung, eine wegen falschen Würfelspiels, eine wegen „Unkeuschheit zwischen einer Witwe und einem Ehemann“. Am 3. Dezember 1582 ergeht eine Mahnung Rudolfs II. an alle Gerichte wegen zu langsamen Vorgehens gegen die „Malefizpersonen“, so daß manche über ein Jahr und länger im Gefängnisse sitzen, ehe über sie verhandelt wird.

Am 3. Dezember 1579 war ein Auftrag Rudolfs II. erschienen, genau nach falschen Talern zu suchen, da solche bei zwei Haiducken gefunden wurden.

¹⁾ XLIII, 4/5, 6a, 6b.

Am 18. Juli 1589 erläßt der Herrscher eine Warnung gegen das Abschließen wucherischer, betrügerischer Kontrakte. Auch mit diesem zweiten Generalerlasse scheint ein Hauptübel der damaligen Zeit berührt und getroffen.

Bemerkenswert ist, daß auch der hiesige Bischof, beziehungsweise das Dorf Zillingdorf eine Gerichtsbarkeit hatte, nämlich für Stock und Galgen, wie das Bannteiding von 1574 sagt, also nicht für die schwersten Verbrechen. Diebstahl wurde noch im Hofe zu Zillingdorf gerichtet.

Eine eigentümliche und wichtige Stellung für die Kriminaljustiz ist den geistlichen Häusern, den Klöstern, den Kirchen noch immer beschieden. Sie können Zufluchtsorte für Verbrecher werden, die in diesen gottgeweihten Räumen nicht verfolgt werden dürfen. Natürlich sollten sie dort nicht verköstigt werden. In unserer Periode begegnen wir einem solchen Beispiele: Im Jahre 1518 waren einmal zwei „gefangene Täter“ ins Predigerkloster, einer ins Deutschherrenhaus, entwichen. Am 19. November richten die Regenten der niederösterreichischen Lande eine Aufforderung an den Rat und gleichzeitig an den Komtur Hans Mitterbacher, darüber zu wachen, daß diesen Übeltätern ja keine Speise gereicht, daß das Einschmuggeln von Speise und Trank für dieselben verhindert werde. An den Rat der Stadt wurde zugleich die Bitte gerichtet, die Flüchtlinge durch gute Worte aus ihrem Schutzorte herauszulocken, damit gegen dieselben nach Recht gehandelt werden könne. Jedenfalls müssen sie in das Gefängnis zurück, was indes bald gelang.

Was die Prozesse und die Entscheidungen des Zivilgerichtshofes betrifft, so bieten dieselben nicht viel Wissenswertes; sie drehen sich zumeist um Forderungen, um Geld- und Besitzfragen. Zudem enden sie gar häufig nicht mit dem Urteil des Stadtgerichtes oder des Stadtrichters: die Unterliegenden gehen weiter, wenden sich an den Rat oder häufiger gleich an Oberbehörden, die dann gewöhnlich eine Äußerung des Stadtrates einholen oder sonst Weisung geben. Als Beispiel sei auf den Prozeß der Erben des verstorbenen Steinmetzen Anton Spazio gegen den Steinmetz Orlando hingewiesen, in welchem die Regierung auf die Beschwerde Orlandos, daß er seine Zeugen wegen ihrer Arbeit nicht haben könne, an den Rat von Neustadt den Befehl erläßt, diese Zeugen zu vernehmen. Manche Zivilstreite kommen gleich an den Rat und werden von diesem mit anderen Gegenständen behandelt: so ein Streit des Baumeisters Anton Woller mit Jakob Gollner wegen einer Geldforderung, worüber in der Ratssitzung vom 6. Februar 1586 Beschluß gefaßt wird. Hier ist einer der streitenden Teile, nämlich Jakob Gollner, ein Mitglied des Rates, und es scheint, daß diese Respektsperson sich nicht dem Spruche der Genannten unterordnen will. Auch ein Streit von Veit und Regina Hohenkircher, die ein Bürgerhaus hier besitzen und daher unter der Herrschaft der Stadt stehen, mit Blasius Wolslaher, dem Inhaber des städtischen Leopoldsbenefiziums, wegen Zahlung eines Zinses wird durch einen Ratsbeschluß entschieden, der das Ehepaar zur jährlichen Zahlung verurteilt. Bei einem anderen Streite des Blasius Wolslaher mit Thomas Vinster, Rektor der Kaplanie der Jungfrau Maria am Hochaltar der Domkirche im Jahre 1512/13, fällt ein gewählter Gerichtshof die Entscheidung. Es kommt nämlich nicht vereinzelt vor, daß die streitenden Parteien sich selber bezüglich mehrerer Personen eines Schiedsgerichtes einigen, deren Spruch sie sich lieber fügen als dem Urteile des amtlichen Gerichtes. Es handelt sich im vorliegenden Falle um die Benützung eines gestifteten Hauses und Hofes und Stadels. Der von ihnen angenommene Gerichtshof umfaßt sieben Personen mit dem Offizial als Obmann; dabei ist auch Bernhard Kirchlamitzer und der Doktor der Medizin

Hans Osterberg und drei Geistliche. Das Schiedsgericht teilt das Haus genau, bis auf die Stiegen, und bestimmt zehn ungarische Gulden als Strafe für denjenigen, der gegen die gefällte Entscheidung handelt. Diesen Streiten aus dem Anfang unserer Periode stellen wir einen aus dem Ende derselben an die Seite: Zwei Nachbarn sind 1585 in Streit geraten, weil in dem Stadel des einen ein Feuer ausgebrochen war, welches das Haus des anderen mitverzehrte. Dieser forderte nun eine Entschädigung. Die erbetene, auf Geheiß Kaiser Rudolfs II. selbst vom Rate am 7. März 1589 ernannte Kommission enthielt wieder sieben Mitglieder mit dem Stadtrichter als Obmann; außerdem zählte dieselbe vier Mitglieder des inneren, ein Mitglied des äußeren Rates und den Stadtschreiber. Dieser Gerichtshof fällt bei Anwesenheit noch des Bürgermeisters am 28. September 1590 seinen Schiedsspruch und setzte für den Klagenden, der durch die Feuersbrunst beim Nachbar mitgelitten hatte, eine Entschädigung von 150 Gulden fest, die binnen zwei Monaten beim Rate zu erlegen waren.

Dagegen wurde in dem Streite, den der Prior von St. Peter, Michael Eckart, gegen Hans Wismater wegen einer Forderung von 432 Pfund 24 Pfennig erhob, eine viergliedrige Kommission vereinbart, welcher der Neustädter Bischof Dietrich, der kaiserliche Rat Wilhelm von Reichenpach, Christoph Auer, Deutschordenskomtur von Neustadt, und der kaiserliche Rentmeister Martin Neusser angehörten.¹⁾

Eine eigentümliche Ursache für die Entstehung von Streitfällen zu Anfang des 16. Jahrhunderts wird durch einen Erlaß Kaiser Maximilians I. vom 28. September 1511 behoben: Manche Bürger und Inwohner hatten anderen auf eigene Faust das Weinlesen auf fremdem Grunde verboten, wenn sie Forderungen an dieselben hatten: das dürfte nur durch die Obrigkeit geschehen.

Über gefällte oder auch zu fällende Urteile kommt hie und da eine Weisung selbst vom Landesfürsten, zum Beispiel am 30. März 1547, in einer Rechtssache die Billigkeit zu handeln, am 5. März 1560 die provisorische Genehmigung eines Abschiedes usf.

Streite zwischen Personen, welche der Stadt nicht unterstehen, Streite von Neustadt selbst mit Einheimischen oder Fremden können selbstverständlich nur von höheren Behörden geschlichtet werden. Dagegen war das Gericht und die Person des Richters eine Art Polizei für die öffentliche Ordnung, welche die Ausführung der Stadtratsbeschlüsse in dieser Richtung beobachtete. Das Gericht bestimmte für die Bäcker das Brotgewicht oder überließ dem Richter persönlich diese Bestimmung. Er überwachte und veranlaßte allenfalls die Sauberkeit in den Straßen und vor den Häusern. Der Richter sorgte für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Märkten. Dies war natürlich bei der zunehmenden Ausdehnung von Handel und Verkehr der Stadt dem Richter allein neben seinen anderen Verpflichtungen nicht möglich. So wurde ihm gegen das Ende unseres Zeitraumes ein Marktrichter, gewählt aus den Genannten, zur Seite gegeben, der dann auch seine Instruktion erhielt. Dieselbe gehört dem Beginn der nächsten Periode zu.

Es ist klar, daß nicht wenig Streitfälle, die der Rat zu entscheiden hatte, doch im Rekurswege noch an höhere Behörden kamen, nach Wien gingen. Daher nahm die Stadt einen Rechtsvertreter, wie wir bereits oben bemerkt haben.

Von den Streitfällen, in denen die Gemeinde selber Partei ist, wollen wir zuerst jene mit Gegenparteien in der Stadt selbst berücksichtigen. Hier kommen außer einzelnen Bürgern die kaiserlichen Ämter, ferner die geist-

¹⁾ Der Schiedsspruch lief auf eine ratenweise Zahlung hinaus.

lichen Körperschaften und namentlich das Bistum in Frage. Bistum und Stadtvertretung waren eben zwei Spitzen, und zwar reichte der Wirkungskreis des Bischofs in die weltliche, wirtschaftliche Zone, die Machtsphäre des Rates weit in die geistlichen und religiösen Gebiete hinüber. Der Rat besetzte ja auch Benefizien. Es gab also Reibungsflächen genug zu Zwistigkeiten verschiedener Art, und wir wollen mit diesen Rechtsstreiten den Anfang machen.

Ein besonders energischer Seelenhirt war der Bischof Gregor Angerer, der auf den uns schon bekannten Dietrich Crammer folgte. Mit ihm brach der Streit auf dem ganzen Berührungsfelde los, bis die streitenden Parteien am 13. Dezember 1535 zwei Verträge abschlossen. Der erste geht die religiöse Seite an, und wir kommen später auf denselben zurück; das zweite Übereinkommen soll das Verhältnis der Streitenden in Wirtschafts- und Verwaltungssachen regeln.

Es bestimmt:

1. Die Benefizia sollen auch weiterhin gegenseitig präsentiert werden, und die Stadt soll die Dekrete mitsiegeln, jedoch nach dem Bischof.
2. Der Rat hat die Macht, die Wohnung eines Benefiziaten gegen Anzeige zu sperren.
3. Zur Inventierung der Verlassenschaft eines Benefiziaten soll auch die Stadt einen Vertreter schicken, und soll beider Parteien Petschaft angelegt werden. Das Original der Inventur ist dem Rate zuzuschicken.
4. Auch bei einer Krida soll der Rat vertreten sein.
5. Stiftsinventare müssen unverändert bleiben; auch die neuen Häuserinventare sind nach den alten aufzurichten.
6. Bei einem Erledigungsfalle seien die Häuser möglichst zu bessern.
7. Die Verlassenschaft eines ohne Testament verstorbenen Benefiziaten falle halb dem Bischof, halb der Domkirche zu.
8. Der Rat soll keine Macht haben, Benefiziaten vorzufordern, er soll sie an ihre Obrigkeit weisen. Auch Benefiziaten haben keine Macht, einen Bürger vorzufordern.
9. Ohne Wissen und Willen des Rates sollen die Benefiziaten keine Weine als die ihrer Pfründen in die Stadt führen. Die Übertretung dieser Vorschrift soll der Bischof strafen. Dasselbe gilt, wenn die Benefiziaten Weingärten oder Gründe kaufen. Die Einverleibung angekaufter Gründe mit dem Benefizium soll nur mit Wissen des Rates geschehen.

Diese Vereinbarung wurde der Stadt gar nicht zugestellt.

Auch weiterhin gab es unter demselben Bischof noch kleine Reibungen und Klagen. Im Jahre 1542 klagte Gregor die Stadt, daß sie ihm in dem Ausschanken seiner Weine Irrung tue. Nach einem mündlichen Verfahren vor der Regierung in Wien wurde dem Kläger auferlegt, die Ausschankberechtigung für alle seine Weine binnen sechs Wochen nachzuweisen. Ein solcher Nachweis war überhaupt nicht möglich. Im nächsten Jahre 1543 führte der Bischof dagegen wieder Klage gegen die Gemeinde, daß sie Priester im Verkaufe ihrer Weine irre; die Sache endete ohne Prozeß. Ebenso die Beschwerden Gregors gegen die Stadt in demselben Jahre wegen des Abstechens und Wegführens von Rasen bei St. Ulrich und wegen des Abbrechens eines Zaunes dortselbst. Dagegen bringt der Bischof im Jahre 1544 neue Klagen verschiedener Art ein, insbesondere neuerdings über die Verwertung, Veräußerung des Weines. Zur Schlichtung des Streites wird ein dreigliedriges Schiedsgericht ernannt, bestehend aus dem Freiherrn Andre von Puchhaim, Erbtruchseß, dem Deutschordenskomtur Gabriel Kreitzer und dem Hofprokurator Dr. Egydius Neubeck, die am 29. April 1544 das Urteil fällen.

Aus demselben seien folgende Punkte hervorgehoben:

1. Der Bischof soll frei sein von dem Ungelt der im Propsthof aus-
geschenkten Weine des ehemaligen Stiftes St. Ulrich.

2. Der Bischof darf in Hinkunft seine Weine wohl in Bürger- oder
Benefiziatenhäusern einlegen, aber nicht dort ausschenken.

3. Der Bischof soll den Krautzehent geben.

4. Die Weinfuhr der Benefiziaten über die Donau soll bleiben wie bisher.
Das frühere Übereinkommen der Stadt mit dem Bischof ist der Stadt
zuzustellen.

Diese Punkte lassen erkennen, daß sich der Bischof wenig an die Be-
stimmungen des älteren Vertrages und deren Folgerungen hielt.

Im Jahre 1545 wurde Gregor Angerer auch Mitglied einer Kommission
neben Gabriel Kreitzer und Georg von Wolfenreuth zur Untersuchung
einiger Unregelmäßigkeiten der Stadtgemeinde.

Im Jahre 1548 starb dieser streitbare geistliche Herr der Stadt, und erst
unter Lambertus Gruterus brachen wieder ernstere Zwiste aus. Wohl be-
klagte sich der Rat einmal im Jahre 1570 gegen dessen Vorgänger Christian
Neponanus, daß dieser bei der Verlassenschaft eines Benefiziaten die alte
Vereinbarung übertreten habe; allein die Streitenden kamen nach einer
in kurzem Notenwechsel gegebenen Aufklärung gütlich überein. Lambertus
Gruterus beschwert sich am 7. September 1572 gegen Neustadt, daß die
Stadt ihm den „kleinen Zehent“ von Hirse, Heiden, Bohnen, Fenchel be-
hindere. Ein Abschied nach mündlichem Verfahren bei der Regierung und
Kammer vom 3. November 1572 legt dem Bischof auf, sein Recht auf den
Bezug dieses kleinen Zehents zu erweisen. Streit und Klage setzen sich
fort, und erst am 12. Jänner 1575 kommt von der Regierung ein neuer
Abschied, der ein Kompromiß bedeutet. Nachdem zuerst festgestellt worden
ist, daß der Bischof nur zum Erheben des großen, des Getreidezehents,
nicht aber auch des kleinen Zehents für Hirse usf. berechtigt sei, wird
kontraktlich vereinbart:

1. Die Stadt werde den kleinen Zehent leisten; der Bischof werde jedoch
gegenüber den Armen nachsichtig sein und den kleinen Zehent nicht ver-
langen.

2. Dagegen soll bei Neubrüchen in den ersten drei Jahren auch das Getreide
vom Zehent befreit sein. — An diesen Zehentstreit schließt sich unmittelbar ein
Ungeltstreit. Der Bischof will den Ungelt für die im Propsthof verleutgebenen
Weine nicht zahlen. Der Abschied vom 7. Mai 1576 trägt ihm diese Zahlung auf,
aber dieselbe erfolgt nicht. Und erst am 3. Mai 1584 ergeht ein Befehl und
am 14. Juni 1584 abermals ein scharfer Auftrag Rudolfs II. an Lambertus
Gruterus, der im Abschiede des Jahres 1576 ihm auferlegten Verpflichtung
binnen sechs Wochen und drei Tagen unweigerlich nachzukommen. Aber
auch das wirkt nicht. Im Jahre 1586 kommt ein Erlaß vom 14. Juli mit
Drohungen. Endlich wird am 7. Dezember 1589 mit Lamberts Nachfolger
Melchior Klesel vereinbart, daß der Rat alle Rückstände, die auf Jahre
zurückreichen, vollständig nachsieht, von nun an aber die Zahlung
des Ungelts für die im Propsthof ausgeschenkten Weine verlangt. Am
9. Jänner 1590 bedankt sich der Bischof für dieses Entgegenkommen und
am 9. Juni erfolgt der Geldausgleich. Die Hartnäckigkeit des Vorgängers,
der auch noch andere kleine Streite mit der Gemeinde anfang, hatte einer
klugen Nachgiebigkeit Platz gemacht.

Von Zivilstreiten mit einzelnen Geistlichen ist jener mit dem Benefiziaten
Andreas Zwettler der am längsten andauernde. Er beginnt 1533 mit der
Beschwerde des geistlichen Herrn, daß er seine Dienste von der Stadt
nicht bekommen könne. Die Antwort der Gemeinde an die Regierung, daß

Zwettler einer hiezu notwendigen brieflichen Zustellung nicht nachgekommen sei, trägt diesem einen Verweis ein. Der Streit zieht sich bis ins Jahr 1541 hin, da die Stadt auf der Erfüllung der Form beharrt. Schließlich müssen selbstredend die Dienste gezahlt werden.

Wegen einer ähnlichen formellen, freilich weit wichtigeren Frage entwickelt sich ein Rechtsstreit der Stadt mit dem Benefiziaten Hans Häbreiner. Derselbe hat eine Hofstatt und ein Häusel gekauft und will grundbücherlich angeschrieben werden. Der Rat verlangt jedoch die Vorlage des Kaufbriefes, und wieder muß sich die Regierung ins Mittel legen, ehe die Sache — diesmal in kurzer Zeit — geordnet wird.

Für die Beilegung eines Streites der Stadt mit der Priorin hieher geflüchteter Nonnen bei St. Peter,¹⁾ betreffend einen Fleck, auf dem die Gemeinde eine Hütte erbaut hat, wird am 16. April 1561 eine Kommission bestimmt, die einen Vergleich herbeiführt.

Die Zwistigkeiten mit dem Deutschen Ritterorden wurden zumeist ohne Prozeß behoben. Nur einmal, am 27. April 1582, machte die Stadt eine Eingabe gegen den Inhaber des Deutschordenshauses hier, den Komtur Albrecht von Siglsdorf, daß er ein Gebäude mit großen Fenstern gegen die Ringmauer zu aufführe. Der Kriegerat setzt daher eine Kommission zur Untersuchung der Sache ein. Und schon am 12. Juli kann die Kommission an Erzherzog Ernst berichten, daß zwischen Neustadt und dem Ordenshause ein Vergleich zustande gekommen sei.

Mit den Paulinern hatte die Stadt einen Streit wegen der Weigerung des Klosters, für den ausgeschenkten Wein das Zapfenmaß zu zahlen. Derselbe dauerte vom Jahre 1586 bis 1594 und endete mit dem Siege der Stadt.

Mit dem Georgsorden entspann sich im Jahre 1570 ein Streit wegen des Fischwassers bei dem Schwärzerhof, den die Stadt gekauft hatte, während der Orden das Fischereirecht beanspruchte. Der Prozeß dauerte fünf Jahre, und erst am 19. Juli 1575 erließen Regierung und Kammer nach schriftlichem Verfahren den Abschied, daß der Georgsorden sich des Fischens beim Schwärzerhof zu enthalten habe. Übrigens hat nachträglich, am 20. September 1584, der Stadtrat selbst dem Orden sein Recht auf das Fischwasser dortselbst in einer Erklärung anerkannt.

Hatte dieser Zwist zugunsten der Gemeinde geendet, so ging dagegen ein Streit mit dem Neukloster zuungunsten der Stadt aus. Der Rat hatte nämlich, da es ausdrücklich durch eine päpstliche Bulle gestattet worden war, die Geistlichkeit zu den Steuerlasten heranzuziehen, im Jahre 1531 wie auch schon im Jahre 1529 eine „schwere Steuer auf das Zisterzienserstift hier geschlagen“, was freilich dessen Privilegien widersprach. Der Abt Gregor wendete sich hiegegen gleich an den Kaiser selbst und hob zugleich hervor, daß die Stadt auch die Weineinfuhr des Klosters behindere und auch anderweitig dessen Freiheiten verletze. Da kam am 28. September 1531 schon der Auftrag an den Rat, das Kloster unklaghaft zu halten, dessen Weineinfuhr nicht zu behindern und alle Freiheiten des Neuklosters zu achten.

Von den Rechtsstreiten mit staatlichen, kaiserlichen Funktionären ist ein Prozeß mit dem Unterlandmarschall Wilhelm Wolfenreuter wegen Konterbandierens zu erwähnen. 1514: Neustadt hatte einem Stüchsensteiner Untertan Nüsse wegen Fahrens auf verbotener Straße, Wolfenreuter dafür der Stadt einige Faß Wein weggenommen. Nach dem Regierungsabschiede vom 5. Dezember muß beides zurückgegeben werden: dem Stüchsensteiner die

¹⁾ Siehe unten.

Nüsse wegen seiner Armut, aus Gnade; der Stadt, weil der Untermarschall kein Recht zur Pfändung hatte.

Ein recht trübes Licht auf die damalige Staatsverwaltung wirft ein Rechtsstreit der Gemeinde mit dem Rentmeister Hans Hohenkircher, welcher der Stadt und dem Spital Vieh weggenommen hatte, da es auf fremdem Grunde geweidet habe. Ein Abschied vom 19. Juni 1551 trug dem Rate auf, das Eigentumsrecht auf den bezüglichen Grund zu beweisen. Ein zweiter Abschied vom 15. September nach mündlichem Verfahren verlangt von der Stadt genauen Bericht über den ganzen Vorgang. Am 29. April 1552 wird eine Kommission von drei Mitgliedern zur Behandlung der ganzen Sache von der Regierung bestimmt, und da dieselbe nichts tut, werden am 6. Juli 1555 hiefür drei andere Männer ernannt, welche die Sache ruhig einschlafen lassen. Zehn Jahre später trat ein anderer Streitpunkt hervor: die Stadt hatte einen kaiserlichen Tagwerker in Haft genommen, wogegen der Rentmeister bei der Regierung Klage führte. Doch lief die Sache auf gütlichem Wege ab.

Eine Anzahl Streitpunkte gehen wohl unseren Hans Hohenkircher nur als Privatmann und als Besitzer eines Bürgerhauses an; aber es wirkte gewiß das Pochen auf seine Rentmeisterwürde mit, das ihn zum Erheben der betreffenden Forderungen bewog. Im Jahre 1555 erhob er Anspruch auf einen Grundstreifen der Stadt an der Leitha; eine Kommission bedeutete ihm am 19. August, er habe sich dieses Grundes für alle Zeit vollständig zu enthalten. Auch nach seinem Scheiden aus dem Rentmeisteramte dauerte seine Streitlust fort. Er weigerte sich, von seinem Bürgerhause Steuer, Wacht und Robot zu leisten. Am 29. November 1566 schreibt ihm die Regierung nach vorausgegangenem Prozeßverfahren diese Leistungen vor. Im Jahre 1570 endet ein Rechtsstreit der Stadt gegen ihn, weil er auf städtischem Grunde angebaut hatte, mit dem Regierungsbefehl vom 14. April, die Gemeinde unklaghaft zu halten. Der Streit dauert jedoch bis 1571 fort, wo eine Kommission von fünf Mitgliedern die Sache abermals zugunsten der Gemeinde beilegte.¹⁾ Recht behielt Hans Hohenkircher in einer Klage gegen die Stadt vom Jahre 1560, daß ihn dieselbe seine Speisenweine nicht einführen lasse, was ihm mit dem Regierungsbefehl vom 17. Dezember an Neustadt gewährt wurde.

Im Jahre 1565 war Wolf Kellner zum Rentmeister in Wiener Neustadt ernannt worden. Derselbe wurde in einem Dienstbriefe von allen Lasten der Stadt, von der Verpflichtung zur Bekleidung bürgerlicher Ämter befreit, so daß der Rat gegen diese außerordentliche Begünstigung Einspruch erhob. Die Antwort der Regierung auf diese Vorstellung war eine förmliche Entschuldigung: sie könne die Sache nicht rückgängig machen, werde jedoch künftighin nur in besonders dringenden Fällen solche Exemtionen erteilen. Schon im nächsten Jahre, am 12. Juli 1566, glaubte die Regierung an den Rat mit der Bitte herantreten zu können, sie möge dem Rentmeister bei der Erwerbung eines Bestandkellers behilflich sein, wo er die Rentweine ausschenken solle. Der Rat zog sich mit dem Hinweise auf die großen Schwierigkeiten zurück.

Ein Grund- und Mautstreit mit dem Verwalter der Hauptmannschaft in Neustadt, Georg Walzer, im Jahre 1556 wurde durch die Kommissäre Hieronymus Beck von Leopoldsdorf und Dr. Josef Zoppl geschlichtet.

Mit dem kaiserlichen Brunnenmeister Hans Mallersdorfer entspann sich schon 1568 ein Streit wegen des Fischens desselben in dem der Stadt gehörigen Wasser, etwas später auch mit dem kaiserlichen Zeugwart Neysser

¹⁾ Die wiederholten Angaben wegen Irrung von Grundstücken 1566 und 1570 dürften alle auf den einen Fall zurückzuführen sein.

und dem Pulvermacher; mit dem Auftrage an die Stadt, ihre Gerechtigkeit zu beweisen, erging auch am 6. Mai 1575 der Auftrag an die Geklagten, die Beweisstücke für das Fischereirecht an den fraglichen Orten vorzulegen. Und da sie dies nicht wollten, wurde ihnen unter dem 12. September bedeutet, sich des Fischens dort zu enthalten. Zwei Jahre später begann ein sonderbarer Streit mit dem Brunnenmeister allein. Er wurde am 10. April 1577 angeklagt, daß er das Rad der Palliermühle zerhackt und einen Bach umgeleitet habe. Diesmal besonders schnell, am 23. April, wurde dem Angeklagten aufgetragen, auf seine Kosten alles wieder in Ordnung bringen zu lassen. Das geschah nicht, und es kam erst im Jahre 1597 zu einem Abschiede wegen dieser und einiger anderer Gewalttätigkeiten, nachdem Hans Mallersdorfer bereits gestorben war. Auch damit war die Sache nicht erledigt, sondern setzte sich mit der Witwe des Dahingeshiedenen fort.

An die Amtspersonen wollen wir noch die Witwe des Kanzlers Marx Treitzaurwein, Barbara, anreihen, die den Stadtrat geklagt hat, daß er sie in der Fischerei bei ihrer Mühle hindere. Sie behält im Abschiede recht; allein der Rat kommt dem Regierungsausspruche nicht nach; und da wird am 13. März 1535 auf ihre neuerliche Beschwerde kundgemacht, daß sie jetzt, eben weil der Rat den Abschied nicht beachtet habe, auch Anspruch und Forderung auf die Unkosten habe. Die vollständige Entscheidung kommt erst am 13. März 1538.

Über die Klagen und Beschwerden einzelner einfacher Bürger in Neustadt gegen die Stadtvertretung sei erwähnt, daß dieselben eingebracht werden: wegen Entziehung oder Vorenthaltung von Grundstücken und Realbesitz überhaupt (1523 Wegnahme eines Teiches, eines Grundes, 1548 Regina Witwe Hohenkircher, Vorenthaltung von Grundstücken), wegen Eintretens gegen Hauskauf (1559), wegen Weigerung der Gewehranschreibung (1515 wegen eines geschenkten Hauses, 1538 die Umwandlung eines Freihauses in ein bürgerliches Haus betreffend), wegen Vorganges bei Verlassenschaften (1515 nach Peter Vinck, 1538 nach Wolfgang Roll, 1540 nach Hans Schaidenmacher, 1560 nach Wolfgang Freysinger, 1561 nach Hieronymus Schütz), wegen Nichtherausgabe von Urkunden, Akten (1552, 1560 einen Heirats- und Kontraktbrief betreffend), wegen Verzögerns von Verhandlungen (1545 Regina Witwe Hohenkircher), 1555 Margarethe Witwe Puschmann wegen Hinderung des Einführens der Weinfechung (1577 Wolf Zehentner), wegen des Ausschenkens von Bauwein (1541 einer „mitleidenden“ Witwe), einmal wegen Sperrung einer „bürgerlichen Hantierung“ (1554).

Rückblickend auf diese Klagen kann man erkennen, daß dieselben gegen das Ende unserer Periode wesentlich abnehmen, was mittelbar auf eine Besserung der Verhältnisse, auf eine Hebung der Stadt schließen läßt.

An den Rechtsstreiten der Stadt mit der Umgebung sind so ziemlich alle Herrschaften und Ortschaften um Wiener Neustadt beteiligt. Besonders ernst und lange andauernd ist der Streit mit der Herrschaft Krotendorf (Frohsdorf) und mit den Besitzern derselben, der Familie der Teufel. Die Untertanen dieser Herrschaft in Schwarzbau, Lanzenkirchen, Wolkersdorf sind Pächter von Hutweiden auf dem städtischen Grunde, wie wir wissen, und es handelt sich meistens um Grundstreite. Schon im Jahre 1534 führt Christoph Adolf Teufel Klage gegen die Stadt wegen einer Grundvertauschung; die Sache zog sich lange hin, schloß jedoch dann ein. Im Jahre 1560 gab Neustadt „aus guter Nachbarschaft“ den Lanzenkirchnern zur Erbauung einer Brücke eine Spende von einem Taler, in den folgenden Jahren ebenfalls kleine Beträge. Auch 1562, als Kaiser Ferdinand eine Vermarkung des Burgfrieds des Krotendorfers vornehmen lassen wollte, wurde

ein Vertreter von Neustadt aus guter Nachbarschaft dazu geladen. Und am 26. Juni 1564 schreibt Christoph Teufel an Neustadt, er wolle gute Nachbarschaft, werde für die Freiheiten der Stadt eintreten, er begehre nur den Tausch einer Wiese und eine Vereinbarung wegen einiger strittiger Äcker. Am 11. Juli schlägt er zu diesem Zwecke eine gütliche Zusammenkunft vor. Dieselbe führte nicht zum Ziele, und nun zieht sich der Streit wegen verschiedener Gründe, auch solcher, welche Neustadt anderen Herrschaften verpachtet hatte, weiter und weiter.

In diese Händel fällt es auch, daß die Teufelschen Untertanen zu Schwarza den Neusiedlern das Vieh wegnahmen (1565), daß die Lanzenkirchner wegen der Entziehung von Weidegrund durch Neustadt bei der Regierung klagen (1570). Christoph Teufel war zu Anfang des Jahres 1570 gestorben; aber seine Witwe Susanne Teufel, geborene Weispriach, eine sehr streitbare Frau, verfolgte den Zwist mit Neustadt rüstig weiter. Zu dem Streite über Grundstücke und Weide gesellte sich ein anderer wegen mehrerer Pfändungen: einem Lanzenkirchner war Wein, mehreren anderen Vieh von den Neustädtern weggenommen worden. Am 12. Juli 1570 schlägt die Regierung wieder eine Kommission zur Bereinigung dieser und anderer Irrungen vor. Am 21. Februar 1571 wurde Wiener Neustadt der Klage ledig gesprochen. Aber der Streit dauerte wegen neuerlicher Gewalttätigkeiten fort, und am 25. Mai 1571 wird abermals eine Ausgleichskommission bestellt. Dieses Vorbringen von neuen Beschwerden, neuen Gewalttätigkeiten, bald wegen Schwarza, bald wegen Lanzenkirchen, und das Ernennen von immer neuen Kommissionen dauert nun von Jahr zu Jahr fort, ohne daß man einem nachbarlichen Frieden näherkommt. Eine Klage der „Teufelschen Witib“ vom August 1573 bezieht sich einmal auf etwas anderes: Neustadt hindere sie, das für ihre Hausnotdurft erforderliche Salz durchzuführen; und eine zweite von 1575 begehrt von Neustadt die Wiederherausgabe konterbandierten Weines, den ihre Untertanen in Ungarn gekauft und über österreichisches Gemark geführt haben. Ein Abschied vom 12. März 1576 behebt die Sache nicht; und im Jahre 1580 beschwert sich Susanne, daß Neustadt noch immer nichts tue, sie zu befriedigen. Der Streit wegen der früheren Klagepunkte dauert fort und nimmt abermals eine andere Gestalt an: die Lanzenkirchner, die Haderswörther, die Breitenauer, Untertanen von Krotendorf und Susannes Schäfer selbst treiben ihr Vieh auf städtischen Grund, und die Erlacher beschwerten sich wegen Schädigung ihres von Neustadt gepachteten Grundes; auch habe die Herrin drei starke Halter mit langen Halterkolben aufgestellt. Daraufhin beschließt der Rat am 4. Juli 1581, den Überreitern einen Feldhüter und einen Faßzieher beizugeben. Wir stehen also vor Tätlichkeiten. Doch scheinen diese nur in der neuerlichen Pfändung von Vieh der Teufelschen Untertanen bestanden zu haben; die Forderung der Zurückstellung bildete den Grund zur neuerlichen Fortsetzung des Streites.

Den Inhalt des Abschiedes vom 20. August 1584 bildet wieder — die Ernennung einer Kommission! Die Rückstellung erfolgt nicht, im Gegenteil klagt Susanne im Jahre 1587, daß die Neustädter ihren Untertanen noch mehr Vieh gepfändet haben. In diesem Jahre kommt noch eine neue Form des Grundstreites zutage. Die Witwe Teufel hatte „trutzig“ auf Neustädter Grund Holz abschlagen lassen, ohne daß sie die Stadt trotz wiederholter Befehle unklaghaft hält, und im Jahre 1590 erlegen die Schwarzauer am 26. April den Weidepacht mit dem Bemerken: ihre Frau wolle nicht zulassen, daß sie einen Bestandsbrief mit Wiener Neustadt aufrichten.

Auch mit Friedrich von Sintzendorf, dem Nachfolger des Hans Hohenkircher als Inhaber von „Aichbüchel“, geriet Neustadt in Streit, und zwar wieder wegen einzelner Grundstücke. Der Streit hatte im Jahre 1573

begonnen und endete mit dem Vergleiche vom 24. Mai 1580, der auch durch eine Kommission herbeigeführt wurde. Es heißt: Alle früheren Zwiste werden aufgehoben. Was Sintzendorf von der Witwe des Hans Hohenkircher erworben, das Haus in Neustadt, die Gründe im Stadtgebiet, kauft der Stadtrat um 2500 Gulden zurück und übernimmt den Zins von zwölf Gulden an das Leopoldbenefizium. Von vier Äckern behält er die Nutznießung bis zu seinem Tode, und nach seinem Abgange noch zehn Jahre lang derjenige, der das Schloß Aichbüchel besitzen wird.

Ein Streit mit der Herrschaft Püttenberg dreht sich um die Mautwage, wird nur in den Jahren 1568 und 1569 erwähnt.

Langer Streit entzweite Neustadt auch mit den Herren von Sebenstein, dann von Königsberg, die auch Katzelsdorf und Ober Eggendorf innehatten. Wolf von Königsberg ging ziemlich rasch und gewalttätig vor. Im Jahre 1567 ließ er die Vokauhütte der Neustädter niederreißen, auch Zeug von derselben wegnehmen, baute Gründe auf Neustädter Boden an. Am 23. November 1568 wurde die unvermeidliche Kommission bestellt, die langsam wie gewöhnlich vorging. Unterdessen konnte sich Wolf beklagen, 26. März 1569, daß Neustadt einem Königsbergischen Untertan zu Ober Eggendorf ein Faß Wein weggenommen. Und nun folgen mehrere Abschiede über diese verschiedenen gegenseitigen Klagen, ohne den Wirren ein Ende zu setzen. 1576 folgt wieder ein Streit wegen der Maut. Nach Wolfs Tode übernahm Georg Leonhard von Königsberg die alten Streitigkeiten. 1583 kam eine neue dazu: Ein Königsbergischer Untertan hatte mit seinen Leuten Neustädter Bürgern einen Pflug zerhackt, vier Ochsen, ein Roß samt Kutsche weggenommen. Gerade dieser Exzeß wurde schon am 18. Mai 1583 durch einen Befehl Rudolfs II. auf Ersatz und Rückstellung bereinigt. Die Streite mit Georg von Dietrichstein und der Herrschaft Aspang betrafen besonders die Weinfuhr und die Konterbandierung von Wein. Sie brachen öfter aus; so 1550 mit einem Abschiede vom 13. Juni 1551, so 1574. Der Wein sollte wieder herausgegeben werden.

Zahlreiche Reibungen gab es mit dem Nachbarorte Neunkirchen. Wiederholt war das Fahren der Neunkirchner auf verbotenen Straßen die Ursache des Zwistes; so 1534, 1567, 1570, namentlich bei der Einfuhr der Ungarweine. In dieser letzteren Beziehung wurde zwischen den beiden Orten am 12. Februar 1570 ein Vergleich geschlossen. Nach demselben durften die Neunkirchner ihre Weine, Maische, Moste, und zwar Eigenbau, von Michelis, 29. September, bis Martini, 11. November, frei über die Leitha unter und bei der Vokauhütte führen. Sie durften diese Weine auf einem Zapfen verleutgeben, nicht unter dem Reifen verkaufen. Daß es Bauweine sind, muß bescheinigt sein, sonst tritt die Konfiskation ein.

Aber schon zu Anfang des Jahres 1571 ist der Streit wieder da, und am 12. Februar wird ein neuer Vergleich mit den gleichen Bedingungen geschlossen, und wird nur zugesetzt, daß diese Begünstigung auch für alle künftig von den Neunkirchnern erworbenen Weingärten gelte. Der gleiche Streitpunkt taucht indes doch wieder auf. Daneben entspinnt sich 1563 ein Streit wegen des Fischwassers von Peisching und 1573 ein Streit wegen der Salzfuhr von Wien nach Neunkirchen, die in Neustadt behindert werde: das Salz werde widerrechtlich in Neunkirchen verkauft. Daran schließt sich der Plan der Errichtung einer Salzkammer in Neunkirchen. Hiegegen erhebt Wiener Neustadt gleichfalls Beschwerde, die nach schriftlichem Verfahren am 25. Juni 1575 abgewiesen wird. Damit ist jedoch die Sache wieder nicht abgetan. Am 6. Mai 1581 trägt Rudolf II. seinem Bruder Ernst auf, die nötigen Schritte zu tun, um den Salzstreit zwischen Neustadt und Neunkirchen beizulegen. Auch diesem gelingt die Sache nicht. Am 10. Februar

1589 macht Wiener Neustadt wieder eine Eingabe, um die für Neunkirchen geplante Salzkammer zu verhindern, da deren Errichtung dem alten Privilegium von Wiener Neustadt auf eine Salzkammer für das ganze Gebiet des Landgerichts widerspreche. Vergebens! Es tauchte sogar wieder der weitere Plan auf, noch eine zweite Salzkammer in Aspang zu errichten, was allerdings nicht zur Ausführung kam. Aber am 9. November 1590 erschien der Erlaß, mit welchem die Salzkammer in Neunkirchen ins Leben treten sollte. Das Salz ist aus dem Salzamte Wien zu beziehen um denselben Preis, wie er für Wiener Neustadt besteht: 23 Pfund 1 Schilling 16 Pfennig das Küfel, und sei auf Kosten von Neunkirchen abzuholen. Neustadt machte 1591 nochmals einen vergeblichen Versuch, die Sache rückgängig zu machen. Es wurde der Stadt in der Antwort bedeutet, gegen die Mißbräuche der Bauersleute aufzutreten.

Am 7. Mai 1579 beschwerte sich Neustadt gegen Neunkirchen wegen übermäßigen Verkaufs von Weinstecken und anderem Holzwerk; doch führte diese Kleinigkeit zu keinem Prozesse. Gegen Freiherrn Ludwig von Hoyöß als Inhaber des Amtes Neunkirchen beschwerte sich Neustadt wegen Einführung eines Bodengeldes von zwei Kreuzern von jedem durchgeführten Faß Wein und eines Batzengeldes, 1585. Es dauerte bis 1590, ehe die Sache wieder abgestellt wurde.

Ein paar Rechtsstreite gingen aus den eingegebenen Klagen des Propstes des Klosters Gloggnitz hervor: 1546 war ihm von Neustadt Eisen und Blech konterbandiert, 1567 ein Faß Ungarwein weggenommen worden. Beidemale handelte es sich um die Maut, beziehungsweise deren Umfahrung, und der Propst wurde zur Strafe verurteilt.

Schottwien klagte bei der Regierung, daß Neustadt ihm durch eine Maut den Handel sperre, 1574; doch führte die Klage zu einem Befehle vom 23. Oktober 1574 gegen den Kläger und zugleich gegen Neunkirchen, die Eisenordnung nicht zu verletzen, keinen Schmuggel zu dulden, und zu dem Abschiede vom 11. Juli 1578 nach schriftlichem Verfahren, daß Schottwien die Mautfreiheit seiner Getreide-, Eisen- und Blechfuhr zu beweisen habe. Eine Beschwerde von Schottwien, daß Neustadt ihnen in Ungarn gekaufte Moste weggenommen habe, sie überhaupt keine Weine in Ungarn kaufen lassen wolle, war durch die Rückgabe des Mostes erledigt worden (1568).

In Schottwien gab es auch Reibungen mit dem kaiserlichen Aufschläger, der von Neustädtern, die Wein über den Semmering führen, einen Aufschlag einhebe; so 1536, wo ein kaiserlicher Befehl vom 16. Oktober dies abstellen mußte. Ein kaiserlicher Mautner dortselbst verlangte von den Neustädtern Maut. Der Streit deswegen begann 1580 und währte bis weit in die folgende Periode hinein. Und weiter knüpft sich an Schottwien der Streit mit Siegmund von Herberstein als Pfleger von Klamm, der, um das kaiserliche Gefälle zu heben, von den Leuten, die Wein von den Neustädtern kaufen und über den Semmering führen, in Neunkirchen Maut und in Schottwien Aufschlag verlange. Am 18. Juli 1533 wird ihm dies über Beschwerde von Neustadt abgestellt; nur mußten die Fahrenden einen Paßzettel haben. Eine Beschwerde bei Siegmund selbst wegen des einem Neustädter abgenommenen Eisens vom 13. Jänner 1546 läßt einen Prozeß vermeiden.

Mit Georg Wölzer als Pfleger von Neusiedl auf dem Steinfelde begann 1557 ein Streit wegen der Zugehörigkeit zum Landgerichte, der seit 1564 noch nicht entschieden war und einer Kommission zugewiesen wurde. Währenddessen schloß sich ein Streit desselben Inhalts mit der Herrschaft Starhemberg an, der mit Unterbrechungen weit in die folgende Periode hineinreichte.

Gegen Hans Gruber von Grub und die Herrschaft Gerasdorf wurde unsere Stadt über die Gebietsgrenze strittig (vor 1573). Eine Kommission regelte die Grenze; doch wurde gegen das Vorgehen derselben Einspruch erhoben, und 1588 ist ein neuer Rechtsstreit deswegen im Gang. Hans Gruber brachte am 8. August 1588 die Klage ein, daß die Neustädter Überreiter einem seiner Untertanen auf seinem Grund und Boden das Roß von einer Salzfuhr weggenommen haben. Auf Geheiß der Regierung nennen beide Teile ihre Kommissäre, die jedoch nicht so rasch zum Ziele kommen. Der Streit geht bis in die nächste Periode fort.

Da Weikersdorf diesmal aus der Reihe der Streitenden entfällt, wenden wir uns gleich Wöllersdorf zu. Hier handelt es sich um den Holzmarkt, den die Wöllersdorfer der Regierung als eine seit alter Zeit ihnen zustehende Gepflogenheit darstellen. Nachdem Neustadt diesen Markt als eine Neuerung bewiesen hat, wird am 13. Juli 1565 den Klägern aufgetragen, sich dieses Handels mit Holzwaren zu enthalten. In demselben Jahre berichtet jedoch Wöllersdorf weiter, daß die Neustädter Überreiter Leute anhalten, die Holz in Piesting oder Wöllersdorf gekauft haben und nach Wien führen wollen. Und da erfließt am 7. November 1565 der Regierungsbefehl, diese Holzfuhren nach Wien zu den kaiserlichen Gebäuden ungehindert zu lassen.

Ganz ähnlich beschwert sich der Pfleger von Gutenstein Adam Geyer von Osterberg, daß die Gutensteiner Untertanen, die Waren nach Wien führen und auf dem Rückwege Salz für die Hausnotdurft mitbringen, von den Neustädter Überreitern angehalten und gezwungen werden, über Wiener Neustadt zu fahren. Der Streit zieht sich langsam hin und die Stadt drängte nicht weiter.

Ein Zwist ganz eigener Art entstand zwischen Neustadt und Salomon Vogt als Herrn von Neudorf auf dem Wege nach Wien, und Solenau. Dessen Mautner verlangte von einem Neustädter die Maut, von einem andern zwei Fische; zu Solenau waren Reiter an die Straße bestellt, um den Neustädtern die Straße zu behindern. Der Abschied vom 31. März 1571 legt dem Besitzer auf, zu beweisen, daß er das Recht habe, Maut und Mautfische zu Neudorf und zu Solenau zu verlangen. Der Beweis wurde natürlich nicht geliefert und die Sache wurde abgestellt.

Wir sind nun auf dem Wege nach Wien und treten an die verschiedenen Streitigkeiten von Wiener Neustadt mit Wien selbst heran.

Die Rechtsstreite mit der neuen Residenz erwachsen auf demselben Felde wie jene im Mittelalter. Kurz nach Beginn unserer Periode kommen einzelne Irrungen vor: ein Wegnehmen von Wagen mit Fastenspeise für Wien durch die Neustädter, 1513, eine neue Beschwerde von Wien wegen Aufhaltens von Kaufmannsgütern durch Neustadt, 1515, und eine Beschwerde, daß Neustadt den Handel der Wiener mit venezianischen Waren mit der Maut aufhalte und hindere, 1518. Gleichzeitig eine Gegenbeschwerde von Neustadt, daß die hiesigen Händler bei der Fahrt durch Wien und über die Brücke Maut und Brückenzoll zahlen müssen. Eine Gerichtsurkunde vom 1. März 1518 entscheidet nach langem Verhör zugunsten von Wiener Neustadt, das von allen Klagen freigesprochen wird: es habe nur nach seinen Privilegien gehandelt; dagegen sei die Fahrt der Neustädter durch Wien und über die Donaubrücke frei. Nun folgen ein paar Jahrzehnte des Friedens und Schweigens. Am 6. Mai 1542 beschließt Wiener Neustadt eine Zuschrift nach Wien, in welcher gegen eine neueingeführte Abgabe Stellung genommen und ersucht wird, von der Erhebung eines „Waggeldes“ von den Neustädtern abzustehen. Auch dieses Verlangen führte zu keinem Streite. Auf einmal traten vom Jahre 1548 an fortwährende gegenseitige Beschwerden auf wegen Irrung in Kauf und Verkauf, namentlich von Lebensmitteln, und kein Teil

wollte dem andern Zugeständnisse machen. Konterbandierungen folgen: einem Neustädter sei Tuch, einem andern Honig weggenommen worden, 1549. Am 20. November 1551 schreibt Wien an Neustadt, den gegenseitigen Streit gütlich und außergerichtlich auszugleichen; aber noch am 9. Februar 1554 macht Wiener Neustadt an Wien die Bemerkung, daß trotz aller Bestrebungen doch kein Vergleich zwischen ihnen zustande gekommen sei. Man hat sich indes von beiden Seiten sehr zurückgehalten. Erst am 26. Mai 1564 hält sich Neustadt gegen Wien darüber auf, daß dort eine Beschau der Waren an der Maut eingeführt worden sei, die nach Neustadt eingeführt werden sollen.

In der Folge und vom Jahre 1568 an gesellt sich zu den Gegnern unserer Stadt in dem Streite mit Wien auch die niederösterreichische Landschaft mit Forderungen für Weinfuhr nach Wien und über die Donau und für den Weinverkauf „auf der Streu“.¹⁾ Dieser Rechtsstreit nimmt alle Phasen an und lodert trotz aller Zusammenkünfte und Verhandlungen immer wieder auf, bis im Jahre 1587 eine Unterbrechung, eine ruhigere Zeit eintrat; Neustadt hielt allerdings seine Forderungen aufrecht, und im Jahre 1590 kam ein neuer Streitpunkt dazu. Wien verlangte für die Benützung der Fahrzeuge auf der Donau die sogenannte Kaltmaut (Kaltenmaut), worüber die rechtliche Fehde bis weit in den folgenden Zeitraum hinein dauerte. Unterdes fiel wieder am 24. Februar 1592 eine Entscheidung in dem Streite über die Weinfuhr und den Weinverkauf der Neustädter auf Geheiß des Kaisers, da die Parteien trotz wiederholter Versuche sich nicht einigen konnten. Es wird dekretiert: die Neustädter dürfen ihre deutschen und ungarischen Weine gegen Beibringung gebührlicher Scheine frei durch Wien und über die Brücke führen; ebenso diejenigen, welche Wein von Neustadt gekauft haben. Nur darf der Wein nicht in Wien verkauft oder vertan werden.

Hier kann auch des Streites mit dem Landgrafenamte in Wien gedacht werden, der mehrere Male ausbrach; selbstredend wegen Abgaben: 1549 wegen Maut, 1550 wegen einer Beschlagnahme von Nüssen, wobei Neustadt seine Privilegien vorlegen mußte, 1572 wegen Beschlagnahme von Wein, wobei bewiesen werden mußte, daß sie Neustadt gehören oder von Neustadt gekauft seien.

Im Jahre 1569 hatte das Kloster Lilienfeld unter Abt Georg Neustädter Händler angehalten, die Wein über den Kaumberg führten, jedoch in entgegenkommendster Weise einen weiteren Streit vermieden. Im Jahre 1571 wurde das Kloster Mauerbach in einen Rechtsstreit zwischen Neustadt und einem Wiener Ratsbürger wegen eines dem Kloster dienstbaren Weingartens zu Gumpoldskirchen hineingezogen und zu einem Befehle gegen den Wiener veranlaßt.

Über die Landesgrenze hinaustretend, müssen wir zunächst uns an die Landschaft Steiermark wenden, wo Neustadt sowohl mit dem Lande selbst wie auch mit einzelnen Körperschaften manche Zwistigkeiten auszufechten hatte. Bei der Landschaft selbst drehte sich der Streit, wie begreiflich, um die Weinfuhr der Neustädter über den Semmering. Diese Weineinfuhr konnte ja den Verkauf der im Lande selbst geernteten Weine beeinträchtigen, wenn auch Obersteiermark kein Land für Weinbau war und seinen Bedarf an Wein allenfalls aus dem südlichen Steiermark decken mußte. Schon am 20. Juni 1511 wurde nach einer Verhandlung mit den Streitenden in Wien ein Abschied erlassen. Derselbe gestattete nur den deutschen Bauweinen der Neustädter die freie Einfuhr über den Semmering. Über die Einfuhr der

1) Bei der Strohgasse, dann Strauchgasse.

Neustädter Bauweine vom ungarischen Boden werde erst der nächste Landtag entscheiden. Am 31. Oktober 1511 erklären die in Graz versammelten „Landleute“, Herrschaftsbesitzer von Steiermark, an unsere Stadt, daß sie die freie Einfuhr der ungarischen wie der deutschen Bauweine von Neustadt nicht länger dulden wollen. Am 27. Jänner 1512 ordnet Kaiser Maximilian von Braunau aus abermals einen gemeinsamen Tag wegen dieser Frage an, und am 8. Juni 1513 ordnet er von Augsburg aus an, daß bis zum Austrag des Streites den Neustädter Bürgern erlaubt werde, jährlich 400 Faß Wein zu 10 Eimern Grazer Maßes nach Steiermark einzuführen. Der darauffolgende Abschied vom 28. Juni erhöht diese Menge auf 550 Faß ungarischen oder deutschen Weines. Doch machten die steirischen Stände immer wieder Schwierigkeiten, und im Jahre 1517 spricht Kaiser Maximilian in einem Befehle vom 8. November an den steirischen Landeshauptmann Siegmund von Dietrichstein nur mehr von der Erlaubnis für jährlich 300 Faß durch eine Anzahl Jahre; und auch dagegen erhebt der Landeshauptmann am 26. November Vorstellungen. Maximilian I. legt sich noch weiterhin für Wiener Neustadt ins Mittel, betont in einer Zuschrift an Dietrichstein am 12. Februar 1518, daß die Verhinderung der genannten Weineinfuhr für die Stadt einen großen Schaden bedeuten würde: er solle allen Fleiß anwenden, damit Neustadt seine Privilegien genießen könne. Auch Maximilians Nachfolger, Ferdinand I., nahm sich unserer Stadt und ihrer Interessen an, wünschte wieder einen Verhandlungstag. Allein die steirischen Stände erklärten am 29. August 1521 unumwunden, daß sie sich in keine Verhandlung mit Wiener Neustadt einlassen; es solle das Rechtsverfahren eingeleitet werden. Da berief Erzherzog Ferdinand selbst am 10. August 1523 die streitenden Teile für den 10. September zu einer Tagung nach Linz. Es wurde nichts erreicht, und im Jahre 1528 stehen wir vor ebenderselben Situation und wieder vor dem Vorschlage zu einer gemeinsamen Tagung.

Am 15. Dezember fällt Ferdinand eine Entscheidung; in derselben wird das Maß der Weine, deutsch oder ungarisch, die von Neustädtern über den Semmering geführt werden dürfen, abermals herabgesetzt auf 225 Faß zu 10 Grazer Eimern, den Eimer zu 64 Vierteln. Der Wein kann durchgeführt oder verkauft werden, ohne Irrung! Wenn die volle Menge jedoch in einem Jahre nicht erreicht wird, darf dies im nächsten Jahre nicht nachgeholt werden. Die Entscheidung gilt beiden Teilen ohne Schaden für ihre Freiheiten und Rechte.

Als Nachspiel zu dem Streite mag noch erwähnt werden, daß im Jahre 1536 der steirische Landschaftsweinhüter zu Mürzzuschlag einem Neustädter Bürger Wein beschlagnahmte, weil derselbe nicht das neue Stadtbrandzeichen hatte, und daß Erzherzog Ferdinand die Entschädigung hiefür veranlaßte und Auftrag an die Verordneten in Steiermark gab, solches Vorgehen nicht zu dulden.

Nun blieb länger als drei Jahrzehnte Ruhe. Nur änderte sich das Quantum des erlaubt über den Semmering zu führenden Weines abermals, und wurde die Menge nicht mehr im ganzen, sondern für jeden Bürger bestimmt.

Im Jahre 1545 wird vom Rate am 30. August beschlossen, daß jeder Neustädter Bürger jährlich 50 Eimer, der Bürgermeister 100 Eimer Wein frei über den Semmering führen dürfe, welche Summe jedenfalls oberhalb der früheren Höchstsumme lag. Man hatte also unterdessen, offenbar durch hohe und höchste Zwischenkunst, etwas gewonnen. Im Jahre 1572 wurde in Steiermark ein neuer Weinaufschlag eingeführt, dem auch der über den Semmering gebrachte Wein der Neustädter unterworfen werden sollte. Da wendete sich Maximilian II. im Jahre 1573 wiederholt an seinen Bruder,

den Erzherzog Karl von Steiermark, dahin zu wirken, daß Neustadt von diesem Aufschlage frei bleibe. Im Jahre 1574 beschloß dann der steiermärkische Landtag, daß jene Weine, welche Steirer von Neustädtern kaufen, mit entsprechender Bescheinigung frei über den Semmering geführt werden dürfen. Maximilian II. wandte sich selber (21. November 1574) an einflußreiche Herren in Steiermark, Scherfenberg, Herberstein, Stubenberg, Windischgrätz, dahin zu wirken, daß die Freiheiten von Neustadt auch gehandhabt werden.

Die Weinbesitzer hielten sich freilich nicht streng innerhalb der Grenzen der Anordnung, und so wird denn auch von den Verordneten der Steiermark Neustadt am 12. Februar 1578 der Vorwurf gemacht, daß über den Semmering viel Wein unerlaubter Weise geführt werde, daß nicht wenig von diesem Weine gar nicht von Neustadt komme, was der Stadt viel schade.

Am 13. Juni 1580 beschließen die steirischen Stände in Graz, daß nur die Hälfte der Weinmenge, die über den Semmering zu führen Neustadt gestattet sei, ganz aufschlagsfrei eingeführt werden dürfe; und dieser Wein müsse in Neustadt gekauft werden.

Kleine Reibungen, Weinwagnahmen, setzen sich fort. Die Behandlung der ganzen Angelegenheit zeugt für deren Wichtigkeit. Wir erkennen, wie die Vertretung von Steiermark die Neustädter Privilegien nicht beseitigen kann und will, wie sie aber auch sich verpflichtet fühlt, für das Wohl ihres Landes Sorge zu tragen, so daß sie den Vorteilen für die Ausländer immer weitergehende Beschränkungen sucht und findet.

Auf dem Wege über den Semmering nach Steiermark hinein ist der nächste wichtige Ort Mürzzuschlag. Hier sind wir in der Gegend des Eisens und der Eisenindustrie. Im Jahre 1527 beschwert sich Mürzzuschlag gegen Neustadt, daß es bei seinem Eisenhandel nicht bloß die kaiserliche Maut, sondern auch noch eine Maut an die Stadt zahlen müsse. Am 15. Oktober richtet Erzherzog Ferdinand selbst einen Befehl an Neustadt, von dieser „Neuerung“ abzustehen; und es wird hiedurch ein Übereinkommen beider Teile (vom 30. November) herbeigeführt, das vom 1. Jänner 1528 Gültigkeit haben soll. Dasselbe bestimmt, daß das von Mürzzuschlag gebrachte Eisen in Neustadt vor das Waghaus geführt und dort gewogen werden soll. Darauf werden die zu zahlenden Gebühren bestimmt: vom geschlagenen Stangen-eisen soll für je fünf Viertel, vom Gattereisen für je einen Zentner 13 Schilling bar gezahlt werden. Das Waggeld wird mit 1 Pfennig für den Zentner festgesetzt. Die Maut entfällt dafür. Wer aber von Mürzzuschlag Eisen anderwärts hinführt als nach Neustadt vor das Waghaus, dem soll es weggenommen werden. Falls die Eisenpreise sinken, sollen auch die im Übereinkommen bestimmten Preise verringert werden.

Damit war die Sache für den Augenblick geregelt. Allein die Mürzzuschlager Händler verkehrten und handelten auch mit den hiesigen Handelsleuten, während der Rat das Übereinkommen so auslegte, daß die Mürzzuschlager nur der Stadt selbst ihr Eisen verkaufen dürfen: es war eben die Errichtung einer Eisenkammer hier im Werden. Die niederösterreichischen Regenten und Kammerräte entschieden den daraus entstandenen Streit am 6. Februar 1539 dahin, daß durch die Eisenkammer der Verkehr zwischen den Bürgern hier und dort nicht behindert werden solle.

Als in der Folge die Neustädter Handelsleute das Eisen von Bruck an der Mur oder Leoben holten, brach neuer Streit aus, indem jetzt Mürzzuschlag auf der Mautzahlung bestand. Und auch auf einen Regierungsbefehl vom 2. Jänner 1561, den Neustädtern jenes Eisen passieren zu lassen, das sie für ihren Hammer brauchen, erklärte Mürzzuschlag, daß sie darauf

nicht eingehen können, da es ihren uralten Privilegien widerspreche und großen Nachteil bringe. Doch weisen sie darauf hin, die Neustädter sollen das Eisen von Vordernberg direkt, und zwar nur von Vordernberg beziehen, und sie mögen dann von der kaiserlichen Maut zu Schottwien und zu Neunkirchen befreit werden. Und ganz im Sinne dieser Auseinandersetzung geht der Auftrag des Kammerrates vom 18. Juni 1561 an Neustadt: Das Vordernberger Eisen für Neustadt ist bei Schottwien und bei Neunkirchen mautfrei.

Gegen das Ende unseres Zeitraumes, im Jahre 1580, erhebt sich nochmals ein Streit mit Mürzzuschlag, das einem Neustädter Händler Roß und Wagen arrestiert hat. Erst vier Jahre später, am 4. Mai 1584, ordnet Erzherzog Karl eine Konferenz der Streitenden zu Graz für den 15. Mai an, und diese fällt den Spruch: beide Teile sollen sich vereinigen. Die Vereinbarung erfolgt am 3. Oktober 1586 durch ein Schiedsgericht von zehn Männern, zu dem jede Partei fünf Vertreter ernannt hat. Der Spruch legt Mürzzuschlag die Zahlung von 25 Gulden Gerichtskosten und die Vergütung für das Roß und den Schaden auf; Neustadt wird mit seiner Anforderung an einen Neustädter Eisler gewiesen, der einem Mürzzuschlager eine Schuld zu bezahlen habe!

Bei einem Streite mit dem Kloster Neuberg handelt es sich natürlich um die Weinfuhr über den Semmering. Abt Konrad hatte 300 Eimer gekauften Wein ohne Wissen und Gestatten von Neustadt über den Semmering geführt, wie der Rat der Stadt am 8. Februar 1569 klagt. Die Sache kam gegen Ende des Jahres 1571 an eine Kommission, die wieder eine friedliche Vereinigung vorschlug. Ein Nachprozeß wegen der Akten und der Kosten dauerte bis 1579.

Auch mit der steiermärkischen Landeshauptstadt Graz kam unsere Stadt in mehrere Rechtsstreite: Im Jahre 1536 wurde dem Bürgermeister Martin Puschmann in Graz Tuch konterbandiert, das dieser durchführen wollte; daraus erwuchs ein prinzipieller Streit, indem Graz nicht gestatten will, daß Stoffe von hier südlich von Graz verfrachtet und verkauft werden. Die Befehle der Regierung an Graz vom 13. Oktober 1539 und vom 14. April 1541 nötigen die Stadt, dies zuzulassen. 1548 klagt Graz die Neustädter und 1583 Neustadt die Grazer wegen abgeforderter Maut.

Als fernere Streite mit Ortschaften in Steiermark seien noch erwähnt: ein Streit mit Bruck an der Mur 1558 (wegen eines dort inhaftierten Neustädter Bürgers), mit Radkersburg 1545 bis 1549, mit Windisch Feistritz 1586 (wegen der den Neustädtern abgeforderten Maut).

Wir verfügen uns nun zu dem ungarischen Nachbar, der ja bis an das Gebiet unserer Stadt heranreicht. Hier gehen die Streitigkeiten fast durchweg um die Abgaben, welche den Neustädtern für ihre Weingärten auf dem ungarischen Boden abgefordert werden.

Es ist der Dreißigst, der Zehent, der Ausgang, das Bergrecht, die in Ungarn gefordert werden, denen Neustadt auf Grund seiner Privilegien entgegen will. Es mußten diese Reibungen schon berührt werden. Im Jahre 1521 gab König Ludwig, der gegen Neustadt wohlwollend gesinnt war, am 4. Oktober über die befürwortende Zwischenkunft Erzherzog Ferdinands die Weisung, alle Beschwerden der Neustädter mit Abgaben unbedingt zu unterlassen. Nach längerer Ruhe begannen neue Forderungen und Wiener Neustadt brachte im Jahre 1542 eine Klage an den Herrscher selbst ein. Es erhielt hierauf am 26. Juni von der niederösterreichischen Kammer die Antwort, daß die Handhabung der Freiheiten in Ungarn angeordnet wurde; doch müssen die Neustädter sich an den Dreißigerstellen ordentlich anmelden und sich des Fahrens auf fremden Straßen enthalten. Die meisten Klagen Neu-

stadts richten sich gegen die benachbarten Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt, die damals noch der Landesfürst in Bestand hatte. Ein Streit mit Forchtenstein wurde 1534 ausgetragen. Mehrere Neustädter hatten verbotenerweise ungarischen Wein gekauft, und die Schuld wurde dem Pfleger Christoph Johann beigemessen. Obwohl derselbe behauptete, das Verbot den Neustädtern angezeigt zu haben, wurde ihm doch wegen Schädigung des kaiserlichen Gefalles eine schwere Geldstrafe diktiert. Er klagte deshalb die Stadt auf die Schadloshaltung. Die Stadt wurde jedoch bei der Verhandlung in Wien am 18. März 1534 freigesprochen. Und als Jakob von der „Dürr“ im Jahre 1542 als momentaner Inhaber von Forchtenstein Neustadt klagte, daß es zu Milichdorf und Mattersdorf keine Maut gebe, erhielt er in der Entscheidung vom 7. August von der niederösterreichischen Regierung den Auftrag, zu beweisen, daß er im ruhigen Besitze dieser Mauten war, was er nicht konnte. 1569 beschwerte sich Wiener Neustadt gegen den verlangten Wein- und Getreidezehent, 1572 gegen den Ausgang und gegen einen Grunddienst von ihren Weingärten, 1573 gegen die Steigerung des Bergrechtes in den besagten Herrschaften, 1575 wieder gegen die hohe Ausgangsforderung an der ungarischen Grenze. Die angestrebte vollständige Befreiung von allen diesen Lasten wurde jedoch der Stadt nicht zuteil und auf eine Zuschrift der niederösterreichischen Kammerräte stellte Neustadt am 14. November 1579 einen Revers aus, daß es den Ausgang für die Weinfechtung in Ungarn auf der Herrschaft Forchtenstein zu zahlen sich verpflichte, solange derselbe die Herrschaft in Bestand habe.

In diesem Reverse wird neben der Herrschaft Forchtenstein auch das Bistum Raab genannt, in dessen Gebiet auch Neustädter Weingärten lagen. Im Jahre 1554 hatten Unterhandlungen mit dem Bischof begonnen; am 4. Dezember hatte der Bürgermeister bereits den Stadtrichter Michael Vischer, den Stadtkämmerer Vinzenz Staindl und den Rat Gregor Sechspurger als Bevollmächtigte zu der Verhandlung bestimmt, um den Ausgang und die Zehente von dort zu pachten. Aber die Sache zerschlug sich, da der Kaiser das Gebiet in Bestand nahm. Und als im Jahre 1579 sich Neustadt wegen der Befreiung vom Weinzehent auf dem Grunde des Raaber Bischofs an Erzherzog Ernst wandte, antworten die niederösterreichischen Kammerräte am 19. Februar, daß keine Aussicht sei, diese Befreiung zu erreichen, daß indes diese Last nicht zu beschwerlich sei. Mit Eisenstadt allein hatte Neustadt mehrere Streite wegen des Führens von Wein und Most nach Neunkirchen, Pitten, Aspang mit Umgehung unserer Stadt und deren Maut, wie schon oben angedeutet; so 1538, so 1542 und 1543. Verhandlungen im Jahre 1539 waren ohne Ergebnis geblieben. Die Klage des Hauptmannes von Eisenstadt Mauritz von Fürst gegen unsere Stadt wegen Gewalttätigkeiten durch ihre Überreiter wurde am 11. Juni 1543 abgewiesen, da Neustadt sein Recht bezüglich der zu befahrenden Straßen nachgewiesen habe. Dagegen trat im Jahre 1572 Maximilian II. selbst für die freie Weinausfuhr nach Österreich ein, wie aus seiner Zuschrift an die niederösterreichischen Stände vom 29. Jänner hervorgeht.

So war auch im Oktober 1569 Wiener Neustadt mit seiner Beschwerde gegen Eisenstadt, daß diese ihr Vieh über die Leitha und bis an das Ungartor treibe, von den niederösterreichischen Kammerräten abgewiesen worden, da die Tatsache unrichtig sei. Ein längerer Schriftwechsel entwickelte sich zwischen der Stadt und dem Hauptmann zu Eisenstadt Georg Seyfried von Kollonitsch wegen der Zahlung des Ausgangs für die Weinberge der Neustädter auf dem Eisenstädter Grunde. Kollonitsch stellte den Neustädtern frei, denselben bei den Zehenthütten oder in der Wohnung des Ausgängers zu entrichten. Die Neustädter Bürger taten größtenteils keines von beiden. Am

22. Oktober 1579 entschieden die niederösterreichischen Kammerräte, daß die Beschreibung des Ausganges bei den Zehenthütten, die Einhebung desselben durch „Ausgänger“ in Neustadt in den Häusern der Zahlungspflichtigen zu erfolgen habe.

Im Jahre 1588 wird jedoch wieder von einer Gewalttätigkeit, einer Inhaftnahme eines Neustädter Bürgers, gesprochen und erhält der Hauptmann Seyfried von Kollonitsch den Auftrag, Neustadt zufriedenzustellen, den Verhafteten freizugeben.

Eine besonders wichtige Nachbarin für Wiener Neustadt war auf dem ungarischen Boden die Stadt Ödenburg, mit der es gleichfalls manchen Strauß auszufechten galt. Die Neustädter hatten eben auch auf dem Ödenburger Stadtgebiet viel Weingärten. Im Jahre 1521, wo König Ludwig die Neustädter überhaupt in Schutz nahm, hat er auch einen Schutzbrief für sie an Ödenburg gesendet. In dieser Zuschrift vom 29. September hebt er hervor, Ferdinand und die Königin Maria haben an ihn geschrieben, und deren Bitten vermögen viel bei ihm, daß Ödenburg den Neustädtern die Abgaben des Neunt und des sogenannten „Trestentgelt“ nicht auflegen möge. Er gebiete daher, für die Weingärten der Neustädter von dieser Abgabe abzustehen: die Stadt würde für jeden Schaden, den Neustadt durch diese Beschwerung erlitte, verantwortlich gemacht! War hier wohl nichts anderes möglich, als sich zu fügen, so spitzten sich doch die Reibungen der beiden Städte ein paarmal stark zu, so daß im Jahre 1524 Ödenburg an seine Untertanen ein Verbot erließ, den Neustädtern Weingartarbeiter beizustellen oder Weingartarbeit zu machen. Das gleiche wiederholte sich im Jahre 1564, wo das Verbot namentlich an die Bewohner von Wolffs und von Mürwisch gerichtet war. Beidemale hat Ferdinand I. dieses „unchristliche“ Verbot rückgängig zu machen gewußt.

Im Jahre 1524 gab es eine Gegenklage von Ödenburg: es sei früher von einem Zoll frei gewesen, den das Schloß Forchtenstein zahlen mußte. Seit dem Tode Kaiser Maximilians I. sei diese Freiheit gestört. Da richtete König Ludwig eine Zuschrift an Neustadt, diese Freiheit von Ödenburg zur Erhaltung guter Nachbarschaft zu berücksichtigen, damit nicht andere Maßregeln zur Aufrechthaltung dieses Privilegiums ergriffen werden müssen. Schon im nächsten Jahre lief wieder eine Beschwerde Ferdinands bei König Ludwig ein. Dieser hatte den Ödenburgern die Errichtung einer Warenniederlage gestattet, die für die Österreicher, besonders für Wiener Neustadt und seinen Handel einen Schaden bewirkte.

Da bedeutete der König am 30. April 1525 der Stadt Ödenburg, vorderhand von dieser Warenkammer keinen Gebrauch zu machen: er werde einen Tag bestimmen, um die Behandlung und die Beseitigung aller Streitigkeiten zwischen den Nachbarn herbeizuführen. Allein infolge der politischen Verhältnisse kam die Sache nicht zur Durchführung. In den sechziger Jahren führte Ödenburg das Bergrecht für die Weingärten ein, verlangte dies auch von Neustadt und hinderte, da die Neustädter die Abgabe nicht zahlen wollten, die Weinlese derselben. Auch hier traten der Herrscher und die Regierung für Wiener Neustadt ein. Am 22. Oktober 1567 wurde der Stadt Ödenburg aufgetragen, die Weinlese für Neustadt nicht zu beirren und die Weingartbesitzer von dem Bergrecht allenfalls gegen eine Kaution bis zur rechtlichen Entscheidung der Frage frei zu lassen.

Aber diese Entscheidung ließ wieder lange auf sich warten, und noch 1573 ist von einer Kommission und von einem Verhandlungstage die Rede; und am 23. Oktober jenes Jahres berichtet Neustadt an die niederösterreichische Regierung, daß die ungarischen Kommissionsmitglieder überhaupt nicht erschienen seien. Es wird um eine neue Kommission gebeten.

Von einer solchen ist keine Rede mehr, und an die Stelle des Bergrechtes tritt ein auch etwas strittiger Ausgang von 12 Pfennigen für jeden Eimer der über die Leitha geführten Moste. Erzherzog Karl bedeutet nun den Ödenburgern am 6. Oktober 1575, die Neustädter an der Lese nicht zu behindern, da sie immer ihre Schuldigkeit gezahlt haben und auch weiterhin zahlen werden. Am 28. Februar 1576 lassen die niederösterreichischen Stände den Hauptmann und Rentmeister zu Eisenstadt wissen, daß sich Neustadt und Ödenburg wegen des strittigen Ausgangs vergleichen sollen. Es kam jedoch in unserer Periode noch nichts zustande.

Gegen die Erhebung eines Bergrechtes für die Neustädter Weingärten in Kreuz und in Kroispach wurde von der österreichischen Regierung am 28. Oktober 1568 Vorstellung erhoben, die wenigstens für den Augenblick wirkte.

Zu einem ganz fremden Streit zwischen einem Konzipisten der niederösterreichischen Regierung und einem Diener bei der niederösterreichischen Kammer einerseits und den Herren Urschenberk und Schweiblmair anderseits um den Besitz einer Mühle, wofür eine Kommission bestellt war, wurde Neustadt von der Regierung am 20. Juli 1577 angegangen, dieser Kommission zwei sachverständige Personen zuzuordnen.

An das Gerichtswesen reiht sich unmittelbar das Polizeiwesen und die Tätigkeit für die öffentliche Sicherheit an. Wichtigere Akten beginnen vom Jahre 1557 an: es ist eine neue Polizeiordnung erschienen, und ein Erlaß vom 16. März 1557 ordnet eine genaue Handhabung derselben an, ordnet an, daß hierüber vierteljährlich zu berichten sei; und der erste Bericht von Wiener Neustadt geht am 6. April ab: die neue Ordnung sei der Gemeinde vorgehalten und der Richter angewiesen worden, auf alle Bestimmungen derselben genau zu achten. Bei vielen Artikeln, da eine kleine Volkszahl da lebe, sei „kein Verprechung gespürt worden“. Dann zählt der Bericht auf: eine Gotteslästerung, leichtfertige Beiwohnung von Personen; den Schneidern sei verboten worden Gewand zu tragen, das über ihren Stand hinausgehe, gegen übermäßigen Aufwand bei Hochzeiten, „Kindlmal“ sei aufgetreten worden.

Gegen den „Fürkauf“ und sonstige schlechte Hantierung sei der Rat vorgegangen, ebenso gegen Wucherkontrakte und Wucherinteressen; er habe die Gerhaften streng überwacht, habe keine müßige Person gelitten, dieselbe allenfalls abgeschafft, keinen Bettler geduldet, denselben, wenn er bresthaft war, ins Spital gebracht; die Zechmeister aller Handwerke seien auf die für ihre Zunft wichtigen Punkte aufmerksam gemacht worden, und bei Streiten in den Zünften habe nötigenfalls der Rat selbst die Polizeiordnung gehandhabt. Bei der großen Armut des gemeinen Mannes hier kam ein Vergreifen am Eigentume des andern öfter vor. Es wurden solche Vergehen nur am Leibe und mit Gefängnis bestraft, weil mancher Täter mit Weib und Kind selber kein Brot im Hause hatte.

Dieser Einleitungsbericht orientiert uns so ziemlich über den Umfang des Polizeiwesens. Demselben folgten einige Jahre wirklich weitere Darstellungen, von denen manche die ganzen polizeilichen Übertretungen ihres Trimesters aufzählen.

So waren im ersten Vierteljahre 1560 an Strafen sieben Fälle zu verzeichnen: einer wegen Gotteslästerung, zwei wegen Gotteslästerung und Vollaufens, vier wegen übermäßiger Trunkenheit: zwei davon mußten einige Tage im „Narnnhäusel“ liegen, zwei wurden im Amtshause drei Tage mit Wasser und Brot gespeist. Es sind in der Mehrzahl Handwerksgesellen, Knechte. Im Jahre 1560 kommt aber auch schon eine Mahnung wegen der Saumseligkeit im Berichten.

Manche „Vorhalte“ an die Gemeinde enthalten hauptsächlich polizeiliche Mahnungen und Vorschriften. So zum Beispiel jener vom 21. September 1569, der aufträgt, gehorsam zur Nachtwache zu kommen, die Feuerstätten im guten Zustande zu erhalten; den Zechmeistern der Zünfte wird die Achtsamkeit auf die Leitern und Feuerhaken ans Herz gelegt.

Innerhalb der Grenzen der Polizeiordnung seien noch hervorgehoben ein Generalbefehl des Erzherzogs Karl vom 11. August 1570, gegen herumstreifendes Gesindel, gegen Bettler aufzutreten, die von infizierten Orten kommen; ein Auftrag des Rates an die Viertelmeister vom 15. Jänner 1573, genau achtzuhaben auf jene Inwohner und Tagwerker, welche oft die Wohnung von Viertel zu Viertel wechseln, da hiedurch die Nachtwache leiden kann; ebenso ein Auftrag des Rates vom 27. Juni 1589, unberufenes, mutwilliges Gesinde von der Ringmauer, vom Amtshause abzuschaffen. Daß es auch ganz verdächtige Hausbesitzer gab, beweist ein Ratsbeschluß vom 16. Jänner 1582. Der Organist Ruprecht Steuber hatte angezeigt, daß in einem Hause ein „Nest von liederlichen Leuten“ beisammen sei. Nach einer Untersuchung wurden der Hausbesitzer und seine Leute verhaftet, die Fremden wurden ausgewiesen.

Am Schlusse der Behandlung des Gerichtswesens seien wieder die betreffenden Bemerkungen über das Dorf Peisching zusammengefaßt. Da wird am 27. März 1564 das erstemal ein Richter des Ortes Christoph Stix genannt, dem die Stadt eine Wiese verpachtet.

Wie die Richterwahl für das Dörfchen vor sich ging, erhellt aus einer Bemerkung im Ratsprotokoll vom Jahre 1578: Der hiesige Bürgermeister soll den Richter und die Geschwornen von Peisching binnen acht Tagen vorladen, soll zwei Mitglieder des inneren Rates zuziehen. Es werden zwei Männer genannt (Sebastian Stadler und Hans Püchler), zwischen denen gewählt werden soll. Wir sehen also eine ziemliche Beschränkung der Freiheit dieser Holden. Der Gewählte soll dann beim hiesigen Rate auf eine Instruktion warten.

Auch für Peisching spielt die Nachbarschaft von Neunkirchen eine Rolle. 1565 richtet Neustadt am 28. Juli eine Zuschrift an Neunkirchen, wegen des Fischwassers von Peisching, das der Nachbarort abgeschlagen, sich zu vergleichen, damit nicht an die Obrigkeit gegangen werden müsse. Es kommt indes doch zum Prozesse, und erst am 4. August 1567 verlangt der Abschied der Regierung, nach schriftlichem Verfahren Weisung und Gegenweisung einzubringen. Und darauf gaben die Nachbarn den weiteren Streit auf. Ebenso scheint ein langer und äußerst langsam verlaufender, schon im Jahre 1549 begonnener Streit wegen eines einem Peischinger Untertan abgeforderten Zinses für ein „Vogelgejaid“ mit der Herrschaft Pitten endlich eingeschlafen zu sein.

Über das Verhalten der Peischinger wird einmal ein recht ungünstiges Urteil abgegeben: Am 17. Jänner 1581 werden die dortigen Geschwornen wegen ihrer Ungebühr gegen ihren Richter durch einen Beschluß des hiesigen Rates in den Ratssturm erkannt.

Sorge für die Armen und Kranken.

An das polizeiliche Gebiet reihen auch die Maßnahmen für die Armen und Kranken. Da ist allem anderen voran das Bürgerspital zu nennen, eine wie wir wissen, reichbegabte Anstalt, unter einem Ratsmitgliede als Verwalter, die ihr Heim außerhalb der inneren Stadt, in einem Hause hart vor dem Wiener Tor besaß, aber auch mit anderen „Erbgütern“, Grundstücken verschiedener Art ansehnlich ausgestattet war und diesen Besitz auch noch weiter vermehrte.

Am 24. Jänner 1502 überließ Kaspar von Meckau dem Spital ein Haus auf dem Hauptplatze,¹⁾ das er von Maximilian I. für geleistete wichtige Dienste erhalten hatte, das er jedoch nicht aus finanzieller Not und Beklemmung reißen konnte. Der Rat der Stadt verkaufte es allerdings noch am selben Tage an Melchior von Maßmünster, so daß dem Spital nur der Verkaufspreis zugute kam. Im Jahre 1518 erwarb das Spital eine Hofstatt neben seinem Hause,²⁾ an die es bereits Forderungen hatte, die nicht bezahlt werden konnten. Von Peisching bekam es einen Dienst von 1 Schilling 25 Pfennig neu. Mit dem Jahre 1529 begannen böse Tage für die Unterbringung der Spiralsbewohner. Das Haus wurde bei der Türkenbelagerung zerstört, wohl bald wieder aufgebaut, aber im Jahre 1532 wieder zerstört und bei der ferneren drohenden Türkengefahr nicht mehr wiederhergestellt.

Es sollte nun an anderer Stelle ein Heim für diese obdachlosen Leute gefunden werden, und Erzherzog Ferdinand drängte selbst dazu, wie der Erlaß vom 11. Jänner 1533 besagt. Der Rat meint zunächst, die Leute im ehemaligen St.-Ulrichs-Kloster unterzubringen. Das wäre aber wieder außerhalb der Stadtmauern gewesen, abgesehen von anderen rechtlichen Fragen, so daß ein Ansuchen der Stadt in dieser Sache vom Herrscher abgewiesen wurde: Ferdinand, so hieß es, sei deswegen mit dem Deutschen Orden in Verhandlung. Da wurde vom Rate von Wiener Neustadt das Kloster zu St. Jakob der Minoriten, dann der Meierhof von St. Ulrich (1535), dann das St.-Peters-Kloster vorgeschlagen. 1538 weilten sie vorübergehend im Meierhofe des Bischofs, und es ersucht ein Schreiben des Rates an den Bischof vom 12. Juli, dieselben noch weiter dort zu belassen, da die Armen keine Unterkunft haben. Im Jahre 1540 wird der Meierhof des St.-Peters-Klosters zu ihrer Unterbringung in Aussicht genommen. Im Jahre 1541 bestimmte Erzherzog Ferdinand auf Ansuchen des Rates eine Kommission von drei Mitgliedern (Hans von Wolfenreuth, Veit von Khunigsparg und Martin Neusser), um zu untersuchen, ob sich das Minoritenkloster zum Aufenthalt für die Spitäler eigne. Dasselbe war ohnedies fast leer: neben dem Guardian war noch ein Konventbruder, der 1542 starb. Auf das bejahende Votum dieser Männer nahm der Rat das Klostergebäude in Bestand. Der Zins wurde dem Minoritenguardian in Wien gezahlt.³⁾ Im Jahre 1548 stellt dann der Rat das Ansuchen an den Erzherzog, das St.-Jakobs-Kloster der Stadt zu überlassen, worüber wieder längere Verhandlungen veranlaßt werden. Aber in derselben Zeit richteten die Spitäler selbst eine Bitte an den Landesfürsten: Das Jakobskloster sei ein ungeeignetes und ungesundes Obdach für sie, es seien viele von ihnen zu früh gestorben; daher sei die Anweisung einer anderen Unterkunft für sie dringend. Die Bittsteller weisen auf drei Zehenthäuschen hin, die einst zum Kloster St. Ulrich gehörten und nur 6 bis 7 Minuten von der Stadt entfernt seien. Dem Gesuche wurde keine Folge gegeben. Dagegen beschloß der Rat für das Bürgerspital ein eigenes neues Gebäude zu errichten. Dies geschah auch durch den Ankauf eines Hauses auf der Westseite des Pfarrplatzes und mit Benützung einer Gasse,⁴⁾ so daß das Spital ein Durchhaus wurde. Wir kommen auf den Bau später zurück.

Schon im Jahre 1548 (am 26. Jänner) hatte der Rat beschlossen, eine Spitalsordnung zu schaffen; allein vom Beschlusse bis zur Ausführung war wieder ein langer Weg. Doch wurde eine Instruktion für den „Spitlmeister“ für dringender erachtet; und auch diese erschien erst gegen Ende unserer

¹⁾ Hauptplatz 20.

²⁾ Wienerstraße 39, Gewehranschreibung am 19. Februar.

³⁾ XLII 11/5, am 11. September 1543.

⁴⁾ Der Fortsetzung der (jetzigen) Postgasse.

Periode. Dieselbe gibt uns zum Teil auch Aufschluß über den Zustand der ins Spital Aufgenommenen und des Spitalles selbst. Es wird darin festgesetzt:

1. Spitäler, die gehen können, sollen keinen Leibstuhl in der Stube haben; es soll alles sauber gehalten werden.
2. Für Kranke soll der Spitalmeister manchmal ein Kalb abtun lassen.
3. Das Gesinde soll zeitlich aufstehen und zeitlich schlafen gehen.
4. Das Vieh ist ordentlich zu besorgen, das Schmalz wöchentlich zu beschreiben. Zu heiligen Zeiten ist junges Vieh mit Wissen des Bürgermeisters abzutun, das Fleisch im Winter aufzubewahren.
5. Der Tag, an dem ein Faß Wein angezapft wird, ist aufzuschreiben.
6. Alle Monate ist ein Verzeichnis der Armen im Spital dem Bürgermeister zu übergeben.
7. Die Ernte ist ordentlich zu inventieren, ein abgekommener Weingarten möglichst emporzubringen.
8. Wenn der Spitalsverwalter leutgeben will, muß er es dem Bürgermeister melden.

Um das Ende unserer Periode hatte das Bürgerspital etwa folgenden Grundbesitz: an Wäldern: einen bei Katzelsdorf mit einem Wiesfleck und einen hinter Offenbach, beide frei. Nach Pütten dienstbar waren: zwei Wälder oberhalb Katzelsdorf, einer mit Wiesen im „Laußthal“. Dort lag auch noch ein Wiesfleck, ebenso zwei Gärten. Über 80 Joch Äcker besaß das Spital bei Traiskirchen, die am 29. September 1586 einem Ehepaare dortselbst und zwei Töchtern desselben um 35 Gulden Jahrespacht zu Leibgeding überlassen wurden. Diese Äcker waren früher in Teilen verpachtet gewesen. Im ganzen hatte das Neustädter Spital 1564 über 107 Joch Äcker und 170 Tagwerk Wiesen, also eine große Landwirtschaft, außerdem einen Krautgarten zu Lichtenwörth. Es bezog an Äckerzinsen jährlich 35 Gulden 3 Schilling 20 Pfennig, an Wiesenzinsen 30 Gulden, 4 Schilling, eine Einnahme neben den Pachtbeträgen, ohne Arbeit, ohne Verantwortlichkeit. — Von den Weingärten des Spitals lagen drei zu Gumpoldskirchen, von denen zwei: „Frucht und ohne Lesen“ am 31. Juli 1564 auf 420 Pfund Pfennig geschätzt wurden; der dritte ist der „Schafzagl“, zehentfrei. Ein Weingarten des Spitals, am „Prossaberg“ oberhalb Fischau, ist von Ferdinand am 24. September 1551 zehentfrei gemacht worden; einer bei Saubersdorf ist bezüglich des Zehents strittig. Ohne nähere Bemerkungen werden noch am 19. Dezember 1586 Spitalsweingärten genannt zu Rust, in der Wart, in Georgen, bei Wöllersdorf und bei Weikersdorf: je einer. Die Anstalt hatte dann auch ganz ergiebige Weinernten. Eine solche wird am 11. November 1566 mit 717³/₄ Urn aufgezeichnet; 1581 ergab sie 386¹/₄ Eimer; 1586 werden 575³/₄ Eimer angegeben, die jedoch nicht den ganzen Weingartbestand umfassen.

Das Spital von Wiener Neustadt hatte eine besonders starke Schafzucht. Am 14. Mai 1574 wurden 774 Stück Schafe des Spitals von 30 Lichtenwörther Weibern geschoren, wofür 6 Gulden 27 Kreuzer gezahlt wurden (für das Stück 2 Pfennig). — Die hohe Zahl der Schafe könnte uns staunen lassen: der Rat sah gerade bezüglich der Schafzucht streng darauf, daß die Herden nicht zu groß wurden; es war offenbar die Rücksicht auf die Armen und deren Interesse, daß man dem Spital einen solchen Umfang der Zucht gestattete.

Am 11. Juni 1571 kommt das Spital in Gewehr eines Eckhauses in der Ungargasse,¹⁾ das ein Bürger demselben in seiner letztwilligen Anordnung vermacht hatte; dagegen wurde vom Rate der Stadt am 14. April 1573 beschlossen, ein „Wiesfleckel“ des Spitals zu verkaufen. Eine schöne Stiftung kam der Anstalt im Jahre 1550 zu. Der Landkomtur des Deutschen Ritter-

¹⁾ Ungargasse 21.

ordens, Komtur des Hauses in Wiener Neustadt, Gabriel Kreitzer, setzte laut Urkunde vom 24. November 1550 eine Summe von 450 Gulden aus, von deren Interessen 20 Arme des hiesigen Spitals, die krank sind, in deren Ermanglung andere Kranke jeden Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag eine Pfennigsemmel und ein Seidel guten Wein bekommen sollten. Im Amte zu Allerseelen soll der Priester des Stifters und der Verwandten desselben gedenken. Bei Saumseligkeit des Priesters könne der Stifter anderweitig über das Kapital verfügen. Das Kapital war bis zum 11. Februar 1552 voll beim Rate erlegt, und dieser verpflichtet sich, die Stiftung genau durchzuführen.

Trotz des großen Besitzes und der erklecklichen Einnahmen war das Bürgerspital von Wiener Neustadt fortwährend in Geldnot; und wenn eine größere Ausgabe bevorstand — auch wenn dieselbe vorausszusehen gewesen war, regelmäßig wiederkehrte und zur gewöhnlichen ordentlichen Wirtschaftsführung gehörte —, mußte der Rat gewöhnlich Geld vorstrecken, oftmals nur auf kurze Frist. Solche Aushilfsbestätigungen vom Spitalsverwalter liegen ziemlich häufig vor. Am 11. November 1564 werden 400 Gulden von einem Wiener Bürger aufgenommen, rückzahlbar nach zwei Jahren; am 9. August 1576 werden dem Spitalmeister zur Einbringung der Weinfachsung 50 Gulden bewilligt. Von da an bis zum 27. November 1578 bekommt das Spital vom Rate noch zwölf weitere Vorschüsse von 50 oder 100 Gulden für die Einbringung des Heues, des Getreides, des Weines u. dergl. Am 25. April 1584 nimmt es abermals von der Stadt ein Darlehen von 140 Gulden auf, rückzahlbar „so bald als möglich“. Es ist keine Musterwirtschaft! 1551 hat der Verwalter sich beklagt, daß das Spital wenig Einnahmen habe. Am 30. Jänner 1578 wird von verödeten Weingärten des Spitals im Rate gesprochen und eine Kommission zu deren Besichtigung gewählt.

Schon im Jahre 1564 beriet eine Kommission darüber, wie den großen Ausgaben des Spitals abzuhelfen wäre. Es machte folgende Vorschläge, die vom Rate genehmigt wurden: Es dürfen nur zwei Rosse, acht Ochsen und acht Kühe und 12 Schweine gehalten werden; man braucht von Personal nur einen Meier und sein Weib, einen Ochsenknecht und sein Weib, einen Buben und einen Roßknecht. Äcker und Wiesen sind größtenteils verpachtet und bedürfen keiner Betreuung; und die Verpachtung soll auch fortgesetzt werden. Bei Sparsamkeit, so urteilt die Kommission, können jährlich 200 Gulden weniger als gegenwärtig gebraucht werden.

Das Spital ist mit den zu leistenden Diensten im Rückstande, muß gemahnt werden, ja im Jahre 1578 entzieht der Bischof dem Spital die Hadermühle, die ihm dienstbar, aber seit geraumer Zeit mit dem Dienste im Rückstande ist, und es bedarf eines Regierungsbefehls zur Wiederherausgabe derselben. Von einer Besserung der Wirtschaft sind noch keine Spuren zu erblicken.

Die Hadermühle wurde 1587 neu aufgebaut. Ein Zwist mit Wolf von Königsberg, 1567, der von einem Spitalsacker Getreide hatte wegführen lassen, wurde 1568 gütlich beigelegt.

Ein besonderer Fall von Versorgung Armer, die keine Bürger sind, wird am 17. September 1580 erwähnt. In der Ratssitzung jenes Tages wird zwei armen Weibern und einem Kinde, die in der Nacht im Preßhause schlafen müssen, der Kälte erliegen würden, die Beherbergung im Bürgerspital gestattet.

Wir wissen, daß die Stadt auch eine Anstalt für die „Sundersiechen“ hatte, für Personen, die wegen ihres körperlichen Zustandes von den anderen abgesondert wurden. Wir erfahren von diesem Hause, daß es einen nach Pütten dienstbaren Wald besaß.

Außerhalb der Anstalten hat die Privatwohlthätigkeit manches Leid gelindert, wie wir wieder aus den letztwilligen Verfügungen der Bürger entnehmen können. Freilich richtete sich die Fürsorge bei Legaten und bei Stiftungen zu allererst und zu allermeist auf Religion und Kirche, wobei auch die Vermächtnisse an die Bruderschaften nicht fehlen; für andere Zwecke dienten nur die Überbleibsel, die bezüglich ihrer Höhe manchmal hinter den anderen Widmungen zurückbleiben. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Zeit des Glanzes für die Stadt, des leicht zu erwerbenden Reichtums für viele entschwunden war. Aus dem Testamente des Schusters Michel Steinhauser spricht das Unvermögen klar und deutlich: er denkt an alle kirchlichen Einrichtungen, an alle Anstalten für die Armen, kann aber nur kleine Beträge aussetzen (1509)¹⁾. Zumeist gelten die Vermächtnisse für Arme dem Bürgerspital und hinter demselben folgen öfter erst die Widmungen für die Spitalsarmen selbst. Es sollen nun einige Beispiele hier Platz finden, die in ihren Beträgen die bedeutendsten sind; sie bilden die kleinere Hälfte der im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts dem Armenwesen zugewendeten testamentarischen Spenden überhaupt (9 unter 20).

Anschließend können wir noch die Anwendung eines modernen Mittels für die Durchführung wohlthätiger Zwecke vorführen. Im Jahre 1587 erbittet der Rat wiederholt Beiträge von der Bürgerschaft, um einige Arme, von den Türken Gefangene, die sich um eine Summe loskaufen könnten, aus ihrer Gefangenschaft zu befreien.

Der Sonderbarkeit wegen sei hier erwähnt, daß der Rat einem Manne, der sich als „Dimus Contomirinus“ aus Cypern vorstellte, der von den Türken gefangen war, einen halben Taler als Wegzehrung bewilligte.

Die nach der Zeit angeordneten Legate in den Bürgertestamenten sind: Agathe Weissenpacher, Bürgerswitwe, vermachte in das Spital und in das Sundersiechenhaus je eine Kuh (1501); die Witwe Barbara Kleuber den Spitalsarmen zur Verteilung 1 Pfund Pfennig (1503); ebenso die Witwe Katharina Spiegl; außerdem den Armen, die vor der Kirche sitzen, ein Pfund Pfennig (1506). Ein besonders hohes Legat für das Spital findet sich im Testamente der Witwe Barbara Straub mit 10 Pfund Pfennig; außerdem bestimmt sie für jeden Armen im Spital wie im Sundersiechenhaus ein halbes Pfund Pfennig (1509). Alexius Funk vermachte in seinem Testamente vom 19. März 1515 jedem Armen im Spital 4 Ellen Iglauer Tuch. Der letzte Wille der Witwe Elisabeth Sebenstainer widmet dem Spital zur Besserung der Kost 3 Pfund Pfennig (1517). Hans Grav bestimmt für das Spital 20 Pfund Pfennig und für jeden Armen 4 Pfennig (1518); Hans Wismater wohl auch für das Spital 20 Pfund Pfennig, aber der Betrag ist für den Bau und „andere Notdurft“, kommt also den Spitälern nicht unmittelbar zugute (1519). Auch der Armen, die vor der Kirche sitzen, gedenkt man hie und da: Koloman Staindl testiert für jeden derselben 4 Schilling (1522).

In die Kategorie der privaten Vorsorge fällt eine Stiftung, wenn auch nicht für Mittellose, der Susanna Tobar von Enzesfeld, der Witwe des kaiserlichen Rates Ludwig von Tobar, die im Jahre 1583 den Betrag von 2000 Gulden dem Rate von Neustadt mit dem Bedeuten übergibt, jährlich ihr selbst und nach ihrem Tode den von ihr bestimmten Nachfolgern 100 Gulden auszuzahlen. Das Kapital soll nicht gekündigt, nicht weggenommen werden.²⁾ Eine freilich nur bedingte Widmung, falls seine Kinder unmündig sterben, macht Lazarus Swab mit 100 Pfund an Hausarme und 100 Pfund an 10 arme Jungfrauen (1514).

¹⁾ Für die Armen im Spital $\frac{1}{2}$ Pfund, für die Armen zu St. Marx 60 Pfennig, für sonstige Arme ebenfalls 60 Pfennig.

²⁾ Revers des Rates vom 29. September 1583 (Z. 32/2).

Auch die Anhänglichkeit an die Zunft ist nicht erloschen, wie die eingetragenen Testamente erweisen. Die Legate kamen gewöhnlich den armen Mitgliedern zugute; Matthias Kleuber widmet in seinem letzten Willen vom 14. August 1503 in die Mutterzeche ein Holz bei Piesting und 2 Wiesen in der Wart zu einem jährlichen Seelenamte, außerdem den Armen 2 Pfund Pfennig. Cristen Fleischhacker vermachte seiner Zunft 2½ Pfund Pfennig (1505), Stephan Binder in die Zeche der Faßbinder (1507), der Kaufmann Michel Pütner in die Kramer- und in die Fuhrerinnung je 1 Pfund Pfennig (1510), der Faßzieher Simon Wager seiner Zunft 1 Pfund (1516), der Schuster Georg Ederl der Zeche der Schustermeister 2 Schilling, jener der Knechte 2 Pfund (1520). Wolfgang Mühldorfer vermachte der Müllerinnung einen Weingarten (1521). Auch die Frau des Lederers Hans Tröppl vermachte der Zeche ihres Mannes 1 Pfund Pfennig, die Huterswitwe Anna Liechtentag testiert der Huterzeche 1 Pfund Pfennig (1518) und die Schusterswitwe Margarete Ortmann der Schusterbruderschaft 2 Pfund Pfennig.

Ein Schlossergesell übergibt sein Erbe, dabei ein Garten an der Ecke der deutschen Gasse, seinem Meister, der damit weiter verfügen mag (1527).

Das Bürgerspital gewährte nicht nur den Armen, sondern auch den Kranken Zutritt. Bei Infektionen war jedoch das nicht gut möglich. Diese haben aber namentlich in der zweiten Hälfte unseres Zeitraumes nicht allein unsere Stadt, sondern das ganze Land und auch die umliegenden Länder und Reiche grausam heimgesucht; und bei den damaligen Verhältnissen und der damaligen Wissenschaft stand man diesem bösartigen Feinde beinahe wehr- und ratlos gegenüber.

Die Nachrichten im hiesigen Archiv über die Pest beginnen im Jahre 1557, wo Kaiser Ferdinand an die niederösterreichische Bevölkerung und daneben eigens an Neustadt den Befehl richtet, wegen der hie und da sich zeigenden Infektion die nötigen Vorkehrungen zu treffen und darüber zu berichten. Die Antwort vom 9. Februar zeigt, daß Neustadt noch infektiösfrei ist. Überhaupt hat unsere Stadt von der Krankheit wegen der häufigen Winde vom Schneeberg her, welche die Luft fortwährend reinigen und erneuern, verhältnismäßig wenig zu leiden. Die gleichartigen Aufträge wiederholen sich in den nächsten Jahren, und am 9. Oktober 1561 äußert Erzherzog Maximilian den Wunsch, mit seiner Gemahlin auf eine Zeit nach Wiener Neustadt zu kommen, mit dem Auftrage, niemanden aus verseuchten Orten und aus Wien einzulassen. Der antwortliche Bericht vom 24. Oktober unterrichtet uns jedoch, daß auch hier die Pest herrsche. Es heißt, daß im Hause eines Beutlers sechs Personen gestorben seien, daß die Überlebenden des Hauses nicht mehr unter das Volk gehen dürfen. Auch in anderen Häusern seien einige infiziert, meist junge Personen; etliche wenige seien gestorben. Es wurde verordnet, daß die Verstorbenen nicht alle in der Stadt, sondern manche auswärts bestattet werden. Bei St. Jakob sei ein Zimmer für infizierte Dienstleute bestimmt worden. Doch ist auch schon von einem Lazarett die Rede. Man habe sich überall in der Umgebung durch Reiter erkundigt; nur in Pötscharn in Ungarn sei die Infektion. Wir sehen, wie primitiv die ergriffenen Maßnahmen waren, und die Seuche nahm auch in der Stadt stark zu, wie aus einem Befehle vom 2. März 1562 hervorgeht. Die Antwort auf denselben vom 14. März offenbart wieder in allen Teilen den Geist der damaligen Zeit: Es lasse die Infektion nicht nach und werden deshalb Predigten in der Domkirche gehalten; es komme zu denselben viel Volk und stehen alle Tore der Kirche offen. Der Friedhof sei so durchgraben, daß es schrecklich anzusehen; und da die Leute über denselben in die Kirche gehen müssen, habe man bei dem Offizial angefragt, da der Bischof nicht da sei, ob die Predigten

nicht in der Neuklosterkirche gehalten werden können. Das habe der Offizial abgeschlagen, damit die Domkirche nicht veröde. Darum werden jetzt viele Gestorbene auf dem ehemaligen St.-Ulrichs-Friedhof beerdigt. Allein dieser Raum sei nicht eingezäunt. Und da der Totengräber manche Leichen ohne Anwesenheit eines Menschen und ganz seicht begraben habe, sei Gefahr, daß die Hunde die toten Leiber ausscharren. Die Stadt bittet daher, daß sie den Raum nicht mit einer Planke, sondern mit einem dünnen Mauerlein einfrieden dürfe. Herr Jakob von der Dörr habe sich hiezu zu einer Geldhilfe erboten. Die Sache wird der Stadt überlassen und am 28. August 1562 eine Infektionsverordnung erlassen. Der erste Teil derselben ist kirchlich-religiösen Inhalts, mahnt zur Frömmigkeit, da die Pest eine Strafe Gottes sei. Der zweite Teil gibt in 35 Punkten Vorschriften nach allen Richtungen. Außer den von selbst sich verstehenden seien nur erwähnt: Spiele, Fechtschulen, große Hochzeiten, Kindlmahle sind nicht zulässig. Die Rosse für die Märkte sind nicht in der Stadt, sondern in der Vorstadt einzustellen; Ochsenhäute und Felle sind nicht zu dulden. Den Wirten wird größte Vorsicht befohlen; die Läden sind zu sperren, Rauch und Feuer von Kronawet sind anzuzünden, Weinrauten, Kronawet, Nüsse, Feigen, Essig sind vorzukaufen. Für die Infizierten ist ein eigener Arzt; die Ärzte sollen nicht unter die Leute gehen! Die Kranken sind aus den Spitälern in das Lazarett zu schaffen, der Fuhrmann, der sie überführt, soll in der Nähe des Lazarets seine Herberge haben; sein Wagen soll mit einem weißen Kreuze versehen sein. Sehr ausführlich ist die allfällige Sperre von Häusern, die mit Ausnahme von ganz kleinen Gebäuden auch teilweise erfolgen kann, in der Infektionsordnung behandelt. Ein Befehl vom 2. April 1562 betont, daß die Infektion in Neustadt sich verstärkt habe; auch in Wien nimmt dieselbe noch zu, und Zuschriften Maximilians II. vom 11. und vom 16. Oktober 1563 an Neustadt befehlen, niemanden von Wien einzulassen, auch kein Hofgesinde, außer dem kaiserlichen Rat und Vizekanzler Dr. Johann Ulrich Zasius mit Frau und Kindern. Die letzte dieser Zuschriften kommt aus Preßburg, wohin sich also Maximilian II. begeben hat. Die Seuche flaute ab, und es kamen einige Jahre der Ruhe. Vom Jahre 1569 beginnt die Infektion aufs neue.

Am 6. August 1570 erhalten die Flecken um Wiener Neustadt und am 27. Juni 1571 das Viertel unter dem Wienerwald den Auftrag, über die Infektion jeden Samstag an den Rat von Neustadt zu berichten. Von dem Verbote eingelassen zu werden sind die von Graz und aus Steiermark Kommenden ausgenommen: dort herrscht also ein tadelloser Gesundheitszustand. Im Jahre 1575 stand Neustadt abermals unter der Geißel einer Infektion, die drei Jahre lang anhielt. Der Rat zog über Auftrag auch Erkundigungen in der Umgebung ein. Danach waren die Orte westlich und nordwestlich von Neustadt, ebenso die nächsten Ortschaften im Süden seuchenfrei, wogegen in Kirchberg am Wechsel täglich 10 bis 12 Personen starben; in Siegendorf, am Hof, an der Au sei das ganze „junge Volk“ ausgestorben. Ein Befehl vom 28. August ordnet große Vorsicht im Handel mit Ungarn und Italien wegen der dortigen Infektion an. Am 4. Oktober berichtet der Rat, daß in Neunkirchen und in Schottwien keine Seuche mehr herrsche. Vom Jahre 1577 sind die Infektionsberichte des Rates mit Angabe der Zahl der Gestorbenen mit Ausnahme der Berichte vom Mai und von der zweiten Hälfte des Dezember erhalten. Dieselben ergeben in den zehneinhalb Monaten 118 Personen, die von der Seuche hingerafft wurden; die meisten Opfer haben die Monate April und Juli gefordert, je 16, die wenigsten der Februar, drei. Der Höhepunkt der Seuche war im Juli erreicht, wie leicht begreiflich. Am 5. Juli hatte der Rat eine Reihe von

Anordnungen an die Bürgerschaft hinausgegeben, die sämtlich zur Vorsicht und Sauberkeit mahnen. Auch am 10. September und in dem Vorhalt vom 15. September wegen der Weinlese sind diese Mahnungen wiederholt. Schließlich werden dieselben am 21. Oktober von Kaiser Rudolf II. nochmals nachdrücklich eingeschärft, und wird am 24. Oktober wieder auf die Religion, auf den Besuch der Predigten, auf das Meiden von Sünden hingewiesen. Am 19. November wird der Stadt sogar erlaubt, daß sie die Schulen und die Bäder nicht zu schließen brauche.

Nach wenigen Jahren der Ruhe erscheint der ungebetene Gast schon wieder, woran die Stadt selbst vielleicht auch einen Teil der Schuld trägt. Im Sommer 1583 wird über die Seuche in Rust und Oggau berichtet und deswegen der Befehl an Neustadt gerichtet, den nächsten Jahrmarkt (18. August) abzustellen und an den Stadttoren kundzutun, daß Leute aus den verseuchten Orten nicht eingelassen werden. Freilich waren alle Zurüstungen zu diesem Markte schon getroffen — und der Jahrmarkt wurde abgehalten. Am 31. August wird der Stadt nochmals vom Kaiser aufgetragen, die größte Vorsicht walten zu lassen und „alsbald das Schweinvieh“ aus der Stadt zu entfernen, da entweder er selbst oder einer seiner Brüder sein Hoflager in Neustadt aufschlagen wolle. Am 14. September kommt dann der Auftrag, zu berichten, warum trotz Verbotes der Jahrmarkt abgehalten wurde, und wie es mit der Infektion stehe. Die Antwort darauf ist traurig genug. Die Pest war eingezogen; in welchem Grade, erhellt daraus, daß jeden zweiten Tag an die Regierung berichtet wurde, vom 24. September bis gegen Ende Dezember¹⁾ 83 Personen starben. Der Höhepunkt war allerdings überschritten. Es wurde zu Anfang des Jahres 1584 nur jeden dritten bis vierten Tag an die Regierung berichtet, und sind vom 4. Jänner bis 6. März nur 26 Personen gestorben. In dieser Zeit erhob der Rat in der Sitzung vom 23. Februar Klage gegen den Infektionsarzt, der in der Nähe des Lazarets wohnte, daß er sehr nachlässig sei, in die Wirtshäuser laufe und sich „überweine“, daß er gesunden Leuten „mit infizierten Eisen“ zur Ader lasse: er solle überhaupt nicht in die Stadt kommen, außer wenn er zu einem Infizierten gerufen werde. Vom März an verstummen die Berichte an die Regierung, die Seuche ist also jedenfalls zurückgegangen. Im Hochsommer nimmt dieselbe jedoch neuerdings zu und werden wieder die Berichte verlangt. Der erste geht am 7. August ab; da heißt es, daß nur sechs Häuser wegen der grassierenden Infektion gesperrt seien. Die folgenden sehr unvollständigen Berichte vom Schlusse des Jahres 1584 zeigen, daß die Pest wieder recht heftig aufgetreten ist und den Gipfel im September erreichte und überschritt. Es waren vom 23. bis 25. September 9, vom 26. bis 29. September sogar 14 Personen der Infektion erlegen. Am 4. Oktober erließ der Rat noch eine Mahnung an den Stadtphysikus Johann Catius. Am 1. Oktober 1585 wurde eine neue verbesserte Infektionsordnung kundgemacht. Die Pest war eben im Erlöschen; sie entbrannte jedoch bald wieder, und schon nach 4 Jahren hören wir von einer neuen Infektion.

Mit dem ärztlichen Personal war man recht mangelhaft versehen. Wir hören 1520 von einem Doktor der Medizin Hans Neumann; wir erfahren, daß der Rat im Jahre 1560 den Dr. Sebald Kayser zum „Stadtdoktor“ aufnimmt, der jedoch schon 1562 starb; ziemlich viel später tritt Dr. Prandesides als Stadtphysikus hervor, der anfangs 1584 starb; und am 5. September 1584 schreibt der Rat hier an die Baderzeche in Wien um Beschaffung eines tüchtigen mit der Kur vertrauten — Barbierers oder Baders. Doch wird gegen das Ende unseres Zeitraumes Dr. Catius genannt

¹⁾ Der letzte Bericht ist vom 29. Dezember.

(1589), der nicht bloß Stadtphysikus, sondern auch Landschaftsphysikus war. Über die Honorierung des Stadtarztes gibt uns die Berufung des Dr. Kaiser (1560) Auskunft: es wurde ihm ein Jahressold von 50 Gulden und das Holz zugewiesen. Auch eine Wohnung im Stadthause wurde ihm versprochen.

Es ist begreiflich, daß in jener Zeit der Unwissenheit und des Aberglaubens die Kurpfuscher und besonders die Arznehändler ihr gutes Geschäft machten. Ein besonders weit verbreitetes und oft angewendetes Heilmittel, ein Gegengift, war Theriak, Priacus, das aus zahlreichen anderen in ihrer Wirkung sich oft ganz widersprechenden Ingredienzien zusammengesetzt war. Der Handel mit diesem Stoffe und anderen Wundermitteln nahm so überhand, daß der Rat am 27. Februar 1590 den Beschluß faßte, das Feilhaben dieser sogenannten Arznei zu untersagen.

Die Stadt hatte zwei Apotheken, eine in der Wiener Straße,¹⁾ 1520 und noch 1533 dem Hans Jöpl gehörig, die zweite auf dem Fischplatze, deren Besitzer 1520 Hans Höpfnitz ist. Am Ende unserer Periode kam die Apotheke in der Wiener Straße unter Eustachius Hammer, dem das Zeugnis ausgestellt wird, daß er von der Wiener medizinischen Fakultät approbiert sei, auf den Hauptplatz an die Ecke der Ungargasse. Hammer hat das Haus gekauft und wird am 7. September 1592 mit seiner Frau Barbara an Gewehr geschrieben.

¹⁾ Wiener Straße 9.

Das Schulwesen.

Auf das Schulwesen übergehend, finden wir zunächst, daß sich im System noch nichts Wesentliches geändert hat. Doch müssen wir zunächst eines Abbaues gedenken: Die Schule zu St. Ulrich, die schon durch die Belagerung unter Matthias Corvinus arg gestört war und in der Folge wohl zu keinem rechten Leben mehr kam, ist verschwunden so wie die ganze Selbständigkeit dieses Vorortes der Stadt. Die Türkenzeit hat jedes Wiedererstehen vereitelt. Im Laufe unserer Periode, in der Reformationszeit, sind auch die Schulen in den Klöstern vollends eingegangen. Und da die Juden aus Neustadt vertrieben worden waren, hatte auch die Judenschule ihr Ende gefunden. Wir haben soweit zunächst nur die bürgerliche Schule als allgemeine Bildungsanstalt vor uns. Und da läßt sich wenigstens für die ersten Jahrzehnte unseres Zeitraumes nur eine nachweisen: die Anstalt, welche die Fortsetzung der Domschule bildet. Diese Schule war nicht mehr in dem ursprünglichen Hause, das bei dem Brande des Jahres 1494 eingeäschert worden war, sondern — wieder mietweise — in einem Hause auf dem Pfarrplatze,¹⁾ das im Jahre 1545 von dem Kloster Lilienfeld erworben wurde. Die Schule blieb indes daselbst und entwickelte sich dort zu einer vollkommen lateinischen Bürgerschule. — Der Rat stellt den Schulleiter an, aber er pflegt das Einvernehmen mit dem Bischof, der seinen Einfluß auf die Schule behält.

Der Leiter der Anstalt heißt noch Schulmeister, und er erhält am 29. März 1535 eine Instruktion vom Stadtrate. Dieselbe sieht wohl noch etwas eigentümlich aus. Sie verlangt:

1. daß er den Kantor, Sukzentor, den Lokat halten muß;
2. er soll die Schule in Aufnahme bringen, daß der Chor in der Kirche ordentlich versehen werde;
3. die Schüler sollen lateinisch reden;
4. des Morgens soll er nach dem Primläuten mit den Collaboratoren in der Schule sein;
5. der Kantor ist am Freitag nach dem Essen zu singen schuldig;
6. bei Prozessionen soll der Schulmeister in Chorrock und Kapuze gehen, in der Kirche ordentlich in seinem Stuhle stehen, an Feiertagen nach dem Essen mit den Schülern zur Predigt gehen;
7. am Karfreitag und Karsamstag soll er das Passionsspiel (Planctus) samt Grabumgang und andere Spiele durchführen, die er vom Richter und vom Kirchmeister erfahren werde;
8. an Sonn- und Feiertagen soll er mit den Schülern die Episteln und Evangelien vornehmen;
9. die Lektionsordnung wird seiner Diskretion anheimgestellt.

Die Anordnung ist etwas urwüchsig, aber wir sehen, daß es in der Hauptsache wieder religiöse, kirchliche Verpflichtungen sind, die der Schulmeister übernimmt. Die Instruktion zeigt uns weiter, daß wir eine Lateinschule vor uns haben, wenn sie auch von dem Ideal der lateinischen Bürgerschule, die für den Besuch der Universität vorbereiten soll, noch weit entfernt ist. Wenigstens bemüht sich der Rat, tüchtige Lehrkräfte heran-

¹⁾ Pfarrplatz 3.

zuziehen, wie ein Schreiben desselben an den Chorherrn zu St. Stephan in Wien Christoph Kulber vom 29. Juli 1512 beweist; dasselbe ersucht einen schon einmal Empfohlenen oder einen anderen geeigneten Mann von der Universität für die Neustädter Schule zu gewinnen. Tüchtige und ehrenhafte, geeignete Männer für diesen Dienst gehörten eben zu den Seltenheiten. Wir hören dann zunächst von einem Schulmeister Jakob Rat — ungewiß, ob es der von Wien gesendete war —, der im Jahre 1535 auf das Amt resignierte; und über die oben mitgeteilte Instruktion stellte der Schulmeister Leonhard Schwann am 22. April 1535 den Revers aus. Er erhielt, wie sein Vorgänger, das Vestbenefizium, fundiert auf den Blasius- und Margaretenaltar, verpflichtet sich, es gut zu verwalten, alle dem Benefizium obliegenden heiligen Messen auszurichten, und betont, daß er dieses „Stift“ als Schulmeister, nicht als Benefiziat genieße. Aber in kurzem ist Schwann doch Benefiziat, und schon im Jahre 1538 hören wir von einem Schulmeister Caspar, über den am 12. Juni jenes Jahres dem Bischof Gregor angezeigt wird, daß er wegen Unfleißes gerügt werden mußte, und daß er darauf sofort abgereist sei. Der Bischof wird ersucht, mit einem anständigen Manne zu verhandeln und ihm das Veststift zu geben. Die Antwort darauf ist nicht erhalten; ebenso wenig der Name des Aufgenommenen. Am 31. Juli 1543 bestellt der Rat den Paulus Rafanus Egenburgensis zum Schulmeister der Stadtschule, am 22. April 1544 den Christopherus Hortulanus. 1549 erscheint Thomas Kienegker als Schulmeister, dem der Rat am 26. März wegen seines Fleißes alles, was er an Steuern, an Wacht-, Robot- und Batzengeld gezahlt hat, zurückzugeben beschließt.

Am 20. Juni 1552 folgte ihm Magister Jacobus, diesem auf Grund des Ratsbeschlusses vom 28. März 1555 Wilhelm Fröschl, 1563 Christoph Lindauer (Beschluß vom 26. Jänner), 1565 Bonnius Volkerus (Beschluß vom 14. Juni). Bei dessen Nachfolgern David Jäger (23. September 1568), Johann Huesy (11. Mai 1570), Stephan Geißau (20. März 1571), Alexander Fuchs (12. April 1577) findet sich der Beisatz: „lateinischer Schulmeister“. Und der Letztgenannte führt weiterhin den stolzen Titel „Rektor“, unter welchem dessen Nachfolger bereits bestellt werden.

Es ist für unsere Zeit nur mehr Wolfgang Puechamer (12. Jänner 1581) und Thomas Siritius, für dessen Aufnahme, da zwei Gesuchsteller sind, der Rat den Bischof Melchior Klesel entscheiden ließ¹⁾ (30. April 1592).

Es ist gewiß, daß zu den Stellen als Lehrer in einer kleineren Stadt sich nicht lauter Mustermänner meldeten, daß Personen genommen werden mußten, die ein Notunterkommen suchten, weshalb die Dauer eines Rektorates im Durchschnitte sehr kurz ist, und daß das Ansuchen an den Bischof, mit anständigen Männern zu unterhandeln, in schlimmen Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit seine Begründung hatte; anderseits finden wir aber auch tüchtige und verlässliche, ja ausgezeichnete Herren unter den Leitern der Schule unserer Stadt, graduierte Männer der Wiener Universität. Ein guter Schulrektor war Volkerus; am 2. Oktober 1567 wurde ihm auf sein Ansuchen, da ohnehin während der Weinlese keine Schule gehalten

¹⁾ Es liegen im Stadtarchiv zwei Verzeichnisse der Bürgerschuldirektoren bis gegen die Mitte des 17. Jahrhunderts vor, die in dieser Zeit nach längerem Suchen angefertigt wurden. Das erste beginnt mit Paulus Rafanus Egenburgensis und hat als letzte Eintragung den Rektor Georg Dreiling vom Jahre 1639; das zweite Register aus etwas späterer Zeit, angefertigt von dem Stadtschreiber Michael Stocker, der überhaupt große Verdienste um die Erhaltung und Ordnung der städtischen Archivalien hat, nennt als ersten Rektor den Magister Jakobus. Beide Verzeichnisse haben Mängel; bei dem ersten fehlen Johann Huesy und Stephan Geißau; im zweiten Verzeichnisse sind Christoph Lindauer und ebenfalls Johann Huesy ausgelassen. Letzterer kann allerdings nur ganz kurze Zeit, nur Monate, im Amte gewesen sein. Gewiß aber hatte er dasselbe wirklich angetreten.

werden könne, ein Urlaub zum Besuche der hohen Schule in Padua und von Venedig bewilligt. Aber schon ein Jahr später mußte er von seiner Stelle scheiden, da er Protestant war.¹⁾ Er fühle sich zu schwach, in der Schule mehr zu leisten, wolle zu den nächsten Pfingsten wieder ins Studium gehen, möchte nicht wegen der „päpstischen“ Zeremonien verstoßen werden. Die Frage der Konfession spielte eben damals für alle Lebensverhältnisse eine ganz hervorragende Rolle! Sehr unzufrieden war man mit seinem Nachfolger David Jäger, der schon mit Ratsbeschluß vom 4. August 1569 „wegen offenkundigen Unfleißes“ von seinem Dienste enthoben wurde. Der Beschluß wurde wohl auf die Fürbitte des kaiserlichen Rates Georg Eder zurückgenommen. Allein trotz aller Mahnung zum Fleiß wurde die Sache nicht anders, und zu Ende des Jahres 1569 trat die Entlassung doch in Kraft.²⁾ — Ein tüchtiger Mann war auch Alexander Fuchs, aber vielleicht auch Protestant, so daß die Wahlresolution Rudolfs II. vom 16. Jänner 1578 betont, daß in der Schule „ärgerliche Lieder“ gesungen werden. Das sei abzustellen und seien nur verlässliche katholische Schulmeister aufzunehmen. Fuchs starb schon zu Ende des Jahres 1580. Auf Puechamer, Magister der Philosophie und der freien Künste, und auf Seritius kommen wir später zurück.

Bei der Aufnahme des Bonnius Volkerus wird diesem zugleich der jährliche Sold, außer dem was er von den Knaben und an „Rekordationen“ bekommt, mit jährlich 90 Gulden bestimmt, wovon er jedoch den Sukzentor und den Lokat zahlen und dem Kantor, der um 12 Uhr Musik lehrt, 4 Gulden geben muß: Der Kantor hat nämlich ein eigenes Einkommen. Zu den Einnahmen des Schulmeisters ist weiter die Verköstigung desselben sowie auch des Kantors durch den Bischof zu rechnen, freilich eine Post, die nicht unbestritten blieb. Der Streit über die Verpflichtung des Bischofs hiefür brach unter Christoph von Wertheim (1550 bis 1553) aus und gedieh unter dessen Nachfolger Franz Abstemius so weit, daß der Rat sich an den Landesfürsten wandte. Ferdinand I. ernannte am 9. März 1553 eine viergliedrige Kommission, den Verwalter der Stadthauptmannschaft Georg Weltzer, den Rentmeister Hans Hohenkircher, den Zeugwart Matthias Zeller und den Neustädter Bürger Hans Habreiner, zur Erkundung und Austragung der Frage. Dieselbe wurde zugunsten der Stadt entschieden, und noch bei der Anstellung des Rektors Puechamer wird auf den Tisch im Bischofshofe als eine Einnahmepost desselben ausdrücklich hingewiesen. Auch der Kantor wurde als gesetzlicher Gast beim Bischof anerkannt. Dieselbe Kommission hatte auch noch eine andere Aufgabe. Ein paarmal schon war dem eintretenden Schulmeister das „Veststift“ zur Verbesserung seiner Bezüge zugesprochen worden. Die Kommission sollte nun beschließen, daß die Zuwendung „perpetuiert“ werde; sie sollte der Stelle des lateinischen Schulmeisters unabhängig von der Person zugegeben werden. Diese Sache kam lange nicht zur Entscheidung; ja das Benefizium war sogar einem Bürger verpachtet worden, wahrscheinlich unter David Jäger, mit dem man sehr unzufrieden gewesen war, und erst im Jahre 1573 wurde es wieder heimgenommen.

Das Veststift³⁾ für einen Altar zu Ehren Mariä Empfängnis und der Heiligen Christoph, Blasius, Ulrich, Helena und Agnes in der hiefür erbauten

¹⁾ Es waren ihm wahrscheinlich von bischöflicher Seite Ausstellungen wegen seines Vorgehens gemacht worden. (Siehe Dd. 52/3.)

²⁾ Es gab mit ihm noch kleine Reibungen, so daß der Rat ihm 25 Gulden anbot, wenn er zu Weihnachten ganz abstehe. Er nahm es an, allein noch am 23. Mai 1570 aß er beim Bischof und geriet deswegen mit seinem Nachfolger Huesy in Streit. Erst jetzt verschwindet er.

³⁾ Siehe oben.

Kapelle war durch einen Vetter des Stifters, den Wiener Ratsherrn Lienhard Lackner, gebessert und dem Neustädter Rate 1503 zur Lehenschaft übergeben worden. Es hatte ein Erträgnis von 32 Pfund Pfennig (1508). Auch der Kantor genoß ein kirchliches Stift: *beneficium apostolorum*, das nach einem Register vom Jahre 1509 einen Zins von 5 Gulden abwarf.

Für die Überwachung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Schule bestellte der Rat zwei seiner Mitglieder als „Superintendenten“.

Zu Ende unserer Epoche kann wohl die Anstalt als vollkommen ausgebaut lateinische Bürgerschule angesehen werden. Wie weit zurück sie diesem Namen entsprach, darüber war man in der Stadt selbst nicht einig, und es werden die Jahre 1543 und 1552 als die Anfangspunkte derselben bezeichnet.¹⁾ Man kann wohl auch die Instruktion für den Meister Schwann vom Jahre 1535 schon als Weisung für eine lateinische Bürgerschule geltend ansehen, so daß wir in die ersten Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts zurückkommen. Für die ausgebaut, vollkommene Anstalt treffen wir auf eine neue Instruktion. Diese wird am 11. März 1579 von den kaiserlichen Räten Dr. Georg Eder und Mathes Proß dem Stadtrate übergeben und gilt für den lateinischen und für den deutschen Schulmeister. Von den Maßregeln derselben sind jene bezüglich der Religion und Kirche besonders kennzeichnend: die Jugend soll keine leichtfertigen, keine evangelischen und schismatischen Bücher in die Hand bekommen und nur der katholischen Religion dienen; soll keine Psalmen nach Luther, sondern nach dem Neustädter Bischof Lambertus singen. Sie soll in der Fastenzeit beichten und in dieser Zeit am Freitag und Samstag kein Fleisch essen. Als Schulkommissäre werden ausdrücklich der Bischof oder der Offizial und der Chormeister genannt, die wenigstens alle Vierteljahre eine Revision aller Schulen vornehmen sollen. Die Schule hatte jetzt drei Klassen und setzte überdies den Besuch einer niederen Schule voraus. Schul- und Lektionspläne sind erhalten von Bonnius Volkerus (1565), von Alexander Fuchs (1577) und von Wolfgang Puechamer (1591). Eine wichtige Aufgabe für die Schüler war neben der Hörung des Religionsunterrichtes und der Ausübung der kirchlichen Pflichten die Vorführung der Passionsspiele und anderer religiöser Szenen und auch weltlicher Spiele, und daher mag auch neben dem Titel Rektor die Bezeichnung des Schulleiters als Ludimagister, Ludimoderator (Spielmeister), „Zuchtmeister“²⁾ stammen. Außer dem Gebiete der Religion lag das Hauptgewicht auf der Erlernung und Handhabung der lateinischen Sprache, der Kirchensprache, und auf der Pflege der Musik; beides wieder der Religion wegen. Am weitesten in der Beschäftigung mit der lateinischen Sprache ging der Lektionsplan des Bonnius Volkerus. Er nennt als zu behandelnde Klassiker Terentius, Cicero, Virgil, Ovid, Cato; auch etwas Griechisch wird gelernt.

Aus dem Lehrplane Puechamers, der von der Weinlesezeit 1591 bis Ostern 1592, also ein Semester gilt, sei auszugsweise erwähnt: die Schule beginnt vormittags um 7 Uhr, dauert bis 10 Uhr, dann folgt die Mahlzeit. Um 12 Uhr ist für alle Klassen Gesang und Musik; des Nachmittags sind von 1 Uhr an drei Lektionen. Der Verlauf ist alle Tage ziemlich derselbe. Vor dem Beginn des Unterrichtes wird morgens der Hymnus „Veni sancte spiritus“ gesungen, dann ein Gebet über die Fruchtbarkeit des folgenden Unterrichtes, das Vaterunser und der Englische Gruß angeschlossen. Beim Verlassen der Schule, vormittags und nachmittags, wird ein *Deo gratias* für den Erfolg des Unterrichtes und das Vaterunser gesprochen.

¹⁾ Siehe unten. Über diese Anstalt schreibt J. Pözl, „Die lateinische Bürgerschule in Wiener Neustadt“ (Blätter d. Vereins f. LK. 1875 und 1876).

²⁾ Der Ausdruck kommt in den Ratsprotokollen ein paarmal vor.

Die erste, höchste Klasse hat zuerst Grammatik, dann Übungen an den Briefen des Cicero. Zwei- bis dreimal wöchentlich ist eine Übersetzung aus Deutsch in das Lateinische zu machen. Nachmittags Dialoge des Sebaldu Hayden, dann Äsops Fabeln; in der zweiten Stunde Syntax, in der dritten Stunde Prüfen über die Äsopischen Fabeln.

Die zweite Klasse beginnt mit Rhetorik, behandelt in der zweiten und dritten Stunde Sentenzen der alten Weisen, Briefe Ciceros und grammatische Übungen; nachmittags in der ersten Stunde werden wieder die Dialoge des Sebaldu Hayden behandelt, daran in der zweiten Stunde grammatische Übungen geschlossen. Die dritte Stunde kommt der Katechismus des Canisius daran und Catos Moralvorschriften. An Samstagen wird das Evangelium erläutert.

Für die dritte Klasse ist nur das Lesen des deutschen Evangeliums, für die größeren das Memorieren desselben und das Lernen des Katechismus mit vorgeschrieben. Nebenbei wird das Schreiben und Rechnen betrieben. Daneben gibt es auch Abc-Schützen. Am Freitag wird in der Klasse der Katechismus des Canisius erklärt und gelernt; am Samstag wird den zwei unteren Klassen das lateinische Evangelium erklärt. Auch Gespräche zwischen Zweien über ein behandeltes Thema können eingeleitet werden.

Daß unter Puechamer die Namen Terentius, Virgil, Ovid aus dem Unterrichtsplane verschwinden, ist offenbar wieder mit Rücksicht auf das religiöse Ziel der Schule geschehen. Falls Schüler in die Anstalt eintreten, die noch keine andere Schule besucht haben, kann dies allenfalls zur Schaffung einer eigenen Abteilung, beziehungsweise Klasse führen, so daß die lateinische Bürgerschule dann vier Klassen umfaßt; dabei eben die Alphabetarii.

In das Schulhaus selbst eintretend, das ja auch ein Internat hatte, gewahren wir wohl noch im Jahre 1568 einen recht primitiven Zustand. Ein Schulinventar, nach dem Dienstantritt des David Jäger aufgenommen (12. November), zählt jedesfalls und nennt nur das, was den Rektor direkt angeht. So sind in der Stube, darin ein jeder Schulmeister für seine Person wohnt, ein Tisch, eine Lehnbank, eine lange Tafel, eine lange „Fürbank“, eine „kleine halbe Gießeimer“, fünf alte Bücher; in der Kammer daneben ein Himmelbett mit allem Zugehör — in der großen Stuben eine schwarze Tafel, ein gefirnißter Stuhl.¹⁾ Als Alexander Fuchs die Rektorstelle übernahm, verlangte er eine Übergabe der Anstalt, und da wurde vom Kämmerer und den Superintendenten der Stadt das Inventar des ganzen Hauses aufgenommen. Die Wohnstube und die Kammer des Rektors weist nicht viel Unterschied auf. Es war also nur für eine Person vorgesorgt, und ein verheirateter Schulleiter konnte ohne eine andere Wohnung kaum bestehen. Dagegen sieht es in der großen Stube wesentlich anders aus: es finden sich dort 4 lange Tafeln, 5 lange Bänke, hoch und nieder, 1 Tisch aus Fichtenholz, 3 schwarze Schreibtafeln und 1 gefirnißter Stuhl — nun weiß man wenigstens, wie und wo die Schüler Platz nahmen. Auf dem Boden werden 2 alte Spannbetten und 1 doppelter Kotzen vorgefunden. Die Sukzentorstube weist nur einen „feichtenen“ Tisch aus, die Kammer daneben 1 Spannbett mit allem Bettgewand. Die Studentenstube ist nur mit einem fichtenen Tisch besetzt und hat einige Leintücher — vielleicht für die Kammern dabei. Es sind deren 3, in denen 3 Spannbetten, eines mit Federbett, Bettzeug und Kotzen, 2 kleine Tische und eine Tafel.

Es sind in der bisherigen Besprechung des Schulwesens unserer Stadt schon wiederholt Andeutungen vorgekommen, die noch eine andere als die Lateinschule hier vermuten ließen. So ist es auch: das Bestehen einer

¹⁾ Man war vielleicht eben im Neueinrichten.

zweiten, und zwar einer deutschen, einer niederen Schule ist schon vor der Mitte des 16. Jahrhunderts zweifellos, und es lassen sich auch einige Schulmeister dieser Bildungsstätte nachweisen. Im Jahre 1549 wird in der Ratssitzung vom 14. November Waldhauser Ameßhueber als „deutscher Schulhalter“ aufgenommen. Dies geschieht ohne jede Bemerkung, und es ist daher anzunehmen, daß die Schule schon bestand. Im Jahre 1562 wird Kaspar Landsperger als deutscher Schulhalter hier genannt; doch wird er erst am 5. November als Inwohner aufgenommen; zufällig wird ihm an diesem Tage das Schulhalten wegen der Infektion bis auf weiteren Bescheid eingestellt. Von der durch zwei kaiserliche Räte erteilten Instruktion wissen wir, daß sie für den lateinischen wie für den deutschen Schulmeister galt; und am 8. März 1589 wird ein deutscher Schulmeister Christoph Bletzger erwähnt; die Schule hatte also wohl die Gleichberechtigung mit der Bürgerschule erlangt. Im Jahre 1589 sucht ein Ulrich Ehrmann an, eine (zweite) deutsche Schule eröffnen zu dürfen. Er wird abgewiesen mit dem Bemerkung, daß sich zwei deutsche Schulen in der Stadt nicht halten würden. Über die Einrichtung der deutschen Schule wird nicht gesprochen; sie läßt sich übrigens ziemlich erraten. Eine schätzenswerte Bereicherung unserer Kenntnis über das Schulwesen jener Tage bringt uns noch die schon erwähnte Instruktion des Jahres 1579, indem sie bei dem Auftrage zur Visitierung der Schulen bemerkt, es seien die lateinischen und deutschen Knaben- und Mädchenschulen zu inspizieren, wenn auch über die Mädchenschulen sonst gar nichts weiter verlautet. Dagegen begannen am Ende unseres Zeitraumes schon einzelne Klagen über Winkelschulen, deren wir später zu gedenken haben werden.

Als interne Schulen für Hauszwecke sind jetzt jene der Klöster zu bezeichnen: so die Schule der Pauliner, des Deutschen Ordens, des Georgsordens, wenn auch über diese in unserer Periode wenig verlautet. Der Hausschule des Georgsordens wird einmal gedacht, indem 1572 und Februar 1574 ein Schulmeister Paul Täbler, 1579 gar zwei Männer: Paul Täbler und Paul Fidler genannt werden. Auch Paul Täblers Nachfolger Johann Reichl wird 1581 erwähnt.

Zum Schlusse der Besprechung des Schulwesens der Stadt müssen wir auch einer Stiftung für die Hochschule, für die Wiener Universität, gedenken: der Doktor der Arznei Georg Taler hatte in seinem Testamente vom Jahre 1508, bestätigt am 23. März, 600 Gulden zu einer ewigen „bursam S. Pauli¹⁾“, also für die Wohnung von Stipendisten, bestimmt. Der Rat unserer Stadt hatte die Verwaltung des Kapitals. Es wurden zwei Stipendisten damit unterstützt; am 11. Februar 1532 veräußerte der Rat 10 Pfund Pfennig dieser Stiftung um 200 Pfund an die Superintendenten des Stipendiums in der St. Pauls-Burse, die auch „Heidenheim“ genannt wurde; und am 18. Mai 1539 weitere 15 Pfund Pfennig um 300 Pfund abermals an die Verweser der Stipendien der Heidenheimburse, so daß die ganze Stiftung aus dem Gesichtskreise von Neustadt entwindet; dabei hatte der Rat einen Gewinn von 100 Pfund Pfennig für die Stadt zu verzeichnen.

Von der Schule gingen manchmal theatralische Darstellungen aus, Szenen aus der Biblischen Geschichte, die dem Zeitfeste entsprachen: das Christkindspiel, das Dreikönigsspiel u. a. Wir finden auch in unserem Zeitraum schon Beispiele hiefür. Aber auch andere Faktoren hatten Sinn für dramatische Vorführungen, und da trat auch das weltliche Spiel in seine Rechte; namentlich lockte der Fasching mit seinem bunten Treiben zu Dramatisierungen.

1) Bursa bedeutete ursprünglich einen Geldbetrag, den die Studierenden zu erlegen hatten, dann ein Wohnhaus für dieselben. Solcher Burschenhäuser, gestiftete und ungestiftete, gab es an der Wiener Academia eine ziemliche Anzahl.

Im Jahre 1530 verlangte und erhielt ein Bürger der Stadt die Erlaubnis zu einem Fastnachtsspiel. Den Messerern wird im Februar 1568 ein Schwerttanz bewilligt, was sich dann öfter wiederholt. Anfang Jänner 1571 gestattete der Rat den Schülern der lateinischen Schule, zum Dreikönigsfeste „mit dem Stern zu singen“. Im Juni des Jahres 1578 wird einem Schuhknecht erlaubt, an einem Sonntag eine Singschule zu halten; doch soll er sich gebührend aufführen; und im August dürfen die Ledererknechte mit Trommeln und Pfeifen gehen. Nun mehren sich die Gesuche um Singschulen. Bald spielt auch hier der religiöse Zwiespalt seine unliebsame Rolle. Am 12. Juni 1582 wird es dem Veranstalter einer Singschule, einem Kotzenmacher, verwiesen, daß er in derselben am Ostermontag den Papst und die Geistlichen ange-tastet habe. Das habe bei dem Bischof und der Geistlichkeit hier Unwillen erregt und könne auch die Ungnade des Kaisers für die Stadt zur Folge haben. Es sei doch dem „Meistersinger“ ausdrücklich vorgehalten worden, nur etwas zu singen, was keinen Anstoß erzeuge!

Am 29. März 1583 bittet Hans Philipp von Galatz, eine Singschule „von der sieghaften und herlichen Auferstehung unseres Herrn und Heilands“ mit etlichen Personen, Bürgern und Handwerkern halten zu dürfen. Ein Osterspiel; bewilligt. Eben wird im Februar 1584 dem Kantor Peter Simonis bewilligt, die Komödie der unschuldigen Königin in Frankreich zu agieren, und dies trotz der Einsprache des Rektors der Bürgerschule; doch soll er solches nicht mehr ohne Wissen des Magisters unternehmen.

1588 erhielten die Bindergesellen die Erlaubnis, ein Dreikönigslied auf-führen zu dürfen; ein „Spiel von den heiligen drei Königen“ sei auch dabei. 1590 bittet der Schulmeister Pletzker um die Gestattung einer Komödie, was gleichfalls gewährt wird. Es sind, wie wir erkennen, vielseitige Anfänge gemacht.

Religion, Kirche, Geistlichkeit.

Wir wollen wieder die Reihe der kirchlichen Oberhirten unserer Periode voranstellen.

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts waren die Pröpste von St. Ulrich, die auch die Hauptpfarre verwalteten, zugleich die Verweser des Bistums, nämlich:

Propst Johann,
Bernhard,
Ägydius,
Sebastian,
Paulus;

dann folgt als Bischof Dietrich Krammer 1516 bis 1530. Ferdinand I. verlieh ihm wegen seiner besonderen Verdienste um das Haus Österreich das Patronat über das Dorotheabenefizium in der Domkirche; hier unter Dietrich Krammer erreichte es der Georgsorden vorübergehend, daß der Bischof von Neustadt in den Orden eintrat, indem Dietrich am Weihnachtstage 1528 das Ordenskreuz aus der Hand Geymans entgegennahm. Schon unter Dietrichs Nachfolger verschwand diese Macht des Ritterordens;

Gregor Angerer 1530 bis 1548;

Heinrich Menlich 1548 bis 1550;

Christoph Wertheim 1550 bis 1553: wegen seiner Verdienste übergab Ferdinand I. dem Bistum hier das unbeschränkte Eigentumsrecht der Propstei St. Ulrich;

Franz Abstemius 1553 bis 1558; war zuvor Propst von Thierstein gewesen;

Martin Jurlacher wurde, ehe er sein Amt antrat, vom Tode hingerafft, 1559;

Kaspar von Bogan 1560 bis 1563; er war aus Deutschböhmen hergekommen, war Propst zu Leitmeritz gewesen, wurde dann als Bischof nach Breslau übersetzt;

Christian Naponanus, 1564 bis 1571; der Name hat ziemlich verschiedene Formen: Noppenæus, in der päpstlichen Bestätigung Panuinus;

Lambertus Gruterus 1572 bis 1586, der selbst einen Vorschlag für die Reform der Geistlichkeit machte;

Martin Radwiger 1587 bis 1588;

Melchior Khlesl von 1588 an; anfänglich Administrator, dann wirklicher Bischof von Neustadt, dessen Verwaltungszeit für die kirchlich-religiösen Verhältnisse der Stadt die allergrößte Bedeutung hatte. Er war im Jahre 1553 in Wien geboren, der Sohn eines Bäckers; Vater und Mutter waren evangelischer Konfession. Melchior wurde jedoch in seinem 16. Jahre durch einen Jesuiten für den Katholizismus gewonnen, trat mit 18 Jahren als Alumnus in den Konvikt der Jesuiten ein, erhielt 1576 die niederen Weihen, wurde im Jahre 1579 in Ingolstadt, wohin er mit Erlaubnis des Erzherzogs Ernst zur Vollendung seiner Studien gegangen war, zum Lizentiaten der Theologie promoviert. Er kehrte sodann nach Wien zurück, wurde zum Priester geweiht und noch in demselben Jahre zum Dompropst von St. Stephan und zum Kanzler der Wiener Universität ernannt. Zugleich verlieh ihm der Bischof von Passau das Amt seines Offizials. Er machte sich bald durch sein rasches Zugreifen in religiösen Angelegenheiten, auch im Widerspruche

mit dem eingesetzten Klosterrate, von dem er sich manche Verweise zuzog, auf allen Seiten bemerkbar. Vom Papst Sixtus V. erhielt Khlesl eine Bulle als Reformator von Österreich; Rudolf II. ernannte ihn 1588 zum Hofprediger und kaum sechs Monate später zum Administrator des Bistums Wiener Neustadt.

Nun sollen zunächst die Nachrichten über das Kirchengut und dessen Vermehrung, über die wirtschaftlichen und materiellen Verhältnisse der Geistlichkeit und der Klöster mitgeteilt werden. Gleich zu Anfang unserer Periode wird uns über eine schöne Stiftung in der Domkirche berichtet: Peter Vink, ein sehr reicher Mann, gründet in seinem Testamente vom 3. April 1508 dort einen neuen Altar zu Ehren des Landespatrones, des heiligen Leopold. Er bestimmt dem Kaplan desselben, der wöchentlich vier heilige Messen lesen soll, jährlich 12 Pfund Pfennig außer verschiedenen Zinsungen, nämlich 6 Pfund Zins von zwei Läden in seinem Hause auf dem Hauptplatze, 3 Pfund Zins von einer Wiese zu Urschendorf, die er um 70 Pfund Pfennig gekauft, 5 Pfund Pfennig von dem Hause eines Bürgers und 2 Pfund von allem seinem liegenden und fahrenden Gute. Falls ein Dienst abgelöst wird, ist er durch einen anderen zu ersetzen. Er stattet das neue Benefizium auch mit sechs Meßgewändern und zwei Meßbüchern aus; der Kaplan selbst erhält einen Weingarten zu Katzelsdorf. An die Frauenkirche sind jährlich 4 Schilling als Wiederlage, als Rekompens zu zahlen.¹⁾ 1551 erhielt das hiesige Bistum das unbeschränkte Eigentumsrecht an die Propstei St. Ulrich, wie schon angedeutet wurde. Der vorerwähnten Neustiftung können wir sofort eine ganz bedeutende Zustiftung an die Seite stellen: die schon oben erwähnte Besserung des Veststiftes für den „Blasius-, Christoph-und-Agnes-Altar“ durch einen Verwandten des Stifters, den Rats Herrn Lienhard Lackner in Wien. Er führte dem Altar wesentlichen zinsenden Grundbesitz an Weingärten und Wiesen (bei Gumpoldskirchen?) zu, verständigte den Rat von Wiener Neustadt, dem er die Lehenschaft des Altars übergab, schon am 27. September 1503, daß die Bauern und Holden, die bisher ihm untertänig waren und nun dem verbesserten Stifte überlassen wurden, am Sankt Michelstage nach Neustadt kommen, wo sie vom Rate für den neuen Zinsherrn in Gelübde und Pflicht genommen werden mögen. Der jetzige Kaplan und seine Nachfolger sollen auf dem Altar wöchentlich wenigstens drei heilige Messen lesen, wofür sie jährlich 32 Pfund Pfennig zu beziehen haben. Das Kapital für diese Summe, die am Lichtmeßtage zu entrichten ist, hat die Stadt Memmingen — von Lienhard Lackner aus: 900 Gulden, die allenfalls mit der gleichen Summe auch abgelöst werden können.

Eine weitere Nachricht des Wiener Rats Herrn an Neustadt vom 25. April 1504 bringt uns zur Kenntnis, daß Kaspar Vest und seine Frau auch den Margaretenaltar, der nicht in der Pfarrkirche, sondern in der Katharinenkapelle, also schon mehr abseits gelegen war, auf ihre Kosten wieder erhoben haben; dessen Haus war zerschossen, die Gründe lagen verödet. Sie haben alles Notwendige angekauft. Lienhard Lackner selbst stiftet am 24. Juli 1504 noch für Kaspar Vest zum Danke für so vielfache Wohltaten desselben 6 Pfund Pfennig für einen Gedächtnistag in der Pfarrkirche, eine Vigilie kurz vor oder nach Weihnachten und je eine Vesper an den Tagen der Schutzheiligen des Blasiusaltars, und belastet deswegen sein Haus in Wien mit diesem Zins.²⁾

Am 18. März 1510 vermacht der Bürger Michel Pütner testamentarisch dem Dionysiusaltar zwei Weingärten zu Breitenbrunn. Im Jahre 1527 stiftet

¹⁾ Über das Testament des Peter Vink entstand ein Erbstreit, der am 26. August 1510 in gütlichem Wege beigelegt wurde.

²⁾ Er veräußert denselben dann um 150 Pfund Pfennig.

dann Friedrich Sechesperger laut Urkunde des Bischofs Dietrich auf den Andreasaltar einen Zins von 24 Pfund Pfennig, lastend auf einer Mühle zu Eggendorf, dienstbar dem Ehrenreich von Königsberg, mit 12 Gulden, auf einem Hause im Deutschherrenviertel und auf einem Weingarten zu Wöllersdorf, dienstbar nach Hernstein, von denen vierteljährlich je 3 Pfund dem Kaplan zu entrichten seien. Freilich haftet sich ein Pferdefuß daran. Die Mühle sei durch den Krieg verödet; der Besitzer will den Zins lieber von anderen Gütern geben.

Wir wollen noch die Stiftung des Wolfgang Treu, wieder eines Wiener Bürgers, vom 22. August 1526 anreihen: die Feier der Todesangst Christi. 6 Knaben sollen jeden Donnerstagabend eine Viertelstunde lang in der Domkirche singen und gleichzeitig die Salveglocke geläutet werden. Er widmet dafür 5 Pfund Pfennig auf einem Hause in Neustadt.¹⁾ Die Aufsicht über die Stiftung hat der Rat. — Damit sind wir mit den großen kirchlichen Stiftungen für unseren Zeitraum schon zu Ende. Die Ungunst der Zeit, das Schwinden des Reichtums macht sich auch auf diesem Gebiete geltend. Ein weiteres Zeichen hiefür ist das nicht selten vorkommende Resignieren der geistlichen Herren auf ihr Benefizium; auch das Zusammenlegen von einzelnen Stiften spricht die gleiche Sprache. Bei der Präsentation eines Priesters, des Blasius Wolslager, an den Bischof vom 18. März 1512 berichtet der Rat zugleich, daß er den Johannesaltar mit dem Leopoldsaltar derzeit vereinigt habe. Doch darf man nicht glauben, daß die Kooperatoren etwa mittellos geworden wären. Sie hatten ja meistens guten Grundbesitz, auch an Weingärten. Und wenn wiederholt von dem schlechten Zustande von Benefizienzgrundstücken gesprochen wird, so hat hievon die Sorglosigkeit, die Interessenlosigkeit der Geistlichen auf dem Felde der Landwirtschaft, und noch häufiger der Mangel an Verständnis, die völlige Unkenntnis in diesem Fache die Schuld. Und es ist nicht zu verwundern, wenn Bürgermeister und Rat, um sich über den Zustand von Stiftsgründen zu vergewissern, sich an ganz fremde Personen wenden. So schreibt der Bürgermeister Martin Puschmann am 21. März 1536 nach Wöllersdorf, Piesting, Pfaffstätten, in die Warth, um sich über den Bauzustand der Weingärten des Frauenstiftes im Chor Gewißheit zu verschaffen.

Von demselben Standpunkte ausgehend berichtet auch der Bischof Franz Abstemius, der die Benefizien seiner Diözese heben möchte, im Jahre 1553 an den Kaiser: es seien wenig Priester, und nicht alle verstehen die Wirtschaft; daher verfallen die Häuser, veröden die Gründe. Er schlägt sogar vor, alle Benefizienhäuser, die nicht in gutem Zustand sind, zu verkaufen und bürgerlich zu machen und nur die gut erhaltenen Häuser zu Wohnungen für die Priester zu behalten. So gibt er seine Zustimmung zum Verkaufe des verfallenden Hauses des St. Wolfgangaltars in der Baumgartgasse (14. November 1554) an den Rat, welcher dasselbe dem Kantor Valentin Möstl um 65 Gulden verkauft. Einen Monat später bewilligt der Bischof auch den Verkauf des zum Sigmund- und Antonialtar gehörenden Keßlerbades, das wegen zu großer Belastung eingegangen. Freilich wird wieder

1) Es ist das Haus Neunkirchnerstraße 1; die 5 Pfund sind in folgender Weise zu verwenden:

	1 Pfund dem Pfarrer als recompens,	
	4 Schilling zum Kirchenbau,	
10	„	12 Pfennig den 4 Predigern,
3	„	14 „ den 2 Leviten,
1	„	25 „ dem Sukzentor,
5	„	6 „ dem Kantor,
3	„	14 „ dem Schulmeister,
3	„	19 „ dem Mesner.

ein Zins von 8 Gulden jährlich für den Altar auf das Haus gelegt. Auch ein Besitztausch von geistlichem Gut bedarf der Bewilligung. Maximilian II. stimmt am 1. September 1568 dem Tausche einer Benefizienwiese von 16 Tagwerk, gelegen bei Krotendorf, mit Christoph Teufel gegen eine Wiese von 32 Tagwerk, gelegen gegen Fischau, zu, da beide Objekte den gleichen Ertrag geben.

In dem Sinne, die Landwirtschaft los zu werden, kommen auch von Priestern selbst Äußerungen. Der Prediger Waldhauser Püchler bittet am 1. April 1508 den Rat: da er infolge seines Berufs nichts von der Wirtschaft verstehe, möge man ihm statt der Weingärten und Gründe lieber Geld geben. Der Rat geht darauf ein und gibt dem Gesuchsteller zur Wohnung vierteljährlich 25 Gulden. Einen anderen Weg schlägt der Kaplan des Allerheiligenaltars David Clement ein: er verpachtet die vier Weingärten seines Benefiziums am 24. April 1577, da sie zu entlegen waren (bei Mödling liegend), auf zehn Jahre an den Richter von Mödling Stefan Strem. Er bezieht dafür 50 Gulden. Im Jahre 1587 pachtete der Rat selbst diese Weinberge um den gleichen Preis, wieder auf zehn Jahre.

Daß die Geistlichkeit damals auch zu Steuerleistungen, namentlich zur Bekämpfung der Türken, herangezogen wurde, haben wir schon berührt. Auch für die Baulichkeiten an den Benefizienhäusern mußten sie beisteuern; 1542 war diese Beisteuer auf 30 Pfund 2 Schilling veranschlagt, stieg jedoch dann auf 40 Pfund.¹⁾

Es liegen aus unserer Periode mehrere Verzeichnisse vor, welche die gesamten Benefizien, deren Vereinigung und Besetzung umfassen. Das erste vom Jahre 1547 berichtet: Matthias Schueler, Offizial, hat vier Benefizien: St. Georg, St. Johannes des Täufers, St. Achatius und das Benefizium der Priesterbruderschaft. Die ersten drei sind Lehen der Bürgerschaft.

Der Chormeister Hans Habreiner hat vier Benefizien: das Dreikönigsbenefizium, das allein an Diensten nahezu 13 Gulden bezieht, das Benefizium St. Andreas, St. Wolfgang, das an Diensten sogar 27½ Gulden einnimmt, und Fabian und Sebastian mit mehr als 6 Gulden an Diensten. Die ersten drei sind wieder Lehen der Bürgerschaft. Der Benefiziat hat zugleich den Tisch im Bischofshof.

Jörg Perger, der gar nicht in Neustadt, sondern Pfarrer in „Talhaim“ ist, hat drei Benefizien inne: das Barbara-, das Heiligengeistbenefizium und die Zemendorfer Kirche. Er soll alles dem Offizial überlassen haben. Es gehören dazu Holden, Zehente, Weiden, Weingärten, zwei Häuser u. a. Man weiß den Verhalt jedenfalls gar nicht genau.

Thoman, der früher bei den Dominikanern war, hat zwei Benefizien: das Leopoldsbenefizium, dessen Vereinigung mit den Johannesaltar somit augenblicklich nicht bestand, und das Benefizium des vorderen Altars im Chor. Er hat zwei Häuser, Zinse, Weingärten, hat den Tisch im Bischofshof. Beide Benefizien sind Bürgerschaftslehen.

Matthias Koler genießt das Siegmund- und Antonibenefizium, hat zwei Häuser, verschiedene Zinse, etliche Weingärten. Es ist ebenfalls ein Lehen der Bürgerschaft.

Walthauser Rosenberger hat das Allerheiligenbenefizium, das ein Haus, verschiedene Zinse und Weingärten besitzt. Wieder ein bürgerschaftliches Lehen.

Matthes Schönman hat zwei Benefizien: den Marienaltar des Lienhard Jüdl und das Erasmus- und Elisabethbenefizium. Er hat zwei Häuser, Weingärten, Holden, genießt ferner 45 Gulden bar. Beide Lehen sind bürgerlich.

¹⁾ RP.

Der Prediger Melchior Schrecksmel genießt das Fleischhackerbenefizium St. Leonhard; er hat überdies die St. Niklaskapelle inne, besitzt Weingärten, hat den Tisch im Bischofshofe. Das Lehen wird abwechselnd von der Stadt und vom Bischof verliehen. Der Prediger stellt überhaupt, wie hier eingeschoben sei, für seine Leistung höhere Anforderungen. Im Jahre 1580 werden dem Prediger Matthäus Polivius zu seinen Benefizien noch zwei andere verliehen. Der Rat gibt ihm auf die Intervention des Bischofs noch das Dreifaltigkeits- und das Siegmund- und Antonibenefizium.

Ein Benefizium, das Veststift, genießt der Schulmeister, eines, der zwölf Apostel, der Kantor. Beide sind bürgerliche Lehen.

Ein Benefizium, der Katharinenaltar in der gleichnamigen Kapelle, wurde vom Kaiser verliehen; es besitzt einen Weingarten und fünf Wiesen.

Wir zählen somit im ganzen 22 Benefizien und 11 Inhaber derselben, unter denen sich auch zwei Personen von der Schule befinden; 15 Benefizien waren von der Stadt zu verleihen, 6 vom Bischof, 1, in der ehemaligen Burgkapelle, vom Kaiser selbst.

Ein anderes Verzeichnis vom 12. Dezember 1569 stellt insbesondere den Zustand der Benefiziatenhäuser fest und berichtet über die Benützung derselben. Da erfahren wir, daß bei zwölf Häusern zu bessern; darunter sind drei „durchaus baufällig“. Die Zusammenstellung unterrichtet uns weiter, daß in neun von den Benefiziatenhäusern Inleute wohnen, zumeist eine Partei; in zwei Stiftshäusern wohnen je zwei, in dem Hause des Jüdlstiftes sogar drei Parteien. Diese Inwohner des baufälligen Hauses zahlen wohl zusammen nur 6 Gulden jährlich. Sonst zahlen die meisten Parteien 4 bis 6 Gulden, zwei zahlen je 8 Gulden. Von den zwei Parteien des Fleischhackerstiftshauses zahlt die eine 4, die andere 11 Gulden. Immer ergibt sich ein kleiner Einnahmezuschuß. Es sind auch die Inventarisierungen von einzelnen Benefiziatenhäusern erhalten; so vom Katharinenstifte (1553), vom Leopolds- und Johannes des Täufers-Benefizium (1553), vom Siegmund- und Antonibenefizium (1556), vom Allerheiligenbenefizium (1576); sie sind alle sehr bescheiden eingerichtet. Bezüglich der Benefiziatenhäuser in der Stadt müssen wir noch eines Planes des Kaisers Ferdinand I. gedenken, für den derselbe sogar am 2. Jänner 1561 schon eine Kommission bestimmt: nämlich die Benefiziatenhäuser neu aufzubauen, einen geeigneten Ort für dieselben auszusuchen, um sie vielleicht in einer Gasse zu vereinigen. Geschehen ist natürlich nichts für die Durchführung dieses Vorhabens.

Wer den Predigtstuhl, also das Predigen übernahm, erhielt, wie erwähnt, hiefür vom Rate eine eigene Gebühr bewilligt. Melchior Schrecksmel, der sich denselben erbeten, wurde hiefür am 7. Februar 1557 vom Rate sogar eine Besoldung von 100 Pfund Pfennig für ein Jahr bewilligt — eine ganz einzige Ausnahme; und er erhielt das Predigeramt auch in den nächsten zwei Jahren wieder. Er muß eine ganz bedeutende Rednerkraft gewesen sein, und das war für die Kirchenbesucher und deren Stimmung und weiter für ihr religiöses Verhalten von Wichtigkeit.

Unter den Benefizien lesen wir auch das Erasmus- und Elisabethstift. Es ist jenes im Spital, das mit zu den besten gehört und einen besonderen Reichtum an Diensten in der Stadt und in der Umgebung aufweist. Ein Register vom 30. Oktober 1564 zählt dieselben eingehend und vollständig auf.¹⁾ Darnach bezieht das Erasmusbenefizium, wie es häufig allein genannt wird,

von Neustadt: von 2 Gärten, 4 Weingärten, 10 Krautgärten, 4 Äckern: 4 Wiesen, 1 Setze, 1 Holz 3 fl. 2 β 11 ^{ss};

von Katzelsdorf: von 3 Häusern, 30 Äckern, 3 Weingärten, 3 Wiesen, 1 Holz, 1 Gartl 5 fl. 3 β 15 ^{ss};

1) Xx. 7.

von Edlach: von 2 Wiesen 5 β ;
 von Walpersbach: von 1 Haus und 1 Acker 5 β , ferner zu Weihnachten
 2 Hühner, zu Ostern 40 Eier, zu Pfingsten 2 Käse;
 von Ofenbach: von 2 Häusern 2 fl. 4 β 12 sch ;
 von Brunn: von 1 Weingarten 25 sch , ferner 10 Eier;
 von Schleinz: von 1 Haus 1 fl. 2 β , ferner zu Weihnachten 4 Hühner,
 zu Ostern 60 Eier, zu Pfingsten 4 Käse;
 von Fischau: von 3 Häusern, 1 Hofstatt, 1 Acker 4 β 28 sch , ferner 1 Huhn;
 von Drostetten: von 2 Häusern und 2 Höfen 1 fl. 2 β 24 sch ;
 von Ternbach:¹⁾ von 2 Wiesen 2 β .

Wir wissen schon, daß das Benefizium auch sein Haus, seine Weingärten und sonstigen Grundbesitz hat.

Die einzelnen Altäre sind immerhin noch so gut gestellt, daß sich Pfarrer vom Lande, von nah und fern, um solche bewerben; zum Beispiel der Pfarrverweser von Eisenstadt,²⁾ der Pfarrer von Prügilitz; und Kaiser Maximilian selbst empfiehlt einmal (1510) dem hiesigen Rate, die nächste frei werdende Pfründe dem Pfarrer von St. Laurentzen im Mürztale zu verleihen.³⁾ Es ist offenbar die größere Vielseitigkeit des Stadtlebens, das solche Anziehungskraft ausübte.

Domkapitel und Domherren, im ganzen und einzelnen, werden selten erwähnt; es sind eben die Kooperatoren der Pfarre bekannter, als die Träger der verschiedenen Stifte, die wieder größtenteils durch die Hand des Rates gehen.

Der Bischof selbst ist kein reicher Mann, der Besitz des Bistums, die Einnahmen desselben, seiner auf die Stadt beschränkten Diözese sind bescheiden. Immerhin besaß Bischof Dietrich die Mittel zum Ankaufe eines Hauses vor dem Neunkirchnertore (am 18. Mai 1523). Am 10. September 1526 kommt er in Gewehr des (öden) ehemaligen Wienerbades, das wegen versessenen Zinses an die Stadt gefallen und ihm gegen Zahlung dieses Zinses von 20 Pfund überlassen war, ebenso am 23. Dezember 1527 in Gewehr eines öden Fleckes im Deutschherrenviertel. Ein schönes Zeichen des Entgegenkommens gegen seine Pfarrgeistlichkeit vom Bischof Gregor Angerer ist es, wenn er sich (15. April 1542) erbietet, 30 Pfund Pfennig der angeschlagenen Benefiziatensteuer zu zahlen — also den größten Teil dieser Abgabe; doch sollen 3 Pfund für den Spitalskaplan, die ja richtiger auf die Gemeinde falle, und weiter 2 Pfund für Jörg Perger, der gar nicht hier wohne, somit keine Dienste leiste, zuvor in Abzug gebracht werden, so daß für die Benefiziaten nur mehr bei 5 Pfund Pfennig zu zahlen erübrige. Er betont dabei, daß diese Steuer für die Geistlichkeit keine Pflicht, sondern guter Wille sei. Von den wirtschaftlichen Streiten des Bischofs mit der Stadt wurde schon gesprochen. In einem recht freundlichen Verhältnisse stand der Rat zu dem Bischof Franz Abstemius, dem er zum Beispiel im Jahre 1554 erlaubte, seine Weine im Hause des Abtes von Lilienfeld unterzubringen und von dort nach Belieben zu vertreiben.⁴⁾ Auch der briefliche Verkehr der Stadt mit Melchior Klesel war in sehr freundlichem Tone gehalten.

Was den Bestand in den Kirchen selbst betrifft, so geben uns einige Inventare hierüber den gewünschten Aufschluß. Ein Inventar der Pfarrkirche und der Pfarrtürme, wie es ausdrücklich heißt, liegt erst vom Jahre 1589 vor. Es nennt Silbergeschmeide und Kleinode in einer Truhe des Bischofs,

1) Dürrenbach, hinter Heiligenkreuz??

2) Am 4. Jänner 1519 resigniert er auf sein Benefizium.

3) StLA.

4) Die Gebühr wird ihm nachgelassen „von wegen gemeiner stat freundlichs beystands“ Gwb.).

weitere fünf Truhen und Laden mit verschiedenen Geräten, auch freistehendes Gerät, 77 Stück Meßgewänder, ferner Altartücher, 35 Bücher; weiter nicht einzeln angegebene Stücke in der Bischofsakristei, in der Priestersakristei. Die Inventarstücke der verschiedenen Altäre und Stiftungen sind hiebei nicht inbegriffen. Für dieselben bestehen schon ältere Verzeichnisse. So vom Allerheiligenaltar (1543), vom Siegmund- und Antonialtar (1552), vom Dreifaltigkeitsaltar (1552), vom Katharinenstift (1553), vom Stifte St. Leopold (1554), vom Erasmusbenefizium (1554), vom Zwölfbotenaltar (1569). Es sind Meßgewänder, Kelche ohne großen Schmuck und ähnliche Gerätschaften.

Ein Inventar der St. Niklaskapelle stammt schon aus dem Jahre 1535; es zählt außer den gewöhnlichen zum Gottesdienste nötigen Gerätschaften auf: etliche alabasterne Bildl, ein silbern vergoldetes Pacem, an einer Seite Unsere Frau mit dem Kindlein, an der andern „Unseres Herrn Urstend“, silbern und vergoldet, mit zwei Engeln; ein zweites ähnliches Pacem mit „Unseres Herrn Barmherzigkeit“ und zwei Engeln; einen großen Kelch, silbern, vergoldet, auf dem Fuß die vier Evangelisten geschmelzt.

Auch ein Verzeichnis der Kleinodien in der Kapelle von Peisching aus dem Jahre 1537 ist erhalten; darunter ist ein silberner, vergoldeter Kelch.

Von den Klöstern der Stadt ist in vielen Beziehungen das bedeutendste das Zisterzienserstift Neukloster, das ja später auch mit einer Pfarrei bedacht wurde. Wir wollen daher auch die Vorstände dieser Klostersgenossenschaft aufzählen. Es soll jedoch vorausgeschickt werden, daß Wiener Neustadt nur ein kleines, weniger begütertes Stift war. Auch entsprach es eigentlich nicht recht den Absichten des Gründers des Ordens von Citeaux, der für seine Klosterbrüder stille Täler bevorzugte: Bernhardus valles amabat. Durch diese Umstände wird es begreiflich, daß mehrere Äbte des Neuklosters, gleichsam im Beförderungswegen, in andere Stifte des Bernhardinerordens gingen. Im 15. Jahrhundert hatte das Neukloster sieben, meist nur kurze Zeit waltende Vorstände gehabt: Heinrich, Gottfried, Georg, Johannes, Andreas, Petrus, Andreas. Der Abt Martin reichte bereits in unseren Zeitraum herüber: 1490 bis 1505.

Sein Nachfolger ist Johannes 1506 bis 1515. Er ging dann als Abt in das Mutterstift des Neuklosters nach Reun.

Michael 1515 bis 1524;

Gregor 1524 bis 1538;

Johannes 1538 bis 1540;

Konrad 1540 bis 1547, in welchem Jahre er in das Bruderstift Heiligenkreuz kam;

Matthäus 1547 bis 1551;

Sebastian 1551 bis 1553;

Bartholomäus 1553 bis 1559, abermals in das Kloster Reun übergetreten.

Johannes 1559 bis 1566; er ist der vierte, welcher den Namen des Lieblingsjüngers Jesu wählte;

Christophorus 1566 bis 1568;

Lorenz 1568 bis 1590;

Gregor 1590 ff.: er blieb in Neustadt bis zum Jahre 1595.

Das Neukloster hat in unserer Periode seinen Besitz wesentlich vermehrt: es erhielt im Jahre 1512 ein Haus im Deutschherrenviertel durch freie Übergabe von einem Bürger gegen die Gewährung einer Pfründe an ihn und seine Frau.¹⁾ Auf die gleiche Weise kommt dem Stifte auch von einem bürgerlichen Ehepaare im Jahre 1521 ein Eckhaus im Brüderviertel zu.²⁾

¹⁾ Gewehr vom 9. März.

²⁾ Gewehr vom 18. Jänner.

Am 28. Oktober 1513 kauft es von Hans Schwegersy fünf Holden in Ober- und Unter-Eggendorf, die zusammen 2 Pfund 7 Schilling 13 Pfennig an Diensten jährlich entrichten. Wenige Tage darauf kauft das Kloster wieder ein Haus im Dreifaltigkeitsviertel¹⁾ und am 1. Mai 1514 einen Hof zu Ober-Eggendorf mit reichem Acker-, Wiesen- und Waldbesitz.

Das Neukloster hatte in der Stadt gar kein Fischwasser und zahlte jährlich eine ziemliche Summe, 52 Pfund Pfennig, nach Wien für die Lieferung von Fischen. Da suchte zu Anfang des Jahres 1546 der Abt beim Landesfürsten um Inkorporierung der Kanzelmühle, die einst dem Marx Treitzaurwein gehört hatte, mit ihrem Fischwasser an; er bot hiefür eben den Jahresbetrag von 52 Gulden. Ferdinand wies die Eingabe den Hofkammerräten zu. Doch kam es zu keinem Ergebnisse. Um das Jahr 1535 hatte das Kloster Äcker bei Würflach erworben, von denen zwei den Paulinern in Neustadt dienstbar waren. Das Kloster wollte diesen Zehent nicht anerkennen, mußte jedoch über Auftrag der Regierung den Zehent von zwei Äckern entrichten. Am 1. Jänner 1570 verpachtete der Abt Christophorus den Zehent, den das Kloster von Würflach an Grundstücken zu genießen hatte, auf fünf Jahre an ein Ehepaar zu Neunkirchen. Der Mann hatte dem Kloster 100 Gulden vorgestreckt, und statt einer Zahlung für den Zehent sollen von dieser Schuld jährlich 20 Gulden abgeschrieben werden. Andere, namentlich weit entlegene Zehente: zu Brodersdorf, zu „Mutensdorf“, zu Unterwaltersdorf waren am 1. September 1563 mit Zustimmung des Kaisers an diesen selbst (um 250 Gulden) verkauft worden.

Das Stift hatte dem Staate und dem Landesfürsten wiederholt mit Darlehen ausgeholfen; es gab zum Beispiel im Jahre 1537 die Summe von 300 Gulden, 1541 dann 400 Gulden, 1544 wieder 200 Gulden her. Im Jahre 1562 wurde mit dem Kloster wegen eines Geldbeitrages zur Einlösung der Güter des Georgsordens in Millstatt und zur Erhebung dieses Ordens verhandelt. Das Neukloster trug eine Summe von 600 Gulden bei, die es auf sechs Jahre ohne Interessen herlieh. Vom 12. Juni 1565 datiert ein Schuldschein Maximilians II. über 500 Gulden rheinisch, die auf zwei Jahre, ebenfalls ohne Zinsen, hergeliehen und dem Kriegszahlmeister ausgefolgt wurden. Bei dieser Geldaufnahme wurde dem Kloster das Versprechen gegeben, daß die 1562 aufgenommene Schuld in zwei Jahren ebenfalls zurückgezahlt werde. Es geschah jedoch nicht, und am Ende unserer Periode war der Staat dem Neukloster eine Hauptsumme von 2200 Gulden und an rückständigen Interessen den Betrag von 6400 Gulden, insgesamt also 8600 Gulden schuldig. Dazu kommt, daß das Kloster auch als Mitglied des niederösterreichischen Prälatenstandes zu einer erklecklichen Leistung an Steuern, namentlich an Kriegssteuern, sowohl im allgemeinen als auch für besondere Fälle herangezogen wurde. So zahlte es zum Beispiel am 24. Oktober 1510 zu den Auslagen für die gegen Venedig bestimmten Kriegerleute einen Betrag von 39 Pfund 2 Schilling 11 Pfennig. Die eigentliche Kriegssteuer, namentlich gegen die Türken, war natürlich viel höher. Dieselbe betrug gewöhnlich 50 bis 70 Gulden. Sie erreichte die höchste Höhe in den Jahren 1554 und 1557 mit einer Summe von mehr als 222 Pfund Pfennig. Auch im Jahre 1559 betrug sie 194 Pfund 7 Schilling 10 Pfennig.

Das Neukloster genoß auch manches Entgegenkommen der Stadt: im Jahre 1542 durfte es einen Wagen mit Wein frei über den Semmering führen.²⁾ 1558 und 1561 durfte es seine Reifen frei versilbern.³⁾

1) Gewehr vom 26. November 1513.

2) Revers vom 15. September (XCIII. 1).

3) XCIII. 3.

Die Abgaben an die Stadt sind, wie wir wissen, noch immer erheblich. Sohin läßt sich leicht ermessen, daß das Kloster auch öfter zur Aufnahme von Darlehen seine Zuflucht nehmen mußte. Wir erfahren, daß Andre Thonrädl zu Ternberg eine Forderung von 100 Gulden an das Neukloster hatte, deren Zahlung er am 19. Februar 1555 betrieb. Am 24. Mai 1572 erlaubte Maximilian II. dem Abt Christophorus, daß er zur Aufbringung der Kriegssteuern von 500 Gulden für eine Summe von 300 Gulden Pfänder geben dürfe; und dem Abt Lorenz wird im Jahre 1590 gestattet, zur Beschaffung eines Betrages von 2000 Gulden, insbesondere für Steuern, den Darleiher von 1000 Gulden, Bernhard Urschenbeck, die Zehente von Würflach und von Flatz genießen zu lassen.

Das Kloster wurde auch nicht immer gleich gut verwaltet. Insbesondere werden dem Abte Gregor, dem ersten des Namens, Vorwürfe gemacht, er habe ein silbernes Bild der Kaiserin Leonore im Werte von 1500 Gulden einschmelzen (?) lassen (*destruere fecit*), habe weitere kirchliche Geräte um 300 Gulden veräußert, ein Haus verkauft!

Das Stift der regulierten Chorherren wird im Jahre 1506 noch als Inhaber der Liebfrauenkirche genannt; es besitzt eine Mühle in Breitenau am Kheirbach. Papst Julius II. nimmt in demselben Jahre das Stift und dessen Besitz in seinen besonderen Schutz.¹⁾ Es ging indes dann in den Georgsorden auf.

Das Kloster der Dominikaner zu St. Peter hat zu Anfang unserer Zeit eine Reihe von Ankäufen gemacht, hat am 14. Dezember 1509 einen Weingarten bei Winzendorf um 15 Pfund, am 10. Juni 1510 abermals einen Weingarten neben dem vorigen um 17 1/2 Pfund, am 28. Dezember 1513 ein Holz am Leithaberge erworben. Sogar ein Benefiziat der Hauptpfarrkirche, Achaz Holzer, übergibt für das Heil seiner Seele eine Wiese den Predigern zu St. Peter. Und die Inventaraufnahme der Grundstücke und Dienste des Klosters vom 7. Dezember 1537 ergibt einen ganz ansehnlichen Besitzstand. An Zehent genießt das Kloster 4 Pfund von Dreystetten. Grundholden zählt dasselbe 8 zu Muthmannsdorf, 4 zu „Frankenhofen“ an der Hohen Wand, 1 zu Ober-Eggendorf, 1 zu Gaden und 6 Vogtholden. Das Kloster besitzt 11 Weingärten (1 zu St. Georgen, 1 bei Mattersdorf, 2 zu Höflein, 2 zu Aupach in der Wart, 1 zu Gumpoldskirchen, 1 zu Dräskirchen, 1 zu Leobersdorf, 1 zu Wöllersdorf, 1 zu Winzendorf); 2 Mühlen, 1 vor dem Wienertor, 1 zu Wöllersdorf; 9 Hölzer, 30 Joch Äcker, 5 Wiesen mit zusammen 31 Tagwerk, und 1 Bergrecht zu Fischau. Dabei ist jedoch bemerkt, daß der Besitz früher noch größer war. Und wir erfahren aus anderen Mitteilungen, daß das Kloster trotz des kaiserlichen Verbotes manche Stücke ohne Erlaubnis veräußert hatte.

Zu Anfang der vierziger Jahre waren Nonnen vor den Türken nach Neustadt geflüchtet. Sie wurden anfänglich in einem Bürgerhause, später bei St. Peter untergebracht und bildeten hier einen ganzen Konvent. Desselben und seiner Priorin wird von 1546 an öfter gedacht. In diesem Jahre richteten sie ein Gesuch an den Landesfürsten, daß sie ihre Weine auch außerhalb Wiener Neustadt verkaufen dürfen, was Ferdinand I. am 8. Februar dem Rate aufträgt, während er zugleich dem Georg von Wolfenreuth zuschreibt, für diese Sache tätig zu sein. In demselben Jahre erlaubt der Rat diesen Klosterfrauen am 2. September, daß sie 100 Eimer ihres ungarischen Bauweines in die Stadt einführen dürfen. 1548 ersuchen sie und wird ihnen erlaubt, zwei Weingärten und eine Wiese zu verkaufen. Doch sah Maximilian II. sich durch mancherlei Umstände veranlaßt, dieses

¹⁾ Bologna, 4. Dezember 1506 (XXXIX. 4).

Frauenkloster am 3. Dezember 1574 aufzuheben. Es waren nur die Priorin und zwei Schwestern da, die nach Wien übersetzt wurden.

In dem Minoritenkloster zu St. Jakob ist — wie es im Jahre 1549 heißt — seit etlichen Jahren kein Bruder mehr, und es ist 1541 zum vorläufigen Aufenthalt für die Spitäler bestimmt; am 1. August 1542 ist das Inventar desselben aufgenommen worden. Aber es besteht mit seiner Wirtschaft fort. In demselben Jahre bot der Franziskanerprovinzial dem Rate an, die Güter des Klosters zu pachten. Da nahm sich das Minoritenkloster in Wien der Sache an und hat im Jahre 1549 neue Einlagen für das Kloster erreicht, die bisher, wie es scheint, in der Luft gehangen hatten: so ein Dienst von 5 Pfund 3 Schilling von einem Hause in Haderswerd, das freilich damals verbrannt und von den Türken verwüstet war, ein Viertelzehent zu Gumpoldskirchen, sieben halbe Eimer Bergrecht ebendort, das, wie eine Bemerkung sagt, nie ganz eingenommen wurde, endlich vier Weingärten, zu Gumpoldskirchen, zu Leobersdorf, zu Katzelsdorf und in der Wart je einen. Es war — offenbar in der letzten Zeit — eine recht sorglose Wirtschaft.¹⁾

In einer Zuschrift des Wiener Minoritenklosters an den Rat von Neustadt vom 13. Juni 1565 wird auch der Klosteruntertanen von St. Jakob gedacht. Im Jahre 1573 soll nun an die Verweltlichung des Klosters gegangen, sollen die Baulichkeiten anderen Zwecken zugeführt werden. Die Sache schob sich indes wieder weit hinaus; ja im Jahre 1583 sind sogar wieder Ordensleute bei St. Jakob.²⁾

Von den Paulinern in Neustadt haben wir nicht viel zu melden. Wir erfahren nur, daß das Kloster von zwei Äckern in Würflach einen Zehent bezog. Diese Äcker erwarb das Neukloster, das den Zehent nicht anerkennen wollte. Auf eine Eingabe der Pauliner trug Erzherzog Ferdinand am 25. August 1535 dem Neukloster die Zahlung dieses Zehents auf.³⁾

Das Ordenshaus der Deutschen Ritter vermehrte in unserer Periode seinen Realbesitz durch eine Hofstätte in der Deutschen Gasse, die der Komtur am 26. Jänner 1519 kaufte, und ein paar Zinse, namentlich von einer Mühle in Wöllersdorf; von dieser mit 1 Pfund 24 Pfennig und zwei Hühnern.

In der Zeit der Türkennot und wahrscheinlich kurz nach dem Zuge von 1532 hat der Orden seinen Meierhof aus der Vorstadt hereingeholt und an das Südende seines Hauses verlegt. Mehrere Aktionen des Ordenshauses betreffen Grundtausch: so 1519 mit dem Georgsorden, mit dem Spital, mit dem Kloster zu St. Peter. Im Jahre 1550 wird der Komtur Gabriel Kreytzer durch den Rat gegen Überlassung einer Steinmauer in der Deutschen Gasse von dem Zins auf einen Garten befreit, den ihm das Ordenshaus zur freien Benützung überlassen hatte. Doch wurde festgesetzt: falls auf diesem Grunde ein Haus erbaut würde, unterstehe dieses der Obrigkeit der Stadt.

Das Recht des vollständig abgabenfreien Ausschanks und der Verführung ihres Weines wurde den Deutschherren von Erzherzog Ferdinand am 28. Oktober 1523 bestätigt.

Gabriel Kreytzer, der auch in der Staatsverwaltung eine wichtige Stellung einnahm, war für unsere Stadt der bedeutendste Komtur des Deutschordenshauses. Er sicherte sein Andenken durch eine Stiftung für das Bürgerspital, zu welcher er die damals sehr erhebliche Summe von 450 Gulden widmete. Er starb im Jahre 1569, und ein schöner Grabstein in der Hauptpfarrkirche erinnert an ihn.

¹⁾ Im Jahre 1583 wurde ein Grundbüchel des St. Jakobsklosters gefunden, um dessen Herausgabe der Provinzial ansuchte.

²⁾ Siehe den Bescheid vom 29. August 1553 (XLII. 11/8).

³⁾ NKA.



Fig. 3. Grabstein des Gabriel Kreytzer.

In derselben Urkunde bestätigte Ferdinand dem Orden auch das Privilegium, bei allen seinen Kirchen Schulen und Lehrer zu halten. Allein wir hören von der Schule des Ordens in Wiener Neustadt nichts mehr. Eine Differenz des Ordens beziehungsweise des Komturs Hans von Mitterbach mit dem Pfarrer zu St. Paul in der Prein wegen eines Zehents wurde am 26. November 1519 von einer gewählten dreigliedrigen Kommission, dem Dechant diesseits des Semmering Johann Haunschild, einem Benefiziaten von Neunkirchen Leonhard Kutterer und dem Stadtschreiber von Neustadt Christoph Spitzweck ausgeglichen.

Mit dem Zurücktreten von Neustadt hinter Wien tritt auch die Bedeutung des Deutschen Ordenshauses hier zurück. —

Die Wirtschaftsverhältnisse des zweiten Ritterordens der Stadt, des Georgsordens, verwickelten sich vielfach mit den kirchlich-religiösen Verhältnissen desselben. Am 28. Juli 1511 verkauft Johann Geman als Hochmeister des Ordens das Eckhaus in der Herzog-Leopold-Straße und den Meierhof an der Stadtmauer samt der Kapelle im Haus an Vinzenz und Elisabeth Kalchgruber. Am 22. April 1519 verkauft er den Schwärzerhof, jedoch ohne das Fischwasser. Dem Käufer Wolf Pierleutgeb wird ein jährlicher Dienst von 10 Pfund Pfennig und einem Semmelwecken auf dem Hause auferlegt; er muß sich ferner verpflichten, das für das Ordenshaus notwendige Getreide unentgeltlich zur Mühle zu führen und zu mahlen. Den Dienst von 10 Pfund überläßt der Hochmeister am 13. Jänner 1523 dem Bischof Dietrich auf Lebenszeit, und am 25. November 1530 verkauft er zu dem Hof auch noch die Schwärzermühle, wieder ohne das Fischwasser. Da Bischof Dietrich bereits gestorben ist, wird der Dienst von 10 Pfund Pfennig samt dem Semmelwecken der Gottesleihnamsbruderschaft zu einem gestifteten Jahrestag übergeben. Einen späteren, für den Orden ungünstig endenden Streit mit der Stadt wegen dieses Fischwassers und der späteren Anerkennung des Fischereirechtes des Ordens, der selbst kein Grundbuch hatte, durch den Rat gegenüber dem Hochmeister Johann Kobenzl von Prosecht 1584 haben wir schon oben berührt.

Im Jahre 1520 kaufte Hans Geman von Jorg von Rorbach das Dorf Brodersdorf an der Leitha. In derselben Zeit — es war die Zeit der Klosterverbindungen — schlossen die hiesigen Georgsritter eine Verbrüderung mit dem Chorherrenstifte Pöllau in Steiermark: — der Georgsorden hier war ja der Nachfolger der Chorherren. Diese vielseitige Einigung hielt lange an, hatte jedoch für die Hebung des hiesigen Ordenshauses kaum eine Bedeutung.

Im Jahre 1533 wurden die Georgsritter unter dem Bischof Gregor Angerer zunächst nach mancherlei Streitigkeiten von der Domkirche entfernt und an die Burgkirche zurückversetzt. Sie haben wohl noch über unseren Zeitraum hinaus bestanden, aber nicht lange, haben auch nichts geleistet.

Von den auswärtigen Klöstern wäre das Stift Reichersberg zu nennen, dessen Propst im Jahre 1508 ein Eckhaus auf dem Pfarrplatze halb vom Abt von Neuberg, halb von einem Privaten kaufte.¹⁾

Vor dem Schlusse der Besprechung über die Wirtschaftsverhältnisse der Geistlichkeit und der kirchlichen Körperschaften wollen wir noch des Generalerlasses Ferdinands vom 22. Juni 1534 gedenken, der verbietet, geistliche Güter ohne Erlaubnis der Oberbehörden zu veräußern. Welche Wichtigkeit man demselben beilegte einerseits, und wie wenig man sich an denselben kehrte anderseits, erhellt aus dem Umstande, daß derselbe immer wieder auftaucht. Er wird am 14. April 1545, am 7. März 1563,

¹⁾ Pfarrplatz 24.

am 20. Juni 1575 erneuert, abgesehen von verschiedenen Mahnungen, demselben nachzuleben. Es liegen wohl ein paar Zustimmungen vor: so 1554 jene zum Verkaufe des Keßlerbades¹⁾ und die Zustimmung des Bischofs Abstemius, daß das Haus des Wolfgangsaltars bürgerlich gemacht werde,²⁾ von 1568, die Zustimmung Maximilians II. zum Tausche einer Benefiziatenwiese. Aber viel häufiger sind die Fälle von Änderungen geistlichen oder kirchlichen Besitzes ohne Bewilligung. Und da wollen wir als Beispiel besonders auf das St. Peterskloster hier hinweisen. So berichtet der Rat am 7. September 1536 an die Regierung, daß der Prior und Konvent des Petersklosters eine große Wiese trotz des dagegen erlassenen Befehls verkauft habe. Es kommt dabei noch der erschwerende Umstand in Betracht, daß Ferdinand am 2. März 1535 bei der Anordnung einer Inventur im Kloster streng und unter scharfer Strafdrohung aufgetragen hatte, daß am Besitz des Petersklosters keine Änderung vorgenommen werden dürfe. Aber Prior und Konvent zu St. Peter tragen sich schon mit dem weiteren Gedanken, einige von ihren Feldern zu verkaufen. Es sind sechs Bauern im Rosentale. Darum ergeht am 9. Juni 1537 die weitere Mahnung an sie, hievon abzustehen und jede Verkümmern des Besitzes des Gotteshauses zu vermeiden! Gleichzeitig richten die niederösterreichischen Regenten ein Schreiben an den in Aussicht genommenen Käufer Bernhard Ursenbeck, sich jeden Ankaufs von geistlichen Gütern zu enthalten. Unterdessen hatte das Kloster wieder einen Weingarten in der Wart veräußert, und der Bauernverkauf ging auch vorwärts. Am 26. Mai 1537 berichtet der Rat über den Verkauf und fügt über die Klosterwirtschaft hinzu, daß manche Priore „übel gehaust“ haben. Es wurde eine Wiese um 77 Pfund, ein Zehent um 80 Pfund, eine damastene Chorkappe mit goldenen Blumen, jetzt sechs Bauern, um 125 Gulden, wovon 103 Gulden gezahlt seien, ein Weingarten um 15 Gulden verkauft und doch seien keine Vorräte im Kloster, das Gebäude sei in schlechtem Zustande, die Weingärten seien verwahrlost.

Der Prior des Klosters erklärte den Bauern laut weiteren Berichtes des Rates vom 6. August 1537, daß er sie an den Herrn Ursenbeck versetzt und das Geld dafür in Empfang genommen habe: sie mögen daher diesem ihrem Herrn die Holdenpflicht leisten! Der Rat habe ihnen dies auf Grund des kaiserlichen Befehls verboten. Er fand jedoch kein Gehör! Gegen Ende des Jahres 1537 trat Bernhard Ursenbeck an Erzherzog Ferdinand mit der Bitte um Genehmigung dieses Kaufes heran. Und was geschah? Ferdinand gab am 4. Jänner 1538 den Auftrag an Neustadt, und die Verordneten der niederösterreichischen Kammer schrieben am 15. März 1538 an die Stadt, sich über diese Angelegenheit zu erkundigen! Die Transaktion wurde aber nicht rückgängig gemacht.

Erst sehr nachträglich, am 6. Oktober 1573, gab Maximilian II. seine Zustimmung dazu, daß das Kloster Lilienfeld sein ödes, verfallendes Haus in Wiener Neustadt im Jahre 1560 verkauft hatte.

An das kirchliche Personal können wir den Kirchenmeister und den Mesner anschließen. Von jenem haben wir nur zu berichten, daß ihm eine Wiese als Benefizium überlassen wurde. Am 12. September 1549 erlaubt ihm der Rat, diese Wiese an der Alta zu verkaufen und einen Dienst draufzuschlagen. Ein Mesner sucht im Jahre 1574 gleichfalls um ein Benefizium an, nämlich um jenes der Fleischhacker, zum St. Wolfgang-Altar gehörig, das jährlich 20 Gulden ausmacht. Die Fleischhauer kommen am 24. März 1575 mit ihm überein, daß er jährlich 22 Gulden bekomme. Er soll dafür den Gottesdienst ordentlich besorgen, die Kelche und deren Kleinodien

1) 2) Siehe oben.

gut verwahren, sein ganzes Augenmerk auf die unversehrte Erhaltung alles dessen richten, was für die kirchlichen, gottesdienstlichen Handlungen angeschafft oder von Wohltätern gespendet worden ist.

Zu dem Priesteramte der Geistlichkeit selbst herantretend, müssen wir einige Worte über die Verhältnisse unseres jungen Bistums vorausschicken: Kaiser Friedrich III. hatte in seinem religiösen Eifer nacheinander ein Stift weltlicher Chorherren, dann ein Stift geistlicher Chorherren und weiterhin den streitbaren Georgsritterorden geschaffen, ohne die Mittel hiefür zu besitzen. Diese geistlichen Genossenschaften gingen nacheinander aus der Burgkirche, kamen nach St. Ulrich und in die Hauptpfarrkirche, die Domkirche. Allein als die Georgsritter nach den geistlichen Chorherren von der Domkirche Besitz ergreifen wollten, gab es Schwierigkeiten und Streit. Die Chorherren wollten die Kirche nicht übergeben. Denn jetzt war die Frage offen, ob der Bischof künftighin aus dem Ritterorden zu entnehmen sei und diesem angehören müsse. Da kam im Jahre 1507 ein Befehl Maximilians vom 10. April, des Inhalts, daß die Domkirche in Wiener Neustadt dem Georgsorden zu übergeben sei, was eine Kommission bereits am 23. Juni verkündete, nachdem dieselbe schon am 8. Juni entschieden hatte, daß die Chorherren entweder in den Georgsorden eintreten oder die Domkirche verlassen müßten. So war eigentlich der Ritterorden der Herr des Bistums geworden, woneben ihm auch die Burgkirche blieb; und die Ritter verlangten von dem Chorherrenpropst, der unterdes die Stelle des Bischofs vertrat, daß er das Gewand des Georgsordens anlege; und bei der Wahl des Dietrich Crammer zum Bischof habe der Hochmeister des Georgsordens gerade, wie Hansitz berichtet, das Recht der Bischofswahl an sich reißen wollen. Gewman betrachtete sich als den Herrn des Bistums Wiener Neustadt. Nur wenn kein tauglicher Mann im Georgsorden gefunden würde, könne der Landesfürst die Wahl einer anderen Person verlangen usf. Der Fall, daß ein Nichtordensmann Bischof in Neustadt wurde, trat gleich bei der Wahl des Dietrich Crammer ein, und der Streit loderte bald auf. Im Jahre 1522 kam es endlich nach längeren Verhandlungen zu einer Einigung zwischen dem Orden und dem Bischof. Im Vertrage vom 6. November 1522 übergibt der Hochmeister Gewman an Dietrich die Domkirche zu Neustadt und die Herrschaft Lichtenwörth, das Schloß Wartenstein, Grimmenstein, die Pfarre in der Burg und die Maut zu Lyserhofen. Dagegen übernimmt der Bischof die Erhaltung aller Personen beider St.-Georgen-Ordenstifte zu Neustadt und zu Millstatt, die Lieferung aller Notwendigkeiten ihrer Boten mit Roß und Mann. „Wir wollen sein gnädiger Herr sein,“ sagt Gewman selbstbewußt. Die ganze Wirtschaftseinrichtung mit Vieh, Fruchtvorrat wird ebenfalls dem Bischof übergeben. Aber dem Orden gehörte dieser noch immer nicht an. Im Jahre 1525 drängte Ferdinand I. den Bischof zum Eintritt in den Georgsorden. Dietrich sagte zu, zog jedoch die Sache immer hinaus, so daß am 18. Oktober 1528 die Mahnung wiederholt wurde. Am folgenden Weihnachtstage berichtet endlich Dietrich Crammer, daß er sich nach Millstatt verfügt und den Georgsorden angenommen habe. Nun kamen die Streitenden einander auch weiter entgegen, erließen sich gegenseitige Forderungen, und der Bischof setzte den Orden vor seinem Ableben zu seinem Erben ein. Auch mit dem Nachfolger auf dem Bischofssitze von Wiener Neustadt, mit Gregor Angerer gab es wieder Streit, da derselbe sich weigerte, den Habit des Ordens anzulegen. Der Orden klagte sogar den Bischof deswegen, dieser wurde jedoch 1534 von der Verpflichtung befreit. Unterdessen war es ihm schon 1533 gelungen, den Georgsorden ganz aus der Domkirche zu entfernen, so daß dieser sich auf die Burgkirche zurückziehen mußte. Hiezu gab wohl die ganz unmoralische Haltung der Ordensmitglieder den Hauptgrund.

Wir treten eben in eine der wichtigsten Perioden der Religionsgeschichte ein: in die Zeit der Reformation und der beginnenden Gegenreformation. Den Nachrichten aus dem Beginn unseres Zeitraumes zufolge setzt sich die Verleihung von Ablassbriefen fort, die ja eine hauptsächlichliche Veranlassung zum Ausbruche der religiösen Revolution bildeten. Am 1. März 1501 verliehen fünf Kardinäle auf die Bitte des Rektors der Zemendorfer Kapelle einen Ablass von 100 Tagen für dieses Gotteshaus. Der Papst selbst verleiht zur Förderung des neuen Stiftes und Altars von Caspar Vest im Jahre 1504 einen Ablass von 2800 (70×40) Tagen eben für den Blasiusaltar; diesem umfangreichsten Ablass schließt sich ein zweiter bescheidener von 40 Tagen an, vom Bistumsverweser von Wiener Neustadt. Weiterhin ist für unsere Stadt kein Ablassbrief mehr vorhanden. Für die Kapelle zu Fischau wurde noch im Jahre 1516 ein Ablass von dem Bischof Georg von Wien verliehen¹⁾ — am Vorabend des Auftretens von Martin Luther in Wittenberg. Die Ursache hiezu war natürlich nicht lediglich durch die Ablassbriefe und deren Mißbrauch entstanden. Die ganze Kirchenzucht lag darnieder: die Weltgeistlichkeit und die Klöster waren verweltlicht, betrachten ihren Beruf nur von der Seite des Erwerbens und der Lebensmöglichkeit; sie erwarben und verkauften Güter nur von diesem Standpunkte, und ohne sich um bestehende Vorschriften zu kümmern, versahen Seelsorge- und andere Dienste, ohne nur in ihrem Sprengel zu sein, so daß der Rat selbst sich manchmal darüber aufhielt. Dem Benefiziaten Jakob Fabithy wurde am 17. Februar 1569 nur ein Urlaub zur Übernahme seiner Pfarre Piesting bewilligt; dagegen wurden dem Benefiziaten Fabian im Juni 1586 seine Benefizien wegen Annahme dieser Pfarrstelle gekündigt. Wenn der bischöfliche Hofmeister für ihn eintritt mit dem Bedeuten, der Rat solle verlangen, daß Fabian in Neustadt wohne und hier dem Gottesdienste nachkomme, so ist damit wohl für Neustadt etwas, aber für die Religion nichts gewonnen; denn dann bleibt die Kirche in Piesting leer.

Auch der Bischof soll in seiner Diözese sein. Der Bischof Gregor Angerer war aber zum Beispiel im Winter 1535 nach Brixen „verritten“, sonst oft und lange abwesend, und er erhielt daher am 15. Jänner 1547, da er sich den größten Teil des Jahres an fremden Orten aufhalte und seiner Pflicht nicht nachkomme, von Ferdinand I. von Prag aus die Mahnung, sich ohne Verzug in sein Bistum zu verfügen! Die Fälle des Austrittes aus Klöstern mehren sich: ein Bürger habe (1559) einen Paulinerbruder geradezu zum Austritt aus dem Kloster verleitet und halte ihn bei sich auf. Der Bruder soll wieder dem Kloster überantwortet werden. Das Paulinerkloster war sogar wegen verschiedener ähnlicher Vorkommnisse längere Zeit gesperrt, und durch ein eigenes Dekret Maximilians II. wurde demselben erst am 7. Dezember 1566 die Sperre erlassen, so daß die Leute dort wieder frei ein und ausgehen konnten. Noch ärger ist es, wenn, wie es öfter vorkommt, Seelsorgegeistliche heimlich ihren Posten und ihr Amt verlassen. So wird im Jahre 1506 der Dorotheenaltar durch den heimlichen Abgang (per desertionem)²⁾ seines Benefiziaten frei. Am 3. April 1525 schreibt der Rat an den Bischof, daß der für die „Antonienkirche“ im Spital bestellte Seelsorger trotz seines Versprechens davongegangen sei. Der Stadtrat ist auch über das Verbleiben des Nachfolgers nicht ganz sicher, trotzdem dieser alles gelobt habe.³⁾

Am 6. Mai 1527 berichtet der Bischof selbst an den Rat über den Exzeß eines Benefiziaten, der nächtlicherweile in das Haus des Mesners während

¹⁾ StLA.

²⁾ XXXIII, 7a.

³⁾ XXXIV, 2.

dessen Abwesenheit eingestiegen sei: er, der Bischof, sei geholt worden, habe jedoch den Priester nicht zur Ruhe bringen können, habe deshalb nach dem Stadtrichter geschickt, der auch erschienen sei. So kam es zu einem gerichtlichen Nachspiele. Den Gipfel unpriesterlichen Benehmens erstieg ein Neustädter Benefiziat im Jahre 1568, da er mit dem Eheweib eines Bürgers in Wien gefänglich eingezogen wurde.¹⁾ Der Rat strafte den Mann merkwürdigerweise damit, daß er zwei Weingärten des Benefiziums zugunsten der Stadt — verpachtete! Dagegen wurde ein anderer Kooperator im Jahre 1581 wegen Hausens mit einer „Dirn“, welchem Hausen ein uneheliches Kind entsproß, zur Strafe in den Ungarturm erkannt.²⁾

Den Gipfelpunkt der Unmoral scheinen die Ritter und Pfaffen des Georgsordens erreicht zu haben. Die Burg, in welcher Ordensmitglieder auch hausten, bevor sie aus der Domkirche entfernt wurden, war der Mittelpunkt weltlichen Treibens. Der Hochmeister Geman selbst führt Klage hierüber. Im Jahre 1530 machte er am 5. März eine Eingabe wegen der Teuerung, wegen der Türkennot, wegen der schlechten finanziellen Lage des Ordens, und da bekennt er auch schuldbewußt, daß er die Zügel habe zu lang werden lassen. In einem anderen Schreiben teilt er mit, daß die Zucht seines Ordens ganz verfallen sei: die heiligen Messen werden nicht gehalten; die Geistlichkeit auf der Burg nennt er „verh . . . Pfaffen“: in eines jeden Stube stehen zwei Bettstellen; das sei ihr Studieren. Die freien Frauen gehen Tag und Nacht aus und ein, denn es sei auch nachts nicht gesperrt. Wenn einer arm sei, lassen sie ihn ohne Sakrament sterben und nehmen fort, was er hinterlassen hat. Er würde beantragen, die „von der oberen Stift alle in ewiges Gefängnis werfen zu lassen!“ Die Ordensmitglieder wahrten auch nicht einmal den Schein einer Religiosität. Im Jahre 1557 verfügten sie sich erst auf einen vom Bischof Abstemius erbetenen kaiserlichen Befehl zur Fronleichnamsprozession in die Pfarrkirche.

Die Beispiele der Zuchtlosigkeit in den Kreisen der Geistlichkeit und der Klöster wirkten natürlich auch auf die weltliche Bevölkerung zurück, die kaum mit der Kirche und der Religion, noch weniger aber mit der Moral auf gutem Fuße stand.

Am 13. Dezember 1535 schloß der Rat der Stadt neben dem wirtschaftlichen auch noch einen Vertrag über den Gottesdienst und die Benefiziaten ab, in welchem schon über den Priestermangel geklagt wird. Vier Kooperatoren, wie bisher, seien jetzt schwer zu haben; doch sollen die täglichen Horen nach Möglichkeit vollbracht werden. Jeden Montag soll ein Requiem im Karner und darauf ein Umgang gehalten werden. Weiter folgen genaue Bestimmungen über die Aufbewahrung der Urkunden, über die Messenordnung usf. Bischof und Rat sollen sich gegenseitig unterstützen. Dessenungeachtet gab es auch auf diesem kirchlichen Gebiete wiederholt Reibungen, die im Jahre 1543 besonders heftig wurden. Da verklagte der Bischof den Rat wegen seiner unreligiösen Haltung. Der Bürgermeister und der Stadtrichter seien nicht bei der Fußwaschung gewesen, manche Ratsherren haben gespöttelt, namentlich bei einer Prozession von der Domkirche ins Neukloster. Während der Predigt des Priors im Neukloster über die Anrufung und Fürbitte der Heiligen seien der Bürgermeister und der Stadtschreiber herausen gestanden. Auch schlechte Spässe führt die Anklage an.

Den Höhepunkt erreichte der Zwist im Jahre 1577. Am 9. Oktober jenes Jahres lud der Bischof Lambertus Gruterus den Rat vor, und am

¹⁾ RP.

²⁾ CXX. 45. Dieses Urteil wurde vom Offizial ausgesprochen, daß ein vorübergehender Zwist mit dem Rate entstand, der die Bestrafung durch das weltliche Gericht verhängt haben wollte.

nächsten Tage erschienen der Bürgermeister und drei Ratsherren vor ihm, wo dann gegenseitig Beschwerden erhoben wurden. Die Vertreter des Rates wiesen insbesondere darauf hin, daß früher 36 bis 40 Priester in der Stadt waren, jetzt dagegen so wenig, daß es eine Schmach sei; sie betonten die Notwendigkeit eines Predigers. Der Bischof warf dem Rate Gleichgültigkeit gegen die Religion und Knauserigkeit vor, die nicht einmal den Prediger bezahlen wolle. Nach einer schriftlichen Antwort des Rates, die teilweise Entschuldigungen enthielt, ebneten sich die Wellen. Freilich konnte der Bischof und konnte die streng katholische Regierung Ferdinands mit der Stadt nicht zufrieden sein und schon vom Jahre 1535 an kommen Mahnungen in religiöser Beziehung an die Stadt. Am 15. Februar 1535 erfließt ein Befehl, daß alle, „so zu ihren jaren komen sein“, in der Faste beichten und kommunizieren sollen; am 6. März 1550 wird dem Rate aufgetragen, gegen jene Leute, die an Fasttagen ohne Erlaubnis Fleisch essen, aber auch gegen die Fleischhauer einzuschreiten, die es unerlaubterweise verkaufen. Im nächsten Jahre (2. Mai) folgt eine Warnung gegen die neuen Sekten, gegen verführerische Bücher, die heimlich verkauft werden. Es hängt offenbar mit der ganzen Bewegung zusammen, wenn eine Eingabe 1551 klagt, daß auf dem Allerheiligenaltar im Karner schon lange keine Messe gelesen wurde, daß die Kapelle veröde und sogar schon zur Aufbewahrung des Pulvers benützt wurde; und am 22. Juni 1558 wird dem Rate vorgehalten, daß bezüglich der Religion, der Zeremonien, namentlich wegen der heiligen Messe, von der Stadt Veränderungen vorgenommen wurden, was er, der Bischof, nicht zugeben könne. Es wird schlimmer: der Rat muß aufgefordert werden (30. November 1558), bei dem Kondukte des Bischofs Franz Abstemius zu erscheinen; wenige Wochen darauf (14. Dezember) ergeht ein Ruf, sich alles Schmähens, ungebührlichen Benehmens gegen geistliche Personen zu enthalten, was am 26. Juni 1560 mit dem Zusatze wiederholt wird, daß jetzt überall „wiedertäuferisch, zwinglisch und schwengfeldisch Sekten in Schwung seien“, welche die „christlichen“ Gebräuche verspotten. Es waren unter den Bürgern selbst bereits viele Anhänger des reformierten Glaubens, und bei der Wichtigkeit der Stadt geschah — vielleicht noch auf Eintreten Ferdinands I.,¹⁾ der nach der Abdankung seines Bruders Karl V. den deutschen Kaiserthron bestieg (1556) —, etwas ganz Unerwartetes. Papst Pius IV. gestattete für Wiener Neustadt durch die Bulle vom 29. Juli 1564 den Utraquismus, den Empfang des Altarssakramentes unter beiden Gestalten, wie es für Böhmen bewilligt worden war.²⁾ Mit diesem Opfer sollte der Verlust der Stadt für den Glauben verhütet werden. Aber man war zu spät gekommen: das Zugeständnis nützte nicht viel; viele Bürger und wohl auch die Mehrheit des Rates standen auf der Seite der Neugläubigen; in der Umgebung der Stadt hatte die evangelische Lehre gleichfalls Eingang gefunden; namentlich war in Katzelsdorf ein Mittelpunkt derselben, und dorthin begaben sich die von der römisch-katholischen Religion Abtrünnigen zu dem neuen Gottesdienste in der Volkssprache. Der Rat stellte natürlich auch einen der neuen Konfession ergebenden Schulmeister an, und so wurde die Jugend im gleichen Geiste erzogen. Mahnungen, Vorwürfe kamen: Am 31. Dezember 1570 machte Erzherzog Karl den Rat auf die unzulässigen Neuerungen aufmerksam; am 3. August 1574 schrieb der Bischof Lambertus, das Gehen und Fahren der Bürger nach Katzelsdorf zur Predigt eines Unberufenen einzustellen. In der Wahlresolution Rudolfs II. vom 16. Jänner 1578 wird verlangt, einen verlässlichen katholischen Mann als Schulmeister zu bestellen, den Prädikanten des gefangenen Sachsenherzogs und die Prädi-

¹⁾ Er starb am 25. Juli 1564.

²⁾ Bischöfl. Archiv St. Pölten.

kanten zu Katzelsdorf heimlich zu überwachen: es sei mit ungnädigem Mißfallen vernommen worden, daß eine Frau von dem Prediger des Herzogs mit deutschen Liedern begraben wurde. Am 10. März 1579 wird von einer Kommission des Erzherzogs Ernst angeordnet, daß der Schulmeister vor seiner Anstellung vom Offizial und dem Chormeister geprüft werde. Dem Rate wird es ernstlich verwiesen, daß er auch Nichtkatholische in seine Mitte aufnehme: es dürfen nur Katholiken Ratsmitglieder sein! Am 23. Dezember 1583 wiederholt Erzherzog Ernst die Mahnung gegen die „Seelsorge“ in Katzelsdorf, und am 5. März 1584 bringen dessen Kommissäre einen langen Vorhalt gegen Neustadt ein, in welchem auch die Forderung enthalten ist, nicht nach Katzelsdorf, Schwarza, Sollenau zum Gottesdienste zu gehen — ein Zeichen, daß die „ketzerische Lehre“ sich weiter verbreitet hat. Die Hinreisenden, aber auch die Fuhrleute seien zu strafen. Unter den weiteren Vorschriften ist auch das Verlangen, daß die Hebammen die neugeborenen Kinder anzeigen, damit ihnen die richtige Taufe zuteil werde. Den Prädikanten sei der Eintritt in die Häuser zu verweigern. Das Zusammenrotten von Gesindel während des Gottesdienstes sei abzustellen. Unkatholische sollen zu keinem Amte zugelassen werden.

Für diese und einige andere selbstverständliche Punkte erbietet sich der Rat am 22. März 1584 zur Durchführung. Erzherzog Ernst glaubt seine Mahnung noch wiederholen zu müssen. Dies geschieht am 22. Dezember 1585 und wieder am 20. Oktober 1588. Im letzten Zeitpunkte war auf dem Bischofssitze von Wiener Neustadt eine wichtige Veränderung vor sich gegangen. Am 15. April 1588 war der Bischof Martin Radwiger gestorben. Die Amtsverwaltung führte der Offizial Poliphius, der mit einer Konkubine und mit deren von ihm erzeugten Kindern förmlich wie im Ehestande lebte. Da wurde Melchior Klesel zum Administrator des Bistums ernannt und am 9. Oktober installiert; und die Bürger gelobten dem neuen Oberhirten Gehorsam. Und doch gingen sie nach auswärts, wie die letzterwähnte Mahnung sagt, um andere Predigten anzuhören; „sie mögen, wenn der Administrator einige vorlade, sich einstellen.“ So schließt die Zusage. Wir brechen hier ab, um die Tätigkeit Klesels im Zusammenhange in der folgenden Periode darzustellen.

Mit der Religionsfrage hängt es zusammen, daß der Rat am 6. Oktober 1592 die Brüder Martin und Gabriel Reitsperger beauftragt, den Garten, den sie dem Prädikanten des gefangenen Herzogs von Sachsen verpachtet haben, aufzukündigen und ihm weder diesen noch einen anderen Garten jemals zu verpachten.

Auf den Gottesdienst und das für denselben erforderliche Chorporal kommen wir später zu sprechen. Hier soll nur noch bemerkt werden, daß der Bischof Dietrich schon am 1. März 1518 die Verpflichtung übernahm, für den Gottesdienst außer der Domkirche, dem Karner und der Katharinenkapelle auch in der Niklaskapelle auf dem Platze zu sorgen.¹⁾

Über die Bruderschaften ist nicht viel zu sagen. Die wichtigste ist noch die Gottesleihnamsbruderschaft. Wir hören von derselben, daß sie am 17. Juni 1512 eine Wiese leibgedingsweise einem Ehepaar gegen einen Jahrespacht von 3 Pfund Pfennig überläßt, daß sie im Jahre 1516 an ein Haus im Frauenviertel in der inneren Wienerstraße angeschrieben wird, das ihr Kaspar Holtzer in seinem letzten Willen²⁾ zugeeignet hat. Peter Vink hat ihr in seinem Testament 12 Gulden und ein Altartuch zugedacht. Auch aus dem Jahre 1528 stammt ein Stiftsbrief für dieselbe. Der Benefiziat der Bruder-

¹⁾ CXX, 32.

²⁾ Wienerstraße.

schaft widmet ihr einen Weingarten zu Oggau und eine Wiese im Heutal zu einer Stiftung: Es soll hiefür eine Reihe gottesdienstlicher Handlungen auf dem Heiligenkreuzaltar im Karner vollbracht, von der Kanzel für ihn und sein Geschlecht gebetet werden. Wenn die Bruderschaft abkomme, soll der Bischof Weingarten und Wiese für einen anderen Gottesdienst bestimmen. Nun schweigen die Nachrichten für lange Zeit. Das Jahr 1591 bringt eine Instruktion, wie sich die Brüder und Schwestern der Fronleichnambruderschaft verhalten sollen, wenn sie am Fronleichnamstag zum Brudermahl zusammenkommen. Es sind zumeist Sparsamkeitsmaßregeln.¹⁾

Von den anderen Bruderschaften ist überhaupt nichts zu bemerken. Es ist auch auf diesem Gebiete recht locker geworden, die Mitgliederzahl zurückgegangen.

Die ganze religiöse Bewegung macht sich auch in den Bürgertestamenten bemerkbar. Zu Anfang des Jahrhunderts finden wir noch wie vor Zeiten die frommen Vermächtnisse an alle Kirchen und Klöster der Stadt, und es sollen einige diesbezügliche Beispiele angeführt werden: Agathe Weißenbacher vermacht am 15. April 1501 zum Bau der Domkirche 10 Pfund, zu St. Peter, zum Spitalbau, zu St. Jakob, ins Neukloster, zu St. Paul je 5 Pfund Pfennig, zu einem ewigen Licht einen Garten zu Leobersdorf; sie läßt 1000 Messen lesen. . . Ähnlich ist die letztwillige Anordnung der Fleischhauersfrau Christine Colman vom 14. Mai 1505. Das Testament der Barbara Straub vom 10. April 1509 bestellt sogar 2000 heilige Messen. Den Erlös von einem zu verkaufenden Hause vermacht sie ganz der Domkirche; zum Bau der Ulrichskirche bestimmt sie 32 Pfund und einen Kelch, zum Bau von St. Peter und St. Jakob je 10 Pfund, zu St. Paul 10 Pfund, der Kirche des Deutschen Hauses 10 Pfund, zum Spitalbau 10 Pfund; die St. Anna-Kapelle in Zemen-dorf soll ihr Gatte zieren lassen. Es war eine reiche Frau.

Alexius Funk widmet am 19. März 1515 zum Bau der Pfarrkirche 50 Gulden, für jeden Armen im Spital 4 Ellen Iglauer Tuch, in das Deutsche Haus 5 Pfund, der Kirche in Zemendorf 10 Pfund, zu St. Niklas zum Bau 5 Pfund, zu St. Jakob 10 Pfund. Der Sohn des Heinrich Wiesmater, Hans, testiert am 30. August 1519 zum Bau der Pfarrkirche 32 Pfund, zu St. Peter 25 Pfund, zu St. Paul, zu St. Jakob, zu St. Ulrich je 10 Pfund, der Kirche in Zemendorf 6 Pfund, zum Bau der St. Marx-Kirche 4 Pfund, zum Bau des Spitals 20 Pfund Pfennig. Das am 13. Mai 1522 bestätigte Testament des nicht sehr bemittelten Bernhard Paur vermacht zum Bau der Pfarrkirche 4 Pfund, zu St. Jakob, St. Peter, ins Neukloster, zu St. Ulrich, den Armen im Spital je 2 Pfund Pfennig. Außer den heimischen Legaten gehen noch nach auswärts 5 Pfund Pfennig nach St. Radegund bei Katzelsdorf (1501), ein bedeutenderer Betrag für die Katharinenkapelle in Kirchschlag (1509), eine Stiftung für eine Frühmesse in Lichtenwörth (1515), ein Betrag von 5 Pfund für die Kirche zu Tattendorf (1521).

Ohne Zweifel hat auch auf diesem Felde neben dem Versinken des Reichtums der Stadt die aufgelöste Zucht der kirchlichen Personen und Genossenschaften ihren Einfluß geübt.

Für die Verschönerung des Gottesdienstes durch die Chormusik haben die geänderten Verhältnisse noch am wenigsten nachteilige Folgen. Der Kantor und die Schule blieben wie ehemals; in gleicher Weise der Organist. Dieser wurde auch von der Stadt bestellt, und wir haben seiner noch besonders zu gedenken. Wir hören als solchen im Jahre 1507 Lorenz Steidelsperger nennen, der mit seiner Frau Barbara ein Haus im Bruderviertel besitzt; um 1515 ist ein Meister Thomas, 1520 ein Meister Luzentz,

¹⁾ Sie sollen kein Brot wegwerfen, keinen Wein verschütten, mit den Kerzen nicht „ungetreu“ umgehen. . .

1531 Simon Hirsch Organist in der Domkirche; sein Nachfolger ist Maximilian von Pütten, der am 24. Jänner 1544 seinen Dienst aufkündigt; statt seiner wird am 20. Jänner 1545 Ernst Schachinger aufgenommen, der jedoch nur wenige Monate diese Stelle einnahm.¹⁾ Schon am 12. November desselben Jahres wird Leopold Tanngrabner als sein Nachfolger bestellt, und 1552 wird Christoph Weser und 1566 Ernst Seyfried Organist genannt. Nun aber erscheint ein hellerer Stern auf diesem Platze; es tritt der jugendliche Organist Ruprecht Steuber als Organist ein, der freilich in jeder anderen Weise sich Verfehlungen zuschulden kommen ließ. Seine Eltern waren ein Neustädter Bürger Gallus Steuber und dessen Frau Klara; er bewies diese seine eheliche Abkunft vor dem Rate am 30. Oktober 1565 und wurde am 19. November desselben Jahres für mündig erklärt, obwohl er erst 21 Jahre alt war. Für die Erklärung der Vogtbarkeit war die Fürsprache des Ritters Niklas Olach von Landsee, bei dem er in Dienst war, besonders maßgebend. Wir begegnen ihm indes bald wieder in Neustadt; er hatte eine Wiese verkauft, die teilweise seinem unmündigen Bruder Lorenz gehört hatte, war dafür mit Gefängnis bestraft worden und schrieb in der Haft „Verseln“ an die Wand, die ein Ratsmitglied, ja den ganzen Rat beleidigten. Der am meisten getroffene Rat Staindl verzieh ihm wohl nach geleisteter Abbitte, aber für den Angriff auf den gesamten Rat wurde Steuber für drei Tage in den Hungerturm verdammt (13. November 1567). Trotz dieser Vorkommnisse nahm ihn der Rat am 11. März 1568 als Organist für die Domkirche auf, nachdem der Chormeister Rudolf de Rudolfs sich für ihn verbürgt hatte. Er heiratete dann die Witwe seines Vorgängers Seyfried, Barbara, die kinderlos war. Kein Jahr später erklärte Ruprecht, der jedenfalls nicht sehr sparsam lebte, daß er mit seinem Solde nicht auskomme, und der Rat bewilligte ihm am 8. Juni 1569 eine Entlohnung von sieben Schilling in der Woche. Am 21. Februar 1570 leistete Ruprecht Steuber den Bürgereid. – Die Stadt war mit der Bezahlung ihrer Angestellten gar häufig im Rückstande und auch Ruprecht war wiederholt genötigt, um den ausständigen Sold anzusehen; er war dabei nicht sehr von Skrupeln geplagt. Als im Jahre 1572 wieder ein solcher Rückständigkeitsfall eintrat, nahm er einfach einen Betrag von 26 Gulden an sich, den das Deutschordenshaus als Zapfenmaßzahlung erlegt hatte. Er war nämlich, offenbar um seine Geldlage zu verbessern, auch Ungelteinnehmer geworden. Die Eigenmächtigkeit trug ihm am 17. Juni 1572 einen Verweis ein und am 24. Juli bat er, ihn vom Ungeltdienste zu entheben, was vom Rate bewilligt wurde. Da er jedoch den Ungelt nicht vollständig eingehoben hatte, drohte ihm eine Strafe, und er wurde zu einer Nacheinhebung verhalten; und da er diese nicht vornahm, wurde er (am 9. September) in den Ungarturm erkannt. Am 12. Februar 1581 klagt der Forstmeister in Österreich Ch. Lutz den Steuber an, daß er den Enten und den Fasanen im kaiserlichen Gehege nachstelle. Gegen Ende des Jahres 1581 richtet er ein Gesuch an die Stadt, ihm zwölf Joch Äcker oder wenigstens die Hälfte zu verkaufen. Das Ansuchen wird grundsätzlich bewilligt (19. Dezember), sobald der Bittsteller mit dem Nutznießer sich geeinigt habe. Steuber war eben auch in wirtschaftliche Angelegenheiten tief verflochten, und bei seiner Natur ist es nicht zu verwundern, daß er öfter in Streitigkeiten mit anderen Bürgern geriet. Schon im Jahre 1571 wird er als Kurator des Besitzes einer entfernten Verwandten, einer „Mam“, genannt, wofür er jährlich vier Gulden erhielt. Die Besorgung dieses Geschäftes war allerdings wenig genau: es werden ihm zum Beispiel im Jahre 1577 bedeutende Mängel in seiner Rechnungslegung ausgestellt. Auch eine Gerhabschaft über

¹⁾ Am 4. September 1548 wird er „weiland“ genannt.

den unmündigen Bruder seiner Frau, Christoph Öttinger, war ihm übertragen worden; und ein Ansuchen, ihn von dieser Gerhabschaft zu entheben, lehnte der Rat am 1. März 1580 ab. Im Jahre 1582 starb seine Frau Barbara, die ihm einen Sohn David geboren hatte. Für dieses Kind bestellte der Rat schon am 22. Februar bei Eröffnung des Testaments der Verstorbenen zwei Bürger als Gerhaben.

Der Stadtorganist hatte nicht bloß die Orgel für den Gottesdienst zu spielen, sondern er konnte auch bei Hochzeiten und anderen Festlichkeiten musizieren und sich so eine Nebeneinnahme verschaffen. Die Unpünktlichkeit, Unverlässlichkeit verscherzte unserem Organisten diese nicht unansehnliche Erwerbsquelle. Fremde Musiker drangen in dieses sein Gebiet ein, und als er sich deswegen bei dem Rate beschwerte, antwortete dieser mit einem Beschlusse vom 10. Jänner 1582: man könne die fremden Musiker nicht abweisen; denn Ruprecht Steuber habe trotz wiederholter Ansuchen, bei Hochzeiten zu spielen, dies nie getan, sondern immer Ausflüchte vorgebracht. Daß er ein Meister seiner Kunst war, geht daraus hervor, daß im Jahre 1582 davon die Rede ist, Erzherzog Matthias wolle ihn zu seinem Hoforganisten bestellen; und wenn die Sache trotz der Förderung durch den Rat nicht vorwärtsging, so ist die Ursache davon wohl auch unseres Meisters Unpünktlichkeit, die sich offenbar auch auf die Ausübung seines Berufes erstreckte. Ja es kam so weit, daß der Rat beschloß, Ruprecht Steuber „aus beweglichen Ursachen“ von seinem Amte zu entheben, was ihm am 31. Jänner 1584 mündlich mitgeteilt wurde. Es wurde indes von höchster Seite für ihn gesorgt. Auf Befehl des Kaisers wurde er zum „Koadministrator“ des Neuklosters ernannt, womit eine Jahresbesoldung von 50 Gulden verbunden war; und am 4. Juli schrieb er an den Rat, er sei durch Erzherzog Ernst zum „Gegenschreiber“ im Neukloster „fürgenommen“ worden und habe die ganzen wirtschaftlichen Angelegenheiten des Stiftes zu besorgen. Das Neukloster sträubte sich gegen die Zuweisung eines solchen unwirtschaftlichen Wirtschafters; und daraus entwickelte sich ein langer Streit, der in unserem Zeitraume nicht endete. Im Verlaufe dieses Streites wird dem Koadministrator vom Kloster einmal „Poltern“, ja einmal Leibes- und Lebensbedrohung vorgeworfen (1591).¹⁾ Mit dem Beginn des Jahres 1586 ist Ruprecht Steuber Organist in Langenlois, und er zieht ohne Vorwissen des Rates von seiner Vaterstadt ab, nachdem er seinen geringen Realbesitz verkauft hatte. Es beschwerten sich deswegen die Gerhaben seines Sohnes David, der hier blieb, da auf diesem Besitze das Erbteil dieses Kindes versichert war. Ruprecht wird nun zur Rede gestellt; es hat ihn der Tod des Bruders seiner verstorbenen Frau und die Sorge um dessen Erbe wieder nach Neustadt gerufen. Er antwortet dem Rate, daß er eben nach seiner Nahrung trachten müsse, seine Kunst sei sein Wagen und Pflug; wenn ihn der Rat anstelle, werde er hier bleiben. Er habe nur seine Bücher, sein Instrument und was er eben brauche, mitgenommen. Am 27. März bittet er um eine „Fürschrift“ nach Langenlois, damit man dort über seinen Aufenthalt in Wiener Neustadt Kenntnis erhalte. Der Bescheid hierauf liefert wieder eine recht unangenehme Tatsache. Der Rat verurteilt ihn, da er mit seiner Dienerin in Unzucht gehaust und ein Kind erzeugt habe, zu einer Geldstrafe von 32 Talern. Seither hatte Ruprecht Steuber ein zweitesmal geheiratet, und zwar wieder die Tochter eines Öttinger, nämlich Christophs, eines Bruders seines früheren Schwiegervaters, wieder eine kinderlose Witwe Katharina, die zuvor mit einem Bürger von Wien vermählt war. Diese Frau beklagte sich am 21. August 1586 beim Rate, daß ihr Mann sie, seit er in Strafe

¹⁾ NKA.

erkannt wurde, sehr übel behandle. Er vermutete wohl ihr Dazwischentreten. Steubers Hausverkauf wurde nicht genehmigt; das Haus wurde auf 675 und nach einer Vorstellung Ruprechts auf 700 Gulden geschätzt. Mit seinem Sohn David, beziehungsweise dessen Gerhaben und mit den Öttingerschen Erben kam ein Vergleich zustande, den der Rat am 16. September genehmigte. Unterdessen ist Ruprecht Steuber bereits als Landschaftsorganist von Steiermark aufgenommen worden. Schon am 1. Juli 1586 haben die Verordneten der Landschaft deswegen und wegen seiner Abfertigung und Entlassung aus der Stadt an den hiesigen Rat geschrieben, der darauf antwortet, daß Steuber seinen Abschied erhalte, sobald er alles geordnet habe. Am 18. September berichtet der Organist dem Rate, daß er die Stelle für Steiermark angenommen, und am 25. September, daß er bereits alles geordnet habe. Der Rat nahm diese Ordnung nicht als vollständig an und verlangte noch weitere Bereinigungen. Seinerseits machte Ruprecht Steuber geltend, daß er noch mehrere Forderungen, namentlich einen bedeutenden Betrag (252 Gulden) von der Mutter seiner zweiten Frau, damals an Hans Potenstetter vermählt, zu fordern habe. Das „Erbgütel“ des Christoph Öttinger, des Bruders seiner ersten Frau konnte er nicht völlig auszahlen, so daß die Gerhaben auf sein Haus griffen. Schließlich reiste Ruprecht Steuber ab, ohne völlig Ordnung gemacht zu haben. Um Langenlois hat er sich gewiß nicht mehr gekümmert. Im Oktober hat er seinen neuen Dienst bereits angetreten, und zwar in einer Stiftskirche, wahrscheinlich in Seckau. Seine Frau war in Neustadt zurückgeblieben. Die Eingaben Steubers wegen seiner Forderung von der Frau Potenstetter dauern durch das ganze Jahr 1587 fort. Seinen Abschied hatte er bereits erhalten, und ein Lichtbild in sein verdüstertes Leben warf es, daß er am 9. Dezember 1587 für das Öttingersche Haus in der Wienerstraße an Gewehr geschrieben wurde. Eine andere Forderung von dem Neustädter Zinngießer Mert Pletl machte er noch im August des Jahres 1589, eine dritte von einer Bürgerswitwe noch im Mai 1590 geltend. Er entschwindet nun allmählich unserem Gesichtskreise. 1591 heißt er bereits „Seiner fürstlichen Durchlaucht Hofkirche bei St. Egidii Organist“. Hie und da hören wir seinen Namen noch einmal. 1596 beschwerte er sich, daß etliche Weingärten zu Klein Höflein, die er seinem Sohn David als dessen mütterliches Erbteil übergeben habe, ohne sein Wissen verkauft worden seien; er habe dafür über 770 Gulden zu bekommen, die man ihm nicht ausfolgen wolle. In demselben Jahre wird er des Erzherzogs Ferdinand zu Graz Hoforganist genannt. Er führt eine Beschwerde gegen den Gerhab seines Sohnes David. Gegenüber seinen Schwächen und Gebrechen muß seine Kunstfertigkeit ganz außerordentlich gewesen sein.

1587 und wieder 1590 wird Mathes Guldner als Stadtorganist genannt.

Während der Dienstzeit des Ruprecht Steuber wurde auch eine neue Orgel in der Domkirche hergestellt. Der Organist hatte im Jahre 1572 dem Stadtrat angezeigt, daß die zwei Orgeln in der Domkirche „etwas falsch“ seien, und er erhielt am 3. Dezember den Auftrag, sich nach einem erfahrenen Meister umzusehen. Es dauerte jedoch noch sieben Jahre, ehe die Sache zum Schlusse kam. Am 10. Dezember 1579 wurde ein Vertrag mit dem Orgelbauer Hans Eisenhofer wegen der Herstellung der großen Orgel abgeschlossen; es werden die Register, die Vollendungszeit, die Garantie, die Zahlung festgesetzt. Eisenhofer hat 520 Gulden, 1 Muth Korn, 10 Eimer Wein, seine Frau 2 Dukaten Leidkauf zu bekommen. Eisenhofer muß das Nötige außer dem Gerüst, den Lärchen- und Eichenbäumen herbeischaffen, muß für drei Jahre für alle Stimmwerke haften. Die Stimmwerke sind: Prinzipalchorhöhe, Koppelchorhöhe, Quintetona, Oktav zum Prinzipal, offene Flöte, Supraoktav der offenen Flöte, Zimel, „resche“ Mixtur, Quint. Im Pedal sollen

sein: die Posaune, Quintetona um eine Oktav tiefer als das Manualprinzipal, Portuna genannt, Fremulant und Vogelgesang, das Claviar auf C, D, E im Baß. Die Orgel soll sechs Blasbälge haben; im Rückenpositiv ein scharfes Prinzipal, Zimeln, Krummhörner, Koppelflöte, ein neues Claviar, C, D, E im Baß. Von den alten Orgeln soll dem Meister nichts gegeben werden. Maurerlohn, Malerei gehe auf Kosten der Stadt. Bis Michaelis 1580 sollte das Werk vollendet sein. Das war nicht der Fall. Am 7. November 1581 wird dem Orgelmacher aufgetragen, die Pfeifen von Zinn, nicht von Holz zu machen; und da dieser sich deswegen beschwert, werden ihm 24 Gulden Zubeuße gegeben. Im Jahre 1582 werden von Ruprecht Steuber Mängel an der neuen Orgel erwiesen, die der Orgelbauer laut des Vertrages auf eigene Kosten abstellen muß. Das zog sich etwas in die Länge. Zugleich wurde am 8. Februar 1582 mit dem Maler Hans Zolner wegen der Bemalung der Orgel verhandelt; wegen der figuralen Darstellung soll mit dem Bischof verhandelt werden. Zolner soll geistliche Historien malen. Die Sache ging jedoch nicht vorwärts, und erst am 29. Mai 1586 wird neuerdings mit einem Maler, Jakob Mayr, eine Vereinbarung über die Malerei an der Orgel getroffen, deren Inhalt nicht erhalten ist.

Von den Organisten kommen wir auf die Sänger, das Chorporsonal. Für dieselben finden wir außer den kleinen Bezügen, die sie von der Gemeinde erhielten, am Ausgang unserer Periode: Bischof Martin hatte der Domkirche 2000 Gulden vermacht, von denen die Hälfte einer Stiftung für die Chorsänger zugedacht war. Melchior Klesel übergab diesen Betrag am 1. November 1590 dem Rate, der nebst der Quittung einen Revers am 1. November 1591 ausstellte, die Stiftung zu handhaben. Die Interessen von 60 Gulden sollten je vierteljährig zu 15 Gulden an die Sänger und Choralisten verteilt werden. Dem Tenoristen, 2 Altisten und 1 Bassisten kommen jährlich 12 Gulden zu, einem anderen Bassisten, wenn er tauglich, 2 Gulden zum neuen Jahr; dem Kantor 4 Gulden, dem Sukzentor und dem Lokaten je 3 Gulden. 2 Diskantisten sollen den Tisch beim Bischof haben. Melchior rechnet darauf, daß jeder künftige Bischof einen Diskantisten selber halten und kleiden werde, auch wenn er deswegen Mangel leiden müßte. Dieser Diskantist solle auch zur Schule gehalten werden. Da nicht immer alle Sänger erscheinen, sei das allenfalls erübrigte Geld aufzusparen, gut zu verwahren und nach Ablauf des Jahres mit Vorwissen des Bischofs nach Verdienst unter die Sänger zu verteilen oder der Schule zu widmen.

An die Sänger und den Gesang schließen sich von selbst die verschiedenen Vorführungen derselben außerhalb der Kirche und des Gottesdienstes. Es sind hierüber einige Nachrichten aus der späteren Zeit unserer Periode erhalten, die schon oben beim Schulwesen mitberührt wurden. Ergänzend sei noch angefügt:

Zu Ende des Jahres 1582 machen die Choralisten der Domkirche eine Eingabe an den Rat, daß früher sie allein mit dem Stern am Dreikönigstage singen durften; jetzt gehen auch andere Personen herum. Auf ihre Bitte beauftragt der Rat am 3. Jänner 1583 den Stadtrichter, das Singen dieser unberufenen Leute abzustellen. Dagegen wird ein Kantor Siegmund Petri am 27. Februar 1584 mit seiner Bitte um Aufführung einer Komödie abgewiesen, „da dieselbe nicht dem Rate zu Ehren, nicht den Kindern zugute, sondern nur zu des Kantors eigenem Nutzen geplant sei“. — Im Jänner 1589 hatte der Kantor hier Schüler und Sänger von auswärts aufgenommen und beehrte vom Rate, daß er mit denselben gegen Entlohnung singen dürfe. Allein der Rat wandte sich an den Chormeister Christoph Zuppacher, zu berichten, ob die Aufgenommenen für den Chorgesang tauglich seien, ob sie bis über die Ostern dableiben; und da die Antwort nicht befriedigend

war, unterblieb die Sache. Wir sehen, daß wieder die Kirche und deren Förderung im Vordergrund steht. Und natürlich ist es auch, daß immer noch hauptsächlich kirchliche, religiöse Stoffe zur Darstellung gelangten, wie ja diese ganze Dramatik aus der Religion hervorgewachsen war. Aber unmittelbar nach dem erwähnten Zwischenfall kam der deutsche Schulmeister Christoph Bletzger ein, daß ihm zur Aufrechthaltung alter Bräuche gestattet werde, eine „herliche Comedi aus Tito Livio“ aufzuführen. Sie handle von einem falschen Schulmeister der Stadt Valisco. Es möge zum Beweise der Förderung der Zug mit der Stadtfahne durch die Stadt in den Tiergarten erlaubt werden. Der Rat erteilt die Bewilligung mit dem Beisatze, zu achten, daß nichts Ärgerliches vorkomme.

Daß man bei größeren Festen auch ähnliche Unterhaltungen kunstloser Art kannte wie unsere Ringelspiele u. dergl., geht aus einem Befehle des Rates vom 9. Dezember 1546 an den Gerichtsdienner hervor, dem verboten wird, an gewöhnlichen Kirchtagen einen Spielplatz zu halten (da er jetzt ohnehin wöchentlich sechs Schilling erhalte). Zur großen Kirchweih solle er für einen Wagen nicht mehr als zwei Pfennige verlangen. Hiebei ist natürlich an eine Spielfahrt zu denken.

Die Kunst, das Kunsthandwerk.

Im Kreise der Kunst und der Kunstgewerbe ziehen wir zunächst die Steinkünstler, die Baumeister, Steinmetze und die Maurer in Betracht, deren Werke ja der Öffentlichkeit am meisten in die Augen fallen. Die Maurer sind auch in unserer Periode von den Künstlern noch schwer zu trennen. Es sind zuerst einige Männer zu erwähnen, die noch aus der friederizianischen Zeit stammen. Da nennen wir zuerst den Meister Sebold Werpacher, der noch ein paar Jahre in das 16. Jahrhundert hinüberreicht. Wir wissen, daß seine Künstlerhand auch in der weiteren Umgebung der Stadt tätig war. Wir haben dies aus seinem Testament vom 25. Jänner 1503 entnommen, das am 7. März desselben Jahres bestätigt wurde, so daß damit die Zeit seines Hinscheidens Ende Jänner oder Anfang Februar 1503 bestimmt wird. Der Geselle in Werpachers Werkstatt, Christoph Laher, blieb als selbständiger Meister in der Stadt. Er kam 1507 in Besitz eines Hauses im Deutschherrenviertel. Er wird noch 1528 genannt, tritt jedoch niemals besonders hervor.

Auch der Steinmetz Gilg Pruner, der Tochtermann Werpachers, reicht ziemlich weit in unsere Zeit herüber, ohne jedoch irgend als bedeutend genannt zu werden. Er starb vor dem Jahre 1527 mit Hinterlassung einer Tochter Anna und eines Sohnes Georg Pruner, der gleichfalls Steinmetz war, jedoch auch zu keiner Bedeutung gelangte. 1532 erbte er das Haus seiner verstorbenen Schwester Anna im Brüderviertel. Auch Jörg Goldberger reicht noch in unsere Zeit herüber; er versetzt am 31. Jänner 1511 sein Haus bei St. Niklas. Auch der Steinmetz Hans von Waldhausen lebt noch in den ersten Jahren des 16. Jahrhunderts.

Wolfgang Wackerspacher wird noch geraume Zeit im 16. Jahrhundert erwähnt. Freilich beginnt das Jahrhundert auch bei ihm mit einem Versetzen seines Hauses im Brüderviertel (1501). Im Jahre 1519 wird er noch genannt, 1527 heißt er „selig“.

Der Steinmetz Pantaleon Lang und seine Frau Radegund, genannt am 21. Juli 1511, versetzen an diesem Tage eine öde Brandstätte im Brüderviertel. Ebenso setzen der Steinmetz Wolfgang Kriechbaum und seine Frau Margarethe am 25. Juni 1512 ein Haus im Brüderviertel als Pfand für eine Geldschuld. Wolfgang wird noch einmal, im Jahre 1521, als verstorben erwähnt. Im Jahre 1522 wird Andre Neuhauser als römisch kaiserlicher Majestät Baumeister zu Neustadt genannt, kommt jedoch nicht weiter vor. Im Jahre 1526 wird ein Steinmetz Sigmund Vischer genannt, der mit seiner Frau Elisabeth ein Eckhaus im Brüderviertel käuflich erwirbt (1526), aber weiterhin nicht mehr erwähnt wird. 1550 heißt er „selig“.

Die Steinmetze Wolfgang und Siegmund Kieß stammen aus Eisenerz, wo ihr Vater Stephan Kieß als Steinmetz tätig war; sie wanderten in den dreißiger Jahren hier ein, und es ließ sich Wolfgang in Wiener Neustadt und Siegmund später in Baden nieder. Wolfgang Kieß erwirbt mit seiner Frau Dorothea im August des Jahres 1545 ein Haus im Frauenviertel bei dem Wienertor und am 19. April 1547 ein Haus in der Judengasse. Das erstgenannte Haus und Zugehör hat er von seinem Bruder Siegmund Kieß und dessen Frau Kreszenz. Diese hatte im Jahre 1537 auf Grund ihrer bewiesenen Freundschaft mehrere Häuser und Gärten, eine Hofstatt, eine Au nach

Hans und Katharina Mitterpacher geerbt. Wolfgang wird weiter nicht mehr erwähnt.

Steinmetz Hans Prandsteter, der am 22. März 1544 durch Ablösung in Besitz eines Dreiachtelhauses gelangt, wird gleichfalls nach diesem Tage nicht mehr genannt.

Noch müssen wir den Steinmetz Hans Gasser hier anfügen, der mit Rosina am 9. März 1535 in Gewehr eines von den Türken verwüsteten Hauses in der Wienvorstadt kommt und 1545 noch einmal genannt wird.

Alle diese Steinmetze sind wohl deutsche Meister gewesen, späte, verspätete Gotiker, die der geänderten Zeit, der neuen Kunstrichtung nicht gerecht werden konnten und wie es scheint auch wenig Arbeit mehr erhielten; es ist bezeichnend, daß so viele Akte der alten Meister uns von einer Versetzung ihres Eigentums, von den Schulden derselben sprechen. Es war ja die Renaissance, die Wiedergeburt der antiken Baukunst gekommen. Und in ganzen Zügen kamen die Meister und Gesellen dieser Kunst aus dem Süden, aus Welschtirol und aus Italien hieher; und es entwickelte sich zwischen ihnen und den letzten Vertretern der Gotik ein Gegensatz, der bis zu tätlicher Feindschaft gedieh. Es kam selbst zu Straßenkämpfen, die sich nicht auf das Handwerk beschränkten und wohl in dem nationalen Gegensatze überhaupt ihren Grund hatten. Das am meisten hervortretende Gebäude der Renaissance ist das kaiserliche Zeughaus mit seinem schönen, damals freistehenden Portal, das schon im Jahre 1524 vollendet wurde, bei dessen Bau es gleichfalls wiederholt zu Zwisten der italienischen Werkleute mit den deutschen Knechten kam.

Der Meister und Leiter jenes Baues dürfte Francesco de Spazio sein; zu den Arbeiten hatte er Francesco und Pancrazio, beide von Mailand, herangezogen. Man kann vielleicht von diesen noch nicht sagen, daß sie sich in Neustadt niederließen, wohl aber von Spazios Söhnen Antonio und Dominico Spazio, von denen namentlich der erste stark hervortritt. Auch ein Jacobo, ein Pietro und ein Hans de Spazio werden genannt. Jacobo war als Steinmetz in den Jahren 1526 und 1527 bei der Stadt selbst beschäftigt. Hans wird Hofmaurer genannt. Gegen ihn und seine Gesellen brach im Jahre 1533 ein arger Tumult aus, der eines Abends zu einem Überfall der Behausung Spazios und zu einem Kampfe führte, in welchem 2 Deutsche (1 Schuster- und 1 Schneiderknecht) getötet, 3 deutsche und 4 welsche Knechte verwundet wurden. Von da an beginnt ein ganzer Zustrom von welschen Steinarbeitern nach Österreich und besonders nach unserer Stadt.

Die erste Gewehranschreibung für diese welschen Einwanderer bringt das Jahr 1539, wo Moritz von Rofin ein Eckhaus im Frauenviertel erwirbt, das ihm wegen einer Geldforderung überlassen wird. Am gleichen Tage kaufte Moritz auch eine Hofstatt in der äußeren Ungargasse. Moritz starb im Jahre 1546. Seine Witwe Katharina heiratete wieder einen Maurer Hans Webs, der mit ihr 1546 an einen Hausteil angeschrieben, aber nicht weiter genannt wird. Rofins übrigen Besitz erbte seine Tochter Elisabeth mit ihrem Manne Hans Ganazi, ebenfalls einem Maurer, der im Jahre 1558 einigermal erwähnt wird. Dagegen begegnen wir einem Maurer Josef Canaci im Jahre 1573 und einem Maurer Paul Canaci im Jahre 1602.

In den ersten fünfziger Jahren wird öfter neben dem Inwohner unserer Stadt Antonio de Spazio der Steinmetz Simon de Orlando genannt, ein vielbeschäftigter Mann, der jedoch dem Kollegen Spazio immer feindselig gegenüberstand. Beiden war kein langes Dasein beschieden: Antonio starb schon im Jahre 1553, Meister Simon 1556. Letzterer hatte eine Geldforderung an Spazio, und der Streit setzte sich über den Tod des Schuldners mit dessen

Frau Katharina und den Gerhaben seines Sohnes Hansel fort. Erst am 2. Mai 1559 wurde Spazios Krida angeschlagen. — Bemerkte soll noch werden, daß in derselben Zeit auch ein Orlando zu Deutsch Altenburg genannt wird.

Einen tüchtigen Meister des Baues, der zwar gewöhnlich nur Maurer genannt und wohl auch vorzüglich mit Maurerarbeiten beschäftigt wird, lernen wir in Anton Woller, Antoni von Trient, kennen, der schon selbst eine nicht unbedeutende Rolle in der Stadt spielt, viel gebaut hat und der Vater eines Stadtrichters von Wiener Neustadt geworden ist. Er ist schon im Jahre 1543 in Neustadt, kauft in diesem Jahre mit seiner Frau Magdalena ein Eckhaus im Brüderviertel, hat im Jahre 1550 bereits das Bürgerrecht erworben, kauft mit seiner Frau im selben Jahre ein zweites und 1553 ein drittes Haus, beide im Frauenviertel. Er war jedenfalls schon als bemittelter Mann hergekommen. Im Jahre 1564 ist er schon „Stadtmeister“, führte also die Bauten der Gemeinde, wie er denn gleich in diesem Jahre an der Kanzelmühle gearbeitet hat. 1566 war er bereits am Bau der Bastei tätig, erhielt von der Stadt mehr als 300 Gulden, und seinen Gesellen wurde noch ein Trinkgeld (1 Pfund Pfennig) zugewendet. Die Stadt verkaufte ihm in diesem Jahre 1566 eine Hofstatt in der äußeren Ungargasse. Im Jahre 1570 kaufte er ein Eckhaus im Deutschherrenviertel, 1573 ein Haus auf dem Kornmarkt und noch 1583 ein Haus daselbst vom Stadtschreiber Hans Starnberger. Woller besitzt auch Grundstücke, Weingärten, und der Rat erlaubt ihm wiederholt, in seinem Hause auf dem Marktplatze Wein zu verleiten: so am 10. September 1576, am 5. September 1577. Meister Anton hatte mit Magdalena drei Kinder: einen Sohn Sebastian, der das Tuchschererhandwerk erlernte, aber schon zu Beginn des Jahres 1577 starb; eine Tochter Elisabeth, die den Steinmetz Peter Solari geheiratet hatte, und einen Sohn Wolfgang, der im Jahre 1577 noch „ungevugt“ war. Am 14. Februar jenes Jahres wurde ihm erst Peter Solari als Gerhab bestellt. Er widmete sich dem Rechtsstudium und erlangte in demselben das Doktorat. Von den Arbeiten Wollers für die Stadt wird im Jahre 1570 gesprochen, wo mit ihm der Betrag von 76 Gulden abgemacht wird. 1573 ist er beim Spitalbau beschäftigt; 1574 macht er die Gewölbe im städtischen Zeughaus, die ihm allerdings wenig Lob eintrugen. 1576 bittet er am 20. Juli um die Erlaubnis, auswärts arbeiten zu dürfen, da er Aufträge bekommen habe. Er wird jedoch vom Stadtrate mit dem Bemerken abgewiesen, daß er nicht 14 Tage anderwärts beschäftigt sein dürfe, sein Gesinde aber in der Stadt bleibe und da ohne Aufsicht arbeite. Am 7. August wird ihm jedoch bewilligt, daß er mit seiner Frau wegen der guten Luft sich auf dem Lande aufhalten dürfe! Am 28. Jänner 1580 wurde er als Wachtmeister aufgenommen, und am 30. März 1581 wegen verschiedener Arbeiten mit ihm verhandelt. Anton Woller übernahm die Ausbesserung der äußeren Stadtgrabenmauer und die Durchführung niederer Befestigungsarbeiten, ferner die Erbauung einer Badstube für das Spital, ebenso die Bauarbeiten im Amtshause, die längere Zeit in Anspruch nahmen: eine Besichtigung derselben erbat der Meister erst am 8. November 1584. Seine Frau Magdalena war gestorben, und nach längerem Witwerstande heiratete Anton Woller ein zweitesmal, und zwar eine Muhme des Chormeisters Rudolfs de Rudolfs. Aber schon im Jahre 1587 ereilte ihn der Tod, und der Rat fertigte seine Witwe Angela mit Wollers Forderungen ab, indem er dessen Rückstände an die Gemeinde abzog. Und noch am 30. Juni ging der Stadtrat mit einer Strafe gegen den Verstorbenen vor; er verurteilte ihn zur Zahlung von 100 Talern, weil er in seinem Witwenstande eine Maid („Dirn“) geschwängert hatte.

Nun gelangen wir wieder zu mehreren Familien von bedeutenden Künstlern, die aus Welschland nach Neustadt einwanderten. Die erste ist die

Familie de Luca. Zuerst wird, und zwar im Jahre 1549, der Steinmetz Stephan de Luca erwähnt, der in diesem Jahre ein Haus mit Garten in der Baumgartgasse erwarb, der auch für die Stadt arbeitete. Namentlich war er beim Spitalbau mitbeschäftigt. Er starb jedoch schon im Jahre 1562; das Haus mußte wegen Schulden des Dahingeshiedenen verkauft werden, und der Erlös kam halb seiner Witwe Anna zu. Im Jahre 1580 wird sein Sohn Andreas de Luca genannt. Er dürfte jedoch nicht dem Handwerke des Vaters zugehören. Stephans jüngerer Bruder Lukas de Luca erfreute sich einer längeren Tätigkeit, erwarb sich auch ein Ansehen in der Stadt, erlangte das Bürgerrecht, wurde im Jahre 1586 als Wachtmeister im Frauenviertel bestellt, und wir treffen ihn im Jahre 1591 als Mitglied des äußeren Rates; von 1596 an ist er im inneren Rate bis zum Jahre 1599. Im Jahre 1570 erhält er vom Rate 3 Joch Grund im Lichtenwörther Felde zur Benützung. Er hat ziemlich viel für Private gebaut, ist aber mit mehreren Auftraggebern nachträglich wegen nicht voller Zufriedenstellung in Streit geraten; und daraus entwickelten sich wieder Streitigkeiten wegen der Bezahlung (so 1570, 1575, 1587, 1590), die an den Rat zur Erledigung gelangten. Lukas de Luca hat Grundbesitz, Weingärten verkauft, einmal im Jahre 1572; einmal vier Faß Wein nach Schlesien. Lukas de Luca starb am 12. Jänner des Jahres 1600.

Gegen Ende der siebziger Jahre und in der Folgezeit wird öfter noch ein Maurer Valentin de Luca, vielleicht ein dritter Bruder von Stephan und Lukas genannt. Er kauft mit seiner Frau Katharina im Jahre 1579 ein Haus in der Baumgartgasse im Frauenviertel. Er tritt wenig hervor. Er starb im Jahre 1612 mit Hinterlassung einer Tochter Margarethe¹⁾ und eines Sohnes Rochus, der nicht mehr dem Handwerk angehört. In den siebziger Jahren wird auch ein Sebastian de Luca in Ungarisch Brodersdorf erwähnt.

Eine andere aus Welschland eingewanderte Künstlerfamilie ist jene der Solari von Corona, die vom Anfang der sechziger Jahre hier genannt wird. Erwähnt wird der Steinmetz Peter Solari, das erstemal am 2. März 1563; er muß aber schon ein paar Jahre in unserer Stadt gewesen sein. An jenem Tage bestätigt der Rat das Testament von dessen Frau Barbara; nach welcher er drei Viertel eines Bürgerhauses im Frauenviertel erbt. Drei Tage darauf wird er an ein Eckhaus im Brüderviertel angeschrieben, das er gekauft hat und das er am 11. Jänner 1566 halb seiner zweiten Frau Elisabeth abtritt. Peter Solari hatte auch das Bürgerrecht der Stadt erlangt und erwarb ein Bürgerhaus. Am 5. April 1563 überläßt ihm der Rat eine halbe Wiese gegen Fischau mit dem Bemerken, daß er sich die andere Hälfte ablösen müsse. Am 30. Jänner 1568 genießt er eine neue Begünstigung: der Rat überläßt ihm einen Platz vor dem Neunkirchnertore zur Erbauung eines Stadels, offenbar zu einer Werkstatt. In demselben Jahre hören wir auch schon, daß er für die Stadt arbeitet. Der Stadtrat bessert ihm am 11. Mai den Bezug für das Steinhauen um 30 Taler auf. Auch in den nächsten Jahren ist er für die Gemeinde tätig. Vielleicht hat er auch bei dem Bau des Rathauses zu tun gehabt. Sicher ist dies von dem Bau der Mühle am Fluchtgraben²⁾. Am 12. Februar 1580 wird mit ihm eine Vereinbarung getroffen, daß er für jede Klafter von Werkstücken, wie sie im Steinbruche gebrochen werden, einen halben Gulden erhalte; 40 Klafter seien bereits gebrochen. In demselben Jahre legt er Rechnung über seine Arbeit beim Amtshause, die sich jedoch nur auf elf Gulden beläuft. In demselben Jahre (10. März) erhält er allerdings auch einen Verweis dafür, daß er Werkstücke vom Amtshause ohne Wissen des Rates habe wegführen lassen, wenn er dieselben auch

¹⁾ 1570 wird von dem Gerhaben seines Töchterleins gesprochen.

²⁾ Am 3. März 1575 wird ihm vom Rate auferlegt, den Stein zum Gupf bei der „Schwell“ bei der Fluchtgrabenmühle zu hauen und zuzurichten, daß er aufgemauert werden könne.

durch andere habe ersetzen lassen. Am 19. April 1584 wird ihm auch vorgehalten, daß er öfter fremde Leute aufnehme. Die ersten achtziger Jahre bringen mehrere Eingaben Peters wegen Forderungen von den Arbeiten für die Stadt und für Private, aber auch wiederholte Eingaben wegen Schulden des Meisters. Am 21. Februar 1581 wird er von der Stadt wegen seiner Rückstände an Tätz und Ungelt erinnert. Am 9. Mai klagt ihn ein Bürger wegen einer seit zwei Jahren ausstehenden Forderung von 90 Talern; am 13. Juli 1584 macht der Maurer Valentin de Luca eine Forderung an ihn geltend. In derselben Zeit klagen ihn aus demselben Grunde zwei Bürger aus Ödenburg. Dieser Umstand verrät uns übrigens, daß Peter Solari auch außerhalb Wiener Neustadt beschäftigt war. Dies erhellt auch aus einer Forderung von älterer Zeit. Der Maurer Anton Moritz in Seibersdorf, auch Steinmetz, hat laut seiner Klage vom 9. Mai 1576 einen Geldbetrag von mehr als 100 Gulden von ihm zu bekommen, um die er ein paarmal einkommen muß. Ausdrücklich wird ferner in demselben Jahre erwähnt, daß Peter Steine von Sebastian de Luca in Ungarisch Brodersdorf zu dem Gebäu (dem Schlosse) in Kottingsbrunn bezog, deren Bezahlung ebenfalls zu einem Streite führte. Dagegen ist im Jahre 1583 eine Forderung des Meisters von einem Grazer Bürger ausgewiesen, die dann sein Bruder übernahm. Auch bei einer Arbeit im Schlosse Starhemberg war er beschäftigt. Der Meister geriet gleichfalls manchmal in Streit mit seinen Auftraggebern, wie zum Beispiel aus einer Aufforderung an ihn vom 13. Juni 1581 aus einem Bericht hervorgeht. Eines Umstandes muß noch gedacht werden: Es scheint, daß das Steinmetzhandwerk seinen Meister doch nicht nährte; denn er wird am 8. Februar 1575 mit bei den Kerzenmachern genannt, und zwar als erster. Wir werden später noch ein Beispiel hiefür finden. Dieses zweite Handwerk bringt ihm sogar einmal, am 16. November 1575, da er die Kerzen über den vorgeschriebenen Preis verkauft hatte, eine scharfe Strafandrohung. — Peter Solari starb gegen Ende des Jahres 1585. Er hatte ein zweitesmal geheiratet, hinterließ jedoch keine Kinder. Seine Witwe erhält eine Abfertigung. Noch im Jahre 1590 machte Hans von Heißenstain eine Forderung an ihn geltend.

Peters Bruder Franz Solari ist wahrscheinlich später als jener in unsere Stadt gekommen. Sein Name wird das erstemal als Mitschuldner seines Bruders und dann als Nachfolger desselben in dem Streite wegen einer Forderung von Graz erwähnt, 1584. Er erhielt auf eine Klage von dem Schuldner bei einer Anwesenheit in Graz ein Stück Tuch und andere Stoffe, die er sofort einem Kaufmann anfeilte. Der Rat von Graz nahm ihm deshalb seine Stoffe weg. Dies führte zu neuem Streite, der jedoch zugunsten Solaris endete. Franz arbeitete ebenfalls für die Stadt. Die für uns wichtigste Tatsache dabei ist, daß ihm und seinem Vetter Karl Solari, der am 4. Februar 1586 als Inwohner von Wiener Neustadt aufgenommen war, mit Ratsbeschluß vom 24. November 1587 die Restaurierung des steinernen Kreuzes, der Spinnerin, übertragen wurde. Er ist schon 1589 Mitglied der Schützen unserer Stadt; in demselben Jahre hat ihm sein Vetter Peter fünf Joch Äcker versetzt.

Um 1570 wird auch einmal ein Kaspar Solari als in der Stadt befindlich genannt. Seine Zugehörigkeit zum Steinhandwerk ist jedoch zweifelhaft.

Gegen Ende der fünfziger Jahre kamen drei Brüder Stephan, Gregor und Hans Corazin nach Neustadt, von denen Stephan schon im Jahre 1561 mehr hervortritt, indem er am 24. Oktober jenes Jahres mit seiner Frau Juliana an ein gekauftes Haus auf dem Judenplatze angeschrieben wird. Juliana starb bald. Mit der zweiten Frau Margarethe hatte er zwei Söhne, Anton und Johann, und zwei Töchter, Elisabeth und Maria. Der Rat hat ihn auch oft zu städtischen Arbeiten herangezogen. 1566 hat er die Bastei am Fluchtgraben hergestellt, 1569 das Gebäude des Prädikanten (mit Lukas de

Luca). Einige Streitigkeiten mit Handwerksgenossen wegen gegenseitiger Forderungen füllen den Rest seines Lebens aus, das schon zu Beginn des Jahres 1587 endigte. Am 9. März 1588 werden die vier Kinder des Stephan Corazin gemeinsam an das oben genannte Haus angeschrieben. Auch für die Maurer ist der Name Corazin nicht erloschen; wir werden zu Beginn der nächsten Periode einen Hans Corazin Maurer zu nennen haben.

Gegen das Ende der fünfziger Jahre kommen ganze Reihen von Steinkünstlern nach Österreich; sie entstammen dem Etschlande, dem Nonsberg und Sulzberg, sie kommen von Mailand, von Bergamo, vom Comersee. Die ganze Arbeit an der Stadtbefestigung im Jahre 1557 wird von welschen Werkleuten geleistet.

Wir können anführen die Brüder Moritz und Dionys von Castel, Johann, Jakob, Thomas und Anton, vier Brüder Mozana, Bartholomäus, Peter und Anton Lumina. Ihnen folgen Jacobo Casparin, Jacobo Ganella, Antonio Zelati, Jacobo Pindalore, Giovanni de Lurago, Hans Cuminato. Das Jahr 1573 führt den Bartholomeo Pini, Michel Sera, Johann Baptist Pratovetteri, der mit bei dem Bau des Peter Solari in Kottingsbrunn Verwendung fand, Bernhardin de Comata nach Wiener Neustadt. Gewiß hat die Mehrzahl dieser Männer nur eine untergeordnete Bedeutung für unsere Stadt wie für die Kunst. Es spricht aber für den Geist, spricht auch für den Ruf der Stadt, wenn sie ein ausgesprochenes Ziel von Kunstjüngern wird. Es lebte also in weiter Ferne noch die Meinung des Glanzes von ehemals.

Der welsche Maurer Michel von Trient wird am 21. November 1566 und am 2. Juli 1567 im Ratsprotokoll genannt, indem er um sein Geld für geleistete Arbeit und um Besichtigung des fertigen Gebäus bittet; er ist somit auch schon länger in der Stadt. Er tritt beim Bau des Rathauses mit hervor; seine Haupttätigkeit fällt jedoch in den nächsten Zeitraum.

Vom Jahre 1569 an wird abermals ein italienischer Steinmetz oft genannt: Rochus Pollazi (Palas, Palacius u. a.). Er wird am 17. Juni jenes Jahres als Bürger genannt und mit seiner Frau Martha an ein Haus im Brüderviertel angeschrieben. Das Haus besaß zuvor Martha mit ihrem ersten Mann Leo de San Stefano, aus dessen Namen man ebenfalls auf einen italienischen Einwanderer schließen könnte, aus dessen Werkstatt Pollazi hervorgegangen wäre. Er hatte zuvor mit einer „Dirne“ unehelich gehaust und wurde deshalb zu einer hohen Geldbuße verurteilt, die ihm auf seine Bitte auf 32 Gulden gemildert wurde. 1576 finden wir ihn mit einer Gerhabschaft belastet, von welcher er um Enthebung bittet, was mit einem Aufschub bewilligt wird. Daß er auch für die Stadt Arbeit geleistet hat, geht aus seinem Ansuchen vom 14. Dezember 1582 um Abrechnung hervor. Es war der Bau eines Bades im Spital. Die Arbeit war ihm durch Marx Pagamin verschafft worden.

Im Jahre 1592 erscheint er als Kurator des Vermögens des Peter Solari. Bei einer Feuersbrunst in der Stadt im Jahre 1586 war er in Verdacht gekommen, daß dieselbe bei ihm durch die Schuld seiner Dirne entstanden sei, und er wurde zu einer Strafe von 100 Talern und zur Bezahlung der verbrannten „Amper“ verurteilt. Pollazi kann jedoch beweisen, daß die Brunst gar nicht bei ihm ausgekommen, so daß die Bestrafung entfällt. Bei dieser Angelegenheit ist Rochus als Bürger und Fuhrmann bezeichnet; wir haben also wieder ein Beispiel der Aufnahme eines zweiten Gewerbes, wenn das erste nicht nährte. Rochus war in zweiter Ehe mit einer Frau Christine vermählt, von welcher er einen Sohn hatte. Dieser, Georg Pollazi, setzte das Maurerhandwerk des Vaters fort. Auch Rochus werden wir in der nächsten Periode noch wiedersehen.

Ein bedeutender von Süden kommender Steinmetzmeister aus dem Ende unseres Zeitraumes ist Markus Pagamin (Pergamin, Pogani, Paugmann u. a.),

der im Jahre 1581 zugleich mit einem anderen Steinmetz, Peter Jordan, als Inwohner der Stadt aufgenommen wird. Pagamin stellt auf Verlangen des Rates Anton Woller und Rochus Pollazi als Bürgen, dagegen befürwortete er letzteren für eine Stadtarbeit. Am 9. Oktober 1586 kommt er mit seiner Frau Anna auch in den Besitz eines Hauses im Brüderviertel. Er war Bürger geworden. Am 23. Februar 1589 überträgt man ihm eine Gerhabschaft; er bittet in jenem Jahre auch, ihm einen Platz bei St. Jakob zur Vergrößerung des Raumes für sein Handwerk zu überlassen, was nach Besichtigung am 17. August bewilligt wird. Er war eben gut beschäftigt. Wichtig ist für uns, zu erfahren, daß er schon Steinmetzarbeit für das Spital geliefert hat, und daß er die Fortführung des Rathausbaues übernimmt. Diese Tätigkeit gehört bereits der nächsten Periode an.

Neben Marx Pagamin als Steinmetz tritt Bartholomäus Kropf als Maurer auf. Hier läßt sich allerdings schwer feststellen, daß er auch ein Einwanderer ist, wenn auch die anderen von Trient hergekommenen Werkleute deutsche Namen tragen. Bartlmä Kropf kauft mit seiner Frau Ursula im Jahre 1575 ein Haus im Brüderviertel in der Lederergasse. Im Jahre 1587 wird ihm der Bau der Hadermühle übertragen (2. Juni), wofür der Rat 200 Gulden, ein halbes Mut Korn und 8 Eimer Wein bewilligt. Am 22. November 1588 wird hierüber abgerechnet. Im Jahre 1589 ist er bereits am Rathausbau, im nächsten Jahre beim Bau der Stadtmühle mitbeschäftigt. Seine Tätigkeit für die Stadt setzt sich dann lange fort. Eine Forderung von Ruprecht Steuber klagt er im Jahre 1586 ein.

Von den öfter erwähnten Steinkünstlern in der Stadt am Ende unseres Zeitraumes ist noch der Steinmetz Valentin Comini anzuführen. Er ist ein Schwager des Dr. Wolfgang Woller, mit dem er 1587 in Streit gerät. Bei dieser Gelegenheit erscheint sein Name das erstemal (6. Oktober). Am 30. Jänner 1589 beschließt der Rat, den Meister Comini bei einem Gebäude zu verwenden — wohl wegen seiner Verwandtschaft mit der Familie Woller. Es war indes doch nicht genug Arbeit für so viele Meister des Baues in der Stadt aufzutreiben; und so wird „Valtin Cumin“ im Jahre 1592 (31. Jänner) als Steinmetz zu Wulkersdorf erwähnt.

Wir haben schließlich noch eine Anzahl von Männern des Bauhandwerkes aufzuzählen, die gegen Ende unserer Periode ein- oder zweimal genannt werden, ohne weiter hervortreten, von denen gewiß auch die Mehrzahl aus Welschland zugewandert ist. Als Steinmetze sind zu verzeichnen: Adam Rosenstein (1578 das erstemal, als verstorben, genannt); Blasius Steinmetz (1584 genannt) und Kilian Steinmetz (heiratet 1589). Gilg Judiz von Saltri (1592 genannt als Maurer); Stephan Maniciu, am 10. Februar 1568 als Inwohner aufgenommen; Hans Landsperger, Frau Anna, besitzt ein Haus im Brüderviertel (1574 versetzt); Benedikt Schenk, Frau Christine, Besitzer eines halben Hauses im Brüderviertel in der hinteren Allerheiligengasse 1578, im Streite mit Stefan Coracin 1584 bis 1587; Anton Ziegerelz aus dem Etschlande (1578 wird Anton Woller für ihn Bürge); Michl Mayr (1578); Anton Sigrol (1582); Georg Zörer, der mit seiner Frau Anna an ein Haus im Brüderviertel angeschrieben wird (1584), der im Jahre 1590 Bürger wird, in demselben Jahre ein Haus in der inneren Ungargasse kauft. Er wird schon am 30. April 1595 begraben. Mert Facius (1584); Benedikt Margolan (1589), Bürger geworden 1590; besitzt mit seiner Frau Magdalena, einer Bürgerswitwe, ein Haus in der Baumgartgasse; gestorben am 6. November 1597.

Von den letzaufgezeichneten welschen Zuwanderern wird natürlich ein großer Teil erst in der nächsten Periode genannt werden. Ebenso sicher ist, daß von den Südländern nicht alle in Neustadt geblieben sind, daß eine größere

Anzahl als die bezeugten unsere Stadt wieder verlassen hat, die auf die Dauer unmöglich allen Arbeit und Brot geben konnte.¹⁾

Über das Steinmetz- und Maurergewerbe im allgemeinen muß noch berichtet werden, daß beiden vereinigt vom Rate am 5. Februar 1549 bewilligt wird, eine Ordnung aufzurichten. Aber von dieser Bewilligung bis zur wirklichen fertigen Ordnung war noch ein sehr weiter Weg. Erst im Jahre 1574 wurde ein Konzept derselben vorgelegt. Dasselbe hebt mit dem Tode eines Steinmetzen an: der solle auf Kosten der Zunft begraben werden. Die Zunft soll auch demjenigen, der in Not ist, mit Geld aushelfen. Der Meister hat jeden Sonntag 1 Kreuzer, der Geselle 2 Pfennig in die Zeche zu zahlen. Das Nichterscheinen bei den Versammlungen aus Saumseligkeit wird mit 1 Pfund Wachs gestraft. Dann wird vom Meisterwerden gesprochen; das Meisterstück besteht in dem „Austeilen“ einer runden Säule und in einem „dreieckigen“ Portal. Der Gesell soll nur bei seinem Meister arbeiten. Die Klage eines Auftraggebers gegen den Bauführer soll beim Zechmeister vorgebracht werden. Kein Meister soll mehr als drei Lehrbuben haben; diese sollen drei Jahre lernen; hat einer bereits zwei Jahre gelernt, so kann ein anderer aufgedingt werden. Aufdingung und Freisagung soll vor dem ganzen Handwerk geschehen. Der Geselle, der von seinem Meister aussteht, soll gestraft werden, da gegenüber dem Bauherrn Schaden entstehen kann. Der Meister soll verheiratet sein. Steinmetze (nicht Maurer) sind nur mit Bewilligung des Rates aufzunehmen. Dem Maurer ist es nicht gestattet, Steine zu hauen. Ein Geselle darf nur von einem Meister gefördert werden, der das Meisterstück gemacht hat. Da in dieser Vorlage die Steinmetze einige Vorbehalte gegenüber den Maurern zum Ausdruck brachten, kamen diese am 26. März 1577 um eine eigene Handwerksordnung ein; sie gaben zugleich die Absicht kund, in dieser Sache an den Kaiser zu gehen. Hierin fand der Rat einen Grund, einem festen Beschlusse auszuweichen. Die Sache ließ übrigens noch lange auf sich warten; und weder die Steinmetze noch die Maurer kamen in unserer Periode zu einer Zunftordnung.

Von einigen Streiten allgemeiner Art in der Zunft selbst soll noch die Rede sein: Am 7. Februar 1577 bringen die angesessenen Maurer eine Beschwerde gegen die ledigen und unangesessenen vor, die nach Meisterweise arbeiten. Der Rat sagt die Abstellung zu. Am 18. März 1578 wiederholen Anton Woller, Lukas de Luca und Stephan Coracin die Beschwerde, daß junge Maurer, ehe sie nur das Handwerk recht gelernt haben, heiraten, als Meister Baue übernehmen und den anderen das Brot wegnehmen. Der Rat weist auf seinen früheren Bescheid hin; und bei einer abermaligen Beschwerde vom 18. April gegen die Handwerksstörer werden die Kläger an den Stadtrichter gewiesen. Formell war gegen diese sogenannten Störer ohnehin nichts einzuwenden. Bei den Beklagten sind auch Valentin de Luca und Michel Jäger. Es zeigen sich eben die Folgen der übergroßen Zahl von Baugewerbsleuten.

Ehe wir auf ein und das andere erhaltene Werk der Baukunst jener Tage eingehen, wollen wir noch einige Vertreter der Malerkunst einschließlich der Glasmalerei, ferner der Schnitzerei in unserer Stadt nennen, da ja diese Künste gern auch zum Schmucke der Steinbauten herangezogen wurden. Die Reihen werden allerdings kürzer ausfallen. Von den Malern reicht aus dem 15. Jahrhundert herüber Stephan Scherrubl, der ein Eckhaus am Kornmarkt im Deutschherrenviertel besitzt, jedoch keine hervorragende Rolle mehr spielt. Auch die im 16. Jahrhundert erst auftretenden Maler lassen nur in geringer Zahl auf eine größere Bedeutung schließen. Zu den öfter Genannten gehört Hans Regensburger, der schon als Maler-

¹⁾ Das Totenbuch der Hauptpfarrkirche, das vom Jahre 1591 anhebt, enthält viele dieser Maurer und Steinmetze nicht.

gesell Besitzer einer Brandstatt wird; sie lag im Brüderviertel in der Brotischgasse, und Regensburger baute dieselbe; 1535 wird der Besitz als Haus erwähnt. Er starb 1554 ohne Erben, und sein Haus fiel an die Stadt heim. Weiter erfahren wir nichts. Hans Unbricht, der 1560 zuerst genannt wird und in diesem Jahre das Stadtwappen auf der Bastei bei St. Jakob mit Gold, Silber und Farben „verfaßt“ — es ist offenbar das neue Stadtwappen. Er starb, ziemlich arm, um das Jahr 1580, mit Hinterlassung einer Witwe Barbara und zweier Töchter.

Im Jahre 1570 wird ein Maler Philipp Rötzingen genannt, der auf Geheiß des Christoph Öttinger eine Fahne für die Kramerzeche malte; er beschwert sich wiederholt, daß er das Geld nicht bekomme, das letztmal am 27. Juni; am 11. Juli wird er bereits als gestorben erwähnt, und das Geld wird an seine Witwe gezahlt.

Hans Zoller von München wird im Jahre 1570 als Inwohner aufgenommen, dürfte noch nicht lange in der Stadt gewesen sein. Im Jahre 1577 starb seine Frau. 1584 malt er für die Stadt vier Tafeln — vielleicht beim Rathausbau, bei einem Streite und Raufhandel in diesem Jahre. Er war ein zweitesmal verheiratet, starb jedoch schon im Jahre 1587. Von Jakob Mayr wissen wir nur, daß er die neue Orgel von Eisenhofer bemalte. 1586 wird er noch einmal genannt. Ein paarmal wird noch Balshauser Milner erwähnt, nämlich von 1583 bis 1592, der für Private arbeitete. Hans Wittenpegk wird im Jahre 1526 mit seiner Frau Anna als Käufer eines Hauses angeführt, das er jedoch im Jahre 1530 wieder verkauft.

Wir können noch eine Reihe von Namen anfügen, ohne etwas Näheres über die Personen zu erfahren. Ein Maler Christoph Schwarz wird einmal 1530, einmal 1532 genannt; der „Fuxlmaler“ wird 1546 erwähnt: vielleicht läßt sich aus seinem Namen auf seine Tätigkeit schließen. Ein Maler Philipp wird ein einzigesmal im Jahre 1566 genannt; der Maler Ludwig Raitweger nur im Jahre 1587. Ein bedeutender Künstler ist Sebastian Kirchmayr, der, als ihrer königlichen Würden zu Polen, Maximilian, Erzherzogs von Österreich, Kammermaler im Jahre 1591 die Witwe des Schneiders Urban Talheimer hier heiratet. Seine Tätigkeit fällt in die spätere Periode.

Der Bildschnitzer Lorenz Luxberger ist schon im Jahre 1501 gestorben. Sein gleichnamiger Sohn ist Eigentümer eines Hauses im Deutschherrenviertel in der Rosengasse. Er hat sich wahrscheinlich auch der Kunst des Vaters zugewendet, wird jedoch schon im Jahr 1539 als gestorben angegeben. Als Vertreter zweier Gewerbe, von denen wenigstens eines den Kunsthandwerken zuzuzählen, ist Andreas Wampl, Bildschnitzer und Maler, der mit seiner Frau Felizitas einen Hausteil im Deutschherrenviertel 1502 kauft, aber schon 1505 wieder verkauft. Ein Andréas wird 1533 als Bildschnitzer und Glaser genannt; doch bleibt es zweifelhaft, ob er auch mit der Glasmalerei sich beschäftigt hat.¹⁾

Was die Erhaltung der Erzeugnisse dieser Künste und Kunsthandwerke betrifft, so ist am günstigsten die Steinkunst daran; deren Werke widerstehen am längsten dem Zahne der Zeit, und auch außergewöhnliche Ereignisse, selbst Brände vermögen sie nicht gänzlich zu zerstören. Mit der Malerei, namentlich an Häusern, am meisten an der Außenseite derselben, ist es schon viel mißlicher bestellt. Ebenso sind die Werke der Holzschnitzerei leichter dem Verderben ausgesetzt, bei einem Brande unbedingt die Opfer des Elementes. Die Glasmalerei ist eine im Rückgang begriffene Kunst: an die Stelle des gebrannten Glases setzte man in dem Streben, der Ölmalerei

¹⁾ Ein Meister Hans, Hafner und Maler, dürfte lediglich ein Anstreicher sein.

gleichzukommen, in der Mitte des 16. Jahrhunderts das Auftragen, Aufschmelzen von farbigem Glas auf die farblose Glasscheibe. Allein die Ölgemälde konnten hiedurch in keiner Weise erreicht werden, und die Glasmalkunst wurde durch diesen Fortschritt unwiederbringlich geschädigt.

Nachstehend sollen einige erhaltene Objekte der ersten Renaissancekunst in unserer Stadt besprochen werden.

Von den in jener Zeit aufgeführten Bauten ist das kaiserliche Zeughaus besonders beachtenswert, das an die Stelle eines Häuserblocks bei dem Neunkirchnertor trat und im ganzen ziemlich einfach war; nur an der Nordwestecke ragte ein Erker hervor. Den Glanzpunkt des Gebäudes bildete aber ein freistehendes Tor, das eine einfachere Wiederholung in einem Portal an der Westseite des Baues fand. Das kaiserliche Zeughaus hat an der Hauptseite in dem der Burg zugekehrten Osten am Nord- wie am Südende einen steil aufsteigenden gezinnten Giebel, beide verbunden durch eine gezinnte Wand. Diese und der südliche Giebel sind erst in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts erbaut und haben nun das Portal in sich aufgenommen.¹⁾ (Fig. 3.)

Wir erfahren auch einiges über die Baugeschichte dieses Hauses. Wir lesen, daß eine landesfürstliche Kommission mit Hans Tscherte an der Spitze am 12. Mai 1524 einen Vertrag mit dem Meister Antonio (de Spazio) und mit dem Maurermeister Pangrazio von Mailand wegen des Mauerwerkes, einen anderen Vertrag mit dem welschen Maurermeister Francisco (da Pozo), ebenfalls einem Mailänder, wegen der Wölbungen, wegen des Tünchens, wegen der Fenster und Türen zu diesem Bau abschloß, und daß einem Pangrazio Zimmermann am 24. Mai 1524 die Arbeiten bei diesem Zeughaus angedingt wurden. Auch mit Leonhard Darr, Ziegelmeister in Schleinz, wurde ein Vertrag geschlossen. Im November desselben Jahres haben die Baumeister Michl Fröschl, Baumeister bei St. Stephan in Wien, und Hans Parz den vollendeten Bau besichtigt. Das Tor ist rundbogig; der Bogen bildet nahezu einen Halbkreis. Über den weit herausragenden, im Bogen eingezogenen Abwehrsteinen stehen drei Ornamentflächen: die innerste ist jene des Bogens, die Mittelfläche schrägt das äußere Eck ab, die dritte Fläche liegt an der Außenwand. Dieser letzte Teil hat über einen hohen Pokal, der einen mehrfach rechteckig umrahmten Löwenkopf und nach oben eine doppelte Platte als Grenze zeigt, einen flachen Pilaster; derselbe ist durch ein Medaillon mit einem Imperatorenkopf in zwei umrandete Flächen geteilt und zu unterst mit einem aufwärts, unter dem Kapitäl mit einem abwärts gerichteten halbkreisförmigen Blattfächer geschmückt; das Kapitäl stellt zwischen Blättern einen Stierkopf, darauf einen Engel dar, von dem nach jeder Seite ein Greif herausschreitet; über dem Abschluß ist in der Mitte noch ein Löwenkopf angebracht. Die Zusammenstellung soll offenbar an das alte Fabeltier erinnern, das getrennt in den Symbolen der vier Evangelisten wiederkehrt, wenn auch der Adler durch Greife ersetzt worden ist. Die schiefe Fläche steigt ohne Sockel bis nahe zur Höhe des Medaillons im Pilaster auf. Diesen Raum teilt sie in drei lange, umrandete Rechtecke, über denen eine Art Kapitäl sich erhebt, ionisch kanelliert, in der unteren Hälfte die Vertiefungen wieder mit Stäbchen ausgefüllt, dieses Gebilde abschließend mit der ionischen Eierschnur, über welcher eine einfache Platte den eigentlichen Rundbogen trägt. Dieser ist in kassettierte Rechtecke geteilt, in jedem ein geflügelter Engelskopf. Die Zwickel zu seiten des Bogens, die sich an den Pilaster angliedern, enthalten je in einem

¹⁾ Es ist beschrieben und abgebildet in den „Mitteilungen der k. k. Zentralkommission, XVIII. 1873, S. 275, 276.

Medaillon: der rechte einen Mannskopf, der linke einen Frauenkopf. Von den Medaillons laufen flatternde Bänder einwärts und abwärts in die Winkel. Die innerste Schmuckfläche bringt wieder Pilaster mit einem Kapitäl, gestaltet wie jenes in der Mittelfläche, auch in der Höhe wie jenes. Die Fläche darunter wird ebenfalls durch ein Medaillon in zwei Teile gegliedert und hat oben halbkreisförmig ein abwärts fallendes, unten ebenso ein aufwärts gerichtetes fächerförmiges Blattgebilde. Die Medaillons bilden ein geflammtes Rad, sind jedoch verschieden gestaltet. Der eigentliche Bogen zerfällt wieder in Rechtecke, die mit Akanthusblättern, von einer Knospe nach vier Seiten auslaufend, geschmückt sind.

Über dem dreigliedrigen Architrav liegt ein breiter Fries, der folgende Inschrift ausweist:

FERDINANDVS · PHILLIPI · HISPANIARVM · ET IOANNE · REG ·
F · NEPOS · MAXIMILIANI · CAES · AVG · AC · FERDINANDI ·
SENIORIS · REGIS · CATOLICI · FRATER · GERMANVS · CAROLI ·
V · IMP · PRI · CEPS · AC · INFANS · HISPANIARVM · ARCHIDVX ·
AVSTRIE · ZC · HOC · ARMAMETARIVM · OB · PATRIE · TVIC ·
IONEM · IN · HOSTIVM · TERROREM · E · FVNDAMENTIS · EX-
TRVEBAT · ANNO · A · NATO · IESV · M · D · XXIII.

d. i. Ferdinand, der Sohn Philipps von Spanien und der Königin Johanna, der Enkel Kaiser Maximilians und Ferdinands des Älteren, des Katholischen, der leibliche Bruder Kaiser Karls des Fünften, Fürst, Infant von Spanien, Erzherzog von Österreich etc. erbaute dieses Zeughaus zum Schutze des Vaterlandes und zum Schreck für die Feinde vom Grunde aus, im Jahre nach Christi Geburt 1524.

Zu seiten über den äußeren Pilastern ist je ein Wappen, von einem Engel gehalten: rechts der österreichische Bindenschild, links das Wappen von Westösterreich (??). Über dem Fries leitet eine zarte Zahnung und die ionische Eierschnur zum Giebel. In demselben erblicken wir in Farben das kombinierte österreichisch-spanisch-burgundische Wappen in einem Schilde, der von zwei Greifen, über dem Schilde ruht die Krone, die von einem Engel gehalten wird. An den Giebelseiten zeigt sich wieder die feine Zahnung und die Eierschnur. Der abschließende Steinbalken ragt zum Schutze ziemlich stark hervor.

Das kleinere Tor des Zeughauses in der Neunkirchnerstraße unterscheidet sich von dem besprochenen hauptsächlich dadurch, daß es keinen Giebel besitzt, sondern mit einem starken Steinbalken über dem Fries abschließt. Die ornamentierten Flächen zu beiden Seiten des Rundbogentores sind beschränkt worden: die Innenfläche ist ganz schmucklos, auf den Abwehrsteinen erhebt sich ein Pfeiler, der am Beginne des eigentlichen Bogens nur eine hervorstehende Platte anbringt. Die Ecke ist nicht abgeschrägt, und am inneren Teil der Außenseite desselben ragt die gleiche Platte hervor. Der Bogen über derselben ist der Breite nach dreigliedrig geteilt, die Mittelfläche vertieft; ebenso zerfällt er der Länge nach in drei umrandete Felder. Die Zwickel über dem Bogen beginnen die reichere Ornamentik. Sie stellen ein Akanthusblattgebilde dar, das von einem Mittelpunkte nach drei Seiten ausläuft. Der reichere Schmuck tritt nun auch an dem äußersten Rande des Tores hervor, der wie auf dem Burgplatz mit zwei Pilastern besetzt ist. Aber dieselben weisen zunächst keine Sockel auf, laufen auch ohne Unterbrechung bis zu den Kapitälern fort. Sie sind kanelliert, und die drei Rinnen sind im unteren Drittel mit Stäben ausgefüllt und enden in einem korinthischen Kapitäl, das den gegliederten Architrav trägt. Der Fries über diesem zeigt



Fig. 4. Zeughausportal.

die gleiche Inschrift wie jener auf der Hauptseite des Baues.¹⁾ Doch ist hier die Inschrift horizontal geteilt, indem sich zwischen links und rechts ein Medaillon mit dem österreichischen Bindenschild einschiebt, das von zwei Engeln gehalten wird. Dagegen fehlen die Wappen an den Außenseiten.

Der Erker, dessen wir oben gedacht haben, hat mehrere Brüder an anderen Häusern aus derselben Zeit. Diese Erker werden zumeist getragen von gerundeten, ein-, zwei-, auch dreimal übereinander immer weiter herausragenden Steinleisten, sind allseitig mit Fenstern versehen und gewähren somit einen Ausblick nach allen vorbeiziehenden Gassen. Von diesen Erkern wollen wir vorerst zwei vorführen, die noch die Erinnerungen an die Spätgotik an sich tragen. Es ist ein der Kreisform sich nähernder Erker an dem Hause des Peter Vink²⁾ und ein anderer in dem Hause des Thomas Auer.³⁾ Beide sind vieleckig, nähern sich der Kreisform, haben auch eine ganz eigene Basis, und es ist namentlich der Bau des Peter Vink aus den allerersten Jahren des 16. Jahrhunderts. In der Zeit der Entstehung dem Zeughauserker nahekommend, sind die Erker am Hause des Sebastian Mannshertz⁴⁾, jener am Hause des Hans Kresztissen,⁵⁾ der dasselbe durch „königlichen Gutbrief“ 1523 erhalten hat, beide in unmittelbarer Nähe; daran schließt sich jener am Hause des Pfarrers von Zemendorf.⁶⁾ Auch das jetzige Rösselwirthshaus, das damals zu einem Rathause hergestellt wurde, hat an der Nordwestecke einen ähnlichen Erker in möglichst einfacher Form angebracht. Aus wenig späterer Zeit datiert der Erker an dem Hause des Vinzenz Kalchgruber,⁷⁾ sowie jener am Hause des Stephan Sibenbürger.⁸⁾ Bis in die Nähe der Jahrhundertwende reicht der einfache Erker am Hause des Peter Vink⁹⁾ zurück, das Haus, das auch noch einen Laubengang besitzt.

Vornehmer hat das Benefiziatenhaus des Marienaltars vorn im Chor, auf dem Pfarrplatze gelegen,¹⁰⁾ diese Erkerfrage gelöst: anstatt der Abschrägung hat es die Enden der freien Nord- und Westseite im ersten Stock über das Erdgeschoß hinausgeschoben.

Die Anbringung dieser Art Erker setzt ein Eckhaus voraus. Häuser inmitten eines längeren Häuserblocks haben öfter den Erker in die Nähe des Endrandes gerückt; so in dem Hause des Lienhard Häckl,¹¹⁾ in einem Hause am Nordende des alten Renthofs;¹²⁾ auch in dem Hause des Hans Hohenkircher,¹³⁾ trotzdem wir hier ein Eckhaus vor uns haben. Einfach, aber sehr sorgfältig und schön gearbeitet ist der Erker eines Hauses in der Wienerstraße,¹⁴⁾ wogegen ein anderer in der Rosengasse¹⁵⁾ ziemlich grobe Formen zeigt. Besonders stattlich tritt dieser Herausbau in dem Hause des Lebzelters Blasius Gräsl in der Bahngasse¹⁶⁾ hervor, da derselbe im Erdgeschoß beginnt, im Grund und Boden wurzelt. Das Haus des Abraham Kreuzinger¹⁷⁾

1) Mit Ausnahme von zwei oder drei Buchstaben.

2) Hauptplatz 7.

3) Keßlergasse 8.

4) Bahngasse 2.

5) Burgplatz 3.

6) Keßlergasse 5.

7) Hauptplatz 34.

8) Herrengasse 8.

9) Wienerstraße 1.

10) Pfarrplatz 12.

11) Herzog Leopoldstraße 20.

12) Pognergasse 18.

13) Brottschgasse 8.

14) Wienerstraße 26.

15) Rosengasse 4 (Zacharias Joilmaweg 13).

16) Bahngasse 16.

17) Lange Gasse 15.

bietet ein ähnlich gestaltetes Gebilde. Eine bescheidenere Nachbildung dieses Erkers auf zwei Pfeilern erblicken wir an dem Hause des Organisten Ruprecht Steuber.¹⁾ Die Gestaltung gehört der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts an. Das Haus des Hans Strobl²⁾ läßt den größeren Teil des ersten Stockes über das Erdgeschoß hervorragen, ja im Hause des Schneiders Michl Kirchmayr³⁾ tritt das ganze Stockwerk auf abgerundeten dicken Steinbalken weit über den ebenerdigen Bau hinaus.

Auch das südwestliche Eckhaus der Pognergasse und Deutschgasse hat einen solchen Erker aus der Frührenaissance.⁴⁾ Am Eckhause der Brottischgasse und Langen Gasse ist ein besonders schön gearbeiteter Erker sichtbar,⁵⁾ der auch der ersten Zeit des 16. Jahrhunderts angehört, jedoch nicht für das Eck, sondern für die Hauptseite des Hauses gestaltet ist.

Etwas später, doch noch in unserer Epoche, stellte man diese Erker immer auf eigene Füße, die aber gewöhnlich ganz einfach, pfeilerartig gehalten sind. Ein Haus in der Ungargasse⁶⁾ läßt die Mitte ganz ungegliedert und ungeschmückt hervortreten, so daß von einem Erker keine Rede mehr ist.

Ein und das andere Baudenkmal ist wohl den wiederholten großen Bränden zum Opfer gefallen.

Anspruchslos und weniger bedeutend sind die steinernen Balkenträger, wie sie sich in manchen Höfen und Häusern finden. Der schönste Steinbalkon zeigt sich uns im Hause des Stephan Geinberger, Magister in der Arznei.⁷⁾ Ein altes Bürgerhaus mit abgestuftem Giebel hat sich im Kapuziner- viertel erhalten: es ist das Haus des Hans Mändel, das gleichfalls seinen Ursprung in das 16. Jahrhundert zurückleiten dürfte.

Eines Privatbaues muß noch gedacht werden, der einen besonders schönen Renaissancehof aufweist. Das Haus steht auf dem Hauptplatze in der nordöstlichen Häuserreihe,⁸⁾ (Fig. 5) die allein noch die zusammenhängenden Laubengänge aufweist. Es war 1535 bis 1574 mit dem rückwärtigen Teil Eigentum des kaiserlichen Zeugwarts Christoph Schnepberger, und der Hof verdankt wohl auch diesem Besitzer sein Entstehen. Zwei Stockwerke übereinander ziehen durch diesen Hof reichgeschmückte, schöne Arkaden.

Von den Bauten der Stadtgemeinde wollen wir noch das Rathaus und dessen Herstellung etwas näher betrachten. Das alte Rathaus dürfte noch aus den letzten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts stammen, ist gewiß nicht vor der Entstehung des Bürgermeisteramtes errichtet worden: es war sicher nicht zu prächtig, nicht zu solid. Im Jahre 1566 erhielt der Stadtbaumeister Antonio Woller den Auftrag, den alten Rathausturm, der auf dem Hauptplatze stand, gänzlich abzutragen, wofür ihm 90 Gulden bezahlt wurden. Der Neubau des ganzen Hauses mag wohl schon geplant gewesen sein; es kam jedoch erst nach langen Jahren dazu. Noch im Jahre 1574 besserte Antonio an den alten Fenstern, Dachrinnen u. dgl., und zum Neubau kam er überhaupt nicht mehr. Denn dieser begann erst im Jahre 1587, dem Todesjahre des Anton Woller. Sein Nachfolger war der Steinmetz Marx Pagamin, der auch die Steinmetzarbeit zum Bau des Bürgerspitals geliefert hatte. Er stellte diesen Hauptturm rückwärts her, ein massiges Werk, sechsseitig, mit riesigen Spitzbogengiebeln, das im Jahre 1590 vollendet wurde. Die Arbeiten im

1) Bahngasse 4.

2) Brottischgasse 28.

3) Keßlergasse 4.

4) Pognergasse 23.

5) Brottischgasse 8.

6) Ungargasse 15.

7) Neunkirchnerstraße 9.

8) Hauptplatz 18.



Fig. 5. Nordostfront des Hauptplatzes.

Innern dauern indes noch drei Jahre fort. Mit dem Weiterbau haben wir uns erst in der nächsten Epoche zu beschäftigen.

Es soll auch der Restaurierung der Spinnerin in unserem Zeitraume gedacht werden, wenn es auch nur eine Wiederherstellungsarbeit ist. Die Künstler haben eben auch frei geschaffen, freilich gegen den Geist des Bestehenden. Wegen des argen Zustandes des nach allen Seiten freistehenden Denkmals schloß der Rat mit dem italienischen Steinmetzmeister Franz Solari und dessen Sohn Karl, ebenfalls Steinmetz, und zwar nach deren eigenem wiederholten Ansuchen und Anerbieten ein Übereinkommen, auf Grund dessen beide die vollständige Renovierung der Denksäule um den Preis von 100 Gulden auf sich nahmen. Eisen, Blei, Holz für das Gerüst soll die Stadt beistellen. Die Herstellung war in der Hauptsache im Herbst des nächsten Jahres 1588 beendet.

Der Rat zahlte unterdes 80 Gulden; denn die Figuren seien noch nicht alle ganz zugerichtet, ferner müsse das Kreuz noch abgeputzt (abgerieben und geweißigt) (!) werden. Der letzte Auftrag wird glücklicherweise nicht wiederholt. Des Abputzens weigern sich die Solari; dies sei Sache des Maurers, so daß der Rat droht, diese Arbeit auf Kosten der Künstler durch jemand anderen machen zu lassen. In der Tat überträgt der Rat die Arbeit des Abreibens der Spinnerin noch im Jahre 1588 dem Maurer Bartholomäus Kropf, der dafür 25 Gulden bekommt. An Solari denkt der Rat nicht mehr. Daher richtet Franz Solari im Jahre 1591 eine Eingabe an Erzherzog Ernst wegen Nachzahlung von 20 Gulden für die Arbeiten an der Spinnerin, während der Rat seinerseits auf die Rückzahlung von 5 Gulden von Solari Anspruch macht. Der Befehl Rudolfs II., nach Gebühr und Billigkeit zu handeln, hat wohl Gehör gefunden. Die Streitenden haben sich bald geeinigt. Es ist von der Sache nicht mehr die Rede. Bemerkt muß schließlich werden, daß die Restaurierung der Säule durch die Italiener nicht gut ausfiel. Aus einigen noch in unserer Zeit erhaltenen Resten ergibt sich, daß sie in die Gotik hinein durchaus Renaissanceformen schufen!

Aus dem Gebiete der Steinbildnerei müssen wir noch den Bemerkungen über einige Grabmonumente Platz gönnen, von denen die Hauptpfarrkirche mehrere schöne Stücke aufweist. Da stoßen wir im Querschiff, ganz rechts¹⁾ neben der Tür, auf das Grabmal des Bischofs Dietrich Crammer (Fig. 6) von gesprenkeltem Marmor. Die schöne, tief eingemeißelte Gestalt im vollen Bischofsornat füllt den Stein aus. Zu Füßen lesen wir zwischen seinem Wappen und jenem des Bistums „Bischoff Dyetherich“. Wir reihen diesem Denkmal einen zweiten bischöflichen Grabstein an, jenen des Gregor Angerer (Fig. 7) aus rotem Marmor, der im linken Seitenschiff am ersten Pfeiler steht. Er ist einer der schönsten, gewiß der reichhaltigste der ganzen Kirche. Er stellt wieder die Gestalt des Dahingeshiedenen im Ornat dar und zeigt zu Füßen links des Bischofs eigenes, und rechts das Wappen des Bistums. Das Eigentümlichste an dem Stein sind die inhaltreichen lateinischen Inschriften, die wohl verdienen festgehalten zu werden, da sie über das Wesen dieses Seelenhirten Aufschluß geben. Eine Tafel auf dem Stein über dem eigentlichen Grabmale berichtet: „Noch lebend und kräftig, habe ich mir dieses Haus errichtet, in welches mich nach meinem Ableben die Nachkommenden sanft bestatten mögen. Dem Toten — mögest du immer wohlbehalten sein! — füge keine Beleidigung zu, die auch ich mit meinem Willen niemandem angetan habe.“²⁾ Hierauf folgen Mitteilungen aus seinem

¹⁾ Lage und Zählung gehen immer vom Hochaltar aus.

²⁾ *Vivus valensque hanc æternam michi domum posui in quam post vitam me placidi posterii componerunt. Mortuo — (sic semper bene vivas) ne feceris injuriam, quam ego certe volens feci nemini.*

Leben: „Ich bin Gregor Angerer, einst beider Rechte Doktor, auch Bischof zu Neustadt und Propst von Brixen. Wien, Österreich, war mir das angenehmste Heim. Meiner haben sich Kaiser Maximilian und König Ferdinand, sein Enkel, immer bei den bedeutendsten Beratungen bedient. Sie haben mich auch in den wichtigsten Angelegenheiten als Gesandten verwendet, und immer bin ich gut verrichteter Sache zurückgekehrt. Die Guten haben mich geliebt, um die Bösen kümmere ich mich nicht. Nun hast du erfahren, wer ich bin. Gehe (ich bitte!) sei glücklich, trachte, daß du dich selber aufs beste kennen lernst, lebe wohl!

Errichtet im Jahre 1540.⁽¹⁾

Nach dem Tode des Bischofs wurde die Inschrift dann mit den Worten beendet: „Er lebte 71 Jahre 3 Monate 5 Tage und starb im Jahre 1540 am 2. April.“⁽²⁾ Über dem Haupte des Toten zeigt sich uns noch ein belehrendes Distichon:

Certa dies nulli est, mors certa incerta sequentum.

Cura locet tumulum, qui sapit, ante sibi.

Sicher der Tod, unsicher der Tag, unsicher was folget.

Weise besorgst du das Grab, ehe das Geschick dich ereilt!

Und auf dem Rande ringsum steht: „Ich glaube, daß mein Erlöser lebt, und daß ich am jüngsten Tage von der Erde auferstehen werde, daß meine Gebeine erneuert werden, und daß ich in meinem Fleische Gott meinen Heilmacher sehen werde. Im Jahre des Herrn 1539.“⁽³⁾

In der weiteren Aufzählung der Zeitreihe nachgehend, kommen wir zu dem Grabdenkmal des Georg von Wolfenreuth, der uns mehrfach bekannt geworden ist, und seiner Frau. Es ist am zweiten Pfeiler des linken Seitenschiffes. Die Inschrift bezieht sich nur auf den Ritter Georg, der im Jahre 1548 gestorben ist. Das Relief stellt Christus am Kreuze dar, zu beiden Seiten knieend einen Ritter und eine Frau, die daselbst Begrabenen.

Im rechten Seitenschiff treffen wir an dem ersten Pfeiler den Grabstein des Bürgers Hans Jöpl aus dem Jahre 1563: ein großes Rechteck mit weit zurücktretender Tafel, die oben mit einem phantastischen Kopfe gekrönt ist. Sie enthält das Wappen des Dahingeshiedenen, darüber eine deutsche, darunter eine lateinische Inschrift.

An dem letzten Pfeiler des rechten Seitenschiffes zeigt ein Grabmal von rotem Marmor eine Rittergestalt, überlebensgroß, die Fahne des deutschen Ordens. Es ist der Stein des Deutschordenskomturs Gabriel Kreytzer aus dem Jahre 1569, ein gutes Stück. Am sechsten Pfeiler des linken Seitenschiffes finden wir den Grabstein eines Ritters, dessen Geschlecht mit der Geschichte der Stadt in Verbindung tritt. Es ist roter Marmor, der eine gepanzerte ritterliche Gestalt in tiefer Ausarbeitung zeigt, eine Fahne haltend, links zu Füßen das Wappen; Helm, Handschuhe und Schild liegen unterhalb in einem ganz flachen Relief. Das Denkmal ist aus dem Jahre 1574⁽⁴⁾ und die Umschrift nennt uns Herrn „Wolff Konradt von Pöbnitz und Weitersfelden“.

¹⁾ Sum Gregorius Angerer juris utriusque quondam doctor, tum episcopus Noue civitatis et Brixinensis præpositus. Vienna Austria michi patria erat dulcissima; me Maximilianus Cæsar et Ferdinandus rex nepos usi sunt semper in maximis consiliis, Legatum miserunt et in rebus maximis et re bene salva semper domum redii. Amaverunt me boni malos nichil moror. Num qui fuerim nosti atque abi(rogo) felix, teque ipsum ut noscas optime cura et vale. Posuit anno MDXXXX.

²⁾ Vixit annos LXXI menses III dies quinque. o. anno XLVIII mens. Apr. die secunda.

³⁾ Credo quod redemptor meus vivit et in novissimo die de terra surrecturus sum et renovabuntur denuo ossa mea et in carne mea videbo Deum Sanctificatorem meum Anno Dni MDXXXVIII.

⁴⁾ Dem Denkmal fehlt der untere Rand, der wahrscheinlich irgendeinmal irgendeinem Raumbedürfnisse weichen mußte. Auf diesem Rande stand die Jahreszahl, die jedoch Duellius noch gesehen und aufgezeichnet hat.



Fig. 6. Grabmal des Dietrich Crammer.



Fig. 7. Grabmal des Gregor Angerer.



Fig. 8. Grabmal des Wolf Kellner.

Eine weiße Sandsteinplatte am letzten Pfeiler des rechten Seitenschiffes mit Wappen, Totenkopf und Sanduhr bildet das Grabdenkmal des Ratsherrn Ludwig Wilhelm Kaich, der aus Freiburg im Breisgau eingewandert war und 1578 starb. Aus demselben Jahre stammen zwei Grabsteine des kaiserlichen Rentmeisters Wolf Kellner: den einen sehen wir in dem Anbau vor dem Eingang in das linke Seitenschiff, den zweiten an der rechten Seite neben der Mitte des Querschiffes. Der Stein in der Vorhalle bildet die kräftige Gestalt in betender Stellung, mit Barett und Mantel bekleidet; rechts zu Füßen erblicken wir sein Wappen. Außer der Grabinschrift lesen wir in der rechten oberen Ecke: „Ich lig und schlaß und erwach, dann der Herr erhebt mich. Psalm 4.“ Die Perle aller Denkmale der Hauptpfarrkirche ist der zweite Grabstein, der als Deckstein der Gruft der ganzen Familie Kellner gedacht war. (Fig. 8.) Das Grabmal hat zwei Plastiken: die Auferstehung der Toten, von einer Meisterhand, wahrscheinlich eines Italieners. Unten knieten die Gestalten der Familie Kellner, der Mann, die Frau Katharina, geb. Puschmann, und Kinder; die Wappen bestätigen dies. Oben in den Lüften schweben Engelsköpfe, links Gott Vater. In einem Medaillon darüber, von der vorigen Darstellung durch einen Spruch geschieden, erblicken wir eine ebenso vollendete Auferstehung Christi. Der Spruch zwischen den Reliefs ist aus Hesekiel: „So spricht der Herr: Sieh, ich will eure Gräber aufthun und will auch mein Volk aus denselben herausholen; und sollt erfahren, daß ich der Herr bin!“ Die Grabschrift belehrt uns, daß Wolf Kellner am 28. Mai 1578, seine Frau am 27. September 1574 gestorben ist.

In der Neuklosterkirche sind vor allem die Gräber der Äbte zu berücksichtigen. Diese liegen vor dem Chor und sind ganz einfach: Rechtecke mit Inschrift und dem Wappen darunter. Ebenso einfach ist auch ein Grabstein vor dem Hochaltar des Rates Ferdinands I. Christophorus Castilegius, eines Spaniers, der im Jahre 1550 zu Wien starb. Außerdem kommen noch in Betracht zwei Grabsteine aus rotem Marmor, einer an der linken, der andere an der rechten Seitenwand stehend; ersterer gilt der Frau Veronika, des Christoph von Wolfgang, dann des Christoph von Thun Witwe, geborene von Neydeck, die im Jahre 1541 gestorben. Der Stein, der ein großes Rechteck bildet, ist sehr einfach; er zerfällt in zwei Teile: der obere ist für die Inschrift, die untere Hälfte ist von einem riesigen Medaillon ausgefüllt, welches die betreffenden drei Wappen enthält. Der Grabstein gegenüber nennt die Frau Engelburg geb. von Puchhaimb, Gemahlin des Jakob von der Dürr, gestorben 1548, mit der auch ihr Kind Görg beerdigt ist. Der große Stein trägt die vollständige, stehende, betende Frau, das Gesicht von oben und von unten halb verhüllt; rechts und links zu Füßen die zwei Wappen.

Wir haben nun noch ein Grabdenkmal an der linken Seitenwand aus rötlichgrauem Sandstein anzuführen, jenes der 1574 gestorbenen Ursula Imrucker zum Neuhorst, geb. Wurmprandt. Das Denkmal ist überreich gehalten. Es steht wie manche Erker an Bürgerhäusern mit zwei Pfeilerfüßen auf dem Boden auf. Den Mittelpunkt des Ganzen bildet ein rechteckiges Relieffeld, darauf Christus am Kreuze, zu dessen Fuße links die Dahingeschiedene kniet. Rechts neben ihr sehen wir die zwei Wappen. Die übrige Bildfläche wird nur durch drei kleine fliegende Engel belebt. Der Architrav über dem Relief wird von je einer seitlichen Karyatide getragen, außerhalb deren noch Engelsgestalten schweben. Über dem Relief ist eine Schrifttafel und über dieser, auf einem Engelskopfe aufstehend, ein Medaillon mit der Auferstehung des Heilandes; neben und über demselben schließen drei Engel¹⁾ das ganze Gebilde ab. Unter dem Relieffelde ist die eigentliche

1) Sehr beschädigt.

Grabschrift auf einer Marmorplatte, beiderseits unter den Karyatiden ein Löwenkopf mit einem Ring in der Schnauze. Unter dieser Platte unter dem schneckenförmigen, einen Engelskopf einfassenden Ausläufer des Steines sagt uns noch eine herabhängende Tafel, daß der Bruder der Verstorbenen, Hieronymus von Wurmprandt, der Schwester dieses Grabmal hat machen lassen.

Von den Holzschnitzereien der ersten Zeit der Wiedergeburt der antiken Kunst können wir nicht viel sagen. Von den Gemeindebauten und -anstalten läßt sich aus jenen Tagen nichts Wesentliches vorführen, und auch der Privatbesitz allfälliger alter Schnitzwerke ist infolge der zahlreichen großen Brände verschwunden. Ähnlich ist es mit der Wandmalerei. Wir wissen,



Fig. 9. Madonnenbild.

daß das Rathaus in der Neunkirchnerstraße, das Haus „zum roten Rössel“ über den Fenstern des ersten Stockes mit Gemälden bedeckt war. Es ist alles zerstört und übertüncht. Kleinigkeiten, die wieder aufgedeckt wurden, lassen keinen Schluß auf das Ganze zu.

Von den einzelnen Bildern sei auf eine Madonna, Brustbild, mit dem Christuskinde aufmerksam gemacht, das eine schöne Nummer des Stadtmuseums bildet. (Fig. 9.) Es ist nicht weit vom Jahre 1500 entstanden, wahrscheinlich von einem heimischen Maler, der jedoch Italien gesehen hat. Das Christuskind, links stehend, erinnert an Holbein, die Gewandung der Gottesmutter, rot und orange, weist auf die lombardische Schule hin.

Eine Anzahl von Ölgemälden aus dem 16. Jahrhundert besitzt auch das Museum des Neuklosters. Freilich ist es auch hier schwer festzustellen, ob es Werke

von Neustädter Künstlern sind, da eben zum großen Teil die Unterzeichnung fehlt. Wohl ist es denkbar, sogar sehr wahrscheinlich, daß in den Mauern des Neuklosters hier wie in anderen Klöstern kunstsinnige und kunstgewandte Männer lebten und tätig waren, wie wir in der nächsten Periode von einem Abte wissen; aber es läßt sich dies auch aus den Archivalien des Stiftes nicht feststellen.

Die Sammlung des Neuklosters hat noch schöne Glasmalereien aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts; aber es ist zweifelhaft, ob dieselben in unserer Stadt entstanden sind. Bei dem Christus am Kreuze mit der Aufschrift: *Commendatore almanarum — — provincialis totius 1524* könnte man noch an einen hiesigen Künstler, vielleicht an einen Ordensgenossen denken; bei einem anderen Wappenbilde schließt schon die Aufschrift selbst eine heimische Entstehung aus.¹⁾

Und hier wollen wir einer Denkwürdigkeit Raum geben: In dem Inventar, das über die Verlassenschaft nach dem Tode Erzherzog Maximilians III. in der

¹⁾ Lienhard Messing Katherina Fausterin sin husfrow.

Burg von Wiener Neustadt aufgenommen wurde, finden wir auch verzeichnet: „Ein Altar Tafel mit unser lieben Frauen, von Kaiser Maximiliano primo vom Albrecht Thürer (Dürer) copiert, samt einem verguldeten und gemalten Gefäß.“ Gehört dies sicher unserer Zeit an, so läßt sich die Wahrscheinlichkeit aussprechen, daß auch „zwo größere und ein kleinere Moscovitische Tafel“ in diese Jahre fallen. Auch ein Altar mit doppelten Flügeln, gemalt, von oben nach unten die heilige Dreifaltigkeit, alle Heiligen, die geistliche und weltliche Obrigkeit und das letzte Abendmahl dargestellt enthaltend, könnte aus dieser Epoche sein. Auch die 38 Tapezierereien: 8 Früchte des Krieges, 8 Fabeln Ovids, 8 Bilder zur Geschichte Jakobs, 8 zur Geschichte Moses', 6 zur Geschichte König Davids atmen vielleicht den Geist unserer Periode. Gewiß gehören auch noch andere Gegenstände dieses Inventars hieher; allein da dieselben nicht mehr vorhanden, läßt sich darüber kein Urteil abgeben.

Im Jahre 1568 wird ein Gemälde am Niklasturm neben einigen Vergoldungen erwähnt: des Philipp Rötzingers, der hier sonst nicht genannt wird. Es ist mit der Kapelle verschwunden.

Das Stadtmuseum hat einige Glasgemälde aus dem Ende unserer Periode, wo statt des gebrannten Glases das Aufschmelzen des Gemäldes auftritt. Es gereicht die neue Methode zu großem Vorteil für die Gestaltung, jedoch zum Nachteil für den Bestand des Bildes. Es sind drei Medaillons zu 25 cm Durchmesser, Szenen aus dem Leiden Christi darstellend. Wohl ist es auch von diesen Gemälden sehr fraglich, ob sie der heimischen Kunst angehören; da sie aber (neben elf anderen) in den Rathausfenstern waren, möge ihre Beschreibung hier Platz finden. (Fig. 10.) Ihre Einsetzung ist wohl erst später erfolgt.¹⁾ Jedes Medaillon hat eine inhaltliche Umschrift in Antiquamajuskeln. Das erste Medaillon sagt: CHRISTVS TREGT SEIN CREVTZ AVS IERUSALEM AN BERG CALVARIÆ 1577. Es zeigt außer dem kreuztragenden Christus fünf Personen, die den Heiland schlagen, links zwei Personen, von denen eine (Simeon) das Kreuz tragen hilft; wieder links kommen aus einem Bau vier Personen, darunter zwei weinende Frauen und ein tröstender Mann. Das zweite Medaillon läßt uns lesen: CHRISTVS WIRT VERSPOT (der Rest teilweise zerstört), mit einer Dornenkrone gekrönt MDLXXX: zwei Männer drücken dem Erlöser die Dornenkrone auf das Haupt; noch mehrere einzelne Personen sind auf dem Bilde. Im Hintergrunde sieht man durch ein Fenster auf eine gebirgige Landschaft. Im dritten Medaillon verkündet die Umschrift (Jose)PH LEGT DEN LEIB CHRISTI IN SEINEW G(rub), GEHAWEN IN EIN FELSEN. Unten fehlt ein Stück. Links ist ein Felsen, darauf die drei Kreuze, rechts ein Felsen, dazwischen der Blick auf eine flache Landschaft; vorn das Grab, rechts davon Josef von Arimathäa, außerdem sechs Personen, die Christus ins Grab legen. Die Komposition ist vorzüglich; die Farben sind außer dem Glasgrund nur gelb und dunkelbraun und bringen für den ernsten Gegenstand eine sehr gute Wirkung hervor.

Damals hatte die Bemalung der Häuser an der Außenseite einen großen Umfang angenommen, und die bemittelten Bürger versahen ihr Haus mit Fresken und anderen Gemälden. Leider haben nachfolgende Brände die Zerstörung dieses Schmuckes verursacht. Die verletzten Bilder wurden über-tüncht. Hie und da wird noch ein Stückchen dieser alten Kunst wieder aufgedeckt, freilich aber dadurch in einen Zustand versetzt, der ein Urteil über den Wert des Geschaffenen beinahe unmöglich macht.²⁾

¹⁾ Siehe unten.

²⁾ Ein Bild an dem nördlichen Eckhause der Bahngasse und Neunkirchnerstraße wurde möglichst wieder überweißt; und so sind auch gewiß die Außenseiten anderer Bürgerhäuser aus dem 16. Jahrhundert mit Gemälden geziert gewesen, die leider durch die Unbilden der Zeit zerstört wurden.

Wir treten an die Meister der Goldschmiedekunst heran und stoßen dabei auf eine stattliche Reihe von Namen, erfahren jedoch sehr wenig von ihrer Arbeit; und die erhaltenen Stücke ihres Schaffens liefern ebenfalls die denkbar magerste Ausbeute. Aus der vorigen Periode reicht Erasmus Möstl herüber, dessen noch im Jahre 1527 Erwähnung getan wird; ebenso Erasmus Schreiner, der die Witwe des Achaz Hofsteger heiratet. Sein erheiratetes Haus liegt im Frauenviertel hinter der Pfarrkirche, in der Nähe des Friedhofes. Er wird noch in späteren Jahren, sogar einmal noch 1542 erwähnt. Bartelme Göbl kommt mit seiner Frau Magdalena im Jahre 1511 in Gewehr eines Hauses in der inneren Neugasse, das sie von Alexius Funk erkaufte haben. Göbl lebte in finanziell ungünstigen Verhältnissen. 1515 heißt es, daß er in der Stadt nicht anwesend, daß das Haus baufällig sei. Es wird daher vom Bürgermeister verkauft. Uz Raffensburger (auch bloß Votz genannt) wird von 1530 an wiederholt erwähnt. Im Jahre 1533 erwirbt er mit seiner Frau Dorothea im Deutschherrenviertel ein Haus in der inneren Wienerstraße, das 1544 geschätzt wird, auch wegen Schulden des Besitzers. Er ist schon in demselben Jahre gestorben. Sein Haus fällt an seine zweite Frau Anna. Hans Heubler wird das erstemal 1533 als Besitzer eines Hauses in der inneren Wienerstraße erwähnt. Mitbesitzerin ist seine Frau Agnes. Nach deren Tode heiratet er Frau Brigitta, 1539; im Jahre 1540 wird er schon als verstorben genannt. Stephan Spickl, Inwohner, wird von 1543 an als bürgerlicher Goldschmied öfter erwähnt; er wird in diesem Jahre mit seiner Frau Dorothea an ein Viertelhaus im Deutschherrenviertel angeschrieben (21. September); 1544 macht er eine Forderung von Goldschmied Raffensburger aus dessen Nachlaß geltend. Sein Todestag fällt vor den 9. Juni 1551. Es wird später festgestellt, daß er viel Schulden hinterlassen. Stephan Spickl der Jüngere, sein Sohn, trieb gleichfalls das Goldschmiedehandwerk; er kommt in Besitz des väterlichen Hauses. Da er 7. Mai 1571 auf seine Bitte eine „Fürschrift“ nach Znaim erhält, hat er wohl seine Vaterstadt verlassen. Die Witwe des älteren Spickl heiratet den Goldschmied Zacharias Wendeler, starb jedoch bald, und schon am 4. Mai 1554 ist Zacharias mit einer Frau Sofrona vermählt. Im Jahre 1555 ist er wohl einer Arbeit wegen in Hartberg, kehrt jedoch nach Neustadt zurück. Auch Wendeler war in sehr mißlichen Verhältnissen. Er wurde zwar am 16. September 1558 Eigentümer eines halben Hauses in der „inneren Wienerstraße“, das teils von seiner ersten Frau Dorothea, teils von seinem Stiefsohne Stephan Spickl durch Ablösung auf einen Spruch des Rates an ihn kam; aber an demselben Tage mußte er den Besitz an seine Gläubiger verkaufen. Der Name Meichsner ist bei den Goldschmieden wieder ein paarmal vertreten. Meichsner Kaspar wird schon um das Jahr 1544 erwähnt; er starb im Jahre 1565. In derselben Zeit wird ein Kaspar Meichsner der Jüngere genannt. Kaspars des älteren Witwe Katharina heiratete den Goldschmied Georg Sella, der aus Nürnberg eingewandert war. Durch Katharina kommt er 1565 in den Mitbesitz des Hauses in der inneren Wienerstraße, wozu das Ehepaar 1571 noch ein Haus in derselben Gasse kauft. Sellas Abgang von Nürnberg scheint nicht ganz glatt vor sich gegangen zu sein. Gewiß ist, daß er dort Schulden hinterlassen, daß mehrere Zuschriften von dort nach ihm fragten. Eine ganz sonderbare Sache spielt sich hier im Jahre 1568 ab. Georg und Katharina werden wegen eines „Handels“ peinlich verhört und erst am 28. Mai, nachdem sich ihre Unschuld ergeben, aus der Haft entlassen. Im Jahre 1570 ist Georg abermals in Haft: im März und noch im Juni werden Fürbitten für ihn eingelegt, ohne Erfolg. Es war auch nicht anders möglich, und Georg Sella verschwindet auf eigentümliche Weise aus dem Handwerk: da er auch im Gefängnis viel Mutwillen getrieben, mit des Gerichtsdieners Weib Ehebruch beging, Drohungen ausstieß, wird am 7. Juli 1570 das Urteil



Fig. 10. Die beiden Medaillons (Glasgemälde).

gefällt: er soll lebenslang in Eisen arbeiten! 1572 werden seinen Kindern Gerhaben bestellt.

Achaz Strasser, der 1561 als für die Gemeinde arbeitend genannt ist, also gewiß schon länger in der Stadt weilt: es werden ihm in diesem Jahre drei Gulden dafür angewiesen, daß er das Stadtwappen auf einen der Kaiserin zu widmenden Kopf „eingeschmelzt“ hat. Im nächsten Jahre kauft er bereits mit seiner Frau Magdalena ein Haus in der „inneren Neugasse“¹⁾ und 1568 abermals ein Haus im Frauenviertel am Fischmarkt.²⁾ 1574 erscheint er noch am 3. August als Gerhab, starb aber kurz darauf: am 9. Dezember wird Magdalena bereits als Witwe erwähnt.

Der Goldschmied Hans Wegele wird am 4. Februar 1567 als Inwohner aufgenommen. Seine Frau Katharina erbt 1578 von ihren Eltern einen Hausteil im Frauenviertel in der Neugasse, wozu die Eheleute am 27. Februar 1581 die anderen Teile des Hauses ablösen. Wir hören dann von ihm, daß er zu Anfang des Jahres 1582 verschiedenes Silberzeug, offenbar für seine Arbeiten, gekauft hat, und daß ihm die Bezahlung desselben Schwierigkeiten macht, was mehrere Mahnungen einträgt. 1584 bewirbt er sich neuerdings um Geld für einen Hauskauf; in derselben Zeit kommt er in Streit mit einem Bürger wegen zweier Ringe, die dieser von ihm zu fordern hat. Er ist wahrscheinlich zu Anfang des Jahres 1589 gestorben, da am 23. März jenes Jahres Gerhaben für seine Kinder bestimmt werden. Kilian Kienecker aus „Schirfling“ in Oberösterreich war im Jahre 1575 ein Goldschmiedegesell in der Wachtruppe für den gefangenen Sachsenherzog. Er wurde in diesem Jahre als Inwohner aufgenommen mit der Verpflichtung, binnen einem halben Jahre seine Stellung in der Custodi aufzugeben. Im nächsten Jahre erscheint er dann als Goldschmied Kilian Ecker. Seine Frau ist Barbara; er besitzt ein Haus neben dem Eckhaus in der Burggasse. Am 3. November 1580 beschwert er sich gegen die Goldschmiede von Baden, die ihn, den Fremden, zweimal unbillig aufgehalten; in demselben Jahre gestattet ihm der Rat, für eine Bezahlung von einem „Crabat“, von dem er kein Geld bekommen könne, Wein anzunehmen und hereinzuführen. Am 31. Juli 1582 heißt er bereits „weiland“. Er war plötzlich, und wohl schon bejahrt, in das Handwerk hereingekommen. Ähnlich scheint es mit Adam Jäger zu sein, der am 16. Februar 1576 beim Stadtrate ansucht, hier das Goldschmiedehandwerk ausüben zu dürfen. Die anderen Goldschmiede hier sind natürlich dagegen. Der Rat nimmt ihn wohl als Inwohner auf, jedoch mit Gültigkeit erst von dem Tage, an welchem er seinen Lehr- und Geburtsbrief vorlege; früher dürfe er auch das Handwerk nicht treiben. Als er wirklich seine Arbeit begonnen, werden gegen ihn manche Vorwürfe erhoben: er mache falsche Arbeit, er arbeite für andere Meister. Möglich, daß er als Eindringling nicht viel Arbeit bekam, und daß er dadurch verbittert war. Und er wird, nachdem seine Frau am 18. Mai 1581 einen Verweis erhalten, daß sie trotz mehrerer Vorladungen nicht beim Rate erscheine, am 23. Mai samt seiner Frau „ins Amthaus“ erkannt, da sie einen Ratsbefehl in den Kot geworfen. Er wird nicht weiter genannt, scheint die ihm so wenig geneigte Stadt verlassen zu haben. Von dem Goldschmiede Simon Posch, Inwohner, erfahren wir aus dem Jahre 1587, daß er mit der Familie Hausmann in Streit geriet. Es war nämlich der Goldschmied Christian Hausmann, der 1584 einmal genannt wird, in diesem Jahre gestorben. Sein Bruder Wolfgang Hausmann, ebenfalls Goldschmied und Soldat in der „sächsischen Guardi“, hatte dessen Arbeiten übernommen, hat aber einen offenen Laden, halte einen Lehrling, was abgestellt werden müßte. Er tritt in der nächsten Periode mehr hervor. Im Jahre 1589 wird dem Simon Posch

1) Gewehr vom 12. Juni.

2) Gewehr vom 15. Dezember.

auf seine Bitte ein Zimmer und eine Kammer im Stadthause in der Neunkirchnerstraße bewilligt. Im Jahre 1591 kommt er wieder mit dem Goldschmied Georg Pilling, dem wir in der nächsten Periode begegnen werden, wegen zwei Gesellen in Streit. Im selben Jahre stellt er an den Rat ein Ansuchen, daß er die Stadt verlassen dürfe: das wird bewilligt, sobald er alle seine Angelegenheiten geordnet haben werde. Ein Goldschmied Hieronymus Vischer, Frau Katharina, wird von 1586 an wiederholt genannt. Allerdings ist die erste Veranlassung hiezu eine Eingabe, in welcher das Ehepaar um einen Kridaanschlag bittet (23. Jänner 1586). Es haben sich 22 Gläubiger mit Forderungen von zusammen mehr als 160 Gulden, 125 Taler, 100 Lot Silber, 5 Goldgulden und verschiedenen Wertsachen (Gürteln, Borten u. dergl.) gemeldet. Bei den Gläubigern ist auch die Stadt selbst, sind Auswärtige (von Neunkirchen), ist ein anderer bedeutender Goldschmied. Der Rat bestellt eine Kommission und läßt die Krida am 11. August 1587 anschlagen. Vischer bittet um zwei Jahre Geduld mit der Begleichung, was am 27. August bewilligt wird. Die zerrütteten Vermögensverhältnisse mögen auch mit Ursache sein, daß er mit seiner Frau sehr uneinig lebt und deshalb einmal (am 11. Juni 1591) „in den Turm erkannt“ wird. Auf Fürbitten wird er dann wieder freigelassen.

Durch eine Forderung an Hieronymus Vischer werden wir mit Claudi Franzos, auch Flamandi, dem Hofgoldschmied des Erzherzogs Ernst, bekannt. 1567 heißt er Hofgoldschmied zu Weiden. Er macht seine Forderung von 100 Talern schon im Jahre 1586 und wieder 1587 geltend, wo er bereits in Wien weilt. 1590 und 1591 tritt er deswegen abermals an den Rat unserer Stadt heran. Die Sache zog sich indes noch weiter hinaus, und erst im Jahre 1594, als seine Frau gestorben war, wurde über die Krida der Eheleute verhandelt. Hieronymus dürfte dann ebenfalls die Stadt verlassen haben: er hatte schon am 30. Juli 1587 eine „Fürschrift“ nach Klosterneuburg bekommen. Wir haben nun noch eine Anzahl Namen anzureihen, die nur flüchtig ein- oder zweimal genannt werden, wie Bartl Paumgartner, der 1501 mit seiner Frau Katharina in Gewehr eines Hauses in der Neunkirchnerstraße kommt, dasselbe 1502 zu einem Satze hergibt und 1504 schon selig genannt wird. Hans Slesinger, 1522 genannt, Wilhelm Reichert, der 1526 als verstorben erwähnt wird, eine Witwe Agathe und vier Kinder zurückläßt (Rudolf, Hans, Katharina und Wilhelm). Martin Stoß kommt mit seiner Frau Margarethe 1537 in Gewehr eines Hauses im Brüderviertel. 1548 ist er Bürger in Kirchschlag, hat also die Stadt verlassen. Am 21. April 1545 wird der Goldschmied Christoph Grienszweil, des Kaisers Büchsenmeister, als Inwohner aufgenommen, jedoch nicht weiter genannt; ebenso wird der Goldschmied Martin Sprung lediglich einmal, im Jahre 1547, als Ehemann der Bürgerswitwe Katharina genannt. Wolf Topscher wird nur einmal, im Jahre 1548, genannt. Nach dem Jahre 1550 kommt ein Goldschmied Thomas Garsitze hieher, um sich in der Stadt häuslich niederzulassen, und verlobt sich mit Braxedes, der Witwe des Michel Schober. Er wird im Jahre 1556 noch einmal genannt (als Thomas Korschitz), wo der Rat ihm und seiner Frau wegen ihrer Armut drei Gulden vorstreckt. Im Jahre 1556 wird auch ein Goldschmiedemeister Paul erwähnt, der einmal, im Jahre 1559, als Paul Krätschmer, Inwohner, Erwähnung findet. Im Mai 1568 wird ein Goldschmied Hans Pichler als verstorben genannt, zu dessen Verlassenschaft sich die Gläubiger anmelden. Die Witwe verspricht, einem Gläubiger von Wien 18 Lot Silber, 3 Dukaten und ein Silberbecherl zu bezahlen. Ein Goldschmied Felix Reinhardt kommt mit seiner Frau Anna im Jahre 1568 in Gewehr eines Hauses im Deutschherrenviertel in der Pognergasse, das er gekauft hat. Im Jahre 1570 ist er noch einen Teil der Kaufsumme schuldig und

bittet um eine Zahlungsfrist. Am 16. Dezember 1545 erläßt der Rat an die Goldschmiede im allgemeinen eine Vorschrift, die Mark Silber für alles, was auswärts verkauft werden soll, mit 15 Lot zu arbeiten, zum Beschauen zu bringen und mit dem Zeichen des Meisters zu versehen. Die allfällige Vergoldung ist erst nach dem Beschauen vorzunehmen. Mit Wissen der Beschauherren kann auch anders gearbeitet werden, jedoch nicht zum Verkaufe! Und am 5. Februar 1566 wird den Goldschmieden mit Ernst auferlegt, kein verarbeitetes Silber vor dem Beschauen und dem Verzeichnen zum Verkauf zu bringen!

Im ganzen macht die Liste der Goldschmiede einen recht unfreundlichen Eindruck: die große Mehrzahl derselben läßt Ärmlichkeit, ja Armut und Not erkennen; auch die Solidität ist bei manchen fraglich. Der Niedergang der Stadt und ihres Glanzes mußte natürlich auf ein Gewerbe, das sich besonders an den Reichtum wendet, einen sehr nachteiligen Einfluß ausüben, und so ist es leicht glaublich, daß sich nicht vereinzelt der Wunsch erkennen läßt, von der Stadt Abschied zu nehmen. Noch weniger als den zahlreichen Maurern und Steinmetzen konnte Neustadt damals den Goldschmieden, von denen gleichzeitig vier bis sechs hier nebeneinander arbeiteten, Arbeit und Brot bieten. So sieht es denn auch mit den Erzeugnissen der Goldschmiedekunst aus jenen Tagen schlimm aus.

Schon in kunstreichen Zeiten ist das Erhalten von Gold- und Silberarbeiten durch die Neigung zum Einschmelzen und Umarbeiten beschränkt; dazu kommen weitere Momente: die Forderungen des Tages siegen öfter über Familiensinn und Freude am Schönen. Ein markantes Beispiel ist folgendes: Der Rat unserer Stadt beschließt am 5. Juli 1558, daß der Königin von Böhmen eine Verehrung ins Kindbett gewidmet und dazu ein silberner vergoldeter Kopf, 73 Lot schwer, veräußert werde. -- Und wenn wir ein paar Stückchen nennen, so sind es keine bis in die Jetztzeit geretteten Werke: sie sind nur aufgezeichnet in den letztwilligen Anordnungen der Bürger aus den ersten Jahren des 16. Jahrhunderts, Nachklänge vergangener Zeit. In den Jahren 1504 und 1509 werden Becher auf drei Füßen, ein Becher mit drei Löwen, ein Silberbecher auf drei Schwänen genannt. Wir sehen den dreiteiligen Rhythmus der friederizianischen Zeit vor uns; auch ein Nachklang!

Wir wollen noch anschließen: einige Zinngießer, die auch sonst eines höheren Ansehens in der Stadt sich erfreuten: Stephan Engelmayer, Ratsmitglied, der ein Haus im Frauenviertel hatte, 1506, und der 1512 mit seiner Frau Margarete weiter in Besitz einer Brandstatt dortselbst gelangt. Wenig später, in den zwanziger Jahren, wirkte Hans Mairhofer, der die Witwe des Christoph Weinberger heiratete, in dessen Werkstatt er gearbeitet hatte. Mairhofer erhielt aus dessen Verlassenschaft ein Lädlein mit Silbergeschmeide, ferner Zinn und Zinngeräte, Kupfer u. a., das er beanspruchte. Hans Merperger, der mit seiner Frau Anna von 1544 an genannt wird und in geschäftlicher Verbindung mit den Goldschmieden Utz Ravensburger und Stephan Spickl steht. Spickls Eidam ist der Zinngießer Christoph Öttinger; er kommt mit seiner Frau Barbara in Gewehr eines Hauses in der inneren Wienerstraße im Kirchgäßlein, das er im Jahre 1533 gekauft. Er ordnet im Jahre 1570 das Herstellen einer Zunftfahne für die Kramerzeche an, um deren Bezahlung sich dann Schwierigkeiten erheben, bis der Rat am 20. Juni den Auftraggeber zum Zahlen verhält. Die Nichtbefolgung dieses Befehls bedroht den Meister Öttinger, der den Maler Röttinger die Stiege hinabwerfen wollte, mit einer harten Strafe. Ein sehr angesehener Mann und tüchtiger Zinngießer ist Mert Plätzl, der bereits in den siebziger Jahren hier arbeitet. Von ihm ist der noch erhaltene, im Stadtmuseum befindliche Zunftkrug der Zimmerleute. Der Dreimaßkrug steht auf drei Löwenköpfen als Füßen, verjüngt sich nach oben etwas und ist in der Mitte von einem

einfachen, mit Linien und Punkten ornamentierten Bande umschlungen. Auf dem Deckel steht hinter dem mit drei Beilen geschmückten Schilde ein Genius mit ausgebreitet emporgehobenen Händen. Auf dem oben und unten weitauslaufenden Henkel ist zweimal das Stadtwappen, ferner das Zeichen des Meisters MP angebracht. Die Tätigkeit Plätls reicht in die folgende Periode hinüber. Ebenso fällt das Wirken des Bürgers Christoph Samson in den nächsten Zeitraum. Hier sei nur bemerkt, daß er im Jahre 1588 genannt wird, in Streit mit dem Rat gerät, der sein Gewerbe sperren will, und daß er 1590 die Witwe des Zinngießers Mert Hibschenauer heiratet, der in den siebziger Jahren hier wirkte und wahrscheinlich 1589 gestorben ist.

Am 12. Juli 1564 bewilligt der Rat den Zinngießern, daß sie zu jedem Schießtag das Zinn auf die Schießstatt geben, ferner daß die fremden Zinngießer nur mehr an Jahrmärkten, nicht aber an Wochenmärkten hier feilhaben dürfen.

Von weiteren dem Kunsthandwerk nahestehenden Männern seien erwähnt Christoph Glockengießer, 1511, 1513 und Georg Glockengießer 1546, 1547; der Münzmeister Ferdinands I. Schlegl, der in Neustadt ansässig war, obwohl die Stadt keine Prägestätte mehr war. Nach ihm ist nämlich der Schleglgarten und die Schleglgasse benannt.

Zu den Kunsthandwerkern müssen wir auch die Seidennäher rechnen. Wir haben freilich wenige anzuführen: aus dem vorigen Jahrhundert reicht noch Sebastian Mannshertz weit herüber; er wird erst im Jahre 1532 mit seiner Frau Barbara an ein Haus angeschrieben. Außerdem ist noch der Bürger Leopold Gruenleitner anzuführen, um 1530, der mit seiner Frau Kreszentia ein aus zwei Häusern zusammengezogenes Haus im Frauenviertel besitzt und am 13. Juni 1533 als Pfand für eine Geldforderung von 150 Gulden einsetzt. Der Name des Seidennähers Erasmus Freihammer wird ein einzigesmal erwähnt; es ist um das Jahr 1540. Von dem Seidennäher Peter Dromer erfahren wir nur, daß er im Jahre 1544 die Witwe des Steinmetzen Leonhard Reiter von Mödling heiratete. Künstler und Kunsthandwerker bilden auch bezüglich der Eheschließungen eine Gilde für sich. Von den Werken der Seidennäher aus jener Zeit ist auch sehr wenig auf uns gekommen, wie begreiflich.

Von Ringmachern, Vergoldern, die ohnehin auch nur einige leere Namen liefern würden, wollen wir nicht weiter sprechen.

Wenn wir nochmals kurz auf die abgelaufene Periode zurückblicken, so müssen wir sagen, daß die Stadt den furchtbaren Sturz, den sie erlitten, entsprechend überstanden und verwunden hat, wenn sich auch noch am Ende derselben keine Besserung bemerkbar macht, die kommenden Zeiten vorbehalten bleibt.

Die Kunst und die Kunsthandwerke, namentlich jene, die auf Glanz rechnen und an den Reichtum appellieren, werden noch wenig Vorteil aus der ganzen Zeit gezogen haben: sie sind in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts immer weiter zurückgetreten. Die alte Herrlichkeit der Stadt lockte wohl noch fremde Künstler an, aber sie konnten sich nicht entsprechend betätigen. Die Zahl der Goldschmiede in der Stadt nahm gegen das Ende unseres Zeitraumes etwas zu. Dagegen hob sich das Gewerbe wenigstens etwas. Die Neustädter Geschäftsleute wurden Marktbesucher weit nach Ungarn hinein, und wir werden auch den Anfängen von mehrfacher Großindustrie, von fabrikartigen Anlagen, begegnen. Der Charakter der Neuzeit fängt an, erfolgreich mit jenem des Mittelalters wenigstens auf einzelnen Feldern um den Sieg zu streiten.

Das 17. Jahrhundert.

Die Stadtverwaltung.

Indem wir in die Behandlung dieses Zeitraumes eintreten, müssen wir vor allem der neuen Bestimmungen über die Gestaltung der Gemeindevertretung gedenken, da die Ordnung von 1468 an manchen Mängeln krankte, die im Laufe der Zeit sich immer fühlbarer machten. Es wurde jedoch nicht das Prinzip der alten Wahlordnung umgestoßen, sondern sind nur Einzelheiten geändert und genau festgestellt.

Diese Neuordnung entstand wahrscheinlich im Jahre 1604.¹⁾ Es wird bestimmt:

„Der Bürgermeister
wird aus dem Rate gewählt.

Richter
erwählt die Gemein.

Ratsfreund: Aus denselben werden jährlich zwei durch die Gemein hinausgenommen, zur Ruhe gestellt, dagegen zwei andere vom Rate aus den Genannten gewählt.

Oberkämmerer:
aus dem inneren Rat durch die Ge-
main gewählt.

Unterkämmerer:
wählt der Rat aus den Genannten.

Grundbuchsverwalter:

Ober-: wählt die Gemein aus dem Rat.

Unter-: wählt der Rat aus den Ge-
nannten.

Raitkammer: ist anno 1603 mit kontinuierenden besonderen Raithändlern bestellt worden. Bleibt dabei.

Zeugwart: Die Gemein wählt einen aus dem Rate, einen aus den Genannten, einen aus der Gemein.

Schlüsselherren: Die Gemein wählt einen aus dem Rate, dieser einen aus den Genannten.

Beschauherren: Die Gemein wählt zwei aus dem Rat, der Rat zwei aus den Genannten.

Richterwahl: Es bleibt immer der alte. Dazu werden zwei von der Gemein aus dem Rate, zwei vom Rat aus den Genannten gewählt. Wer von diesen fünf Männern die meisten Stimmen hat, der soll Richter sein.

Aus den Artikeln dieser Wahlordnung geht zunächst hervor, daß die „Gemin“ einen ganz bedeutenden Einfluß auf die Ratswahl errungen hatte, daß der Rat weniger veränderlich wurde, daß ferner zwei Unterzeugwarte, einer aus der Gemein selbst, eingesetzt werden sollten. Wir finden diese drei Zeugwarte schon in den Jahren 1599, 1603 und 1604 selbst, wohl wegen der Feindesgefahr,²⁾ und die Gemein wünscht diesen Zustand gesetzlich zu machen. Das Ratsprotokoll nennt uns auch im Jahre 1605 die zwei Unterzeugwarte, dann aber ist der dritte Zeugwart wieder verschwunden. Der Kampf zwischen den Handelsherren und den Zünften scheint noch immer fortzudauern. — Auf die Richterwahl kommen wir später noch zu sprechen.

¹⁾ Datiert vom 15. Dezember.

²⁾ Siehe vorne.

Eine eingehendere Ordnung über den formellen Vorgang bei der Ratswahl, weil es auch darüber wahrscheinlich zum Streite gekommen war, bringt das Jahr 1642. Da lesen wir:¹⁾ Der Wahlkommissär eröffnet die Wahl und läßt den kaiserlichen Befehl verlesen. Dann wird der äußere Rat und die Gemain hereingerufen und der Befehl ebenfalls verlesen. Sodann tritt der innere Rat auf die Raitkammer, die (Gemain) Bürgerschaft tritt teils auf die Schranne, teils auf den Saal vor der Ratsstube ab. Der Stadtrichter bleibt mit dem äußeren Rate (den Genannten) bei dem Wahlkommissär in der Ratsstube. Der Kommissär fragt nun diese, welche zwei Mitglieder des inneren Rates sie neben dem vorigen Stadtrichter vorschlagen. Die Vota werden mündlich abgegeben. Die Stimmenmehrheit entscheidet, und durch zwei Mitglieder des äußeren Rates werden diese beiden Männer dem inneren Rate bekanntgegeben. Zugleich werden die Viertelmeister gerufen, welche die für das Richteramt Auserlesenen der Bürgerschaft nennen. Diese muß sich nun äußern, daß sie mit der Wahl zufrieden ist. Dies wird dem Wahlkommissär mitgeteilt. Der äußere Rat und die Viertelmeister verlassen sodann die Ratsstube, und der Wahlkommissär bleibt allein zurück. Nun treten die Mitglieder des inneren Rates nacheinander in die Ratsstube, und jeder übergibt dem Wahlkommissär schriftlich und verschlossen seine Stimme für den künftigen Bürgermeister, Richter und die Ratsfreunde, falls solche fehlen, und tritt sofort wieder ab. Nun ruft der Wahlkommissär einen Bürger nach dem andern herein und nimmt eines jeden Stimme für den Stadtrichter besonders auf. Nachdem dies vollendet ist, tritt der innere Rat wieder in die Stube, um dem Kommissär „verders aufzuwarten und wiederumben von dem Rathhaus ab in sein loggiament zu begleiten“. Auch hier begegnen wir wieder Änderungen gegenüber dem Jahre 1604, namentlich betreffs der Richterwahl, worauf wir später eingehen. Die ohne triftigen Grund zur Wahl nicht erscheinenden Bürger werden bestraft. 1694 sollen sie einen Tag und eine Nacht in den Ratsturm kommen, was sie mit einem Taler ablösen müssen.

Wir lassen nun gleich wieder die lange Reihe der Bürgermeister unserer Stadt vom Jahre 1592 an bis 1710 folgen:

Hans Kirchlamitzer 1593, 1594, nach mehr als zwanzigjähriger Pause als hochbetagter Mann nochmals auf den Bürgermeisterstuhl berufen;

Dietrich Meier 1595, 1596;

Georg Preydl 1597, nur etwa ein halbes Jahr, im Juni ist es schon

Georg Mandl, der auch 1598 und 1599 das Bürgermeisteramt hier bekleidet;

Hans Kirchlamitzer 1600; gestorben 17. August 1606;

Simon Tollasch 1601 bis 1604;

Dietrich Meier 1605, 1606;

Simon Tollasch 1607 bis 1610;

David Pordt 1611, 1612, der im Jahre 1601 Stadtrichter, in den folgenden Jahren (bis 1609) Stadtschreiber war;

Simon Tollasch 1613 bis 1616. Das Ratsprotokoll bemerkt ausdrücklich, daß im Jahre 1616 keine Veränderung in der Stadtvertretung stattgefunden hat. Simon Tollasch ist ein wohlverdienter Mann, er gehörte seit dem Jahre 1600 ununterbrochen dem inneren Rate an, blieb dessen Mitglied auch nach seiner letzten Bürgermeisterperiode bis zu seinem Tode, der am April 1619 eintrat;

David Pordt 1617 bis 1619;

Wilhelm Leopold Kaiser 1620, 1621; der Grad der Verwandtschaft mit dem obengenannten Hans Kaiser ist nicht genau festzustellen;

Johann Wilhelm Praitenaicher 1622, 1623;

¹⁾ LXVII. 1/8.

David Pordt 1624, 1625;

Johann Wilhelm Praitenaicher 1626, 1627, ein Abkömmling des Niklas Praitenaicher; er wird noch in demselben Jahre geadelt als Praitenaicher von Praitenau;

David Pordt 1628 bis 1630; er war seit dem Jahre 1610 im Rate, hatte vier Bürgermeisterperioden hinter sich, blieb auch weiterhin noch bis 1633 Mitglied des inneren Rates und verwaltete das Amt des (Ober-)Grundbuchhandlers;

Johann Wilhelm Praitenaicher von Praitenau 1630 bis 1633;

Dr. Georg Christoph Preydl 1634 bis 1640; mit ihm tritt eine längere Zeit ein, in der man gerne Männer des Gelehrtenstandes für das Bürgermeisteramt auswählte;

Georg Holzner 1641 bis 1647, J. U. Baccalaureus;

Christoph Kischinger 1648 bis 1663, der somit 16 Jahre an der Spitze der Stadtverwaltung stand. Sein Vater, ebenfalls Christoph geheißen, stammte von Krems, hatte die Witwe des Zachäus Portenschlag geheiratet, war im Jahre 1605, am 15. Juni, auf dem Steinfelde, im Norden von der Stadt, von den ungarischen Rebellen erschlagen worden. Der Sohn war weit gewandert, namentlich in Polen gewesen, und er bestimmte in einer Stiftung für zehn Studenten der lateinischen Schulen, daß unter den Stipendiaten drei der polnischen Nation angehören. Vor der Übernahme des Bürgermeisteramtes war er Stadtkämmerer 1642, Hauptmannstellvertreter im Dreifaltigkeitsviertel 1643, Stadtrichter 1644 bis 1647; sein Haus ist das Eckhaus Neunkirchnerstraße 7. Er wurde auch kaiserlicher Rat, starb im Jahre 1673 in einem Alter von 70 Jahren.¹⁾

Im Jahre 1660 schon hatte Kischinger das Bürgermeisteramt niederlegen wollen, und Michael Stocker, der Stadtschreiber, war zu seinem Nachfolger bestimmt. Doch erwirkte derselbe beim Kaiser, daß er von diesem Amte, dem er sich nicht gewachsen fühle, enthoben wurde. Kischinger amtierte weiter, und sein Nachfolger wurde Johann Paul Pleyer, J. U. Baccalaureus 1664 bis 1665, vom nächsten Jahre an Pleyer von Pleyern, kaiserlicher Rat, 1666 bis 1670. Er war von Passau nach Neustadt gekommen, heiratete hier die Witwe des Stadtrichters Habreiner. Er wurde mit Brief vom 3. November 1666 in den Adelsstand erhoben wegen seiner Verdienste bei der Bekleidung verschiedener Stadträmer, namentlich des Bürgermeisteramtes in der Zeit der Türkengefahr 1663 und 1664, sowie wegen verschiedener ihm übertragener Aufgaben, Reisen, Kommissionen.

Nach Johann Paul Pleyer bestieg eine der bedeutendsten Persönlichkeiten in der Geschichte unserer Stadt überhaupt den Bürgermeisterstuhl: Matthias Eyrl von Eyersperg, 1670 bis 1689. Matthias Eyrl war im Jahre 1615 zu Dillingen geboren, wanderte aus dem Schwabenlande als Magister der Philosophie um das Jahr 1640 nach Wiener Neustadt ein, heiratete im Jahre 1642 die Witwe Anna des Hans Häckel, und nach deren Tode im Jahre 1656 die Witwe Anna Luzia des Ehrenreich Wagner. War die erste Ehe kinderlos geblieben, so entstammten dagegen von der zweiten Gattin 15 Sprößlinge. Im Jahre 1684 ehelichte der bereits geadelte Bürgermeister die Freiin Eleonora Sophia von Neuhaus, mit welcher er wieder drei Kinder hatte. Seine erste Frau brachte ihm ein Haus in der Wienerstraße zu.²⁾ Er selbst kaufte später Äcker vor dem Neunkirchnertor, Wiesen, 26 Tagwerk, eine Hofstätte in der Wienervorstadt — er war ein vermögender Mann. Matthias hatte vor dem Antritt des Bürgermeisteramtes schon verschiedene Würden und Gemeindeämter der Stadt bekleidet, verschiedenes Ersprößliche geleistet. Schon 1642

¹⁾ Er ist am 9. Juli 1603 geboren.

²⁾ Haus Eyrspergring 1.

war er Beisitzer des Stadtgerichtes. 1643 erscheint er als Quartiermeister, 1645 übernimmt er das Proviantamt für die Kriegsknechte, 1647 gelangt er in den inneren Rat und wird wiederholt wegen des Dreißigststreites als Abgeordneter nach Wien und nach Preßburg geschickt. 1648 bis 1650 ist er städtischer Zeugwart. In den Kommissionen zur Ausarbeitung einer Holzverkaufsaufsatzordnung, einer Polizeiordnung (1651), zur Revidierung der Faßzieherordnung (1652) erscheint auch Matthias Eyrl. Im letzten Jahre ist er Kommissär der Binder, 1654 Oberzeugwart und neben Johann Paul Pleyer Superintendent der Schulen, in der zweiten Hälfte des Jahres überdies Kommissär der Kramerzeche; im August wird ihm die Besichtigung der Stadt- und Spitalsweingärten aufgetragen. Auch die Abstellung der Feuersgefahren

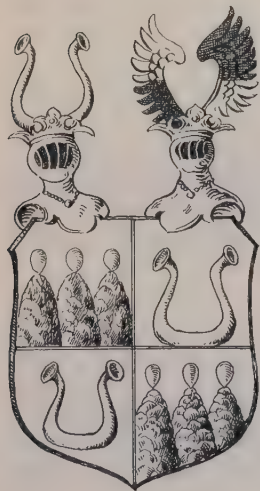


Fig. 11. Wappen des Eyrl v. Eyrsperg.

bei den niederländischen Armaturarbeitern wird dem Matthias Eyrl übertragen. 1659 wird er auch Superintendent des Bürgerspitals, 1660 Oberstadtkämmerer. In demselben Jahre kaufte er noch das Königsbergsche Freihaus bei St. Jakob an der Ringmauer. 1663 wird er zum Kommissär der Landkutscher, dann der Seifensieder bestimmt. 1664 wird er Stadtrichter und in demselben Jahre damit betraut, die Dreißigstfreiheit für unsere Stadt wieder zu erwirken. Der Rat überläßt ihm den Zwinger vom Ungartore bis zur Burg zu freier Genießung. Bald darauf, 1666, wird er in den Adelsstand erhoben wegen seiner Tüchtigkeit bei der Verwaltung der vornehmsten Stadträmer, wegen glücklicher Verrichtung der durch viele Jahre ihm übertragenen Kriegs- und anderen Kommissionen, besonders aber wegen seiner bei der Türkengefahr in den Jahren 1663 und 1664 erworbenen Verdienste. Sein altes Wappen wurde verbessert und ihm das Prädikat von Eyrsperg verliehen, sowie der Titel Hofrat mit allen Gerechtigkeiten desselben zuerkannt. Das Wappen Eyrspergs¹⁾ zeigt in viergeteiltem Felde rechts oben und links unten auf rotem Grunde drei grüne Kegelberge, auf jedem ein stehendes Ei, links oben und rechts unten auf blauem Grunde ein goldenes Doppelhorn. Die Besserung besteht, wie die Stellung der beiden Wappenteile anzeigt, in der Hinzufügung der Eier auf den Bergen, entsprechend dem Beinamen Eyrsperg. (Fig. 11.) Im Jahre 1664 wurde Eyrl auch Stadtrichter und bekleidete diese Würde bis zum 31. März 1670. Am nächsten Tage, 1. April, trat er sein Amt als Bürgermeister an, und behielt dasselbe bis an sein Lebensende. Am 22. März 1689 führte er noch den Vorsitz bei einer Ratsversammlung, am 27. März starb er und wurde am 30. März zur Erde bestattet.

Matthias Eyrl von Eyrsperg war auch ein ziemlich begüterter Mann. Außer dem Eckhause auf dem nach ihm benannten Ring erwarb er noch in der Zeit seines Wirkens als Bürgermeister der Stadt im Jahre 1673: Ackerland in der Ausdehnung von 3 Joch vor dem Neunkirchnertore „bei dem Brückl“ zu anderen 3 Joch, die schon früher sein eigen waren, durch Kauf. Im Jahre 1676 kaufte er hiezu 2 Tagwerk Wiesen am Gießhübel und weiter 24 Tagwerk Wiesen nächst dem Föhrenwalde. In demselben Jahre kaufte er auch 12 Joch Äcker am Kehrbach. Im nächsten Jahre erwarb er wieder 2 Tag-

¹⁾ Es ist in der Urkundenabschrift nicht beschrieben, findet sich jedoch in der Hauptpfarrkirche an dem Amtsstuhle des Stadtrichters am Ende des Mittelschiffes gegen das Querschiff. An diese Abbildung knüpft die obenstehende Beschreibung an.

Alexander Eyrl, adelig, erhält 1589 den Reichsadel.

Matthias Evl

1. Gemahlin:

Anna von Ayrer aus Nürnberg, gest. 1656.

2. Gemahlin:

Anna Lucia, gest. 1683.

[illegible]

Maria Theresia, geb. 1744.	Josef Andreas, geb. 1746, zur Verheirathung nach Freiburg entlassen, wo er stirbt.	Franz Xaver.	Ignaz, geb. 1748, gest. 1798 in Neustadt.	Katharina Aloisia Theresia.
-------------------------------	---	--------------	---	--------------------------------

Franz, geb. 1796,
gest. 1870 in Graz.

<p>Franz, gest. 1901, mit Lucia.</p> <p>Josef, Obergärtner Maria, Dienst- magd. in München.</p> <p>Karl, unehelich.</p>	<p>Johann mit Theresia.</p> <p>Josef, gest. 1885, mit Maria.</p> <p>Josef, geb. 1875, Rudolf, geb. 1879, Anna, geb. 1874, Bäcker. Kürschner. in Budapest.</p>	<p>Karl, geb. 1840, mit Magdalena.</p> <p>2. Frau Ernestine, geb. Mattas.</p> <p>Karoline, geb. 1870, Bürgerschul- lehrerin in Wien.</p>	<p>Magdalena, gest. 1894.</p> <p>Josef, geb. 1872, Handelsange- stellter in Wien.</p>	<p>Anna, gest. 1901.</p> <p>Cäcilie, geb. 1833, gest. 1886.</p>
---	---	--	---	---

werk Wiesen an der Leitha. Im Jahre 1687 bekam er noch ein Stadel vor dem Neunkirchnertor von der Gemeinde geschenkt. Unter seinen Nachkommen begegnen wir auch ganz tüchtigen Männern, und das Geschlecht unseres Matthias ist auch gegenwärtig noch nicht ausgestorben.

In der Zeit seiner Amtswaltung als Bürgermeister fallen ein paar höchst wichtige politische Ereignisse: der Prozeß gegen Zriny und Frangepan 1671 und das Türkenjahr 1683.

Für den Rest des Jahres 1689 ist Andreas Ott Verweser des Bürgermeisteramtes; dann folgt

Leopold Schwingheimer 1690 bis 1697, von 1698 an

Leopold von Schwingheim, 1698 bis 1701, auch einer der tüchtigsten Verwalter der Stadt;

Johann Christoph Schulz-Morlin, 1702 bis 1703, aus einem Kaufmannsgeschlechte, dessen Nachkommen noch heute in Wiener Neustadt leben.

Johann Ferdinand Moll, Amtsverweser 1704,

Leopold von Schwingheim 1705 bis 1707; er starb am 20. Jänner 1708; auch seiner gedenkt der Rat als eines tüchtigen Mannes, der sich durch 36 Jahre um das Gemeindewesen hochverdient gemacht habe.

Johann Öhrlein, Amtsverweser 1708,

Johann Karl Perger 1709 bis 1712, gestorben 9. Mai 1712.

Es sei hier angeführt, daß auch einmal ein Ratsseniör mit seinen männlichen und weiblichen Deszendenten geadelt wurde, nämlich Johann Eder am 7. März 1667 mit dem Beinamen von Jauffenberg. Er hatte seit dem Jahre 1654 dem inneren Rate angehört, war den größten Teil dieser Zeit auch Oberschlüsselherr gewesen. Die Bestätigung des Kaisers für die vorgenommene Bürgermeister- und Ratswahl erfolgte wie vormals zu verschiedenen Zeiten: im Februar des ersten Funktionsjahres, zum Beispiel 1634, 1650, 1674 oder in einem der nächstfolgenden Monate, auch erst im Juni, zum Beispiel 1682, 1694, 1709, oder gar im Juli, zum Beispiel 1686, 1704, weshalb die Verteilung der Stadtämter in diesem Jahre erst am 21. August vorgenommen wurde; ja einmal zog sich diese Bestätigung bis nahe an das Ende des ersten Verwaltungsjahres hin: die Bestätigung Josefs I. vom 9. November 1707 für die Jahre 1707 und 1708. Allerdings waren mit dieser Bestätigung allerhand Weisungen verbunden, darunter auch die, daß ein Stadtschreiber keine Ratsstelle bekleiden dürfe; nur für Wien sollte dies weiter gelten. Die letzten Stadtschreiber unserer Stadt waren vom Jahre 1651 an auch Mitglieder des inneren Rates gewesen. Dem letztgenannten Extrem steht das andere von 1689 gegenüber, wo Kaiser Leopold schon am 22. November die Bürgermeister- und Ratswahl für 1690 und 1691 unmittelbar nach der Vornahme bestätigte, wieder mit einer Weisung: nämlich über die Rechnungslegung. Gerade diese Weisungen wiederholen sich öfter. Im Jahre 1650 trägt Ferdinand I. auf, daß die Wahlen nicht vor dem Einlangen der landesfürstlichen Wahlresolution öffentlich verkündigt werden dürfen. Es bekundet aber gerade die Wahlresolution dieses Jahres eine besondere Zufriedenheit des Herrschers mit dem Gebaren der Stadt und deren gute Wirtschaft, und stellt gewisse Erleichterungen betreffs der Einquartierungslast, betreffs der Maut zu Schottwien in Aussicht. Am 14. Juli 1710 gibt Kaiser Josef I. auftrüglich bekannt, daß die Ratswahlen in Neustadt alle zwei Jahre ordentlich vorgenommen werden, daß man keine Verschiebung verlangen solle, wie es der Rat eben wieder versucht hatte, und wie es manchmal bewilligt worden war. Dagegen hatte der Kaiser schon im Jahre 1706 eine gleiche Eingabe mit dem Bemerken abgewiesen, daß die so lange Amtierenden sich Mißbräuche erlauben.



Fig. 12. Porträt des Eyrl v. Eyrsperg.

Überreich an Weisungen, die den Ton von Bemängelungen annehmen, sind zum Beispiel die Wahlbestätigungen und Resolutionen vom 5. April 1660, vom 8. April 1702. Die Wahlresolution vom 18. Juni 1709 zählt nicht weniger als 10 Wünsche und beziehungsweise Aufträge an den Rat: Es wird die Vorlage der Rechnungen, die strenge Ordnung der Waisenbücher und der Gerichtsprotokolle, die Anlegung einer Depositenkasse, die Besetzung des Renthofes mit Stiftsleuten und die genaue Anführung der Stiftungen verlangt. Die Stadtmauer sei ohne Verzug zu bessern. Die Nachlässigkeit bei der Einhebung von Tätz und Ungelt wird getadelt. Die Ungleichheiten bei der Verteilung der Militäreinquartierung seien abzustellen, die Beschwerden wegen des Leutgebens der Professionisten zu beheben. Von den Würden in der Gemeindevertretung wurde jene der Raitherren abgebaut. Im Jahre 1611 findet sich nämlich neben den Raitherren auch der Raitkämmerer an Stelle des Stadtkämmerers. 1613 und 1614 sind in den Protokollen noch „Raithändler“ genannt, jedoch durchgestrichen. 1615 kommen sie nicht mehr vor, und es ist ihr Amt mit jenem des Stadtkämmerers vereinigt.

Von der Mitte des 17. Jahrhunderts an werden die Stadttämter gleich auf zwei Jahre verliehen, wie auch die Wahlen stattfanden. Es werden dann an der Spitze der Ratsprotokolle alle städtischen Würden eingetragen, auch solche, deren Vertreter nicht aus dem Rate genommen sein mußten, wie zum Beispiel der Kellermeister. Neu sind hinzugekommen 1664 ein Ausgangseinnehmer, 1676 ein Superintendent der Raitkammer, 1688 dann vier Ackerkommissäre (später Feldkommissäre genannt), ein Braukommissär, 1693 ein Kommissär der Kischingerstiftung, vier Rauchfangkommissäre. Von da an gelten die Stadttämter wieder einige Zeit für ein Jahr. 1699 wird die Ratswahl wegen des vorausgegangenen Brandes auf zwei Jahre verschoben. 1702 treffen wir wieder das System der Zweijährigkeit.

Die im Jahre 1704 gewählten Funktionäre bleiben auch noch 1706 in ihren Stellen wohl wegen des ungarischen Aufstandes. Da ein weiteres Verbleiben im Amte wegen Verweigerung des Aufschubes der Ratswahlen ausgeschlossen war, begann im Jahre 1707 neuerdings wieder die Zweijährigkeit der Stadttämter.

Die Vorhalte dauern in alter Weise fort und geben namentlich genaue Weisungen zur Zeit der Weinlese. Eine Bewilligung um Befreiung von der Bürgerpflicht einer Ratsstelle oder ein Ansuchen um eine solche Begünstigung kommt nicht mehr vor. Die Anzahl der Ratssitzungen nimmt zu Beginn unserer Periode etwas ab. In den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts zählen wir 1601 noch 80, weiterhin ein paarmal über 70, dann, schon 1604, einige und 60 Sitzungen im Jahre, wobei die gewöhnlichen Pausen der heiligen Zeiten und namentlich der Weinlese eingehalten werden. Gegen die Mitte des Jahrhunderts werden wenig mehr als 52 Ratssitzungen jährlich gehalten. Gegen Ende des Jahrhunderts nimmt die Zahl der Sitzungen wieder zu, so daß sie 70 bis 80 beträgt. Es sind hiebei auch die Sitzungen eingetragen, in denen die Urteile über Kriminalfälle gesprochen werden, bei denen aber auch die Genannten, oder wie sie jetzt heißen, die Mitglieder des äußeren Rates teilnehmen. Unter dem Stadtschreiber Michael Stocker wurde sogar das Votum jedes einzelnen Beisitzers des Gerichtshofes ins Protokoll eingezeichnet. Unter ihm kam es auch auf, daß der Bürgermeister für einzelne Behandlungsgegenstände die nötigen Vota der Ratsherrn, statt diese zu einer Sitzung zu versammeln, schriftlich abverlangte und daraufhin Beschluß faßte, eine Methode, die unsere Periode überdauerte, noch 1714 nachweisbar ist. Einen Eindruck von Genauigkeit, aber auch von Mißtrauen macht es, wenn 1644 am 29. April beschlossen wird, daß das

ihrer Dienste schließen. Auf einzelnes kommen wir zurück. Die jährlich wiederkehrenden Ausgaben der Stadt sind natürlich mit den obengenannten Posten nicht erschöpft. Und wir müssen gleich hier eine neue Summe anschließen: die Kosten nämlich für die Ratswahlen. Die Zahlung für den Regierungskommissär waren pflichtig; was sich sonst anschloß, war je nach den Verhältnissen sehr verschieden, und wir stoßen auf weitauseinandergehende Summen. Für das Jahr 1617 wurden 28 Gulden 10 Kreuzer, für das Jahr 1702 an 50 Gulden genehmigt. Dagegen beliefen sich dieselben im Jahre 1695 auf 449 Gulden 50 Kreuzer, im Jahre 1652 gar auf 487 Gulden 19 Kreuzer.

Eine Instruktion für den Unterstadtkämmerer verdankt wahrscheinlich den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts ihr Entstehen. Dieselbe ist sehr ausführlich und betraut den Unterstadtkämmerer mit vielen verantwortungsvollen Geschäften. Nach der Instruktion soll der Unterkämmerer

I. täglich 1. im Zeughaus vormittag und nachmittag zwei- bis dreimal wegen der Arbeit und der Verrechnung nachschauen; 2. sich wegen des Pflasters umsehen; 3. abends mit dem Wagenknecht wegen der morgigen Arbeit verhandeln, sehen, daß er zeitlich einspannt, und nicht vor $\frac{1}{2}$ 6 Uhr, im Winter nicht vor 4 Uhr, ausspannt; wenn derselbe nichts zu tun hat, ihn zum Schotterführen zum Wegbessern verhalten; 4. den städtischen Angelfischer verhalten, auf die Fischwasser, Teiche, Stadtgräben zu achten, niemanden ohne Wissen und Willen des Rates fischen zu lassen, den Fischer selbst beobachten.

II. Wöchentlich soll er 1. einmal im Rathaus und in allen Stadthäusern wegen allfälliger Mängel des Daches Nachschau halten; 2. ebenso in den städtischen Mühlen, Hämmern, Schleifen, Schmieden, in der Balliermühle nachschauen; 3. auch auf die Bestandzimmer und deren Inleute achthaben; 4. einmal um die Stadt gehen wegen der Stadtgräben; 5. auf die Ringmauern und nach den Mauertürmen sehen.

III. Alle 14 Tage soll er 1. sich einmal außerhalb der Stadt wegen der Besserung der Wege umsehen; 2. sich auf den Pfarrturm wegen des Turmes begeben.

IV. Alle Wochen soll der Unterkämmerer einmal bis zu den Marksteinen des Stadtgebietes wandern.

V. Es wird ihm ferner aufgetragen, daß er um Pfingsten die angebauten, von der Stadt verzeichneten Gründe besichtige und beschreibe, da von jedem Joch ein Viertel Getreide abgegeben werden muß. Dabei sind ihm einer oder zwei Bürger zuzuordnen; auch von den Weikersdorfern, Saubersdorfern, Neusiedlern soll er diese Abgabe einfordern.

VI. Es wird ihm schließlich zur Erwägung überlassen, ob man nicht, da die Gemeinde einen Zug hat, 20 bis 30 Joch mit diesem Stadtzuge selbst anbauen solle; wenn nicht, so möge er billigen Einkauf von Hafer usf. zu erreichen trachten.

Diese Fülle von Aufgaben läßt wohl vermuten, daß es für die Vollziehung derselben mit der eben angeführten Entlohnung von acht Gulden im Jahre nicht abgetan sein konnte, wenn auch ein Beweis für die Erhöhung oder anderweitige Ergänzung dieser Summe in unserer Periode nicht vorliegt.

Welche Macht der Rat über die Bürger hatte, das wird auch in unserer Periode durch manche Beispiele beleuchtet:

Im Jahre 1634 wird dem Wolf von Saherr, Hofmeister des Grafen von Heißenstein in Fischau, der Kauf eines Hauses hier bewilligt, wird ihm bewilligt seine Fahrnisse, seinen Wein hereinzuführen. Bei seiner persönlichen Hereinkunft soll er sich bei der Dom- und Pfarrkirche melden, soll

beichten und kommunizieren und den Abschied und den Geburtsbrief vorlegen.¹⁾

1683 ergeht ein Befehl an einen Bürger, weil er sein Haus verfallen lasse. Ähnliche Befehle an andere werden 1685, 1686, 1695 beschlossen. 1680 wird ein Bürger, der schon lange abwesend ist, an die Pflicht erinnert, zurückzukehren. 1688 wird einem anderen aus demselben Grunde sein Haus zum Verkauf geschätzt.

Über die eigentlichen Beamten der Stadt gibt uns die vorgeführte Tabelle gleichfalls Aufschluß. Eine grundsätzliche Änderung ist nicht eingetreten, wenn auch einige Personen mehr erscheinen. Die wichtigste Person für die ganze Stadtverwaltung bleibt der Stadtschreiber. Von denselben seien genannt David Port, 1602 bis 1609, eine wichtige Persönlichkeit: er war im Jahre 1601 Stadtrichter gewesen und wurde vom Jahre 1611 an wiederholt zum Bürgermeister der Stadt ausersehen. Hans Mayr bekleidete das Amt des Stadtschreibers 1611 bis 1634. Nach einer kurzen Amtsperiode des Konrad Hieber, 1635 bis 1641, folgte als Stadtschreiber Michael Stocker, der diese Stelle 3 Jahrzehnte lang innehatte, 1641 bis 1671, von 1631 an zugleich als Mitglied des inneren Rates genannt wird und auch im Jahre 1672 hochbetagt als Stadtrichter erscheint. Michael Stocker war dreimal verheiratet; das erstemal mit Maria, mit welcher er an ein Eckhaus im Frauenviertel in der Wienerstraße angeschrieben wird; das zweitemal mit Felizitas, mit welcher er 1608 ein Haus im Deutschherrenviertel in der Ungargasse erwirbt; das drittemal mit Barbara, mit welcher er wieder Gewähr für ein Haus in der Wienerstraße erhält. In den Jahren 1675 bis 1692 finden wir als Stadtschreiber und gleichzeitig als Ratsmitglied Johann Wendelin Lang. Von 1693 an ist Leopold Manner Stadtschreiber und Ratsmitglied; letzteres bis 1697, da eben die Weisung gekommen war, daß der Stadtschreiber nicht zugleich Ratsherr sein dürfe. Sein Stadtschreiberamt verwaltete er weit über unsere Periode hinaus, bis er 1722 zum Stadtrichter gewählt wurde. Manner besaß mit seiner Frau Maria Rosam vom Jahre 1706 an ein Eckhaus in der Neunkirchnerstraße im Dreifaltigkeitsviertel. Es waren im ganzen tüchtige Männer, denen dieses Amt anvertraut wurde.

Von den Instruktionen wird jene für die Viertelmeister in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erneut. Doch bringt sie nichts wesentlich Neues. An die Mitglieder des äußeren Rates, denen die Aufsicht an den Stadttoren übertragen war, wird um die Mitte desselben Jahrhunderts eine Instruktion erlassen, in welcher insbesondere die Aufmerksamkeit auf die Fremden ans Herz gelegt wird. Am 10. März 1652 wurde auch die Instruktion für den Türmer erneuert. Sie enthält nur einige Verschärfungen der alten Weisungen:²⁾ Statt dreimal im Tage muß er sich jede Stunde mit der Trommete melden; ferner wird ihm aufgetragen, täglich morgens vor dem Läuten, dann um 11 Uhr und wieder abends vor der Bierglocke selbvierter zu blasen. Es sind ihm somit 3 Gehilfen zugestanden, und wer ein Jahr bei ihm gedient hat, bekommt ein Kleid wie er selber. Die Verordnung, daß der Stadtschreiber nicht zugleich Ratsmitglied sein kann, hat wohl den allgemeinen Sinn, daß das Ehrenamt eines Stadtvertreters nicht an einen von der Stadt Bezahlten verliehen werden kann. So mußte schon im Jahre 1691 die Vereinigung der Stelle eines Raithändlers mit einer eines Ratsmitgliedes für den Bürger Benedikt Haan von Kaiser Leopold I. eigens bewilligt werden, da er ein „alter erprobter Mann“ sei.

Über die Bevölkerung und Bevölkerungsbewegung können wir jetzt Nachrichten auf sicherer Grundlage geben; denn Bischof Klesel hat gleich

¹⁾ Wolf von Saher (Saar) ist der Stammvater eines bedeutenden Geschlechtes.

²⁾ Siehe oben.

nach dem Antritte der Administration des hiesigen Bistums die Tauf- und Trauungs- und Totenregister eingeführt, wenn dieselben auch in den ersten Jahren, namentlich die Totenbücher, noch nicht musterhaft geführt wurden. Das Verzeichnis der Trauungen beginnt im Jahre 1589¹⁾ unter dem Chormeister Christoph Zuppacher. Die Tauf- und Totenbücher folgen 1591.

Wir wollen zwei verschiedene Epochen unseres Zeitraumes ins Auge fassen.²⁾ Zuerst die Jahre 1605 bis 1620. In dieser sechzehnjährigen Periode fanden 860 Trauungen statt, wurden 2809 Kinder getauft, starben 3712 Personen, so daß sich der Jahresdurchschnitt für Trauungen mit 54, für Taufen mit 175, für Todesfälle mit 232 ergibt, natürlich alles mit starken Abweichungen. Die geringste Zahl von Trauungen weist das Jahr 1610 mit 27, die höchste Zahl das Jahr 1607 mit 97, zunächst das Jahr 1620 mit 85 aus; bei den Getauften erscheint als die kleinste Zahl 130 im Jahre 1617, als die große 243 im Jahre 1619, wird aber noch weit übertroffen im Jahre 1621, wo 443 Kinder getauft wurden. Die Zahl der Gestorbenen beläuft sich in den Jahren 1607, 1608, 1610 und 1611 auf 78, 88, 98 und 89, erreicht dagegen im Jahre 1619 die Höhe von 255, im Jahre 1620 die Höhe von 462, ja im Jahre 1606 starben sogar 862 Personen in der Stadt. In den Jahren 1619 und 1620 waren viel Fremde in Neustadt; unter den Gestorbenen des Jahres 1620 sind viel Kriegsknechte, deren Weiber und Kinder. Auch 1606 sind viel Fremde in der Stadt.

Das Dürsterste in dieser Statistik ist die große Überzahl der Gestorbenen gegenüber den Geborenen. Wohl sind in einzelnen Jahren mehr Kinder getauft als Leute begraben worden; so wurden in den oben genannten Jahren 1607, 1608, 1610 und 1611 getauft 159, 142, 143, 161 Kinder; auch ein paar andere Jahre weisen noch kleine Geburtenüberschüsse auf. Allein, das sind die Ausnahmen. Ein einziges Jahr hebt alle diese Vorteile auf. Und so mußte die Bevölkerung der Stadt abnehmen, wie jener Erlaß von 1635 besagt, wenn der Ausfall nicht durch Zuwanderung ersetzt würde. Die Zahl der Bürger in jener Zeit (um 1620) betrug nach einer Zusammenstellung, die wegen eines Abgabenanschlages für eine Militäreinquantierung veranstaltet wurde, im Frauenviertel 79, im Deutscherherrenviertel 76, im Dreifaltigkeitsviertel 66, im Brüderviertel 134, zusammen 355. Hiebei wurde gewiß keiner vergessen. Sie besitzen zusammen 369 Häuser und Meierhöfe in der inneren Stadt. Die Häuser außerhalb der Stadtmauern haben gewiß verschwindend wenig Bürger beherbergt, kamen für die Einquantierung auch gar nicht in Betracht. Zu Beginn des Jahrhunderts wurde für 351 Häuser der Hausgulden gezahlt (1606 ff.).

Ebensowenig freundlich gestaltet sich das Bevölkerungsbild in der zweiten gewählten Periode von 1671 bis 1685. Es wurden in dieser Zeit 487, also im Durchschnitte jährlich nur 32 Paare getraut, 2327, also jährlich 142 Kinder getauft und 3119, also jährlich 208 Personen beerdigt. Die Mindestzahl der Trauungen finden wir im Jahre 1673 mit 31, die Höchstzahl im Jahre 1684 (nach dem Jahre 1683) mit 159 Paaren (zunächst käme das Jahr 1682 mit 79 Paaren). Bei den Taufen liefert uns das Jahr 1680 die kleinste Zahl, 113; das Jahr 1683 (wohl wegen der zahlreichen Flüchtlinge in der Stadt) die größte Zahl, 213. Dem weitestgehenden Unterschied begegnen wir wieder bei den Todesfällen,

1) Das älteste Trauungsbuch sagt in einer längeren lateinischen Aufschrift, daß es zur Verkündigung der Hochzeiten unter dem Chormeister und Vizeoffizial Christoph Zuppacher im Jahre 1589 begonnen wurde. Lateinisch: hic liber pro inscriptione Nuptiarum promulgandarum feliciter inceptus fuit a Christophero Zuppachero pro tempore chorimagistro et viceofficiali (ejusdem) episcopatus Anno 1589.

2) Die Perioden und ihre Zeitlänge wurden so gewählt, wie es die nicht immer tadellosen Aufzeichnungen für alle drei Arten der Einschreibung gestatteten.

die im Jahre 1671 nur 112, im Jahre 1683 aber 543 (wohl wieder wegen der in der Stadt weilenden Fremden) betragen. Das Jahr 1684 weist 225 Gestorbene aus, davon 182 in den ersten vier Monaten. Im Pestjahre 1679 sind in Neustadt 258 Personen gestorben, darunter 108 an der Pest.

Wir wollen zur genaueren Errechnung der Bevölkerungszahl noch heranziehen, daß im Jahre 1645, als der Schwede Torstenson schon Wien bedrohte, in unserer Stadt als Verteidigungsmannschaft gemeldet wurden 266 Gewölbediener und Handwerksgesellen und 116 Lehrjungen. Eine kurze Aufzeichnung kommt auf 597 Mannspersonen.¹⁾

Es sind hier die Frauen und Kinder, die Bewohner des Bischofshofes, der Klöster und die Geistlichkeit und die Burgbewohner nicht gezählt. Eine Zählung von 1664 meldet 6 Benefiziaten (die offenbar außerhalb des Bischofshofes wohnen), 2 Medicinæ Doktoren, 24 vermögliche Bürger, 22 Weiber derselben; 8 Kinder über 7 Jahre, 272 mittlere und arme Bürger, 263 Weiber derselben und 142 Kinder über 7 Jahre, 192 Personen arme Männer, Weiber und Kinder; 76 Handwerksgesellen und Dienstleute, die über 30 Gulden jährlich haben, und 214 Diestleute, die einen geringeren Lohn haben. Aber die Bewohner der Burg, des Bischofshofes, der Klöster und die Kinder unter 7 Jahre kommen wieder nicht vor.

Ein paar Erlässe gehen der Stadt wegen der „Nobilitierten“ zu, deren Zahl in Neustadt gewiß ganz geringfügig war. So einer im Jahre 1671; es sei über dieselben zu berichten, wenn sie ankommen oder abziehen. Man will wissen, ob sie den Prälaten, den Landleuten oder der Hofkammer zugehören.

In derselben Zeit wird die Liste der „freien“ Leute (außerhalb der Freihäuser), kaiserliche Bediente, Nobilitierte usf. in Wiener Neustadt und Umgebung eingeschickt. In Neustadt sind davon: der Burggraf Martin von Pürck, der Rentschreiber, der Burgzimmerwärter, der Zeugwart Sigmund Strackh, der Armaturenkommissär, zwei kaiserliche Fleischbereiter; J. V. Stefan von Cronstetten, der Verwalter der Corduanmühle, der Pfleger des Karmeliterhauses, die Dominikanerinnen aus Steiermark und deren Medicus. Außerhalb der Stadt werden nur noch drei weitere Personen genannt.

Auf Grund der Vorlagen, und wenn wir auch darauf Rücksicht nehmen, daß in manchen Bürgerhäusern gewiß Mieter wohnten, werden wir gestehen müssen, daß Neustadt allmählich zu einem Städtchen von 3000 bis 4000 Menschen herabgesunken war, ja gegen Ende des Jahrhunderts eher weniger als mehr Einwohner hatte. Und so wird der neue Auftrag Leopolds an den Neustädter Rat vom 22. Juni 1658 erklärlich, keinen Bürger ohne triftige Ursache von der Stadt wegziehen zu lassen und in jedem Falle an die Regierung zu berichten. Dagegen wird in einem Berichte der Stadt, 1662, betont, die Stadt nehme wieder zu, es gebe nur mehr acht unbewohnte Häuser da.²⁾ 1695 werden in der inneren Stadt 377 Häuser verzeichnet, im Minorisviertel 135, im Frauenviertel 100, im Trinitatisviertel 67, im Deutschherrenviertel 75.

Am 3. Juni 1670 faßt der Rat wieder einen Beschluß, daß zur Vermehrung der Bürgerschaft jeder, der zwei oder mehrere Häuser besitzt, dieselben bis auf eines verkaufen muß. Man konnte Zuwanderern das Bürgerrecht verleihen.

¹⁾ 2 Med. Doktoren. 282 Bürger, 18 Handelsdiener, 106 Inwohner, Holden, Tagwerker, 40 Fuhrknechte, 87 Handwerksgesellen, 10 Personen in den Freihäusern und 52 Mann der Stadtgemeinde.

²⁾ Von einem Erlasse Ferdinands II. vom 10. Februar 1624 für eine Zählung der Bewohner von Neustadt ist nichts erhalten als der Erlaß selbst und die Bestimmung einer Kommission für die Zählung.

Wiener Neustadt hatte begreiflicherweise seinen Rechtsanwalt in Wien, so zum Beispiel von 1621 an den Dr. Martin Fahner, von 1642 an Dr. Oswald Hartman, 1659 den Dr. Johann Theobald Frank, 1662 Dr. Johann Cäsar, 1692 Dr. Wenzel Gallus Otzenassek, 1708 Dr. Johann Bernhard Pelßer, sämtlich Advokaten. Die Entlohnung derselben beträgt gewöhnlich 50 Gulden und außerdem 2 bis 5 Gulden Bibale (Trinkgeld).¹⁾ Bei diesen Bezügen sind die allenfalls notwendigen Reisen, Revisionen, Verhöre usf. nicht inbegriffen. Die Stadt hat auch einen Sollizitator in Wien. So wird 1636 Eberhard Göfkenhorst genannt, dem im Jahre 1641 für seinen fünfjährigen Dienst 10 Dukaten verehrt wurden. 1681 wird Georg Mader als solcher mit jährlich 24 Gulden Sold und 2 Eimern Wein bestellt.

Ein für die damalige Zeit sehr praktisches Übereinkommen traf die Stadt am 29. September 1648 mit einem Wiener Handelsmann Gaudentius Planta; er übernahm die Beherbergung der Wiener Neustädter Dienstreisenden in einem eigenen Bestandzimmer in der „Kärnerstraße“ mit drei Betten. Das Maximum der Unterzubringenden war sechs Knechte. Er besorgte auch die Speisung, gab für jede Person 3 Seidl Wein, stellte Holz und Licht bei. Das alles kostete jährlich 60 Gulden Bestandgeld. Die Mahlzeiten selbst waren eigens mit je 40 Kreuzer zu bezahlen; eine „Collation“ (kleine Mahlzeit, Jause u. dergl.) wurde mit 20 Kreuzer gerechnet. Beiderseitige vierteljährige Kündigung.

Die Ächtung der Juden dauert fort, wenn auch einzelne immer und immer wieder in der Stadt getroffen werden und hier ihre Geschäfte machen. Die Beschlüsse und Erlässe gegen sie und gegen ihren Aufenthalt in Neustadt bleiben. Am 30. April 1642 richtet der Rat eine Mahnung an jene Bürger, die den Ebenfurther Juden Unterschlupf gaben und selbe über Nacht behalten. In demselben Jahre beklagt sich der Verwalter von Eisenstadt beim hiesigen Rate, daß den dortigen Juden bei ihrem Handel in Neustadt keine Unterhaltung über Nacht gegeben werde. Am 5. Mai 1643 mahnt der Rat die Bewohner der Vorstadt, nichts von den Juden zu kaufen. Am 18. Mai 1650 erfließt das große Patent Ferdinands III., daß alle, die Juden in ihren Häusern haben, dieselben sofort ausweisen, sie auch aus ihren eigenen Häusern abschaffen; am 5. April 1659 ordnet die Regierung an, daß das von den Juden zu ihrer Speisung geschlachtete Vieh nicht auf die öffentlichen Fleischbänke kommen dürfe; am 31. August 1662 geht ein Auftrag an den hiesigen Bürgermeister, darob zu sein, daß kein Jude in der Stadt übernachtete. Dessenungeachtet findet sich wieder, daß die Juden heimliche Gewölbe und Niederlagen in der Stadt haben, und muß der Rat am 28. Juli 1667 deren Abstellung beschließen. Am 19. September 1670 wird nun an Neustadt der Befehl gerichtet, daß die Juden aus Österreich und aus allen habsburgischen Erbländern für ewige Zeiten abgeschafft seien; am 15. November, zu Leopoldi, dürfe keiner mehr da sein. Es dürfen die Ausgewiesenen weder geschädigt noch bedrängt werden. Doch werden sie dann noch bis zu den nächsten Ostern geduldet; und am 24. November 1670 macht die Ebenfurther Judenschaft, die nach ihrer Angabe in Neustadt noch mehr als 1000 Taler zu fordern hat, eine Eingabe an die Regierung, der Bischof lasse sie nicht nach Neustadt ein; es möge ihnen ein Befehl vom Rate hiegegen erwirkt werden. Der Rat erhält den entsprechenden Auftrag, und die Sache wickelt sich ab.

Ein besonderer Schützer für die ihm untertänigen Juden ist Ladislaus Eßterházy, der auch den hiesigen Rat wiederholt mit Zuschriften wegen des Handels seiner Juden in unserer Stadt bedenkt (so 1650, 1652 und öfter).

1) Dr. Hafner erhält nur 30 Gulden, Dr. Hartmann dagegen 80 Gulden jährlich.

Nach dem Jahre 1670 schweigt die Judenfrage hier einige Jahrzehnte, wenn auch das Ausweisungsdekret zurückgenommen, ja vom Anfang an nicht ernst gehandhabt wurde. Mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts setzen die alten Beschwerden gegen die Juden in erhöhtem Maße ein. Es gab offenbar bereits wieder eine größere Anzahl in der Stadt. Im Jahre 1705 wenden sich die Neustädter an die Regierung wegen der Juden und wegen der Zunahme ihres schädlichen Handels. Nach mehrfachen Anläufen wurde am 23. Mai eine Kommission „zur Bedenkung der Notdurft“ bestellt, die wie so häufig, nicht vorwärts kam. Die Erregung darüber war groß, und im April 1706 war ein Sturm auf die Judenwohnungen geplant und bevorstehend, während dies in Wien schon geschehen war. Am 20. April wurde daher von der Regierung eine Mahnung an den Rat unserer Stadt erlassen, dagegen ernstlich aufzutreten.

Es wurde in der Tat der für den 22. April festgesetzte Vorstoß verhindert; und der Bericht des Rates vom 26. April an die Regierung betont, daß die Aufregung nicht so bedeutend sei und namentlich von jungen Leuten ausgehe, die auch „Provokationszettel“ geschrieben haben. Am 20. April 1707 ergeht der Auftrag, alle Bürgerhäuser, wo Juden wohnen, zu untersuchen, und falls ein Jude mit einem Christen in einem Zimmer wohne, dies sofort abzustellen! Am 20. Februar 1708 erteilte die Regierung der Stadt den Rat, die Juden an einen von den Christen ganz abgesonderten Ort anzusiedeln, um alle Unzuträglichkeit zu vermeiden. Das war nicht sofort möglich; und bei einer Zählung der Judenschaft, die anfangs März 1708 vorgenommen wird, finden wir jüdische Familien in allen Stadtvierteln. Es wohnen:

im Minoritenviertel in 7 Häusern 17 Parteien mit 81 Personen,

im Frauenviertel in 8 Häusern 33 Parteien mit 142 Personen,

im Deutschherrenviertel in 6 Häusern 19 Parteien mit 96 Personen, davon in einem Meierhofe 3 Parteien, beim „goldenen Adler“ 6 Parteien mit 32 Personen,

im Trinitatisviertel in 6 Häusern 40 Parteien mit 210 Personen, davon in einem Hause 10 Parteien mit 61 Personen, in einem anderen Hause gar 19 Parteien mit 90 Personen.

Die Zusammenzählung weist dann, nicht ganz mit dem Vorausgegangenen übereinstimmend, aus, daß in Neustadt in 28 Häusern 105 Parteien mit insgesamt 535 Juden wohnten. Wir ersehen hieraus einerseits, wie sich dieselben nach der erzwungenen, gewaltsamen Fernhaltung um so mehr herandrängten, anderseits wie bescheiden sie in ihren Wohnraumansprüchen waren, dem öffentlichen Gesundheitszustand zum Nachteile. Es ist begreiflich, daß nun die judenfeindliche Gesinnung, da der Judenzuzug wohl fort dauerte, erst recht durchbrach. Schon am 8. Mai 1708 verlangten die hiesigen Handelsleute vom Rate, die Kennzeichnung der Judenware streng durchführen zu lassen. Und der Rat selbst hatte am 3. Mai beschlossen, von den Juden für ein Schutzgeld und einen Begräbnisort jährlich 400 Gulden zu erheben. Am 12. November 1709 gab dann der Stadtrat den Viertelkommissären den Auftrag, neuerlich eine Zählung der Juden vorzunehmen, und bedeutete die Bürger, sich alles Handels mit den Juden zu enthalten; und am 23. November folgte ein kaiserlicher Befehl an Neustadt, daß sich alle Juden ohne Ausnahme binnen drei Tagen mit Weib und Kind bei sonst schwerer Leibesstrafe aus der Stadt zu entfernen haben! Folgerichtigkeit war nicht die Stärke der damaligen regierenden Kreise.

Daß einzelne Ausnahmen von dieser harten Verfügung gemacht wurden, liegt nahe: einer Kindbetterin, einem an Podagra leidenden Greise wurde eine Verlängerung des Aufenthaltes gestattet. Zu gleicher Zeit, am

29. Jänner 1709, verwendete sich Kaiser Josef I. für Simon Wertheimer, „unser Faktor und Jud“, und dessen Bruder und Schwager wegen einer Aufnahme derselben in Wiener Neustadt, welches Ansuchen abgewiesen wurde, und Fürst Eßterházy für den „paladinischen Schutzjuden“ Moses Josef Wertheimer in Eisenstadt wegen einer Forderung in Wiener Neustadt.

Auf den Kulturzustand unserer Gegend wirft eine Aufzeichnung aus dem Jahre 1684 ein eigentümliches Streiflicht: es wird am 31. Dezember ein Schießgeld für 13 Wölfe (zu 3 Gulden = 39 Gulden) ausgezahlt. Der Waldbestand war ja größer als heute. Es dürfte sich um den äußersten Südosten des Landes handeln.

Auch im 17. Jahrhundert haben wir es wiederholt mit Schritten zur genauen Bestimmung der Burgfriedsgrenze zu tun. Ein Befehl vom Jahre 1624 scheint noch kein Ergebnis gebracht zu haben. Dagegen wird im Jahre 1643 berichtet, daß wegen des „Besuchens“ der Hotter und der Jurisdiktionsgrenze im September in 12 Kaleschen bei 50 Personen herumfuhren, woran außer dem Bürgermeister und Kämmerer sich Mitglieder des inneren und des äußeren Rates beteiligten. Der Oberstadtkämmerer Andreas Öhrlein nahm das Ergebnis auf; doch wurde die Sache erst im Jahre 1650 durch die Beseitigung der Mängel bei den Marksteinen durch die vollständige Wiederaufsetzung derselben bereinigt. 1694 findet abermals eine Begehung der Gemeindegrenzen statt und ergeben sich wieder einige strittige Punkte. Bei Schwarzaui liegen manche Äcker der Stadt, manche der Burg; dieselben sind genau zu scheiden. Zu Breitenau, so heißt es, haben die Neustädter ihren Grund und Boden zu beweisen.

Um die Mitte des Jahrhunderts hören wir wieder einmal von den Bemühungen, die Grenze Österreichs gegen Ungarn festzusetzen. Am 22. August 1653 erfließt ein Befehl Ferdinands III. an Neustadt, alle notdürftigen Behelfe zu dieser Feststellung aufzusuchen; und am 29. Jänner 1655 kommt erst der weitere Befehl, alle diese Instrumente einzuschicken. Die Sache ging jedoch wieder nicht vorwärts.¹⁾ Eine Aufzeichnung des Stadtschreibers Michael Stocker vom 23. Juli 1652 stellt bezüglich unserer Stadt nur die klare Tatsache fest, daß das Bistum Neustadt mit Zillingdorf, Unter- und Obereggenndorf und Lichtenwörth, in simili die Stadt Neustadt, item die Königspersgsche Herrschaft Khätzlsdorf, die Teufflschen Herrschaften Froschdorf und Pitten und die Wurmbrandsche Herrschaft Schwarzenbach an die Eßterházy'sche Grafschaft Forchtenstein in Hungarn grenzen.

Wir wenden uns dem Besitze der Stadt zu. Die Veränderung desselben begann mit dem Verkaufe der Staineggermühle am 14. Dezember 1602, wobei die Gemeinde dem Käufer zu Polsterrecht und Wasserzins eine Summe von zwölf Pfund rheinisch auferlegte. Die Mühle ging nach Jahrzehnten nochmals durch die Hand der Stadt. Die damalige Besitzerin Veronika Ainegger hatte nämlich dieselbe den Paulinern vermacht; das Haus sollte aber die Lasten der Stadt mittragen; und so verkaufte der Rat die Mühle am 15. Juli 1648 an Andreas Mai. Die noch übrigen städtischen Mahlmühlen werden im Jahre 1616 genau untersucht: es sind dies die Basteimühle mit drei Gängen am Stadtgraben, die um 150 Gulden jährlichen Beistandzinses verpachtet ist, die Kanzelmühle mit acht Gängen an der Fische, die leistungsfähigste Mahlmühle der Stadtgemeinde, ebenfalls verpachtet. Am 27. November 1663 beschließt der Rat, diese Mühle durch einen Mühljüngling in eigener Regie zu führen, gibt jedoch schon am 27. September 1667 einer

¹⁾ Im Jahre 1612 wird auch wegen der Grenzen Österreichs gegen Steiermark verhandelt.

Kommission den Auftrag, einen Wertanschlag für den allfälligen Verkauf der Kanzelmühle zu machen. Es hat sich die eigene Regie wohl nicht bewährt. Auch die Steinhofmühle, jetzt eine Palliermühle beim äußeren Wienertor, kann hier mitgezählt werden. Dieselbe wird im Jahre 1619 mit der Bedingung verkauft, sie bei allfälligem Weiterverkauf zuerst der Stadt anzubieten. Im Jahre 1625 löste der Rat das Haus des Dreifaltigkeitsstiftes am Grätzl von diesem Benefizium ab, verkaufte es jedoch sofort (am 4. März) an einen Bürger, offenbar auch mit dem Zwecke, dasselbe bürgerlich, also mit der Stadt leidend zu machen. Der Wert der bisherigen eigentlichen Verkäufe der Stadt wird aufgewogen durch den Ankauf der Papiermühle im Jahre 1638 um 1225 Gulden. Im Jahre 1646 verkaufte Neustadt das entlegene Vorwerk Peisching an den Freiherrn von Teufel, der schon mehrere Herrschaften im Osten und Südosten der Stadt besaß. Doch wurde dies wieder aufgewogen durch den Ankauf der „Kreuzhöfe“. Dieselben hatten einstens dem Georgsorden gehört, der nach einem ruhmlosen Dasein im Jahre 1600 aufgehoben worden war. Die Besitzungen desselben machten verschiedene Wandlungen durch. Die Stadt erwarb die Kreuzhöfe im Jahre 1653 von Johann Jakob Graf von Brandiß um 2500 Gulden. Nach deren Übernahme beschloß der Rat, alles für die Nutzbarmachung Erforderliche und allenfalls für einen vorteilhaften Verkauf Notwendige zu veranlassen (8. Jänner 1654). Noch in demselben Jahr meldete sich ein Käufer, der den Besitz als Freihaus, wie es bisher war, erwerben wollte. Der Rat ging nicht darauf ein, verkaufte aber den Besitz im Jahre 1657 an den Staat selbst, wie wir schon berichtet haben. Für die niederländischen Armaturarbeiter verkaufte derselbe im Jahre 1658 die Papiermühle und die Hadermühle (des Spitals) dabei mit 15 Tagwerk Wiesen, 6 Joch Äckern, einer Au an der Einfahrt der Mühlen und einem Fleck am Lazarethbachl um 4000 Gulden und 140 Taler Leidkauf an den Papiermacher Ambros Pichelmayr, wobei der Stadt das Vorkaufsrecht gewahrt wird; und im Jahre 1661 das eben gekaufte öde Königsbergische Freihaus an der Stadtmauer und ein „Ort“ an der Jakoberbastei, wo einst die städtische Gießhütte gewesen war, an den kaiserlichen Zeugwart Friedrich Strack zum Zwecke des neu aufgerichteten Salinenwesens. Bei Fortdauer dieses Wesens soll der Besitzer von der Soldateneinquartierung befreit sein, dagegen der Stadt den Zentner Saliter nicht teurer als um 20 Gulden geben. Das Gebäude muß unter städtischer Obrigkeit verbleiben. Ein neuer Kauf eines Freihauses der Gräfin Barbara Perpetua von Urschenpeck am Neunkirchner-tor an der Stadtmauer mit 25 Joch Äckern (um 3000 Gulden) erfolgt am 20. August 1674, und wieder ein Verkauf des erworbenen Rindsmaulschen Freihauses an einen Bürger (um 700 Gulden) am 29. November 1675. In diesem letzteren Falle wird dem Käufer zugesichert, daß er während seiner ganzen Lebenszeit nicht mehr als 6 Gulden Steuer jährlich zu entrichten habe; es war wohl ein zäherer Käufer gewesen.

Am 2. Dezember 1678 veräußert die Stadt noch ein Haus auf dem Hauptplatze mit einer Weinpresse und zwei Waschkesseln um 1350 Gulden. Die Weinpresse wurde eben vom Hauptplatze wegverlegt und kam an einen Ort außerhalb der Stadtmauer.

Es soll hier kurz eingeflochten werden, daß im Jahre 1607 einmal von einem Eisenbergwerke oberhalb Katzdorf die Rede ist, und daß der Rat am 17. Juli beschließt, dieses an die Stadt zu bringen. Allein damit ist die Sache verstummt. Einem Kauf- und Verkaufsgeschäfte der Stadt begegnen wir im Jahre 1695 wieder. Da kauft die Gemeinde von Zacharias Guntner dessen freie Corduanmühle um 4000 Gulden, gibt dieselbe aber sofort wieder an einen Bürger Thomas Wiest weg. Es hat jedoch Schwierigkeiten mit

dessen Zahlungen, und diese ziehen sich Jahre lang hinaus. 1699 borgt Wiest 1000 Gulden von der Kischingerstiftung, kommt aber mit der Begleichung seiner Schuld an die Stadt noch immer nicht zu Ende. Er muß einen Bürgen stellen, und der Rat verhandelt über den Weiterverkauf des Objektes. Zum Kaufe ist der Lederer Johann Bartl von Großhöflein bereit; er erklärt jedoch, daß er die Corduanmühle um den alten Preis nicht übernehmen könne, da in derselben alles ruiniert sei. Am 18. Oktober 1703 wird man um den Kaufpreis von 2750 Gulden und 150 fl. Leidkauf einig; und der Käufer schlägt sich noch eine Förderung für die Ausübung seines Gewerbes heraus: er war ja aus der Fremde gekommen; am 26. April 1705 wird ihm in der Tat vom Rate ein Schutzpatent ausgestellt.

Am 12. Mai 1701 verkauft die Stadt ein „Ort“, wo die vier baufälligen alten Pulverstampfen gestanden, um 500 Gulden an Matthias Ambling, der einen „Hammer“ dahin übersetzen soll. Und er darf kein anderes als ein vom Stadtrat bewilligtes Werk hinbauen, darf dem städtischen Hammer keinen Eintrag tun, die Stadt überhaupt nicht schädigen, niemandem das Wasser entziehen, darf das Werk, das bürgerlich sein muß, nur an Bürger verkaufen. Die Stadt hat das Vorkaufsrecht. Ambling übernimmt dabei die Verpflichtung, jährlich 4 Gulden Steuer, 2 Gulden Wachtgeld und 4 Gulden Wasserzins zu zahlen. Das Fischereirecht bleibt der Stadt.

Der Verkauf des Hauses eines Lebzelters durch die Stadt am 23. September 1704 ist wohl wegen einer Forderung derselben, der Verkauf des alten Renthofes am 21. Jänner 1710 durch die Notwendigkeit von Raum für eine Gassenregulierung erfolgt.

Am 1. August 1650 hat der Rat eine Zuschrift an den Burggraf gerichtet, daß wiederholt Häuser, die dem Rentamtsgrundbuche dienstbar, ohne Wissen des Rates verkauft wurden. Das führe zu Unordnungen und wird gebeten, dies nicht zuzulassen. Am selben Tage tritt der Rat dagegen auf, daß Häuser ohne Garten, wie es im Schlegelgarten geschehen sei, nicht verkauft werden sollen; das sei schädlich. Gegen die „Liederlichkeit“ von Hausbesitzern, die ihr Eigentum verfallen lassen, tritt der Rat wiederholt auf. So am 31. Oktober 1686 allgemein, am 21. Februar 1709 gegen einige Bürger, am 18. August 1691 gegen einen Bürger, dem der Verkauf des Hauses angedroht wird.

Der Zustimmung des Rates zum Kauf und Verkauf von Baulichkeiten der Bürger und Stadtbewohner untereinander brauchen wir nur kurz zu gedenken. Einem Wiener, der ein Haus hier von seiner Mutter geerbt, wird aufgetragen, dasselbe persönlich zu besetzen oder zu verkaufen, 1709. Die Mahnung wird 1710 und 1711 wiederholt. 1677 wurde dem Wirt zum „goldenen Brunnen“, einem doppelten Hausbesitzer, aufgetragen, das Wirtshaus zu verkaufen; und da er das nicht tut, nimmt der Rat selbst den Verkauf in die Hand. Dagegen soll auch erwähnt werden, daß die Stadtvertretung der ungarischen Kammer die Zustimmung erteilt, ein Haus an der Tiergartenmauer anzukaufen, um dort das Dreißigstamt zu errichten und unterzubringen. Das Haus müsse natürlich bürgerlich bleiben; die Erwerbung jeglicher Freiheit ist ausgeschlossen.

So erblicken wir denn überall das Bestreben der Stadt, die irgendwie freien Häuser zu beseitigen, die bürgerlichen, die Lasten der Gemeinde mittragenden Häuser zu erhalten und zu vermehren. Reverse von Käufern, die Lasten der Stadt mitzutragen, kommen öfter vor; zum Beispiel am 21. August 1703 für ein Haus in der Neunkirchnerstraße, am 31. März 1708 von der Witwe Magdalena Theresia Zungenberg für ein gekauftes Haus in der Brottischgasse. Ja am 22. April 1655 hat der Rat sogar einmal neun Bürgern, die dieser Mahnung nicht nachkamen, den Verkauf ihrer Häuser angedroht!

Umgekehrt jedoch will der Rat nicht, daß die Bürger Bauernhäuser in der Umgebung ankaufen; und da dies von einigen Neustädtern geschehen, erhalten diese den Auftrag, die Häuser zur Verhütung von Unannehmlichkeiten wieder wegzugeben.

An den Kauf und Verkauf von Grund und Boden schließen sich noch folgende Übereinkommen: Nachdem der Rat schon im Jahre 1615 eine Kommission mit der Aufgabe betraut hatte, die Ertragsfähigkeit der einzelnen städtischen Weingärten zu untersuchen, damit jene, die einen schlechten oder keinen Ertrag liefern, abgestoßen werden können, verkauft die Stadt am 24. Jänner 1645 zwei Weingärten um 60 Gulden, und am 17. März 1648 einen dritten zu Mörbisch in den Goldbergen um 700 Gulden. Im Jahre 1675 verkauft die Stadt weiter einen Weingarten zu Mattersdorf an Hans Pognar, einen haussässigen Untertan zu Wiesen, 30 Pfund, um 80 Gulden rheinisch.

Im Jahre 1703 erwirbt Neustadt von dem Kloster Neuberg eine Wiese von 70 Tagwerk am Gießhübel um 300 Gulden und 12 Taler Leidkauf. Doch soll das Grundstück dem Kloster Neuberg als seiner Grundobrigkeit angevogtet bleiben, jährlich 1 Gulden 4 Schilling an dasselbe zahlen. Die Gewähr soll jährlich erneuert werden; falls die Stadt die Wiese wieder verkaufe, soll sie doch im Stadtgrundbuch bleiben. Die Verhandlungen über die Bedingungen dauerten zwei Jahre, und erst am 29. September 1705 wurde der Kaufvertrag ausgefertigt. Am 19. August 1709 kaufte die Gemeinde noch von Johann Josef von Pleyern und dessen Bruder Otto Anton ein Freigartl außen an der Stadtmauer beim Neunkirchnertor um 100 Gulden.

Am 14. Jänner 1659 hatte die Stadt die „Schäfflerei“ von der Herrschaft Katzelsdorf gekauft, wie überhaupt die Schafzucht in jenen Tagen eine bedeutendere Angelegenheit bildet.

Den wichtigsten Grundbesitz der Stadt bilden doch wieder Weingärten. Etwa aus dem Jahre 1640 stammt eine Zusammenstellung des städtischen Weingartbesitzes. Diese bekundet: Neustadt hat

in Rust 4 Weingärten mit 10 und 16 und 16 und 30, zusammen 72 Pfund,

in Mörbisch 1 Weingarten mit 24 Pfund,

„ Margarethen 1 Weingarten mit 26 Pfund,

„ Oggau 2 Weingärten mit 1 und 4, zusammen 5 Viertel,

„ Gschieß 1 Weingarten mit 31 Pfund,

„ St. Georgen 3 Weingärten mit 32 Pfund,

„ Eisenstadt 1 Weingarten mit 4 Vierteln,

„ Großhöflein 1 Weingarten mit 2 Vierteln,

„ Siglos 1 Weingarten mit 28 Pfund,

„ der Wart 3 Weingärten mit 5 Viertel, 80 Pfund und 1 Viertel,

„ Mattersdorf 5 Weingärten mit 105 Pfund und 2½ Viertel,

„ Katzelsdorf 1 Weingarten,

„ Brunn 1 Weingarten,

„ Steinabrückl 1 Weingarten.

Alle diese Weingärten, mit Ausnahme jener von Rust, sind dienstpflichtig zu Zehent oder zu Bergrecht oder zu beiden; nur die Weingärten von Katzelsdorf und von Steinabrückl geben auch kleine Geldbeträge, jener 8, dieser 3 Pfennige.

Aber bald tritt eine Änderung ein. Der Reichtum an ungarischen Weingärten verminderte sich bald. Wir treten eben in die Zeit, wo die wachsenden Lasten für die ungarischen Weingärten neben anderen Ursachen bewirkten, daß die Neustädter bezüglich des Weingartbesitzes ihr Auge mehr auf ihr eigenes Land richteten. Ein erhaltenes Schriftstück bezeugt dies.

Die Weinfechsung des Jahres 1657 in Wiener Neustadt, die hier eingefügt sei, zählt auf:

In der Wart	115	Pfund	mit	921	Eimern
„ Vischau	46	„	„	504	„
„ Soos	5	„	„	72	„
„ Wöllersdorf	14	„	„	226	„
„ Gumpoldskirchen	8	„	„	250	„
„ Lindabrunn	6	„	„	99	„
„ Steinabrückl	22	„	„	273	„
„ Piesting	3	„	„	55	„
„ Leobersdorf	11	„	„	131	„
„ Matzendorf	3	„	„	40	„
„ Paffstetten	7	„	„	216	„
„ Brunn	4	„	„	34	„
„ Katzelsdorf und Froschdorf	23	„	„	289	„
„ Weikersdorf	10	„	„	80	„
„ Dachenstein und Winzendorf	3	„	„	60	„
anderweitig	12	„	„	278	„
in Rust	5	„	„	178	„
„ Drasburg	5	„	„	53	„
„ Kroisbach	12	„	„	141	„
„ Kreutz	9	„	„	100	„
„ Breitenbrunn	2	„	„	46	„
„ Pangarten	3	„	„	35	„
der Bischof hat:					
deutschen Wein				149	„
ungarischen Wein				147	„
Zehentwein				21	„
die Stadt hat von Oggau, Eisenstadt, St. Georgen, Höflein, Margarethen, Siglos zusammen				125	„
das Spital von St. Georgen und Spiegelberg				108	„

Wir sehen, daß auf diesem kaum zwei Jahrzehnte jüngeren Verzeichnisse eine Anzahl ungarischer Weingärten verschwunden, eine Reihe österreichischer Weinberge hinzugekommen ist.

Das Eigentum der Stadt wird durch die Amts- und Anstaltsgebäude und deren Mobilien nicht unwesentlich erhöht. Dazu kommt der Inhalt der Stadttürme und des Zeughauses, deren Inventare am 18. Februar 1619 und am 29. April 1620¹⁾ aufgenommen werden und den Gemeindebesitz nach der kriegerischen Seite ergänzen. Hier sei nur einiges Bedeutendere aufgezählt: Da finden sich in den Türmen 9 Falkonette, 1 Haubitze, 4 andere eiserne „Stückel“, 10 Doppelmusketen, 8 einfache Musketen, 12 Kartätschen, 135 Doppelkaken, 109 einfache Haken und selbstverständlich altes Zugehör. Bei dem Neuklosterturm und dem Turm im Schlegelgarten heißt es: „Die Notdurft zu verordnen“. Diese waren also nicht vollständig ausgerüstet. Im Zeughause außer vielen alten, schwer oder gar nicht mehr brauchbaren Stücken: der Hirsch, wohl das größte Geschütz, 1 Doppelkartaune, 7 Doppelfalkonette, 11 Haubitzen, 4 Doppelfalkaunen, 5 Falkaunen, 83 Musketen, 18 Doppelhaken, 271 Haken 5 Böller usf., 5 Harnische, 6 Sturmhauben usf.

¹⁾ CXV, 3/1, 2.

Wir wissen, daß aus dem Grundbesitze der Stadt von Zeit zu Zeit eine Verteilung von Äckern, Wiesen an die Bürger vorgenommen wurde. In unserer Periode hören wir wenig von der Sache. Im Jahre 1607 wird eine neue Ackerverteilungskommission gewählt; wir erfahren jedoch nichts von ihrer Tätigkeit.

Von einer Zuweisung von Grundstücken an die Bürger erfahren wir im Jahre 1651. Da erging ein Stadtratsauftrag an die Ackerkommissäre, da verschiedenen Bürgern erlaubt worden war, „Orte“ vor der Stadt an ihre Gärten anzuschließen, auf diese Gründe einen Dienst anzuschlagen.

Im Jahre 1669 gab der Rat am 26. April einen Auftrag an die Ackerkommissäre, jene Äcker, welche zu den an die Klosterjungfrauen überlassenen Häusern gehören, vorläufig der Stadt zuzueignen oder zu verpachten. Im Jahre 1677 wird uns wohl über eine Verteilung berichtet, aber dieselbe geht nur an die Mitglieder des inneren Rates: es handelt sich um einen „Wiesort“ an der Leitha, der zur Verteilung gelangt; die neuen Inhaber sollen ins Grundbuch eingetragen, und soll ein kleiner Dienst auf die einzelnen Teile gelegt werden. Und im Jahre 1705 wurde am 2. April der Zwingerraum zur Benützung verteilt an den Bürgermeister, den Stadtrichter und Ratsherrn.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts kommt es auch einmal vor, daß Holz unter die Bürger verteilt wird.¹⁾

Über den Privilegienbesitz haben wir nur deren Neubestätigungen anzuführen. Diese erfolgten: durch Erzherzog Ferdinand von Steiermark am 25. März 1597, der als Kaiser Ferdinand II. am 13. April 1622 diese Bestätigung wiederholte; die Bestätigung durch Kaiser Matthias am 27. Juni 1613, durch Ferdinand III. am 20. Jänner 1637, durch Leopold I. am 16. Jänner 1663 und durch Kaiser Josef I. am 5. Mai 1706.

Was die Arbeiten in der Stadt und am städtischen Besitz betrifft, so muß vor allem die Änderung eines Gassenzuges im Deutschherrenviertel erwähnt werden. Das Deutschordenshaus besaß einen Garten, an der Westseite, jedoch durch eine Gassenbreite vom Ordensbesitze selbst getrennt. Im Jahre 1594 ersuchte der Komthur Hans Khowenzl, diesen Garten an das Haus angliedern zu dürfen, wofür der frühere Garten an die Stadt fallen, also die Gasse etwas weiter nach Westen zurückgerückt werden solle. Nach längeren Verhandlungen bewilligte der Rat dieses Ansuchen, und dadurch kam der nördliche Teil der jetzigen Schlegelgasse in seine gegenwärtige Lage. Die Verlegungsarbeit selbst wird im 17. Jahrhundert vorgenommen und vollendet. Die gänzliche Regelung der Gasse zu dem heutigen Zustande erfolgte erst im 18. Jahrhundert. Verschiedene Wegherstellungen in der Vorstadt werden im Jahre 1603 erwähnt; im Jahre 1626 läßt der Rat durch die Viertelmeister einsagen, daß es notwendig sei, alle Wege, Brücken, Stege ordentlich wiederherzustellen; es sollen alle, die Roß und Wagen besitzen, auf dem Rathause erscheinen, wo man ihnen Führen und Arbeit zuweisen wird. Die kein solches Fuhrwerk besitzen, müssen in Person arbeiten; 1630 wird an ein vollständiges Pflastern gegangen, und wird für die Klafter 12 Pfennig zur Zahlung bestimmt. Im Jahre 1646 werden die Bürger, die Züge besitzen, für die Erbauung des Zwingers vor dem Wienertore, im Jahre 1647 für die Regelung des Raumes vor dem Ungartore zur Fuhrwerksleistung herangezogen oder zu einer Geldabgabe verpflichtet. Von den städtischen Häusern wurde in größerem Umfange an der Kanzelmühle gebaut. Die Arbeit war dem Maurer Franz Duria im Jahre 1604 um 225 Gulden angedingt worden; der Rat gab ihm indes am 4. Jänner 1605 noch weitere 25 Gulden drauf,

¹⁾ Ohne jede genauere Angabe.

weil er erklärte, Schaden zu haben. Es war jedenfalls eine bedeutendere Arbeit. Dieselbe zog sich jahrelang hin. Sogar im Jahre 1630 wurde noch an der Kanzelmühle gearbeitet und wird den Bürgern ihre Saumseligkeit in den Handleistungen vorgehalten. In der Mitte der fünfziger Jahre wurde auch die Basteimühle wiederhergestellt. Auf die Fortführung des Rathausbaues kommen wir in anderem Zusammenhange zurück. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts erbaute die Stadt zwei neue Pulverstampfen.

Von dem Ertrage des Stadtbesitzes, und zwar der Häuser, Gewölbe, Geschäftsräume im 17. Jahrhundert berichten uns Aufzeichnungen etwa aus dem Jahre 1667. Aus deren Zusammenstellung ergibt sich: Es zahlt

ein Gewölb im Rathaus	35 Gulden
weitere 3 Räume im Rathaus	28 „
„ 2 „ „ „ „	22 „
in einem anderen Stadthause 2 Räume	13 „
ein Müller für ein Mehlgewölb im Stadthaus	9 „
der Leutgeb	12 „
ein Fleischhauer für ein Gewölbe	63 „
für die Fleischhauerbänke	49 „
der Stadtküchen gibt es 2, und im Hornsteinschen Hause sind 3 Läden	20 „
es zahlt die größere Küche	15 „
die kleinere	12 „
für die Brottische	20 „
„ „ Kanzelmühle	250 „

schon im Jahre 1641. Der Pächter mußte damals außerdem¹⁾ katholisch sein, das Malter für das Spital unentgeltlich mahlen, und zwar vom halben Mut 22 Strich Mehl und 4 Strich Kleie, von einem Metzen Gerste, Heiden, Hirse je $\frac{1}{2}$ Metzen liefern; die Kündigung war beiderseits einvierteljährig. Der Pacht lautete auf 3 Jahre. Eine andere Aufzeichnung stellt fest, daß in den letzten 2 Jahren dieses Pachttermines die vollständigen Einnahmen dieser Mühle 944 Gulden, die gesamten Ausgaben 492 Gulden 32 Kreuzer betrugen, dieselbe also 451 Gulden 38 Kreuzer Reinertrag gebracht hatte. Im Jahre 1656 wurde der Pacht auf 300 Gulden erhöht, jedoch 1659 wieder auf 250 Gulden herabgesetzt; aber die Verpachtung läuft nur ein Jahr. Die Zeiten werden schlimmer; 1692 finden wir, daß der Pachtschilling für das Jahr nur 215 Gulden beträgt; erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts steigt die Pachtsumme wieder und beziffert sich im Jahre 1710 mit 280 Gulden.

Die Basteimühle zahlt im Jahre 1667 100 Gulden. Der Bestandzins war früher größer gewesen, im Jahre 1625 war er mit 105 Taler, im Jahre 1633 ebenfalls mit 150 Gulden eingestellt; der damalige Vertrag nennt allerdings noch 6 Joch Äcker, auch eine Gerstenstampfe mit; doch mögen diese Zugehörigkeiten auch für die andern Verträge gelten. Auch dieser Pächter muß das Hausmalter für das Bürgerspital unentgeltlich liefern, und zwar gegen die gebührende Maut; er soll aus dem halben Mut Getreide 23 Strich Mehl und 5 Strich Kleie herstellen, von einem Metzen Gerste, Heiden, Hirse, Fenchel je einen halben Metzen mahlen. Die Forderung des Katholizismus steht auch hier unter den Bedingungen; die Kündigungsfrist beträgt auch hier für beide Parteien ein Vierteljahr. 1643 ist der Jahrespacht nur mehr 130 Gulden. Der Pächter des Jahres 1651 nimmt wohl auch noch den Pachtzins von 130 Gulden an; allein schon nach 4 Monaten bittet er um eine Ermäßigung, und der Rat setzt am 5. Dezember den Jahrespacht auf die obigen 100 Gulden herab. Die Mühle war nämlich baufällig; 1653 ging

¹⁾ CXXI, 10/3.

nur mehr ein Gang, und der Kämmerer teilte dem Rate mit, daß sich ein Pachtvertrag betreffs der Basteimühle wegen des Zustandes derselben überhaupt nicht abschließen lasse; man begnügte sich mit einer wöchentlichen Zahlung von 1 Gulden. Nach vollständiger Wiederherstellung der Mühle kehrt auch der frühere Pachtzins wieder. Aber wieder nicht dauernd. Die anwachsende Türkengefahr hat den Zins neuerdings gedrückt, und im Jahre 1690 wird derselbe mit 80 Gulden erlegt, und erst im Jahre 1698 erhebt er sich endlich wieder auf 100 Gulden. Die Papiermühle wird gleich nach ihrem Ankaufe (1638) um jährlich 100 Gulden in Bestand gegeben. Für die Balliermühle wird 1667 25 Gulden gezahlt, wie schon im Jahre 1648, und wie noch in den neunziger Jahren des 17. Jahrhunderts. Die Schleifmühle trägt an Pacht 20 Gulden, die zwei Pulverstampfen entrichten einen Pachtzins von 50 Gulden. Früher war es eine Stampfe gewesen, die 1638 auf 1 Jahr gegen Lieferung von 3 Zentnern Hakenpulver, 1639 gegen jährliche Lieferung von 1½ Zentner Hakenpulver auf 5 Jahre an den kaiserlichen Zeugwart verpachtet wurde. 1658 sind bereits zwei Stampfen da, und am 2. März 1660 wird schon ein Vertrag mit dem kaiserlichen Zeugwart und Pulvermacher Georg Friedrich Strack abgeschlossen, der die zwei neuen Pulverstampfen auf 10 Jahre um den Preis von 50 Gulden pachtweise übernimmt. Dieser Zins bleibt lange beständig. Auch der kaiserliche Zeugbüchsenmacher Johann Enzinger pachtet die Stampfen am 1. Jänner 1678 um denselben Preis auf 6 Jahre, und auch weiterhin dauert der 50-Gulden-Pacht.

Für eine Walchstampe zahlen an jährlichem Pacht:

die Weißgerber	15 Gulden
die Tuchmacher	30 „
die Kotzenmacher	7 „
der Pacht für die Ledermühle beträgt	10 „
Für den Eisenhammer	104 „

Diese Summe war auch schon im Jahre 1603 vereinbart mit Christoph Schornagl von Waidhofen an der Ybbs, gewesenem Hammerschmied zu Hainfeld, nämlich jeden Montag 2 Gulden. Mit demselben war auch vereinbart worden, daß er der Gemeinde alle Arbeit mache. Zwei angesehene Bürger mußten Bürgschaft für ihn leisten. Die Kündigung war mit 6 Wochen gegenseitig festgesetzt worden. Es war offenbar ein Versuch mit dem Fremden, der sich indes bewährte. Für die zwei Bohrmühlen und die Schleifen zur niederländischen Armatur zahlte der Staat 75 Gulden Pacht (von 1659 an).

Der Ziegelofen zu Schleinz zahlte seinen Pacht nicht in Geld, sondern mit 3000 Ziegeln. Im Jahre 1638 war ein Pachtvertrag mit Paul Ehehold von Schleinz auf 15 Jahre geschlossen worden, der dem Pächter für das erste Jahr 2000, für die folgenden Jahre bereits die besagten 3000 Gewölb- und Mauerziegel zu liefern auferlegte. Er mußte der Stadt überdies alle nötigen Ziegel beistellen, und zwar die Ziegel für das Pflaster mit 7 Gulden, die Gewölbziegel mit 2½ Gulden für das Tausend. Die Kündigung war halbjährig. Im Jahre 1650 wurde ihm wegen seiner schlechten Ziegel mit Kündigung gedroht. Der Vertrag des Jahres 1653 und 1666 behält die 3000 Ziegel und die genannten Preise bei. Ein Ratsbeschluß vom 4. Mai 1649, einen Ziegelstadel in der Nähe von Katzelsdorf zu bauen, kam nicht zur Ausführung.

Hiemit schließt die Aufzeichnung der verpachteten Baulichkeiten, Laden, Stände; dieselben ergeben eine Einnahme von mehr als 900 Gulden und die genannte Anzahl Ziegel.

Es gab übrigens noch einige andere Gebäudepachte, die in der fraglichen Zeit schon bestanden, jedoch nicht aufgezählt wurden, weil sie wahrscheinlich noch nicht beglichen waren; denn die Zahl der Restanten ist in

unserer Stadt auf allen Gebieten erheblich. Schon vom Jahre 1643 an ist der Pacht der Papiermühle samt Zugehör mit jährlich 150 Gulden bezeugt. Für eine Bohrmühle besteht ein Pachtvertrag auch schon im Jahre 1657 mit dem Staate. Für die Anschaffung der Einrichtung werden 2000 Gulden als notwendig erkannt. Der jährliche Pachtzins beläuft sich auf 60 Gulden. Damit erhöht sich die Einnahmssumme auf mehr als 1100 Gulden.

Hiezu kommen gegen Ende des Jahrhunderts noch einige andere Vermietungen.¹⁾ Für zwei Bohrmühlen, deren Errichtung schon 1658 angeregt worden war, welche die Stadt den niederländischen Armaturarbeitern seit dem Anfang der neunziger Jahre überließ, zahlt der Staat einen jährlichen Pachtzins von zusammen 60 Gulden. Der Renthof hatte einen Raum von der Gemeinde gemietet (1698) um 18 Gulden. Das Halterhäusel zinst 3 Gulden 30 Kreuzer, im Anfange des 18. Jahrhunderts 7 Gulden. Im Jahre 1704 vermietete die Stadt an den kaiserlichen Eisenhammerherrn in Mürtzschlag Johann Franz Primbsch von Königsbrunn vorübergehend nur für 2 Jahre eine Wohnung mit Keller gegen den Jahreszins von 75 Gulden. Das Überreiterhäusel mietete der kaiserliche Gehegebereiter im Jahre 1710 gegen den jährlichen Bestand von 15 Gulden. Der Halter, die Überreiter, waren selbst Hausbesitzer geworden. Der Landschaftsphysikus Dr. Koppenjäger war im Jahre 1708 einmal im Stadthause untergebracht und zahlte für ein halbes Jahr 15 Gulden.

An die Bautenreihe schließen wir die Salzkammer, die, nachdem man sie von 1627 an einige Jahre selbst geführt hatte, um jährlich 100 Gulden und 165 Küfel Salz hintangegeben wurde. Gegen Ende des Jahrhunderts finden wir wieder die Eigenverwaltung der Stadt bei der Salzkammer. Es gehen im Jahre 1689 aus derselben 432 Gulden, im Jahre 1700 rund 375 Gulden ein. Auch der Ausgang ist von der Stadt verpachtet. 1643 haben denselben zwei Ratsherren in Bestand. Er ist nicht besonders ergiebig. Im Jahre 1700 bringt er 177 Gulden.

Ein ebenso langes Register in der Verpachtung wie die Häuser ergeben die Grundstücke, wobei wieder die Gründe an den Grenzen des Stadtgebietes, die an die benachbarten Dörfer und Herrschaften verlassen sind, die Hauptrolle spielen. Wir geben den oben benützten Aufzeichnungen wieder das Wort:

In Lichtenwörth hatten verschiedene Parteien nicht weniger als 85½ Joch Äcker von der Stadt in Pacht; sie berichtigten für das Joch jährlich ½ Metzen. Im Jahre 1678 sucht Lichtenwörth neuerlich um Auszeigung von Pachtäckern an, was aus Gutwilligkeit gewährt wird. Näheres verlautet hierüber nicht.

Traiskirchen zahlt im Jahre 1667 an Ackerzins 30 Gulden, wie schon seit dem Jahre 1634 und noch 1693. Im Jahre 1695 sind 60 Joch Äcker und Weiden als an Traiskirchen verpachtet ausgewiesen und — sie heißen die Pottendorfer Äcker — es beträgt der Pachtzins von da an jährlich 50 Gulden.

Sollenau berichtet für das Jahr 1667 für 5 Jahre 15 Gulden für die gepachtete Weide, also jährlich 3 Gulden wie schon seit langem. Die Auszeigung der Weide für Andre von Oberheim und die Sollenauer war schon im Jahre 1619 erfolgt. Der Jahrespacht von 3 Gulden ist schon 1627 beurkundet. Durch die folgenden Türkenzüge wurde der Wert dieser Weide sehr herabgemindert, so daß der Pachtzins noch im Jahre 1647 bloß 2 Schilling ausmachte.

Die Herrschaft Starhemberg, des von Heißenstein, zahlt an Weidezins 15 Gulden. Es handelt sich dabei eben um eine ausgedehnte Fläche von Fischau bis Steinabrückl, die der Herrschaft im Jahre 1636 durch eine Kommission ausgezeigt worden war. Bei dem Vertrage von 1647,

1) Beschluß vom 18. Juni 1658.

der auf 5 Jahre lautete, war der Pachtbetrag auf 16 Gulden vermehrt, beim nächsten Vertragsabschlusse aber wieder auf die frühere Summe herabgesetzt worden. Von 1674 an wird dieser Pachtzins sogar auf die Hälfte herabgemindert und mit jährlich 7 Gulden 30 Kreuzer bemessen. Hievon ist wohl eine Beschränkung des gepachteten Grundes die Ursache, indem von 1674 an die Gemeinde Wöllersdorf als Pächterin eines Neustädter Weidegrundes erscheint, für den sie jährlich und bis in das 18. Jahrhundert hinein gleichfalls 7 Gulden 30 Kreuzer Pacht entrichtet. Nach dem Türkenjahre 1683 bleibt Wöllersdorf aus naheliegendem Grunde wie auch schon in den siebziger Jahren einmal mit der Zahlung etwas im Rückstande; 1689 läßt Neustadt der Nachbargemeinde 2 Jahre Rückstand nach.

Für die Weide von Matzendorf und die Herrschaft Enzesfeld werden an Pacht entrichtet 15 Gulden. Mit der Herrschaft Enzesfeld unter Zyprian Concin lag die Stadt in den ersten Zeiten des 17. Jahrhunderts in hartem Streite, eben wegen des Eigentumsrechtes über gewisse Grundstücke, die schließlich der Stadt zugesprochen wurden (1620). Zyprians Witwe Elisabeth suchte 1623 und wieder 1633 um Überlassung einer Weide an. Erst im Jahre 1642 wurde ihr dieselbe zugestanden und bei der Heidemühle ausgezeigt, wobei sogleich der Jahrespacht mit 15 Gulden festgesetzt wurde. Die Witwe Concin verkaufte im Jahre 1657 die Herrschaft Enzesfeld an Eva Maria, Witwe, Gräfin von Brandiß, und die neue Besitzerin gab die Herrschaft dem Hans Jakob von und zu Rafenstein in Bestand. Von nun entstanden kleine gegenseitige Störungen; am 4. Juli 1658 erklärt der Rat, daß er den Matzendorfern die Weide nur noch ein Jahr lasse; er brauche dieselbe dann, da eine Schäflerei angelegt werden solle. Doch wurde diese Sache in anderer Weise erledigt: der Friede kehrte wieder und Enzesfeld behielt die Weide für die Matzendorfer auch weiterhin, und zwar um den gleichen Pachtpreis.

Weikersdorf zahlt den kleinen Pacht von 30 Kreuzer unverändert schon seit Beginn des Jahrhunderts. Trotz kleiner Streitigkeiten — wegen unbefugten Holzabhackens im Föhrenwalde durch die Weikersdorfer (1645), wegen Wegnehmens von Getreide durch die städtischen Überreiter (1696) — dauerte der Pacht und der Preis bis tief in das 18. Jahrhundert hinein.

Brunn (am Steinfelde) hat einen Weidepacht von 45 Kreuzern, und zwar seit dem Jahre 1600, wo auf Ansuchen des Besitzers der Herrschaft des Grafen von Herberstein diese Weide etwas vergrößert worden ist. Preis und Bedingungen bleiben auch, als der Graf von Zinzendorf und Franz Stockhammer die Herrschaft Brunn 1667 übernimmt.

(Klein-)Wolkersdorf entrichtete einen Weidezins von 36 Kreuzern; bis zum Jahre 1635 waren es 28 Pfennig, bis zum Jahre 1639 schon 24 Kreuzer gewesen. Im Jahre 1664 pachtete der Ort noch 10 Tagwerk Wiesen dazu, für die er einen Pachtzins von 4 Gulden, natürlich auch noch im Jahre 1667, zahlte. Die Ortschaft Neusiedl hat einen Pacht von 1 Gulden. Im Jahre 1593 waren ihr die Grundstücke neu besichtigt und überlassen worden, gegen einen Heidezins von 8 Metzen Getreide; sie hatten also wohl Äcker in Pacht. Zu dieser Leistung kam bald darauf ein Zins von 3 Schilling, der im Jahre 1619 auf 4 Schilling erhöht, jedoch 1621 wieder auf 3 Schilling ermäßigt wurde. 1626 werden 10 Metzen Heiden als Zahlung genannt und daneben 1 Gulden, was dann lange unverändert bleibt.

Haderswörth entrichtet 1667 den Weidezins in der Höhe von 30 Kreuzern, während vom Anfang des Jahrhunderts und bis in die vierziger Jahre 2 Schilling Pacht gezahlt wurde. Im Jahre 1679 wurde der Pacht auf 36 Kreuzer erhöht. Dieser Preis blieb bis weit in das 18. Jahrhundert hinein. Einen höheren Pachtzins hat wieder die Gemeinde Schwarzbau, nämlich 3 Gulden 30 Kreuzer, im Jahre 1667; zu Ende des 16. Jahrhunderts waren es rund

3 Gulden. Schon im Jahre 1604 ist der Zins mit 3 Gulden 30 Kreuzer bestehend, und dieser dauert unverändert bis zum Ende unserer Periode. Mit den Schwarzauern war jedoch mancher Strauß zu bestehen. 1602 wurde ihnen der Vorwurf gemacht, daß sie auf Stadtgrund angebaut hätten, und am 2. Oktober beschloß der Rat, es sollen ein paar Wagen in der Nacht ausfahren und den von den Schwarzauern gebauten Heiden hereinführen. In der Tat wurden nächtlich 17 Wagen Heiden in die Stadt geführt. Daraus entwickelte sich über das Eigentumsrecht an verschiedene Gründe ein langer Streit, der im Jahre 1617 den Neustädter Rat zu dem Beschlusse bewegt, mit dem Inhaber der Herrschaft Schwarzau Christoph Teufel von Froschdorf einen Verkaufs- oder einen Bestandvertrag abzuschließen. Der Vertrag änderte weder die Sachlage noch den Pacht und den Pachtpreis. 1649 ist das Verhältnis der Stadt zur Herrschaft Froschdorf sogar ein sehr freundliches. Die Weide wird nochmals ausgezeichnet, wobei namentlich die Schafweide zum „Schnotzenhof“ als von der Herrschaft Froschdorf zu genießen betont wird, während der Freiherr von Teufel sich zu allem Entgegenkommen gegen die Stadt in jeder Richtung verpflichtet.

Ein Streit der Schwarzauer mit den Neusiedlern wegen der gegenseitigen Grenzen der von der Stadt gepachteten Weide (1676) wurde vom Rate rasch beigelegt.

Erlach hat den hohen Pacht von jährlich 8 Gulden, und zwar schon seit dem Beginne des Jahrhunderts und weit in die folgende Periode hinüber; nur wird der Ortschaft von 1680 an die Weide immer nur für ein Jahr weiter verpachtet.

Lanzenkirchen erlegt 1667 den Weidepacht mit 30 Kreuzern seit dem Jahre 1647; früher 1 Schilling 10 Pfennig. Im Jahre 1667 pachteten die Lanzenkirchner noch 4 Tagwerk Wiesen dazu; Jahrespacht 1 Gulden 36 Kreuzer. Die Preise bleiben beständig.

Der Pachtzins von Saubersdorf war 1 Gulden 15 Kreuzer; im Anfang des Jahrhunderts waren es 2 Schilling und eine Naturallieferung, deren Umfang verschieden ist. Wiederholt kommen 18 Metzen vor. 1637 wird die Hälfte nachgelassen, ebenso 1655. Im Jahre 1639 wird die ganze Zahlung gestundet. Im Jahre 1645 schon beschließt der Rat auf das Eintreten des Grafen Rudolf von Puchhaim für seine Untertanen, den Saubersdorfern zu erlauben, daß sie die gepachteten Gründe bis zur Straße anbauen dürfen; nur sollen dieselben gleichmäßig ausgeteilt und gleichmäßig bebaut werden. Freilich ließ auch die Durchführung dieses Beschlusses sehr lange auf sich warten. Ja er kam in den nächsten Jahrzehnten gar nicht zur Durchführung; denn im Jahre 1669 zahlt Saubersdorf nur 12½ Kreuzer Pacht, 1669 bis 1674 wieder jährlich 1 Gulden 30 Kreuzer, und weiterhin 1 Gulden 15 Kreuzer wie im Jahre 1667.

Urschendorf zahlt als Weidepacht 1 Gulden und zwar vom Jahre 1660 an, nachdem ein kleiner Zwist vorausgegangen war. Früher und vom Anfang des Jahrhunderts an war der jährliche Pachtzins 1 Schilling 2 Pfennig gewesen. Der neue Preis bleibt dann jedoch bis zum Jahre 1710 erhalten. Die Liste der umliegenden Ortschaften als Pächter von Neustädter Grundstücken ist in der Zusammenstellung wieder nicht ganz vollständig. Es fehlt dabei Katzelsdorf, mit dessen Herrschaft schon um das Jahr 1530 ein Streit wegen des Eigentumsrechtes über eine Fläche von Äckern entbrannt war. Dieser Streit loderte immer neuerdings auf und kam auch in unserer Periode zu keiner endgültigen Entscheidung. Ferner fehlt Winzendorf. Der Ortschaft war auf Ansuchen im Jahre 1658 ein Gebiet als Weide um den jährlichen Bestandzins von 1 Gulden 4 Schilling überlassen worden. Nach einer Anmerkung vom Jahre 1662 waren dabei auch Äcker, und es dauerte

das Pachtverhältnis bis über die Mitte des 18. Jahrhunderts. Einige Bewohner von Winzendorf waren auch der Herrschaft Emmerberg untertänig, deren damaliger Besitzer Ambros Brassican im Jahre 1663 gleichfalls bei der Stadt um Auszeigung eines Ortes zur Weide ansuchte, jedoch ohne Erfolg.

Im Jahre 1679 wird auch eine Wiese an Schönauf in Bestand verlassen, auch ohne Nennung des Pachtzinses. Mit Schönauf war schon im Jahre 1640 bei dem Übergang der Herrschaft von Herrn Oberhaim an Veit Schinderl von Immendorf eine Vereinbarung wegen des Viehtriebes und der Weide getroffen worden.

Gegenüber der Herrschaft Ebenfurth erhebt sich im Jahre 1699 ein Zwist, da der Besitzer derselben, der kaiserliche Kämmerer Freiherr von Unverzagt Ansprüche auf Neustädter Gründe erhebt, worauf wir später zurückkommen müssen.

Hier wollen wir noch auf folgende Vorkommnisse hinweisen: Die im Südosten der Stadt gelegenen Ortschaften (Klein-)Wolkersdorf, Lanzenkirchen, Haderswörth und Schwarzauf versuchen wie ehemals, den zu bezahlenden Weidebestand nur als einen zu entrichtenden Dienst an die Stadt darzustellen, der Grund selbst sei ihr Eigentum. Das beginnt schon am Ende des 16. Jahrhunderts und wird bis um das Jahr 1620 immer wiederholt. Neustadt weist das so erlegte Geld jedesmal zurück, kündigt die Weide, droht mit Pfändung des Viehes, falls der Stadtgrund noch betreten werde; und nun tritt wieder Ruhe ein. Die Ortschaften erhalten die Weidegründe weiter, kommen jedoch nach Ablauf weniger Jahre, sobald ein anderer Kämmerer gewählt ist, mit dem gleichen Ansinnen und mit dem gleichen Ergebnisse. Am hartnäckigsten sind die Schwarzauf, die unbekümmert ganze Strecken Weide umreißen und in Äcker verwandeln, so daß daraus ein langer Rechtsstreit mit dem Freiherrn von Teufel erwächst.

Einen Pachtzins bekam Wiener Neustadt nach der erwähnten Aufschreibung vom Jahre 1667 auch von dem Fischwasser in der Piesting, und zwar 10 Gulden jährlich, und zwar von dem Kämmerer und dem Stadtschreiber, denen dasselbe überlassen war; später hatte „Salchenau“ dieses Fischwasser in Pacht.

Außer den aufgezählten Pacht- und Mietzinsen erhielt die Stadt überdies noch eine nicht unwesentliche Anzahl von Grunddiensten. So wird im Jahre 1616 ein Getreidezehent von Lanzenkirchen erwähnt, der im ganzen 32 Metzen Getreide: 12 Metzen Weizen, 14 Metzen Korn, 5 Metzen Gerste und 1 Metzen Hafer trägt, der zeitweise auch verpachtet wird. In der Stadt selber werden von 1668 an genannt: Dienste des Christoph Kischinger für Wiesen, Äcker, Krautgärten mit der Jahressumme von 42 Pfennig, Dienste des Matthias und des Christoph Eyrl für Äcker und Wiesen von 20 Pfennig, Dienste des Magnus Schwinghammer von Krautgärten, Äckern, von einem Stadel und einem Garten von 4 Schilling 6 Pfennig. Auch das Bürgerspital ist der Stadt dienstbar, und zwar für 20 Joch Äcker mit 1 Gulden 5 Schilling 10 Pfennig.

Besonders viele der Stadt dienstbare Gründe besitzen die Pauliner, nämlich 24 Joch Äcker, mehr als 30 Tagwerk Wiesen und 9 Krautgärten, wofür sie jährlich mehr als 1 Pfund Pfennig an Dienst entrichten.

Ein Verzeichnis, das gegen Ende des 17. Jahrhunderts angelegt ist, zählt die an Neustadt dienstbaren Grundstücke „bei dem Föhrenwald gegen Schwarzauf zu“ in folgender Reihe auf:

39 Äcker	mit 54½ Joch,
36 Wiesen	„ 34 Tagwerk,
23 Äcker	„ 26½ Joch,
18 Wiesen	„ 36½ Tagwerk,

worin kaum eines der früher angeführten Stücke begriffen ist.

Auch die Stadt hatte für gewissen Grund- und Realbesitz Zinsen und Dienste zu zahlen. 1699 erfahren wir neu, daß Neustadt für die Sumereinmühle jährlich 12 Gulden, für die Eisenziehmühle jährlich 2 Gulden Bestandzins entrichtete. 1702 nennt das Ratsprotokoll am 12. Oktober zwei erworbene Wälder, welche der Herrschaft Hoyos auf Püttenberg dienstbar sind und eben „ausgemerkt“ werden sollen.

Die Gemeinde hatte wie in der vorigen Periode so auch durch das ganze 17. Jahrhundert das landschaftliche Zapfenmaß und den staatlichen Ungelt in Pacht. Das Zapfenmaß, eigentlich bereits doppeltes Zapfenmaß, kommt aus der vorigen Periode mit 1500 Gulden jährlichem Pachtzins herüber, wie auch mit der Beschränkung, daß der Bischofshof, die Propstei zu St. Ulrich und das Neukloster von der Zahlung desselben ausgenommen sind. Der genannte Betrag bleibt bis zum Jahre 1625 ungeändert, steigt im Jahre 1626 auf 1600 und im Jahre 1638 auf 1650 Gulden. Im Pachtvertrage von 1651 ermäßigt sich die Summe wieder auf 1500 Gulden, jedoch nicht für lange Zeit. Schon im Jahre 1655 zahlt die Stadt für diesen Pacht wieder 1550 Gulden. Und nun bereitet sich eine vollständige Änderung vor. Die Stadt strebt diese Abgabe ganz für sich zu erwerben, und schon im Jahre 1659 wird man einig. Wiener Neustadt kauft die doppelte Zapfenmaßsteuer von der Landschaft um 15.000 Gulden Bargeld und 16.666 Gulden Kapitalien und Zinsen, die das Land der Stadt seit dem Jahre 1630 schuldete. Allerdings mußten dazu noch ein paar Anlehen aufgenommen werden.

Die Ausfertigung des Vertrages verzögerte sich bis zum 7. Februar 1662, bis zur vollständigen Bereinigung der Sache zur Feststellung und Berichtigung der gegenseitigen Forderungen. Die Freiheit des Bischofshofes, der Propstei St. Ulrich und des Neuklosters von der Steuer blieb in dem Vertrage aufrecht und wurde noch durch jene des Rentamtes, des Deutschordenshauses, des Paulinerklosters, sowie aller Klostergenossenschaften erweitert, die etwa künftig in der Stadt entstehen und Wein leutgeben würden. Aus dieser Zeit, wohl aus dem Jahre 1658, stammen zwei Aufzeichnungen über die „Tätze“ (Zapfenmaß-) und Ungelteingänge, die offenbar wegen der Verhandlungen zum Ankaufe jener Steuer gemacht wurden, und die sich ganz wesentlich voneinander unterscheiden. Diese Eingänge betrugen:

nach dem I. Verzeichnisse:					nach dem II. Verzeichnisse:				
im Jahre	1649 . . .	1306	Gulden	39 Kreuzer		2002	Gulden	43 Kreuzer	
„ „	1650 . . .	1233	„	32 „		1351	„	45 „	
„ „	1651 . . .	1541	„	38 „		2099	„	22 „	
„ „	1652 . . .	2201	„	21 „		4134	„	51 „	
„ „	1653 . . .	1558	„	12 „		2158	„	12 „	
„ „	1654 . . .	1419	„	12 „		2018	„	52 „	
„ „	1655 . . .	1003	„	41 „		1603	„	41 „	
„ „	1656 . . .	339	„	28 „		939	„	28 „	
„ „	1657 . . .	836	„	14 „		1436	„	14 „	

Es dürften die Ziffern des zweiten Verzeichnisses mehr Anspruch auf Richtigkeit haben. Man hat bei dem ersten Verzeichnisse, das wohl zur Vorlage an die Landschaft bestimmt war, wahrscheinlich alle zweifelhaften Fälle, alle Rückstände weggelassen, um die Sachlage nicht in allzu günstiges Licht zu stellen.

Aus der Zeit, wo die Stadt den Tätz besaß, können wir bestätigen, daß zum Beispiel im Jahre 1694 an Tätzeingängen verzeichnet sind 2522 Gulden 19 Kreuzer, im Jahre 1700 nur 1710 Gulden 10 Kreuzer. Beide Male ist im

Dezember keine Tätzzahlung eingetragen, so daß zu den erwähnten Summen noch die Restanten, also nicht unbedeutende Beträge einzustellen sind.

Für den Ungelt zahlte Wiener Neustadt auch in unserer Periode noch lange den Pacht von 400 Gulden mit der Begünstigung, 75 Gulden davon für die Stadtbefestigung verwenden zu dürfen. Im Jahre 1632 aber begannen die Verhandlungen wegen Erhöhung dieses Pachtschillings. Es dauerte aber noch geraume Zeit, ehe dieselben ein Ergebnis hatten. Erst im Jahre 1662 wird der Ungelt von der Stadt um die Summe von 600 Gulden übernommen, die nun bis in die neunziger Jahre beständig bleiben. 1693 taucht einmal der Plan auf, den Ungelt nicht weiter zu verpachten, sondern in eigener staatlicher Verwaltung zu behalten. Der Plan kam indes nicht zur Ausführung, und im Jahre 1699 verpachtete der Staat den Neustädter Ungelt an die Stadt um jährlich 900 Gulden, zunächst auf ein Jahr mit der Festsetzung einer vierteljährigen Kündigung. Diese trat nicht ein, sondern am 9. November 1702 folgte der Ungelt dem Beispiele des Zapfenmaßes. Die Hofkammer verkaufte denselben an die Stadt um 21.000 Gulden zu vollständig freiem Eigentum wieder mit Zuhilfenahme eines Anlehens. Für die Ungeltleistung bestand in unserer Periode, wie sich aus einer Abrechnung ergibt, der nachstehende Gebrauch: Zunächst wurden rund 16% der zu versteuernden Menge abgezogen und freigelassen. Für den Rest wurden von jedem Eimer 3 Maß als Leistung eingehoben, jedoch in der Regel in den Geldwert umgesetzt. Während der Pachtzeit liefen natürlich auch die kleinen Zwischenfälle fort. Ansuchen um Nachlaß von Rückständen, wie zum Beispiel von den Paulinern 1637, Reibungen mit dem Bischof wegen der Zahlung 1663, 1685 und öfter. Die Gemeinde selbst sucht 1641 um Nachlaß eines Rückstandes an. Die Stadt hatte seit dem Jahre 1634 auch den Getreideaufschlag in Pacht, eine Abgabe für alles zum Kaufe und Verkaufe in die Stadt gebrachte Getreide von seiten des Verkäufers. Es war eine kleine Widerspenstigkeit vorausgegangen: im Jahre 1633 war der Stadt sogar der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Zahlung dieses Aufschlages verboten habe. Der Rat wies diese Anschuldigung als unwahr und unberechtigt zurück und pachtete selbst den Getreideaufschlag um jährlich 350 Gulden. Dieser Pacht blieb bis zum Jahre 1663. Auf wiederholtes Bitten und Hinweisen auf die schlechte Zeit erreichte es der Rat, daß am 1. Jänner 1664 der Pachtschilling auf 200 Gulden herabgemindert wurde. Doch wurde am 1. Jänner 1673 die höhere Summe von 350 Gulden wiederhergestellt; die Pachtfrist wurde mit $4\frac{1}{4}$ Jahr bestimmt. Im Anfang der achtziger Jahre legt der Rat wiederholt die geringen Jahreseingänge für diese Steuer vor; im Jahre 1683 mit 183, im Jahre 1684 mit 331, im nächsten Jahre mit 263 Gulden, und bat, während der Staat den Pacht auf 375 Gulden erhöhen wollte, um Einstellung der alten Pachtsumme von 200 Gulden. Am 1. Jänner 1687 war dies wirklich erreicht, und wurde der Vertrag auf dieser Basis für 5 Jahre abgeschlossen. Aber das Jahr 1688 wies eine Einnahme vom Getreideaufschlag mit 662 Gulden auf, und so wurde im neuen Vertrage vom Jahre 1692 der Pacht mit 450 Gulden festgesetzt. Der Eingang betrug in jenem Jahre 501 Gulden. Das Verhältnis dauerte noch bis zum Jahre 1708. Am 20. Oktober jenes Jahres kündigte der Staat den Vertrag, und die Ansuchen der Stadt um weitere Belassung des Pachtess waren erfolglos und wurden am 4. Jänner 1709 endgültig abgewiesen.

Als im Jahre 1655 für Niederösterreich die Tranksteuer geschaffen wurde, nahm die Stadt dieselbe gleichfalls in Pacht, und zwar um jährlich 3000 Gulden, trotzdem der Bischofshof und der Propsthof ausgenommen waren. Inbegriffen waren dagegen die Burg, das Neukloster, die Pauliner; die Zahlung betrug für ein Achtering Bier, Wein, Most im Haustrunk

1 Kreuzer, von ausländischem Bier und Wein den vierten Pfennig. Im Jahre 1668 pachtete Wiener Neustadt ferner vom Handgrafenamt den neugeschaffenen Viehaufschlag um jährlich 200 Gulden auf 3 Jahre.

In den Besitz der Stadt müssen wir weiter auch die Fischwasser einreihen, die um die Mitte des 17. Jahrhunderts nach mannigfachen Streitigkeiten auf Grund eines Berichtes des Oberstadtkämmerers in nachstehender Weise aufgezeichnet werden:

1. Der große Bach (die Fische) von der Hadermühle an bis in die „Nuna“ . . . , wo das Offiziersbächlein in die Nuna rinnt.
2. Der Hammerbach von der Kanzelmühle an.
3. Der Pallierbach von der Brücke an.
4. Von der Brücke unter der Budakschen Mühle an bis zu dem „gefluder und wiederum ober der Mühl bis zu dem Stein, so im Wasser liegt, hat dieselbe Mühl kein jus zu fischen.“
5. Der Bach ober der Gröhrmühl.
6. Der Altabach von der Steineggerschen Mühle abwärts bis an die Kanzelmühle Nr. 3. Dies Fischwasser „disputiert“ das Bistum.
7. Der Einfang unter der Basteimühle bis zu der Brücke.
8. Der Lazarethbach bis zur Mündung in den großen Bach.
9. Das Steinbächel neben der Hadermühlwiese wird abwechselnd ein Jahr vom Bistum und ein Jahr von der Stadt gefischt, fängt an, wo man gegen die Hadermühle hineinfährt. Ist jetzt kein Wasser drin.
10. Das Offiziersbachel vom Nunabach aufwärts bis zum Weg.
11. Die halbe Piesting von der Brücke zu Steinabrückl an, wo ein Stadtstein liegt, bis an die Sollenauer Brücke.

Zu alledem kommen natürlich die Stadtgräben. Ein Ratsbeschluß schon vom 28. Februar 1596, das Fischwasser beim Schwärzerhof in Bestand zu nehmen, kam nicht zur Durchführung, und es kam wegen dieses Wassers zu wiederholten Streitigkeiten. Wegen des Fischereirechtes in der Piesting war es 1643 zu Auseinandersetzungen mit der Herrschaft Enzesfeld, der Frau Concin, gekommen, die sich nach gepflogenen Erhebungen in Wien friedlich erledigten; und unmittelbar nach Festsetzung der vorstehenden Fischwassertabelle wurde den Fischern der Herrschaft Enzesfeld, welche diesseits in der Piesting gefischt hatten, dieses Tun als unbefugt eingestellt. Am 15. Mai 1654 wurde auch beschlossen, den Bistumsfischer aus der Fische abzuschaffen, und wenn er weiter dort betreten werde, mit Pfändung gegen ihn vorzugehen. Im Jahre 1666 (16. November) folgte der Beschluß, niemanden im Palierbache fischen zu lassen und diesen Bach besonders in Obacht zu nehmen. Ein längerer Zwist entspann sich zwischen der Stadt und dem Bischof Leopold von Kollonitsch wegen des Fischwassers bei der Nonnenmühle und wegen eines Wäldchens dortselbst. Der Streit dauerte 1675 bis 1678 und wurde durch eine Vergleichung beendet. Im Jahre 1684 verpachtete der Bischof der Stadt das Fischwasser bei der Roßschwemmbrücke, im Altabache und in der Fische bis zur Lichtenwörther Au um jährlich 100 Gulden, so daß der Pacht auch weiter fort dauern oder aufgekündigt werden kann. Im Jahre 1697 findet abermals eine Revision der städtischen Fischwasser statt, und es findet sich, daß noch manches strittig; namentlich erheben Stadt und Bischof Anspruch auf eine Strecke oberhalb der Kanzelmühle. Als Besonderheit sei noch erwähnt: Am 4. Februar 1601 erhält der Stadtfischer den Auftrag, jedesmal, wenn er eine Fischotter fange, diese sofort dem Bürgermeister zuzustellen, der ihm „nach Gefallen“ auch ein Trinkgeld geben mag. Die Fischotter war also noch nicht zu selten.

Auf den für den Stadthaushalt wichtigen Stadtkeller übergehend bemerken wir zunächst, daß der Kellermeister ein sehr verantwortungsvolles Amt be-

kleidete; denn er hatte jetzt auch für die gute Erhaltung der Weingärten zu sorgen, die Arbeiten in denselben zu überwachen. Es wird dies durch eine neue Instruktion vom Jahre 1660 festgesetzt. Die übrigen Punkte der Dienstesweisung sind von geringerem Belang; insbesondere wird Gewicht darauf gelegt, daß der Bürgermeister von allem Vorgehen wissen, mit allem einverstanden sein muß. Für die Füll- und Opferweine solle immer ein Faß am Zapfen sein; Deputatweine seien von keinem eigenen Fasse zu nehmen; und wenn von einem Fasse Verehrweine genommen werden, sei es sofort wieder vollzufüllen. Einer der tüchtigsten Kellermeister war Wolf von Saher (Saar), der jedoch den Keller nur 3 Jahre verwaltet und am 10. September 1641 auf sein Ansuchen von diesem Amte enthoben wird.

Von den Weinfechsungen der Stadt seien erwähnt das Jahr 1603 mit 375 $\frac{1}{2}$ Eimer, das Jahr 1619 mit 103 Eimer, schwache Jahre, so daß die Stadt im letztgenannten Jahre 551 Eimer dazu kaufte; dagegen weist das Jahr 1645 eine Weinernte der Stadt von 971 $\frac{1}{2}$ Eimer, das Jahr 1652 gar 1588 $\frac{1}{4}$ Eimer. Die Weine sind zu allermeist ungarischer Bau; die letzten nur 49 $\frac{1}{4}$ Eimer österreichischen Wuchses. Von der ganzen Menge werden 69 $\frac{1}{2}$ Eimer Verehrweine genannt. Und so ist natürlich auch der Stadtkeller reich bestellt. Im November 1651 befinden sich in demselben 57 Fässer mit 883 Eimer Wein. Da gab es:

Ruster	142 $\frac{1}{2}$ Eimer,
Oggauer	141 „
Mattersdorfer	120 $\frac{1}{2}$ „
Wein aus der Wart	95 „
„ von St. Georgen	91 $\frac{1}{2}$ „
Eisenstädter	70 $\frac{1}{4}$ „
Creuzer	59 $\frac{1}{4}$ „
Margarethner	52 $\frac{3}{4}$ „
Sigloßer	35 „
Höfleiner	22 $\frac{3}{4}$ „
Katzelsdorfer	30 „
Roten Ungarwein	20 $\frac{3}{4}$ „

46 Eimer Oggauer und 26 $\frac{1}{2}$ Eimer St. Georgner werden als Verehrweine bezeichnet. Im Jahre 1593 werden dem Kellermeister außer dem Stadtwein auch 110 Eimer Benefiziatenwein übergeben.

So blühte denn auch das Weinleutgeben der Stadt, und der Kellermeister Wolf von Saher führte hiefür im Jahre 1639 nicht weniger als 1556 Gulden, im Jahre 1641 den Betrag von 914 Gulden und von 554 Reichstalern an das Kammeramt ab. Betreffs des Leutgebens in der Stadt müssen wir vor allem der neuen Instruktion vom 21. Juli 1611 für die Leutgeben gedenken und mitteilen, daß gleichzeitig nicht weniger als 12 Leutgeben sein dürfen, daß sie vom Eimer 41 Achtering verrechnen müssen, daß sie an Sonn- und Feiertagen erst nach der Predigt ausschenken dürfen, daß im Sommer um 9 Uhr, im Winter um 8 Uhr abends das Schenken schließen solle, endlich daß ein Leutgeb keinen Branntwein brennen darf. Die Entlohnung für den Leutgeb beträgt täglich 1 Achtering Wein und die Kost oder statt derselben 1 Batzen (4 Kreuzer). An Unzukömmlichkeiten tritt namentlich das doppelte Leutgeben auf 2 Zapfen in 2 Kellern hervor; so von seiten des Rentamtes (1653), von seiten des Bischofs (1653, 1654, 1661, 1664, 1665, 1669), gegen den sich die Bürger wiederholt beschwerten, der lange Zeit sich hartnäckig weigert, diesen Mißbrauch abzustellen. Erst am 14. November 1669 heißt es im Ratsprotokoll, daß dieser Übergriff beseitigt sei. Im Jahre 1646 werden auch die Bürger selbst durch einen öffentlichen Ruf gemahnt, daß es nicht erlaubt sei, in 2 Kellern Wein zu verleutgeben. Eine andere Form der Über-

tretung der Leutgebevorschrift ist es, zu seinem Bauwein weiteren Wein wieder und wieder nachzukaufen. Dieser Vorwurf wird im Jahre 1697 dem Official gemacht, so daß dagegen vorgegangen werden muß.

Auch die Klagen und Beschwerden gegen die Handwerker, die Weingärten erwerben und durch ihr Leutgeben die Bürger schädigen, kehren in unserer Periode öfter wieder. So 1688, wo der Rat eine Kommission zur Beilegung der Beschwerde einsetzt: so 1693, so 1700, wo ein längerer Streit bis 1702 sich entspinnt und eine neuerdings bestimmte Kommission einen Ausgleich schafft. Die Bürger suchen eben jede Konkurrenz möglichst auszuschalten. So wird denn auch im Jahre 1681 das Leutgeben und Weinausschenken in den beiden städtischen Garküchen als unerlaubt eingestellt. Es ist wichtig, daß auch die Stadt außer dem Leutgeben vom Stadtkeller nicht in einem zweiten Raume dieses Ausschenken betreiben soll. Über das unbefugte Leutgeben der in den Häusern des Hofes wohnenden Personen laufen ebenfalls wieder zahlreiche Beschwerden ein. So 1599 und öfter gegen den Zimmerwärter der Burg, 1599 gegen den Tiergärtner, gegen den Zeugwart Adrian Veldthaim. Im Jahre 1625 wird festgestellt, daß fremde Hofparteien Wein in die Stadt hereinführen und verleutgeben, so daß der Rat sich an den Kaiser selbst wendet, der am 7. August 1625 den Hofmarschall beauftragt, diese Ungebühr abzustellen. Drei Jahre später richtet sich eine ähnliche Klage der Stadt gegen die erzherzogliche Leibgarde (1628).

Eine vollständige Beseitigung dieses ungebührlichen Tuns erfolgte im Jahre 1658 durch Erzherzog Leopold Wilhelm, der dann in einer Zuschrift an den Stadtrat vom 27. Oktober 1659 die Hoffnung ausspricht, der Rat werde dafür den Burgleuten die freie Einfuhr ihres Haustrunkes unbeirrt gestatten. Freilich wurde bald darauf (1660) dem Tiergärtner ein in Neudörfel gekauftes Fassel Wein konfisziert, was neuerdings zu einem kleinen Schriftenwechsel führte.

Die aus dem Leutgeben des Weines einfließenden Beträge sind ganz bedeutend. So hatte das Rentamt allein vom 3. Dezember 1599 in 10 Monaten 1450 Eimer Wein verleutgebt; im Jahre 1618 waren es 1495 Eimer, wofür an Ungelt 213 Gulden 6 Schilling entrichtet wurden.

Im Jahre 1640 wurden im ganzen 9013 Eimer Wein in Neustadt verleutgebt: im Juli, dem Hitzemonat und im Oktober, dem Weinlesemonat mehr als 1000 Eimer. Noch übertroffen wurde dieses Jahr vom Jahre 1653 mit 9824 und vom Jahre 1654 mit 10.024 Eimern verleutgebenen Weines. Das ergab, da damals 38 Kreuzer für den Eimer gezahlt wurden, eine Einnahme von 6348 Gulden 32 Kreuzern.

In unserer Periode hören wir auch ein paarmal vom Bierleutgeben. Es ist wieder der Burgzimmerwärter, der hiebei zuerst erwähnt wird: er hat im Jahre 1636 um die Erlaubnis auch zum Bierleutgeben angesucht; er wird allerdings abgewiesen, mag aber trotzdem den Ausschank betrieben haben, bis ihm derselbe im Jahre 1658 von Erzherzog Leopold Wilhelm ebenfalls abgestellt wurde. 1659 wurden dem Tiergärtner nebst dem Fassel Wein auch 8 von Baden eingeschmuggelte Eimer Bier abgenommen. (1663 wird ihm dann das Bier zum Haustrunk aus dem hiesigen Bräuhaus zu beziehen gestattet.) Die Menge des zur Verleutgebung gelangenden Bieres hob sich rasch; im Jahre 1694 werden 4724 Eimer verzeichnet, was bei der Abgabe von 1 Gulden 40 Kreuzern für den Eimer einen Eingang von 7840 Gulden entspricht. Und schon im Jahre 1664 klagt der Rat, daß das Bier den Tätz schädigt.

Ganz geringfügig bleibt der Ertrag aus dem Grundbuchsgefall für die Gewehranschreibungen allein. Im Jahre 1592 treffen wir auf eine besonders

große Zahl von Gewehranschreibungen: es sind deren 32, und sie ergeben Taxen von zusammen 28 Gulden 1 Schilling 20 Pfennig.

	1601 bezahlen	24 Gewehren	22 Gulden	1 Schilling	— Pfennig
1631	„	22	„	23	„ — „
1656	„	29	„	17	„ 2 „ 20 „
1701	„	30	„	27	„ 10 Kreuzer.

Mit den Nebengebühren schnellen diese Beträge auf das mehr als Vierfache empor, werden jedoch durch die Abgabe an den Bürgermeister, die Grundherrschaft, die Schreiber und Diener wesentlich verringert. Eine Einnahme erflößt der Stadt aus den Kanzleitaxen, die im Jahre 1635 erneuert, vervollständigt und erhöht wurden, nachdem schon im Jahre 1621 ein Anlauf hiezu genommen worden war.

Diese Taxordnung verlangt:

Für eine Testaments- und Donationseröffnung 2 fl. 4 β; für die Bestätigung eines Testamentes 3 fl.; für einen gütlichen Erbvertrag 1 fl. 6 β; für einen Heiratsbrief 1 fl. 6 β; für einen den Gerhabenen bewilligten Raitbrief 1 fl.; für einen Abschied 6 β; für eine Interzession, ein Missiv, einen Gewaltbrief, einen Schuldbrief, für einen Versicherungs-, einen Kaufbrief u. dergl. 5 β; für einen Verzichtsbrief 4 β; für eine Kommission bis zu zwei Blättern Schrift 2 β 20 ℔ ; für jeden weiteren Bogen 10 kr.; für einen Mautbrief 4 β; für einen Kompaßbrief 4 β; für einen Gewehr- und Satzauszug bei dem Grundbuch sind bisher 2 β gezahlt worden: es wird dem Bürgermeister und den Grundbuchhändlern zu entscheiden überlassen, ob diese Gebühr zu steigern sei oder nicht. Für einen Paßbrief 3 β 6 ℔ ; wenn er jedoch für mehr als zwei Personen gilt, zahlt jede Person 1 β 6 ℔ ; für einen Ratschlag (Beschluß) 1 β; für ein Inventar von jedem Blatt 1 β; für einen Weinzettel über die Vocahütte 16 ℔ ; für einen Weinzettel über den Semmering oder über Kaumberg 1 β; für das Abschreiben je eines Blattes 1 β; bei einem Todesfalle, bei Abhandlungen sollen die Kommissäre die Taxe für den Stadtschreiber nach Billigkeit bestimmen. Es war eine Kommission, welche diese Taxen festgestellt hatte, und sie war etwas höher hinaufgegangen, als der Rat ursprünglich beabsichtigt hatte.

Schließlich ist noch das Abfahrtsgeld zu erwähnen, das Geld für das Abwandern eines Vermögens aus der Stadt nach einem Todesfalle oder einem Wegziehen von Neustadt. Das kann natürlich von Jahr zu Jahr sehr differieren, vielleicht ein Jahr ganz ausfallen. Im Jahre 1700 lesen wir drei Summen eingetragen, 140 Gulden, 25 Gulden 30 Kreuzer und 177 Gulden 24 Kreuzer. Auch führt ein solcher Fall fast jedesmal zu einem Streite. Im Jahre 1661 kommt es zu einem Streite mit Graz, weil von einem dortigen Bürger das Abfahrtsgeld für dessen mütterliches Erbteil verlangt wurde; 1698 zu einem Streite mit Wien wegen Einhebung eines Abfahrtsgeldes von dem Erbe des Gerichtsschreibers Oswald Marinitsch, eines Wiener, der aber 40 Jahre in Neustadt bedienstet gewesen war. 1706 beklagte sich Baden wegen eines vorgeschriebenen Abfahrtsgeldes eines Badeners. 1672 wurde sogar der Stadtschreiber Wendelin Lamp wegen Kassierung eines Abfahrtsgeldes von der Regierung vorgeladen (28. November). Bemerkenswert ist ein Vergleich mit der Stadt Friedberg, gegenseitig in Erbfällen kein Abfahrtsgeld zu verlangen. (Revers von Friedberg am 15. Juni 1660.)

Die Rechnungslegung sowohl der einzelnen Ämter gegenüber der Stadt als auch der Stadt gegenüber ihren Oberbehörden fördert wohl wieder bei der leichten Behandlung des ganzen Geldwesens manche kleine Differenzen. Größeren Anständen außer einigen Verzögerungen begegnen wir bei der Rechnungslegung der städtischen Ämter nicht. Dagegen wurde am 27. Februar 1612 von einigen Bürgern dem Bürgermeister Simon Tollasch selbst

vorgeworfen, daß er keine Rechnung gelegt, daß er die Waisengelder angegriffen habe. Geheime Zusammenkünfte der Ankläger fanden statt. Der Rat stand einmütig auf der Seite des Bürgermeisters, und es wurden sogar einige Bürger wegen ungerechtfertigter Anschuldigungen bestraft, darunter der Urheber der ganzen Bewegung, Michael Kaiser, selbst. Daß Simon Tollasch für einen augenblicklichen Bedarf der Gemeinde Waisengelder ausborgte, ist nach der Auffassung der damaligen Zeit nicht unmöglich; aber sicher ist es bei der sonstigen Ehrenhaftigkeit des damaligen Bürgermeisters, daß der Betrag in kürzester Zeit wieder eingelegt wurde. Selbst die meisten Schuldscheine der Stadt waren kurzfristig. Das Vorschauen in die Zukunft war, wie wir schon früher bemerkt haben, nicht die starke Seite der damaligen Verwaltung. — Bei einer Abrechnung der Stadt mit dem Vizedomante zu Ende des Jahres 1629 fand sich, daß Rückstände in den Abgaben bis zum Jahre 1621 zurück vorlagen. Die Schuld war übrigens auf beiden Seiten; denn schließlich erwies sich, daß die Stadt bloß 20 Gulden 21 Kreuzer schuldig war. Es sind denn gewiß die Klagen gegen solche säumige Verrechnung bis an die höchsten Stellen gelaufen, so daß am 22. Dezember 1653 ein kaiserlicher Erlaß erließ, der eine Reihe von Vorschriften für die Rechnungslegung enthielt. Die Art und Weise könne beibehalten werden; aber es seien zur Aufnahme der Rechnungen vier beeidigte Deputierte zu bestimmen oder es seien die deputierten Räte an ihren Eid zu erinnern!

Und nun können wir der obigen Rechnungslegung eine andere aus dem Jahre 1699 (9. November) über das Ungeltgefäll an die Seite stellen. Dieselbe läßt einen wesentlichen Fortschritt erkennen: sie braucht nur bis zum November 1697 zurückzugehen. Dabei wird eine Maß Bier mit 4 Kreuzern, eine Maß Wein mit 16, 14 und 10 Kreuzern gerechnet.

Von Stiftungsgeldern hatte die Stadt im Jahre 1630 in der Hand und die Verpflichtung, die Interessen zu zahlen: von der Kleselstiftung 1000 Gulden; von den Chorstiftungen 2800 Gulden; von der Pretschneiderstiftung 300 Gulden; von der Puschmannstiftung 6000 Gulden; von der Kaspar-Vest-Stiftung 800 Gulden; von der Stiftung der Frau Tobar auf Enzesfeld 350 Gulden.

Die Geldverhältnisse der Stadt waren nicht die schlechtesten. Am 29. Februar 1652 bestätigen die niederösterreichischen Verordneten, daß die Landschaft im Jahre 1621 von Neustadt ein Darlehen von 25.000 Gulden empfangen hat; und wir haben schon erfahren, daß seit dem Jahre 1630 das Land der Gemeinde eine Summe von 18.666 Gulden bis zum Jahre 1659 schuldig blieb, die wohl noch aus jenen Darlehen stammte, so daß die Stadt das Zapfenmaß kaufen konnte. Auch an den Staat hatte Neustadt eine Forderung von 4000 Gulden, deren Interessen von dem Ungelpacht abgerechnet wurden, bis die Stadt auch den Ungelt kaufte. Und doch laufen fortwährend, wie in der früheren Periode, die Schuldscheine der Stadt, kurzfristig, rückzahlbar auf Begehren u. dergl. Einige charakteristische Fälle sollen hier Platz finden. Am 16. und 18. November 1596 nimmt die Stadt sieben Anleihen von Ratsfreunden auf zu 50, dreimal 100, zweimal 200 und einmal 500 Gulden, rückzahlbar nach einem Monat. Am 2. Mai gibt der Bürgermeister dem Rate bekannt, daß die Stadt tief in Schulden stecke, und daß Steuer, Aufbotgeld, Zapfenmaß, Ungelt, Hausgulden zu zahlen sei. 1618 und 1619 stellt die Stadt drei Schuldscheine aus über 2087 Gulden, 2400 Gulden und 236 Gulden an Gerhaben, rückzahlbar nach Eintritt der Vogtbarkeit ihrer Mündel. Im Jahre 1630 wird eine Zusammenstellung namentlich der Gelder von Gerhaben gemacht, die bei der Stadt erliegen. Es sind nicht weniger

als zwölf Summen, die mit den Interessen 22.044 Gulden ausmachen. Zur Erkaufung des Tätz nahm die Stadt ein Darlehen von Christoph Kischinger (1658) von 2000 Gulden und noch 1664 ein anderes von Michel Jägeditsch und Maria von 4000 Gulden, dieses auf sechs Jahre, auf. Auch zur Abzahlung des erkauften Ungelts stellte die Stadt am 4. Jänner 1707 zwei Schuldscheine aus: einen über 3000 Gulden, den anderen über 1500 Gulden. Die einzelnen geborgten Beträge erhöhen sich gegen das Ende unserer Periode und nach dem Jahre 1660 ist kaum eine Schuldpost unter 1000 Gulden; dagegen steigen die Darlehenssummen wiederholt auf 5000 Gulden.

Zu Beginn unserer Periode haben wir noch einmal Gelegenheit, die alte Kaiserburg zu einem selbständigen lebendigen Leben aufblühen zu sehen. Es war die Zeit, in der Erzherzog Maximilian III., der zu Anfang der neunziger Jahre öfter hier ist und vom Jahre 1698 an als Oberfeldherr sein Hauptquartier in Wiener Neustadt aufschlug, wie wir schon erfahren haben.

Zur Burg von Wiener Neustadt gehörten noch im Jahre 1600: 1. Die Mühle beim Ungartore und der Schlegelgarten, dieser 1625, jene 1626 (an Bonazina) verkauft. 2. Ein Haus gegenüber dem des Propstes, zur Wohnung des Burggrafen bestimmt (1624 dem Burggrafen Melchior Stelzel geschenkt). 3. Der Renthof, der dem Burggrafen als Meierhof dient. 4. Wiesen, Äcker und Fischereirechte von Peisching bis Breitenau, von Lanzenkirchen bis (Klein-)Wolkersdorf, der Kehrbach bis zum Tiergarten. 5. Das Reisgejaid, Kranawetvogelgejaid am Gießhübel, im Härthl ein „Kärll“, das Kleinvogelgejaid im Stadtrevier. 6. Mehrere Wälder, darunter der „Herzogswald“, bezüglich dessen Pütten das Kaufrecht hat. 7. Holden in Haderswörth Schleinz, Lanzenkirchen und (Klein-)Wolkersdorf. Maximilian, der Großmeister des Deutschen Ritterordens, war ein sehr kunstsinniger Fürst, was auch der Stadt zugute kam. Vor allem finden wir in ihm einen besonderen Freund der Musik, und er hatte eine eigene Musikkapelle mit einem Kapellmeister: Ägydius Bassange (Baßengel). Dieser ist schon im Jahre 1590 in der Stadt anwesend, starb leider schon im Jahre 1595 und wurde am 1. Mai jenes Jahres im Neukloster begraben. Außer ihm werden eine Reihe Kunstjünger der Tonkunst am Hofe des Erzherzogs genannt, dabei auch Sänger für den Gottesdienst in der Burgkirche. Maximilian III. hatte auch einen eigenen Hofgoldschmied: Christoph, einen Kammermaler: Sebastian Kirchmair. Ebenso führte er einen vollständigen Hofhalt mit Einrichtung aller Würden eines solchen. 1597 und 1598 werden aufgezählt: 1 Kammerherr, 1 Lichtkämmerer, 1 Silberdiener, 1 Roßbereiter, 1 Pfennigmeister, 1 Hoftafeldecker, 2 Leibtrabanten, 1 Kammerdiener, 1 Kurier. Ebenso wird 1 Hoftischler genannt, 1 Hofapotheker, „Erzherzog Maximilians Handelsmann“ usf. Auch Edelknaben hielt der neue Burgherr, die laut einer Bemerkung im Ratsprotokolle vom 14. März 1591 außerhalb der Burg in einem Hause in der Ungargasse wohnten. Maximilian weilte schon seiner Stellung wegen nicht ununterbrochen in Wiener Neustadt. Schon im Jahre 1600 war er lange von unserer Stadt abwesend, stand im Felde gegen die Türken. Im September 1603 kam er wieder auf eine Zeit hieher und wurde feierlich empfangen; ebenso im März des Jahres 1609, als er nach einem Brande der Burg in dieselbe hieher zurückkehrte. Da war er wohl längst seiner kriegerischen Stellung quitt, aber es litt ihn doch nicht an einem Orte, und wir finden ihn bald da, bald dort. Am 29. Juni zum Beispiel machte er eine Stiftung zu Innsbruck, und am 2. November 1618 starb er zu Wien. Erzherzog Maximilian hatte bereits am 24. Juni 1608 mit Zustimmung des

Deutschen Ritterordens ein Testament in Wiener Neustadt gemacht. Dasselbe war jedoch von den kaiserlichen Behörden für nichtig erklärt worden. Erst nach langen Verhandlungen ließ es Kaiser Ferdinand II. als gültig anerkennen. Maximilian hatte eine Summe von 15.000 Gulden für verschiedene kirchliche und wohltätige Zwecke in Wiener Neustadt bestimmt.

Im Jahre 1623 wurden auf Grund dieses Vermächtnisses ausgezahlt: an die Pauliner in Wiener Neustadt 100 Gulden, an die Franziskaner in Katzelsdorf 80 Gulden, an die Kapuziner hier 100 Gulden, an das Spital und Lazarett der Stadt 280 Gulden, an die Domkirche 100 Gulden. Weitere Auszahlungen an Private erfolgten wohl gegen Eingabe und Ansuchen. So wird noch in demselben Jahre berichtet, daß ein Bürger der Stadt am 1. August um eine Beteiligung aus dem Maximilianschen Legate für seine Kinder bat; und erhielt 20 Gulden für seinen Sohn und ebensoviel für sein Töchterlein.

Mit Erzherzog Maximilian III. war nicht bloß ein Kunstliebhaber und Kunstkenner, sondern auch ein Sammler gestorben, der überdies die Mittel hatte, seine Kunstschatze durch eigene Aufträge zu erhalten und zu vermehren. Nach seinem Tode wurden die Inventare seiner Verlassenschaften aufgenommen, und eine von den ernannten Kommissionen besorgte diese Arbeit in Wiener Neustadt. Dieses Inventar¹ ergibt ein reiches Material für die Kunst, das wohl zu wesentlichen Teilen unter Erzherzog Maximilian entstanden ist. Wir können nicht dieses ganze Inventar aufnehmen; einzelnes ist auch schon bei früheren Gelegenheiten erwähnt worden. Es zählt dasselbe 24 Meßgewänder, die meisten sehr reich ausgestattet, ferner Hunderte von Stücken für den Priester und den Gottesdienst auf; unter diesen Geräten waren gewiß auch solche aus Erzherzog Maximilians Zeit selbst. Für gewiß möchten wir seinen Tagen zuzählen 12 Gemälde, von Passau hergekommen, die zwölf Monate darstellend; 13 Gemälde, „allerlei ungarische Schlachten und Feldzüge“, vielleicht sogar nach Angaben des Burgheeren gemalt; 12 Tafeln auf Holz, verschiedene Landschaften; eine große Tafel von der Auferstehung; 1 eingefaßter Kalender; 2 große Mappen, Tafeln von Europa et Asia; 2 große Mappen von Amerika und Afrika; Bild des Erzherzogs Albert und der Infantin; Bild der alten Kaiserin seligsten Gedächtnisses; Bild des Erzherzogs Maximilian III.; Bild des Erzherzogs Leopold. Auch von den Waffen, namentlich von den Feuerwaffen, weist eine gute Anzahl auf unseren Erzherzog als Urheber hin: 6 verschiedene „Schlangen“ (Notschlangen, Quartierschlangen) tragen ihrer hochfürstlichen Durchlaucht Wappen, schießen zehn oder acht Pfund Eisen. 2 derselben zeigen St. Lorenzens Bildnis, 2 das Bild der heil. Ursula, 2 das Bild von St. Georg; 2 wurden im Jahre 1594, die anderen 4 im Jahre 1595 gegossen. Die kleineren Stücke ermangeln natürlich solcher orientierenden Bezeichnung. Auch vergoldetes Geschirr wird erwähnt, „das Ihre hochfürstliche Durchlaucht seligster Gedächtnis täglich bei der Tafel gebraucht“; darunter: ein vergulder Halben Maß Becher mit ihrer Durchlaucht Wappen, den man im Keller gebraucht, und 4 große „vergulde Becher, da einer drei Seidel hält, samt drei Deckeln, davon ist einer mit Ihrer hochfürstlichen Durchlaucht Herz samt den Deckel gen St. Stephan getragen worden“.

Mit alledem ist natürlich das interessante Inventar bei weitem nicht erschöpft.

Hatte die Neustädter Burg auch nur vorübergehend als längere Residenz gedient, so war sie dadurch gut eingerichtet und wohnlich geworden. So weilte Erzherzog Ferdinand von Graz ein paarmal hier. Als er im August 1613 hieher kam, wurden alle „Stücke gelöst“ und die gebräuchliche

¹) Archiv XXXIII, 332 ff.

Ehrung mit Wein, Hafer und Fischen wurde ihm zuteil; am 6. Jänner 1614 wurde ihm in der hiesigen Burg ein Sohn Leopold Wilhelm geboren, der auch Großmeister des deutschen Ritterordens wurde. 1622 war Ferdinand als Kaiser abermals in der Stadt, zuerst im Jänner nach der Rückkehr von seiner Frankfurter Reise, später im Juli, freilich zu der traurigen Angelegenheit Gericht zu halten über die Wiener. Bei seiner Ankunft wurde er feierlich empfangen, und die Überreichung eines Trunkes Wasser durch den Bürgermeister aus einem Brunnen vor dem äußeren Wienertor, wo es damals nur Wäldchen und Auen gab, bot die Veranlassung, diesen Brunnen Kaiserbrunnen zu nennen. Ferdinand II. war 1625 wieder in Wiener Neustadt, und zwar wegen der Pest in Wien. 1630 wurden sogar neue Instruktionen für den hiesigen Burggrafen (und Rentmeister) sowie für den Zimmerwärter der Burg hier erlassen.

Am 8. Februar 1631 kommt ein Befehl, da Erzherzog Leopold Wilhelm und zwei kaiserliche Prinzessinnen nach Neustadt kommen, um die königliche Braut zu erwarten, seien 60 saubere Betten „gegen Rückgabe“ in die Burg zu stellen.

Auch der Kaiser kam 1631 und 1634 wieder, das letztemal zugleich mit seinem Sohn Ferdinand, neuerdings wegen der Pest. Im Jahre 1645 ist Erzherzog Leopold Wilhelm in unserer Stadt, allerdings nur, um nach kurzem Aufenthalte der Kaiserin nach Steiermark entgegenzureisen. Ebenso reiste er 1651 durch unsere Stadt der dritten Braut Kaiser Ferdinands III., Eleonore von Mantua, entgegen, und das Hochzeitsfest wurde in Wiener Neustadt mit großer Feierlichkeit begangen, und waren mehrere Mitglieder des Hauses Habsburg sowie zahlreiche andere hochadelige Gäste anwesend. Der Rat der Stadt stellte sich mit einem „Schatztrückerl“ um 738 Gulden als Spende für die kaiserliche Braut ein.

Auch in Fällen, wo eine solche Hochzeit nicht in der Stadt gehalten wurde, sind ähnliche Spenden bezeugt. Zur Vermählung des Erzherzogs Matthias mit Anna von Tirol (1611) beschloß der Rat 1000 Gulden zu geben. Für die Heirat Ferdinands II. wurden zur Verehrung 1473 Gulden 4 Schilling gewidmet. Auch wenn der Kaiser nach Neustadt kam, wurde er mit einer Verehrung empfangen: 1643 wurden ihm 100 Stück edle Fische, 1 Mut Hafer, 1 Faß (8 Eimer) Rotwein gegeben. 1644 erhielt er bei einer Durchreise 1 Mut Hafer, 1 Faß Wein. 1645 wurde auch der Kaiserin ein Fischessen gewidmet.

Schon im August des Jahres 1654 heißt es wieder, daß bei dieser Infection Neustadt zu „Ihrer Majestät Retirade“ bestimmt sei. Und am 27. Februar 1668 kündigt Kaiser Leopold den Neustädtern an, daß er mit seiner Mutter, der verwitweten Kaiserin, seinen Hofstaat eine Zeit lang nach Wiener Neustadt verlegen werde. Es mögen daher in der Stadt alle nötigen Vorkehrungen getroffen werden. Das Jahr 1678 brachte eine nicht minder große Feierlichkeit wie jene des Jahres 1651 in die Stadt. Am 6. Februar jenes Jahres wurden zwei habsburgische Prinzessinnen, Schwestern Kaiser Leopolds I., in der hiesigen Burgkapelle getraut: Eleonora, verwitwete Königin von Polen, mit Herzog Karl V. von Lothringen und Maria Anna mit Johann Wilhelm, Herzog von Pfalz-Neuburg. Drei von den vier hiesigen Bürgerkompagnien ließen zu diesem Feste ihre Fahnen erneuern, und der Bischof Leopold von Kollonitsch ließ diesem Ereignisse zum Preise auf dem Hauptplatze eine Mariensäule errichten. Zur Errichtung dieses Denkmals wurde der Hauptplatz gegen den Standplatz der Säule zu erheblich angeführt. Die heilige Maria ist ja auch die Patronin unserer Stadt. — Die Himmelskönigin mit dem Christuskind steht, von Strahlen umgeben, nach Westen gewendet, auf einem Halbmond, der über einer hohen schlanken zylindrischen Steinsäule mit korinthischem, noch mit Engelsköpfen geziertem

Kapitäl schwebt. Der Sockel dieser Säule wird durch ein rechteckiges Parallelepiped gebildet, das mit einem gegliederten Gesimse abschließt und in den vier vertieften Seiten mit vergoldeten Heiligengestalten ausgefüllt ist. Wir sehen auf der Hauptseite im Westen das „Allerheiligste“, von Cherubim getragen, im Süden den heiligen Aloisius, im Osten den heiligen Hieronymus (?), auf der Nordseite den heiligen Ignatius von Loyola, den Begründer des Jesuitenordens, im Priestergewande, darunter die Buchstaben O A M D G: omnia ad maiorem dei gloriam, „Alles zur größeren Ehre Gottes“, ist sein Wahlspruch.

Um die Säule stehen auf dem Sockel des Ganzen noch vier Statuen: auf der Westseite, an der Nordwest- und Südwestecke Johannes der Täufer, der Vorläufer Christi, mit dem Kreuzstab und dem Lamm, und der heilige Leopold mit dem österreichischen Lerchenschild, auf der Ostseite, an der Südost- und Nordostecke der heilige Anton von Padua und St. Florian. Der Unterbau des Ganzen besteht aus zwei rechteckigen Parallelepipeden, das obere, engere etwa 1·50 m, das untere, weitere etwa 0·8 m hoch, erstes unten und oben mit mehrfach gegliederten Platten abschließend. Der obere größere Teil bietet noch schmückende Darstellungen und die Aufklärungen. Die Westseite bringt ein Medaillon: den heiligen Josef mit dem Jesukinde, die Ostseite das Wappen des Bischofs von Kollonitsch. Die breiteren Seiten im Norden und im Süden enthalten folgende Inschriften: Im Norden heißt es (deutsch): Der Jungfrau ohne Makel empfangen, der Schützerin Österreichs und dieser Stadt, hat dieses große Denkmal während Kaiser Leopolds Regierung Leopold, der geistliche Oberhirt von Neustadt, des römischen Reichs Graf von Kollonitsch, Ritter des Ordens des heiligen Johannes von Jerusalem, Seiner kaiserlichen Majestät Rat und Kämmerer, Vorstand der Ungarischen Kammer, gesetzt und geweiht.

Auf der Südseite lesen wir die Fortsetzung: Im Jahre 1678, in welchem in dieser Stadt die zwei durchlauchtigsten Töchter des römischen Kaisers Ferdinand III., des erlauchten Kaisers Leopold Schwestern, mit zwei Fürsten des römischen Reiches (und zwar) Eleonore, verwitwete Königin von Polen, mit Karl V., Herzog von Lothringen, und Maria Anna mit Graf Johann Wilhelm, Herzog von Pfalz-Neuburg, zu außerordentlich glücklichen Ehebanden vereinigt worden sind.

N.: Virgini sine macula conceptae, — Austriae et urbis hujus protectrici hunc marianum colossum — imperante Leopoldo-Leopoldus Neo stadiensis antistes — e. S. R. I. comitibus a Kollonitz — eques ord. S. Joann. Hierosoly. — S. C. M. consiliarius et camerar. inclytus Hungar. praeses posuit dedicavit.

S.: anno MDCLXXVIII, quo hac in urbe bonae Ferdinandi III. et Eleonorae rom. imp. — serenissimae filiae — Leopoldi Caesaris augusti sorores — binis sereniss. S. R. I. principibus — Eleonora Poloniae regina vidua Carolo V Lotharingae duci = Maria Anna Joanni Wilhelmo = comiti Paladino duci Neoburgiae felicissimis hymenais copulatae sunt.

Der untere umfangreichere Teil des Sockels enthält nur auf der Westseite und auf der Ostseite je ein Kreuz.¹⁾ Ein sechseitiges Steingitter mit eingebogenen Seiten schließt das ganze Denkmal vom Platze ab,²⁾ dessen Zierde dasselbe bildet.

Das letzterwähnte prächtige Fest wurde von dem Wiener Kupferstecher Martin Lerch durch einen Stich verewigt.

Mit diesem Feste schließen wir die Mitteilungen über das Leben in der hiesigen Burg im 17. Jahrhundert.

1) Die Schriften auf der Nordseite und auf der Südseite beziehen sich auf Restaurationen des Denkmals, deren erste 1791, die zweite 1840 vorgenommen wurde.

2) Die Statuen auf den Gitterecken sind erst im Jahre 1714 aufgestellt worden.

Es folgen wieder einige Notizen über das Dorf Peisching: Aus einem Dienstbüchel vom Jahre 1622, reichend bis zum Jahre 1645, entnehmen wir, daß Peisching damals 28 Parteien hatte, welche der Stadt zusammen dienten: bar 15 Gulden 6 Schilling 13½ Pfennig, ferner 52 Hühner, 21½ Metzen Korn und ebensoviel Hafer; eine wenig spätere Aufzeichnung, etwa um 1630 nennt außer diesen Beträgen noch einige andere, nämlich für bestimmte Zwecke, ein Robotgeld:

von 5 ganzen Höfen zu 6 Gulden	30 Gulden,
„ 13 halben „ „ 3 „	39 „ ,
„ 6 viertel „ „ 12 Schilling	9 „ ,
für das Fischwasser	15 „ ,
von den Vogtholden	10 „ ,
für das Schankrecht	10 „ ,
anderweitiges (Regalien)	15 „ .

Die Hühner, das Getreide, sind auf Geldbeträge zurückgeführt, also für 52 Hühner zu 6 Kreuzer 5 fl. 1 β 18 s, für 43 Metzen Getreide 17 fl. 1 β. 12 s.

Im Jahre 1636 ist die Zahl der Untertanen noch dieselbe: es sind in Peisching 23 Untertanen der Stadt und 1 Untertan des Spitals. Außerdem werden noch 5 Untertanen des Dreikönigsbenefiziums und 1 Untertan des Klosters von Neunkirchen genannt. Im Jahre 1639 hat sich die Zahl der dienstpflchtigen Untertanen von 24 auf 30 erhöht. Es sind nun in Peisching

7 ganze Lehen	zu 7 Gulden 50 Kreuzer,
16 halbe „	„ 5 „ 50 „ ,
7 Viertelhäuser	„ 3 „ 50 „ ,

was zusammen eine Giebigkeit von 175 Gulden repräsentiert. Im Jahre 1641 hat sich die Zahl der Viertelhäuser um eins vermindert, doch werden im nächsten Jahre 1642 (für den Rauchfanggulden) 32 Rauchfänge gezählt. Aber der Ort hatte wohl die Zeit seines Emporblühens überschritten; Streite mit dem Gutsnachbar Christoph Adolf Teufel von Krotendorf machten den Besitz des Dorfes unangenehm, und seine Bedeutung als Schutz für den richtigen Austritt des Kehrbaches aus der Schwarza hatte es längst eingebüßt. Man hätte zur Wiederherstellung dieser Bedeutung bei den geänderten Zeitverhältnissen sehr umfangreiche und kostspielige Bauten aufführen müssen. Wiener Neustadt verkaufte also Peisching mit den städtischen Untertanen am 28. September 1645 an Christoph Adolf Teufel um 3000 Gulden. Damit verschwindet die ziemlich entlegene Ortschaft aus dem Gesichtskreise der Stadt; dieselbe wechselt jedoch rasch ihre Besitzer.¹⁾

Für die Stadtverwaltung spielen auch die Elemente eine Rolle, die das Gebilde der Menschenhand hassen. Und da gerade in diesem Zeitraume unsere Stadt von schweren Elementarereignissen getroffen wird, seien solche hier an eigener Stelle mitgeteilt.

Wiener Neustadt, das überhaupt während seines ganzen Bestehens viel von Feuersgefahr zu leiden hatte, wurde im 17. Jahrhundert von drei großen Feuersbrünsten heimgesucht: die erste derselben brach am 27. April 1608 im Schlegelgarten, in der Nähe des Deutschen Ordenshauses aus. Sie wütete insbesondere in der östlichen Hälfte der Stadt und in der Ungarvorstadt, verzehrte das Deutschordenshaus, das Neukloster und die Burg, griff aber auch nach Westen hinüber, wo ihr die Peterskirche und die bischöfliche Residenz zum Opfer fielen. Die Burg wurde wieder hergestellt — und der Erzherzog stiftete nach seiner Wiederkehr einen neuen Flügelaltar und neue Glocken für die Kapelle. Und als bei einer neuen kleineren Feuers-

¹⁾ Christoph Adolf Teufel verkaufte dieselbe an den kaiserlichen Rat Georg Holzner, dieser schon im Jahre 1657 an den Landschaftsmedikus Dr. Adam Werner. . . .

brunst im Jahre 1616 die Burgkapelle wieder eingeäschert wurde, bestellte der Erzherzog wieder zwei Glocken für sein Gotteshaus in Innsbruck, wie die früheren, bei dem Glockengießer Heinrich Reichart. Die Inschriften dieser Glocken erinnern an beide Feuersbrünste.¹⁾

Weit furchtbarer war der zweite große Brand vom 30. September 1625, in welchem 247 Bürgerhäuser ein Raub der Flammen wurden. Ein gleichzeitiger Bericht, zwar in großer Entfernung gedruckt, aber von genauer Mitteilung Zeugnis gebend, beschreibt dieselbe ausführlich.²⁾

Die Brunst sei um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr nachmittags bei einem „Becken beim Neunkirchentor“,³⁾ gleich gegenüber dem Zeughaus, zum Ausbruch gekommen und habe sich wegen des entstandenen Windes bis in die Wiener Vorstadt verbreitet und mit Ausnahme weniger Häuser die ganze Westhälfte der Stadt zerstört; darunter die Kirche und das neugebaute Kloster der Kapuziner und das Rathaus. Die Brunst sei auch in die Pfarrkirche und deren Türme eingedrungen: es schmolzen mehrere Glocken, darunter eine „sehr große von schönem Klang“. Auch der Karner neben der Pfarrkirche brannte ab. Der Bischofshof und die Kirche beim Wiener Tor wurden vom Brande gleichfalls verzehrt. Auch die Türme in den Ringmauern seien von den Flammen ergriffen worden und gingen die Geschütze in denselben los. In der Wiener Vorstadt blieben nur 5 oder 6 Häuser von der Brunst verschont. Des Abends entstand noch eine Panik, da es plötzlich hieß, Feinde seien vor der Stadt. Diese Brunst von 1625 ist die schrecklichste nach den beiden allverheerenden Bränden von 1433 und von 1834. Am raschesten wurde der Karner wieder hergestellt, und zwar auf Veranlassung des Bischofs, da ein hölzernes Marienbild in demselben von den Flammen verschont geblieben war. Am 22. März 1649 war eine kleine Feuerbrunst im Neukloster ausgebrochen, an der ein Konventbruder schuld war. Derselbe wurde empfindlich bestraft. Von der dritten Feuersbrunst des 17. Jahrhunderts wurde Neustadt am 7. September 1699 heimgesucht. Bei derselben wurde das Kapuzinerviertel ein Raub der Flammen; es brannten über 90 Häuser nieder, fast ausschließlich Bürgerhäuser, ferner das Rathaus und das Gerichtshaus. Die Kapuzinerkirche wurde gerettet. Wohl dieser Tatsache zu Ehren entstand unmittelbar darauf ein Votivbild, der heilige Florian, Wasser auf die rechts unten dargestellte Stadt herabgießend; das Bild wurde an einem eigenem Altar der Kapuzinerkirche angebracht, und am 5. Jänner 1700 richtet der Bischof ein Schreiben an den Rat, daß wegen des großen Brandes eine Predigt und ein Gottesdienst gehalten werde. Überdies wurde in der Stadt eine jährliche Florianiprozession (am 4. Mai) eingeführt. Dagegen wurde der am Ausbruche des Brandes schuldige Josef Stampf, Mitglied des äußeren Rates, — er hatte Kohlen, die zum Obstdörren verwendet waren, nicht ganz abgelöscht, — seiner Ratsstelle entkleidet. Die durch Brand verursachten Steuer- und Wachtgeldrückstände ziehen sich mehrere Jahre hin. Es sei hier eingeschoben, daß der Rat am 22. Jänner 1647 beschloß, mit dem kaiserlichen „Stuckgießer in Verbindung zu treten, da im kaiserlichen Zeughaus ein Wasserwerk sei, das bei einem Brande nützlich werden könne“.

Minder schrecklich als die Schäden durch das Feuer gestalten sich die durch das Wasser erlittenen Benachteiligungen. Neustadts Weichbild wird

1) Incendii primi annus MDCVIII restorationis primae MDCXII. — Incendii secundi annus MDCXVI restorationis secundae MDCXVII.

2) „Historicae relationis continuatio oder Wahrhaftige Beschreibung aller fürnehmen und gedenkwürdigen Historien . . .“ Gedruckt zu Cöln, bei Peter von Brachel unter der gülden Wagen im Spiegelberg, im Jahre 1626.

3) Südliches Eckhaus der Bahngasse und der Neunkirchner Straße.

ja nur von dünnen Wasseradern berührt und durchschnitten. Einen größeren Schaden hat die Leitha im Jahre 1648 angerichtet, so daß der Rat am 28. Juli beschließt, sichernde Arbeiten an dem Flusse vorzunehmen. Ein neuerlicher großer Schaden erwächst im Winter des Jahres 1671, namentlich an der Seite gegen Lichtenwörth. In den nächsten Jahren erbaute Neustadt dann ein Wehr dortselbst, obwohl die Grenze des Stadtgebietes in der Mitte des Flusses lag. Dies bestätigt Paul Eßterhazy am 27. August 1676 als unpräjudizierlich. Aber schon im Jahre 1677 im Sommer wird wieder von großen Überflutungen und Schäden berichtet, welche die Leitha angerichtet habe, und wird neuerdings beschlossen (5. Juli), das Nötige für die Zukunft vorzukehren: es war offenbar in ungenügender Weise geschehen und geschah auch weiterhin ebenso. Für einen neuen Schaden, den der Grenzfluß im Mai 1706 durch eine Ausreißung in Lichtenwörth verursachte, machte die dortige Gemeinde die Stadt mitverantwortlich. Aber auch die kleinen Flüschen und der Kehrbach haben wiederholt schadenbringend ihre Ufergebiete überflutet. So der Kehrbach Ende Jänner 1650 und öfter, so daß dem Rate die Mahnung zukommt, den Bach öfter reinigen zu lassen, so wie Neustadt seinerseits von dem Burgdirektor Leopold Wilhelms am 8. August 1651 verlangte, den Kehrbach im Burggarten besser reinzuhalten, damit Schaden außerhalb, oberhalb des Gartens vermieden werde. Der Burggraf wollte jetzt freilich von der Stadt einen Beitrag für diese Reinigung erlangen, wurde jedoch abgewiesen; dabei stellte der Rat den Bürgern das Zeugnis aus, daß jeder den Kehrbach vor seinem Grunde räume. Dessenungeachtet folgte am 24. Juli 1657 noch ein Auftrag an die bürgerlichen Anrainer des Kehrbachs mit der Androhung der Wasserentziehung. Großen Schaden richtete der Kehrbach auch im Sommer 1658 durch sein Austreten an. Es waren gewaltige Güsse hier und im Gebirge vorausgegangen.

Nicht ohne Wichtigkeit ist es auch, daß im Jahre 1622 und wieder 1623, wie eine Aufzeichnung des Neuklosters mitteilt, ein Hagel die Ernte in Neustadt und Umgebung vernichtete.

Im Dezember 1652 hat auch einmal die Fischa bei der Schwärzermühle und unterhalb derselben große Schädigungen verursacht.

Der Stadt selbst wird einmal im Jahre 1623 vorgeworfen, daß sie der Hofmühle, damals an Bonazina verpachtet, das Wasser durch Ableitung entziehe: dies sei abzustellen.

Auch das dritte Element, die Erde, nahm an den Schädigungen der Stadt teil: war ja unsere Stadt ein Erdbebenzentrum. Es gab ein Beben im Jahre 1667 und ein noch heftigeres im Jahre 1690. Doch wird über die Wirkungen dieser Erschütterungen nichts Näheres berichtet.

Und sollen wir noch des vierten Elementes, der Luft, gedenken? Neustadt hat so viel Wind, daß auch sehr kräftige Stürme weiter keinen Anlaß zu Aufschreibungen geben. Die Wiederherstellungen laufen ohne besondere Bemerkungen.

Die Erwerbsquellen.

Wir treten den Erwerbsquellen der Bevölkerung näher. Über die Landwirtschaft haben wir nichts Neues zu sagen. Nur an ein Verzeichnis vom Jahre 1705 sei erinnert. Dasselbe zählt die Inwohner und Tagwerker auf, also die Nichtbürger, die Äcker teils als Eigentum besitzen, teils in Pacht haben. Es sind ihrer 61. 32 Parteien haben 45 Krautäcker zu eigen, 29 Parteien haben 51 Äcker in Bestand.

Betreffs des Weinbaues ist noch zu bemerken, daß auch im 17. Jahrhundert gegen den Weingartkauf ohne Wissen und Willen des Rates aufgetreten wird. Noch im Jahre 1686 heißt es, obwohl bereits ein kleiner Rückgang zu verzeichnen ist, daß dieser Kauf immer zunimmt, und wird ein neues Verbot ausgesprochen. Die Bürger der Stadt besaßen in der Tat außerordentlich viel Weingärten, was einige Beispiele außer dem oben Angeführten beweisen mögen. Im Jahre 1593 wird von hiesigen Bürgern Wein gefechst:

Im Dreifaltigkeitsviertel von 19 Parteien	951 Eimer,
„ Deutschherrenviertel „ 35 „	1.367 „ ,
„ Frauenviertel . . . „ 41 „	2.407 „ ,
„ Minoritenviertel . . . „ 40 „	984 „ ,

Im ganzen . 135 Parteien 5.709 Eimer.

Im Jahre 1640 betragen die bürgerlichen Weingärten:

Im Dreifaltigkeitsviertel	3.106 Pfund,
„ Deutschherrenviertel	2.499 „ ,
„ Frauenviertel	4.978 „ ,
„ Minoritenviertel	3.215 „ ,

Zusammen 13.798 Pfund.

Den Höhepunkt erreicht der bürgerliche Weingartbesitz 1669, wo 229 Parteien insgesamt 15.164 Pfund Weingärten haben; darunter ein Mitglied des inneren Rates mit 528 Pfund in 29 Weingärten.

Im Jahre 1672 besitzen:

	Parteien	Pfund Weingärten
Im Dreifaltigkeitsviertel	51	4.074
(ein Bürger davon hat 899 Pfund in 17 Weingärten)		
Im Deutschherrenviertel haben	52	2.607
„ Frauenviertel mit der Vorstadt haben	70	3.800
„ Minoritenviertel haben	74	2.975

Im ganzen besitzen . 247 13.456

Gegenüber dem unbedeutenden Rückgang des Ausmaßes hat die Zahl der Besitzer ganz wesentlich zugenommen. Und nach einer Zuschrift des ungarischen Kammerrates von Jahre 1662 an den Rat von Wiener Neustadt besaßen nachstehende Handwerker Weinberge in Ungarn: die Beutler, Buchbinder, Drechsler, Faßbinder, Gürtler, Kampelmacher, Klampferer,

Kräutler, Lebzelter, Messerschmiede, Nadler, Nestler, Seiler, Sieber. Es sind Handwerke, die allein schwerer ihren Mann nähren. Beim Rate waren wahrscheinlich nicht alle gemeldet.

Es muß ausdrücklich daran erinnert werden, daß bei all diesen Aufzählungen die Weingärten der Stadt selbst, der Freihäuser, der Geistlichen und der Klostergenossenschaften nicht inbegriffen sind. Der gefechste und allenfalls gekaufte Wein wird in den Kellern aufgenommen und mit dem Brandzeichen versehen. Aus dem Jahre 1641 stammt eine „Weingartordnung“, die indes nichts enthält als die Preise für die verschiedensten Arten von Arbeit, so daß bald die Klage nach einer wirklichen Weingartordnung ertönt. Aber erst 1669 kam es zur Wahl einer Kommission hierfür, und auch diese brachte es — aus naheliegenden Gründen — zu nichts. Unterdes war 1661 eine Ordnung für den Weingartknecht entstanden, die selbstverständliche Vorschriften enthält.

Nicht günstig ist es auch um die Wald- und Holzwirtschaft bestellt; außer teilweise ebenfalls strittigen Wäldchen bei der Stadt ist der große Föhrenwald ein Gegenstand fortdauernden Zwistes, und wir kommen hierauf in anderem Zusammenhang zurück.

Im Jahre 1688 wurde eine Hauerordnung erlassen, die insbesondere die Entlohnung festsetzt. Nach derselben erhält eine Mannsperson im Sommer, vom 1. März bis 30. November, täglich 18 Kreuzer, im Winter, vom 1. Dezember bis Ende Februar, 16 Kreuzer; eine weibliche Person und ein „Bub“ unter 18 Jahren im Sommer 12 Kreuzer, im Winter 10 Kreuzer. Überschreitungen dieser Taxen werden sowohl am Arbeiter wie an dem Herrn gestraft.

Von der Feldjagd ist wenig die Rede. Am 11. Mai 1645 beschließt der Rat, an den Grafen von Heissenstein, an Herrn von Rappach und Herrn Zeller zu schreiben, die mit ihren Hetzjagden großen Schaden am Getreide verursachen. Man wird an den Wild- und Rheingrafen erinnert.

Für die Viehzucht war jetzt Wiener Neustadt mit seinen Wiesen und seinen ausgedehnten Weidestrecken kein ungünstiger Boden; doch ging es mit derselben nicht recht vorwärts, da die Bevölkerung doch mehr am Gewerbe und Handel hing. Eine Ausnahme macht die Schafzucht, mit welcher, wie wir wissen, auch die Stadt selbst sich befaßte. Da wird von 1597 an die Frau Donawitz, die Besitzerin des Schwärzerhofes, genannt, die eine große Schafzucht hatte und wiederholt Beschwerden der Bürger gegen diese Wirtschaft hervorrief. Der Rat drohte sogar im Jahre 1603, Schafe zu pfänden, wenn sie dieselben noch weiter auf die städtische Weide treibe. Die Beanstandungen setzen sich auch in den nächsten Jahren fort. Ferner wird als Schafzüchter der Bischof genannt, dem im Jahre 1604 eine eigene Weide ausgezeigt wird. Als der Viehstand des Bischofs sich mehrte, verlangte der Rat eine Gebühr für das Achtgeben auf dieses Vieh an den Stadttoren. Er erhielt 1 Garbe von jedem Fuder Getreide, von Johannes Thuanus (nach 1640) 15 Metzen Korn. Im Jahre 1610 tritt der Rat gegen die übermäßige Schafzucht des Deutschen Ordenshauses auf, im Jahre 1638 gegen jene des Neuklosters, dem vorgeschrieben wird, seine Schafe bis auf 200 zu vermindern. Auf eine Vorstellung des Abtes wurden dem Kloster jedoch für den laufenden Sommer 700 Stück bewilligt. Im nächsten Jahre tritt die Anordnung des Rates mit der Höchstgrenze von 300 Schafen in Kraft. Doch kehren Beschwerden des Klosters betreffs der Schafzucht auch später wieder. Im Jahre 1643 faßt der Stadtrat am 19. Mai den allgemeinen Beschluß, daß jeder Bürger 25 Schafe, jeder Ratsfreund aber 50 Schafe halten darf, eben soviel jeder Fleischhauer einschließlich der Stechschafe. Die Überzahl würde weggenommen. Die Fleischhauer haben bald die ihnen gestattete Zahl über-

schritten, und es kommt wieder zu Mahnungen und Drohungen (1646), ohne daß man jedoch zur sofortigen Wegnahme griff.

Im Jahre 1693 wird einmal mehreren Bürgern erlaubt, gemeinschaftlich 58 Schafe zu halten. Dieselben müssen jedoch unter die Schweine getrieben werden; wenn dies nicht mehr möglich, sind die Schafe wieder abzustellen. Das Bedenkliche wurde hier jedesfalls in der Gemeinschaft gefunden. Einer eigentümlichen Weisung vom Jahre 1639 müssen wir Erwähnung tun. Der Stadtrichter habe zu überwachen, daß keine Schafe ohne sein Wissen geschlachtet werden. Man will wohl in genauer Kenntnis über die Zahl der Schafe bleiben. Auch die um unsere Stadt gelegenen Herrschaften haben sich lebhafter mit der Schafzucht befaßt und dadurch öfter Beschwerden der Bürger wegen unbefugter Benützung der städtischen Weiden veranlaßt. So die Herrschaft Krotendorf im Jahre 1602 und öfter. Im Jahre 1603 wird dem Oktav Carrian, Stallmeister des Erzherzogs Matthias, Hauptmann der Herrschaft Altenburg, eine Schafweide auf dem Steinfeld verpachtet (27. Februar), obwohl die Besorgnis ausgesprochen wurde, daß am Ende für die einheimischen Schafbesitzer der Raum zur Weide mangeln könnte. Dagegen dachte der Rat einmal (1635) daran, die Schafzucht bei den Bürgern überhaupt abzustellen, was natürlich nicht zur Ausführung kam. Große Mengen Schafe, die auf städtischem Grunde im Steinfeld weiden, werden von Lichtenwörth, von Eggendorf, von Ebenfurth und von Zillingdorf gemeldet (1653). Letztere und die von Lichtenwörth gehören dem Bischof von Neustadt und seinen Untertanen, und er will die Herden in der Zeit der Gefahr sogar in der Stadt unterbringen. So im Jahre 1645 beim Herannahen „der kaiserlichen Völker.“

Für die Fischerei war Wiener Neustadt mit seinen kleinen Wässerlein, die ja zu allermeist in festen Händen waren, ein nicht sehr ergiebiges Gebiet. Zu der alten Fischerordnung vom 9. Jänner 1535 kamen einige Punkte am 22. Jänner 1646; darunter: daß ein Fremder in Neustadt Fische nur auf dem Markte, „Schratfische“ nur an die hiesigen Fischer verkaufen darf. Wenn zwei oder mehrere Neustädter Fischer an einem „Urfar“ zum Kaufe zusammenkommen, soll der Kauf gleichmäßig geteilt werden. Ziemlich in derselben Zeit war den Neustädter Fischern erlaubt worden, Fische zwischen Neustadt und Neunkirchen zu fangen — nach den bestehenden Verhältnissen ein wichtiges Zugeständnis! Der Hoffischer Wolf Griebler erhielt von Kaiser Ferdinand II. am 15. Februar 1621 einen weitgehenden Exekutionsbrief betreffs seines Realbesitzes: seine Fischerei wurde von jeder Amtsübernahme befreit — für dreißigjährige geleistete Dienste.

Das Gewerbe.

Das Handwerk als eine der wichtigsten Erwerbsquellen der Stadtbevölkerung berührend, lassen wir wieder jenen Gewerben den Vorrang, welche sich mit der Erzeugung und der Lieferung von Lebensmitteln befassen. Und da machen am häufigsten die Fleischhauer von sich reden, und zwar oft genug nicht von angenehmer Seite.

Zunächst wollen wir uns mit der Handwerksordnung der Fleischer vom 15. Juni 1620 beschäftigen, die von Kaiser Ferdinand II. am 22. Februar 1621 bestätigt wurde. Die Ordnung setzt die Lehrzeit von drei Jahren und ein Arbeiten von zwei Jahren bei einem oder zwei Meistern fest. Von letzterer Forderung ist der Meistersohn frei. Überdies muß jeder, der Meister werden will, von einem Meister probiert werden. Das Handwerk hat jährlich drei Zusammenkünfte: die erste am Sonntag Invocavit (dem ersten Fastensonntag), die zweite am Fronleichnamstag, die dritte am Sonntag vor Matthäi (Matthäus

am 21. September). Es folgen die Vorschriften über kirchliche und gottesdienstliche Handlungen: Mit der Leiche eines Meisters oder einer Meisterin sollen alle Mitglieder gehen. Daran reihen sich Weisungen gegen aller Art Ungebührlichkeiten. Das Handwerk hat zwei Zechmeister. Wenn jemand zwei Jahre Meister ist, kann er einen Lehrling aufnehmen. Die Geifleischhauer dürfen bis 11 Uhr feil haben und müssen einverleibt werden und außer den Neunkirchnern jeder 5 Gulden in die Zeche zahlen; die Neustädter Meister haben am Fronleichnamstag einen Jahresschilling von 25 Kreuzer zu erlegen. Die Ordnung empfiehlt auch, auf die Handwerksstörer auf den Dörfern acht zu haben. Die Bedingung der Einverleibung und der Zahlung der Geimeister bestand früher nicht und wurde erst auf Bitten der Fleischhauer in die Handwerksordnung aufgenommen. — An die Bestimmungen für die Meister schließt sich die Ordnung für die Knechte und die Buben an, die in einer Reihe von Punkten Ehrbarkeit und Treue gegen den Meister und gegen das Handwerk verlangt. Sie haben ihre besondere Lade, die im Hause des Meisters sein soll, in die jeder bei den Quatemberversammlungen 3 Kreuzer zu zahlen hat. Unter den Knechten sind 2 Altknechte und 2 Zechknechte; an erstere wendet sich der herkommende arbeitsuchende fremde Knecht. Das Arbeiten bei einem Störer wird gestraft; die ins Gei geschickt werden, sollen bei keinem Fleischhauer kaufen. Mit der Leiche eines Knechtes oder eines Buben soll wenigstens ein Meister gehen. Wenn ein Meister — etwa aus Armut — wieder Knecht sein will, muß er sich der Knechtordnung fügen.

Über die Zahl der Fleischhauermeister enthält die Handwerksordnung wie gewöhnlich keine Andeutung. Zu Beginn unserer Periode hatte der Rat die eigentümliche Anordnung getroffen, daß jeder, der das Fleischhauerhandwerk treiben wollte, sich von Jahr zu Jahr beim Bürgermeister als Fleischhauer für dieses Jahr anmelden mußte. Im Jahre 1592 meldeten sich am 10. März 4 Meister und 1 Witwe, in den folgenden Jahren bis 1597 waren nur 4, 1498 gar nur 3 Meister des Handwerks gemeldet. Mit dem Beginn des 17. Jahrhunderts begegnen wir dann bald 5, bald 6, bald 7 Fleischhauermeistern.¹⁾ Vom Jahre 1633 an sind beständig 9 Meister des Fleischerhandwerks in der Stadt, die zusammen einen Fleischbankzins von 49 Gulden an die Stadt entrichten; vom Jahre 1651 an erhöht sich dieser Bestandzins auf 63 Gulden und bleibt so ungeändert bis an das Ende unserer Periode. Die Geifleischhacker waren zahlreicher als die einheimischen. Ein Verzeichnis derselben vom Jahre 1604 zählt auf je einen von Klein-Wolkersdorf, von Pütten, von Scheiblingkirchen, von Petersbaumgarten, von Saubersdorf, von Zillingdorf, je 2 von Lanzenkirchen und von Gloggnitz und 5 von Neunkirchen. Allerdings muß bemerkt werden, daß nicht immer alle Geifleischhauer auf den Markt kamen; und selbstverständlich ist es, daß die Liste derselben auch veränderlich war. Am 11. April 1696, dem Ostersamstag jenes Jahres, waren in Neustadt je 1 Geifleischhauer aus Lanzenkirchen, Erlach, Pütten, aus Schwarza, Saubersdorf und Urschendorf. Begreiflich, daß die Neustädter Fleischhauer den vom Lande kommenden nicht sehr gewogen waren. So muß am 14. Februar 1613 den hiesigen Fleischhauern der Vorwurf gemacht werden, daß sie selbst in der Fastenzeit zu Hause Fleisch aushacken, die Geifleischer aber nicht hereinlassen; und wird die Abstellung dieses Unfugs veranlaßt. Am 10. März 1626 wenden sich unsere Fleischhauer an den Rat mit der Bitte, daß die Neunkirchner Fleischhauer, die von der den übrigen Geifleischhauern auferlegten Zahlung an die Zeche ausgenommen sind, doch eine „Pension“ an die hiesige Lade entrichten sollen. Der Rat verspricht ein Schreiben an den Magistrat von Neunkirchen. Doch wurde nichts erreicht.

¹⁾ 1602 sind 6, 1603 sind 7, 1604 bis 1610 sind 6, 1611 bis 1614 sind 5, von 1615 an 6 Fleischhauermeister in der Stadt.

In bezug auf den Vieheinkauf waren die Fleischhauer sehr beschränkt. Frei und ohne eine eigene Abgabe konnten sie nur in Niederösterreich einkaufen, aber mit Ausnahme der Gebiete östlich von der Leitha und der Schwarza. Vom Beginn unserer Periode an wurden sie für dort angekauft Vieh eine Gebühr an das Handgrafenamt zu entrichten verpflichtet. Sie weigerten sich ziemlich lange, so daß sich der Handgraf im Jahre 1598 an den Rat wenden mußte. 1593 wurde den Neustädter Fleischhauern von Rudolf II. gestattet, 400 Stück Vieh: Ochsen, Schafe, Schweine gegen Maut und Dreißigst in Ungarn einzukaufen, jedoch nur in Orten, die zum Dreißigstamt Mattersdorf und Ödenburg gehören. Wegen großen Viehmangels in Neustadt, der wohl auch infolge des Aufhaltens von Vieh durch die Wiener Fleischhauer (1600) mitverschuldet war, erlaubte Erzherzog Ferdinand im Jahre 1601 den Neustädter Fleischhauern, 50 Ochsen in Steiermark zu kaufen. Diese Bewilligung galt nicht bloß für eine beschränkte Zeit, und es wird in der Folge weiter von derselben Gebrauch gemacht. Ungarn war zu Beginn unserer Periode den hiesigen Fleischhauern ebenfalls ein verschlossenes Tor, und konnte ungarisches Vieh nur im Schmuggel in die Stadt gebracht werden. Ja am 21. März 1617 zeigen die hiesigen Fleischhauer dem Rate an, daß sich ungarische Überreiter „her wärts“ der Leitha befinden und ihnen das in Niederösterreich und in Steiermark gekaufte Vieh wegnehmen. Der Rat erledigt die Sache in einfacher Weise: er gibt den Fleischhauern die städtischen Überreiter bei und rät ihnen, ihr Gesinde zu bewehren und allenfalls Gewalt mit Gewalt zurückzuweisen. In den ersten zwanziger Jahren gab es wieder harten Zwist mit den Wiener Fleischhauern, teils neuerdings wegen des Aufhaltens von Vieh, teils aber auch wegen des „Auskaufens“, wogegen sich natürlich rechtlich nichts machen ließ. Die ungarische Grenze war seit langem offen, und wurde ziemlich viel Vieh von dort in Neustadt aufgetrieben; im Jahre 1641 zum Beispiel 396 Stück, dabei 126 Stück Schweine.

Natürlich gab es dafür eine Grenzgebühr: es waren 20 Kreuzer für ein Stück. Und da begegnen wir sofort wieder einem Versuche, sich dieser Gebühr wenigstens teilweise zu entledigen. Die in Ungarn erkauften Stücke Vieh waren anzumelden; am 23. März 1643 berichtete aber die Kammerprokurator an die Regierung, daß Wiener Neustadt, Bruck an der Leitha, Hainburg eine Anzahl Stücke des in Ungarn erkauften Viehes verschwiegen. Es waren im Jahre 1641 gekauft worden von Bruck an der Leitha 98 Rinder, angemeldet 90 Stück, von Hainburg 42 Stück, angemeldet wurden 5 Stück. In Neustadt seien 150 Rinder und 126 Schweine aus Ungarn aufgetrieben. Dies weicht schon von der oben angegebenen aufgezeichneten Gesamtzahl ab. Angemeldet wurden jedoch im ganzen nur 156 Stück. Die Folge von diesem unreellen Gebaren war, daß schon am 16. Juli 1643 von Kaiser Ferdinand III. der Viehverkauf von Ungarn nach Österreich ausnahmslos verboten wurde. Abermals ein anderer Vorwurf wurde den Neustädter Fleischhauern im Jahre 1648 gemacht, daß sie nämlich mit dem erkauften Vieh Handel treiben, was nicht gestattet wird. Es wird die Fortsetzung dieser Ungebühr mit Entziehung des Handwerks, ja sogar des Bürgerrechtes bedroht!

Wie bezüglich des Einkaufs gab es auch bezüglich des Schlachtens des Viehes Anstände mit den Fleischhauern. Sie werden zum Beispiel im Jahre 1610 gemahnt, daß sie schlachten, ohne das Vieh beschauen zu lassen, insbesondere aber in demselben Jahre und öfter, daß sie nicht in der Schlachtbank, wie schon vor fünf Jahren anbefohlen wurde, sondern in ihren Häusern schlagen. Noch 1705 wird ihnen deswegen Strafe angedroht und am 15. September 1706 auch eine solche verhängt; im Jahre 1710 ist schon wieder dieselbe Drohung notwendig geworden.

Anreihend müssen wir noch folgender Beschwerden der Fleischhauer selbst gedenken: Am 18. Dezember 1656 war den Juden erlaubt, für ihre Speisung Vieh zu schlachten, das aber nicht an die öffentlichen Fleischbänke kommen sollte. Aber die Juden schlachten auch für andere Leute, für Bauern usf. und schädigen so die anderen Fleischhauer. Ein Erlaß Leopolds vom 5. April 1659 verbietet dieses und trägt strenges Vorgehen gegen diese Ungebühr auf. Ebenso werden aus dem gleichen Grunde Beschwerden gegen die Soldatenfleischhauer laut, denen am 12. Februar 1664 gleichfalls der Fleischverkauf eingestellt wird; nur dürfen sie wöchentlich 2 Ochsen an die Soldaten aushacken.

Gegen Ende der siebziger Jahre kam den Fleischhauern der Gedanke, ihr ganzes Handwerk in Kompagnie zu betreiben, was wohl eine Erhöhung des Nutzens zur Folge gehabt hätte; und die erste Handwerksversammlung vom 19. Februar 1679 faßte hierüber den endgültigen Beschluß. Allein der Rat verweigerte demselben am 28. Februar die Genehmigung. Vereinigungen solcher Art widersprachen gänzlich dem Geiste der Zeit. Dessenungeachtet begannen die Fleischhauer, die einmal vom Rate als „trutzig und halsstarrig“ bezeichnet werden, mit der Durchführung ihres Beschlusses. Da bestellte der Rat am 18. Juli 1684 zwei Kommissäre, die solches „Kompagniehacken“ mit Anwendung aller Mittel abstellen mußten.

Auf eine Beschwerde der Fleischhauer (1699), daß viele Bürger das Fleisch billig in Ungarn kaufen, solches auch wieder verkaufen und so das Handwerk schädigen, greift die Regierung selbst ein und trägt dem Rate auf, den Bürgern das Fleischkaufen in Ungarn strengstens zu verbieten.

Am 12. Dezember 1664 wurde vom Stadtgericht der Beschluß gefaßt, daß künftig nur 2 Fleischhauer Schweinefleisch aushacken dürfen. Es geschah; 1677 war es sogar nur einer, vielleicht weil sich kein zweiter gemeldet hatte. Der konnte aber nicht nachkommen, und nun übertrug der Rat den Schweinefleischverkauf wieder allen Fleischhauern, und die Teuerung war vorüber.

Die Fleischhauer durften nicht an allen Tagen verkaufen; namentlich war der Mittwoch ausgenommen; erst am 12. August 1603 gab der Rat auch diesen Tag frei. An Sonn- und Feiertagen durfte man erst nach dem Gottesdienste Fleisch feilhaben.

Die meisten Verhandlungen, Bestimmungen usf. verursachte der Fleischpreis. Es vergeht kein Jahr, wo nicht Hinauf- oder Herabsetzungen desselben, Ansuchen um ersteres unter verschiedenartigen Gründen, Vorstellungen wegen Ablehnung von Gesuchen in den Ratssitzungen zur Sprache kamen; und wiederholt wurden auch die höheren Behörden, ja der Kaiser selbst in die Sache zur Entscheidung hineingezogen. Im ganzen ist der Fleischpreis im Verlaufe der etwa 120 Jahre unseres Zeitraums auf das Doppelte gestiegen, von 7 auf 14 Pfennige¹⁾ für das Pfund Rindfleisch, natürlich nicht ohne bedeutende Schwankungen. Im Jahre 1607 kostete zum Beispiel das Pfund Rindfleisch wegen der Kriegsverhältnisse 14 Pfennige; in demselben Jahre wurde der Betrag nach Abschluß des Krieges trotz aller dagegen vorgebrachten Beschwerden auf 12 Pfennige herabgesetzt. Dagegen war noch im Jahre 1681 ein Rindfleischpreis mit 10 Pfennigen festgesetzt. Den höchsten Preis erreichte das Rindfleisch im Jahre 1690 mit 25 Pfennigen, während das Kalbfleisch 18 Pfennige kostete. Sonst sind Kalbfleisch und Schweinefleisch etwas über dem Rindfleisch. Es notiert zum Beispiel bei einem Rindfleischpreis von 14 das Kalbfleisch, das Lammfleisch, doch auch das Kastrauenfleisch mit 12 Pfennig (1699), das Schweinefleisch mit 3½ Kreuzern (14 Pfennig, 1677), ein paar Jahre später mit 5 Kreuzern.

¹⁾ Die Rindfleischpreise gegen Ende unserer Periode wechseln sehr; sie sind 1694 mit 15, 1696 mit 18, 1700 mit 12, 1701 mit 14 Pfennigen verzeichnet.

Gegen das Überschreiten der festgesetzten Preise durch die Fleischhauer muß von verschiedenen Seiten öfter aufgetreten und eingeschritten werden. Am 24. März 1600 erfließt hierüber ein General von Kaiser Rudolf II. selbst, der sich auch gegen die Sperrung des Viehverkaufs durch manche Herrschaften richtet und damit eine Ursache der Teuerung enthüllt. Im Jahre 1610 verurteilte der Rat die sämtlichen Fleischhauer wegen Überschreitung der Fleischtaxe und wegen anderer Unordnungen im Handwerk zu 100 Talern Strafe. Die Strafe wurde indes teilweise nachgelassen. Im Dezember 1654 wurde bei Androhung von 20 Dukaten Strafe aufgetragen, binnen 14 Tagen 2 frische Stiere zu stellen.

Von „Unordnungen“, deren sich die Fleischhauer schuldig machen, wird erwähnt, daß sie es an Fleisch mangeln lassen (1598, 1636), das bessere Vieh nach auswärts (1598), speziell nach Wien (1704) verkaufen und schlechtes, sogar bedenkliches Fleisch liefern, daß sie das von den Geifleischhauern gebrachte Fleisch, vom Lande hereingebrachte Lämmer, Kitzeln den Bürgern wegkaufen (1684). Am 30. März 1662 hatte der Rat einen Kontrakt mit den Fleischhauern folgenden Inhalts abgeschlossen: Die Fleischhauer verpflichten sich, die Stadt mit Fleisch gut zu versorgen, von jedem Rind beim Schlagen 1 Gulden 15 Kreuzer und für jedes Schwärzen dieses Betrages 20 Reichstaler Strafe zu zahlen. Der Zechmeister soll wöchentlich dem Bürgermeister melden, wieviel Stück geschlagen werden. Dagegen dürfe kein Fleisch von außen eingeführt werden, dürfe kein Bürger Rinder schlachten. Das Fleisch würde beschlagnahmt werden und halb den Fleischhauern, halb dem Spital zufallen. Die Folgezeit belehrt uns, daß dieses Übereinkommen nicht gehalten wurde; ja im Jahre 1667 war man soweit, daß der Rat den Fleischhauern wegen ihrer Halsstarrigkeit all ihr Kauf- und Zuchtvieh schlachten und das Pfund um 3 Kreuzer verkaufen wollte. Bei allen Unordnungen war auch wieder die Preisfrage inbegriffen. Das war am 24. Juli; aber schon vier Tage später, am 28. Juli, hatte der Stadtrat viel Wasser in seinen Wein gegossen und mahnte die Fleischhauer wegen des Preises zur Geduld.

Im Jahre 1622 hatten die Fleischhauer auch einen Streit mit ihrem Zechmeister, der eine hohe Jahresrechnung (von 982 Gulden) vorgelegt hatte. Man verglich sich jedoch (mit 900 Gulden).

Die Neustädter Fleischerlade umfaßte auch die Ortschaften Lanzenkirchen, Pütten, Schwarzau, Wimpasing, dann Grillenberg, Maria Loretto, Öd, Ebenfurth, Brodersdorf, Hornstein und Eisenstadt und zählte im Jahre 1700 insgesamt 19 Meister, darunter 7 in Neustadt selbst. Im Jahre 1652 wollte der Verwalter der Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt eine Abschrift der Neustädter Fleischerartikel haben, um dort eine selbständige Innung zu gründen. Er bekam jedoch von Neustadt die Antwort, daß die sich Absondernden auch vom Handwerk Abschied nehmen.

Auch bei den Bäckern, denen wir uns jetzt zuwenden, wird es manches zu bemängeln geben; und namentlich die Preisfrage, beziehungsweise die Frage wegen des Gewichtes des Brotes und des Weißgebäcks ist fortwährend auf der Tagesordnung. Auch hier stoßen wir oft genug auf die Bitten um Erhöhung der Taxe, beziehungsweise um die Verringerung des Gewichtes, und oft genug werden die Bäcker ermahnt, besseres Gebäck zu geben und sich genauer an das vorgeschriebene Gewicht zu halten. 1597 erhalten sie einen Verweis. Im Jahre 1600 werden sie einmal in den Ratsturm gesperrt und geben dann die Erklärung ab, allen Vorschriften nachzukommen. Aber 1602 wird ihnen wieder wegen Nichteinhaltung des Gewichtes und wegen schlechten Gebäcks eine Strafe angedroht. 1621 werden sie zu einer Geldstrafe von 10 Talern verurteilt; da sie aber versprochen, sich zu bessern, wird von der Strafe abgesehen. Ähnliches kehrt fast in

jedem Jahrzehnt wieder. Besonders streng war die Bestrafung durch das Stadtgericht im Jahre 1693 (25. Mai): Da die Neustädter Bäcker fast alle zuwider der Satzung die Semmeln um 1, 2 und mehr Lot zu gering ausbacken, werden die Übertreter jeder um 1 Dukaten und überdies für jedes Lot Abgang für jeden Tag mit $\frac{1}{4}$ Taler bestraft. Eine Eingabe dagegen wird vom Rate abgewiesen. Aber schon am 18. Juni 1695 wird von der Regierung selbst wegen des wucherischen Vorgehens der Bäcker eine Mahnung an den Rat gerichtet, genaue Aufsicht zu führen und allenfalls streng zu strafen.

Was das Gewicht des Gebäcks betrifft, so können wir nicht von einem Fallen desselben im Laufe der Zeit reden. Im Jahre 1606 mußte zum Beispiel die Pfennigsemmel 4 Lot, das Dreikreuzer-Roggenbrot 4 Pfund, 1691 die Kreuzersemmel (=4 Pfennig) 21 Lot, das Dreikreuzer-Roggenbrot 4½ Pfund wiegen. Bei der damaligen Beschränktheit des Verkehrs konnten nicht bloß Kriegsverhältnisse, sondern auch eine schlechte Ernte in naher Umgebung, ja auch nur eine mangelhafte Zufuhr zu ein paar Wochenmärkten schon einen Brotmangel, eine Preissteigerung des Getreides und somit eine Verringerung des Gebäckgewichtes herbeiführen. So können sogar im Verlauf eines Jahres vier- bis sechsmal Gewichtsänderungen bei dem Gebäck eintreten, wie man es gegen Ende unseres Zeitraumes ein paarmal erlebte. So wechselte im Jahre 1692 das Gewicht der Kreuzersemmel fünfmal, das Gewicht des Roggenbrotes viermal.¹⁾

Im Jahre 1693 änderte sich die Gewichtssatzung gar sechsmal,²⁾ so daß der Käufer nie wußte, wie er daran war. Als der Rat im Jahre 1694 das Gewicht der Kreuzersemmel mit 9 Lot, das Gewicht des Roggenbrotes mit 1½ Pfund festsetzte, gingen die Bäcker mit einer Beschwerde an die Regierung, jedoch vergeblich. Es kommt auch vor, daß das Semmelgewicht zunimmt, während das Brotgewicht abnimmt, weil ja verschiedene Getreidearten in Betracht kommen und die eine besser, die andere schlechter geraten sein kann. So wird das Gewicht für die Kreuzersemmel und für das Dreikreuzer-Roggenbrot bestimmt im Jahre:

1666 für die Semmel mit 14 Lot, für das Brot mit 3 Pfund,
1667 " " " " 15 " " " " " $2\frac{3}{4}$ " ;
im Jahre 1709 soll die Semmel 11 Lot, das Brot $2\frac{3}{4}$ Pfund wiegen;
1710 die Semmel 11, später 12 Lot, dagegen das Brot nur $2\frac{1}{2}$, später $2\frac{1}{4}$
und erst am Schlusse $2\frac{1}{2}$ Pfund.

Für die Brottische werden die Bäcker im Jahre 1619 von der Gemeinde auf 10 Taler gesteigert, im Jahre 1634 auf 20 Gulden. Dieser Pachtzins bleibt bis an das Ende unseres Zeitraumes; doch verlangt der Rat im Jahre 1703 eine Kaution von 150 Gulden für den Brottischbestand; der Betrag werde aufbewahrt, allenfalls fruchtbringend angelegt werden.

Im Jahre 1667 pachteten die Bäcker den Getreideaufschlag ihrer Handwerksgenossen um jährlich 30 Gulden von 1668 bis 1693, jedoch dann nicht weiter.

Bisher waren 8 Bäcker in der Stadt; im Jahre 1652 wurde ein Gewerbe durch den Abzug des Inhabers frei; da baten die übrigen Meister, es in dieser bedrängten Zeit bei 7 Backstuben bewenden zu lassen. Der Rat geht darauf ein mit dem Bedeuten, daß die Bäcker nun gutes Gebäck geben werden. Wenn bessere Zeiten eintreten, werden die 8 Bäckerstuben wieder hergestellt, jedoch nicht überschritten werden. Die Zeiten bleiben schlecht.

1) Die Kreuzersemmel mußte anfangs 22, später 19, dann 16, dann 15, endlich 13 Lot, das Roggenbrot anfänglich 4, dann $3\frac{1}{4}$, dann $2\frac{3}{4}$, endlich $2\frac{1}{2}$ Pfund haben sollte.

*) Die Kreuzersammel sollte anfänglich 11 Lot haben, das Gewicht stieg dann auf 16, fiel wieder auf 15, dann auf 11, 10 und 8 Lot, während das Roggenbrot mit viermaligem Wechseln erst 2, dann $2\frac{3}{4}$, dann $2\frac{1}{2}$, dann 2, dann $1\frac{1}{4}$, dann $1\frac{1}{8}$ Pfund haben.

Von außen kommt an den Rat im Jahre 1652 das Ansuchen der Bäcker von Eisenstadt, sich von dem hiesigen Handwerk loszulösen, was von der hiesigen Genossenschaft selbst während erledigt wird; ferner im Jahre 1671 eine Beschwerde der Neunkirchner Bäcker, daß die hiesigen Bäcker überallhin Brot führen und tragen, sogar bis Buchberg, wodurch das Neunkirchner Handwerk geschädigt werde. Die Bitte, dies abzustellen, erfüllte der Rat der Stadt nur sehr lässig, wie begreiflich, und erreichte nichts. Zur hiesigen Bäckerlade gehörten Pernitz, Piesting, Pottendorf und Zillingdorf; es waren zusammen im Jahre 1700 13 Meister, 9 davon in Neustadt.

Der Sinn für testamentarische Wohltätigkeit gegen die Zeche hat entschieden abgenommen. Wir haben bei den Fleischhauern kein einziges Legat an die Innung gefunden; dies ist bei dem fortwährend möglichen Wechsel der Personen, so daß niemand weiß, ob er im nächsten Jahre noch werktätiges Zunftmitglied ist, gar nicht zu verwundern. Bei den Bäckern haben wir ein Legat des Sebastian Sembs vom Jahre 1606 mit 20 Gulden zu erwähnen. Die Härte der Herzen wird durch die Härte der Zeiten erklärt und dauert über dieselben hinaus.

Wir haben bisher nur über Brot der Bäcker gesprochen; es bleibt noch jenes der Müller zu betrachten, mit denen die Bäcker auch in unserer Periode ziemlich oft in Zwist geraten. Wir hatten bei den Bäckern keine neue Handwerksordnung zu verzeichnen; bei den Müllern treffen wir eine neue Ordnung für die Meister, Knechte und Jungen im Jahre 1628 (4. Oktober). Die Handwerksordnung beschreibt zuerst den Umfang der Neustädter Müllerzeche. Dieselbe reicht an der Fische von Brunn (am Steinfelde) bis „Schranawand“,¹⁾ an der Leitha von Erlach bis Seibersdorf,²⁾ an der Mulkau von Forchtenau bis zur „Seemühle“, an der Piesting von Gutenstein bis „Obersdorf“,³⁾ an der Triesting von Altenmarkt bis „Günselsdorf.“ Es folgen gottesdienstliche Anordnungen; die Zechfahne mit der Jungfrau Maria und dem Christuskinde wird genau beschrieben. Die Zunft hält ihre Versammlungen, hat 2 Zechmeister, verlangt ein Einkaufsgeld von jedem, der in die Innung aufgenommen werden will. Das Handwerk ist in drei Jahren zu lernen; beim Freisagen bekommt der Lehrling vom Meister ein Kleid; der Lehrling zahlt dann 2 Schilling 4 Pfennig, der Meister 1 Schilling 2 Pfennig in die Lade. Knechte und Jungen haben jeden Sonntag 1 Pfennig in die Lade zu erlegen; der Meister erlegt jährlich 30 Pfennige in die Lade. Wenn ein Nichtmüller eine Mühle übernimmt, muß er ein Mal geben oder 8 Gulden zahlen. Wenn ein Bäcker eine Mühle übernimmt, muß er das Bäckerhandwerk aufgeben. Neue Mühlen dürfen nur mit Bewilligung der Zeche und der Regierung gebaut werden. Dem Müller ist auch erlaubt, Brot zum Verkaufe zu backen. Am Samstag wird die Mühle um 4 oder 5 Uhr geschlossen. In den nun folgenden Bestimmungen für die Knechte und die Jungen werden insbesondere Vorschriften für Zucht und Ehrbarkeit gemacht, die schon früher gestreift und betont wurden. Die Erneuerung der Polster, Änderungen betreffs des Wassers sollen nur mit Wissen der nächsten Nachbarn vorgenommen werden; auf das Fischereirecht ist zu achten. Zum Schlusse wird die Entlohnung des Müllers für das Mahlen eingehend besprochen. Er bekommt für einen Metzen Gerste, Prein, Weizen zu Grieß je 12 Pfennig. Von einem Mut Korn soll er den 16. Teil, d. i. 2 Metzen, vom Metzen 1 Maßl nehmen und 45 Kreuzer Schrotgeld. An Malter soll herausgegeben werden: von einem Mut Korn 40 „Gestrich“ Mehl und 12 Gestrich Kleie; vom Mut Weizen sind abzuliefern 16 Strich Semmelmehl, 14 Strich „Pollenes“

1) Zur Herrschaft Unter-Waltersdorf gehörig.

2) Bei Reisenberg, zur Herrschaft Unter-Waltersdorf gehörig.

3) Bei Groß-Enzersdorf.

und 10 Strich Ablaß, ferner 17 Strich Kleie, zusammen 57 Strich. Das Getreide soll gut ausgereitert zur Mühle gebracht werden. Wenn der Müller selber es ausreutern muß, kann er vom Mut einen halben Metzen Mehl und einen Metzen Kleie für sich abziehen. Wer unter einem halben Mut zu schroten oder zu mahlen gibt, soll bei der Arbeit anwesend bleiben. Es folgen noch die Punkte über das Ausmahlen der kleinen Mengen und was aus denselben hergestellt wird.¹⁾ Wenn durch die Schuld des Mühlherrn etwas verdorben wird, ist er vom Handwerk oder von der Obrigkeit gebührend zu strafen. In der Mühle ist Freieung gegen jede Schmähung.

Die Ordnung enthält 79 Punkte und umfaßt doch nicht alles, was zur Vermeidung von Streitigkeiten erforderlich ist. Kaiser Ferdinand III. bestätigte dieselbe ungeändert am 6. November 1641.

Wir wollen zunächst wieder die bei unserer Stadt liegenden Mühlen mit Wiederholung der städtischen Mühlhäuser nach einer Aufschreibung vom 3. Februar 1661 vorführen:

1. Die Kanzelmühle, städtisch, mit 6 Gängen bezeichner, von denen gewöhnlich nur 3 gehen, mit 20 Joch Äckern und 18 Tagwerk Wiesen.

2. Die Basteimühle, städtisch, mit 3 Gängen, von denen meist nur einer geht, mit 6 Joch Äckern und 2 Tagwerk Wiesen.

3. Die Mühle außer der Wiener Vorstadt des Dr. Tobias Zachelius mit 4 Gängen, von denen meist 2 gehen.

4. Die Mühle des Georg Wernhardt nächst der Stadt, ebenfalls mit 4 Gängen, von denen meist 2 gehen.

5. Die Mühle bei der Hadermühle, Ambros Pichlmayr gehörig, mit 2 Gängen.

6. 7. Zwei Mühlen des Bischofs, die Nonnenmühle und die Steinfeldmühle.

Hiebei sind natürlich nur die Mahlmühlen begriffen. Ein Verzeichnis vom Jahre 1704 nennt die gleiche Zahl, die Besitzverhältnisse etwas verändert.

Ein zweites Verzeichnis vom Jahre 1704 zählt die Mühlen der Umgebung von Wiener Neustadt auf und nennt die Mühle von Edlitz, die dem Bistum hier dienstbar ist, von Lanzenkirchen und Froschdorf, von Katzelsdorf, von Lichtenwörth, dem Bischof hier gehörig, von Obereggendorf und von Untereggendorf, beide kaiserlich, 2 Mühlen von Ebenfurth, die Mühle von Pottendorf, von Wampersdorf, 2 Mühlen von Deutsch-Brodersdorf, 2 Mühlen von Unterwaltersdorf, die Mühle von Seibersdorf, 2 Mühlen von Weigelsdorf, die Mühle von Ebreichsdorf, von Haschendorf, die Haidmühle bei Solenau, die Mühle von Steinabrückl und jene von Wöllersdorf.

Am 6. September 1663 beschließt der Rat, daß alle Ladenmühlen in Mahlmühlen umzustellen seien, und trägt dem Bürgermeister auf, diese Umgestaltung zu besorgen. Es kam indes doch nicht zur Ausführung.

Den Jahren 1661 und 1672 gehörten die Bestimmungen über die zu erzeugende Mehlmengen an. Es soll von 13 Metzen gutem Weizen (15½ Strich) 8 Strich Semmelmehl, 5 Strich Kernbohle, 2½ Strich Ablaß und 8 Strich Kleie gewonnen werden. Von derselben Menge gutem Korn sollen 20 Strich Weißmehl, 3 Strich Schwarzmehl und 4½ Strich Kleie hervorgehen.

Auch bei den Müllern gibt es Verschiedenes zu bemängeln. Ein paarmal beklagen sich die Zechmeister wegen Ungehorsams der Mitglieder: so 1602, so 1629; sie kommen nicht zu den Handwerkstagen, nicht zum Gottesdienste,

¹⁾ Von einem Metzen Weizen zu Grieß ist zu liefern: 2 Viertel schöner Grieß, 3 Achtel pollenes, 1 Viertel Ablaß und 2 Viertel Kleie; von einem Metzen raucher Gerste 2 Viertel geneuerte Gerste; von einem Metzen geneuerte Gerste ½ Metzen gebrochene Gerste (Gerstl), von einem ungeneuten Metzen Prein ½ Metzen sauber geneuter Prein. Die Mehlmesserinstruktion von 1672 hat wieder etwas andere Mengen.

halten andere davon ab. Diese Beschwerde ist erklärlich: die Meister des Handwerks waren eben meistens in großer Entfernung von Neustadt ansässig. In beiden Fällen griff der Landesfürst selbst ein und gebot bei Strafe, sich an die Ordnung zu halten. Daß auch die Bürger Ursache hatten, sich zu beklagen, ergibt sich aus mehreren Beispielen. Am 22. Jänner 1619 trägt der Rat den Müllern bei Guts- und Leibesstrafe auf, die Bevölkerung klaglos zu halten; und am 26. August 1621 trägt ihnen der Rat bei Strafe von 32 Dukaten auf, wöchentlich zweimal den Markt mit Wagen mit Gries, Mehl, Gerste zu besuchen, überhaupt die Stadt mit Nahrung besser zu fördern. Sie verkaufen eben Mehl nach Wien; und am 6. September 1663 wird ihnen bedeutet, daß sie erst die Stadt und die Bürger mit allem Nötigen versorgen müssen; bis dahin werde ihnen der Verkauf des Mehles nach Wien eingestellt. Eingeschoben sei noch, daß die hiesigen Müller im Jahre 1615 ihre Zustimmung zur Errichtung einer Müllerinnung in Neunkirchen erteilen.

Das Verhältnis der Bäcker zu den Müllern ergibt sich aus folgenden Tatsachen: Im Jahre 1599 werden Müller und Bäcker nach vorausgegangenen Streitigkeiten am 3. März durch eine Kommission geeinigt. Die Bäcker hatten sich beklagt, daß ihnen die Müller zu viel von dem Körnle nehmen; letztere klagen, daß die Bäcker den Weizen schlecht gereitert bringen. Die Kommission hat entschieden, daß sie nach der Wiener Ordnung vorgehen sollen, die eben von einem Mut gereiterten Weizen 16 Strich Semmelmehl, 14 Strich Pollenes und 10 Strich Ablaß herausgeben heißt, 5 Schilling für die Maut und 4 Schilling für die Fuhre rechnet. Die Vereinbarung geht weiter bis auf die kleinsten Einzelheiten ein. Im Jahre 1615 beschwerten sich die Bäcker beim Rate, daß die Müller sie ihr Mehl nicht nach Wien führen lassen; der Rat befiehlt die Freilassung dieser Fuhren und droht mit Strafen. In der Minderwertigkeit der Beschaffenheit des Brotes sind beide Zünfte einig; im Jahre 1627 werden die Bäcker und die Müller wegen des schlechten Gebäcks trotz der guten Zeit vor das Stadtgericht geladen.

Auch am 25. Oktober 1650 spricht ein Regierungserlaß von der „Eigennützigkeit“ der Bäcker und der Müller und verordnet, den Verkauf von Brot und Mehl genau zu überwachen.

Im Jahre 1642 hatten die Bäcker beschlossen, von der Stadt die Kanzelmühle zu pachten; der Rat hatte sogar schon eine Kommission für die Verhandlungen bestimmt. Allein diese zerschlugen sich. Viel später, im Jahre 1671, trat der Rat seinerseits an die Bäcker heran, sie sollten, wenigstens einige von ihnen, auf der Kanzelmühle mahlen lassen. Der Mühlpächter werde sie gewiß fördern. Ob dem Wunsche willfahrt wurde, ist schwer festzustellen.

Im Jahre 1650 beschwerten sich die Bäcker gegen die Müller wegen des Brotverkaufs der letzteren an Wochenmärkten. Dem Stadtrichter gelingt die Beilegung des Streites. Am 14. September 1691 machen die Bäcker neuerdings eine Eingabe gegen die Müller, daß diese ihnen den schönsten Weizen vorwegkaufen.

Aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts haben wir auch ein paar Beispiele, daß den Bäckern und Müllern, die Brot vom Lande hereinbringen, Vorschriften über das Gebäcksgewicht gemacht werden. So 1685 und 1687. Im letzteren Jahre werden namentlich den Landmüllern Strafen angedroht.

Für die Beistellung der Lebensmittel kommen zunächst noch die Gärtler, die Gemüsepflanzer in Betracht. Sie erhalten im Jahre 1614 am 11. März vom Rate eine Handlungsordnung. Dieselbe verbreitet sich zuerst sehr ausführlich über die kirchlichen Feierlichkeiten, über die Fronleichnamsfierlichkeit, zählt außerdem noch 3 Hochämter auf: im Pfingstquatember,

am Dreifaltigkeitstage und am Tage Thomas von Canterbury (29. Dezember). Sie ordnet das Begleiten jeder Leiche eines Genossenschaftsmitgliedes an, aber auch die Unterstützung von armen Innungsbrüdern. Weiterhin bestimmt die Ordnung nur noch, daß die Bürgersfrauen das von ihnen erbaute Gemüse usf. nicht auf dem Markte verkaufen dürfen; es ist daher begreiflich, daß die Gärtler im Jahre 1631 noch um einen Artikelbrief baten. Eine sofortige Erledigung dieses Ansuchens findet allerdings nicht statt; dagegen beschließt der Rat am 18. September 1643, ohne damit eine eigentliche Handwerksordnung zu beabsichtigen, zur Abstellung der eingerissenen Unordnungen beim Krautverkauf:

1. Nichtgärtler und deren Weiber dürfen keinen fremden Garten in Bestand nehmen und nur das im eigenen Garten Gebaute feilhaben — im Gegensatz zu der früheren Handwerksordnung.

2. Niemand, ob er der Zeche einverleibt ist oder nicht, ob in der Stadt oder auf dem Lande, darf „Gärtler- und Kräutlerwerk“ ablösen.

3. Inwohner, auch wenn sie der Gärtlerzunft einverleibt sind, dürfen mit ihren Bodenerzeugnissen nicht ausfahren, keine fremden Märkte besuchen, auch in der Stadt auf dem „Platz“ nur an den gewöhnlichen Jahr- und Wochenmärkten, also nicht alltäglich feilhaben, außer wenn sie sich um bürgerliche Häuser bewerben.

4. Jene Bürger, welche die Gärtlerei treiben, müssen sich, wenn sie nicht einem anderen Handwerke angehören, in die Zeche einverleiben lassen, widrigens ihnen die Gärtlerei eingestellt würde.

Wahrscheinlich kurz darauf wurde in einer eigenen Erläuterung des Rates der Gegensatz wegen Gestattung des Gemüseverkaufs durch Bürgersfrauen, die nicht der Zunft angehören, gegen den Artikelbrief vom Jahre 1614 begründet. Es wird das religiöse Moment ins Treffen geführt: die Gärtler haben wenig Einkommen, um das Nötige für die gottesdienstlichen Forderungen zusammenzubringen, den Altar zu beleuchten usf. Die Gutwilligkeit dieser Verkäuferinnen soll nun für solche Bedürfnisse beisteuern. Am 18. Februar 1644 erläßt dann der Rat eine strenge Mahnung, sich an die Beschlüsse des vergangenen Jahres zu halten. Freilich ertönt bald darauf die Klage der Gärtler, daß die Bürgersfrauen ihnen nichts zutragen, und im nächsten Jahre, 11. Juli 1645, langt die neue Beschwerde der Gärtler ein, daß die Bürger viele Wiesen in Kraut- und Rübenäcker umwandeln, wodurch ihr Handwerk sehr geschädigt werde. Der Rat verbietet diese Umgestaltung: es müsse bei dem alten Bestande der Kraut- und Rübenäcker verbleiben! Wie wenig die Verfügungen fruchteten, ergibt sich aus einer Beschwerde der Gärtler vom 21. Juni 1697, daß viele Grünwarenverkäufer nicht in die Zeche eintreten, und aus einer anderen Eingabe vom 22. Juni 1705, daß manche Holden, Gärtner, die ganze Woche feilhaben. Der Stadtrichter erhält den Auftrag, Ordnung zu schaffen! Der Gärtlerlade haben sich keine auswärtigen Genossen angeschlossen; aber im Jahre 1700 zählt die Stadt allein 27 Gärtler.

Wir reihen hier die Gärtner, Baumgärtner, Lustgärtner an, die eine Zunft für sich bilden, da sie ja auch manches für den Magen leisten und beibringen können. Die Gärtner gehören zur Hauptlade Wien, zum Neustädter Viertel. Im Jahre 1650 wenden sie sich mit einer Eingabe an den Rat, daß sie eine eigene Zeche aufrichten wollen; sie bitten um Gestattung einer Zechfahne und um Zuweisung eines Altars in der Pfarrkirche. In einer Vereinbarung mit dem Kirchmeister Paul Pleyer wird ihnen der Franziskusaltar überwiesen, was der Rat am 19. Mai genehmigt. So erstand in der Tat die neue Zeche, und zwar mit Zustimmung der Wiener Lade. Aber gleichwie die Neustädter Gärtner sich von den Wienern

losgelöst hatten, so wollten sich ein Jahrzehnt später die Badner von den Neustädtern trennen. Sie hatten sogar, ehe die Sache noch in Ordnung war, schon alles herrichten lassen, ein Siegel angeschafft, Lehrbriefe ausgestellt usw. Aber nun traten Neustadt und auch die Hauptlade von Wien dagegen auf: und am 17. Jänner 1662 entschied die Hauptlade gegen die Badner Gärtner. Baden gehört zum Neustädter Viertel, wie alles, was zwei Meilen südlich von Wien entfernt ist. Das Siegel ist bei 40 Talern Strafe zu kassieren und bei der Wiener Lade zu erlegen. Die ausgestellten Lehrbriefe sind ungültig. Die Badner Gärtner erklärten sich dem Spruche zu fügen und mit den Neustädtern zu vergleichen. Der Vergleich trägt das Datum vom 22. Februar 1662 und stellt fest: die Badner Gärtner sind von den Neustädtern abhängig; doch haben ihnen diese vidimierte Abschriften ihrer Freiheiten und aller neuen Privilegien gegen Bezahlung zukommen zu lassen. Die Badner sollen ihre Afterviertellade und ihren Gottesdienst haben. Ihr Bezirk soll umfassen: Mödling, Liechtenstein, Enzersdorf, Neudorf, Biedermannsdorf, Hochau, Laxenburg, Gundersdorf, Traiskirchen, Trumau, Unterwaltersdorf, Ebersdorf am Moos, Oberwaltersdorf, Mannersdorf, Tribuswinkel, Leesdorf, Schönau, Merkenstein, Neuhaus, Vöslau, Heiligenkreuz, Sittendorf, Sparbach, Weikersdorf (Doppelhof) und Posthoff — ein ganz stattlicher Umkreis!

Aber die in Aussicht gestellte Versöhnung wurde nicht erreicht, und im Jahre 1666 rückte Baden durch seinen Stadtrichter nochmals mit dem Wunsche heraus, eine eigene Lade zu errichten, da sie sich die Erlaubnis zur Bildung einer Viertellade erwirkt haben. Der Schriftenwechsel hierüber währte abermals jahrelang, führte aber schließlich die Badner zum Ziele.

Außer den angeführten, das Gewerbe betreffenden Akten wäre noch auf eine Zuschrift der Wiener Lustgärtner an die Neustädter aufmerksam zu machen, die im Jahre 1674 sich gegen die Störer des Handwerks richtet und auseinandersetzt, daß sie sich die Befugnis zur Abtueung solcher Störefriede erwirkt haben. Zu den Lustgärtnern von Neustadt gehören noch 15 Ortschaften, darunter im Süden Sebenstein, im Westen Fischau und Emmerberg, im Norden Ebenfurth, Pottendorf, Bruck a. d. Leitha, Fischamend. Die ganze Lade hat 19 Gärtner, davon 4 in unserer Stadt.

Ziemlich nebensächlich für die Ernährung des Volkes sind die Lebzelter; von den hiesigen Vertretern des Handwerks liegen in unserer Periode nur ein paar Ansuchen gegen Handwerksstörer (1628 und 1637), einige Akten über einen ganz verschuldeten Handwerksgegnossen und dessen Krida (1704 ff.) und ein Verbot des Rates an die Profession vor, mit Honig und Wachs nach auswärts zu handeln (28. Juni 1701).

Ebenso nebensächlich wie die Lebzelter sind die Kässtecher. Sie werden im Jahre 1599 einmal vorgeladen, daß sie für ihre Waren zu hohe Preise fordern; 1628 bitten sie um Abstellung des Verkaufs von Schaffkäse in den Brotläden; die Antwort des Rates (vom 23. Mai) weist auf die Geringfügigkeit dieses Geschäftes hin, so daß die Abstellung des uralten Gebrauches nicht nötig sei.

Wir ziehen gleich die Erzeugung der Getränke in Betracht, wenn wir für unseren Zeitraum auch sehr wenig zu bemerken haben. Betreffs des Bieres wird am 7. August 1602 ein Befehl Rudolfs II. erlassen, daß dasselbe nicht teurer als um 6 Schilling der Eimer verkauft werden dürfe, während man in Wirklichkeit 1 Gulden und sogar 9 Schillinge verlange — es ist der alte Lebensmittelwucher. Im Jahre 1621 erhoben auf einmal die Besitzer der um Wiener Neustadt liegenden Herrschaften Graf Hoyos, von Urschenbeck, von Teufel, weiter die Herren Unterholzer und Bechtold bei der Regierung Einspruch gegen das so lange bestehende Neustädter Brauhaus, da ein Erlaß Rudolfs II.

besage, daß dort, wo bisher kein Brauhaus bestand, auch keines errichtet werden dürfe; sie seien durch dasselbe geschädigt. Allerdings blieb das Bemühen ohne Ergebnis. Das Brauhaus entwickelte sich fort, wenn auch in bescheidenen Grenzen. Aus dem Ende des 17. und dem Anfange des 18. Jahrhunderts sind ganze Reihen von Brauzetteln von einzelnen Jahren vollständig erhalten, die uns über den damaligen Umfang des Brauens unterrichten. Die Zettel beginnen vom Jahre 1694; doch sind dieselben für dieses und für das nächste Jahr unvollständig. Im Jahre 1696 werden 175 Brautage gezählt, an denen gewöhnlich aus 9 Metzen Gerstenmalz 12 Eimer Bier hergestellt werden. Das Jahr der zahlreichsten Brautage und der größten erzeugten Biermenge ist das folgende, 1697. Es hat 241 Brautage, braut im ganzen 3086 Eimer aus 2434 Metzen Gerstenmalz, nämlich vom Jänner bis August aus je 10 Metzen 14 Eimer; im September schwächt es den Malzgehalt etwas ab und stellt aus je 10 Metzen 15 Eimer Bier her.¹⁾ Damit ist der Höhepunkt für jene Zeit überschritten. Das Jahr 1698 zählt 183 Brautage, gewöhnlich mit je 15 Eimern aus 10 Metzen Gerstenmalz. Die Jahre 1699 und 1700 halten sich fast genau in der gleichen Höhe bezüglich der Brautage.²⁾ Im Jahre 1700 beginnt man mit der Biermenge der einzelnen Brautage zu steigen. Man braut 18 Eimer aus 12 Metzen Malz, in den letzten Monaten 21 Eimer aus 14 Metzen Gerstenmalz. Es war ein Getränk, das etwa unserem Lagerbier an Alkoholgehalt nahekam, es bei dem Verhältnis 10 Metzen zu 14 Eimer vielleicht etwas überbot. An wenigen Tagen in manchem Jahre hat man ein stärkeres Getränk erzeugt. 1696 an 7 Tagen, 1697 und 1698 an je 3 Tagen, 1700 an 2 Tagen verwendete man zu 18 Eimern auch 18 Metzen Gerstenmalz, vielleicht zu einem Festbier. Gewiß waren aber nicht die politischen Verhältnisse allein, sondern selbstverständlich auch der Witterungscharakter von Einfluß, namentlich auf die Menge des zu erzeugenden Bieres und auf die Zahl der Brautage.

Für die Branntweinbrenner hebt unsere Periode nicht günstig an. Am 20. Februar 1594 verbietet ein Erlaß Kaiser Rudolfs II. das Branntweinbrennen ohne Wissen und ohne Zustimmung der Obrigkeit überhaupt, da es bei diesen gefährlichen Zeiten leicht zu einem Brotmangel kommen könne, daß auch der Branntweingenuß die Zügellosigkeit fördere und die Moral verderbe. Im Laufe der Jahre lockerte sich die Handhabung dieser Vorschrift von selbst; 1632 beschlagnahmte die Stadt einmal eine Fuhre mit 30 Eimern Branntwein. Der Wortlaut des Erlasses bot leicht die Gelegenheit hiezu. Im Jahre 1648 (31. Dezember) erteilte der Rat unserer Stadt dem Postmeister Jakob Schlögl die Erlaubnis zum Branntweinhandel. In der Folge kommt für Neustadt unmittelbar nur ein Erlaß Kaiser Josefs I. vom Jahre 1708 in Betracht, der Vorschriften über die Errichtung der Kessel für die Ausübung der Branntweinbrennerei gibt,

¹⁾ 1697 melden die Brauzettel im Monat Jänner 19 Brautage mit je 14 Eimern aus 10 Metzen Gerstenmalz; Februar 23 Brautage davon 20 mit je 14 Eimern aus 10 Metzen Gerstenmalz, 3 Tage mit je 18 Eimern aus 18 Metzen Gerstenmalz; März 22, April 24, Mai 27, Juni 25, Juli 22, August 23 Brautage, alle mit je 14 Eimern aus 10 Metzen Malz; September 15, Oktober 15, November 13, Dezember 13 Brautage mit je 15 Eimern aus 10 Metzen Malz. Es ergeben sich

182 Tage mit je	14 Eimern aus je	10 Metzen Malz,
56 " " "	15 " " "	10 " " "
3 " " "	18 " " "	18 " " "
<hr/>		
241 Tage mit	3442 Eimern aus	2434 Metzen Malz.

²⁾ Das Jahr 1699 ist nur bis Ende September mit Brauzetteln belegt, hat in dieser Zeit 141 Brautage (gegen 136 des Jahres 1698). Das Jahr 1700 hat 184 Brautage; 1701 ist nur unvollständig belegt.

den ein Auftrag vom 12. November an den Rat hier der Bevölkerung bekanntzumachen gebietet.

Die Lebensmittelhändler erhalten sämtlich einen Vorhalt vor Beginn der Fastenzeit über ihr Verhalten während dieser Zeit bis Ostern.

Anschließend an die Erzeuger von Lebensmitteln wollen wir eines Gewerbes gedenken, das wohl schon früher einen oder den andern Vertreter hatte; waren ja schon im Jahre 1602 Faßzieher, Leitgeben und Branntweiner wegen Unfließes beim Wetterläuten in den Turm erkannt worden. Jedoch erst im Jahre 1621 wurde es vom Rate als ein wirkliches Handwerk anerkannt und sogleich mit einer Instruktion versehen, nicht mit einer Ordnung, da es keine Zunft bildete. Es ist das Gewerbe der Faßzieher, die beim Aus- und Einlassen von Wein an den Fässern beschäftigt waren und sich zugleich als Getreidemesser betätigten. Die Instruktion schreibt genau die Gebühren, die für das Leeren eines Fasses über 25 bis 32 Eimer sich bis zu 15 kr. erhöhen. Beheimische oder andere fremde Händler, die hier Wein kaufen, sollen sogar früher als die Bürger der Stadt bedient werden. Es folgen dann Bestimmungen über die Anständigkeit beim Handwerk; die Faßzieher sollen auch die Bürger fördern, die Wein aus einem Keller in einen andern führen wollen, und bei geringer Entfernung auch einen kleineren Preis fordern; sie sollen nicht bloß Wein, sondern auf Verlangen auch andere Güter laden. Für einen Wagen sollen sie nicht mehr als 8 Pfennig Wagengeld verlangen. Für das Getreidemessen wird bestimmt, daß sie, solange die Marktfahne ausgesteckt ist, nur die Bürger befördern, alle anderen erst nach Abnahme der Fahne. Nun folgen wieder die Preisansätze. Das Meßgeld ist dem Stadtrichter zu übergeben; demselben sind auch die Getreidepreise zu berichten. Die Getreidemesser haben die Freijung zum Jahrmarkt rechtzeitig aufzurichten; bei einem Gewitter haben sie sich in den Turm zu begeben und wetterläuten zu helfen, sollen auch bei Rumoren den Stadtrichter unterstützen; sollen auch nötigen- und möglichenfalls den Überreitern beistehen. Im Notfalle sollen sie auch der Stadt fischen helfen.

Es ist somit eine vielseitige Tätigkeit, die diesem neuen Gewerbe zugewiesen wird, da seine eigentliche Arbeit wohl nicht imstande war, den Tag auszufüllen.

Von den Meistern für unsere Bekleidung sind die wichtigsten und vornehmsten die Schneider. Ihre Handwerksordnung wird am 9. Juli 1613 erneuert. Dieselbe beginnt wieder mit den Vorschriften für den Gottesdienst und meldet, daß die Zunft den Priester ihres Altars, des Siegmund- und Antonialtars, mit jährlich 2 Gulden entlohnt. Sie mahnt ausführlich zur Ordnung und Ehrbarkeit. Fremde Meister, die zu den Jahrmärkten in die Stadt kommen, müssen sich beim Stadtrichter melden und ihre Waren beschauen lassen. Ein Gesell, der Meister werden will, muß erst 2 Jahre hier bei einem oder zwei Meistern gearbeitet haben; da man deshalb die Tüchtigkeit des Bewerbers schon kennengelernt hat, wird auch kein großes Gewicht auf das Bestehen oder Nichtbestehen eines Meisterstückes gelegt. Ein Meistersohn oder wer eine Meisterswitwe oder Meisterstochter heiratet, kann sich ohne diese zweijährige Probezeit niederlassen. Die folgenden Akten unserer Periode über das Handwerk betreffen fast durchwegs Eingaben, Ansuchen gegen Störer. So 1624 und wieder 1652 gegen Störer und Stümper, wobei der Rat die allfällige Ausschaffung derselben zusagt; so 1626, wo die Schneider gegen die Hereinbringung von Gewändern zu den Jahrmärkten Beschwerde führen: der Rat antwortet, daß künftig alles von außen Kommende außer Kerntuch und Schafleder abgeschafft

werden soll. 1629 beschwerten sich die Schneider gegen die Beutler, die lederne Strümpfe machen: soll abgestellt werden. Eine Beschwerde vom Jahre 1646 gegen einen Pfaidler, der auch Strümpfe und Brustflecke mache, wird dagegen abgewiesen: das sei in Wien und anderwärts erlaubt. Ein längerer Streit entwickelte sich, als im Jahre 1675 der Rat auf ein Ansuchen der Zunft einen Schneider, der sein Handwerk selbständig im Ramhofe trieb, in Haft nahm und gefangen hielt. Der Streit zwischen der Stadt und dem Burggrafen, dem sich später auch die Kammerprokuratur anschloß, dauerte ohne Entscheidung fünf Jahre fort und schloß endlich ein. Der Beschuldigte war längst frei, wahrscheinlich nicht mehr in der Stadt. Eine sehr umfassende Eingabe machen die Schneider im Jahre 1706, wo sie eine Reihe von Handwerksstörern nennen: einer sei im Zeughaus, einer im Niederländerhof, einer im Rottalschen Freihaus, der sogar einen Gesellen habe; mehrere andere seien auch in Bürgerhäusern. Auch mehrere Juden halten sich in der Stadt auf, die Kleider verkaufen; und als man bei ihnen eine Hausuntersuchung vornahm, haben sie sich tätlich widersetzt, sogar dem Gerichtsdienier. Der Rat beschließt wieder die Abstellung aller Ungebührlichkeiten und verhängt über jeden der angeklagten Juden 10 Reichstaler Strafe. Eine Beschwerde vom Jahre 1708 richtet sich gegen einen ungarischen Schneider, der hier arbeite und als Meister aufgenommen werden wolle. Der Rat stellt ihm die Arbeit ein und droht mit der Abschaffung. Die Schneiderlade hat keine auswärtigen Mitglieder und beschränkt sich auf die 10 Meister der Stadt.

Die Schuhmacher erhalten im Jahre 1627 vom Rate eine neue Handlungsordnung. Außer den Religions- und Kirchenvorschriften und den selbstverständlichen Mahnungen ist folgendes Wesentliche in dieser Ordnung zu beachten: Ein Meister darf nur einen Lehrling haben, der 4 Jahre bei demselben Meister lernen muß und beim Freisprechen ein Kleid erhält. Außer dem Lehrling darf ein Meister noch 3 Stühle für „Gesinde“ haben. Wer Meister werden will, muß als Geselle noch ein Jahr bei einem Meister arbeiten; nur ein Meistersohn oder ein fremder Gesell, der die Witwe eines Meisters heiratet, ist von diesem Pflichtjahre frei. Bei den Schneidern gab es 2 Jahre Vorarbeit; die Schuster legen deshalb auch auf das Meisterstück, das genau vorgeschrieben wird, ein viel größeres Gewicht. Unter der Woche darf der Gesell vom Meister nicht weggehen. Der neue Meister soll den andern „mit einem Trunk entgegengehen und ein Meistermahl geben oder 24 Gulden in die Lade erlegen“ — die Zunft geht von dem alten Gebrauche nicht ab. Frettern und Störern sind Waren und Werkzeuge wegzunehmen; Streite sind möglichst im Handwerke zu begleichen; das in die Stadt gebrachte Lederwerk ist zu beschauen.

In den Schuhmacherakten unseres Zeitraumes spielen natürlich auch die Gewerbestörungen eine hervorragende Rolle: 1606 läuft zum Beispiel eine Beschwerde über Störung durch auswärtige Schuster; dieselbe wird dem Stadtrichter zur Behebung überwiesen, ähnlich 1708. Im Jahre 1669 wird nach langem Schreiben und Drängen seit 1667 ein Geselle nach achtjähriger Wanderschaft als Meister in das Handwerk aufgenommen. Und im Jahre 1699 berichtet eine hiezu bestellte Kommission dem Rate, daß die Schuster trotz aller seit einem Jahre dauernden Bemühungen nicht zu bewegen seien, eine Werkstätte, die durch den Tod eines Meisters freigeworden war — es waren im ganzen deren acht —, neu zu besetzen. Auch die Aufnahme eines anderen Bewerbers vom Jahre 1707 gelingt erst nach langem Schriftenwechsel, der auch bis an den Kaiser geht, im September 1708. Von derselben Seite ist auch das Streben der Schuster, fremdes Leder hereinzubekommen und ihre Beschwerde deswegen gegen die Lederer im Jahre 1671

zu beurteilen. Im Jahre 1660 werden die Schuhmacher wiederholt aufmerksam gemacht, mit ihren Waren billiger zu sein, da man sonst die fremden Schuster zu den Wochenmärkten hereinlassen werde; und da die Schuster sich auf die hohen Preise des Leders berufen, werden die Lederer vorgeladen. Im Jahre 1685 richtet sich die Beschwerde der Schuhmacher abermals und wiederholt gegen die Lederer, die nicht die Schusterzeche versorgen, sondern das Leder anderweitig verkaufen. Eine Geldstrafe wird den Schustern im Jahre 1603 dafür auferlegt, daß sie an einem Feiertage gearbeitet haben, und am 12. März 1643 mahnt der Rat in strenger Weise: die Gesellen arbeiten am Sonntag, um einen blauen Montag zu haben; das dürfe keinesfalls geduldet werden. Von der Schuhmacherzeche ist hier auch das „schwarze Buch“ erhalten, in welches jene Handwerksgenossen eingetragen wurden, die sich gegen die Zunft etwas hatten zuschulden kommen lassen. Dasselbe beginnt mit dem Jahre 1669 und enthält meistens kleine Verfehlungen von Gesellen. Die Neustädter Schuhmacherinnung wurde auch öfter wegen auswärtiger Angelegenheiten angegangen. 1627 gibt dieselbe über Aufforderung des Kaisers ein Gutachten über die vorgelegten Artikel der Schuster von Kirchberg am Wechsel ab, wobei sie manches bemängelt. Im Jahre 1652 wendet sich der Besitzer der Herrschaft Krumbach, von Puchhaim, an den Rat um eine Handlungsordnung der hiesigen Schuster zur Verfassung einer solchen für Krumbach.

Zu der Lade der hiesigen Schuhmacher gehören noch jene von Lichtenwörth und Zillingdorf, letztere dem hiesigen Bistum untertan. Die Lade hat 16 Meister.

Über das Gewerbe der Huter ist wenig zu berichten. Am Ende des 17. Jahrhunderts waren sechs Meister. Im Jahre 1639 entspinnt sich ein Streit mit den Wiener Hutern, denen die hiesigen das Feilhaben am Palmmarkt eingestellt hatten, da auch die Neustädter Huter in Neunkirchen nicht feilhaben dürfen. Die Entscheidung des Rates geht dahin, daß die hiesigen Huter die Genossen jener Ortschaften, in denen sie verkaufen dürfen, ebenfalls zum Besuche und Verkäufe zulassen sollen. Eine Zuschrift von den Grazer Hutern vom Jahre 1642 macht auf den Verkauf eines Hutsteppers von Pöllau aufmerksam. — Die Lade beschränkt sich auf unsere Stadt und ihre sechs Meister.

An die Kürschner ist eine Anfrage des Wiener Handwerks vom Jahre 1639 vorhanden, ob sie auch weiterhin wie bisher sich an die Wiener Zunftordnung halten wollen, da sie ihre Ordnung erneuern. Die Antwort der Neustädter (3. Juni) erklärt, daß die hiesigen Kürschner bei ihrer alten Ordnung, die schon aus dem 15. Jahrhundert stammt, auch weiterhin verbleiben wollen. Erst im Jahre 1667 verlangen dann die Wiener Kürschner in einer Zuschrift an den hiesigen Rat, daß sich die vier hiesigen Kürschner binnen vier Wochen in ihre Lade, die ganz Niederösterreich umfaßt, einkaufen und auch die Fronleichnamsprozession dort mitmachen müssen. Die Neustädter antworten nicht, kümmern sich nicht um den letzten Auftrag; und als eine Zuschrift von Wien vom 4. August neuerdings das Eintreten in die Wiener Innung verlangt, wird dies als ein „anmaßender Unfug“ bezeichnet. Weiterhin schweigen die Akten und ruht der Streit.

Zu den vier Kürschnern der Stadt kamen für die Lade noch jene von Kirchberg, Aspang, Baden, von Mattersdorf und Eisenstadt; die Lade hatte neun Meister.

Von den Pfaidlern wird ein paarmal gesprochen, doch ohne daß etwas für das Handwerk Wesentliches berührt würde.

Ähnliches gilt von den Gürtlern und wir erfahren nur, daß das Handwerk im Jahre 1700 in unserer Stadt vier Meister hatte, wozu noch ein Mitglied von Ödenburg kam.

Wir wollen hier auch die Beutler anreihen, die mit den Handschuh- und Watschkenmachern eine Zunft bilden. Wir hören in den Akten einmal (1613), eine Beschwerde gegen die auswärtigen Handwerker, die an Wochenmärkten in die Stadt kommen, und weiter von Streitigkeiten mit dem Wiener Handwerk: 1647 werden sie zur Wiener Fronleichnamsprozession geladen; sie erklären, mit der hiesigen gehen zu müssen. 1655 haben die Wiener Beutler zwei hiesige abgestraft; diese werden dafür, daß sie sich haben gefallen lassen, auf acht Tage ins Amthaus verurteilt. 1657 und 1658 erschallen Klagen der Neustädter Beutler, daß die Wiener sie turbieren, einen Freigesprochenen nicht anerkennen, ihnen die Gesellen abreden, daß sie ein Handwerk gesperrt haben: die Regierung trägt dem Rate von Wien auf, die dortigen Beutler zu bestrafen. 1674 erhalten die Wiener Beutler eine Handwerksordnung und laden die Neustädter für die Osterfeiertage zur Abschriftnahme ein; doch blieb die Antwort der hiesigen Beutler aus. Und nun ruhte die Sache lang.

Wir wenden uns den Handwerken zu, welche die Stoffe für die Bekleidungsmeister liefern. Was die Tuch- und Kotzenmacher betrifft, so richten sich die Eingaben der drei Meister dieses Handwerks wieder vor allem gegen die Gewerbsstörung: im Jahre 1628 bitten sie, den hereinkommenden Fremden das Feilhaben von Decken und anderen Waren einzustellen, was der Rat ablehnt; 1643 richtet sich ihre Eingabe gegen einen Leinenweber, der viel Wolle aufkaufe und Tuch erzeuge: wird abgestellt. Die wiederholte Beschwerde vom Jahre 1708 gegen die ausländischen Handwerksstörer wird dem Stadtrichter zugewiesen. Im Jahre 1668 lehnen die Tuchmacher auch die Aufnahme eines neuen Meisters ab, und der Oberstadtkämmerer muß die Vermittlung übernehmen. Mit fremden Tuchmacherzechen in Preßburg, in Bruck an der Leitha und namentlich in Wien entstand auch öfter ein Streit, so 1640; ferner im Jahre 1705 wegen einer Spaltung mit Wien, das die Neustädter Zeche nicht als ebenbürtig anerkannte. Für die Benutzung der Walchstampfe zahlt die Zeche um das Jahr 1640 an Wasserzins jährlich 20 Gulden, von 1644 an jährlich 15 Gulden. Im Jahre 1648 schließen sie mit der Stadt einen Pachtvertrag ab, nach welchem sie die Erhaltung der Stampfe übernehmen und im ganzen einen jährlichen Bestandzins von 30 Gulden zahlen. Die Meisterzahl wird am Ende des Jahrhunderts mit neun angegeben, zu denen für die Lade noch ein Tuchmacher von Gloggnitz kam.

Wie bei den Tuchmachern stoßen wir auch bei den Webern auf wiederholte Streite mit der Lade von Wien, welche die Angliederung der Neustädter Weber verlangt, — es waren ihrer vier — denn die Wiener Zeche und ihre Ordnung gälten für ganz Niederösterreich. Die Wiener wollten auch laut einer Bitte der hiesigen Leinweber vom Jahre 1634 die hier gelernten und hier arbeitenden Weber nicht für ehrliche Werksgenossen anerkennen; und im Jahre 1636 schrieben sie dem hiesigen Rate zu, die Weber zu verhalten, daß sie sich bei der Hauptlade in Wien einstellen. Und als sie die Handwerksordnung vom Kaiser Ferdinand III. 1643 bestätigt erhalten hatten, verlangten sie in einer neuen Zuschrift an den Rat unserer Stadt, daß die hiesigen Weber eine Abschrift von derselben nehmen. Diese antworten jedoch am 20. August, daß das Neustädter Weberhandwerk selbständig sei. Der daraus erwachsene Streit dauerte bis 1647 und endete mit dem Siege der hiesigen Zeche. Am 14. Jänner 1650 ergeht eine Mahnung Kaiser Ferdinands III. an alle Leinweber, die zwei Meilen rund um Wiener Neustadt wohnen, daß dieselben früher zur Fronleichnamsprozession nach Neustadt gekommen seien, jetzt seien allerhand Irrungen eingetreten. Schon 1598 hatte ein kaiserliches Edikt einmal auf

diesen Mißstand hingewiesen. Es solle zum alten Gebrauche zurückgekehrt werden. Noch im Jahre 1651 verlangen die Wiener Weber von den hiesigen die Hälfte des Beschaugeldes; doch wird die Sache gütlich beigelegt. Die Leinwand wurde nämlich vor dem Verkaufen beschaut, und in einem Schutzpatent vom 22. Jänner 1666 gegen unbefugte Personen, die Leinwand kaufen und verkaufen, wird den Webern gestattet, die Leinwand, die sie gemacht haben, nach ordentlicher Beschau auch feilzubieten. 1698 haben sie um Abstellung des Hausierens mit Leinwand gebeten. Freilich wird ihnen im Jahre 1701 (am 22. November) von den Leinwandhändlern der Vorwurf gemacht, daß sie selbst auch andere als die von ihnen erzeugte Leinwand zum Verkaufe bringen.

Der in Neustadt arbeitenden Weber werden am Ende des 17. Jahrhunderts vier gezählt; hiezu kommen zur Lade die Weber von Katzelsdorf, von Lichtenwörth und Zillingdorf, und die Lade steigt damit auf elf Meister.

Unsere Stadt hatte auch zwei Schwarzfärber, die zur Hauptlade Wien gehörten und öfter gemahnt werden müssen, bei derselben zu erscheinen; zum Beispiel 1603. Im Jahre 1658 werden sie auf eine Beschwerde der Leinwandhändler einmal wegen ihrer Teuerung ermahnt.

Von großer Bedeutung war die Genossenschaft der hiesigen Lederer. Sie erhielten in der ersten Zeit unserer Epoche ihre Artikel, nämlich am 21. Juli 1605; aber es zeigte sich bald das Bedürfnis nach einer Änderung dieses für die bestehenden Handwerksfamilien berechneten Schriftstückes. Im Jahre 1611 erbaten die Lederer selbst die Wahl einer Kommission zur Verfassung einer neuen Ledererordnung, die auch schon am 19. November 1613 erschien. Sie behält jedoch manche Eigentümlichkeit. Sie beginnt mit dem Kirchenfeste des Fronleichnamstages, an dem alle zusammenkommen und je 1 Schilling 18 Pfennig erlegen. Meistersöhne, Meistertöchter und wer die Witwe eines Meisters heiratet, sind vom Geben eines Meistermahles befreit. Ehebrecher und jene, die eine unehelich Geborene heiraten, werden vom Handwerke weggewiesen. Bei der Aufnahme oder Freisagung eines Lehrlingen, der drei Jahre lernen muß, hat jeder Teilnehmer, Meister, Knecht, nach der Jause 4 Pfennige zu zahlen, die dem gehören, der die Mahlzeit gibt. Die Knechte sollen 14 Tage vor Bartholomäi eine offene Herberge bei einem Meister haben. Fremde, die Leder herbringen, dürfen dasselbe erst nach Besichtigung verkaufen. Sie müssen eine Gebühr für die Häute entrichten, von denen Schöpfe und Schwänze abzuschneiden sind. Von den Strafgeldern fällt die Hälfte in die Lade, die andere Hälfte gehört den Meistern und Knechten zum Verzehren. Nun folgen noch Gebührenbestimmungen:

Ein Lehrling, der frei wird, erlegt 1 Pfund Wachs.

Ein Knecht bekommt für die 14 Einstandstage 24 kr. Wochenlohn.

Wer die Artikel lesen will, zahlt zuvor 2 Schilling, 4 Pfund Wachs.

Wenn ein Meister oder Knecht einen Handwerkstag zusammenrufen will, muß er zuvor 2 Schilling beim Zechmeister erlegen.¹⁾

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts sind bei der Neustädter Zeche: sechs Lederer in Neustadt, einer in der Schlatten, einer in Wien in der Leopoldstadt²⁾, drei in Eisenstadt, zwei in Mattersdorf. Dagegen zählt eine

¹⁾ Im Jahre 1668 erhielt auch das Viertel unter dem Wienerwald eine Ledererordnung, die der oben stehenden ähnlich ist; sie enthält ebenfalls genaue Bestimmungen, die natürlich von jenen der Neustädter Lade abweichen. Unter den wesentlichen Punkten ist auch der, daß man sich als Lederer nicht an einem Orte niederlassen dürfe, wo bisher keine Ledererwerkstatt war.

²⁾ Er hat wohl nur dort gewohnt.

Aufzeichnung aus dem Ende des Jahrhunderts alle Lederer im Kreise von vier Meilen um die Stadt auf und erwähnt in Neustadt selbst sechs Lederer, in Gloggnitz zwei, in Neunkirchen vier, in Payerbach einen, in Schottwien zwei, in Kirchberg am Wechsel sechs, in Edlitz einen, in Bromberg einen, in Aspang sieben, in Krumbach einen, in Kirchschlag vier, in Piesting einen, in Gutenstein einen, in Loibersdorf einen, in Pottenstein einen, in Baden zwei, in Traiskirchen zwei, in Unterwaltersdorf einen; bei Eisenstadt ist wohl wieder die Zahl zwei, bei Mattersdorf drei anzunehmen.¹⁾ Von diesen gehören zu unserer Stadt außer den hiesigen Lederern jene von Piesting, von Gutenstein, von Unterwaltersdorf, von Eisenstadt und von Mattersdorf, zusammen 16 Lederer. An Beschwerden wegen Handwerksstörung finden wir: 1621 eine solche gegen einen Juden, der Leder an die Bürger verkauft hat: er wird mit 4 Gulden bestraft; 1710 eine gegen die Lederzubereiter, denen der Eingriff binnen drei Tagen werde eingestellt werden. Laut eines Ratsbeschlusses vom 2. Jänner 1635 dürfen die auswärtigen Lederer den Schustern hier nur nach einer Besichtigung und nach Reichung einer Gebühr verkaufen; auch wird ihnen verboten, Niederlagen in den Freihäusern zu errichten. Die Knechte dürfen keine Häute hereinführen.

Im Jahre 1627 haben die Lederer eine Walche für die Stadt auf eigene Kosten erbaut, für welche sie dann jährlich 5 Gulden Pacht zahlen.

Die hiesige Ledererzeche kommt als ein Zentralpunkt vielfach mit fremden Zünften in Berührung. 1604 ersuchen die Lederer von Baden um die Handwerksordnung. 1613 handelt es sich um die Verpflegung der Knechte, insbesondere, ob ihnen Wein gebührt; dabei wird den Lederern von Kirchberg am Wechsel, von Aspang, von Pinkafeld der Rat gegeben, sich in die Neustädter Zeche einverleiben zu lassen. An Aspang wird dieser Rat im Jahre 1615 als Weisung von den n.-ö. Deputierten wiederholt, wogegen Pinkafeld im Jahre 1616 einen selbständigen Artikelbrief der Regierung zur Bestätigung vorlegt; diese blieb aus, auch die Aspanger Lederer wurden mit einem ähnlichen Ansuchen abgewiesen. In demselben Jahre verglichen sich die Neustädter Lederer mit den auswärtigen, und im Jahre 1618 richteten die Pinkafelder Lederer eine Zuschrift an den hiesigen Rat, daß sie sich in die Neustädter Zunft einverleiben lassen wollen. Im Jahre 1672 beschwerte sich sogar die orientalische Handelsgesellschaft gegen die Neustädter Lederer, die für ihre Lade nach allen Seiten ausgriffen. Im Jahre 1682 vereinigten sich die Neustädter Lederer mit den Wiener Zechgenossen nach langem Streite über die Berechtigung der hiesigen Innung, die der Gegenstand von Schmähungen, Gewaltmaßnahmen seitens der Gegner gewesen war. Die Scheltungen wurden aufgehoben, ein Neustädter Gesell als ehrlich anerkannt, den Neustädter Ledererknechten die ungehinderte Arbeit zugesichert, eine von den Wienern den Neustädter Knechten abgenommene Geldstrafe zurückgegeben; zwei Wiener Gesellen wurden wegen Exzesses bestraft.

Im ganzen ist das Lederergewerbe eines der bedeutendsten Handwerke in der Stadt.

Eine Ledererwerkstatt besonderer Art errichtet Hieronymus Bonazina auf Grund eines Privilegiums von Kaiser Ferdinand II. vom 27. September 1627 an dem Ungartore in der ehemaligen Hofmühle. Er will niederländisches und welsches Leder (Korduan) erzeugen, richtet sich die Werkstätte auf eigene Kosten her. Das Privilegium befreit ihn gleich den Bürgern von aller Maut, von aller Einquartierung und nimmt ihn in seinen Schutz. Bonazina erlegt schon am 1. Oktober in entgegenkommender Weise

¹⁾ Die Zahlen sind dort nicht genannt.

500 Gulden für den Mautentgang, den die Stadt durch seine Befreiung erleidet. Im Jahre 1632 verpachtet Bonazina die Mühle und Werkstatt, jedoch ohne Haus und Garten, sowie den Speikhandel, den er nebenbei betrieb, auf acht Jahre um jährlich 1500 Gulden. Es war wahrscheinlich wegen seines Gesundheitszustandes. Schon 1638 wird der Nachfolger im Besitze der Werkstatt und der Privilegien derselben genannt, nämlich Gundacker von Liechtenstein, der am 5. Februar 1638 dem Rate hier anzeigt, daß er das „Pfundleder“ hier arbeiten lassen wolle; und er nennt den damit betrauten Werkmeister. Bonazina starb bald darauf. — Begreiflich, daß die Lederer, die durch die Korduanmühle auch eine Konkurrenz erhalten hatten, wieder Ursache fanden, sich zu beschweren; namentlich kommen vom Jahre 1665 an wiederholte Eingaben deswegen an den Rat; doch ebneten sich die Wogen wieder infolge einer Vermittlung des Bürgermeisters, und die Korduanmühle bestand fort. 1693 hören wir, daß bereits eine Anzahl Korduan- und Lederzurichter in der Stadt war; sie hatten sich schon im Jahre 1688 zusammengetan, hatten sogar eine Ordnung und wünschten deren Besserung. Sie wurden jedoch mit ihrem Verlangen abgewiesen. In demselben Jahre kommt Zacharias Gundian, der im Sinne hat, diese Korduanmühle zu kaufen, um Bestätigung des alten Privilegiums für sich und um die Erstreckung desselben bis 50 Jahre nach seinem Tode bei Kaiser Leopold ein. Allein die Lederer sträubten sich dagegen; die Handelsbruderschaft gab ein Gutachten um Abweisung ab; der Rat verlangte, daß Gundian, der von Adel war, das Haus bürgerlich mache und die Eisenkompagnie, in die er eintreten solle, in das Haus aufnehme. In der Tat wurde Zacharias Gundian mit seinem Ansuchen um das Privilegium abgewiesen, hat jedoch die Mühle bereits gekauft. Am 9. August 1695 verpflichtet er sich, wenn er in die Eisenkompagnie aufgenommen werde, die Mühle sofort bürgerlich zu machen und im Grundbuche anschreiben zu lassen. Kurz darauf bietet indes Gundian die Korduanmühle der Stadt selbst an, die das Werk auch um 4000 Gulden und 300 Gulden Leidkauf erwirbt, am 18. August, und dasselbe schon am 22. August 1695 an den Lederer Thomas Wiest weiterverkauft. Die Mühle wird bürgerlich; nur hat sich der Käufer ausbedungen, daß ihm keine zu hohe Steuer vorgeschrieben werde, und daß er einige Joch Hausäcker erhalte. Mit diesem Verkaufe war die Korduanlederei in Neustadt wieder verschwunden. Aber damit war die Sache nicht zu Ende. Es begannen nämlich Schwierigkeiten wegen der Zahlung des Kaufschillings; und bei der Unmöglichkeit denselben zu erhalten, machte der Rat den ganzen Kauf rückgängig und begann im Jahre 1703 Unterhandlungen mit einem Rotgerber Johann Bartl als Käufer, der bei Gundian gedient und dessen Werkstatt geführt hatte. Derselbe erklärte jedoch, daß an dem Werke viel ruiniert sei; er könne die verdorbene Korduanmühle und ruinierte Mahlmühle um den alten Preis nicht nehmen. Der Rat verkaufte ihm dann am 10. Oktober 1703 die Mühle um 2750 Gulden und 159 Gulden Leidkauf zu einer Gerberei.

Hiemit gelangen wir zu dem Handwerk der Gerber. Der wichtigste Zweig dieses Gewerbes sind in unserer Stadt die Weißgerber. Ihre Handwerksordnung ist vom Rate am 15. Dezember 1644 gegeben. Sie gilt auch für die „Sämischemacher“, oder Ircher¹⁾.

Die ausführliche Weißgerberordnung besagt:

1. Das Handwerk muß in fünf Jahren erlernt werden; nur der Meistersohn kann je nach seinem Alter „begnadet“ oder neben einem „Lehrknecht“ aufgenommen werden, so daß dem betreffenden Meister dann zwei Lehr-

¹⁾ Die das Leder für Hosen erzeugen.

linge gestattet sind, während er sonst nur einen halten darf. Der Lehrling untersteht dem Gesellen.

2. Wenn ein Lehrling frei geworden ist, muß der Meister zwei Jahre zur Aufdingung eines anderen Lehrlings warten; ein junger, neuer Meister darf erst nach drei Jahren aufdingen. Doch soll er mindestens ein Vierteljahr vorher einen Gesellen haben.

3. Wenn ein Lehrling entweicht und binnen einem Jahre nicht wiederkehrt, kann der Meister einen anderen aufnehmen. Ist jedoch der Meister an dem Entlaufen schuld, so muß er die ganze Lehrzeit des Entwichenen abwarten und das Eintreten desselben bei einem anderen Meister zulassen.

4. Das Aufdingen zahlt der Lehrling, das Freisagen der Meister. Jener muß zwei Bürgen für den Betrag von 32 Gulden stellen, die in die Lade verfallen, wenn der Lehrling davongeht. Der Freigesagte muß seinen Geburtsbrief bei der Zeche erlegen, muß noch 14 Tage an demselben Orte arbeiten, dann drei Jahre im Handwerke und auf Wanderschaft arbeiten; wenn er nach deren Ablauf wiederkehrt, erhält er seinen Geburtsbrief zurück.

5. Von den drei Jahren soll er wenigstens ein Jahr sechs Wochen und drei Tage auf der Wanderschaft zugebracht haben.

6. Der Freigesagte soll auch erst nach diesen drei Wanderjahren heiraten.

7. Ein aus der Fremde zugewandter Weißgerbergeselle soll, wenn er gleich arbeiten will, von dem Altgesellen gleich zu einem Meister geführt werden, wo er 14 Tage arbeiten soll. Will er dies nicht, soll er auf der Herberge bleiben und keinen Meister beschweren.

8. Das Abreden von Gesellen wird gestraft.

9. Auch der Meister darf keinen Gesellen abreden.

10. Kein Meister darf bei einem andern als Geselle arbeiten.

11. Der Geselle ist verpflichtet, allenfalls in die Walche zu gehen und dort zu arbeiten.

12. Nun folgen Bestimmungen über Zucht und Ehrbarkeit.

13. Urlaub wird nur am Sonntag früh, nicht während der Woche erteilt.

14. In der Regel ist ein Geselle gestattet; im Falle der Notwendigkeit kann ein Meister auch zwei Gesellen haben, wenn nicht etwa ein anderer, der ohne Gesellen arbeitet, eines solchen bedürfte. Ja wenn jeder Meister mit Gesellen versorgt ist, können in einer Werkstatt auch mehrere Gesellen gehalten werden. Im Falle einer nötigen Wahl sind zuerst die Witwen zu berücksichtigen.

15. Wer Meister werden will, muß die Urkunden vorlegen und ehrbar gewesen sein.

16. Wenn ein Geselle, der noch nicht seine drei bis vier Jahre hinter sich hat, die Witwe eines Meisters heiratet, muß er den „Lehrknecht“, den er etwa hatte, einem anderen Meister übergeben.

17. Eine Weißgerberswitwe kann das Handwerk weiter treiben, solange sie unverheiratet bleibt.

18. bis 20. folgen die sehr eingehend behandelten gottesdienstlichen Bestimmungen und die Strafen für das Versäumen.

21. wird von der Beilegung von Zwisten im Handwerk gesprochen.

22. Wer bei einem auf 11 oder 12 Uhr angesagten Handwerk ohne berechtigte Ursache — „Gottes Gewalt“ — nicht erscheint, hat 30 kr. Strafgeld zu entrichten.

23. Kein Meister soll die Felle mit Farbe gelb machen, sondern mit „Sämisches“¹⁾ arbeiten.

¹⁾ Fettes Leder.

24. Kein Meister ist zu dulden, der nicht einer Viertellade zugehört; ebenso kein Geselle, außer wenn er gar keine Arbeit findet.

25. Kein Meister soll unangesessenen Felltragern Arbeit geben oder mit Fellen hausieren.

26. Für Geistliche, Klosterleute, Vornehme auf Schlössern kann jeder arbeiten.

27. Dagegen soll für Kaufleute, Handschuhmacher u. a. kein Meister arbeiten.

28. Diesen Handwerkern wird auch das Einkaufen von rauhen Fellen bei Fleischhauern nicht gestattet.

29. Ebenso ist ihnen das Ledergewand zu waschen verboten.

30. Gekaufte Häute sind vom Zechmeister zu untersuchen; denn es komme vor, daß Roßhäute für Elenhäute, Kuhhäute für Hirschhäute ausgegeben werden.

31. Bei den Häutekäufen haben die hiesigen Meister den Vorzug vor den auswärtigen.

32. Keiner soll das Fellwerk verteuern.

33. Jeder Meister kann einen offenen Laden haben.

34. Wenn ein fremder Meister sich hierherziehen will, muß er den Abschiedsbrief vorlegen; ein Meister, der wegziehen will, kann, wenn er noch nicht über ein Jahr die Stadt verlassen hat, je nach der Beurteilung wieder aufgenommen werden.

35. folgt ein allgemeines Schlußkapitel.

Diese ausführliche Gewerbeordnung wendet eigentümlicherweise für die „Lehrjungen“, Buben, wie sie anderwärts heißen, folgetreu den Ausdruck Lehrknecht an.

Die sonstigen Akten über die Weißgerber von Wiener Neustadt beginnen in unserer Periode mit einem Exzeß der Gesellen (1650), die deshalb gefänglich eingezogen werden; am 12. Februar bitten die Meister um Freigebung derselben, da sie eben besonders viel Arbeit haben. Gegen Bürgschaft willfährt der Rat dieser Bitte. Gegen die Konkurrenz richtet sich eine Eingabe der Weißgerber an den Rat um Einstellung des Verkaufes Fremder am Palmkirchtag, was der Stadtrat dem Stadtrichter zuweist. Dieser legt die Sache friedlich bei.

Unter den gleichen Gesichtspunkt fällt das Ansuchen an den Rat vom Jahre 1705, das Haus eines Werkgenossen, der dasselbe wegen Schulden veräußern muß, durch die Zunft anzukaufen und diese Werkstatt aufzulassen. Es ist die fünfte; früher waren deren immer nur vier, und bei dieser bedrängten Zeit kann ein neuer, fünfter Weißgerber hier nicht bestehen. Der Stadtrichter entscheidet: Die Weißgerber sollen einen bürgerfähigen Käufer stellen. Dies geschieht, und die Zahl der Weißgerber in Neustadt im Jahre 1706 wird wieder auf vier beschränkt.

Von Streitigkeiten des Handwerks in der Stadt selbst ist einer mit den Tuchmachern zu erwähnen, der am 10. Februar 1693 durch einen vom Rate genehmigten Vergleich beendet wird. Dagegen nehmen die Zwistigkeiten mit der Wiener Zeche einen breiten Raum und eine lange Zeit ein. Auf die Beschwerde der Wiener vom Jahre 1649, daß die Neustädter nicht bei der Fronleichnamsprozession erschienen seien, auch das Fest am Sonntag nach Johannes dem Täufer (24. Juni) nicht halten, erfolgt lediglich die Mahnung Kaiser Ferdinands III., daß die kirchlichen Feste trotz aller Streitigkeiten gehalten werden müssen. Im Jahre 1654 ist ein neuer Streit wegen der Berechtigung des Neustädter Handwerks entbrannt. Die Wiener haben einen in Neustadt freigesprochenen Gesellen zurückgeschickt. Am 31. Jänner 1656 erfließt der Abschied der Regierung, daß der betreffende Neustädter Geselle,

wenn er auch bloß von den Meistern und nicht auch von den Gesellen wie in Wien freigesprochen sei, als redlich anzuerkennen sei, daß die Wiener Meister den Neustädtern Abbitte leisten und das dortige Handwerk nicht mehr behindern sollen. Die Ausführung dieses Abschiedes, namentlich die Leistung der Abbitte, gab wieder Streit, und am 17. Oktober 1657 kam ein neuer Regierungsabschied, der den Wiener Weißgerbern die Vollziehung des vorjährigen Abschiedes bei Strafe auftrug. Nun schien der Streit beendet; es schloß sich aber an denselben sofort ein Expensenstreit, da die Wiener 796 Gulden 29 Kreuzer zahlen sollten. Ein dritter Regierungsabschied vom 24. Dezember 1661 verurteilte sie auch dazu. — Im Jahre 1687 beschwerten sich die Wiener Weißgerber gegen die Neustädter, daß sie auch außer den gewöhnlichen Jahrmarktzeiten Leder und Fellwerk zum Verkaufe nach Wien bringen, was nicht erlaubt sei; daß sie das Nichtverkaufte an Hausierer und Störer veräußern, was strafbar sei, während sie es nur den Wiener Werkzeugen ablösen lassen sollten. Eine Eingabe der Neustädter Zeche dagegen hatte natürlich keinen Erfolg. Im Gegenteil blieben wieder die Wiener Weißgerber im Jahre 1710 im Unrecht, als sie sich wegen der Beschauung ihrer zum Verkaufe nach Wiener Neustadt gebrachten Waren beklagten. Die Regierung mußte es als richtig anerkennen, daß diese Beschau bewilligt sei; es werde dafür auch eine Taxe festgesetzt.

Zu der Lade der hiesigen Weißgerber, die im Jahre 1700 in der Stadt fünf Meister hatte, gesellten sich Neunkirchen, Gloggnitz, Aspang, Kirchberg, Pöllau, ferner Baden, Bruck an der Leitha; dann Mattersdorf, Ödenburg, Eisenstadt, Neusiedl am See, Raab und Preßburg. Die Lade begriff 23 Meister.

Gegen das Ende unseres Zeitraumes ist auch von dem Handwerke der „Rotgerber“ (Lohgerber) die Rede, jedoch nur wegen des Johann Bartl, des Käufers der Korduanmühle, gegen den von seiten der Lederer vorgebracht wird, daß er zwei Handwerke treibe, das des Lederers und jenes des Lederzurichters. Bartl wird wohl von dieser Klage ledigg gesprochen, aber der Streit ist los und zieht sich ohne Ergebnis lange fort.

Von den geräteerzeugenden Gewerben wollen wir zunächst das Tischlerhandwerk in Betracht ziehen. Wir finden bei demselben abermals Gründe zu einem Zwiste mit Wien. Am 20. Mai 1662 sagt ein Generalerlaß Kaiser Leopolds, daß alle Tischler in Niederösterreich und Oberösterreich sich in die Hauptlade in Wien einverleiben lassen; und am 12. August 1669 bestätigt der Bürgermeister Paul Pleyer den hiesigen Tischlern eine eigene Handwerksordnung, und zwar auf Grund einer Vereinbarung zwischen den hiesigen Meistern und Gesellen. Die Artikel enthalten auch hauptsächlich Bestimmungen über die Gesellen, deren Verhalten und Verwendung, über die Unterstützung kranker Gesellen, über solche, die herkommen, solche, die wegziehen wollen. Es sind die auch bei anderen Handwerken geltenden Vorschriften.

Im Jahre 1643 wurde dem Handwerk einmal eine Mahnung wegen schlechter Arbeit, namentlich wegen schlechten Holzes zu teil.

Über Störung des Handwerks beklagen sich die Tischler im Jahre 1663 gegen die Zimmerleute und deren Stümperei, in demselben Jahre und wieder 1671 gegen einen Bildhauer, 1699 abermals gegen die Zimmerleute und die Glaser. Im Jahre 1710 verlangen sie, daß ein Orgelmacher Franz Frey sich bei ihnen einverleiben lasse, freilich vergeblich. Eine Zuschrift der Neunkirchner Tischler von demselben Jahre, denen ein Bezirk zugewiesen worden sei, verlangt zu diesem auch Piesting, das jedoch zu der Neustädter Lade gehört und bei derselben bleibt.

Im Jahre 1701 waren die Tischler wegen Unbescheidenheit gegen den Rat in den Arrest erkannt, aber auf ihr Bitten befreit worden mit dem Bedeuten, daß sie bei Wiederholung exemplarisch bestraft würden. Zu den hiesigen sechs Tischlermeistern des Jahres 1700 kamen jene von Pütten, Wimpassing, Aspang, von Neuberg, ferner von Piesting, Pottendorf, Gainfarn, Unterwaltersdorf, Götzendorf und Mannersdorf, wodurch die Zahl der Zunftgenossen für die hiesige Lade sich auf 19 erhöhte.

Gegen die Tischler richten wieder im Jahre 1618 die Drechsler eine Beschwerde, daß jene ihnen ins Handwerk stümpfern. 1705 wenden sich die Drechsler und die Holzkramer ferner an den Rat um Abschaffung der wöchentlich hausierenden Löffeltrager und Holzkramer. Der Rat überweist die Eingabe dem Stadtrichter zur Abstellung.

Die Wagner werden in unserer Zeit ein paarmal wegen Beschwerden gegen das Wiener Handwerk erwähnt, das sie bedränge: so 1611, so 1710. Das Wagnerhandwerk hier zählt drei Meister, die sich durch das Angliedern von Froschdorf, Lanzenkirchen, Piesting, Sollenau, Ebenfurth, Pottendorf und Leobersdorf auf zehn erhöhten.

Die Zimmerleute von Wiener Neustadt erhalten im Jahre 1610 eine neue Handwerksordnung. Dieselbe beginnt mit dem Meisterstück, das aus einem Ziegelzimmer mit zwei verschwellten Dachstühlen oder aus einem Turm oder einer „Chorhaube“ mit verschwellten Dachstühlen oder aus einem „gehängten Gebäu“ oder aus einem Turm mit einer Kugel bestehen soll. Wir streifen stark an das Kunsthandwerk! Der Zimmermann muß zwei Jahre lernen; er soll kein großes Mahl, nur dem Beschaumeister eine Jause geben. Der Lehrling ist dem Handwerk vorzustellen, muß zwei Bürgen stellen, 2 Gulden in die Lade geben; bei der Freisagung, die vor dem Handwerk geschehen soll, hat er denselben Betrag zu erlegen. Weiter folgen die Anordnungen über die Züchtigkeit. Wer bei offener Lade spricht, ohne daß die Umfrage an ihn kommt, muß für jedes Wort einen Kreuzer, wer zu spät kommt, 3 Kreuzer zahlen, wer ohne Ursache ausbleibt, 1 Pfund Wachs erlegen. Vergleiche hinter dem Rücken des Handwerks sind strafbar. Der Zechmeister muß am Fronleichnamstag Rechnung legen. „Waldner“ und andere Störer sind abzuschieffen.

Es ist eine strenge Ordnung, die noch an die ältere Bautätigkeit der Zimmerleute erinnert. Außer derselben wird in unserer Periode zumeist von der Teuerung dieser Gewerbsleute (sowie der Maurer) gesprochen. Im Jahre 1608 ist der Taglohn den Zimmerleuten mit 18 Kreuzer, 1611 den Gesellen mit 13 Kreuzer festgesetzt worden. Nach dem Jahre 1615 wurde den Gesellen der Taglohn auf 15 Kreuzer erhöht. Im Jahre 1620 richtet der Stadtzimmermann eine Eingabe an den Rat, daß die Gesellen um 15 Kreuzer nicht mehr arbeiten wollen; sie verlangen 18 Kreuzer. Der Rat weist die Eingabe ab und droht den Gesellen, die nicht arbeiten wollen, mit scharfen Maßnahmen. Doch wurde schon im Jahre 1621 eine kleine Veränderung eingeführt. Es hatten sich die Bürger beklagt, daß die Zimmerleute aufs Land arbeiten, wo sie wahrscheinlich etwas freier in ihren Forderungen sein konnten, auch billiger lebten, während sie die Stadt vernachlässigten. Der Rat beauftragte die Zimmerleute, vor allem hier zu arbeiten, sonst würden ihnen die Wohnungen abgestellt. Und da wurde weiter bestimmt, daß die tüchtigen Gesellen täglich 16 Kreuzer, die „unfertigen“, fremden aber 15 Kreuzer Lohn erhalten sollen. Schon 1628 erschallt wieder die Klage der Meister, daß die Gesellen um 16 Kreuzer — der Unterschied zwischen 16 und 15 Kreuzer war jedesfalls schon verschwunden — nicht mehr arbeiten wollen. Der Rat ließ die Unzufriedenen vorladen, und es blieb bei dem bisherigen Gesellenlohn. Erst im Jahre 1662 setzte ein Erlaß

Kaiser Leopolds den Taglohn der Zimmergesellen mit 18 Kreuzer fest und bestimmte daneben, daß sie im Sommer um 4 Uhr früh, im Winter bei Tagesanbruch in die Arbeit kommen, im Sommer um 7 Uhr abends, im Winter bei Einbruch der Dunkelheit dieselbe verlassen! Die Lohnbestimmung wird im Jahre 1670 wiederholt mit dem Bemerkten, daß auf dem Lande 2 Kreuzer weniger zu zahlen sind, da man dort billiger lebe. Bei dem Klosterbau für Karmeliterinnen (1669) hatten die Zimmerleute gleich den Maurern wieder mehr verlangt als die vorgeschriebenen Gebühren, so daß der Stadtrichter zum Eingreifen aufgefordert wurde. Im Jahre 1650 begannen die Zimmerleute mit der Errichtung eines Stadels ohne Wissen und Bewilligung des Rates, was natürlich eingestellt wurde.

Im Jahre 1700 umfaßte die hiesige Zimmermannslade außer den drei Meistern der Stadt noch die Zimmerleute von Froschdorf und Lichtenwörth und zählte im ganzen fünf Meister.

Von den Gewerben mit Holzwerk haben wir weiter der Binderei zu gedenken. Gleich zu Beginn des 17. Jahrhunderts wurde ihr eine Besserung der Handwerksordnung zuteil, bei der es bleiben soll, wie der Rat am 3. Jänner 1602 bemerkt. Die endgültige Ordnung trägt dann das Datum vom 7. Dezember 1602.

Einige wesentliche Punkte der Ordnung sind: Der Geselle, der Meister werden will, muß zwei Jahre hier gearbeitet haben, muß heiraten und sein Meisterstück machen, das aus fünf Nummern besteht und sehr ausführlich beschrieben wird (2 Fässer, 1 „Laidt“ mit 18 Eimer, 1 Butte, 1 Wanne, 1 „Tauf“ in ein volles Faß einzustoßen); er muß ferner 5 Gulden und 2 Pfund an die Bruderschaft erlegen und den Meistern eine Jause geben. Die Zunft hat außer zwei Zechmeistern noch zwei Beschaumeister für alles, was auf den Markt herkommt und für die Gesellenarbeit. Das schlecht Befundene fällt der Stadt oder dem Spital zu. Fremde Binder dürfen Waren nur zu den Jahrmärkten bringen. Die Gesellen sollen um 5 Uhr früh zur Arbeit kommen. Die Lehrlinge werden auf 3 Jahre aufgenommen, außer den Meistersöhnen, die nach Gelegenheit von dem Handwerk freigesagt werden. Witwen dürfen das Gewerbe noch ein Jahr lang ausüben. Die gottesdienstlichen Bestimmungen stehen am Schlusse.

Die Akten äußern sich über das Handwerk nach verschiedenen Richtungen. 1613 haben die Binder angesucht, fremde Waren hereinführen zu dürfen, was abgewiesen wird. Doch tritt Ferdinand II. im Jahre 1628 für die Abschaffung der Störer ein. 1639 bestimmt ihnen der Rat den Preis für die Fässer. 1643 erhalten sie eine Mahnung wegen schlechter Arbeit, und 1655 laufen Klagen wegen Überteurung ein, so daß der Rat eine Mahnung erläßt. 1657 trägt derselbe ihnen auf, alle Fässer nach einer und derselben verordneten Form herzustellen, widrigenfalls dieselben beschlagnahmt werden. Im Jahre 1678 macht der Rat darauf aufmerksam, daß das Meisterwerden im Binderhandwerk zu viel koste; eine urkundliche Minderung der Kosten liegt indes nicht vor. In den Jahren 1706 und 1707 reichen die Binder eine Anzahl Beschwerden beim Rate ein: gegen Störer ihres Gewerbes, gegen die „Waldbauern“, die an Wochenmärkten verkaufen, auch von Haus zu Haus gehen, gegen das Forttragen von Eisenreifen durch die Meister vom Lande; auch beklagen sie sich, daß die Fässer der hiesigen, nicht aber auch jene der auswärtigen Meister beschaut werden. Die Abstellung der Beschwerden wird eingeleitet. Einen Streit im Handwerke selbst berichtet uns das Jahr 1652: Die jüngeren Bindermeister bringen eine Klage gegen die vier ältesten vor, welche die Beschau lebenslänglich in Anspruch nehmen. Letztere weisen darauf hin, daß dies praktisch und „vernünftig“ sei, und der Rat gibt ihnen recht. 1683 genehmigt derselbe einen Vergleich zwischen

den Meistern und Gesellen, nach welchem die hier freigesprochenen Lehrlinge bei den Meistern, die fremden, hiehergekommenen Gesellen bei den Gesellen angeführt werden sollen.

Die Zunft besaß auch Weingärten, und im Jahre 1639 bewilligt der Rat, daß die Binder den gebauten Wein satzweise verkaufen dürfen, hat ihnen jedoch verboten, Geld auf die kommende Weinlese aufzunehmen.

An die Neustädter Binder gliederten sich jene von Pütten, von Sebenstein, Gloggnitz, von Fischau, Piesting, von Ebenfurth, Pottendorf und Enzersdorf an, und im Jahre 1700 zählte die Lade 16 Meister, davon sieben in Wiener Neustadt selbst.

Im Jahre 1706 werden die Kampelmacher genannt, die sich gegen Störer, Fremde, die hier ihre Ware verkaufen, beim Rate beschweren.

Ein in unserer Periode öfter genanntes Handwerk ist jenes der Seiler, die im Jahre 1599 um eine Ordnung ansuchen; aber sie werden von den Wiener Seilern nicht für selbständig anerkannt, sogar geschmäht, bis diese einmal, im Jahre 1643 verurteilt werden, den Neustädtern Abbitte zu leisten. Ja noch 1695 werden die hiesigen Seiler von den Preßburgern für unehrlich erklärt, bis die Sache wieder zugunsten des Neustädter Gewerbes entschieden wird. Und am Ende des Jahrhunderts erscheint die hiesige Seilerlade als Hauptlade, der in Österreich Neunkirchen, Leobersdorf und Baden, in Ungarn Pinkafeld, Eckmarkt, Mattersdorf, Eisenstadt, Rechnitz und Neusiedl am See einverleibt sind. Im ganzen zählt die Zunft 22 Meister, davon 15 in Ungarn (5 in Pinkafeld, 4 in Eisenstadt); in Neustadt selbst sind 3 Seilermeister. Eine Beschwerde gegen Juden und andere Störer bringen die Seiler im Jahre 1665 ein.

Auch die Schnürmacher klagen, daß sie von den Wiener Handwerksgegnossen bedrängt sind, die das Eintreten in ihre Lade verlangen. Die hiesigen Schnürmacher machen wohl 1642 Schritte, eine eigene Lade in unserer Stadt zu errichten; es gelingt ihnen jedoch nicht.

Von den Taschnern ist nur im Jahre 1705 einmal die Rede, wo es sich um eine Beschwerde gegen die Sattler und die Beutler handelt.

In Leder arbeiten die Sattler und die Rierner. Von ersteren haben sich wieder die Kummetsmacher getrennt, die mit den Sattlern im Jahre 1598 in Streit gerieten. Nun begegnen wir dem Handwerk erst im Jahre 1642 wieder, aber neuerdings im Streite, und zwar mit den hiesigen Seilern und Riemern, ferner mit den Wiener Sattlern, die ihnen mit der Sperrung des Handwerks drohten, bis sie am 9. Jänner 1643 zur Abbitte verhalten wurden. Doch setzte sich der Streit wegen des Meisterstückes fort, das die Neustädter Sattler, wie es scheint, vernachlässigten. Ferdinand III. erließ daher am 5. Juni 1643 eine Mahnung an Neustadt, daß jenen Sattlern in der Stadt, welche das Meisterstück noch nicht gemacht hätten, sofort dasselbe aufgetragen werde; und am 8. Oktober wies die niederösterreichische Regierung die Sattler von Aspang, von Pinkafeld und von Eisenstadt an, einem Neustädter Meister das Meisterstück aufzugeben. Nach diesem Zwischenfalle setzt sich der Zwist mit dem Wiener Handwerk fort, lodert immer wieder auf: so 1655, so 1695. Immer verlangen die Wiener von den hiesigen Sattlern die Einverleibung in ihre Lade als die Hauptlade, die allein Meisterrecht verleihen könne. Und eine Regierungsresolution vom 20. Mai 1698 spricht in der Tat aus, die Neustädter Sattler haben, solange sie keine Handwerksordnung haben, die Wiener Lade als Hauptlade anzuerkennen, die Wiener Ordnung zu gebrauchen und sich aller Landmeister zu enthalten. Die Neustädter hatten als Mitglieder ihrer Zeche die Sattler von Aspang, von Neunkirchen, von Traiskirchen und Bruck an der Leitha, ferner von Eisenstadt, Mattersdorf und Pinkafeld genannt. Sie blieben indes gegenüber

Wien trotzig, und am 29. November 1698 beklagte sich das Wiener Handwerk bei der Regierung, daß kein Sattler aus diesen Orten bei dem Wiener Handwerk erscheine. So setzte sich der Streit wieder fort, ohne daß die hiesigen Sattler sich beeilten, ihre Handwerksfreiheit zu erlangen. Im Jahre 1708 wurden sie erst dringend dazu aufgefordert, sonst müßten sie bei der Wiener Lade verbleiben. Aber noch in demselben Jahre erheben sie die für das ganze Land Niederösterreich geltende Sattlerordnung, die Kaiser Josef am 24. September bestätigt hat, und entschuldigen sich am 14. September 1709, daß es besonders finanzielle Schwierigkeiten seien, warum sie mit ihrer Freiheit nicht vorwärts kommen. Ein eigentümlicher Zwischenfall ist es, daß die Neustädter Sattler den Sohn eines Profosen nicht für das Handwerk aufdingen lassen wollten, so daß Kaiser Ferdinand III. selbst sich wieder ins Mittel legen mußte (1653).

Auch die Handwerksordnung der Rierner gilt für das ganze Land mit dem Mittelpunkt Wien. Dieselbe wurde in den Jahren 1615, 1626, 1628 und 1663 wieder bestätigt. Die Akten beginnen und enden mit Beschwerden: 1596 gegen Störer, als: Kaufleute, Roßtäuscher, die von Entlaufenen, von Ungarn kaufen, in die Klöster, in die Edelhöfe kommen usf.; 1621 gegen die Kummetsmacher, Sattler, Beutler usf.; 1642 gegen die Ödenburger Rierner und beinahe gleichzeitig gegen die Wiener. Der Abschied vom 16. Jänner 1643 nach beiden Richtungen weist vor allem auf die Pflicht hin, einander nicht zu schmähen; aber der nächste Abschied vom 7. März 1643 wegen der Gesellen, denen die Wiener den Gruß verweigerten, verurteilt diese abermals zu einer Abbitte und zwingt sie zur Annahme des Grußes der Neustädter Gesellen. Die Riernerlade unserer Stadt umfaßt noch Neunkirchen, Kirchschlag, Pinkafeld, Leobersdorf, Traiskirchen und Hainburg mit 13 Meistern, darunter drei in Neustadt.

Die hiesigen Siebmacher, Bürstenbinder vernehmen wir nur aus einer Eingabe vom Jahre 1680 gegen die Wiener, gegen die sie um Schutz bitten.

Zu den wichtigsten Geräteezeugern gehören die Metallarbeiter. Wir beginnen mit der groben Arbeit der Schmiede. Die Hufschmiede unserer Stadt erhalten ihre Ordnung im Jahre 1637. Dieselbe beginnt mit dem Meisterstück: dem Beschlagen eines Pferdes, eines Wagens, dem Verfertigen einer Haue. Wer Meister werden will, muß zwei Jahre bei einem hiesigen Meister gearbeitet haben. Was verkauft werden soll, muß zuerst von den Zechmeistern beschaut werden; es darf nur auf dem Markte, nicht in Gassen feilgeboten werden. Zu Neujahr ist ein Zechmeister zu wählen, der nach Ablauf eines Jahres Rechnung legen muß. Auch ein Vater für die Gesellenherberge ist zu wählen; zu jedem Quatember sind auch zwei Altgesellen zu wählen. Jeder neueintretende Geselle muß 14 Tage Probearbeit machen. Die Gesellen haben fünf Freiwanderzeiten: Weihnachten, Ostern, Pfingsten, St. Jakob (25. Juli) und St. Michael (29. September). Das Aufsagen muß acht Tage vorher erfolgen. Die Gesellen zahlen alle 14 Tage 4 Pfennig in die Lade. Zwistigkeiten sollen nicht in der Arbeitszeit ausgetragen werden. Für verbotene Worte wird 1 Pfund Wachs als Strafe angesetzt. Wenn eine volle Arbeitswoche ist, kann der Geselle um 4 Uhr Feierabend machen. Die Mahnungen zur Ehrbarkeit fehlen auch nicht; namentlich ist das Verbot aller Spiele hervorzuheben. Am 1. Oktober 1637 wird diese Ordnung amtlich bestätigt.

Kurz vorher haben die Wiener Hufschmiede die hiesigen zum Erscheinen bei der Hauptlade aufgefordert; diese kommen nicht, und 1639 und bis 1644 liegen Klagen der Wiener wegen des Ungehorsams der Neustädter Hufschmiede vor. Im Jahre 1650 folgt noch eine Beschwerde gegen Störer

und gegen Schädigungen durch hereingeführte Waren. Im Jahre 1652 ersucht die Herrschaft Krumbach um eine Abschrift des Neustädter Artikelbriefes für die Hufschmiede von Krumbach und Kirchschlag. Zur hiesigen Hufschmiedlade gehören noch Lanzenkirchen, Froschdorf, Katzelsdorf, Lichtenwörth, Zillingdorf, Ebenfurth, Pottendorf, Leobersdorf, Unterwaltersdorf, Weigelsdorf und Hernstein. Es sind 22 Meister, davon vier in Wiener Neustadt.

Von den Messerschmieden liegt aus unserer Periode nur die ausführliche Handwerksordnung vom Jahre 1616 vor. Dieselbe beginnt mit den gottesdienstlichen Bestimmungen, enthält natürlich eine Anzahl Ehrbarkeitspunkte, Begünstigungen für die Meistersöhne und für diejenigen, die eine Messerschmiedswitwe heiraten. Die Witwe kann jedoch auch das Handwerk mit Gesellen weiterführen, nur darf sie keinen Lehrling halten. Wer auf einen Markt fahren will, muß es melden. Wer ein anderes (auch ein verwandtes) Handwerk treibt, darf das Messerschmieden nicht ausüben. Der Lehrling ist nach einem Vierteljahr dem Handwerk vorzustellen, muß vier Jahre lernen; wer fünf Jahre lernt, bekommt ein Kleid, muß aber einen „Lehrbraten“ geben und 2 Pfund Wachs erlegen. Fremde herkommende Gesellen sollen sich bei einem Wein „finden lassen“. Beim Ausstehen unter 14 Tagen zahlen Meister und Geselle. Gesellen und Lehrlinge haben eine eigene Lade mit zwei Schlüsseln. Wer zum Schlichten eines Streites zwischen Meistern und Gesellen das Handwerk zusammenruft, muß 2 Pfund Wachs und 14 Pfennig geben. Wenn ein Lehrling als Geselle herkommt, muß er ein Vierteljahr arbeiten oder 14 Tage lang einem Meister helfen Feierabend machen. Die Strafen von Meistern oder Gesellen fließen halb in die Meister-, halb in die Gesellenlade; nur wenn die Gesellen unter sich strafen, fällt der ganze Betrag ihrer Lade zu. Kranke Meister, Gesellen, Jungen werden unterstützt.

Die Hammerschmiede, Griffelschmiede werden nur einmal erwähnt.

Die Neustädter Schlosser erhalten erst am 8. Juli 1666 ihre Handwerksartikel vom Bürgermeister bestätigt. Die Zeche ehrt als Patrone den hl. Sebastian und die hl. Barbara. Die Ordnung enthält ebenfalls manches Eigentümliche. Die Lehrjungen, heißt es, sollen in zwei Werkstätten sein und alle vier Wochen wechseln. Die Gesellen sollen alle vier Wochen zum Zechmeister kommen und jeder 3 Pfennig zahlen. Wer aus der Fremde kommt, muß sich einschreiben lassen und jeder Geselle 12, jeder Junge 4 Pfennig zahlen. Der Arbeitsuchende muß in die Herberge gehen. Das Waffentragen ist verboten. Die Strafen sind alle auf Wachs zurückgeführt. Die Gesellen sollen sich rechtzeitig in des Meisters Haus verfügen, nicht über die Bierglocke ausbleiben oder auswärts schlafen. Weitere Weisungen über Ehrbarkeit, über das Verhältnis der Gesellen zum Meister fehlen nicht. Sonst haben wir von dem Schlosserhandwerk im 17. Jahrhundert nichts zu verzeichnen als Beschwerden und Klagen über Störungen: 1649 gegen die Hufschmiede, die Hammer- und Griffelschmiede, 1665 gegen fremde Meister und gegen die Eisenhändler, 1677 gegen die Schmiede, mit denen sie am 9. März jenes Jahres einen Vergleich abschließen; in demselben Jahre erhebt sich ein kurzer Zwist mit Wien, das wieder von der Regierung gemahnt wird, sich aller Tätlichkeiten gegen die Neustädter zu enthalten. — Ein Neustädter Schlosser hat eine Arbeit für die kaiserliche Hochzeit erhalten, 1666. Am 6. Juli beschließt daher der Rat, denselben fortwährend und besonders gut überwachen zu lassen. — Die hiesige Schlosserlade zählt nur 7 Meister in der Stadt.

Die Uhrmacher werden einmal, die Gschmeidler überhaupt nicht erwähnt; der Klempner wird einmal (1621) in einer Beschwerde der Eisler

gedacht. Ein Zwischentreten des Kaisers für einen Gewerbsmann ist im Jahre 1639 zu verzeichnen: Ein gewesener Forstmeister hat in Wendbach, Herrschaft Steyr, in Oberösterreich eine Werkstatt zur Erzeugung von verzinnem Blech errichtet. Am 31. März jenes Jahres geht ein kaiserlicher Erlaß nach Neustadt, daß ganz Niederösterreich und Oberösterreich drei Jahre lang das verzinnte Blech nur aus diesem Werke beziehen darf.

Für die Erwähnung der Kupferschmiede in unserer Zeit gibt lediglich der Streit mit Wien die Veranlassung; 1635 schreibt ihretwegen und wegen der Bedrängung des hiesigen Handwerks der Rat nach Wien und weist auf die Selbständigkeit unserer Stadt hin. Freilich waren die hiesigen Kupferschmiede nicht zahlreich vertreten. Es waren deren zwei; im Jahre 1646 nur einer, der an der Infektion starb. Sein Tochtermann wollte das Handwerk übernehmen; allein zur förmlichen Durchführung dieses Vorganges gehörten nach Handwerksbrauch ein Meister und zwei Gesellen. Der Rat richtete eine Zuschrift nach Wien, damit die dortige Zunft die nötigen Personen hieher sende. Allein die Wiener Kupferschmiede verlangten, daß der Bewerber sich in Wien stelle, wo die Übergabe des Handwerkes an ihn vorgenommen werde. Es geschah und wurde gleichzeitig noch bestimmt, daß sich ein zweiter Kupferschmied wieder in Neustadt niederlassen dürfe. Dieser zweite Meister ist schon im Jahre 1647 wieder da; in demselben Jahre beginnt auch schon der neue Streit mit den Wienern, die den Neustädtern den ihnen gehörigen Kupferhammer in Sollenau sperrten. Ein paar Jahre später (1651) geht Neustadt daran, selbst einen Kupferhammer zu erbauen.

Von der Glockengießerei haben wir für unsere Periode nur zu bemerken, daß der Gießer David Streckenfuß im Jahre 1651 einen Platz auf der Bastei für die Gießhütte pachtweise gegen 5 Gulden Bestand erhielt; es ist der Ort der späteren Glockengießerei vor dem Neunkirchnertor.

Von den Glasern ist aus unserer Zeit nur eine Beschwerde (1623) gegen einen Juden erhalten, der in ihr Handwerk pfusche. Er wird beauftragt, dies einzustellen, da sonst der Stadtrichter einschreiten würde. Die Glaser halten in der Stadt im Jahre 1700 nur drei Meisterwerkstätten; aber die Lade umschloß einen weiten Umkreis mit den Ortschaften Neunkirchen, Kirchschlag, Aspang, Gloggnitz, ferner Ebenfurth, Leobersdorf, Baden, Unterwaltersdorf, Mannersdorf, Mödling, Brunn am Gebirge, Petersdorf, Atzgersdorf, St. Veit bei Wien, Himberg, Bruck an der Leitha, Hainburg und Fischamend, und zählte insgesamt 23 Meister.

Die Hafner erhalten am 10. März 1616 eine neue Ordnung: Wer Meister werden will, muß katholisch und verheiratet sein oder zu heiraten versprechen, muß sich beim Rate und beim Handwerk melden, muß drei Jahre gelernt haben, 30 Gulden in die Lade entrichten (statt des Meistermahles) und eine kleine Jause geben. Meister und Knechte sollen eine Herberge haben; die Knechte zahlen alle 14 Tage 1 Pfennig. Alle Quatember sollen die Meister bei der Lade erscheinen, 1 Schilling geben und einen Herbergsvater wählen. Dazwischen können Zusammenkünfte nur auf Verlangen eines Zunftgenossen, der dafür 2 Schilling erlegen muß, und mit Wissen des Bürgermeisters stattfinden. In der Wanderzeit kann der Meister Knechte haben, so viel er will. Der Knecht kann auch bei einem anderen Meister eintreten; aber nach dem 14. Tage oder außer der Wanderzeit soll keiner aus- oder eintreten ohne Vorwissen des Herbergsvaters. Dann folgen einige Bestimmungen betreffs der Neunkirchner Hafner, deren sogenanntes „geschmolztes Geschirr“ ebenfalls der ordnungsmäßigen Beschau unterworfen wird. Wenn ein Lehrling noch ein Jahr zu lernen hat, kann der Meister einen neuen aufnehmen; kein Meister soll bei einem andern in Arbeit eintreten, außer in dringender Not.

An diese Ordnung schließt sich die Ordnung der Knechte. Wenn ein fremder Geselle nach 14 Tagen weiter dableiben will, soll er sich mit 14 Pfennig, wenn er nur halben Lohn bezieht, mit 8 Pfennig in die Bruderschaft einkaufen. Kein Meister darf zwei Knechte haben, wenn nicht jeder Meister einen Knecht hat. Der Wochenlohn beträgt 24 Pfennig. Wer einen guten Ofen mit mehr als 50 Stück setzen kann, bekommt 8 Kreuzer Wochenlohn. Nun folgen eingehend die Preise für verschiedene einzelne Stücke. Der Knecht soll, wenn es notwendig, dem Meister im Bleireiben behilflich sein. Statt des Weines kann der Geselle wöchentlich 18 Pfennig bekommen; er muß zur Primzeit¹⁾ aufstehen, mit der Nacht erst Feierabend machen. Mahnungen zur Ehrbarkeit sind selbstverständlich; das Spielen wird ebenfalls verboten.

Mit den Neunkirchner Hafnern, die vor Zeiten mit den Neustädtern vereinigt waren, gehen diese zusammen zu Verhandlungen mit dem Abte von Formbach wegen Pachtung des Tachetberges²⁾ bei Gloggnitz; am 25. April 1629 wird ein Vertrag abgeschlossen: Die Neustädter und die Neunkirchner Hafner zahlen jede Zeche 2 Gulden; Neustadt hat zwei große Werkstätten, welche die ganze Stadt versorgen, Neunkirchen hat zehn kleinere Werkstätten, davon eine in Gloggnitz; für alle diese Werkstätten gilt der Pacht. Die beiden Zünfte haben sich auch dahin geeinigt, daß sie gleiche Löhne zahlen, auf den Märkten mit dem Verkaufe abwechseln — ein seltenes Beispiel nachbarlichen Entgegenkommens!

1644 wurde wegen dieses Tachets neuerlich mit dem „Propst“ von Gloggnitz verhandelt. Mit den Neunkirchner Hafnern wurden damals auch andere Unterhandlungen gepflogen: es wurde ihnen am 16. August 1644 bewilligt, daß sie auf den Neustädter Jahrmärkten vier Tage nacheinander feilhaben durften. Der Friede wurde jedoch bald wieder getrübt. 1649 beschwerten sich die hiesigen Hafner, daß die Neunkirchner eine Menge rauhes Geschirr hereinführen, was früher nicht der Fall gewesen sei.

Der Rat teilt darauf den Neunkirchner Hafnern mit, daß an bestimmten Tagen nur bestimmtes Geschirr hereingebracht werden dürfe. Und auf eine Bitte der Neunkirchner Zeche, 1651, rauhes und geschmolztes Geschirr hier verkaufen zu dürfen, wird ihnen am 28. März nur der Verkauf der geschmolzten Ware bewilligt.

Im Streite mit den Wiener Hafnern ereignet sich im Jahre 1650 der wiederholt zutage getretene Vorgang, daß diese den Anschluß an ihre Ordnung von den hiesigen Hafnern verlangen, daß sie das Handwerk hier sperren wollen, von der Regierung jedoch den Auftrag bekommen, sich jeder Gewalttätigkeit gegen das hiesige Handwerk zu enthalten.

Die Störer betrifft eine Eingabe der hiesigen Hafner gegen die Fremden, 1666, denen der Rat das Verkaufen auf den Wochenmärkten untersagt (6. Juni). Die Hafner hier haben offenbar auf das Meisterstück nicht viel gehalten, so daß der Rat am 9. Juli 1654 die Zechmeister anweisen läßt, zu veranlassen, daß jeder Hafnermeister sein ordentliches Meisterstück vollbringe. Die Hafnerlade ist auf Neustadt beschränkt und hat drei Meister.

Von den Maurern, die sich schwer von den Steinmetzen trennen lassen, werden wir bei der Behandlung der Kunsthandwerke Kenntnis nehmen.

Weitere Handwerke in der Stadt sind noch jenes der Seifensieder und Lichtzieher (Kerzenmacher). Ihre Handwerksordnung ist vom 23. November 1635. Die Lehrzeit für dieses Gewerbe ist vier Jahre; wenn während dieser Zeit der Meister stirbt, muß der Lehrling zu einem andern Meister gehen; wenn nur mehr eine kurze Zeit bis zur Vollendung fehlt, zu einer

¹⁾ Die ersten Morgenstunden.

²⁾ tahe oder dahe so viel wie Lehm.

Witwe mit einem Gesellen. Der Meistersohn braucht nur zwei Jahre zu lernen. Der Geselle soll dann drei Jahre wandern, der Meistersohn nur ein Jahr. Der Meister ist im ersten Vierteljahr ein Mieter, im zweiten Vierteljahr muß er das Meisterstück anfangen, das in einer vom Zechmeister zugewiesenen Werkstatt zu machen ist. Wird dasselbe als gut erkannt, so muß er 24 Gulden und 2 Pfund Wachs in die Lade erlegen, muß eine Mahlzeit geben oder 12 Gulden dafür einzahlen und 4 Schilling Einschreibgebühr entrichten. Wer das Meisterstück nicht besteht, soll noch ein Jahr wandern oder sich mit dem Handwerk in Geld vergleichen. Wer das Handwerk durch Heirat mit einer Meisterin oder einer Meisterstochter erlangt, zahlt nur 12 Gulden und 6 Gulden für das Mahl. Die Meisterswitwe kann das Gewerbe mit einem Gesellen weiter treiben. Wer einen Lehrling ausgebildet hat, muß wieder zwei Jahre warten, ein Meistersohn nur ein Jahr, ehe er wieder einen Lehrling aufdingen darf. Die Meister sollen monatlich einmal um 12 Uhr („nachmittag!“) beim Zechmeister erscheinen und 2 Schilling in die Lade geben, die Gesellen 1 Schilling; das Versäumen wird gestraft. Zum Fronleichnamstag müssen auch die entferntesten Meister kommen; das Ausbleiben wird mit Handwerkssperre bestraft. Ein fremder herkommender Geselle soll vom Altgesellen an einen Meister gewiesen werden. Am Begräbnisse eines Meisters, eines Gesellen oder Lehrlings soll die ganze Zunft teilnehmen. Beim Verkaufe auf dem Markte soll kein Meister teurer sein als der andere; jeder Meister soll nur einen Stand haben. Die Ware wird vom Zechmeister beschaut. Der Meister darf kein anderes Handwerk treiben; wenn er sich mit einem Manne wegen des Inlichts auf eine Zeit vergleicht, soll kein anderer dazwischen eintreten. Stümper werden nicht geduldet. Die nicht des Handwerks sind, dürfen Seife und Kerzen nicht pfundweis verkaufen; außerhalb der Jahrmärkte darf nicht mit fremder Seife, mit fremden Kerzen gehandelt werden. Kein Fleischhauer darf in das Handwerk greifen.

Die Handwerksordnung, von Leopold I. am 4. September 1662 bestätigt, hat den gleichen Inhalt mit der voranstehenden. Die erhaltenen Aufzeichnungen des Handwerkes selbst reichen bis 1663 zurück, mit welchem Jahre ein Protokoll beginnt, das die verschiedenen Handwerksgenossen von diesem Jahre an aufzählt, ferner die Schuldner und die im Handwerk ausgetragenen Klagen erwähnt. Wir erfahren daraus, daß in Neustadt selbst drei Seifensiedermeister waren, daß die Lade aber 23 Meister zählte: je einen von Neunkirchen, Baden, Unterwaltersdorf, Mödling, Mannersdorf, Bruck an der Leitha, Fischamend, Schwechat, Himberg, sogar von Herzogenburg, von Wilhelmsburg, von St. Pölten und von Krems, sowie zwei Meister von Wien. Am Fronleichnamstag jenes Jahres kauften sich 17 neue Meister ein.

Unter den Akten der Seifensieder nehmen jene über die Verhandlungen mit den Fleichhauern und über die Bestimmung der Preise den allergrößten Umfang ein. 1597 mahnt schon ein Erlaß Kaiser Rudolfs II., daß das Inlicht zu teuer verkauft werde. Ähnliche Klagen von seiten der Regierung, von seiten des Rates wiederholen sich 1601, 1604. Im Jahre 1604 werden Fleischhauer und Seifensieder vernommen und zu einer Vereinbarung gemahnt. 1636 wird der Preis für ein Pfund Kerzen mit 8 Kreuzer bestimmt, den Fleischhauern aber aufgetragen, das Unschlitt nicht nach auswärts zu verkaufen. Der Preis der Kerzen sinkt dann und ist noch im Jahre 1663 mit 6½ Kreuzer festgesetzt. Vom Jahre 1664 an beginnt ein Unterschied in den Kerzenpreisen, je nachdem sie Garndochte oder Baumwolldochte haben. Letztere sind etwas teurer. Das Pfund Seife ist etwas billiger als beide. 1671 kostet zum Beispiel das Pfund Baumwollkerzen 7½, das Pfund Garnkerzen 7, das Pfund Seife 6 Kreuzer. 1684 kostet das Pfund Baum-

wollkerzen 9, Garnkerzen 8, Seife 7 Kreuzer. Eine Einigung zwischen den Seifensiedern und Fleischhauern kommt nach langen gegenseitigen Anschuldigungen im Jahre 1685 zustande (17. Juli). Aber schon zwei Jahre später beklagen sich die Seifensieder neuerdings über die Teuerung des Unschlitts. Im Jahre 1700 werden dann Vergleiche der einzelnen Fleischhauer mit den einzelnen Seifensiedern über die Preise, die Bereithaltung und die Übernahme des Unschlitts abgeschlossen. Dabei setzen jedoch die Mahnungen wegen Preisüberschreitungen nicht aus. Ein Erlaß Kaiser Josefs I. vom 19. Dezember 1707 sagt, daß der Zentner Unschlitt hier 12 Gulden 45 Kreuzer kosten solle, jedoch um 14 Gulden und mehr verkauft werde. Dagegen sei streng aufzutreten.

Die Handwerksstörung betreffend findet sich eine Eingabe der Seifensieder vom 26. September 1647 an den Rat, auf Grund deren den fremden Seifensiedern das Feilhalten an den Jahrmärkten hier eingestellt wird. 1652 beschwerten sie sich, daß Graz ein Niederlagsgeld verlangt, was den Rat zu einem Schreiben an den Rat von Graz veranlaßt, das natürlich nichts änderte. Im Jahre 1672 bitten die Seifensieder und Kerzenmacher von Mattersdorf, (Donnerskirchen), Purbach und Neuenmarkt um eine eigene Handwerksordnung. Die hiesige Zunft gab ein Gutachten auf Ablehnung ab, was auch für längere Zeit wirkte.

Um das Jahr 1708 wurde in Neustadt eine Seifenfabrik errichtet; am 10. September 1709 berichten die Meister an den Rat über das neue Erzeugnis, das sie recht ungünstig beurteilen.

Die Zeche der Bader von Wiener Neustadt reicht ebenfalls sehr weit. Sie umfaßt außer unserer Stadt Frostdorf, Neunkirchen, Gloggnitz, Schottwien, Kirchberg am Wechsel, Aspang, Schwarzenbach, Sticklberg, Kirchschlag, Pinkafeld, dann Saubersdorf, Piesting, Gutenstein, Leobersdorf, Pottenstein, Murstetten, Ebenfurth, Pottendorf, Gainfarn, Baden, Traiskirchen, Ober- und Unter-Waltersdorf, Pfaffstätten, Gumpoldskirchen, Guntramsdorf, Mannersdorf, Trautmannsdorf, Bruck an der Leitha, Wienerherberg; dann auf dem späteren ungarischen Boden: Brodersdorf, Margarethen, Gschies, Höflein, Eisenstadt, Purbach, Donnerskirchen, Mattersdorf und Forchtenau.

Die Zeche der Neustädter Bader erhielt eine Ordnungsbestätigung von Kaiser Leopold I. am 26. März 1668 zum Schutze gegen mancherlei Störungen mit dem Bedeuten, daß diejenigen Ortschaften, die seit alter Zeit dieser Lade angehören, auch bei derselben weiterhin verbleiben sollen. Die Bestätigung hält sich übrigens mit dem Geiste und dem Inhalt an die alte Ordnung vom Jahre 1476.

Die Bader können ihr Gewerbe nicht immer ausüben: in der Zeit der Infektion werden natürlich die Badestuben gesperrt, und die erhaltenen Akten des Gewerbes in unserer Zeit betreffen größtenteils diesen Fall: im Jahre 1598 eine Erlaubnis zur Wiedereröffnung der Bäder, im Jahre 1601 eine Strafe wegen eigenmächtiger Eröffnung derselben; und öfter. Im Jahre 1664 weist der Rat die Bader an, einen erfahrenen, tüchtigen Gesellen aufzunehmen, der bei Infektionen als Beschauer dienen kann; doch ist die Durchführung dieses Ratschlages nicht sicher beglaubigt. Der unvermeidliche Streit mit den Wiener Badern, welche die Einverleibung der Neustädter mit ihrer Lade verlangen, wird 1672 von der Regierung zugunsten der Neustädter entschieden. Doch wird dabei zugleich ausgesprochen, daß die in der Neustadt inkorporierten Meister, die noch nicht geprüft sind, sich sofort

¹⁾ Das Kloster Gloggnitz war eine Expositur von dem bayrischen Stifte Formbach. Doch wurde der Vorstand jenes Klosters gewöhnlich Propst genannt, der hier also den Prälaten vertrat.

bei der Wiener medizinischen Fakultät zur Prüfung zu melden haben, sonst werden ihre Badstuben abgeschafft! Die Bader sind zugleich Wundärzte.

Haben die zwei letztgenannten Gewerbe sich vorzüglich mit der Pflege des Leibes befaßt, so treten die Buchbinder und die Papiermacher mehr auf die Seite der geistigen Kultur. Von den Buchbindern hören wir erst vom Jahre 1688 an. Sie beklagen sich da über die Kaufleute und bitten, deren Papier- und Kartenverkauf einzustellen. Dies geschieht am 15. Juli; aber es wird nicht befolgt, und der Einstellungsbefehl muß am 22. Mai 1689 und am 28. März 1702 wiederholt werden.

Die Buchbinder können zugleich Verleger sein. So werden die hiesigen Buchbinder am 25. Februar 1710 in Kenntnis gesetzt, daß Kaiser Josef I. einem Buchbinder in Wien das Privilegium verliehen habe, die deutschen katholischen Evangelien allein zu drucken und zu verlegen.

Von der Papiererin Sidonie Pichlmayr erfahren wir im Jahre 1708, daß sie widerspenstig sei, sich allerhand Unzukömmlichkeiten zuschulden kommen lasse, und sie wird deswegen vor das Bankogefällsamt in Wien vorgeladen; sie sucht 1709 um Eintreten des Rates für sie an. Die Austragung der Sache fällt in die nächste Periode. Sie wird noch gemahnt, daß in der Papiermühle nicht im kleinen verkauft werden dürfe.

Von den Waffen- und Rüstungshandwerken bleiben nach dem Zurücktreten der Bogner und der Plattner noch die Erzeuger von Feuerwaffen, dann die Klingenschmiede, Schwertfeger. — Im Jahre 1592 sind noch 3, 1594 schon 4 Klingenschmiede in der Stadt; sie richten eine Eingabe an den Rat, daß sie für ihre Bedürfnisse einen Schleifer von Krems aufnehmen wollen, was der Rat bewilligt. 1599 ersuchen sie weiter, eine Schleifmühle zu errichten. In demselben Jahre werden bei ihrem Handwerke 3000 Säbelklingen bestellt, und im Jahre 1605 wird ihnen aufgetragen, nichts ohne Wissen des Bürgermeisters zu verkaufen, damit den Ungarn keine Waffen zukommen.

Als bedeutendere Klingenschmiede unserer Periode seien erwähnt: Hans Egger, der im Jahre 1593 den Bürgereid ablegt; er hat ein Haus im Bräderviertel; Karl Hasch, heiratet 1628, wird öfter genannt; er fertigte das Schwert für die Hinrichtung von Zrinyi und Frangepan; Maierhofer Adam, 1677 bereits genannt; er heiratet 1679; Hans Glück, genannt in den achtziger Jahren; Scheithauer Kaspar, auch am Ende unserer Periode genannt, 1706 gestorben. Die aufgezählten Männer sind zugleich Schwertfeger gewesen.

Auch das Gewerbe der Plattner ist noch nicht zur Rüste gegangen. Trotz Pulver und Blei fertigte man noch Brustpanzer usf. an, die immerhin gegen die damaligen Schüsse und Projektile noch einigen Schutz boten. Zu Beginn unseres Zeitraumes werden sogar noch drei Plattner in unserer Stadt genannt.

Einige Plattner unserer Zeit bedeuten die Namen Veit Zimmermann, von 1593 an oft genannt, und Mert Aman, in derselben Zeit, in Streit mit dem vorigen; und ebenfalls in derselben Zeit Feritscher Hans; Georg Gewander aus Kall in Bayern, heiratet 1644; er wird in demselben Jahre in der Stadt aufgenommen. Heinrich Piler, 1675 gestorben. Zu Ende unserer Zeit können wir noch Benedikt Hartnagel anführen, der 1679 heiratet, und Michel Pinger, kaiserlicher Plattner bei den Niederländern, der 1681 starb. — Indem wir Unwesentliches übergehen, wenden wir uns dem Büchsenmacherhandwerk zu. Hier ist für die Stadt und die Bürger von größerer Wichtigkeit, mit der Büchse umgehen zu können; und schon am 28. Juli 1648 faßt der Rat den Beschluß, daß einzelne Bürger die Büchsenmeisterei und den Feuerwerkerdienst erlernen sollen. Es geht wieder sehr langsam, und im Jahre 1653 richtet sich eine Mahnung des Rates an alle, die schon mit diesem Gegenstande angefangen haben, Fleiß anzuwenden,

damit sie vorwärts kommen; und im Jahre 1660 wiederholt der Rat die Mahnung wegen Erlernung der Büchsenmeisterei. Im Jahre 1694 erst bitten mehrere Bürger, die den Feuerwerksdienst erlernt haben, um einen Lehrbrief. Im Jahre 1666 wird der hiesigen Zeche die Herstellung von Gewehren für die Hatschiere und Trabanten für die kaiserliche Hochzeit zugewiesen. Im Jahre 1660 haben auch die Büchsenmacher der niederländischen Armatur um Aufnahme in die hiesige Zunft angesucht. Das Gesuch wird am 22. Juni günstig erledigt, so daß diese Büchsenmacher sich auch seinerzeit als Meister in der Stadt niederlassen können. Eine ausführliche Zunftordnung für das Gewerbe erscheint erst in der nächsten Periode.

Neben den Büchsenmachern treten auch die Büchsenschifter als eigene Körperschaft auf; doch ist Neustadt ein weniger geeigneter Ort für die Ausübung dieses Handwerkes. Ein von Wien gekommener Büchsenschiftergesell erlernt bei einem hiesigen Meister das Büchsenmacherhandwerk und muß deshalb, wie der Wiener Rat auf eine Anfrage deswegen antwortet, erst jenes Gewerbe niederlegen (1707). Eine Leistungsfähigkeit ersten Ranges wird man bei den hiesigen Waffenhandwerken natürlich nicht vermuten; und eine Anfrage Kaiser Ferdinands II. vom 12. Oktober 1630, ob hier ein „Stück“, acht Zentner schwer, in Form einer Glocke, dessen man eilends bedürfe, gegossen werden könne, mußte in der Antwort verneint werden. Die Schützen bekommen nach wie vor jährlich ihr „Hosentuch“; vom Jahre 1675 an erhalten sie ferner von der Hofkammer jährlich drei Schilling Küfelsalz.

Etwas abseits von den anderen Gewerben und doch im Verkehr mit allen steht die Zunft der Fuhrleute, der Landkutscher. Ihre Handwerksaufzeichnungen beginnen im Jahre 1607. „Anno domini 1607“ heißt es, „ist das Register der Fuhr(mann)zech alhie zur Newstatt aufgericht und die Bruderschaft ordentlich beschrieben worden.“ Es werden in diesem Jahre acht Mitglieder dieser Zunft genannt. Die Periode beginnt übrigens auch nicht unter günstigen Zeichen. Am 3. Juni 1599 bewilligt der Rat auf Ansuchen Hans Hermans, des Zechmeisters der Fuhrleute, dessen Rücktritt. Er hat geklagt, daß eine große Unordnung, Uneinigkeit, Unbotmäßigkeit in dem Handwerk herrsche, daß Fluchen und Gotteslästern an der Tagesordnung seien. Der Rat schreitet auch strafend gegen die Mitglieder der Innung ein.

Die Unordnungen werden dadurch natürlich nicht für alle Zeiten behoben; im Jahre 1643 wird eine Kommission zur Abstellung derselben eingesetzt; im Jahre 1666 wird dem gewählten Handwerkskommissär die Weisung mitgegeben, sich's angelegen sein zu lassen, damit die Zunft wieder in den alten guten Stand gebracht werde.

Die Fuhrleute werden natürlich öfter zu Kriegszwecken, zu Leistungen, zur Versorgung des Heeres herangezogen. So 1603, 1618 für das gewöhnliche Artilleriefuhrwerk, wozu zwei Roßzüge jederzeit bereit sein sollen; 1611 sollen die Fuhrleute Rosse zum Zuge nach Böhmen beistellen; 1621 sollen sie Proviant, 3000 Laib Brot, ins Lager führen usf. 1645 trägt Erzherzog Leopold Wilhelm auf, soviel Fuhren als nur immer möglich zur Führung von Proviant nach Wien zu stellen. Für den Kaiser und den Hof ergehen auch öfter Forderungen. Im Jahre 1618 werden 20 Wagen zur Herüberbringung des für die Burg gearbeiteten Holzes, 1623 für Ferdinand I. sofort soviel Wagen als möglich zu seiner Reise von Prag nach Wien verlangt; 1660 kommt am 16. Oktober der Auftrag: Da der Kaiser, von Steiermark kommend, hier durchreist, sind 24 bis 30 gute Pferde bereit zu halten und ist eine Vereinbarung mit dem Postmeister zu treffen.

Eine Anzahl Beschwerden haben die Landkutscher an den Rat gegen Bürger gerichtet, die Fuhrwerk treiben, ohne in der Zeche zu sein. So

1626, 1663, 1683 (gegen die Wirte). Der Rat veranlaßt die Abstellung, fügt jedoch in der Erledigung vom Jahre 1663 hinzu, die Fuhrleute mögen sich besser mit Rossen und Wagen versehen, damit keine Beschwerden gegen sie einlaufen. Solche Beschwerden liegen in der Tat mehrere vor; 1650 (3. Februar) wird ihnen vorgeworfen, daß sie tagelang in Wien verliegen, und daß übernommene Briefe verloren gehen; 1651 wird am 2. März über die Beschuldigung verhandelt, daß sie heimlich mautpflichtige Waren mitnehmen. 1653 werden sie mit Strafandrohung gemahnt, die angedingten Fuhren nicht mit so schlechten Rossen zu besorgen. Am 15. Dezember 1702 wird ihnen der Preis für das Führen einer Person nach Wien mit 45 Kreuzer als oberste Grenze bestimmt; sie hatten offenbar diesen Betrag überschritten. Eine billige Bitte der Landkutscher, daß die Wirte, Gastgeber etwas zur Erhaltung der Wasserwagen, der Feuerleitern usf. der Fuhrleute beitragen; der Rat erteilt den betreffenden Auftrag.

Die Tagwerker erhalten auch in unserer Zeit die Lohnpreise öfters bestimmt. 1609 wird einem Mäher 15 Kreuzer, einem Graber 12, einem Schnitter oder anderen Arbeiter 10 Kreuzer Taglohn bestimmt, der sich bei der Reichung der Kost auf die Hälfte herabsetzt. Im Jahre 1630 hat sich die Summe schon wesentlich erhöht: ein Tagwerker, Mannsperson, erhält 15 Kreuzer und für die Speisung 9 Kreuzer, eine Frau 12 Kreuzer, für die Kost 6 Kreuzer. Im Jahre 1656 wird von der Stadt ein Bericht wegen der hohen Forderungen der Dienstboten verlangt. Der Rat antwortet am 19. Dezember, daß die Forderungen nicht zu hoch seien: ein starker Knecht habe nur 20 bis 24 Gulden, ein Bub 12, ein „Dienstmensch“ 6 bis 10 Gulden. Für die Erntezeit werde jedes Jahr eine eigene Ordnung festgesetzt. — Im Jahre 1691 wird dann eine eigene Kommission zur Verfassung einer Tagwerksordnung eingesetzt.

Bezüglich der Gastwirte können wir ein wichtiges Verzeichnis vorführen, das freilich erst vom 18. Februar 1708 stammt, aber gewiß fast ganz dem schon länger vorher bestehenden Zustande entspricht. Es zählt die bürgerlichen Wirte auf, welche Tanzunterhaltungen geben, nämlich die Wirte zum „schwarzen Adler“ (Kaspar Adam Exinger), zur „goldenen Krone“ (Johann Jakob Adam Gruber), zum „goldenen Brunnen“ (Peter Paul Denkh), zum „weißen Rössel“ (Johann Gotthard Stöger), zum „goldenen Strauß“ (Vinzenz Függele), zum „goldenen Adler“ (Johann Baptist Salla) und zum „goldenen Bären“ (Matthias Wolf), von denen das Gasthaus zum „goldenen Adler“ erst im vorigen Jahre 1707 bewilligt worden war. Die übrigen Wirte hatten sich eben lange gesträubt. Sie hatten seit längerer Zeit Beschwerden gegen das unbefugte Einkehren und namentlich das Übernachten der Fremden, das allerdings im Jahre 1624 mit einer Gebühr von 3 Kreuzer festgesetzt ist, in anderen Häusern erhoben, so 1651, 1687, 1697, 1700, 1701 und 1708. Sie wiesen dabei nicht bloß auf Bürgerhäuser, sondern namentlich auch auf die Freihäuser hin, von denen sie jene des Grafen Hoyos, Petschowitsch, Perger nennen. Im Jahre 1651 haben die Gastgeber dem Rate auch die Bitte vorgebracht, daß die Handwerker ihre Zechmahlzeiten nicht bei den Zechmeistern, sondern in den Gasthöfen halten sollen, auf die nicht eingegangen wird. 1676 klagen sie über die beschwerliche Einquartierung; die Sache wird an den Bürgermeister gewiesen, welcher „der Billigkeit“ Rechnung trägt. Dagegen hält ihnen der Rat im Jahre 1679 eine Beschwerde vor, daß sie ohne Erlaubnis fremde Biere einführen und dadurch das Leutgeben der Bürger schädigen. Das sei also zu unterlassen. Einige besondere Mahnungen ergehen an die Wirte der Vorstadt: 1602, daß durch die Fuhrleute viel Waren geschwärzt werden; 1616 wird ihnen bei schwerer Strafe verboten, Waren abladen zu lassen; 1651 erhalten sie den Auftrag, keine

Fuhrleute abfahren zu lassen, es sei denn ein Mautner dabei. Es handelt sich darum, keine mautpflichtigen Waren auskommen zu lassen.

Von der Krämerzeche, dem anderen Übergangsgewerbe zum Handel, das sich bereits mehrfach getrennt hat, ist nichts wesentlich Neues zu berichten.

Wenn wir auf die lange Reihe der Gewerbe zurückblicken, so gelangen wir zur Erkenntnis, daß dieselben sich teilen und dadurch vermehren. Jeder Teil eines früheren Gewerbes will selbständig sein. So treten aus den Schmieden die Griffelschmiede, die Hammerschmiede und andere hervor. Steinmetze und Maurer beginnen sich zu trennen; von den Goldschmieden lösen sich die Ringmacher, von den Tuchmachern die Tuchscherer, Deckenmacher, neben die Büchsenmacher stellen sich die Büchschenschter, aus den Huterern gehen die Hutstepper hervor, von den Krämern scheiden die Eisenhändler, die Leinwandhändler usf. Im Jahre 1617 erscheint sogar ein eigener Erlaß von Kaiser Matthias gegen das eigenmächtige Bilden von neuen Zünften. Und aus dem Jahre 1618 stammt ein Verzeichnis der Neustädter Handwerker zum Zwecke der Einteilung für die Anschaffung von Zechfahnen. Dasselbe zählt an 70 Handwerke hier auf,¹⁾ die allerdings nicht alle zu eigenen Zechen gestaltet sind. In der voranstehenden Behandlung der Gewerbe wurden natürlich nur jene vorgeführt, von denen Wesentliches zu melden war. In der Tat war das Handwerk in unserer Stadt sehr stark vertreten; und bei einer Auszählung der weaffenfähigen Mannschaft in derselben im Jahre 1645 stellt die Zahl der Gesellen, Knechte und der Jungen, die bei der Stadtverteidigung besonders und zuerst in Betracht kommen, eine stattliche Mannschaft dar. Es sind, nach dem Verzeichnis angeordnet

bei den Handelsleuten	11	Diener,	36	Jungen
„ „ Riemern	4	Gesellen,	4	„
„ „ Weißgerbern	4	„	2	„
„ „ Hutern	17	„	3	„
„ „ Seifensiedern	3	„	3	„
„ „ Kürschnern	5	„	3	„
„ „ Schneidern	19	Knechte	1	Junge
„ „ Klingenschmieden	1	Gesell,	—	„
„ „ Tischlern	2	Gesellen,	6	Jungen
„ „ Bindern	17	„	6	„
„ „ Hafnern	7	„	6	„
„ „ Badern	—	„	6	„
„ „ Zinngießern	—	„	—	„
„ „ Barbieren	—	„	—	„
„ „ Drechslern und				
„ „ Buchbindern	4	„	6	„
„ „ Schuhmachern	23	Knechte	9	„
„ „ Bäckern	28	Gesellen,	5	„

¹⁾ Es werden dort der Reihe nach genannt: die Bader, Gürtler, Schuster, Hafner, Binder, Hufschmiede, Wagner, Weber, Lederer, Schneider, Fuhrleute, Kürschner, Weißgerber, Tuch- und Kotzenmacher, Fleischhacker, Krämer, Eisenhändler, Leinwather, Hutstepper, Müller, Zimmerleute, Steinmetze, Maurer, Schlosser, Büchschenschter, Kupferschmiede, Klampferer, Plattner, Feilhauer, Schwertfeger, Griffelschmiede, Schwertschmiede, Sporer, Messerschmiede, Kurzmesserer, Tischler, Klingenschmiede, Schleifer, Polierer, Hammerschmiede, Huter, Sieber, Seiler, Glaser, Deckenmacher, Sattler, Rieme, Kummetsmacher, Nestler, Beutler, Nadler, Maler, Barbierer, Goldschmiede, Zinngießer, Drechsler, Buchbinder, Wirte, Fischer, Kässtecher, Lebzelter, Kerzenmacher, Seifensieder, Brantweiner, Färber, Leitgeben, Tuchscherer, Metsieder, Rauchfangkehrer, Pflasterer, Schweindler und zuletzt die Bäcker.

bei den	Zimmerleuten	29 Gesellen, ¹⁾	—	Jungen
„	„ Sattlern	9	„	„
„	„ Wagnern	—	„	4 „
„	„ Lederern	7 Knechte,	—	„
„	„ Messerschmieden	3 Gesellen,	2	„
„	„ Fleischhackern	16 Knechte,	3	„
„	„ Landkutschern	5	„	— „
„	„ Schlossern, Sporern, Schiftern, Griffelschmieden, Feilhauern	19 Gesellen,	6	„
„	„ Hufschmieden	9 Knechte,	6	„
„	„ Goldschmieden und Malern	3 Gesellen,	6	„
„	„ Steinmetzen und Maurern	13 ²⁾	„	7 „
„	„ Tuch- und Kotzenmachern	7	„	— „
„	„ Seilern	4	„	— „
<hr/>				
zusammen . 269 Gesellen, 130 Jungen				
also insgesamt 399 Mann.				

Die Meister selbst bilden eine Schar Leichtbewaffneter und erscheinen in folgender Anzahl:

Handelsleute 37, Schuster und Schneider je 11, Bäcker 10, Steinmetze und Maurer zusammen, sowie Tuch- und Kotzenmacher je 10, Fleischhauer 9, Binder, Huter je 8, Wagner 6, Weißgerber, Kürschner, Zimmerleute, Sattler, Lederer, Tischler, Hufschmiede, Seiler je 4, Rierner, Bader, Landkutscher, Seifensieder, Hafner, Drechsler, Schlosser, Goldschmiede je 3, Klingenschmiede, Griffelschmiede, Maler je 2, Büchsenmacher, Sporer, Zinngießer, Barbieri, Buchbinder je 1 Mann, zusammen 187 Meister.

Im Jahre 1700 ließ der Rat nach dem Auftrage Leopolds I. von den einzelnen Zechen die Zahl der Werkstätten, insbesondere die Listen der auswärtigen zugehörigen Ortschaften aufnehmen, die für manche Zunftladen eine ganz bedeutende Ausdehnung ergaben, wie für die Müller, für die Bader, für die Seifensieder u. a. Der Bezirk reicht gewöhnlich im Norden zu größerer Entfernung als im Süden. Er findet im Norden mehrmals seine Grenze erst an der Donau, zu Beispiel bei den Glasern; bei den Seifensiedern finden wir sogar Krems mit 2 Meistern noch in Wiener Neustadt einverleibt; dagegen sind bei 2 Handwerken sogar steirische Ortschaften inkorporiert: bei den Tischlern Neuberg, bei den Weißgerbern Pöllau. Orten in dem deutschen Westungarn begegnen wir bei der Mehrzahl der Neustädter Handwerksladen. Zu der hiesigen Weißgerberlade gehören sogar Raab und Preßburg, und zu den auswärtigen Ortschaften der Neustädter Seilerlade gehören neben 3 österreichischen 6 ungarische Orte mit 14 Meistern.

Wenige Werkstätten der Handwerke waren von Witwen betrieben. Wir wissen, daß die damalige Zeit nach möglichster Gleichheit strebte, daß auch in den Handwerken kein Meister den anderen über den Kopf wachsen sollte: die Zahl der Gesellen und der Lehrlinge war beschränkt und vorgeschrieben. Im scheinbaren Widerspruche damit steht es, daß im Jahre 1700 der Steinmetzmeister Lamprecht Eder 8, ein Zimmermeister Kaspar Hupfner gar 14 Gesellen hat. Allein man muß bedenken, daß ein einziges größeres Werk derselben viele Hände fordert.

In den ersten Jahrzehnten unseres Zeitraumes wurde auch die Frage wegen der Fahnen der einzelnen Handwerke in Beratung gezogen und eine Ordnung bezüglich derselben hergestellt. Schwächere und finanziell

¹⁾ Ein Zimmermann hat 14 Gesellen.

²⁾ Der Steinmetz Lamprecht Eder hat 8 Gesellen.

weniger günstig stehende Gewerbe wurden vereinigt, zur Beschaffung einer gemeinsamen Zechfahne verhalten. Hiebei gibt die Verwandtschaft der Gewerbe keinen Ausschlag. Im September des Jahres 1614 wurden die einzelnen Handwerke vorgeladen, und wird im Laufe der zweiten Hälfte des Monats die Fahnenordnung entschieden. Im Jahre 1618 finden wir dann folgende Zusammenstellung: Je eine Fahne haben die Bader, die Bäcker, die Binder, die Fleischhacker, die Gürtler, die Lederer, die Schneidermeister und überdies die Schneidergesellen und die Weber, ebenso die Steinmetze und Maurer zusammen. Den Schustern sind die Hafner angegliedert, den Hufschmieden die Wagner, den Müllern die Zimmerleute, den Fuhrleuten die Faßzieher. Mit den Kürschnern sind die Weißgerber, die Tuch- und Kotzenmacher verbündet, mit den Krämern außer den Eisen- und Leinwandhändlern noch die Hutstepper, während die Huter selbst eine gemeinsame Fahne mit den Siebern, Seilern, Glasern und Deckenmachern besitzen sollen; sie haben eben noch keine Fahne und müssen versprechen, dieselbe ehestens aufzurichten. Dasselbe sägen 1. die Messerschmiede, Kurzmesserer, Tischler, Klingenschmiede, Schleifer, Polierer und Hammer-smiede, 2. die Sattler, Rierner, Gürtler, Kummetsmacher, Nestler, Beutler, Nadler, 3. die Maler, Barbierer, Goldschmiede, Zinngießer, Drechsler und Buchbinder, 4. die zusammengewürfelte Gruppe der Gastwirte, Fischer, Kässtecher, Lebzelter, Kerzenmacher, Seifensieder, Branntweiner, Färber, Leutgeben, Tuchscherer, Metsieder, Rangfangkehrer, Pflasterer und Schweindler für ihre Fahne zu. Die Schlosser mit den Büchsenschiftern, Kupferschmieden, Uhrmachern, Klemperern, Plattnern, Feilhauern, Schwertfegern, Griffelschmieden und Sporern, verwandtschaftlich vereinigte Gewerbe, erklären, daß ihre Fahne bereits gemacht werde. Im ganzen haben die Gewerbe unserer Stadt 22 Zechfahnen.

Eine unangenehme Lage für die Neustädter Handwerke schuf die Nachbarschaft von Wien, das für eine Anzahl Gewerbe die Hauptlade des ganzen Landes zu sein beanspruchte und das Erscheinen der Neustädter Handwerksgenossen bei ihren Versammlungen verlangte. Umgekehrt pochte man in Wiener Neustadt auf die Selbständigkeit der Stadt, die ursprünglich von allen Lasten und Leistungen des Landes befreit war und auch damals noch mit dem Hinweise auf ihre Privilegien sich manche Entledigung von den Abgaben für Staat und Land zu verschaffen wußte. Selbst Handwerke mit nur zwei Mitgliedern, ja sogar mit einem Meister wollten sich der Wiener Lade und ihrer Ordnung nicht unterwerfen. Wiederholt beschwerten sich einzelne und wieder alle hiesigen Gewerbe gegen dieses Drängen der Wiener. Und wiederholt wendet sich der hiesige Rat an den Wiener, so 1629, 1637, und an die Regierung, 1642, welche die Wiener Gewerbe mit Strafe bedroht. Eine neue Beschwerde der Neustädter vom Jahre 1647 wurde der für ähnliche Fälle geschaffenen Handwerkskommission zugewiesen, die jedoch im Jahre 1649 wieder aufgehoben wurde. Geschehen war in der Angelegenheit noch nichts; doch regelte sich die Sache allgemach von selbst, indem die kleinen Handwerke sich den Wienern anschlossen, die größeren selbständig wurden.

Von der allgemeinen Regel, daß man nur ein Gewerbe betreiben dürfe, begegnen wir in unserem Zeitraume keiner Ausnahme; ein Kramer, der neben seinem Geschäfte noch eine Gastgewirtschaft führt, wird durch die Drohung, daß ihm sein Wirtshaus verkauft werde, wieder zur Ordnung zurückgebracht. Aber es waren sonst mancherlei Unordnungen in den Handwerken eingerissen. Am 30. Oktober 1629 wirft der Rat allen Zechen vor, daß sie mit ihren Feuerrüstungen liederlich umgehen, und droht mit Strafen. Im Jahre 1655 kommt von Kaiser Ferdinand III. selbst ein Erlaß an den

Rat der Stadt wegen der Mißbräuche und Unordnungen in den Handwerken und verlangt deren Behebung, allenfalls Einsendung der Ordnungen; es seien für alle Handwerke gemeinsame (allgemeine) Artikel aufzustellen; denn die Handwerke, sagt ein Erlaß Kaiser Leopolds vom 12. Dezember 1659, maßen sich Freiheiten und Rechte an, die ihnen nicht gebühren. Von demselben Gesichtspunkte geht offenbar auch der Befehl vom 1658 aus, daß alle Handwerke ihre Privilegien neu bestätigen lassen müssen. Besonders häufig war das gegenseitige Schelten der Handwerker, der Meister, Gesellen und Jungen, gegen das ein Erlaß Ferdinands III. vom 26. Jänner 1656 auftritt. Im Jahre 1660 trägt der Rat den Zünften auf, das Anfertigen von veralteten, unnützen und teuren Gegenständen als Meisterstücke abzustellen. Eines aber berührt recht unangenehm: es gibt kaum ein Handwerk, das nicht wegen unreellen Gebarens, wegen Verstoßens gegen die Ehrlichkeit bemakelt wäre. Eigennutz schlimmer Art, das Bestreben, hindernde Punkte der Handwerksordnung zu umgehen, stoßen uns bei jedem Schritte auf; am ärgsten, wenigstens am auffälligsten tritt dies bei den Gewerben hervor, die Lebensmittel erzeugen. Freilich ist bei diesen und bei dem raschen Umsatze derselben die Anreizung dazu am stärksten. Es ist geradezu kennzeichnend, daß die Handwerksordnungen außer den Mahnungen zu guter Zucht fast durchweg noch die Bestimmung aufnehmen, sich auch an die Ordnung zu halten. Wir können somit von den Handwerkern jener Zeit in unserer Stadt nicht mit Befriedigung Abschied nehmen.

Der Handel.

Auf das Gebiet des Handels tretend, wollen wir uns zunächst mit ein paar Vorfragen beschäftigen. Bei den Straßenmängeln, insbesondere des Weges von Neustadt nach Wien, zu dessen Instandhaltung eine große Zahl Ortschaften des Landesgerichtes Wiener Neustadt herangezogen wurde, wollen wir uns nicht aufhalten; allein der verbotenen Wege müssen wir wieder gedenken, der Straßen, welche wegen der Privilegien unserer Stadt nicht befahren werden durften. Unsere Periode weist auch eine Anzahl Erlässe in dieser Richtung auf; so 1598 gegen das Vertreiben von Vieh nach Steiermark, 1615 und 1625 Generalerlässe. Im Jahre 1694 machen die Eisenhändler eine Eingabe wegen des Benützens verbotener Straßen; im nächsten Jahre wiederholen sie die Beschwerde gegen diesen Mißbrauch und bitten dringend um die Abstellung, die freilich nicht leicht möglich ist.

Im Jahre 1701 kommt ein neuerlicher Befehl an den Rat, auf die Benützung verbotener Straßen achtzugeben, und 1707 bestätigt der Rat selber, daß er für die Einhaltung der wichtigen Straßen Sorge trage: hatte er doch schon im Jahre 1642 beschlußweise den Überreitern aufgetragen, den Händlern, die sie auf falscher Straße ertappten, die Fässer einzuschlagen, Räder und Wagen zu zerschlagen; und einem Manne, der sich gegen einen Überreiter gewehrt hatte, wurde sogar ein Roß erstochen. Und doch war es nicht besser geworden.

An die Frage wegen der Straßen schließt sich natürlich die Mautfrage an, die während unserer ganzen Epoche eine Marter für den Neustädter Handel wurde, da die hiesigen Handelsleute auf Grund ihrer Mautprivilegien nirgends Maut zahlen wollten und doch überall Mauten entstanden waren, die ihre Ansprüche erhoben. Und so entsteht ein Streit nach dem andern, nah und fern. Mit Neunkirchen gab es einen Zwist im Jahre 1655, da man dort Neustädter Handelsleuten, die Baumöl in Graz gekauft hatten, wider alle Ordnung die Maut abverlangte. 1599 und 1600 sind neue Regierungsbefehle an Neunkirchen notwendig, da sie abermals die Händler unserer

Stadt mit der Maut beschwerten. Ein kurzer Zwist spielte sich im Jahre 1654 wegen der Maut zu Stuppach mit Wägele von Walsegg ab, der eine Abgabe von jenen begehrte, die Wein in Neustadt gekauft hatten. Weit hartnäckiger ist der Streit mit der kaiserlichen Maut in Schottwien, der eigentlich schon im Jahre 1580 anhebt und beinahe ununterbrochen bis zum Jahre 1599 fort dauert und 1609 bis 1612 abermals auflodert. Er wurde wohl zugunsten von Wiener Neustadt entschieden, aber im Jahre 1665 wird abermals ein Fall solchen unbefugten Mautverlangens festgestellt. Die Sache wurde wohl geregelt, jedoch im Jahre 1676 erhebt der Mautner zu Schottwien neuerdings eine Abgabe von den Neustädtern; und auf deren Beschwerde erhalten sie von der Hofkammer die Aufklärung, daß diese Abgabe einen „Zettel“ groschen bedeute, auf den der Mautner mit seiner Besoldung angewiesen sei. 1677 wird allerdings diese Forderung abgestellt. 1652 führte Neustadt einen Schriftwechsel mit Mürrzuschlag in der gleichen Angelegenheit, 1643 mit Wolf von Stubenberg wegen Mauterhebungen in Hundsmarkt und in Kapfenberg, 1649 mit Knittelfeld wegen der dortigen Maut.¹⁾

Veit Schinderl von Schönau hatte zu Sollenau und zu Neudorf eine Maut, hatte dieselbe im Jahre 1640 sogar wegen notwendiger Wegbesserung etwas erhöht, und der Zwist mit ihm fand in diesem Jahre, ferner 1642 und wieder 1659, Ausdruck, ohne daß eine Abstellung eingetreten wäre.

Öfter wiederkehrende Streitigkeiten entbrannten wegen der Mauten in Wien, wo Forderungen verschiedener Art von den Handelsleuten erhoben wurden. Am 30. Dezember 1614 beschwerten sich die Neustädter, daß sie in Wien, wenn sie über die Brücke fahren und ihre Waren weiter verführen wollen, angehalten und zu einer Maut am „Kärnertor“ gezwungen werden; ähnliche Klagen hören wir im Jahre 1698. Ebenso klagen sie 1629, daß die Wiener sie mit einer neuen Abgabe, 1 Groschen Schreibgeld für jeden Mautzettel, belästigen. Weiter wurde eine Maut für die in der Donau stromaufwärts zu führenden Waren begehrte, eine Wassermaut: es ist die kaiserliche Hauptmaut am Rotenturm, welche diese und andere Beschwerden hervorruft (1641, 1655, 1703). Im Jahre 1700 gesteht dieselbe jedoch den Neustädter Lederern, Weißgerbern, Kürschnern, Riemern wegen des erlittenen Schadens durch die Feuersbrunst die Mautfreiheit zu.

Über die Maut im Waghause verläutet keine Klage. Auch die Tabormaut, die spätere kaiserliche Hauptmaut, hält die nach Norden weiterfahrenden Neustädter Geschäftsleute an, hat von einem Handelsmann 63 Gulden für ausgeführte Weine abgenommen, und auf eine Klage von Wiener Neustadt deswegen wird dem Kammerprokurator am 10. September 1707 vollständig Recht gegeben. Es war ein Handelsgeschäft nach den Ländern der böhmischen Krone. Der Rat von Neustadt seinerseits ließ im Jahre 1635 durch die Viertelmeister alle Geschäftsleute aufschreiben, die in Wien Maut gezahlt und so zur Schädigung der städtischen Privilegien beigetragen hatten, und 1653 ließ er einmal die Mitglieder der Kramerzeche vorladen, um sie aufmerksam zu machen, daß sie für jene Zettel, die sie am Rotenturm in Wien für die auszuführenden Waren lösen müssen, keine Gebühr zu entrichten haben; nur sollen sie sich „aller trutzig und üppigen Worte“ gegen die Beamten enthalten.

Eine eigentümliche Beschränkung der Handelsstraßen offenbart sich im Jahre 1642: Neustadt verhindert einen Ödenburger, Waren, die über den Semmering aus Italien gekommen, in seine Stadt zu führen mit dem Bedeuten: was über den Semmering aus Italien eingelangt sei, müsse von hier nach Wien geführt werden. Etwas anderes sei nicht in der Ordnung.

¹⁾ In der Richtung nach Norden erhob sich 1672 ein bald wieder beigelegter Zwist wegen der in Pottendorf erhobenen Maut.

Der Handel von Wiener Neustadt ging auch bis Schlesien, wobei es sich hauptsächlich um Wein handelte; und ein Verzeichnis um das Jahr 1600 nennt bis dorthin nicht weniger als 23 Mautstätten, davon drei in Wien: das Waghaus, am roten Turm und die Tabormaut. Bestätigungen über den Handel nach Schlesien laufen durch unsere ganze Periode. 1625 erließ ein Befehl Kaiser Ferdinands II. an die schlesische Kammer wegen einer Gewalttätigkeit gegen Neustädter Händler, da Zoll und Maut von ihnen verlangt wurde. 1644 stellt Ferdinand III. am 11. März einen Freibrief für 300 Eimer Wein nach Schlesien aus. Im Jahre 1664 entspann sich ein kurzer Streit der Stadt mit dem Bistum Olmütz wegen einer Maut zu „Wischa“. Am 8. August 1698 berichtet dann die schlesische Kammer, daß sie die Mautfreiheit von Wiener Neustadt gelten lasse, jedoch nur für Bauweine und gegen Bestätigung des Neustädter Bürgertums durch den Rat.

Was den Handel nach Westen anbelangt, so kommt vor allem die Donau als Straße in Betracht, und da werden auch die Neustädter an allen Mautstätten zur Entrichtung der Maut genötigt. Der Erlaß des Rates vom 14. Mai 1658, es mögen die Händler sich jedes Handels donauaufwärts enthalten, bis die Sache günstig für die Stadt ausgetragen sei, ist freilich wenig geeignet, den Handel zu heben oder zu fördern. Trotzdem kommt derselbe noch öfter vor. Von den einzelnen Mautorten, mit denen sich Zwistigkeiten entspannen, werden genannt: Aggstein, 1657; Melk, gegen dessen Abt Valentin mehrmals Beschwerde erhoben wird, 1642 und 1654; Ybbs, wo ein eigener Aufschlag verlangt wurde; Beschwerden laufen 1639, 1682, 1683, bis ein Erlaß Leopolds I. vom 9. September 1687 den Ybbser Mautnern auftrug, von den Neustädtern für Kaufmannswaren, auch „trucken“ Waren, keinen Aufschlag zu nehmen; Mauthausen, dessen Mautner zweimal einen Streit hervorriefen: 1599 bis 1602 und 1616, indem sie von den Neustädter Händlern die Vorlage der Privilegien verlangten. Der Handel unserer Stadt ging bis Linz, über dessen Maut nur geringfügige Bemängelungen laut wurden.

Auch bei dem Handel der Neustädter mit Ungarn spielen die Mautfragen und Mautstreite eine Rolle. Nur einiges sei angeführt. 1628 beschwert sich der hiesige Rat gegen den Paladin Eszterházy wegen einer Maut für die durch Milichdorf geführten Waren. Eine Beschwerde gegen Ödenburg, das von den Neustädtern Maut abnehme, wird friedlich beseitigt, 1671; Graf Nadasdy hat schon 1652 erklären lassen, daß er auf seinen Anteil Maut bei Ödenburg verzichte. Der Mautner von Ungarisch Altenburg bezeugt auf eine Klage der Neustädter Händler, daß sie keine Maut geben, sondern 1 Groschen Zettelgeld. Doch richtet der hiesige Rat noch im Jahre 1669 ein Schreiben an Nikolaus Draskowitz von Drakostian, daß er die Neustädter bei der Maut in Ungarisch Altenburg frei passieren lasse. Von einem Ergebnis erfahren wir nichts. 1650, 1652 und 1656 beschwert sich Neustadt auch gegen Preßburg wegen einer den hiesigen Handelsleuten abgenommenen Maut. Und am 2. April 1669 beschließt der Rat auf eine Eingabe der Handelsleute, ein Schreiben an den Bischof von Raab wegen dessen Steigerung der Maut zu richten. Im Jahre 1701 endlich kommt eine Beschwerde der Handelsleute hier gegen die Mautner zu Pinkafeld und zu St. Martin wegen abgeforderter Maut und verschiedener Ungehörigkeiten ein, worauf ein kaiserlicher Befehl an die genannten Mautner ergeht, sich aller dieser Ungebühr zu enthalten.

In den Jahren 1631, dann 1658 erließen vom Hofe selbst allgemeine Erlässe gegen die Privatmaturen, namentlich wegen willkürlicher Steigerung der Gebühren, und wird mit der Einziehung solcher Mauten gedroht; dagegen wird im Jahre 1686 auf eine Eingabe unserer Stadt von der Hofkammer die Errichtung einer Grenzmaut gegen Steiermark ins Auge gefaßt, da

unbefugte Händler so viel über diese Grenze verfrachten. Die niederösterreichischen Verordneten traten im Jahre 1702 aus gleichem Grunde an denselben Gedanken heran; die Sache blieb jedoch abermals in den Anfängen stecken.

Neben all den Streitigkeiten und Bedrängungen liefen fortwährende Erlässe an Mautherren und Mautner wegen der Mautfreiheit von Wiener Neustadt, die nicht verletzt werden dürfe; so zum Beispiel 1602, 1617, 1622, 1630, 1634, 1635, 1654, sowie mehreremal der Auftrag an Neustadt, die Mautprivilegien vorzulegen; so zum Beispiel 1643.

Eine Eingabe der Stadt um Befreiung von allen neuen Mauten und Zöllen, von allen Steigerungen derselben vom Jahre 1651 wird von der niederösterreichischen Regierung abgewiesen.

Auf einmal werden im Jahre 1657 die Mautfreiheiten von Neustadt, von Baden und von anderen Orten suspendiert, was eine Mitteilung vom 24. Mai den Mauten zur Kenntnis bringt; ja es bestehe der Plan, dieselben gänzlich aufzuheben. Offenbar hängt dies mit der Errichtung eines neuen Mautvektigals zusammen, das 1658 erschien, von dem es wohl keine Ausnahme geben sollte. Aber schon am 8. Jänner 1669 erschien eine eigene Mautordnung für unsere Stadt, die an 400 Nummern in alphabetischer Reihenfolge aufzählt, mit Angabe der Mautgebühr, die dafür zu nehmen sei. Und eine Zuschrift bemerkt dazu, daß man nicht alle Warengattungen erschöpfen könne, und daß es der Stadt überlassen bleibe, nach dem Verhältnisse selbst zu bestimmen, was an Maut für etwa nicht aufgezeichnete Waren zu fordern sei. Man solle etwa für den Warenwert von 1 Gulden 2 Pfennige festsetzen. Die Suspendierung der Neustädter und der Badener Mautfreiheiten wurde zurückgezogen; doch verkündete ein Erlaß Kaiser Leopolds I. an Neustadt vom 21. Oktober 1672, daß auch den mautfreien Städten und Märkten nicht gestattet sei, Waren ohne Zahlung des neuen großen Aufschlages aus- oder einzuführen.

Im Jahre 1706 macht Kaiser Josef I. in einem Erlasse an Wiener Neustadt darauf aufmerksam, daß die Mautprivilegien erst gelten, wenn sie bestätigt seien; die Bestätigung sei binnen drei Monaten zu erwirken. Aber im Jahre 1710 verkündet der Herrscher, daß die Mautfreiheit von Wiener Neustadt im vollen Umfange aufrechterhalten sei; nur fügt der Erlaß vom 30. Mai hinzu, es sei den Bürgern einzuschärfen, daß sie ihre Freiheiten nicht mißbrauchen, da die Privilegien sonst eingezogen und die Übertreter mit Geld- und Leibesstrafen belegt werden müßten.

Nachträglich wollen wir noch bemerken, daß im Jahre 1620 die Bürgerschaft verhalten wurde, ihre Mautbriefe zu erneuern, wofür eine Zahlung an den Bürgermeister zu leisten war.

Aus der Umgebung von Neustadt sucht Lichtenwörth im Jahre 1635 vergeblich um Mautbefreiung an; dagegen wird ihm im Jahre 1707 wegen des von den Rebellen erlittenen Schadens die Roßmaut nachgesehen. Den Zillingdorfern wird im Jahre 1635 die Maut auf fünf Jahre erlassen, wogegen sie Wege und Stege auf Verlangen ausbessern müssen. Auch im Jahre 1707 werden sie wegen ausgestandener Kriegsnot und wegen eines Brandes mautfrei gelassen („bis Micheli“, 29. September). Da bieten sie im Jahre 1650 selber an, die Mautzahlung wieder zu übernehmen, um von der Weg-erhaltung entbunden zu sein. Ein Ratsbeschluß des Jahres 1660 erklärt, daß die Badener trotz ihrer Freiheiten die Maut in Neustadt zu begleichen haben. 1670 klagt Piesting, daß Neustadt durch eine auf fremde Waren geschlagene Maut den Besuch ihrer Wochenmärkte hindere. Im Jahre 1660 wird nach längerem Verhandeln ein Übereinkommen mit dem Bistum Wien wegen des Ortes Gleißfeld getroffen, das diesem Bistum untertänig ist und ebenfalls

ein Mautprivilegium besitzt. Der Vertrag vom 2. September 1660 gesteht Neustadt das Recht zu, die in und um Gleißenfeld zu- und durchgeführten Weine zu beschlagnahmen, nur ihre Baumoste können sie ungehindert zuführen; sie sollen auch die Neustädter Überreiter unterstützen. Dagegen soll alles, was sie für ihre Hausnotdurft brauchen, bei den Neustädter Mautstellen frei sein. Schottwien muß nach einem Befehle Ferdinands II. vom Jahre 1632 in Neustadt die Maut entrichten, wird jedoch von der Niederlage daselbst befreit. Mit Hartberg, das ebenfalls von der Maut hier frei sein will, werden im Jahre 1641 Verhandlungen geführt, die aber kein Ergebnis zeitigten. 1708 verlangt der Reichersberger Pfarrer Rückgabe der Maut, die gegen die Privilegien des Klosters für eine Fuhre Hafer und Wein nach dem Reichersberger Freihof in Guntramsdorf zu Neustadt abgefordert wurde. Von den Transleithaniern haben sich einmal (in den siebziger Jahren) die Ödenburger über die einem dortigen Bürger in Neustadt abgenommene Maut in Bedenken geäußert, bezüglich deren Leopold von Kollonitsch vermittelte.

Aus einem Kommissionsberichte aus der letzten Zeit des Jahrhunderts¹⁾ geht übrigens hervor, daß die Stadt die ihr vorgeschriebenen Gebühren des Vektigals von 1669 wesentlich überschritt.

In Neustadt war auch eine kaiserliche Maut, welche ihre Taxen von den Bewohnern der Umgebung für die zu Markt gebrachten Waren einhob. Eine Eingabe der Stadt um Wegziehung dieser Maut wird zwar den Mautinspektoren und den Hofkammermittelsräten zur Begutachtung übergeben; doch weiter geschah nichts.

Ein wichtiges Begleitstück für jeden fremden Handelsmann ist der Paßbrief, der natürlich von einer maßgebenden Persönlichkeit herrühren muß, wenn er Anerkennung finden soll. Im Jahre 1629 stellt der Rat selber einmal dem Wolf Mathes von Königsberg auf seine Bitte einen Paß zum Führen von 164 Eimer Wein aus. Sonst wären nur Pässe von den Regenten zu erwähnen. So zum Beispiel 1615 von Kaiser Matthias zur Passierung von Eisen nach Wien, von Ferdinand III. 1645 für einen Neunkirchner zur Führung von Reifen. In demselben Jahre durfte auch der Kurfürst von Bayern 500 Mut in Ungarn erkaufte und 103 Mut von dem Bischof von Wiener Neustadt erkaufte Getreide frei durchführen. 1651 wurde ein Freipaß für die Franziskaner von Mürzzuschlag zur Passierung mit Wein erteilt. Von Leopold I. wurde für einen Eisenhändler in Tyrna zur Durchfahrt mit Eisen zu Befestigungsbauten, und 1691 für den Hofeisenhändler zur Durchführung von verschiedenen Eisenwaren die Mautfreiheit gesichert. In demselben Jahre äußerte sich die Stadt gegen die Erteilung solcher „landschädlicher“ Eisenpässe und bat um Berücksichtigung ihrer Bedenken. Es fruchtete indes nichts gegenüber besonders wichtigen Zwecken. Und im Jahre 1696 liegt wieder ein kaiserlicher Paßbrief für die Materialienzufuhr zum Burgbau vor. Dagegen liegt aus dem Jahre 1704 eine Mahnung Leopolds an den Rat von Neustadt vor, darauf zu achten, daß keine Pferde ohne Spezialpaß ins Ausland verkauft werden.

Trotz selbst der kaiserlichen Paßbriefe werden manche Waren von Neustadt „abgeschossen“: so 1593 einem Händler Wein, den dieser nach Prag führen sollte, so daß dem Rate hier bedeutet wurde, die kaiserlichen Paßbriefe zu respektieren, da sonst die Bestrafung eintreten würde. Im Jahre 1600 verbietet Rudolf II. auch die Aufhaltung der Wiener Fleischhauer trotz ihrer Paßbriefe. Händler ohne solche Pässe verfallen, wie wir wissen, mit ihren Waren gewöhnlich der Beschlagnahme. Aber auch die Beispiele

¹⁾ Leider ohne Datum und ohne Unterschrift (Rp. 114).

für die Wiederherausgabe der Waren sind nicht selten, namentlich wenn der Grundherr oder sonst ein bedeutender Herr für den Geschädigten ins Mittel tritt. Ein Fassel Wein wird auf das Ansuchen der Frau von Danewitz 1614, beschlagnahmtes Eisen eines Gutensteiners auf die Zuschrift des Grafen Hoyos 1642, einem Untertan des Abtes von Melk auf dessen Eintreten 2 Ochsen 1649, konfiszierte Kühe auf die Bitte des Wägele zu Gerasdorf 1650, weggenommener Wein auf das Dazwischentreten der Herrschaft Thomasberg 1653 wieder freigegeben. Am kräftigsten ist selbstredend wieder das Eintreten des Kaisers, das zu einem Befehle wird. So 1616 der Erlaß des Kaisers Matthias, den Aspangern beschlagnahmtes Eisen zurückzugeben, der Erlaß Ferdinands III. wegen Freilassung von Eisen eines Wiener Händlers 1642, und wegen Herausgabe von „Reif und Pand“ an einen Edlitzer Handelsmann, 1646; die Aufträge Kaiser Leopolds, dem Hofeisenhändler 7 Wagen mit Eisensorten zurückzustellen 1690, weiter einem Händler eine Partie Eisen herauszugeben 1702, dem Abte von Melk 60 Zentner Eisen freizulassen 1705.

In anderen Fällen, namentlich wenn keine wichtigen Interessen auf dem Spiele standen, läßt sich die Gemeinde auf Unterhandlungen ein; so mit der Gemeinde Urschendorf (1676) und mit dem Richter von Krumbach (1690) wegen abgenommenen Weines, mit Piesting wegen des einem Hammer-schmied beschlagnahmten Flammeisens (1702). Die Stadt gab vielleicht einen Teil der weggenommenen Waren wieder heraus. So erhielt auf die Vermittlung des Marktes Neunkirchen ein dortiger Eisenhändler die Hälfte von 300 konfiszierten Hauen zurück (1681); der hiesige Tiergärtner bekam von 4 Eimern abgenommenen Bieres ebenfalls die Hälfte zurück (1660); der Burgzimmerwärter war 1651 mit dem Ansuchen um Rückgabe von Wein abgewiesen worden. Einem Wiener Eisenhändler waren im Jahre 1608 einmal 3500 Sensen, 1000 Sicheln und 7 Zentner Getreide und wieder 500 Plattsicheln und 100 Sensen gegen nachträgliche Zahlung aller Forderungen und gegen Revers zurückgegeben worden.

Das Vorgehen gegen die Kaufleute, welche die Maut umfahren, ist noch echt mittelalterlich, barbarisch. Ein Ratsbeschluß vom Jahre 1642 trägt den Überreitern wieder auf, den Händlern die Fässer einzuschlagen, die Räder der Wagen zu zerschlagen, „wie solches Rechts zu tun“. In demselben Jahre wird berichtet, daß das Roß eines Handelsmannes niedergestochen wurde, weil der Mann sich dem Überreiter nicht fügte, wie schon bemerkt.

Wie Wiener Neustadt verfahren auch andere Mautherren; und die Stadt hatte oft genug Gelegenheit, sich gegen Konfiskationen zu wehren. Von dem Bestandinhaber der Herrschaft Schottwien waren im Jahre 1598 einem Neustädter Wein, 1599 einem anderen verschiedene Ware, 1615 einem anderen Eisen konfisziert worden; Wägele von Walsegg ließ allen, die in Neustadt Wein gekauft hatten, in Schottwien Maut abnehmen, was 1653 durch einen kaiserlichen Befehl abgestellt wurde. 1601 hatte der Pfleger von Klamm einem hiesigen Händler Eisen weggenommen. In allen Fällen erreichte ein kaiserlicher Befehl die Herausgabe der Ware.

Im Jahre 1600 nahm Wien 8 Faß dort niedergelegter Zwetschken eines Neustädter Handelsmannes weg und verkaufte dieselben; es wurde später der Wert in Geld zurückgezahlt.

Die Landschaft Niederösterreich nahm im Jahre 1681 ungarische Bauweine, welche von den Neustädtern donauaufwärts nach Linz geführt werden sollten, den Händlern durch Überreiter weg; auf eine Eingabe wurde ihnen gestattet, den Wein zurückzuführen. Kaiserliche Überreiter hatten im Jahre 1650 von Neustädter Grund 4 Kühe und 1 Kalbin weggetrieben, die Enzersdorfer Untertanen gehörten. Das Vieh mußte wieder zurückgestellt werden.

Nun müssen wir noch einige Worte über die Maße und Gewichte einfügen, die auch in unserem Zeitraume nicht zur Ruhe kommen. Dieselben müssen zimentiert sein. Nun handelt es sich einerseits um die Revidierung, die durch das Handgrafenamt erfolgen soll, während die Stadt in wiederholten Eingaben 1618, 1629 und noch 1688 mit dem Hinweis auf ihre Privilegien dieses Recht für sich in Anspruch nimmt und schließlich dasselbe erlangt. 1692 gibt der Rat selbst den Auftrag zu dieser Revision. Noch 1682 war aber die Stadt von dem Bestandinhaber des Zimentierungsamtes verklagt worden, daß sie selbst zimentiere und eine Gebühr dafür einhebe. Dies wurde abgestellt. Andererseits zeigt sich zum Beispiel, daß noch immer mit anderen als dem Stadtmetzen umgegangen wird. 1634 erhält der Stadtrichter den Auftrag, dagegen einzuschreiten. Im Jahre 1647 und wieder 1677 laufen Beschwerden ein, daß in Freihäusern gehandelt werde und unrichtige Metzen in Verwendung stehen.

Noch im Jahre 1704 muß ein Generalerlaß Kaiser Leopolds eine Zimentierung aller Maße und Gewichte anordnen. Daneben läuft das Bestreben fort, im ganzen Lande ein einheitliches Getreidemaß einzuführen, wie ein Erlaß Kaiser Ferdinands III. vom 18. Dezember 1651 an unsere Stadt beweist, der freilich erst ein Gutachten vom Rat verlangt!

Wir treten nun den Handelsleuten selbst näher. Im Jahre 1651 stoßen wir auf eine Ordnung für die Handelsleute: sie müssen in die Zeche eintreten und 10 Gulden oder, wenn sie die Handlung nicht erlernt, sondern gekauft oder geerbt haben, 20 Gulden zahlen. Die Bruderschaft kann allenfalls die Gebühr verringern. Was die Juden hereinbringen, sollen sie zuerst den Handelsleuten anfeilen. Landfahrende Krämer sind nicht zu dulden. Die an einem Orte Seßhaften können an Wochenmärkten hier feilhaben. Welsche Krämer dürfen drei Tage hier verkaufen, sollen ihre Waren auch den hiesigen Krämern feilbieten. Beim Abziehen dürfen sie keine verbotenen Straßen und nicht nach Ungarn oder auf andere Märkte fahren. Die Handelsleute sollen nicht ellenweise oder pfundweise kaufen. Wenn ein Handwerker die Handlung beginnen will, muß er sein früheres Gewerbe aufgeben. Im Jahre 1653 vernehmen wir den Vorwurf, daß die Handelsleute ihre Waren überteuern; dagegen schaffen sie nicht einmal ihre eigene Feuerrüstung an; 1664 wird ihnen diese Anschaffung, die alle Zünfte auf sich genommen haben, ebenfalls vom Rate aufgetragen.

In der ganzen zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts stoßen wir auf ein ernstes Bestreben des Rates, auf jenes der „Handlungsseparation“. Wir haben schon erfahren, daß man in allen Richtungen danach trachtete, eine gewisse Gleichheit der Einzelnen in einer Körperschaft herzustellen: keiner sollte den anderen ganz über den Kopf wachsen! Was aber in einer Zunft, in einer Bruderschaft Regel war, sollte auch im größeren Umfange gelten: es sollte auch keine Stadt einen solchen Vorzug haben, daß sie alle anderen in den Hintergrund schob oder gänzlich verdrängte. Es liefern uns dabei die ganzen zur Besprechung kommenden Tatsachen den Beweis, daß der Handel unserer Stadt in Blüte stand. Wir begegnen zuerst einer Beschwerde der Handelsleute gegen zwei ihrer Mitgenossen, die den Handel in besonders großem Umfang betrieben. 1655: Adrian Gruber und Martin Unruhe, die zusammenarbeiten, haben, wie der Rat feststellen läßt, im Jahre 1653 zu Wien, Krems, Linz und anderwärts 12 Sack = 150 Zentner Pfeffer verkauft, Krämereiwaren um 18.000 Gulden, Baumöl in Villach, Graz 95 Zentner gekauft, haben nach Linz 280 Rindshäute, 450 Kalbfelle, 50 Tonnen Honig, 30 Zentner Zwetschken geführt, in den Jahren 1653—1656 von den Märkten in Linz nicht weniger als 55.200 Gulden nach Neustadt gebracht, für die damalige

Zeit ganz außerordentliche Summen. Im Jahre 1655 haben sie 7773 Häute, 85 Eimer Wein, 100 Tonnen Honig und 4 Zentner Wachs dorthin geführt, so daß der Rat am 12. Juli 1657 ihnen mitteilen läßt, daß er ihre vereinigte große Handlung nicht gestatten könne; es sei sogar möglich, daß daraus eine Gefahr für die Stadtprivilegien erwachse. Und am 22. Jänner 1658 beschließt der Rat weiter: Da die Handelsleute trotz allen gütlichen Bemühungen ihren Handel nicht verringern, sondern immer mehr erweitern, wird eine Kommission bestellt, um über die Mittel zur Beseitigung dieser Gefahr für die städtischen Freiheiten zu beraten. Als Gruber und Unruhe im Jahre 1658 um Abführung von 1930 verschiedenen Häuten, 50 Tonnen Honig und 30 Zentner Zwetschken für den Ostermarkt nach Linz ansuchen, wird ihnen nur die Hälfte bewilligt. — Bei der Kommission geht es selbstverständlich wieder sehr langsam vorwärts; im Jahre 1659 wird den Kommissären wahrscheinlich auf einen vorläufigen Bericht hin erklärt, daß gewisse Handelszweige eingeschränkt, andere ganz beseitigt werden sollen. 1660 werden zwei Wollhändler, die, wie es heißt, auf dem Marchfelde alles zusammenkaufen, zur „Mäßigung“ ihrer Handlung gemahnt. 1664 wird wieder eine allgemeine Mahnung zur Einschränkung erlassen und gleichzeitig vom Bürgermeister allen bedeutet, nichts ohne seine Bewilligung auf den Markt nach Linz zu führen. Das war am 23. September: am 8. November aber erlaubt der Rat sechs Kaufleuten, insgesamt 276 Tonnen Honig dorthin zu verfrachten.¹⁾ Im Jahre 1686 erfolgt in Vollziehung eines kaiserlichen Befehls, daß die Handlungen nicht promiscue geführt werden dürfen, der Auftrag des Rates an die Handelsleute, nicht verschiedenartige Waren im Geschäfte zu haben; im nächsten Jahre wird diese Mahnung wiederholt und mit einer Drohung verbunden. In demselben Jahre, am 5. August 1687, erstattet die vor nahezu 30 Jahren gewählte und mehrmals vervollständigte Kommission ihren Bericht, und der Rat genehmigt folgende Warenteilung:

1. Die Tuchhändler dürfen auch Häute und Honig, aber mäßig, führen. Es sind deren fünf.

2. Die Kurzwarenhändler, deren sieben, dürfen mit allem handeln, was nicht zum Tuch-, Spezerei- und Leinwandgeschäfte gehört.

3. Die Spezereihändler, deren zwei, kaufen und verkaufen Gewürz, Zucker, welsche Früchte, Käse, Safran, ausländische Fische, Stockfisch, Hering, Juchten im Großverkauf.

4. Die Eisenhändler, deren sechs, handeln auch mit Blei, Messing und Kupfer.

5. Die Leinwathändler, deren acht, haben auch Bettzeug und Zwirn.

6. Die Buchbinder, deren zwei, dürfen auch mit Papier und mit Karten handeln.

7. Der Wollhändler, der einzige, ist auf diesen Gegenstand beschränkt.

8. Die fünf Krämer haben in ihren Geschäften alles, was nicht in einem der vorausgegangenen Kaufgeschäfte enthalten ist.

Außer dieser Trennung der Handelsleute in acht Gruppen wird noch beantragt und genehmigt: das Auswechseln der Waren, das Abstellen des übermäßigen Hausierens, der Verkauf der teuren Waren nur nach Gewicht und Elle, der geringeren nicht zu häufig in Stücken; ferner, daß auf die Jahrmärkte nur einige beladene Wagen von dem einzelnen Geschäftsmann ausfahren und daß die aus Ungarn bezogenen Waren nicht auf einmal hergeführt, auch nicht erst an andere Orte gebracht werden sollen.

¹⁾ Es werden dem Caspar Reiß 50—60 Tonnen, dem Magnus Schwinghammer, dem Martin Unruhe, dem Georg Khöffer je 50, dem Isaak Weißmann 40, dem Balthasar Pögele — er ist der große Wollhändler — 26 Tonnen gestattet.

Es herrscht eine förmliche Furcht vor einem allzu lebendigen Geschäftsverkehr, und am 23. September reiht sich sofort an den gefaßten Beschluß der Befehl, die „Separation“ einzuhalten, bei Strafe, was am 22. Jänner 1688 wiederholt wird. Andererseits wird schon am 11. Mai 1688 von sechs Handelsleuten ein Gesuch eingebracht, sie nicht mit der Handelsseparation zu beschweren; und der Rat gibt diese Eingabe den Kommissären zur Begutachtung! Zehn Jahre später, am 8. Juli 1698, werden wieder drei Kommissäre ernannt „zur Reassumierung der Beschlüsse über die Handelsseparation“, ein Zeichen von der Schwäche und dem Schwanken des Rates, in dessen Mitte ja selbst eine Anzahl Handelsherren saßen. Es kommt aber bis zum Jahre 1710 nichts Endgültiges heraus; und am 18. Dezember 1710 werden wieder Verhandlungen mit den Handelsleuten angeknüpft. Schwächere Geschäfte hielten allerdings die Beschlüsse vom Jahre 1687 für bindend. Im Jahre 1698 beklagten sich zum Beispiel die beiden Buchbinder, daß die Kaufleute auch mit Papier und Karten handelten, was für letztere eine Strafandrohung zur Folge hatte.

Von den Handelsprodukten müssen wir noch den Wein an die erste Stelle rücken. Daß die Einfuhr fortdauernd fast nur von Ungarn erfolgt, ist klar. Die Neustädter hatten dort wohl ihre Weingärten; aber sie kauften auch noch Weine für die Weiterfuhr, und zwar trotz aller Verbote auch für den Bedarf in der Stadt; und daß es noch überdies Weinschwärzer gab, bestätigt ein Ratsbeschluß gegen dieselben vom 19. Februar 1636. Um das Jahr 1660 wird eine eigene Ordnung erlassen, wie es mit den Weingärten und mit dem Weinverkauf zu halten sei. Es wird wiederholt, daß in der Lese Wein, Most, Maisch nicht gekauft, nicht für Schulden, zum Tausch usf. angenommen werden darf, daß Weingärten nur mit Wissen und Willen des Rates gekauft werden können, daß ein Handwerksmann keinen Weinberg über 20 Pfund erwerben darf, daß Handwerksleute ohne öffentliches Leutgeben nichts ausschenken dürfen, daß ein Leutgebpreis festzusetzen ist. Von dem neuen Leithagebäu dürfe kein Wein hereingetragen werden; die Gerhabschaften sollen kein Geld zum Weingartkauf leihen . . .

Herrschaften der Umgebung, die ihre Weine hier einlegen, müssen sich verpflichten, dieselben hier nicht zu versilbern: so der Freiherr von Lamberg, der Weikersdorf gekauft hat und seine Bauweine in sein Freihaus hier bringt, 1649; so der Pfleger von Froschdorf, 1652.

Die von dem kaiserlichen Zeugwart und Armaturkommissär Jakob von Eggendorf angesuchte freie Weinschank an die Zeugbediensteten und an die niederländischen Meister wird von der Stadt nicht erlaubt, 1694. Die Durchfuhr von Wein zu bewilligen hat die Stadt oft genug Gelegenheit. Es vergeht kein Jahr, wo nicht um Freipassierung von Weinmengen angesucht wird. Es seien als Beispiele nur angeführt: die Bewilligungen zur freien Weinpassierung von 40 Eimern für F. Ehrnreich Wurmbrand nach Wien 1649, von 100 Eimern für den Grafen Hoyos 1673 und von 17 Eimern 1695, und gegen 100 Eimer für die Serviten zu Gutenstein. Für Matthias Ernst Spindler von und zu Hoffegg stellt die niederösterreichische Landschaft einen Freipaß auf 400 Eimer Ungarwein, nach Wien zu führen, aus, 1677.

Bei der Weinausfuhr steht wieder der Weg über den Semmering an erster Stelle. In unserem Zeitraume, um die Mitte des Jahrhunderts, erhält der Weinhüter von Schottwien seine Instruktion. Es werden ihm dabei die Personen und Herrschaften genannt, die er frei fahren lassen darf. Es sind dies Christoph von Scherfenberg, der Propst von Seckau, die Äbtissin von Göß, der Abt in Neuberg (für seine Person?), „etliche“ zu Mürzzuschlag, der Pfarrer von Spital, der Pfarrer von Krieglach, die Herren von Kindberg,

von Langenwang.¹⁾ . . . Der Mann bekommt wöchentlich 1 Gulden, hat aber für die Wohnung und für alles andere selbst zu sorgen.

„Für die Weinfuhr über den Semmering dürfen nur geschworenen Bürgern Paßbriefe ausgestellt werden“, beschließt der Rat am 21. März 1600.

Zur Weinfuhr über den Semmering ist sonst außer diesem Ratsbeschuß zu erwähnen der Beschluß vom 28. Mai 1619, durch welchen dem Christoph von Scherfenberg erlaubt wird, eine Weinmenge über den Semmering zu führen, auch wenn dieselbe oberhalb Neustadt in Neunkirchen oder Gloggnitz erkaufte wurde. Zum ersten Beschlusse kommt noch ergänzend die Bestimmung vom Jahre 1660, daß jenen Bürgern, welche den Eid noch nicht abgelegt haben, der Weinverkauf „unter Reifen“ nur bis an den Semmering und bis Hartberg, ferner bis Wien und bis Kaumberg gestattet werde. In demselben Beschlusse wurde auch festgesetzt, daß die Handels- und Handwerksleute jährlich je 15—20 Eimer, die Bürger ohne Gewerbe je 25—30 Eimer, die Mitglieder des inneren Rates aber jeder 55—60 Eimer Wein über den Semmering führen dürfen. Den Aspangern gestattete ein von Kaiser Ferdinand II. im Jahre 1631 neubestätigtes Privilegium, jährlich 32 Lastfuhrten Eigenbauweine über den Semmering zu befördern. Neben alledem gingen auch noch unerlaubte Weinfuhren über das Grenzgebirge, wie zum Beispiel ein Offizier des Liechtensteinschen Reiterregiments 1649 eigenmächtig eine Ladung Wein über den Semmering in sein Quartier nach Mürzzuschlag verfrachten ließ. So haben endlich steiermärkische Mautner selbst auf den Mißbrauch der Neustädter Privilegien aufmerksam gemacht. Von Hohenwang war schon im Jahre 1600 deswegen eine Zuschrift gekommen. Im Jahre 1653 beschwerte sich der steiermärkische Aufschläger zu Mürzzuschlag über die mangelhafte Beaufsichtigung der Weinfuhren, was zu einem längeren Schriftwechsel führte. Neustadt trat wohl gegen Mißbräuche auf; allein anderseits stellte man doch wieder einzelne Freipässe aus. Dazu kamen die zahlreichen Pässe, welche von der niederösterreichischen Landschaft gegeben wurden. Hiegegen beschwerte sich unsere Stadt im Jahre 1688 beim Kaiser selbst: sie müsse unter diesen Umständen mit ihrem Privilegium gänzlich unterliegen. Leopold ließ dagegen einschreiten. Die geringe Wirkung ist ziemlich selbstverständlich; im Jahre 1701 beklagten sich die steirischen Verordneten bei Neustadt über die Ungehörigkeiten, welche bei der Weineinfuhr nach Steiermark unterlaufen. Und doch war die Weinfuhr über den Semmering von Neustadt selbst nicht übermäßig. Im Jahre 1673 betrug zum Beispiel dieselbe 905 Eimer von 83 Parteien, keine übergroße Zahl; und auf eine Partei entfielen nur nahezu 10 Eimer Wein. Der Geldertrag für diese Weine belief sich auf knapp 60 Gulden.

Eine lange Fehde entwickelte sich mit dem Kloster Neuberg, das in unserer Zeit wohl ein Privilegium für den Abt von Neuberg und ein anderes für die Pfarre Spital besaß. Am 3. März 1654 ernannte der Rat eine Kommission für die Behandlung dieses Streites und beschloß zwei Tage nachher, diesen Zwist durch eine freundschaftliche Konferenz beizulegen, wozu bekanntlich als Kommissäre der Bürgermeister Georg Christoph Preydl, der Oberstadtkämmerer Andreas Öhrlein und der Stadtschreiber Michael Stocker bestimmt wurden. Die Kommission meinte es offenbar ernst; und doch dauerte der Streit noch fünf Jahre, da Neustadt nur das Privilegium für die Pfarre Spital gelten ließ, so daß das Kloster sich im Jahre 1667 an die Regierung wandte. Hier erhielt das Kloster wohl sein Recht. Allein die Stadt verlangte nun eine Maut für die Durchfuhr des ungarischen Bauweines von Neuberg über den Neustädter Grund und Boden. Die Stadt kam indes dem Abte entgegen.

¹⁾ Das Verzeichnis ist wahrscheinlich unvollständig, wie ein Rückblick auf die Bestimmung vom 21. Juni 1448 (siehe oben II. Bd.), wahrscheinlich macht.

Derselbe mußte, wohl vom Beginn der neunziger Jahre an, jedesmal um die freie Weinfuhr über das Stadtgebiet ansuchen, aber er erhielt es jedes Jahr bewilligt.

Für den Weinhandel der Stadt nach dem Westen liegt betreffs der Fuhren über den Kaumberg, der gewiß auch für diesen Handelszweig nicht ganz brach lag, keine aktliche Bestätigung vor. Der Weinhandel donauaufwärts wird durch die schon berührten Angaben über den Handel mit Linz sowie durch ein Verzeichnis vom Jahre 1675 bestätigt. Dasselbe zählt Weine auf, welche die Neustädter Bürger in den Jahren 1656 bis 1675 an der Mautstelle Sarmingstein¹⁾ in Oberösterreich durchgeführt haben. Nach dieser Aufschreibung beginnt die Weinfuhr über diese Stelle hinaus erst zu Beginn der siebziger Jahre lebhafter zu werden. Während das Jahr 1668 nicht mehr als 20 Eimer aufzeichnet, werde 1672 schon 280 Eimer, 1673 nur 230 Eimer, 1674 wieder 237 Eimer an Sarmingstein vorübergeführt.

Nach Norden geht der Weinhandel unserer Bürger bis nach Schlesien. Am 31. Dezember 1599 stellt Erzherzog Matthias einen Freibrief für acht Wagen Wein nach Neisse in Schlesien aus.²⁾ Aus Böhmen und Mähren kommen Handelsleute, kommen Händler nach Neustadt, um Wein einzukaufen. So zum Beispiel 1603, wo die Weisung an die Brückeninhaber und Mautner geht: wenn ein Weinhändler drei oder vier Züge auf den Straßen hat, einen für die Artillerie mit Beschlag zu belegen. In Schlesien wurde anfänglich von den Neustädter Weinhändlern Maut und Zoll erhoben. Als Neustadt sich 1625 dagegen beschwerte, wurden seine Händler durch einen Befehl an die schlesische Kammer hievon befreit. Die Freiheit galt allerdings nicht für die Zukunft. Frei waren natürlich die mit kaiserlichen Paßbriefen versehenen Händler, wie zum Beispiel Georg Schmetau für 8 Wagen Wein nach Neisse, 1599; Paul Hain für 3 Wagen Wein nach Hoff in Schlesien, 1600; Herzog Georg Rudolf für 300 Eimer, 1644. Die Zahl dieser Freibriefe muß wieder erklecklich gewesen sein. Eine Ladung Wein, 94 Eimer, die Hans Christoph Teufel an einen Schlesier verkauft hatte, war in Neustadt beschlagnahmt worden, wurde jedoch gegen eine Bürgschaft des Verkäufers freigelassen, 1601. Noch in das Ende unserer Periode, 1707, fällt das Abnehmen, aber wieder Zurückstellen einer Gebühr von einem Neustädter Händler für den nach Schlesien geführten Wein an der kaiserlichen Maut in Wien. Daß für die Weinfuhren zu viel Paßbriefe ausgestellt werden, ist ein Gegenstand wiederholter Beschwerden unserer Stadt, die schließlich bis an den Kaiser gingen.³⁾

An die zweite Stelle bezüglich der Handelsprodukte ist der Eisenhandel zu stellen. Aber während der Handel mit Wein eines Aufschwunges kaum mehr fähig ist, erstarkt der Verkehr in Eisen mehr und mehr. Am Eingang in das 17. Jahrhundert steht die kaiserliche „neue Eysensatzung auff das Steyrisch, Waydhoferisch und Scheybserisch Eysenwesen“, ein dickes Druckheft,⁴⁾ das alles auf den Handel mit Eisen und Stahl Bezügliche enthält. In derselben Zeit erhebt sich schon ein Streit mit Wien, dessen Eisenhandel über den Semmering von Neustadt, trotz des Privilegiums der Wiener, gehindert werde. Was Neustadt konfisziert hatte, mußte es auf Befehl Kaiser Rudolfs II. herausgeben und empfing die Mahnung, die Freiheiten von Wien nicht zu verletzen. Allerdings zog sich der Streit noch

¹⁾ Nicht weit von Mauthausen.

²⁾ Gegen Zahlung der Donaugebühr.

³⁾ Siehe den Erlaß der Regierung an die n. ö. Stände vom 30. März 1688 (Ee. 239/2).

⁴⁾ Folioheft mit 69 Druckseiten. Auch der Handel an den verschiedenen Verkaufsstätten bis nach Niederösterreich, über Melk und Krems bis Wien, ist berührt. Wiener Neustadt ist nicht erwähnt.

einige Jahre fort, endigte jedoch mit dem Siege von Wien. Der Streit entbrennt wieder, als 1615 Wiener Eisenhändler für ihre Fuhren über den Semmering um die Befreiung von der Maut in Wiener Neustadt ansuchen. Dieses Begehren wird abgewiesen.

Der Weg alles Eisens, das über den Semmering nach Niederösterreich gebracht wurde, sollte über Neustadt gehen. Es wird daher schon eine Abfuhr des Eisens von Schottwien nach Aspang oder gar nach Ungarn verboten. Auch die Ansuchen einzelner Händler, Eisensorten nach Ungarn führen zu dürfen, werden wegen der unsicheren Stellung dieses Landes nicht bewilligt; so zum Beispiel das Ansuchen der gesamten hiesigen Eisenhändler. Wegen des Verführens des Eisens kommt Neustadt auch mit Müzzuschlag in Zwist, und von 1662 an liegen wiederholte gegenseitige Zuschriften deswegen vor, doch kam es zu keinem Rechtsstreite. Einer Eigentümlichkeit sei gedacht: Im Jahre 1680 hatte Neustadt mit den Eisenhändlern des Müzztales eine Vereinbarung getroffen, daß diese das Eisen bis Neunkirchen zu führen hatten, wo es die Neustädter abholen sollten. Dagegen wehrten sich die Hammermeister von Müzzzuschlag und erhielten Recht. Ein Erlaß Leopolds I. an Neunkirchen vom 20. November 1681 teilte nun mit, daß das Eisen aus dem Müzztal unumgeladen bis Wiener Neustadt gebracht werde. Unbegründete Preissteigerungen durch die Händler werden von den Oberbehörden für nichtig erklärt; so 1688 durch einen Erlaß Kaiser Leopolds selbst an Neustadt (7. Juli).

Im Jahre 1694 taucht die Absicht auf, in unserer Stadt eine Eisenkompagnie zu gründen. Für den 3. August 1694 wird von dem kaiserlichen Eisenamtmanne hier eine Konferenz einberufen, zu welcher vom Rate der Stadtschreiber, der Oberrathhändler Benedikt Haan und die Mitglieder des äußeren Rates abgeordnet wurden. Die Verhandlungen zogen sich länger hin. Am 16. Dezember 1694 richtete offenbar auf Anfrage der Rat von Preßburg eine Zuschrift anher des Inhalts, daß die Errichtung einer Eisenkompagnie den Käufern viel Nachteil bringe, daß sie schlechtes und teures Eisen bekommen werden. Die hiesigen Händler antworteten allerdings am 22. Jänner 1695 mit einer Art Rechtfertigungsschrift. Allein die Sache ging doch nicht vorwärts; und wenn die Kompagnie selbst formell gegründet war, so drohte derselben doch der Zusammenbruch. Es trat nämlich in Folge verschiedener Zeitverhältnisse ein außergewöhnlicher Eisenmangel und damit eine Preiserhöhung des Eisens ein, die auch eine Beschwerde der Schlosser und Schmiede gegen die Eisenhändler zur Folge hat. Die verschiedenen Beschwerden gingen bis an den Kaiser selbst. Mit diesem Eisenmangel steht vielleicht die Verordnung in Zusammenhang, daß das steirische und das Scheibbs'er Eisen nur von Wien und von Neustadt kommen, nicht an die kleinen Orte geführt werden darf, daß keine Winkelhandlung geduldet werden soll. Eine Resolution vom 15. April 1695 trug dann auf, nicht so viel Eisen ins Ausland zu verkaufen. Die Eisenkompagnie ging ein. Der Rat aber entwarf, um die Teuerung des Eisens zu beseitigen, eine eigene Ordnung, deren erste Punkte waren:

1. die Eisenkompagnie wieder zu errichten. Derselben würde ein Kapital von 37.000 bis 42.000 Gulden zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt selbst würde 3000 bis 4000 fl. geben, das übrige Kapital würden Private herleihen.

2. Die jährlichen Interessen der Stadt würden mit 200 Gulden gerechnet; außerdem wäre an dieselbe ein Pauschale von jährlich 700 Gulden zu entrichten.

3. Die Handgewölbe seien nur zum Handkauf von der Niederlage gedacht.

4. Wer keine Lust zur Kompagnie hat, muß doch das Eisen von derselben beziehen, was ihm der Rat proportional zuweist.

5. Extrahandlungen werden aufgehoben, oder sie dürfen nur zum Nutzen der Kompagnie sein.

6. Falls die Eisenhändler selbst die Kompagnie errichten wollen, kann die Stadt dieselbe in die Hand nehmen, und die Händler bekommen das Eisen proportional. — Es werde das zugeführte Eisen wenigstens 10.000 Zentner betragen. Der Schluß des Entwurfes setzt die finanziellen Vorteile des Unternehmens auseinander. Wohl erklären die obersteirischen Herrschaften am 3. Jänner 1701, daß sie in die neue Eröffnung der hiesigen zertrümmerten Eisenkompagnie nicht willigen, und eine Zuschrift vom 13. Jänner 1701 von Mürzzuschlag warnt vor dieser Wiedererrichtung und droht, mit derselben gar nicht in Verbindung zu treten, ihr kein Eisen zu schicken, und das hat wieder längere Verhandlungen im Gefolge. Aber die Stadt geht diesmal stramm und rüstig ans Werk. Schon am 1. Februar 1701 werden der Unternehmung 43.000 Gulden Kapital teils übergeben, teils zugesagt; außerdem gibt die Gemeinde noch 4000 Gulden und soll dafür jährlich 900 Gulden an Pauschale und Interessen bekommen. Eine Extrahandlung wird aufgehoben. Die Kompagnie gilt vorderhand für 10 Jahre. Am 11. April 1701 erhielt Neustadt die Bewilligung der Regierung und Kammer für die neue Gründung.

Einige besondere Akte liegen über den Handel mit Nägeln vor. Mit dem Jahre 1669 soll dieser Handel der Neustädter nur bis Mürzzuschlag gehen, von dort sollen die hiesigen Händler ihre Nägel abholen; dies wurde wohl bald durch die Vermittlung des Eisenamtmanns im „Vorderberg'schen Eisenerz“ behoben; aber im Jahre 1674 erschien die neue Leopold'sche Nägelsatzordnung, die eine Preiserhöhung bedeutete. Im Jahre 1685 einigten sich dann die Nagelschmiede von Mürzzuschlag, Kapfenberg und Aflenz, für die Neustädter Händler alle die gleichen Preise nach der neuen Nagelsatzordnung festzuhalten.

Ohne einige begünstigende Pässe und ohne einige Streitigkeiten geht es natürlich auch bei dem Eisenhandel nicht ab; Kaiserliche Pässe für freie Eisenuhren zum Burgbau, 1690, für 2000 Zentner Eisensorten und 3,000.000 Nägel, ferner 1696, 1699; weiter für 2000 Zentner Eisen an einen Kaufmann zu verschiedenen Zwecken, 1702; Befehl auf Wiederherausgabe von 7 Wagen verschiedener Eisensorten, die zu einem Hofmagazin bestimmt waren, 1690. 1701 hatten die hiesigen Eisner dem Hofeisenhändler sogar bemautes Eisen abgenommen, was natürlich einen kaiserlichen Befehl mit Strafdrohung veranlaßte. Dagegen erläßt Kaiser Leopold I. an Neustadt am 8. Mai 1688 den Befehl, keine Nägel mit dem bloßen Hofkammerpaß durchzulassen, wenn nicht auch die n. ö. Regierung und Kammer den Paß erteilt hat. Mit dem bloßen Hofkammerpaß könnte man nur von Scheibbs, Burgstall und Gresten Eisen bringen lassen.

An kleinen Zwisten seien erwähnt: eine Eingabe vom Jahre 1629 an den Rat gegen die fremden Händler, eine vom Jahre 1635 gegen einige aus ihrer Mitte, die Eisen trotz Verbotes nach Ungarn führen, eine andere vom Jahre 1678 gegen einen Bürger, der heimlich eine Eisenhandlung betreibt: dieselbe wird gesperrt, dem Mann wird ein Verweis erteilt und eine Strafe von 20 Taler auferlegt.

Eine Klage wegen Betriebs von zwei Geschäften, des einen hier, des anderen in Preßburg, wird mit der Sperrung beider und mit der Verurteilung zu einer Geldstrafe erledigt, 1648. Länger dauert ein Verfahren gegen den hiesigen Eisenhändler Ignaz Schulz-Morlin, der noch eine Eisenhandlung in Wien besitzt. Die Händler beschwerten sich gegen ihn am

23. Juli 1707, und der Rat beauftragt ihn am 28. Juli, binnen sechs Wochen und drei Tagen die Wiener Handlung zu verkaufen, sonst werde die hiesige gesperrt. Bald darauf starb Ignaz, und sein Sohn Balthasar erhielt nach längerem Streite am 20. Mai 1710 die Erlaubnis, eine Eisenhandlung hier zu eröffnen. Wegen Eingriffs in ihren Geschäftskreis beklagten sich die Eisenhändler im Jahre 1704 gegen die Lötschlosser, Striegelmacher, Zirkel- und Nagelschmiede, die an Wochenmärkten Geschmeidlerwaren feilhaben, ebenso gegen einen Geschmeidehändler; im Jahre 1705 lösen sie eine Geschmeidehandlung von einer Witwe ab. Eine eigenartige Hinderung erfuhren die hiesigen Eisenhändler dadurch, daß die Eisenfuhrn an Sonn- und Feiertagen nicht durchgelassen wurden; und da es bald Passauer, bald Salzburger Feiertage gab, wurde die Zahl der hindernden Tage ziemlich groß. Eine Beschwerde gegen die hiesigen Eisenhändler läuft im Jahre 1666 von dem Amtmann von Vordernberg ein, daß sie nicht Ordnung halten, namentlich mit der Bezahlung. Eine Beschwerde dagegen im Jahre 1665 führte dazu, daß der Rat bei Wägele von Walsegg vorstellig wurde. Der Vergleich erfolgte auf gütlichem Wege.

Im Jahre 1694 betrug die Zahl der Eisenhändler in unserer Stadt sechs. Doch lagen zwei Gesuche um Aufnahme in die Genossenschaft vor. Von den Bewerbern wurde der uns schon bekannte Zacharias Gundian am 9. August 1695 wirklich aufgenommen, da er den Eintritt in die Lederwarennung ablehnte. — Über die Mengen der verfrachteten Eisenwaren ist leider nichts Stichhältiges vorhanden.

An die dritte Stelle der Handelsartikel von Wiener Neustadt stellt sich die Leinwand. Den Leinwandhändlern bestätigt der Bürgermeister David Port im Jahre 1601 ihre Artikel. Nach denselben müssen

1. die Handelsgenossen in die Gottesleichnamsbruderschaft oder in die Kramerzeche eintreten.

2. Jeder darf einen Laden, allenfalls in seinem Hause, besitzen.

3. Fremde Händler dürfen 3. Tage hier feilhaben, aber nicht im Lande herumreisen, wie überhaupt die herumschweifenden Leinwather nicht zu dulden sind.

4. Die fremden Händler müssen zuerst an die hiesigen verkaufen, ehe sie die Waren anderen Käufern anbieten. Die Waren werden untersucht.

5. Dem unbefugt Verkaufenden wird die Leinwand weggenommen.

6. Das ganze Stück Leinwand soll 15 Ellen haben.

7. Die Bauern können das, was sie zu Hause gesponnen haben, mit ihren Lebensmitteln verkaufen.

8. Die Tuchhändler dürfen nicht mit Leinwand oder Zwillich handeln.

9. Irrungen und Streite sind vor den Rat zu bringen.

Im Jahre 1650 wurde diese Ordnung erneuert. Sie enthält im Wesen das gleiche, nur die Gebühren für die Leinwandbeschau und die Strafe für die Nichteinhaltung der Stückgröße sind dazu gekommen. Die Beschauggebühr beträgt für das Stück 2 Pfennig. Für einen Abgang 1 Elle beim Stück sind 30 Kreuzer, für einen Abgang von 2 Ellen ist 1 Gulden zu zahlen. Bei einem größeren Abgang kommt die ganze Ware ins Spital. Während einerseits die Leinwandhändler gegen Störer, die nicht in die Zeche einverleibt sind, ihre Klagen erheben (1629, 1638), um Abstellung von Leinwand „fürkauf“ bitten (1648), um Vorgehen gegen einige Händler ansuchen, die ihre Leinwand auf die Märkte hinaustragen und die andern schädigen (um die Mitte des Jahrhunderts), wirft ihnen der Rat „unzulässige Praktiken“ vor (1651), daß sie die Auswärtigen schädigen (1691), zu viel Ware auf die Märkte führen und auch sonst sich ganz schrankenlos benehmen (1693).

Schon im Jahre 1669 wird wegen der in der Genossenschaft eingerissenen Unordnungen eine Kommission ernannt, an der Spitze Matthias Eyrl, die am 2. Dezember berichtet, daß die Beschau wieder einzuführen sei, ohne welche „Lug und Betrug“ unterstützt worden seien, daß die Käufer in Schaden gebracht werden. Die fremden Juden hätten sich erboten, die Leinwand lieber von den Neustädter Händlern als von den Bauern zu kaufen. Die alte Ordnung wird wieder in Erinnerung gebracht. Die Übelstände konnten indes nicht auf einmal beseitigt werden. Am 22. Februar 1676 verlangt neuerdings ein kaiserlicher Erlaß unter anderem, daß der Rat die Handlungen in der Stadt restringiere. Und im Jahre 1679 hält der Rat den Leinwathern vor, daß ihre Niederlage stark zurückgegangen sei und daß bei ihnen noch viele Mißbräuche herrschen. 1686 erklärt der Rat den Händlern, die Leinwand nach Wien führen wollen, daß außer zu Jahrmärkten keine Leinwand hinausgeführt werden dürfe. Die Mahnung vom 28. Mai wird am 30. Juli mit Androhung von hoher Strafe wiederholt. Eine freundlichere Meldung kann aus dem Jahre 1697 erstattet werden: die hiesigen Leinwandhändler haben eine Vereinbarung wegen des Leinwandeinkaufs in Steiermark getroffen, haben geradezu die dortigen Bezirke unter sich geteilt.

Von den Streitigkeiten der Leinwather ist eine Differenz mit den steirischen Leinwandhändlern, 1650, zu erwähnen, die eine Beschwerde an den Rat hier einreichen, daß sie von den städtischen Händlern verhindert werden, ihre Leinwand hier zu verkaufen. Nach kurzem Schriftenwechsel gibt der Rat den heimischen Händlern recht. Eine ähnliche Beschwerde läuft von den Badener Leinwandhändlern ein (1653), die noch hinzufügen, daß die hiesigen Händler ihnen das Ablösen der hergebrachten Leinwand verwehren. Der hiesige Rat bedeutet den Leinwathern, daß sie sich aller „ungebürlichen Vorteligkeit“ gegen die Badner enthalten. Im Jahre 1705 ist noch von einem (kurzen) Streite der Leinwather mit den Webern die Rede.

In der Mitte des 17. Jahrhunderts finden wir in unserer Stadt 11 Leinwandhändler, die auf der Eingabe gegen jene unterschrieben sind, welche die Ware auf die Märkte hinaustragen.

Eine große Wichtigkeit für unsere Stadt ist auch dem Salzhandel zuzuschreiben, den die Stadt selbst in der Hand hatte. Die ganze erste Hälfte des 17. Jahrhunderts wird von den Verboten gegen die Einfuhr des Salzes von Aussee beherrscht, das doch fortwährend eingeschmuggelt werde. Es erscheinen Generalerlässe von 1603, 1631, 1637, 1645, 1647. Da wird zugleich an Neustadt ausgesprochen, man solle Gmundner Salz nehmen. Dazu kommt noch ein Erlaß Ferdinands II. gegen den Fürkauf von Salz, 1623. Sonst vernehmen wir noch verschiedene Vorwürfe gegen die Stadt: 1598 eine Mahnung der n. ö. Kammerräte, daß Neustadt das Küfelsalz nicht um die vorgeschriebenen 8 Kreuzer, sondern um 6 Pfennige teurer verkaufe; man hätte gleich mit einer Strafe ein Exempel statuieren können, man lasse aber derzeit die Sache auf sich beruhen. Unter einem wird darauf aufmerksam gemacht, der neuen Neunkirchner Salzkammer keine Irrung zu tun. 1636 richtet sich ein Erlaß gegen das Vorhaben unserer Stadt, das Proviant Salz in Ungarn abzulösen, und mahnt streng, sich aller verbotenen Manipulationen mit Salz zu enthalten. Im Jahre 1659 will Leopold I. neben die Salzkammer in Neustadt noch eine kaiserliche Salzversilberung legen, was natürlich nicht sehr freudig berührt und von der Stadt keine Förderung findet. Es wird auch vom Kaiser übel vermerkt, und er trägt dem Rate am 4. Oktober auf, diese Versilberung, für die er schon ein Haus gepachtet habe, ohne Widerrede zu gestatten. Bei dieser erwachsenen Konkurrenz ist es begreiflich, daß der Rat das Ansuchen einbrachte, das kaiserliche Salz-

wesen hier der Stadt zu überlassen. Es dauerte jedoch sehr lange, ehe dieses Gesuch erledigt wurde. Am 1. Februar 1685 erging die kaiserliche Zuschrift an Neustadt, daß die Salzversilberung dem Magistrat und der Bürgerschaft der Stadt solange überlassen werde, als es dem Kaiser und dem Hof konvenieren werde. Doch wird die Bedingung daran geknüpft, daß die Stadt dafür 6000 Gulden in das Salzamt erlege und mit 1 Gulden 30 Kreuzer für jedes zu versilbernde Pfund Küfelsalz zufrieden sei.

Gegen das Ende unserer Periode haben wir auch einige genaue Aufzeichnungen über den Verkauf des Salzes und über die Eingänge dafür. Im Jahre 1690 zählen wir 490 Geschäftsfälle, die einen Betrag von 2220 Gulden einbrachten. Im Jahre 1706 wurden verkauft 507 Küfel¹⁾ zu 42 Gulden, ergaben somit eine Losung von 21.298 Gulden. Im Jahre 1709 wurden bis Ende November 421 Küfel verkauft, wofür 17.692 Gulden einkamen.²⁾ Der reine Salznutzen wird für das Jahr 1698 mit rund 230 Gulden angegeben. Im Anfange des 18. Jahrhunderts steigert sich derselbe wesentlich und wird für das Jahr 1705 mit rund 630, für das Jahr 1706 mit 857 Gulden eingestellt.

Als Kleinigkeiten seien noch angeschlossen, daß Kaiser Ferdinand II. im Jahre 1623 einem Schottwienner 3 Wagen konfiszierten Salzes zurückzugeben auftrug, da der Händler keine böse Absicht hatte; ferner daß der Stadtrat am 25. November 1645 beschloß, das Salz im städtischen Zeughaus, das durch die Feuchtigkeit Schaden leide, an die Bürger um 2 Gulden für das Fuder abzugeben.

Bei dem Handel mit Getreide begegnen wir am häufigsten den Erlässen und Befehlen gegen den „Fürkauf“, gegen den Zusammenkauf, der andere hindert, sich zu versorgen, und auch die Teuerung hervorruft. Bei der Mangelhaftigkeit des Verkehrs kann ja eine einzige Mißernte gefährlich werden. Solche Erlässe laufen zum Beispiel in den Jahren 1594, 1600, 1601, 1622, 1638. Im letzten Erlaß vom 8. Februar wird besonders das Auskaufen von Korn und Hafer durch die hiesigen Bürger auf den Wochenmärkten berührt. Am 26. September 1649 wird geradezu auf die schlechte Ernte hingewiesen und betont, daß die Anfeilung von Getreide nur für das Inland oder für die Einfuhr zu gestatten sei. Auch 1684 ist eine Not an Nahrungsmitteln, und ein Generalerlaß Leopolds I. vom 5. Dezember richtet sich an alle, die Getreidevorräte haben, dieselben nicht zurückzuhalten. 1698 verbietet der Kaiser abermals das Führen von Getreide ins Ausland; am 22. Jänner 1699 sucht Mürzzuschlag beim hiesigen Rate an, ihnen das Ankaufen von Getreide hier zu gestatten, und wenn ihnen das nicht möglich ist, die Erlaubnis hiezu zu erwirken. Im März darauf geht das gleiche Ansuchen vom Eisenobmann Georg Karner von Karnersberg und den Hammergewerken von Mürzzuschlag direkt an die Regierung und die Hofkammer. Neustadt gibt ein befürwortendes Gutachten ab; daraufhin wird die „Notdurft“, das für den Haushalt erforderliche Quantum hier anzukaufen, bewilligt. Dieser Punkt tritt auch in den Verboten des Getreidevorkaufs der Jahre 1707 und 1709 hervor: der regelmäßige Ankauf von Getreide für die Hausnotdurft soll nicht unterbunden werden. Ins Überschwengliche ging der Getreidehandel in unserer Stadt gewiß nicht.

Ähnlich ist es mit dem Fischhandel, der wegen der zahlreichen Fasttage sich erhalten mußte. Aus erhaltenen Preisverzeichnissen erfahren wir, daß die Fische aus ziemlicher Ferne in unsere Stadt gebracht wurden:

1) Am meisten im November: 69 und im Juli: 56 Küfel, am wenigsten im Oktober: 25, und im März: 20 Küfel.

2) Wenn wir den Dezember im gleichen Verhältnisse wie 1706 annehmen, ergibt sich eine Jahreseinnahme von 19.582 Gulden.

die Donau, Böhmen und Mähren, Steiermark, Ungarn lieferten Fische in unsere Stadt; aus dem Mittelmeere kam der Hausen auf den Neustädter Markt.

Zu Beginn des Jahrhunderts nennt eine Preistabelle:

Karpfen behaimisch	das Pfund	6 $\frac{1}{2}$ Kreuzer,
Seepinkl (Karpfl)	„ „	15 Pfennig,
Hechte	„ „	7 Kreuzer,
Hausen	„ „	6 $\frac{1}{2}$ Kreuzer,
Gesalzen Hausen	„ „	5 Kreuzer,
Schaiden	„ „	5 „ .

Und in der Mitte des 17. Jahrhunderts werden verzeichnet:

Donau-, March- und Teich- hechte	das Pfund um	11 Kreuzer,
See- und Lackenhechte	„ „ „	9 „ ,
Donau-, March-, böhmische und Teichkarpfen	„ „ „	9 „ ,
Rabnitzer Karpfen	„ „ „	6 „ ,
See- und Lackenkarpfen	„ „ „	5 „ ,
bei Fischen unter 1 Pfund	„ „ „	3 „ .

Wenn wir noch im Jahre 1686

die Hechte	das Pfund um	12 Kreuzer,
die Karpfen	„ „ „	10 „

aufgeschrieben sehen, erkennen wir das schrittweise Erhöhen der Fischpreise.

Wir schließen daran den Heringhandel, der für die Fastenzeit wichtig ist. Den Heringhändlern wird mit Ratsbeschluß vom 14. Februar 1604 auferlegt, jährlich zu Beginn der Faste 1 Gulden zu zahlen und jeden Fastenfreitag einen Hering ins Spital zu geben. Ohne Wissen des Stadtrichters darf keine Heringtonne geöffnet werden.

Einen sprechenden Beweis über den örtlichen Umkreis des Neustädter Handels liefert uns der Holzhandel; über denselben liegen uns einige interessante Aufzeichnungen vor. Aus dem Jahre 1625 stammt eine Verordnung über die Bauholzpreise:

Das Paar Mauerbänke, größte Länge von 42 Daumellen, kostet	2 Gulden 2 Schilling,
(natürlich gibt es auch kleinere Stücke), ein Tram, 18 bis 12 Daumellen lang, kostet 2 Schilling 2 Pfennig, ein Paar Gesperr, die größten mit 16 Daum- ellen	2 „ ,
die schönsten gehackten Latten, eine . . .	6 Pfennig,
geschnittene Latten, das Pfund	5 Gulden,
ein Gfluderladen	1 Schilling 6 Pfennig,
ein Bankladen	1 „ ,
der schönste Fuetter gmain Laden . . .	1 Gulden 4 Schilling,
1000 Schindeln, die schönsten	1 „ 4 „ .

Eine weitere Holzordnung bringt das Jahr 1652: nach derselben müssen Weinstecken aus der Prein, von Aspang, von Kirchberg 5 Fuß 2 Zoll lang, $\frac{5}{4}$ Zoll dick sein. Puchberger und Piestingier Weinstecken sind etwas kürzer. Und so werden weiter die Dimensionen der Schindeln, der Latten, der Laden, von denen Siedinger, gemeine, und Puchberger genannt werden, der „Bettstaffeln“, der Fensterrahmen aufgezählt; und sogar vom Brennholz wird die Länge von 3 Fuß vorgeschrieben. Ein Bericht einer Kommission vom Jahre 1665 stellt fest, daß die Waldbauern die vorgeschriebenen Aus-

dehnungen der Holzwaren nicht einhalten, sondern unterschreiten. Im Jahre 1691 wird von einer großen Holzteuerung gesprochen, und in einer Holzordnung von demselben Jahre werden die Preise der Holzwaren vorgeschrieben. Es kosten zum Beispiel die

Bankladen: Steyrer 11 bis 12, Welser 10 bis 11, Wachauer 8 bis 10 Pfund,

Schindellatten: Steyrer 8 bis 9, Welser 7 $\frac{1}{2}$ bis 8, Wachauer 7 bis 7 $\frac{1}{2}$ Pfund,

Ziegellatten: Steyrer 11 bis 12, Welser 10 bis 11 Pfund.

Wir erkennen den Fortschritt beim Hausbau. Für diesen Handel kommt als Straße insbesondere die Donau in Betracht. Über den Umfang des Handels erfahren wir nichts weiter. Eine Beschwerde wird im Jahre 1652 an den Stadtrichter gebracht, daß die Kroaten mit Weinstecken, überhaupt mit Holz, einen großen Einkauf treiben, so daß daraus eine Teuerung erwachsen kann.

Der Handel mit Honig ist eigentümlicherweise wiederholt mit dem Häute- und Fellhandel verknüpft, und beide gehen zumeist donauaufwärts bis Linz; manchmal gesellt sich auch noch der Unschlitthandel dazu. Der Honig, in der Umgebung unserer Stadt, namentlich im Gutensteiner Tal angekauft, ging in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu Hunderten von Tonnen nach Linz, wie wir schon berührt haben. Die Nachrichten hierüber laufen von 1652 an lange Zeit fort; ja es ist sogar das Bestreben da, diese Mengen zu verringern. Im Jahre 1659 werden zum Beispiel einem Handelsmann statt der angesuchten 50 nur 30 Tonnen nach Linz zu führen bewilligt. Wenn wir nun vernehmen, daß außerdem noch drei anderen Kaufleuten zusammen 170 Tonnen bewilligt werden,¹⁾ müssen wir die Bedeutung dieses Handelsartikels anerkennen. 1662 wird einem Kaufmann erklärt, daß man ihm in Hinkunft außer den Marktzeiten keine Erlaubnis mehr geben werde. Die Honigfuhr nach Wien wurde am 5. Dezember jenes Jahres geradezu verboten.

Auch bezüglich des Handels mit Häuten verlangt ein Ratsbeschluß Mäßigung, damit der Stadt nicht Unannehmlichkeiten erwachsen (Beschluß vom 20. März 1656); und einem Händler, der 700 Häute nach Linz führen will, werden vom Rate nur 400 erlaubt (20. März 1661); und als derselbe sich im Oktober nochmals mit einem Ansuchen um die Erlaubnis zur Fuhr von 700 bis 800 Schmalhäuten nach Linz an den Rat wendet, wird er gänzlich abgewiesen. Am 3. November wurde ihm jedoch bewilligt, dieselben nach Krems zu führen: es war eine Vermittlung eingetreten. Und am 17. April 1664 wurde den Handelsleuten ganz unbeschränkt die Häute- und Honigfuhr nach Linz gestattet, und zwar wegen der Kriegsgefahr. Weiterhin werden die Nachrichten spärlicher und verstummen gegen Ende der achtziger Jahre.

Betreffs des Unschlitts wird nur einmal (1664) gegen die Ausfuhr aufgetreten, da in der Stadt schon der Kerzenmangel zu verspüren sei, ein anderes Mal (1689) in einem kaiserlichen Erlasse an die Stadt gegen den zu hohen Preis desselben (von 13 Gulden für rohes Unschlitt) auf den satzungsgemäßen Preis von 11 Gulden 30 Kreuzer für geschmolzenes Unschlitt hingewiesen.

Von weiteren Handelsartikeln sei noch erwähnt: für die Händler mit Obst, Geflügel, Wildbret (die Fratschler, Kapäunler) bestand eine Ordnung, die in der Mitte des Jahrhunderts entstand. Dieselbe sagt: Es sind

1) Von anderen Bewilligungen haben wir bereits oben gesprochen.

jetzt 6 Fratschler (Weiber) gegen 2 in früherer Zeit, sollen keine weiter zugelassen werden. Dieselben sollen nicht unter den Stadttoren verkaufen, nicht auf die Dörfer hinauslaufen; während der Marktzeit dürfen sie nicht verkaufen, kein unreifes Obst, keine verbotene Frucht feilbieten, nichts heimlich kaufen. Der Aufkauf von Hühnern, Kapaunen, Gänsen, Tauben u. a. ist verboten. Einmal (1652) ist auch die Rede davon, daß Zwetschken ausgeführt werden, und zwar wieder nach Linz.

Die Einfuhr von Bier von fremden Herrschaften: Pottendorf, Ebenfurth, Unter-Waltersdorf war verboten, und es kämen nur einige Schmuggelangelegenheiten, namentlich der Burgleute, in Betracht.

Weiter sind zum Handel noch zu nennen: eine „Kaufschneiderei“, Kleiderhandlung, welche die Witwe des Händlers fortführen will (1662); der Handel mit türkischer Wolle (1649); der Handel mit Öl (1687), der sich natürlich auf die Einfuhr beschränkt. 1632 wird einmal vom Speikhandel hier gesprochen.

Eine Eingabe gegen die italienischen und andere Hausierer und Landläufer (1611) wird vom Rate dem Stadtrichter zum Einschreiten zugewiesen, aber zugleich weitergeleitet, so daß ein Erlaß des Erzherzogs Matthias gegen dieselben auftritt. Im Jahre 1654 wird angezeigt, daß die welschen Kramer die Waren, die sie hier nicht verkaufen, nach Ungarn, nicht nach Wien führen; es wird im Betretungsfalle deren Ware beschlagnahmt.

Im Jahre 1674 erläßt Kaiser Leopold ein scharfes Verbot gegen die Einfuhr französischer Waren; und im Jahre 1708 bitten die Handelsleute um eine Verordnung gegen die Einführung jüdischer Waren; der Rat bestimmt am 13. März zwei Handelsleute, die mit dem Stadtwachtmeister die Judenwaren obsignieren sollen.

Wir müssen noch einen schwarzen Punkt für die Neustädter Geschäftswelt berühren, nämlich die Kriden, die zu Beginn unserer Periode alljährlich in ganz erklecklicher Zahl auftreten. Wir zählen im Jahre:

1590	6	Kriden,	
1592	9	„	,
1595	9	„	zweimal sind 2, einmal gar 3 Kriden an einem Tage eingetragen,
1596	sind 10	Kriden, dabei jene	des Stadtschreibers,
1597	6	Kriden, dabei wieder jene	des Stadtschreibers,
1598	11	„	,
1599	4	„	.
1601	zählen wir 9 Kriden, an einem Tage 3, viele nach dem Tode des Kridatars einsetzend;		
1602	sind eingetragen 7 Kriden, an einem Tage 2,		
1603	„	„	3 „ ,
1604	„	„	0 „ ,
1605	„	„	5 „ ,
1606	„	„	5 „ ,
1607	„	„	12, davon zweimal an einem Tage 2, einmal an einem Tage 3.

Und mit diesem Jahre schließt die Periode unvorsichtiger oder leichter Geldgebarung plötzlich: wir begegnen nur je einer Krida in den Jahren 1608 bis 1610 und 1615. Kridafrei sind die folgenden Jahre bis 1623 außer

¹⁾ In den nicht einbezogenen Jahren sind die Ratsprotokolle entweder nur teilweise eingetragen oder sie fehlen gänzlich.

dem Jahre 1618, das 3 Kriden ausweist. 1671 wurde einem Handelsmann wegen Schulden vom Rate das Gewölbe gesperrt. Eine besonders lange Zeit dauerten die Verhandlungen über die Krida des Magnus Schwinghammer, der in der Stadt mehrere Häuser und Meierhöfe besaß, 1676 bis 1686!

Wir haben noch über die Märkte zu berichten: die Wochenmärkte namentlich für die täglichen, und die Jahrmärkte für die jahreszeitlichen Bedürfnisse. Für die Überwachung der Ordnung auf dem Markte ist der Marktrichter bestellt. Derselbe erhielt am 23. Februar 1595 eine ausführliche Instruktion. Er muß darauf achten, daß die Lebensmittel an Sonn- und Feiertagen nicht vor der Predigt und vor dem Gottesdienste verkauft werden, daß an Feiertagen in der Woche kein Holz und kein Getreide verkauft werde. Die Marktfahne wird im Sommer um 9, im Winter um 10 Uhr ausgesteckt. Solange dieselbe hängt, dürfen nur die Bürger und die Inwohner der Stadt kaufen; überhaupt darf nur für die Hausnordurft gekauft werden. Nach dem Einziehen der Fahne dürfen auch die Bürger „nach Pfennwert“ (im kleinen) feil haben. Fällt der Wochenmarkt auf einen Feiertag, so darf die Fahne nicht vor dem Gottesdienste ausgesteckt werden. Den Holzbauern ist es erlaubt, schon Freitag abends und Samstag, dem Wochenmarktstage, vor dem Ausstecken der Fahne zu verkaufen und Getreide für ihre Notdurft einzukaufen. Schafe, Kälber, die auf den Markt gebracht werden, können von den Bürgern, nicht von den Fleischern gekauft werden. Diese dürfen auch das von fremden Fleischhauern hergeführte Fleisch nicht kaufen. Das Holzwerk, Reifen, soll auf dem richtigen Platze vor dem Neunkirchnertor beisammen sein. An Wochenmärkten kann es auch in die Stadt kommen, und die Laden sollen „am Hof“, das andere Holzwerk bei St. Jakob liegen. Kein leerer Wagen darf auf dem Platze stehen bleiben; zwischen Hauptgassen muß ein freier Weg erhalten werden; auch die Gassen selbst dürfen nicht durch Wagen verstellt sein; auf den Plätzen muß ebenfalls freier Verkehr möglich sein; es darf kein Holz dort niedergelegt werden.

Die ganze Instruktion, die noch mehrere andere selbstverständliche Weisungen enthält, wird am 22. August 1596 wiederholt und mit einer Anzahl neuer Punkte bereichert; geändert ist an der alten Ordnung nur, daß die Fahne im Sommer um 8, im Winter um 9 Uhr ausgesteckt wird. Neu ist: 1. die Torwärtel sollen nichts auskaufen, 2. die Fragner, Fratschler, Kässtecher, Schmalzhändler dürfen die hereingebrachten Waren erst einen Tag nach dem Feilhaben, die Fischer erst Samstag um 12 Uhr ablösen; 3. an Sonntagen ist den Brantweinern kein Verkauf zu gestatten und das Brantweinzechen bei den Torwärteln abzustellen, 4. die Brotsitzer dürfen an Feiertagen erst nach dem Gottesdienste feilhaben, 5. die Getreidemesser dürfen vor 8 beziehungsweise 9 Uhr keinem Fremden abmessen, auch nicht früher in die Häuser gehen. Ferner soll der Marktrichter die Solidität der Gebarung überwachen.¹⁾ Eine Beschwerde gegen fremde Kramer und Buttenträger, die an Markttagen hier verkauften, wird dem Stadtrichter zur Abstellung zugewiesen (17. Dezember 1596). Der Stadtrichter ist nämlich mit dem Marktwesen der Stadt innig verbunden; er bezieht auch nicht unwesentliche Einkünfte in Naturalien und in Bargeld, wogegen er seinerseits manche Kleinigkeiten beistellen muß. Auch der Gerichtsdienier erhält manche Entlohnungen.

¹⁾ Er soll bei den Fleischhauern auf das Gewicht, bei den Bäckern und Müllern auf die Taxe, bei den Leutgeben auf das Maß achten, bei den Köchen den Fischkauf überwachen, bei den Schindel- und Steckenzählern darauf sehen, daß sie das Zählgeld nicht vom Käufer und vom Verkäufer nehmen.

Der Richter erhält:

1. von einem Wagen Krebse 1 „Decka“;
2. von einem Wagen Erbsen 1 Achtel, das Maßel muß er herleihen; vom Fischmarkt 1 Pfund Fische, Wage und Gewicht muß er herleihen;
3. von einem Wagen mit Fischschaffeln 3 Kreuzer; die Schaffe muß er binden lassen;
4. von einer besseren Kramerhütte 3 Kreuzer, von einer gemeinen 6 Pfennig; dafür muß er das Pflaster herrichten;
5. für einen Wagen mit Kapaunen oder Gänsen 3 Kreuzer,
6. von jedem Wagenreifen zum Michelmarkt 1 Buschen,
7. wenn die Ungarn Wagen mit Zögern hereinführen, gehört dem Richter 1 Zöger; von einem Wagen mit Decken, Schäffeln, Ampern, Kehrbesen, steht je einer dem Richter zu, von Kehrbesen auch einer ins Amtshaus;
8. vom Getreide bekommt der Richter das Maßgeld;
9. am Wochenmarkt vor dem Ostertag müssen sich alle Fleischhauer, die in die Stadt kommen wollen, beim Richter melden; es zahlt ihm jeder 3 Kreuzer; die hiesigen Fleischhacker geben ihm gemeinsam ein feistes Lamm.
10. Die Gänslerinnen, die das ganze Jahr hier feil haben, sind dem Richter zwischen Micheli (29. September) und Martini (11. November) je 1 ganzen „Gansbacken“ schuldig. Der Gerichtsdienner erhält für je einen Korb, den die Bauern mit Obst hereinbringen, 1 Pfennig, für einen Korb mit Hühnern, mit Schmalz 2 Pfennig, ebensoviel für die in Steigen hereinbrachten Hühner. Ein Wagen mit Kehrbesen zahlt auch dem Gerichtsdienner 1 Pfennig.

Von einem Wagen mit Brot erhalten die Gefangenen im Amtshause 1 Laib; auch das abgesammelte Fleisch wird ihnen gegeben. Wenn der Richter einen Untergerichtsdienner hält, muß er ihm wöchentlich 1 Schilling zahlen, den übrigen Bezug bekommt derselbe anderwärts.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begegnen wir wieder einem solchen Register, das sich nur unwesentlich vor dem vorgeführten unterscheidet.

Die Besucher der Märkte hatten jedoch noch andere Gebühren zu entrichten. Schon die Maut war für die Marktwaren besonders und abweichend von der gewöhnlichen Taxe bestimmt. Eine Zusammenstellung aus dem Anfang unserer Periode zählt die „mautbaren Güter an Jahrmärkten“ auf, und dieselben waren recht ansehnlich.

Es sind zu zahlen:

von einem Getreidewagen mit 10 Metzen und drüber 24 Pfennig,

„ „ „ unter 10 Metzen 12 Pfennig,

für den Schragen eines Krämers 8 Pfennig;

ein Arzt zahlt für den Stand seines Wagens 24 Pfennig;

von einem Wagen mit Kraut, Obst u. dergl. 24 Pfennig,

„ „ „Fortl“ Heu, Stroh 12 Pfennig,

„ „ Wagen Fische 2 Pfund Pfennig,

„ „ „ Kreusen 1 Dacken,

„ „ Brotwagen. 24 Pfennig,

„ „ Wagen mit Käse 2 Pfund Pfennig,

„ einer Butte 8 Pfennig,

„einem Schmalztrog von jedem verkauften Achtel 8 Pfennig;

die Weiber zahlten für Kräutlwerk 2 Pfennig;

von einer Butte mit Spanferkeln oder mit Geflügel 4 Pfennig,

von einem einheimischen Schwein 8 Pfennig,

von einem ungarischen Schwein 12 Pfennig.

Zu alledem kommt jetzt wohl noch das Standgeld, dessen Beträge uns allerdings erst an der Wende des 17. und 18. Jahrhunderts bekannt werden, und sie stellen sich schon deshalb etwas höher.

Die Gebühr von 15 Kreuzer für den Stand zahlen fremde Kaufleute: Gschmeidler, Löffelkramer, Nadler, Schleifer, Haubenmacher, Zuckerbäcker, Welsche mit Spezereien, ferner Wagen mit Krebsen, lebenden Fischen, Hausierer mit welschen Früchten, mit Gewand, Stände für Teppiche, Spitzen, Zwirn, Federkielen; für Barometer- und Augengläserhändler;

die Gebühr von 12 Kreuzer entrichtet ein Wagen mit toten Fischen;

9 Kreuzer für den Stand zahlen fremde Kramer: Huter, Strumpfstricker, Schuhmacher, Zischmenmacher, Tuchmacher, Drechsler, Kürschner, Schneider, Schnürmacher, Amperlbauer, Schaffbauer, Bottichbauer; Hacken- und Nagelschmiede, Bäcker mit Kipfeln, Wagen mit Hafnergeschirr, Malereihändler, Lederer, Pomade- und Seifenhändler; 8 Kreuzer zahlen fremde Käshändler, Wagen mit Däcken oder Zögern;

6 Kreuzer zahlen fremde Brätlbrater, Müller mit Brot, Wagen mit Obst oder Rüben, „Petschiersteher“, Händler mit Beinknöpfeln. Fremde Müller oder Greisler zahlen wöchentlich 3 Kreuzer. Mit Recht sehr teuer werden zweifelhafte Unterhaltungen belastet: Ein Glückshafner zahlt von einer großen Hütte 2 Gulden, von einer kleinen 1 Gulden.

Für den Wochenmarkt kommt namentlich der Handel mit Lebensmitteln in Betracht; und da beschwerte sich die Umgebung, 1601, 1605 bis 1608, daß ihnen die Waren 3 Tage verhalten würden. Neustadt berief sich auf das Niederlagsrecht.

Daß die Märkte auch an Feiertagen abgehalten wurden, darf nicht wundernehmen: die Zahl der Feiertage war eben sehr groß; doch hat ein Erlaß des Kaisers Matthias im Jahre 1617 angeordnet, daß der Wochenmarkt in Neustadt, wenn auf den Samstag ein Feiertag fällt, am Freitag abgehalten werde; aber erst 1634 faßt der Rat (am 23. November) den Beschluß, daß, wenn am Samstag ein Feiertag ist, keinerlei Zufuhr gestattet und der Wochenmarkt auf den Freitag rückverlegt werde.

Zum Marktwesen wollen wir auch die Mehlmesserordnung einreihen, die vom Stadtgericht im Jahre 1661 verfaßt wurde. Die Instruktion für die Mehlmesser ist aus dem Jahre 1672. Es sind zumeist selbstverständliche Weisungen; anzuführen wäre, daß er den Leuten mitteilen soll, was die Müller zu geben schuldig sind, daß er das Mehl selbst schütten und streichen und das Streichholz nicht aus der Hand geben soll. Von jenen Bäckern, von denen er öfter ein paar Semmeln und einen Trunk erhält, soll er für den halben Muth 4 Kreuzer, von den andern 6 Kreuzer bekommen.

Vom Jahre 1704 wäre noch ein Auftrag Kaiser Leopolds an den Rat von Neustadt zu erwähnen, bei dieser gefährlichen Zeit die Wochenmärkte aus der Stadt hinauszuverlegen, damit nicht durch Verrätereien sich Feinde in die Festung einschleichen können.

Von den fremden Märkten, welche die Neustädter Händler besuchen, kommen vor allem die Nachbarstädte des deutschen Westungarns in Betracht, unter denen wieder Ödenburg besonders hervortritt. Die Nordrichtung führte noch zum Markte nach Krems; sonst kam man nicht weiter in die Marktorthe jenseits der Donau. Die Zwischenstadt Wien trug natürlich dazu bei. Nach Süden war jenseits der steyrischen Grenze Hartberg ein gern besuchter Ort. Nach Westen haben wir den Endpunkt der Marktbesuche durch Neustädter in der obderennsischen Hauptstadt Linz. Für den Marktbesuch dortselbst gab der Rat im Jahre 1657 sogar eigene Weisungen. Die Händler sollen alles, was sie hinführen, Häute, Zwetschken, Honig, Wachs, Wein, genau zuvor spezifiziert dem Rate vorlegen und um dessen Bewilligung

ansuchen, sollen nur an den gewöhnlichen Märkten hinfahren; die von dort allenfalls hergeführten Waren sollen den Wert von 3000 Gulden nicht übersteigen; dieselben sollen alle in die Stadt gebracht und hier weiter verkauft werden; sie sollen sich so betragen, daß keine Beschlagnahme erfolgt.

Piesting hat einen auch von den Neustädter Händlern gut besuchten Wochenmarkt am Dienstag errichtet, dessen Aufblühen durch die Maut von Wiener Neustadt, wie eine Zuschrift von dort vom 3. März 1661 besagt, wesentlich beeinträchtigt wird. Es wird daher um die Mautfreiheit für diesen Dienstagsmarkt gebeten. Auf ein Gutachten einer Kommission weist jedoch der Rat dieses Ansuchen ab.

In kriegsgefährlicher Zeit, namentlich zu Beginn des 18. Jahrhunderts, wird der Marktbesuch in den ungarischen Nachbarstädten selbstredend unterbrochen, wie die Handelsgenossenschaft selbst beschließt (zum Beispiel im Jahre 1706 bezüglich des Marktes von Ödenburg). Es hat jene Zeit mit ihren unsicheren Verhältnissen überhaupt dem Handel bedeutend geschadet; und im letzten Jahre unserer Periode, am 1. Juli 1710, richtet Kaiser Josef I. einen Auftrag an Wiener Neustadt, zu berichten, durch welche Mittel der gesunkene Handel wieder gehoben werden könne. Der Bericht vom 2. September weist mehr auf die leicht erkennbaren Ursachen dieses Zustandes hin: die siebenjährige Rebellion und die daraus entstandene Armut der Bürger und der Bauern, ferner die Verschwärzung der Waren durch die Juden, die vielen Mauten. Der Bericht schlägt dann vor, die Mauten zu verringern, den Juden genau nachzusehen. Die Vorschläge waren vom Standpunkte Neustadts allein gemacht und konnten wenig helfen. Offenbar war ja auch auf Berichte von anderen Orten gerechnet.

In loser Verbindung mit dem Handel unserer Stadt steht

1. ein Auftrag Kaiser Ferdinands III. vom 17. Mai 1652, ein Patent anzuschlagen, daß auf 6 Jahre die Einfuhr von verzinntem Blech verboten sei; und zwar zugunsten des Adam Achtmark, der ein Werk für die Herstellung dieses Blechs in der Herrschaft Steyr errichtet habe;

2. mehrere kaiserliche Aufträge aus dem Jahre 1707: vom 15. März, ein Patent anzuschlagen, daß wegen der Fabriksmanufakturen ein eigener Kommerzienrat aufgestellt sei; vom 2. Mai: daß dem Dominikus Kolb von Kolbenthurm für eine Zeugfabrik und Schönfärberei von Wollwaren ein Privilegium auf 30 Jahre verliehen sei; vom 16. September: ein Patent wegen Verleihung einer Ölkompagnie zu veröffentlichen, daß durch 5 Jahre das Baumöl nur von dieser Kompagnie bezogen werden darf.

An den Handel einige Bemerkungen über das Geldwesen anschließend, fällt uns vor allem auf, wie viel unterwertige Münzen in Umlauf waren; fremde, vor welchen gewarnt, gegen welche vorgegangen wird. Aber auch von vollwertigen fremden Münzen will man nicht zu viele im Inlande sehen. Am 5. Jänner 1600 spricht ein Erlaß Rudolfs II. an Neustadt davon, daß zuviel Geld in Reichstaler umgewechselt werde, daß auch viel polnische Dukaten hereinkommen. 1611 eifert Erzherzog Matthias gegen die Verführung der guten Münzen und 1612 gegen die minderwertigen neugeschlagenen polnischen Zweikreuzerstücke. 1617 gebietet der Kaiser, die Dukaten nicht höher als um $3\frac{1}{2}$ Gulden, die Reichstaler um $1\frac{1}{2}$ Gulden anzunehmen, was vielfach überschritten werde; namentlich seien es die Juden, welche die Münzen überteuern. Die Ursache davon bildet allerdings der Umstand, daß es auch mit dem Inlandsgelde recht mangelhaft bestellt war. Eine Aufzeichnung des Neuklosters hier (von 1622) berichtet: Zu dieser Zeit hat das „kupferige“ Geld hier regiert, so daß ein Reichstaler 12 Gulden, ein Dukaten 20 Gulden gekostet hat, was natürlich weiterwirkend auch eine Teuerung der Lebens-

mittel hervorrief. Am 23. März 1620 hatte ein eigenes Patent die Werte der umlaufenden ausländischen Münzen genau bestimmt.

Es wird bewertet:

- ein Dukaten mit 3 Gulden 12 Kreuzer,
- „ Goldgulden mit 2 Gulden 22 Kreuzer 2 Pfennige,
- eine welsche Goldkrone mit 2 Gulden 45 Kreuzer,
- „ spanische Dublone mit 5 Gulden 40 Kreuzer,
- ein Reichstaler mit 2 Gulden 8 Kreuzer,
- „ Königstaler mit 2 Gulden 15 Kreuzer,
- „ Philippischer Guldentaler mit 1 Gulden 52 Kreuzer 2 Pfennige,
- „ spanischer Real mit 15 $\frac{1}{2}$ Kreuzer,
- 8 spanische Real mit 2 Gulden 4 Kreuzer.

Ein Generalerlaß vom 3. Februar 1624 bestimmt einen Termin für das Kursieren der geringwertigen Münzen. Da bei solchen Umständen Schwierigkeiten bei Zahlungen an Ämter, beim Ausgleich zwischen Gläubigern und Schuldnern entstanden, gaben Erlässe vom 13. und 14. August 1624 auch darüber Anweisungen. Eine förmliche Ehrenstellung nimmt die Münzstätte in Neisse in Schlesien ein, deren Prägungen anzunehmen auch hier empfohlen wird (am 3. Februar 1623), während vor den neuen Kremnitzer Pfennigen (mit Erlaß vom 4. November 1628) wie auch vor den ungarischen Dreiern (am 22. September 1633) gewarnt wird. Gegen das Ende unserer Periode macht ein Erlaß Leopolds (vom 28. April 1705) auf die geringwertigen bayrischen Münzsorten aufmerksam, während ein anderer Erlaß (vom 24. Jänner 1710) namentlich die Achttaler und einige zu Straßburg gemünzte Stücke als ungangbar erklärt. Am 1. März darauf wird die Erklärung der Ungangbarkeit auf die Achttaler beschränkt, damit nicht zuviel Unordnung entstehe.

Es erübrigt, nur noch folgendes anzuhängen:

Am 24. Mai 1763 teilt ein Erlaß Leopolds I. an Neustadt mit, daß die Wechseltrafiken und Kommerzien mit den französischen Untertanen wie in England und Holland, auch in den kaiserlichen Erbländern schärfstens verboten seien; — es ist die Zeit des spanischen Erbfolgekrieges — ferner unter dem 21. Juni, daß unter Oberinspektion eines Ministeriums und eines besonderen Kollegiums ein Banco di giro errichtet werden soll. Die Stadt wird beauftragt, hiebei zu kooperieren. Im Jahre 1704 ist dieser Banko bereits bestehend. Am 17. Oktober 1707 wird von Kaiser Josef ein Erlaß der Ministerialbankodeputation hieher mitgeteilt, daß den Nikolsburger Juden zur Beförderung des Handels gestattet wurde, niederösterreichischen Boden bis 4 Meilen von Wien zu betreten. Dieselbe Deputation erhob im Jahre 1708 gegen unsere Stadt mehrere Beschwerden, die allerdings nicht unbegründet waren.¹⁾ Im Jahre 1709 sah sich der Kaiser genötigt, da allerhand Übervorteilungen durch das Silber vorgekommen seien, ein eigenes Patent deswegen an die 18 mitleidenden Städte und Märkte, an Wiener Neustadt und an St. Pölten zu erlassen.

Im Jahre 1708 erhebt diese Bankodeputation gegen Neustadt eine Anzahl Beschwerden, teilweise wesenlos, teilweise mit Unrecht. Sie schlägt vor, die Neustädter Maufreiheit überhaupt aufzuheben und dafür ein Äquivalent zu zahlen. Wir kommen später auf diesen Antrag zurück.

Den Wert des Geldes betreffend, haben wir schon bei verschiedenen Gelegenheiten durch Angabe der Preise uns von demselben überzeugt. Im ganzen zeigt sich dessen Neigung zum Sinken auch im 17. Jahrhundert bei den meisten Gegenständen, abgesehen von einzelnen außergewöhnlichen

¹⁾ Siehe oben.

Fällen, wie zu Anfang der zwanziger Jahre, wo infolge einer Mißernte die Preise auf das Drei- und Vierfache stiegen. Nach einer Aufzeichnung im Neukloster kostete damals der Metzen Getreide 16 Gulden, ein Kalb 25 Gulden, ein Pfund Fleisch 2 Schilling 12 Pfennig, 1 Paar Korduan-schuhe 12 Gulden. Die Preise werden etwas übertrieben sein, haben auch gewiß nicht lange angehalten, sondern sind auf den früheren Betrag zurück-gesunken.

Von Preisangaben seien noch erwähnt: 1669 kosteten 1000 Ziegel mit den Fuhrkosten (von Schleinz) 4 Gulden 30 Pfennig, 1669 der Eimer Bier wegen Wohlfeilheit des Getreides 10 Schilling. 1695 aber 2 Gulden 45 Kreuzer, Märzenbier 3 Gulden 45 Kreuzer; 1687 ein Pfund Öl nicht über 16 Kreuzer.

An den Handel und Verkehr können wir auch die Post anschließen, die damals schon ganz regelmäßig ihre Dienste leistete. Eigentümlich ist folgendes: Im Jahre 1648 sucht der hiesige Postmeister Jakob Schlögl um die Bewilligung eines Branntweinhandels an; die Bitte wird am 16. Dezember gewährt, jedoch dürfe der Postmeister nicht öffentlich feil haben, keinen Zeiger ausstecken. Man muß sich hier des alten Gebrauches erinnern, daß auf den Poststellen während der Pause des Anhaltens oder vor Beginn der Fahrt die Reisenden Erfrischungen im Posthause selbst einnehmen konnten, und daß in der Winterszeit etwas Wärmendes sehr angenehm sein muß. Ein wichtiges Postpatent mit sehr genauen Vorschriften ist vom Jahre 1662, das am 23. Februar 1665 genau einzuhalten befohlen wird.

Steuern und Abgaben, Lasten.

Wir treten auf das breite Feld der Steuern und Abgaben, die wieder in der mannigfachsten Weise teils weiterlaufen, teils neu einsetzen. Wir wissen, daß die Stadt selbst regelmäßige, ununterbrochene, aber auch andere, bei verschiedenen Anlässen wiederkehrende Abgaben vorschrieb und einhob. So mußte fortlaufend ein Wachtgeld entrichtet werden; und als im Jahre 1651 manche Holden in Freihäusern sich dieser Zahlung weigerten, wurden sie mit Gewalt zu derselben verhalten. Im Jahre 1706 versuchten die Holden bittweise, da sie bei der Setzung der Pallisaden und bei andern Arbeiten sich haben brauchen lassen, die Befreiung von der Steuer zu erlangen. Sie wurden jedoch abgewiesen. Die Stadt war in sehr ungünstigen finanziellen Verhältnissen; dagegen hatte der Rat im Jahre 1598 einmal beschlossen, den Ärmern und jenen, die sich öfter zu Diensten für die Stadt brauchen lassen, den dritten Pfennig von ihrer Steuer nachzusehen.

Das Niederlagsgeld hing in seiner Höhe natürlich von der Menge der niedergelegten fremden Waren ab. Im Jahre 1706 waren zum Beispiel nur 6 Posten genannt, die zusammen an 470 Gulden ergaben. Da dieses Geld auch von den Lebensmitteln gewonnen wurde, wodurch eine Verteuerung derselben eintrat, liefen Beschwerden ein, so daß Kaiser Ferdinand II. am 7. Dezember 1623 befahl, von den Viktualien kein Niederlagsgeld zu verlangen.

Im Jahre 1650 beschließt der Rat einmal wegen der Kosten für den Dreißigst an eine Anzahl vermöglicher Bürger um eine freiwillige Beisteuer heranzutreten; und da dieser Schritt nichts fruchtet, wird am 20. Dezember ein „Anschlag“ gemacht. Es wird

im Deutscherrenviertel	21	Parteien	142	Gulden	30	Kreuzer,
„ Minoris	35	„	340	„	30	„
„ Frauenviertel	24	„	180	„	30	„
„ Trinitas	12	„	81	„	30	„
aufgelegt; in der Vorstadt wird						
abgeschlossen mit	15	„	249	„		
zusammen	107	Parteien	994	Gulden	—	Kreuzer.

Für die Bestätigung der Stadtprivilegien, die ziemlich bedeutende Unkosten verursacht, schreibt die Stadt denjenigen, denen sie zugute kommen, auch eine Gebühr zur Mitzahlung vor. Im Jahre 1663 zum Beispiel zahlen die Handelsleute für die Bestätigung der städtischen Freiheiten durch Kaiser Leopold nach mehreren Mahnungen hiezu 1000 Gulden. Die Handwerksleute tragen im ganzen 554 Gulden bei, die Lederer allein 150 Gulden. Wir sehen, daß die Kosten in die Tausende gehen.

Da auch die Neubestätigung der Privilegien der einzelnen Zünfte von der Stadt eingeleitet wird, müssen diese gleichfalls die Gebühren dafür entrichten. So zahlen die Fleischhauer im Jahre 1622 dafür die Summe von 900 Gulden. 1650 beschwerten sich die Leinwandhändler, daß mehrere Mitgenossen nicht für ihren Artikelbrief zahlen wollen. Im Jahre 1702 zieht der Rat, da die Stadt tief in Schulden steckt, zu einem Beitrage für die Erkaufung des Ungelts die reichen Bürger heran. 31 Bürger gaben 276 Gulden, was freilich wenig erkleckte und noch Anleihen der Stadt notwendig machte.¹⁾ Auch bei anderen, plötzliche Ausgaben erfordernden

¹⁾ Siehe oben.

Gelegenheiten, wie zum Beispiel bei Einquartierungen u. dergl. trat der Rat an die Bevölkerung, an die reicheren Bürger zu einem Beitrage heran.¹⁾ Eine kleine veränderliche Gebühr war das Feuerampergeld, das zum Beispiel 1689 mit 33 Gulden, 1694 mit 13 Gulden 15 Kreuzer, 1700 mit 26 Gulden ausgewiesen ist.

Die Stadt erhob auch ein Judengeld; für die Höhe desselben liegt in unserer Zeit keine nähere Angabe vor.

Die Eingänge von manchen Abgaben wurden zunächst für die Remunerierung einzelner städtischer Würdenträger und Beamten zum Neujahr verwendet; und einer solchen Liste verdanken wir die Kenntnis der vollen Höhe mehrerer Abgaben. Im Jahre 1707 werden zur Austeilung des Neujahrsgeldes bestimmt:

Judengeld	250	Gulden	—	Kreuzer,
Abfahrtsgeld	118	„	—	„ ,
Wein, Konterband	60	„	—	„ ,
Strafgelder	117	„	—	„ ,
Niederlagsgeld	469	„	51	„ ,

zusammen . 1014 Gulden 51 Kreuzer,

wozu das Kammeramt noch einen Beitrag von 160 Gulden leistet.

Im Jahre 1702 kaufte die Stadt den „vicedom'schen Ungelt“, den sie bisher gepachtet hatte, um 21.000 Gulden, ein immer noch Vorteil versprechender Erwerb. (Kontrakt vom 9. November.)

Bezüglich der Abgaben an die Landschaft Niederösterreich wissen wir, daß Neustadt das Zapfenmaß angekauft, daß es die 1655 geschaffene Tranksteuer in Bestand genommen hatte.

Bemerkt sei noch, daß die Steuern oft nur für ein Jahr galten.

Im Jahre 1632 hatte der Kaiser dem Lande einen Getreideaufschlag bewilligt, der sich schon im nächsten Jahre in einen Getreide- und Weinaufschlag verwandelte und namentlich die von Ungarn eingeführten Waren treffen sollte. Beide Abgaben verursachten erst einen längeren Schriftwechsel, ehe die Stadt dem kaiserlichen Willen nachkam. 1633 schrieb das Land eine Art Einkommensteuer aus; für fremde Adelige 10 Gulden, für Hochbesoldete 100 Gulden, für Advokaten, Doktoren 10%, für Hofhandelsleute, Krämer 5% ihrer Einnahmen usf. usf., sehr eingehend.

Der Getreide- und Weinaufschlag dauerte durch Verlängerung bis ans Ende der siebziger Jahre fort. 1640 begann ein staatlicher Roßaufschlag, dem schon 1642 ein landschaftlicher Lehensroßaufschlag an die Seite trat, den die Landkutscher für das Ausleihen eines Rosses entrichten mußten, der wohl nur auf ein Jahr lautete, aber bis 1647 immer wieder verlängert wurde. 1642 wurde eine eigene Bewilligung von Hilfsmitteln für das Land erteilt. In demselben Jahre wurde auch ein Schuhaufschlag von Schustern, die auf Märkten verkaufen, für das Land Niederösterreich bewilligt, 2 bis 4 Kreuzer vom Gulden. Damit verband sich ein Aufschlag für Schmalz und Käse. Und wieder im Jahre 1642 wurde dem Lande Niederösterreich ein Aufschlag, 3 Kreuzer vom Gulden, für allerhand Waren gegeben (Gold, Silber, Juwelen, teure Stoffe, Bilder, Tapezierereien, Weine, Austern), zu zahlen vom Käufer — eine Art Luxussteuer.

Auch die im Jahre 1646 bewilligte Abgabe von bebauten Weingärten, für 10 Tagwerk an besseren Orten 12, an mittleren 10, an schlechteren Orten 6 Schilling war für die Bedürfnisse des Landes bestimmt, ebenso ein 1659 bewilligter Aufschlag für Häute, Honig, Unschlitt, der schon einige Jahre als Beihilfe von der gleichen Staatssteuer eingehoben worden war. 1662 hören wir von einem Warenaufschlag, 1670 von einem Seifen-

¹⁾ Siehe unten.

aufschlag (bei der Durchfuhr durch Schottwien), von deren Zahlung es keine Befreiung gibt. Wiederholt kommt es vor, daß Abgaben für die Landschaft erbeten, bewilligt und eingehoben wurden, damit sie dem Staate in seiner Geldnot helfen. So teilen die niederösterreichischen Verordneten im Jahre 1608 mit, daß Erzherzog Matthias zu der ordentlichen Steuer noch 2 Taler auf jedes Pfund Geld, und überdies auf jeden behausten Untertan im Lande wegen der Türkengefahr 3 Gulden geschlagen habe. So die doppelte Güld; nach den Zuschriften von 1597, 1608, 1609, und 1627 wurde der Betrag mit zur Befestigung von Raab verwendet; 1613 kam der Eingang einmal dem Lande selbst zugute. Ebenso war es mit dem Hausgulden, ebenso mit dem Rauchfanggulden: mit einem Generalerlaß vom 31. Juli 1642 hat Ferdinand II. für jeden über das Dach aufsteigenden Rauchfang, außer der Burg (dem Landhause), den Klöstern, den Bettelorden und den Spitälern in Niederösterreich 1 Gulden einzuheben bewilligt, und zwar zur Deckung der Kriegskosten. Das Ansuchen der Stadt um Befreiung wurde abgewiesen, sowohl bezüglich des Hausguldens wie auch des Rauchfangguldens.

Die Stadt hatte auch an die Landschaft Naturalien — offenbar für das Heer — abzuliefern; 1626 zum Beispiel $3\frac{1}{4}$ Metzen Hafer, und $14\frac{1}{2}$ Metzen Korn, was 1628 in bar beglichen wurde.

Im Jahre 1668 hören wir von einem Viehaufschlag, der durch das Handgrafenamt an Neustadt verpachtet wurde. Eine wichtige Rolle spielte das Pfundgeld, das bei jedem Wechsel eines Realbesitzes zu entrichten war. Die neue Landesordnung vom Jahre 1679 verlangte im ganzen Lande mit Ausnahme von Wien nach dem Beschlusse der drei oberen Stände 3 Kreuzer vom Gulden, also den 20. Teil, 5% einzusetzen. Der halbe vierte Stand war gegen eine Erhöhung. Das gab nun für lange Zeit den Anlaß zum Streite. Eine Erläuterung vom 23. November 1682 setzte wohl auseinander, daß die landesfürstlichen Städte und Märkte an diese erhöhte Umlage nicht gebunden seien, sondern den früheren niederen Betrag zu entrichten haben. Allein auch den Neustädtern wurde eine Abgabe in der Höhe von 5% abverlangt. Nach einer neuerlichen Eingabe des Rates dagegen (1689) wies eine kaiserliche Resolution vom 14. November 1690 auf die erwähnten Erläuterungen hin, bei denen es verbleibe. Die Resolution wurde am 13. August 1691 wiederholt und an die Herrschaften und Grundobrigkeiten gerichtet. Zugleich wurde aber eine Kommission eingesetzt, welche die Sache regeln sollte, aber nichts erreichte. 1693, am 15. Dezember, wurden dann neue Kommissäre bestimmt, mit dem gleichen Erfolge. Da entschied der Kaiser selbst in einer neuerlichen Resolution vom 26. Mai 1695: Bei dem halben 4. Stand ist von der Viertelstadt St. Pölten und von Wiener Neustadt für Häuser und Grundstücke im Falle des Verkaufes, aktiv oder passiv, wenn die Objekte in ihrem Burgfrieden gelegen sind, das Pfundgeld mit der alten niedrigeren Summe zu zahlen; liegen dieselben jedoch außerhalb des Burgfrieds oder handelt es sich um Häuser oder Gründe, die in die Grundbücher der oberen Stände gehören, so ist die Gebühr 3 Kreuzer von jedem Gulden.

Im Jahre 1689 hatte der Kaiser der niederösterreichischen Landschaft einen Aufschlag, der wohl aus mehreren einzelnen, für beschränkte Frist bewilligten Abgaben zusammengefloßen war, für längere Zeit (bis 1724) für Häute, Wein, Getreide, Mehl, Honig, Zwetschken verliehen. Die Landschaft verpachtete denselben an eine Witwe Mollart und deren Erben, später von 1703 an auf 12 Jahre dem Grafen Ehrenreich von Abensperg. 1695 hatte der Kaiser, um neue Mittel und Wege zur Sicherung des Reiches ausfindig zu machen — es war begreiflich wieder an eine Abgabe gedacht — eine Volkszählung angeordnet. Das Ergebnis derselben für Wiener Neustadt ist vollständig wertlos.¹⁾

¹⁾ Siehe Band II.

Die Landschaft Niederösterreich tat hie und da auch etwas für den Hof in Wien und zog auch zu diesen Auslagen das Land zur Beitragsleistung heran. Im Jahre 1619 schrieben die Verordneten nach dem Tode des Kaisers Matthias eine Abgabe für die Erbhuldigung aus. Dieselbe war auf 2 Jahre verteilt und betrug für unsere Stadt 106 Gulden, 6 Schilling 14 Pfennig. Im Jahre 1636 machte die Landschaft für eine „strapaziose“ kaiserliche Reise, die 40.000 Gulden kostete, einen Anschlag von 6 Schilling für jedes Haus im ganzen Lande, was für Wiener Neustadt einen Beitrag von mehr als 250 Gulden erforderte.

Die von dem Herrscher für den Staat selbst verlangten Steuern und Abgaben sind von der mannigfachsten Art. Zu Ende des 16. Jahrhunderts wird ein Aufgebotgeld von 3 Gulden für den Zahlungspflichtigen verlangt; 1624 eine Handgrafenamtsgebühr, die für verschiedene Ortschaften verschieden ausfällt. Neustadt, sowie Bruck a. d. Leitha, Hainburg, Laa, sollen für jedes Stück Rindvieh, das sie auf Grund ihrer Privilegien aus Ungarn hereintreiben, 20 Kreuzer Handgrafengebühr entrichten. Dazu kommt 1627 eine Gebühr für das Schlachten, und zwar sind für jedes geschlachtete Rind 15 Kreuzer, für das Schaf 3 Kreuzer, für das Schwein 6 Kreuzer zu zahlen. 1629 folgt ein Patent, 2 Pfennige für jedes Pfund Rindfleisch zu entrichten. 1634 wird ein eilender Aufschlag wegen der Aushebung, 1646 ein solcher wegen der Reise des Kaisers nach Regensburg vorgeschrieben. 1642 kommt ein kaiserlicher Befehl, von allen Besoldungen, Pensionen, Deputaten usf. alle Vierteljahre ein Viertel abzuziehen, was bei günstigerer Zeit wieder nachgezahlt werden soll. Ein paar ältere Abgaben werden 1642 in einen Vieh- und Getreideaufschlag umgewandelt. Die oben genannten Städte sollen außer den 20 Kreuzern noch einen halben Gulden für das Schlachten eines Rindes, für das Aushacken eines Schafes oder Schweines 18 Pfennig zahlen. Von dem Getreide, das zum Verkauf gebracht wird, ist für den Metzen schweren Getreides 1 Kreuzer, geringeren Getreides 2 Pfennige Gebühr. 1631 war wieder ein Fleischaufschlag auf 2 Jahre bewilligt, aber dann verlängert worden. In diesem Jahre erhält der Rat die Verständigung, daß Neustadt vom Aufgebot, vom Güldpfand und vom Rüstgeld frei sein solle, wofür die Stadt ihre Befestigung selbst erhalten und im Krieg einen Artilleriewagen mit 4 Pferden auf eigene Kosten schicken solle. 1636 wird ein neuer Weinaufschlag an der Tabor- maut in Wien geschaffen, von dem niemand befreit sei. 1639 wird auf jedes Küfel Salz eine Auflage von 3 Kreuzer geschlagen und für jeden Eimer eingeführten Weines 1 Groschen, beides wegen der hohen Kriegsausgaben. 1642 folgt für ein Jahr ein Aufschlag für Felle, Leder und andere Waren. Im Jahre 1642 wird, da der Güldaufschlag schwer zu tragen sei, für ein Jahr ein Aufschlag auf Felle, Leder und andere Waren (Unschlitt, Honig, Wachs, Zwetschken) vorgeschrieben. Derselbe beträgt für eine rohe Ochsenhaut 20 Kreuzer, für eine gearbeitete 30 Kreuzer; und für Kuh-, Kalbs- häute, für Bocks- und Schaffelle geringere Beträge. Für ein rohes Schaffell 1 Kreuzer. Von den verschiedenen Waren wird Wachs besonders hoch besteuert, für 1 Zentner 2 Gulden. Unabhängig davon ist noch die Kriegs- anlage mit 877 Gulden 30 Kreuzer für Wiener Neustadt. Im nächsten Jahre wird wieder unbeschadet der bereits bestehenden Abgabe vom Fleisch ein Fleischkreuzer von jedem Pfund gefordert; nach zweijährigem Bestehen wird dieser Aufschlag auf ein Jahr verlängert (1645), und im Jahre 1646 durch ein abermaliges Patent erneuert. Schon im Jahre 1644 ist der Weinkreuzer in den vierten Pfennig von jedem im kleinen aus- geschenkt Wein umgewandelt worden. 1649 gibt Kaiser Ferdinand III. dem Rate hier bekannt, daß auf die türkische Wolle außer dem alten Auf-

schlag bei Kauf und Verkauf noch eine neue Abgabe von 3 Gulden bei dem Zentner zu entrichten sei, die alle ohne Widerstand reichen sollen. In der Mitte der fünfziger Jahre wird eine neue Leibsteuer geschaffen, die jede Person angeht. Im Jahre 1657 wird zu einer Beisteuer folgende Liste der zur Zahlung Verpflichteten hier aufgenommen: 2 Med. Doktoren, 3 vermögliche Kaufleute, 2 Apotheker, 32 Bürger von bestem Vermögen, 43 mittlere, 57 ärmere Bürger — die übrigen bedürfen des Almosens — und 42 Handwerksgesellen, die also besser daran sind als viele Bürger. Bald gesellt sich zu dieser Abgabe eine Dienstboten- und Angestelltensteuer. Diese Steuer veranlaßt wieder eine Zählung der Bediensteten, beziehungsweise eine Feststellung der Bezüge derselben im Jahre 1660, und am 17. Dezember 1661 ist der Ertrag dieser Umlagen aufgezeichnet. Es hat gezahlt:

der Landschaftsarzt von 200 Gulden (6 Kreuzer vom Gulden)	20 Gulden — Kreuzer,
der Stadtmedikus von 100 Gulden (6 Kreuzer vom Gulden)	10 „ — „ ,
die Handelsdiener von 260 Gulden zusammen	26 „ — „ ,
die Dienstboten von 2370 Gulden (3 Kreuzer vom Gulden)	118 „ 30 „ ,
115 Handwerksgesellen (jeder 1 Gulden)	115 „ — „ ,
56 Holden (jeder 30 Kreuzer)	28 „ — „ ,
1 Bestandmüller	1 „ 30 „ ,
2 Garköche (jeder 1 Gulden 30 Kreuzer)	3 „ — „ ,
je 1 Schleifer, Pallierer, Maler, Armleutgeb jeder 1 Gulden)	4 „ — „ ,
zusammen	326 Gulden — Kreuzer.

Das Jahr 1664 weist einen Rückgang dieser Einnahme auf 267 Gulden aus, da die Zahl der Dienstboten und der Handwerksgesellen abgenommen hat (82 gegen 115 von 1661).

Im Jahre 1664 wird auch noch eine bedeutende Türkensteuer eingehoben, die zugleich die Frauen und Kinder, überdies die Dienstboten und die Weltgeistlichen umfaßt.

Es werden gezahlt von:

6 Benifziaten, zu 5 Gulden	30 Gulden — Kreuzer,
von 2 Med. Doktoren und deren Frauen zu 1 Gulden 30 Kreuzer	6 „ — „ ,
von 24 vermögenden Bürgern, 22 Frauen und 8 Kindern über 7 Jahren derselben zu 1 Gulden 30 Kreuzer	81 ¹⁾ „ — „ , ¹⁾
von 272 mittleren und armen Bürgern, 263 Frauen und 142 Kindern über 7 Jahren derselben zu 30 Kreuzer	267 „ 30 „ , ¹⁾
von 192 Tagwerkern und deren Kindern zu 12 Kreuzer	38 „ 24 „ ,
von 76 Handwerksgesellen zu 30 Kreuzer	38 „ — „ ,
von 8 Dienstleuten, mit einer Besoldung von mehr als 30 Gulden	8 „ — „ ,
von 214 Dienstboten mit geringerer Besoldung zu 12 Kreuzer	42 „ 48 „ ,
zusammen	511 Gulden 42 Kreuzer.

¹⁾ Hatten wohl noch nicht alle eingezahlt.

Im Jahre 1665 wurde eine Abgabe von den Nichtbürgern erhoben, zu denen auch der Stadtmedikus gehörte; und zwar von den vermöglicheren der 10. Teil ihres Einkommens. Es gingen über 253 Gulden ein.¹⁾ Es wurden auf diese Weise die Inwohner zu den Lasten der Stadt herangezogen. Im Jahre 1662 wird wieder von einem Fleischaufschlag gesprochen; diesmal heißt es Fleischpfennig, beträgt aber von jedem geschlachteten Stück, vom Rind auch von Jungvieh, von Schweinen 10 Schilling. Die Abgabe wird durch den Rat eingehoben. Nun verstummen die Akten für längere Zeit; man begnügt sich mit dem alten ohnedies reichen Repertoire, mit der Verlängerung von bestehenden Steuern. 1682 setzte ein Papieraufschlag ein, der zugleich eine Verdopplung der Maut bedeutete und von dem auch keine Befreiung erteilt wurde. Gegen Ende der achtziger Jahre kommt eine Abgabe für Kauf- und Verkauf von Wein, und zwar 30 Kreuzer für einen Eimer; die durchgeführten Ungarweine seien auf die kaiserlichen Mauten zu leiten, damit diesen die Einnahme nicht entgehe. Im Jahre 1690 taucht wieder eine alle Personen treffende Steuer auf, diesmal Kopfsteuer genannt, die auch von Gesellen, Weibern, Kindern, Dienstboten, Holden, Bauern entrichtet werden muß. Trotz aller Bemühungen wird auch unsere Stadt nicht von dieser Abgabe befreit; und am 2. März 1694 setzt ein neues Patent diese Steuer fort. Auch diesmal nützen alle Versuche, sich von dieser Last zu lösen, der Gemeinde nichts. Im Jahre 1696 wird diese Abgabe, die viel Unzufriedenheit hervorgerufen hatte, durch eine Vermögenssteuer ersetzt. Nach einigem Schriftwechsel zog die Stadt jene Bürger heran, die 1000 und mehr Gulden Vermögen besaßen; und sie bekam von 17 Bürgern rund 600 Gulden. Die Vermögenssteuer zieht sich durch Erneuerung und Verlängerung weiterhin fort. Ein neues Patent vom 24. November 1702 verkündet eine Menge Einzelheiten, nimmt von der Zahlung alle aus, die nicht 500 Gulden Vermögen besitzen, und bestimmt vom Besitz den 100. Teil, vom Einkommen den 10. Teil als Abgabe. 1707 folgt wieder ein Patent. Im Jahre 1696 muß weiter wegen der „in immensum austragenden“ Kriegsausgaben noch ein Lederaufschlag, im nächsten Jahre eine Luxussteuer eingeführt werden. Das Patent für die letztere hat ein ganz eigentümliches Gepräge. Es teilt die Steuerzahler in 4 Klassen: 1. Klasse der Adel, 2. Klasse geadelte Beamte, Bürgermeister, 3. Klasse vornehme Bediente, Bürger, 4. Klasse gemeine Leute. Die Luxussteuer wird in folgender Weise bemessen: 1. Für Gold, Silber, reiche Kleider 10 Gulden, binnen 4 Wochen zu zahlen, sonst darf er die Geschmeide, die Kleider nicht tragen. Die Steuerzahler sollen sich aller Spitzen, Spitzenhauben, Perücken enthalten, wenn nicht die 1. Klasse 6 Gulden, die 2. Klasse 3 Gulden, die 3. Klasse 1 Gulden 30 Kreuzer, die 4. Klasse 45 Kreuzer in die Kriegskasse zahlt. Wer seinen Dienern solche Kleider machen, solche Gegenstände tragen läßt, hat dasselbe zu zahlen. Hohe Geldstrafen erwarten den Übertreter. Die Hofkammerräte mahnen Neustadt, die Befolgung des

1) Es zahlten:

der Stadtmedikus	10	Gulden	—	Kreuzer,
die Handelsdiener mit insgesamt 264 Gulden Bezug	26	„	24	„
die Dienstboten mit 2315 Gulden Bezug (zu 5%)	115	„	45	„
wo ein „Dienstmensch“ mit 5—8 Gulden Lohn jährlich gerechnet ist,				
73 Handwerksgesellen zahlten	73	„	—	„
42 arme Inwohner zahlten	21	„	—	„
2 Garköche zahlten	2	„	—	„
1 Maler, 1 Schlosser, 1 Ballinerer	3	„	—	„
4 Faßzieherknechte	2	„	—	„

zusammen . 253 Gulden 09 Kreuzer.

Patents streng zu überwachen. Doch erscheint noch im gleichen Jahre 1697 ein Einpfennigfleischaufschlag, wie denn überhaupt das Fleisch ein allererster Artikel für die Besteuerung ist; doch soll diese neue Steuer den Neustädter Privilegien nicht präjudizierlich sein!

Im Juli des Jahres 1703 taucht ein Projekt auf, ein Mahlgeld, einen Maß-, Ellen- und Gewichtsaufschlag einzuführen, worüber Neustadt nach Einvernahme der Interessenten ein Gutachten abgeben soll. Es brauchte wieder lange Zeit, ehe der ablehnende Bericht einlief. Dagegen stoßen wir in demselben Jahr auf etwas Neues: ein Tabakaufschlag ist ausgeschrieben, der über unsere Periode hinüber dauert. Derselbe wird sofort verpachtet. 1704 gibt es einen Fleischaufschlag von 1 Kreuzer für das Pfund zur Erhaltung der hier einquartierten Miliz, von dem jedoch unsere Stadt von vornherein befreit wird. Im selben Jahre gesellt sich noch ein Kleieaufschlag dazu: die Bäcker und Müller sollen von dem Vorteil, den sie durch die Kleie haben, den dritten Teil abgeben. Das folgende Jahr 1705 schreibt ein Subsidium extraordinarium aus, das mit der Vermögenssteuer eingebracht werden soll, und ein kaiserlicher Erlaß legt das Projekt einer neuen Dienstbotensteuer zur Begutachtung vor, da auch andere Staaten — so die Republik Venedig — von den Dienstbotenlöhnen gleich einen Teil abziehen. Auch dieses Gutachten ließ lange auf sich warten. Im Jahre 1707 kommt zu dem Fleischaufschlag noch ein Auftriebgeld. Im Jahre 1708 betreten wir wieder ein neues Steuergebiet: eine Tanz- und Musiksteuer hält ihren Einzug: 3 Gulden jährlich von jedem Veranstalter. Der Rat vernimmt die 7 Wirte, welche diese Unterhaltungen geben, und findet bei der Mehrzahl (5) Widerstand, der erst nach langen Verhandlungen aufgegeben wird. 1709 wird die Stadt neuerdings um ein Gutachten über den Plan einer Schildtaxe von Kaufleuten, Handwerksleuten, Wirten und von allen, welche Schilder führen, am 27. September angegangen. Die Interessenten werden vorgeladen und beschwerten sich natürlich alle gegen dieses Vorhaben. Der Bericht wurde 1710 urgiert und wir werden darauf zurückkommen.

Wenn wir nochmals auf die endlose Reihe der Staatssteuern zurückblicken, so müssen wir erkennen, daß insbesondere die Lebensmittel als Gegenstände der Besteuerung ins Auge gefaßt und mit Abgaben belastet wurden. Das unpraktische System, die Steuern nur für eine beschränkte kurze Zeit zu erstrecken, hat wohl zum Hintergrunde die Scheu vor der Unzufriedenheit, vor der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung, die so häufig gegen den absoluten Willen auftrat, nicht selten mit Erfolg. Eine einmal übernommene Last wurde viel leichter auch weiterhin getragen.

Bevor wir der letzten Leistung der Stadt gegen den Staat gedenken, wollen wir mit wenig Worten an die Abgabe einzelner Bürger erinnern, derjenigen nämlich, die Weingärten in fremden Herrschaften besaßen und fremden Herren dienstbar waren: sie mußten Zehent und Bergrecht zahlen. Und da werden namentlich in der Mitte des Jahrhunderts Beschwerden gegen die Zehent- und Bergherren erhoben, daß sie den Dienstpflichtigen neue Abgaben auferlegen: Taxen für Quittungen, Zettelgroschen, Schrankengeld, einen Betrag für den Schreiber, hohe Verzugsstrafen u. dergl. Da erscheint am 13. September 1652 ein Patent gegen die Zehentherren, das alle diese Ungebühren untersagt. Am 19. September 1656 wird dasselbe mit einigen Änderungen wiederholt, ein Zeichen, daß mit einem einmaligen — selbst kaiserlichen — Befehl auch hier nichts erreicht war.

Eine bedeutende, für den Staat zu tragende Reallast hat selbstverständlich auch in unserer Periode die Stadt wiederholt beschwert: die Militäreinquartierung und die Beschaffung und Erhaltung der Verteidigungsmittel. Von

Militäreinquartierung wird die unmittelbar an der ungarischen Grenze gelegene Stadt in den damaligen unruhigen Jahren natürlich wiederholt heimgesucht. Einige Fälle sollen hier noch ergänzend aufgezählt werden.¹⁾ Zu Beginn des Jahres 1609 lagen „Rueberische“ Soldaten hier; zu ihnen wurden Dornische Krieger hergebracht, die mit Zimmer, Holz, Kerzen und Salz²⁾ zu versehen waren, auch ein Nachtlager erhalten mußten. Es waren zunächst 180 Knechte, für welche dem Hauptmann 600 Gulden ausgezahlt wurden. Im April sollen weiter 500 Dornische Soldaten herverlegt werden, der Rat verhindert dies durch die Spende eines Fassels Wein von 10 bis 12 Eimern an den Kriegspräsidenten. Vielfach versuchte der Rat, dieses Kriegsvolk in der Vorstadt unterzubringen: so 1615 die Puchhaimschen Reiter, so daß die Vorstädter dann Vergütungen für die Beistellung der Zehrung verlangten. Der Rat hat dann mit einem Beschlusse vom Jahre 1649 auch die Inwohner zu den Einquartierungslasten herangezogen. Daß es bei der damaligen Zusammensetzung der Kriegsmacht manchmal zu Streiten kam, ist nicht auffallend. 1659 war einmal ein etwas härterer Streit mit Mißhandlungen und Verwundungen entstanden, so daß der Rat die Sache — ohne wesentliches Ergebnis — weiter verfolgte. 1663 und 1664 werden je zwei Kompagnien Fußvolk nach Neustadt verlegt: dieselben seien wegen der gefährlichen Zeit samt dem zum Kommandanten bestimmten Obersten Locatelli einzunehmen. 1686 liegt das Castellische Regiment kurze Zeit in der Stadt, dessen Zehrung mit 1067 Gulden berechnet wird. Besonders tritt die Zeit des ungarischen Aufstandes zu Anfang des 18. Jahrhunderts mit wiederholt wechselnder Einquartierung in Neustadt hervor. Im Jahre 1704 lagen Holstein-Plönische Soldaten hier, deren Offiziere verlangten, daß ihnen statt der Verpflegung Bargeld gegeben werde. Eine Eingabe des Rates vom 3. März dagegen hatte in der Tat den Erfolg, daß dem Kommandanten die Weisung gegeben wurde, dies abzustellen. Freilich hatte dies zur Folge, daß der Rat und die Stadt mit dem Kommandanten Johann Gerold von Arnold in Zwist geriet, wie schon oben berührt. Um den unter solchen Verhältnissen jedesfalls ärger gewordenen Unerquicklichkeiten der Einquartierung auszuweichen, haben sich viele Bürger durch eine Barzahlung von der wirklichen Einquartierung befreit (für den Februar, März, April 28 Parteien mit 481 Gulden, für den Juni und Juli 10 Parteien mit 112 Gulden). Daß man sich auch über ungleichmäßige, ungerechte Verteilung der Einquartierten beklagte, geht aus einer Eingabe der Bürgerschaft vom 2. Juni hervor. Unterdes war bereits eine andere Truppe eingezogen: Miliz unter dem Grafen Porcia; gegen diese beschwerten sich die Bürger, daß sie mit türkischer Musik die ganze Nacht durch die Straßen ziehe und großen Lärm verursache.

Minder drückend waren andere Einquartierungen wie jene von 1624 für einen Leutnant und vier Gefreite, die mit zur Bewachung des Sachsenherzogs hier bestimmt waren, oder die Transferierung des in Wien in Haft befindlichen Dampierre nach Neustadt im Jahre 1675.

Für den Durchzug des päpstlichen Generals Joannes Aldobrandin mit Italienern, 1596, wird die Verproviantierung verlangt.

Ein paar Ausnahmen, Befreiungen durch kaiserliches Eintreten, lassen sich nicht vermeiden: Im Jahre 1633 wird der kaiserliche Rat und Landgraf in Österreich und in Mähren Tobias Helfried von Kaiserstein für sein Haus in Neustadt ebenso wie sein Weib, seine Kinder, seine Erben von jeder „Einlosierung“ befreit. Ferdinand III. bestätigt diese Begünstigung im

¹⁾ Siehe oben.

²⁾ Mit einer Resolution Kaiser Leopolds vom 12. April 1659 wurde die Salzabgabe durch eine Bargeldzahlung ersetzt.

Jahre 1642; im Jahre 1704 richtet Kaiser Leopold eine Zuschrift an den Rat unserer Stadt, seinen Leibchirurgen Bernhard Norbert von Zeitler nicht mit Einquartierung zu beschweren.

Neustadt war auch wiederholt ein Platz für Werbungen, oder anderwärts Geworbene zogen hier durch, was alles auch die Notwendigkeit von Bequartierungen herbeiführte. Im Jahre 1636 verkündet eine kaiserliche Resolution unserer Stadt: die Republik Venedig habe Truppen in Österreich werben dürfen, die friedlich durchziehen sollten. Es seien jedoch schwere Exzesse vorgefallen. Nun müsse jeder Geworbene vor einer Kommission geprüft und dies müsse bestätigt werden. Der Rat dürfe nur diejenigen passieren lassen, die eine solche Bestätigung vorweisen. Im Jahre 1677 wird in Wien, Krems, Bruck an der Leitha und Wiener Neustadt geworben. Doch sollen keine zum Ackerbau oder zu sonstigen wichtigen Geschäften verwendete Personen ihrer Arbeit entzogen werden. Im Jahre 1697 beschweren sich die Bürger am 9. Mai gegen eine Werbung durch einen Feldwebel, was abgestellt wird.

Im Jahre 1619 wirbt die Stadt selbst wegen der böhmischen Unruhen 24 Mann zur Verstärkung der städtischen Truppe, zur Bewaffnung außer den Bürgern, eine besonders große Vorsicht. Diese stärkere städtische Verteidigungsmannschaft blieb lange beisammen; erst am 28. März 1634 legten die Männer ihre Waffen nieder und verlangten ihren „ehrlichen Namen“ zurück, d. h. wohl die Wiedereinsetzung in ihre frühere Friedensstellung. Der Rat bewilligt es und läßt ihnen noch einen Monat Sold auszahlen. Im übrigen behält sich der Rat auch die Entscheidung darüber vor, ob seine Bürger bei einem fremden Vorgesetzten Kriegsdienste leisten dürfen; denn eigentlich hat er die Stadt zu verteidigen. 1594 bewilligt er am 22. November fünf Schuhknechten, die sich im Aufgebot des 30. Mannes für Kriegsdienste ins Feld gebrauchen lassen, über ihre dreimonatliche Entlohnung hinaus noch eine Zulage von 2 Talern; dagegen wird am 12. März 1675 der Beschluß gefaßt, den Richter anzuweisen, daß er einen Bürger mit dem Amthause strafe, weil derselbe, obwohl er schon einmal deswegen bestraft wurde, sich ohne Bewilligung des Rates zu Kriegsdiensten habe brauchen lassen.

Für die Lieferung und Ergänzung der Verteidigungsmittel gehen Eingaben bis an den Kaiser, zum Beispiel 1592; 1605 reist der Kämmerer deswegen eigens nach Wien; 1607 stellt ein Erlaß Rudolfs II. den Pulver- und Saliterverkauf an Märkten ein; 1652 erlaubt der Rat dem kaiserlichen Zeugwart Georg Friedrich Strack, eine Pulvermühle in seinem erkauften Garten am Himmelbach zu erbauen. In derselben Zeit wird wiederholt wegen der sicheren Unterbringung des Pulvers verhandelt. 1653 werden Andreas Pagner und Matthias Eyrl als Kommissäre bestellt, um die Mängel an den Waffen der Bürger zu beheben. Einzelne Akten betreffen Kleinigkeiten wie die Lieferung von Sätteln und Halftern (1690), den Ankauf von Pferden (1702), die Übergabe des Vorhöfleins beim Pulverturm, das bisher der Stadtwachtmeister genoß, zur größeren Sicherheit an den Pulver- und Saliterinspektor (1704), die Lieferung von Brettern (1706), die aufgetragene Reparatur der Rohrschmiede (1707).

Auch die Lieferung von Lebensmitteln an die niederländischen Armaturarbeiter kann hierhergerechnet werden.

Eine Sicherung gegen Feindesgefahr ist es auch, wenn der Rat im Jahre 1650 beschließt, die Hadernmühle mit einer Mauer zu umgeben. Wenn dem Grafen Urschenbeck 1653 erlaubt wird, aus seinem an der Ringmauer gelegenen Hause ein Fenster durch diese Mauer zu brechen, so wird ihm zugleich aufgetragen, diese Öffnung mit einem dreifachen Eisengitter zu versehen.

Im Jahre 1710 wird der Witwe Anna Elisabeth Praitenaicher, Eisenhändlerin, erlaubt, in ihrem Gärtchen vor dem Ungartor ein Zimmerl zu erbauen, dessen Ausmaß genau angegeben ist. Doch dürfen weder sie noch ihre Besitznachfolger dort ein Gewerbe treiben und müssen im Falle der Not und bei Feindesgefahr das Gebäude auf eigene Kosten niederreißen.

Bei Feindesgefahr ist auch rechtzeitig die Verproviantierung ins Auge zu fassen, wie ja kaiserliche Erlässe des öfteren bestätigen. Am 20. Dezember 1622 ergeht sogar ein strenger Auftrag Kaiser Ferdinands II., bei Strafe alle Vorräte der Bürger und Inwohner der Stadt genau zu beschreiben und darüber zu berichten.

Rechts- und Gerichtswesen, Polizeiwesen.

Wir setzen zunächst die Reihe der Stadtrichter fort. Nach Georg Preydl nahm den Richterstuhl der Stadt ein:

Dietrich Maier, 1591 bis 1592;

Dr. Wolfgang Woller, 1593 bis 1594, ein Sohn des Maurers Anton Woller; Wolfgang war seit dem Jahre 1590 im inneren Rat und blieb dessen Mitglied auch nach seinem Richteramte, das er nach

Wolfgang Schmelzer, 1595 bis 1596,
ein zweitesmal antrat;

Dr. Wolfgang Woller, 1597 bis 1598, worauf er noch weitere zwei Jahre im inneren Rate verblieb. Es folgt wieder

Wolfgang Schmelzer, 1599 bis 1600;

Matthias Widmar, 1601 bis 1602; er starb im Jahre 1614, und das Totenbuch bemerkt über ihn, daß er ein um die Stadt wohlverdienter, angesehener und reicher Bürger war, der aber seinen Reichtum nicht zu benützen verstand;¹⁾

Hans Kaiser, 1603 bis 1604, der 1586 und 1587 Verwalter des Bürgermeisteramtes gewesen war; ihm folgte

Urban Runtz, 1605 bis 1606, der am 18. August des letzten Jahres an der Pest starb; es folgt ein zweitesmal

Hans Kaiser, 1607 bis 1608; dann

Christoph Samson, ein Zinngießer, 1609 bis 1610;

Georg Preydl, 1611 bis 1612;

Hans Praitenaicher, 1613 bis 1614; dann abermals

Hans Kaiser, 1615 bis 1616; darauf wiederholten sich

Christoph Samson, 1617 bis 1618, und

Hans Praitenaicher, 1619 bis 1620;

Lorenz Fellner, 1621. Nach dessen einjähriger Waltung setzt wieder die zweijährige Amtsdauer ein mit

Wolfgang Wägele, 1622 bis 1623; er ist seit dem Jahre 1607 im Rate, hat in seinem Hause, das er 1620 von den Erben des Hans Kaiser kaufte, eine Eisenhandlung eröffnet; er bleibt auch weiter im Rat und wir begegnen ihm noch zweimal als Stadtrichter. Es erscheint nochmals

Christoph Samson, 1624 bis 1625;

Dr. Georg Christian Preydl, 1626 bis 1627;

Wolfgang Wägele, 1628 bis 1629; dann nach

Dr. Georg Christian Preydl, 1630 bis 1631, abermals

Wolfgang Wägele, 1632 bis 1633;

Matthäus Häbreiner, 1634 bis 1637, war zwei Perioden hintereinander Stadtrichter; und nach

Johann Christoph Wudackh, 1638 bis 1641, der ebenfalls vier Jahre Stadtrichter blieb, bekleidete

Matthäus Häbreiner, 1642 bis 1643, nochmals das Stadtrichteramt. Man war wie mit dem Bürgermeisteramt so auch mit dem Richteramt etwas stabiler geworden. Es folgte

Christoph Kischinger, 1644 bis 1647, wieder für zwei Perioden, und er trat unmittelbar darauf das Bürgermeisteramt an;

¹⁾ . . . bene meritis de republica Neost. divitiis potens at nesciens uti iis.

Andreas Pogner, 1648 bis 1651; nach
Hans Eder, 1652 bis 1653, folgt abermals
Andreas Pogner, 1654 bis 1659, also für sechs Jahre;
Johann Paul Pleyer, 1660 bis 1663, wurde im nächsten Jahre zum
Bürgermeister gewählt; an seine Stelle trat
Matthias Eyrl, 1664 bis 1669, und anfangs 1670, seit 1666 geadelt,
ebenso wie

Johann Paul Pleyer, der 1671 wieder als Stadtrichter erscheint, während
Eyrl von Eyrsperg auf den Bürgermeisterstuhl erhoben worden war;

Michael Stocker, 1672 bis 1673, der frühere Stadtschreiber; er stirbt
am 7. August 1673 und es übernimmt

Christoph Kischinger, 1673 bis 1674, das Richteramt, und nach ihm

Johann Paul Pleyer von Pleyern aushilfsweise 1675;

Leopold Schwinghammer, 1676 bis 1689, waltete des Richteramtes
14 Jahre und übernahm im nächsten Jahre das Bürgermeisteramt;

Andreas Ott, 1690 bis 1694; er starb in diesem Jahre;

Johann Christoph Schulz-Morlin, 1694 bis 1699;

Johann Ferdinand Moll, 1700 bis 1701;

Leopold von Schwingheim, 1702 bis 1703; nachdem er lange Zeit das
Bürgermeisteramt bekleidet hatte;

Johann Karl Perger, 1704 bis 1708; es war die Zeit des ungarischen
Aufstandes;

Johann Ohrlein, 1709 bis 1710.

Von den Mitgliedern des äußeren Rates, aus denen die Gerichtsbeisitzer
gebildet sind, nehmen Gruppen an den gewöhnlichen Gerichtssitzungen
teil, wo über Zivilstreite, Vergehen und unbedeutendere Verbrechen geurteilt
wird. Bei schweren Verbrechen, insbesondere, wenn die Religion im Spiel
ist, soll die volle Zahl anwesend sein, ebenso der Bürgermeister und der
innere Rat. Die Gruppe besteht zu Anfang unserer Periode aus etwa zehn
Mitgliedern, manchmal sind ein paar mehr oder weniger. Dann nimmt die
Zahl der Beisitzer ab bis fünf oder sechs, und gegen und über die Mitte
des Jahrhunderts wieder zu, bis dann geradezu eine Verteilung der Mit-
glieder des äußeren Rates auf die einzelnen Gerichtssitzungen stattfindet.
So hat zum Beispiel im Jahre 1684 eine Ergänzung der Genannten statt-
gefunden, und es werden dieselben in Gruppen zu sechs Männern auf die
einzelnen Sitzungen — außer den Vollsitzungen — verteilt. Nach einer
Zusammenstellung des Stadtschreibers aus dem Ende des 17. Jahrhunderts
ist jeden Tag außer Dienstag und Donnerstag Sitzung, und zwar von acht
Uhr an. Das heißt indes nur so viel, daß zu diesen Zeiten der Richter im
Amte sein muß, daß Eingaben eingebracht, Klagen vorgebracht werden
können usf. Die Zahl der eigentlichen Sitzungen ist sehr verschieden. Zu
Anfang des Jahrhunderts gehen die Gerichtssitzungen wesentlich über die
Zahl der Wochen hinaus. 1601 zählen wir 68, im Jahre 1607 gar 81 Sitzungen;
gegen die Mitte des Jahrhunderts vermindern sich dieselben, nähern sich
der Zahl der Jahreswochen: 1643 sind 45 Sitzungen, 1692 dann 57. Zu
Ende der neunziger Jahre kommt kaum auf 14 Tage eine Gerichtssitzung:
1696 sind 24, 1698 sind 25 solche Sitzungen.¹⁾

Einer in der ersten Zeit des 17. Jahrhunderts entstandenen Neuerung in
der Stadt selbst müssen wir gedenken: die Wiener Vorstadt erhielt einen
eigenen Richter. Dieselbe hatte sich seit der Zerstörung durch die Türken
wieder erhoben und bildete einen nicht ganz unansehnlichen Teil der Stadt.
In Zeiten der Gefahr war jedoch der Verkehr mit der inneren Stadt

¹⁾ Am 9. April 1710 macht ein Erlaß Kaiser Josefs den Rat hier aufmerksam, daß in
judicando eine theorica generalis erschienen sei, in welche sie Einsicht nehmen müssen.

wesentlich behindert und beschränkt. So war es denn angezeigt, für diesen Stadtteil ein ordnendes und beaufsichtigendes Organ einzusetzen. Man darf sich unter diesem Richter nicht einen Mann in der Stellung des Stadtrichters vorstellen. Streite hat er überhaupt nicht zu entscheiden. Wie aus verschiedenen Bemerkungen hervorgeht, kann man ihn am ehesten mit den Viertelmeistern der inneren Stadt vergleichen. Die Bürgerschaft der Vorstadt wählte ihn anfänglich selbst, der Rat bestätigte ihn. Am 10. Mai 1607 „erkiesen“ die Bürger der Vorstadt den Andreas Mader, bürgerlichen Weißgerber, zu ihrem Richter; der Rat bestätigt ihn am selben Tage und macht ihm einen „Vorhalt“. Wir finden dann öfter, daß er Ungehörigkeiten beim Rate vorbringt: so zeigt der Vorstadtrichter Simon Strußnik im Jahre 1646 an, daß die Nachtwachen nicht ordnungsgemäß gehalten werden. 1650 muß er eine Anordnung des Stadtrates einsagen. 1660 bestellt der Rat den Richter der Vorstadt selbst: es ist Georg Langer, ein Mitglied des äußeren Rates. Im Jahre 1667 erhält der Kämmerer den Auftrag, sich mit dem Richter der Wiener Vorstadt wegen der Neupflasterung derselben, ein Werk, das seit dem Jahre 1652 im Plane war, aber wegen der oft wiederkehrenden Türkengefahr immer wieder hinausgeschoben wurde, ins Einvernehmen zu setzen. Im Jahre 1681 bestellt der Rat den Melchior Paufler, wieder einen Weißgerber, zum Richter der Vorstadt; weiterhin wird dieser Stelle keine Erwähnung mehr getan, sie ist so lautlos verschwunden, wie sie gekommen war. Wahrscheinlich ist das Jahr 1683 die Ursache hievon. Ist Wiener Neustadt auch nicht belagert worden, so wurden doch die Stadtteile außerhalb der Ringmauern abgebrochen, und die Wiener Vorstadt mußte abermals erst wiedererstehen.

Am Ende der vorigen Periode war eine Umschreibung des Landgerichtes Wiener Neustadt vorgenommen worden. Dies wiederholt sich im Jahre 1705 auf einen Befehl des Kaisers. Die Antwort des Rates zählt einfach alle Herrschaften auf, die zu dem Landgerichte unserer Stadt gehören. Von Nordosten anfangend werden genannt: Unter- und Ober-Eggendorf, Lichtenwörth, Katzelsdorf, Eichbichl, Froschdorf, Erlach, Pütten, Sebenstein, Ternberg, Edlitz, Kirchschlag, Steyersberg, Kranichberg, auf dem Semmering das Gescheidt, Klamm, Schottwien, Wartenstein, die Prein, Reichenau, Gloggnitz, Stuppach, Pottschach, Mollram, Gerasdorf, Urschendorf, Neusiedl, Saubersdorf, Weikersdorf und Steinabrückl. Die letztgenannten Orte Weikersdorf, Saubersdorf, Neusiedl finden sich allerdings auch in dem Verzeichnisse des Landgerichtes der Herrschaft Starhemberg, mit der Neustadt eben deswegen in Streit war.

Auch einen Malefikanten von Urschendorf, den der Richter des Ortes an Wiener Neustadt abliefern wollte, habe Graf Otto von Heissenstein ihnen weggenommen und nach Starhemberg gebracht (1660).¹⁾

Im Jahre 1649 war ein Übeltäter aus Reichenau, das zum Landgerichte Wiener Neustadt gehörte, in Neunkirchen in Arrest gehalten worden, wogegen Neustadt sich beschwerte.

Einen harmlosen Streit gab es (1686) gegen den Richter von Neunkirchen Johann Spürzer, der sich in jenem Jahre einmal als Markt- und Landrichter unterschrieb. Neustadt protestierte bei der Regierung und der Protest wurde protokolliert.

Es gab auch in bezug auf die Persönlichkeiten manches zu bemängeln. Am 18. Dezember 1709 erging ein Erlaß Kaiser Josefs an den Rat von Wiener Neustadt, Ungehörigkeiten abzustellen: die Richter, Räte, die Assessoren, Referenten, Sekretäre, die doch wissen sollten, was ihres Amtes ist,

¹⁾ Urschendorf mußte dann sich verpflichten, um die Kündigung der von der Stadt gepachteten Weide zu vermeiden, die Übeltäter nur an Wiener Neustadt zu übergeben.

helfen oft den Parteien durch Rat, durch Verfassung von Schriften und sonst in Advokatenweise. Es müsse gegen dieses unstatthafte Gebaren eingeschritten werden.

Es wirft allerdings ein eigentümliches Licht auf die Rechtszustände der Zeit, wenn wir von den überschwenglichen Verehrweismengen hören. Wer nur irgend an amtlicher Stelle einen größeren Einfluß hatte, wurde jedes Jahr mit einer Verehrung bedacht. 1671 wurden zum Beispiel an 16 Amtspersonen, vom Hofkanzler und Statthalter angefangen, nicht weniger als 78 Eimer Wein zum Neujahr geschenkt.

Für solche Dinge kann natürlich keine Instruktion erteilt werden. Dagegen ist für die Herren „Procuratores“ (Advokaten) und Redner, bei denen große Unordnung eingerissen, eine Instruktion aus der Mitte des 17. Jahrhunderts erhalten. Aus derselben seien einige wesentliche Punkte mitgeteilt: 1. Keiner soll sich überhäufen; er soll nicht mehr als vier Parteien bringen, soll nicht ohne Anmeldung vorgelassen werden und erst nach dem Läuten der Glocke eintreten. 2. Wer sich vor dem Bescheid entfernt, soll gestraft werden. 3. Für Versäumnisse durch Unfleiß ist er der Partei ersatzpflichtig. 4. Ein geschwornen Prokurator muß bei einer allfälligen Abreise, die nicht ohne Erlaubnis des Bürgermeisters erfolgen darf, für die Zeit seiner Abwesenheit einen Ersatz stellen. 5. Damit auch die Armen einen Vertreter haben, sollen die Prokuratores, Rechtsanwälte, welche von der Obrigkeit bestimmt werden, diese Vertretung unentgeltlich führen. Das System der Bezüge, Entschädigungen des Richters bleibt unverändert.

Die richterliche Tätigkeit haben wir für kleine Streite in der Stadt bereits berührt, doch müssen wir noch manches von polizeilicher Seite hinzufügen.

Ein Eingreifen des Richters machten die wiederholten Klagen über die schlechte Besorgung der Nachtwache notwendig, die von der Bierglocke laut einer Instruktion (um 1590) bis zum Primglöckel zum Morgenruf dauern sollte. Die Sache wurde auch nicht besser, als für die Wiener Vorstadt zwei eigene Nachtwächter bestellt wurden (um 1600), wofür die Stadt einen eigenen Anschlag machte.¹⁾ Wir müssen sogar hören, daß in der Nacht vom 27. Dezember 1602 die Stundenrufer von Dietrich Kalchgruber und seiner Gesellschaft angegriffen und mißhandelt wurden, wofür Dietrich, da er sich auch noch trotzig benahm, zu 50 Taler Strafe verurteilt und in den Ratssturm erkannt wurde.

Auch manche andere Kleinigkeiten bringen dem Stadtrichter Tätigkeit: so die Anordnung des Rates von 1642, daß diejenigen, die auf dem Platz herum wohnen, keine Tauben halten sollen.

Interessant ist, daß im Jahre 1676 Christoph Praitenaicher und Paul Bernhard vor Gericht geladen wurden, um sich wegen Kartenspiels und wegen Müßiggangs zu verantworten. Gegen das Hasardspiel waren allerdings wiederholt Erlässe aufgetreten, neuerdings mit Strafandrohung ein Erlaß Leopolds I. vom 8. April 1705.

Sehr streng war man wegen der Feuersgefahr, was bei dem Umstande, daß noch Riegelwandhäuser bestanden, und namentlich, daß die Bedachung aus Holzwerk hergestellt war, leicht begreiflich wird. Der an einer Feuersbrunst Schuldige wird hart bestraft. Im Jahre 1694 werden einem Bürger 12 Taler Strafe zuerkannt, weil in seinem Hause beinahe ein Brand ausgekommen wäre.

In der Feuerordnung der Stadt aus der Mitte des 17. Jahrhunderts steht auch die Vorschrift, daß bei einem Brande die Zimmerleute, Ziegeldecker, Maurer, Steinmetze, Schlosser, Schmiede, Wagner, Rauchfangkehrer sofort

¹⁾ 26 Bürger, wahrscheinlich der Vorstadt, tragen hiezu 28 Pfund 1 Schilling, 4 Inwohner 2 Pfund bei.

samt Gesellen und Gesinde mit Hacken, Krampen, Hauen, Leitern herbeikommen sollen — eine bedeutende Erweiterung gegen früher. 1680 wird eine Kommission bestimmt, diese Feuerordnung zu verbessern.

Im Jahre 1703 wird dem Richter das Auftreten gegen Kuppeleien, Winkelsversprechen, Eheberedungen eingeschärft. Trotz alles Überwachens und Vorkehrens lassen die Zustände in der Stadt viel zu wünschen übrig. Im Jahre 1601 wird im Rate Klage geführt, daß sich herrenloses Gesindel im Schlegelgarten und bei St. Jakob aufhalte und herumtreibe. Über die zunehmende Zahl der Bettler wird ebenfalls öfter Klage geführt.

Im Jänner 1655 erhält der Stadtrichter neben dem Superintendenten des Bürgerspitals den Auftrag, auf die Bettler, namentlich auf die Kinder, zu achten, von denen manche zu einem Handwerk tauglich sind und zu einem solchen erzogen werden können. 1661 ergeht ein ähnlicher Auftrag des Rates und 1695 folgt ein kaiserlicher Generalerlaß gegen Bettler und alle Arten herumziehender Leute.

Im Jahre 1651 bestimmt der Rat eine Kommission, die endlich eine Polizeiordnung verfassen soll. Aber wir hören in der nächsten Zeit nichts von einer solchen. Dagegen wurde im Jahre 1654 der Rat aufgefordert, die Überschreitung der Kleiderordnung zu bekämpfen, und nochmals im Jahre 1665 langte der Befehl ein, gegen die silberverbrämten Kleider vorzugehen. Eine Generalpolizeiordnung, die bis ins kleinste ging, hatte nämlich auch die Kleider mit Angabe der Preise für alle Stände vorgeschrieben.

Ein kaiserlicher Erlaß vom 18. November 1672 machte nun dem Rate der Stadt den Vorwurf, daß die Polizeiordnung sehr lax gehandhabt werde und die Einhaltung derselben strenger zu überwachen sei. Hier ist jedesfalls diese staatliche Polizeiordnung gemeint.¹⁾ Und da machte sich der Rat an die Arbeit zu einem ähnlichen Werke.

Schon im Jahre 1673 erschien eine Polizeiordnung, welche die Bevölkerung der Stadt nach dem Muster der staatlichen Ordnung in drei Klassen teilte. Diese Teilung ist sehr belehrend für die Auffassung jener Zeit, möge daher vollständig eingeschaltet werden:

Zur I. Klasse gehörten: der Bürgermeister, der Stadtrichter, die Mitglieder des inneren Rates mit ihren Frauen und den unverehelichten Kindern.

Die II. Klasse umfaßte den äußeren Rat, vornehme bürgerliche Handelsleute, als: Leinwandhändler, Eisler, kaiserliche Postbeförderer, Barbierer; den Rektor der lateinischen Bürgerschule, den Kantor, Stadtturmer, Organisten; die Kanzleibedienteten; die Wachtmeister, Mautner, Ratsdiener; die Maler, Bildhauer, Stukkatore, Uhrmacher, Orgelmacher, Goldschmiede, Buchbinder — sämtliche mit Frauen und unverehelichten Kindern.

Die III. Klasse bildeten alle übrigen Stadtbewohner.

Auch hier wird die Kleidertracht genau vorgezeichnet.

Für ein Hochzeitsmahl darf die I. Klasse 60 Gulden, für ein anderes Mahl 15 Gulden, die II. Klasse 40 Gulden, für ein anderes Mahl 10 Gulden, die III. Klasse 24 Gulden, für ein anderes Mahl 6 Gulden ausgeben. Bei den Handwerksmahlzeiten ist das Buttergebäck gänzlich abzustellen.

Haben wir oben berichtet, daß es innerhalb der Stadtmauern manche Unordnung gab, so müssen wir ergänzen, daß es außen ebenso arg, vielleicht noch ärger aussah. 1599 und 1601 schon kommen Befehle, gegen herum-schweifendes Gesindel scharf aufzutreten, da deren liederliches Leben Gottes Zorn herausfordere.

Da war die ungarische Nachbarschaft unangenehm; von dort kam mancherlei schädigendes Volk, worunter die Zigeuner, welche den Fluren

¹⁾ Dieselbe wurde 1688 erneuert.

verderblich wurden, wenn sie auch nicht in die Stadt eindringen konnten. Im Jahre 1654 gab der Rat hier den Überreitern den Befehl, die Zigeuner ohne weiteres zu greifen und einzuführen, wenn sie auf Stadtgebiet getroffen werden. Man strebte wohl von höchster Stelle aus, die Kinder dieser „Landfahrer“, die ihnen eben weggenommen werden mußten, solchem Herumschweifen zu entreißen und zu einer ordentlichen Lebensweise, zur Arbeit zu erziehen. Schon 1667 hatte Neustadt auf Geheiß Kaiser Leopolds einen Zigeunerknaben ins Spital übernommen. Im Jahre 1671, als eine Anzahl Zigeuner eingeliefert wurde, übergab man die Kinder dem Stadtgerichte, denn es sei notwendig, dieselben von den Müttern zu trennen; ein Knabe wurde wieder ins Spital aufgenommen.

1676 kam neuerdings ein kaiserlicher Befehl, da eine Anzahl Zigeuner verurteilt wurde, drei Kinder zur Erziehung aus dem Zuchthaus in Wien abzuholen. 1677 mußte die Stadt abermals zwei Zigeuerkinder übernehmen. Schon im Jahre 1674 war ein kaiserlicher Auftrag gekommen, Neustadt solle zusammen mit den umliegenden Grundobrigkeiten gegen die Zigeuner, die sich an der Grenze herumtreiben, mit Gewalt vorgehen. Ein ähnlicher Befehl erging 1697 an die Stadt wegen Gesindels, das sich mit Weib und Kind in den Wäldern um Aspang aufhalte und von Raub lebe; und wieder 1703 gegen Zigeuner an der ungarischen Grenze.

Natürlich gab es auch noch andere Arten gemeinschädlicher Leute, die einen kaiserlichen Befehl 1710 veranlaßten: Betrüger, „die sich für vertriebene Edelleute, für Sammler, für Geistliche ausgeben, nach denen zu fahnden sei“.

Ein Gegenstand häufiger Beschwerden und Klagen ist der Fürkauf, Vorkauf und das übermäßige Zusammenkaufen gewisser Waren, besonders der Lebensmittel; und wiederholt treten kaiserliche und Regierungserlasse dagegen auf: 1597, 1601, 1611, 1643, 1665; im letzten Erlasse werden sogar Hofbedienstete dieses Mißbrauches beschuldigt. Daneben wird auch das „Fürlehen“ verboten, zum Beispiel am 24. September 1602 auf den heurigen Wein, 14. Juni 1611 auf Wein und Getreide, 12. November 1622 gegen Fürkauf und Fürlehen auf Wein und Getreide.

Ein Generalerlaß vom 1. August 1625 wendet sich gegen das Fürlehen an Pupillen und gegen eine Verzinsung über 5 und 6%, und ein Generalerlaß vom 18. Juni 1659 überhaupt gegen Wucher. Wir sind bereits auf das Gebiet der Kriminalien hinübergetreten. Und da wollen wir vorausbemerken, daß für den Adel eine eigene Kriminalordnung bestand, die Kaiser Ferdinand III. am 3. Dezember 1637 erneuerte. Auch auf diesem Gebiete wollen wir bloß einiges Wichtigere hervorheben. Da fällt besonders die Härte, ja die Grausamkeit der Strafen ins Auge: Im Jahre 1597 wird ein Übeltäter, der mit Kindern Unzucht getrieben, von unten nach oben gerädert und ihm sein Herz herausgerissen. Eine Unzucht mit einem Tiere wird in demselben Jahre mit der Verbrennung des Täters und der Kuh bestraft. Zwei Diebe sollen 1654 an einem „absonderlichen“ Galgen gehängt und ihre Leiber verbrannt werden. Drei Roßhalter, die aus den Gärten Obst gestohlen haben, werden zur Strafe an „Bock und Kreuz“ gespannt. Es kommt auch noch vor, daß durch den Kaiser eine gerichtliche Strafe in eine Kirchenbuße umgewandelt wird. So muß ein Bürger wegen Blutschande im Jahre 1676 drei Sonn- oder Feiertage hintereinander vor der Kirche neben einer brennenden Kerze mit einer Rute in der Hand stehen. Auch einer Nachsicht einer schweren Strafe begegnen wir einmal. Zwei Hoyossche Untertanen, die ihren Pfleger ermordet haben, werden 1685 von Kaiser Leopold, da sie sich in ihrer Strafzeit klaglos verhalten haben, aus der weiteren Strafe entlassen.

Vorübergehend wollen wir der Räuberbande am Wienerberg gedenken, da am 13. April 1654 auch an Neustadt ein Befehl kam, nach deren Mitgenossen zu fahnden. Dieselbe war teilweise sogar zu Pferde und trieb ihr Wesen und Unwesen im großen, hat auch in der Literatur einen Platz gefunden, wie seinerzeit die Räuber in den böhmischen Wäldern.

Zum Schlusse wollen wir uns mit den Zauberern und Hexen befassen, um zu zeigen, wie tief dieser Aberglaube in dem Herzen des Volkes Wurzel geschlagen hatte. Die eingehende Darstellung, welche die Ferdinandische hochnotpeinliche Halsgerichtsordnung diesem Thema widmet, hat vielleicht mittelbar selbst an der Verbreitung des Zauber- und Hexenglaubens mitgeholfen. Dieser Aberglaube erreichte eben im 17. Jahrhundert seinen Höhepunkt, und das Gericht wurde mit Verhandlungen über die der Zauberei beschuldigten Personen stark in Anspruch genommen. Wir wollen zunächst die das Neustädter Gericht beschäftigenden Fälle aufzählen:

1592 wird von einer der Zauberei Beschuldigten gesprochen, auf die eine andere in einem andern Orte verbrannte Hexe ausgesagt habe.

1596 teilt der Richter selber dem Rate mit, daß eine verhaftete Diebin auch eine Zauberin sein solle.

1597 wird dem Richter Auftrag gegeben, eine Frau nach zauberischen Zeichen zu untersuchen, allenfalls die Haare abzuschneiden, ein Trankel vom Freimann einzugeben und sie der Tortur zuzuführen.

1602 heißt es, eine Frau, die einem armen, in ihre Pflege gegebenen Kinde Arme und Beine gebrochen, sei auch der Zauberei verdächtig.

Im Jahre 1604 beklagt sich ein hiesiger Kaufmann, daß ihm die Frau eines andern den Laden verzaubert habe, so daß er nichts verkaufen könne.

1607 wird eine Frau aus der Stadt verwiesen, da sie den Diener des Rentmeisters zum Verdorren und Sterben gebracht habe.

1611 schreibt der Richter von Schwarza an den hiesigen Stadtrichter wegen eines Mannes, der mit der „Krystallen“ umgegangen sei.

1621 beklagt sich der Hammerschmied hier gegen den Goldschmied Karl Pilling, daß dieser ihm seine Männlichkeit abgezaubert habe, was zu einer Klage des letzteren führt. In demselben Jahre wird gegen eine Gastgebin die Beschwerde vorgebracht, sie bezaubere die Gäste durch ein ausgegossenes Badewasser, daß sie bei ihr einkehren müssen.

1624 wird eine Frau von Schwarza der Zauberei beschuldigt; sie muß jedoch wegen Mangels jedes Anhaltspunktes entlassen werden. In demselben Jahre wird ein der Zauberei verdächtiger Mann eingeliefert. Eine bereits dieses Verbrechens überwiesene Frau starb im Kerker; ihre Leiche soll verbrannt werden.

Im Jahre 1635 wird gegen die Frau eines Schneiders vorgebracht, daß sie als fünfzehnjähriges Mädchen in dem Bette eines Gesellen am Boden eine schwarze Wurzel in Gestalt eines Kindes mit Händen und Füßen, jedoch ohne Kopf, gefunden habe; da sie das Gebilde als Glückswurzel nennen hörte, habe sie es 14 Tage lang heimlich behalten. Der zweite Mann ihrer Mutter habe ihr die Wurzel genommen, dieselbe gut verwahrt und fleißig gepflegt. Wenn er damit umgegangen, habe er niemanden zugelassen und sich eingesperrt. Wenn er leutgeben wollte oder sonst Wichtiges unternahm, habe er die Wurzel gebraucht, und es sei ihm alles geglückt: er sei schnell reich geworden!

Im Jahre 1646 „verlauter“, daß ein Spitalsknecht eine Hostie eingeheilt und sich dem bösen Feind ergeben habe. Das Verhör bringt heraus, daß der Angeschuldigte die Hostie in die linke Fußsohle eingeheilt habe, um sich unverwundbar zu machen. Er wird an den Pranger gestellt, dort

öffentlich mit Ruten gestrichen und dann aus der Stadt verwiesen. In demselben Jahre heißt es endlich einmal wegen verschiedener angeblicher Zaubereien: das sei oft leeres Gerede, seien Phantasien, und man solle den ursprünglichen Ankläger ausforschen.

Im Jahre 1653 befaßt man sich eingehend mit einem Wurzelgraber Urban Graf von Sitzendorf, der mit „Krystallen“ umging und aus denselben zukünftige Dinge voraussagte. Er besaß zwei Kristallen, von denen eine damals in Pottendorf versetzt war. Der Beschuldigte kommt in arges Gedränge, doch wird er wegen seines Alters — er ist schon über 60 Jahre — und wegen seiner Kinder verschont. Sein Bekenntnis stellt seine ganze Lebensgeschichte dar, die ihn als einen einfachen guten Menschen erscheinen läßt.

Das Jahr 1671 bringt abermals einige Anklagen und zwei Prozesse in der Stadt wegen Zauberei. In einer Zuschrift des Richters von Gloggnitz wird eine Witwe beschuldigt, daß sie durch ein präpariertes Wasser Krankheiten hervorbringe. Doch kommt es zu keinem Prozesse. Die als Hexe eingezogene Afra Schick aus der Schlatten bei Bromberg, etliche 60 Jahre alt, die bereits durch 42 Jahre mit dem Teufel im Bündnis sei und ihr Hexenhandwerk getrieben, viel Schaden angerichtet, zehn Hagelschauer gemacht habe, wird zum Tode durch das Feuer verurteilt. Das Urteil wurde am 11. Dezember 1671 vollzogen. Sie sei die Ursache gewesen, daß sich Michael Gsöller, ein Halter in Schwarzau, dem bösen Feind ergeben. Er wurde eingezogen als ein alter, schwacher Mann von 70 Jahren, und es wurde auch ihm der Prozeß gemacht. Er wurde zum Tode durch das Schwert verurteilt, starb jedoch aus Schwäche zuvor im Kerker. Sein Leichnam wurde zu Staub und Asche verbrannt.

Als im Jahre 1676 ein Unwetter die Gegend heimsuchte und die Wein- gärten der Bürger hart mitnahm, war das erste, daß man dem Stadtrichter mitteilte, er solle genau nachforschen; denn es sei zu mutmaßen, daß hier eine Zauberei unterlaufen sei. In der Tat wurde eine als Zauberin verdächtige Frau aus Lichtenwörth im August eingezogen und lange verhört. Erst am 20. Oktober wird sie wieder entlassen, da nicht die geringste Ursache für einen solchen Verdacht gefunden werden konnte.

1683 wird ein Buchbindergeselle verhört, der sich dem bösen Feind ergeben wollte.

1685 nahm ein Schneidergeselle beim Empfange des Altarsakraments die Hostie aus dem Munde, um sie dann, sorgfältig eingewickelt, bei sich zu tragen und dadurch im Spiele und in allen seinen Unternehmungen Glück zu haben. Er wurde zu einer Kirchenbuße verurteilt, die Hostie wurde von Geistlichen abgeholt.

Gewiß ist man bei vielen dieser Fälle bald von der ersten Mutmaßung zurückgekommen. Aber wir entnehmen aus alldem, wie stark das Denken und Sinnen des Volkes sich den außerordentlichen Mitteln zuwendete, durch die man sich eine bequeme, angenehme Lebensführung zu sichern meinte. Und dieser Zug beschränkt sich selbstverständlich nicht auf unsere Stadt und deren Gerichtsbezirk. In Klosterneuburg gab es zum Beispiel im Jahre 1608 eine Anzahl Verurteilungen; eine noch längere Reihe Zauberer und Hexen meldet uns Hainburg in den Jahren 1618 und 1619.¹⁾

Es soll noch bemerkt werden, daß man bei den Hexenprozessen eine gewisse Vorsicht walten ließ, indem man zwischen dem Beweisverfahren und dem Urteilspruche eine angemessene Frist verstreichen ließ, in welcher der Freimann in allen Ortschaften, über welche der Angeklagte ausgesagt

¹⁾ Nach Randbemerkungen in einem Manuskript der Ferdinandeum in der hiesigen Stadtbibliothek.

hatte, sich erkundigen mußte, ob derselbe auch die Wahrheit gesprochen habe. Aber das konnte dem Verhafteten kaum mehr etwas nützen; denn wenn auch alle Tatsachen mit den Aussagen übereinstimmten, so konnte man doch nie über den Einfluß des Teufels etwas feststellen.

Ein Befehl an den hiesigen Richter vom 31. Dezember 1653 wies diesen an, genau darauf zu achten, daß der Scharfrichter einen blauen Hut tragen müsse.¹⁾

Wir begeben uns nun in das weite Gebiet jener Rechtsstreitigkeiten, deren Bereinigung nicht den hiesigen Richter anging, sondern durch höhere Behörden erfolgen mußte.

Da haben wir vor allem den Streit mit dem Herrscher und dem Hofe selbst wegen des Eigentumsrechtes an den Föhrenwald zu erwähnen. Dieser Streit setzt sich aus vergangener Zeit fort und dauert auch weit über unsere Periode hinaus. Kennzeichnend für die Sachlage ist ein Edikt Rudolfs II. vom 19. September 1601 an Neustadt, daß das Wegführen von Holz, das im Walde auf dem Steinfeld geschlagen wurde, eingestellt werden müsse; sonst würde es zu Strafen kommen, auch wenn die Stadt das Eigentumsrecht an dem fraglichen Walde behaupten sollte. Der Streit rückt dann nicht weiter; aber am 23. Dezember 1620 sagt ein Kammerbefehl an Neustadt, daß der Föhrenwald kaiserlich sei, und daß sich die Stadt des Holzschlagens und aller Eingriffe in denselben zu enthalten habe. Selbstverständlich richtet sich dieser Befehl auch gegen das Jagen, namentlich gegen das Verjagen des kaiserlichen Federwildes, wie am 24. Oktober 1624 nochmals ausdrücklich hervorgehoben wird. 1627 wird neuerdings durch Adam von Herberstein und die Kammer das widerrechtliche Holzschlagen im Föhrenwald gerügt, und 1629 befiehlt ein kaiserlicher Erlaß dem Stadtrichter, jene Bürger zur Rechenschaft zu ziehen, welche die von den Fasanen besetzten Stauden abhacken. Im Jahre 1630 richtet sich ein neuer kaiserlicher Erlaß gegen Neustädter Bürger und 1631 ein anderer an Christoph Teufel wegen unbefugten Jagens im Föhrenwald. Im Jahre 1640 vernehmen wir dagegen wieder die zweifellose Aussage, daß der Föhrenwald der Stadt gehöre; da bemängelt es der Rat und beschwert sich beim Oberstlandjägermeister, daß der Forstknecht von Breitenau Hunderte von Stämmen Bauholz im städtischen Föhrenwalde schlage und die Bauern mit Holz versorge; und gegen Ende des Jahres tritt er gegen jene Bürger auf, die Holz aus dem „gemainer Stadt“ gehörigen Föhrenwalde vom Forstmeister erkauft haben. Die Sache verwickelt sich eben wegen des Jagdrechtes, das dem Landesfürsten zustand. Und so richtet sich im Jahre 1646 einerseits wieder eine Beschwerde des Rates an den Forstmeister, daß er widerrechtlich Holz schlagen und verführen lasse, anderseits ein Erlaß Ferdinands III. an Neustadt wegen eines von einem Bürger erschlagenen Wildschweins, 1647 wegen des Wildbretschießens überhaupt mit dem Auftrage, die Schuldigen zur Verantwortung zu stellen. Im Jahre 1648 ordnet der Rat an, daß die Bürger die vom Forstmeister im Föhrenwald abgehackten Stämme für sich, jeder was er mag, in die Stadt führen. Und wie im nächsten Jahre die Stadt sich beschwert, daß der Forstmeister nicht weniger als 550 Klafter Holz im Föhrenwald geschlagen habe, wird ihr von den Kammerräten der Auftrag erteilt, ihr Eigentumsrecht an dem Föhrenwalde nachzuweisen. Die Reibungen gehen aber fort: 1651 pfändet die Stadt dem Forstmeister einmal die Rosse, dagegen droht der Forstknecht von Breitenau, den erstbesten Bürger zu pfänden; und der Burggraf teilt 1652 Zettel zum Holzschlagen

¹⁾ Es gab auch den Dienst eines Hundschlagers, der eine Scheibe von blauem Tuch auf der Brust tragen mußte.

im Föhrenwald aus. 1653 hauen die Gehegdienner einen Richtweg mitten durch den Föhrenwald; dagegen läßt der Rat geschlagenes Holz in die Stadt führen. Einen in der Auffassung eigentümlichen Standpunkt offenbart uns das Jahr 1664; da beschwerten sich die Bürger, daß der Tiergärtner sie durch Hasen- und Fasanenschießen schädige; dagegen verlangt und erhält die Stadt die Bewilligung für Holz aus dem Föhrenwalde zu Staketen und Palisaden, so wie es ihr auch 1666 von Graf Franz Leonhard von Urschenbeck als Oberstlandjägermeister gestattet wird, das von Windfällen angehäuften Holz in die Stadt abzuführen. Doch sollen, wie vom Kaiser nachträglich erläutert wird, den kaiserlichen Jägern die Gipfel und der dritte Teil bleiben. Und noch in demselben Jahre bewilligt wieder der Rat einem Forstknecht, sein Deputatholz, 20 Klafter, im Föhrenwalde zu schlagen. Und im Jahre 1668 treffen wir einmal ein einigendes Moment. Der Rat unserer Stadt beauftragt den Bürgermeister, sich mit dem Forstmeister ins Einvernehmen zu setzen, damit die Ungebühr, daß fremde Leute Holz aus dem Föhrenwalde nehmen, für immer abgestellt werde. In demselben Jahre wurde das ohne Streit im Föhrenwalde, „Neusiedler Zipf“, geschlagene Holz, zusammen 355 Klafter, durch die Stadt verteilt, und es erhielten unentgeltlich: die Jesuiten, der Bürgermeister, der Stadtschreiber je 30 Klafter, der Stadtrichter und zehn Stadträte je 15 Klafter, der Feldhüter, zugleich Waldaufseher, 10 Klafter, der Holzhacker 5, das Spital 4, der Organist 3 Klafter; zusammen 277 Klafter. 78 Klafter wurden verkauft. Im selben Jahre wird eine Robot der Bürger von Neustadt zum kaiserlichen Gejaid begehrt — eine Neuerung. Um dieselbe hintanzuhalten, werden der Bürgermeister und der Stadtschreiber zum Oberstlandjägermeister beordert, und in der Tat wurde dieser Vorstoß abgewehrt. Dagegen wurde im Jahre 1682, als die Gemeinde die Herausgabe von Holz aus dem ihr gehörigen Föhrenwalde zu Palisaden beehrte, durch einen kaiserlichen Erlaß das Ansuchen bewilligt, jedoch ausdrücklich betont, daß das Eigentumsrecht an dem Walde dem Kaiser zustehe, zur Burg gehöre. 1691 wird den Neustädtern wieder gestattet, das durch den Wind gefällte Holz wegzuführen. Im nächsten Jahre kommt, da die Sache nicht ausgetragen ist, wieder eine für den Augenblick geltende Vereinbarung der Streitenden zustande: das geschlagene Holz ist im Beisein des Rentamtes aufzuräumen und zu verkaufen. Das eingegangene Geld ist im Rathause in einer eisernen Kasse niederzulegen, zu welcher die Stadt und das Rentamt je einen Schlüssel haben. Geschlagen wurden damals 1117 Klafter Brennholz, 162.500 Stecken. Sogleich verkauft wurden 216 Klafter um 172 Gulden und 148.500 Stecken um 297 Gulden. Das Ansuchen der Stadt um Holz aus dem Föhrenwalde wird weiterhin jedes Jahr bewilligt; allein eine Entscheidung über das Eigentumsrecht an dem Walde, wofür der Kaiser schon 1693 eine Kommission bestimmt hatte, wird nicht gefällt und ließ noch sehr lange auf sich warten. Von der Fasanerie, von kaiserlichen Jagden im Föhrenwald ist einigemal die Rede. Am 15. April 1694 kündigt der Forstmeister dem Rate die Ankunft des Kaisers zu einer Jagd an: es sollen daher die Schafe nicht in den Wald getrieben werden, damit dieselben nicht die Hasen verscheuchen und die „kaiserliche Lust schwächen“. Hingegen beklagen sich die Bürger im Jahre 1650, daß durch die Hetzjagden die Getreidefelder geschädigt werden; und am 8. März 1698 schreibt der Rat an den Obersthof- und Landjägermeister, da der Föhrenwald rücksichtslos zur Jagd ausgenützt werde und dadurch großen Schaden leide, denselben schonen zu lassen, indem Windfälle vor etlichen Jahren denselben ohnehin hart mitgenommen haben.

Die Stadt besaß auch ein Wäldchen hinter dem Tiergarten an dem Wege nach Katzelsdorf, das Hartl genannt. Auch wegen dessen Eigentumsrechtes

entstanden vorübergehende Streite: 1604 wegen eines Eingriffs des Rentmeisters, 1663 weil der Forstmeister den Bewohnern von Katzelsdorf eine Anzahl Stämme aus demselben gegeben hatte. Der Stadtkämmerer ließ die Baumstämme in die Stadt führen, und deren Rechte wurden nicht weiter bestritten.

Unbestritten blieben auch die Rechte an einem Wald auf der Heide und an einem Wald zu Offenbach,¹⁾ aus dem zum Beispiel einmal 1000 Klafter Brennholz gehackt wurden (1650).

Wie mit dem Landesfürsten gab es auch hie und da Streite mit den Vorstehern staatlicher Ämter, die aus ihrer Stellung unberechtigte Ansprüche ableiteten und dadurch zu Übergriffen verleitet wurden. So entstand 1597 ein Rechtsstreit mit dem kaiserlichen Brunnenmeister Hans Mallersdorfer, der Wasser abgeleitet, Wehrbäume abgehackt hatte. So läuft 1600 eine Klage gegen den Rentmeister Karl Sonner, der einen städtischen Halter eingezogen hatte. 1643 ordnet Kaiser Ferdinand III. ein Verfahren zwischen Neustadt und der Kammerprokurator wegen der Mautfreiheit der Stadt an. Solche Angelegenheiten erledigten sich bald zugunsten der Stadt.

Mit den um Neustadt liegenden und an das Stadtgebiet grenzenden Herrschaften entstanden immer aufs neue Streitigkeiten wegen der Gebietsgrenze und wegen des Landgerichts. Ein Anlauf zu einer Vereinigung im Jahre 1609 hatte wenig Erfolg, ebenso eine weitere Entscheidung. Besonders reich an Streit sind die Jahre 1615 bis 1617; namentlich treten hervor die Herrschaften Froschdorf und Pitten unter Christoph Teufel von Gundersdorf. Mit diesem und mit Maximilian Perchtold zu Saxengang und Gerasdorf wird am 21. Februar 1617 ein Vertrag abgeschlossen, in welchem die gegenseitigen Ansprüche auf Äcker, Weideland, Zinsung geregelt werden. Die zu weit von der Stadt entlegenen Gründe soll Teufel ankaufen; eine Schäferei, die er auf Neustädter Gebiet errichtete, wird nicht weiter geduldet; aber schon nach wenigen Monaten wird ihm der Genuß derselben gegen ein „Recompens“ bewilligt; die Streitigkeiten setzen sich ins Endlose fort, nun namentlich wegen der Weinfuhr und deren Bemaftung, worüber Christoph Adolf Teufel im Jahre 1649 sachfällig wird.

Weiter ist aus der Umgebung von Wiener Neustadt noch auf die Herrschaft Starhemberg hinzuweisen, mit welcher ein schon in der vorigen Periode begonnener Zwist über die Gebietsgrenze fort dauerte und erst mit einem Vertrage der Streitenden vom 14. Juni 1628 zu längerer Ruhe führte. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts brechen die Streitigkeiten in verschiedener Weise wieder aus; und erst im Jahre 1707 bestimmt der Rat unserer Stadt zu einem unparteiischen Rechtsgeding mit der Herrschaft Starhemberg eine Kommission, die natürlich auch Zeit braucht!

Sehr lang zieht sich auch ein Streit mit den Grafen von Königsberg, als Inhabern der Herrschaften Katzelsdorf, Seebenstein und Aspang, hin; derselbe dauerte durch die ganze erste Hälfte unserer Periode bis zum Jahre 1664, wegen verschiedener Punkte: Handelssachen, Beschlagnahmen u. dergl., aber auch Grundstreite (mit Katzelsdorf). Die strittigen Äcker bei Katzelsdorf werden durch einen Erlaß Ferdinands II. der Stadt zugesprochen. Aber der Streit ist damit nicht zu Ende, denn die Katzelsdorfer benützen die Äcker doch; und erst im Jahre 1664 dringt ein neuerlicher Erlaß auf eine gütliche Vergleichung der Parteien (23. Februar), die wahrscheinlich zustande kam.

Von den mit Wiener Neustadt strittigen Herrschaften sind noch zu nennen: Urschenbeck von Pottschach (1609 ff.) und Matthias Wägele von Walsegg auf Stuppach, Pfleger zu Klamm (1648, 1660 und öfter), wegen

¹⁾ RP., 1650.

Mautangelegenheiten; Georg Andreas von Oberheim zu Sollenau (1609 bis 1613) und Freiherr Oktav Cavrian zu Enzesfeld wegen der Gebietsgrenze an der Piesting; Unverzagt zu Ebenfurth und Regelsbrunn (1598) wegen Grundbenützung; Christoph von Puchheim zu Raabs und Krumbach (1599, 1609 ff.) wegen Mautangelegenheiten; Salomon Vogt zu Schönauf (1595) und Jonas Heysperg auf Merkenstein (1624) wegen Warenbeschlag. Auch der Zwist mit den Nagelschmieden von Müzzzuschlag, mit den Hammer-schmieden dortselbst erwuchs zu Prozessen. Ersterer wurde 1653 zu Müzz-zuschlag, letzterer 1694 zu Vordernberg geschlichtet.

Die Stadt geriet auch mit manchen Stiften und Klöstern aus näherer und fernerer Umgebung in Streit. Außer einem vorübergehenden Rechts-streite mit dem Propste von Gloggnitz (1595) wegen einer Beschlagnahme von Wein bricht wiederholt ein Zwist mit Heiligenkreuz (1627, 1642) wegen der Benützung von Grundstücken aus; mit dem Stifte Melk, das Pfarreien und Gründe zwischen dem Gutensteiner und Pottensteiner Graben besaß (1600, 1610), wegen eines verlangten Zehents, wobei Melk 1610 recht behielt; mit dem Kloster Neuberg wiederholt wegen der Weinfuhr.

Von den Ortschaften, mit denen Wiener Neustadt in Streit geriet, müssen wir Wien erwähnen, teils in Handelsangelegenheiten, teils infolge des Ein-tretens der Stadt für ihre Handwerke (Weißgerber, Steinmetze) gegen die hiesigen Gewerbeten. Doch erreichen diese Streite bei weitem nicht mehr die Heftigkeit, die wir aus früheren Perioden kennen. Hartnäckig waren die Streite mit Neunkirchen, die sich 1599 bis 1609 um Handels- und Mautsachen drehen, 1668 bis 1678 über das Leutgeben auf mehreren Zapfen und die Mautfrage handeln, 1698 wegen eines Abfahrtgeldes und wegen einer Weinbeschlagnahme entstanden und bis über unsere Periode fort dauern. Mit Aspang begann in den ersten siebenziger Jahren ein Rechts-streit, in welchem der Ort auf Grund seiner Privilegien die mautfreie Weinfuhr verlangte und 1673 erreichte. Kleinere Reibungen mit Gloggnitz und Schottwien entwickeln sich aus den Maut- und Handelsbeziehungen.

Die Ausdehnung des Verkehrs der Stadt in jener Zeit macht es be-greiflich, daß manchmal mit ganz entfernten Orten und Herrschaften ein Streit ausbrach. So 1641 mit der Herrschaft Petronell wegen der einem Neustädter weggenommenen Waren, 1629 gar mit der Stadt Breslau, da Neustadt einem dortigen Handelsmann Wein beschlagnahmt hatte. Glimpflich und ohne langen Streit lief eine Angelegenheit des Jahres 1614 ab: Wiener Neustadt sollte zur Wiederherstellung der Ufer der „ausgerissenen“ Leitha unterhalb Eggendorf 100 Stämme Holz, oder was eben erforderlich wäre, liefern. Kaiser Matthias intervenierte selbst am 27. November 1614. Neustadt konnte auf die geringe Ausdehnung seines Waldes hinweisen, — es kam ja eben nur (23. Dezember) der „kleine Föhrenwald“ in Betracht — und daß selbst Zillingdorf einen größeren Wald besitze. Es wurde nicht weiter requiriert.

Mit der Landschaft Steiermark flackerte hie und da der alte Streit wegen der Weinfuhr über den Semmering wieder auf. Von 1596 an wird die Weinmenge, die Neustadt nach Steiermark führen dürfe, neuerdings bestimmt und eingeschränkt.

Ein eigenes Kapitel beansprucht das Verhältnis und der Verkehr mit dem östlichen Nachbar, mit dem so oft feindselig gegen Niederösterreich auftretenden Ungarn. Die Streitursache lag natürlich wie bisher zum aller-größten Teil in dem Besitz der Neustädter von Weingärten in Ungarn. Der Schriftwechsel zwischen österreichischen und ungarischen Behörden und Stellen geht ununterbrochen. Eine der allgemeinsten Abgaben in Ungarn ist der Dreißigst, von dem Neustadt zufolge seiner Privilegien befreit sein soll.

Aber dies wird vielfach nicht berücksichtigt. Im Jahre 1595 geht eine Mahnung Kaiser Rudolfs II. an den Dreißiger in Ödenburg, der für jeden dort durchgeführten Eimer Wein eine Abgabe von 4 Kreuzer erhob. Trotz der kaiserlichen Erlässe selbst an die ungarische Kammer und der Aufträge dieser an die Dreißiger und an den Oberdreißiger zu Ungarisch-Altenburg, 1631 ff., ist die Sache nicht abgestellt. Im Jahre 1634 löst sich unsere Stadt durch eine Zahlung von 300 Reichstaler von der Entrichtung des Dreißigst ab. Aber schon 1635 wurde in Ungarn ein neuer „halber Dreißigst“ eingeführt; und nun strebte man, Neustadt wenigstens von dieser Erhöhung frei zu halten. Da erklärte ein Artikel des Ödenburger Landtages vom Jahre 1635, daß dieser halbe Dreißigst in allen Teilen des Königreiches Ungarn zu zahlen sei. Auch das Dazwischentreten des Kaisers an die ungarische Kammer (1636, 1638), an den Oberdreißiger (1636) fruchtete nichts. An Neustadt schlossen sich 1642 auch Bruck an der Leitha und Hainburg an. 1643 ergeht abermals ein kaiserlicher Auftrag an diesen Oberdreißiger ohne nachhaltige Wirkung. 1649 erfahren wir, daß die Stadt diesem Auftrag mit einer „Verehrung“ in Holz, Eisen, Weinstecken und anderen Naturalien zu Hilfe gekommen war. Aber die ungarische Gesetzgebung ging unbeirrt ihren Weg weiter. Der Landtag zu Preßburg des Jahres 1647 nahm wieder den Dreißigst und den halben Dreißigst in seine Gesetzesvorlagen auf (in Artikel 28). Und den drei österreichischen Grenzstädten, Neustadt, Bruck, Hainburg, die um Befreiung von dieser Auflage einkamen, wurde 1648 richtig geantwortet, daß gegen die Gesetze des Landes keine Befreiung gegeben werden könne. Auch der nun wieder für Wiener Neustadt eintretende Kaiser Ferdinand III. erreichte nichts. Da richtete er am 13. April 1649 einen Erlaß an die ungarische Hofkammer, mit seinem Wunsche, Neustadt, Bruck und Hainburg, aber auch Güns, Eisenstadt, Hornstein und Bernstein von dem Dreißigst frei zu lassen; und am 7. Mai wandelte er diesen Wunsch in das Begehren um, den Artikel 28 des Landtages 1647 überhaupt zu kassieren. Das geschah „aus guter Nachbarschaft“, und schon am 28. Mai erhielt Wiener Neustadt die Verständigung hievon. Aber bis zur wirklichen Durchführung der Befreiung dauerte es noch geraume Zeit. Freilich mußten sich die Neustädter auch manches vorwerfen lassen. Im März 1650 erließ der Rat wegen der Dreißigstfreiheit in Ungarn eine Weisung an die Bürger. Darin wird zunächst betont, daß die Freiheit vom ganzen und vom halben Dreißigst nur den Bürgern, nicht den Inwohnern gewährt sei. Letzteren würde im Falle des Umgehensversuches einfach alles weggenommen werden; und ein Bürger, der für Inwohner Waren übernehme, würde sich derselben Gefahr aussetzen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß sich jeder bei den Dreißigstämtern melden, seinen Mautbrief vorzeigen muß. Und gerade dieser Punkt war von vielen Händlern nicht berücksichtigt, sondern umgangen worden. Wein und Maisch, wenn auch auf eigenem Grunde erbaut, müssen bei der Abfuhr gemeldet werden.

Im Jahre 1656 wird der Rat von Neustadt vom Kaiser wieder einmal aufgefordert, die Privilegien vorzulegen, auf welche er seine Forderung nach der Dreißigstfreiheit gründet; man will offenbar nochmals für die Stadt eintreten. Nach jahrelangem Herumschreiben hatte man eigentlich nichts erreicht; die ungarische Hofkammer ließ den Dreißigern im Jahre 1661 nur bedeuten, daß sie von den Neustädtern keine neuen, ungewohnten Abgaben erheben sollen. Aber es waren auch dazu nicht alle Dreißiger willig. Hartnäckig war besonders der Dreißiger in Stinkenbrunn, der noch öfter gemahnt werden mußte.

Unterdessen hatten Verhandlungen dahin geführt, daß das ungarische Dreißigstamt zu Mattersdorf nach Wiener Neustadt selbst verlegt wurde. Es

war ein Haus vor dem Ungartore in Bestand genommen worden, und die Beamten wurden am 12. September 1661 dort installiert. Kaiser Leopold erließ auch sofort (am 1. Oktober) eine Instruktion für den Dreißiger und den Gegenschreiber: sie haben vierteljährlich Rechnung zu legen; die notwendigen Pferde und Diener müssen sie selbst haben. Der Dreißiger wird mit 150, der Gegenschreiber mit 120 Gulden jährlich entlohnt. Mit diesem einigenden Schritte war wenigstens eine zeitweilige Dreißigstbefreiung der Stadt verbunden: am 3. August 1662 wiesen die ungarischen Hofkammerräte die Dreißiger an, von den Neustädtern noch zwei Jahre lang keinen Dreißigst einzuheben. Gleichzeitig geht ein Schreiben an die Stadt, daß sie das Dreißigsthaus auf ihre Kosten reparieren lassen solle, wofür sie 100 Eimer Wein frei einführen dürfe. Es wurde hinzugesetzt, daß Ungarn auch das Haus kaufen könnte, wenn es ein freies würde. Wenn es nicht mehr benötigt würde, könnte es der Stadt zurückverkauft werden. Kaufpreis: 250 Gulden. Die Dreißigstfreiheit von Wiener Neustadt wurde wieder und wieder verlängert; doch wurde am 5. September 1668 eine genaue Konstatierung und Revidierung der von den Neustädtern ausgeführten Weine verlangt. Und trotz der Weisung der ungarischen Hofkammer müssen die Dreißiger von den Bürgern von Wiener Neustadt die Abgaben erhoben haben; denn deren Beschwerden laufen fort, und die Kammer selbst macht gegen eine ausdrückliche und prinzipielle Befreiung der Neustädter vom Dreißigst um das Jahr 1670 eine Reihe von Gründen geltend, die dagegen sprechen. Sie hebt hervor: Neustadt habe bei der Benützung seiner Freiheit alle Schranken überschritten, habe in den bedeutendsten Städten Ungarns Niederlagen errichtet, habe auch Mautpflichtiges ausgeführt; die einheimischen Kaufleute übernehmen die Waren von den Neustädtern und werden dadurch auch frei. Ferner sei fraglich, ob die Befreiung der Neustädter von allen ungarischen Königen und mit Zustimmung der Stände bestätigt worden sei. Schließlich sei die Dreißigstfreiheit von Neustadt ein böses Beispiel für andere Städte. Daraufhin wird vom Rate hier eine Kommission zur Vernehmung der Weingartenbesitzer gebildet. Diese stellt denn auch mannigfache Ungebührlichkeiten fest: viele Weingärten seien gar nicht angemeldet; es seien solche, trotz des wiederholten Verbotes, unbefugt auch von Handwerks- und Handelsleuten angekauft worden. Die Kommission schlägt am 2. September 1672 vor, den Handwerkern und Handelsleuten ihre heurige und künftige Weinfechtung nur gegen eine Steuer hereinführen zu lassen und alle in Hinkunft angekauften Weinberge den Käufern wegzunehmen. Das war allerdings nicht zu befürchten. Bei den Käufern sind nämlich auch der Bürgermeister mit 34 Pfund, fünf Mitglieder des Rates, ferner zwölf junge Bürger; mit insgesamt 312 Pfund. Außerdem sind noch, und zwar erst seit dem Jahre 1669,

im Minorisviertel	von 11 Parteien	108 Pfund,		
„ Trinitatisviertel	„ 11	„ 273	„	„
„ Frauenviertel	„ 10	„ 317	„	„
„ Deutschherrenviertel	„ 7	„ 92	„	„

Weingärten, fast alle in Ungarn, angekauft worden. Die Dreißigstfreiheit wurde im Jahre 1676 erreicht; und nun folgen Mahnungen an die Bürger, diese Errungenschaft ja nicht durch Ungehörigkeiten zu gefährden. Aber schon 1679 laufen wieder Beschwerden von Ungarn ein: die Handlungen in Neustadt seien zu restringieren; was die Neustädter in Ungarn erkaufen, müssen sie, wenn sie frei sein wollen, direkt nach Neustadt führen usf. Bei der Ausdehnung der Neustädter Bürgerweingärten, die trotz alles Entgegenarbeitens sich wieder vermehrten, war jedenfalls der Ausfall des Dreißigst

ganz erheblich. Am Ende des Jahrhunderts besaßen 229 Neustädter insgesamt 9770 Pfund Weingärten in Ungarn: die Stadt selbst hatte 693 Pfund.¹⁾ Im Jahre 1708 richtete Kaiser Josef I. einen Erlaß an die ungarische Kammer, sie möge Veranlassung treffen, daß die Neustädter bei ihrer Dreißigstfreiheit belassen werden.

Wir haben bei der bisherigen Darstellung betreffend den Dreißigst vorzugsweise an den Wein gedacht; selbstverständlich galt die Zahlungspflicht wie die Freiheit auch anderen Handelsgegenständen. Hier sei zunächst an den Viehkauf erinnert, wegen dessen die Fleischhauer wiederholt in Zwist mit den ungarischen Dreißigern und mit dem Oberdreißiger gerieten. Im Jahre 1632 wurde diesem sogar einmal anbefohlen, 103 Gulden, die er Neustädter Fleischhauern abgenommen, wieder zurückzugeben. Schon 1636 erhob sich ein neuer Streit und 1651 endigte ein abermaliger Zwist mit einer Mahnung an die ungarischen Dreißiger. 1682 erließ Kaiser Leopold selbst einen Befehl gegen das Einschwärzen von ungarischem Vieh, da hiedurch auch der Viehaufschlag geschädigt wurde. Verschiedene Marktwaren veranlaßten ebenfalls Streitigkeiten wegen des Dreißigst. Erwähnt sei hiebei, daß laut einer Weisung der ungarischen Kammerräte vom 12. November 1661 die Neustädter für Kramerwaren den Dreißigst nur von der Losung zu zahlen hatten.²⁾ Scharf wird der Handel mit Eisen und Eisengeräten nach Ungarn überwacht, damit nicht Gelegenheit zur Erzeugung von Waffen gegeben werde. Die politischen Verhältnisse machen dies notwendig.

Alle diese Streitfälle nehmen sich verhältnismäßig mild aus; sie gehen das Land überhaupt an. Härter erweisen sich jene Zwiste, welche gegen einzelne Grundherrschaften und Besitzer ausbrachen. Hiebei sind allen voranzustellen die Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt, mit deren Besitzer, dem Grafen (Fürsten) Eszterházy, die Stadt durch unsere ganze Periode in Zwist stand.

Es war nicht bloß der Dreißigst, wegen dessen man sich entzweit hatte, sondern auch die Maut, ferner das Bergrecht, der Grunddienst, das Zettelgeld und alle Arten von Abgaben, die eben wiederholte Steigerungen aufwiesen. 1593 erhob sich ein Streit, weil der Amtsverwalter von Forchtenstein einem Neustädter Händler vier Ochsen beschlagnahmt hatte. 1615 hatte dieselbe Herrschaft ein neues Bergrecht und ein Zettelgeld verlangt, 1605, 1622, 1625 waren in Eisenstadt neue Weingartordnungen entstanden. Viele Neustädter hatten sich aber nicht um die Gewehrnahme, um die grundbücherliche Anschreibung gekümmert, so daß der Rat wiederholt mahnte, da die Weingärten in Gefahr waren, eingezogen zu werden. Als Eszterházy, der zugleich das Palatinat bekleidete, die Neustädter, die Grundbesitz, Weingärten, Wiesen in der Warth besaßen, im Jahre 1629 nach Mattersdorf zitierte und die Weingartendienste steigerte, erhielt er von Kaiser Ferdinand II. den strengen Auftrag, den Neustädtern ihre Grundstücke nicht wegzunehmen, sich überhaupt jeder Gewalttätigkeit gegen die Privilegien der Stadt zu enthalten. 1631 ließ der Palatin die Weinernte der Neustädter gar nicht abführen, steigerte zugleich einen „Zehent“ um mehr als das Doppelte³⁾ und wich von seinem Vorgehen auch trotz einer kaiserlichen Resolution nicht ab. Vom nächsten Jahre 1632 an fand sich die Stadt durch eine Verein-

1) Im Frauenviertel hatten 65 Parteien 2071 Pfund,

„ Minorisviertel „ 62 „ 1999 „ „

„ Deutscherrenviertel 53 „ 1745 „ „

„ Trinitatisviertel 49 „ 3955 „ „

2) Freilich wurde dies schon im Jahre 1668 wieder geändert und der Dreißigst mußte von der ganzen Ware entrichtet werden.

3) Von 12 $\frac{1}{2}$ auf 30 Pfennig für einen Eimer Most.

barung für die Ausfuhr ihres Weines aus den Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt durch eine Barzahlung für den Ausgang (oder Zehent) ab. Der Vertrag galt zunächst für drei Jahre, wurde jedoch wiederholt verlängert. Neustadt zahlte für dieses Jahr 450 Gulden, in den Jahren 1633 und 1634 je 525 Gulden. Zwischen diesen beiden Beträgen wechselt die Zahlung; es mag sich wohl um den Unterschied zwischen besseren und schwächeren Weinernten gehandelt haben. Im Jahre 1646 werden nur 400 Gulden bezahlt, und diese etwas verminderte Summe bleibt in der Folgezeit. Im Jahre 1653 wurde dieselbe in einem Revers Paul Eszterházy's für weitere fünf Jahre festgesetzt. Auch dieses Übereinkommen wurde verlängert bis 1667.

An die Saumseligkeit der Neustädter erinnert ein Befehl des Verwalters von Forchtenstein vom Jahre 1636, sich wegen Richtigstellung der Grundbucheintragungen zu melden, zu stellen, zu legitimieren, sowie ein anderer vom Jahre 1637, der bei Strafe die Bezahlung des Grunddienstes bis zum St. Michaelstage (29. September) verlangt.

Im Jahre 1667 wurden für die Weingärten der Neustädter in der Warth wieder Bergrecht und Zehent abgenommen. Doch erklärt sich Eszterházy bereit, diese Einhebung wieder einzustellen. Den Bestand wolle er bei 400 Gulden belassen; doch muß der Most zu den Zehenthäusern geführt oder an des Grafen Untertanen verkauft werden. In der Tat kommt die frühere Methode der Abfindung in bar wieder zur Geltung. Freilich wird den Neustädtern bald wieder vorgeworfen, daß sie mit ihren Freiheiten Mißbrauch treiben (1676). Im Jahre 1693 verlangte Paul Eszterházy von den Neustädtern für ihre auf seinem Grunde liegenden Weingärten außer der Zehentabfindung, die noch immer in Kraft war, noch eine monatliche Abgabe.¹⁾ Eine kaiserliche Resolution vom 27. September verlangte die sofortige Abstellung dieser Neuerung. Der Palatin blieb bei der Forderung einer solchen Leistung. Im Jahre 1696 verlangte er die Leistung in natura, nicht in Geld. Zugleich wies er das Begehren der Neustädter um gänzliche Befreiung vom Dreißigst für die Weingärten in der Warth unbedingt ab. Im Jahre 1699 richtete Kaiser Leopold einen Erlaß an die ungarische Hofkanzlei, in welchem die Abstellung jenes monatlichen Subsidiums verlangt wurde. Eszterházy hatte dieselbe bereits umgenannt und erhob sie als „Pfundgeld“ mit monatlich 1 Kreuzer. Im Jahre 1704 schreibt der Eszterházy'sche Verwalter von Hornstein an den hiesigen Rat, daß er auf Befehl seines Herrn von den Weinbergen im Bettelsdorfer Gebirge das Bergrecht und den Zehent in natura einheben müsse. Es sind 21 Bürger, die dort zusammen 34 Weingärten haben. Eine Zuschrift des Rates an Paul Eszterházy selbst bringt dessen Antwort, daß er ein Recht auf diesen Zehent habe. Auf eine darauffolgende Eingabe an den Kaiser wandte sich Leopold I. neuerdings (1705) an die ungarische Hofkanzlei, dem Paul Eszterházy zu bedeuten, daß er von den Neustädtern für ihre Weingärten bei Bettelsdorf keinen Zehent zu verlangen habe. Im Jahre darauf wiederholt sich dasselbe bezüglich der Neustädter Weingärten zu Margarethen und Gschies. 1707 heißt es, Eszterházy habe einen neuen Aufschlag beschlossen und seinen Verwalter beauftragt, die den österreichischen Untertanen gehörigen Weingärten so lange in Verbot zu halten, bis sie denselben gezahlt haben.

Trotz der Resolutionen dagegen ließ sich Paul Eszterházy nicht irremachen; und am 14. Oktober 1710 forderte ihn Kaiser Josef I. auf, wenn er ein Recht auf diese Abgabe besitze, dies vor einer Kommission zu erweisen; am 22. Oktober folgte die Mahnung des Kaisers, die Privilegien

¹⁾ Certum quoddam subsidium singulis mensibus repetendum (XIV. 12).

der Neustädter zu berücksichtigen und ihre Weinernte nicht zu behindern. Es waren Worte, gegenüber der Tat wirkungslos.

Ein Schriftwechsel, wenn auch nicht gerade ein Rechtsstreit, entspann sich ein paarmal (1647, 1650, 1658) daraus, daß Eszterházy sich der ihm untätigen Juden annahm, deren Handel in Neustadt natürlich gehindert wurde.

Außerdem erstand in unserer Periode ein neues Objekt zum Streite mit Eszterházy, das sogenannte Leithagebäu. Am 11. Juli 1644 berichtet der Rat von Wiener Neustadt an die Regierung, daß der Palatin hart an der österreichischen Grenze einen Bau aufführe. Der Kaiser beauftragt noch an demselben Tage eine Kommission, welcher auch der Bischof Johann von Neustadt angehört, den Augenschein einzunehmen; und am 10. November sagt ein weiterer Bericht der Stadt, daß Nikolaus Eszterházy dort eine Maut einheben lasse. Neudörfel mit Wirtshaus und Mühle wurde fertiggestellt und im Jahre 1651 beauftragte Ferdinand III. wieder einen Kommissär, das „Eszterházy'sche Gebäu an der Leitha“ zu beaugenscheinigen, insbesondere, ob an eine Festung gegenüber Neustadt gedacht sei.

In derselben Zeit bestimmten auch die Magnaten des Komitats Ödenburg eine Kommission zur Augenscheinnahme von Neudörfel. Es kommen noch ein paar kaiserliche Befehle in den nächsten Jahren, ohne an den Verhältnissen etwas zu ändern. Während eine kaiserliche Resolution an die ungarische Hofkanzlei darauf hinwies, daß durch diese Anlage der Schweinetrieb, die Getreidezufuhr nach Österreich verhindert werden, ergriff Neustadt Maßnahmen, um der Möglichkeit des Schmuggels von der neuen Ortschaft her zu begegnen, und verbot schon im Jahre 1647 das Hereinbringen von Fleisch über Neudörfel; und noch 1708 wird eine strenge Überwachung dieses Schmuggelweges anbefohlen.

Etwas entgegenkommender als Eszterházy ist Graf Nadasdy, in dessen Herrschaft Kreutz die Bürger von Wiener Neustadt gleichfalls Weingärten besitzen. Er verzichtet bekanntlich 1652 auf seinen Mautanteil bei Ödenburg. Im Jahre 1666 gibt er in einer Vereinbarung zu, daß Zehent und Bergrecht nicht in natura, sondern in bar gezahlt werden können, wobei je anstatt eines Eimers 30 Groschen (= 1 Reichstaler) zu entrichten sind. Freilich wird die Herrschaft im Jahre 1675 an Eszterházy verkauft, und sogleich trat der Käufer mit allen seinen Forderungen auch für diese Weinberge auf. Nach langen Verhandlungen verpflichtete er sich indes in einem Revers vom 12. Juli 1678, sich bezüglich der Abgaben für die 36 oder 38 Weingärten der Neustädter an das Übereinkommen mit dem Grafen Franz Nadasdy zu halten. Die neu erwachsenden Auflagen mußten selbstverständlich von den Neustädtern mitgetragen werden. Im Jahre 1707 hatten die Neustädter 544 Pfund Weingärten in der Herrschaft Kreutz (darunter die Stadt 70, das Neukloster 60 Pfund) und sie zahlten zum Beispiel im Jahre 1708 an Pfunde'd 74 Gulden 21 Kreuzer (für den Eimer 41 Kreuzer); im Jahre 1710 entrichteten sie 299 Gulden Kontrollgeld und 138 Gulden Pfundgeld, abgesehen von anderen Kosten.

Von den ungarischen Städten, mit denen unsere Stadt in Zwist geriet, müssen wir Ödenburg besonders ins Auge fassen. Im Jahre 1604 führte die Erhebung des Weinzehents zu einem Streite, zu dessen Beilegung eine Kommission in Ödenburg zusammenkam. Es bot keine Schwierigkeit; auch ein Streit des Jahres 1630 erledigte sich ohne Schwierigkeit: der Dreißiger von Rust, das teilweise zur Herrschaft Ödenburg gehörte, hatte von den ungarischen Kammerräten 1630 den Auftrag erhalten, von allen Ausländern, auch von den Neustädtern, den Dreißigst zu verlangen, und wenn sie sich nicht anmelden oder die Zahlung verweigern, sogleich mit der Beschlag-

nahme der Ware vorzugehen. So sei es des Kaisers Wille! Als die Neustädter, die in Rust auf Ödenburger Grund 176 Pfund Weingärten hatten, davon das Spital 76, die Stadt 50 Pfund, ihm ihr Befremden über diese Forderung äußern, antwortet er, daß er die Neustädter Fehsung frei habe passieren lassen. Eine Verehrung belohnte ihn; einem Ödenburger, der im ungarischen Landtag für Neustadt in der Dreißigstsache eingetreten war, wurden gar 50 Reichstaler (75 Gulden) „verehrt“ (1649). Auch in den Streitigkeiten mit Ödenburg wird einmal (1676) betont, daß die Neustädter ihre Freiheiten mißbrauchen.

In der gefährlichen Zeit, zu Beginn des 18. Jahrhunderts, verhandelte der Rat von Wiener Neustadt im Jahre 1706 mit Ödenburg über eine Regelung der Weinabgaben; allein die Forderung von 2000 Gulden und noch andere Kostenansprüche verhinderten eine Einigung; und eine kaiserliche Resolution bedeutete den Ödenburgern, die Neustädter und die Österreicher, die jetzt viel ausgestanden haben, nicht mit so hohen Lasten zu beschweren. 1708 tritt der Rat von Neustadt nochmals an jenen von Ödenburg wegen einer Einigung in der Weinabgabenfrage heran, was zunächst kein Gehör fand.

1699 rückte Ödenburg seinerseits mit einer Beschwerde an Neustadt heran: es habe einem dortigen Handwerksmann, einem Huter, am Palmmarkt hier feilzuhaben verwehrt. Der Rat antwortete, daß der Palmmarkt kein öffentlicher Markt sei, was allerdings bezweifelt werden konnte.

Der Rat von Preßburg interveniert einmal im Jahre 1707 für einen dortigen Handelsmann mit Erfolg zur Gestattung des Eiseneinkaufes in Wiener Neustadt.

Schließlich hat es Wiener Neustadt auch noch mit einem geistlichen Herrn in Ungarn, dem episcopus Jauriensis, Bischof von Raab, zu tun, in dessen Gebiet, bei Rust, eben auch Neustädter Weinberge gelegen waren.

Auch solche Weinberge auf Ödenburger Grund waren dem genannten Bistum dienstbar, und es wurde ihnen ein neuer Zehent auferlegt, der entgegen selbst erzherzoglicher Zuschrift (Matthias 1604, Maximilian 1608) weiter erhoben wurde. Der Bischof Stephan Senyey entzog sich dem ganzen Streite dadurch, daß er diesen Weinzehent dem Grafen Eszterházy verpachtete, der diese Abgabe wieder steigerte. Auf eine Resolution (1632) an den Bischof erklärte dieser, den Pacht nicht länger bestehen zu lassen, sondern zurückzunehmen. Auch das verzögerte sich lange. Und da kam ein neuer Zwischenfall: der ungarische Landtag vom Jahre 1655 beschloß, daß alle Ausländer für ihre Weingärten in Rust dem Bischof von Raab den Zehent reichen müssen. Eine Beschwerde der niederösterreichischen Stände, eine Beschwerde unserer Stadt dagegen fruchteten selbstredend nichts, und das ungarische Gesetz blieb bestehen.

Für die Nachbarländer Österreich und Ungarn gab es noch eine Streitquelle in der Einfuhr und Durchfuhr von Ungarwein, wobei natürlich das ganze Land und unsere Stadt nur mit in Betracht kam. Diese Weinfuhr aus Ungarn wurde bald bewilligt, bald wieder aufgehoben, je nach den Verhältnissen, nach der größeren oder geringeren Ergiebigkeit der österreichischen Weinernte.

Zu Beginn unserer Periode ist das Hereinführen von Ungarwein außer den Städten Wiener Neustadt, Bruck an der Leitha und Hainburg durchaus verboten; aber wie gewöhnlich wird dieses Verbot nicht gehalten, und im Jahre 1596 kommt eine Anzahl niederösterreichischer Edler um Abstellung dieses Unfugs ein. Ein Erlaß Rudolfs II. vom 21. März 1596 ordnet nun an, daß aller Wein, der ohne ordentlichen Paßbrief aus Ungarn hereinkomme, ohne weiteres zu beschlagnahmen sei. Ein Drittel davon sei ihm auszufolgen, das übrige an die niederösterreichische Kammer abzuliefern.

Im Jahre 1602 gestattet Erzherzog Matthias wegen der „Beklemmigkeits an Wein“ diese Einfuhr ohne Efnsschränkung. Doch schon 1603 stellt Kaiser Rudolf II. diese Erlaubnis wieder ein. Aber schon 1605 ist dieselbe wieder da; und Wiener Neustadt beklagt sich, daß so viele Paßbriefe für die Einfuhr von ungarischen und von steirischen Weinen gegeben werden. Ja die Herrschaften Forchtenstein und Eisenstadt haben sogar ein Privilegium für die freie Fuhr von Ungarwein über die Leitha und freien Verkauf desselben in Österreich erhalten, indes auch die Stadt Ödenburg und die Ortschaften Rust und Breitenbrunn seit langer Zeit das Recht haben, eine bestimmte Menge Wein nach Österreich einzuführen. Natürlich haben auch andere Ortschaften unbefugt von dieser Bewilligung Gebrauch gemacht. Ein Erlaß des Erzherzogs Matthias vom 1. Oktober 1609 fordert zum Eintreten dagegen auf; denn die Begünstigung der freien Einfuhr von Ungarwein sollte im Prinzip auf die Privilegierten beschränkt bleiben. So entspann sich denn Streit über Streit. Im Jahre 1615 ließ der Kaiser durch die niederösterreichische Regierung und Kammer an Neustadt (am 16. Oktober) mitteilen, es sei beschlossen worden, daß allen Flecken „unterhalb“¹⁾ der Leitha, welche die freie Weinpassierung nach Österreich „zu haben vermeinen“, diese Weinfuhr im Jahre 1615 noch gestattet sei. Von da an sei diese Bewilligung vollständig aufgehoben, jedes Privilegium darüber kassiert — außer jenen von Ödenburg, Rust und Breitenbrunn. Allerdings geht es nicht so schnell, wie es angesagt war. 1617 beklagen sich die Neustädter schwer über die schädliche ungarische Weinfuhr; man hielt sich nicht an das Verbot. 1624 folgt ein neues Verbot durch einen Generalerlaß Kaiser Ferdinands II. mit gleich wenig Erfolg. Beschwerden 1629, 1630 führten 1631 zu einer Erinnerung an das Verbot des Jahres 1615, worauf in demselben Jahre (am 16. Juni) wieder ein kaiserlicher Generalerlaß die Weinfuhr aus Ungarn nach Niederösterreich mit Ausnahme jener beschränkten Fuhr von Ödenburg, Rust und Breitenbrunn verbietet. Aber im Jahre 1637 macht der Rat von Neustadt schon wieder eine Eingabe an den Kaiser gegen die „verderbliche“ ungarische Weinfuhr nach und durch Österreich. Das Stück geht wieder seinen langen Weg zu Berichten und Gutachten, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Etwas Neues erfahren wir aus dem Jahre 1642: durch die niederösterreichischen Verordneten wird an Wiener Neustadt mitgeteilt, daß die Stadt Eisenstadt und die zu derselben gehörigen Untertanen frei nach Österreich fahren und daselbst verkaufen können. Sie sind somit ebenfalls ausgenommen, wenn ein Generalerlaß vom 4. August 1649 abermals die ungarische Weineinfuhr verbietet. Dieser Zustand bleibt mit mancherlei Streitigkeiten und Beschwerden wegen zu zahlreich ausgestellter Pässe in Kraft. Die ungarische Weineinfuhr wird überwacht. 1669 trägt der Rat den Überreibern auf, die Überwachung der ungarischen Weineinfuhr mit größerer Sorgfalt zu üben. In Zeiten der Gefährdung für Westungarn wird auch Wein in die Keller von Wiener Neustadt geflüchtet; so zum Beispiel 1706, wo ein eigener kaiserlicher Auftrag dieselben beschreiben heißt.

Auch in dieser Sache kommen nebst dem Wein noch andere Handelsartikel in Frage, wie die oberwähnte Mitteilung aus dem Jahre 1642 vermuten läßt. Wenig später erhalten die Fleischhauer von Wiener Neustadt selbst einmal die Befugnis, von ungarischen Verkäufern Rinder anzukaufen. Dagegen erhielt Pullendorf, das ohne Dreißigstbezahlung Vieh nach Österreich brachte, scharfe Mahnungen vom Erzherzog (1611) und Kaiser Matthias (1618). Auch den Käufern wurde Strafe angedroht.

1) XX, 4, Abschrift; vielleicht „enthalb“.

Armenwesen.

Wenn wir der Sorge der Stadt für die Armen nähertreten, müssen wir auch in unserer Periode zuvörderst auf das Bürgerspital hinweisen, das mit seinem Vermögen wohl imstande war, allen berechtigten Anforderungen zu genügen. Es soll denn auch zuerst wieder über den damaligen Spitalbesitz gesprochen werden. Das Spital besaß bereits sein neues Heim in der inneren Stadt; die Hadermühle, die für dasselbe gekauft worden war, wurde längere Zeit verpachtet; im Jahre 1603 wurde dem Pächter auferlegt, daß er 135 Gulden zahlen, nicht zu viel Vieh halten dürfe, daß er katholisch sein müsse. Im Jahre 1616 wurde die Hadermühle um 900 Gulden an den Bürgermeister Simon Tollasch verkauft, dessen Sohn Wolf dieselbe schon 1620 weiterverkaufte. Nach öfterem Besitzwechsel erwarb das Spital die Mühle neuerdings und verpachtete dieselbe wieder. Das Spital verfügte auch, wie wir wissen, über einen stattlichen landwirtschaftlichen Besitz an Wäldern, Äckern, Wiesen, Weingärten, der sich während unseres Zeitraumes nicht verminderte. Der größte Ackerbesitz blieb jener zwischen Pottendorf und Traiskirchen, 60 Joch, die an Traiskirchen verpachtet blieben. Vor dem Neunkirchner Tore lagen 20 Joch (1674), die mit 1 Gulden 5 Schilling 10 Pfennig der Stadt dienstbar waren. Die Äcker unter der Hadermühle werden im Jahre 1676 jochweise an Bürger ausgeteilt, wofür jeder Bestandnehmer ein Viertel Haiden abführen muß. Einen Weidegrund des Bürgerspitals hatte die Gemeinde Saubersdorf in Bestand, die auch manche Teile umreißen ließ und daher 1619 mit einer Steigerung bedroht wird.

Wie der größte Teil des Ackergrundes blieb auch der Wiesenbesitz des Spitals — teilweise zum Schaftrieb — verpachtet: eine Wiese bei Sollenau 1642, an den Vizedom Veit Schinderl in Bestand verlassen, trug jährlich 20 Gulden.

Für den Umfang der Spitalsweingärten mögen einige Fechsungen sprechen. Im Jahre 1596 erntete das Spital hier $455\frac{1}{2}$ Eimer Wein; 1603 nur $177\frac{3}{4}$ Eimer, 1619 wieder $271\frac{3}{4}$ Eimer. Das Jahr 1645 bringt dem Spital eine der reichsten Weinernten mit 687 Eimern, darunter $559\frac{1}{4}$ Eimer Ungarwein ($279\frac{1}{2}$ Eimer von St. Georgen). Der geerntete Wein wurde teilweise verleutgelt. Im Jahre 1694 waren es zum Beispiel 219 Eimer (von rund 400 Eimern) und mußte dafür rund 55 Gulden Ungelt gezahlt werden. Von den Gärten und „Hausgärten“ des Spitals wollte der B.schof Lorenz im Jahre 1669 einen Krautzehent erheben, wurde jedoch auf das Unrechtmäßige seiner Forderung aufmerksam gemacht. Erwähnt soll noch werden, daß das Spital im Jahre 1689 an Gewehr für einen Krautgarten geschrieben wird, der demselben von einer im Hause gestorbenen Frau gespendet wird.

Das Spital nannte auch einen Teich vor dem Wiener Tore sein eigen: derselbe wurde im Jahre 1594 an Anton Trautson, Erbmarschall von Tirol, verpachtet. Der Pächter soll den Teich räumen, mit einer Planke auf eigene Kosten einfassen und zur Fastenzeit dem Spital einige Fische genießen lassen. Der Bestand lautete auf drei Jahre; später behielt das Spital diesen Fischteich selbst.

Im Jahre 1635 wird der ganze Grundbesitz des Spitals durch eine Kommission mit Marksteinen umraint.

Gestützt auf den großen Grundbesitz hatte das Spital, wie wir wissen, auch eine Schäferei, und zwar in der Stadt, was manches Lästige im Gefolge

hatte. Der Rat beschloß daher am 1. Dezember 1676, die Spitalschäferei hinaus auf das Steinfeld zu verlegen. Doch erfolgte die Durchführung dieses Beschlusses noch lange nicht.

Das Inventar des Spitals, aufgenommen am 19. Jänner 1615, führt uns eine reiche Einrichtung und große Vorräte an Lebensbedürfnissen, an Getreide, an Wein vor. Von letzterem sind 427 $\frac{1}{2}$ Eimer da. Die späteren Inventare zeigen denselben Charakter.

Das Spital hat bekanntlich eine Anzahl Untertanen in Steinabrückl und einen Holden ebendort. Im Jahre 1662 legt es den ersteren je 3 Gulden, dem letzteren 1 Gulden 30 Kreuzer statt der Robot auf.

Das Spital hatte auch kleine Kapitalien ausstehen, hatte zum Beispiel im Jahre 1631 der niederösterreichischen Landschaft 150 Gulden vorgestreckt, die noch im Jahre 1648 verinteressiert werden, wenn es auch selbst die Kammeramtskasse für plötzliche Ausgaben hie und da in Anspruch nahm.

Zum Vermögen des Spitals gehören auch die Stiftungen; dieselben werden in unserem Zeitraume um eine wichtige Nummer vermehrt; der Priester Johann Puschmann bestimmte im Jahre 1613 ein Kapital von 2000 Gulden ungarisch, die nach seinem Tode den Spitälern in der Weise zugute kommen sollten, daß sie zum heiligen Christtage von den 100 Gulden bekleidet würden. Der Spitalmeister sollte monatlich einen halben Gulden erhalten. Der Stifter lebte noch eine Reihe von Jahren. Erst am 19. Juni 1635 erhielt der Spitalmeister vom Rate den Auftrag, die Puschmannstiftung für das Spital genau durchzuführen.

An sonstigen Spenden für das Spital ergeben sich in unserer Periode 20 Gulden von Hans Christoph Teufel 1596;¹⁾ etwa 16 Gulden aus dem Betrage, den Erzherzog Maximilian ad pias causas vermachte, von dem auf unsere Stadt entfallenden Anteil, 1623; 25 Gulden Vermächtnis des Ratsbürgers Matthias Kannenberger, der überdies die armen Leute, die mit seiner Leiche gingen, mit 10 Gulden bedachte, 1651.

Im Jahre 1705 richtete Kaiser Josef einen Erlaß an Wiener Neustadt: über die hiesige Spitalwirtschaft, da dieselbe an vielen Orten schlecht geführt werde, eingehend betreffs der ganzen Wirtschaftsführung zu berichten, was sich auch wieder weit hinauszog.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts erhielt der Spitalmeister von Wiener Neustadt eine neue Instruktion, die mit ihren Weisungen sich nach allen Richtungen verbreitete. Der erste Teil behandelt das Überwachen der Spitälern, die zum Beispiel nicht im Gewand schlafen dürfen, alle 14 Tage ein Bad nehmen müssen usf. Das Essen muß sorgfältig gemacht werden. Es folgen eingehende Anordnungen wegen der Landwirtschaft, über die Überwachung des Viehstandes, über den Feldbau u. dgl. Weiter wird über die Weingärten und den Weinverbrauch gesprochen. Von allem, was der Spitalmeister anordnet, muß der Bürgermeister wissen; alle Vierteljahre ist Rechnung zu legen. Im Jahre 1609 wird die Instruktion erneuert und bekommt noch einige Zusätze und Erweiterungen. In derselben Zeit wurde auch eine Instruktion beziehungsweise Vorschrift für die Manns- und Frauenspersonen erlassen, die ins Spital aufgenommen waren. Sie mußten sich natürlich größtenteils selbst bedienen, und eine Anzahl Pflichten religiöser Art wurde ihnen auferlegt. In unserer Periode erhalten wir auch schon einigemal Auskunft über die Zahl der Verpflegten. Im Jahre 1655 beherbergte unser Spital in der Männerstube 17 Personen, in der Weiberstube 26 Personen und eine Stubenmutter. Am Ende des Jahrhunderts, 1694, ist das Spital schwer belastet: es ist die Zeit fortwährender Unruhen; es war eben nach dem verheerenden Türkenzuge. Da finden sich im Spital

1) Eine Strafe für eine Injurie gegen ihn; er schenkte den Betrag her,

30 Personen, die von gesammelten Almosen unterhalten werden, 43 Personen, nämlich 9 Männer, 24 Weiber, 10 Kinder, die in natura verpflegt werden, und weitere 11 Personen, die nur mit Geld beteiligt werden. Man war kaum mehr imstande, die Leute unterzubringen, hatte nicht die Möglichkeit, sie mit den Spitalsvorräten zu ernähren, obwohl die Wirtschaft eine große war. Im Jahre 1698 hatte unser Spital 16 Dienstleute: 13 Männer und 3 Frauen. In demselben Jahre weist die Liste der Verpflegten 51 Personen aus: 8 Männer, 26 Frauen und 17 Kinder. Die Zahl der Frauen ist immer größer als jene der Mannspersonen. Aus dem Jahre 1695 erfahren wir auch aus einer Aufzeichnung die Art der Verpflegung der Spitäler. Die Personen, die nicht arbeiten, bekommen täglich 1 Pfund Brot, die arbeitenden 2 Pfund; Dienstag, Donnerstag und Sonntag ist Rindfleisch und eine gute Mehlspeise. Die es verdienen, erhalten Montag, Mittwoch, Freitag, Samstag und Sonntag 1 Seidl oder $\frac{1}{2}$ Seidl Wein. Die Unterkunft war allerdings trotz des Reichtums der Anstalt sehr primitiv.

Außer den Spitalern fanden auch noch andere Arme eine Unterstützung; und da ist wieder an das Vermächtnis des Erzherzogs Maximilian ad pias causas zu erinnern. Von den 800 Gulden, die auf unsere Stadt entfielen, kamen je 160 Gulden den Hausarmen, dann armen Mädchen zur Hochzeitsausstattung, armen Klöstern und armen Schülern zu. Armen Schülern gilt auch die Stiftung des Bürgermeisters Christoph Kischinger von 4000 Gulden.¹⁾ Er setzt in seinem Testamente vom 6. September 1673 fest, daß von den Interessen von 200 Gulden zehn Studiosi mit jährlich 20 Gulden beteiligt werden, damit auch arme Bürgerskinder studieren können. Unter den Unterstützten sollen womöglich drei polnischer Nation sein, wie schon erwähnt, da er aus seiner Wanderzeit den Polen viel Gutes verdanke;²⁾ falls keine Polen (Littauer usw.) da, bleibe es bei den Neustädter Bürgerkindern.

Ein für die damalige Zeit sehr bedeutendes Kapital enthielt auch die Kollonitschstiftung. Nach der Befreiung Wiens von den Türken (1683) widmeten der Kardinal Leopold von Kollonitsch und Kasimir von Petschowitsch im Namen seines Bruders Ernst je 3000 Gulden zur Einführung einer Prozession in Wiener Neustadt am Feste Maria Geburt (am 8. September). Von den Interessen dieser 6000 Gulden sollten die kleinen Auslagen für diese kirchliche Feierlichkeit bestritten, außerdem aber 15 arme „Handwerksbuben“ an demselben Festtage bekleidet werden. Sie wurden dabei reichlich ausgestattet.³⁾ Lutherische Buben, die katholisch werden wollen, sind bevorzugt. Die Prozession und der Weg derselben werden genau vorgeschrieben. Die Unterstützten haben an derselben teilzunehmen und an demselben Tage die heilige Beichte zu verrichten und die heilige Kommunion zu empfangen. Die Stiftung wurde schon im Jahre 1684 durchgeführt; da jedoch das Kapital noch nicht flüssig war, beglich unterdes der Kardinal Kollonitsch die Auslagen, die der Bürgermeister ihrem Zwecke zuführte. Die Erlegung des Stiftungskapitals verzögerte sich bei Petschowitsch bis 1696, bei Kollonitsch bis 1697. Der Stiftsbrief ist vom 1. August 1695 datiert.

Einer Unterstützung für Auswärtige begegnen wir in der Erlegung von 4000 Gulden durch Frau Susanna Thobar von Enzesfeld bei der Stadt hier. Der Ertrag derselben war an die erbberechtigten Nachfolger der Stifterin auszuzahlen.

1) „In Bedenkung (daß) ich nit viel von meinen Eltern ererbt, in meiner Jugend mich mit Herrn Diensten betragen, mit welchen ich gereist und mein stückl Brod müssen sorgen, weil mich Gott der Allmechtig gesegnet . . .“

2) Weil ich von Jugend auf von selbiger Nation viel Liebs und Guts empfangen.

3) Jeder Beteiligte erhielt einen blauen Rock, ein weißes Kamisol, Lederhosen, zwei Hemden, zwei Paar weiße Strümpfe, ein Paar Schuhe, ein weißes rauhes Kappel, zwei Halstücheln, zwei Ellen schwarzes und zwei Ellen blaues Taffetband.

Sanitätswesen.

Der Sorge um die Armen reihen wir jene um die Kranken an, die ebenfalls in dem Spital ihre Aufnahme fanden. Ihre Behandlung oblag dem Stadtphysikus, als welchen wir zu Beginn unserer Periode den Doktor Catus nennen hören (seit 1584), der am 29. März 1593 starb. Er hatte 80 Gulden Besoldung; als Verehrung erhielt er 20 Gulden. Neben ihm wird Doktor Benedikt Perger, Landschaftsarzt des Viertels unter dem Wienerwald, genannt, der, wie ausgesprochen wird, bei der Bevölkerung besonders beliebt war, jedoch 1595 auf seine Stelle verzichtete und nach Wien zurückkehrte. Die niederösterreichischen Verordneten bestellten an seiner statt den Dr. David Occone. Als Stadtphysikus finden wir Dr. Johann Rueland, der im Jahre 1598 Landschaftsmedikus wurde. Als Stadtarzt trat an seine Stelle Dr. Martin Cutigius, gegen den sich Rueland beschwerte, daß er ihm die Patienten abfange. Cutigius resignierte schon im Jahre 1601 wieder auf sein Amt, und nun bewarb sich Rueland neuerdings um die Physikusstelle in unserer Stadt. Aber wir begegnen in der nächsten Zeit nicht ihm, sondern einem Dr. Vitus Fertigius als Stadtmedikus.

Bisher haben wir lauter latinisierte Namen, Gelehrtennamen, kennen gelernt. Im Jahre 1643 bestellt der Rat zum Stadtphysikus den Medicinæ und Philosophiæ Doctor Adam Werner mit einer Besoldung von 200 Gulden. Mit ihm nennen wir einen Arzt, der sich in der Pestzeit im Jahre 1645 sehr verdient gemacht hat und im Jahre 1649 als Landschaftsphysikus erscheint. Auch in dieser Stellung wird er ehrend erwähnt, und Franz Bernhard Urschenbeck auf Pottschach schenkt ihm in diesem Jahre wegen der vielen geleisteten Dienste den Hof in seinem Freihause zu Neustadt an der Stadtmauer beim Neunkirchnerort.¹⁾ Wir wollen fortsetzend noch einiges über die hiesigen Ärzte anreihen. Im Jahre 1650 wurde Dr. Thomas Czaschelius als Physikus bestellt, der im Jahre 1660 seine Stelle aufgab. Hierauf wechselten die Inhaber dieses Amtes ziemlich oft und rasch.

Der Stadtphysikus Dr. Lorinser resigniert 1661, Dr. Hildebrand 1662; sie haben auch nicht die hohe Entlohnung, die einst Adam Werner bezog. Hildebrands Nachfolger ist der Medicinæ und Philosophiæ Doctor Stephan Frank; aber auch ihm werden nur 100 Gulden jährlich als Besoldung bewilligt. Die Stadt war in finanzieller Not. So blieb denn auch Frank nur einige Jahre in seiner Stellung.

Im Jahre 1669 begegnen wir einem ganz jungen Mann als Stadtphysikus, dem Dr. Karl Habersack, der zugleich Landschaftsmedikus ist. Er ist wenig über 30 Jahre alt und heiratet die Tochter des Johann Paul Pleyer, der bereits den Bürgermeisterstuhl eingenommen hatte. Er bezog zunächst auch nur 100 Gulden als Sold, genoß jedoch eine freie Wohnung. Im Jahre 1673 wurde auf sein Ansuchen der Jahresbezug auf 150 Gulden erhöht, ihm jedoch bedeutet, daß er sich um eine Wohnung umsehen müsse. Überdies wurden ihm, da er zugleich den Dienst im Spital versehe, von dieser Anstalt 8 Eimer Wein, 12 Metzen Korn und 4 Metzen Weizen zugewiesen. Die Wohnung ist ihm wahrscheinlich nicht genommen worden. Er war jedenfalls ein tüchtiger Amtswalter, so daß ihm zum Beispiel im Jahre 1677

¹⁾ Bräuhausgasse 3.

wegen seines Fleißes eine Belohnung von 100 Reichstalern gewidmet wurde. Er blieb natürlich in der Stadt und starb daselbst am 24. März 1701 im Alter von 61 Jahren. Sein Hauptverdienst liegt wieder in der Tätigkeit während der Infektionszeiten. Nicht unwesentliche Verdienste um unsere Stadt hat sich auch der Landschaftsmedikus Ferdinand Johann Slaby¹⁾ erworben. Im Jahre 1664 wird er vom Rate ersucht, Wesen und Ursache der eben grassierenden Krankheiten anzugeben. Er wohnte in der Stadt, und im Jahre 1670 wird ihm wegen seiner fleißigen Dienste erlaubt, hier ein Bürgerhaus zu kaufen. Er starb auch in unserer Stadt zu Anfang des Jahres 1674.

Wir haben eben wieder an die Infektionskrankheiten gestreift; das 17. Jahrhundert war von Epidemien ungewöhnlich arg heimgesucht. Im Jahre 1596 kam von dem Verwalter von Eisenstadt die Nachricht, daß im dortigen Spital viele Kranke seien; 2000 seien gestorben. Er bittet um einen tüchtigen Doktor.²⁾ In Wiener Neustadt werden Maßnahmen gegen die Krankheit in diesem und in den folgenden Jahren bis 1603 getroffen; 1604 ergeht ein Auftrag an die Torschreiber und Torsteher wegen der Infektion in Neunkirchen, Krotendorf, (Klein-) Wolkersdorf, Matzendorf, Eisenstadt, 1605 wegen der Kontagion in Eisenstadt, Baden, Bruck an der Leitha. 1606 und 1607 starben in Neustadt selbst viele Personen; sie wurden auf dem Friedhof von St. Ulrich begraben, vielleicht weil der Friedhof in der Stadt schon überbelegt war. Der St. Ulrichsfriedhof mußte daher erweitert werden. Nun schweigen die Nachrichten einige Jahre. Von 1614 an kommen schon wieder vereinzelt Infektionsfälle vor; 1620 heißt es, die Infektion sei in einigen Häusern eingerissen, und sie dauert nun wieder ein paar Jahre fort. Dagegen war unsere Stadt ziemlich seuchenfrei, als die Pest im Jahre 1625 in Wien auftrat. Kaiser Ferdinand II. verlegte daher seinen Hof im Sommer dieses Jahres nach Wiener Neustadt. Zu Anfang des Jahres 1628 wird dann vom Rate zur Vorsicht gemahnt wegen der Infektion im Deutschen Reiche. Im August heißt es schon, daß dieselbe in der Umgebung der Stadt sich zeige. Vom September an wird jedem Fremden der Eintritt in die Stadt verweigert; erkrankte Tagwerker, die nicht aus der Stadt sind, werden abgeschafft, 1629, niemand dürfe ohne Erlaubnis des Bürgermeisters jemanden aufnehmen. Doch wurde auch jetzt die Stadt nicht arg mitgenommen. 1632 wird neuerdings von der Seuche, namentlich in Ungarn, gesprochen. Erst 1633 werden wieder Infektionsfälle in der Stadt erwähnt. Es werden einige Personen zur Pflege der Kranken aufgenommen, jedoch im Jahre 1634 wieder abgedankt. Dagegen wird gegen Ende des Jahres ein Beschaumeister für die infizierten Personen bestellt und mit 4 Gulden wöchentlich entlohnt; erst im Februar 1635 wird er wieder entlassen. Es folgen wieder einige Jahre der Ruhe. In dieser Zeit reifte der Gedanke, für die armen Kranken ein Lazarett zu erbauen, da man die mit einer ansteckenden Krankheit behafteten Personen doch nicht gut ins Spital bringen oder dort belassen konnte. Im Jahre 1639 widmete Frau Margareta Praiten-aicher in ihrer letztwilligen Anordnung 700 Gulden für die Erbauung dieser Krankenanstalt. Freilich, die wirkliche Aufführung des Baues ließ noch längere Zeit auf sich warten. Unterdessen brach eine längere Periode beinahe ununterbrochener Epidemien herein, 1643 bis 1657, während welcher unser Bau vollendet wurde. Die Seuche kam von Ungarn herüber und zeigte sich schon 1644 in Niederösterreich. Den Weingartenbesitzern wurde für die Weinlese jenseits der Leitha die strengste Vorsicht anbefohlen. Die

¹⁾ Er wird latinisiert *Scavius* genannt.

²⁾ Ihr Doktor sei gestorben. — Man solle einen tüchtigen Arzt suchen, denn er werde gut bezahlt, bisher seien Doktoren dort gewesen, die, wenn sie nur Seewein getrunken haben, gestorben sind, sagt die charakteristische Zuschrift.

Orte Purbach, Altenburg, Eisenstadt, Gschieß, Ödenburg, Marz, Rorbach seien unbedingt zu meiden. Wieder wurden Beschaumeister aufgenommen, die noch 1646 tätig sind.¹⁾ Es hatte das Jahr 1645 schon eine Anzahl Pestkranker gebracht; den Höhepunkt erreichte die Epidemie in unserer Stadt im Jahre 1646, im Sommer: im August dieses Jahres starben 155 Personen, davon nur 22 nicht an der Pest; im September gab es noch 151 Tote, im Oktober 87, im November 57, im Dezember 38. Im Jänner 1647 wird nur noch ein an der Infektion Gestorbener genannt (am 3. Jänner); dagegen heißt es in diesem Jahre, daß die Pest in Steiermark und auch in Wien grassiere. Auch die nächsten zwei Jahre gingen für unsere Stadt, für welche die Nähe des Schneeberges und die von dort kommenden reinigenden Winde einen kleinen Schutz boten, ziemlich glimpflich vorüber. Vergangen war die Seuche keinesfalls; und im Jahre 1650 befahl Ferdinand III. alle Grenzen streng zu bewachen, da in den Ländern ringsum die Infektion herrsche. Doch ereignen sich auch in den Jahren 1651 und 1652 nur einzelne Fälle, bis die Pest im nächsten Jahre wieder arg in der Stadt auftrat. Da — so berichtet ein Motivbild in der Wallfahrtskirche auf dem Kirchbüchel bei Rothengrub — gelobten der Bischof Johannes Thuanus, der Neuklosterabt Robert, der Bürgermeister Christoph Kischinger, der Stadtrichter Johann Eder und die Stadt eine jährliche Kirchfahrt am Feste des heiligen Kreuzes (14. September) zu der genannten Kirche.²⁾ Und die Pest habe alsbald nachgelassen. In der Tat waren die beiden folgenden Jahre erträglicher; dagegen wütete die Krankheit im Jahre 1656 wieder recht arg. Hatte sich der Juni noch mit 23, der Juli mit 37 Todesopfern begnügt, so starben im August 122 (an einem Tage gegen Ende des Monats 18), im September 125 Personen. Im Oktober gab es nur mehr 74 Tote.

Während dieser Zeit war auch das neue Krankenhaus, das Lazarett, erbaut worden. Am 3. März 1648 war beschlossen worden, einen Kostenüberschlag machen und einen Abriß nach dem Krankenhause zu Bruck an der Mur herstellen zu lassen. Als Bauplatz wurde der Ort bei der öden Zemendorfer Kirche an dem Lichtenwörther Weg in Aussicht genommen. An Mitteln waren außer den seit Jahren liegenden 700 Gulden der Frau Praitenaicher noch durch verschiedene Legate 200 Gulden vorhanden; der Bischof Johannes Thuanus spendete ebenfalls 500 Gulden. Im Jahre 1649 wurde der Kontrakt wegen dieses Baues mit dem Stadtmaurermeister Lamprecht Eder abgeschlossen mit 350 Gulden nebst 10 Reichstalern und 6 Klaftern Holz Leidkauf. Am 17. Mai 1649 wurde mit einer großen Prozession, an welcher sich 4000 Personen beteiligt haben sollen, unter dem Bischof selbst der Grundstein zu dem Bau gelegt. Der Maurermeister verlangte und bekam allerdings noch in demselben Jahre 33 bis 34 Gulden Nachzahlung als Entschädigung; überdies bewilligte ihm der Rat noch 10 Metzen Korn und 8 Klafter Holz „zu einer Ergötzlichkeit“. Die neue Anstalt besaß auch gleich einiges liegende Gut: so eine Wiese gegen den Lichtenwörther Weg, einen Weingarten bei Katzelsdorf von 30 Tagwerk, dienstbar nach Frohsdorf, welcher dem Lazarett auch durch Vermächtnis zugekommen war, ferner eine Wiese, geschenkt von Christoph Kischinger, einen Krautgarten mit einem Wiesfleck in der Nähe des Hauses selbst, beides durch die Widmung eines Bürgers. Schon im Jahre 1650 wurde das Lazarett eröffnet; man war einmal schnell gewesen. Der Rat beschloß, einen eigenen Beschaumeister für dasselbe zu bestellen. Ein Wundarzt erklärte sich zur Übernahme dieses Postens bereit. Er wurde aufgenommen und bekam zugesprochen: die Wohnung, 15 Metzen Korn und 8 Klafter Holz, 10 Gulden

¹⁾ Am 3. Mai 1646 werden ihnen 6 Eimer Wein verehrt.

²⁾ Bild und Inschrift sind vom Jahre 1734.

für den Trunk, einen Wiesfleck als Kraut- und Kuchelgarten. Es werde sich vielleicht die Gelegenheit ergeben, daß ihm eine größere Wiese eingeräumt werde, damit er Vieh halten könne; denn das Lazarett sei abgelegt. Bei der Anstalt wurde auch ein eigener Friedhof angelegt. 1657 wird nach langem Verhandeln und Zögern ein Weg zum Lazarett gemacht. Im Jahre 1660 wird das Mobilar desselben beschrieben, und da werden 55 Bettstätten genannt, für welche auch das entsprechende Zeug vorhanden war.

Von der Mitte der sechziger Jahre wird wieder von gefährlichen Zeiten gesprochen, ohne daß an die Stadt eine Infektionsgefahr herantrat. 1671 warnt ein Erlaß wegen der Pest in der Türkei, 1673 heißt es, daß dieselbe bis an die Donau vorgerückt sei, 1678 daß sie in Ungarn grassiere. So kam das Pestjahr 1679, das in Wien so furchtbar hauste. In unserer Stadt waren die Zustände anfänglich nicht zu böse. Die an der Pest Gestorbenen erreichen monatlich etwa die Zahl 20, im September sind deren 26. Plötzlich zählt der Oktober 114 Pesttote, so daß, wie das Totenbuch bemerkt, einzelne Familien ausstarben. Die an der Pest Gestorbenen wurden im Lazarettfriedhof beerdigt. — So rasch aber die Zahl der Infizierten angestiegen war, so rasch nahm sie auch wieder ab, so daß die Leute, die sich im Oktober aus der Stadt flüchtlings entfernt hatten, schon im November wieder heimkehrten. 1680 wird schon von der „gewesten“ Infektion gesprochen. — Das Jahr 1683 war wohl kein Pestjahr. Allein die zahlreichen nach Neustadt Geflüchteten brachten wohl manche Krankheit mit. Dazu kommen das Zusammengedrängtsein der Bevölkerung, die Nahrungsknappheit und andere ungünstige Umstände, so daß die große Zahl der Gestorbenen, unter denen natürlich auch eine große Anzahl Fremder zu zählen, gar nicht zu verwundern ist.¹⁾ Während in den ersten sieben Monaten die Zahl der Toten normal ist, gibt es im August auf einmal 171 und im September 162 Verstorbene. Die letzten Monate vermindern sich wesentlich, der Anfang des nächsten Jahres offenbart noch ein kurzes Ansteigen der Todesfälle.²⁾

In den nächsten Jahren bleibt Neustadt von Infektionen verschont. 1690 wird die Pest in Ungarn erwähnt. Erst im Jahre 1704 lesen wir eine große Zahl von Toten: 384.³⁾ Es ist aber eine starke Einquartierung, es sind Fremde da. Die Infektion war damals in Ungarn, 1705 in Polen, 1707 in der Walachei und in Ungarn verbreitet, blieb in Ungarn auch in dem folgenden Jahre, so daß wiederholt zu großer Vorsicht, namentlich wegen der Neustädter Weingärten in Ungarn gemahnt wurde. Die Stadt selbst blieb pestfrei.

Im Zusammenhange mit den Gesundheits- und Krankheitsverhältnissen wollen wir auch einen Blick auf die Apotheken der Stadt werfen. Wir finden die zwei Apotheken in Neustadt benannt als jene Zur goldenen Krone und jene Zum schwarzen Bären, die Ungarapotheke. Erstere war momentan die Hofapotheke, und Michael Eder, zu Ende des 16. Jahrhunderts, wird Hof- und Stadtapotheker genannt. Sein Kollege war der öfterwähnte Eustachius Hammer, gestorben im Jahre 1605.

Aber wir stoßen doch auf einen kleinen Unterschied zwischen unserer und der vorhergegangenen Zeit. Früher war die Apotheke eine Handlung,

¹⁾ Das Totenbuch bemerkt: Wegen des Türkenrummels und der Belagerung Wiens sind sehr viele Leute in unsere Stadt geflüchtet. Viele sind hier gestorben, die bloß durch ihre Bekannten auf den Gottesacker getragen wurden, deren Namen ich nicht erfahren konnte . . . (propter tumultum Turcicum et obsidionem Viennensem plurimi homines ad nostram confugerunt civitatem multi hinc mortui sunt, qui solummodo per suos notos ad Gottsacker portabantur, quorum nomina inquirere non poteram).

²⁾ Es werden 1683 im Oktober 39, im November 36, im Dezember 53 Tote verzeichnet; der Jänner 1684 fordert 81, der Februar 47, der März 27 Tote.

³⁾ Im Jahre 1700 waren 153, 1701 401, 1702 190, 1703 104 Personen im Laufe des Jahres hier gestorben.

ein Kaufmannsgeschäft wie alle andern gewesen; der Apotheker mietete ein Handelsgewölbe, und die Apotheke war auch leichter dem Ortswechsel unterworfen. Jetzt war die Apotheke über die übrigen Handelsgeschäfte erhoben. Die Apotheke wurde wenn nicht die einzige, so doch die Hauptsache im Hause, der Hausbesitzer betrieb dieselbe. Solchen Gedanken wollte wohl Eustachius Hammer Ausdruck geben, als er, der Apotheker, das Haus, in dem wohl schon vordem mit Arzneien gehandelt wurde, im Jahre 1592 käuflich erwarb. Er ließ eine Eisentafel¹⁾ mit einem Tiefrelief an einem Pfeiler der Arkade vor dem Hause mit der genannten Jahreszahl anbringen. Dieselbe stellte in der oberen Hälfte in einem viergeteilten Schilde die Wappen der habsburgischen Länder unter einer Krone, in der unteren Hälfte Maria mit dem Christuskinde dar. Er hatte jedenfalls die Absicht, das alte Schild Zum Bären durch die für eine Heilmittelanstalt würdigere Firma Mariä Hilf zu ersetzen, welche die Ungarapotheke jetzt noch führt. Allein die Bevölkerung blieb durch unsere ganze Zeit beim schwarzen Bären.

Im Jahre 1602 war eine Apothekerordnung erschienen, und Kaiser Rudolf II. richtete an Wiener Neustadt die Mahnung, die Apotheken genau zu visitieren, da sich mannigfache Unordnungen in denselben eingeschlichen haben. Diese Ordnung wurde von Zeit zu Zeit erneut und gebessert: so 1617, 1644, 1666.

Eine größere Strenge und wesentliche Besserung der ganzen Verhältnisse trat in der Mitte des 17. Jahrhunderts ein. Im Jahre 1651 erschien ein Generalerlaß gegen ungeprüfte und unapprobierte Apotheker; und am 25. Mai 1656 verständigte der Dekan der medizinischen Fakultät in Wien, Johann Wilhelm Juncker, den Rat von Wiener Neustadt, daß alle Apotheker, Bader, Barbierer sich prüfen lassen müssen. Die zur Neustädter Lade gehörigen seien noch nicht erschienen. Der Rat habe das Nötige zu veranlassen. Die Antwort wies darauf hin, daß manche tief im Gebirge ihren Wohnsitz haben, daß die Reise nach Wien viele Kosten verursache: es möge die Prüfung in Neustadt gestattet werden, da hier ein Medicinæ Doctor und auch ein geprüfter Barbier sei. Dies wurde abgewiesen, und die Wiener medizinische Fakultät verlangte am 1. August 1657 abermals das Erscheinen der Prüflinge in Wien, sonst müßten sie removiert werden. Neustadt mußte sich fügen.

Von der Kronenapotheke wollen wir nun nochmals berichten, daß dieselbe aus der Wienerstraße nach dem Beginn unserer Periode in das Eckhaus Hauptplatz 14 kam, wo sie Jakob Golner betrieb und 1610 seinem Sohne Christoph übergab, der sie noch in demselben Jahre dem bereits erwähnten Michael Eder verkaufte. Dessen Witwe brachte das Anwesen an ihren dritten Mann Benedikt Mayr, der dann das gegenüberstehende Haus erwarb und auch die Apotheke dorthin verlegte. Auch in diesem, wie bereits in dem vorigen Hause war die Heilmittelstätte die Hauptsache. Und weiterhin führten die Hausbesitzer beide die Apotheken.

Nach einer folgenden Revision im Jahre 1663 äußerte sich die Kommission lobend über beide Apotheker: Benedikt Mayr, Apotheker Zur goldenen Krone, und Gottfried Dauscha, Apotheker Zum Bären. Dagegen laufen im Jahre 1666 wieder mehrfache Klagen gegen beide Apotheken ein; namentlich bei der Apotheke zur goldenen Krone werden grobe Fehler gemacht: „Exzesse“, so daß sogar eine Kommission zur Untersuchung bestimmt wurde.

Im Jahre 1681 wird der Ungarapothecker, noch immer Johann Gottfried Dauscha, Landschaftsapothecker genannt, ohne daß der Titel der Anstalt selbst

¹⁾ Dieselbe ist 120 cm hoch und 55 cm breit.

zukam. Gegen Ende unseres Zeitraumes entstand wegen der Ungarapothek ein kleiner Streit. Im Jahre 1704 kauft nämlich Leopold Eyl, Apotheker in Raab, diese Apotheke und ließ dieselbe durch einen Provisor führen. Dagegen wehrte sich die Stadt, da der Eigentümer sein Haus nicht persönlich besetzte. Und im Jahre 1706 kaufte der bisherige Provisor Heinrich Hanecker, der zuvor Apotheker in Radkersburg gewesen und nach Neustadt gekommen war, das Anwesen. Nach längerem Streite¹⁾ wurde er als Besitzer anerkannt. Es ist beinahe selbstverständlich, daß sich in jener Zeit der Unordnung und des Aberglaubens auch der Betrug der Hilfeleistung für Krankheiten bemächtigte, wie manche Erlässe und Tatsachen bestätigen. Im Jahre 1635 macht ein Erlaß darauf aufmerksam, daß sich entwichene Missetäter, Ketzerische, Juden, Wiedertäufer, als Arzneikramer und Wundärzte in Niederösterreich eingeschlichen haben, die ihre Heilmittel betrügerisch teuer verkaufen. Es sei streng dagegen vorzugehen. Im Jahre 1678 beschwerten sich die Apotheker und Ärzte selber gegen „hausierende Ärzte und Materialisten“; ebenso 1692 und 1699 gegen „Marktschreier und wälsche Kraxenträger“. Ein Erlaß von 1695, ein anderer von 1708 richtet sich gegen die Kurpfuscher, zu denen auch Bader und Barbierer gehören, und fordert den hiesigen Rat auf, derartiges nicht zu dulden. 1709 kommt von der Wiener medizinischen Fakultät die gleiche Mahnung.

¹⁾ Ein Zwischenkauf war nicht genehmigt worden, fand auch im Gewehrbusche keinen Ausdruck.

Schulwesen.

Bezüglich der ihre Tätigkeit fortsetzenden Schulen haben wir wenig zu bemerken. In der deutschen Schule haben wir zu Anfang unseres Zeitraumes den Jakob Engel als Schulmeister zu nennen, der recht ungünstig beurteilt wird und schon 1593 dem Isaak Pletzger Platz macht. Vor seiner Anstellung wurde dieser verhalten, außer einer Probeschrift etliche Exempel aus der Arithmetika vorzulegen. Sein Nachfolger ist Hans Jäger, der von 1597 über Jahrzehnte der Anstalt vorstand. Er starb 1621.

Eine rechte Unterkunft hatte die Schule noch immer nicht. Erst im Jahre 1630 beschloß der Rat, die deutsche Schule in „gemeiner Stadt Haus“ einzuquartieren; freilich dauerte es noch zwölf Jahre, bis dieser Beschluß neuerlich ernstlich gefaßt wurde und zur Durchführung gelangte; im Jahre 1637 befand sich die deutsche Schule sogar im Brauhaus.

Schulmeister war damals Peter Außendobler, der erst im Jahre 1676 das Zeitliche segnete. Unterdes hatte die Schule eine Erweiterung erfahren. Im Jahre 1631 hatte der Rat einen Beschluß wegen einer Mädchenschule gefaßt. Und im Jahre 1634 suchte Georg Dreyling, ohne auf die Ausführung des Ratsbeschlusses zu warten, um eine deutsche Schule für die Knaben und die Mädchen an, was der Rat selbstredend bewilligte. Doch ist es nicht unbedingt sicher, ob diese Erweiterung der deutschen Schule dauernden Bestand hatte. Dreyling war jedenfalls nicht lange Schulmeister dort. Der Nachfolger Außendoblers war auch von 1676 an lange im Amte. Die Aufnahme von Jahr zu Jahr ist eben in richtiger Erwägung der Umstände fallengelassen worden.

Was die lateinische Bürgerschule betrifft, so blieb sie bei ihrem Programm, ohne Fortschritte zu machen. Sie führt die Liste ihrer Rektoren fort. Aber gleich zu Anfang unserer Periode gibt es Schwierigkeiten. Zwischen dem Rektor Wolfgang Puechamer und dem 1592 neu aufgenommenen Schulmeister Thomas Seritius sowie dem Chormeister brach ein Streit aus, daß Puechamer noch eine Privatschule hatte. Dieser rechtfertigte sich, daß er keine Schule neben der lateinischen Bürgerschule habe, sondern nur einige Einzelne unterrichte. Doch verzichtete er auf seine Stelle und bat um die Stelle des Stadtschreibers. Seritius wurde Rektor, kam jedoch sofort wegen der Besoldungsfrage mit der Stadt in Zwist, der sich trotz der Intervention des Bischofs nicht löste, so daß auch er im Jahre 1595 sein Amt zurücklegte. Puechamer übernahm neuerdings das Rektorat. Eigentümlicherweise schreibt ihm Melchior Klesel, er solle das Benefizium, das er zu genießen habe — es ist die Veststiftung —, nicht als Zahlung für seinen Gehalt annehmen, da dies nicht sein Vorteil wäre. Rat und Bischof sind etwas gespannt gegeneinander. Puechamer starb 1598. Sein Amt erhielt Georg Speer, der sich jetzt umgekehrt an den Bischof wendete, daß er ihm den vollen Jahresbezug von 100 Gulden beim Rate erwirke. Es gelang nicht, und Speer trat aus dem Amte, 1600, ebenso wie sein Nachfolger Daniel Therian Rosenberger, 1601; doch streckt ihm die Stadt 50 Gulden vor, da er nach Italien zur Promotion zum Doktorat der Medizin reisen will. Diesem folgte der Benefiziat Hans Schmuckher, 1602; aber auch er stand nur kurze Zeit der Bürgerschule vor; schon 1604 treffen wir Nikolaus Fehringer als Rektor, der jetzt durch ein Jahrzehnt dieses Amt versah.

Die mißlichen Verhältnisse der Schule zu Beginn unseres Zeitraumes waren jedesfalls die Veranlassung, daß der Rat das Einkommen des Rektors untersuchen, feststellen und neuerdings aufzeichnen ließ. Diese Zusammenstellung läßt uns auch einen Einblick in manche Verhältnisse der Schule tun und offenbart uns die Haltung der Stadt gegenüber der Schule, die sich in mancher Beziehung fortschrittlich, in anderen Punkten wieder recht altväterisch ausnimmt, so daß es sich lohnt, derselben hier Raum zu gönnen.

Es heißt:

„Erstlich hat er ein Benefizium des Vesten Stift genannt“, davon jährlich Bargeld 34 Gulden,
 von zwei Wiesen bei Steinabrückl kann man jährlich 15 oder 18 Gulden Zins haben 15 Gulden,
 eine Wiese bei Katzelsdorf, von Christoph Teufel eingetauscht, 15 Gulden,
 von seinem Haus, gelegen im Frauenviertel an der Ringmauer, zwischen zwei Benefiziatenhäusern, wenn er es nicht bewohnen will, da er in der Schule eine feine eigene Wohnung hat, Zins 8 Gulden,
 von der Stadt bar 8 Gulden,
 ein Weingarten „so einer Lust darzue hat, der wird ihm auch gelassen“, ein Acker bei der Hadermühle, etliche Joch, den kann er gebrauchen, oder um einen Zins „verlassen“,
 vom Bistum hat er statt des Tisches bar 32 Gulden,
 von der Bruderschaft Corporis Christi bar 5 β 16 ^{ss},
 für das Salve an den „Pfingstträgen“ 3 β 14 ^{ss},
 für das h. Kreuzamt 2 Gulden 4 β 24 ^{ss},
 für das Tenebrae 1 β — ^{ss},
 für das Salve an Samstagen 5 β 10 ^{ss},
 von den „fünf Stationen des Vesten Stift“ 2 β 20 ^{ss},
 von der „fuerstlichen peraction“ 2 β — ^{ss},
 „und darf selbst persönlich, wo er nit will, bei disem allen nit sein; das Tenebraegeld, so die Knaben wöchentlich ersingen und zuvor ein Schuelmeister eingenomben hat, ist den Astanten zugesprochen worden; bei dem soll es noch bleiben“.

Von dem Conduct hat er, er gehe mit oder nit 24 ^{ss},
 von jedem Votivo 12 ^{ss}.

Es ist auch die Recordation zu Weihnachten des Schulmeisters. Von den Knaben, deren 70 oder 80 sein, hat er von den kleinen außer seiner Lection 1 β, von einem in seiner Klasse 2 β.

Die Schulmeister vorhin haben viel Kostknaben gehalten, der auch wohl genossen.

Von diesem seinem Einkommen muß der Schulmeister dem Kantor zu Hilfe einen Succentor halten, der eine Stimme im Chor versehen kann; wenn derselbe nicht zu singen hat, muß er in der Schule aushelfen. Dem Cantor selbst, „so er in der schuel die Musica list“ 4 Gulden.

Auch einen Locaten muß er halten.

Der Succentor muß auch sonst ohne weitere Bezahlung sich zu allem gebrauchen lassen, was er leisten kann. Wenn der Kaiser in die Stadt kommt oder durchreist, kann ihn der Schulmeister ansingen; was dafür geschenkt wird, gehört ihm.

Von einem Septimo (dem 7. Todestag) hat er 12 ^{ss},
 von einem Tricesimo (30. Todestag) 12 ^{ss}.

Im Jahre 1614 erhielt der bisherige Lokat Georg Holzner (auch Holzer) das Rektorat der Bürgerschule und bekleidete dasselbe bis 1618. Im nächsten Jahre übernahm es Martin Hueber und nach dessen Rücktritt im Jahre

1623 Georg Ernst Bartholomäi, den der Bischof „dafür hat fürstellen lassen“. Bei der Übernahme der Anstalt durch den neuen Rektor wurde auch wieder das Inventar aufgenommen. Im Jahre 1618 war man an den Bau der Bürgerschule, in dem ehemaligen Lilienfelderhof¹⁾, gegangen. Die Räumlichkeiten, die entsprechend eingerichtet sind, werden in folgender Weise aufgezählt: die Magisterstube, eine Stubenkammer, ein kleines Fürhaus, ein großes Fürhaus; ein Stühl der Sänger, ein verschlagenes Stühl, ein Succentor- und ein Lokatenstühl; dann die Schulstube mit einer langen Tafel, 8 Bänken und 2 Stühlen. In Bartholomäis Zeit kam auch bereits der unleugbare Rückgang der lateinischen Bürgerschule zur Besprechung; und der Rektor berichtete dem Rate, daß viele Unordnungen durch die beschäftigten Personen selbst verschuldet seien: er werde trachten, die Ehre der Anstalt wieder zu heben. Die Stadt weist auf sein Ansuchen im Jahre 1630 ihm und jedem folgenden Rektor noch 6 Joch Äcker zur Benutzung zu. Auch bestimmte er ein Kapital von 2000 Gulden, um dem Rektor jährlich 100 Gulden zahlen zu können. Im Jahre 1633 wird Bartholomäi vom Tode ereilt. An seiner Statt wird Martin Pfundelius als Rektor angestellt. Er war vom Wiener Rate empfohlen worden, starb aber schon im Jahre 1638. Und jetzt kam Georg Dreyling wieder, der von 1634 an einige Zeit an der hiesigen deutschen Schule gewirkt hatte, wie wir wissen. Er war dann notarius juratus, geschwornen Notar in Kindberg geworden. Dreyling blieb in seiner Stellung bis 1650. Der Rat hatte ihm, da er für die Rektoratswiese jetzt 40 Gulden (statt 20) bekam, an seinem anderweitigen Einkommen 20 Gulden gestrichen und eine Eingabe dagegen abgewiesen, 1645. Noch andere Umstände bewogen ihn, auf das Rektorat zu resignieren. An seine Stelle wird Johann Piscator aufgenommen, wenn er seine Zeugnisse vorlege und vom Bischof für tauglich und qualifiziert befunden werde. Bei dieser Besetzung kam die Eifersucht wegen des Vorganges in der Angelegenheit zwischen dem Bischof und dem Rate zum offenen Bruch und Streit. Der Bischof hatte auf eigene Faust einen anderen Rektor aufgenommen, der aber vom Rate abgewiesen wurde. Doch verglichen sich die Streitenden am 28. September 1650 zu nachstehenden Punkten: 1. Der Rektor der lateinischen Bürgerschule wird vom Rate und vom Bischofe gemeinsam aufgenommen, indem der Bischof zuerst die Eignung des Bewerbers prüft; beide Parteien installieren denselben. Auch die Verlassenschaftsabhandlung über das Vermögen des Dahingeshiedenen steht beiden Teilen zu. 2. Der Bischof verschafft dem Ernannten das Notariat des Konsistoriums und überläßt ihm die Aufschreibung des Weinzehents. 3. Der Vergleich ist provisorisch bis zu einer endgültigen Regelung der Sache. Piscator muß der Form wegen nochmals um die Stelle eintreten, wird zur Prüfung an den Bischof gewiesen und von diesem als geeignet erkannt. Die Anstellung des Cantors überläßt die Stadt im Jahre 1664 provisorisch und ohne Präjudiz dem Bischof. Eine neue Inventuraufnahme bei dieser Gelegenheit erwähnt auch eine Sängerstube und zwei Sängerkämmerlein. Überdies wird außer der Schule ein eigenes Kantorhaus mit Stube und Fürhaus mit Einrichtung genannt. Schon im Jahre 1652 wurden Klagen gegen den neuen Rektor wegen seiner Nachlässigkeit erhoben; doch rechtfertigt er sich, es sei trotz der Menge der Schüler vieles besser geworden; nur habe er sich mit der Geistlichkeit verfeindet, die ihm vom Anfang an nicht günstig gesinnt gewesen sei. Aber schon 1654 wird wieder die Klage erhoben, daß die Jugend nicht gut unterrichtet werde. Im folgenden Jahre geriet Piscator mit dem Kantor Johann Dominik de Thono in Streit, der, wie vorgebracht wird, sogar bei öffentlichen Prozessionen zum ärger-

1) Pfarrplatz 3.

lichen Ausdruck komme. Die Superintendenten werden darauf aufmerksam gemacht. Solche Streitigkeiten wiederholen sich. Im Jahre 1664 wünschte der Bischof vom Rate, daß dem Rektorat der Bürgerschule die „Rektoratswiese“ überhaupt zur Verfügung gestellt werde. Umgekehrt sucht Piscator im Jahre 1673 noch zu erreichen, daß das Notariat des Konsistoriums und die Buchführung über den Weinzehent des Bischofs ständig dem Rektor der lateinischen Bürgerschule überlassen werde, da dessen Bezüge ihren Mann überhaupt nicht nähren. Beide Versuche erreichten ihr Ziel nicht sogleich. Piscator starb im Jahre 1675. Von dem folgenden Rektor Paumeister ist wenig bekannt geworden. Er schied im Jahre 1684 aus dem Leben. Johann Adam Holzmann, der nächste Lateinschulrektor, hat abermals wegen seiner Entlohnung mit dem Stadtrate zu tun. Von diesem nach seinem Benefizium gefragt, zählt er seine ganzen Einnahmen auf. Von einem Benefizium wisse er nichts. Er bekomme

vom Kammeramte jedes Vierteljahr	25 bis 100 Gulden,
von einer Wiese jährlich zu Georgi	20 „ ,
von einem Kapital von 40 Gulden jährlich	2 „ ,
vom Chormeistergefall	7 „ ,
vom Pretschneiderquatember (1:30) bis	6 „ ,
von einem Acker 1 Metzen Weizen. Er habe freie Wohnung und für den Unterricht der Kinder im Spital drei Fuhren Holz. Das Quatembergeld von den Kindern mache im Sommer	15 bis 18 „ ,
im Winter	10 bis 12 „ ,
Zusammen . 160 bis 175 Gulden.	

Dagegen habe er für drei Präceptores, Schulmeister, Succentor und Locat je 20 Gulden zu zahlen	60 Gulden,
und deren Kost sei zu rechnen auf	80 „ ,
Zusammen . 140 Gulden.	

Der Kantor ist eine zwischen Kirche und Schule stehende Persönlichkeit, und wir kommen auf ihn noch zurück. Hier sei erwähnt, daß ihm die Stadt im Jahre 1606 einen Weinberg zu Wöllersdorf zadachte: er solle denselben baulich halten. Auch eine Neujahrsverehrung wird ihm gespendet.

Von der Erbauung einer neuen Bürgerschule ist ein paarmal die Rede (1618, 1639), aber wir hören nichts von einer Ausführung.

Die Kloostergenossenschaften hatten ihre Schuleinrichtungen wie bisher. Doch finden wir nur ein paarmal (1595 und 1601) den Paul Täbler als Schulmeister im Georgsorden angeführt.

Wenn wir noch einmal zurückblicken, so finden wir, daß wir von dem Wesen der lateinischen Bürgerschule in unserer Periode eigentlich nichts erfahren haben. Es sind uns besonders Verwaltungsfragen aufgestoßen. Zu diesen gehören auch die Akten über ein paar Stiftungen: die Kischinger-Stiftung, der wir schon oben gedacht haben, für 10 Studenten, mit dem Kapital von 4000 Gulden, die in den Jahren 1673 bis 1675 eingerichtet wurde; und die Stiftung des Priesters Simon Pretschneider mit 3000 Gulden vom Jahre 1607, von deren Interessen alle Vierteljahre der Schulmeister (Rektor) der lateinischen Bürgerschule für das Beiwohnen beim Gottesdienste 1 Gulden 1 Schilling, der Kantor 1 Gulden, die Singer auf der Schule 1 Gulden zu empfangen hatten.

Die Schule war ohne inneren Antrieb zum Fortschritte, denn einer ihrer Hauptzwecke lag außerhalb des Bereiches der Wissenschaft: sie sollte vornehmlich für die Verherrlichung des Gottesdienstes tätig sein. Die Vorsteher

der Anstalt gehören auch ganz verschiedenen Wissenschaftskreisen an. Wir treffen als Rektoren Geistliche (wie Hans Schmucker), was dem Zwecke nach am nächsten steht; Jünger der Rechtsgelehrsamkeit (wie Wolfgang Puechamer), Männer der Arzneikunde (wie Thierian Rosenberg), aber gewiß keine Größen dieser Wissenschaften. Überdies hatte sie einen gefährlichen, von tatkräftiger Hand geleiteten Rivalen bekommen: die Jesuitenschule, auf die wir in anderem Zusammenhange zurückkommen.

Trotz aller Mängel an den Schulen müssen wir doch die Erkenntnis schöpfen, daß das Bedürfnis nach Unterricht und Bildung zugenommen hatte und sehr rege war. Einen Beweis dafür bilden die Ansuchen um Bewilligung einer Schule und die fortwährend entstehenden Winkelschulen. 1590 hatte sogar der Marktrichter um die Gestattung einer Schule gebeten, 1595 wird — wohl irrig — von einer zweiten lateinischen Schule gesprochen, im Jahre 1605 wird ein Schulmeister auf der Heide — wohl nur vorübergehend — genannt. In demselben Jahre bringt der deutsche Schulmeister Hans Jäger eine Klage wegen „etlicher Weiber- und Winkelschulen“ und gegen den lateinischen Schulmeister ein, der auch im deutschen Lesen und Schreiben unterrichtete. Zehn Jahre später kommen der deutsche Schulmeister und der Rektor der lateinischen Schule gemeinsam um die Abstellung aller Winkelschulen ein. Der Rat antwortet, daß die Knabenwinkelschulen schon abgestellt seien; das Unterweisen der Mägdlein könne jedoch nicht verboten werden, weil eben noch keine Mädchenschule bestand. Der Rat fügt hinzu, daß weiterhin niemand ohne die Bewilligung des Rates zum Schulhalten zugelassen wird. 1633 unterrichtet ein Körbelmacher im deutschen Schreiben und Rechnen, was der Rat auf eine Beschwerde einstellt. 1653 bittet eine Frau Anna Marie, die Frau des Zacharias Wölk, die Mädchen unterrichten zu dürfen: wird an die Superintendenten zur Bewilligung gewiesen. Hier spielt die Rücksicht auf die finanzielle Bedrängnis der Familie mit. In demselben Jahre bitten die beiden lateinischen Schulmeister abermals um Abstellung der Winkelschulen.

Die Befehle des Rates wirken, wenn sie überhaupt Gehör finden, nicht sehr lange nach: es soll ernstlich fügenommen werden, heißt es in der Erledigung. Im Jahre 1662 spielt sich genau dasselbe und im Jahre 1671 ähnliches ab. Auch das neue Jahrhundert kennt noch (1701) eine ähnliche Eingabe und einen gleichen Bescheid.

Über die dramatischen Darstellungen der Schüler sind wir sehr spärlich unterrichtet; es ist also wohl nur das Gewöhnliche geboten worden. Im Jahre 1710 wird gemeldet, daß der Lehrer der deutschen Schule Spreizenbart mit den Schülern auf einem Umzuge von den Bindergesellen überfallen wurde, weil sie Reifen von Fässern trugen, die sie zu einem Bindertanz nach einer Komödie benützen wollten. Weiter hören wir nichts mehr von der Sache.

Am Schlusse des Bildungswesens wollen wir noch der Bemerkung Raum gönnen, daß im Jahre 1624 in der Stadt bereits eine Art Zeitung war; es wurden dem Postmeister 4 Taler Neujahrsverehrung bewilligt, damit er dem Bürgermeister hierfür „die neuen Zeitungen“ wöchentlich communi-^{cire.}¹⁾ Selbstverständlich wahrte sich die Regierung die oberste Aufsicht über alle geistigen Erzeugnisse. Am 29. Mai 1709 richtete Kaiser Josef I. eine Mahnung an Neustadt, daß das Buch „Quinquertium camerale“ zu verkaufen verboten sei.

1) RP.

Religion, Kirche, Geistlichkeit.

Wir wollen hier mit den Nachrichten über die „Gegenreformation“ als dem wichtigsten Gegenstand auf dem Religionsgebiete beginnen. Dieselbe setzt unter Melchior Klesel ernsthaft ein. Melchior war im Jahre 1588 zunächst zum Administrator des Neustädter Bistums bestimmt worden, und er fand in seiner Diözese, aber auch in der Umgebung derselben einen starken Anhang der neuen Lehre, trotz der Zugeständnisse, welche die päpstliche Kurie unserer Stadt mit der Erlaubnis der Kommunion unter beiden Gestalten gemacht hatte. Das Bemühen Klesels wurde durch das Eingreifen, durch wiederholte Erlässe der Erzherzoge unterstützt.¹⁾ Schon am 20. Oktober 1588 befahl ein Erlaß des Erzherzogs Ernst an Wiener Neustadt, daß jedermann auf eine etwaige Aufforderung des Bischofs als des obersten Seelenhirten sich demselben stellen müsse. Auf Begehren des Bischofs mußten sich am 28. Oktober alle Bürger und Inwohner der Stadt auf dem Rathause versammeln, wo ihnen dieser Erlaß mitgeteilt und befohlen wurde, allen Anordnungen des Bischofs auf das pünktlichste nachzukommen. Am 3. November erklären der Bürgermeister, der Stadtrichter, die Mehrheit der Mitglieder des inneren Rates und der Stadtschreiber, daß sie der katholischen Religion angehören, das Sakrament des Altars unter der Messe empfangen, auch alle anderen Sakramente, den katholischen Gottesdienst besuchen und keine religiösen Handlungen außerhalb der Stadt verrichten wollen. Es sind aber vier Ratsfreunde abwesend, diese sollen aufgefordert werden, dieselbe Erklärung abzugeben.²⁾ Diese Erklärung ist nicht erfolgt. Überdies hat noch eine größere Anzahl Bürger und Inwohner — 19 werden genannt — die Abgabe eines solchen Bekenntnisses unbedingt verweigert, darunter auch mehrere Mitglieder des äußeren Rates, mehrere Handwerksleute, denen nun bedeutet wird, daß sie ihrer Gewerbe verlustig gehen! Schon am 26. November wird wieder von Haus zu Haus verkündet, daß bei Ungnade und Strafe Seiner fürstlichen Durchlaucht sich jeder am 1. Dezember um 7 Uhr früh bei den landesfürstlichen Kommissären auf dem Rathause einzufinden habe. An diesem Tage, nachdem Georg Preidl förmlich mit Gewalt geholt worden war, wird allen die mit Mund und Hand sich zur katholischen Religion zu bekennen zugesagt haben, die Vorschrift gegeben, am heiligen Weihnachtstag das Altarssakrament zu empfangen; am Weihnachtsabend oder am Morgen des Feiertages haben sie die heilige Beichte zu verrichten. Jede Ausflucht, jeder Aufschub sei strafbar und werde jedem Ungehorsamen ein englischer Dukaten Strafe auferlegt. Man ging indes noch weiter, namentlich in den Beschlüssen.

Am 10. Mai 1589 wurden neun Bürger, die wegen der Religion kurz vorher in Haft genommen worden waren, wieder freigelassen; dagegen wurde am 12. September 1589 der Marktrichter von seinem Amte enthoben, weil er nicht zum Katholizismus zurückkehren wollte, und aufgefordert, das Stadtgebiet zu verlassen. Anderen widerspenstigen Bürgern wurde das Niederlegen ihrer Gewerbe wirklich aufgetragen. Binnen sechs Wochen und drei Tagen sollten sie ihren Realbesitz an katholische Bürger verkaufen und

¹⁾ Über diese Vorgänge siehe RP. 1588, 101, 108.

²⁾ Georg Preidl, Benedikt Habreiner, Leopold Potenstetter, Sebastian Sembler.

die Stadt und das Land verlassen. Die ungehorsamen Inwohner sollten die Stadt und den Burgfried binnen acht Tagen, das Land gleichfalls in der Frist von sechs Wochen und drei Tagen verlassen.

Das Verhalten der Bedrohten war verschieden. Die große Mehrzahl ließ sich durch die Drohungen nicht schrecken. Wenige ließen sich bereden und stellten über ihren neuen Eintritt in die katholische Religion einen Revers aus. Ein Bürger, dessen Kind in seiner Abwesenheit in Katzelsdorf, einem Hauptsitz der neuen Lehre, getauft worden war, verpflichtet sich schon für den nächsten Sonntag zur heiligen Beicht und Kommunion in der hiesigen Pfarrkirche! Die Ausführung der gefaßten Beschlüsse war aber bei weitem nicht so hart und genau, wie die Folge zeigt. Am 12. April 1590 wird den Bürgern und Inwohnern unserer Stadt wieder ein Erlaß des Erzherzogs Ernst vorgelesen, daß sich zu den eingehenden Ostern jeder zur heiligen Beicht und Kommunion einstellen soll. Am Palmsonntag (15. April) hielt Klesel selbst eine Predigt über den Empfang des heiligen Altarssakramentes unter einer Gestalt. Am 10. Mai wird zwei Bürgern vom Rate mitgeteilt, daß sie sich auf Grund eines Erlasses vom 26. April binnen drei Monaten aus den kaiserlichen Erblanden wegbegeben müssen. Am 25. Jänner 1591 wird abermals ein Bürger daran erinnert, daß er laut erzhertzoglichen Befehls wegen seiner Halsstarrigkeit in der Religion die Stadt und weiter die kaiserlichen Erblände schon längst hätte verlassen müssen; das soll jetzt ohne Aufschub geschehen. Bei längerer Weigerung würde er aufgegriffen und in bürgerliche Haft genommen werden. Ähnliche Zuschriften wegen sofortigen Verlassens der Stadt erhalten acht andere Bürger vom Rate: Georg Praunseisen, Jakob Paumgartner, Christoph Puschmann, Augustin Eysler, Jobst Paperger, Hans Neuperk, Hans Kayser und Hans Kalchgruber. Es sind sehr gute Namen darunter. Aber die Männer sind in der Stadt oder in der nächsten Umgebung und werden trotz allem auch in den nächsten Jahren als in ihren gewöhnlichen Geschäften tätig erwähnt. Am 20. Februar 1592 gibt Erzherzog Matthias dem Hans Kalchgruber wieder eine zweimonatige Frist, seine Sachen vor seinem Abzug in Ordnung zu bringen. Über Georg Praunseisen wird am 1. Oktober 1592 beschlossen, da er erklärt hat, bis zu seinem Tode beim lutherischen Glauben zu bleiben, das Geschäft zu sperren; er habe die Stadt zu verlassen, und die Frau solle ihm folgen! Auch damit ging man nicht so barsch vor. Im Jahre 1593 bedeutete der Rat den Torwärtern, sie sollen die in die Stadt herein kommenden „Ausgeschafften“ in Güte anreden und sie darauf aufmerksam machen, daß sie eigentlich ausgesperrt seien! Der Wahlspruch Melchior Klesels war ja: Fortiter et suaviter: mit Kraft und Milde; und auf einen ihm Ende 1588 gemachten Vorhalt, nicht zu streng vorzugehen, konnte er leicht rechtfertigend antworten. Und die Dränger dürften in den einzelnen Mitgliedern des Herrscherhauses zu suchen sein. Wir wissen, wie energisch Erzherzog Ferdinand von Steiermark gegen die Ketzer auftrat, wofür ihn Papst Klemens VIII. schon im Jahre 1600 (am 9. Dezember) beglückwünschte. Allmählich kam jedoch immer mehr der nach Rudolf II. nächstälteste, der Erzherzog Matthias in den Vordergrund, der ruhiger und milder war; und der Rat der Stadt hielt sich auch auf der Seite der Milde!

Eine starke Stütze für den neuen Glauben in der Stadt war es, daß der gefangene sächsische Herzog einen evangelischen Priester haben und seine Religion frei ausüben durfte. Das sollte freilich nur auf die Burg beschränkt bleiben; allein der Herzog selbst kam mit den Bürgern in Berührung, und der eifrige Pastor wohnte außerhalb der Burg in der Stadt¹⁾ und bemühte sich, daß die Anhänger seines Glaubensbekenntnisses ihm nicht entfremdet,

¹⁾ S. o.

im Gegenteil neue für dasselbe gewonnen wurden. Die als Bekenner des neuen Glaubens verstorbenen Personen ließ er trotz Verbotes in evangelischer Weise mit deutschen Liedern auf den Friedhof geleiten und hielt dort die Leichenrede in seinem Sinne und Geiste.¹⁾ Die Burgkapelle, die für den katholischen Gottesdienst zeitweilig gesperrt war, wurde von dem Gesinde des Herzogs, das wohl auch durchweg evangelisch war, zu weltlichen häuslichen Zwecken in Anspruch genommen, und das rief bei einem Besuche derselben am Ostermontag 1589 durch den Bischof und die Geistlichkeit zugleich mit dem Bischof von Wien großes Ärgernis hervor! Und es kann dieser Umstand die Veranlassung sein, daß der Gefangene aus der Burg ausquartiert und bis zum Ende seines Aufenthaltes in der Stadt (1595) in das gegenüberliegende kaiserliche Zeughaus versetzt wurde. Dort wurde nun auch seinem Seelsorger die Wohnung angewiesen.

Im Jahre 1593 schreibt Melchior Klesel an den Rat, daß der Papst das Zugeständnis der Kommunion unter beiden Gestalten, „das der ganzen Christenheit gegolten habe“, wieder zurückgezogen habe, weil es zur „sektiererischen“ Kommunion führte. Im April 1594 kommt ein Befehl des Erzherzogs Matthias an den Bürgermeister und die Bürgerschaft: da viele Bürger und auch Ratsmitglieder sich vom Gottesdienste und von der Beichte fernhalten oder in den Gottesdienst gehen, aber nicht in ihren Stühlen sind, — der Rat und die Beamten hatten ja ihre vorgeschriebenen Sitze — es sei die alte katholische Ordnung einzuhalten. Und da läßt der Rat 1596 durch die Viertelmeister von Haus zu Haus einsagen, daß jedermann zur Beicht und Kommunion gehen müsse; und er droht Geld- und Leibesstrafen an. Im Jänner 1607 ist schon ein neuer erzherzoglicher Befehl da: Viele haben wohl einmal Beichte und Kommunion verrichtet, es aber dann wieder gehen lassen. Und wieder schickt der Rat im März die Viertelmeister herum, die Bevölkerung aufmerksam zu machen. In demselben Jahre im September wiederholen die Viertelmeister wegen „Krieg und Pestilenz“ die Mahnung zur Frömmigkeit.

Wie wenig all das fruchtete, ergibt sich daraus, daß Melchior Klesel dem Rate im Jahre 1598 eine ganze Liste derjenigen übersandte, welche die Sakramente der Buße und des Altars nicht empfangen hatten. Der Rat spricht für jeden eine Strafe von 32 Dukaten aus und mahnt und droht mehreremal mit Strafen (am 6. und 12. März, am 16. April). Man kümmerte sich um jeden einzelnen Fall und um Kleinigkeiten. Am 31. Jänner 1592 wird ein Bürger ins Rathaus gesperrt, weil er einen verstorbenen Landsknecht mit deutschen Gesängen zum Friedhof begleitet hatte; am 13. April 1593 zeigt der Offizial dem Rate an, daß ein Goldschmied und ein Hutstepper nicht in der Pfarrkirche beichten und kommunizieren; und am 5. August warnt er, die Tochter des verstorbenen Doktors Johann Catius einem Lutherischen zur Frau zu geben.

Eine Frau hatte mit ihrer Tochter sich die Lutherische Kommunion in Schwarzau geben lassen: sie wird angezeigt und soll bestraft werden (1593). Der Chormeister teilt am 2. Mai 1602 mit, daß mehrere Personen ein Kind zur „sektischen“ Taufe getragen haben; sie seien vorzuladen und zu strafen.

Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß die Haltung der katholischen Geistlichkeit, die sehr viel zu wünschen übrig ließ, auch auf viele Leute einen Einfluß übte und bei manchen eine günstige Stimmung für den Protestantismus erzeugte. Wenn die im Zölibate lebenden Priester

¹⁾ Einmal habe der bischöfliche Offizial die Leichenrede, in der Nähe stehend, aufgeschrieben und sei mit dem Gegner deswegen in einen heftigen Streit geraten (Boheim I, 212, s. a. Dr. Ph. Wiechmann, Geschichte der Reformation und Gegenreformation im Lande u. d. Enns IV, 319.)

Kinder hatten und dieselben legitimieren ließen, wenn der Dechant von Neunkirchen Blasius Schildberger, der Hofkaplan des Erzherzogs Karl von Steiermark, für seine fünf Kinder mit der Haushälterin, seine legitimierten Leibeserben, ein Haus in Wiener Neustadt kaufte (1589), so konnte das gewiß keinen guten Eindruck machen. Und daß das Verhalten der Kooperatoren in unserer Stadt kein mustergültiges war, ist uns von früher bekannt. Auch in den Klöstern war nicht alles, wie es sein sollte. — Insbesondere hielt die Bevölkerung an der Kommunion unter beiden Gestalten fest. In der Sitzung vom 2. April 1602 macht der Rat selbst der Bürgerschaft den Vorwurf, daß sie nicht Kinder oder Schäflein der katholischen Kirche, sondern „halsstarrige und widersinnige Böcke“ seien. Am 26. Februar 1603 schrieb Melchior Klesel an den Stadtrat: er habe gehofft, daß die Bürgerschaft allmählich wieder zum Empfang des heiligen Altarsakramentes unter einer Gestalt zurückkehren werde: er habe sich getäuscht. Er legt nun eine ganze Abhandlung über die heilige Kommunion unter beiden Gestalten bei, die auch auf der Kanzel veröffentlicht wurde, und erklärt diese Kommunion für aufgehoben! Eine neue Zuschrift Klesels vom 13. April 1604 verlangt nun, daß die Bürgerschaft sich hierüber erkläre! Der Rat lud die Bürger stand- und gruppenweise vor, erlangte jedoch nicht von allen eine zustimmende Erklärung. Die Mahnungen wegen des Beichtens und Kommunizierens laufen fort (1604, 1610, 1613); den Schustern und Weißgerbern sollen 1613 ihre Hantierungen gesperrt werden, bis sie sich zur Beichte bei der Pfarrkirche eingestellt haben. Der Rat wurde jedoch auch hiedurch zu keinem härteren Eingreifen vermocht, wenn er auch selbst gut katholisch gesinnt war. Er unterstützte sogar ein Ansuchen um Erhöhung der Mautgebühren zu Anfang des Jahrhunderts mit religiösen Gedanken: es solle das Gedeihen dieser wichtigen katholischen Stadt in jeder Weise gefördert werden; und am 10. September 1609 beschließt der Rat über Antrag des Bürgermeisters, Vorbereitungen zu treffen, um ein Privilegium für die Stadt zu erwirken, daß niemand in dieselbe bürgerlich eingelassen werde, der nicht katholisch sei. Es soll deshalb die Gemeinde einberufen und eine Vereinbarung mit dem Bischof getroffen werden. Der Wunsch wurde am 20. Februar 1615 von Kaiser Matthias erfüllt. Das Privilegium sagt: es seien wohl manche Bewohner der Stadt zur Ketzerei verführt, aber durch die Tätigkeit Melchior Klesels seit 27 Jahren wieder bekehrt worden. Von nun an soll nur derjenige in die Stadt aufgenommen werden, der durch die geistliche Obrigkeit als recht katholisch erklärt worden ist. Dem Rate wird die Befugnis erteilt, falls in Freihäusern Unkatholische weilen, einzugreifen und dieselben zu verhaften, ebenso die verbotenen Exerzitien einzustellen. Liegende Güter sollen nicht an fremde Grundherren, die Landleute, verpachtet oder verkauft werden, damit nicht der Stadt oder der Religion ein Nachteil erwachse. Die in demselben Privilegium an Neustadt wieder verliehene Pfennigmaut solle außer für die Stadtbefestigung und die Zahlung der Stadtoffiziere besonders für die Besserung der Kirchengebäude verwendet werden.

Mit dieser Urkunde war die Gegenreformation beendet; aber eine vollständige Rekatholisierung der Stadt war nicht erreicht, wenn auch bei jeder nur irgendwie Namen habenden Verleihung der Rat die Hauptbedingung an den Bewerber stellte, daß er katholisch sein müsse, und wenn auch alle Zünfte es in ihren Satzungen ausgesprochen hatten, daß die Mitglieder und die aufzunehmenden Lehrlinge dem Katholizismus angehören müssen.

Mit der Ausbreitung des Protestantismus war eine merkliche Minderung der Klosterpersonen verbunden. Das griff wohl nicht so wesentlich störend in das Leben ein wie das Abnehmen der Seelsorgegeistlichkeit. Schon im Jahre 1593 weist eine Zuschrift Klesels an den Rat auf diesen Mangel hin,

der selbst die Besetzung der einzelnen Benefizien unmöglich mache. Allerdings stellten die Kapläne jetzt auch höhere finanzielle Anforderungen, und im Jahre 1606 wandte sich der Bischof abermals an den Stadtrat mit dem Ansuchen, weiteres zur Erhaltung der Geistlichkeit beizutragen. Darauf beschloß der Rat am 16. Februar, zu diesem Zwecke jährlich 150 Gulden für eine gewisse Reihe von Jahren zu geben, nämlich 100 Gulden an Klesel selbst, solange er dem Bistum vorstehe, 40 Gulden an den jetzigen Offizial und Prediger Georg Cammerer, solange er sein Amt innehatte, und 10 Gulden dem alten Bürger und Kirchenkustos Stefan Hainfelder auf Lebenszeit. Für die nachfolgenden Amtspersonen gelte die Bewilligung nicht. Doch wurde schon am 11. Dezember 1607 nach dem Tode Kammerers beschlossen, dem neuen Offizial Johann Hofmann wegen des schlechten Einkommens des Offizials die jährlichen 40 Gulden ebenfalls auszuzahlen.

Noch mißlicher als in der Stadt gestalten sich die Verhältnisse der katholischen Seelsorge auf dem Lande ringsum, da die Grundherren sich weniger darum kümmerten oder selbst der evangelischen Lehre zugetan waren, dieselbe schützten. Die Mehrzahl der Pfarreien um Wiener Neustadt war verwaist oder von unkatholischen Geistlichen besetzt. Wir haben schon Gelegenheit gehabt, in einzelnen Ortschaften das Bestehen des Protestantismus zu erwähnen: ein Zentrum der neuen Lehre war in Katzdorf, wohin auch einzelne Neustädter ihre Toten beerdigen ließen, wie zum Beispiel der Hofmeister Blank des gefangenen Sachsenherzogs. Dort hatte die neue Lehre auch das Kloster hinter dem Dorfe an sich gezogen. Im Jahre 1602 schrieb der Rat unserer Stadt an Christoph Teufel, wegen Schwarzbach, er soll seinem Prädikanten auftragen, daß er keinem aus der Stadt seine „vermeinten Sakramenta administrierte“. In Winzendorf hatte Christoph Teufel selbst einen „sektischen Prädikanten“ bestellt.¹⁾

Der Pfarrer von St. Lorenzen war selbst zum Protestantismus übergetreten.

Im Jahre 1616 erhielt Melchior Klesel den Kardinalshut. Damit war sein guter Stern im Höhepunkte angelangt; es folgen bald recht trübe Jahre für unseren Bischof. Klesel wurde nämlich auch für die weltlichen, politischen Geschäfte des Kaisers herangezogen: er sollte Diplomat sein und wurde Vorsteher des geheimen Rates in Wien. Auch auf diesem Gebiete war er begreiflich mehr für Milde und Nachgeben als für hartnäckiges Durchsetzen. Und das wollte er auch betätigen, als der böhmische Aufstand im Jahre 1618 ausbrach. Da fiel er in Ungnade, nicht bei dem alternden Kaiser Matthias, der auf seiner Seite stand, wohl aber bei dem heißblütigen Thronfolger, dem Erzherzog Ferdinand von Steiermark, dem auch das Vorgehen Klesels bei der religiösen Reformation zu milde gewesen war. Auf Geheiß Ferdinands wurde der Kardinal Klesel, Bischof von Wien und Wiener Neustadt, am 27. Juli 1618 in Wien in Haft genommen und sofort von dem Feld seiner religiösen Wirksamkeit weit weggeführt; er wurde zunächst nach Innsbruck in das Schloß, sodann in das Kloster Georgenberg gebracht. An eine strenge Haft darf man allerdings nicht denken. Klesel kaufte zum Beispiel während dieser Zeit eine Mühle bei Lichtenwörth. Im Jahre 1622 wurde er der päpstlichen Kurie, dem Papst Paul V., zum Gewahrsam in der Engelsburg übergeben; er blieb jedoch nur sieben Monate in solcher Haft und wurde dann vollständig frei. Der zweite Nachfolger Pauls, Papst Urban VIII., unterhandelte mit dem Kaiser wegen der Rückführung Klesels. Matthias war 1619 gestorben und sein Nachfolger war eben jener Ferdinand, welcher Klesels

¹⁾ Siehe Urkunde vom 24. Dezember 1604 (CX. 10/2).

Sturz herbeigeführt hatte. Aber er war in der Zeit von acht Jahren ruhiger und anderer Ansicht geworden. Im Jahre 1618 hatte er dem Bischof den Vorschlag zur Nachgiebigkeit gegen Böhmen förmlich als Hochverrat angerechnet. Davon war leicht zurückzukommen; aber auch Anschuldigungen in bezug auf die Religion erwiesen sich als haltlos. Und so widersetzte sich Ferdinand der Rückkehr Klesels keineswegs; und dieser hielt am 25. Jänner 1626 in Wiener Neustadt und am 5. Februar in Wien einen geradezu feierlichen Einzug. Er erhielt auch all sein Gut jeder Art, das ihm im Juli 1618 gewaltsam genommen worden war, vollständig zurück, erfreute sich auch zahlreicher, von allen Seiten ihm zufließenden Gaben, so daß er schon im Jahre seiner Rückkehr über ein Einkommen von mehr als 60.000 Gulden verfügte.¹⁾ Er trat nun auch seine Tätigkeit als Bischof wieder an, die er bis zu seinem Todestage, 18. September 1630, fortführte. Melchior Klesel hatte schon im Jahre 1611 von dem Kaiser, als dieser ihn zu einem Kurfürstentage abordnete, die Befugnis erhalten, daß er über sein Vermögen frei und uneingeschränkt disponieren dürfe, daß er seinen Koadjutor, seinen Nachfolger bestimme. Bei einer diesbezüglichen Disposition Klesels vom Jahre 1613, wo er auch über sein reformatorisches Wirken spricht, sind besonders anziehend seine religiösen Weisungen, die eben durchweg den Geist der Milde atmen. Im Jahre 1620, nach der Entfernung Klesels wollte der Rat von Neustadt die Disposition Klesels öffnen; allein Kaiser Ferdinand gebot, dieselbe bis nach dem Tode des Kardinals uneröffnet aufzubewahren. Das Testament Melchior Klesels vom 14. September 1630, bei dem auch der Bürgermeister Hans Wilhelm Praïtenaicher von Praïtenau, der Stadtrichter Georg Andreas Preydl und das erste Mitglied des Stadtrates David Port als Zeugen erscheinen, enthielt folgende Bestimmungen:

1. Er will in Wien in der Stephanskirche begraben werden; sein Herz soll jedoch in Neustadt bleiben und vor dem Hochaltar der Liebfrauenkirche beigesetzt werden, wie auch geschehen. Die Epitaphe sollen in Wien und Wiener Neustadt gleich sein.

2. Als Wohltätigkeitsvermächtnis ist zu erwähnen: Jedem Armenhause und Spital in Wien und Neustadt widmet er 100 Gulden, jedem Armen in denselben sind 25 Gulden auszuzahlen.

3. Eine längere Reihe bilden die Zuwendungen an kirchliche Anstalten und Körperschaften: das Domkapitel zu Wien und das Bistum Wiener Neustadt erhalten je 50.000 Gulden zu gottesdienstlichen Zwecken.

4. Dem Himmelfortkloster in Wien, das er erbaut hat, verschafft er sogar 100.000 Gulden.

5. Dem Jungfrauenkloster des „königlichen Neustiftes“, den Stiften St. Jakob, St. Lorenz und St. Nikolai in Wien je 2000 Gulden.

6. Die Kapuziner und Pauliner werden bedacht.

7. Dem Jesuitenkollegium in Wien vermacht er zu den 20.000 Gulden, die sie bereits genießen, noch weitere 20.000 Gulden; dafür übernehmen sie die Verpflichtung, die Bistümer Wien und Wiener Neustadt mit „tauglichen, qualifizierten“ Priestern zu versehen.

Die Legate 3 bis 7 sollen von den „kaiserlichen Schulden“ bezahlt werden.

8. Es folgen dann Vermächtnisse an Private, Verwandte, zusammen 47.000 Gulden und 500 Dukaten. Seinem Dienstpersonal bestimmt er je ein „Klagekleid“ und eine Monatsbesoldung. Allenfalls bleibende Vermögensreste fallen an die Bistümer Wien und Wiener Neustadt.

¹⁾ Siehe Hammer-Purgstall, Klesels Leben IV, 233.

Was den Beisatz „kaiserliche Schulden“ betrifft, so bekennt Ferdinand II. dann am 4. März 1631 zu Wien,¹⁾ daß er dem Melchior Klesel für verschiedene Hofanforderungen 300.000 Gulden zu 6% verschrieben habe, ferner 20.000 Gulden jährlich als „Bezeigung der Affektion“ auf Lebenszeit, ebenso weitere 10.000 Gulden auf Lebenszeit und endlich 34.000 Gulden in Reserve. Der Kardinal hat einen Überfluß an Geld, wie kaum eine zweite Person im Lande, ein Zeichen seines Einflusses, ein Zeichen vielleicht auch von seiner Freude am Gelde, seiner „Geldgier“, die ihm vorgeworfen wird, die jedoch keineswegs mit Geiz gleichbedeutend war. Auch ist nicht zu verkennen, daß Klesel mehr an das Amt und dessen würdige Stellung als an seine Person dachte.

Schon während der Verbannung Klesels hatte der von ihm bestimmte frühere Domherr Chormeister Matthias Geißler die Administration des Bistums Neustadt geleitet; er wurde jetzt auch der Nachfolger Melchiors. Unterdessen waren die Bemühungen, die Luthersche Lehre vollständig aus unserer Stadt zu entfernen, fortgesetzt worden. Schon 1627, nach dem neuerlichen Einzuge Klesels in den Bischofshof, erschien ein Generalerlaß gegen die sektischen Prediger; und am 31. Juli 1629 läßt der Rat durch die Viertelmeister mit Tauf- und Zunamen die Personen in der Stadt feststellen, die nicht katholisch sind. Ein weiterer Generalerlaß vom 5. Dezember 1633 wendet sich hauptsächlich gegen die Priester: sie sollen auf das Volk einwirken, sollen namentlich zum guten Beispiel sich eines musterhaften Lebenswandels befleißigen. Der Erlaß vom Jahre 1639 wendet sich gegen ketzerische, jüdische, wiedertäuferische, als Ärzte herumziehende Leute. Und der große Erlaß Kaiser Ferdinands III. an Neustadt vom 20. Dezember 1644 verlangt vom Rate, dagegen aufzutreten, daß viele Neustädter den unkatholischen Exerzitien in Ungarn nachreisen. Dieser Auftrag wiederholt sich am 3. April 1651. Und da manche Unkatholische sich anschickten, nach Ungarn auszuwandern, befiehlt die Regierung im März 1652 und wieder im April 1654 und im Jänner 1655 und noch 1659, diese Widerspenstigen nicht ziehen zu lassen. Daß nicht wenige dessenungeachtet ihr Ziel erreichten, beweist der Erlaß der Regierung vom 16. März 1655, daß den ausgewanderten Unkatholischen ihre Güter, deren sie natürlich verlustig gegangen waren, wieder zurückgegeben werden, wenn sie binnen Jahresfrist heimkehrten. Die ungarische Nachbarschaft mit ihrem weitverbreiteten Protestantismus war eben auch eine Stütze für den neuen Glauben in Österreich.

Trotz der bereits bestehenden allgemeinen Normen kamen noch immer Einzelaufträge: keinem Unkatholischen einen Lehrbrief zu erteilen, keinen unkatholischen Handwerksmann hier unterkommen zu lassen (1655). Der Rat blieb in seinem Verhalten bei der gleichen Milde, wie einzelne Fälle bezeugen. Im Jahre 1647 bedeutet der Rat einem Bürger, in dessen Hause verbotenerweise der Akatholik Viktor von Althann wohnt, er habe zu veranlassen, daß dieser Umstand der Stadt keinen Schaden bringe, oder daß der Fremde die Wohnung räume.²⁾ Im Jahre 1650 kommt es vor, daß eine Handelsfrau einen unkatholischen Gewölbdieners beschäftigt; nach einer Mahnung nimmt sie noch einen unkatholischen Gewölbdjungen auf. Die Erlässe verstummen allmählich, werden wenigstens immer seltener. Es dämmerte wohl nach und nach der Gedanke, daß man mit einem Lutheraner doch nicht gerade einen Verbrecher, vielleicht einen Rebellen vor sich habe.

Aus dem Felde der Gegenreformation heraustretend, wollen wir zunächst auf andere Zwiste des Magistrats und der Stadt mit ihrem Bischof eingehen.

¹⁾ LXIV, 5/4.

²⁾ LXXXIII. 1/48.

Auch hier müssen wir mit Melchior Klesel beginnen. Im Jahre 1598 erhebt die Stadt gegen ihn eine Reihe von Beschwerden: daß die Stiftungsverbindlichkeiten nicht genau erfüllt werden, daß der Bischof Benefiziaten vor der Präsentierung einkleide, bei denselben nach ihrem Tode die Sperre ohne Wissen des Rates vornehme, daß er die bürgerliche Schulinspektion eigenmächtig abgeschafft habe, die gestiftete Schulpfründe mangelhaft herausgebe, daß er sich die weltliche Jurisdiktion, die Vogtei der Klöster anmaße — es sind zumeist alte Streitpunkte. 1612 entsteht ein Streit über das Fischereirecht im „Steinbach“, im Altabach. Bei der entgegenkommenden Haltung des Bischofs einigte man sich bald über alles.

Von dem Streite mit Johannes Thuanus wegen des Schulrektorats haben wir bereits gesprochen; ebenso wegen des Leutgebens. Ein Streit wegen der Jurisdiktion über den Kirchendiener störte den Frieden nur kurze Zeit. Leopold von Kollonitsch, der im Jahre 1676 die drei Weingärten des Neustädter Bistums zu Breitenbrunn verkaufte, seine Diözese jedoch im Jahre 1685 verließ, um als Bischof nach Raab zu gehen, war mit dem Rate der Stadt, dem er auch durch seine Stiftung näher kam, in vollständiger Harmonie geblieben, wogegen der Nachfolger Christopherus de Royas, früher Bischof von Tina (Knin),¹⁾ wieder mehrereremal in Zwist mit dem Rate geriet. Die Gründe des Streites offenbart eine Konferenz vom Jahre 1692. Dieselbe spricht aus, daß der Bischof die Benefiziaten seiner Lehenschaft, die Stadt dagegen jene der ihrigen zu bestellen habe, daß jedoch der Bischof die Bewerber empfehlen solle. Der Bischof spricht zugleich den — vom kirchlichen Standpunkte sehr begreiflichen — Wunsch aus, daß die Benefiziaten nicht mit Weingärten überladen werden mögen. Und im Jahre 1694 finden wir nochmals festgestellt, daß keinem Bischof, sondern dem Stadtrat das Patronatsrecht über die städtischen Benefizien zustehe; daß aber der Bischof allein seinen Tisch nebst der Seelsorge erteile: es müssen also bei jeder Benefizienbesetzung der Rat und der Bischof sich einigen.

Am 18. Dezember 1695 wird der streitbare Graf Franz Anton von Puchhaim als Bischof von Neustadt installiert. Er war etwas mehr weltlich gesinnt, veranstaltete am 8. September 1696 ein „stattliches Schießen“; er ließ aber in derselben Zeit den Gottesleihnamsaltar eigenmächtig abreißen, um denselben anderwärts aufzustellen. Dagegen protestierte der Rat, wie der Bischof seinerseits gegen eine Visitierung der lateinischen Schule durch die Stadt ohne sein Wissen Protest einlegen ließ. Noch in demselben Jahre erhob Puchhaim schriftlich eine Anzahl Beschwerden und Forderungen, auf welche der Rat am 16. November ausführlich antwortete: Die erste Anforderung des Bischofs, daß das Hochwürdigste auf dem Wege zum Kranken von Leuten begleitet werden solle, daß zum wenigsten zwei Bürger mit Fackeln oder mit brennenden Kerzen nebenher gehen, wurde vom Rate, wie sich leicht erklärt, als untulich abgewiesen. Dagegen hatte derselbe schon im Jahre 1614, am 3. Juni, 300 Gulden zur Beschaffung eines Himmels für das zum Kranken zu tragende heilige Sakrament bewilligt. Für verlangte Reparaturen in der Sakristei, an den Zunftaltären trifft die Stadt die Vorbereitung. Betreffs der Sicherheit der ausstehenden Kapitalien verlangt sie größere Ordnung von den Benefiziaten, damit sie keine Rückstände anwachsen lassen. Sie nützen die Grundstücke aus, bringen sie in Abbau, indem sie nichts für dieselben tun. Es setzt sich die Sache noch mit einigen teils kirchlichen, teils weltlichen Punkten fort. Der Vergleich zwischen den Streitenden kommt am 9. April 1697 zustande; derselbe umfaßt nicht weniger als 17 Punkte: die ersten sechs Punkte

¹⁾ Eine Diözese der ungarischen Erzdiözese Kalocsa in Dalmatien.

betreffen Änderungen in der Domkirche, Umsetzung einzelner Altäre, des Taufsteins, mit der Bestimmung, daß künftig solche Arbeiten nur mit Bewilligung des Rates erfolgen dürfen. Punkt 7 betrifft die Ordnung in der Fronleichnambruderschaft. Punkt 8 spricht von der Rechnungslegung, Punkt 9 von der Stellung des Rates in der Kirche, wenn der Bischof selbst pontifiziert. In den folgenden Punkten 10 bis 13 wird die Ordnung in den Benefizien (Schriften, Besitz) festgesetzt: das Homagium gegen den Rat wird aufgehoben, es bleibt nur der Revers. 14 heißt es: alle Vergleichspunkte sind festzuhalten, auch wenn sie nicht im Vergleiche stehen! Die Punkte 15 bis 17 befassen sich mit dem beweglichen Besitz in der Kirche, mit den Ornaten, Kelchen usf. Das diamantene Kreuz, das der Bischof Kollonitsch der Kirche verehrte, könne Puchhaim behalten, wenn er dafür 1500 Gulden binnen 3 Jahren erlege oder eine silberne Ampel mit dem Wappen des Kollonitsch im Werte von 1500 Gulden vor dem Hochaltar machen lasse. Der Vergleich blieb freilich längere Zeit bloß auf dem Papier; im Jahre 1698 richtete der Rat sogar eine „respektlose“ Zuschrift deswegen an den Bischof und wurde dafür mit der kaiserlichen Ungnade belastet, während man ihn — wie es heißt — mit dem Profos hätte strafen können. Der Bürgermeister soll sogar dem Bischof abbitten, der sich bald darauf besonders menschlich und entgegenkommend zeigte; nach dem großen Brande des Jahres 1699 speiste er die armen Abbrändler unentgeltlich aus seinen Vorräten. Am 4. Mai 1702 wurde endlich der vor 5 Jahren zwischen der Stadt und dem Bischof Puchhaim geschlossene Vergleich ratifiziert. Unterdes war ein kurzer Streit wegen eines Gehölzes in der Lichtenwörther Au im Jahre 1700 wieder beigelegt; und sofort nach der Ratifizierung des erwähnten Vergleiches brachen neue Streitquellen hervor: 1702 wegen der Kirchenrechnung und der Kirchenstühle, 1703 wegen eines Stadels und wegen der Zahlung oder Herstellung einer Silberampel für das Diamantkreuz; 1705 wegen Hinderung der Visitation der Benefiziatenhäuser durch den Bischof, sowie wegen Wegnahme von 14 silbernen Zeptern aus der Kirche durch denselben. Ein ganz eigentümlicher Zwist entglomm im Jahre 1707: Da viele Juden wegen der ungarischen Rebellion hieher in die Stadt geflüchtet waren, denen der Aufenthalt bewilligt wurde, ordnete Puchhaim an, daß das Hochwürdigste nur geheim zu den Kranken getragen werden dürfe. Der Rat trat dagegen auf, und auf eine Eingabe ließ Kaiser Josef I. diese bischöfliche Verordnung kassieren. Auch die öffentlichen Prozessionen mußten wie sonst gehalten werden.

Einige scharfe Predigten des Bischofs gegen den Magistrat, „injuriose Tischreden“, gegenseitige Insolenzen auf der Gasse schwängerten abermals die Luft mit Stoffen zum Zwist, so daß ein neuer Vergleich sich als notwendig herausstellte. Ein solcher kam am 28. August 1708 zustande; den ersten Vergleichspunkt bildete der Auftrag an den Bischof, längstens bis zum Leopoldifeste (15. November) eine Silberampel mit dem Wappen des Bischofs Kollonitsch machen zu lassen; daran schloß sich die Forderung, die 14 Silberstäbe und alle Kirchensachen zurückzustellen, die zerbrochenen Stäbe auf eigene Kosten zu reparieren. Des weiteren erscheinen meist Benefiziatensachen und geldliche Angelegenheiten. Wesentlich ist, daß den Benefiziaten für ihre Bauweine ein Teil (der vierte) vom Tätz und Ungelt nachgesehen werden soll. Auch die letzte Puchhaimsche Zeit (bis 1718) setzt sich im gleichen Charakter fort. Erwähnt muß werden, daß Bischof Puchhaim auch mit dem Abt des Neuklosters Alexander Standhartner in Zwist geriet und mit demselben am 3. Jänner 1702 ein Übereinkommen traf. Alle Vergleichspunkte sprechen die Oberhoheit des Bischofs über den Prälaten aus: Des Bischofs ist

- a) die Jurisdiktion,
- b) das Beichtthören der Säkularen,
- c) alle heiligen Öle (liquores) hat der Abt vom Chormeister,
- d) alle Dekrete vom Bischof zu empfangen;
- e) im Neukloster soll keine Bruderschaft sein, kein Ablassbrief verkündet werden;
- f) zu Ehesachen, zur Seelsorge ist das Neukloster nicht befugt!

Über den „Silberschatz“ der Domkirche geben uns einige Verzeichnisse Aufschluß, die im Jahre 1669 angelegt wurden. Damals wurde der ganze Schatz geteilt: einen Teil übernahm der Chormeister Peter Bürgießer: dabei finden wir 1 goldenes Liebfrauenbildnis, 4 Monstranzen, 2 silberne „Trüchel“, 1 mit Heiltum St. Leopolds, 5 Perlenkränze (2 mit vergoldeten Rosen), 1 goldenes Kettel samt Kreuzel, wiegt 28 Kronendukaten Gold usf. Der zweite Teil wurde dem Mesner übergeben; dabei sind eine Anzahl Plastiken, wie die Auferstehung, die Himmelfahrt Christi, 1 Liebfrauenbild, St. Achatius, St. Ursula, Mariä Himmelfahrt, die heilige Dreifaltigkeit; ferner 13 Kreuzel, 26 Kelche und alle notwendigen Kirchengeräte für den Gottesdienst. Der dritte Teil blieb zurück, umfaßte noch 15 Kelche, 22 Patenen, 4 Infuñ, 6 Meßgewänder usf., usf., offenbar die weniger wertvollen Gegenstände. 1674 wird nochmals lediglich das „Silbergeschmeide“ der Pfarrkirche registriert. Eine ansehnliche Menge hievon ist im Jahre 1704 abgefallen, wo eben Kirchensilber an den Staat eingeliefert werden mußte, und zwar von der hiesigen Domkirche um mehr als 3300 Gulden. Ein alter Marienaltar war im Jahre 1646 dem Pfarrer von „Giempla“ überlassen worden.

An größeren Vermächtnissen an die Pfarrkirche verzeichnen wir jenes des Georg Cramer, Mitgliedes des inneren Rates, mit 1000 Gulden (1632), der Frau Margareth Praiteinaicher mit 300 Gulden (1639), des Ratsherrn Hans Schleicher mit 750 Gulden (1648) und des Offizials Michel Agricola mit 300 Gulden, während er zugleich die Kirche zur Universalerbin einsetzte (1678). Die Kirche löste aus dieser Verlassenschaft durch den Verkauf von Silbergeschmeide, von Wein und Getreide nahezu 5000 Gulden, so daß sie einen großen Teil ihrer Schulden decken konnte. Nach einer Zusammenstellung der Abrechnungen in den Jahren 1678 bis 1695 war die Kirche immer passiv: die Einnahmen derselben beliefen sich nämlich in den angegebenen 18 Jahren auf 2517, also durchschnittlich auf jährlich 167 Gulden, wobei sie indes im Jahre 1180 bis auf 77 Gulden sanken, im Jahre 1692 auf 312 Gulden anstiegen. Die Ausgaben jedoch machten in demselben Zeitraume 8281, also durchschnittlich 552 Gulden jährlich, mit einer Senkung bis zu 230 Gulden im Jahre 1680 und einer Steigung bis 916 Gulden im Jahre 1681. Eine ausstehende Forderung von 850 Gulden an die niederösterreichische Landschaft, wie diese durch den Schuldschein vom 16. Februar 1649 bekennt, will gegenüber den so gewordenen Verhältnissen nicht viel bedeuten.

Wir gehen auf die Benefizien über: die erste Person nach dem Bischof und dessen allfälliger Vertreter ist der „Offizial“. Als solchen haben wir bereits Matthias Geisler kennen gelernt. Das Haus des Offizialats auf dem Hauptplatze (im Grätzl) wird vom Rate im Jahre 1625 um 1200 Gulden eingelöst, wofür der Offizial dann jährlich 60 Gulden bezieht. An bedeutenderen Männern im Offizialat wäre noch der Name des Stifters Michel Agricola zu wiederholen (bis 1679); ihm folgte Johann Heinrich Bürgießer, der jedoch schon 1680 starb. Unter seinen Nachfolgern ist Reinhard Vlostorff zu nennen, der jedoch in Melancholie verfiel und im Jahre 1708 von diesem Amte und von seinen Benefizien entfernt wurde. Das Inventar des Offizialats wurde ziemlich oft — wohl bei jeder Neubesetzung —

aufgenommen. Bemerkt sei hier bloß, daß bei einer Aufnahme im Jahre 1692 auch eine für die damalige Zeit nicht unbedeutende Bibliothek desselben erscheint, die allein 159 Foliobände und 90 Oktavbände enthielt. Die Offiziale bekleideten verschiedene Benefizien: das Dreikönigsbenefizium, manche das Benefizium Mariä ad parvam aram oder das Heiligen Geist- und Nikolausbenefizium. Matthias Geisler hatte seit dem Jahre 1612 die Benefizien St. Nikolaus, Allerheiligen, Dreifaltigkeit, Heiliger Geist und Barbara und verzichtete auf dieselben im Jahre 1631, als er den Bischofsstuhl bestieg. Sämtliche Benefizien erhielt dann sein Nachfolger im Offizialat Johannes Thuanus.

An den Offizial reiht sich weiter als wichtiger Amtswalter der Chormeister, der die Oberleitung der kirchlichen Feierlichkeiten auf der musikalischen Seite zu führen hat. Die Stelle kann sogar mit jener des Offizials verbunden sein. So wird dem Offizial Johann Curtius im Jahre 1602 auf sein Ansuchen auch die Chormeisterstelle verliehen. Auch Matthias Geisler verwaltet vom Jahre 1609 an die Chormeisterstelle und behält dieselbe bei, als er das Offizialat antritt. Von den Chormeistern mögen noch genannt sein Peter Bürgießer, wohl ein Bruder des Offizials (1656 genannt), Wolfgang Adam Gotthardt, der 1696 die Beträge aufzeichnet, die vom Kammeramte durch seine Hand gehen, um an die Kirchenmusiker verteilt zu werden.¹⁾ Franz Xaver Praitenaicher will im Jahre 1710 statt der Prozession nach Maria Zell in Steiermark eine solche nach Maria Zell in Niederösterreich veranstalten, erhält sogar vom Rate eine Unterstützung für dieses Unternehmen. Aber es ist eben nicht leicht und wurde nicht mehr möglich, den Jahrhunderte alten Ruf des steirischen Wallfahrtsortes zu brechen.

Von den Benefizien der Domkirche ist eines der häufigst genannten das Dreikönigsbenefizium, das nun etwa von der Mitte des 17. Jahrhunderts an gewöhnlich, da ein Benefizium zur standesgemäßen Erhaltung eines Priesters kaum mehr hinreicht, zugleich mit dem Benefizium Fabian und Sebastian verliehen wird; im Jahre 1665 wird auch das Inventar für diese beiden Benefizien aufgenommen. Anzumerken ist die Verleihung vom Jahre 1692 an den Pfarrer von Klamm. Der Inhaber des Benefiziums vom Jahre 1629 verpachtet ein als Gartel benutztes „Ort“ des Stiftshauses zur Erhöhung seiner Einnahmen um jährlich 2 Gulden. 1641 macht der Bischof den Rat aufmerksam, daß das Dreikönigsstiftshaus dringend der Besserung bedarf.

Der Marienaltar vor dem Chor, St. Maria ad parvam aram, wird zusammen mit dem Andreasaltar verliehen. Für den Marienaltar stiftete Dr. Wolfgang Woller im Jahre 1595 eine ewige Messe und begabte dieselbe mit einem Weingarten zu Groß-Höflein. Vom Jahre 1608 an hatte Matthias Geisler beide Benefizien inne; nach vier Jahren vertauschte er dieselben. Ein Inventar derselben ist aus dem Jahre 1670 erhalten; es weist auch eine kleine Bibliothek auf. Im Jahre 1699 werden auf Ansuchen des Kooperators Sebastian Wittmann, der früher als Pfarrer von St. Georgen bei Preßburg erscheint, und mit Zustimmung des Bischofs die Weingärten beider Benefizien verkauft. — Wie die vorhergehenden sind auch die Benefizien Johannes des Täufers und des heiligen Leopold vereinigt. Der Kooperator Johann Stefan hat seinem Benefizium im Jahre 1643 einen Weingarten zu Forchtenau gewidmet. Ein Inventar beider Benefizien vom Jahre 1699 zeigt uns abermals eine kleine Bücherei, daneben in dem Stiftshause mehr als hundert leere Weinfässer. Die vereinigten Benefizien weisen zahlreiche Resignationen ihrer Inhaber auf, die indes so wie die Mehrzahl solcher Verzichtleistungen nur durch den Tausch mit einer reicher begabten Stelle hervorgerufen werden.

¹⁾ Siehe unten.

Vereint sind weiter die Benefizien Wolfgang und Severin, Anton und Siegmund, wozu noch öfter das Georgsbenefizium kommt, so daß im Jahre 1709 das Inventar von allen denselben aufgenommen wird. Dem Georgsbenefizium kommt ein Teil der Kleselstiftung vom Jahre 1615 mit 2000 Gulden zugute, indem 12½ Gulden der Interessen dem Benefiziaten auszuzahlen sind. Ferner vermacht der Benefiziat von St. Georg, Jakob Adalbert Schimelius, 1651 seinem Benefizium einen halben Weingarten bei Eisenstadt; für den Verkauf eines Weingartens desselben im Jahre 1698 muß ein anderes Grundstück erworben werden.

Dem Beneficium apostolorum wächst im Jahre 1661 ein dem Landesfürsten dienstbarer Weingarten zu Gumpoldskirchen zu. Um das Jahr 1700 übergibt der Rat, dessen Lehen es ist, dieses Benefizium dem Kantor, damals Cyriacus Marsfeld, der schon seit dem Jahre 1669 im Amte ist. Es besitzt ein Haus, das ihm als Wohnung diente, zwei Krautgärten, zwei Weingärten, eine Wiese, so daß hiemit eine wesentliche Besserstellung des für Kirche und Schule wichtigen Kantorpostens erreicht ist.

Das Erasmusbenefizium betrifft zwar das Bürgerspital, wird jedoch beständig an einen Kooperator der Domkirche mitverliehen. 1595 ist es zum Beispiel mit dem Frauenaltar vereinigt, 1624 wird es dem Benefiziat des Dreikönigsaltars verliehen. Ein im Jahre 1667 aufgenommenes Inventar offenbart uns, daß es zwei Häuser mit Einrichtung besitzt; auch eignet ihm ein Lehenhaus zu Offenbach. Drei Weingärten übernimmt die Stadt in Verwaltung und zahlt dafür dem Inhaber vierteljährlich 20 Gulden.

Wir haben noch einige Akten vor uns, die sich auf viele oder auf die Benefizien überhaupt beziehen. So werden um die Wende des 17. und 18. Jahrhunderts die Benefiziatenhäuser aufgezeichnet. Es sind deren nicht weniger als 25. Je zwei Häuser besitzen die Benefizien Erasmus, Siegmund und Anton, Wolfgang, von denen eines dem Mesner verliehen ist. Verfallen sind die Häuser der Stifte Dorothea und Achatius; von letzteren heißt es: „hat ein ungarischer Propst, der es bauen soll“. Das Haus des Heiligen-Geist-Altars ist öde. Das Blasiusstiftshaus hat der Schulmeister, jenes des Apostelaltars, wie wir wissen, der Kantor. Im Jahre 1624 faßt der Rat den Beschluß, jene Benefiziatenhäuser, die nicht von den Inhabern ihrer Stifte bewohnt werden, zu veräußern. In Wirklichkeit fand eine solche Maßnahme nicht statt. Die Benefiziatenhäuser hatten teilweise Holden als Inwohner, die sich dann der Zahlung der Steuern ent schlagen wollten, so daß der Rat im Jahre 1650 ein Mitglied mit der Einforderung dieser Abgaben betraute. Daß es auch mit den Benefiziaten kleine Reibungen gab — denn der Geist des Oberhirten ging auf sie über —, beweisen Bemerkungen aus dem Jahre 1704: Es wurde die Visitation der Stiftungshäuser verhindert; Mahnungen an die Kooperatoren wegen der Weingärten wurden zurückgewiesen. Zur Abstellung dieser Widersetzlichkeit wurden kaiserliche Befehle notwendig. Im Jahre 1688 und später begegnen wir einer Zusammenstellung der Benefizien nach dem Gesichtspunkte: welche sind Lehen der Stadt, welche des Bistums.¹⁾ Als Lehen der Stadt erscheinen das Benefizium St. Nikolaus, Johann Baptist und Leopold, Wolfgang und Severin, Siegmund und Anton, Erasmus, Fabian und Sebastian und heilige Dreikönige, Maria vor dem Chor (ad parvam aram) und Andreas, und der Apostelaltar. Allerdings sagt das Verzeichnis, es sei nur „beiläufig unverfänglich“. Es fanden sich nämlich die Stifte Fabian und Sebastian sowie St. Nikolaus auch in der Liste der bischöflichen Lehenschaften, was sich nach einigen Verhandlungen als richtig herausstellte. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts wurden gelegentlich der Visitierung die Stiftsweingärten aufgezeichnet. Im Jahre 1704 hat das Offizialat zwei Weingärten

¹⁾ CXXI, 8/1, 2.

zu Weikersdorf, einen zu Wöllersdorf, einen zu Klein-Höflein und einen zu Eisenstadt. Nur die beiden letztgenannten sind in gutem Bau. Der Chormeister hat je einen Weingarten zu Soos, zu Katzelsdorf, in der Wart, zu Klein-Höflein, zu Eisenstadt, bei St. Jörgen und zu Rust: alle in gutem Bau. Die übrigen Benefiziaten haben insgesamt rund 170 Tagwerk (Pfund) an Weinbergen, gelegen zu Katzelsdorf, zu Eichbüchl, zu Froschdorf, in der Wart, bei der Wiesen, zu Mattersdorf und zu Marz.

Von den für Kirche und Gottesdienst beschäftigten Personen ist zunächst der auch für die Schule so wichtige Kantor zu nennen, dessen wir bereits gedenken konnten. Ihm reihen wir den Organisten an, der schon zu Anfang des Jahrhunderts selbständig dasteht, ferner die Sänger außer den Schülern, die Solisten, die gegen Ende des Jahrhunderts hervortreten. Auch den Stadttürmer, Turner, müssen wir anschließen, wenn er auch nicht beim Gottesdienste unmittelbar mitwirkte. Gegen Ende des Jahrhunderts (um 1697) sind alle Ausgaben für die Kirchenmusiker des Domes zusammengestellt. Es sind 1238 Gulden und außerdem 687 Gulden Kostgeld, wovon allerdings ein wesentlicher Teil durch Stiftungen aufgebracht wird. Außer dem Bargeld sind aber auch noch Naturalien, Getreide, Wein fällig. In diese Lasten teilen sich die Gemeinde und der Bischof. Der Bischof Kollonitsch¹⁾ zahlte 1671 bar 512 Gulden, über 90 Metzen Getreide und 68 Eimer Wein. Franz Anton von Puchhaim²⁾ hatte 621 Gulden bar, und zwar dem Kantor wegen der Metten 120 Gulden, den sechs Vokalisten Kostgeld (zu 70) 420 Gulden, außerdem drei Diskantisten³⁾ Kostgeld (zu 24) 72 Gulden und allen wegen der Rorate 9 Gulden zu zahlen. Außerdem mußte er dem Kantor, den Vokalisten, Diskantisten 76 Metzen Korn und 20 Metzen Weizen, dem Organisten und dem Türmer 50 Metzen Korn und dem Organisten 4 Metzen Weizen entrichten.⁴⁾ Überdies erhielten alle zusammen noch 68 Eimer Wein. Der Organist erhielt von der Stadt, wie wir noch erfahren, wöchentlich 2 Gulden und einige Nebengebühren, insgesamt jährlich 118 Gulden 48 Kreuzer. Der Türmer 208 Gulden und einige Nebengebühren.

Der Mesner wird vom Bischof mit 8 Metzen Korn und 2 Metzen Weizen bedacht. Um 1650 wird ein Inventar seines Besitzes aufgenommen, und es eignen dem Amte außer dem Hause drei Weingärten, insgesamt 50 Pfund, ein Gartel und drei Wiesen mit zusammen 26 Tagwerk, von denen eine zu einem Acker umgerissen wird. 1697 hat sich dieser Besitz um einen Weingarten und eine Wiese vermindert. 1707 verkauft der Rat auch das Stiftshaus um 250 Gulden, deren Interessen ihm natürlich ebenso wie jene der veräußerten Wiese und des entfallenden Weingartens zugute kommen. Sonst hat er an Bargeld sehr wenig zu beziehen. Für das „Angstläuten“⁵⁾ bekam er 1 Gulden 15 Kreuzer.

An der großen Orgel der Domkirche gibt es in unserer Periode öfter zu tun. Daneben wird bereits die kleine Orgel im Chor erwähnt. Für Arbeiten an beiden bekommt der Orgelmacher Hans Weckerl im Jahre 1629 eine Entlohnung von 250 Gulden und 2 Eimer Wein; 1636 werden für eine Transferierung der (großen) Orgel neuerdings 25 Gulden bezahlt; 1708 kommt der Rat abermals mit dem Orgelbauer Franz Frey wegen Reparatur überein: es werden, gleichgültig wie lange die Arbeit dauern mag,

¹⁾ LXV, 36.

²⁾ LXV, 35.

³⁾ Vielleicht Kastraten. Daß solche verwendet wurden, bestätigt eine Anmerkung im Totenbuche der Hauptpfarre: 1713 „an der Pest gestorben, Johann Georg Grill, Castrat an der hiesigen Domkirche“.

⁴⁾ Ein anderes Verzeichnis nennt noch 8 Metzen Gerste für den Kantor, den Organisten und die Sänger.

⁵⁾ Am Donnerstag.

6 Gulden und eine gute Fuhre Brennholz als Lohn ausgemacht. — Über die große Glocke — es war die Brunst von 1625 vorausgegangen — wurde am 22. April 1627 beschlossen, zum Gusse derselben so viel Metall zu geben, daß aus dem Überschuß noch eine Glocke von 10 Zentnern gegossen werden kann! — 1635 wurde die große Glocke aufgehängt.

In unserer Periode werden auch die Kirchenstühle neu hergestellt: 1650 eine Anzahl Reihen in den Langschiffen; ferner jene im Presbyterium und für die Honoratioren der Stadt im Jahre 1669,¹⁾ weitere in den Langschiffen zu Anfang des 18. Jahrhunderts (bis 1704). Im Jahre 1660 wurde zu Ostern das erstemal ein neues Heiliges Grab aufgerichtet und hiefür ein Unkostenbetrag von 291 Gulden verrechnet und bewilligt. Ebenso ist betreffs des Friedhofs in unserem Zeitraume viel geschehen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um die Ruhestätte an der Domkirche. Schon 1590 war dieselbe etwas erweitert worden, jedoch so unbedeutend, daß 1592 schon wieder Raummangel eintrat. In diesem Jahre wurde der Bischof um ein „Ort“ zur Erweiterung des Friedhofs angegangen. Allein dieser erklärte, der fragliche Raum sei ein Garten und könne nicht hergegeben werden. Auch lag wohl der Gedanke nahe, daß man nicht den ganzen Pfarrplatz in einen Friedhof verwandeln dürfe. Und so wurde der Friedhof von St. Ulrich auch zur Beerdigung der Bewohner der inneren Stadt wieder herangezogen. Im Jahre 1607 wurde derselbe erweitert und mit einer Mauer umgeben, erhielt auch ein neues Gebäude. 1648 wurde er wieder erweitert, wozu der Bischof einen Wiesenteil hergab. Aber noch in demselben Jahre wurde seine Lage geändert, der Friedhof etwas weiter nach Westen gerückt, da man den der Stadtmauer zunächst gelegenen Raum zur Herstellung eines Ausfalltores benötigte. Der westlich an den Friedhof anrainende erforderliche Grund war wüst und gehörte ohnedies der Kirche.

Gelegentlich sei hier daran erinnert, daß die „Ketzer“ gleich den Übeltätern nicht auf dem geweihten Freithof bestattet wurden. So wurde noch im Jahre 1708 ein Lutheraner Antonius Samiel hier vor der Stadt bei dem „ordinari Kreuz“ begraben.²⁾

Ein voller Kondukt höchster Entfaltung kam auf nahezu 30 Gulden zu stehen (1706). Teurer kam es natürlich, wenn man die Bestattung in der Kirche selbst verlangen wollte. Graf Rindsmaul zahlte im Jahre 1688 für eine Grabstelle in der Domkirche 50 Gulden.

Einige Einzelheiten in kirchlicher Beziehung seien noch erwähnt. Es gibt Zeugnis von dem frommen Sinn der Bürger, daß der Rat in ihrem Namen im Jahre 1652 die Bitte an den Bischof richtet, es möge im Sommer an Sonn- und Feiertagen für jene Leute, die auf die Märkte fahren, eine heilige Messe um 4 Uhr früh gelesen werden. Den entgegengesetzten Eindruck macht es, wenn das Schlittenfahren während des Gottesdienstes, wo es als eine Störung empfunden wird, trotz wiederholter Mahnungen des Bischofs immer fort dauert (1697). Eigentümlich kann es erscheinen, daß es ein kaiserlicher Befehl ist, der die feierliche Begehung des Leopoldsfestes in Ober- und Niederösterreich am 13. November 1663 gebietet. Ebenso war es ein kaiserliches Verlangen, welches eine Andacht und Feierlichkeit für den 14. Juli 1697 wegen des erreichten Friedens veranlaßt. Am 11. September 1710 gebietet der Kaiser, ein Patent wegen Abhaltung von Bußtagen zur Abwendung der Pest öffentlich anschlagen zu lassen.

Von Stiftungen für die Hauptpfarrkirche und ihre Annexe verlautet in unserer Periode: Über die Veststiftung werden in den Jahren 1593 bis

1) Der Tischler Helmreich Petri erhielt dafür 550 Gulden.

2) Ein Kreuz an der Weikersdorfer Straße. Auch bei der Spinnerin wurden Übeltäter, Selbstmörder, gefundene Leichen bestattet.

1596 Verhandlungen mit der Stadt Memmingen, welche das Stiftskapital innehatte, in endlosem Briefwechsel geführt, um die Zahlung der Stiftsinteressen, die jetzt über St. Gallen oder Lindau über Wien erfolgte, in einfacherer Weise zu erreichen.

Im Jahre 1607 machte der Benefiziat Simon Pretschneider eine Stiftung, die wir schon zu erwähnen Gelegenheit hatten, die im ganzen 3000 Gulden zu nachstehenden Zwecken widmet: Nach des Stifters Tode sind von den Interessen von 150 Gulden jährlich zu betheilen: der Bischof mit 16, der Offizial mit 12, die vier Kooperatoren mit je 10, die Kirche für die Beleuchtung mit 12, der Schulmeister mit 6, der Kantor mit 4, die Sänger mit 4, der Mesner mit 8, die Armen mit 32 Gulden. Der Chormeister und der älteste Ratsfreund sollen über die richtige Vollziehung der Stiftung wachen und dafür jeder 8 Gulden erhalten. Die Beträge werden vierteljährig ausgezahlt. Im Jahre 1613 widmet abermals ein Benefiziat Johann Puschmann 4000 Gulden, die bei der Stadt selbst angelegt werden, zur Unterstützung der vier Kooperatoren. Von den 200 Gulden Interessen bekommt jeder vierteljährig 12 Gulden. Die gottesdienstlichen Verpflichtungen, und zwar für die Michaelskapelle, werden ihnen genau vorgeschrieben. Von den erübrigenden 8 Gulden bekommen der Mesner 4 und die Musiker 4 Gulden 2 die Sänger, 1 der Organist, 1 der „Turner“. Dem Stadtrat wird die Aufsicht über die Stiftung gegeben. — 1666 ändert Johann Tunkel eine früher für eine Statue bestimmte Stiftung dahin, daß 200 Gulden für die Domkirche, 300 Gulden für heilige Messen dortselbst und 500 Gulden für andere *pias causas* in dieser Kirche bestimmt werden.

Im Jahre 1664 stiftet der Bischof Johannes Thuanus 6000 Gulden für eine Messe in der Allerheiligenkirche, die ganz herabgekommen sei, um dieselbe wieder zu erheben. Die heilige Messe samt weiterer kirchlicher Feierlichkeit sei vom Neukloster zu halten. Auch von der Stiftung des Priesters Sartorius vom Jahre 1667 kam ein Teil der Allerheiligenkirche zugute. Eine kleinere Stiftung ist jene der Barbara Pedrosi vom Jahre 1707, die 400 Gulden für fünf heilige Messen widmet.

Im Jahre 1692 entstand eine Zusammenstellung aller Legate die seit dem Jahre 1626 an die Domkirche vermacht wurden. Es sind von 1626 bis 1630 zusammen 30 Legate mit 628 Gulden 30 Kreuzer.

1631 bis 1640	zusammen	61	Legate	mit	1276 fl. — kr.,	das höchste	500 fl.;
1641 bis 1650	„	38	„	„	782 „ 30	„	500 „;
1651 bis 1660	„	34	„	„	359 „ 30	„	50 „;
1661 bis 1670	„	33	„	„	659 „ —	„	200 „;
1671 bis 1680	„	14	„	„	120 „ —	„	15 „;
1681 bis 1692	„	9	„	„	247 „ —	„	150 „;

allerdings außer dem Vermächtnis des Michael Agricola vom 3. Mai 1685 mit 3526 Gulden.

Von der Niklaskirche oder -kapelle haben wir nicht viel zu berichten. Ihre Lage war eine ziemlich ungünstige. Im Jahre 1602 macht der Offizial einmal den Rat darauf aufmerksam mit dem Hinweise, daß dort viel Unsauberkeit herrsche — ringsum waren ja enge Gäßchen, Verkaufsstände. Die dort ansässigen Bürger rückten mit ihren Wirtschaftsbauten, Ställen direkt bis an die Kapelle. Im Jahre 1603 wird diesen dann auferlegt, alles was sie an solchen Bauten bis zur Kapellenwand aufgeführt haben, wieder wegzureißen, damit ein freier Gang um das Kirchlein bleibe. Der Friedhof um dasselbe war bereits aufgehoben worden. Das Kirchlein selbst konnte indes auch keinen Glanz mehr erwarten: es war wegen seines schlechten Zugangs weniger besucht, war überflüssig geworden.

Das Klosterwesen spielt in unserer Stadt im Laufe des 17. Jahrhunderts eine ganz bedeutende Rolle: neue Orden lassen sich hier nieder und gedeihen anstatt anderen, die erloschen waren.

Das rangerste Kloster der Stadt bleibt das Stift Neukloster, und wir wollen denn die Prälatenreihe des Zeitraumes vorausschicken.

Nach Georg II. folgt im Jahre 1598 Matthias Gülger, der nach 8 Jahren als Abt ins Kloster Reun kam; im Jahre 1606 wurde Balthasar Fabrizio zum Abt gewählt, der ebenfalls nach auswärts berufen wurde: er wurde 1618 zum Vorsteher des Klosters Neuberg erkoren. An seine Stelle trat in unserer Stadt Ignaz Kraft, der 1622 im Stift Lilienfeld gewählt wurde; ihm folgte Johannes Jakobus Pettarth, der die Prälatenwürde bis zu seinem Tode 1640 bekleidete.

Der in diesem Jahre neugewählte Abt Bernhard Preil wurde 1649 zum Vorsteher des Klosters Baumgartenberg gewählt. Weiter folgen in Neustadt die Prälaten Robert Notius 1649 bis 1663, Matthäus Eisenbarth 1663 bis 1684, Alexander Standhartner 1684 bis 1707, und Robert Lang, der weit in den nächsten Zeitraum hinüberreichte.

Es ist ein ehrendes Zeichen für das Stift, daß eine Anzahl seiner Vorsteher von anderen Zisterzienserklöstern zur Leitung derselben auserwählt wurde. Das Neukloster hatte von dem Georgsorden, der seinem Ende entgegenging, die Kreuzhöfe mit der Verpflichtung übernommen, den Gottesdienst in der Burg zu besorgen. Es geschah dies durch Vermittlung des Jesuitenkollegiums von Graz (1608), an welches die Güter des Georgsordens übergegangen waren. Das Neukloster verkauft diese Höfe, da deren Bauzustand sich recht verschlechtert hatte, nachdem es in langen Verhandlungen die Zustimmung Kaiser Ferdinands II. hiezu erlangt hat, am 4. Februar 1625 an Hans Georg von Kienburg. Dieser soll hiefür 3000 Gulden zahlen, einen Altar in der Klosterkirche errichten und weiter 10.000 Gulden erlegen. Das Kloster beabsichtigte nämlich für die Übernahme des Gottesdienstes in der Burgkirche diese Summe als Sicherung zum Ersatz der Auslagen anzulegen, die dem Kloster aus dieser Verpflichtung erwuchsen. Schließlich muß der Käufer geloben, die Höfe nicht an einen Unkatholischen zu verkaufen. Die schweren Bedingungen ruinierten Kienburg; er konnte denselben nicht nachkommen; nach seinem Tode kam es zu Streit, und 1650 schloß das Neukloster mit den neuen Besitzern, den Brandisschen Erben, einen Vergleich, dessen Hauptpunkt dahin ging, daß statt der vereinbarten 10.000 Gulden jährlich 400 Gulden von der Herrschaft Kottlingbrunn an das Neukloster zu zahlen kommen. Die Summe ist ablösbar und ersetzbar.

Im Jahre 1662 kaufte das Neukloster den Strelzhof von dem Domkapitel des Bistums Seckau. Mit der Stadt gab es ein paar Streitigkeiten auszufechten. Die erste wurde durch einen Vergleich vom Jahre 1629 beigelegt. Das Neukloster hatte sich mit dem Tätz von der Stadt abgesondert und denselben eigens von der Landschaft (um 50 Gulden auf 4 Jahre) gepachtet. Man kommt dahin überein, daß während dieser Pachtperiode das Kloster für das, was es über die 50 Gulden verleutgebe, den Tätz mit einem Drittel Nachlaß, wie man es gegenüber den Bürgern halte, an die Stadt entrichte. In Jahren schlechter Weinernte dürfe das Kloster auch wie die Bürger gekaufte Weine einführen, und zwar bis zu 100 Eimer. Im Jahre 1649 wird dem Neukloster sogar die Einführung von 199 Eimer Wein aus Eisenstadt erlaubt, und im Jahre 1650 gibt der Rat dem Kloster die Bewilligung für unbeschränkte Weineinfuhr, um die Wiedererhebung desselben zu fördern, da es durch einen Brand (22. März 1649) heimgesucht worden war. Auch weiterhin kam es wegen der Weineinfuhr des Neuklosters noch zu kleinen Auseinandersetzungen. Eine Reibung mit der Stadt entstand wieder

wegen der Schafzucht des Klosters (1654), die gemindert werden müsse: die Schafe dürfen die Zahl 300 nicht übersteigen. Dagegen wird dem Neukloster gestattet, einen Stadel vor dem Ungartore zu erbauen (1664), den Zwingler an dem Kloster zu übernehmen (1665), einen Garten dortselbst anzukaufen, da es sonst keinen Rekreationsort habe (1667). Ein Streit mit der Gemeinde brach wieder im Jahre 1681 aus, als der Abt Matthäus zur Erbauung eines Schafstalles Wiener Handwerksleute, einen Maurermeister mit seinen Gesellen, aufnahm. Die Stadt verweigerte den Gesellen den Eintritt und mußte erst durch einen Befehl Kaiser Leopolds zur Nachgiebigkeit gezwungen werden. Der Abt verspricht, in Hinkunft nur einheimische Gewerbsleute zu beschäftigen. Im Jahre 1694 erhob sich neuerdings ein Streit mit der Stadt wegen des Haltens und Aufhaltens von Vieh; doch wurde derselbe noch in dem nämlichen Jahre geschlichtet. Auch der Streit wegen einer Sperre nach dem Tode des Pfarrers von Sollenau (Passauer, 1709), der hier im Neukloster gestorben war, sein Vermögen aber in einem Bürgerhause hatte, fand durch Vergleichung ein rasches Ende.

Ein Streit des Neuklosters und der Stadtgemeinde mit dem Inhaber der Steinhofmühle Johann Haß von Hochburg wegen des Mühlwassers für die Klostermühle (1677) wurde durch eine Kommission unter dem Vizedom Friedrich von Kriechbaum ausgetragen. Im Jahre 1669 half das Stift dem hiesigen Deutschordenshause mit zwei Anlehen von je 10.000 Gulden aus, ein Zeichen seines Wohlstandes und seiner guten Wirtschaft!

An Stiftungen für das Neukloster haben wir in unserer Zeit zu nennen: 1641 widmet Marie von Questenberg in Vollziehung des Willens ihres Vaters 1000 Gulden, denen sie selbst noch 200 Gulden zuschießt, für Seelenämter in der Klosterkirche. Die Armen, welche diesen Ämtern beiwohnen, werden vierteljährig mit 3 Gulden beteiligt. 1645 stiftet die Witwe Anna Maria Wudägg zwei wöchentliche Seelenmessen auf Grund des Testaments ihres Mannes. Sie widmet hiefür einen Weingarten zu Kreutz und eine Wiese von vier Tagwerk vor dem Ungartore. 1647 stiftet Matthias Wägele von Walsegg die Lorettokapelle, wozu er einen Betrag von mehr als 8000 Gulden in einem Schuldschein dem Abte Bernhard übergibt. Im Jahre 1664 vermacht Georg Lorenz in seinem Testamente dem Neukloster 300 Gulden auf einem Hause für ein ewiges Licht in der Frauenkapelle der Klosterkirche. Ein Legat: ein Acker stammt 1657 von dem Rittmeister und Bürger Johann Schulz-Morlin.

Das Jahr 1683 hinterläßt uns ein Inventar über die Wirtschaft, die bei dem Kloster in Wiener Neustadt selbst, ferner auf dem Strelzhof und auf Dachenstein betrieben wurde. Es sind die Haus- und Speisegerätstücke (Silber), die Vorräte an Wein, an Getreide aller Art aufgezählt; es ist der Viehstand beschrieben und es ergibt sich, daß man das Stift mit einem Großgrundbesitzer vergleichen kann.¹⁾ Dabei ist bemerkt, daß dieser Besitz dasjenige darstellt, was nicht in die landesfürstliche Sperre genommen wurde. Es war ja die Zeit, wo der Staat sich zur Deckung seiner Erfordernisse für den Krieg an die Klosterschätze hielt.

Das Kloster der Pauliner hier erfreute sich gleichfalls wirtschaftlichen Gedeihens, und die Stadt kommt ihnen gern entgegen. Im Jahre 1614 steuert der Rat 20 Gulden für den Bau einer neuen Orgel bei, 1636 wird ihnen, weil sie so fleißig beim Gottesdienste ausgeholfen haben, „ein Trunk Wein verehrt“, 1641 wird ihnen ein Ausstand von 112 Gulden nachgesehen (Ungelt). Freilich ging es auch nicht ohne Reibungen ab: Sie hatten 1642

¹⁾ Der Weinvorrat wird auf 2400 Gulden geschätzt; die Getreidevorräte betragen über 16 Mut; es sind 8 Pferde mit Wagen und Geschirren da, 35 Stück Rindvieh, 618 Schafe, 24 Schweine.

Weingärten ohne Wissen des Rates von Bürgern erkauft; sie wurden erinnert, dies zu unterlassen; sie hatten ebenso einen Stadel von einem Bürger gekauft: der Kauf wurde für ungültig erklärt, der Bürger auf 3 Tage in den Ratsturm erkannt. 1651 zeigten sie den Ankauf eines Stadels und Gartens vor dem Ungartore dem Rate an und erhielten ohne weiteres die Zustimmung. In demselben Jahre werden sie um die Auszeigung eines „Orts“ zur Errichtung eines Meierhofes bittlich, den sie bisher im Kloster-raum hatten. Derselbe wurde in eine erkaufte Hofstatt vor dem Ungartore verlegt. 1652 läßt ihnen der Rat den halben und auf neuerliches Ansuchen den ganzen Tätz nach. 1665 wird ihnen bewilligt, zwei Äcker, zusammen sechs Joch, hinter der Zeiselmauer, gegen Revers zu kaufen. Ihre Bitten um Gestattung von Weineinfuhr werden gewöhnlich bewilligt (1686, 1690, 1694, 1696, 1698, 1703). Am Gotteshause der Pauliner wurden in unserer Zeit mannigfache verschönernde Neuerungen vorgenommen. Im Jahre 1637, wo man auch das Kloster neu herstellte, wurde die Kirche vergrößert, eine Kapelle dazugebaut, die Kapelle Mariahilf, in welcher das Bild Mariens von Czenstochau angebracht war. Der Bau wurde 1641 vollendet, und schon 1642 wurde eine neue Kapelle angeschlossen, die Annenkapelle, und reich ausgestattet. Die ganze Kirche wurde im besten Stande erhalten, so daß sie sich auch, wie es 1650 einmal heißt, des Zuspruches der Mitglieder des kaiserlichen Hauses rühmen konnte. Von den Stiftungen für die Pauliner führte eine zu einem harten Streite mit der Stadtgemeinde.

Im Jahre 1647 hatte die Witwe Veronika Ainacker über testamentarische Anordnung ihres Mannes außer den gewöhnlichen Feierlichkeiten nach dem Hinscheiden verschiedene gottesdienstliche Handlungen in der Kapelle Mariahilf der Paulinerkirche für 10 Jahre vorgesehen, die Kosten lastend auf der vor dem Wienertore liegenden Steineggmühle, welche dem Kloster übergeben wurde. Der Rat erhob schon gegen diese Übergabe Einspruch, wurde jedoch auf Befehl Kaiser Ferdinands II. verhalten, die Besitzergreifung der Mühle durch das Kloster zu genehmigen, das dieselbe allerdings sofort wieder verkaufen müsse. Es fanden sich auch rasch mehrere Käufer. Einer war bereits mit den Paulinern einig geworden. Da entschlossen sich die Erben der unterdes gestorbenen Veronika im Jahre 1650, die Mühle zurück-zukaufen, was auch zur Durchführung kam und den Streit im Jahre 1651 beendigte.

Im Jahre 1650 setzte Frau Susanna Elisabeth Praitenaicher von Praitenau ein Haus im Grübel als Sicherstellung für eine Messenstiftung in der Annenkapelle der Klosterkirche um 240 Gulden zum Pfande. Vierteljährig sind 2 Gulden zu entrichten. Noch wollen wir einer Stiftung des Bürgers Johann Kaspar Seydl und seiner Frau Maria gedenken: 50 Gulden für zwei heilige Messen, die jedoch in der Lazarettkirche und nur in Zeiten von Kontagion in der Paulinerkirche zu lesen waren.

Im Jahre 1707 geschieht es einmal, daß ein Bürger, der sich gegen die katholische Kirche schwer versündigte, zur Strafe mehrere Sonntage eine heilige Messe bei den Paulinern lesen lassen und ein sauberes Meßgewand beistellen mußte.

Im Jahre 1661 war eine genaue Bestimmung der Grenzen des Pauliner-gutes vorgenommen worden, und im Jahre 1671 ist im Überländbuch der ganze Grundbesitz der Pauliner unserer Stadt außerhalb des Klosters eingetragen. Es sind 24 Joch Äcker, 16 Tagwerk Wiesen, 9 Krautäcker zu 4 Tagwerk, eine immerhin ansehnliche Landwirtschaft.

Mit dem Deutschordenshause wurde zu Beginn unserer Periode eine wichtige Transaktion durchgeführt. Der Komtur Hans Kowenzl suchte im Jahre 1594 an, den Garten des Ordens, der bisher durch eine Gasse

von dem Hause selbst getrennt war, unmittelbar an das Ordenshaus heranzuziehen, wie oben bemerkt. Ein Brunnen, der mitten in dem jetzigen Garten stand, kam nun halb in den neuen Garten, halb in die neue Gasse und wurde den Stadtbewohnern dienstbar. Dieser Vorteil bewog den Rat, dem vorgelegten Plane zuzustimmen und die ohnehin blinde Gasse zu verlegen. Von Zwisten mit der Stadt ist zu erwähnen eine Klage des Ordens vom Jahre 1652, daß die Stadt Holz auf Ordensgrund geschlagen. Die Stadt bekennt den Fehler und macht den Schaden gut. Ein Streit wegen des Leutgebens im Ordenshause und wegen der Abgaben dafür zieht sich länger hin, 1682 bis 1685, und endigt mit der Anerkennung der vollständigen Abgabefreiheit des Hauses in dieser Beziehung. 1698 erhebt die Stadt eine Klage, daß der Orden Äcker und Wiesen, welche die Bürger seit langer Zeit in Bestand hatten, nun gekündigt und an Fremde verpachtet habe. Es erfolgt jedoch hierüber keine Entscheidung und mag die Sache gütlich beigelegt worden sein.

Der Georgsorden geht seinem Ende entgegen. In unserer Stadt war ihm von dem längst verkauften Schwärzerhof nur ein Grunddienst von 5 Gulden, das Fischereirecht und das Recht geblieben, daß das ihm notwendige Getreide in der Mühle unentgeltlich gemahlen werde. Sein Besitz wurde dem Jesuitenkollegium in Graz übergeben.¹⁾

Von den neuen in unserer Stadt angesiedelten Klostergenossenschaften sind in unserer Periode zuerst die Kapuziner zu nennen. Die Kaiserin und Erzherzog Ferdinand von Steiermark hatten deswegen im Jahre 1618 eine Zuschrift an den Rat gerichtet. Dieser gab seine Zustimmung und verhandelte mit dem Orden. Es wurde demselben das noch stehende Presbyterium der ehemaligen Minoritenkirche zu St. Jakob und ein Teil der Baulichkeiten des alten Klosters übergeben, die freilich in wenig einladendem Zustande waren.

Am 14. März 1623 wurde eine Stiftungs- und Vertragsurkunde zwischen den Vertretern des Kaisers und Landes, des Bistums Wiener Neustadt, des Stadtrates und des Ordens ausgefertigt. Als Vertreter des Kaisers erscheinen Johann Balthasar von Hoyos zu Stixenstein etc., Jakob de Espada, niederösterreichischer Kammerpräsident, Ordensritter, Johann Christoph Teufel, Hofkammerrat und Hofkriegsratsmitglied, damals zugleich Hauptmann in Wiener Neustadt; Vertreter des Bistums war natürlich der Offizial Matthias Geißler. Die Stadt war vertreten durch die zwei ersten Mitglieder des inneren Rates: David Pordt, zugleich Obergrundbuchshandler, und Wilhelm Leopold Kaiser; der Kapuzinerorden durch den Provinzial Romanus Lauctensis und die Brüder Eusebius und Cherubin. Das Kloster soll ummauert werden; doch falle diese Arbeit dem neuen Kloster selbst zu. 1624 werden jedoch die Kapuziner bei der Stadt bittlich, ihnen bei der Einrichtung ihres Klosters durch Ziegelzufuhren behilflich zu sein. Auf Anregung des Rates übernahm sodann die Bürgerschaft bereitwillig unentgeltlich solche Fuhren. In dem Reste der alten gotischen Minoritenkirche war vielleicht das Gewölbe schon herausgeschlagen, denn der Bau war ja bestimmt, ganz demoliert zu werden. Die Kapuziner ließen nun etwa in der Hälfte der früheren Höhe ein neues Gewölbe zeitgemäß und einfach herstellen und — eigentümlicherweise — ihr Gotteshaus nach Westen orientieren, den Hochaltar an der Sonnenuntergangsseite anbringen!

Der Orden war gut aufgenommen, sein Gottesdienst gern und stark besucht; ja dieser Umstand scheint sogar eine kleine Eifersucht im Bischofs-

¹⁾ S. u.

hofs erregt zu haben: Im Jahre 1664 wandte sich der Bischof selbst mit einem Zuschreiben an den Rat, die Fröhpredigt bei den Kapuzinern abzustellen. Der Rat antwortet darauf abweisend.

Der Höhepunkt für klösterliche Neuschaffungen in unserer Stadt liegt in den sechziger Jahren unserer Periode. Zu Anfang des Jahres 1663 hatte die Priorin des Karmeliterinnenklosters St. Joseph in Wien für die Gräfin Maria Euphrosyne Zaradeck (Zahradetzky) an den Rat von Wiener Neustadt geschrieben, daß diese Frau ein Karmeliterinnenkloster in Neustadt gründen wolle. Der hiesige Rat wies in seiner Antwort darauf hin, daß die Stadt eine Grenzfestung gegen die Ungarn und Türken und wenig geeignet zur Unterkunft für Frauen sei. Man bedürfe mehr der Männer. Auch betonte die Rückschrift, daß man keine kirchlichen Anstalten aufnehme, die von Privaten gegründet seien. Nicht minder wurden die wirtschaftlichen Nachteile solcher Gründungen beleuchtet: ein gleiches früheres Ansuchen der Nonnen von Kirchberg am Wechsel sei ebenfalls abschlägig beschieden worden. Da wendete sich die Kaiserinwitwe Eleonore, die vielleicht schon vom Anfang an hinter der Sache stand, die eben im Jahre 1663 in einer Krankheit für ihre Gesundung ein solches Kloster zu gründen gelobt hatte, in der Angelegenheit selbst an den hiesigen Stadtrat. Dieser stellte am 5. Juli 1663 eine Anzahl Bedingungen für die Einnehmung der Karmeliterinnen des Ordens der seraphischen Jungfrau Theresia auf: Die Bewilligung für die Errichtung des Klosters muß vom Kaiser erwirkt werden; die Bürgerschaft darf durch das Kloster in nichts geschmälert werden; dasselbe darf keine Kaufweine einführen, darf nicht leutgeben, darf keine Grundstücke erwerben, keine Wirtschaft führen; zu seiner Unterkunft darf es keine Bürgerhäuser, sondern nur Freihäuser an sich bringen. Die Verhandlungen auf Grund dieser Vorschläge dauern fort, und am 11. Dezember desselben Jahres gab Kaiser Leopold schon die Bewilligung für das Einziehen der Karmeliterinnen in Wiener Neustadt, da die Gründungsmittel sicher und genügend seien, und die Stadt vor jedem Schaden bewahrt bleibe. Dem Orden gelang es, das Freihaus deren von Puchhaim¹⁾ in der jetzigen Herzog-Leopold-Straße zu erwerben, das allerdings etwas baufällig war. Der Stiftung der Kaiserin, neben welcher die Gräfin Zaradeck als Mitstifterin erscheint, stand nun nichts mehr im Wege. Des Hauses Herrichtung für das Kloster wurde sofort in Angriff genommen. Die Nonnen warteten jedoch nicht die Vollendung der Arbeit ab. Sie kamen am 17. März 1665 nach Neustadt und bezogen unterdessen ein Freihaus in der Neunkirchnerstraße,²⁾ das die Gräfin Zaradeck eben im Jahre 1663 vom Grafen Erdödy gekauft hatte und natürlich den Klosterschwernern bereitwillig überließ. 1667 eximierte Papst Clemens IX. das Kloster von der Jurisdiktion des Bischofs von Neustadt; den Grundstein zur Klosterkirche legte Kaiser Leopold am 2. September 1668. Währenddessen war die Gräfin Zahradetzky selbst in den Orden eingetreten und brachte demselben das Erdödysche Freihaus zu, das noch immer den Wohnsitz der Klosterjungfrauen bildete. Ein gütlicher Vergleich mit der Stadt vom 17. April 1668 schuf neue Verhältnisse. Die Stadt übergibt dem Kloster vier Bürgerhäuser, eines davon mit Gärtchen, und den Stockturm mit seinem Hofe,³⁾ jedoch ohne die zu jenen Häusern gehörenden Äcker. Dagegen übergibt das Kloster der Stadt das Erdödysche Freihaus samt Gärten und zahlt noch 800 Gulden. Doch können die Nonnen in dem Erdödyschen Hause noch bis zur Vollendung des Klosterbaues verbleiben.

1) Herzog-Leopold-Straße 19 und 21.

2) Neunkirchnerstraße 22.

3) Im westlichen Teile der ehemaligen Judengasse, auf dem Boden von Haggenmüllergasse 18.

Den obdachlos gewordenen vier Bürgern verspricht der Rat binnen Jahresfrist andere Wohnungen zu verschaffen; unterdes seien sie im kaiserlichen Renthof unterzubringen. 1671 kauft das Kloster noch ein „Ort“ an einem Nachbarhause.

In dem Kloster war, als die Gräfin Zahradetzky, geborene Löbl, eintrat, schon ihre Schwester Susanna Felizitas Löbl als Ordensschwester; diese wollte, daß ein Karmelitermannskloster in Neustadt errichtet werde. Sie trat auch 1665 mit dem Prior des Karmeliterklosters in Wien in Verbindung, der seinerseits sich deswegen wieder an die Kaiserin Eleonore wendete. Es wurde geltend gemacht, daß das Nonnenkloster des religiösen Beistandes seiner Ordensbrüder dringend bedürfe. Wohl konnten weder beim hiesigen Stadtrate noch bei dem Bischof von Wiener Neustadt diese auch von der Kaiserin vorgebrachten Gründe verfangen. Der Rat erhob Gegenvorstellungen beim Kaiser, verlangte genaue Auskunft über die Geldmittel für diese Neugründung. Auch der Bischof äußerte einige Bedenken. Aber nach diesen Eingaben vom November kam schon am 4. Dezember 1665, nachdem der niederösterreichische Landesregent, Adam Anton Grundemann von Falkenberg, einzelne Bedenken zerstreut hatte, der Befehl Kaiser Leopolds, die Karmeliter in der Stadt aufzunehmen. Man kam jedoch dem Befehl nicht ohne weiteres nach. Am 26. Jänner 1666 schrieb des Kaisers Kämmerer, Heinrich Markgraf von Grana, Graf zu Carrato, mahnend an den Rat von Neustadt, der jedoch ablehnend antwortete. Als die Karmeliter am 6. April 1666 ein Freihaus angekauft hatten, gab der Rat seinen Widerstand auf, und der Orden verpflichtet sich mit Revers, der Stadt nicht beschwerlich zu fallen, nichts gegen deren Freiheiten zu tun und, falls ihm ein Bürgerhaus zu erwerben gestattet würde, dafür ein Freihaus herzugeben. Die Karmeliter, Barfüßer, hatten das Graf Nadasdysche Freihaus in der Ungargasse¹⁾ an sich gebracht. Noch im Sommer des Jahres 1666 gab der Kaiser dem Orden die Erlaubnis, dieses Haus mit dem Renthof in der Pognergasse zu vertauschen und dort die Kirche und das Kloster zu erbauen. Im Jahre 1667 erhielten die Karmeliter hier einen besonders ausgiebigen Zuschuß, eine ganz bedeutende Begabung; und die Urheberin des Strebens der Karmeliter, nach Neustadt zu gelangen, die Klosterschwester Susanna Felizitas Löbl, ermöglichte es ihnen durch ihre Vermittlung, ein neues Haus²⁾ zu erwerben. Sie tauschten es bald gegen das Deutschordenshaus ein, das in der Nachbarschaft des Renthofes lag. Die Karmeliter mußten sich jedoch verpflichten, den Stadtturm und die Stadtmauer frei zu halten. Ein Durchgang durch die Ringmauer wurde unter den gewöhnlichen Vorsichtsbestimmungen gestattet. Auch ein „Türmlein“ bei dem Eckturm wurde ihnen zu Hauszwecken überlassen. Im Jahre 1682 wurde ein weiterer Tausch mit der Gemeinde durchgeführt. Diese übergibt dem Kloster sechs dem Deutschordenshause benachbarte Bürgerhäuser, jedoch ohne Äcker, und das an der Stadtmauer gelegene Haus des Marienaltars vor dem Chor, vorbehaltlich der Genehmigung des Bischofs. Dafür tritt das Kloster der Gemeinde den alten Renthof mit Gartel, weiter zwei Tagwerk Wiesen in den Zehnern und sechs Joch Äcker am Neunkirchnerweg ab und zahlt 2350 Gulden. Diese Grundstücke gehörten jedoch in das Grundbuch des Rentamtes und hätten dieselben ohne Einwilligung des Rentmeisters gar nicht weggegeben werden dürfen. Die Stadt hatte wohl dem Kloster bedeutet, es müsse in dieser Richtung selbst die Ordnung herstellen. Aber im Jahre 1684 verlangte das Rentamt doch Bericht und Aufklärung über das Vorgehen des Rates. Die Bemängelung wurde im Jahre 1686, als die Karmeliter um Ratifizierung des Geschäftes

¹⁾ Ungargasse 9.

²⁾ Haus Bahngasse 3.

ansuchten, vom Kaiser aufgehoben und der Tausch genehmigt. Erst jetzt war der Weg frei, an den Bau des Klosters zu gehen; der Grundstein zur Kirche wurde gar erst im Jahre 1697 gelegt.

Sonst haben wir über das Karmeliterkloster nur noch einige wirtschaftliche Nachrichten: Bewilligungen von Weineinfuhr (1686, 1692, 1698, 1701, 1706). Im Jahre 1705 erhalten sie vom Rate die Erlaubnis, ein armdickes Loch durch die Stadtmauer zu brechen, um Wasser ihrem Fischhalter zuführen zu können. Das Wasser haben sie von dem Korduanmacher Johann Bartl, dem das Kloster dafür eine Baulichkeit erlaubt. In demselben Jahre gestattet der Rat den Mönchen, das obere Zimmer des dem Kloster zunächst gelegenen Stadtturmes bis auf Widerruf zu benützen. Eine ausgiebige Stiftung kam dem Orden aus dem Testamente des Sartorius zu: 1200 Gulden für zwei wöchentliche Seelenmessen (schon 1661).

Von viel größerer Wichtigkeit als die Ansiedlung von Karmelitern und Karmeliterinnen war für unsere Stadt das Einziehen von Jesuiten. Wiener Neustadt hatte schon ein paarmal mit den Jesuiten, speziell mit dem Kollegium derselben in Graz, zu tun. An dieses waren nämlich die Besitzungen des erlöschenden Ritterordens des hl. Georg übergeben worden. Eine Kommission derselben begab sich 1606 nach Wiener Neustadt, übergab die Kreuzhöfe des Ordens an das Neukloster, welches dagegen, damit der Gottesdienst in der Burghirche ordentlich versehen werde, die Besorgung dieses Gottesdienstes übernahm. Weiter war die Stadt mit demselben Kollegium in den Jahren 1647 und 1651 wegen Weinfuhren in Briefwechsel getreten. Im Jahre 1665 richtet der Vorsteher des Wiener Hauses der Gesellschaft Jesu eine Zuschrift an den Rat unserer Stadt, daß Erzherzog Leopold Wilhelm ein Jesuitenkollegium in Wiener Neustadt errichten wollte, aber vom Tode ereilt worden sei. Da die Mittel vorhanden seien, bittet er um Auszeichnung eines Grundes für das Ordenshaus. Der Rat weist auf die Notwendigkeit der Zustimmung des Kaisers hin. Diese erfolgte schon am 16. Februar 1666 mit dem Bedeuten an die Stadt, der Errichtung alle Förderung angedeihen zu lassen. Hierauf stimmt auch der Rat dem Plane zu; und schon am 8. Juni 1666 bittet der Vorsteher des Wiener Kollegiums um die Bewilligung, ein Haus in der Keßlergasse zur Erbauung der Schulen¹⁾ zu erwerben. Denn deren Errichtung in Verbindung mit ihrem Hause war ein Hauptzweck für ihre Niederlassung hier. Der Orden entfaltete ja überhaupt eine ganz außergewöhnliche Tätigkeit für die Verbreitung, Wiederherstellung und Festigung des reinen Katholizismus und wendete hiefür alle tauglichen Mittel an. Im Jahre 1667 erhielt der Orden auch die Zustimmung des Bischofs und die Erlaubnis des Rates, seine sonntägige Christenlehre in der Pfarrkirche abhalten zu dürfen. Unterdessen stieg der stattliche Bau des Kollegiums auf. Der Orden hatte die alten Freihäuser der (Stubenberg), Wolfenreut, der Ungnad und Teufel²⁾ in der Neunkirchnerstraße erworben, einen ganz ansehnlichen Raum. Die Kirche wurde im reichen Jesuitenstil aufgeführt. Die Schulgebäude wurden im südlichsten Teile³⁾ des Grundes eingerichtet. Schon im Jahre 1669 empfand man die Notwendigkeit einer Erweiterung des Kollegiums, und der Rat bewilligte neuerdings den Kauf von einem Teile eines Bürgerhauses,⁴⁾ das der Rat sogar am 22. März 1669 als frei erklärte! Und nun bestand eine Jesuitenschule in unserer Stadt. War es auch nur eine niedere Schule, so bedeutete sie doch einen ganz wesentlichen Fortschritt gegenüber den bisher bestehenden Lehranstalten. Sie hatte 5 Klassen. Der

1) Haus auf dem Grunde Keßlergasse 18.

2) Wehinger, Weispriach, hat seine Besitzer oft gewechselt.

3) Neunkirchnerstraße 19.

4) In Keßlergasse 18.

Hauptgegenstand war wieder Latein, und es waren an allen solchen Schulen 3 Klassen der Grammatik, die 4. Klasse der „Poesie“, die 5. der Rhetorik gewidmet. Es sollten eben Redner, Männer, die ihre Meinung, ihre Überzeugung in ordentlicher Form verteidigen konnten, dort herangebildet werden. Zu den Grammatikklassen kann allenfalls noch eine Vorbereitungs-klasse kommen. Bei dem Fleiße und bei der Organisation der Ordensmitglieder ist es nicht zu verwundern, daß die alte lateinische Bürgerschule bald ganz in den Schatten gestellt war, und daß auch die Kinder der Stadt allmählich immer mehr sich der neuen fortschrittlichen Lehranstalt zuwendeten. So erfahren wir, daß im Jahre 1702 die Kischingerstiftung an zehn Schüler des Jesuitenkollegiums — Rektor Johann Sägl — verliehen worden, und zwar an lauter hiesige Bürgerkinder, da keine Polen unter den Bewerbern sind. Was die wirtschaftliche Seite des Ordenshauses betrifft, so kam der Rat, dessen Söhne ja auch die Schule der Gesellschaft Jesu besuchten, dem Orden oft genug entgegen. Schon 1669 wird demselben erlaubt, zur Erweiterung des Kollegiums einen Teil eines Bürgerhauses anzukaufen, wenn auch hinzugesetzt wird, daß diese Zustimmung den Freiheiten der Stadt unpräjudizierlich sei. Brennholz für die Schule wurde wiederholt gegeben (1667, 1669 und öfter); die freie Hereinführung von Wein ist bewilligt (1676, 1678, 1680, 1693, 1695 usw.). Dagegen drang der Plan des Kollegiums, das Haus zum goldenen Hirsch anzukaufen, trotz langen Verhandeln (1680 bis 1684) nicht durch: der Rat weigerte sich, den Kauf zu genehmigen. Gegenüber Ungarn hatten die Ordenshäuser die Maut-, Aufschlags- und Dreißigstfreiheit, und zum Schutze dieser Freiheiten erging im im Jahre 1707 ein eigener kaiserlicher Befehl. Im Jahre 1708 verlangt ein kaiserlicher Erlaß an Neustadt einen Bericht, da ein Mitglied der Gesellschaft Jesu in Wiener Neustadt eine „unbesonnene“ Predigt gegen die Juden gehalten habe.

Das Ordenshaus brachte auch Grundstücke zur Nutznießung an sich; schon im Jahre 1667 wurde dasselbe vom Bischof Lorenz von Wiener Neustadt mit jenen Gütern belehnt, die das Bistum vorher dem Teufel von Krotendorf überlassen hatte: es waren Äcker zu Mitterndorf, Gehölz in Klingenfurt, Wiesen zu Fischau, zu Walpersbach und Mitterndorf; auch den Wildbann dortselbst.

Wir haben auch in unserem Zeitraume ein paar Anmerkungen zu machen über den Aufenthalt fremder Klosterpersonen. Es sind gewöhnlich Flüchtlinge wegen Kriegsgefahren. So sind im Jahre 1610 flüchtige Kapuziner in in der Stadt, denen ein Haus zur Wohnung angewiesen wird. In demselben Jahre kommen die Klosterjungfrauen des Konvents St. Klara von Tyrna flüchtig nach Neustadt. Der Rat gibt ihnen eine Wohnung und erläßt ihnen zugleich den Zins für zwei Monate und gibt ihnen eine kleine Unterstützung (von 10 Gulden). Im Juli des nächsten Jahres erlaubt ihnen der Stadtrat, das St. Peterskloster hier zu bewohnen, unterstützt sie auch bei der Herichtung der Wohnungen daselbst. Noch drei Jahre später (1623) sind sie hier, bitten um eine Unterstützung in Getreide oder Wein. Der Rat wendet ihnen 50 Gulden zu (9. November). Im Jahre 1671 weilen hier Dominikanerinnen aus St. Andrä im Lavanttale. Der Rat überläßt ihnen mietweise das ehemalige Rindsmaulsche Freihaus hinter dem Bischofshofe¹⁾ auf ein Jahr (um 75 Gulden).

Über die Beziehungen der Stadt zu auswärtigen Klöstern ist zu erwähnen: Die Verbindung der Stadt mit dem Kloster bei Katzelsdorf ist uns bekannt. Eine ganz eigentümliche Anknüpfung lernen wir im Jahre 1593 kennen.

¹⁾ Frauengasse 4.

Da kommt ein Erlaß Rudolfs II. an den Rat von Wiener Neustadt: Der verstorbene Hans von Weispriach habe unbefugterweise das Barfüßerkloster hinter Katzelsdorf an sich gebracht und dort ein Prädikanten- und Schulwesen eingerichtet. Das solle nun wieder aufgehoben, das Kloster zurückgenommen werden, wozu als Kommissäre der Erbruchsß Christoph von Buchheim und der Rat Georg Bernhard Urschenpeck bestimmt seien. Im Falle der Weigerung sei Gewalt anzuwenden; und die Stadt Neustadt wird aufgefordert, den Kommissären Beistand zu leisten. Wir finden weiterhin Franziskaner in diesem Kloster, und Neustadt kommt für dieselben nur als ein Unterstützender in Betracht. 1611 erhalten sie 10 Metzen Getreide, 1619 werden ihnen 10 Gulden gespendet; und diese Spende kehrt öfter wieder. In öfteren brieflichen Verkehr mit der Stadt treten auch die Nonnen zu Kirchberg am Wechsel. 1647 bitten sie um freie Passierung von 60 Eimer Ungarwein, namentlich für Gäste, da ihre diesseits bei Pottschach, Flatz, Gloggnitz gebauten Weine nicht gut seien. Zu Anfang der fünfziger Jahre suchen sie wiederholt vergeblich um die Erlaubnis an, ihre Niederlassung hier zu gestatten. 1652 beklagen sie sich, daß der Rat ihr altes Freihäusel, in welches kaiserliches Gesinde gelegt wurde, in ein Bürgerhaus verwandeln wolle. Der Rat will, trotzdem keine Gründe für diese Freiheit vorliegen, dieselbe anerkennen; doch werde bei Anwesenheit des Hofes kaiserliches Gesinde auch in andere Freihäuser gelegt.

Als Bittsteller für freie Weinfuhr erscheinen auch die Franziskaner von Mürzzuschlag. Doch halten sich dagegen die Verordneten von Steiermark auf, daß diese Klosterleute für ihre gesammelten Almosenweine eine Ausnahme begehren (1651). Diese erhalten jedoch Schutzbriefe vom Kaiser selbst, so 1652, und Neustadt wird gemahnt, sich daran zu halten. Dagegen erlauben die steirischen Verordneten selbst im Jahre 1653 diesem Bettelmönchkloster 200 Eimer Wein österreichisch oder ungarisch über den Semmering einzuführen. Der Stadtrat ist einverstanden und wünscht nur, daß die Franziskaner von Mürzzuschlag die ungarischen Weine von Neustädter Bürgern kaufen. Die weitere Bewilligung der freien Weinpassierung für das genannte Kloster ist bis über das Ende unserer Periode hinaus urkundlich belegt.

Vereinzelte Ansuchen um freie Weinfuhren liegen noch vor: 1650 vom Kloster Reichersberg, 50 Eimer, 1660 von den Augustinerbarfüßern in Wien, 400 Eimer, 1693 vom Guardian von Neunkirchen, 25 Eimer betreffend. Dagegen beschwert sich 1627 der Abt von Melk wegen Nichtentrichtung des Weinzehents, 1661 die Priorin des Jungfrauenstiftes zum Heiligen Kreuz in Tulln wegen widerrechtlich abgeforderter Maut.

Bei dem religiösen Sinn des Volkes wird es nicht wundernehmen, daß der einfache Bürger, auch wenn er nicht übermäßig bemittelt ist, alle kirchlichen Einrichtungen, Personen, Körperschaften, insbesondere in seinem letzten Willen berücksichtigen zu müssen glaubt: kleine Legate an alle! Das Testament des Ratsfreundes Matthias Kannenberger vom 24. Februar 1651 vermacht zum Beispiel den Armen für das Mitgehen bei der Leiche 10, dem Bürgerspital 25, der Domkirche 15, der Gottesleihnamsbruderschaft 15, dem erbauten Lazarett 15, dem Neukloster und den Kapuzinern je 50 Gulden für Messen, den Paulinern 20, den Franziskanern zu Katzelsdorf 20 Gulden. Auch die letztwillige Anordnung des wenig bemittelten Benefiziaten Christoph Gunzinger vom 22. September 1666 denkt an alle kirchlichen Einrichtungen in unserer Stadt mit kleinen Vermächtnissen. Ebenso das Testament des Chormeisters Philipp Jakob Galler vom 5. August 1684 und jenes der Frau Barbara Frank vom 17. Dezember 1693. Es

widmet dem Neukloster 6, den Paulinern 6 und 10 und 5 Gulden für verschiedene gottesdienstliche Handlungen, der Rosenkranzbruderschaft 5, den Kapuzinern 6 und 5 Gulden, den Franziskanern in Katzelsdorf 6 und 5 Gulden, den Karmelitern 6, den Hausarmen auf die Hand 20, dem Bürgerspital 10 Gulden, der Dreifaltigkeitsbruderschaft zu St. Peter in Wien für einen Kelch 50 Gulden, den Karmelitern in Wien und ihrer Skapulierbruderschaft 4, der Totenbruderschaft bei den Augustinern in Wien 4, der Angst-Christi-Bruderschaft im Profeßhaus in Wien 5, der Anton von Padua-Bruderschaft zum Heiligen Kreuz in Wien 4, der unbefleckten Empfängnisbruderschaft bei den Franziskanern in Wien 3, der Schutzengelbruderschaft bei den Paulinern auf der Wieden in Wien 3, der Liebfrauenkapelle auf dem Friedhofe hier 4, zu Unserer Lieben Frau auf dem Kirchbühel 4 Gulden. Dann folgen Vermächtnisse an weltliche Private, darunter auch der Bürgermeister mit 20 Reichstaler, und ihr früheres „Dienstmensch“ mit 20 Gulden, ihr gegenwärtiges Dienstmensch mit 6 Gulden und zahlreichen Gewandstücken. Was noch allenfalls übrig bleibt, soll die Corporis-Christi-Bruderschaft hier erhalten.

Der Rat hat sogar bei der Verteilung des „Verehrbieres“ auf die kirchlichen Personen und Körperschaften Rücksicht genommen. 1701 werden außer dem Bürgermeister und den Räten, dem Stadtschreiber und dem Bräumeister, dem Forstmeister, dem Dreißiger und dem Ratsdiener noch mit Bier bedacht: der Bischof, der Prälat (Neuklosterabt), die Karmeliter, die Gesellschaft Jesu (beziehungsweise deren Schulrektor), die Pauliner, die Kapuziner und die Franziskaner in Katzelsdorf je mit einem Eimerfaß.

Wir kommen auf die Bruderschaften. Aus der Zeit von 1703 bis 1704 besitzen wir ein vollständiges Verzeichnis der in Neustadt bestehenden Bruderschaften. Es sind die Fronleichnamsbruderschaft, die Rosenkranz- und die Skapulierbruderschaft, die Bruderschaft der fünf Wunden Christi und eine der Todesangst Christi, die Dreifaltigkeitsbruderschaft. 1692 wird auch die Bruderschaft der Priester und Laien genannt, abgesehen davon, daß die stärkeren Zünfte in der Stadt Bruderschaften für sich bildeten, von denen die Handlungsbruderschaft als die bedeutendste hervortritt. Nicht weiter genannt wird die Bruderschaft der Priester und Laien, die noch im Jahre 1692 erwähnt ist. Auch die 1608 einmal genannte Zeche und Bruderschaft zum Frauenaltar ist verschwunden.

Die Fronleichnamsbruderschaft steht wie seit alter Zeit an der Spitze. Im Jahre 1615 werden ihre Artikel erneuert. Aus dem Jahre 1669 ist eine Liste ihrer Brudermeister erhalten, unter denen wir fast durchweg klangvollen Namen begegnen; wie Franz Duria 1608, David Port 1615, Christoph Samson 1618, Dr. Georg Christoph Preydl 1620, Johann Wilhelm Praitenaicher 1623, Hans Schleicher 1625, Andreas Pogner 1628, Wolf Wägele 1630, Hans von Thurn 1636, Christoph Wudägg 1640, Christoph Kischinger 1644, Hans Eder 1648, Andreas Öhrlein 1652, Johann Paul Pleyer 1660, Matthias Eyrl 1664, Michael Stocker 1669. Und es blieb auch weiterhin so. 1702 wird Hans Praitenaicher, 1705 Karl Perger als Zechmeister genannt. Superintendent der Bruderschaft ist der Offizial.

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts werden die Einnahmen der Bruderschaft aufgezeichnet, und wir erfahren, daß dieselbe damals die Mühle am Fluchtgraben und außerdem vier Häuser in der Stadt (zwei auf dem Hauptplatze, eines in der Wienerstraße, eines in der Brottschgasse) und einen Verkaufsladen am Grätzl und zwei Wiesen (eine am Kalten Gang, die zweite im Heutal) besaß. Von diesem Gut nahm die Bruderschaft jährlich 50 Gulden 6 Schilling, davon 43 Gulden 2 Schilling vom Hausbesitz ein. Von der Stadt bekam die Bruderschaft jährlich 5 Gulden von einer Mühle. Was die-

selbe behielt und bebaute, ist hier nicht verzeichnet, wie zum Beispiel der Weingarten der Bruderschaft. Zum Lazarettbau spendete die Fronleichnamsbruderschaft 300 Gulden (1650), dem Chormeister zahlte sie jährlich 33 Gulden. — Im Jahre 1671 teilt die Bruderschaft dem Rate mit (am 23. Februar), daß sie zur Auferbauung des Volkes am Fronleichnamstag während der Prozession eine „Aktion“ durchführen wolle, zu welcher ein „Theater“ zu erbauen. Der Rat gibt hiefür auch einen Beitrag. Es war wahrscheinlich die Darstellung einer Passionsszene; doch hören wir weiter nichts davon. Gegen Ende unserer Periode dürfte die Verwaltung der Bruderschaft sich verschlechtert haben. Wenigstens erhebt der Bischof Puchhaim im Jahre 1696 diesen Vorwurf und erneuert denselben 1698, indem er dem Rate bedeutet, die Bruderschaft anzuweisen, daß sie die Rechnung vorlege. 1699 erklärt der Rat, die Brudermeisterwahl, aus der nur Anhänger des Klerus hervorgegangen, nicht anzuerkennen. Es muß recht unordentlich dabei zugegangen sein; denn sogar der Bischof spricht sein Bedauern über die Vorgänge aus, ist jedoch für die Anerkennung der Wahl, die auch erfolgt. Und so gehen die Bemängelungen fort.

Von der Rosenkranzbruderschaft wird uns aus dem Jahre 1656 mitgeteilt, daß eine Frau Rebekka Mai der Bruderschaft einen Weingarten vermacht habe, der veräußert wird. Erwähnt wird noch öfter die Dreifaltigkeitsbruderschaft, deren Ordnung am 20. Juni 1623 vom Bürgermeister bestätigt wird. Sie enthält Religions- und Sittsamkeitsbestimmungen. Die weiteren Akten über diese Bruderschaften sprechen hauptsächlich von dem Ungehorsam der Mitglieder gegen den Zechmeister: sie wollen nicht regelmäßig erscheinen, wollen namentlich nicht zahlen, so daß der Rat mit Strafen drohen muß. So 1625 und wieder 1644.

Über die Handwerksbruderschaften ist noch einiges zu bemerken. Wir schicken voran, daß die nach Zahl- und Geldkraft schwächeren Handwerke sich bezüglich ihrer kirchlichen Aufgaben vereinigten.

1. Nach mancherlei Bemängelungen einzelner Handwerke wegen ihrer Haltung in religiöser Hinsicht will der Rat im Jahre 1614 die Religionsangelegenheiten aller Gewerbe ordnen. Das Register darüber nennt als Handwerker, die ihre Fahnen, Altäre, ihren Gottesdienst in Ordnung haben, die Bader, Bäcker, Fleischer, Gärtler, Müller, Schneider, Schuster, Zimmerleute, ferner die Handelsleute und Hutstepper zusammen.

2. Handwerke, die Altar- und Gottesdienst aber keine Fahne haben, sind die Binder; die Hammerschmiede, Hufschmiede und Wagner vereinigt; die Weber; die Lederer; die Fuhrleute und Faßzieher vereinigt; die Kürschner, Weißgerber, Tuch- und Kotzenmacher vereinigt. Alle versprechen, bald eine Fahne machen zu lassen.

Weitere Handwerke mit Altar und Gottesdienst:

3. Die vereinigten Huter, Seiler und Sieber. Denselben wird die Herstellung einer Zechfahne vom Rate aufgetragen.

4. Den vereinigten Kurzmesserern, Messerschmieden und Tischlern werden für die Fahne noch zugegeben die Klingenschmiede, Polierer und Schleifer.

5. Die Deckenmacher, Eisenhändler, Gschmeidler und Leinwater tun sich zusammen, um eine gemeinsame Fahne aufzurichten.

6. Den vereinigten Büchsenschiftern, Plattnern und Schlossern werden noch die Feilhauer, Griffelschmiede, Klampferer, Schwertfeger, Sporer und Uhrmacher angegliedert; doch wird ihnen als wenig bemittelten Handwerken die Aufrichtung einer Fahne erlassen.

7. Die Maurer und Steinmetze, die Pflasterer und Ziegeldecker tun sich ebenfalls zusammen, erklären jedoch, derzeit keine Fahne beistellen zu können.

8. Handwerke, die weder Fahne noch Altar noch Gottesdienst haben, die jedoch Altar und Gottesdienst bekommen können, sind, wie sie offenbar vereinigt gedacht werden:

- a) die Barbieri, Beutler, Färber, Hafner, Nestler und Tuchscherer;
- b) die Branntweiner, Fischer, Lebzelter, Leutgeben, Metsieder;
- c) die Kummetsmacher, Riemer und Sattler;
- d) die Kässtecher, Kerzenmacher und Seifensieder;
- e) die Drechsler, Glaser, Goldschmiede, Gürtler, Kupferschmiede, Maler und Zinngießer.

Der Rat wacht auch besonders sorgsam über die Durchführung der religiösen Verpflichtungen: Im Jahre 1614 noch richtet er an eine Anzahl Zechen die Aufforderung, ihre Altäre ordentlich aufzurichten und zu erhalten; er ladet Schlosser und Büchsenmacher . . . und die Maurer und Steinmetze . . . wegen der Schmückung ihrer Zechaltäre vor; und wie die Maurer und Steinmetze 1617 erklären, daß sie nun ihre eigene Fahne haben, weist ihnen der Rat ihren Platz bei der Prozession hinter den Zimmerleuten an. 1622 erklären die Maler, daß sie mit ihrem Gottesdienste unabhängig sein wollen; im nächsten Jahre vereinigen sie sich jedoch mit den anderen oben genannten Gewerben. Der Rat erinnert im März 1615 die Lederer und andere Innungen daran, die versprochene Zechfahne zur größeren Feierlichkeit des Gottesdienstes bis zum Fronleichnamstage fertigen zu lassen. Der Rat straft im Jahre 1621 die Bäcker, Zimmerleute, die Müller und andere Zechen, weil sie ihre Altäre an Festtagen nicht ordentlich beleuchtet hatten. Ebenso 1622. Die Mängel bei den Zechaltären werden in Evidenz gehalten und wird deren Beseitigung gefordert. Im Jahre 1650 bitten die Landkutscher die Gemeinde um eine Beihilfe zur Erhaltung ihrer Kirchenfahne, ihres Altars und Gottesdienstes.

Im Jahre 1700 erstattete der Chormeister einmal die Anzeige, daß sich die „geistliche Zeche“ der Tischler verschiedene kirchliche Exzesse erlaubt habe; der Kirchenmeister legt die Sache bei.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die Bruderschaften auch kirchliche Wertgegenstände besaßen, und daß sie bei der Einziehung des Kirchensilbers durch den Staat auch nicht übergangen wurden. Am 20. Mai 1704 erscheint ein Befehl, daß gegen alle „Bruderschaften, Spitäler-Kommunitäten,“ die mit der Herausgabe des Kirchensilbers zögern, mit Gewalt vorgegangen werden soll; der Rat der Stadt wird beauftragt, alles genau aufzunehmen.

Schon bei verschiedenen Gelegenheiten haben wir bemerken können, daß die Moral des Volkes keineswegs auf gleicher Höhe steht mit dem frommen, religiösen Sinn desselben. Im Gegenteil fallen die Bemängelungen, die — auch auf dem Gebiete der Religion — den einzelnen Gesellschaftskreisen gemacht werden, besonders der nicht untadeligen Moral zur Last. Fluchen und Gotteslästern, zum Beispiel der Fuhrleute (1598), des Volkes allgemein (1638), lästerliches Leben überhaupt (zum Beispiel 1662), Uneinigkeit und Untreue in den Handwerken, gegenseitiges Schmähn und Schelten derselben (zum Beispiel 1599 und öfter) sind an der Tagesordnung und werden gerügt und gestraft. Es macht einen nicht angenehmen Eindruck, wenn kaiserliche Generale nicht bloß das Nichteinhalten der Fasttage, das Arbeiten an Feiertagen, das Dulden von unkatholischen Beamten tadeln, sondern auch auf die mangelnde Ehrlichkeit, auf das Wohlgefallen an unzüchtigen Büchern und Bildern hinweisen (1642, 1652), wenn eine vom Pfarrer in Brückleins einem Neustädter Bürger zur Aufbewahrung gegebene Truhe von diesem beraubt wird (1673). Die zahlreichen Kriden in der hiesigen Geschäftswelt lassen die Vermutung auf einen leichtfertigen

Lebenswandel zu. Es kommt wiederholt vor, daß junge Männer wegen Kartenspiels, wegen Müßigganges gemahnt werden (zum Beispiel 1676). Einem bürgerlichen Huter wird ein Kommissär gewissermaßen als Kurator beigegeben (1677), da er dem Spiel ergeben sei und eine große Summe im Spiele (in Traiskirchen) verloren habe. Ein Ratsbeschluß vom 30. August 1674 beauftragt den Stadtrichter zum Einschreiten, da die Leute in den Vorstadtwirtshäusern weit über die erlaubte Zeit beim Spiel und Trunk sitzen und alle Vorstellungen nichts genützt haben. Ein Erlaß vom 5. Februar 1701 tritt neuerdings gegen das Winkel- und Hasardspiel auf. Die regelmäßigen zahlreichen „Verehrungen“ an höhere Amtspersonen werden vorzüglich durch die Hoffnung auf eine Rücksicht bei einer Umgehung des Gesetzes veranlaßt. Sie machen ganz beträchtliche Summen aus, wie wir wissen.¹⁾ Daß Eheversprechen leichtsinnig eingegangen und dann durch einen längeren Prozeß rückgängig gemacht werden, dafür liegen mehrere Beispiele vor: 1669²⁾, 1704³⁾, 1706.⁴⁾

Der Bruch der ehelichen Treue war wohl alltäglich, wie aus den Akten hervorgeht; doch schritt der Rat auf gemachte Anzeigen auch scharf ein. Ein Tischler, der „mit der Dirn“ in Unzucht gehaust, wird nicht bloß in den Turm erkannt, es wird ihm auch bis zu seiner Änderung der Mautbrief weggenommen. Daß es mit der Moral der Geistlichkeit nicht gut bestellt war, haben wir schon aus früheren Zeiten kennen gelernt, und es ist so geblieben. Daher ist es erklärlich, daß manchmal ein Priester auch von einem Laien hart angegangen wurde. Dem Hermann Hülsthurst, der sein Amt verlassen und dabei das Grundbuch des Benefiziums mitgenommen hatte, wurden mancherlei Insulten angetan, worüber jahrelange Verhandlungen stattfanden (1697 bis 1699). Die moralischen Zustände waren derart, daß im Jahre 1699 eine Prophetie umlief: „Tut Buße, oder Gott wird die Stadt versenken!“

Wenn wir von den Volksbelustigungen sprechen, müssen wir bereits auf das Gebiet der Kunst hinübertreten. Namentlich kommt die Tonkunst dabei in Betracht. Bei Hochzeiten, festlichen Mahlzeiten wird aufgespielt; und bald sind wieder Unbefugte da, welche den Berechtigten das Brot wegnehmen, wie der Erlaß des Erzherzogs Matthias vom 9. September 1609 betont. Und ein Generalerlaß Ferdinands III. verbietet allen, die nicht bei der Nikolai-bruderschaft sind, das Spielen bei solchen Gelegenheiten. Im Jahre 1665 folgt abermals ein Erlaß, daß die Turner und alle Musiker sich bei dem Spielgrafen einverleiben müssen.

Auch auf den Märkten lassen sich die Geiger hören, neben denen freilich Gaukler, Taschenspieler, Würfeldreher u. dergl. ihr Handwerk treiben, so daß der „Spielgraf“ sich beschweren muß (1638). Im nächsten Jahre aber richtet sich ein Erlaß gegen die Musiker selbst: gegen die Trometer, Organisten, Instrumentisten, Lautenisten, Harfer, Geiger, Pfeifer; auch gegen die „Turner“, namentlich in den Städten von Niederösterreich und Oberösterreich. Sie hatten offenbar mit ihrer Kunst Mißbrauch getrieben. Im Jahre 1643 erfahren wir, daß dem Turner eine größere Anzahl Instrumente, wohl für eine kleine Kapelle, zur Verfügung gestellt wurde. Am 10. November wurden ihm übergeben eine Baßgeige, große Posaunen, die Pauken mit Schlegeln und Schlüssel.⁵⁾ Die kleinen Streichinstrumente besaß er wohl selbst.

¹⁾ Ein ungarischer Beamter bedankt sich (1660) für den Trank, aber den Zettelgroschen zu nehmen sei ihnen erlaubt und er könne seinen Gegenschreiber nicht um seine „Akzidenzien“ bringen. Wenn sich aber der Rat bei diesem auch „einstelle“, werde er nicht weiter torquiert werden.

²⁾ LXXIV. 4/9.

³⁾ LXIII. 4/3.

⁴⁾ LXIII. 4a/1.

⁵⁾ H 8. 102.

Außer der Musik gab es noch andere Belustigungen: Maskeraden, Komödien, letztere auch auf den Märkten. Auch das Schlittenfahren mit Geläut wird unter den Volkslustbarkeiten mitgenannt.

Nicht selten werden alle diese Unterhaltungen und Freudenspiele gänzlich verboten; so natürlich bei dem Tode eines jeden Mitgliedes des Herrscherhauses, auch zum Beispiel bei dem Tode der Erzherzogin Cäcilia Renata, Königin von Polen (1644), bei dem Tode der Erzherzogin in Tirol Claudia von Toskana (1649). Einmal, am 8. Jänner 1704, verbietet Kaiser Leopold „bei diesen calamitosen Zeiten alle Komödien, Masquieren und das Besuchen liederlicher Weibspersonen“. Der Sonderbarkeit halber sei noch erwähnt, daß der Rat am 9. Dezember 1697 einer Frau von Neutitschein, einer Seiltänzerin, ein Wohlverhaltenszeugnis ausstellt.¹⁾

¹⁾ Sie sei drei Wochen hier gewesen, habe in der Goldenen Krone gewohnt, durch ihre „künstlichen und zierlichen Darbietungen sattsames Content und Vergnügen bereitet“ und könne ihr auch sonst alles Gute nachgesagt werden.

Kunst und Kunsthandwerk.

Bei dem Eintreten in das eigentliche Gebiet der Kunst haben wir noch einige Worte über die Musik vorzubringen. Wir müssen nochmals auf die Hofkapelle des Erzherzogs Maximilian hinweisen, deren Kapellmeister Ägydius Baßengl (Bassange) noch in unsere Zeit hereinreichte und erst am 1. Mai 1595 das Zeitliche segnete. Von den im ganzen dürftigen Notizen sollen noch einige mitgeteilt werden. Im Jahre 1602 wird Niklas Wolk als Erzherzog Maximilians Tenorist genannt. Weiterhin erfahren wir von einigen Trompetern. Die Trompete scheint ein Lieblingsinstrument der Zeit gewesen zu sein. Im Jahre 1604 heiratet der „ehrenfeste und kunstreiche“ Wolf Hartmann, Instrumentist und Feldtrompeter des Erzherzogs Maximilian, eine Bürgerswitwe in zweiter Ehe. Im Jahre 1614 stirbt Alexander Troscho, Erzherzog Ferdinands „geliebter Musiker“, an einer ihm tückisch beigebrachten Verwundung.¹⁾ 1659 wird Johann Pendler als „kaiserlicher musikalischer Hof- und Feldtrompeter“ erwähnt, ein Zeichen, daß mit dem Tode des Erzherzogs Maximilian der musikalische Sinn in der Burg hier nicht gänzlich erloschen war. Daß auch die Stadt ein Interesse für die Tonkunst hatte, geht indirekt aus einer Widmung hervor: Ein Tonmeister, Paul Udalrici, widmete im Jahre 1650 dem Rate drei „musikalische Messen“, wofür ihm dieser am 31. Mai eine Verehrung (in Geld?) durch den Bürgermeister zuweisen ließ. Und der Organist von Ödenburg, Andreas Rauch, welcher der hiesigen Pfarrkirche im Jahre 1648 musikalische Kompositionen widmet, *currus triumphalis* genannt, bekommt vom Rate zwölf Reichstaler verehrt. Der Organisten haben wir schon anderweitig gedacht. Das Neukloster war in dieser Beziehung schon von der Domkirche getrennt.

Noch kürzer als über die Tonkunst können wir uns über die Dichtkunst fassen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß von den Texten, die für die dramatischen Darstellungen aus dem Gebiete der Religion eine Anzahl in Neustadt selbst entstanden ist: Lehrer, Geistliche, der Stadtschreiber waren für solche und andere poetische Arbeiten zur Verfügung. Doch ist von allen diesen Erzeugnissen, die sich größtenteils mündlich fortpflanzten, gar nichts erhalten. Ebensowenig sind ein paar Widmungen erhalten: im Jahre 1597 widmete nämlich ein Magister Severus dem Rate „carmina“; desgleichen Johann Paul Wittenegg im Jahre 1678. Beide Dichter erhielten Verehrungen in Geld. Doch ist der Verlust dieser poetischen Werke vielleicht nicht groß.

Zu den bildenden Künsten übergehend wollen wir uns zunächst der Maurer- und Steinmetzgilde nähern. Da stößt uns gleich deren Handwerksordnung vom Jahre 1615 auf, vom Kaiser Matthias am 16. März 1617 bestätigt.²⁾ Als wesentlich sei aus den Artikeln hervorgehoben: Wer ein Gebäude geführt hat, muß ein Jahr für dasselbe haften. Ein Meister soll nur einen Lehrling haben, den der Maurer auf drei, der Steinmetz auf fünf Jahre aufdingt; im letzten Jahre der Lernzeit kann sich der Meister schon nach einem anderen umsehen. Bei der Zusammenkunft der Bruderschaft

¹⁾ Tb. *Serenissimi Ferdinandi dilectus musicus, vulnere fraude accepto.*

²⁾ Die Bestätigung hat die Form des Artikelbriefes etwas geändert; der Inhalt ist im wesentlichen derselbe geblieben.

ist die Handwerksordnung vorzulesen. Kein Werkmann noch Meister soll „an der Unehe sitzen“. Wer Hüttenförderung hat, soll ein Meisterstück nach Auftrag der Zunft machen; er soll eine Sparbüchse für die einzulegenden Wochenpfennige haben. Schätzungen erfolgen durch die geschwornen Meister zu Neustadt, auf dem Lande gegen Entschädigung. Ein Gesell kann mit Wissen seines Meisters auch zu einem anderen Meister ziehen. Streitigkeiten sind möglichst in der Zunft selbst auszutragen. Niemand ist aufzunehmen, der nicht katholische Ordnung hält; wer nicht zur Bruderschaft gehört, soll keine Arbeit bekommen. Für das Lernen in Steinwerksachen soll kein Geld entnommen werden.

Zu dieser Ordnung kommen weiter Bestimmungen für die Pallierer und die Gesellen. Die Arbeitszeit beginnt mit Tagesanbruch, von Georgi (24. April) bis Michael (29. September) um 5 Uhr; Frühstück um 7 Uhr, eine halbe Stunde, Mittag um 11 Uhr, eine Stunde, Jause um 3 Uhr, eine halbe Stunde, Arbeitsschluß am Tagesende. Im Winter beginnt die Arbeit um 6 Uhr, Frühstück um 8 Uhr, Mittag um 12 Uhr, keine Jause.

Es wird dann für Meister und Gesellen der Gottesdienst am Fronleichnamstag, der Vorgang mit der Lade beschrieben. Diese muß drei Schlösser haben, deren Schlüssel in Wiener Neustadt ausgeteilt werden. Am Rochustage (16. August) sollen alle in die Kirche gehen; an diesem Tage wird auch den Armen ein Mahl gegeben. Alle Quatember ist ein Seelenamt. Auch über die Unterstützung armer, kranker, über die Verlassenschaft gestorbener Gesellen werden Weisungen gegeben. Dann folgen einige Bestimmungen betreffs Strafen für Ungebührlichkeiten der Gesellen und Weisungen für Vorsicht und Umsicht bei Übernahme eines Baues. Schließlich kommt die Urkunde noch einmal auf die Bruderschaft. Dieselbe soll einen Zechschreiber haben, der mit jährlich 5 Gulden honoriert wird und außerdem jedesmal, so oft ein Meister oder Lehrjunge ein- oder ausgeschrieben wird, 3 Kreuzer bekommt. Die Bestätigung fügt hinzu: Wenn ein Hochgericht erbaut werden soll, muß ein Landesgericht erst 32 Gulden in die Zeche zahlen, wovon die Hälfte der Meister bekommt, der den Bau übernommen hat.

Die Neustädter Steinmetzzeche umfaßte außer der Stadt noch die Handwerksgenossen von Kirchschlag, Schottwien, Neunkirchen, Aichbüchel, Piesting, Leobersdorf, Pottenstein, Ebenfurth, Baden, Gumpoldskirchen, Mödling, Petersdorf, Rodaun, von dem kaiserlichen Steinbruch am Leithaberge, von Deutsch- und Ungarisch-Brodersdorf, von Purbach, Milichdorf, Eisenstadt und Ödenburg. In Baden sowie in dem kaiserlichen Steinbruch am Leithaberge befanden sich gleichfalls Zunftladen des Handwerks, Viertelladen, für welche dieselben Bestimmungen galten, wie für die Neustädter Hauptlade.

Am 11. August 1622 bestätigte Kaiser Ferdinand II., am 13. Dezember 1650 Kaiser Ferdinand III. die Maurer- und Steinmetzordnung von Wiener Neustadt. In der letzterwähnten Bestätigung wird bemerkt, daß die Ordnung mit allen von den Filialen abgesandten Meistern gemacht wurde. Auch werden in derselben die Schutzpatrone der Zunft, die fünf heiligen Steinmetze genannt: St. Claudius, Nikostratus, Symphorianus, Castorius und Simplicius. Als zur Zeche hier gehörig wird noch Himberg genannt. Die nächste Bestätigung ist jene von Kaiser Leopold I. vom 29. März 1689. Da sind schon einzelne Veränderungen vorgegangen. Ganz anders gestalten sich die Verhältnisse im Jahre 1700, wie eine Zusammenstellung aus jenem Jahre erkennen läßt.¹⁾ Da zählt die Lade Wiener Neustadt 14 Meister, davon 6 in der Stadt selbst, nämlich 2 Steinmetze und 4 Maurer; weiter sind 2 Meister in Frostdorf, je einer in Aichbüchel, Lichtenwörth, Piesting, Meiersdorf, Pernitz und Grünbach. Zu Neustadt einverleibte Viertelladen

¹⁾ LVII.

gibt es 7: Neunkirchen, Baden, Pottendorf, Bruck an der Leitha, kaiserlicher Steinbruch, Eisenstadt, Himberg, die sämtlich wieder Meister aus der Umgebung unter sich haben.

Von den aus der hiesigen Maurer- und Steinmetzzeche ausgetretenen Ortschaften ist besonders Ödenburg zu nennen. Die Abtrennung erfolgte um das Jahr 1660. Die hiesige Innung schickte im Jahre 1659 auf Bitten der Ödenburger eine Abschrift der Zunftordnung dorthin. 1685 wurde eine Viertellade in Hainburg errichtet, die dann nach Schwechat verlegt wird. Schon 1675 wollen auch die Maurer und Steinmetze von Petersdorf eine selbständige Lade haben, die von Hietzing bis Leobersdorf reichen und 70 Ortschaften umfassen sollte. Neustadt wehrte sich bis ans Ende der achtziger Jahre, und Petersdorf erreichte sein Ziel nicht. Dagegen gelang es den Maurern und Steinmetzen der Stadt Hainburg, die von 1693 an für ihre Unabhängigkeit arbeiteten, die Lostrennung von Neustadt durchzusetzen. Ein kaiserlicher Erlaß vom 28. März 1699 läßt dies erkennen und zählt die Ortschaften auf, die zu der neuen Zeche gehören.¹⁾

In die Zeche selbst eintretend, nennen wir zuerst wieder die in unserer Periode schaffenden Steinmetzmeister.

Die Solari sind eben zu Beginn derselben vom Schauplatz abgetreten. Der Steinmetz Judi (vielleicht identisch mit Judiz) wird nur mehr in dieser Zeit genannt 1592, und zwar wegen einer Arbeit für die Stadt. Dagegen reicht Marx Pagamin noch einige Jahre in unsere Zeit herüber, und zwar in voller Tätigkeit. Er ist noch im Jahre 1595 bei dem Rathaus- und Turmbau beschäftigt. Er dürfte im Jahre 1597 gestorben sein.²⁾ Hartmann Umsland wird bis zum Jahre 1618 genannt. Er ist Hofsteinmetz; von seinen Arbeiten wird ein Grabstein für Matthias Widmer in der Neuklosterkirche erwähnt. Er geriet wiederholt in Streitigkeiten mit seinen Handwerksgenossen, daß er sich nicht nach der Ordnung halte! Der Steinmetz Paul Canaci wird von 1602 bis 1607 öfters neben dem Steinmetz Valentin Comini³⁾ erwähnt, mit dem er in Streit gerät. Canaci verschwindet im Jahre 1607, Comini 1608. Unter den Streitgegnern erscheint auch der Steinmetz Peter Clar, der 1599 einmal erwähnt wird. Er heiratet hier 1603, hat eine kinderreiche Familie, jedoch nur einen Sohn, der nicht beim Handwerk bleibt. Er stirbt erst 1637; doch wird von seiner Arbeit nichts erwähnt, wohl aber von einigen Streitigkeiten mit Zunftgenossen. 1612 hat er mit seiner Frau Kunigunde ein Haus im Brüderviertel gekauft.⁴⁾ Doch muß es ihm mißlich gegangen sein; er bittet 1629 um eine Tor-schreiberstelle, die er auch erhält. In dieser Stellung wird er noch 1637 erwähnt; aber im Jahre 1634 weist ihm der Rat einmal ein Almosen von 3 Schilling zu, da er krank ist und nichts mehr leisten kann.

Jakob Oktavian Gall, Steinmetz aus Trient, wird schon in den neunziger Jahren genannt; er heiratet die Witwe des Bildhauers Hans Bernhard, dessen Name sonst nicht mehr erscheint. Gall selbst wird noch im Jahre 1617 erwähnt. Der Steinmetz Dionys Giananota starb schon im Jahre 1610 und wird nur einmal genannt.

Philipp Roßmark wird ein einzigesmal noch im Jahre 1617 erwähnt, wobei es sich vor Gericht um eine Ungebührlichkeit eines Lehrjungen handelt.

Ein sehr tüchtiger Meister ist der Steinmetz und Bildhauer Johann Baptist Zelpi, auch welschen Ursprungs, der am 20. Jänner 1598 als

1) Es werden genannt: Wolfsthal, Pern, Hundsheim, Prenkirchen, Kroatisch-Haslau, Schönbrunn, Hallern, Regelsbrunn, Wilfesmayer, Deutsch-Altenburg.

2) 1598 wird er als verstorben erwähnt.

3) Auch Camin, Comin.

4) Haus Bahngasse 20.

Inwohner der Stadt aufgenommen wird. Wegen einer Werkstatt will er sich mit der Witwe des Marx Pagamin vergleichen. Im Jahre 1605 kauft er ein der Stadt gehöriges Haus;¹⁾ er verspricht der Stadt dafür das Neunkirchnertor zu machen. Am 16. Februar desselben Jahres leistet er den Bürgereid. Seine Frau Regina starb 1616, er selbst am 18. August 1618. Er hat viel für die Stadt gearbeitet; aber bei der Rechnungslegung und Zahlung gab es ein paarmal Beanstandungen. So wird schon 1599 ihm ein Abzug gemacht, da ein Teil seiner Arbeit für Weikersdorf gemacht worden sei. 1605 arbeitet Zelpi an der Kanzelmühle, wofür er 185 Gulden erhält.²⁾ 1608 stellt er das Ungartor wieder her und erhält dafür 225 Gulden zugesprochen.³⁾ Eine Nachtragsforderung von 50 Gulden wird abgewiesen (1609). Bald darauf, 1610, ist er mit der Reparatur des Neunkirchnertores beschäftigt, wofür er eine Forderung von 100 Gulden erhebt. 1612 ist er mit Ausbesserungen am Spital beschäftigt. Auch weitere kleine Arbeiten für die Stadt laufen fort: 1614, 1615. Das schönste Werk von Zelpi, das ihm den Charakter eines Bildhauers erwirkt, ist die Herstellung der Kanzel in der Hauptpfarrkirche.

Unser Meister war wie andere seiner Genossen auch wiederholt in Streitigkeiten verwickelt. So 1607 mit dem Steinmetz Valentin Camin (Comini) wegen „Irrungen im Handwerk“, ebenso mit einem Steinmetzgesellen. Auch im folgenden Jahre und im Jahre 1609 geriet er in Streit mit Bürgern wegen Arbeit und Zahlung. Das Ärgste bedeutet übrigens der Fall (1615) mit Frau Barbara Port, die ihm 17 Pfund Wachs übergeben hatte, um ein Bildnis ihres Sohnes Daniel herzustellen, das als ein Gelübde für Mariazell bestimmt war. Zelpi habe das Bild durch seinen Gesellen Hans Jakob Huldi aus Ulm machen lassen; es sei aus Holz geschnitzt, mit Blei ausgegossen. Die Sache wird vor dem Stadtrichter beigelegt. Zelpi muß für das Wachs eine Entschädigung zahlen.

Der Steinmetz Leonhard Holzapfel wird nur im Totenbuche hier gemeldet; er stirbt am 19. Jänner 1620. Hans Lachmann (Lochmann) wird im Jahre 1616 noch als Steinmetzgeselle erwähnt, wird 1617 in das Meisterbuch eingetragen; er ist von Zürich hergekommen, heiratet 1620, das zweitemal 1624; doch wird er weiter nicht genannt, scheint die Stadt wieder verlassen zu haben.

Im Jahre 1617 wird auch Christoph Pöckel als Steinmetz in das Meisterbuch eingetragen. Er heiratet 1619. Von seiner Tätigkeit erfahren wir auch nur durch einige Klagen. Er starb am 25. Februar 1650.

Der Steinmetz Bartholomäus Jahn von Eichstädt heiratet hier im Jahre 1630, hat jedoch wahrscheinlich die Stadt verlassen. Ein Steinmetz Hans Jakob Schneider ist in den Jahren 1634 bis 1644 öfter genannt und hier beschäftigt, und wir lernen ihn aus einigen Klagen wegen der Steinzufuhr u. a. kennen (1640, 1642, 1644).

Einem Meister in der Burg in unserer Periode begegnen wir mit Hans Pockes;⁴⁾ er heiratet 1616 die Tochter des Brunnmeisters der Burg. Er ist jedoch Bürger der Stadt und wird 1617 in das Meisterbuch der Zunft eingetragen. Im Jahre 1621 wird ihm ein Sohn, Benedikt, geboren, der das Kunsthandwerk des Vaters ergreift. Des Hans Pockes wird noch in verschiedenen Zivilstreitfällen gedacht, 1621, 1640; diesmal mit Hans Kropf wegen einer Forderung. Hans Pockes starb im Jahre 1646.⁵⁾

1) Langeasse 24, Gewehr vom 12. Jänner 1606.

2) Davon zahlt er 150 Gulden für das gekaufte Haus.

3) 100 Gulden davon zahlt er als Rest seiner Schuld.

4) Auch Bokes, Bokos, Pokus, Baccasi (?).

5) Sein Testament wird am 15. Mai 1646 eröffnet.

Pockes Benedikt wird ziemlich oft erwähnt, freilich ein paarmal in wenig günstigem Sinne. Im Jahre 1670 beschließt der Rat, daß des Pockes und seines Weibes Wandel nicht länger angesehen, daß sie in der Stadt nicht weiter geduldet werden sollen. Da beide im Jahre 1672 um Pardon bitten, wird nichts weiter verfügt; aber 1674 wird dem Meister ein Hauskauf nicht bewilligt. Benedikt starb im Jahre 1681.¹⁾

Der Steinmetz Hans Kropf, vielleicht der Sohn des Maurers Bartholomäus Kropf, wird nur ein paarmal genannt; das letztmal im Jahre 1640, in jenem Streit mit Hans Pockes. Er besaß ein Haus in der Lederergasse.²⁾

Von dem Steinmetzmeister Karl Julian wird uns lediglich berichtet, daß er am 22. November 1663 in Neustadt begraben wird. Matthias Edlinger von Murau in Steiermark heiratet 1650 in unserer Stadt, scheint jedoch die Stadt schon in den nächsten Jahren wieder verlassen zu haben.

David Weiß wird als Steinmetz in das Meisterbuch eingetragen. Er ist der Sohn des Bildhauers David Weiß zu Ravensburg. Er wird im Februar 1648 als Inwohner hier aufgenommen, legt am 1. Juli den Bürgereid ab und heiratet die Witwe des hiesigen Organisten Georg Reiter, die ihm auch ein Haus übergibt³⁾ (1648).

Unterdes entpuppt sich David Weiß selbst als Bildhauer und bittet, daneben das Steinmetzgewerbe treiben zu dürfen. Er kauft im Jahre 1653 mit Bewilligung des Rates einen Weingarten in der Wart. Im Jahre 1658 verkauft er sein Haus, um ein anderes in der Nähe zu erwerben.⁴⁾ Schon im Jahre 1662 ereilt ihn der Tod, und seine Witwe ist genötigt, das Haus zu veräußern.

Von Matthias Engsthaller verlautet nur, daß er als Steinmetz und „Gemeister“ am 10. Juni 1649 hier aufgenommen wird; er war also wohl nicht in der Stadt ansässig.

Dominik Saint, wie er gewöhnlich genannt wird,⁵⁾ wird im Jahre 1652 als Inwohner der Stadt und in demselben Jahre als Steinmetz in das Handwerk aufgenommen; er war als Steinhauer bezeichnet und kam aus dem venezianischen Gebiet. Er heiratete die Witwe des Maurers Anton Rank und kam dadurch in den Mitbesitz eines Hauses im Brüderviertel.⁶⁾ Nach deren Tode heiratete er 1665 Dorothea, die Tochter eines Katzelsdorfer Bauern. Er starb schon im Jahre 1668, und seine Witwe verheiratete sich wieder an einen Steinmetz, der wahrscheinlich in der Werkstatt ihres ersten Mannes gearbeitet hatte: Ruprecht Hagersberger,⁷⁾ der 1669 als Steinmetzmeister in die hiesige Zeche aufgenommen wird. Er stammte aus Salzburg; sein Vater war Balthasar Hagersberger, Bürger und Steinmetz in Salzburg. Er arbeitet auch noch auswärts, wie aus einem Schreiben des Abtes von Neuberg erhellt, dem er 1674 noch einige steinerne „Staffeln“ zu einer Stiege rückständig ist. Er war jedoch in mißlichen Verhältnissen, geriet 1696 in Krida, und im nächsten Jahre verlangte und erhielt er den Abschied von der Stadt und von der Zunft, um nach Ungarn zu gehen, wo er an einem Festungsbau mitarbeiten wollte.

Kaspar Kayser von Loretto wird im Jahre 1676 als Meister in die Steinmetzzeche hier aufgenommen; doch ist fraglich, ob er sich in der Stadt niedergelassen hat.

1) Begraben am 5. November.

2) Lederergasse 4.

3) Herrengasse 14.

4) Etwa an der Stelle der jetzigen Turnhalle.

5) Einmal heißt er Sanlt, einmal Sontal.

6) Ecke der Kurzen und der Mitteren Gasse, ein Teil von Kurze Gasse 10.

7) Sein Name erleidet mannigfache Veränderungen: Högensberger, Högelsberger, Hagelsberger, Höchersberger, Heigersberger.

Matthias Zehetner, auch Zehner, aus Standsdorf in Kärnten, heiratet 1677 die Tochter des Georg Pfaffelmayr, eines Spielmannes von hier, die sich nach dem Tode Zehetners mit dem Steinmetz Matthias Dängl¹⁾ vermählte, 1683, der von Emmerberg gebürtig ist und vielleicht Gesell bei ihrem ersten Mann gewesen war. Er beklagt sich im Jahre 1688, daß man ihn sein Meisterstück nicht machen, ihn nicht unterkommen lasse. 1686 hat er auch ein Haus in der Lederergasse gekauft²⁾. Da Dängl bereits Bürger geworden war, empfiehlt der Rat dem Handwerkskommissär Morlin, zu vermitteln, daß der Bittsteller, der Ehemann einer Meisterswitwe, in die Zunft aufgenommen werde; es scheint aber nicht gelungen zu sein, denn Dängl verkaufte schon 1689 sein Haus und wird von da an nicht mehr genannt.

Hans Georg Fuchs, der Sohn des Steinmetzen Melchior Fuchs in Eggenburg, wird auf seine Bitte, und nachdem er sein Meisterstück vorgezeigt, als Steinmetzmeister hier aufgenommen, 1671. In demselben Jahre wirbt er um die Tochter des verstorbenen Maurers Hans Wallner. Er starb jedoch schon im Jahre 1689. Auch Johann Kein, der 1676 das erstmalig genannt wird, verblieb eines frühen Todes (1695).

Matthias Hueber macht im Jahre 1682 sein Meisterstück und wird von der Zunft als Steinmetzmeister aufgenommen. 1686 wird er Bürger, und der Rat genehmigte seinen Hauskauf.³⁾ Er hatte vom Grafen von Heissenstein zwei Steinbrüche in Wöllersdorf gepachtet und geriet im Jahre 1696 wegen des Pachtpreises in Streit mit dem Besitzer. Er arbeitete mit bei dem Bau im Neukloster und auf dessen Pfarreien zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Hueber reicht weit in die folgende Periode hinein.

Paul Glimpfinger⁴⁾ wurde 1694 in die Zunft als Steinmetzmeister aufgenommen. Er ist gebürtig von Gräfenberg, heiratet 1695 die Tochter des Matthias Gebhart, Anna Maria, mit welcher er eine zahlreiche Familie hatte. Vom Jahre 1702 an hatte er einen Marmorbruch bei Stollhof an der Wand gepachtet. Auch er war bei dem Bau im Neukloster und auf dessen Pfarreien zu Beginn des 18. Jahrhunderts mitbeschäftigt und reicht weit in die nächste Periode.

Der Steinmetz Kaspar Weber, der 1698 heiratet, fällt nur mit seinen Anfängen in unsere Zeit.

Matthias Wolf, Steinmetz, geboren zu Zistersdorf, heiratet 1707, gehört somit unserer Periode kaum mehr an.

Schließlich müssen wir noch einige Namen von Männern anfügen, die nur als Bildhauer bezeichnet werden und namentlich in der zweiten Hälfte unserer Periode zur Geltung kommen.

Andreas Hegenwald⁵⁾ wird vom Jahre 1660 hier genannt. Er ist der Sohn des Bildhauers Georg Hegenwald in Linz, heiratet 1660 die Tochter eines kaiserlichen Lakaien, Maria Helene, kauft 1661 ein Haus in der Brottischgasse.⁶⁾ Außer einigen Streiten wird von ihm erwähnt, daß er wegen seiner Arbeiten im Jahre 1664 vom Rate die Erlaubnis erhielt, nach Linz zu reisen, den Winter über dort zu verbleiben und zu Ostern zurückzukehren. Leider starb er unmittelbar nach seiner Heimkehr (1665).

Balthasar Rasp wird im Jahre 1665 als Inwohner aufgenommen mit dem Bedenken, daß er sich um ein Haus umschauchen möge; allein es ist keine Gewehr auf seinen Namen eingetragen.

¹⁾ Auch Tängl, Dänkl, auch Matthias Stangl, der 1689 einmal genannt wird, dürfte mit diesem Meister identisch sein.

²⁾ Lederergasse 19.

³⁾ Es ist das Haus Bahngasse 11.

⁴⁾ Auch Kleinfinger, Klingfinger.

⁵⁾ Auch Höhenwald.

⁶⁾ Brottischgasse 15.

Johann Khein, von Wien gebürtig, ein Sohn des gleichnamigen Bildhauers, ist seit der Mitte der siebziger Jahre in unserer Stadt. Er erwirbt ein Haus in der Keßlergasse,¹⁾ 1676, und heiratet in demselben Jahre die Tochter eines Rats Herrn, Eva Elisabeth. Er wird von seinen Kunstgenossen in Wien hart angefeindet, bittet 1677 um Schutz gegen dieselben. Er starb 1695. Sein Haus kauft der Bildhauer Andreas Schellauf, 1696, dessen Tätigkeit hauptsächlich in der nächsten Periode liegt.

Wir haben noch den Bildhauer Corbinian Prukker zu nennen; er sucht im Jahre 1687 um „bürgerliches Unterkommen“ an, wird auch aufgenommen mit der Bedingung, daß er ein Haus erwerbe, was nicht gleich gelang. Erst 1694 wird Prukker an ein Haus im Deutschherrenviertel angeschrieben. Auch ist die Bildhauerei eine Kunst, die in unserer Stadt damals kaum mehr als einen Meister nähren konnte. Prukker kam daher beim Rate schon im Jahre 1688 um eine Zettelschreiberstelle ein, die er auch erhielt. Doch scheint er seine Kunst als Nebenerwerb ausgeübt zu haben. Im Totenbuche — er starb 1703 — ist er als „Bildhauer und Zettelschreiber“ eingetragen.

Wir wollen auch noch die Namen von einigen Baumeistern anreihen, die zwar nicht in Neustadt sesshaft waren, jedoch mit der Stadt in irgendwelche Verbindung traten. Da nennen wir Cioron Jacopo Casparin, kaiserlichen Baumeister, der im Jahre 1595 die Mängel der Befestigung unserer Stadt untersucht; ebenso den kaiserlichen Fortifikationsingenieur Philibert Luchese, der sich in den Jahren 1646 bis 1648 derselben Arbeit unterzieht, Wohnung und Stallungen von der Stadt erhält und mit zwei Adjunkten auf kaiserlichen Befehl zu unterhalten ist, abgesehen von dem Barsold, der ihm auszuzahlen ist und der für die Vollendung der Jakoberbastei allein 670 Gulden beträgt. — Im Jahre 1648 wird der Baumeister Domenico Carlon genannt, in Mailand gebürtig, 1644 als Meister hier aufgenommen, jedoch auf der Herrschaft Forchtenstein wohnhaft. Er hat im erstgenannten Jahre auf Ersuchen des hiesigen Rates einen „Abriß“ für das neu herzustellende Lazarett gemacht.

Überblicken wir nochmals die Fülle dieser Künstlernamen, so erkennen wir ohne weiteres, welcher Strom von welschen Einwanderern bei der Entfaltung unserer Baugewerbe, unserer Renaissancekunst auch in der Barockzeit noch mitwirkt! Die Tatsache wird noch auffallender, wenn wir die Maurer mit italienischen Namen hinzufügen: Wir hören von Lucas de Luca, Stefan und Hans Corazin, Jakob Delerasso, Johann Cortin, Rochus Pollazi, Dionys Zanotti, Franz Duria, Peter und Anton Orsolino, Bartolomeo degli Albrisi, Nikolaus Novi, Donat Albertin (Stadtmaurer). Gegen das Ende unseres Zeitraumes nimmt der Strom ab.

Zur Zunft der Maurer und Steinmetze zurückkehrend, müssen wir wieder mit den Berichten über Streitigkeiten beginnen. Da ist einmal der alte Streit zwischen Neustadt und Wien. Die Steinmetzzinnung von dort erklärt 1628, Wien sei die Hauptlade für alle umliegenden Länder, und alle Zechen haben sich bei ihr anzumelden und inkorporieren zu lassen; die Neustädter antworten darauf, daß sie ihre eigene, vom Kaiser bestätigte Handlungsordnung haben. Nach langer Pause laden die Wiener Steinmetze zwei Meister aus Wiener Neustadt vor, 1645, um von den Freiheiten ihrer Lade, der Hauptlade, Abschrift zu nehmen. Der Gegenbericht von Wiener Neustadt wird 1646 von der niederösterreichischen Regierung in Handwerksachen dem Wiener Handwerk zugewiesen. Darauf beschließen die Wiener, die von der Neustädter Zunft gekommenen Gesellen nicht für gerecht zu erkennen,

¹⁾ Keßlergasse 14.

wie zuerst eine Zuschrift der Viertellade im Steinbruch am Leithagebirge vom Jahre 1651 meldet. Abermalige Eingabe von Neustadt deswegen. Noch in demselben Jahre, 1651, kauft ein Wiener Steinmetz, Hans Hörsdorfer, den Steinbruch am Leithaberge, und derselbe hält sich nicht mehr an die Neustädter Ordnung. Die hiesigen Maurer und Steinmetze suchen beim Rate um Schutz und Hilfe an (1653). Im Jahre 1655 erfolgt endlich eine Ausgleichung der beiden Genossenschaften. Der Abschied vom 27. Februar sagt, daß die Neustädter eine vom Kaiser Matthias und Ferdinand II. bestätigte neue Ordnung haben, indem ihre alte Handwerksordnung von einem Brande verzehrt wurde, und daß die Wiener nicht beweisen können, die Neustädter hätten sich dorthin einverleiben lassen müssen; daher sei die Neustädter Zunft der Maurer und Steinmetze als selbständig anzuerkennen, seien ihre Leute für ehrlich zu nehmen und in keiner Weise zu behindern.

Über Zwiste in der Zunft selbst haben wir bei den einzelnen Meister-namen schon Andeutungen gemacht. Einiges müssen wir noch hinzufügen. Im Jahre 1597 machen die Maurer eine Eingabe an den Rat gegen jene, die Arbeiten übernehmen, ohne Meister zu sein. Der Rat stellt den Unfug ab, mahnt aber dabei die Meister selbst zur Ordnung. Ein Streit zwischen den Maurern und den Steinmetzen, wobei der Maurer Michel Jäger und der Steinmetz Hartmann Umbstand namentlich hervortreten, wird durch einen Vergleich im Jahre 1617 beseitigt. — 1652 haben die Steinmetze um Aus-zeigung eines Ortes zur Erbauung einer Hütte gebeten; doch ist davon nicht weiter die Rede.

Im Jahre 1659 geht der Zunft abermals eine Mahnung des Stadtrates zu, ohne Wissen des Kammerers keine Arbeiten zu übernehmen, bei denen die Stadt interessiert ist, und im Jahre 1710 bitten die beiden Steinmetze Matthias Hueber und Paul Glimpfinger, die Hereinführung und Aufstellung fremden Steinwerks zu verbieten. Die Eingabe wird dem Kommissär „zur Bedenkung der Notdurft“ zugewiesen.

Kleine Anstände wegen des Lohnes der Gesellen ergaben sich wiederholt. 1611, 1630, 1670 werden wegen der hohen Forderungen der Maurer (und Zimmerleute) von der Regierung Lohntabellen vorgeschrieben, die einem Pallierer täglich 20, einem Maurer-(und Zimmerer)gesellen täglich 18 Kreuzer Lohn zusprechen.¹⁾ Nur die in demselben Jahre zu einem Befestigungsbau von Neustadt verlangten sechs Maurergesellen sollen täglich 7 Groschen erhalten. Im Jahre 1709 wird der Taglohn für die Steinmetz-, Maurer- und Zimmerergesellen für den Sommer mit 9, für den Winter mit 8 Groschen festgesetzt.

Wir setzen mit der Aufzählung der Künstlernamen fort.

Einen Schnitzer lernen wir zu Anfang des 18. Jahrhunderts in Johann Härb kennen, der 1706 ein paarmal genannt wird.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wird das erstemal in unserer Stadt ein Meister der Stukkatur genannt Johann Franz Spätz. Er erscheint vom Jahre 1667 an; doch erhalten wir über ihn nur Familiennachrichten. Seine Frau Martha Judith beschenkt ihn mit neun Kindern. Er wird bis gegen das Ende der siebziger Jahre genannt.

Eine reichere Liste bringt uns die Malerei entgegen:

Wir nennen von den Meistern zunächst Hans Dögl (Tögl), der im Jahre 1607 von der Stadt den Auftrag erhält, die Auferstehung über dem Friedhofort zu malen, jedoch weiter nicht mehr erwähnt wird. Umfassender sind die Nachrichten über Hans Vorreiter. Er wird vom Jahre 1606 an hier genannt, erhält in diesem Jahre ein Zimmer im Stadthaus; ehelicht nach dem

¹⁾ Ein Ziegeldeckergesell dagegen hat täglich 3 Kreuzer.

Tode seiner ersten Frau 1611 eine Bürgerswitwe, Elisabeth, 1612, die ihm ein Haus in der Wienerstraße¹⁾ zubringt. Unter seinen Streiten, die zahlreich sind, wird auch ein solcher mit seinem Gesellen Rumppler erwähnt (1615).

Von seinen Arbeiten für die Stadt sind namentlich Bilder für das Rathaus erwähnt, für die er 1616 eine Rechnung von 240 Gulden einreichte. 50 Gulden werden ihm abgezogen. Im Jahre 1619 hat er mit Jakob Schneider eine „kaiserliche Porten“ für einen Empfang hergestellt, und zwar um 150 Gulden; in der Hauptpfarrkirche hat er das „Gatter“ weiß und rot angestrichen (1607) und anderes gerichtet. Von Werken für Private wird erwähnt: Einem Bürger hat er ein „Contterfet“ gemacht, das ihm nicht bezahlt wurde. Er erhält später von demselben Mann ein anderes Bild „auszumachen“ und er verkauft dieses einfach, um seine Forderung zu erlangen. Er starb wahrscheinlich 1624.

Im Februar 1626 kam Elisabeth bereits mit ihrem zweiten Mann in Gewehr des Hauses. — Weniger bedeutend ist ein Meister Jakob, der im Jahre 1618 für seine Arbeit an dem Rathhausturm auf dem Platz vom Rate bezahlt wird, aber nicht weiter hervortritt.

Michael Täglich²⁾ wird vom Beginne des 17. Jahrhunderts als Maler hier genannt. Die Akten beschäftigen sich allerdings viel mehr mit seinen Streitigkeiten als mit seiner Arbeit. Berichtet wird ein Streit mit dem Gesellen Valtin, der ihn gescholten, 1601, 1602. Im Jahre 1615 streitet er mit seinem Gesellen Heusser, der einen anderen abgeredet. (Derselbe hatte die Orgel der Pauliner gemalt.) Auch seine Frau Anna Marie hat einen Streit mit einem Gesellen ihres Mannes (1604). Über Täglichs Benehmen beklagt sich auch Hans Vorreiter, und der Rat verweigert ihm einmal die Hereinführung von Wein (1613), eben wegen seines Verhaltens.³⁾ Doch arbeitet Täglich für die Gemeinde, ein Zeichen seiner besonderen Tüchtigkeit. Freilich sind seine Leistungen vorwiegend Anstreicherarbeiten: das Anstreichen des Dachels des Rathauses ist sein Werk, ebenso das „Malen“ des Ratsstubensbodens. 1617 legt er sogar eine Rechnung von 440 Gulden vor, die ihm freilich zur Minderung zurückgegeben wird. Er bekommt 300 Gulden.

Täglichs Sohn Franz ergriff das Handwerk des Vaters, half seinem Vater bei der Arbeit im Rathause als Gesell. Er heiratete 1624, starb jedoch schon im Jahre 1626.

Meister Michel Feitscher tritt zu Beginn der zwanziger Jahre hervor, kommt im Jahre 1623 in Gewehr eines Hauses in der Lederergasse,⁴⁾ starb um das Jahr 1635.⁵⁾

Konstantin Freudenschuß aus Rotmannsdorf in Krain heiratet 1626 die Tochter des hiesigen Kantors Alois Silberegger und nach deren Tode im Jahre 1636 die Tochter eines hiesigen Bürgers Maria. Doch kommt er erst im Jahre 1640 in den Besitz eines Hauses, das er im Jahre 1648 gegen ein anderes (in der Brüdergasse) vertauscht.⁶⁾ Dieses Haus verkauft er im Jahre 1651 um 200 Gulden. Er bezieht eine Wohnung im Freihaue des Klosters Neuberg. Freilich befiehlt ihm jetzt der Rat, sein Malerschild dort herabzunehmen. Er starb im Jahre 1654. Seine erste Frau war schon im Jahre 1635 vom Tode ereilt worden, seine zweite Frau war ihm um wenige Monate vorausgegangen. Von beiden Frauen waren Kinder da. Er arbeitete meist für Private. Von einer Arbeit für die Stadt hören wir 1626; 1631 legte

1) Gewehr vom 4. November 1620. Haus Wienerstraße 28.

2) Auch Täglich.

3) „Von seiner eigenen Person Ursachen“.

4) Lederergasse 12.

5) Am 12. September 1636 ist das Haus in anderer Hand.

6) Gegen das Haus Bahngasse 38.

er dem Rate eine Rechnung von 12 Gulden für eine gemalte „Mappe“ des Burgfrieds vor; 1633 renoviert er eine Uhrtafel.

Simon Gartner, der Hofmaler des Erzherzogs Maximilian, wird nur einmal mit seiner Frau Euphémie im Jahre 1629 genannt, war natürlich nur in lockerer Verbindung mit der Stadt.

Jakob Schneider, bürgerlicher Maler aus Landsberg in Bayern, heiratet im Jahre 1617 die Tochter des Ratsmitgliedes Holzmann, Christine. 1619 stellte er mit Hans Vorreiter eine „kaiserliche Porten“ her.¹⁾ Er starb zu Ende der dreißiger Jahre. 1642 wird Konstantin Freudenschuß der Gerhab seiner Kinder, nachdem der erste Gerhab verstorben war.

Gerold Wardiß aus Zug in der Schweiz, bürgerlicher Maler. Von der Mitte der dreißiger Jahre an wird sein Name ziemlich oft genannt, teils wegen Streitigkeiten, teils im Taufbuche; denn seine Frau Katharina hat ihn mit einer zahlreichen Familie beschenkt: er hat vier Söhne und drei Töchter. Im Jahre 1658 kauft er ein Haus in der Herrengasse.²⁾ Von seiner Tätigkeit erfahren wir nur, daß er im Jahre 1650 einen „Abriß“ für eine Gestalt auf dem „Crucifix“ des Hochaltars der Hauptpfarrkirche zeichnet, also auch für Stadt und Kirche beschäftigt war. Eine Arbeit des Malergesellen Hans Baldauf, der in Neustadt unterkommen will, 1659, wird ihm zur Begutachtung zugewiesen; — er war wohl damals der einzige Meister seiner Kunst, — die indes nicht gut ausgefallen zu sein scheint. Baldauf wird nicht weiter erwähnt. Wardiß starb am 14. Oktober 1664.

Im Jahre 1661 sucht Michel Bock von Katzelsdorf nach Neustadt zu kommen und bittet den Rat um Aufnahme. Das Gutachten der hiesigen Maler ist für die Abweisung des Gesuchs, die auch erfolgt. Dagegen wird in derselben Zeit ein Maler Christoph Bock in der Stadt genannt, dessen Sohn.

Von einem Maler Friedrich Cleri hören wir lediglich, daß er 1664 ein Haus in der Brottischgasse kaufte,³⁾ aber im Jahre 1671 wieder veräußerte. Cleri hat wahrscheinlich die Stadt verlassen.

Karl Josef Bock, der ebenfalls die Malerkunst ausübt, heiratet 1701 die Tochter des verstorbenen Steinmetzen Hans Georg Fuchs, zieht jedoch dann nach Eisenstadt. Er starb in den besten Jahren. Schon 1706 ist er hier im Totenbuche genannt.

Auch Hans Georg Sedlmayr aus Wien, der als Maler im Jahre 1662 eine Bürgerstochter heiratet, scheint die Stadt bald verlassen zu haben.

Matthias Gebhart war ein Neustädter Bürgerssohn. Im Jahre 1667 legt der Gerhab Rechnung über seine Gebarung; in demselben Jahre kaufen Matthias Gebhart und seine Frau Anna Marie ein Haus in der Lederergasse⁴⁾, und der Meister wird noch ein paarmal in der zweiten Hälfte der siebenziger Jahre genannt. Er starb im Jahre 1680, und seine Witwe bringt das Haus ihrem zweiten Mann, dem Maler Konrad Pieller mit, der mit ihr am 30. Mai 1681 an Gewehr geschrieben wird. Pieller ist aus Konstanz gebürtig, hat als Malergesell bei Gebhart gearbeitet. Das Gewerbe scheint ihn jedoch nicht genährt zu haben, und er bittet, wie früher ein anderer Künstler, bei der Stadt um die Stelle eines Zettelschreibers.

Philipp Veith von Obergüntz, unter dem fürstlichen Stift Kempten, heiratet 1673 die Witwe eines Neustädter Bürgers, Katharina, durch die er in den Mitbesitz eines Hauses in der Neunkirchnerstraße gelangte.⁵⁾ Die

1) Siehe oben.

2) Herrengasse 11.

3) Brottischgasse 9.

4) Lederergasse 17.

5) Neunkirchnerstraße 32.

Frau starb schon im Jahre 1681, und 1683 vermählte er sich ein zweitesmal mit einer Gärtnerstochter, Maria Susanna. In Geldangelegenheiten ging es ihm sehr mißlich, und er muß fortwährend Mahnungen wegen Schulden, wegen der Zahlungsrückstände über sich ergehen lassen. Er hatte das Sperramt beim Neunkirchnertore, von dem er 1675 enthoben wird. Von seiner Tätigkeit, die sich auf Private beschränkt, wird zufällig bekannt, daß er das Wappen des Matthias Eyrl von Eysersperg für den Stuhl in der Pfarrkirche gemalt hat. Er starb im Jahre 1700, begraben am 21. November. Susanna war im Jahre 1696 ihm vorangegangen.

Der Maler Johann Höfler ist als Jüngling im Jahre 1677 gestorben.¹⁾

Auch Hans Georg Treu, der Hühnermaler genannt, wurde von einem frühzeitigen Tode ereilt. Er starb im Jahr 1679 an der Pest.

Sebastian Winterhalter, der Sohn des Zimmermanns Markus Winterhalter, geboren 1636. Er tritt in der Stadt in den sechziger Jahren hervor. Von seiner Wanderschaft gibt der Umstand Zeugnis, daß er im Jahre 1667 die Tochter eines Mannes von der Augsburger Stadtguardia heiratet. Ein Haus, gelegen „hinter der Pfarrkirche“, hat er von seinem Vater übernommen. Im Jahre 1666 hat er das Wappen für das Begräbnis der Frau Praitenaicher gemalt. Sonst wird über seine Tätigkeit nichts berichtet. Er starb im Jahre 1683.

Der Maler Wolf Johann Portobitz, der hier im Jahre 1682 die Tochter des Schulmeisters von Buchberg heiratete, dürfte nur vorübergehend in der Stadt gewesen sein.

Der Maler Matthias Kobald wird nur im Jahre 1684 einmal genannt.

Simon Goldfuß, der Stadtzeichner, erscheint in den achtziger Jahren öfter in den Ratsprotokollen. Seine Haupttätigkeit ist in seinem Titel ausgesprochen, ohne daß einmal Näheres darüber verlautet. Er starb im Jahre 1694.

Aichel Sebastians Vater gleichen Namens ist Maler zu Ochsenhausen gewesen; der Sohn heiratet 1695 die Tochter des Apothekers Benedikt Mayer; er ist 1699 noch hier. Da aber im Rate bezüglich seiner vom Abfahrtsgehalte die Rede ist, hat er sich wohl zum Wegziehen vorbereitet; doch blieb sein Sohn Johann zurück, ebenfalls Maler, dessen wir in der nächsten Periode gedenken werden.

Eine hochangesehene Persönlichkeit in unserer Stadt wurde Georg Andreas Waßhuber,²⁾ der Sohn des Marktrichters Markus Waßhuber zu Hainfeld, der um das Jahr 1680 in Neustadt einwanderte. Im Jahre 1681 ehelichte er die Tochter des Verwalters von Forchtenstein, Eva Rosina (Euphrosyne). Nach deren Tode wurde eine hiesige Bürgerstochter, Marianne, seine zweite Gattin, die im Jahre 1712 starb. Von seinen Kindern nennen wir nur Josef Ferdinand, geboren am 28. Dezember 1698, der ebenfalls ein nicht unbedeutender Maler wurde und uns in der nächsten Periode beschäftigen wird. Auch Georg Andreas selbst reicht weit in das 18. Jahrhundert hinein. Im Jahre 1687 kauft er ein Haus in der Keßlergasse³⁾; durch seine zweite Frau und mit derselben kam Waßhuber noch in den Besitz eines Hauses in der Lederergasse.⁴⁾ Schon im Jahre 1684 ist er Mitglied des äußeren Rates und mit zum Assessor des Stadtgerichtes bestimmt. Noch aus unserer Zeit haben wir in der Kapuzinerkirche ein Bild, den heiligen Florian, einen Stadtbrand löschend, wohl ein Votivbild nach dem Brande des Jahres 1699, zu nennen; ebenso das Hochaltarbild der Kapuzinerkirche, den Auszug des heiligen Jakobus, gestiftet von der Witwe Elisabeth

1) Juvenis 24 annorum heißt es im Totenbuche.

2) Einigemal auch Weißhuber genannt.

3) Keßlergasse 8.

4) Lederergasse 11.

Raglin im Jahre 1709. Auch noch ein drittes Ölbild im Kapuzinerkloster ist von Georg Andreas Waßhuber gemalt.

Von den Malern allgemein werden im Verlaufe unserer Periode nur wiederholt Klagen wegen Störung ihres Gewerbes laut. So 1653 gegen einen Gesellen; so 1678, so 1693 gegen Gesellen, die sich auf den Mauten aufhalten; so 1696 gegen die Tischler und 1709 gegen zwei Personen, von denen die eine mit Weib und Kind in die Stadt gekommen sei und alles aufsuche und finde, wo etwas zu malen sei.

Den Werken nachgehend, welche in der damaligen Zeit die Bildnerei und Malerei in unserer Stadt geschaffen, ziehen wir zunächst die Fortsetzung und Vollendung des Stadthausbaues in Betracht. Im Jahre 1590 wird wegen des „Turmgebäus“ ein Vertrag mit Marx Pagamin, ebenso mit dem Maurer Bartholomäus Kropf abgeschlossen. 1693 handelt es sich um bedeutendere Zahlungen, und 1695 dürfte dieser Turmbau vollendet sein. Die weiteren Arbeiten, namentlich im Innern des Gebäudes, zogen sich begreiflicherweise noch lange hin. Als die Zeit der Vollendung des Baues (im groben) betrachtete der Rat das Jahr 1615, und über dem Haupttor auf dem Platze lesen wir zu beiden Seiten des Stadtwappens die Zahlen ^{16—15}_{15—96}, wobei

1596 eben die Vollendung des Turmes bedeuten mag. Was an Gemälden innen und außen, was an ornamentaler Arbeit an Wänden und Fußböden hergestellt wurde, ist der Zeit und den Bränden 1699 und 1834 zum Opfer gefallen. Nur eine Stukkatur im Vorsaale an der Wölbung ist erhalten geblieben.¹⁾

Im Saale selbst soll gleichfalls in Stukko die Göttin Themis — wohl in einer Gruppe — dargestellt gewesen sein. 1615 erhielt auch der Steinmetz Hans Gall seine Bezahlung der steinernen Stufen; Christian Stelzer wurde 1615 und Georg Mülner 1616 für die Tischlerarbeit bezahlt.²⁾ Aber die Bauarbeit lief immer noch fort. 1618 wird an dem kleinen Turm auf dem Platz gearbeitet, der in der Hauptsache aus Holz war. Der Zimmermann, der Steinmetz (Umsland) und Maurer, der Hammerschmied erhielten ihre Bezahlungen, der Kupferschmied für die Uhrblätter, der Goldschmied (Gregor Gebhard) für die Vergoldung der Uhrzeiger, zwei Klempner für das Blechdach, die Malermeister Jakob und Täglich für das Streichen.³⁾ Da kam der Brand des Jahres 1625, und die Arbeiten begannen von neuem; im Jahre 1628 äußert sich der Rat einmal, es möchte doch das Stadthaus endlich unter Dach gebracht werden. Aber die Einzelarbeiten dauern weiter. Über einer Magazinstür im Hofe war sogar die Jahreszahl 1647 zu lesen. Unterdes waren bereits mancherlei Zeichen im Innern angebracht, die von der Benutzung Zeugnis ablegen. So wurde in dem ehemaligen sogenannten Bürgerzimmer eine Inschrift aufgedeckt, die der Kupferschmied Wolf Kirchhamer hatte anbringen lassen.⁴⁾

Das Gebäude der Bürgerschule kann vom Standpunkte der Kunst aus der Betrachtung ganz ausgeschlossen werden. Der Lazarettbau, der auch ein Kirchlein in sich einschloß, ist auf das einfachste gehalten. Auch bei der Basteimühle brauchen wir nicht zu verweilen.

¹⁾ Siehe die Tafel.

²⁾ Es erhielten Hans Gall 68 Gulden, Christian Stelzer 58 Gulden, Georg Mülner 26 Gulden.

³⁾ Für Holz werden ausgegeben 7½ Gulden, der Zimmermann bekommt 220 Gulden, der Hammerschmied 30 Gulden, der Kupferschmied 33 Gulden, der Goldschmied 35 Gulden, die zwei Klampferer bekommen 159 Gulden, Meister Jakobus 80 Gulden, Täglich 400 Gulden für diese und manche andere Arbeit am Stadthause und an der Schule. Der Maurer Michel Jäger erhält für den Stadthaus- und den Schulbau 377 Gulden.

⁴⁾ Dieselbe ist teilweise zerstört, und ihr Inhalt und ihr Zweck ist aus diesem Grunde ganz unklar.

Dagegen müssen wir noch einen Blick auf die Stadttore werfen, an denen in unserer Periode vielfach gearbeitet wurde. Die neueste Zeit hat uns freilich diese Denkmale unnachlässig geraubt; doch dürfte noch ein und der andere alte Bürger sich wenigstens an die inneren Tortürme erinnern. Von diesen wurden in unserem Zeitraume neu hergestellt das „Neutor“¹⁾ und das Ungartor, beide unter dem Bürgermeister Simon Tollasch und dem Kämmerer Lorenz Fellner. Das Neutor war einfacher, wie uns eine Abbildung lehrt; es entstand im Jahre 1613²⁾ und zeigte in einer Wappengruppe den Doppeladler, die fünf Lerchen und den Bindenschild und das Stadtwappen, die gezinnte Mauer mit den Türmen. Schon das nächste Jahr schuf das Ungartor durch die Meisterhand des Johann Baptist Zelpi.³⁾ Auch von diesem ist eine Abbildung erhalten. Das Tor trägt das viergeteilte Stadtwappen und die aufklärende Inschrift.⁴⁾ Die äußeren Tore waren ganz einfach gehalten.⁵⁾

Nicht vergessen wollen wir auf ein plastisches Werk in der Burgkapelle.⁶⁾ An der linken Seitenwand derselben zeigt sich uns ein Reliefbild von mehr als 1·5 m Höhe und wenig geringerer Breite, aus gebranntem Ton hergestellt, das uns wieder an den kunstsinnigen Maximilian III., den Feldherrn, den Hoch- und Deutschmeister erinnert. Wir sehen auf dem Gebilde links in einer lichten Wolke die Madonna mit dem Christuskinde, umgeben von sechs Engelsköpfen. Vor ihr kniet der Erzherzog auf einem Polster, betend, den Helm vor sich abgestellt. Hinter dem Knieenden steht der heilige Georg mit der Fahne, kennbar durch sein beigegebenes Symbol, den geflügelten Drachen, der hinter ihm, gekrümmt, dem Feinde Verderben droht. Das Relief ist etwa um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts entstanden. Der Meister ist nicht bekannt.

Von den kirchlichen Bauten hat das Gotteshaus der Kapuziner lediglich ein einfaches Gewölbe aus dem herausgeschlagenen gotischen Gewölbe in halber Höhe erhalten. Die Kirchen der Karmeliterinnen und Karmeliter, Kloster und Kirche der Jesuiten sind durch die Aufhebung ihrer Orden weltlichen Zwecken zugeführt und dabei verändert, der neuen Bestimmung angepaßt worden. Aus der Karmeliterinnenkirche ist ein Theater geworden: Die Gassenfassade, schöne, nicht überladene Barocke, deren flacher, spitzer Giebel gewiß, und deren drei Eingänge mit gleich flachen Giebelchen von angelehnten Barockkapitälern auf Pilastern getragen, wahrscheinlich noch die ursprüngliche Form zeigen. Reicher und imposanter gestaltet sich die Hauptseite der Karmeliterkirche, die zu Ende unserer Periode entstanden, jedoch unter Kaiser Josef II. zu einer Fabrik umgewandelt worden ist. Je zwei Pilaster an den Seiten laufen in stark hervortretende Kapitäle aus und setzen sich über diesen wieder und noch einmal fort, die letzten Kapitäle durch

1) Am Ende der Herzog-Leopold-Straße.

2) Die Inschrift sagt: *Haec porta ex aerario Neapol. funditus exstructa est sub consulatu Sim. Tollas et quaest. Laur. Felneri 1613.* Dieses Tor ist auf Kosten der Neustadt vom Grund aus hergestellt worden unter dem Bürgermeisteramte des Simon Tollasch und dem Kammeramte des Lorenz Felner 1613.

3) Auch das Steinwerk zu dem ehemaligen eisernen Brunnen auf dem Hauptplatze gegenüber dem Rathause (1623) rührt vom Zelpi her.

4) *Sub augustissimo Rom. imp. Mathia, H. B. rege, Archid. Aust. D. Burg. com. Hab porthae 'ac aerario civ. funditus erecta est cons. Sim Tollas et quaest. Laur. Felner MDCXIV.* Unter dem durchlauchtigsten römischen Kaiser Matthias, König von Ungarn und Böhmen, Erzherzog von Österreich, Herzog von Burg, Graf von Habsburg ist dieses Tor auf Kosten der Stadt vom Grund aus errichtet unter dem Bürgermeister Simon Tollasch und dem Kämmerer Lorenz Fellner 1614.

5) Fronner kannte dieselben noch teilweise.

6) Siehe A. Cámesina, Über ein in der Burg zu Wiener Neustadt in der Georgskirche befindliches Basrelief (ZK II, Seite 300).

einen sehr flachen Rundbogen verbindend. Darüber steigt der rechteckige Giebel mit einer Rundbogenvertiefung auf, oben abschließend, unten an den Seiten in einer abwärts gerollten Schnecke auslaufend, auf welcher sich je eine barocke Vase befindet, darauf ein Blumenstrauß.

Das neue Haus des Deutschherrenordens war in der einfachsten Bauweise gehalten, wie schon das Portal andeutet. Von der Hauskapelle ist nur ein spärlicher Rest erhalten.

Der Bau der Jesuiten war auf dem Boden alter Adels- und Freihäuser hergestellt, von denen man sogar manches hatte stehen lassen. So weist die Wendeltreppe im Hof auf das Ende des 15. Jahrhunderts hin. Einige Jahre nach der Aufhebung des Ordens wurde das Gebäude ebenfalls zu Fabrikzwecken verwendet und bildet derzeit die Sparkasse der Stadt. Die Kirche war im reichen Jesuitenstil gehalten, wie sich noch erkennen läßt. Dieselbe ist von der Sparkasse zu einem Saale gestaltet worden. Sie besaß keine Hauptfassade, da dieselbe im Kloster versteckt war.

Auch der Bau des Kollegiumgebäudes selbst ist beachtenswert. Während die Klöster der Karmeliter und Karmeliterinnen möglichst einfach, schmucklos sind, wird bei dem Bau der Gesellschaft Jesu die Hauptfassade den reicheren Formen der Kirche entsprechend ausgeführt. Der Haupteingang von der Neunkirchnerstraße ist beiderseits von zwei Säulen auf hohen Steinwürfeln flankiert, und die vier Säulen tragen über beiderseitigem Architrav, Fries und metopenähnlichem Gebilde einen Erker mit schönem Eisengitter, das allerdings nicht ursprünglich ist. Auch die Innenräume erfreuen sich manches schönen und interessanten Schmuckes. Im rückwärtigen Teil zu ebener Erde lag das große Refektorium, dessen Decke gänzlich mit Stuckoarbeit ausgefüllt war. Es war, soweit der bereits recht defekte Zustand dies erkennen läßt, das Zeichen des Namens Jesu IHS und der Anfang des Ave Maria in der Darstellung angebracht. Die Jesuitenschule daneben war außen ziemlich schmucklos.

Auch im Neukloster begann gegen das Ende unserer Periode eine rege Kunsttätigkeit. Der Abt Alexander Standhartner ließ in der Klosterkirche Verschiedenes erneuern, darunter insbesondere den Hochaltar neu herstellen (1698). Die Hauptleistung lieferte die Bildhauerei mit ihren zahlreichen Statuen: Anna, Joachim, Zacharias, Elisabeth, Johannes der Täufer, ferner Benedikt und Bernhard. Der Künstler dürfte Andreas Schellauf sein. Das Altarbild ist von einem in Wien lebenden Niederländer Schonjans. Durch den kunstsinnigen Abt Alexander hat auch das Kloster seine gegenwärtige Gestalt erhalten. Die Bauarbeiten begannen im Jahre 1700, wie ein Doppelchronogramm über dem Eingangstor meldet.

Dasselbe sagt:

Alexander Standhartner, der Abt dieses Klosters, hat es vom Grund aus
E NOVO FVNDITVS EREXIT ALEXANDER STANDHARTNER

HVIVS COENOBII ABBAS ET

MAGNO DEO CONSECRAT

(neu) errichtet und
weiht es dem großen Gott! (1700)

Die Leitung des Klosterbaues hatte wohl ein Wiener Meister, Wolf Eder; aber die Hauptarbeiten leisteten Neustädter Künstler, namentlich die beiden Steinmetze Hueber und Glimpfinger.

Begreiflich erstreckte sich die erneuernde Tätigkeit des Abtes Standhartner auch auf die Pfarreien des Neuklosters, was uns hier nicht berührt.¹⁾

Der Klosterbau zeigt eine des Stiftes würdige Stilistik. Für Stukkoarbeiten war nicht viel Raum. Im Prälatenzimmer sehen wir an der Decke die „heilige Familie“, eine etwas steife Arbeit.

An den Kirchen- und Klosterbau müssen wir jenen des Bischofshofes anschließen, der ebenfalls eine Kirche in sich begreift.

Der Bau wurde in der Hauptsache in der Zeit des Kardinals Klesel geführt, teilweise nach dem Brande des Jahres 1625. Das Hauptgebäude nahm das alte Hofkirchlein, die Katharinenkapelle, mit unter sein Dach, so daß der Bischofshof gegenüber der anderen Häuserfront stark hervortrat. Bei einem Zubau erblicken wir eine schöne Renaissancestiege, die im Freien in das erste Stockwerk führt. Unter dem Bischof Franz Anton von Puchhaim kam das gewaltige Portal, in welchem zwei riesige Männer, von zierlichen Säulen flankiert, den Überbau tragen, der zunächst durch einen barocken, viel gebrochenen Architrav und ein Gesims gebildet wird. Auf diesem stehen zu äußerst zwei Blumenvasen, innerhalb derselben ruhen zwei zarte Frauengestalten. Hinter diesen halten zwei Löwen das viergeteilte Wappen des Bischofs, dessen Insignien oben das Gebilde abschließen, mitten der Bischofshut, rechts und links Kreuz und Krummstab herausstehend, vergoldet.

Von weiteren Arbeiten der Steinmetzkunst wollen wir zunächst auf einige Objekte in der Hauptpfarrkirche verweisen. Zunächst auf die Kanzel (Fig. 13), ein Werk des Johann Baptist Zelpi, dessen Name auch auf dem Unterbau zu lesen ist,²⁾ aus rotem, gesprenkeltem Marmor, wieder unter Klesels Episkopat entstanden. Der Unterbau besteht aus einer schweren, stark ausgebauchten Säule mit drei Engelsköpfen auf seitlich eingerollten Polstern auf der Bauchung. Über zwei Kapitälern folgt ein aus zwei Platten bestehender Architrav, auf welchem die eigentliche Kanzel aufsitzt, die eine schöne, meisterhafte Bildhauerarbeit zeigt. Der Boden stellt ein vom Mittelpunkte nach den Seiten auslaufendes, sich etwas emporhebendes achteiliges Blattgebilde dar, über dem die Kanzel ebenfalls ein Achteck bildet. Von diesem sind sechs Seiten frei sichtbar, die sechste ist jedoch teilweise durch das Treppengeländer des Aufganges in Anspruch genommen. Die einzelnen Seiten sind durch zierliche Säulchen mit vergoldetem Sockel und Knauf getrennt. Die vier vorderen und ganzen Seiten füllt je eine Heiligengestalt aus lichtem Marmor: es sind wohl heilige Kirchenlehrer.

Der Baldachin setzt den gleichsam unterbrochenen Aufbau als Fries und Metope fort und trägt, den sechs Säulchen der Kanzel entsprechend, wieder sechs Heiligengestalten. Das Wappen Klesels finden wir an der Kanzel wiederholt; und als die Zeit der Herstellung dieses Kunstwerkes weisen die Inschriften an dem Aufgangstor zur Kanzel die Jahre 1608 und 1609 aus. Im Jahre 1650 hat ein Bürger, Johann Christoph Ihrlinger, an der Kanzelwand ein Gemälde machen lassen: Christus, dem Apostel Petrus die Himmelschlüssel übergebend. Als Maler für das farbenschöne Bild kommt am ehesten unser Meister Konstantin Freudenschuß in Betracht.

Von den Grabdenkmälern der Hauptpfarrkirche seien aus jener Zeit einige genannt.

Wenn wir aus der Sakristei in das Presbyterium treten, erblicken wir uns gegenüber an der linken Seitenwand eines der wichtigsten Erinnerungs-

1) Siehe des Verfassers Abhandlung im Band XXXIX der Mitteilungen des Altertumsvereines in Wien: „Das Stift zur heiligen Dreifaltigkeit (Neukloster) in Wiener Neustadt und seine Kunstbestrebungen 1683 bis 1775.“

2) J. B. Z. F.

zeichen: das Grabmal des Bischofs und Kardinals Melchior Klesel (Fig. 14), dessen Herz unmittelbar vor dem Hochaltar unter einer mit einer lateinischen Inschrift versehenen Platte beigesetzt wurde, — ein schönes Symbol! — während der Leichnam in der Stephanskirche in Wien ruht. Das Denkmal aus rotem gesprenkeltem Marmor bildet einen hohen Rundbogen, gekrönt mit dem Wappen des Verstorbenen. Die Haupttafel, über welcher die Büste des Dahingeshiedenen aus einem Medaillon herniederschaut, faßt in der lateinischen Inschrift die Hauptmomente seiner Tätigkeit zusammen, nennt ihn den Wiederhersteller des römisch-katholischen Glaubens und der verfallenen Kirchengzucht, Ratgeber der Kaiser Rudolf II. und Matthias, preist ihn als ein großes Licht der Kirche und als den besten Vater des Vaterlandes, nennt seinen Sterbetag, den 19. September 1630. Unten am Sockel ist sein Wahlspruch angebracht: „Fortiter et suaviter“ („Mit Kraft und Milde“). Leider ist der Meister dieses schönen Kunstwerkes nicht genannt.¹⁾

Einige weitere Steine der Kirche sind:

Ein besonders schönes Grabmal aus rotem gesprenkeltem Marmor ist jenes des „kirchlichen und geistlichen“ Vikars Georg Kamrer, der im Jahre 1606 starb.²⁾ Ein Relief stellt Christus am Kreuze dar, im Hintergrunde die Stadt Jerusalem, rechts kniet der Verstorbene. Außerhalb der umfassenden Kompositensäulchen steht noch beiderseits in je einer Nische eine Heiligengestalt (Maria und Johannes der Täufer). Die Säulchen tragen Architrav und Fries³⁾ und einen geschwungenen Giebel, auf welchem in einem mäßig vertieften Medaillon die Gestalt Gottes über Wolken hervorblickt. Vielleicht ist der Stein auch aus der Hand vom Meister Zelpi!

Ein Relief Christus am Kreuze tragen auch die Grabsteine des Jakob Golner,⁴⁾ Mitglied des inneren Rates, der Luzia Franzin, der Frau eines Handelsmannes, beide gestorben 1615; weiter das Motivbild für den Stadtrichter Hans Eder und seine Frau Marie Christine vom Jahre 1673.⁵⁾ Die Gestalten der Verstorbenen knien unter dem Kreuze. Diese Denkmale sind aus weißem Sandstein; an Kunstwert können sie sich mit dem vorhergehenden Denkstein in keinem Falle messen.

Der Grabstein, den das Mitglied des inneren Rates Matthias Kannenberger seiner verstorbenen Frau Anna Katharina widmet,⁶⁾ 1647, stellt auf einer etwa 2 m langen Tafel die Auferweckung des Lazarus im Relief dar; — leider ist das Bild sehr verletzt. Auf dem Grabsteine des Bürgers Ignatz Otto Schick vom Jahre 1664⁷⁾ halten zwei Engel das Tuch mit der Inschrift. Aus derselben Zeit, 1666, ist das Grabdenkmal, das dem Ratsmitglied Andreas Mai seine Tochter Katharina hat machen lassen.⁸⁾ Dasselbe ist aus rotem Marmor; das Relief mit Christus am Kreuze, im Hintergrunde die Stadt Jerusalem, unter dem Kreuze die Heiligengestalten Mariens und Johannes des Täufers, ist aus weißem Marmor. Diese Figuren sind freilich auch arg mitgenommen. Auch das Grabmal des in der Stadtgeschichte so bedeutenden Stadtschreibers, Senators, Richters Michael Stocker⁹⁾ und seiner Frau Katharina vom Jahre 1673 mit seinen Engelsgestalten ist beachtenswert.

1) Das Grabmal wurde im Jahre 1856 renoviert von A. Pöhl.

2) Unter der Statue des heiligen Sebastian.

3) Auf dem Fries ist das Distichon zu lesen: *Lancea, crux, clavi, spinae tua saeva flagella fac mea cum roseo sanguine membra lavent.* — Gib, daß die Lanze, das Kreuz, die Nägel, die Dornen, deine grausame Geißel, meine Glieder mit deinem rosenfarbenen Blute waschen.

4) Gegenüber dem zweiten Pfeiler.

5) Am linken Chorpfeiler.

6) Rückwärts von der südlichen Seitentür.

7) Über dem Beichtstuhl an der Wand.

8) Am fünften Pfeiler der linken Seite.

9) An der Hauptwand des Chorpfeilers.



Fig. 13. Bild der Kanzel der Hauptpfarrkirche.



Fig. 14. Grabmal des Melchior Klesel.

Der Grabstein der Familie Kischinger aus rotem Marmor aus demselben Jahre zeigt außer der Inschrift nur das Wappen.

Ein Grabdenkmal für die Brüder Johann und Heinrich und für den Offizial Johann Jakob Bürgießer läßt deren Neffe Johann Walter Bürgießer im Jahre 1682 herstellen.¹⁾ Es ist aus rotem Marmor, hat über der als ausgespanntes Tuch gestalteten Tafel ein Medaillon mit einem Gemälde: die Verklärung Christi. Ein ziemlich reiches, aber übel zugerichtetes Grabmal gilt dem Andreas Pogner, der wiederholt und lange Stadtrichter war, und seinen beiden Frauen Susanna und Elisabeth.²⁾ Es ist aus rotem Marmor und stammt aus dem Jahre 1686. Der Sohn des Andreas, Adam Pogner, Bakkalaureus der Theologie, hat es errichten lassen. Das Grabmal des Matthias Eyrl von Eyrsperg vom Jahre 1689,³⁾ ebenfalls aus rotem Marmor, zeigt außer der Schrift nur das Wappen dieses bedeutenden Mannes. Andere Grabsteine aus jener Zeit enthalten vielfach nur die manchmal sehr umfangreiche Inschrift. Hingewiesen sei noch auf den Grabstein des Martin Unruhe, in Herzform, von 1683, des Ratsbürgers Ludwig Wilhelm Kaich mit Wappen, Totenkopf und Sanduhr von 1684, des Bürgers Franz Maximilian mit Monogramm und Handelszeichen von 1698. Zuletzt wollen wir noch einer Votivtafel aus Holz vom Jahre 1639 gedenken.⁴⁾ Die Haupttafel stellt in einem Gemälde den Kruzifixus und die weinenden Frauen dar und wird von zwei Säulen mit Kompositenkapitälern eingefasst; die Schäfte sind reich umrankt. Oben schließt ein einfacher Architrav ab. Ein aufgesetztes Medaillon mit dem Erzengel Michael ist verschwunden.⁵⁾ Es war abermals von Säulen flankiert. Unter der Haupttafel sehen wir die knieenden Gestalten von der Familie des Stifters der Tafel. Der Stifter war der bürgerliche Riemer Michael Bürgl.

Das 17. Jahrhundert hat der Hauptpfarrkirche auch neue Altäre gebracht: Erneut wurde der Allerheiligenaltar⁶⁾ durch die Widmung des Andreas Öhrlein, Mitglied des äußeren Rates, und seiner Frau Maria Magdalena im Jahre 1646. Der Altar ist schön ausgestattet. Das reich umrahmte Hauptbild, alle Heiligen, ist jedenfalls von einem einheimischen Meister, für welchen wieder wie bei dem erwähnten Bilde an der Kanzel Konstantin Freudenschuß angenommen werden kann. Zu beiden Seiten erblicken wir rot melierte Säulen, auf hohem, quadratischem, reich gegliedertem Unterbau stehend, an deren Sockel vergoldete geflügelte Engelsköpfe mit einem Fruchtaufsatz angehängt sind. Die Säulen tragen den reichen barocken Abschluß des Altars. Unter dem Hauptbilde, an der Predella, sehen wir noch ein Gemälde, nicht in derselben Lebhaftigkeit der Farben wie das eigentliche Altarbild, die Kreuzigung des heiligen Andreas — es ist eben auch der Andreasaltar. Zu Seiten des Altars stehen reich stilisierte Reliquienständer, die ja in jener Zeit eine besonders wichtige Rolle spielten.

Der Leopoldsaltar daneben ist im Jahre 1651 gestiftet von Barbara Portin, der Frau des Bürgermeisters David Port, eigentlich ein Leopolds- und Agnesaltar, wie das Hauptbild und die Unterschrift an demselben beweisen.⁷⁾ Das Bild stellt eben rechts den Herzog, links die Herzogin dar, beide stehend, etwas steif und bei weitem nicht so farbenfrisch wie die Tafel des erwähnten Nachbaraltars. Oben ist zwischen beiden das von ihnen gegründete Stift und

1) Neben der nördlichen Tür des Querschiffes.

2) An der Rückwand des Chors.

3) Neben der Heiligen Grabkapelle.

4) Über der nördlichen Tür des Querschiffes.

5) Fronner sah dasselbe noch.

6) Im rechten Seitenschiffe.

7) 5. Leopoldus marchio Austriae et Agnes conthoralis.

über diesem die Madonna mit dem Christuskinde über Wolken. Der Ausbau des Altars ist dem des vorigen sehr ähnlich, so daß man hier an den gleichen Meister denken muß; doch ist er noch etwas reicher gehalten. Die beiden Säulen, blau meliert, ähneln jenen des Allerheiligenalters im Unterbau und in der Gestaltung. Am Sockel sind vergoldete Fruchtbüschel angebracht. Neben und teilweise hinter diesen Säulen stehen zwei andere, kannelierte, so daß der besonders reiche barocke Auf- und Schlußbau von vier Säulen getragen wird. Die Reliquienständer stehen unabhängig wie beim vorigen Altar zur Seite.

In der Steinmetzarbeit weist auch das Neukloster in seiner Kirche manche interessante Stücke aus unserer Periode auf.

Von den Grabdenkmälern in der Neuklosterkirche wollen wir unsere Aufmerksamkeit insbesondere auf die Ruhestätten der Klostervorsteher, der Äbte, richten, die unmittelbar vor dem Presbyterium angereiht sind. Wir finden unter denselben aus unserem Zeitraume die Äbte Robert Notius, gestorben 1663, Matthäus Eisenbarth, gestorben 1683, und Alexander Standhartner, gestorben 1707. Die Grabsteine derselben gleichen sich insofern, als sie sich in zwei Hauptteile gliedern: einen oberen mit ausführlicher Schrifttafel und einen unteren mit einem Relief. Letzteres zeigt außer den Prälateninsignien gewöhnlich das Klosterkreuz, die heilige Maria und Wappenzeichen des Verstorbenen. Als der verdienstvollste unter diesen und vielen anderen Vorstehern des Neuklosters wird der Abt Alexander Standhartner gepriesen, und es wurde ihm außer dem Steine über seiner Gruft noch ein anderes ehrendes Erinnerungszeichen gewidmet, auf das wir noch kommen werden.

Wir führen weiter an: Das Grabmal des Otto von Offenhausen,¹⁾ des Kammerdieners von Erzherzog Maximilian, vom Jahre 1612. Das Relief unten zeigt in einem kreisförmigen Medaillon einen von Blattwerk zierlich eingefassten Wappenschild mit dem Stechhelm, über demselben das aus dem Wappen wiederkehrende steirische Panthertier. Vom Jahre 1614 ist der Gedenkstein aus rotem Marmor für Matthias Wibmer,²⁾ der auch in Diensten des Erzherzogs Maximilian stand, zugleich aber Bürger der Stadt war und vom Jahre 1599 an bis zu seinem Tode dem inneren Räte angehörte. Deshalb wohl ließ die Stadt ihm diesen Grabstein machen. Derselbe gliedert sich in drei Felder: das oberste enthält die Schrift, das Mittelfeld stellt den Kruzifixus mit Jerusalem im Hintergrunde dar, unter dem Kreuze knien rechts der Gestorbene, links wohl seine Frau; in der oberen Ecke sehen wir, von Wolken gesäumt, rechts die Sonne, ein strahlendes Frauengesicht, links den zunehmenden Mond, in demselben ein Mannesgesicht. Das unterste Feld zeigt in der Mitte in einem Hochoval den von Blattwerk reich eingefassten viergeteilten Wappenschild Wibmers; über dem Stechhelm kehrt eine Mannesfigur mit einem Kranze in der erhobenen Rechten wieder.

Die Platte aus weißem Sandstein des Thomas de Ruvere, eines Edelknaben Kaiser Ferdinands II., vom Jahre 1624³⁾ ist sehr einfach, zeigt als Schmuck auf einem gekrönten Wappenschild lediglich einen aus einer Wurzel wachsenden geteilten Zweig mit acht Eicheln.

Über der Eingangstür in die Loretokapelle sehen wir das Grabmal des Burggrafen Josef Damian vom Jahre 1679, eine rote Marmortafel, von weißem Sandstein mit Blattwerk reich eingefasst. Dieser Blätterschmuck an den Seiten trägt auf Architraven je eine Heiligen-, Patriarchengestalt. Den Abschluß an der Oberseite bildet zwischen zwei totenkopffähnlichen Gebilden ein wieder reichumfaßtes Medaillon mit dem Wappen des Verstorbenen;

¹⁾ Im linken Seitenschiffe rückwärts.

²⁾ An der Wand des rechten Seitenschiffes, nicht weit vom Presbyterium.

³⁾ Im rechten Seitenschiffe an der Wand, unweit von dem vorigen.

darüber der Stechhelm. Auch unterhalb der Platte stoßen wir auf ein Ornament, das in der Hauptsache sich aus Kriegerzeichen zusammensetzt.

Von der Steinkunst abgehend wollen wir zunächst noch ein Grabmal aus Holz, vergoldet, in Betracht ziehen. Es befindet sich in der Barbarakapelle und betrifft den Rittmeister im Regiment Piccolomini Johann Schulz-Morlin, gestorben im Jahre 1656. Das Grabmal ist in der Hauptsache ein Hochoval mit dem Wappen des Dahingeshiedenen, zu beiden Seiten mit weit auslaufenden Kriegerzeichen geschmückt. Das Wappen zeigt eine Nixe, in einen Fischleib endigend, auf den Wellen, in der erhobenen Rechten eine Blume haltend, links von ihr einen Stern. Die Nixe kehrt über dem Stechhelm wieder. Über dem Medaillon schließen seitlich zwei kleine, sitzende Engel, in der Mitte eine auf dreifacher Platte stehende Frauengestalt mit halb erhobenen Armen das Epitaph. Die Grabschrift ist unterhalb des Ovals auf einer eingefassten, quer gerundeten Fläche zu lesen, der sich unten ein Totenkopf zwischen zwei Schalen anhängt.

Als ein Erzeugnis verschiedener Künste haben wir wieder den Hochaltar vor uns.

Der Hochaltar der Neuklosterkirche wurde in den Jahren 1698 und 1699 hergestellt. Den bedeutendsten Teil der Arbeit leistet die Bildnerei, die Holzschnitzkunst: sie schuf die Säulen, die Statuen der Heiligen (Anna mit Maria auf dem Arme, Joachim, Zacharias, Elisabeth, Johannes der Täufer, über den Säulen Benedikt und Bernhard). Das Altarblatt, Mariä Himmelfahrt darstellend,¹⁾ ist von einem hervorragenden niederländischen Maler, Anton Schonjans, der damals in Wien weilte. Die reiche Vergoldung an dem Altare wurde von Girolamo Mazza besorgt, der wahrscheinlich auch in Wien lebte. Über dem Hauptbilde verkündet ein Chronogramm auf einem halbkugelförmig emporgetriebenen Medaillon die Entstehungszeit des Kunstwerkes. Hoch oben erscheint strahlenwerfend die heilige Dreifaltigkeit, darunter das dreimalige Sanctus, Dominus Deus Sabaoth.²⁾

Alexander Standhartner ist überhaupt einer der verdienstvollsten Vorsteher unseres Zisterzienserstiftes, wie schon erwähnt. Als Erbauer des Hochaltars wurde er von den Klosterbrüdern noch besonders geehrt. Auf der Rückseite des Altars prangt auf einem gemalten blauen Baldachin das geschnitzte, vergoldete Wappen des Abtes, über das ein flatterndes teilweise abgebrochenes Band mit Inschrift zieht. Dieselbe setzt sich unter dem Wappen fort: CVI VELVTI SECVNDO HVIVS LOCI FVNDATORI DEVOTISSIMA FILIORVM CORONA HONORIS AC GRATITVDINIS ERGO HOC INSIGNE POSVIT.

Wenn wir uns den Kapuzinern zuwenden, so wird uns mit Rücksicht auf die Zeit dieser Klosterstiftung von vornherein klar, daß die ganze Kircheneinrichtung aus unserer Zeitepoche stammte. Aber diese ursprüngliche Einrichtung ist nicht auf uns gekommen. Des trägt wohl der Brand von 1699 die Schuld, der das ganze Kapuzinerviertel verheerte. Doch gibt es einige Bilder, die heute in den Gängen des Klosters hängen, die auf das 17. Jahrhundert zurückweisen. Von denselben seien nur erwähnt: eine Himmelskönigin mit mehreren Heiligen,³⁾ eine Anbetung Christi, ein Meisterstück,⁴⁾ beide aus der ersten Zeit des Bestandes des Klosters. Im Jahre

¹⁾ Daß das Kloster zur heiligen Dreifaltigkeit das Bild „Mariä Himmelfahrt“ auf dem Hochaltar als Hauptbild anbrachte, ist vielleicht ein Zeichen besonderen Entgegenkommens gegen die Stadt, die ja auch die heilige Maria als Schutzpatronin verehrte und namentlich Mariä Himmelfahrt (Maria Krönung) als Fest ersten Ranges feierte.

²⁾ Die Kosten für den Altar hätten sich nach der Aufzeichnung eines Konventualen auf 7000 Gulden belaufen.

³⁾ Am zweiten Aufgang.

⁴⁾ In einem Oratorium.

1640 hatte Frau Eva Samson ein Bild gestiftet: die Madonna mit dem Christuskinde, mit der heiligen Klara und dem heiligen Franziskus.¹⁾ Aus dem nächsten Jahre stammt eine Stiftung des Ehepaares Christoph und Gertrud Gundensdorfer, ebenfalls eine Madonna mit den beiden Stiftern;²⁾ etwa aus derselben Zeit datiert ein Ölgemälde: Christus und der Hauptmann von Kapernaum,¹⁾ mit italienischem Charakter. Interessant ist ein Gemälde vom Jahre 1679, die Schlange in der Wüste mit der Inschrift: „Uns, die der Apfelbiß mit Gift hat tief verwundet, Macht Christi Anblick doch von allem Gift gesund.“²⁾ Offenbar stammen alle diese und die anderen Gemälde des Klosters von einheimischen Malern.

Unmittelbar nach der erwähnten Feuersbrunst setzte die Kunsttätigkeit für das Kloster neuerdings ein. Das erste, wahrscheinlich noch im Jahre 1699 entstandene Gemälde ist ein Motivbild, gemalt von G. A. Waßhuber: der heilige Florian, den Brand löschend: oben schwebt die heilige Dreifaltigkeit. Das Bild verrät wenig Meisterschaft, doch ist dasselbe besonders interessant dadurch, daß es den ersten Versuch bildet, die Stadt aus der Vogelperspektive (Fig. 15) und mit dem Gassennetze darzustellen.

Wir finden die einzelnen Gegenstände und Gebäude richtig angebracht; an eine Übereinstimmung der auf die Stadt hereinschauenden Berge mit der Wirklichkeit darf man natürlich nicht denken; dazu war die Zeit noch viel zu spekulativ und kümmerte sich zu wenig um die Natur. Zeitlich nicht zu weit abstehend von dieser Stadtansicht ist das neue Hochaltarblatt der Kapuzinerkirche, wieder ein Bild von Georg Andreas Waßhuber, gestiftet von der Bürgerswirwe Elisabeth Roglin 1709. Der heilige Jakobus (Fig. 16), von Engelsköpfen gehoben und von zwei Engeln geleitet schwebt (zum Himmel). In einem Halbkreis, der an der oberen Seite des rechteckigen Bildes ausbaucht, erwartet ihn die heilige Dreifaltigkeit. Das Gemälde bedeutet einen Fortschritt gegen das vorige, wenn Meister Waßhuber auch nicht zu den blendenden Kunststernen erster Größe zählt.

Aus den aufgehobenen Klöstern und den gesperrten Kirchen hat sich auch noch ein und das andere Stück aus der in Behandlung stehenden Zeit erhalten. Eine schöne Holzschnitzerei, Christi Himmelfahrt, in Lebensgröße, dürfte der Karmeliterkirche angehört haben. Der sehr guten Arbeit fehlen leider die Arme.³⁾ Zu Füßen des aufschwebenden Heilandes erscheint eine Wolke.

Auch ein Ölgemälde etwa aus der Mitte des 17. Jahrhunderts könnte aus dem Karmeliterkloster sein. Es stellt die Sonnenfinsternis beim Tode Christi dar, ist allerdings sehr dunkel gehalten, aber von sehr guter Zeichnung. Der Raum um das Haupt des Herrn ist von Engelsköpfen belebt.⁴⁾

Zu den Bauten religiöser Richtung gehören auch die Benefiziatenhäuser; und da müssen wir das Haus zu Anfang der Frauengasse nennen,⁵⁾ das im Jahre 1625 nach dem großen Brande vom Erasmusbenefizium gekauft und wahrscheinlich gleich gebaut wurde. Da sehen wir einen Erker in guter Form und unter demselben ein mittelmäßiges Gemälde, die Marter des heiligen Erasmus darstellend.

Das 17. Jahrhundert hat auch nicht wenig Privathäuser in unserer Stadt hervorgebracht, und wir begegnen diesen einfachen Bauten allerwege.

¹⁾ Im unteren Gang.

²⁾ Auf dem westlichen Gang im 1. Stocke.

³⁾ Es läßt sich daher auch nicht feststellen, was die Gestalt etwa in der rechten Hand trug. Auf die Himmelfahrt weist eben die Wolke hin.

⁴⁾ Das Bild war beim Auffinden auf dem Dachboden beinahe unsichtbar, wurde aber durch die Restaurierung leicht wieder hervorgerufen.

⁵⁾ Frauengasse 2.



Fig. 15 Wiener Neustadt aus der Vogelperspektive.

Reiche Bürger haben ihre Heimstätten auch ganz würdig ausgestattet. So finden wir denn in der inneren Stadt auch noch manche Häuser mit Überbleibseln jenes Zierats, von denen ein paar Beispiele angeführt seien. Ein Haus in der Südostfront des Kornmarktes, gegen die Mitte unseres Zeitraumes dem Rittmeister Johann Schulz-Morlin, am Ende des 17. Jahrhunderts dem Ratsbürger Johann Karlsberger gehörig, hat am ersten Stock vier Felder, auf denen die verschiedenen Seiten des Lebens in erhöhten Bildern dargestellt sind. Das erste Bild, Mars genannt, symbolisiert durch den göttlichen Waffenträger auf einem von zwei heransprengenden Rossen gezogenen Streitwagen den Krieg. In zweiten Bilde, Merkur, ist durch den sitzenden Gott des Handels, hinter dem Warenfässer liegen, vor dem eben ein Schiff anlandet, Gewerbe und Verkehr dargestellt. Im dritten Bilde, Demeter, sehen wir durch einen Pflügenden an einem bewaldeten Berghang, durch die sitzende Feldgöttin mit Blumen und Früchten und den Baum dahinter den Ackerbau versinnbildlicht. Im letzten Bilde, Neptunus genannt, erblicken wir in dem Meeresgott mit seiner Gemahlin Amphitrite auf einem von Seepferden gezogenen Schiffe das Zeichen der Schifffahrt.

Wir müssen auch für unsere Periode noch ein paar Erker vorführen, welche die Außenseiten von Bürgerhäusern schmücken. Es sind keine Eckerker, da die Häuser mitten in Gassen- oder Platzfronten liegen. Da weisen wir zunächst auf den Erker eines kleinen nur mit zwei Fenstern Platzseite auftretenden Hauses an der Nordfront des Pfarrplatzes hin.¹⁾ Der Erker haftet mit zwei Seitenpfeilern am Boden und schließt oben mit einem Giebel ab, macht einen recht zierlichen Eindruck. An denselben reihen wir einen ähnlichen Erker, jedoch ohne Giebel in der Rosengasse.²⁾ Manches andere Hauszeichen dieser Art ist wohl ebenfalls der Ungunst der Zeit zum Opfer gefallen.

Auf einfache Wappen, Zeichen, Jahreszahlen, mit denen nicht wenig Häuser ausgestattet sind, wollen wir uns nicht weiter einlassen.

Wir stoßen auch auf manche Stukkoarbeiten unserer Periode. Im Hause des Rates Wolf Wägele, dessen Wappen wir auch im Vorsaale des Rathauses getroffen haben, in der Neunkirchnerstraße,³⁾ wurde in der Zeit, während er der Besitzer war, 1620 bis 1640, in einem Zimmer im ersten Stock ein etwa quadratisches Stukkorelief hergestellt; im Mittelpunkte, der das Wappen des Eigentümers, den steigenden Löwen mit der Wage trug, schneiden sich zwei Kreuze, das eine durch die beiden Diagonalen gebildet, das andere in der Mitte der Quadratseiten. So entstehen acht Dreiecke, in denen abwechselnd je ein Engel mit einem Palmzweig und ein Engel mit einem Kranze schweben. Im ganzen ist diese Art der Zimmerausschmückung in unserer Periode noch spärlich vertreten.

Zu erwähnen wäre allenfalls noch der Durchgang ostseitlich von dem inneren Wienertor durch das dortige Bürgerhaus,⁴⁾ der den Eingang von der inneren Stadt mit einfachen Säulen flankiert, welche über Architrav und Metopen das Stockwerk tragen.

In einem Hause in der äußeren Wienerstraße,⁵⁾ das seit mehr als einem Jahrhundert die Werkstätte eines Steinmetzmeisters beherbergt, war in der Hofwand ein Grabstein aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts (1616) eingemauert, der allerdings kaum auf rechtmäßige Weise dorthin gekommen

1) Pfarrplatz 4.

2) Rosengasse 14.

3) Neunkirchnerstraße 9.

4) Wienerstraße 44.

5) Wienerstraße 35.

ist. Er zeigt ein gutes Relief, die Kreuzigung Christi, darunter die knienden Gestalten der Gestorbenen, nämlich eines Ratsherrn und seiner beiden Söhne.¹⁾

Zur Steinbildnerei unserer Periode sind noch einige Statuen innerhalb und außerhalb der Stadt zu erwähnen, und zwar das sogenannte „luckete Kreuz“²⁾ auf der Weikersdorfer Straße, im Jahre 1635 errichtet durch den Ratsbürger Hans Baumgartner und seine Frau Anna, wie auf der Inschrift der Vorderseite zu sehen. Interessant ist die Inschrift der Rückseite, die alles Unheil der Zeit dem Mangel an Gottesfurcht, an Moral zuschreibt:

O Got, dein Genad und Wohldat habe wier veracht,
Dieselben in Danksagung nit betracht,
Uns darum ist überkumm dise Jahr o Got,
Krieg, Pestilenz, Teurung und Feuersnot.
O lieber Herr, laß fallen den Zorn Dein,
Daß wir von solcher Straf entlediget sein!

Die Dreifaltigkeitssäule vor dem Neutore³⁾ verdankt ihr Entstehen (1703) einem Gelübde des Johann Fando und seiner Frau Anna Justina. Sie steht auf einer einfachen Steinstufe, dem ein doppelter Unterbau hochaufsteigend folgt. Der erste Teil läßt aus dem rechteckigen Kerne rechts und links engere Rechtecke weit heraustreten, der zweite Teil gestaltet sich einfach rechteckig, trennt jedoch die Seiten durch die Diagonalen in vier Dreiecke, das obere und untere etwas vertieft, das rechte und linke erhöht und durch Linien einfach gemustert. Beide Teile haben einen hervortretenden Sockel und ein Kapitäl, einfach gegliedert. Über dem zweiten Unterbau steigt die schlanke Säule empor, unkanneliert, der Sockel stark eingezogen, und schließt mit einem Wulst; das Kapitäl bildet sich aus Blattwerk. Die Säule trägt eine aus dem Quadrat konstruierte Platte, deren Seiten einwärts gebogen und deren Ecken in einwärts gebogene kleine Seiten verwandelt sind. Auf dieser Platte thront das Steingebilde der heiligen Dreifaltigkeit: Gott Vater sitzend, mit seinem Mantel das Ganze umschließend, mit einer Art Tiara bedeckt, die mit einem Kreuze geziert ist, blickt abwärts auf den Kruzifixus, welcher vor ihm steht; unter dem Kreuze sehen wir die Taubengestalt des heiligen Geistes schweben. Unten schließen vier Engelsköpfe die Darstellung ab. Wir haben eine eigentümliche barocke Bildhauerarbeit vor uns, die jedoch den Eindruck des vollkommen Einheitlichen macht.

Noch kommt, ganz am Schlusse unserer Periode stehend, zu erwähnen die Statue in der äußeren Wienerstraße vor der (späteren) Vorstadtkirche, die im Jahre 1710 von dem Gastwirt in der Wienvorstadt Peter Paul Denk gestiftet wurde.⁴⁾ Es ist der Kruzifixus mit einer weinenden Frau⁵⁾ unter dem Kreuze; und als in der Pestzeit des Jahres 1713 die innere Stadt gegen die Vorstadt verschlossen war, diente die Statue als Versammlungsort zur Andacht für die dortige Bevölkerung.⁶⁾

Von den Goldschmieden können wir wohl manche tüchtige Meister nennen; allein es stehen uns kaum Erzeugnisse ihrer Kunsttätigkeit zu

¹⁾ Melchior Schöppler und seine Söhne Thomas und Balthasar, den Steinhart, der zweite Mann der Katharina Christoph Golner hatte setzen lassen. Ist bereits im Stadtmuseum.

²⁾ Die Bezeichnung rührt wohl davon her, daß dasselbe statt des bei solchen Säulen gewöhnlichen Kapellchens oben nur zwei Seiten bildet und die zwei anderen einander gegenüberliegenden offen läßt.

³⁾ In der Nähe der jetzigen evangelischen Kirche, derzeit auf dem Platze in der Josefstadt.

⁴⁾ Am 9. Mai 1710 erhielt er vom Rate die Bewilligung dazu.

⁵⁾ Maria? Veronika? mit einem Tüchlein.

⁶⁾ Manches dürfte die Erneuerung von 1831 geändert haben.



Fig. 16. Der heil. Jakobus.

Gebote, da keine Kunst so häufig und in solchem Umfange die eigenen Arbeiten zerstört hat, um neue Gegenstände daraus zu formen.

Der Goldschmied Christoph Freyheiner von Augsburg, „in Diensten ihrer königlichen Würden“ des Erzherzogs Maximilian, wird schon im Februar 1593 begraben. Auch Meister Simon Posch wird nur in den ersten Jahren unserer Periode genannt, wo er sich mit der Absicht trägt, unsere Stadt zu verlassen; er stirbt im Februar 1598.¹⁾

Vom Jahre 1591 an wird Georg Pruner, der Kammergoldschmied des „Königs von Polen“, des Erzherzogs Maximilian, erwähnt. 1602 wird er noch einmal in einem Streite mit dem deutschen Schulmeister genannt; von seiner Tätigkeit erfahren wir nichts. 1594 hören wir noch den Namen des Goldschmiedes Hieronymus Vischer, aber wegen seiner „zweiten Krida“. Sein Sohn Peter wird 1601 als Goldschmiedgesell genannt, dürfte jedoch die Stadt verlassen haben.

Der Bruder des Goldschmiedes Christian Hausmann, Wolf Hausmann, ist schon vor Beginn unserer Periode in der Stadt, wird jedoch erst 1598 als Inwohner aufgenommen. Er war zweimal verheiratet, 1608 und 1613, starb jedoch schon im Jahre 1615. Er geriet eines Gesellen wegen in Streit mit dem Goldschmied Georg Pruner, doch wurde die Sache gütlich beigelegt. Sein Haus lag in der Neunkirchnerstraße.²⁾

Wir haben wieder zwei Brüder zu nennen: Georg und Karl Pilling. Ersterer wird von 1592 an genannt und ist Besitzer eines Hauses, das er 1608 verkauft.³⁾ Ein „Unwille“ trägt sich zwischen ihm und Hieronymus Vischer zu. 1615 wird er vom Tode ereilt. Pilling Karl dürfte ein geschickter Meister gewesen sein. Er wird 1621 von einem Hammerschmied der Zauberei beschuldigt: es war eine etwas heikle Sache für den bezauberten Mann. Doch kam es zu keinem Prozesse. Karl Pilling lebte bis in den Anfang der fünfziger Jahre; doch wird uns nichts über seine Tätigkeit berichtet.

Der Vollständigkeit wegen soll auch ein Goldschmied Hans Khüser genannt werden, der 1594 als Falschmünzer verhört wird und auf der Folter gesteht, daß er falsche Taler gemacht habe, und zum Feuertode verurteilt wird.

Ein bedeutender Meister unter den Goldschmieden war Gregor Gebhart, der Sohn des Malers Matthias Gebhart.⁴⁾ Wir begegnen ihm vom Jahre 1626 an bis in die fünfziger Jahre. Er war sechsmal verheiratet: das erstemal mit der Bürgerstochter Maria, das zweitemal mit Luzia, der Tochter des Wolf Hausmann (1616), das drittemal mit Barbara, der Tochter eines Bäckers von Edlitz (1625), das viertemal wieder mit einer Bäckerstochter, Eva (1631), das fünftemal mit der Tochter eines Eisenstädtlers, Maria (1634), das sechstemal mit Elisabeth, der Tochter des Zeugwarts Frosch (1641). Er starb im Jänner 1654.

1617 hatte er ein Haus in der Neunkirchnerstraße gekauft.⁵⁾ Er besaß auch einen Garten vor dem Fleischhackertor, den er jedoch wegen eines Streites mit dem Anrainer im Jahre 1635 verkaufte. Daß er auch Äcker in seinem Besitz hatte, geht aus einem Streite mit einem Bürger im Jahre 1649 hervor. Er erfreute sich auch eines Ansehens im Kreise seiner Zunftgenossen und bei der Stadt, so daß wir ihn 1644 als Zechmeister der Goldschmiede, von 1648 an als Viertelmeister des Dreifaltigkeitsviertels nennen hören. Von

1) Wägele Christoph, der Sohn des Goldschmiedes Hans Wägele (siehe oben), geht 1599 erst auf die Wanderschaft, scheint nicht mehr heimgekommen zu sein.

2) Neunkirchner Straße 10.

3) Judengasse 19.

4) Siehe oben.

5) Gewehr vom 30. Mai 1617, Neunkirchnerstraße 10.

seinen Arbeiten erfahren wir nur, daß er im Jahre 1618 die Uhrzeiger an dem Turme auf dem Platze vergoldet hat. Andere Arbeiten lassen sich aus Forderungen erschließen, die ihm zustehen: 1638 klagt er einen Schuldner wegen einer Restsumme von 20 Gulden, wohl für eine Arbeit. 1642 klagt er eine Forderung von 300 Gulden. Gegen das Ende seines Wirkens scheint er in schlechteren Verhältnissen gewesen zu sein. Er bittet am 20. Dezember 1651 beim Rate um die Bewilligung eines Hering- und Stockfischhandels. Er scheint auch nach auswärts gearbeitet zu haben, so daß er im Jahre 1619 mit den Zechleuten von Mattersdorf in Streit gerät. Auch seine dritte und fünfte Heirat lassen eine Berührung mit der Umgebung der Stadt vermuten. An Zivilstreitigkeiten fehlte es unserem Meister nicht. Einen solchen Streit bringt das Jahr 1627 gegen einen Kürschner, 1646 gegen Konstantin Freudenschuß wegen einer Gerhabschaftssumme, 1650 wegen eines ihm entlaufenen Mündels; 1642 wird ihm einmal eine Geldstrafe auferlegt, weil er sich an einen Schiedsspruch des Rates nicht gehalten. Auch von Vorwürfen des Handwerks wegen ist er nicht frei: 1622 heißt es, daß er falsches Silber verarbeitet habe.

Von besonderer Wichtigkeit für die damalige Zeit ist es, daß er „ketzerische Pfennige“ ausgeteilt habe (1644), wofür er 3 Tage und 3 Nächte in die Bürgerstube erkannt wird.

Gebharts Zeitgenosse, der zweite Goldschmied in der Stadt, ist Christoph Hann¹⁾ von Konstanz, in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren genannt. Er kommt mit seiner Frau Helena, der Tochter des Goldschmiedes Georg Pilling, in Gewehr eines Hauses in der Brottischgasse, 1625, das er 1628 mit einem Hause in der Neunkirchnerstraße vertauscht. Hiezu kauft das Ehepaar 1644 noch ein anderes Haus in der Neunkirchnerstraße,²⁾ das Nachbarhaus des vorigen. Hann und Gebhart bezeugen 1635 das Silber eines Juden von Ebenfurt als falsch.

Jakob Weylandt erscheint 1641 als Goldschmiedegesell, und es wird ihm in diesem Jahre erlaubt, sein Meisterstück zu machen. 1651 wird er mit seiner Frau Johanna, der Tochter eines hiesigen Kotzenmachers, Eigentümer eines Hauses in der Brottischgasse,³⁾ das die Frau geerbt hat. Er wird bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre genannt, wo bereits sein Sohn Johann Georg Weylandt das Goldschmiedhandwerk zu betreiben beginnt. Dieser heiratet 1677 die Tochter eines hiesigen Lederers, Johanna; er wird noch öfter wegen verschiedener Angelegenheiten genannt, starb im Juni 1685.

Der Goldschmied Georg Besserer aus der Werkstatt Gebharts, mit dem er wegen des zur Freisprechung versprochenen Kleides in Streit geraten war (1640), und der 1645 hier heiratete, hat wahrscheinlich die Stadt verlassen. Der Goldschmied Philipp Eitelklaus wird 1646 in die hiesige Zunft aufgenommen, da er eben sein Meisterstück gemacht hat. Es wird ihm die Bedingung für die Niederlassung in der Stadt gestellt, daß er sich um ein Bürgerhaus bewerbe. Das scheint jedoch nicht geglückt zu sein. Er war in Eisenstadt. Als er nun 1654 um ein Unterkommen in Neustadt ansuchte, wurde er abgewiesen und blieb Goldschmied zu Eisenstadt.

Kilian Dehres wird im Jahre 1655 in die hiesige Goldschmiedinnung aufgenommen. Doch ist von seinen Verhältnissen nicht viel Günstiges zu sagen. Seine Frau, die Witwe des Gregor Gebhart, brachte ihm Kinder mit in die Ehe; seine Mittel waren der Erhaltung dieser Familie nicht gewachsen. Er ließ daher sein Haus verfallen, so daß der Rat einen Käufer für das-

¹⁾ Einmal auch Hain genannt.

²⁾ Neunkirchnerstraße 9, das dazugekaufte Neunkirchnerstraße 11.

³⁾ Brottischgasse 4.

selbe suchte (1658). Mit den Steuern ist er rückständig, mit seinen Stiefkindern kommt er in Streit (1659). Vom Jahre 1658 an hat er das Sperramt am Neunkirchnertor und gegen Ende seines Daseins finden wir ihn in der „Stadtguardi“. Er starb schon zu Anfang des Jahres 1672. Seine zweite Frau, Ursula, folgte ihm schon nach Jahresfrist.

Der Goldschmied Gregor Reiß ist im Jahre 1660 jugendlich gestorben. Es folgen noch ein paar Namen, die rasch vorübergehen und dem Handwerk Störung und Unordnung verursachen: Hans Ressel zieht die Vollendung seines Meisterstückes hinaus, so daß 1671 die zwei Goldschmiede Ferdinand Lahner und Jakob Weyland dagegen auftreten. Der Kommissär des Stadtrates, Christoph Kischinger, verweist ihm in derselben Zeit seine Unordnungen. Weiter wird er nicht mehr erwähnt. Ähnlich ist es mit Balthasar Rauter, der im Renthofe wohnt und arbeitet, ehe er in die Zunft aufgenommen ist, so daß die anderen Goldschmiede sich gegen ihn als Störer beschweren. Als er 1676 um Aufnahme in die Innung ansucht, wird er abgewiesen, wofür er sich gegen Jakob Weyland rächt. Er verschwindet dann aus dem Gesichtskreise.

Ferdinand Lahner (Langer)¹⁾ macht im Jahre 1671 sein Meisterstück, wird aber nur noch in den siebziger Jahren erwähnt, so daß es scheint, er habe die Stadt verlassen. Johann Grauß aus Leipzig, „Goldarbeiter bei der königlichen Majestät von Polen“, war wohl nur vorübergehend in unserer Stadt, wo er 1676 heiratete.

Melchior Meiners, gebürtig zu Coesfeld im Stifte Münster, heiratet 1686 die Tochter des Hans Georg Weylandt, Anna Maria; er hatte ein Haus in der Brottischgasse,²⁾ starb jedoch schon 1690. Die Witwe führte das Gewerbe weiter und heiratete 1692 den aus der Werkstatt ihres Mannes hervorgegangenen Albert Nandorf,³⁾ auch aus Münster in Westfalen gebürtig; sein Bruder Jobst ist Garderobier bei der Königin von Polen. Mit der Heirat wächst unserem Meister auch das Haus seines Vorgängers zu; außerdem kaufte er schon im Jahre 1693 das nördliche Nachbarhaus.⁴⁾ Er ist also wohl finanziell günstig gestellt. Ebenso genoß er ein hohes Ansehen in der Stadt; im Jahre 1700 wird er zum Probekommissär bestellt; auch als Stadtleutnant erscheint er; doch legt er diese Stelle am 11. März 1704 nieder. Er war bereits krank und wenige Monate später, Anfang September, schied er aus dem Leben.⁵⁾

Daß Nandorf auch für die Stadt gearbeitet, scheint daraus hervorzugehen, daß er am 4. November 1700 um einen Kommissär wegen eines „Probens und Zeicheneinschlagens“ ansucht. Eine ganz vereinzelte Eigentümlichkeit ist im Leben Nandorfs zu verzeichnen: er sucht im Jahre 1693 um Entlassung aus dem Bürgerrechte an, was am 23. Juni gegen die pupillarmäßige Versicherung seiner Kinder vom Rate bewilligt wird. Er hat übrigens keinen Gebrauch von dieser Bewilligung gemacht, wie sich in der Folge erweist. Die Witwe Anna Maria setzte das Gewerbe wieder fort, und es wird noch in den nächsten Jahren von ihr gesprochen.⁶⁾

Von dem Meister Sigmund Satzinger vernehmen wir nur, daß er im Jahre 1690 eine Bürgerstochter hier heiratet.

In der Werkstätte ist auch Martin Denelor ausgebildet worden, der jedoch nur mit den allerersten Jahren seines Wirkens unserer Epoche an-

1) Einmal auch Laninger genannt.

2) Brottischgasse 6, wozu auch Brottischgasse 8 gehörte.

3) Naendorf, Nondorf, Nanndorf.

4) Brottischgasse 4.

5) Am 9. September wird der Kommissär für die Verlassenschaftsabhandlung bestimmt.

6) Sie hat 1707 verschiedene Silbersachen einem Juden versetzt (S. Bl. 84/2).

gehört. Er heiratet 1709 und kommt 1710 in Gewehr eines Hauses in der Judengasse,¹⁾ das er käuflich erworben hat.

Was die Goldschmiedzunft selbst betrifft, so gibt es bei derselben in der Stadt nur zwei Mitglieder; es ist daher eine Aufnahme nicht leicht, wenn auch die Mehrzahl der genannten Meister kein hohes Alter erreicht. Doch gibt es immerhin Unordnungen zu beseitigen. Die Selbstsucht tritt mit Rücksicht auf die teuren Grundstoffe dieses Kunsthandwerks doppelt leicht hervor, und der Rat muß einschreiten. 1624 bestimmt er zum Beispiel eine eigene Kommission, um alle Ungebührlichkeiten abzustellen. Ungünstig ist es auch, daß die Goldschmiede noch keine Zunftartikel haben. 1627 bitten die hiesigen Meister selbst um einen Artikelbrief, beziehungsweise um eine Kommission zur Abfassung derselben. Aber es dauert Jahrzehnte, bis diese Ordnung zustande kommt. Erst 1671 treffen wir wieder auf einen Beschluß des Rates, die Goldschmiedordnung, die nur Selbstverständliches enthält, nun auch durchzuführen.

Die Aufführung von Erzeugnissen der Goldschmiedekunst aus jener Zeit entfällt beinahe. Zu den schon oben angedeuteten Ursachen kommt noch die Hand des Staates, der zu Anfang des 18. Jahrhunderts die Gold- und Silberschätze der Kirchen und Klöster für seine Geldbedürfnisse mit Gewalt wegnahm, so daß die goldenen und silbernen Monstranzen, Kelche u. s. f. durch andere aus unedlem Metall ersetzt wurden.

Gerettet hat sich ein zierlicher Silberbecher der Lederer aus dem Jahre 1673.

Von den Meistern des Zinngusses unserer Stadt haben sich mehrere Erzeugnisse aus jener Zeit erhalten, namentlich Zunftkrüge. So der Krug der Ledererinnung vom Jahre 1607 von Christoph Samson, wie das C. S. unter dem Stadtwappen auf dem Henkel besagt. Meister Christoph ist auch sonst eine bedeutende Persönlichkeit in der Stadt; er hatte die Witwe des Mart Hibschenauer, ebenfalls eines Zinngießers, geheiratet, gehörte von 1597 an dem äußeren Rate an, von 1603 bis 1628 treffen wir ihn im inneren Rate, wo er auch öfter besondere Ämter verwaltet: so als Beschauherr, als Schlüsselherr. 1610 ist er Stadtrichter. Wie wir wissen, erscheint sein Name und sein Wappen auch in einem der Stukkfelder im Vorsaale des Rathauses. Im Jahre 1660 hat der hiesige Zinngießer Hans Schütz den Zunftkrug der Schuhmacher in Krumbach hergestellt; doch starb er schon im Jahre 1607. Im Jahre 1677 hat dann Georg Murmayr den Krug der dortigen Schuhmachergesellen angefertigt. Gegen das Ende unserer Periode betreibt bereits sein Sohn Johann Murmayr das Zinngießerhandwerk, von dem noch der erhaltene Schlegel der Faßbinder 1710 unserer Periode angehört. Wie die Murmayr sind auch die Pfeiffer im Zinngießerhandwerk durch Vater und Sohn vertreten. Von dem Vater Johann Philipp Pfeiffer stammt der Zinnkrug der Gärtler 1685 und jener der Seiler 1688. Er starb 1703. Sein Sohn Philipp Pfeiffer hat den Zunftkrug der Landkutscher und fast gleichzeitig, 1706, jenen der Binder gefertigt. Er reicht weit in die folgende Periode hinüber.²⁾

Was die Zunft selbst betrifft, so haben wir wieder das Verlangen der Wiener Zinngießer festzustellen, daß sich die hiesigen Meister bei der Wiener Zeche einverleiben lassen sollen. 1691 wird eine Kommission für diese Angelegenheit bestimmt, die, wie so oft, zu keinem Beschlusse kam. Kurz zuvor, 1688, hatten sich die hiesigen Zunftgenossen eine eigene Schmelzwerkstatt in dem Thonrädlschen Freihause, wie es noch hieß, auf ihre Kosten auf- und eingerichtet.

¹⁾ Judengasse 16.

²⁾ Die aufgezählten Zinnstücke befinden sich sämtlich im Stadtmuseum.

Eine Plastik auf Eisen treffen wir auf jener Tafel vom Jahre 1592, welche an einem Pfeiler der Apotheke an der Ecke der Ungargasse, der Apotheke „zum schwarzen Bären“, angebracht ist. Im Laufe der Zeit hat das Werk wohl etwas gelitten.

Daß der Rat selbst auch das Kunsthandwerk schätzte, bezeugt uns ein Beschluß desselben vom 28. August 1671, womit er einem Ratsmitgliede den Auftrag erteilt, bei den hiesigen Bürgerschulen etliche erwachsene, taugliche Knaben zur Erlernung der niederländischen Tapezierarbeit in Wien auszuwählen.

Und über den Kunstsinn der städtischen Bürgerschaft jener Tage und die Freude derselben am Schönen neben der Vorliebe für Klöster und Kirchen geben uns die „Bürgergeschäfte“, die letztwilligen Anordnungen und die Verzeichnisse der Hinterlassenschaft willkommenen Aufschluß.

Einen etwas anderen Charakter zeigt die am 24. Jänner 1693 aufgenommene Verlassenschaft des Arztes Heinrich Burges von Luzenburg, der wohl sechs goldene Ringe mit Edelsteinen, unter denen auch der Diamant und der Rubin vertreten ist, und einen solchen mit einer Rose, ferner zwei goldene Kreuze besitzt. Aber daneben werden Goldmünzen im Werte von 609 Dukaten aufgenommen, darunter 182 Kremnitzer Dukaten, zwei zehnfache Dukaten von Kaiser Ferdinand II. und andere schöne und interessante Prägungen des In- und Auslandes.

Das Kunsthandwerk von Wiener Neustadt erfreute sich auch der Wertschätzung fremder Kreise. Dies geht aus dem Umstande hervor, daß bei Hoffesten die betreffenden Professionisten nach Wien zu kommen eingeladen oder beauftragt wurden. Es sei als Beispiel nur jene vom Jahre 1666 erwähnt, wo zur Feier der kaiserlichen Hochzeit am 28. Oktober alle Maler, Tischler, Zimmerleute laut einer Zuschrift an den hiesigen Bürgermeister zur Anfertigung von „Präparatorien“ unverweilt nach Wien zu schicken waren.

Schlußwort.

Wir stehen am Schlusse. Rückblickend müssen wir uns gestehen, daß unsere Stadt in diesen zwei Jahrhunderten keine glanzvolle Zeit durchlaufen hat. Von den Begünstigungen, die ihr die älteren Epochen verliehen, schwand eine nach der andern und Neustadt ist am Ende des 17. Jahrhunderts den anderen Städten des Landes ziemlich gleichgestellt und angegliedert. Die fortwährenden Beunruhigungen, Gefahren von der nahen Ostgrenze her behinderten eine dauernde Besserung. Wir bewegen uns in einem Wellental. Und doch ist der Tiefpunkt desselben bereits hinter uns! Selbstbewußte, fleißige Arbeit muß die Privilegien der alten Zeit ersetzen, und wir können bemerken, daß die Stadt wieder vorwärts und aufwärts geht, daß sie mit Vertrauen in die Zukunft schauen kann!

